

Thomas Klein

„Frieden und Gerechtigkeit!“ Die Politisierung der
Unabhängigen Friedensbewegung in Ost-Berlin während der
80er Jahre

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1024>

Reprint von:

Thomas Klein, „Frieden und Gerechtigkeit!“ Die Politisierung der
Unabhängigen Friedensbewegung in Ost-Berlin während der 80er Jahre,
Böhlau Köln, 2007 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für
Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 38), ISBN 978-3-412-02506-9

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung
Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor
für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur
vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g.
Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <redaktion@zeitgeschichte-digital.de>



Zitationshinweis:

Thomas Klein (2007), „Frieden und Gerechtigkeit!“ Die Politisierung der Unabhängigen Friedensbewegung in Ost-Berlin während der 80er Jahre, Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam,
<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.1024>

Ursprünglich erschienen als: Thomas Klein, „Frieden und Gerechtigkeit!“ Die Politisierung der Unabhängigen Friedensbewegung in Ost-Berlin während der 80er Jahre, Böhlau Köln, 2007 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 38), ISBN 978-3-412-02506-9

Zeithistorische Studien

Herausgegeben vom Zentrum für
Zeithistorische Forschung Potsdam

Band 38

Thomas Klein

»Frieden und Gerechtigkeit!«

Die Politisierung der Unabhängigen
Friedensbewegung in Ost-Berlin
während der 80er Jahre



2007

BÖHLAU VERLAG KÖLN WEIMAR WIEN

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft

Zentrum für
Zeithistorische Forschung e.V.
Bibliothek

ZZF 18712 (HBB)

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Umschlagabbildung:

5. Friedenswerkstatt am 29. Juni 1986 in der Gemeinde der Berliner Erlöserkirche
(Foto: Robert-Havemann-Gesellschaft)

© 2007 by Böhlau Verlag GmbH & Cie, Köln

Ursulaplatz 1, D-50668 Köln

Tel. (0221) 913 90-0, Fax (0221) 913 90-11

info@boehlau.de

Alle Rechte vorbehalten

Druck und Bindung: Strauss GmbH, Mörlenbach

Gedruckt auf chlor- und säurefreiem Papier

Printed in Germany

ISBN 978-3-412-02506-9

Inhalt

KAPITEL I

Einführung.....	11
1.1 Zum Forschungsstand	12
1.2 Leitfragen der Untersuchung.....	19
1.3 Der regionalgeschichtliche Stellenwert der Analyse.....	20
1.4 Basisbegriffsbildungen aus methodischer Sicht.....	22
1.5 Untersuchungsfelder	27
1.6 Strategiewandel in der Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit und dessen Auswirkungen auf die Politisierung der unabhängigen Friedensbewegung 1980–1989	30
1.7 Opposition und die systemischen Grenzen ihrer Abwehr in poststalinistischen politbürokratischen Diktaturen.....	33
1.8 Quellen.....	37

KAPITEL 2

Vorgeschichte.....	39
2.1 Die 40er und 50er Jahre	39
2.2 Die 60er Jahre	49
2.3 Die 70er Jahre	61
2.4 Paradigmenwechsel und Transformation von Opposition und Widerstand (Zusammenfassung).....	71

KAPITEL 3

Friedensbewegung und Opposition in Berlin.....	75
3.1 Die Entstehung der „Unabhängigen Friedensbewegung“ Anfang der 80er Jahre.....	75
3.1.1 Die innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen für die DDR Anfang der 80er Jahre und die Situation oppositioneller und widerständiger Strömungen	76
3.1.2 Friedensarbeit in der evangelischen Kirche und die Entwicklung einer Basisgruppenarbeit in Berlin.....	81
3.1.2.1 Wehrkunde für den Overkill: Ein erster Belastungstest der neuen Staat-Kirche-Beziehungen	82
3.1.2.2 Schwerter zu Pflugscharen: Friedensdekade und Sozialer Friedensdienst bedrohen den Burgfrieden.....	86
3.1.2.3 „Nur“ eine Friedenswerkstatt: Politisierung im Friedenskreis der Evangelischen Studentengemeinde Berlin	92
3.1.2.4 Braucht die Opposition ein konspiratives Hinterland?.....	99
3.1.3 Basisgruppen in der evangelischen Kirche und die Opposition der 70er Jahre.....	103
3.1.4 Das Spektrum der Friedensarbeit in Berlin und die Entwicklung von Formen politischer Gegnerschaft in den neuen unabhängigen Gruppen	110
3.1.4.1 „Friede auf Erden“ und Kriegsrecht in Polen.....	110
3.1.4.2 Illegale Gruppenbildung	113
3.1.4.3 Friedenskreis Pankow: Opposition mit offenem Visier	119
3.1.4.4 Der Friedenskreis in der Samaritergemeinde: Friedensarbeit und Bluesmessen	125
3.1.4.5 Der Friedenskreis Friedrichsfelde: Grenzüberschreitung christlich-pazifistischer Friedensarbeit	129
3.2 Politikfähigkeit der Unabhängigen Friedensbewegung und die Kirche als Problem der Gruppen	136
3.3 Jugendprotest in den 80er Jahren und die Krise kirchlicher Jugendarbeit	141
3.3.1 Die Offene Arbeit nimmt neuen Anlauf.....	141
3.3.2 Punks zwischen allen Stühlen	147
3.4 Entwicklung regionaler, überregionaler und grenzüberschreitender Kooperation in der Friedensarbeit.....	149
3.4.1 Die Berliner „Frauen für den Frieden“	149
3.4.2 Aufstieg und Niedergang der Friedenswerkstatt in Berlin	153
3.4.3 Umweltbewegung und die Ansätze Berliner Öko-Kreise Anfang der 80er Jahre....	158
3.4.4 Netzwerke	164

3.4.4.1 „Konkret für den Frieden“: Elemente und Tendenzen einer DDR-weiten Vernetzung von Basisgruppen	164
3.4.4.2 Ost und West: Blockübergreifende Friedensbewegung?	169
3.4.5 Die „besonderen Beziehungen“ der DDR-Friedensbewegung zu den Grünen	177
3.5 Staatliche Versuche der Domestizierung, Zersetzung, Isolierung und Liquidierung der UFB und der politisch alternativen Gruppen.....	183
3.5.1 Basisgruppen als Problem der Kirche	183
3.5.2 Basisgruppen als Problem der Partei- und Staatsorgane	190
3.5.2.1 Strategien und Methoden des MfS zur Bekämpfung der Opposition.....	202
3.5.2.2 Die Repressionsbilanz der Verfolgung der UFB bis Mitte der 80er Jahre.....	207
3.6 Friedenskreise eine „Friedensbewegung in der DDR“?	211

KAPITEL 4

Opposition in Berlin und die politisch-alternativen Gruppen	213
4.1 Illegale Gruppenarbeit und konspirativ organisierte Gegenöffentlichkeit	217
4.1.1 Kooperationsversuche in der illegalen Gruppenarbeit	217
4.1.2 Konspirative Herstellung von Gegeninformation: Ostberlin-Seite der TAZ und „Schwarzer Kanal“	223
4.2 Demokratie und Menschenrechte.....	230
4.2.1 Demonstrative Akklamation	231
4.2.2 Menschenrechtsarbeit als Streitfall: Polarisierung an einem Seminar	235
4.2.3 Die Initiative Frieden und Menschenrechte	243
4.3 Zwei Parteitage und eine Eingabe: „Neues Denken“ fällt auf fruchtlosen Boden	247
4.3.1 Staatliche Neuaufstellung angesichts von Vernetzungs- und Verstetigungstendenzen in der Opposition Anfang 1986.....	247
4.3.2 Neues Denken in Moskau	248
4.3.3 Eine Parteitagseingabe	251
4.4 Konkret für Frieden und Menschenrechte 1986.....	257
4.5 Aufschwung in der Umweltarbeit in Berlin und dessen Folgewirkung	259
4.5.1 Der Reaktor-GAU von Tschernobyl und die Konsequenzen für die DDR-Friedens- und Umweltbewegung.....	261
4.5.2 Eine Umweltbibliothek wird zum Modellfall	267
4.6 Die Arbeit des Friedrichsfelder Friedenskreises 1986	271

4.7	Friedensdekade 1986 und das „innerkirchliche Kräfteverhältnis“	273
4.8	Klaus Gysis „kirchenpolitisches Manifest“	275
4.9	„Gegenstimmen“	281
4.10	Eine „realsozialistische Bürgerinitiative“: Basisarbeit im WBA	282
4.11	Bewegung im Kirchenschiff: Neugründungen 1986/87	283
4.11.1	Der Arbeitskreis Solidarische Kirche	283
4.11.2	„Kirche von Unten“	285
4.12	Die Opposition und die Arbeitswelt des „real existierenden Sozialismus“	297
4.13	Konkret für Frieden und Menschenrechte 1987	306
4.14	„Mauerprotest“ in Ost und West: Pfingsten 1987	310
4.15	Ein „dialogisches“ Zwischenspiel	311
4.15.1	Der uneigentliche Dialog: SED und SPD proben den Streit der Ideologien	312
4.15.2	Der Olof-Palme-Friedensmarsch: „Neues Denken“ oder alte Taktik?	316
4.15.3	Der unheimliche Dialog: Opposition trifft CDU	318
4.16	Neonazis in der DDR: Überfall der Nazi-Skins am 17.10.1987 auf die Zionskirche	323
4.17	Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung	333
4.18	Konflikt oder Konsens – Konfrontation oder Solidarität?	336
4.19	Staatliche Kirchenpolitik in der Krise	338
4.20	Der Überfall auf die Umweltbibliothek: Ein Kurswechsel?	340
4.21	Innerkirchliche Standortbestimmungen: Ein Dilemma.	348
4.22	Die Arbeit des Friedrichsfelder Friedenskreises 1987	351
4.23	Künstler in Opposition: Freya Klier und Stephan Krawczyk	354
4.24	Ausreiseantragsteller in Selbstorganisation	359
4.25	Rosa Luxemburg, die SED und die Freiheit der Andersdenkenden	364
4.25.1	Der 17. Januar und die Freiheit der Ausreise	364
4.25.2	Der 25. Januar und die Freiheit des Hierbleibens	370
4.25.3	Folgeschäden und Schlussfolgerungen	381
4.25.4	Innerkirchliche Polarisierung und Entfremdung zwischen Kirche und Gruppen ...	382
4.25.5	Die Spannungen zwischen den Gruppen und den Antragstellern	386
4.25.6	Konflikte im Gruppenspektrum: Die Frage der Verantwortung	388
4.26	Neue Entwicklungen in der Umweltarbeit seit 1988	396

4.27 Die erste ökumenische Versammlung in Dresden und die Vollendung der Sprachlosigkeit in den Staat-Kirche-Beziehungen.....	400
4.28 Der „Pressekrieg“ als Machtprobe	404
4.29 Konkret für Frieden und Menschenrechte 1988: Organisationsstatus des Friedensnetzwerks und die Lage der Wehrdienstverweigerer	408
4.30 Das Kontakttelefon – eine weitere unendliche Geschichte	412
4.31 Der IWF-Kongress in Westberlin	413
4.32 Ossietzky macht Schule: Schüler für Meinungsfreiheit und Friedfertigkeit	427
4.33 Die zweite Session der ökumenischen Versammlung in Magdeburg und die verfasste Kirche im Feindbild des Staates.....	434
4.34 Die Arbeit des Friedrichsfelder Friedenskreises 1988	437
4.35 Die operative Bilanz der HA XX des MfS am Ende des Jahres 1988.....	439
4.36 Das Reformgeschehen in den sozialistischen Ländern und die beginnende Auflösung der Gruppe „Gegenstimmen“	444
4.37 Innenpolitische Situation und außenpolitische Umorientierungen in der DDR zur Jahreswende 1988/89: Die „Opposition“ beginnt, Opposition zu werden	446
4.38 Konkret für Frieden und Menschenrechte 1989 und die beginnende Ablösung der Gruppen von der Kirche.....	450
4.39 Wahlfall 89: Die Gruppen betreten den öffentlichen Raum.....	454
4.40 Staat und Kirche: Am Ende des Weges	460
4.41 Kein „himmlischer Friede“ in Berlin: Trommeln für China und die Neuformierung der Opposition außerhalb der Kirche.....	463
4.42 Die Arbeit des Friedrichsfelder Friedenskreises 1989	466
4.43 Die finale Krise des „real existierenden Sozialismus“ und die „neuen politischen Vereinigungen“ (Ausblick).....	468

KAPITEL 5

Die Gestalt der Opposition – Das Besondere und das Allgemeine	481
5.1 Die Opposition und ihr Kampf um Öffentlichkeit	481
5.1.1 „Gegenöffentlichkeit“	481
5.1.1.1 Schriftgut und Printmedien der 80er Jahre (Samisdat).....	484
5.1.1.2 Veranstaltungen und öffentlichkeitswirksame demonstrative Aktionen.....	487
5.2 Rechtsfragen	488
5.2.1 Printmedien und das innerkirchliche Veröffentlichungsrecht.....	488

5.2.2 Strafrecht und Ordnungsrecht – eine rechtspolitische Neujustierung	490
5.3 Offene oder konspirative Arbeit: Die „politischen Unkosten“ eines andauernden Spannungszustands	499
5.4 Die „Ausreiser“ und die Opposition: Eine spannungsgeladene Geschichte.....	502
5.5 „Abschied von der Utopie“	512
Nachbemerkung	521
Abkürzungsverzeichnis.....	525
Literaturverzeichnis	531
Personenverzeichnis.....	539

KAPITEL 1

Einführung

In der vorliegenden Arbeit wird eine prägende Entwicklungsspezifik des letzten Jahrzehnts der Geschichte oppositioneller und widerständiger Strömungen in der DDR untersucht: Seit Beginn der achtziger Jahre haben große Teile der pazifistischen Strömungen innerhalb der evangelischen Kirche und Teile der „alten“ politischen Opposition der 70er Jahre neue Formen der Zusammenarbeit entwickelt, die in der sich in dieser Zeit bildenden „*Unabhängigen Friedensbewegung*“ und ihrem Umfeld wirksam wurden und dort sowohl zu neuen Inhalten als auch zu einem teilweise neuen Selbstverständnis führten. Die Substanz dieses Wandels muss in den Ursachen und Entstehungszusammenhängen eines „Politisierungsschubs“ innerhalb solcher Gruppen gesucht werden. Diese Politisierung führte zu neuen Formen politischer Opposition in Gestalt einer Verbindung konspirativer und begrenzt öffentlich agierender Kreise namentlich der unabhängigen Friedens-, Ökologie- und Menschenrechtsbewegung in der DDR. Solche Entwicklungen werden für die 80er Jahre anhand der damals im Raum Berlin agierenden Gruppen analysiert. Durch Anwendung des Schlüsselbegriffs „*Politisierung der unabhängigen Friedensbewegung*“ werden auch die inhaltlichen und strukturellen Gründe dafür sichtbar, dass sich dieses Geflecht *politisch alternativer Gruppen* zum bedeutendsten Segment im oppositionellen Spektrum entwickelte.

Weitere Untersuchungsschwerpunkte sind der Wandel der staatlichen Repressionstechniken und die Formen der Ausnutzung von Interessendivergenzen unter den oppositionellen Akteuren sowie zwischen ihnen und der Amtskirche durch die Sicherheitsorgane oder andere Instanzen der Staatsmacht. Hierzu werden die sich verändernden, gegen widerständige und oppositionelle Gruppen gerichteten Herrschaftstechniken untersucht und die Folgen dieses Wandels auf die Interaktion politisch alternativer Gruppen mit deren staatlichen Antagonisten und innerkirchlichen Konfliktpartnern betrachtet. Erst die Untersuchung der Rückwirkungen dieses Herrschaftshandelns ermöglicht eine Synthese einerseits der Politisierung als Voraussetzung oppositionellen Handelns Berliner Gruppen und andererseits jener variierenden staatlichen Repressions- und Präventionstechniken als einem wirkungsbestimmenden Faktor oppositioneller Praxis und Profilierung. Nur so kann der erschlossene Politisierungsprozess im Gruppenmilieu der unabhängigen Friedensbewegung Berlins 1979–1989 zu einer Entwicklungsgeschichte der Berliner Opposition in den 80er Jahren erweitert werden.

Wer Repressions- und Oppositionsgeschichte nicht allein politik- und ereignisgeschichtlich betreiben will, muss auch deren sozial- und kulturgeschichtliche Einbettung erfassen. Insofern müssen Wandlungen im Repressionsregime und die Kontinuitäten und Brüche oppositionellen Handelns in den Kontext der herrschafts-, sozial- und kulturgeschichtlichen Veränderungen der DDR-Gesellschaft gestellt werden. In der vorliegenden Arbeit werden die verschiedenen sozialen und kulturellen Bezüge der Milieus oppositioneller und widerständiger Akteure immer wieder aufgegriffen, stellen jedoch nicht den Hauptfokus der vorliegenden Untersuchung dar. Vornehmlich geht es dem Autor darum, Gemeinsamkeiten und Verschiedenartigkeit von Quellen, Motiven und Zielen politischer Gegnerschaft, die Veränderungen oppositioneller und widerständiger Praxen, das Auftreten modifizierter Herrschaftstechniken, wie zum Beispiel des Übergangs von der offenen zur rechtlich verkleideten Repression, durch die Analyse gesellschaftsstruktureller und innersystemischer Transformationen auf ihre Ursachen zurückzuführen. So kann Oppositionsgeschichte auch als Konfliktgeschichte sozialer Gruppen in der Einheit von Herrschafts-, Alltags- und Diskursgeschichte gelesen werden.¹ Aus diesem Grund wird auch der Versuch unternommen, die im Mittelpunkt stehende Analyse der DDR-Opposition in den 80er Jahren beziehungs- und entwicklungsgeschichtlich einzubetten in den Kontext der Ströme von Opposition und Widerstand vorangegangener Jahrzehnte. Nur so kann ein nicht nur „singuläres“, sondern auch ein integratives Verständnis politischer Gegnerschaft im letzten Jahrzehnt der DDR erreicht werden. Dieser Zugang ermöglicht dann auch ein differenziertes Verständnis von Potentialen und Grenzen der „neuen politischen Vereinigungen“ während der „Herbstrevolution“ 1989.

1.1 Zum Forschungsstand

Vor 1997 waren Arbeiten zur Geschichte widerständiger und oppositioneller Strömungen in der DDR vornehmlich deskriptiv gehalten. Besonders in Übersichtsdarstellungen² wird die „entwicklungsgeschichtliche Dimension“ solcher Strömungen kaum deutlich. Soweit diese Dimension von Zeitzeugen oder oppositionellen Akteuren selbst überhaupt zum Gegenstand gemacht wurde, sind in ihren Darstellungen häufig massive Eingrenzungen dieser Entwicklungsgeschichte und Ausgrenzungen oder Verzeichnungen von Widerspruchspotentialen in Abhängigkeit von den eigenen aktuellen politischen Standortbestimmungen vorherrschend.³

1 Bernd Gehrke, Weichenstellungen zum Disparaten. Vom schwierigen Verhältnis der DDR-Opposition zur Arbeiterschaft, in: Peter Hübner/Christoph Kleßmann/Klaus Tenfelde (Hg.), Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit, Köln/Weimar/Wien, 2005, S. 405–424.

2 Wolfgang Rüdtenklau, Störenfried. DDR-Opposition 1986–1989 mit Texten aus den „Umweltblättern“, Berlin 1992; Ehrhart Neubert, Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Band 346, Bonn 1997.

3 Vgl. etwa Stephan Bickhardt, Die Entwicklung der DDR-Opposition in den achtziger Jahren, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII,1, Baden-Baden 1995, S. 450–504 und Neubert 1997; Thomas Klein, Geteilte Linke im Vereinigten Deutschland? In: Weltbühne Extra, S. 881–895, Berlin 1990; Nachdruck in: Die Aktion 70/72 und 73/75 1990/91 sowie Dritter Weg, Berlin 1991, sowie in: Odranol, Hamburg 1992, S. 123–141 (erweiterte Fassung).

Die kaum noch überschaubaren veröffentlichten Erinnerungen oppositioneller Akteure, die vornehmlich ihre Erfahrungen mit den Sicherheitsorganen oder spektakuläre Ereignisse beschreiben, haben trotz ihres Vorzugs, einen sehr persönlichen Eindruck zu vermitteln, dieses Defizit eher verdeutlicht als verringert. Doch auch die oftmals heilsame (weil der Versuchung verklärender Selbstdarstellung eher entgehende) „Außensicht“ auf die „DDR-Opposition“ scheint mitunter gleichfalls einer ex-post-Charakterisierung dieser Opposition nach Maßgabe des heute dominierenden politischen Wertesystems zugeneigt: Abgekoppelt von ihrer Entwicklungsgeschichte wird der vormalige „Charakter der DDR-Opposition“ aus der Vereinbarkeit gewisser damaliger Ziele mit den heutigen deutschen Verhältnissen normativ bestimmt.⁴ Torsten Moritz widerstand mit seiner 1997 vorgelegten Arbeit zur Umweltbibliothek Berlin allerdings dieser Versuchung.⁵ Die sich ändernden Fragestellungen und Methoden in der Arbeit oppositioneller Zusammenhänge und die Verknüpfung ihrer „internen Entwicklungslogik“ mit den Spezifika des gesellschaftlichen Wandels in der DDR, die nicht einfach nur „externe Wirkungsfaktoren“, sondern konstituierende Ursachen und zugleich „Zielort“ widerständigen Handelns waren, rückten dann allerdings stärker ins Blickfeld der Forschung.⁶ Erstmals erschienen vertiefende Aufsätze zur Geschichte der oppositionellen Gruppen und des dissidenten Milieus in der Spätphase der DDR, die sich ihrem Gegenstand systematisierend näherten und ihn mit dem strukturellen gesellschaftspolitischen Wandel des nominalsozialistischen Systems zu verbinden suchten.⁷ Versuche einer systematischeren Einordnung und Bewertung finden sich bereits in Beiträgen des 1997 erschienenen von Detlef Pollack und Dieter Rink herausgegebenen Sammelbandes mit Aufsätzen zum politischen Protest in der DDR 1970–1989 und ansatzweise 1995 bei Peter Hilger.⁸ Pollack und Rink bemühten sich um eine den wirklichen gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR adäquate differenzierende Begrifflichkeit für „Resistenz“ und beschrieben

-
- 4 Martin Jander untersucht die DDR-Opposition unter dem Gesichtspunkt ihres Beitrags zu dem von ihr nicht intendierten Ergebnis des bürgerlich-demokratischen Verfassungsstaats, der für ihn gleichzeitig das Kriterium für ihre Anerkennung als „Opposition“ ist: In der DDR habe es deshalb (angeblich im Gegensatz zu den anderen osteuropäischen Diktaturen) bis zum Sommer 1989 keine Opposition, sondern wegen der „geistigen Verortung“ der Akteure nur Dissidenz gegeben. Vgl. etwa: Martin Jander, *Formierung und Krise der DDR-Opposition. Die Initiative für unabhängige Gewerkschaften – Dissidenten zwischen Demokratie und Romantik*, Berlin 1996; Eckhard Jesse, *Artikulationsformen und Zielsetzungen von widerständigem Verhalten in der DDR, Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*, Band VII,1, Baden-Baden 1995, S. 987–1031.
 - 5 Torsten Moritz, *Die Entwicklung von DDR-Oppositionsgruppen nach 1989. Das Beispiel der Umweltbibliothek Berlin – Die Tücken der Gruppendynamik*, in: Detlef Pollack/Dieter Rink (Hg.), *Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970–1989*, Frankfurt/Main 1997, S. 208–234. Dieser Aufsatz beruht auf einer am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin verteidigten Diplomarbeit: Torsten Moritz, *DDR-Opposition in Ostberlin*, 1993.
 - 6 Vgl. etwa Ehrhart Neubert, *Was waren Opposition, Widerstand und Dissidenz in der DDR?* In: Eberhard Kührt/Hansjörg F. Buck/Gunter Holzweißig (Hg.), *Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft*, Opladen 1999, S. 17–46.
 - 7 Zum Beispiel Sung-Wan Choi, *Von der Dissidenz zur Opposition. Die politisch alternativen Gruppen in der DDR von 1978 bis 1989*, Köln 1999 und Detlef Pollack, *Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR*, Opladen 2000.
 - 8 Peter Hilger, *Aufbruch in die Bedeutungslosigkeit? Zur Marginalisierung der Oppositionsgruppen in der DDR im Jahr der „Wende“*, Hannover 1995. Detlef Pollack/Dieter Rink (Hg.), *Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970–1989*, Frankfurt/Main 1997.

gleichzeitig die hier auftretenden Schwierigkeiten.⁹ In diesem Zusammenhang problematisierten beide auch beliebte zeitgenössische Versuche, die aus der westlichen Soziologie bekannte Theorie der „Neuen Sozialen Bewegungen“ auf die „sozialethischen Gruppen“ in der DDR anzuwenden. Trotz zutreffender Kritik gelang es ihnen selbst nicht, ein plausibles Bild vom Ziel- und Motivationszusammenhang der (allerdings sehr verschiedenen) Oppositionsgruppen anzubieten.¹⁰ Überzeugender ist Pollacks erwähnter weiterführender Versuch der Analyse von Entstehungs- und Reproduktionsbedingungen der politisch alternativen Gruppen aus dem Jahr 2000. Der auch von ihm und Sung-Wan Choi benutzte Begriff der „politisch alternativen Gruppen“ hat sich inzwischen für das hier zu untersuchende Gruppenspektrum eingebürgert. Insbesondere Sung-Wan Choi folgt auch in ihrer Begrifflichkeit dem verbreiteten Ansatz, das marginalisierte dissidente Milieu in der DDR der 80er Jahre als „voroppositionell“ zu definieren und dessen Entwicklung zur „Opposition“, welche sich aus ihrer Sicht erst kurz vor dem Umbruch in der DDR im Herbst 1989 entpuppte, zu beschreiben. Die Autorin findet für die Zeit des „Vorherbstes“ den Begriff der „politisch alternativen Gruppen“, die sich schließlich in „politisch motivierte Oppositionsgruppen“ verwandelten.¹¹ Dieser Begriff von „Opposition“ ist durchaus hinterfragbar. Er orientiert sich an Voraussetzungen von politischer Öffentlichkeit, Programmatik und Organisiertheit, der in westlichen Zivilgesellschaften üblich, aber für die Merkmale von Opposition in Diktaturen insbesondere poststalinistischen Typs nicht tragfähig ist.¹² Dies fällt insbesondere dann auf, wenn Sung-Wan Choi konsequenterweise ihren Begriff der Dissidenz (partielle bewusste Normenabweichung und Verweigerung) auf Gruppen wie die von ihr vorgestellte Gruppe „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (IFM) anwendet, obwohl selbst nach den eigenen Maßstäben der Autorin hier der Begriff der Opposition angemessen wäre. Zudem belegt die auf Öffentlichkeit zielende Praxis konspirativer widerständiger Gruppen, dass bewusster Widerstand gegen die poststalinistischen Strukturen der DDR kaum lediglich als „Verweigerung“ beschreibbar ist. Insofern wird, anderes als bei Sung-Wan Choi, in der hier vorliegenden Arbeit keineswegs impliziert, dass die Rede von „politisch alternativen Gruppen“ deren Praxis als „voroppositionell“ qualifiziert.

Auf welche noch unzureichend analysierten oder gelösten Problemlagen der DDR-Oppositionsforschung reagiert diese Untersuchung? Von welchen forschungsleitenden Fra-

9 Detlef Pollack/Dieter Rink, *Opposition, Widerstand, Protest und Verweigerung in den 70er und 80er Jahren – zur Abgrenzung des Phänomens*. in: Pollack/Rink 1997, S. 7–13.

10 An einer Stelle heißt es beim Versuch der Charakterisierung des Zwecks „gegenkultureller“ Aktivitäten der Gruppen, „die Herstellung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit standen deutlich in der zweiten Reihe“ (S. 10); kurz darauf wird behauptet, „das Ziel ihres Handelns bestand in der Pluralisierung und Demokratisierung der Gesellschaft, in der Herstellung von Öffentlichkeit, also in der Schaffung von gesellschaftlichen Verhältnissen, die im Westen längst erreicht waren“ (S. 21). Zudem findet sich hier (unter zustimmender Berufung auf Elvers/Findeis) die unzutreffende Einschätzung, „globale Themen wie Frieden, Gerechtigkeit oder Umwelt und damit Folgeprobleme der Modernisierung der Gesellschaft“ seien „stets DDR-bezogen reflektiert“ worden (S. 21/22). Vgl. dazu Wolfgang Elvers/Hagen Findeis, *Die politisch alternativen Gruppen im gesellschaftlichen Wandel. Eine empirische Studie zu ihrem Selbstverständnis*, in: Wolf-Jürgen Grabner u. a. (Hg.), *Leipzig im Oktober. Kirchen und alternative Gruppen im Umbruch in der DDR*, Berlin 1990, S. 99, 110.

11 Sung-Wan Choi 1999, S. 16.

12 Ebenda, S. 22.

gestellungen erhofft sich der Autor einen Fortschritt hinsichtlich des Schließens von Forschungslücken?

Eine gewisse Konzentration der frühen analytischen Forschung auf die Entwicklungsübergänge zwischen den Oppositionsgruppen der späten 80er Jahre und den Bürgerbewegungen der Jahre 89/90¹³ war von einer relativen Ablösung dieser Entwicklungsgeschichte von ihren Wurzeln in den siebziger und achtziger Jahren begleitet. Wo eine solche Ablösung stattfand, verstellte sie massiv den Begründungs- und Erklärungszusammenhang zum „Ausgang der DDR-Opposition“ 1990/91. Die vorliegende Arbeit will diesen Zusammenhang wiederherstellen.¹⁴ Christof Geisel unternahm es in seiner jüngsten Veröffentlichung, die beachtlichen „Unstetigkeitsstellen“ zwischen dem tatsächlichen politischen Selbstverständnis der oppositionellen Gruppen in den 80er Jahren und deren heutiger zeitgeschichtlicher Würdigung (einschließlich der Schwierigkeiten damaliger Akteure, ersteres in Einklang mit ihren gegenwärtigen politischen Standorten zu bringen) einer Analyse zu unterziehen. In diese Untersuchung ist gleichfalls die Aufarbeitung des „Geburtshintergrundes“ der neuen politischen Vereinigungen des Herbstes 1989 in den politisch alternativen Gruppen der 80er Jahre eingeschlossen.¹⁵

Zum Zweiten hatte die Absorption der 1989 entstandenen „neuen politischen Vereinigungen“ durch die bundesdeutschen Parteien und ihr Verhältnis zur evangelischen Kirche in den meisten Arbeiten thematischen Vorrang gegenüber der Analyse des Verhältnisses dieser Gruppen und ihrer Vorläufer zu den verschiedenen Schichten und Klassen der DDR-Bevölkerung. Auch dieses Defizit soll mit dieser Monographie verringert werden.

Zum Dritten findet man in fast allen Veröffentlichungen eine weitgehende Verzeichnung und mitunter sogar Verfälschung der Arbeit und des Selbstverständnisses der parteiunabhängigen linken bzw. sozialistischen Oppositionsgruppen, die den „linken Rand“ der „Unabhängigen Friedensbewegung“ (UFB) bildeten oder als konspirative Gruppen innerhalb und außerhalb von UFB und SED widerständig arbeiteten.¹⁶ Soweit diese überhaupt in die Betrachtungen aufgenommen sind, ist der Rückgriff auf Originalquellen dieser Minderheitsströmung der Opposition eher die Ausnahme als die Regel. Auch nachholende Umdeutungen, die gesamte Opposition betreffend, wie bei Ehrhart Neubert, sind keineswegs selten. So

13 Zum Beispiel Gerda Haufe/Karl Bruckmeier (Hg), *Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ostdeutschen Bundesländern*, Opladen 1993 und Barbara Blattert/Dieter Rink/Dieter Rucht, *Von den Oppositionsgruppen der DDR zu den neuen sozialen Bewegungen in Ostdeutschland?* in: *Politische Vierteljahresschrift* 36, 1995, S. 397–422.

14 Insofern bezieht sich diese Arbeit ausdrücklich auf die Untersuchungen von Bernd Gehrke zu den illegalen Oppositionsgruppen der 60er und 70er Jahre im Rahmen seines vor der Vollendung stehenden Projekts „Vom Underground zum Untergrund und zurück. Illegale Gruppen der DDR-Opposition in den siebziger Jahren, untersucht im Raum Berlin-Brandenburg“. Der Verbund dieses Projekts mit meinen Untersuchungen zu den politisch alternativen Gruppen der 80er Jahre, welche zu den hier präsentierten Ergebnissen führten, folgt konzeptionell dem Gedanken eines Entwicklungszusammenhangs von Widerstand und Opposition in der DDR der 60er, 70er und 80er Jahren.

15 Christof Geisel, *Auf der Suche nach einem dritten Weg. Das politische Selbstverständnis der DDR-Opposition in den 80er Jahren*, Berlin 2005.

16 Besonders Christian Joppke, *East German Dissidents and the Revolution of 1989. Social Movements in a Leninist Regime*, London/New York 1995. Ihn führte die vergebliche Suche nach einer Opposition im Geiste des bekennenden Antikommunismus zur Disqualifikation der letzten Generation von DDR-Dissidenten als letztlich dem SED-Denken hörig.

charakterisierte Neubert 1989 die „sozialethischen Gruppen“ noch als „neue Linke“, der „sozialistischen Alternative“ verbunden und als solche eine „politische Ökologie“ anstrebend: „Die Themen der Gruppen – Frieden, Erhaltung der Natur, innere und äußere Gerechtigkeit – durchdringen die sozialistische Projektion und sind einer substantiellen Kapitalismuskritik verpflichtet.“¹⁷ So übertrieben diese Verbeugung Neuberts vor der Dominanz linken Denkens in der Opposition auch war – die noch abwegigere Umdeutung erfolgte unter Hinweis auf die „religiösen Elemente der DDR-Opposition und ... die religiöse Kultur des Widerstands in der Wende“ hin zur späteren Interpretationsfigur einer „protestantischen Revolution“.¹⁸ Besonders in diesem Zusammenhang fällt auf, wie stark ideologische Präjudizierungen bereits den zeitgeschichtlichen Gebrauch von Begriffen wie „Widerstand“, „Opposition“, „Dissidenz“, „Resistenz“, „Verweigerung“, „Widerspruch“ oder „Protest“ und die Akzeptanz solcher begrifflicher Zuordnungen für bestimmte Handlungen von Akteuren bestimmt.¹⁹ Allgemeinerer Natur sind wieder Fragen wie die, inwieweit von den Herrschenden benutzte Qualifizierungen ihrer Gegner zum Kriterium solcher Begriffsbestimmungen gemacht werden können, ob das Selbstverständnis der oppositionellen Akteure oder ob allein die Qualität ihrer Handlungen dafür geeignet ist. Solche Fragen verweisen auf Problemlagen, wie sie aus der NS-Widerstandsforschung bekannt sind. Die vorliegende Arbeit will deshalb auch dazu beitragen, in diesem Untersuchungsfeld gravierende Unterschiede beider Diktaturen ebenso wie Ähnlichkeiten auch begrifflich verdeutlichen zu helfen.

Es gab Versuche, Opposition unmittelbar durch die gegen sie ausgeübte Repression zu bestimmen. Die Schranken dieser Ansätze sind inzwischen weitgehend anerkannt, aber in ihren Konsequenzen noch nicht überwunden. Zur Überwindung dieser Konsequenzen soll auch die in der vorliegenden Arbeit angestrebte Rekonstruktion der Politisierung alternativer Gruppen der Friedensbewegung im Raum Berlin vor allem anhand ihrer Originalquellen beitragen.²⁰ Doch erst die Zusammenschau von „interner“ Politisierung und „externer“ staatlicher Abwehr dieser zur Opposition werdenden Gruppen ermöglicht ein Gesamtbild. Die „doppelte Einseitigkeit“ (Konzentration auf die staatlichen und amtskirchlichen Protagonisten und deren Beziehungsgefüge bzw. Konzentration auf die – bisher allerdings defizitäre – Berücksichtigung der Originalquellen der Opposition) muss durch eine parallele, aufeinander bezogene Analyse aufgehoben werden. Die systematische Erforschung der Spezifik und der Entwicklungslogik gegen oppositionelle Gruppen gerichteter Repressionsstrategien steht trotz vieler Einzeluntersuchungen erst am Anfang. Entsprechendes gilt für die Untersuchung der politischen und sozialen Folgen dieses Herrschaftshandelns für die oppositionelle Profi-

17 Ehrhart Neubert, *Gesellschaftliche Kommunikation im sozialen Wandel: Auf dem Weg zu einer politischen Ökologie*, Kontext, Oktober 1989, S. 38ff.

18 Neubert 1997, S. 26.

19 Martin Jander, Die besondere Rolle des politischen Selbstverständnisses bei der Herausbildung einer politischen Opposition in der DDR außerhalb der SED und ihrer Massenorganisationen seit den siebziger Jahren, in: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*, Band VII, 1, Baden-Baden 1995, S. 896–987; Hubertus Knabe, Was war die DDR-Opposition, in: *Deutschland Archiv* 2/1996; Jander 1996.

20 Sehr hilfreich für die künftige DDR-Oppositionsforschung ist die gegenwärtig laufende Digitalisierung der überlieferten Originalquellen der Opposition, welche überdies vom Verlust wegen schlechter Papierqualität bedroht sind.

lierung der Gruppen. Als Beitrag zur Diskussion um einen Strategiewandel des MfS bei der Bearbeitung „politischer Untergrundtätigkeit“ (PUT) und „politisch-ideologischer Diversi-on“ (PID) liegt seit 2002 das Buch von Sandra Pingel-Schliemann²¹ vor. In der vorliegenden Arbeit wird die Interpretation dieser Abwehrtechnik durch Pingel-Schliemann als neues strategisches Paradigma des MfS in den 80er Jahren problematisiert²² und der Versuch un-ternommen, Zersetzungstechniken als Element eines strategischen Präventionsparadigmas einzuordnen.

Bisherige Veröffentlichungen zum kirchenpolitischen Agieren zuständiger Partei- und Staatsorgane beschränkten ihr Forschungsinteresse vornehmlich auf die Staat-Kirche-Beziehungen. Damit blenden sie weitgehend die Wirkung dieses Agierens auf die politisch alternativen Gruppen aus. Die Arbeit solcher Gruppen war jedoch in den 80er Jahren zu-nehmend selbst die Ursache kirchenpolitischer Interventionen von Staats- und Parteiorga-nen. Der von Horst Dohle verantwortete zweite Band einer von Frédéric Hartweg herausge-gbenen Edition „SED und Kirche“ dokumentiert kirchenpolitische Grundsatzbeschlüsse des ZK der SED und seines Politbüros.²³ Horst Dohle, früher wissenschaftlicher Mitarbeiter, sowie persönlicher Referent unter vier Staatssekretären für Kirchenfragen, veröffentlichte nur in wenigen Ausnahmefällen Dokumente aus seiner ehemaligen Dienststelle. So vermit-telt er den einseitigen Eindruck, diese Regierungsinstanz sei nur der Transmissionsriemen des Politbüros gewesen. Die Frage nach dem Entstehungszusammenhang der Interventions-strategien dieser Dienststelle gegenüber der evangelischen Amtskirche zwecks Isolierung „feindlich-negativer“ Personen und Kreise bleibt weitgehend unbeantwortet. Ebenso defizi-tär ist die Darstellung der Rolle dieser Einrichtung als Entscheidungshilfe für die politbüro-kratischen Grundsatzentscheidungsträger.²⁴ Der Verzicht auf die Präsentation von Doku-menten aus dem Archiv des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR (BStU) in der Arbeit von Dohle wird durch die bekannten Veröffentlichungen des Kirchenhistorikers Gerhard Besier voluminös aufgewo-gen. Sein zusammen mit Stephan Wolf herausgegebener Dokumentenband „Pfarrer, Christen und Katholiken“ skandalisiert die Verwicklungen kirchlicher Amtsträger in geheim-dienstliche operative Kombinationen.²⁵ Der Verzicht auf die Darstellung parteipolitischer Zwecksetzungen durch das Politbüro bzw. die Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED und des Interventionshandelns der Dienststelle des Staatssekretärs sollte durch drei

21 Sandra Pingel-Schliemann, *Zersetzen. Strategie einer Diktatur*, Berlin 2002.

22 Siehe auch Walter Süß, Rezension und Leserbrief zu Sandra Pingel-Schliemann, *Zersetzen. Strategie einer Diktatur*, in: „Horch und Guck“ 39/2002 und 40/2003.

23 Frédéric Hartweg/Horst Dohle, *SED und Kirche. Eine Dokumentation ihrer Beziehungen*, Bd. 2.2, 1968–1989, Neukirchen-Vluyn 1995.

24 Armin Boyens geht fälschlicherweise sogar so weit, zu behaupten, dass seit 1978 wegen direkter Ab-stimmungen zwischen dem SED-ZK und dem Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) die Dienststelle des Staatssekretärs entbehrlich gewesen sei. Armin Boyens, *Das Staatssekretariat für Kir-chenfragen*, in: Clemens Vollnhals (Hg.), *Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwi-schenbilanz (Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unter-lagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Band 7)*, Berlin 1996, S. 120–138.

25 Gerhard Besier/Stephan Wolf, „Pfarrer, Christen und Katholiken“. *Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen*, Neukirchen 1992.

weitere Veröffentlichungen relativiert werden: Die Bände „Der SED-Staat und die Kirche“ beziehen neben dem Aktenbestand der BStU nun auch Quellen u. a. aus dem Archiv des Staatssekretärs für Kirchenfragen und des SED-Parteiarchivs ein, konzentrieren sich jedoch wieder auf die amtskirchlichen Verflechtungen mit der Staatsmacht.²⁶ Die Untersuchung der tatsächlichen Folgen staatlich-disziplinierenden Handelns für die alternativen Gruppen und der widersprüchlichen amtskirchlichen Interessenlage im Konflikt mit ihnen fehlt weitgehend. Die Verlaufsgeschichte einer sich von den Einflussnahmen staatlicher und amtskirchlicher Instanzen immer mehr emanzipierenden Opposition unter kirchlichem Dach sowie die Analyse der Ursachen für eine nacheilende Emanzipation der Evangelischen Landeskirchen gegenüber dem SED-Staat seit 1988 mussten somit lückenhaft bleiben. Auch Rudolf Mau folgt wie Dohle der Deutung der Dienststelle des Staatssekretariats für Kirchenfragen (SfK) als einer sogar im parteidirigierten Regierungsapparat subaltern eingruppierten Einrichtung, welche die Kirchenpolitik – als einem der sensibelsten innenpolitischen Bereiche – lediglich im Parteauftrag zu moderieren hatte²⁷. Mau's Darstellung der Amtszeit Klaus Gysis jedoch liefert selbst Hinweise auf die Fragwürdigkeit dieser Einschätzung der Rolle des SfK – und zwar genau im Zusammenhang mit dem Auftreten der alternativen Gruppen im kirchlichen Raum. Auch hier finden sich diese Defizite begründet in der weitgehenden Ausblendung des Auftretens solcher Gruppen aus dem bevorzugten Blickwinkel „Kirche-Staat-Partei“ bzw. „Kirche-Staatssicherheitsdienst“. Andererseits betont Mau gegenüber Besiers Sicht auf die Amtskirche als einer staatshörigen Institution zu Recht die Sicht auf die Kirche als Problem der SED. Wie Mau kommt auch Detlef Pollack in seiner Untersuchung der „Kirche in der Organisationsgesellschaft“ DDR zu ganz anderen Schlussfolgerungen als Besier. Aus seiner tragfähigen Prozessanalyse der gesamtgesellschaftlichen Verflechtungszusammenhänge im Umgang von Partei, Staat und Geheimdienst mit der Kirche gliedert er jedoch wiederum ausdrücklich die Analyse der Praxis politisch alternativer Gruppen aus²⁸, widmet ihnen später allerdings interessante gesonderte Untersuchungen.²⁹ Diese Ausgliederung erfolgt auch in der eher kirchengeschichtlich angelegten speziellen Analyse der evangelischen Friedensarbeit in Form der Friedensdekaden 1980–1982 von Anke Silomon. Hier wird der Konflikt um das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ lediglich als Staat-Kirche-Konflikt oder als individueller Konflikt mit der Staatsmacht erörtert.³⁰ Die Dissertation vom Michael Aust zum „Beziehungsgeflecht von Staat, evangelischer Kirche und den politisch alternativen Gruppen in der DDR von 1985 bis September 1989“ nähert sich dem zu bearbeitenden For-

26 Gerhard Besier, *Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung*, München 1993; Ders., *Der SED-Staat und die Kirche 1983–1991*, Berlin/Frankfurt/Main 1995; Ders., *Der SED-Staat und die Kirche 1969–1990. Die Vision vom „Dritten Weg“*, Frankfurt/Main 1995.

27 Rudolf Mau, *Eingebunden in den Realsozialismus? Die Evangelische Kirche als Problem der SED*, Göttingen 1994.

28 Dieter Pollack, *Kirche in der Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR*, Stuttgart 1994.

29 Pollack 1997 und Pollack 2000.

30 Anke Silomon, „Schwerter zu Pflugscharen“ und die DDR. Die Friedensarbeit der evangelischen Kirchen in der DDR im Rahmen der Friedensdekaden 1980–1982 (*Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte*, Reihe B: Darstellungen, Band 33), Göttingen 1999.

schungsproblem thematisch am weitesten an.³¹ Seine vorwiegend ereignisgeschichtliche Darstellung blendet jedoch die für das Gesamtbild außerordentlich wichtige Entstehungs- und Politisierungsgeschichte der von ihm untersuchten Berliner Gruppen während der Jahre 1979–1985 aus. Er konzentriert sich überdies wieder stark auf die Konfliktlagen der Staat-Kirche-Beziehungen sowie auf die „Ausreiserproblematik“. Seine sorgfältigen Recherchen in den Staatsakten harmonieren nicht mit der Überbewertung von zum Teil fragwürdigen, auf IM-Berichten fußenden MfS-Unterlagen zu den Entwicklungen im untersuchten oppositionellen Berliner Gruppenspektrum. Unter den neueren Untersuchungen zum Konflikt innerkirchlicher Gruppen mit Staatsmacht und Kirche seit 1999 ist die Aufsatz- und Dokumentensammlung „Die solidarische Kirche in der DDR“ zu nennen, die kursorisch einen Überblick zur Entstehungsgeschichte dieser Gruppierung, jedoch kaum ihre Konfliktgeschichte bzw. deren Einordnung in die politische Geographie der alternativen Gruppen des „Vorherbstes“ bietet.³² Unter den neueren regionalen Studien findet sich unter dem Titel „Geteilte Einheit“ eine Arbeit von Radatz/Winter zur Geschichte der Brandenburgischen Evangelischen Kirche 1961–1990, in denen die alternativen Gruppen nur am Rande Erwähnung finden.³³

1.2 Leitfragen der Untersuchung

Ein Hauptziel dieser Untersuchung besteht in der Analyse der spezifischen Wurzeln einer überaus dynamischen Entwicklung politisch alternativer Gruppen in der *unabhängigen Friedensbewegung* und ihrem Umfeld, die sie zum wichtigsten Akteur im oppositionellen Spektrum in der DDR Ende der achtziger Jahre machten. Eine wichtige Komponente dieses Prozesses war die bisher kaum untersuchte fortschreitende Interaktion dieser im Bereich der evangelischen Kirche entstehenden halböffentlich und begrenzt „legal“ agierenden Gruppen mit den Resten *konspirativ arbeitender widerständiger Gruppensammenhänge*, wie sie in den siebziger Jahren entstanden waren und überwiegend zerschlagen wurden. Diese Interaktion hat beide Milieus verändert und spätestens seit 1984 zu neuen Formen und Inhalten oppositioneller politischer Arbeit geführt. Der Schlüssel für diese Entwicklung ist die „*Politisierung*“ von ursprünglich eher pazifistisch orientierten evangelischen Gemeinde-„Friedenskreisen“. Unter „*Politisierung*“ wird hier der Prozess fortschreitender Ansprüche der Akteure auf Teilhabe an gesamtgesellschaftlicher Umgestaltung bzw. die sich verstärkende Orientierung auf die Notwendigkeit mehr oder weniger radikaler Veränderung des politischen Systems verstanden, welche das Resultat wachsender politisch bedingter Einsichten in die gesellschaftlichen Ursachen inkriminierter Missstände waren. Untersucht wird dieser Prozess nicht als „individuelle“ Formung durch die allgemeine Lebenswelt, sondern

31 Michael Aust, Das Beziehungsgeflecht von Staat, evangelischer Kirche und den politisch alternativen Gruppen in der DDR von 1985 bis September 1989 (Microfiche), Marburg 1998.

32 Joachim Goertz, Die Solidarische Kirche in der DDR. Erfahrungen, Erinnerungen, Erkenntnisse, Berlin 1999.

33 Werner Radatz/Friedrich Winter, Geteilte Einheit. Die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg 1961–1990, Berlin 2000.

als eine spezifische politische Sozialisierung im besonderen Kontext der alternativen Gruppen. Wenn dabei etwa im Falle pazifistischer Gruppen von „Politisierung“ die Rede ist, so ist damit nicht gemeint, dass solche Gruppen ursprünglich „unpolitisch“ gewesen wären. Ein weltanschaulich begründeter Pazifismus in gemeinhin „sozialethisch“ genannten Gruppen konnte durchaus politische Gestalt annehmen, wenn er sich oppositionell oder widerständig artikuliert. Die Politisierung sozialethischer Gruppen erfolgte durch die Ausweitung rein weltanschaulicher Selbstbehauptung hin zu gesellschaftsveränderndem Anspruchsverhalten – sie wurden zu politisch-alternativen Gruppen, ohne ihren sozialethischen Motivationszusammenhang dabei aufgeben zu müssen. Dieser Politisierungsprozess nahm Anfang der achtziger Jahre in den Friedenskreisen konkrete Gestalt an: Er überschritt singuläre Selbstbehauptungsinteressen (z. B. Wehrdienstverweigerung) und punktuelles Veränderungsengagement (z. B. in Ökologiekreisen) in Richtung einer immer mehr integralen Auseinandersetzung mit den systembedingten Defiziten gesellschaftlicher Problemlösungskapazität. Der Blick wird dabei auf den Entwicklungszusammenhang einerseits von Modifikationen des politischen Systems (insbesondere der sozialen und politischen Herrschaftstechniken) und andererseits der sich herausbildenden neuen oppositionellen Praxis politisch alternativer Gruppen (mit ihren sich verändernden Strukturen und neuen Inhalten) vor dem Hintergrund dieses Politisierungsprozesses gerichtet. Die Untersuchung verfolgt und überprüft die Hypothese, dass gerade die Analyse der Politisierungsursachen jene Entwicklungsspezifika einer neuen oppositionellen Infrastruktur der sich herausbildenden politisch alternativen Gruppen aufdecken wird. Bestandteil dieser Untersuchung ist auch das Gewicht des Beitrags einer Kooperation „halblegaler“ Friedenskreise und illegaler konspirativer Gruppen in diesem Prozess. Hinzuweisen ist auf die Kontrastgruppe der reformsozialistischen Strömungen in der SED und ihr Umfeld hinsichtlich der auffälligen politischen Distanz beider politischer Spektren trotz mitunter ebenso auffälliger Nähe von bestimmten Zielen der reformsozialistischen und einiger parteiunabhängiger Gruppierungen.

1.3 Der regionalgeschichtliche Stellenwert der Analyse

Die oben formulierten Fragestellungen sind ihrer Substanz nach von sehr grundsätzlicher Art: Sie zielen auf verallgemeinernde Aussagen über die Charakteristika oppositionellen und widerständigen Handelns politisch alternativer Gruppen des letzten Jahrzehnts der DDR. Andererseits konzentriert sich die Analyse auf die Gruppen des Berliner Raums. Wie kann dies hinsichtlich des generalisierenden Charakters der formulierten Problemstellung gerechtfertigt werden? Welche Erfahrungen gibt es überhaupt bezüglich des Beitrags regionalgeschichtlicher Forschungsansätze zu verallgemeinerten Fragestellungen, die auf die „Natur“ oppositionellen Agierens in bestimmten zeitgeschichtlichen Abschnitten gerichtet sind?

Insbesondere in Sachsen seitens der Universität Leipzig und des Hannah-Arendt-Instituts ist schon vor Jahren eine breite regionalgeschichtliche Forschung in Gang gesetzt worden; aber auch in Thüringen (um Andreas Dornheim und Gunter Mai an der PH Erfurt), in Sachsen-Anhalt (um Hermann-Josef Rupieper, Halle, sowie mit dem Forschungsprojekt zum

Runden Tisch Halle und Magdeburg) und Mecklenburg-Vorpommern (Werner Müller, Rostock) sind schon lange regionalgeschichtliche Aspekte in die Perspektive der Forschung gerückt. Diese geographisch eher beschränkten Ansätze haben sich vielfach als sehr innovativ erwiesen und waren vielfach auch besser in der Lage, Opposition und widerständiges Verhalten in ihrer Komplexität und Widersprüchlichkeit wahrzunehmen, als generalisierende Analyseansätze. Die in den letzten Jahren zu verzeichnende Interessenverlagerung hin zu regionalgeschichtlichen Untersuchungen von Opposition und Widerstand in der DDR ist aber bisher an der Region Berlin-Brandenburg weitgehend vorbeigegangen. Eine Analyse dieses Verflechtungsraumes verspricht auch hinsichtlich der Erforschung von Formen oppositionellen und widerständigen Handelns einen Ertrag, der weit über die regionalgeschichtliche Dimension hinausgeht: Einerseits führte der Gegensatz der Lebensrealität zwischen der DDR-Metropole Berlin und der sehr ländlich strukturierten Region Brandenburg zu Unterschieden im sozialen und politischen Umfeld, aber auch in der Mentalität von politischen Akteuren. Folgerichtig kann vermutet werden, dass die Realität von oppositionellem und widerständigem Verhalten in Berlin und Brandenburg eine signifikant andersartige gewesen sein könnte. Diesen Unterschieden, aber auch die aus diesen Unterschieden entstehenden Wechselwirkungen kann zunächst mit der Wahl des Regionalraums Berlin als einem Untersuchungsraum Rechnung getragen werden.³⁴ Allerdings bleibt eine in der vorliegenden Arbeit nicht enthaltene gesonderte Untersuchung der Geschichte von Opposition und Widerstand im Brandenburger Umland von Berlin nach wie vor uneingelöst. Was also kann die hier vorliegende Analyse der Berliner Oppositionsgruppen leisten?

Hier wird nicht einfach nur eine Regionalstudie der Gruppenentwicklungen für den Berliner Raum angestrebt, sondern die Entwicklungsgeschichte der oppositionellen und widerständigen Strömungen mit der Analyse ihrer „Strukturgeschichte“ verbunden. Im „*Berliner Raum*“, worunter nicht nur Ostberlin, sondern auch die mit der Arbeit der Berliner Gruppen assoziierten Gruppen des Berliner Umlands gemeint sind, haben sich diese Strukturen, gemessen am „DDR-Maßstab“, besonders prägnant entwickelt. Die Untersuchung des Regionalraums Berlin wird wegen der dort nachweisbaren starken Dynamik des Gruppenbildungsprozesses während des Untersuchungszeitraums (mit Ausnahme des Regionalraums Jena Anfang der 80er Jahre und des Regionalraums Leipzig 1987/88) zu verallgemeinerbaren Resultaten führen. Darauf weist auch die Tatsache hin, dass fast alle Gründungsimpulse der 1989 sich bildenden neuen politischen Vereinigungen von Berlin ausgingen. Insofern wird vielen Resultaten der Analyse dieses Untersuchungsraumes eine „Schrittmacherefunktion“ oder sogar ein Verallgemeinerungswert für die Entwicklung der oppositionellen Strukturen in der ganzen DDR zugewiesen werden können. Andererseits sollen auch die spezifischen „Randbedingungen“ Berlins, insbesondere die Kontakte der Gruppen dieses Raums zu verschiedenen politischen Partnern in Westberlin, namentlich in der „Alternativen Liste“

34 Die Stellung Berlins als „territorialer Schwerpunkt“ von „politisch negativer oder feindlicher“ kirchennaher Basisgruppenarbeit führte das MfS Anfang 1989 unter anderem darauf zurück, dass „die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg mit ihrer bekannten konfrontativen und auf Politisierung der religiösen Tätigkeit ausgerichteten Haltung die Herausbildung und Profilierung solcher Zusammenschlüsse begünstigt“ habe. Information Nr. 150/89 über beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlich-negativer und oppositioneller Kräfte in personellen Zusammenschlüssen, o. D., MfS, HA XX/AKG, Arch.-Nr. 849, S. 26.

(AL), untersucht werden, weshalb gerade die Besonderheiten der Entwicklung der Berliner Gruppen diesen Untersuchungsraum als regional interessant erscheinen lässt. Um „Berliner Besonderheiten“ und „DDR-typische“ Entwicklungsmerkmale der Gruppen in der Metropole identifizieren zu können, werden in der vorliegenden Arbeit also immer wieder auch die Zusammenhänge zu prägenden Entwicklungen und Ereignissen der Opposition in den DDR-Bezirken thematisiert. Gerade die Bedeutung Berlins als „Knoten“ der sich seit 1986/87 republikweit rasch vernetzenden regionalen Friedens-, Ökologie- und Menschenrechtsgruppen („Konkret für den Frieden“, regionale Umweltbibliotheken nach Berliner Vorbild usw.) und die unmittelbar in die „Brandenburger Provinz“ hineinwirkenden Einflüsse der im Bereich der Evangelischen Landeskirche Berlin-Brandenburg (EKBB) arbeitenden Berliner Gruppen müssen von Anfang an den Analyseblick über den Berliner und auch Brandenburger Raum hinaus öffnen. Ebenso sollen Untersuchungen der Strategiebildung beim SfK und im MfS, auch weil der „Fokus Berlin“ initialisierende Bedeutung hatte, immer auf ihre „übergreifenden Wirkungen“ hin eingeschätzt und überprüft werden. Die besondere Bedeutung der Hauptstadt Berlin und das Gewicht dortiger Entwicklungen oppositioneller oder widerständiger Strömungen hat auch das Feld hier erfolgreicher „herrschaftstechnischer Experimente“ der Partei- und Staatsorgane immer zu einem „Vorfeld“ dann überall anzuwendender Herrschaftspraktiken gemacht. Zu berücksichtigen ist allerdings, dass die Rigidität staatlichen herrschaftstechnischen Durchgriffs in der „Provinz“ fast immer größer war. Auch insofern kann die in den Blick genommene Logik zeitweiliger „Liberalisierung“ des repressiven Arsenalts für den Untersuchungsraum Berlin erhellende Bedeutung haben.

1.4 Basisbegriffsbildungen aus methodischer Sicht

Ausgehend von der Hypothese, dass die Politisierung der Anfang der 80er Jahre vermehrt entstehenden pazifistischen Gruppen in evangelischen Gemeindekreisen der entscheidende Faktor für die Formierung eines neuen oppositionellen Spektrums war, wird in dieser Arbeit also dessen politische Strukturentwicklungsgeschichte im Beziehungsgefüge von Staatsmacht, Friedensbewegung, Kirche und traditioneller oppositioneller Milieus rekonstruiert. Ist hier von „unabhängiger Friedensbewegung“ die Rede, so ist die Gesamtheit der überwiegend im kirchlichen Rahmen selbstbestimmt Friedensarbeit betreibenden Kreise gemeint. Soll die in sich verflochtene Gesamtheit der sich politisierenden unabhängigen Friedens-, Ökologie-, Zweidrittelwelt-, Frauen- und Menschenrechtsgruppen bezeichnet werden, so wird hauptsächlich der Begriff „politisch alternative Gruppen“ verwendet. Bei deren Untersuchung sollen, wo immer der bisherige (allerdings vielfach noch defizitäre) Forschungsstand und neuere Methoden- und Quellenzugänge dies erlauben, auch die erwähnten sozial- und kulturgeschichtlichen Entwicklungszusammenhänge einbezogen werden. Und es muss sachlich und begrifflich möglichst präzise gefasst werden, welche Ausdruckformen und Inhalte von *Widerspruch*, *Opposition* und *Widerstand* sich unter den in der DDR entstandenen Verhältnissen entwickelt hatten. Auf die Gefahr von Verzerrungen sozialer und politischer Sachverhalte im Gegenstandsbereich analytischer Oppositionsforschung allein schon infolge ideologiegespeicherter Einengungen bei den hier notwendigen Begriffsbildungen oder

infolge der Abkopplung analytischer Begriffe von der Entwicklungsdynamik der untersuchten Gesellschaft wurde schon verwiesen. Janders Arbeit über die Initiative für unabhängige Gewerkschaften, die aus seiner 1995 an der Freien Universität verteidigten Dissertation hervorging, ist insofern charakteristisch für die hier behauptete Präjudizierung, als er unterstellt: „Versteht man unter ‚politische Opposition‘ eine Gruppe von Menschen, die sich den Sturz des Regimes vorgenommen hat und die diesen Sturz illegal vorbereitet, dann gilt es festzuhalten, dass es eine solche Gruppe in der DDR vor der Wende nicht gegeben hat.“³⁵ Seine terminologische Reduktion dessen, was statt Opposition nur Dissidenz genannt werden dürfe, beruht überdies auf einer von Jander vorgenommenen Einschränkung dieses von Löwenthal formulierten Oppositionsbegriffs durch ein ideologisches Zusatzkriterium, demgemäß jede Orientierung von Staatsfeinden auf sozialistische Ziele oder auf einen eigenständigen solchen Weg in der DDR als „staatsnah“ qualifiziert und somit als „Opposition“ zu disqualifizieren sei.³⁶

Wenn Zeithistoriker den Wandel gesellschaftlicher Verhältnisse in ihren Analysen gering-schätzen, so wird ihr Erkenntnisbeitrag zur Oppositionsforschung ebenfalls gering sein. Dies verdeutlichen Ansätze, welche die DDR als gleichgeschaltete, entdifferenzierte und homogenisierte Gesellschaft behandeln, die Überangepasstheit insbesondere des intellektuellen Protestpotentials behaupten und dies an dessen Verhaftung an den Idealen des Sozialismus festmachen. Folgerichtig wird bei solcher Sicht kaum Widerstand oder Opposition auszu-machen sein, der Massenprotest gegen das System aus seinem Untergang selbst erklärt oder nur auf den anschwellenden Strom der Abwanderer zurückgeführt. In totalitarismustheoretischen Ansätzen findet man bei gleichem Beschreibungszugang zur DDR-Gesellschaft je-doch auch Positionen vor, in einem derart gleichgeschalteten System jedes abweichende Verhalten als Opposition gegen das System zu qualifizieren. Auf diese Weise versuchen die Verfechter solcher Positionen, das von ihnen selbst definierte Problem zu lösen, in einer jeden Freiraum vernichtenden Gesellschaft die Entfaltung von oppositionellem und wider-ständigem Verhalten überhaupt erklären zu können.

Solcherart inkonsequente starre Dichotomie der Qualifizierung mitunter gleichen Verhal-tens von Akteuren entweder als durchgehende Anpassungsstrategien oder als Opposition weist auf einen wenig tragfähigen Begriff von dieser Gesellschaft hin. Diesem statischen Ansatz ist dann die Unfähigkeit geschuldet, die Widersprüchlichkeit sich entwickelnder Gesellschaftsstrukturen und ebenso der Opposition gegen sie zu begreifen. Die Zweifel an solchen Ansätzen müssen sich jedoch auch auf Deutungen erstrecken, die oft aus ganz ander-er Perspektive die Rolle von Opposition und Widerstand gegen das System überbetonen und seinen Untergang aus ihnen erklären wollen, ohne diesen Zusammenhang wirklich zu

35 Jander 1996, S. 32.

36 Zu Löwenthals Oppositionsbegriff vgl.: Richard Löwenthal, Widerstand im totalen Staat, in: Richard Löwenthal/Patrick von zur Mühlen (Hg.), Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945, Berlin-Bonn 1982. Eine Antwort auf Janders Methode einer Substitution der Analyse politischen Han-delns von Akteuren durch die Feststellung der „korrekten Ideologie“ ihres Tuns als Kriterium für den Befund, es handele sich um einen Fall von „Opposition“, hat Bernd Gehrke gegeben in seiner Replik „Aufbruch und Abbruch der Initiative für unabhängige Gewerkschaften in der ‚Wende‘-DDR 1989/90 oder Martin Janders Abwicklung der DDR-Opposition“, in: telegraph 7/8, 9, 10/1996; 1, 2/1997.

entwickeln und ohne nach dem Gewicht systemexterner Wirkungszusammenhänge auch nur zu fragen.

Zu beachten ist auch, dass zwischen Selbstverständnis und Selbstbeschreibung der Akteure gerade in Diktaturen unterschieden werden muss³⁷ und insbesondere das Gruppenselbstverständnis nicht zum alleinigen Kriterium für den Befund des Vorliegens eines Falls von „Opposition“ oder „Widerstand“ erhoben werden darf. Genauso evident ist es, dass die Fremdzuweisung des Regimes bezüglich der in Rede stehenden Gruppen nicht in diese Rolle gedrängt werden darf. Die Berücksichtigung des Faktors „gesellschaftliche Außenwirkung“ zu beschreibenden Handelns kann einen konstruktiven Beitrag für die notwendige Balance zwischen Selbst- und Fremdzuweisung leisten.

Der Verfasser benutzt einen *Oppositionsbegriff*, welcher sowohl die Herstellung von Öffentlichkeit durch offen auftretende Akteure als auch die weitgehende Vermeidung von Legalitätsverletzungen einschließt und schließlich durch gemeinschaftliche Anstrengungen der konzeptionellen Ausarbeitung politischer Alternativen zum herrschenden System gekennzeichnet ist. Der Kampf um die Herstellung „*oppositioneller Gegen-Öffentlichkeit*“ für derartige Alternativen bedeutete unter den in der DDR etablierten Bedingungen einer jegliche Opposition entweder leugnende oder sie nach Maßgabe ihrer Radikalität kriminalisierende Staatsmacht³⁸, dass dem hohen Verfolgungsrisiko mit spezifischen Techniken der

37 Sowohl die Tatsache, dass viele der hier untersuchten politisch alternativen Gruppen sich nicht nur aus taktischen Gründen keineswegs als Opposition beschrieben, als auch die Tatsache, dass einige sich auch nicht so verstanden, obwohl sie aus noch zu benennenden Gründen als solche wirkten, sind hier zu beachten.

38 „In sozialistischen Staaten existiert für eine Opposition gegen die herrschenden gesellschaftlichen und staatlichen Verhältnisse keine objektive politische oder soziale Grundlage ... Da die sozialistische Staatsmacht die Interessen des Volkes verkörpert und seinen Willen verwirklicht, ... richtete sich jegliche Opposition gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung gegen die Werktätigen selbst“. Kleines politisches Wörterbuch, Berlin 1988, S. 707. Sehr viel nüchterner sah man dies an der Juristischen Hochschule des MfS: „Aufgrund der Tatsache, dass es im Sozialismus noch einzelne Feinde gibt, Menschen, die unter dem ideologischen Druck des Gegners abtrünnig und zu Verrätern an der Sache des Sozialismus wurden, besteht auch die Möglichkeit, dass solche Personen zur politischen Untergrundtätigkeit übergehen, ohne dass bereits direkte Verbindungen zu feindlichen Zentren, Einrichtungen, Organisationen und Kräften bestehen. (Es) ... ist zu beachten, dass politische Untergrundtätigkeit und ‚innere Opposition‘ nicht miteinander identisch sind. Eine politische Untergrundtätigkeit ist für den Gegner ein wesentlicher Ausgangspunkt und wichtiges Instrument zur Vortäuschung und Schaffung einer breiten ‚inneren Opposition‘. ... Sie [die ‚innere Opposition‘, T. K.] soll nach der Zielstellung des Gegners vor allem als legalisierte gesellschaftliche Kraft in Erscheinung treten.“ Die politisch-operative Bekämpfung von politischer Untergrundtätigkeit. Teil 1. Studienmaterial der Juristischen Hochschule Potsdam, Sektion politisch-operative Spezialdisziplin, Januar 1980. MfS JHS 001 – 1/80/I. Noch präziser fasste dies ein anderes Studienmaterial der JHS: „Unter ‚innerer Opposition‘ im Sozialismus verstehen die Autoren eine im Widerspruch zur Gesetzmäßigkeit der bewussten Teilnahme der Werktätigen und der prinzipiellen Interessenübereinstimmung bei der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft stehende Gesamtheit antiozialistischer politischer Bewegungen, Zusammenschlüsse und Kräfte, die einen bestimmten Grad der Organisiertheit und der Wechselbeziehungen untereinander aufweisen, ihr Handeln auf die Destabilisierung der sozialistischen Machtverhältnisse richten und deren Beseitigung zum Ziel haben. Sie wirken ständig darauf hin, ihre Legalität zu erreichen und als selbständige politische Kraft anerkannt zu werden.“ Das aktuelle Erscheinungsbild politischer Untergrundtätigkeit in der DDR und wesentliche Tendenzen seiner Entwicklung, Studienmaterial Oktober 1989, MfS, VVS JHS o001–89/89, eingesehen im MDA, Reg.-Nr. PUT5.

Kriminalisierungsvermeidung oder durch (vorgetäuschte) Normenwahrung Rechnung getragen wurde. Dessen ungeachtet trotzdem als staatsfeindlich oder bestenfalls als „politisch negativ“ behandelt, konnte eine offen auftretende Opposition bei Strafe ihrer sofortigen Liquidierung nicht öffentlich auf die Beseitigung des herrschenden Regimes hin orientieren. Deshalb wird in dieser Monographie eine definitiv sich „staatsfeindlich“ verstehende und artikulierende, Legalitätsfragen missachtende (und deshalb natürlich nur konspirativ zu betreibende) politische Arbeit als *widerständig* bezeichnet, sofern sie gleichfalls politisch eingreifend (also etwa auf Öffentlichkeit oder kontinuierlich auf Organisation bzw. Strukturbildung gegen das Regime abzielend) betrieben wurde. Opposition und Widerstand werden also (begrifflich ähnlich wie Neubert das tut, inhaltlich jedoch davon abweichend) als verschiedene (entweder sich offen konstituierende oder nur konspirativ zu praktizierende) Formen *politischer Gegnerschaft* betrachtet.³⁹ Ebenso wie im Falle *politischen Widerspruchs*⁴⁰, aber anders als im Falle politischer Opposition, gehört gemeinschaftliches Handeln nicht notwendig auch zu den Kennzeichen widerständigen politischen Agierens, sehr wohl jedoch eine planmäßige entschiedene politische Gegnerschaft, die bereits den der Gesellschaft aufgeherrschten Basiskonsens aufkündigt.⁴¹ Letzteres unterscheidet auch das wi-

39 Ehrhart Neubert legt sich bei seinem Oppositionsbegriff, der ausschließlich auf die Legalität als Kriterium für diese Form politischer Gegnerschaft rekurriert, darauf fest, dass Oppositionelle „auf der Grundlage verbindlicher Normen und verbindlichen Rechts die Machthaber zur Einhaltung dieser Normen und Rechtssetzungen zu veranlassen suchten, um deren Macht zu begrenzen“, wozu auch gehörte, „an der Schaffung rechtlicher Grundlagen mitzuarbeiten“. Dies fällt nicht unbedingt mit der Ausarbeitung politischer Alternativen zur herrschenden Macht zusammen, wie er selbst einräumt. Auf diese Zusatzbedingung verzichtet er, weil er dieses Merkmal für ein in der „westlichen Tradition“ verankertes Oppositionsmerkmal hält, das in Systemen sowjetischen Typs „nur bedingt anwendbar“ ist. (Neubert 1997, S. 29). Im Gegensatz zu Neubert verzichtet der Autor bei seinem Oppositionsbegriff weder auf dieses Merkmal, noch auf das Merkmal kollektiven Handelns.

40 Die Begriffe „Widerspruch“, „Dissidenz“, „Verweigerung“ beschreiben aus der Sicht des Autors noch am ehesten differenzierte „voroppositionelle“ Formen politischer Aktivität oder Polarität. Inwieweit auch sie Formen politischer Gegnerschaft repräsentieren, wie hier generell den oppositionellen und widerständigen Bestrebungen zugeschrieben, ist nicht pauschal entscheidbar, sondern kann nur konkret bestimmt werden (vgl. etwa die Analyse der Formen von Verweigerung am Beispiel des Wehrdienstes in Abschnitt 2.2 und 4.29 der vorliegenden Arbeit).

41 Hier ist natürlich anzumerken, dass ein Fall von „Aufkündigung des herrschenden Basiskonsenses“ in Diktaturen mit rechtsstaatlicher Verkleidung den jeweiligen Opponenten nach Maßgaben politischer Zweckmäßigkeit „willkürlich“ zugeschrieben wird (also nur formal ein verfassungsrechtlicher Befund ist), um sie dann als Widerständler strafrechtlich verfolgen zu können. Bürgerliche Rechtsstaaten verfolgen natürlich ebenso wie Diktaturen ihre „Verfassungsfeinde“ strafrechtlich als Widerständler, wobei die rechtliche Selbstbindung der Staatsgewalt in bürgerlichen Rechtsstaaten die erwähnte Willkür durch die Feststellung jener fundamentalen Gegnerschaft auf dem Rechtsweg ablösen will. Im politischen System solcher Staaten ist der häufig als „Machtwechsel“ bezeichnete Regierungswechsel etwa zugunsten der bisherigen parlamentarischen Opposition Teil des legalen parlamentarischen Wettbewerbs konkurrierender systemkonformer politischer Parteien. Natürlich sind auch hier politische Vereinigungen, die statt solchen Machtwechsels einen Systemwechsel (sei es eine Diktatur oder z. B. ein sozialistisches Räte-system) anstreben, nach Maßgabe der inneren oder äußeren Spannungslageneinschätzung von Verbot oder Verfolgung bedroht, egal, ob sie an der parlamentarischen Parteienkonkurrenz teilnehmen oder sich als „außerparlamentarische Opposition“ organisieren. In politbürokratischen Diktaturen sowjetischen Typs fielen schon verfassungsrechtlich Macht- und Systemwechsel in eins, womit (im Falle der DDR) ein Angriff auf die SED oder ihre führende Rolle in einem Block gleichgeschalteter Parteien als fundamentale Gegnerschaft betrachtet wurde. Dass sie sich im Normal-

derständige Handeln vom politischen Widerspruch, der ebenso wie oppositionelle Betätigung keineswegs jene *fundamentale* Gegnerschaft im Sinne angestrebter Beseitigung politbürokratischer Herrschaft ausdrücken musste. Hier lässt sich das eigentliche analytische und auch begrifflich zu reflektierende Forschungsproblem der Charakterisierung von Opposition und Widerstand in politbürokratischen Regimes formulieren: Die in dieser Monographie für die 80er Jahre nachgewiesene Durchmischung offen (oppositionell) und konspirativ (widerständig) agierender Gruppenstrukturen und die Übergänge zwischen diesen Formen waren Ausdruck eines Prozesses, der die Grenzzone zwischen quasilegalistischen und illegalen (offen und nur konspirativ zu betreibenden) Aktionsformen verschob bzw. immer wieder neu bestimmte. Dies bedeutete, dass die „Opposition“, ihre politischen Alternativen offen formulierend und quasi-legalistisch agierend, im Prozess solcher Grenzverschiebungen ihre Praxis bis zur frontalen Herausforderung des Regimes zu treiben begann. Die herrschaftspolitische Entscheidung, solche oppositionellen Akteure ihrem Charakter nach als widerständig (offen staatsfeindlich) zu verfolgen oder nicht, war selbst grenzwertig. Die Resultate der Entwicklung beider Formen politischer Gegnerschaft trugen einerseits zu dieser Grenzverschiebung bei. Andererseits entwickelten die oppositionellen und widerständigen Akteure in ihren Gruppen neue Arbeitsweisen unter sich wandelnden Bedingungen politbürokratischer Herrschaft.

Die hier benutzte Begrifflichkeit ist hinsichtlich ihrer Kriterien eng an die politischen Verhältnisse der achtziger Jahre gebunden und würde (hinsichtlich dieser Kriterien) für die vorherigen Jahrzehnte jeweils andere Bedeutungszuordnungen erforderlich machen. Diese Begrifflichkeit ermöglicht aber für den Untersuchungszeitraum die präzise Darstellung auch sich überschneidender oder ineinander übergehender verschiedener Formen politischer Gegnerschaft und der zugehörigen Risikobelastung der Akteure.

Die Entscheidung des Autors, die Begriffe „Widerstand“ und „Opposition“ in Anwendung auf eine politbürokratische Diktatur nicht nur für die 80er Jahre differenzierend zu verwenden, ist natürlich erklärungsbedürftig, denn es ist auch eine Alternative plausibel: Wer wie Löwenthal in seiner am Nationalsozialismus orientierten Untersuchung von „Widerstand im totalen Staat“ die Begriffe Widerstand und Opposition im Wesentlichen synonym (als „bewussten politischen Kampf“) verwendet⁴², bezieht sich auf die Tatsache, dass es im Nationalsozialismus „Opposition“ als sich relativ offen oder „legal“ entfaltende politische Gegnerschaft im Sinne von Fricke⁴³ praktisch (bis auf eine sehr kurze Anfangsphase) nicht gab bzw. dass Opposition unter den damals in Deutschland herrschenden Verhältnissen sofort in Widerstand (illegale konspirative politische Arbeit) umschlagen musste. In der SBZ hat es in der vermeintlich noch relativ offenen Periode der Herausbildung stalinistischer Herrschaftsverhältnisse und der erst entstehenden Blockkonfrontation des Kalten

zustand politbürokratischer Herrschaft nicht nur „außerparlamentarisch“, sondern auch konspirativ (illegal) organisierte, versteht sich ebenso von selbst, wie ihre Verfolgung als „staatsfeindlich“, egal, ob sie die Macht- bzw. Systemfrage im Namen eines bürgerlich-parlamentarischen, demokratisch-sozialistischen oder eines Rätessystems stellte.

42 Löwenthal 1982, S. 13f. Dabei beschreibt er allerdings für den Nationalsozialismus auch gesellschaftliche Verweigerung und weltanschauliche Dissidenz (ebenso wie die politische Opposition) als Widerstandsformen (S. 18, S. 22f.).

43 Karl Wilhelm Fricke, Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report, Köln 1984, S. 13.

Krieges eine Opposition in Frickes Sinne tatsächlich gegeben und sie wurde (ebenso wie jede Form von Widerstand) brutal unterdrückt. Und auch in der poststalinistischen Periode politbürokratischer Herrschaft, insbesondere in dem hier untersuchten letzten Jahrzehnt der DDR, gab es Opposition *und* Widerstand, wobei „Opposition“ in dieser Periode nicht nur aus taktischen, sondern vor allem aus Gründen veränderter politisch-gesellschaftlicher Verhältnisse sich ganz anders artikulierte und agierte, als in der Phase der Stalinisierung der SED und der „Sowjetisierung“ der DDR. Von daher hält es der Autor für sinnvoll, *beide* Begriffe (in der oben beschriebenen Weise) für die verschiedenen Phasen der DDR-Geschichte in differenzierender Weise anzuwenden.

Die hier angestellten Überlegungen machen auch deutlich, worin die Herausforderung einer vornehmlich kategorial orientierten Begriffsbestimmung des Inhalts von Widerstand und Opposition, die der Autor offenbar bevorzugt, liegt: Ohne Berücksichtigung sowohl des Kontextes gesellschaftspolitischer Entwicklungsverläufe als auch des Wandels darauf bezogener subjektiver Zielerwartungen politisch handelnder Akteure besteht immer die Gefahr, starr merkmalsbezogen zu argumentieren und sich so von der Realität der zu untersuchenden Verhältnisse zu „emanzipieren“. Der Leser möge entscheiden, inwieweit es dem Autor gelungen ist, dieser Gefahr zu entgehen.

1.5 Untersuchungsfelder

Der Wandel von Inhalten und Formen oppositioneller Betätigung Ende der 70er und während der 80er Jahre, in wesentlichen Teilen fassbar als „Politisierung der unabhängigen Friedensbewegung“ (einschließlich der dort stattfindenden Entwicklung einer Ökologie-, Dritte Welt- und Menschenrechtsbewegung) wird anhand von Analysen der Gruppen im Berliner Raum dargestellt. Zu den wichtigsten untersuchten Gruppen zählen *der Friedenskreis der Evangelischen Studentengemeinde, der Friedrichsfelder Friedenskreis, der Friedenskreis der Samaritergemeinde, die Berliner Umweltbibliothek, die Initiative Frieden und Menschenrechte, die Gruppe Gegenstimmen, die Kirche von Unten und der Pankower Friedenskreis*. Die Auswertung umfangreicher Originalquellen und Selbstzeugnisse der unabhängigen Berliner Gruppen speist so eine regionale Struktur- und Politisierungsgeschichte oppositioneller und widerständiger Strömungen. Die analytische Rekonstruktion auf dieser Quellenbasis erschließt zunächst ereignisgeschichtliche Etappen und Brennpunkte der Politisierung Berliner alternativer Gruppen im Umfeld evangelischer Kirchgemeinden. Der Fokus war auf die Identifizierung jener Faktoren gerichtet, welche die Qualifizierung politischen Widerspruchs zur Opposition ermöglichten. Hier wird keine deskriptive Gruppengeschichte und erst recht keine Personendarstellung dieser Kreise angestrebt, sondern es sollen in der Region Berlin aus dem Aktionsprofil dieser Gruppen die entwicklungsgeschichtlichen Triebkräfte ihrer „Politisierung“ in Beziehung gesetzt werden zur gesellschaftlichen Widerspruchsdynamik in der DDR. Welche Folgen und spezifischen Widersprüche dies für die Institutionen der evangelischen Kirche zeitigte, unter deren Dach und partiellem Schutz sich diese Entwicklung vollzog, wird ebenso untersucht, wie die speziellen Interessenlagen und

-konflikte zwischen Friedenskreisen, den evangelischen Gemeinden als direkter Gastgeber dieser „Friedenskreise“ und amtskirchlichen Verantwortungsträgern.

Die korrespondierende Entwicklung konspirativ agierender widerständiger Gruppen außerhalb des kirchlichen Raums und die Formen der Kooperation und Durchmischung der Praxis dieser Akteure mit der des halblegalen und halböffentlichen Kirchenmilieus wird betrachtet unter dem Aspekt, welchen Zugewinn dies hinsichtlich der „Politikfähigkeit“ dieses neuen oppositionellen Milieus im Prozess seiner Politisierung zeitigte. Ein Aspekt dieser Untersuchung beschreibt die „Konversion“ politischer Zielprojektionen vormaliger oppositioneller Strömungen der 60er und 70er Jahre im Entwicklungsprozess der „neuen Opposition“ der 80er Jahre. Dabei enthüllt sich, in welcher Form und welcher Nachhaltigkeit unterschiedliche politische Optionen sich einerseits im konspirativen oppositionellen Milieu der ausgehenden siebziger Jahre und andererseits in den sich damals gerade herausbildenden Strukturen der unabhängigen Friedensbewegung verankerten, die unter kirchlichem Dach agierten. Hier entstand in der DDR anfangs der 80er Jahre erstmals ein halblegaler öffentlicher Raum selbstbestimmter Artikulation alternativer gesellschaftspolitischer Inhalte. Für den Berliner Raum wird gezeigt, inwieweit die rapide Politisierung dieser Bewegung in der ersten Hälfte der 80er Jahre folgerichtige Konsequenz des hier möglichen enttabuisierten Umgangs mit den eskalierenden Widersprüchen in der DDR und den internationalen Umbruchprozessen dieses Jahrzehnts war und welche Rolle die Teilnahme von bisher außerhalb des kirchennahen Milieus agierender oppositioneller Strömungen an dieser Debatte spielte. Denn diese Bewegung politisierte sich während der „Nachrüstungsdebatte“ sehr schnell und ging über ihre kirchenspezifischen Initialthemen (Wehrdienstverweigerung, Ersatzdienst, sozialer Friedensdienst, Pazifismus) weit hinaus. Die Analyse schließt den Umgang ausgewählter Gruppen mit diesen Themen ein und macht anhand der wichtigsten dieser Themen die Entwicklung der Arbeit dieser Gruppen innerhalb dieses Politisierungsprozesses erkennbar. Der Themenkatalog politisch alternativer Gruppen erweiterte sich Mitte der 80er Jahre innerhalb kurzer Zeit auf Fragen mit immer unmittelbarerem Bezug zur politischen und wirtschaftlichen Situation der Ostblockländer. Diese hochpolitischen Thementausweitungen haben sich ereignisgeschichtlich auf eindrucksvolle Weise im Tätigkeitsprofil der Berliner Gruppen abgebildet und überregional ausgeweitet. Solche Profile gibt es bereits vom Pankower Friedenskreis, von der IFM und der Umweltbibliothek.⁴⁴ In dem Bemühen, dieses Spektrum der Arbeitsfelder Berliner Friedenskreise dokumentierend zu ergänzen, wurde dieser Versuch in der vorliegenden Arbeit am Beispiel des Friedenskreises der ESG Berlin/des Friedenskreises Friedrichsfelde unternommen. Anhand eines für die gesamte Tätigkeitsdauer rekonstruierbaren Veranstaltungsprofils einschließlich der Teilnehmerzahlen und der Vorbereitungs- sowie einiger Verlaufsprotokolle war die Politisie-

44 Marianne Subklew-Jeutner, *Der Pankower Friedenskreis*, Osnabrück 2004; Wolfgang Rüdendklaus, *Störenfried. DDR-Opposition 1986–1989 mit Texten aus den „Umweltblättern“*, Berlin 1992; Wolfgang Templin/Reinhard Weißhuhn, *Die Initiative Frieden und Menschenrechte*, in: Eberhard Kuhrt/Hansjörg F. Buck/Gunter Holzweißig (Hg.), *Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft*, Opladen 1999; Torsten Moritz, *Die Entwicklung von DDR-Oppositionsgruppen nach 1989: Das Beispiel der Umweltbibliothek Berlin – Die Tücken der Gruppendynamik*, in: Detlef Pollack/Dieter Rink (Hg.), *Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970–1989*, Frankfurt/Main 1997, S. 208–234.

rung des Friedenskreises Friedrichsfelde vollständig rekonstruierbar und wird in dieser Arbeit abgebildet.

Die Arbeit der Friedenskreise konnte unter Ausnutzung der kirchlichen und gemeindeverfassten Strukturen nach und nach auch eine gewisse über den Kirchenraum hinausreichende Öffentlichkeit erreichen. Damit wuchs die Bedeutung auch schon zuvor praktizierter Aktionen öffentlichen „zeichenhaften Handelns“. Daran nahmen mit der Zeit weit mehr und durchaus kirchenferne Personen und Gruppen teil, als der Evangelischen Amtskirche selbst genehm war. Deren Anteil an wachsenden Konflikten der Gruppen mit der evangelischen Amtskirche und letzterer mit den Staatsorganen sowie die Natur dieser Konflikte werden an Fallbeispielen untersucht. Doch auch die Spannungen christlich gebundener Akteure in den Gruppen mit der Kirchenhierarchie wuchsen rapide. Neben dem „Arbeitskreis solidarische Kirche“ ist vor allem die Entstehung der „Kirche von Unten“ Ausdruck dieser Konflikte. Die Emanzipation kirchlich gebundener Mitglieder der unabhängigen Gruppen von den institutionsgeleiteten Sonderinteressen dieser Kirche an der Friedensbewegung und die Selbstbehauptung gegenüber amtskirchlichen Strukturen erreichte mit der Gründung dieser „Kirche von unten“ 1987 einen Höhepunkt und bildet einen weiteren Schwerpunkt der hier vorliegenden Arbeit.

Gerade die in der vorliegenden Untersuchung durchgeführte Analyse der Berliner Regionalgruppen der „Kirche von Unten“ und des „Arbeitskreises Solidarische Kirche“ belegt eine weit über den „innerkirchlichen“ Konflikt hinausgehende politische Wirkung von autonomen Netzwerken politisch alternativer Gruppen. Über die Gruppenarchitektur und die differenzierte Entwicklungsgeschichte Berliner Friedenskreise hinaus ist der seit 1986 sich forciierende überregionale Vernetzungsprozess als Politisierungseffekt wachsenden oppositionellen Anspruchs und Selbstverständnisses solcher Gruppen nachweisbar. Gegenstand der Analyse war der Anteil Berliner Friedenskreise am fortschreitenden regionalen und überregionalen Vernetzungsprozess über die jährlichen republikweiten Treffen „Konkret für den Frieden“ 1983–1989 (insbesondere die Initiativen Berliner Vertreter im Fortsetzungsausschuss dieser Treffen zur effektiveren Vernetzung mittels eines Kontakttelefons), die Friedenswerkstatt 1982–1989 und (marginal) über die Friedensdekaden 1981–1988⁴⁵. Die seit 1986 sich ausbreitenden halblegalen bzw. illegalen Berliner Publikationen und Periodika (insbesondere der Bartholomäusgemeinde, der Umweltbibliothek, der Initiative Frieden und Menschenrechte und des Friedenskreises Friedrichsfelde) wurden auf ihre Politisierungswirkung sowie ihren Vernetzungsbeitrag untersucht. Als Ausdruck von Politisierung ist ebenso die Erweiterung der schon Anfang der 80er Jahre in einigen Friedenskreisen praktizierten friedenspolitischen Kooperation mit den Grünen/AL hin zur Zusammenarbeit mit westeuropäischen Vereinigungen in der europäischen Friedens-, Entspannungs- und Menschenrechtsproblematik sowie mit osteuropäischen oppositionellen Gruppierungen darstellbar.

45 Bei den Friedensdekaden liefen die Vernetzungsaktivitäten eher über den Kirchenapparat.

Zweifellos gingen Positionen innerhalb der unabhängigen Friedensbewegung zum Teil auch weit über den im unzufriedenen Teil der Bevölkerung populären Forderungskatalog nach mehr Bürgerrechten und materiellem Wohlstand hinaus, jedoch keineswegs vollständig an ihm vorbei. Die andauernde Debatte innerhalb der Friedensbewegung über die Demokratisierung der DDR-Gesellschaft mündete Mitte der 80er Jahre schließlich auch in eine *Menschenrechtsdiskussion*, in der allerdings nicht nur einvernehmlich Meinungs-, Diskussions-, Presse-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit gefordert, sondern auch das Verhältnis von elementaren individuellen, politischen und sozialen Menschenrechten zunehmend kontrovers diskutiert wurde. Die hier entstandenen Konfliktlagen und ihr Begründungszusammenhang sind ebenfalls Gegenstand der Untersuchungen. Hier zeigte sich bereits, dass eine vor allem von der 1986 gegründeten kirchenunabhängigen „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ (IFM) praktizierte Konzentration der Forderungen nur auf mehr bürgerliche und politische Freiheiten in der DDR umstritten blieb. Öffentlich sichtbar wurde dies etwa bei dem vom Friedenskreis Friedrichsfelde organisierten ersten unabhängigen DDR-weiten Menschenrechtsseminar im November 1986 in Berlin. Als exemplarisch für politische Differenzierungen können die seit 1988 eskalierende Problematik von in Gruppenveranstaltungen auftretenden entschlossenen Ausreisantragstellern (Auseinandersetzungen um die „Staatsbürgerschaftsrechtsgruppe“), umstrittene Kontakte zu bundesdeutschen CDU- und US-amerikanischen Politikern sowie die Auseinandersetzungen um Formen der Organisation einer ökologischen Basisbewegung zwischen der Berliner Umweltbibliothek und der Arche (als späterer Geburtshelfer einer Grünen Partei in der DDR) gelten.

1.6 Strategiewandel in der Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit und dessen Auswirkungen auf die Politisierung der unabhängigen Friedensbewegung 1980–1989

Der Wandel staatlicher Repressionstechniken und die Formen der Ausnutzung divergierender Interessenlagen der oppositionellen Gruppierungen untereinander bzw. gegenüber den kirchlichen Strukturen seitens der Sicherheitsorgane oder anderer Akteure der Staatsmacht ist ein weiteres Element der Untersuchung. Am Beispiel der Berliner Gruppen kann die Wirkungstiefe direkten und indirekten staatlichen Repressions- und Präventionshandelns auf die politische Praxis dieser Gruppen und auch auf den Verlauf ihrer Politisierung selbst abgebildet werden. Unter „Strategiewandel“ wird der bereits Ende der 70er Jahre beginnende widersprüchliche Übergang weg von der vorrangig mit repressiven (insbesondere strafrechtlichen) Methoden betriebenen politischen Verfolgung (Primat der Sanktion im Dienste der Abschreckung vor oppositioneller Betätigung) hin zum Primat der Prävention (Schwerpunktverlagerung zugunsten operativer Vorfeldarbeit zwecks Verhinderung sich anbahnender „feindlich-negativer“ Aktivitäten) verstanden. Der hier erkennbare Wandel im Arsenal angewandter Repressionstechniken ist Ausdruck des Formenwandels im Repressionsregime. Teil dieser Untersuchung ist auch das Verhältnis von strategischen Planungen des operati-

ven Präventionshandelns (insbesondere der Sicherheitsorgane) zum Grad der Umsetzung solcher Planungen. Ebenso wird das ebenfalls auf Prävention orientierende kirchenpolitische Agieren der Dienststelle des Staatssekretariats für Kirchenfragen angesichts sich formierender Gruppen im kirchlichen Umfeld betrachtet. Nicht die hier angewandten Herrschaftstechniken stehen jedoch im Zentrum der Analyse: Der Fokus bleibt dabei auf die tatsächlichen Auswirkungen solcherart angestrebter Einkreisung und Lahmlegung dieser Gruppierungen sowie auf den wirklichen Einfluss staatlicher Maßnahmen auf deren Tätigkeit gerichtet. Insbesondere wird das gegen die alternativen Gruppen bzw. die Evangelischen Amtskirchen gerichtete geheimdienstliche bzw. kirchenpolitische Interventionshandeln zum Zwecke der gesellschaftlichen bzw. innerkirchlichen „Ghettoisierung“ dieser Gruppen hinsichtlich ihres Wirkungserfolgs betrachtet. Die Analyse und Wertung von Veränderungen der strategischen Leitlinien dieser „Eindämmungspolitik“ schließen auch das als „Strafpolitik“ bezeichnete rechtspolitische Experimentieren der Staatsorgane bei der Abwehr oppositioneller Aktivitäten und organisatorischer Verfestigungen alternativer Gruppen ein. Zusammen mit der Analyse des Wandels von Richtlinien des Politbüros und von Weisungen der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK sowie des verantwortlichen ZK-Sekretärs kann anhand der Auseinandersetzung mit oppositionellen Herausforderungen auch ein Beitrag zur Frage der Reichweite und der Grenzen politbürokratischen Herrschaftshandelns in der Niedergangphase von Systemen sowjetischen Typs geleistet werden.

Untersucht werden das Funktionieren und die tatsächlichen Folgen (Erfolg bzw. Scheitern) der Konfliktregulierungsstrategien der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen (SfK) bei der Beeinflussung der evangelischen Amtskirchen⁴⁶ in Richtung „Domestizierung“ der Gruppen innerhalb des kirchlichen Raums und der Verhinderung von Übertretungen innerkirchlicher Wirkungsgrenzen. Im Mittelpunkt steht die Frage, welche Rolle das taktierende Verhalten der Amtskirche zwischen Staatsmacht und Gruppen in diesem Politisierungsprozess gespielt hat bzw. welcher der drei Akteure den überwiegenden Nutzen daraus ziehen konnte oder wer durch wen in seinen Absichten wirklich behindert wurde. Speziell werden die variierenden Taktiken des MfS während der verschiedenen Politisierungsstadien zur operativen Bearbeitung der UFB untersucht.⁴⁷ Zu klären war ebenfalls, in welchem Verhältnis diese geheimdienstlichen Techniken zur kirchenpolitischen Konzeptbildung des SfK standen und wie das MfS seine formellen oder informellen Möglichkeiten zur Abstimmung mit dem SfK genutzt hat. Gezeigt hat sich hier, dass es erhebliche funktionelle Regelungsdefizite im Zusammenwirken von Parteiführung (insbesondere der Abteilung Kirchenfragen des ZK und dem verantwortlichen ZK-Sekretär), dem Ministerium

46 Im normierten Sprachgebrauch der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen handelte es sich um den angestrebten Prozess der „Differenzierung und Polarisierung“ amtskirchlichen Handelns „loyaler, realistischer, schwankender oder feindlich-negativer“ Verantwortungsträger, hier vor allem der evangelischen Landeskirchen.

47 Das MfS als Staatsorgan mit Vollmacht zur Anwendung „besonderer Maßnahmen“ zur Abwehr oppositioneller und widerständiger Bestrebungen erweiterte den auch beim „offiziellen“ Partner der Kirchen (der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen) üblichen Begriff des „operativen Handelns“: Hier ging es um Überwachung, als verdeckte Maßnahmen organisiert Lenkung beruflicher und gesellschaftlicher Tätigkeit von „Zielpersonen“ oder Gruppen, Zersetzungsmaßnahmen, Untersuchungen im Rahmen operativer Vorgänge und strafrechtliche Verfolgung bzw. veranlasste ordnungsrechtliche Disziplinierung.

der Justiz, dem MfS sowie den Abteilungen des SfK gab, um die Rechts- und Strafpolitik als Instrument zur Neutralisierung der Opposition zu entwickeln.

Die Verlaufsform der Modifikation von Arbeitsweisen politisch alternativer Gruppen, insbesondere in der UFB, angesichts neuer Abwehrmethoden der vom Parteiapparat gesteuerten Staatsorgane gibt Aufschluss über Wechselwirkungen innerhalb eines extrem ungleichgewichtigen Kräfteverhältnisses: Es wird dargestellt, wie in diesem Prozess die oppositionelle Praxis der Risikobegrenzung durch Legendierung bzw. der Risikovermeidung durch Konspiration seitens der Staatsmacht antizipiert wurde. Letztlich geht es um die Aufdeckung der Ursachen dafür, dass staatlicherseits auf die seit Anfang der 80er Jahre vermehrt angewandte Verknüpfung konspirativer Praktiken und öffentlicher Strukturen im Rahmen der Friedens- und Menschenrechtsarbeit und auf die sich seit 1986 ausweitende halblegale und illegale Veröffentlichungstätigkeit nicht mehr wirksam reagiert werden konnte. Die Gruppen erscheinen aufgrund des gewählten Zugangs weder als sich nur in der Ablehnung diktatorischer gesellschaftlicher Verhältnisse politisierende Opposition, noch allein als erfolgreich Gegenwehr leistende „Objekte operativer Bearbeitung“: Sie werden als „kollektive Subjekte“ in der Auseinandersetzung mit der Staatsmacht und dem Parteiapparat sichtbar, denen gegenüber sie nicht nur defensiv, sondern auf gesellschaftliche Veränderung hin politisch handelnd und deren Maßnahmen durchkreuzend⁴⁸ auftreten. Der abnehmende Erfolg einer anfangs weithin verwirklichten andauernden Isolierung der UFB von der Bevölkerung war nicht nur Resultat der fortschreitenden internen Konsolidierung der Gruppen und ihrer Politisierung, sondern auch der sich immer deutlicher abzeichnenden Grenzen einer erfolgreichen staatlichen Eindämmungspolitik nach innen: Das „Versagen“ der staatlichen Wechseltaktik liberaleren und dann wieder repressiveren Umgangs mit den Gruppen 1987/88 wird als Folge verschärfter innergesellschaftlicher Konfliktodynamik und sich wandelnder gesamtgesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und außenpolitischer Bedingungen, nicht aber „falscher“ staatlicher Mittelwahl bei ihrer Beeinflussung nachgewiesen. Insofern konnte die Antwort auf die Frage, wie es den politisch alternativen Gruppen gelang, gegen einen übermächtigen Staatsapparat ihre Formen der „Gegenöffentlichkeit“ und ihre Netzwerke weiter auszubauen, nicht allein als Resultat herrschaftstechnischer Wirkungsanalysen erwartet werden.

Für die Rekonstruktion der Entwicklungsgeschichte oppositioneller Gruppierungen und für die Deutung ihres Politisierungsprozesses hat sich diese Perspektive als ein Schlüsselfaktor erwiesen: Der Zusammenhang einer zunehmenden Gruppenpolitisierung mit den durch variierende staatliche Eindämmungsstrategien sich ändernden Handlungsspielräumen und Konfliktfeldern eröffnet auch einen neuen Zugang zur Entschlüsselung des unmittelbar vor und während der „Wende“ 1989 plötzlich eintretenden politischen Bedeutungszuwachses numerisch – und bis dahin auch politisch – minoritärer Gruppen sowie der evangelischen Kirchen in der DDR und ihres ebenso schnellen Bedeutungsverlusts seit dem Jahre 1990. Zur Erklärung des wachsenden staatlichen Kontrollverlusts seit 1988 gehört eben auch die Deutung der Folgen einer spezifischen reaktiven Antizipation des sich wandelnden Repres-

48 Vgl. Süß 2003.

sionshandelns der Staatsmacht durch die politisch alternativen Gruppen: So hat zum Beispiel die langjährige rigide staatliche Dialogverweigerung gegenüber den immer fordernder auftretenden Gruppen zu einer Fixierung der Mehrzahl dieser Gruppen auf die Erzwingung dieses Dialogs geführt. Als mit Eskalation der gesamtgesellschaftlichen Krise die staatliche Dialogverweigerung immer weniger haltbar wurde, haben die aus den alternativen Gruppen entstehenden oppositionellen neuen politischen Vereinigungen diese Fixierung beibehalten, weshalb statt einer von einem „Runden Tisch der Opposition“ ausgehenden politischen Herausforderung der SED und ihrer Blockparteien ein Runder Tisch *mit* diesen Parteien entstand. Ebenso hat die offizielle Duldung der Teilnahme von unabhängigen Friedenskreisen am Olof-Palme-Friedensmarsch im September 1987 zu Fehleinschätzungen künftigen staatlichen Handelns geführt – und zwar unmittelbar vor der Rückkehr des MfS zu Methoden verschärfter Repression Ende 1987. Mit der Untersuchung solcher und anderer ähnlich gelagerter Sachverhalte wird die vorzulegende Politisierungs- und Strukturgeschichte der Berliner Opposition auch hinsichtlich ihrer Interaktionsgeschichte (ihre Reaktionen auf Manöver staatlicher Eindämmungs- und Isolierungspolitik sowie ihr Umgang mit dem staatlich beeinflussten amtskirchlichen Handeln gegenüber den Gruppen) transparent.

1.7 Opposition und die systemischen Grenzen ihrer Abwehr in poststalinistischen politbürokratischen Diktaturen

Das Forschungsfeld der „Politisierung der unabhängigen Friedensbewegung“ ist ein ausgezeichnetes Prüffeld für eine Kernfrage zum Systemmechanismus der späten DDR: Einerseits büßte die immer mehr erstarrende Politbürokratie zunehmend ihre Steuerungs- und Problemlösungskapazitäten ein, was auch zu einem wachsenden Kontrollverlust in allen gesellschaftlichen Bereichen führte. Andererseits behaupten nicht zuletzt auch die Verantwortungsträger des MfS selbst im Nachhinein (unter Hinweis auf die mehr und mehr ausbleibenden oder zunehmend widersprüchlichen Richtlinienweisungen der Parteiführung), sie wären als Geheimdienst mehr und mehr in umfassende Kontroll- und partiell auch in solche Steuerungsfunktionen hineingedrängt worden.⁴⁹ Falls dieser Befund zuträfe, so bedeutete dies, dass die dem MfS übertragenen oder aufgezwungenen erweiterten Funktionen nun von einem Staatsorgan ausgeübt werden sollten, das jedoch über die darauf aufsetzende notwendige Steuerungsvollmacht weder verfügte, noch sie übernehmen wollte. Es hätte dies (trotz des enormen Ausbaus des MfS) von den Kapazitäten her auch nicht leisten können. Anderenfalls wäre die DDR in ihrer Endphase eine Staatssicherheitsdiktatur im Mantel der Parteidiktatur gewesen, was durch den Forschungsstand dementierbar ist: Weder durfte das MfS seine Kontrollfunktion in die Kernbereiche der inzwischen immer mehr dysfunktional werdenden Parteisteuerungszentralen hinein ausüben, noch hat es je seine Dienstfunktion mit der Steuerungsfunktion der Parteiführung vertauschen wollen. Letztere blieb das (erlahmende) politische Machtzentrum. Diese innerbürokratische Arbeitsteilung versagte eben

49 Fortlaufend in: Reinhard Grimmer/Werner Irmeler/Willi Opitz/Wolfgang Schwanitz, *Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS*, Berlin 2002.

in dem Maße, wie die Parteiführung ihre Problemlösungskapazität einbüßte. Jedoch ist die damit aufgeworfene Frage durchaus noch nicht hinreichend beantwortet: Da die Staatssicherheit allerdings jenseits des Parteiapparats alle anderen Apparate (insbesondere die Staatsapparate) umfassend zu durchdringen und zu kontrollieren und dort die defizitär werdende Steuerung der Partei anzufeuern versuchte, war zu klären, auf welchen Ebenen, in welchem Umfang und mit welchen Ergebnissen sie im Krisenmoment eigeninitiativ partiell Funktionen anderer Staats- oder sogar Parteiorgane ergänzte oder übernahm. Konnte oder musste das MfS wegen seiner umfassenden Kenntnis der wirklichen Lage zeitweilig doch eigene Initiativen im Zuständigkeitsbereich richtliniengebender Organe der Parteibürokratie, insbesondere der ZK-Sekretäre und des ZK-Apparats übernehmen?

Diese Frage scheint gerade auf dem Feld staatlicher Bekämpfung oppositioneller Bestrebungen Sinn zu machen und wird in der vorliegenden Arbeit am Beispiel der politisch alternativen Gruppen im Berliner Raum untersucht. Es ließ sich nachweisen, dass beim MfS in den 80er Jahren ein präzises und weithin zutreffendes Bild von der Zusammensetzung, den Besonderheiten und der Entwicklungsperspektive des Milieus der alternativen Gruppen im kirchlichen Umfeld vorhanden war, wogegen die darauf fußenden Anstrengungen zur Ausarbeitung einer konsistenten Abwehrstrategie seit 1986 spätestens beim Versuch ihrer Umsetzung scheiterten. Dabei spielten Eingriffe der Parteiführung in das Abwehrhandeln der Sicherheitsorgane eine nicht unwesentliche Rolle. Häufig ist dieses Scheitern als Ausdruck der enormen Diskrepanz zwischen einerseits weitgehender Informiertheit der Sicherheits- und Parteiorgane über Wirken und Absichten der oppositionellen Gruppen und andererseits der Unfähigkeit zu adäquaten Schlussfolgerungen, konkludentem Handeln und nüchterner Urteilskraft interpretiert worden.⁵⁰ Jedoch schienen weniger Zweifel an der Analysefähigkeit in den Herrschaftsinstitutionen angebracht, als an deren real bestehenden Möglichkeiten, innerhalb des Systems die entstehenden Konflikte lösen zu können. Im Kontext der innersystemischen Logik kann sogar gesagt werden, dass die Arbeit der Sicherheitsorgane bei der Bekämpfung von PUT und PID höchstens Pannen oder taktische Fehler aufwies, jedoch keine strategischen Fehlleistungen zu konstatieren waren. Wenn also keine fundamentalen Fehler gemacht wurden, deutet dies eben auf Lösungen nur jenseits der systemischen Barrieren hin: Dieses System hatte seine Entwicklungs- und Anpassungsfähigkeit erschöpft und die „Qualität“ seines politischen Regimes war durch seine Fähigkeit gekennzeichnet, es über sein „Verfallsdatum“ hinaus zu bewahren. Je nachdem, wann diese Verfallsgrenze angesetzt wird, kann das Regime sogar als umso effektiver eingeschätzt werden, je früher dieses „Datum“ angenommen wird.

Bereits Anfang der 80er Jahre zeichnete sich nach dem vollzogenen Übergang zum Schwerpunkt Prävention gegenüber der Repression ein enormer Anstieg des Überwachungsaufwands ab. Dem internationalen Druck auf Einhaltung von Mindeststandards politischer und bürgerlicher Rechte durch die DDR als Preis ihrer erfolgreichen Souveränitätspolitik musste die Parteiführung auch wegen der Erfahrung erheblicher politischer Unkosten früher bevorzugter strafrechtlicher Repressionen entsprechen. Das Ausklingen der scharfen strafrechtlichen Verfolgungspraxis war begleitet von der Verstärkung des Anwendens indi-

50 Etwa Rüdtenklau 1992, S. 360.

Einführung

rekter Methoden zur Verhinderung von Gruppenbildung. Bei der Vorfeldblockade von Gruppenaktivitäten und im Falle der Unabhängigen Friedensbewegung bei der Unterbindung von Überschreitungen der Grenzen des kirchlichen Bereichs wurden vielfältige Mittel erprobt: Operativ gesteuerte kaderpolitische Disziplinierung bis hin zur beruflichen Diskriminierung, Ausbau des „politisch-operativen Zusammenwirkens“ mit Funktionären staatlicher Organe und gesellschaftlicher Organisationen zur Verhinderung der Teilnahme Einzelner an „politisch-negativen“ oder „feindlichen“ Personenzusammenschlüssen sowie die Anwendung von Methoden der „Zersetzung“ als funktionales Substitut zu vermeidender strafprozessualer Verfolgung in Fällen des Versagens aller „konventionellen“ Mittel. Man folgte der Fiktion, einer zunehmenden internationalen Öffnung die erfolgreiche innere Festigung durch Stärkung einer weitreichenden präventiv wirksamen Kontrolle zur „Verhinderung von PUT und PID“ an die Seite stellen zu können. Es kann bewiesen werden, dass das MfS bereits 1982 in der Lage war, detailgenau die seit Mitte der 80er Jahre dann tatsächlich eintretenden Entwicklungen der Publikationstätigkeit und der Vernetzung alternativer Gruppen vorherzusagen. Aus dieser Prognose entstandene Empfehlungen des MfS zur Veränderung und Anwendung der Veranstaltungs-, Druckgenehmigungs- und der Ordnungswidrigkeitenverordnung fanden dann tatsächlich Eingang in die juristische Spruch- und Verfahrenspraxis. Das Ordnungsrecht wurde auf juristischem Gebiet ein weiteres funktionales Substitut für die aus Gründen der internationalen Reputation immer mehr obsolet werdende strafrechtliche Verfolgung oppositioneller Strömungen. Die zur Jahreswende 1987/88 nicht nur in Berlin eintretende Wiederbelebung der Methoden scharfer Repression und das nachfolgende Scheitern der nun angestrebten Fortsetzung zuvor schon verworfener Mittel strafrechtlicher Ahndung signalisierten das Ende der Beherrschbarkeit der Krise: Mit dem offenen Ausbrechen der gesamtgesellschaftlichen Konflikte war auch die Krise der inneren Sicherheitspolitik manifest. Bei der Untersuchung der tatsächlichen Wirkung staatlichen sicherheitspolitischen Agierens auf die Gruppenpraxis und insbesondere auf die Qualifizierung oppositioneller Zielbildung zeigte sich, dass ab 1982 staatliche Interventionen gegen missliebige Entwicklungen im Bereich von evangelischen Gemeindekreisen (Anfang der 80er Jahre entstehende und später „Friedenskreise“ genannte Arbeitskreise) in den meisten Fällen und im Rahmen realsozialistischer Gesetzlichkeit differenzierter wurden, auch wenn es (insbesondere außerhalb Berlins) schwerwiegende Ausnahmen gab.

Der lange Zeit erfolgreiche Versuch einer gesellschaftlichen Isolierung der Gruppen durch Anwendung juristischer und geheimdienstlicher Mittel zur Verhinderung von Aktionen, Vernetzung und Gegenöffentlichkeit korrespondierte mit Anstrengungen ihrer innerkirchlichen Verkapselung durch Zwang zur Beschränkung auf religiöse Themen. In dem Maße, wie im MfS die Umsteuerung von offen repressiven strafrechtlichen Methoden der Bekämpfung oppositioneller Bestrebungen zu verdeckten und präventiven Maßnahmen zu ihrer Eindämmung und Kontrolle verwirklicht wurde, wuchs auch das Gewicht einer anderen staatlichen Einrichtung: Die Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen sollte parallel den Versuch unternehmen, die evangelische Amtskirche stellvertretend und im staatlichen Interesse zur Bändigung der Friedenskreise auftreten zu lassen. Der Vorteil lag auf der Hand: Nicht die Staatsmacht (insbesondere der Geheimdienst oder das SfK), sondern die Kirche selbst als „Gastgeber“ dieser Kreise erschien öffentlich als deren „Disziplinator“.

Diese Linie verfolgte das SfK mittels Indienstnahme „realistischer amtskirchlicher Kräfte“, die Spannungen zwischen Staat und Kirche infolge von Aktivitäten der Friedenskreise zu verhindern interessiert waren. Die vorliegende Untersuchung weist nach, dass die Dienststelle des SfK bis Ende 1987 über wirksame Interventionspotentiale in den Raum der evangelischen Landeskirchen hinein verfügte und diese zur „Domestizierung“ von Gemeindekreisgruppen der UFB mittels subtiler Einflussnahme auf die Landeskirchenleitungen nutzte. Sie war bei der Herstellung einer begrenzten Bereitschaft der Landeskirchenleitungen zur Kontrolle dieser Gruppenaktivitäten lange Zeit relativ erfolgreich, wogegen die Landeskirchenleitungen bei ihren Bemühungen hinsichtlich der Gruppen lediglich Teilerfolge verzeichneten. Trotzdem war das SfK mit ihrer Interventionspolitik bis 1987 wirkungseffizienter, als das MfS. Der Höhepunkt dieser durchaus mit Öffnungs- und inneren Liberalisierungstendenzen verbundenen (von Klaus Gysi verantworteten) Politik des SfK war im September 1987 (Olof-Palme-Friedensmarsch) erreicht.

Die Besonderheit der Entwicklung einer Opposition im Amtsbereich der Evangelischen Kirche für den Untersuchungszeitraum der 80er Jahre hat innerhalb der vorliegenden Studie auch spezielle Verhältnisse in der Evangelischen Landeskirche Berlin-Brandenburg zu berücksichtigen. Diese Landeskirche entzog sich unter Bischof Forck mehr als die anderen Landeskirchen dem Interventionsdruck des SfK, ohne sich ganz von ihm zu emanzipieren. (Eine Ausnahme stellt die Mecklenburgische Landeskirche unter Bischof Stier ab Ende 1988 dar).

Als mit den sich nun ausdehnenden Gruppenaktivitäten auch über das „kirchliche Ghetto“ hinaus und wegen ihrer zunehmenden Vernetzung 1987/88 die Parteiführung den Wandel von der „kooperativen Intervention“ zur „administrativen Penetration“ der Amtskirche anordnete, verlor die damit beauftragte Einrichtung des SfK diese Interventionspotentiale in dem Maße, wie es sich diesem Strategiewechsel unterordnete. Die unter Staatssekretär Gysi bis 1987 entwickelte konzeptionell geschlossene, flexible und gegenüber den evangelischen Landeskirchen weitgehend erfolgreiche Integrationsstrategie geriet 1988 in Widerspruch zu der nun vom Politbüro verordneten Weisung zum Umstieg auf primär administrative Einflussnahme der Dienststelle des SfK auf die Landeskirchen. Die Tätigkeit des neuen Staatssekretärs Kurt Löffler folgte seit 1988 der „neuen“ Interventionsstrategie und ist dabei gescheitert. Der politbürokratische Vorsatz bestand nach wie vor im Abdrängen der nach „außen“ immer offensiver agierenden innerkirchlichen und inzwischen auch kirchenunabhängigen oppositionellen Gruppen zurück in den kirchlichen Konfliktraum. Hier sollte eine innerkirchliche Disziplinierung dieser Gruppen, angefeuert durch den nunmehr verschärften administrativen Druck des SfK auf die Landeskirchenleitungen, erfolgen. Weil das von den Gruppen problematisierte gesamtgesellschaftliche Widerspruchsgefüge jenseits innerkirchlicher Konfliktlagen angesiedelt war, stand das jetzt einseitig auf Druckausübung festgelegte Organ des SfK, das zuvor differenzierte Mittel im Umgang mit den Kirchenleitungen erfolgreich erprobt hatte, vor einem Dilemma: Es sollte mit untauglichen Mitteln in einem falschen Konfliktfeld die Blockade gesellschaftlicher Auseinandersetzungen organisieren. Das Scheitern dieser Blockade (sichtbar in der beginnenden Emanzipation einiger Landeskirchen vom Anpassungsdiktat und dem Standhalten des unter zunehmenden Druck geratenden Gruppenspektrums) trat überall dort ein, wo das SfK nach Maßgabe des Parteidiktats auf eigenständige Initiativen verzichtete: Temporäre Erfolge (etwa die staatskonforme Steue-

rung des Kirchentags in Leipzig 1989 vermöge des Ausschlusses der Gruppen) waren lediglich das Resultat der eigenständigen Wiederaufnahme flexibleren Taktierens beim SfK.

1.8 Quellen

Der Hauptquellenbestand der Untersuchung setzt sich überwiegend aus den Originaldokumenten der politisch alternativen Gruppen aus dem Raum Berlin und der neuen politischen Vereinigungen des Jahres 1989 zusammen. Deren originäres Schriftgut befindet sich hauptsächlich in den Archiven der Robert-Havemann-Gesellschaft (Robert Havemann-Archiv und Matthias-Domaschk-Archiv). Diese Quellen sind weitgehend noch nicht archivarisches aufgearbeitet. Hinzu kommt eine Vielzahl solcher Quellen in verschiedenen Privatarchiven beteiligter Akteure, auf die der Verfasser Zugriff hat. Das verschriftete Herrschaftswissen, insbesondere das aus der operativen Bearbeitung dieser Gruppen, strategiebildende Dokumente der Partei- und Staatsorgane sowie die Dokumente des Konflikt- und Kooperationsfelds der Evangelischen Amtskirchen (insbesondere der EKBB) mit dem SfK bildet den Referenzquellenbestand zu dieser Dokumentengruppe. Dies sind zunächst Dokumente aus dem Archiv der/des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) (neben dem Bestand Zentralarchiv, ZAIG, ZKG⁵¹ und dem Bestand Archiv der Bezirksverwaltung Berlin auch Dokumente der Juristischen Hochschule Potsdam), soweit sie den Strategiewandel in der Bearbeitung von „PUT“, „PID“ und „politisch negativer“ sowie „feindlicher“ Personen und Personenzusammenschlüsse insbesondere im Raum Berlin betreffen. Solche Dokumente, grundsätzlich dem/der BStU zuzuordnen, hat der Autor auch als Kopien im Bestand des MDA, in Form der Durchsicht von Kopien der Akten befragter Personen sowie die eigene Person betreffender Unterlagen des MfS eingesehen. Grundsätzlich hat der Autor darauf verzichtet, die Klarnamen der mit ihren Decknamen angeführten IM aufzuführen – mit zwei Ausnahmen: Wenn diese IM Personen der Zeitgeschichte wurden oder wenn ihre Aktivitäten in Form von Handlungen im öffentlichen Raum (etwa durch Veröffentlichungen im Samisdat) für das Agieren der Opposition (und nicht nur des MfS) relevant wurden. Hinzu kommen Dokumente aus der Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR (SAPMO), insbesondere aus dem Bestand des SED-Politbüros, der ZK-Abteilung Kirchenfragen und des Büro Honecker. Dokumente der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen wurden ausgewertet, soweit sie weisungsgemäße bzw. eigenverantwortliche kirchenpolitische Liniensetzungen in Bezug auf die Aktivitäten der alternativen Gruppen insbesondere Berlins im evangelischen amtskirchlichen Wirkungsbereich betreffen. Eine weitere wichtige Quelle sind die Ergebnisse aus etwa 15 Zeitzugbefragungen von oppositionellen Akteuren sowie von für die Bearbeitung von „PUT“ und „PID“ im Bereich der Evangelischen Landeskirchen (insbesondere Berlin-Brandenburg) zuständigen Verantwortlichen im MfS und der Berliner Bezirksverwaltung.

51 ZAIG: Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe; ZKG: Zentrale Koordinierungsgruppe.

KAPITEL 2

Vorgeschichte

Es gibt keine „Geschichte von Opposition und Widerstand in der DDR der 80er Jahre“ ohne ihre Einbindung in den Kontext ihrer Vorgeschichte. Hier geht es um die Ermittlung beziehungsgeschichtlicher Zusammenhänge zwischen dem, was in der vorliegenden Arbeit als „Opposition und Widerstand“ untersucht wird und dem, was für die 40 Jahre zuvor unter den verschiedensten Begriffen als politische Gegnerschaft anerkannt und differenziert dargestellt werden kann. Der nun folgende kursorische Abriss dieser Vorgeschichte soll es erleichtern, Ähnlichkeiten und Unterschiede, Kontinuitäten, Brüche und Paradigmenwechsel widerständigen und oppositionellen Handelns zeitgeschichtlich einzuordnen und später die Entwicklung solchen Handelns in den 80er Jahren in Beziehung zu setzen zu dem Wandel der Formen von Herrschaft und Gegenwehr in Abhängigkeit vom gesellschaftlichen Entwicklungsverlauf.¹

2.1 Die 40er und 50er Jahre

Die 40er und frühen 50er Jahre in der SBZ/DDR waren bestimmt von der Stalinisierung der KPD/SED und der „Sowjetisierung“ der DDR. Unter den besonderen Bedingungen des sowjetischen Besatzungs- und Kontrollregimes trat die reorganisierte KPD 1945 bereits als überwiegend stalinistisch geführte, kaderorientierte Partei auf den Plan. Die in den zwanziger Jahren „bolschewisierte“ Partei hatte sich damals ihrer Dissidenten weitgehend entledigt. Die Exil-Partei war als „Kaderpartei“ unter sowjetischer Kontrolle bereits „gesäubert“. Ein Unsicherheitsfaktor waren die überlebenden „Inlands-Kommunisten“, die Rückkehrer aus der Westemigration und die Heimkehrer aus westlicher Gefangenschaft. Der stalinisierten Kaderpartei KPD stand überhaupt die „Liquidierung“ alternativer politischer Links-Strömungen, die sich der *Mitglieder*-Partei im Nachkriegs-Ostdeutschland anschlossen, noch bevor. Die anfängliche sowjetische Distanzierung von der sofortigen Übertragung des

¹ Die parallele Untersuchung illegaler Oppositionsgruppen in der DDR der 70er Jahre im Raum Berlin-Brandenburg durch Bernd Gehrke wird diese Beziehungsgeschichte erweitern (vgl. Abschnitt 1.1).

eigenen Modells auf ihr Besatzungsgebiet² erhöhte noch zusätzlich den Druck auf die KPD, sollte doch nach Stalins Maßgaben vom Juni 1945 in einer „parlamentarisch-demokratischen Republik“ „die Hegemonie der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei ... gesichert sein“.³ Die KPD-Führung musste daher unter sowjetischer Anleitung einen „besonderen deutschen Weg“ zur politischen Neutralisierung der SPD und der bürgerlichen Parteien ausarbeiten, ohne ihren Führungs- und letztendlich Alleinherrschaftsanspruch zu gefährden. Der Kurs in Richtung Einheitspartei (als Lösungsweg für das erste Problem) wurde bereits besprochen, noch bevor die Stalinisierung der sich neu formierenden KPD systematisch hatte begonnen werden können. Unmittelbar nach der zonalen Vereinigung von KPD und SPD war die SED aus der Sicht der tonangebenden „Moskauer“ KPD-Führungsgruppe „zusammengewürfelt“ und deshalb im Lichte ihres Vorhabens, die ganze Partei unter ihre Kontrolle zu bringen, durchsetzt mit „Fremdkörpern“. Hinzu trat der Umstand, dass in beiden Parteien die Mehrheit der Mitglieder Neuzugänge waren: In der Nachkriegs-KPD waren sie noch nicht stalinistisch gedrillt, und die Mehrheit der SPDler war nicht einmal im sozialdemokratischen Parteiverständnis diszipliniert worden.⁴ Die „Blockpolitik“ (Politik der SED in der seit Juni 1945 bestehenden „Einheitsfront antifaschistisch-demokratischer Parteien“) sollte das zweite Problem lösen: Sicherung der Vormachtstellung der SED gegenüber den zugelassenen bürgerlichen Parteien.⁵ Doch bald zeigte sich, dass der „demokratische Weg“ nicht reibungslos zum Ziel führte. Ohne hinreichend große politische und soziale Basis in der Bevölkerung, bei schlecht kontrollierbaren bürgerlichen Blockparteien sowie bei einem zunächst noch unberechenbaren Mitgliederstamm in der neuen Massenpartei SED war das durch die Besatzungsmacht gedeckte Mittel der Gewalt nicht nur ein naheliegendes, sondern damals auch das wichtigste und letztlich entscheidende Instrument der Stalinisten zur Partei- und Gesellschaftsformierung.

Zum frühen Widerstand in der SBZ/DDR und oppositionellen Bestrebungen der Nachkriegszeit im sowjetischen Machtbereich liegen inzwischen Untersuchungen vor, die deren Vielfalt und Differenziertheit durchaus nachvollziehbar machen. Doch immer wieder fällt auf, dass viele Autoren, auch wenn sie das jeweils von ihnen dargestellte „Einzelne“ nicht unbedingt für „das Ganze“ halten, ihre Verallgemeinerungen und theoretischen bzw. be-

-
- 2 Dazu gehörte auch die damalige sowjetische Zurückhaltung gegenüber Maßnahmen, die im Widerspruch zur offiziellen sowjetischen Auslegung des Potsdamer Abkommens stehen würden, als Vorbereitung des Übergangs zum Sozialismus gewertet werden könnten und so den Westmächten Argumente für die Spaltung Deutschlands böten.
 - 3 So votierte Stalin in Moskau gegenüber seinen deutschen Gesprächspartnern Ulbricht, Ackermann und Sobottka anlässlich der bevorstehenden sowjetischen Genehmigung von politischen Parteien in ihrem Besatzungsgebiet. Vgl. auch Jochen Laufer, „Genossen, wie ist das Gesamtbild?“ Ackermann, Ulbricht und Sobottka in Moskau im Juni 1945, Deutschland Archiv, H. 3/1996, S. 355ff.
 - 4 Herta Geffke gab an, dass etwa in Mecklenburg-Vorpommern die Zahl der schon vor 1933 der KPD angehörenden KPD-Mitglieder vor der Bildung der SED etwa 10% betrug. Herta Geffke, Die Arbeit der Parteikontrolle in den Jahren 1949/58, Aufzeichnungen vom 13.2.1968, SAPMO-BArch, SgY 30/257/2, Bl. 417.
 - 5 Insbesondere die im Herbst 1948 erfolgte Gründung der „kleinbürgerlich-demokratischen“ Parteien NDPD und DBD, beide der SED treu ergeben, sollten das Gewicht und den Einfluss der „bürgerlich-demokratischen“ Parteien CDU und LDPD wirksam eindämmen. Allen bürgerlichen Parteien blieb das Privileg der SED, Betriebsparteigruppen zu bilden, versagt.

grifflichen „Verdichtungen“ dessen, was „Opposition und Widerstand“ charakterisieren soll, von diesem „Einzelnen“ ableiten.⁶ Dies gilt umso mehr, als gerade für die 40er und 50er Jahre die wissenschaftliche und mediale Aufmerksamkeit für die verschiedenen Richtungen politischer Gegnerschaft heute immer noch durchaus ungleichgewichtig ist. Dominant in wissenschaftlichen Publikationen sowie publizistischer Rezeption und damit in der öffentlichen Wahrnehmung sind die Darstellungen früher parlamentarisch-oppositioneller Aktivitäten von Funktionären bürgerlicher Parteien im antifaschistisch-demokratischen Block⁷, des Widerstands von bürgerlichen Kräften gegen die Gleichschaltung von CDU⁸ und LDP⁹ innerhalb dieses Blocks und von Sozialdemokraten gegen die Verschmelzung von KPD und SPD in der SBZ bzw. ihrer politischen Ausschaltung in der SED¹⁰. Auch die rasche admi-

- 6 So hebt Ehrhart Neubert, dessen „Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989“ entgegen dem im Titel erweckten Eindruck auch die Opposition in der SBZ thematisiert, mit seinem Blick auf die von ihm vorrangig untersuchten 70er und 80er Jahre die „religiösen Elemente der DDR-Opposition“ (womit er im Wesentlichen die „protestantischen Wurzeln modernen Denkens“ meint) für den Zeitraum seiner gesamten Untersuchung als bestimmend heraus und spricht überdies sogar von der „religiösen Kultur des Widerstands in der Wende“. Die von ihm untersuchte „Verflechtung der Opposition mit den protestantischen Kirchen“ als Springquell der Entstehung authentischer Gegengewichte zur SED-Herrschaft erweitert er sogleich zum Bild der religiösen Keime der Opposition auch in Ungarn, der Tschechoslowakei und Polen, Neubert 1997, S. 26.
- 7 Etwa der Protest des CDU-Vorsitzenden Andreas Hermes, des zweiten CDU-Vorsitzenden Walther Schreiber und des ersten LDP-Vorsitzenden Waldemar Koch gegen Maßnahmen im Rahmen der Bodenreform und ihre Absetzung 1945 auf Veranlassung der SMAD.
- 8 So die Ablehnung der Volkskongressbewegung durch den Nachfolger von Hermes, Jakob Kaiser, und den zweiten CDU-Vorsitzenden Ernst Lemmer, gefolgt von ihrer Absetzung durch die SMAD im Dezember 1947. Zu den oppositionellen Bestrebungen in der CDU vgl. die Veröffentlichungen von Michael Richter, *Die Ost-CDU. Zwischen Gleichschaltung und Widerstand 1948 bis 1952* (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 19), Düsseldorf 1991; Ders., *Die Ost-CDU. Zur Geschichte der Partei unter der SED-Herrschaft*, in: *Die Politische Meinung* 254, Januar 1991, S. 76–81; Ders., *Vom Widerstand der christlichen Demokraten in der DDR*, in: Günther Scholz (Hg.), *Verfolgt – verhaftet – verurteilt. Demokraten im Widerstand gegen die rote Diktatur – Fakten und Beispiele*, Berlin/Bonn 1990, S. 35–57; Ders., *Vom Widerstand der Christlichen Demokraten in der DDR*, in: Brigitte Kaff, (Hg.), *„Gefährliche politische Gegner“. Widerstand und Verfolgung in der sowjetischen Zone/DDR*, Düsseldorf 1995, S. 107–124; Ders., *Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien – Die CDU*, in: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“* (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1995, Band II,4, S. 2587–2638; Ders., *Opposition und Widerstand in der Ost-CDU 1945–1990. Phasen, Methoden und Ziele*, in: *Erinnern, Aufarbeiten, Gedenken. 1946–1996. 50 Jahre kommunistische Machtergreifung in Ostdeutschland. Widerstand und Verfolgung. 7. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung*, 17. und 18. Mai 1996. Dokumentation, Leipzig 1996, S. 52–69.
- 9 Im Rahmen parlamentarisch-oppositioneller Bestrebungen wandte sich im August 1950 der LDP-Generalsekretär Günter Stempel gegen die geplanten Einheitswahllisten, wurde unmittelbar vor Verabschiedung des Wahlgesetzes festgenommen und 1952 in einem Urteil des sowjetischen Militärtribunals (SMT) zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Der Rostocker Jurastudent und LDP-Funktionär Arno Esch erweiterte seine „legale“ Opposition gegen die SED innerhalb der Parteistrukturen der LDP um die Arbeit in der von ihm mitbegründeten konspirativen „Radikal-Sozialen Freiheitspartei“ und wurde zusammen 1950 mit fünf weiteren Mitgliedern der Gruppe von einem sowjetischen Militärtribunal in Moskau wegen antisowjetischer Propaganda und illegaler Gruppenbildung zum Tode verurteilt. Friedrich-Franz Wiese/Hartwig Bernitt, *Arno Esch – Eine Dokumentation*, Dannenberg 1994.
- 10 So etwa Arno Wend (dessen Dresdner Gruppe in einer Tarnausgabe der „Sächsischen Zeitung“ die Zerstörung der SPD anprangerte), Fritz Drescher, Hermann Kreuzer, Dieter Rieke. Vgl. dazu auch:

nistrative Liquidierung vereinzelter parteiinterner Interventionen ehemals sozialdemokratischer Funktionäre in der SED¹¹ bzw. bürgerlicher parlamentarischer Auflehnung in den Landtagen ist ebenso wie die repressive Wucht, mit der die sowjetische Besatzungsmacht und später auch die Apparate des SED-Staats tatsächliche und vermeintliche Gegner dieser Lager verfolgte und damit auch die engen Grenzen der Tolerierung offenen Widerspruchs bzw. von Opposition deutlich machten, ausführlich beschrieben worden. Hierzu gehörten ebenso Opposition und studentischer sowie Jugendwiderstand der frühen Jahre unter anderem an Universitäten und Oberschulen¹² und schließlich der Aufstand des 16./17. Juni

Beatrix Bouvier, *Ausgeschaltet! Sozialdemokraten in der Sowjetischen Besatzungszone und in der DDR 1945–1953*, Bonn 1996.

- 11 Zu Erich W. Gniffkes ablehnender Haltung gegenüber der begonnenen Stalinisierung der SED und seiner Flucht nach Westberlin angesichts drohender Verfolgung vgl. Erich W. Gniffke, *Jahre mit Ulbricht*, Köln 1966.
- 12 Erst jüngst bekannt wurde die Verfolgung einer Gruppe von liberalen Wittenberger Schülern im Jahre 1946 (neun Todesurteile und 20 Freiheitsstrafen), einer Widerstandsgruppe aus Schülern und Studenten in Werder/Havel, die mit Flugblättern gegen den Modus der Volkskammerwahlen 1950 protestierte, aber auch für die „Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit“ (KgU) und für US-Dienststellen Material sammelte (neun Todesurteile und Haftstrafen gegen andere Angeklagte) sowie zweier 1949/50 gegen die SED und teilweise für die KgU bzw. für US-Dienststellen arbeitenden Altenburger Gruppen von Schülern und Lehrern, von denen eine Gruppe von drei Schülern und einem Lehrling kurzzeitig einen illegalen Rundfunksender betrieb (3 Todesurteile gegen Joachim Näther, Siegfried Flack und Wolfgang Ostermann sowie 12 Haftstrafen gegen andere Angeklagte). Thomas Ammer, *Widerstand an DDR-Oberschulen 1945–1968*, in: Klaus-Dietmar Henke/Peter Steinbach/Johannes Tuchel (Hg.), *Widerstand und Opposition in der DDR*, Köln 1999, S. 127f. Der vierte „Altenburger“, von einem sowjetischen Militärtribunal später in Weimar zum Tode verurteilt und hingerichtet, hieß Ludwig Heyne. Information von Enrico Heitzer an den Autor. Die in der UdSSR 1947 abgeschaffte Todesstrafe wurde 1950 wieder eingeführt, weshalb solche Strafen, verhängt durch das Sowjetische Militärtribunal (SMT) wieder möglich wurden. Der Berliner Leiter der „Studentischen Arbeitsgemeinschaft“ Georg Wrazidlo und der FDJ-Mitbegründer Manfred Klein (beide CDU) protestieren 1946 öffentlich gegen die administrative Durchsetzung der SED-Führungsrolle an den Universitäten, wurden 1947 verhaftet und 1948 von einem SMT zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Der gegen die SED-Hochschulpolitik opponierende Leipziger Studentenratsvorsitzende Wolfgang Natonek (LDPD) wurde 1949 ebenfalls von einem SMT zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Die überwiegend aus SED Mitgliedern bestehende und seit 1948 arbeitende studentische Jenaer Gruppe um Gustav Tschach erhielt 1950 ihr SMT-Urteil wegen „Schuhmacher-Tätigkeit“. Die Flugblattaktionen der Hallenser Studentengruppe um Horst Hennig und Willy Eckert gegen das Einheitslisten-Wahlssystem wurden 1950 mit langjährigen Haftstrafen geahndet. Von der 1950 zerschlagenen Leipziger Studentengruppe, die politische Freiheitsrechte forderte, erhielt ihr Leiter Herbert Belter 1951 aufgrund der Westverbindungen der Gruppe die Todesstrafe wegen Spionage. Klaus Dieter Müller, *Studentische Opposition in der SBZ/DDR*, in: Henke/Steinbach/Tuchel 1999, S. 102ff. Immer wieder erwähnt wird der sächsische Oberschüler Hermann Joseph Flade, der Flugblätter gegen die ersten Volkskammerwahlen verteilte, sich seiner Festnahme gewaltsam widersetzte und 1951 mit einem Terrorurteil (15 Jahre Zuchthaus nach anfänglichem Todesurteil wegen Boykotthetze) bedacht wurde. Aus gleichem Anlass protestierten 19 Oberschüler aus dem westsächsischen Werdau mit einer Flugblattaktion. Achim Beyer, *Urteil: 130 Jahre Zuchthaus, Jugendwiderstand in der DDR und der Prozess gegen die Werdauer Oberschüler 1951*, Leipzig 2003. Siehe auch Peter Moeller, *Der Güstrower Oberschüler-Prozess; Wolfgang Enke, Verfolgt, geflüchtet, verschollen! Jugendwiderstand in Altenburg 1949–1950*, beide in: *Zivilcourage und Demokratie. Vergangenheitsbewältigung ist Zukunftsgestaltung*. VIII. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung Leipzig, Leipzig 1997, S. 60ff., 66ff.

1953¹³. Jener Massenaufstand war nun allerdings die Ultima ratio widerständiger Herausforderung des Regimes und sowohl für die Herrschenden als auch für die unterlegenen Aufständischen von traumatischer Dimension. Herrschaftsseitig wurde zukünftig der Blockade jeder Form von Selbstorganisation oder Selbsttätigkeit im Sinne authentischer betrieblicher oder überbetrieblicher Interessenvertretung höchste Priorität eingeräumt.¹⁴ Gleichzeitig achtete die Nomenklatura nunmehr peinlichst darauf, dass die Arbeiterschaft nie wieder als Klasse ökonomisch und sozial derart herausgefordert würde, wie vor dem Aufstand 1953. Mit der vollständigen Instrumentalisierung der Gewerkschaften, dem Niederhalten und der Verfolgung ihrer selbstgewählten aktivsten Vertreter sowie den später entwickelten wohlfahrtsstaatlichen Kompensationstechniken zur sozialen Befriedung verlor die Arbeiterklasse schrittweise ihre Fähigkeit zum Widerstand gegen das Regime.

Das enorme Ausmaß der Verfolgung und die maßlose Härte der Sanktionen in der SBZ und frühen DDR, denen mehrheitlich durchaus regimetreue oder wenigstens keineswegs oppositionell gestimmte Personen unterlagen, hat häufig dazu geführt, dass die Zuordnungstrennschärfe, die Gruppen der politisch Verfolgten und der Regimegegner betreffend, verschwammen. Gerade der abnorme Umfang früher innerparteilicher Säuberungen in der SED selbst¹⁵ verdeutlicht, dass diese Disziplinierungen keine Reaktion auf anwachsende tatsächliche Widerstandsneigungen in dieser Partei waren, sondern präventive und einschüchternde Kampagnen für ihre stalinistische Zurichtung, um sie letztlich in eine funktionierende Transformationsmaschine politbürokratischer Zwecksetzungen zu verwandeln, in der gar nicht erst nennenswerte Gegenwehr entstehen konnte. Daher blieb auch die Frage wirklicher „Schuld“ abgestrafter Säuberungsoffer und der Stichhaltigkeit von Vorwürfen parteidisziplinarisch verfolgter Funktionäre und Mitglieder innerhalb von inszenierten Kampagnen zweitrangig.¹⁶ Auch die massenhafte Verfolgung von ehemaligen Sozialdemokraten in der SED¹⁷ diente vornehmlich dem Zweck, jeden Ansatz oppositioneller Selbstorganisation

-
- 13 Für Heinz Brandt, 1953 Sekretariatsmitglied der SED-Bezirksleitung Berlin, war der 17. Juni Ursache für sein weiteres, 1957 als „partei-feindlich“ eingeschätztes Verhalten und die Bearbeitung durch das MfS. Nach seiner Flucht vor drohender Verhaftung 1958 wurde der Redakteur der Gewerkschaftszeitung „Metall“ 1961 aus Westberlin entführt und 1962 wegen staatsgefährdender Propaganda und Hetze zu 13 Jahren Zuchthaus verurteilt.
 - 14 Zur langfristigen Bedeutung der Niederschlagung des Juni-Aufstands für den Verlust kollektiver betrieblicher Widerstandsstrategien der Arbeiterschaft vgl. Renate Hürtgen, Zwischen Disziplinierung und Partizipation. Vertrauensleute des FDGB im DDR-Betrieb, Köln/Weimar/Wien 2005.
 - 15 Als Ergebnis der Mitgliederüberprüfung 1951 vermeldete der am 22. April 1952 vom Politbüro bestätigte Abschlussbericht der zentralen Kommission 150 696 ausgeschlossene oder gestrichene Mitglieder und Kandidaten der SED. Thomas Klein, Für die Einheit und Reinheit der Partei. Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht, Köln/Weimar 2002, S.151f.
 - 16 Die Abstrafung Paul Merkers und vieler anderer SED-Funktionäre und Mitglieder im Vollzug der Noel-Field-Untersuchungen, die im Rahmen innerbürokratischer Rationalitätskonflikte inszenierten Kampagnen gegen Wilhelm Zaissner und Rudolf Herrstadt als Sündenböcke für den traumatischen 17. Juni 1953 und gegen Schirdewan, Wollweber, Zaissner, Ziller, Oelßner und Selbmann 1957/58 wegen ihrer Kritik an der damaligen Parteilinie können kaum zu dem Befund führen, hier seien Merkmale oppositioneller Bestrebungen nachweisbar – und schon gar nicht zu der Wertung, die gegen sie erhobenen Anklagen wären auch nur tendenziell zutreffend gewesen. Vgl. Klein 2002.
 - 17 Siehe z.B.: Andreas Malycha, Die Illusion der Einheit – Kommunisten und Sozialdemokraten in den Landesvorständen der SED 1946–1951, in: Michael Lemke (Hg.), Sowjetisierung und Eigenständigkeit

dieses mitgliederstarken Segments innerhalb der im Prozess ihrer Stalinisierung begriffenen Partei zu verhindern.¹⁸ Vor allem war es die Aufgabe der Parteikontrollorgane, politisch widerständige Tendenzen in der SED zu ersticken bzw. zu zerschlagen, Träger politischer Dissidenz und von politischem Widerspruch zu reintegrieren oder zu isolieren und in erster Linie die Parteibasis vor solchen Unternehmungen zu immunisieren. Den Blockparteien gegenüber brachte man die Staatsorgane in Anschlag, um ähnliche Formierungseffekte zu erzielen.¹⁹ Wie bekannt überzog man auch die Jungen Gemeinden der evangelischen Kirchen 1953 kampagnenartig mit erfundenen Vorwürfen vielfältigster gegnerischer Arbeit und schaltete die Justiz ein.

Weitgehend Einigkeit in der Forschung besteht in dem Befund, die widerständigen und oppositionellen Minderheitenströmungen im bürgerlichen Lager und der Sozialdemokraten innerhalb und außerhalb der SED seien bis Anfang der 50er Jahre wirksam und mit terroristischen Methoden größtenteils liquidiert worden. Im Anschluss an diesen Befund werden für die Zeit nach dem 17. Juni 1953 innerhalb der SED von vielen Autoren nur noch Beispiele einer „revisionistischen Opposition“²⁰ und im bürgerlichen Lager vereinzelt oppositionelle

in der SBZ/DDR (1945–1953), Köln 1999, S. 81–117; Ders. (Hg.), Auf dem Weg zur SED. Sozialdemokratie und Einheitspartei in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone. Eine Quellenedition, Bonn 1995; Ders., Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950, Berlin 1996; Ders. Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953, Paderborn 2000; Frank Moraw, Die Parole der „Einheit“ und die Sozialdemokratie. Zur parteiorganisatorischen und gesellschaftspolitischen Orientierung der SPD in der Periode der Illegalität und in der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933–1948, Bonn-Bad Godesberg 1973, Neuauflage 1990; Alexandr Haritonow, Freiwilliger Zwang. Die SMAD und die Verschmelzung von KPD und SPD in Berlin, Deutschland Archiv 3/1996, S. 407 ff; Harold Hurwitz, Die Stalinisierung der SED. Zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen 1946–1949, Opladen 1997; Ulrich Mähler, „Die Partei hat immer recht!“ Parteisäuberungen als Kaderpolitik in der SED (1948–1953), in: Hermann Weber/Ulrich Mähler (Hg.), Terror, Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953, Paderborn 1998; Helga Grebing/Christoph Kleßmann/Klaus Schönhoven/Hermann Weber, Zur Situation der Sozialdemokratie in der SBZ/DDR 1945–1950, Marburg 1992.

- 18 Bis 1950 sind etwa 5 000 Sozialdemokraten mindestens zeitweilig inhaftiert worden. Hermann Weber, „Weiße Flecken“ in der DDR-Geschichte, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 5–6/1990, S. 305. Beatrix Bouvier spricht von 5–6 000 zwischen 1946 und 1956 zu Zuchthaus und Zwangsarbeitslager Verurteilten, Bouvier 1996, S. 258.
- 19 Beispiele sind die Sanktionen gegen den Staatssekretär im Justizministerium Helmuth Brandt (CDU), der 1950 (und 1958) wegen angeblicher staatsfeindlicher Arbeit verurteilt wurde, gegen Leo Herwegen (CDU), verurteilt im Februar 1950 im Dessauer Schauprozess zusammen mit Willi Brundert (SPD) wegen angeblicher Wirtschaftssabotage. Auch die Verhaftung des Ministers für Handel und Versorgung, Karl Hamann (LDPD) im Dezember 1952 und seine Verurteilung wegen Sabotage der Versorgung 1954 zu zehn Jahren Zuchthaus war ebenso wenig Ausdruck oppositioneller Aktivitäten wie bei Außenminister Georg Dertinger, (CDU), der 1953 verhaftet und 1954 zu 15 Jahren Zuchthaus wegen angeblicher Spionage und Verschwörung verurteilt wurde. In der Nachkriegszeit bis in die 50er Jahre hinein sind laut Karl Wilhelm Fricke über 1 500 Mitglieder und Funktionäre der CDU verurteilt worden. Karl Wilhelm Fricke, Widerstand und Opposition von 1945 bis Ende der 50er Jahre, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1995, Band VII,1, S. 15–26, hier S. 19.
- 20 So der Begriff von Karl Wilhelm Fricke für die Gruppe Wolfgang Harich, Walter Janka und Genossen. Fricke 1995, S. 25.

oder widerständige Bestrebungen²¹ verortet, mit denen staatlicherseits gleichermaßen rigide abgerechnet wurde. Die Konzentration auf die Untersuchung von Formen früher bürgerlicher Opposition sowie antikommunistischen und sozialdemokratischen Widerstands gegen die SED produzierten so zwei dominante Paradigmen: Die frühe Opposition und der Widerstand gegen die SED in den 40er bis in die 50er Jahre hinein sei wegen ihrer grundsätzlichen Ablehnung der DDR „*fundamentaler*“ als deren spätere Formen seit den 60er Jahren gewesen. Ihr *antikommunistischer* Charakter gilt bei den Verfechtern dieser Sicht als notwendige Bedingung dieses Fundamentalismus.²² Dagegen ist nachweisbar, dass nach 1945 die Widerstandsarbeit von Überlebenden der antibolschewistischen kommunistischen Organisationen der Weimarer Zeit, der trotzkistischen Opposition und der kommunistischen Parteiposition einen beträchtlichen Anteil am Gesamtspektrum der Widerstandsarbeit in der SBZ und frühen DDR hatte. Die hohe Intensität ihrer gegen die Durchsetzung der SED-Diktatur gerichteten illegalen Arbeit verweist auch auf politische Kontinuitäten und Erfahrungshintergründe, die sie in vielerlei Hinsicht von anderen Gegnern des SED-Regimes unterscheiden – keineswegs aber hinsichtlich der „Fundamentalität“ ihres Widerstandes und der Radikalität ihrer Ablehnung des Systems stalinistischer Gesellschaftsformierung. Zu den Besonderheiten gehörte, dass die so genannten Zwischengruppen der deutschen Arbeiterbewegung, also jene, die sich in der Weimarer Republik unabhängig von SPD und KPD organisiert hatten, bereits im Kampf gegen das nationalsozialistische Regime einen (gemessen an ihrer zahlenmäßigen Stärke) relativ höheren Anteil der Widerstandsarbeit aufboten, als die großen Arbeiterparteien.²³ Nach 1945 begannen über die Zonengrenzen hinweg auch in der SBZ viele Mitglieder ehemaliger oppositioneller Parteien (KPD-Opposition, Leninbund, KAPD, AAU, SAPD, FAUD)²⁴ untereinander Verbindung aufzunehmen und (innerhalb der

- 21 Genannt sei hier der „Eisenberger Kreis“ um Thomas Ammer in Thüringen, der als konspirativ organisierte widerständige Gruppe seit 1953 bis zu seiner Zerschlagung 1957/58 mit Flugblattaktionen und Boykottaufrufen gegen das Regime operierte. Ammer wurde 1958 festgenommen, zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt und 1964 in den Westen freigekauft. Vgl. Patrik von zur Mühlen, Der „Eisenberger Kreis“. Jugendwiderstand und Verfolgung in der DDR 1953–1958, Bonn 1995.
- 22 Zur Kritik dieser verzerrenden Sicht vgl. auch Bernd Gehrke, Manch Neues und ein Historikerstreit en miniature, IWK 2/2003, vor allem S. 238, sowie seine Rezension der Monographien von Klein 2002 und von Michael Kubina, Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg: Das unzeitgemäße Leben des Berliner Rätekommunisten Alfred Weiland, Hamburg 2001, in: Bernd Gehrke, Von Unterdrückung und Widerstand im Kalten Krieg. Das Schicksal der unabhängigen Linken in der SBZ und frühen DDR, veröffentlicht unter dem Titel „Zwischengruppenhistorie“ in: express, 6–7/2003, S. 14ff. und in IWK 2/2003, S. 247ff.
- 23 Laut Jan Foitzik hätten die „Kader der ‚linken‘ politischen Kleinorganisationen die Untergrundtätigkeit der sozialistischen und kommunistischen Gruppen funktional zur Hälfte getragen.“ Jan Foitzik, Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40 unter besonderer Berücksichtigung des Exils, Bonn 1986, S. 241.
- 24 Die KPD (Opposition), auch KPO, wurde im Dezember 1928 als Organisation der „Rechtsopposition“ gebildet und von den KPD-Gründungsmitgliedern August Thalheimer sowie Heinrich Brandler geführt. Besonders stark war sie in Thüringen und Sachsen. Nachdem 1932 unter der Führung von Paul Frölich und Jakob Walcher ein Teil von ihr zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD) übertrat, verblieben in der KPO ca. 3 000 Mitglieder. Die SAPD, eine Linksabspaltung der SPD von 1931, hatte vor Hitlers Machtergreifung ca. 17 000 Mitglieder. Der Leninbund vereinigte ab 1928 Reste der in den Vorjahren aus der KPD gedrängten Linksopposition um die ehemalige Parteivorsitzende Ruth Fischer. Nach dem Ausscheiden von Fischer vertrat der Leninbund zunächst stark an Trotzki angelehnte Positionen. Teile des Leninbunds näherten sich 1929/30 an die KPD(O) an. Die Kommunistische Arbeiter-

SED und darüber hinaus) konspirative Gruppenaktivitäten zu entfalten.²⁵ Zu den Kontinuitäten gehörte, dass Überlebende dieser von den Großparteien geächteten Organisationen ihre illegale Existenz auch nach dem Ende der Nazidiktatur in Ost- und Westdeutschland dort, wo sie sich reorganisierten, in Gestalt ihrer wiederaufgenommenen konspirativen Arbeitsformen fortschrieben.²⁶ Die konspirative Gruppenarbeit der Nachfolger dieser linksradikalen, parteioppositionellen, antibolschewistischen, syndikalistischen oder anarchistischen Teile der alten Arbeiterbewegung, die ein hohes Maß an Kontinuität des antifaschistischen und des antistalinistischen Widerstands in sich vereinte sowie der aktivistische sozialdemokratische Widerstandsflügel wurden durch die sowjetische Besatzungsmacht und die Sicherheitsapparate der SED bis Anfang der 50er Jahre „liquidiert“ bzw. ihre Mitglieder in den Westen vertrieben.²⁷ Die Massenausschlüsse und Verfolgungen führten auch dazu, dass insbesondere ausgeschlossene SED-Mitglieder, die als Antifaschisten gleichfalls Mitglied der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) waren, dort sich der SED-Kontrolle entziehende Gruppen bildeten. Auch wenn angenommen werden kann, dass die vorhandenen Signale von „Trotzkismus“ und anderen Formen partei- und staatsfeindlichen Verhaltens solcher informellen Gruppen von den Kontrollorganen absichtsvoll übertrieben wurden,

partei Deutschlands (KAPD) ist das Resultat der KPD-Spaltung im Oktober 1919. Viele Linksradikale verließen die KPD und gründeten im April 1920 die KAPD. Die rätekommunistischen KAPD und die ihr nahestehende unionistische Allgemeine Arbeiterunion Deutschlands (AAUD) verloren rasch an Bedeutung. Die anarchistische „Freie Arbeiterunion Deutschlands“ versuchte sich nach 1945 im Raum Dresden zu reorganisieren.

- 25 Klein 2002, S. 48ff. Der spätere ZPKK-Vorsitzende Hermann Matern warnte als Berliner SED-Vorsitzender bereits 1946 vor den „Ultralinken“, die bereits in den meisten Berliner Bezirken Gruppen gebildet hatten und die SU als imperialistische Macht denunzierten: Sie seien gefährlicher als die „Schuhmacher-Leute“. Zur trotzkistischen Gruppe „Internationale Kommunisten Deutschlands“ und ihrer Arbeit in der Region Weißenfels, Merseburg, Leuna und Mansfelder Land vgl. ebenda, S. 56f. Zur IKD siehe auch Oskar Hippe, ... und unsere Fahne ist rot. Erinnerungen an sechzig Jahre in der Arbeiterbewegung, Hamburg 1979. Oskar Hippe wurde 1948 in Halle verhaftet und wegen antisowjetischer Propaganda und illegaler Gruppenbildung zu zweimal 25 Jahren Haft verurteilt. Zur „KPO in der SED“ insbesondere in Thüringen und ihrer in Erfurt aufgezogenen illegalen Fünfergruppenarbeit siehe Klein 2002, 52ff., 124ff. Ihr führender Kopf, Alfred Schmidt, SED-Mitglied und Gewerkschaftsfunktionär, wurde 1948 nach einem SMT-Todesurteil wegen antisowjetischer Propaganda zu 25 Jahren Arbeitslager begnadigt. Zum Versuch einer vereinigten antistalinistischen Opposition in den Gruppen „Neues Beginnen/Gruppe Internationaler Sozialisten“ (GIS) bzw. der „Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft“ von Alfred Weiland seit 1946 vgl. ausführlich Kubina 2001; siehe auch Klein 2002, S. 58ff. Die GIS (in Groß-Berlin insgesamt zwischen 150 bis 500 Mitglieder umfassend), verfügte seit 1949 im Ostsektor über Gruppen in Mitte, Friedrichshain, Lichtenberg, Pankow, Prenzlauer Berg, Weißensee, Grünau und Köpenick. Kubina 2001, S. 204ff. In der SBZ war die GIS vor allem in Sachsen-Anhalt und Sachsen stark. Ebenda, S. 243. Weiland wurde 1950 in sowjetischem Auftrag aus Westberlin entführt und 1952 vom Landgericht Greifswald zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Seine neun Mitangeklagten aus der als „verbrecherische Organisation“ bezeichneten GIS erhielten Zuchthausstrafen zwischen zwei und neun Jahren.
- 26 Die KPO strebte wegen ihrer kritischen Haltung allen Besatzungsmächten gegenüber keine Legalisierung an und empfahl den Aufbau illegaler Kaderorganisationen in den lizenzierten Strukturen. Die Trotzkisten praktizierten ebenso wie die KAP'ler vielfach den konspirativen Entrismus gegenüber KPD/SED und SPD.
- 27 Klein 2002, Kapitel 1 und 2.

war das Schicksal der VVN besiegelt: Neben den jüdischen Gemeinden wurden auch sie in der DDR finales Opfer der Slánský-Kampagne.²⁸

Angesichts der Tatsachen ist es ebenso kurzsichtig, die Widerstandsarbeit dieses Gruppenspektrums auszublenden, wie es willkürlich ist, den fundamentalen Charakter linker antistalinistischer Widerstandsarbeit gegen das SED-Regime wegen ihrer politischen Differenz zu den Paradigmen bürgerlich- oder sozialdemokratisch-antikommunistischer Oppositions- oder Widerstandsarbeit zu negieren.²⁹ Die manchmal behauptete „Systemnähe“ aller linker Antistaliner („prinzipielle“ Akzeptanz des von ihnen bekämpften Systems oder ihre „Verwandtschaft“ mit ihm³⁰) hat etwa den gleichen Realitätsgehalt wie die von den Stalinisten behauptete „Systemnähe“ ihrer linken Herausforderer zum bürgerlichen politischen Lager.

Nach der Zerschlagung der widerständigen und oppositionellen Strömungen aller Lager und der Niederlage der Aufständischen vom Juni 1953 war mit der Konsolidierung der SED als stalinistischer Partei das Bild noch bis 1954/55 bestimmt durch Verfolgung, Einschüchterung und drohende weitere Säuberungen. Immer wieder aufkeimende oppositionelle Aktivitäten, namentlich an den Hochschulen und Universitäten³¹, wurden umgehend unterdrückt. Gegenwehr schien aussichtslos. Doch die Grenzen terroristischer Gesellschaftsformierung hatten sich bereits in der Krise 1952/53 gezeigt. In ihrer poststalinistischen Rekonstruktion sah sich die SED-Führung nach 1956 zu einem „Kampf gegen den Revisionismus“ genötigt, in dem sich das Bemühen um eine neue Legitimation und konstruktivere Angebote an die Bevölkerung mit dem Rückgriff auf vorgeblich überwundene „überspitzte“ Methoden kombinierte. Aus der antidogmatischen Aufbruchsstimmung des XX. Parteitags der KPdSU heraus kam es seit 1956 zu Unruhen an verschiedenen Universitäten und Hochschulen³²,

28 Eine verschwörungstheoretische Konstruktion der tschechoslowakischen Partei unter sowjetischer Kontrolle feuerte seit 1951 auch die Säuberungsmilitanz der SED-Organen wieder an: Die Verhaftung und Hinrichtung des KPČ-Generalsekretärs Rudolf Slánský und weiterer Funktionäre erweiterte die aus der ungarischen Raik-Field-Sache bekannten Untersuchungsfelder („Titoismus“, „trotzkistische Verschwörung“, „Agententätigkeit“) um die Komponente der zionistischen Verschwörung.

29 Die sich als Zwischenbilanz verstehende Veröffentlichung zu „Widerstand und Opposition in der DDR“ (Ergebnisse eines Symposiums der Forschungsstelle Widerstandsgeschichte von Freier Universität und Gedenkstätte Deutscher Widerstand mit dem Hannah-Ahrendt-Institut an der Technischen Universität Dresden zu Ehren von Karl Wilhelm Fricke 1998) ist völlig frei von der Erwähnung linker antistalinistischer Widerstandsarbeit der SBZ- und frühen DDR-Jahre. Henke/Steinbach/Tuchel 1999. Dies ist um so erstaunlicher, als weder Fricke mit seinen bahnbrechenden Arbeiten zum politischen System, der politischen Strafjustiz und dem Sicherheitsapparat sowie zu Verfolgung und Widerstand in der DDR, noch Peter Steinbach, Johannes Tuchel oder Klaus-Dietmar Henke ausweislich ihrer bisherigen Arbeiten solche Einseitigkeit unbedingt vorgeworfen werden kann. Zum Scheitern innerparteilicher widerständiger Strömungen in der SED und der antistalinistischen linken Opposition in der DDR als auch zum frühen Scheitern einer „dritten Kraft“ in Ost und West jenseits von KPD/SED und SPD siehe Klein 2002, S. 91 ff.

30 Ehrhart Neubert etwa bezeichnet die marxistische Opposition bzw. solchen Widerstand als „systemimmanente Opposition“, obwohl er selbst nachweist, dass für diese Akteure gerade das im sowjetischen Block etablierte politische System der Grund ihrer politischen Gegnerschaft und ihres Kampfes gegen das (post)stalinistische Regime war, Neubert 1997.

31 So etwa der Streik von Greifswalder Medizinstudenten 1955 gegen die Umwandlung ihrer Fakultät in eine militärische Forschungseinrichtung.

32 Die Zirkeltätigkeit der Hallenser Gruppe um Heinrich Blobner und Arno Seifert wurde 1957 vom MfS beendet und mit sieben Jahren Haft für beide geahndet, Müller 1999, S. 107f. Der seit 1957 existierende

insbesondere an der Berliner Humboldt-Universität, denen mit Drohgebärden begegnet wurde. So gering in der zweiten Hälfte der 50er Jahre Widerstand und Opposition geübt wurde, so folgerichtig war es, dass die wenigen Fälle von Opposition und die (schon zahlreicheren) Beispiele von Widerspruch überwiegend aus der SED kamen: Für die DDR zeichnete sich der Weg souveräner Staatlichkeit beim Aufbau des Sozialismus statt ihrer Rolle als sowjetische Verhandlungsmasse in deren Westeuropapolitik deutlicher ab. Die mutmaßlichen Perspektiven dieser Wendung im Kalten Krieg wurden klarer und die vergrößerten innenpolitischen Handlungsspielräume fielen mit eben jenen Erschütterungen des sowjetischen XX. Parteitags ab Februar 1956 zusammen. Für die Mitglieder und Funktionäre der einzig verbliebenen gestaltenden politischen Kraft in der DDR, denen gleichzeitig die öffentliche Verleugnung der real existierenden Widersprüche dieser DDR als auch deren interne Kenntnis bei der realen Gestaltung dieser widersprüchlichen Wirklichkeit abverlangt wurde, blieben nur zwei Möglichkeiten: Der Weg opportunistischer Gefolgschaftstreu beim Vollzug auch jeder weiteren Führungsentscheidung der Sachwalter eines staatsmonopolistischen Politbürokratismus oder die Indienststellung ihrer kreativen Fähigkeiten für sozialistische Alternativen, deren „staatsfeindlicher Charakter“ sich dann umgehend herausstellen sollte.³³ Hier war die Spannweite dann allerdings wieder sehr weit: Sowohl innerbürokratische Rationalitätskonflikte waren hier möglich, als auch antistalinistischer bzw. sozialistisch-antibürokratischer Widerstand oder der Wechsel in das bürgerlich antisozialistische/antikommunistische Lager. In der eingeleiteten Kampagne gegen den „Revisio-nismus“ traf es mit dem Philosophen Bloch, dem Schriftsteller und Essayist Alfred Kantorowicz und den Ökonomen Arne Benary, Friedrich Behrens, Kurt Viehweg und Gunther Kohlmeier Wissenschaftler, die weit unterhalb der Schwelle der Opposition allerdings substantielle Kritik am Kurs der Partei übten.³⁴ Anders als in den Fällen früherer und auch späterer haltloser Beschuldigungen „partei-feindlicher Fraktionsbildungen“ gegen hohe Parteifunktionäre handelte es sich bei der Gruppe Harich, Janka, Steinberger, Just, Hertwig, Zöger, Wolf und Schröder 1956 tatsächlich um die Anfänge einer innerparteilichen Gruppenbildung mit Elementen einer die Parteilinie in Frage stellenden politischen Programmatik. Hohe Haftstrafen und Parteiausschlüsse folgten.³⁵

„Nationalkommunistische Studentenbund“ an der TH Dresden wandte sich gegen die Hochschulpolitik der SED und forderte in seinen Flugblättern liberale Freiheitsrechte ein. Von den fünf Angeklagten gehörten drei der CDU an. Siehe dazu auch: Thomas Ammer, Widerstand an DDR-Oberschulen 1945 bis 1968, in: Henke/Steinbach/Tuchel 1999, S. 131.

33 Der Dozent für Marxismus-Leninismus an der Berliner Humboldt-Universität Heinrich Saar forderte als Mitglied der SED 1956 politische Konsequenzen aus den Enthüllungen Chruschtschows und den Ereignissen in Ungarn und Polen 1956. Deshalb wurde er 1958 vom MfS verhaftet und wegen „schweren Staatsverrats“ zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt.

34 Zu den zahlreichen weiteren Beispielen des von den SED-Partei kontrollorganen geahndeten innerparteilichen Widerspruchs im Gefolge des sowjetischen XX. Parteitags vgl. Klein 2002, Kapitel 4.

35 Ebenda, S. 288ff.

2.2 Die 60er Jahre

Der Mauerbau 1961 und die Krise im Zusammenhang mit dem Einmarsch in die ČSSR 1968 waren Zäsuren sowohl hinsichtlich der Entwicklung des gesellschaftlichen Systems als auch der Formen politischer Gegnerschaft. Zugunsten einer Überlebenseicherung des infolge einer abenteuerlichen Wirtschaftspolitik Ende der 50er Jahre durch ökonomischen Niedergang und ansteigende Flüchtlingszahlen in die Krise geratenen Systems blieb den Herrschenden schließlich nur die Abriegelung der Grenze übrig. Hinsichtlich des ökonomischen Systems war es das Jahrzehnt des „Reformversuchs von oben“ in Gestalt eines „Neuen Ökonomischen Systems“³⁶, das die gescheiterte Wirtschaftspolitik des Jahres 1958 durch Regulationsexperimente bei Anerkennung der Wirkungskraft „ökonomischer Hebel“ ablöste und die „tayloristischen“ Elemente des Arbeitsregimes verstärkte. Es nahm Elemente der Kritik an der bürokratisch-dirigistischen Wirtschaftsweise auf, für die 1956–1958 noch Parteistrafen an deren Verfechter verteilt wurden. Während Mauerbau 1961 und Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im Januar 1962 die innergesellschaftlichen Spannungen erhöhte und die Zahlen politisch Verfolgter temporär in die Höhe schnellen ließ, blieb die SED zunächst bei ihrem (schon vor dem Mauerbau begonnenen) Kurs, auf lange Sicht die Methoden der exzessiven Repression zu ersetzen durch einen Kurs der gesellschaftlichen Entspannung³⁷, der begrenzten Öffnung von Freiräumen³⁸ und realistischeren Zielsetzungen³⁹. Begünstigend wirkte auch die zweite Phase der halbherzigen Entstalinisierung in der DDR ab Oktober 1961 in Umsetzung der Linie des XXII. Parteitags der KPdSU. Innerparteilich erwies sich aber der seit 1963 auch öffentlich gemachte Konflikt des sowjetischen Blocks mit China und die Ablösung Chruschtschows 1964 für die SED als unverhofft große Belastung. Die Grenzen der von der Parteiführung gewollten Entspannung wurden dann von ihr selbst mit dem berüchtigten „Kulturplenum“ 1965 und der dogmatischen ideologischen Offensive zur Begrenzung der Folgen der ČSSR-Krise 1968–1970 deutlich gemacht.

Eine von der Parteiführung immer wieder mit höchster Aufmerksamkeit behandelte Frage betraf (nach dem Trauma des 17. Juni) die zu erwartenden Reaktionen der Arbeiter auf Veränderungen im Wirtschaftsmechanismus. Es war klar, dass mit Beginn des Reformprojekts NÖSPL im Jahre 1963, welches auf der 5. ZK-Tagung im Februar 1964 zu einem in sich geschlossenen System erklärt wurde, eine sich steigernde Unzufriedenheit besonders unter den Arbeitern mehr als hinderlich gewesen wäre. Nicht zuletzt deshalb behandelte

36 „Neues ökonomisches System der Planung und Leitung“ (der Volkswirtschaft) NÖSPL, kurz NÖS.

37 Der erste und zweite Rechtspflegeerlass des Staatsrates (Januar 1961 und April 1963) hatten den Charakter einer Justizreform zugunsten höherer Rechtssicherheit mit impliziter und manchmal ausdrücklicher Kritik am Missbrauch gesetzlicher Ausnahmegestimmungen und Verstößen gegen die sozialistische Gesetzmäßigkeit auch durch das MfS-Untersuchungsorgan.

38 Es gab nun ein etwas liberaleres Kommunalwahlgesetz, eine neue bedürfnisgerechtere Jugend- und Bildungspolitik sowie seit 1962/63 bis 1965 eine liberalere Kultur- und Medienpolitik.

39 Der Prozess gegen Brandt/Raddatz/Fickenscher vom Mai 1962 und die harten Urteile waren allerdings tatsächlich ein Rückfall in die Praktiken der Harich-Janka-Prozesse des Jahres 1957. Hier gab es offenbar eine Differenz zwischen der Linie der Sicherheitsorgane und dem Politbüro, das sich um die Verbesserung des Bildes der in der Bevölkerung verrufenen Sicherheits- und Rechtspflegeorgane bemühte, Klein 2002, S. 347ff.

man weiterhin (wie generell nach dem 17. Juni 1953) streikende Arbeiter in der Regel verhältnismäßig nachsichtig, wenn diese Streiks keinen politischen Hintergrund hatten. So wurden zum Beispiel 1963 die Proteste von Beschäftigten eines Betriebs in Luckenwalde, der Streik einer Jugendbrigade in Pösneck wegen Norm- und Lohnfestlegungen und ein Streik an der Universität Rostock zur Durchsetzung von Forderungen zur Studienorganisation, an dessen Spitze SED-Mitglieder und FDJler standen, vornehmlich Anlass, die Leitungstätigkeit in diesen Einrichtungen ins Visier zu nehmen und erst in zweiter Linie die eventuell politischen Motive der Streikenden zu ahnden. Dies setzte sich auch 1964 bei vier Streiks im Bezirk Cottbus und einem Streik in Luckenwalde (alle ausgelöst durch administrative Lohnneufestsetzungen und zum Teil wegen der Arbeitsbedingungen) fort.⁴⁰

Eine zweite Frage mit hoher Priorität für die Parteiführung betraf (nach den Erschütterungen des sowjetischen XX. Parteitag) den Status des „innerparteilichen Friedens“ angesichts jüher Wendungen beim Setzen von neuen politischen Normen. Als die ZPKK im Juni 1964 eine vorläufige Gesamteinschätzung „über die Auswirkungen der Spaltungspolitik der Führer der KP Chinas auf die Mitglieder der SED“ (also auch über das Ausmaß des innerparteilichen Widerspruchs) gab, zeigte sich ein mehrschichtiges Bild: Einerseits bewirkte die Kontroverse über die Generallinie einen gewissen Aufschwung altstalinistischer Resentiments besonders bei früheren KPD-Mitgliedern höheren Parteialters gegen die poststalinistische Wende in der SED, weil sie den Umschwung von 1956 nie akzeptieren konnten. Andererseits war der zunehmende Widerwille vieler Genossen der ersten „SED-Generation“ angesichts eines neuerlichen Schismas gegen eine kommunistische Partei eingedenk des noch gut erinnerlichen Fehlgriffs in der Jugoslawien-Frage 1948 folgerichtig. Solche meist sarkastisch argumentierenden Genossen riskierten nicht so viel wie ihre stalinistischen „Kokritiker“, nahmen in der Regel nicht Partei für China, aber verharren in Distanz zur verordneten Parteilinie. Beide Spektren hatten inhaltlich so gut wie nichts gemein und trafen sich lediglich in ihren unterschiedlich vertieften Zweifeln an dieser Linie. Zum dritten konstatierten vor allem jüngere und durchaus antistalinistisch gestimmte SED-Mitglieder, dass in dem „Kampf der Generallinien“ die Attacken der SED-Führung auf die chinesische Partei unabhängig vom Inhalt der Kontroverse, in der diese Mitglieder zumeist durchaus der sowjetischen Position zugeneigt waren, selbst wieder den doktrinären Mustern der Unterdrückung sogar der adäquaten Information über den Konflikt folgten. Zumeist erweiterten sie ihren Unmut über die Jagd der Kontrollorgane auf jene, die über Quelleninformationen verfügten oder sie sich zu verschaffen suchten, mit ihrer Kritik an den verschiedensten Missständen in der SED und der DDR.⁴¹ Das Interesse an den Argumentationsfiguren der zu Zeiten der Kulturrevolution vermeintlich antibürokratisch argumentierenden chinesischen KPCh-Stalinisten reichte erheblich über die SED hinaus und erfasste vor allem Jugendliche und Studenten. In solchen Konflikt- und Verarbeitungszusammenhängen liegt auch die Wurzel der Tatsache, dass sich in den 70er Jahren außerhalb der SED ein illegaler „Brückenkopf“ der maoistischen KPD/ML in der DDR bilden konnte⁴², dessen Frontalangriff auf

40 Klein 2002, S. 393ff.

41 Klein 2002, S. 388ff.

42 KPD/ML: Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten. Siehe: Tobias Wunschik, Maoistische Opposition gegen das Honecker-Regime. Die „Sektion DDR“ der KPD/ML, in: Hermann

die SED damit gleich in zweierlei Hinsicht seine Verfolgung herausforderte: Solche illegalen partei- und staatsfeindlichen Gruppenbildungen bezogen sich (anders als die innerhalb und außerhalb der SED sich immer wieder bildenden trotzkistischen Zirkel) auf einen für den sowjetischen Block real existierenden außenpolitischen Machtfaktor. Die Regulierung der andauernden innerparteilichen Diskussionen über den Konflikt mit der chinesischen Partei wurde durch die Meldung von der Ablösung Chruschtschows im Oktober 1964 nicht gerade erleichtert. Es gab zum Teil fieberhafte Diskussionen über Mutmaßungen, die Ablösung sei ein Signal für eine Umsteuerung in der China-Frage. Die Folgen: Zunahme der „feindlichen Diskussionen“ in den Parteigruppen und vermehrtes Abhören der „Feindsender“.

Die 1962–1964 anhaltende Kampagne gegen „Überspitzungen, Sektierertum und Dogmatismus“ ermunterte insbesondere parteinahe Künstler, Filmschaffende und Schriftsteller zu mitunter scharfem Widerspruch gegen frühere und noch andauernde parteipolitische Praktiken. So hatten Fritz Cremer und Bernhard Heisig auf ihrem Verbandskongress im März 1964 die bisherige Kulturpolitik der SED heftig kritisiert. Namentlich die Künstler sahen erstmals eine Möglichkeit, wirkliche Widersprüche und Bilder des realen Lebens zu gestalten. Dies führte dazu, dass ihr „künstlerischer Widerspruch“ im Namen des Realismus weit über die Grenzen dessen hinausging, was Kulturfunktionäre mit ihrem Verständnis von „sozialistischem Realismus“ zu tolerieren bereit waren. In den DEFA-Studios, Theatern, auf Lyriklesungen und Lieder-Veranstaltungen wurden Dinge produziert und zum Teil sogar aufgeführt, die zuvor undenkbar waren. Ohne gegen die SED oder den „Sozialismus“ gerichtet zu sein und jenseits dessen, was Opposition und Widerstand genannt werden könnte, wurden die künstlerischen Äußerungen etwa von Volker Braun, Heiner Müller, Wolf Biermann und Stefan Heym damals allein wegen ihres Realismus und ihrer provozierenden Transzendenz kleinbürgerlich-spießiger und dogmatischer Gesellschaftsformung den Parteibürokraten suspekt.

Ebenso entwickelten sich, zunächst toleriert, Formen selbstbestimmter Jugendbewegung (Beatgruppen, Tramber), auf die trotz gelegentlicher Auseinandersetzungen mit der Polizei anfangs mit (vergeblichen) Reintegrationsbemühungen reagiert wurde. Im neuen jugendpolitischen Kurs der Parteiführung sollte eigentlich den kulturellen und partizipatorischen Bedürfnissen einer neuen Generation kontrolliert Rechnung getragen werden.⁴³ Das Blatt wendete sich, als diese Strömungen bereits im Vorfeld der „Generalabrechnung“ mit allen Formen „kultureller Dekadenz“ auf dem 11. Plenum vom Dezember 1965 zu „Gamlern und Rowdys“ erklärt, drangsalier, diskriminiert und juristisch verfolgt wurden. Mit de-

Weber/Egbert Jahn/Horst Dähn/Jan Foitzik/Ulrich Mählert (Hg.), *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 1998, S. 187ff. und Bernd Gehrke, *Weichenstellungen zum Disparaten. Vom schwierigen Verhältnis der DDR-Opposition zur Arbeiterschaft*, in: Peter Hübner/Christoph Kleßmann/Klaus Tenfelde, (Hg.), *Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit*, Köln/Weimar/Wien, 2005, S. 412f.

43 Das „Jugendkommuniqué“ vom September 1963 setzte vergleichsweise fortschrittliche Akzente in Richtung größerer Freiräume und der Anerkennung jugendspezifischer Bedürfnisse.

monstrativen massiven Unmutsbekundungen wie in Berlin am 7. Oktober⁴⁴ und vor allem mit dem Massenprotest von Jugendlichen in Leipzig am 31. Oktober 1965 gegen die Verbote von Beatgruppen, der von den Sicherheitskräften unterdrückt wurde⁴⁵, bekam diese ursprünglich unpolitische Jugendbewegung mehr und mehr eine politische Note: Staatsmacht und jugendliche Minderheiten (vorwiegend Arbeiterjugendliche) standen sich nicht mehr nur „ideologisch“, sondern nun auch auf der Straße feindlich gegenüber, was sich künftig in Berlin mehrfach wiederholen sollte⁴⁶. Die derart „von oben“ aufgezwungene Eskalation und die darauf folgende subkulturelle Sozialisation von Jugendlichen in abgeschotteten Gruppen mit „politisch negativer Verfestigung“ konnte auch durch die Rücknahme des Verdikts wenigstens gegen die „Beatkultur“ Ende der 60er Jahre nicht mehr aufgehalten werden. Die seit 1968/69 beginnende „Offene Arbeit“ als neue Form evangelischer Jugendarbeit bot einen Sozialisationsraum solcher als „asozial“ abgestempelter Jugendlicher. Das emanzipatorische Profil der von Pfarrer Claus-Jürgen Wizisla und vor allem von Walter Schilling entwickelten offenen Jugendarbeit führte jenseits traditioneller „evangelisierender“ Ambitionen auch zu einer Politisierung hier sich selbst organisierender Jugendlicher.⁴⁷ Sie sollte sich in den 70er Jahren, beargwöhnt von der Amtskirche und „bearbeitet“ von den Sicherheitsorganen, über Thüringen hinaus weiterentfalten.

Bereits vor dem berichtigten 11. „Kulturplenum“ wurde mit Robert Havemann der gefährlichste Kritiker des SED-Kurses 1964 aus Forschung und Lehre vertrieben und als „Partei-feind“ aus der SED ausgeschlossen.⁴⁸ Der Fall Havemann sollte zum Maßstab für die Grenzen jener undogmatischen Kreativität werden, welche in der SED zwischen 1962 und 1965 so nachdrücklich eingefordert wurde. Nicht seine formal in den Vordergrund geschobene geplante Publikationstätigkeit in der BRD war die Ursache der Disziplinierung des bekennenden Kommunisten und Naturwissenschaftlers Havemann. Tatsächlich sind die Wirkungen von ihm gehaltener Vorlesungen an der Humboldt-Universität über „Naturwissenschaftliche Aspekte philosophischer Probleme“ vom Oktober 1963 bis Januar 1964 als sehr viel gefährlicher eingeschätzt worden.⁴⁹ Sein Widerspruch galt unter anderem den antimarxistischen Vulgarisierungen in der offiziellen Sichtweise auf die stalinistische Periode. Die nun begonnene gesellschaftliche und politische Isolierung Havemanns durch Berufsbehinderung und Berufsverbot, früher als selbstverständliche, aber eher ergänzende oder flankierende Maßnahme bereits üblich, sollte später zum Hauptinstrument der Repression in allen Fällen werden, wenn die politischen Unkosten einer Inhaftierung zu hoch schienen. Mit dem Lehr-

44 Siehe Bernd Gehrke, Der Beataufstand am „Tag der Republik“ 1965, *Horch und Guck*, 11. Jahrgang/Heft 37, 2002, S. 33ff.

45 Siehe Michael Rauhut, *Beat in der Grauzone. DDR-Rock 1964 bis 1972 – Politik und Alltag*, Berlin 1993, S. 137ff.

46 Solche Zusammenstöße in Berlin sind für 1966 und 1969 nachgewiesen. Auch am 7. Oktober 1977 auf dem Berliner Alexanderplatz, und 1987 im Bereich des Brandenburger Tors (vgl. Abschnitt 4.14.) kam es zu solchen Auseinandersetzungen; ebenso 1974 in Altenburg, 1976 in Plauen und 1978 in Erfurt. Vgl. den Überblick bei Gehrke 2005, S. 409f.; ausführlich bei Rauhut 1993. Siehe auch Neubert 1997, S. 205f.

47 Neubert 1997, S. 184ff.

48 Vgl. Silvia Müller/Bernd Florath (Hg.), *Die Entlassung. Robert Havemann und die Akademie der Wissenschaften*, Berlin 1996.

49 Robert Havemann, *Dialektik ohne Dogma?*, Hamburg 1964.

Forschungs- und Hausverbot für Havemann an wissenschaftlichen Forschungseinrichtungen der DDR wurde ein Prozess eingeleitet, in dessen Verlauf sich das verhängte Berufsverbot später in den siebziger Jahren sogar zu dem Versuch der kompletten Isolierung des unbeugsamen Wissenschaftlers in Gestalt eines Hausarrests steigern sollte.

Mit der Offensive des „Kulturplenums“ gegen „Skeptizismus“, „ideologische Aufweichung“ und „Diversion“ im Dezember 1965 sollten nicht nur Schriftsteller und Wissenschaftler wie Heym, Biermann, Bieler und Havemann oder Filmemacher und Drehbuchautoren als Personen getroffen werden. Die Aufladung ihres innerparteilichen öffentlichen Widerspruchs zur „Gruppenbildung“⁵⁰ signalisierte die Entschlossenheit der Parteiführung, solche Tendenzen im Keime zu ersticken. Dass diese Militanz nicht ganz unbegründet war, zeigt das Ausmaß späterer Solidarisierungsbestrebungen in diversen Parteiorganisationen mit Elementen von Gruppenbildung.⁵¹ Der schon im Vorfeld des Plenums erfundene Zusammenhang von „dekadenter Kunst“ und Jugendkriminalität bot gleichzeitig die Möglichkeit, die Künste einer Mitschuld am „Rowdytum“ der Jugend und an ihrer Erziehung zum Skeptizismus zu bezichtigen und eine sich immer mehr der Kontrolle entziehende Jugendkultur („Beat-Gruppen“) unter der Rubrik „Gammler“ zu diskreditieren und in ein kriminelles Licht zu rücken. Die Maßgabe, eine solche „Kulturopposition“ im Keime zu ersticken, führte nun erst zu ihrer Entstehung.

Mit Einführung der Wehrpflicht im Januar 1962 wurde Pazifisten aus Glaubens-, Gewissens- und politischen Gründen die Entscheidung abgefordert, ihre „private“ Verweigerung auch gesellschaftlich-politisch zu vertreten oder angesichts dieser strafbewehrten staatlichen Anforderung von ihr abzurücken. Der in Lehrausbildung und Studium praktizierte Kurs einer „vormilitärischen Ausbildung“ nötigte bekennenden Pazifisten in den 60er Jahren schon sehr früh den Konflikt mit dem staatlichen militärerzieherischen System auf. Die herrschende Interpretation einer beibehaltenen Verweigerungshaltung („bewusste oder unbewusste“ Schwächung der Verteidigungsbereitschaft und mithin „objektiv“ der Überlebensfähigkeit des Systems) ließen keinen Zweifel an der (zu verschiedenen Zeiten verschie-

50 Bei dem „Kreis Havemann, Heym, Biermann ... handelt (es) sich also nicht um den Dichter Biermann als solchem oder um eine Frage der Dichtkunst, sondern es handelt sich um eine Gruppe, die einen politischen Kampf gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht zielbewußt geführt hat und führt.“ Walter Ulbricht, Schlußwort auf der 11. Tagung des ZK der SED, in: Günter Agde (Hg.), Kahlschlag. Das 11. Plenum des ZK der SED 1965, Berlin 2000, S. 271.

51 Heinz Juch bilanzierte auf der Arbeitstagung der Zentralen SED-Partei kontrollkommission (ZPKK) mit den Bezirkspartei kontrollkommissionen (BPKK) am 23./24. März 1966 die damalige Lage: In Parteiorganisationen von Schulen, Universitäten und Kultureinrichtungen entstünden Zweifel und Misstrauen, gäbe es Aufweichungserscheinungen, offene Zersetzungsarbeit und sogar die Bildung von staatsfeindlichen Gruppen an einigen Oberschulen auch unter Beteiligung von Kindern leitender Funktionäre. Genossen Studenten der Universität Greifswald verteidigten offen die vom 11. ZK-Plenum kritisierten Auffassungen einiger Angehöriger der künstlerischen Intelligenz. Eine ähnliche Situation bestünde an der Universität Rostock, wie später von der dortigen BPKK berichtet wurde. Genossen der Parteiorganisation der Pestalozzi-Oberschule im Kreis Stralsund hätten die Hetze einer aus der SED entfernten Lehrerin gegen die führende Rolle der SED unterstützt. Die BPKK Dresden berichtete von der Zerschlagung einer parteifeindlichen Gruppe am Institut für Kernphysik in Rossendorf. Mit Hilfe des Sekretariats wurden Parteiausschlüsse und Funktionsablösungen verfügt. Die Gruppe behauptete in ihrer parteifeindlichen Plattform, in der SED gäbe es keine Demokratie und bezog sich auf den XX. Parteitag der KPdSU. Sie strebte Verbindungen zu anderen oppositionellen Gruppen an, Klein 2002, S. 429ff.

den starken) politischen Aufladung der negativen Stigmatisierung solcher Haltungen. Die im Ostblock einmalige „Anordnung des Nationalen Verteidigungsrates der DDR über die Aufstellung von Baueinheiten im Bereich des Ministeriums für Nationale Verteidigung“ von 1964 trug der Tatsache Rechnung, dass während einer Periode angestrebter Entspannung zwischen Staatsmacht und Bevölkerung die Zahl der Verweigerer 1962–1964 trotz drohender Haft über 1 500 lag und zukünftig zu einem öffentlichen Konflikt zu werden drohte.⁵² Die Anordnung legalisierte lediglich den Dienst ohne Waffe, bekräftigte aber die militärische Verfügung über die „Bausoldaten“. Von nun an war für Pazifisten der Bausoldatendienst (als legales kleineres Übel gegenüber strafbarer Totalverweigerung⁵³ und Wehrdienst) „nur“ mit (zu verschiedenen Zeiten wieder verschieden starken) beruflichen oder qualifikatorischen Diskriminierungen verbunden. Es versteht sich, dass diese „Lösung“ in Form der Konzentration von Pazifisten in Baueinheiten neue Probleme verursachte: Man schuf ein legales Sammelbecken von zumindest dem Regime distanziert gegenüberstehenden Verweigerern unterschiedlicher Weltanschauung (jedoch überwiegend Christen), die von Anfang an starke Latenz zu Formationsbildungen aufwiesen. Solcherart staatliche Begünstigung der Kooperation zuvor vereinzelter Verweigerer führte zu Bestrebungen im Kollektiv, die schnell Merkmale von oppositionellem und widerständigem Verhalten zeigten, also über bloße Verweigerung hinausgingen. Für Totalverteidiger, auch für Verweigerer des Reservistendienstes, denen der Bausoldatendienst verwehrt blieb, galt, dass ihre Verweigerung strafrechtlich verfolgt wurde. Ihnen fehlte jedoch jene „staatliche Beihilfe“ zu „Zusammenrottung“ in Baueinheiten: In den Gefängnissen war es zweifellos viel schwerer, eine Gruppenbildung zu versuchen. In einigen Bausoldatengruppen kam es nicht nur zu Widerspruch in Form „politisch-negativen“ Diskussionen, sondern auch zu gemeinschaftlichen „feindlich-negativen“ öffentlichen Aktionen, also zu oppositionellen Aktivitäten: Für die 60er Jahre gibt es Beispiele für kollektive Erklärungen und Aufrufe von Bausoldaten gegen Militarisierung, gegen unbedingten Gehorsam und für das Handeln entsprechend dem eigenen Gewissen oder Glauben, deren systemkritischer Gehalt über die Wehrdienstfrage hinausging.⁵⁴ 1967 konfrontierten Bausoldaten um Bernd Eisenfeld im Namen von 100 Wehrpflichtigen mit und ohne Waffe die Delegierten einer Wählervertreterkonferenz im Kreis Luckau mit Forderungen nach einem demokratischen Wahlsystem, Informationsfreiheit, Legalisierung alternativer Friedenskonzepte und Auseinandersetzung mit dem jugoslawischen Selbstverwaltungsmodell.⁵⁵ Trotz staatlicher Obstruktion und amtskirchlichen Widerwillens sammelten sich ehemalige Bausoldaten seit 1964 verdeckt (über das Jungmännerwerk der Evangeli-

52 Bernd Eisenfeld, Eine „legale Konzentration feindlich-negativer Kräfte“. Zur politischen Wirkung der Bausoldaten in der DDR, in: Deutschland Archiv, 28 (1995) 3, S. 256.

53 Totalverweigerer mussten laut §256 StGB mit bis zu fünf Jahren Freiheitsstrafe rechnen; üblich waren 22 bis 26 Monate.

54 Bernd Eisenfeld, Wehrdienstverweigerung als Opposition, in: Henke/Steinbach/Tuchel 1999, S. 249f.

55 Ebenda, S. 251. Ein Arbeitspapier der Dienststelle des Staatssekretariats für Kirchenfragen (SfK) aus dem Jahre 1982 erinnerte an Aufrufe unter anderem der Garzer, Saßnitzer und Prenzlauer Bausoldaten 1966–1972, welche die Dominanz solcher zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR sich im Gegensatz befindlichen Kräfte bei den Bausoldaten unter dem Dach der Evangelischen Kirche belegten: Die christlichen Argumentationen solcher Kräfte seien häufig nur der Deckmantel für politisch-oppositionelle Ziele. Bemerkungen und Fakten zur Rolle der Evangelischen Kirche in der DDR im Rahmen strategischer gegnerischer Konzepte zur Schwächung der Verteidigungsbereitschaft der DDR. Arbeitspapier im SfK vom 14.9.1982, SAPMO BArch, DO 4/594.

schen Kirche) in regionalen Gruppen, die in Seminaren und Beratungen von Wehrpflichtigen ihren Teil zur „Schwächung der Verteidigungsbereitschaft“ beitrugen.⁵⁶ Hier wurde zuweilen bereits die Grenzzone von der Opposition hin zum Widerstand betreten. Der Höhepunkt dieser Entfaltung oppositioneller Strukturen innerhalb der Bausoldatenbewegung sollte allerdings erst in den 80er Jahren mit der Kampagne für einen „sozialen Friedensdienst“ (siehe Abschnitt 3.1.2.2) erreicht werden.⁵⁷ Sowohl die evangelische Jugendbewegung, die natürlich über die Verweigererbewegung hinausging, als auch der systemferne christliche intellektuelle Diskurs blieb in den 60er Jahren auf die christlichen Milieus beschränkt und erreichte kaum gesellschaftliche Relevanz. Als Ausnahme kann der nur randständig die DDR tangierende und vor allem in Polen, Ungarn und Westeuropa gepflegte „Dialog zwischen Christen und Marxisten“ gelten.

Der sich seit 1966 anbahnende Kurswechsel in der tschechoslowakischen Partei gipfelte im Frühjahr 1968 mit dem Aktionsprogramm der KPTsch in der Perspektive eines „demokratischen Sozialismus“. Die dort beginnende und damit zusammenhängende tiefgehende Entstalinisierung und Demokratisierung signalisierten auch in der DDR erstmals nicht mehr nur

-
- 56 Auf Initiative des ehemaligen Bausoldaten Hans Jörg Weigel fand im Mai 1973 in Königswalde (Kirchenbezirk Werdau/Sachsen) erstmals ein Seminar statt, dessen Teilnehmerzahl (Wochenendseminare jeweils im Mai und Oktober) dann in der Folge stetig anstieg: Mit 72 Teilnehmern beginnend wuchs die Zahl der Seminarbesucher dieses „Königswalder Friedensseminars“ (meist Bausoldaten) auf 400 im Jahre 1982 an. Siehe ebenda; vgl. auch: Georg Meusel „Königswalde und die Arbeit christlicher Friedensseminare“, in: „Spuren – Zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR“, Samisdat, Januar 1988.
- 57 Von sehr praktischer Bedeutung waren die Bausoldaten-Treffen auch deshalb, weil nur alle 18 Monate zum Bausoldatendienst einberufen wurde und daher die Dienst Erfahrungen nicht unmittelbar weitergegeben werden konnten. Das MfS gab 1983 aus seiner Sicht einen Überblick zum Entwicklungsverlauf dieser „feindlich-negativen“ Selbstorganisation von Verweigerern: „Im Frühjahr 1965 bildeten ehemalige Bausoldaten innerhalb der evangelischen Kirche eine Arbeitsgruppe und einen Mitarbeiterkreis mit dem Ziel, den Gedanken der Wehrdienstverweigerung von christlicher Seite zu begründen und ihn in dieser Form unter der Jugend zu popularisieren ... Dabei stand die Forderung nach der Einführung eines ‚zivilen Wehrersatzdienstes‘ bereits seit 1964 auf der Tagesordnung. Die aktive Arbeit der von ehemaligen Bausoldaten gebildeten Arbeitsgruppe und ihres Mitarbeiterkreises war so erfolgreich, dass der Mitarbeiterkreis aufgelöst werden konnte, nachdem mehrere Regionalkreise entstanden waren, die sich seit 1968 als Facharbeitskreis ‚Friedensdienst‘ und als ‚Friedensseminare‘ unter dem Dach der Kirche konstituierten. Die ‚Kirchliche Arbeitsgruppe Friedensdienst Berlin‘ wurde im Oktober 1971 unter dem Namen ‚Friedensdienstarbeitskreis in der DDR‘ bei der zentralen Geschäftsstelle des Jungmänner-Werkes (JMW) gebildet. Umgangssprachlich ist sie unter der Bezeichnung ‚zentraler Arbeitskreis Friedensdienst des JMW‘ bekannt. Die Bildung dieser zentralen Einrichtung ergab sich aus dem Bestreben feindlich-negativer Kräfte, die feindlichen Aktivitäten der seit Mitte und Ende der 60er Jahre örtlichen, regionalen und bei den JMW Berlin-Brandenburg, Sachsen und Thüringen bestehenden ‚Friedensdienstarbeitskreisen‘ auf zentraler Ebene zu koordinieren, zu potenzieren, zu legalisieren und sie damit zu einem offiziellen und legitimen Teil kirchlicher Arbeit zu machen ... Hier sind die Ausgangspositionen für die verschiedenartigen Bewegungen geschaffen worden, so für die Bewegung der Bausoldaten, der Wehrdienstverweigerer, der Christen in Uniform oder auch des ‚Sozialen Friedensdienstes‘ und aller anderen Abarten von sozialismusfeindlichen ‚staatsunabhängigen Friedensbewegungen‘.“ Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Missbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen „inneren Opposition“ in der DDR, April 1983, MfS JHS, Arch.-Nr. 241/83.

als Idee und als Element der Kritik des Politbürokratismus, sondern als „materielle“ Perspektive einen Weg jenseits von stalinistischer oder politbürokratischer Diktatur und Kapitalismus. Gleichzeitig kam es in der zweiten Hälfte der 60er Jahre in Westeuropa zu einer Renaissance linken und marxistischen Denkens, einer Wiederentdeckung der Schriften von undogmatischen linken Theoretikern und von Zeugnissen emanzipatorischer Strömungen der Arbeiterbewegung, die im Osten verboten, deren Anhänger verfolgt und „liquidiert“ und die im Westen verschüttet und vergessen waren. Die Folgen: In der ČSSR traf der „von oben“ aus eingeschlagene Weg des „Prager Frühlings“ dann sowohl auf eine überwältigende Unterstützung in der Bevölkerung als auch auf großes Interesse überall in Europa. In Westeuropa trat mit der „Neuen Linken“ eine Minderheitenbewegung auf den Plan, die namentlich in Italien, Frankreich und der BRD unerwartet stark in das politische Leben einzugreifen begann. Überdies erwuchs gleichzeitig den „moskautreuen“ Parteien im Westen und ebenso den herrschenden Parteien des sowjetischen Blocks im Osten mit der eurokommunistischen Tendenz in vielen westeuropäischen kommunistischen Parteien eine neuerliche ideologische Herausforderung gleich neben dem „chinesischen Kriegsschauplatz“. Auf dem Resonanzboden des Tauziehens um die „Entstalinisierung“ und des Wechselbads von kulturpolitischer Liberalisierung und Disziplinierung hatte in der DDR der Aufschwung undogmatischer linker Politik und Theorie in Westeuropa, vor allem aber natürlich der Kampf um einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ in der ČSSR, auf die Minderheit der jungen antistalinistischen marxistischen Intelligenz innerhalb und außerhalb der SED und auch auf Teile der „Alten“ einen erheblichen Einfluss. So wie in den 50er Jahren offenbar wurde, dass ein Andauern der zentralen Rolle des Terrors abträglich für die Herstellung eines gesellschaftlichen Zusammenhangs war, schien sich jetzt zu erweisen, dass mit zunehmender Modernität poststalinistischer Gesellschaften der ihr aufgeherrschte Bürokratismus in Gegensatz zu ihrer Entwicklungsdynamik getreten war. „Demokratischer Sozialismus“ erschien deshalb sowohl als Befreiung von politbürokratischer Herrschaft, als auch als Attribut von gesellschaftlicher Modernisierung. Nicht die Exotik und Tollkühnheit dieses Versuchs, sondern seine Folgerichtigkeit leitete den Blick der marxistischen Dissidenten. Ihnen bescheinigte man umgehend ihre Staatsfeindlichkeit. Wer unter diesen Dissidenten nicht einlenken und weiterhin politisch handeln wollte, musste nun die Grenze hin zu Opposition oder Widerstand überschreiten.

Weit über diese hochpolitische Minderheit hinaus „infizierte“ allerdings eine gleichzeitig kulminierende antiautoritäre Subkultur des Westens in der Breite die sich emanzipierende alternative Jugendbewegung in der DDR. Amerikanische Jugendkultur, der nahtlose Übergang der Beat- in die „Hippie“-Bewegung, „Underground“, „sexuelle Revolution“, „Black-Panther“ und die schwarze amerikanische Bürgerrechtsbewegung signalisierten für eine ganze Generation die enge Verbindung von Kultur und Politik – hier der antiautoritären Subkultur und des revolutionären Aufbruchs. In den USA bedeutete letzteres „mehr Bürgerrechte“ vor allem für die Afroamerikaner; in Westeuropa hatte die Studentenbewegung eine radikal antikapitalistische Dimension und international waren die 60er Jahre das Jahrzehnt der nationalen antikolonialen Revolutionen und der Befreiungsbewegungen in Afrika und Lateinamerika. Angesichts der weltweiten Revolten erschien Teilen der rebellierenden Jugendminderheiten in der DDR auch außerhalb der kritischen Intelligenz erstmals eine Alter-

native jenseits der beiden weltbeherrschenden Systeme vorstellbar⁵⁸ – eine Vorstellung, welche der vernichtete antistalinistische linke Widerstand mit dieser Generation nicht mehr teilen konnte. Die „außerparlamentarische Opposition“ (APO), der Sozialistische Deutsche Studentenbund (SDS) und die westdeutsche Studentenbewegung sowie der neue Politikstil in diesem Milieu vor der Versektung eines Teils der Neuen Linken in diversen K-Gruppen der siebziger Jahre hatten eine beträchtliche identifikatorische Kraft in der neuen Generation antidogmatischer Kritiker innerhalb und außerhalb der SED. Auch die in der westeuropäischen „Neuen Linken“ seit Mitte der sechziger Jahre thematisierten Inhalte übten auf das Denken einer Minderheit jüngerer Intellektuelle der Nachkriegsgeneration der damaligen DDR wesentlichen Einfluss aus.⁵⁹

Mit der Niederschlagung des „Prager Frühlings“ am 21. August 1968 begann das SED-Regime in Kenntnis der hohen Attraktivität des tschechoslowakischen sozialistischen Wegs auch in der DDR eine Großoffensive gegen seine Anhänger. Der nur verhaltene Widerstand innerhalb der SED⁶⁰ beweist, wie gut die Parteiführung die Mitgliederpartei inzwischen im Griff hatte. Von den 1 189 an demonstrativen Protesten beteiligten strafrechtlich verfolgten Bürgern waren 75% unter 30 Jahre und fast 85% Arbeiter.⁶¹ Der hohe Anteil junger (bzw. der relativ niedrige Anteil älterer) Arbeiter an den Protestierenden weist darauf hin, dass die Arbeiterproteste gegen den Einmarsch eher aus Quellen im Bereich des neuen arbeitlichen Jugendprotestes gespeist wurden und weniger aus denen der demoralisierten alten traditionellen Arbeiterbewegung. Trotz massenhafter starker Sympathien mit dem tschechoslowakischen Aufbruch spiegelte der *insgesamt* geringe Bevölkerungsprotest in der DDR gegen den

58 Vgl. Gehrke 2005, hier S. 415.

59 Die antistalinistische Linke intensivierte nun ihre materialistische Analyse der ökonomischen und sozialen Ursachen des Stalinismus. Beiträge dazu entstammten der marx'schen Analyse der asiatischen Produktionsweise und der Untersuchung des Zusammenhangs von ökonomischer Unreife russischer Produktionsverhältnisse und der Entartung der russischen Revolution. Dies war eine massive Herausforderung für die Politbürokratie und ihr ideologisches Konstrukt einer „Periode des Personenkults“. Nicht weniger provozierend war die Kombination einer Kritik der repressiven Struktur der Bedürfnisse und ihrer Befriedigung in industriellen Konsumgesellschaften sowie der Unterdrückung von Triebstrukturen in ihnen (Herbert Marcuse, *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*, Neuwied-Berlin 1967; Ders., *Triebstruktur und Gesellschaft*, Frankfurt/Main 1969). Die auf den zeitgenössischen Kapitalismus gemünzte Kritik medialer und massenkultureller Manipulation harmonierte durchaus mit den auf Emanzipation und Befreiung von Fremdbestimmung orientierten Zielen der rebellischen Jugend im Osten und hatten für die kleinen regimekritischen intellektuellen Zirkel erhebliche Bedeutung.

60 Unter den 522 Parteistrafen waren 223 Ausschlüsse, 55 Streichungen, 109 strenge Rügen, 135 Rügen und 297 Verwarnungen. Insgesamt wurden mit 3 358 Parteimitgliedern und Kandidaten Auseinandersetzungen über ihr der Parteilinie widersprechendes Verhalten geführt. In der wichtigen Berliner Parteiorganisation wurden 9 der 22 ausgeschlossenen Mitglieder inhaftiert. Ausführlich siehe Klein 2002, S. 454.

61 Ilko-Sascha Kowalczyk, „Wer sich nicht in Gefahr begibt ...“, *Protestaktionen gegen die Intervention in Prag und die Folgen von 1968 für die DDR-Opposition*, in: Henke/Steinbach/Tuchel 1999, S. 262; Falco Werkenthin, *Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht*, 2. überarbeitete Auflage, Berlin 1997, S. 265ff.; Monika Tantzsch, *Maßnahme „Donau“ und Einsatz „Genesung“*. Die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968/69 im Spiegel der MfS-Akten. Analysen und ZAIG-Hinweise für Kollegiumssitzungen – Dienstbesprechungen, Anfang Oktober 1968; BStU; *Berichte Reihe B*, 1/1994, hg. vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin 1994.

Einmarsch nicht nur den inzwischen erreichten Wirkungsgrad herrschaftsgeleiteter Befriedigungstechniken von Partei- und Staatsapparat sowie des Niveaus erfolgreicher Demoralisierung möglicher Widerstandspotentiale wider. Er war ebenso Ausdruck der gewachsenen sozialen Bindungskräfte des Systems, welche die Barrieren gegen oppositionelle oder widerständige Bestrebungen zusätzlich verstärkten.⁶²

Die bewaffnete Niederschlagung des tschechoslowakischen Versuchs eines demokratischen Sozialismus bedeutete jedoch für die Minderheit der gerade entstehenden jungen marxistischen antidogmatischen Intelligenz in der DDR nicht das Ende, sondern die Fortsetzung und Intensivierung ihres Aufbruchs. Ähnliches gilt für die subkulturelle Szene.⁶³ Nach den Verhaftungen und Verurteilungen von Berliner Schülern und Studenten wegen gemeinschaftlicher Flugblattaktionen gegen den Einmarsch⁶⁴ begann ein sich in den 70er Jahren weiterentwickelndes Spektrum überwiegend konspirativ organisierter Zirkel zu arbeiten. Die rasche Politisierung dieses Minderheitenspektrums und auch von Teilen der rebellischen Jugend ist nicht erklärbar ohne die Entwicklungen schon vor dem August 1968. Bernd Gehrke verweist auf die Entstehung kleiner illegaler politischer Gruppen, bei denen vielfach allein schon der Name auf die Verkopplung reformkommunistischen Denkens im Sinne Havemanns sowie des Prager Frühlings und der Neuen Linken im Westen hindeutete.⁶⁵ Unter anderem berichtet er von einer Magdeburger Jugendgruppe „Weisse Panther“, die

- 62 Kowalczyk weitergehende Interpretation, nach der „die Mehrheit der Menschen ... trotz der Vorgänge in der ČSSR nicht an eine mögliche Symbiose von Sozialismus, Demokratie und Freiheit (glaubte)“, stützt er auf Stimmungsberichte der SED, denen gemäß „die meisten (erkannten), dass die Entwicklung in der ČSSR hin zu Demokratie und Freiheit zwangsläufig eine Absage an den Sozialismus darstellte.“ Damit hat Kowalczyk die Einheit der offiziellen Propaganda der Politbürokraten, die Entwicklung in der ČSSR sei „antisozialistisch“, mit der Bevölkerungsstimmung postuliert. Jedoch war die Parteinahme für den „Prager Frühling“ keine „gegen den Sozialismus“, sondern eine Parteinahme für den demokratischen Sozialismus gegen einen Politbürokratismus, deren Sachwalter Freiheit und Demokratie für unvereinbar mit ihrem „Sozialismus“ hielten. Diese Einheit überhaupt für undenkbar zu halten, also einen demokratischen Sozialismus für unmöglich, einte damals die Herrschenden in Ost und West und auch Kowalczyk stimmt dem heute offensichtlich zu. Dabei ist seine Vermutung, nach den Erfahrungen 1953 und 1956 wären 1968 in der DDR-Bevölkerung die Zweifel an die Erfolgsaussichten des tschechoslowakischen Anlaufs angesichts der sowjetischen Blockdominanz groß gewesen, viel plausibler, wenngleich auch eine ganz andere, als die Annahme, damalige DDR-Hoffnungen wären weniger auf einen „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“, sondern prinzipiell auf eine wie auch immer sich nennende ‚Gesellschaft mit menschlichem Antlitz‘ gerichtet gewesen, Kowalczyk 1999, S. 266f.
- 63 „Es ist doch seltsam, dass trotz der Niederschlagung des ‚Prager Frühlings‘ noch Anfang der siebziger Jahre eine solche Aufbruchstimmung vorhanden war, z. B. bei Jugendlichen, dass eine Subkulturszene entstand, dass Ausstellungen und alle möglichen privaten Initiativen und auch Versuche, alternative Lebensformen zu finden, stattfanden, die durch die Entwicklung im Westen beeinflusst waren.“ Zeitzeugenbericht von Gerd Poppe in der 68. Sitzung der Enquete-Kommission, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII,1, Baden-Baden 1995, S. 117.
- 64 Unter ihnen befanden sich die beiden Söhne Robert Havemanns, der Schriftsteller Thomas Brasch (Sohn des stellvertretenden Kulturministers), die Sängerin und Schauspielstudentin Bettina Wegner, die Tochter des stellvertretenden Direktors des Instituts für Marxismus-Leninismus Erika Berthold und Rosita Hunzinger (Tochter der bekannten Bildhauerin Ingeborg Hunzinger).
- 65 Die vom MfS aufgeklärten Gruppen hießen: Aktionskomitee Berlin der Schüler und Studenten, SDS-DDR, Thälmanngruppe, Bund der Gerechten, Fortschrittlich-kommunistische Jugend. Siehe Gehrke 2005, S. 413f. und Bernd Gehrke, Neue Opposition und integrale Ökonomie. Öffentliche Texte und oppositionelle Diskurse in den 60er und 70er Jahren, in: Horch und Guck 3/2003, S. 39ff.

1970 in Anlehnung an die militante schwarze US-Befreiungsorganisation *Black Panthers* zwischen Subkultur und Politik agierte und vor ihrer Zerschlagung durch das MfS ca. 100 Jugendliche umfasst haben soll.⁶⁶

Was hatte sich nun in den 60er Jahren gegenüber den 15 vorangegangenen Jahren hinsichtlich der Quellen und der politischen sowie sozialen Bezugssysteme von Widerstand, Opposition und Widerspruch verändert?

1. Im dissidenten parteinahen und innerparteilichen Spektrum galt für die noch verbliebenen „Alten“, welche in den Kämpfen der Vorkriegs-Arbeiterbewegung politisch sozialisiert waren, sowie für kritische „Kulturschaffende“ und Teile der Parteintelligenz alter und zum Teil schon neuer Generation, dass der Bezugspunkt nicht mehr durch die Paradigmen des antistalinistischen Kampfes in politischen Formungen der „traditionellen Arbeiterbewegung“ bestimmt war, sondern durch die Entstalinisierungsimpulse, welche vom XX. und XXII. Parteitag der KPdSU 1956/61 ausgingen. Nicht mehr der Weg in ganz Deutschland, sondern die Zukunft der DDR war das Kampffeld. Es ging nicht mehr gegen die Stalinisierung der SED, sondern gegen eine sich „modernisierende“ poststalinistische Politbürokratie, die ihre Diktatur über die „verstaatlichte“ Gesellschaft mit einem effektiveren tayloristischen Despotismus im Betrieb festigen wollte. Statt Opposition und Widerstand dominierte innerparteilicher Widerspruch allerdings erheblichen Ausmaßes, namentlich der künstlerischen und wissenschaftlichen Intelligenz.
2. Auf die Niederlage der Aufständischen vom 17. Juni 1953 folgte in der DDR (anders als zum Beispiel in Polen und Rumänien) eine nachhaltige Lähmung insbesondere des „klassischen“ Arbeiterwiderstands mit seinen typischen Kampfformen. Verstärkt wurde diese Resignation noch durch die Erfahrung der Niederschlagung des ungarischen Aufstands 1956 und des Mauerbaus 1961. Die Folge dieser gewaltsamen „Befriedung“ war der Niedergang des betriebsöffentlichen kollektiven Kampfes für Arbeiterinteressen und erst recht seiner Politisierung im gesellschaftlichen Raum zugunsten individualisierter Interventionen bei der Nomenklatura (Eingaben).⁶⁷ Dafür entstand in Teilen der jungen Generation, vor allem der Arbeiterjugend, aus dem Bedürfnis heraus, die eigene Kultur und Lebensweise selbstbestimmt zu gestalten, ein in Konfrontation mit der Staatsmacht sich politisierendes soziokulturelles Spektrum („Beatgeneration“), dessen Aktionsformen in Teilen auch oppositionelle und widerständige Züge annahm. Es war nur peripher mit der dissidenten parteinahen künstlerischen Intelligenz verbunden, obwohl auf dem 11. Plenum mit beiden Strömungen „abgerechnet“ wurde. Hier gestaltete eine neue Generation unter neuen gesellschaftlichen Bedingungen einen Konflikt, der Ausdruck eines kollektiven Missbehagens, des Bedürfnisses nach Gegenwehr und Selbstbehauptung in

66 Gehrke 2005, S. 416. Siehe auch: Kommunisten gegen Honecker. Die unbekannte Opposition in der DDR, Interview, in: trend. online-zeitung, 05/01, 26.6.2003. Der Interviewte berichtet hier auch über eine „Kommune 13“ in Buckau, die sich später „Progressive Jugend“ nannte.

67 Renate Hürtgen, „Keiner hatte Ahnung von Demokratie, im Betrieb sowieso nicht“. Vom kollektiven Widerstand zur Eingabe oder Warum die Belegschaften 1989 am Anfang eines Neubeginns standen, in: Bernd Gehrke/Renate Hürtgen (Hg.), Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989: Die unbekannte Seite der DDR-Revolution. Diskussion-Analysen-Dokumente, Berlin 2001, S. 183–203; Hürtgen, 2005, besonders S. 255ff.

einer fremdbestimmten Lebenswirklichkeit war. Ihre Identität bildete sich abgetrennt von den politischen Identitäten der vernichteten bürgerlichen und linken „alten“ Opposition und war kaum verbunden mit dem Selbstverständnis der 1953 geschlagenen rebellierenden Arbeiter.

3. Sehr viel enger war die Verbindung dieses Spektrums mit den von vornherein in Systemdistanz stehenden „Verweigerern“ gleicher Generation, überwiegend christlich verwurzelt, besonders nach Einführung der allgemeinen Wehrpflicht. Dies vor allem, weil die kulturelle Affinität der jugendarbeiterschaftlichen „Beatgeneration“ und der „Verweigerer“ erheblich war. Auch dieses Spektrum begann sich zu politisieren.
4. Die soziale Identität rebellierender Jugendlicher beider Spektren war schon in den 60er Jahren und ausgeprägt in den 70er Jahren wesentlich bestimmt durch ihre wachsende Distanz und Ablehnung der Werte und der Wirklichkeit sich modernisierender industriedespotischer „Normalzustände“, wie sie mit dem NÖSPL/NÖS (und später mit dem ÖSS in den 70er Jahren)⁶⁸ in der DDR forciert wurden. Zur Verweigerung gegenüber diesen „Normalzuständen“ und ihrer Kultur vornehmlich durch Teile der Arbeiterjugend trat die Verweigerung einer Minderheit von Schülern, Studenten und Teilen der „neuen Intelligenz“ gegenüber den politischen und gesellschaftlichen Normen der so geprägten „Mehrheitsgesellschaft“.⁶⁹ Ebenso wie im Westen indizierte dies eine wachsende Barriere einerseits zwischen der subkulturellen Lebenswelt der postmaterialistisch orientierten Minderheitenströme unter den Jugendlichen und andererseits der traditionellen Lebenswelt insbesondere der älteren Arbeiterschaft. Die Kriminalisierung solcher „asozialer“ subproletarischer oder subkultureller bzw. intellektueller Minderheiten durch die Staatsmacht begünstigte die sowieso schon vorhandene Distanzierungsneigung industriearbeiterschaftlicher „Modernisierungsgewinner“ und anpassungswilliger Kopfarbeiter, auch wenn sie nicht „auf Parteilinie“ waren. Damit waren Ausgrenzungspotentiale wirksam, die es den Herrschenden (wie auch im Westen) erleichterte, diese Spektren in Schach zu halten und eine Verständigung von „underdogs“ und „Normalos“ gegen das System zu verhindern.
5. Die junge kritisch-marxistische Intelligenz, die von den Impulsen der Neuen Linken im Westen beeinflusste antidogmatische Linke in der DDR und die mit dem unterdrückten demokratischen Sozialismus in der ČSSR solidarischen „DDR-68er“, allesamt vom jugendkulturellen Aufbruch der 60er Jahre geprägt, waren eine intellektuelle Minderheit, die in den 70er Jahren eine vor allem kulturoppositionelle Aktivität entfalten und teilweise in konspirativen Gruppen auch Widerstand leisten sollte. Anstelle des Wartens auf einen „sowjetischen Dubček“ als Voraussetzung für die Möglichkeiten eines freiheitlichen und demokratischen Sozialismus auch in der DDR sah sich diese Strömung heraus-

68 ÖSS: „Ökonomisches System des Sozialismus“.

69 Zum Zusammenhang der Modernisierung von Diktatur und Gesellschaft der DDR, Mehrheitsgesellschaft und Oppositionsbildung seit den 60er Jahren siehe grundsätzlich: Bernd Gehrke, Opposition und Arbeiterschaft. Annäherung an ein komplexes Thema (Thesen für die Sektion 3 des internationalen Kolloquiums „Arbeiter im Staatssozialismus – Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit. Die DDR im ostmitteleuropäischen Vergleich“), Zentrum für Zeitgeschichtliche Forschungen Potsdam, Potsdam 23.–25. September 2003), noch unveröffentlicht.

gefordert, einen eigenen Versuch zur Beförderung dieser Alternative zum staatsmonopolistischen Politbürokratismus zu wagen, anstatt das Ende solcher Versuche zu konstatieren. Dabei setzten die entstehenden und in den 70er Jahren sich entfaltenden linken marxistischen Zirkel auf die Arbeiter als Akteure einer antibürokratischen sozialistischen Revolution.

2.3 Die 70er Jahre

Anfang der siebziger Jahre, mit Beginn der Ära Honecker, war ein Entwicklungsabschnitt vollendet, in dessen Verlauf sich die soziale Struktur der nominalsozialistischen DDR-Gesellschaft herausgebildet hatte, also ihre Schichten- und Klassenbildung sowie ihre „Verkehrsformen“ entwickelt waren. Die herrschende politische Bürokratie hatte hinsichtlich ihrer sozialen und funktionalen Differenzierung „zu sich selbst“ gefunden, die von ihr geschaffene Gesellschaftsformation war „ausgehärtet“. Auf diesem Weg galt es in allen Diktaturen sowjetischen Typs als ausgemacht, dass ihre Bürokratien umso brutaler und dogmatischer vorgingen, je unentwickelter und „vormoderner“ das nationale Kulturniveau und der Stand der Produktivkräfte waren. Mit den Fortschritten einer „nachholenden Modernisierung“ und dem Abschluss einer Neuformierung der sozialen Schichten und Klassen schien sich zu erweisen, dass die tschechoslowakische Anstrengung zur Ablösung nicht nur der terroristischen, sondern auch der bürokratischen Form gesellschaftlicher Synthesis zugunsten eines „demokratischen Sozialismus“ keine Ausnahme, sondern eine folgerichtige entwicklungsgeschichtliche Notwendigkeit für alle politbürokratischen Regime war. Ausgehend von dieser Annahme und angesichts der bewaffneten Niederschlagung dieses Versuchs durch die konservative sowjetische Bürokratie und ihre Verbündeten in allen Staaten ihres Blocks zogen viele linke Gegner des Regimes die Schlussfolgerung, dass die Überwindung der restaurativen Blockaden gegen den „demokratischen Sozialismus“ nur als antibürokratische Revolution möglich sei. Je länger diese ausbleibe, desto geringer die Chancen für einen noch zu erkämpfenden „Sozialismus der Freiheit und Demokratie“, in der Systemauseinandersetzung zu überleben. Genau dies ist der Grund für den Aufschwung vielgestaltiger zum großen Teil konspirativer linker Gruppen in der DDR der 70er Jahre trotz der Niederlage des „Prager Frühlings“ 1968: Ein solcher Bruch mit dem bürokratischen Regime musste aktiv vorbereitet werden.⁷⁰ Die Führung der SED verteidigte konsequent ihr Monopol auf gesellschaftspolitische Zwecksetzung gegenüber allen anderen Kräften und in allen Institutionen, die potentiell Ort alternativer Ansätze hätten sein können. Dieses Richtlinienmonopol der SED-Politbürokratie war über die anderen Parteien hinaus auch gegenüber allen Massenorganisationen, Verbänden und in Staatsapparat und Wirtschaftsleitung gesichert. Den Abschluss einer „Selbstwerdung“ der staats- und parteibürokratischen Schichten haben wir für die DDR während der siebziger Jahren zu konstatieren. Ihre Politik sollte in den Niedergang des Systems während der achtziger Jahre führen.

70 Vgl. dazu auch Klaus Wolfram, *Geschichte des guten Willens. Skizzen aus der Opposition*, Folge 1–11, in: „Sklaven“, Nr. 1/1994 – Nr. 25/1996 (künftig: Wolfram 1994–1996); hier: Erste Folge (1/1994), S. 8–10, insbesondere 8f.

Worin bestanden die „Innovationen“ politbürokratischer Herrschaft des SED-Regimes der 70er Jahre?

Der Versuch, in den ersten zwanzig Jahren SED-Herrschaft durch zum Teil militante Überpolitisierung stabile *aktive* Loyalitätsbindungen über den Kreis ergebener Parteifunktionäre und hochmotivierter Parteimitglieder hinaus in der Bevölkerung zu installieren, war gescheitert. Jedoch gelang es der Parteiführung in den 70er Jahren, über den Parteifunktionärnkern hinaus relativ dauerhafte, wenigstens *passive* Loyalitätsbindungen in der Bevölkerung zu verankern, die bis in die achtziger Jahre hinein hielten. Dieser Zugewinn an Akzeptanz und „Normalität“ hatte viel mit dem allmählichen Übergang vom Primat der Säuberung und Verfolgung hin zum Prinzip der Erziehung und Prävention zu tun, das sich in den 80er Jahren trotz periodischer „Rückfälle“ in Form regressiver Kursverschärfungen als Linie durchsetzen sollte. Als Grundlage entstehender Loyalitätsbindungen erwies sich in den siebziger Jahren aber ein „impliziter Gesellschaftsvertrag“, der den Bürgern für ihr duldendes politisches Wohlverhalten ein Angebot an materieller und sozialer Sicherheit in Aussicht stellte, das überdies mit übersichtlichen Karriere- und Wohlstandsangeboten aufwartete.⁷¹ Die aufstiegsförmige Rekrutierung des Führungspersonals aus der neu gewachsenen und in den 70er Jahren im Wesentlichen abgeschlossenen Schichten- und Klassenstruktur verstärkte die Loyalitätsbindungen an das Regime. Honeckers „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ löste das auf politischem Enthusiasmus und neuer ökonomischer Rationalität basierende Ulbrichtsche „Neue Ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ ab, welches in den 60er Jahren zum letzten Mal die Verbindung von politischer Identifikation der Bevölkerung mit dem System und der Modernisierung der Wirtschaft anpeilte. Mit der Rehabilitierung des Faktors der individuellen „materiellen Interessiertheit“ überlebte allerdings ein fortwirkendes Element des abgebrochenen Reformanlaufs der 60er Jahre auch während der Rezentralisierung des Prozesses bürokratischer Wirtschaftslenkung in den 70ern unter Honecker. Nach dem Scheitern des NÖS verstärkte sich hinter dem Rücken aller Akteure auf der Grundlage des neuen Honeckerschen „Gesellschaftsvertrags“ die reale Entpolitisierung gesellschaftlicher und sozialer Beziehungen hinter der aufrechterhaltenen Fassade einer fortgesetzten Phraseologie des Politischen. Die Folge war gesellschaftliche Passivität weit über die Sphäre der gebändigten „traditionellen“ Arbeiterklasse hinaus. Weil dabei auch weitgehend bürgerliche Normen tradiert wurden (etwa die protestantische Arbeitsethik, Ordnung, Disziplin, Leistung, „Individualität“ als Flucht vor der Verantwortung, Pflicht, Ehre, Bescheidenheit, Erziehung zur Familie innerhalb einer tradierten Sexualmoral ect.), ohne dass die dazu nötigen bürgerlichen Verkehrsformen in ihr Recht gesetzt wurden, verstärkte sich diese Passivität und wuchs die Attraktivität originär bürgerlicher Werte sowie der Wunsch nach Wiederherstellung authentisch bürgerlicher Verkehrsformen (wie Liberalität, Menschen- und individuelle Freiheitsrechte ect.). Die Atomisierung und apoliti-

71 Auch in dieser Hinsicht absolvierte das nominalsozialistische System, in welchem seine „herrschende Klasse“ mit Gewalt niedergehalten wurde, eine „nachholende Modernisierung“: Während sein Systemkonkurrent die sozialpartnerschaftliche Befriedung in Gestalt der Etablierung von Ludwig Erhards „sozialer Marktwirtschaft“ bereits umgesetzt hatte und schon seit 1966 den bundesrepublikanischen Wohlfahrtsstaat ausbaute, etablierte sich unter dem Eindruck der Unruhen in Polen 1970 obrigkeitstaatliche Wohlfahrt in der DDR als sozialpolitische Strategie endgültig erst unter Honecker.

sche Privatisierung der Individuen im Sinne des kompensierenden Rückverweises auf ihre noch halbwegs schöpferisch ausgestaltbare private Sphäre bescheidenen Wohlstands und Konsums, flankiert durch Garantien sozialer Sicherheit, wurden mit den wachsenden Disproportionalitäten und Spannungen dieser Gesellschaft geradezu die Überlebensbedingung des Systems.⁷² Die „Bürgerlichkeit“ der so entstandenen Ordnung hatte daher sehr eigentümliche Züge: Individuelle Rechte und Bedürfnisse wurden nur insoweit anerkannt, als sie im „gesellschaftlichen Gesamtentwurf“ aufgehoben schienen, individuelle Freiheit durfte nicht die Schwelle konformer Teilhabe in Richtung Selbstorganisation überschreiten, die Wirtschaftsbürokratie konnte wegen fehlender Massenkontrolle nur durch Selbstbindung über das Wirtschaftsrecht gezügelt werden, das „sozialistische“ Recht gab dem Schutz des Staates vor seinen Bürgern einen höheren Stellenwert, als das bürgerliche Recht und verneinte lange Zeit die Notwendigkeit des Schutzes der Bürger vor „seinem“ Staat.

Was bedeuteten die sich ändernden gesellschaftlichen Verhältnisse für die verschiedenen widerständigen und oppositionellen Spektren dieses Jahrzehnts?

Während der 70er Jahre tat sich in zweierlei Hinsicht eine „Schere“ auf:

1. Infolge des absonderlichen „Revivals“ von kastrierter „Bürgerlichkeit“ wuchs in weiten Teilen der Gesellschaft die Enttäuschung über die fortgesetzte Einschränkungen bzw. über die Abschaffung elementarer bürgerlicher, insbesondere politischer, Freiheitsrechte und (mit der nun erfolgten Anerkennung individueller materieller Interessiertheit) die Unzufriedenheit über die dürftigen Möglichkeiten der Befriedigung individueller materieller und immaterieller Entfaltungsmöglichkeiten und Konsumbedürfnisse. Überwiegend drückte sich diese Unzufriedenheit in der Zunahme von Ausreisebegehren unter Berufung auf die theoretisch nun auch von der DDR zu beachtenden internationalen Konventionen aus. Einen adäquaten Ausdruck im Sinne des Aufschwungs bürgerlicher Opposition fand dies indes nicht. Ihre potentiellen Adressaten akzeptierten die herrschende Selbstdarstellung des verhassten Systems als „sozialistisch“; die Mehrheit solcherart „antisozialistisch“ gestimmter, für eine solche Opposition erreichbarer Bevölkerungskreise verhartete jedoch überwiegend in „innerer Emigration“ oder Anpassung bei zumeist stillschweigender Ablehnung des herrschenden Systems.
2. Der in den 60er Jahren begonnene Aufbruch einer neuen Generation linker antidogmatischer und reformkommunistischer Minderheiten setzte sich dagegen in den 70er Jahren fort. Obwohl die Schlüsselereignisse und Höhepunkte dissidenter, oppositioneller und widerständiger Aktivitäten des Jahrzehnts diesem Spektrum zuzuordnen sind, kam es jedoch nicht zu einer „Verwurzelung“ ihrer Alternativen in der Gesellschaft. Der hochpoli-

72 In einer Leitungsinformation der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen zur Auswertung der Beobachtung von Tendenzen in den Kirchen hieß es im April 1980 beispielsweise: „Häufiger als bisher wird bezüglich der inneren Lage in der DDR von angeblichem Rückzug der Bürger (auch der Christen) aus gesellschaftlicher Verantwortung, Resignation, Gleichgültigkeit, Rückzug in die private Sphäre gesprochen. Dies wird der sozialistischen Gesellschaft als ‚Duldung eines Fehlverhaltens‘ angelastet.“ Leitungsinformation 2/80 vom 22.4.1980 zur Vorlage an die Dienstbesprechung am 28.4. 1980, SAP-MO BArch, DO 4/1276.

tische oppositionelle oder widerständige Enthusiasmus dieser Minderheiten disharmonierte mit dem Prozess politbürokratisch gelenkter Entpolitisierung der Massen. Das linke dissidente Spektrum war im Strom der neuen Jugendbewegung überwiegend „subkulturell“ sozialisiert und damit der Lebenswelt und traditionellen Kultur der industriegesellschaftlich geprägten Arbeiterklasse in der DDR entfremdet. Andererseits setzte die linke Opposition mehrheitlich auf genau diese Arbeiterschaft als Motor einer antibürokratischen Revolution. Am Ende des Jahrzehnts waren die meisten konspirativen Gruppen dieses Spektrums zerschlagen und viele Teilnehmer an oppositionellen und widerständigen Initiativen in den Westen vertrieben worden.

Was kennzeichnete Widerspruch, Opposition und Widerstand in den 70er Jahren? Worin bestand die Motivationslage der sie tragenden Minderheiten?

Die Widerspruchsbereitschaft kritischer, aber zumeist integrationswilliger Bürger (oft SED-Mitglieder) speiste sich aus der erlebten Differenz zwischen verkündetem nominalsozialistischem Anspruch und erfahrener Realität, blieb jedoch zumeist dem als „sozialistisch“ etikettierten politischen System in Loyalität verhaftet. Diese Selbstbindung funktionierte hauptsächlich als eine über die SED organisierte Immunisierung namentlich innerparteilicher Kritiker gegenüber der Versuchung oppositioneller Gegenkonzeptbildung. Wer innerhalb der SED und ihrer Gliederungen durch eigene Anstrengungen politischen Wandel zu bewirken hoffte, musste sich (meist durch Erfahrungen, deren Ausgang solche Pläne dann ad absurdum führten) von der Illusion lösen, dies unter Aufrechterhaltung der verordneten Loyalität zum Parteiapparat tun zu können. Zum zweiten war Abstand zu nehmen von der Illusion, dieser Aufgabe als ideeller „Einzelkämpfer“ gewachsen zu sein, geschweige denn, sie so erfolgreich zu meistern. Zum dritten wäre der Weg offener solidarischer Opposition von Gruppen dissidenter Parteimitglieder innerhalb der SED die gefährlichste Herausforderung für die herrschende Politbürokratie gewesen, was selbst diejenigen, welche diesen Schritt nie bewusst zu vollziehen wagten, zu spüren bekamen, wenn man sie entgegen den Tatsachen „parteifeindlicher Plattformbildungen“ zieh und verurteilte. So war also der Weg in die „Konspiration innerhalb der Partei“ für jene wenigen SED-Mitglieder vorprogrammiert, die in Kenntnis dieser politischen Randbedingungen darauf beharrten, Ernst zu machen mit dem Anspruch, innerhalb der Partei Widerstand zu leisten. Dann wurde zugleich die für sie geltende Gefährdungsschwelle zusätzlich noch durch den strafrechtlichen Vorwurf der staatsfeindlichen Verschwörung gesenkt. Sie musste gerade dann, wenn ihre politische Sozialisation zunächst in konformer Widerspruchsbereitschaft mündete, im nächsten Schritt die herrschenden Verkündungen über die „sozialistische“ Natur der gesellschaftlichen Verhältnisse verwerfen. Indem sie dies tat, bekannte sie sich in ihrer Praxis als „staatsfeindlich“. Die Tatsachen sprechen dagegen, dass solcherart Konspiration in größerem Ausmaß stattfand. Sowohl im Lager der bürgerlichen als auch der linken Dissidenz vollzog nur eine kleine Minderheit bewusst den Schritt zu Opposition bzw. zu individuellem oder kollektivem politischem Widerstand. Konspiration war sowohl Barriere gegenüber gesellschaftlicher Kommunikation, als auch Bedingung widerständiger Betätigung. Das erfolgreiche Eindringen der Sicherheitsorgane in diese Konspiration bedeutete das Ende solcher Anstrengungen. Jedoch bildet das Personal solcher Gruppen aus dem linken Spektrum schon

ausgangs der 60er Jahre über die 70er Jahre hinweg einen Kontinuitätsstrang hin zu den oppositionellen Formationen der 80er Jahre.⁷³

Wie Ulbricht 1962 signalisierte auch Honecker 1971 zunächst mit den kulturpolitischen „Friedensangeboten“ des VIII. Parteitags der SED an die Künstler und Intellektuellen die Öffnung neuer kontrollierter Freiräume. Wiederum entfalteten sich in beachtlichem Maße künstlerische und literarische Versuche der Annäherung an die DDR-Realität, deren Erfolg beim Publikum gerade in der Fähigkeit bestand, das Problembewusstsein für die krassen Widersprüche dieser Wirklichkeit mit den Verheißungen und Selbstzuschreibungen des „real existierenden Sozialismus“ zu schärfen und so dem Entpolitisierungstrend entgegenzuwirken.⁷⁴ Und wie sein Vorgänger sollte Honecker diese Räume wieder versperren, als ihre Nutzung auch durch oppositionelle Akteure als gefährlich eingeschätzt wurde.

Woran orientierten sich die „Oppositionsgruppen der 70er Jahre“ und die zahlreichen konspirativen politischen Zirkel in ihrer Arbeit? Welche sozialen und kulturellen Bezüge gab es in ihrer Zusammensetzung und in ihren Beziehungen zu anderen oppositionellen und widerständigen Spektren?

Aus den in den 60er Jahren entstandenen politisch-kulturellen Milieus der neuen Jugendbewegung, die auch in der DDR nach Tausenden zählte, der Kulturopposition, der „Offenen Arbeit“, der dissidenten marxistischen Intelligenz und der „Neuen Linken Ost“ (68er) sind mit ihrer partiellen Durchmischung unterschiedliche oppositionelle politische Strömungen hervorgegangen.⁷⁵ Bernd Gehrke hat in seiner Untersuchung der „illegalen antistalinistischen Opposition in der DDR der 70er Jahre im Raum Berlin-Brandenburg“ einen Überblick dieses Spektrums erarbeitet. So war die Kommune 1 Ostberlin Ausdruck antiautoritärer alternativer Jugendkultur in Verbindung mit einer explizit politischen linksalternativen „Versuchsanordnung“, die von einigen Teilnehmern dann wieder aufgegeben wurde. Innerhalb der Musikszene erlangten Bands wie „Renft“ mit ihren politischen Texten (Gerulf Pannach) Öffentlichkeit. Solche Öffentlichkeit für staatlicherseits beargwöhnte Bands ergab sich auch über Auftrittsmöglichkeiten in Räumen der evangelischen Kirche, die von der

73 Vgl. exemplarisch die Biographie Bernd Holtfreters, in: Bernd Gehrke, „Zuerst trotz Mauer und Stasi, heute trotz Spekulanten und Verdrängung“. Zum Tode von Bernd Holtfreter (1951–2003), in: Horch und Guck, 2/2003, S.64 und Gehrke 2005, S. 414.

74 Unter den zahlreichen Beispielen sollen hier nur Maxie Wander, Brigitte Reimann, Christa Wolf, Heiner Müller, Jurek Becker, Günter Kunert, Klaus Schlesinger, Ulrich Plenzdorf, Gerulf Pannach und Stefan Heym genannt werden. Bereits geächtete Künstler wie Rainer Kunze und Wolf Biermann blieb nur noch der halböffentliche Kirchenraum, den allerdings auch Stefan Heym zuweilen nutzte. Die Lesung Heyms am 31.10.1979 in der Kirche von Neuenhagen im Kreis Strausberg auf Einladung von Pfarrer Dietmar Linke war der Bezirksleitung (BL) Frankfurt/Oder eine Mitteilung an Honecker wert: Trotz Interventionen des Staatsapparates bei der Berlin-Brandenburgischen Kirchenleitung gäbe diese „solchen Leuten wie Stefan Heym immer wieder Gelegenheit“, in „raffiniert durchdachten Veranstaltungen“ aufzutreten. Schreiben der BL Frankfurt/Oder an Honecker vom 27.11.1979, SAPMO BArch, DY30 2222.

75 Zur Durchmischung der sozialen Milieus in diesem politischen Spektrum vgl. Paul Kaiser/Claudia Petzold (Hg.), Boheme und Diktatur in der DDR. Gruppen Konflikte Quartiere 1970–1989, Katalog zur Ausstellung des Deutschen Historischen Museums vom 4. September bis 16. Dezember 1997, Berlin 1997; Ute Kätzel, Die 68erinnen. Porträt einer rebellischen Frauengeneration, Berlin 2002; Michael Rauhut/Thomas Kochan, Bye bye, Lübben City. Bluesfreaks, Tramps und Hippies in der DDR, Berlin 2004.

„Offenen Arbeit“ geboten wurden. Mit der 1971 erfolgenden kulturpolitischen Öffnung schien nicht nur für kulturoppositionelle Künstler und Schriftsteller, sondern auch für kritische Studenten und Intellektuelle, linksoppositionelle Gruppen und einige konspirativ arbeitende widerständige Zirkel der Versuch aussichtsreich, institutionalisierte öffentliche Räume für kritische Kunst und für die undogmatische Diskussion politischer, gesellschaftlicher und sozialer Problemfelder zu erobern und mit alternativen Lösungsvorstellungen eine starke Ausstrahlung zu erlangen.⁷⁶ Das Entstehen einer „kulturoppositionellen Infrastruktur“ inmitten der legalen institutionellen Sphäre regionaler Kulturhäuser, Jugend- und Studentenclubs hatte ein erhebliches Ausmaß; die Veranstaltungen hatten großen Zulauf und ihre Inhalte überschritten schnell den Duldungsrahmen der Bürokratie.⁷⁷ Darüber hinaus und zum Teil mit diesen kulturoppositionellen Bestrebungen verbunden, bildeten sich eine Reihe illegaler politischer Zirkel und Gruppen.⁷⁸ Allein für Berlin hat Bernd Gehrke „neun Gruppen, bei

76 An der Humboldt-Universität intervenierten Studenten der Sektion Mathematik 1972 gegen Inhalt und Regime des obligatorischen gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums und diskutierten im „FDJ-Studienjahr“ Schriften von Ernest Mandel sowie der „Neuen Linken“. Am Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften der AdW der DDR konnten 1976/77 von der dortigen Instituts-FDJ-Leitung gegen den Widerstand der Instituts-Parteileitung und der Akademie-FDJ-Leitung Lesungen von Klaus Schlesinger und Stefan Heym durchgeführt werden. Die gleiche FDJ-Gruppe verteidigte über 1 ½ Jahre eine Seminarreihe zur sowjetischen Wirtschaftsgeschichte im Rahmen der Weiterbildung junger Wissenschaftler gegen die Obstruktion der Institutsleitung und der dortigen Parteileitung. Hier wurden unter anderem Originalquellen der sowjetischen Opposition aus den 20er Jahren diskutiert.

77 In Jena bezogen sich die Mitglieder einer 1967 entstandenen marxistisch geprägten Gruppe im Umfeld der Universität ausdrücklich auf den „Prager Frühling“. Das „Eindringen“ von kritischen Jungarbeitern, Künstlern und Studenten in die offiziellen staatlichen Clubs und FDJ-Kulturhäuser im Raum Jena seit Beginn der 70er Jahre führte 1973 sogar zur Bildung eines Arbeitskreises um Lutz Rathenow, Bernd Markowsky, Jürgen Fuchs und Wolfgang Hinkeldey, der literarische Veranstaltungen in einem Kulturhaus in Jena-Neulobeda organisierte. Die Themen dieser Veranstaltungsreihe und die Arbeit ihrer bis zu 200 Personen umfassenden Arbeitskreise führten 1975 zu staatlichen Verboten. Die Verbindung von Teilnehmern dieser verbotenen Initiative zu ebenfalls dort aktiven Mitgliedern der Jungen Gemeinde (Jugenddiakon Thomas Auerbach und seine Offene Arbeit) schuf die Brücke zum nun dort wurzelnden bis in die 80er Jahre aktiven Jenaer Oppositionsmilieu, Gehrke 2005, S. 419; Udo Scheer, *Vision und Wirklichkeit. Die Opposition in Jena in den siebziger und achtziger Jahren*, Berlin 1999; Neubert 1997, S. 241. In Berlin wurden die Veranstaltungen des Künstlerehepaars Bettina Wegner und Klaus Schlesinger „Eintopp“ und „Kramladen“ im Haus der Jungen Talente bzw. im Kreiskulturhaus Weißensee am bekanntesten. Wegen der Auftritte missliebiger und anderswo bereits mit Auftrittsverbot belegter Autoren und anderer Künstler wurden diese Veranstaltungen staatlicherseits permanent behindert und 1975/76 nacheinander verboten. Hier kam es zu massiven Solidaritätsbekundungen und zahlreichen Protesten. Im Hintergrund des Publikumsbeirats der Veranstaltung im Berliner „Haus der jungen Talente“ stand eine trotzistisch beeinflusste konspirative Gruppe um Ruprecht Schröter, Rudi Moldt und Reinhard Langenau, die zielgerichtet auf eine Politisierung der Veranstaltungen hinarbeitete und 1976 (im Zusammenhang mit Protesten gegen die Berichterstattung über die Selbstverbrennung des Pfarrers Oskar Brüsewitz) von den Sicherheitsorganen zerschlagen wurde. Aus dieser Gruppe gab es auch Verbindungen zum Jugendclub „Box“ in Berlin-Friedrichshain. Seine Schließung erfolgte, als dort öffentliche Diskussionen über die jugoslawische Arbeiterselbstverwaltung, planmäßig initiiert von der Programmgruppe des Klubs, begannen.

78 In Berlin bildete sich 1970 eine kleine Gruppe von Jungarbeitern und Oberschülern, die Biermann-Texte druckte, Gehrke 2005, S. 418. Hallenser Theologiestudenten gründeten 1972 eine trotzistische Gruppe, die sich als Sektion der IV. Internationale in der DDR verstand, Kontakte zu einer ähnlichen Gruppe in Jena unterhielt und 1973 zerschlagen wurde. Die Jenaer Gruppe organisierte konspirativ ihre im legalistischen Rahmen verbleibenden Aktivitäten, Neubert 1997, S. 247; siehe auch Rüdtenklau

denen ein planmäßig-systematischer Charakter oppositionellen Handelns nachgewiesen werden kann⁷⁹, ermittelt. Neben diesen überwiegend marxistisch orientierten konspirativen Gruppen, mehrheitlich aus SED-Mitgliedern zusammengesetzt, stellte die 1976 gebildete „Sektion DDR“ der westdeutschen KPD/ML einen Sonderfall dar. Pro-stalinistisch und konsequent SED-feindlich sowie vollständig abhängig vom westdeutschen Parteiapparat war sie als Ableger dortiger K-Gruppen-Geographie nicht verbunden mit den Hauptströmen der antistalinistischen, von Gehrke sogenannten „Neuen Opposition“ aus den 60er und 70er Jahren.⁸⁰ Bis zu ihrer Zerschlagung 1981 verbreitete die Sektion DDR der KPD/ML Flugblätter sowie ihre Parteizeitung „Roter Morgen“.⁸¹ Allerdings setzte sie ebenso wie die antistalinistische Linke auf die Mobilisierung der Arbeiterschaft gegen das SED-Regime. Die Lage der Arbeiter (Arbeitsbedingungen, „sozialistischer Taylorismus“, Mitbestimmung und

1992, S. 21. Trotzistische Einflüsse gab es auch in der Leipziger Gruppe um Heinrich Saar, die 1978 mit einem Plakat gegen Rudolf Bahros Verhaftung protestierte und 1979 vom MfS zerschlagen wurde. Saar und andere Gruppenmitglieder wurden inhaftiert. In Leipzig existierte auch eine Gruppe in der Evangelischen Studentengemeinde (ESG), die Mitte der siebziger Jahre Verbindung hielt zu mehreren Leipziger Zirkeln von Marxisten und Christen im Dialog, Neubert 1997, S. 320. In Leipzig und später auch in Berlin hielt sich bis 1977 ein konspirativer marxistisch orientierter Kreis von Ökonomiestudenten, zu dem Bernd Gehrke und Uwe Dähn gehörten. Er publizierte in linken Zeitungen des Westens ihre Regimekritik und solidarisierte sich mit Wolf Biermann. In ihm wurde auch theoretisch-programmatisch in Richtung eines Alternativprogramms gearbeitet. Einer der unabhängig davon in Berlin entstandenen konspirativen Gruppen bildete eine illegale Untergrundbibliothek. Sie war 1972/73 aus einem Kreis von Soziologiestudenten gebildet worden und personell mit den Protesten gegen den Einmarsch in die ČSSR 1968 verbunden. Seit 1974 arbeitete in Berlin eine marxistische illegale Gruppe von Philosophiestudenten ebenfalls an konzeptionellen Alternativen zum politbürokratischen System in der DDR. Aus der Freiburger ESG und im Umfeld der Aktion Sühnezeichen rekrutierte sich eine politische Gruppe mit Kontakten nach Berlin und Leipzig und weiteren Städten, die 1976 Materialien des polnischen Komitees zur Verteidigung der Arbeiter (KOR) und dann der tschechischen Charta '77 übersetzte und verteilte, Gehrke 2005, S. 418. Ein konspirativer Kreis in Berlin diskutierte Mitte der 70er Jahre die Perspektiven freier Gewerkschaften in den osteuropäischen Bürokratien und die „weißen Flecken“ in der Geschichte der KPD. Dieser Kreis hatte Kontakte zur GIM in Westberlin.

79 Gehrke 2005, S. 419.

80 „Neue Opposition“ hat Gehrke die nach dem Mauerbau neu entstandene DDR-Opposition im Unterschied zu der bis Anfang der 50er Jahre vernichteten „alten Opposition“ aus politischen Traditionsbeständen der Vorkriegszeit genannt. Vgl. Bernd Gehrke, Neue Opposition und integrale Ökonomie. Öffentliche Texte und oppositionelle Diskurse in den 60er und 70er Jahren, in: Horch und Guck 3/2003, S. 39ff.

81 Tobias Wunschik, Die maoistische KPD/ML und die Zerschlagung der „Sektion DDR“ durch das MfS, BSTU, Abteilung Bildung und Forschung, BF informiert Nr. 18. Gruppen der DDR-Sektion existierten in Berlin und Karl-Marx-Stadt, Neubert 1997, S. 249f. Eine Gruppe der KPD/ML arbeitete auch in Magdeburg. trend. online-zeitung, 05/01, 26.6.2003. Eine Analyse des MfS von 1979 charakterisierte die „linksextremistische KPD/ML mit ihrer sog. ‚Sektion DDR‘, die – wie die einschlägigen Analysen vieler politisch-operativer Dienstseinheiten dokumentieren – zielgerichtet subversive Aktivitäten entwickelt und deren erklärtes Ziel es ist, ‚die neue Bourgeoisie in der DDR zu stürzen‘, die ‚sozialistische Revolution‘ durchzuführen und die ‚Diktatur des Proletariats zu errichten‘ und die dazu streng konspirativ an der Schaffung von Stützpunkten in der DDR mit dem Bestreben arbeitet, eine ‚innere Opposition‘ herauszubilden. Das gilt in gleicher Weise für die trotzistischen Organisationen ‚Gruppe internationaler Marxisten‘, ‚Spartacusbund‘, die Dachorganisation ‚IV. Internationale‘ mit Sitz in Brüssel und andere.“ Die Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit des MfS zur vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR gerichteten politischen Untergrundtätigkeit, März 1979. MfS JHS 001 200/79 Band I-IV.

Arbeiterselbstverwaltung) war in den 70er Jahren Gegenstand selbst in den Veranstaltungen von Teilen der Kulturopposition und sogar der evangelischen Jugendarbeit.⁸² Ebenso waren die Ereignisse in Polen im Dezember 1970 von großer Bedeutung: Die blutige Niederschlagung der Proteste streikender Arbeiter von der Leninwerft Gdansk und die darauf folgenden landesweiten Streiks, welche zum Rücktritt von Gomułka führten, schienen die Orientierung der antistalinistischen Linken auf die Arbeiterklasse auch in der DDR zu bestätigen.

Die Entscheidung der Parteiführung, mit Wolf Biermanns Ausbürgerung 1976 (wie 1965) ein Signal für das Ende der Toleranz zu setzen, entwickelte sich zur ungleichen Kraftprobe des Regimes mit der kritischen Intelligenz und zur Feuerprobe für die Opposition. Die protestierenden staatsnahen kritischen Intellektuellen (namentlich Schriftsteller) wurden in Kampagnen eingeschüchert, mit Partei- und Verbandsausschlüssen bedroht und überzogen, mit Publikationsverboten und -einschränkungen bedacht sowie mit selektiven Visa-Genehmigungen für Westaufenthalte ruhiggestellt und entsolidarisiert. Die dissidenten Intellektuellen, soweit sie in der DDR verblieben, vermochten es mehrheitlich nicht, den Brückenschlag zur politischen Opposition zu wagen, nahmen aber andererseits keinen Abstand von ihrer auch künftig immer wieder geäußerten kritischen Haltung gegenüber parteibürokratischem Dogmatismus. Die Aktivisten politischer Gegnerschaft, welche sich mit ihren Protesten zum Teil kenntlich machten, konfrontierte man mit Entlassungen, Berufsverboten und Inhaftierung.⁸³ Aus beiden Lagern wurde eine beachtliche Zahl von Akteuren in den

82 Das in den Berliner Zirkeln verbreitete und viel diskutierte Buch des ungarischen Autors Miklós Haraszti „Stücklohn“ wurde auch in der Jenaer „Offenen Arbeit“ genutzt, um die bei Zeiss existierenden Lohnformen kritisch zu hinterfragen. Thomas Auerbach, Zeitzeugenbericht auf der 68. Sitzung der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII,1, Baden-Baden 1995, S. 158.

83 In Berlin wurden Jürgen Fuchs, der Liedermacher Gerulf Pannach und Christian Kunert (Renft) verhaftet und in den Westen gedrückt. Auch in Jena folgte auf die Verhaftung von Aktivisten der oppositionellen Strukturen von 1976/77 (u. a. Auerbach, Hinkeldey, Markowsky) ihre Abschiebung in den Westen. Laut einer Analyse des MfS „erfolgte in der Zeit unmittelbar nach der staatlichen Entscheidung zu Biermann gegen 55 Personen die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens wegen des dringenden Verdachts von Straftaten, die sich gegen die staatliche Entscheidung richteten bzw. unter Bezugnahme auf dieselbe begangen wurden. 19 Personen davon haben, inspiriert durch die über westliche Massenmedien verbreitete Erklärung Berliner Schriftsteller gegen die staatliche Entscheidung zu Biermann sogenannte Anschlussklärungen oder eigene Protestresolutions verfasst, die in der Regel mit der Sammlung von Unterschriften verbunden war, 7 Personen traten in provokativ-demonstrativer Weise auf (Anfertigen und öffentliches Zeigen von Plakaten, Verbreiten von namentlich unterzeichneten Schriftstücken). Weitere 29 Personen traten durch das zum Teil konspirative Herstellen und Verteilen von Flugblättern, Anbringen von Plakaten und Losungen sowie durch mündliche Äußerungen in Erscheinung.“ Die Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit des MfS zur vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR gerichteten politischen Untergrundtätigkeit, März 1979, MfS JHS 001 200/79. Solidaritätsaktionen mit Biermann, Bahro und mit denen, die wegen ihres Einsatzes für sie verfolgt wurden, führten tatsächlich zu fortlaufenden Sanktionen. Unter anderem organisierte 1979 eine kleine Gruppe um Thomas Klein, Jutta Braband und Stefan Fechner in Berlin eine Unterschriftenaktion gegen die Ausschlüsse von Berliner Schriftstellern aus ihrem Berufsverband und begann, die über 100 Unterzeichner in Arbeitsgruppen zur Auseinandersetzung mit den Konfliktfeldern der DDR-Gesellschaft zusammenzufassen. Die Inhaftierung der „Rädelsführer“ Klein und Braband durch das MfS erfolgte wegen deren Verbindung zu „staatsfeindlichen Organisationen“ des Westens wie dem „Sozialistischen Osteuropakomitee“ (SOK) und dem „Bahro-Komitee“.

Westen gezwungen. Parallel dazu zerschlug das MfS zwischen 1976 und 1980 die meisten konspirativen Gruppen. Mit den eingeleiteten Maßnahmen zur verschärften Kontrolle der Kulturhäuser, die zuvor mehr und mehr Ort nonkonformer Diskussion geworden waren, entfiel dauerhaft ein öffentlicher Raum nicht nur für die „Kulturopposition“, sondern auch für die konspirativen Gruppenzusammenhänge, welche in diesem ihre Inhalte zu verbreiten suchte. Das MfS fasste 1980 die Erfahrungen bei der Zerschlagung solcher konspirativen Gruppen im Rahmen ihrer Offensive gegen die „Kulturopposition“ in einem Studienmaterial der juristischen Hochschule Potsdam zusammen:

„Als besonders geeignet [zur Verbreitung antisozialistischen Gedankenguts] wurden die Mittel der Kunst angesehen, mit denen antisozialistische Auffassungen in Zirkeln, Clubs ... verbreitet werden sollten. Organisatorische Basis sollten dann die Zusammenschlüsse sein. In zwei Fällen war vorgesehen, sie allmählich zu einer Oppositionspartei zu formieren, davon in einem Fall auf der Basis der trotzkistischen ‚IV. Internationale‘. ... Vereinzelt wurden sogenannte Personen des Vertrauens der ‚Kontaktpersonen‘ geschaffen, die wie alle für den Zusammenschluss vorgesehenen Personen auf die ideologische Position des Zusammenschlusses gebracht, aber nicht in deren Tätigkeit einbezogen werden. Ziel ist hier die Nutzung dieser Personen bei für den Zusammenschluss bestehenden Gefahren und zur Aufrechterhaltung von Verbindungen, deren Aufdeckung den Zusammenschluss gefährden könnten. ... In der Praxis ist es den Zusammenschlüssen bis auf wenige Ansätze bisher nicht gelungen, Stützpunkte in den Betrieben zu schaffen. ... (Die) Zusammenschlüsse ... befanden sich ... alle noch in der Phase der ... Profilierung ihrer ‚politischen Standpunkte‘. ... Einzelne Zusammenschlüsse waren auch zur zielgerichteten (arbeitsteiligen) ‚Schulungstätigkeit‘ übergegangen ... Bei einem Teil der Zusammenschlüsse erfolgten Schulungen durch Beauftragte von in der BRD und in Westberlin tätigen feindlichen Einrichtungen und Zentren. Diese reisten – wie vorgenommene Überprüfungen ergaben – als Touristen mit Klarnamen in die Hauptstadt der DDR ein. In den Zusammenkünften traten sie mit Decknamen auf. ... Es kommen z. T. geheimdienstliche Mittel und Methoden ... [Decknamen, Container, Kuriere, Losungsworte, Anlaufstellen, Schulungen zu Sicherheitsfragen, Alarmsysteme, Legendierungen u. a. der Beziehungen der Mitglieder untereinander, Verbindungen über dritte Personen, ständiger Wechsel der Trefforte und Absicherung beim Anlauf von Trefforten, Codierung von Namen und Telefonnummern in Notizbüchern, Auslage-

„Erstmals wurden Aktivitäten vom ‚Osteuropakomitee‘ in einem Untersuchungsverfahren nachgewiesen. Dabei wurden Hinweise erarbeitet, dass von dieser Emigrantenorganisation, deren Ziel nach bisherigen Erkenntnissen in der Sammlung und Veröffentlichung von Informationen über die sogenannte ‚sozialistische Opposition in den osteuropäischen Ländern‘ sowie deren Unterstützung bestand, Einfluss auf negative Personen in der DDR zur Organisation zielgerichteter Provokationen genommen wird, mit denen der DDR angebliche Verletzung der Menschenrechte nachgewiesen werden soll. Darüber hinaus wird von Angehörigen dieser Organisation maoistische und trotzkistische Hetzliteratur in die DDR eingeschleust und an Kontaktpartner übergeben.“ Die politisch-operative Bekämpfung von politischer Untergrundtätigkeit. Teil I. Studienmaterial der Juristischen Hochschule Potsdam, Sektion politisch-operative Spezialdisziplin, Januar 1980, MfS JHS 001 – 1/80/I.

*rung und Anlegen von Verstecken für Hetzmaterialien und Vervielfältigungstechnik, Versenden von Material mit falschem Absender, abgestimmte Vorbereitung auf Verhaftungen] zur Anwendung.*⁸⁴

Die Bereitschaft und Fähigkeit des Regimes, „auf eigenem Boden“ abweichende Positionierungen in das System zu integrieren, nahm ab. Umgekehrt wuchs von nun an der Abstand zwischen dem System und danach neu entstehenden informellen dissidenten Strukturen. Der erzwungene Rückzug in eine „Ersatzöffentlichkeit“ erfolgte vielfach in Richtung sich nun verbreitender Wohnungslesungen, von Kunstausstellungen in Privatwohnungen und Salon-Gesprächskreisen⁸⁵, die sowohl gefährdeter, als auch „harmloser“ und staatlicherseits mit geringerem Aufwand und kleineren „politischen Unkosten“ bekämpft werden konnten. Das kreative Moment einer marxistisch orientierten Kritik der politischen Ökonomie des „Realsozialismus“ lieferte 1977 Rudolf Bahro inmitten dieses „Kehraus“ von Kritikern des SED-Regimes⁸⁶. Die Auseinandersetzung mit Bahros Thesen feuerte die verbliebenen dissidenten Linken intellektuellen Milieus neuerlich an, eine theoretisch fundierte Kritik des nominalsozialistischen Systems weiterzuentwickeln. Das im Januar 1978 vom „Spiegel“ veröffentlichte „Manifest des Bundes demokratischer Kommunisten“, das sich unter anderem auch auf Bahro und Havemann berief, war allerdings kein Beitrag dazu, sondern eine bizarre „Kriegserklärung“ an das Regime seitens einiger anonym bleibender SED-Mitglieder. In Polen dagegen formierte sich seit 1976 mit dem Ausbruch der Krise von Giereks Wirtschafts- und sozialer Befriedungsstrategie in den neuen Unruhen und aufflammenden Streiks eine gesellschaftliche Gegenbewegung und eine damit assoziierte „Gegenöffentlichkeit“, die mit der Gründung des KOR und der Arbeit von „fliegenden Universitäten“⁸⁷ bereits einen organisatorischen Ausdruck fand. Während dies in den linksintellektuellen Zirkeln der DDR-Opposition die Debatte um freie Gewerkschaften und um die Installierung eigener solcher „Gegenöffentlichkeiten“ in den staatssozialistischen Bürokratien anfeuerte, wurde dies in Polen in den nächsten fünf Jahren zur Realität.

84 Ebenda.

85 In Leipzig gab es mindestens fünf solcher literarisch-politischer „Salons“, Zirkel und Diskussionskreise, Pollack 2000, S. 72. In Dresden sammelten sich junge Schriftsteller und Lyriker um Bert Papenfuß und Sascha Anderson. Viele Schriftsteller gingen bald nach Berlin, wo im Prenzlauer Berg das Zentrum der neuen Literatenszene um Jan Faktor, Stefan Döhring u. a. entstand. Lesungen und literarische Diskussionskreise in Privatwohnungen – so die monatlichen Wohnungslesungen bei Gerd Poppe, Frank-Wolf Matthies und die Zusammenkünfte bei Eckehard Maaß – wurden Anfang der 80er Jahre die reglementierungsfreie Form künstlerischer Kommunikation.

86 Rudolf Bahro, Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Köln 1979. In den vielen kleinen Zirkeln wurden die Thesen Bahros bis in die 80er Jahre hinein intensiv diskutiert.

87 In Reaktion auf die Verhaftungen und Verfolgungen im Zusammenhang mit den Arbeiterprotesten in Radom 1976 gründete die oppositionelle Intelligenz das „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR), aus dem 1977 das „Komitee der gesellschaftlichen Selbstverteidigung“ wurde.

2.4 Paradigmenwechsel und Transformation von Opposition und Widerstand (Zusammenfassung)

Die Offensiven der Herrschenden gegen oppositionelle und widerständige Bestrebungen führten bis etwa 1951 zur Vernichtung der bürgerlichen und linken antistalinistischen Opposition sowie der widerständigen Zellen beider Spektren. Dies war insbesondere auch das Ende einer Konfliktaustragung in den Frontstellungen der politischen Formationen klassischer Arbeiterbewegung: Der in der SED organisierte Stalinismus entledigte sich damals seiner parteiförmig oder konspirativ organisierten Antagonisten. Die Niederlage der Aufständischen vom 17. Juni 1953 bewirkte eine nachhaltige Demoralisierung des klassischen Arbeiterwiderstands und damit auch die Aufgabe des öffentlichen Raumes Betrieb als Kampfplatz für Arbeiterinteressen, von dem aus diese Konflikte in die außerbetriebliche Öffentlichkeit gelangen konnten. Das Konfliktfeld der Opposition der nächsten Generation verschob sich in den 60er Jahren in den Bereich lebensweltlicher Kultur; der Ort ihrer Austragung wurde in einigen wenigen Fällen die Straße und verstärkt in den 70er Jahren der öffentliche Raum des institutionalisierten Kulturbetriebs sowie zum Teil schon geschützte Räume im Bereich der evangelischen Kirche. Sowohl die „reformkommunistische Opposition“ der späten 50er Jahre als auch die oppositionellen und widerständigen linken Strömungen der „Alten“, aber vor allem aus der neuen „68er“-Generation, selbst zu großen Teilen sozialisiert im Strom der jugendkulturellen Revolte dieses Jahrzehnts, setzten überwiegend auf den erlahmenden „klassischen“ Arbeiterwiderstand. Deshalb unterblieb trotz beachtlicher öffentlicher Resonanz auch eine dauerhafte gesellschaftliche Wirkung bzw. Verankerung ihrer alternativen Konzepte in der Gesellschaft. Obwohl sich widerständige Strömungen nicht nachhaltig in der SED verankern konnten, entstanden sie aus ihr heraus immer wieder neu. So kamen die inhaltlichen Impulse der Entfaltung politischer Gegnerschaft unterschiedlicher Richtung bis Ende der 70er Jahre vor allem von Akteuren, die in dieser Partei sozialisiert waren. Ihre politische Gegnerschaft war marxistisch geprägt. Bürgerlicher Widerstand fand dagegen kaum statt bzw. fand bis Ende der 70er Jahre wenig gesellschaftliche Resonanz. Jugendopposition, Kulturopposition und widerständige bzw. oppositionelle Strömungen der „Neuen Linken“ waren Minderheiten, deren Entfremdung von der „Mehrheitsgesellschaft“ besonders seit den 70er Jahren durch neue sozialpolitische Herrschaftstechniken der Parteiführung verstärkt wurde.

Zur Jahrzehntwende waren institutionelle öffentliche Räume für jede Opposition wirksam versperrt. Während die politisch ambitionierte alternative und oppositionelle Kulturszene der 70er Jahre bis zu ihrer Ausgrenzung versuchte, systematisch offizielle Kultureinrichtungen zu infiltrieren, um gesellschaftliche Resonanz zu erlangen, sollte die subkulturelle Szene der 80er Jahre sich abgrenzen und entpolitisieren.⁸⁸ Sie bestimmte ihren gesellschaftlichen Raum neu als „Szene“ und gestaltete diese „Szeneöffentlichkeit“ über die Nutzung privater Räume für innovative künstlerische Events und über die sehr kreative Erweiterung

88 „Unsere vermeintlichen Neutöner, Hausbesetzer in den romantischen Quartieren (wo sie sich ordentlich führen), sind wohl gute Anschaffer, die fleißig auf den Putz hauen.“ Volker Braun, Rimbaud. Ein Psalm der Aktualität, Sinn und Form 5/1985, S. 990.

selbstverlegerischer Aktivitäten zugunsten der „Szenekommunikation“. Während das MfS Anfang der 80er Jahre noch mit Repressionen operierte (so die kurzzeitigen Verhaftungen von Lutz Rathenow und Frank-Wolf Matthies im Jahre 1980), verlegte es sich dann auf die Kontrolle dieses Milieus. Staatlicherseits wurde damit die Tendenz dieser Szene antizipiert, ihre Anpassungsverweigerung mehr und mehr mit der Haltung einer Politikverweigerung zu kombinieren: Gemäß der so entstehenden Szenedisposition hätte „Opposition“ ein schon zu weitgehendes Einlassen auf das verachtete „System“ nach sich gezogen. Zu systematischen Bemühungen um eine herrschaftskritische „Gegenöffentlichkeit“, also etwa die Thematisierung von politischer Unterdrückung, hielt man Distanz, weil sie im Widerspruch zum kultivierten Primat der „geistigen Unabhängigkeit“ standen.⁸⁹ Der entpolitisierte Charakter der neuen Kulturszene der 80er unterschied sich damit wesentlich von der systemnahen wie der systemkritischen Kulturopposition der 70er Jahre, was auch die Sicherheitsorgane zu würdigen und auszunutzen wussten. Sowohl die Reste der systemnahen Kulturopposition der 70er wie die neu entstehende entpolitisierte literarische Szene der 80er Jahre fielen zu wesentlichen Teilen aus den neuen oppositionellen Zusammenhängen dieses letzten Jahrzehnts der DDR heraus.⁹⁰ Es ist kein Zufall, dass jene Minderheit, für die dies nicht galt (Rüdiger Rosenthal, Lutz Rathenow u. a.), eine „Brückenerfahrung“ beider Jahrzehnte in diese Opposition einbrachte. Ebenso war das Künstlerpaar Freya Klier und Stephan Krawczyk mit seinem hochpolitischen Impetus eine eher singuläre Erscheinung oppositioneller Betätigung im Feld von Kultur und Literatur der 80er Jahre in der DDR.

Doch es gab noch einen anderen Weg zurück in eine (allerdings beschränkte) gesellschaftliche Öffentlichkeit: Die staatliche Anerkennung begrenzter kirchlicher Selbstständigkeit im Rahmen des „Burgfriedens“ zwischen evangelischer Amtskirche und Staat am 6. März 1978 wertete eine Institution auf, in deren Räumen ein Substitut für die versperrte oppositionelle Öffentlichkeit zu existieren schien. In den Gemeinden waren bereits zuvor mit Verboten belegte Künstler zu Gast.⁹¹ Nun erfolgte der erzwungene Wechsel von Oppositionellen aus der für sie verriegelten Öffentlichkeit in die partiell geschützte „Halböffentlichkeit“ der Kirche als einer weitgehend isolierten gesellschaftlichen Enklave – eine Parzellierung, die staatlicherseits als „kleineres Übel“ gegenüber der Inhaftierung bewertet wurde. Ein neues Problem war geboren: Wie wird diese „Ghettoisierung“ wieder überwunden?

An diesem neuen Ort selbstbestimmter Gruppenkommunikation sollten in den 80er Jahren Akteure der „Kulturopposition“ und Aktivisten der zerschlagenen konspirativen Zirkel der 70er Jahre auf die seit Ende der 60er Jahre in der „Offenen Arbeit“ agierenden Teile

89 Neubert nannte dies „private Verwirklichungsideologien mit hohem künstlerischen Anspruch“, Neubert 1997, S. 351. Die Zersetzung der politisch subversiven Anteile des sich immer elitärer stilisierenden und entpolitizierenden „underground“ vom Prenzlauer Berg kann kaum separiert werden in die „hausgemachten“ Konzeptbildungen der Szene und ihre Steuerung durch Einflussagenten des MfS.

90 Die Werke von Christoph Hein und Volker Braun (etwa sein 1985 erschienener „Hinz und Kunz-Roman“) belegten allerdings für die 80er Jahre, dass sie sich ihren kritischen Blick auf das real Existierende des Nominalsozialismus bewahrt hatten.

91 So etwa Wolf Biermann am 11. September 1976 in der Prenzlauer Kirche vor seiner Ausbürgerung und mehrfach Rainer Kunze, etwa in Hoyerswerda. Auch Stefan Heym las in kirchlichen Räumen, ebenso Autoren wie Ulrich Plenzdorf und in den 80er Jahren die „Neuen“ wie Monika Maron und Gabriele Eckart.

jugendkulturellen Protests und auf die seit 1966 im Bereich der evangelischen Kirche entstandenen pazifistischen Strukturen der Bausoldaten und Wehrdienstverweigerer treffen. Wie dieses überall in der DDR stattfindende Zusammentreffen in Berlin aussah, wird in der vorliegenden Arbeit untersucht.

Doch nicht nur die Orte, auch die Inhalte oppositioneller Bestrebungen änderten sich zur Jahrzehntwende: Die Einführung des Wehrkundeunterrichts im September 1978 motivierte die vor allem im kirchlichen Raum verankerten Pazifisten zu vermehrtem Widerspruch gegen die fortschreitende Militarisierung der Gesellschaft. Die militärische Systemkonfrontation setzte über die Nachrüstungsdebatte und den NATO-Doppelbeschluss in Ost und West eine Friedensbewegung in Gang. Die Affinität des christlichen Pazifismus mit diesem Politikfeld wurde sichtbar in den sich zu Friedenskreisen entwickelnden Gemeindearbeitskreisen. Das oben erwähnte ungewöhnliche Zusammentreffen von in der Regel atheistisch sozialisierten hochpolitischen Akteuren mit kirchengebundenen Personen geschah genau zu dem Zeitpunkt, an dem die immer latente „Friedensfrage“ eine besondere Brisanz gewann.

Auch die Einflüsse der „postindustriellen“ Systemkritik, die Konjunktur der ökologischen Wirtschafts- und Zivilisationskritik sowie der Anti-AKW-Bewegung in den westlichen neuen sozialen Bewegungen blieb nicht ohne Einfluss auf alle oppositionellen Spektren in der DDR. Allerdings entfernte sich dieses Spektrum mit seiner „(post)modernen“ Systemkritik weit von DDR-Realitäten, die von einer teilweise „vormodernen“ dirigistischen Industrie- und Wirtschaftspolitik geschaffen wurden, welche eine Politbürokratie zu verantworten hatte, die das Land strukturell mehr und mehr aus einem modernen Industrieland in ein Entwicklungsland verwandelte. Ausgangs der „Systemwende“ hinein in die Existenzkrise des Nominalsozialismus der 80er Jahre war der marxistische Flügel im Minderheitenspektrum politischer Gegnerschaft selbst eine Minderheit geworden. Auf diese Minderheit jedoch – und nicht nur auf sie – sollte die Entwicklung der Arbeiteropposition in Polen während der 70er Jahre und die Gründung der illegalen Gewerkschaftsbewegung „Solidarność“ einen gravierenden Einfluss ausüben.

KAPITEL 3

Friedensbewegung und Opposition in Berlin

3.1 Die Entstehung der „Unabhängigen Friedensbewegung“ Anfang der 80er Jahre

Nach der Zerschlagung der meisten organisierten widerständigen politischen Gruppierungen und der Liquidierung offen oppositioneller Strömungen innerhalb der SED sowie der anderen Parteien und Massenorganisationen während der vorausgegangenen 30 Jahre artikuliert sich politische Gegnerschaft wegen des erheblichen systemimmanenten Abschreckungsaufwands in der Regel zunächst nicht als Opposition, geschweige denn als Widerstand, selbst wenn sie bereits selbstbewusster Ausdruck von beidem war.¹ Die Geschichte der unabhängigen Friedensbewegung macht sichtbar, in welchem Umfang die Herrschaftstechnik der Isolierung verschiedener oppositioneller Milieus voneinander und von der Bevölkerung durch die staatlichen Institutionen gelang und wo sie durchbrochen wurde. Die politische Sozialisierung der Träger von Opposition und die Impulsgeber manifester Opposition oder Widerstand jenseits ihrer systemkonformen Kanalisierung werden hierbei zutage treten. Auf der anderen Seite steht die Frage, welcherart Bindungen der Bevölkerungsmehrheit an das politische System in der DDR die dort Herrschenden erzeugen konnten. Nach dem Scheitern des Versuchs der Installierung aktiver Loyalitätsbindungen mittels überpolitisiertem Mobilisierungsdruk in der stalinistischen und der ersten poststalinistischen Entwicklungsphase wurde dann seit den siebziger Jahren zur Erzeugung passiver Loyalitätsbindungen übergegangen. Diese Bindungen fußten auf einem entpolitisierten Status quo von politischem

1 Westliche Beobachter können zum Teil schwer mit der Tatsache zurechtkommen, dass in der DDR politische Gegnerschaft in Gestalt von Aktionen, Forderungen und Erklärungen offen auftretender (und damit namhafter) Akteure manifest wurde und nicht in Form ihrer Selbstbeschreibung (Selbstanzeige) als „oppositionell“. So nachvollziehbar es sein mag, wenn diese Akteure damals aus Gründen der psychologischen Selbstentlastung oder der taktischen Strafverfolgungsvermeidung diese Selbstzuschreibung vermieden, so berechtigt ist es, wenn sich *heute* diese Akteure aufgrund ihres damaligen Handelns als Oppositionelle bezeichnen. Viel weniger plausibel ist die beflissene Adaption der damals ebensowenig verwendeten und dem Begriffshorizont westlicher Medien entstammenden (Nach)wende-Bezeichnung „Bürgerrechtler“ vor allem durch jene ehemaligen DDR-Oppositionellen, welche sich heute nur noch mit ihrem damaligen Kampf um Bürgerrechte identifizieren wollen.

Wohlverhalten der Bürger, in Grenzen geduldeter Verweigerung und obrigkeitstaatlicher sozialer Fürsorge. Aus diesem Ensemble von Voraussetzungen heraus werden die Entstehungsgeschichte der Gruppen in der „unabhängigen Friedensbewegung“ als wichtigstem Ursprung der sich bildenden politisch alternativen Gruppen (unter ihnen auch die konspirativ arbeitenden widerständigen Gruppen) und ihre „Politisierungsgeschichte“ mit dem Entwicklungsverlauf der Endphase des politischen und gesellschaftlichen Systems in der DDR verbunden werden.

3.1.1 Die innen- und außenpolitischen Rahmenbedingungen für die DDR Anfang der 80er Jahre und die Situation oppositioneller und widerständiger Strömungen

Zur Jahrzehntwende drohte der weltpolitische Spannungszustand vor allem für Europa fatale Dimensionen anzunehmen: Auf die Dislozierung einer neuen Mittelstreckenraketen- generation sowjetischer SS 20-Raketen in Osteuropa antwortete die NATO mit dem Beschluss der Gegenstationierung vorbehaltlich einer Verhandlungslösung mit der Warschauer-Vertrags- Organisation (WVO) bis Ende 1983. Dieser „Doppelbeschluss“ von 12. Dezember 1979 führte 1983 in der BRD (nach dem Scheitern der amerikanisch-sowjetischen INF-Verhand- lungen) zum Beginn der Stationierung von 108 Mittelstreckenraketen vom Typ Pershing 2 und 464 Marschflugkörpern (Cruise Missiles) auf der Grundlage eines „Nachrüstungsbe- schlusses“ des Deutschen Bundestages. Trotz erfolgreicher Dämpfung der globalstrategi- schen militärischen Hochrüstung in Gestalt der SALT 1- und 2-Verträge von 1972 und 1979 eskalierte also die eurostrategische Bedrohungslage vor allem zum Nachteil der beiden deutschen Staaten.² Hinzu kamen Debatten der Militärs über nunmehr wieder führbare (ge- winnbare lokale) Atomkriege.³ Der sich hier ausdrückende beginnende Übergang vom

2 Das *Strategic Arms Limitation Talk (SALT)*-Abkommen von 1972 limitierte das Wachstum strategischer Offensivwaffensysteme (SALT I). Von Bedeutung war ebenfalls der 1972 geschlossene, 2001 nominell gekündigte und 2002 von den USA real suspendierte *Anti-Ballistic Missile Treaty (ABM-Vertrag)*, welcher die Einrichtung von Abwehrsystemen gegen ballistische Raketen begrenzte. Der (allerdings nie rati- fizierte) *SALT II-Vertrag* von 1979 sah die Reduzierung des strategischen Trägerwaffenpotentials vor. Mit der Wahl Ronald Reagans als neuer Präsident der USA am 4. November 1980, welcher gegenüber der UdSSR wieder auf Konfrontationskurs ging, war das Scheitern der 1981 begonnenen *Intermediate Range Nuclear Forces (INF)*-Verhandlungen absehbar. So begann Ende 1983 trotz ablehnender Haltung einiger westeuropäischer Regierungen die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckensysteme. Nach sowjetischem Stationierungsstop für die SS-20 im April 1985, ihrem einseitigen Atomteststop im August 1985 und der Wiederaufnahme der INF-Verhandlungen im gleichen Jahr führten letztere 1987 erstmals zum Ergebnis der vollständigen Eliminierung zweier Waffensysteme – der Kurz- und Mittelstrecke- raketen sowie Marschflugkörper mit einer Reichweite zwischen 500 und 5 000 Kilometern samt den dazuge- hörenden Startgeräten und der benötigten Infrastruktur.

3 Die europäischen Befürworter des „Doppelbeschlusses“ (an der Spitze Bundeskanzler Helmut Schmidt) bezweifelten prinzipiell, ob die USA einen sowjetischen Angriff auf Westeuropa aufgrund deren konven- tioneller Überlegenheit mit dem Einsatz atomarer Interkontinentalraketen beantworten und damit im Ge- genzug die Zerstörung des eigenen Landes durch sowjetische Atomraketen in Kauf nehmen würden. Aus genau diesem Grunde waren auch die USA für die Stationierung zu haben. Das Abschreckungsgleichge- wicht, auf dem die offizielle NATO-Strategie der „flexiblen Vergeltung“ beruhte und auf deren Grundla- ge sich die Supermächte gegenseitig in Schach hielten, funktionierte in dieser Logik nur dann auch in Eu-

Gleichgewichtssystem gegenseitiger nuklearer Abschreckung zur strategischen Option begrenzter gewinnbarer Atomkriege, später die US-amerikanischen Anstrengungen in Richtung neuer Systeme der strategischen Weltraumrüstung (Strategical Defense Initiative – SDI), sorgten in Ost und West für ein gemeinsames Bedrohungsgefühl. Die „Verhaftung“ beider deutscher Staaten in ihren Bündnissystemen ließ wenig Spielraum, jedoch unternahm die DDR-Regierung eigene friedenspolitische Initiativen, um einer drohenden für sie auch wirtschaftlich äußerst nachteiligen Verschlechterung der Beziehungen zur BRD gegenzusteuern. Diese Beziehungen waren seit der Wende bundesdeutscher Ostpolitik hin zur Entspannung und Normalisierung der Beziehungen zur UdSSR, zu Polen und der DDR Anfang der 70er Jahre durch den „Grundlagenvertrag“ von 1972 geregelt. Die Welle diplomatischer Anerkennungen der DDR und die UNO-Mitgliedschaft beider deutscher Staaten 1973 verstärkten die Einbindung der DDR in den völkerrechtlichen Kodex internationaler Beziehungen. Für ganz Europa fand die damalige Entspannungsphase in den Ergebnissen der KSZE-Konferenzen 1973–1975 und insbesondere in den auch von beiden deutschen Staaten unterzeichneten Absichtserklärungen der Schlussakte von Helsinki ihren Ausdruck.⁴ Solche Erklärungen, einschließlich der für die DDR besonders problematischen Zusicherung der Achtung von Menschenrechten und Grundfreiheiten⁵, hatten in den beginnenden 80er Jahren angesichts der Gefährdung aller ihrer Voraussetzung in Gestalt wachsender Kriegsgefahr eine Feuerprobe zu bestehen. Der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan im Dezember 1979 verstärkte die allgemeine Befürchtung drohender Eskalationen noch zusätzlich. Auch die USA schienen ausweislich ihrer damaligen Iran/Libyen/Mittelamerika-Politik und der Grenada-Invasion 1983 militärischen Lösungen weiterhin zugeneigt. Immerhin hatte die erste Regierung von Helmut Kohl zu erkennen gegeben, dass sie die von der sozialliberalen Koalition getroffenen Vereinbarungen in der Deutschland- und Ostpolitik zu respektieren und auf dieser Grundlage zu agieren gedachte. Mehr noch: Der Bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß vermittelte der devisenklammen DDR am 1. Juli 1983 einen von der Bundesregierung verbürgten Kredit der Bayerischen Landesbank über eine Milliarde D-Mark. Am 25. Juli 1984 übernahm die Bundesregierung die Garantie für einen

ropa, wenn die Überlegenheit sowjetischer Mittelstreckenraketen durch eine entsprechende „Nachrüstung“ auf westlicher Seite kompensiert werden würde. Eine Konsequenz war allerdings das Sinken der Schwelle für die militärische Option einer lokalen (europäischen) Kriegsführung unter Einschluss des Einsatzprofils von neuen (taktischen) Atomwaffen wie der „Neutronenwaffe“. Auf dem optionalen nuklearen Schlachtfeld Europa bestimmte die Entwaffnungsschlagfähigkeit der neuen Mittelstreckenraketen-generation infolge ihrer Zielgenauigkeit die Einsatzszenarien; dabei betrug die Vorwarnzeit einer auf Moskauer Raketenstellungen abgefeuerten Pershing-2 etwa 7 Minuten. Auf solche Bedrohungslagen waren erst recht nur automatisierte Reaktionen militärisch effektiv. Allein dies veranschaulicht das enorme Anwachsen realer Kriegsgefahr.

- 4 In der „Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ (KSZE) handelten 35 europäische Außenminister sowie die der USA und Kanadas eine Schlussakte aus, die von den Staats- und Regierungschefs auf dem Gipfeltreffen von Helsinki (30.7.–1.8.1975) unterzeichnet wurde. Die Absichtserklärungen der Schlussakte betrafen Festlegungen zur europäischen Sicherheit (Unverletzbarkeit der Grenzen, friedliche Regelung von Streitfällen, Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten), zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit sowie zur Wahrung der Grundfreiheiten und Menschenrechte.
- 5 Diese fanden sich als Teil des Korbes 1 im Vertragswerk. Der Korb 3 betraf das Prinzip der Reise- und Bewegungsfreiheit. Namentlich Ausreisewillige beriefen sich in der DDR zur Legitimierung ihres Behaltens häufig auf diesen Teil der Schlussakte.

weiteren Kredit westdeutscher Banken an die DDR in Höhe von 950 Millionen D-Mark. Die Bürgschaften garantierten den beteiligten Banken dabei ein ebenso sicheres wie lukratives Zins-Geschäft. Doch vor allem gestalteten sich die politischen Kontakte der Kohl-Genscher-Regierung zur DDR offensichtlich noch enger, als die der sozialliberalen Koalition. Dies ging sogar bis hin zum Einverständnis hinsichtlich der Termini beabsichtigter außenpolitischer Entspannung: Staatsminister Philipp Jenninger erklärte vor der Bundespressekonferenz zur finanziellen Hilfestellung für die wirtschaftlich schlingernde DDR: „Wir meinen es ernst, wenn wir von einer ‚Verantwortungsgemeinschaft‘ und von einer ‚Koalition der Vernunft‘⁶ sprechen.“

Das weltwirtschaftliche Bild der 80er Jahre wurde neben der Schuldenkrise in der Dritten Welt durch die sich verschärfende Verschuldung Osteuropas im Westen und den ökonomischen Niedergang des Ostblocks bestimmt. Im Westen endete mit Thatcher in Großbritannien und Reagan in den USA der wohlfahrtsstaatliche Kurs zugunsten einer neoliberalen Wende, die auch in der BRD mit Kohls Kanzlerschaft seinen Anfang fand.

Von großer Bedeutung auch für die Opposition in der DDR war die aus den Streiks an der polnischen Ostseeküste hervorgegangene und im August 1980 legalisierte unabhängige Gewerkschaft *Solidarność*. Ihr Erfolg führte in Polen zu einem Aufschwung regimekritischer und oppositioneller Strömungen bis hin zu einer Massenbewegung. Die Antwort des Regimes auf die Kriseneskalation – auch angesichts sowjetischer Drohungen – in Gestalt der Ausrufung des Kriegsrechts 1981 schien zunächst die Unwandelbarkeit der herkömmlichen Gewaltlösung zu bekräftigen: Das Regime führte Krieg gegen das eigene Volk. Wie zuvor die Politik solcher Regime nach „Kriegsende“ aussah, war in der ČSSR zu besichtigen: Im Gefolge massiver Unterdrückung aller reformkommunistischen und parteioppositionellen Gruppierungen des „Prager Frühlings“ von 1968 sorgte die „Normalisierungspolitik“ Gustáv Husáks in den 70er Jahren mit einer Welle von Berufsverboten und sozialen Ausgrenzungen sowohl für vermeintliche Ruhe an den politischen „Frontlinien“ als auch für einen latenten Spannungszustand im niedergehaltenen „Hinterland“. Die Opposition antwortete damals in Gestalt der „Charta 77“-Bewegung; einem Kompromiss der verschiedenen oppositionellen politischen Strömungen auf der Linie der Verteidigung elementarer Menschen- und Freiheitsrechte. Man bewegte sich hier auf dem Boden der Helsinki-Schlussakte. Dieser gesicherte Boden, auf den auch die tschechoslowakische Partei- und Staatsführung verpflichtet war, erschwerte die Repression gegen diese sich zu einer kleinen Bürgerbewegung auswachsenden oppositionellen Minderheit, konnte sie jedoch nicht verhindern. Das Regime reagierte weiterhin periodisch mit Haftstrafen.

Während einer relativ kurzen Zeitspanne entwickelte sich also eine ganz neue welt- und europapolitische Situation, auf die auch die Opposition in der DDR neue Antworten finden musste. In dieser DDR war ebenfalls eine Wandlung im Gange – sichtbar allerdings nur für jene, die Einblick in das gesellschaftliche Gesamtgefüge zu nehmen vermochten und einen Instinkt für die Richtung der Widerspruchsdynamik hatten: In den 80er Jahren entglitt die Gesellschaft mehr und mehr der formenden Hand der Bürokratie und begann, sich zu bewegen. Die Zwiespältigkeit dessen, was „Stagnation“ genannt wurde, bestand im schrittweisen

6 Diesen Terminus benutzte Honecker erstmalig in einem Schreiben an Kohl im Oktober 1983.

Rückzug der Herrschenden aus vorher gut befestigten Stellungen, weil sie dort die Initiative verloren hatten. Dies war die Folge des Erlahmens der allgemeinen Fähigkeit dieser Bürokratie zur Formung der Gesellschaft. Andererseits begann diese Gesellschaft, über Jahrzehnte ihres Ausdrucks und der Mittel zum Verfolg der Interessen ihrer Klassen und Schichten beraubt, diese Stellungen schrittweise zu besetzen und die erlahmende Gestaltungskraft der Staatsinstanzen durch die singuläre Beeinflussung zugänglich werdender Arbeits- und Lebensbereiche nach Maßstäben eigener lebensweltlicher Rationalität zu ersetzen. Dieser Prozess fand unter den Bedingungen des nach wie vor gültigen Stillhalteabkommens aus den 70er Jahren statt: Die Befriedigung der Grundbedürfnisse garantierte den sozialen und politischen Burgfrieden. In den 80er Jahren konnte dieser Frieden nur noch durch die Befriedigung wachsender Konsumbedürfnisse der Gesellschaft bewahrt werden, welche die Bürokratie selbst geweckt hatte – aber die Kapazitäten waren überspannt. Mehr und mehr wurde stillschweigend gelebt jenseits wirkungslos gewordener parteipolitischer Oktroyierungen und produziert über ins Leere laufende bürokratische Vorgaben hinweg. Doch ein neuer gesellschaftlicher Gesamtzusammenhang entstand dadurch nicht: Die verschiedenen sich langsam emanzipierenden Akteure blieben daran gehindert, miteinander in Verbindung zu treten. Die Herrschenden verteidigten ihr politisches Monopol an gesellschaftlicher Zwecksetzung, ohne noch Zwecke setzen zu können. Damit wurde jene ehemals die Gesellschaft formende Kraft zum Hemmschuh jeder Entwicklung. Die Beherrschten begannen, nach eigenen Maßstäben zu handeln, und drangen immer weiter vor, ohne die Bürokratie politisch herauszufordern. So unterblieb der Zusammenstoß, ohne dass er auf Dauer vermieden werden konnte. Die Frage war, wann und unter welchen Vorzeichen er erfolgen würde. Die Umstände, die zu ihm führen sollten und ihr Ausgang waren dabei nicht allein von den DDR-Bürokraten und „ihrem“ Volk abhängig. Für eine politische Opposition lautete die Frage: War sie imstande, politische Forderungen zu formulieren, die im Zusammenstoß mit den Herrschenden auch die der Bevölkerung auf den Begriff brachten? „Die Gesellschaft“ konnte als ganze gegen die Bürokratie Front machen. Doch was dann? Würde, falls die Herrschenden in dieser Konfrontation auch ihre politische Macht verlieren sollten, eine Aneignung „von unten“ oder „von oben“ erfolgen? Durch wen würde, falls dies misslang, die In-Besitznahme dessen, worüber die Bürokratie zuvor verfügte, stattfinden?

Solche Fragen waren typisch für Teile der Opposition aus den 70er Jahren. Anfang der 80er Jahre war diese Art des Fragens nach dem eigenen Zielhorizont und der gesellschaftlichen Verortung den entstehenden Basisgruppen im kirchlichen Raum fremd. Nicht im Entferntesten wurde mit einer finalen innergesellschaftlichen Konflikt- oder Krisensituation gerechnet. Der Kristallisationspunkt lag für diese Basisgruppen vermeintlich fernab davon: Hier ging es zunächst „nur“ um Selbstbehauptung pazifistischer Gemeindekreise im überwiegend vopolitischen Raum. Doch deren Selbstbehauptung hing in den Zeiten heraufziehender eskalierender eurostrategischer Konfrontation der Blöcke von der Frage ab, ob sie diese Bedrohungslage nicht nur ideologisch-weltanschaulich, sondern auch politisch antizipierten und als „Bewegung“ im Rahmen ihrer Möglichkeiten „kampagnenfähig“ sowie im gesellschaftlichen Konfliktraum handlungsfähig wurden.

Die veränderten gesellschaftspolitischen Randbedingungen und die neuen Impulse für die oppositionellen und widerständigen Spektren zu Beginn des Jahrzehnts führten während der 80er Jahre zu einem Paradigmenwechsel der Themen und der Praxis sowie der Formen politischer Gegnerschaft:

1. Mit der „Verriegelung“ institutioneller öffentlicher Räume für den Entrismus kultur- und linksoppositioneller „Störenfriede“ und der Zerschlagung der meisten konspirativ wirkenden Gruppen marxistischer Ausrichtung Ende der 70er Jahre war ein „überschüssiges“ Minderheitenpotential politischer Gegnerschaft virulent, das aus der Defensive heraus in den „Poren“ der Gesellschaft nach Entfaltungsmöglichkeiten suchte.
2. Im evangelischen „kirchlichen Raum“ als noch verbliebener Ort vermeintlich „herrschaftsfreier Kommunikation“, der schon zuvor Teile des ausgegrenzten subkulturellen Jugendprotestes beherbergt und sich im Falle ausgegrenzter Künstler bereits selektiv für kirchenfremde Akteure geöffnet hatte, sahen sich Gemeinden der zunehmenden Teilhabebereitschaft kirchenferner systemkritischer Akteure gegenüber.
3. Diese hochpolitische kirchenferne Minderheit, mehrheitlich Teilnehmer an oppositionellen oder widerständigen Aktivitäten während der 70er Jahre, hatte ihre Vorbehalte gegenüber diesem neuen Ort vermeintlich unpolitischen religiösen Diskurses abzubauen. Dazu war nur eine „Minderheit dieser Minderheit“ bereit. Deshalb waren die Einflüsse der in den 70er Jahren noch dominierenden linksoppositionellen Strömungen auf das sich politisierende Basisgruppenspektrum im Bereich der evangelischen Kirche in den 80er Jahren randständig, wenngleich größer, als ihre numerische Zahl erwarten ließ. Die unterschiedliche Form der Teilhabe dieser Reste von Zirkeln der 70er Jahre an diesem Basisgruppenspektrum und der Wirkungsverlauf gegenseitiger Einflussnahme und Veränderung beider Milieus ist Teil der hier vorgenommenen Analyse des Politisierungsverlaufs am Beispiel der Region Berlin.
4. Die Amtskirche als Institution war weder der Auslöser, noch Beförderer, sondern eher Dulder, vielfach Behinderer und zeitweise Nutznießer solcherart „Anlagerungen“ an das Gemeindeleben. Die Gemeinden selbst waren demgegenüber vielerorts sowohl Dulder und Kritiker, anderenorts aber auch Befürworter und (in Gestalt einiger Pfarrer) Unterstützer oder sogar Initiatoren solcher autonomer Aktivitäten in Gemeindefunktionären. Die Kirchen in der DDR als einzig legale (verfassungsmäßig abgesicherte) eigenständige Institution außerhalb der durch Partei und Staat kontrollierten Organisationsstrukturen gerieten so in eine Lage, welche rasch die Grenzen ihrer tatsächlich nur nominell existierenden Unabhängigkeit offenbaren sollte.

Hinsichtlich der veränderten Themen systemkritischer Betätigung wird es darauf ankommen, den Politisierungsverlauf des Umgang der Gruppen mit diesen Themen zu analysieren und den Beitrag sowie die Quellen dieser Politisierung für die Qualifizierung einer Verweigerungshaltung von Gemeindefunktionären hin zur politischen Gegnerschaft politisch alternativer Gruppen zu erforschen. Diese neuen Themen spiegeln einen Paradigmenwandel

gegenüber den Essentials oppositioneller und widerständiger Gruppen der 70er Jahre wider. Die Ergebnisse der Untersuchung des im Weiteren dargestellten Politisierungsprozesses auf den verschiedenen Konfliktfeldern werden allerdings belegen, dass diese Politisierung teilweise zu einer „Rückholung“ (Wiederkehr) von Perspektiven der Opposition der 70er Jahre führte.

Zum zweiten ist zu untersuchen, wo, wann und warum der erwähnte anfangs rein reaktive Charakter politisch selbstbestimmter Initiativen – typisch gerade für die sich herausbildende Friedensbewegung – in einen aktiven Gestaltungsanspruch umschlug, welche neuen Konfliktlagen und Themengestaltungen hierbei zutage traten und in welchem Maße die wirksame Isolierung solcher Gruppen und ihrer Arbeitsfelder von der Mehrheitsbevölkerung durchbrochen werden konnte.

Hinsichtlich der (durchaus gegenseitigen) „Fremdheit“ zwischen den politisch-alternativen Gruppen, die sich aus den Friedenskreisen der ersten Hälfte der 80er Jahre entwickeln sollten und der Mehrheitsbevölkerung, wird es darauf ankommen, die Ursachen dieser Fremdheit nicht nur in der Wirksamkeit geheimpolizeilicher „Ghettoisierungsstrategien“ gegenüber der Opposition zu suchen. Weil deren industrialisierungskritische, „postmaterialistische“ und kapitalismuskritische Orientierung sowie ihre grün-alternativen Essentials in einer zunehmend verwahrlosten DDR-Mangelwirtschaft mit ihren Versorgungsproblemen und allgegenwärtigen Beschränkungen wenig Massenakzeptanz finden konnten, fehlte diesen Wertsetzungen hier (anders als im Westen) die gesellschaftsverändernde Kraft. Das lange Festhalten auch der neuen politischen Vereinigungen des Jahres 1989 an diesen heute ebenfalls im Westen wieder zunehmend „entwerteten Werten“ und das Beharren auf deren Verwirklichung in einer eigenständigen DDR, bescherte der Opposition und den neuen politischen Vereinigungen 1990 deshalb nur die Wahl zwischen dem „kurzen Weg von der Illegalität in die Marginalität“⁷ oder dem noch kürzeren Weg auf den Schoß der zuvor noch verachteten bundesdeutschen Parteien. In welcher Weise dieser „Ausgang der Opposition“ und deren „Wende in der Wende“ auf die Entwicklungen zuvor zurückführbar sind, wird hier ebenfalls untersucht.

3.1.2 Friedensarbeit in der evangelischen Kirche und die Entwicklung einer Basisgruppenarbeit in Berlin

Die eurostrategische Bedrohungslage führte in Ost und West gleichermaßen zum Aufschwung einer *Friedensbewegung*, die in ihren jeweiligen regime- bzw. systemkritischen Teilen teilweise blockübergreifend wurde. Jedoch waren auch die jeweils „systemloyalen“ Formen dieser Bewegung, insbesondere die „offizielle DDR-Friedensbewegung“, keineswegs nur instrumentalisierte und gesteuerte Regimekampagnen. Sie waren (wie die gesamte Bewegung) zwar reaktiv – eine Antizipation der verzweifelten Lage Europas und insbesondere Deutschlands im Clinch der Großmächte – aber keineswegs nur „künstlich“, sondern eher der Ausdruck gemeinsamer Problem- und Bedrohungsdeutungen. Was die pazifistischen Initiativen betrifft, so dürfte ihr Engagement in Ost und West zu Beginn der 80er

7 Christof Geisel, Auf der Suche nach einem dritten Weg. Das politische Selbstverständnis der DDR-Opposition in den 80er Jahren, Berlin 2005, S. 158.

Jahre nicht mehr allein aus weltanschaulicher oder religiöser Überzeugung und sich verweigernder pazifistischer Selbstbehauptung gespeist worden sein: Die politischen Ursachen des fühlbaren Bedrohungswachstums waren zu offensichtlich, als dass man sich ihnen gegenüber unpolitisch verhalten konnte. Dabei war die Existenz der Friedensbewegungen in beiden Systemen weder an die Affirmation der eigenen Herrschaftsform, noch an deren Ablehnung gebunden. Dass allerdings solche Bewegungen im Westen als Massenbewegung eher regimekritisch auftraten, und die Massenbewegung etwa der „offiziellen“ DDR-Friedensbewegung nur affirmativ und vor jeder Infragestellung der Politik des Regimes oder der Kritik des Systems immunisiert existieren konnte, war ebenso folgerichtig, wie die Selbstabgrenzung der im Kirchengrund entstehenden Basisgruppenminderheiten als „unabhängig“. In der BRD war der wahrnehmbare Höhepunkt einer vor allem von linken Organisationen und Christen getragenen Friedensbewegung die Demonstration von ca. 300 000 Menschen am 10. Oktober 1981 im Bonner Hofgarten gegen die bevorstehende Mittelstreckenraketenstationierung. Üblicherweise sahen sich damals Friedensbewegte in Ost und West von jeweils interessierter Seite wahlweise als „nützliche Idioten Moskaus“ bzw. als „Werkzeuge imperialistischer Anti-Sowjet-Hetze“ denunziert. Von gleicher Folgerichtigkeit war das Bestreiten sowohl der Existenz als auch der Notwendigkeit einer „unabhängigen Friedensbewegung“ seitens der DDR-Machthaber: Gemäß Honecker wäre die gesamte DDR eine einzige einmütige Friedensbewegung.⁸ Die Tatsache, dass „Friedenspolitik“ neben „Sozialismus“ und „Antifaschismus“ eine zentrale legitimatorische und identifikatorische Kategorie für die DDR darstellte, senkte die Zugangsschwelle der Teilnahme am friedenspolitischen Engagement auch unabhängiger Initiativen. Trat diese unabhängige Friedensbewegung auch noch regimekritisch auf, wurde sie natürlich als „fremdgesteuert“ apostrophiert. Eine neue entwicklungsbegünstigende Randbedingung dieser Bewegung bestand darin, dass sie am Beginn eines Prozesses moderater Liberalisierung des in der DDR wirkenden Herrschaftsregimes entstand.

3.1.2.1 Wehrkunde für den Overkill: Ein erster Belastungstest der neuen Staat-Kirche-Beziehungen

Die „inneren“ Politisierungsimpulse pazifistischer Basisgruppen evangelischer Gemeindekreise, seit Einführung der Wehrpflicht entstanden durch den staatlichen Druck auf die Wehrdienstverweigerer und Bausoldaten, hatten bereits zu einer nachhaltigen kleinen Infrastruktur pazifistischer Initiativen geführt, die zur Selbstbehauptung einer mehr und mehr

8 In einem Gespräch von Landesbischof Johannes Hempel (Landeskirche Sachsen) am 12.3.1982 mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, in dem ersterer über seinen Besuch bei Bundeskanzler Helmut Schmidt berichtete, teilte Hempel gemäß Gysis Schilderung mit, Schmidt habe sich danach erkundigt, „ob in der DDR das Entstehen einer der BRD vergleichbaren breiten unabhängigen Friedensbewegung zu erwarten sei. Hempel erwiderte, dass es eine solche demonstrativ angelegte Bewegung – soweit man es voraussehen könne – ... nicht geben werde. „Über diese Antwort schien Schmidt merkwürdigerweise sichtlich erleichtert“. Schmidt fügte hinzu, er könne beim besten Willen diese Friedensbewegung in der BRD politisch nicht einordnen. Er wisse mit ihr nichts anzufangen.“ Information über das Gespräch Staatssekretär Gysi mit Landesbischof Hempel am 12.3.1982 in der Dienststelle des Staatssekretärs, Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv, Zentrales Parteiarchiv der SED (im folgenden: SAPMO BArch), DY 30, IV B2/14/18, Bl. 40.

auch politisch verteidigten Verweigerungshaltung beitrugen. Ihr Focus war zudem die Ablehnung fortschreitender Militarisierung der Gesellschaft. Diese Militarisierung wurde mit dem 1978 eingeführten obligatorischen Unterricht in Wehrkunde intensiviert. Staatskritische Pazifisten hatten daher kaum Anlass, ihre durch erlebte Pressionen sich noch zusätzlich verstärkende Skepsis gegenüber der inneren Friedensfähigkeit des Regimes abzubauen, als die äußere Kriegsgefahr zur Jahrzehntwende wieder zunahm und das DDR-Regime sich eindeutig zur zwischenstaatlichen Friedfertigkeit bekannte. Für diese Gruppen war es geradezu zwingend, sich von Anfang an als „unabhängig“ zu präsentieren, um ihren Motivationszusammenhang gegen Vereinnahmung zu schützen. Diese Abgrenzung wurde innerhalb sich erweiternder (allerdings unsicherer) Handlungsspielräume erleichtert, welche sich infolge des internationalen Drucks auf die DDR zur Einhaltung von Mindeststandards innerer Liberalität sowie des Zwangs zur Selbstdarstellung als entspannungswilliger Friedensstaat öffneten. Begünstigend für die Bildung solcher Gruppen wirkte zudem die verstärkte amtskirchliche⁹ Förderung eigener Friedensarbeit nach dem Scheitern ihrer Intervention gegen die erwähnte Einführung des Wehrkundeunterrichts. Dieses Vorhaben war vom Ministerrat bereits 1976 beschlossen worden und sollte ab September 1978 umgesetzt werden.¹⁰ Am 19.5.1978 informierte Günter Jahn, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung (BL) Potsdam, die Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK darüber, dass ein detailliertes internes Material vermutlich des CDU-Bezirksvorstands vom 3.4.1978 über die geplante Einführung des Wehrkundeunterrichts in den Besitz der Kirche gelangt sei, woraufhin auf einer Beratung der Arbeitsgruppe „christliche Kreise“ beim Bezirksausschuss der Nationalen Front mehrere Pfarrer heftige Angriffe auf den Staat (Verfassungsbruch, Friedensgefährdung, Einschränkung der Gewissensfreiheit ect.) richteten. In Brandenburg sei sogar über Möglichkeiten gemeinsamer kirchlicher Aktionen gegen das Vorhaben diskutiert worden.¹¹ Am gleichen Tag stimmten Werner Lorenz, Staatssekretär für Volksbildung, und der damalige Staatssekretär für Kirchenfragen, Hans Seigewasser, miteinander den hinhaltenden Umgang mit kirchlichen Eingaben sowie das Insistieren auf den Wehrkundeunterricht als Teil der Schulpflicht ab.¹² Der letzte Versuch einer Einflussnahme von Vertretern des „Bund der Evangelischen Kirchen der DDR“ (BEK), geleitet von seinem damaligen Vorsitzenden Bischof Albrecht Schönherr im Gespräch mit Seigewasser, scheiterte am 1.6.1978.¹³ Die „Konferenz der Kirchenleitungen“ (KKL) des BEK reagierte am 14. 6.1978 mit einem Brief an die Regierung, der die verfassungsrechtlich geschützte Gewissensfreiheit anmahnte, mit Kanzelabkündigung und Orientierungshilfe für die Gemeinden, welche die dortige Friedenserziehung bestärkte, sowie einem von der Bundessynode bestätigten Studien- und Rahmenprogramm „Erziehung zum Frieden“.¹⁴ Daraufhin sah sich Schönherr massiver Kritik seitens Paul Verners (dem damals für Kirchenpolitik zuständigen ZK-Sekretär) ausgesetzt: Es sei „empörend, [dass] die Kirchenleitung die Glaubwürdigkeit der Friedenspolitik der

9 Die Verwendung des Begriffes „amtskirchlich“ bezieht sich in dieser Arbeit auf die offiziellen Strukturen der (evangelischen) Kirche(n) in der DDR und ihr Handeln. Ist von „kirchlich“ die Rede, so ist in der Regel das Milieu gemeint.

10 Marianne Subklew-Jeutner, *Der Pankower Friedenskreis*, Osnabrück 2004, S. 47.

11 SAPMO-BArch, DY 30, IV B2/14/52, Bl. 7f.

12 SAPMO-BArch, DY 30, IV B2/14/52, Bl. 85ff.

13 SAPMO-BArch, DY 30, IV B2/14/40, Bl. 17ff.

14 Subklew-Jeutner 2004, S. 51f.

DDR in Zweifel zieht“ – wie im „Wort an die Gemeinden“ und in der „Orientierungshilfe“ geschehen, welche überdies noch westlichen Medien zugänglich gemacht wurden.¹⁵

Dieser Konflikt war die erste Belastungsprobe eines nominell erreichten Einvernehmens zwischen Staat und evangelischer Kirche in Gestalt des nur wenige Wochen zurückliegenden Spitzengesprächs von Vertretern des BEK und Honecker am 6. März 1978.¹⁶ Die kirchenpolitische Situation in der DDR war seit 1969 durch den Austritt der acht ostdeutschen Landeskirchen aus der (bis dahin gesamtdeutschen) Evangelischen Kirche (EKD) und ihren Zusammenschluss im neuen „Bund der Evangelischen Kirchen der DDR“ als Vertretungsorgan der ostdeutschen evangelischen Christen charakterisiert. Begründet wurde dies mit der veränderten rechtspolitischen Lage nach Inkrafttreten der neuen Verfassung von 1968, Hindernissen bei der Ausübung von Organfunktionen der EKD in der DDR und durch die Notwendigkeit einer besseren Zusammenarbeit der ostdeutschen Kirchen untereinander. Zudem spielten Hoffnungen eine Rolle, über ein Gremium von Kirchen ausschließlich der DDR, Vereinbarungen in einer Art Staat-Kirche-Vertrag mit staatlichen Stellen treffen zu können. Bekräftigt wurde diese Linie durch die amtskirchliche Offizialisierung der Formel „Kirche im Sozialismus“. Das erwähnte Spitzengespräch von 1978 war ein symbolischer Schritt in diese Richtung: Obwohl hier weder ein Vertrag noch eine gemeinsame Erklärung über die offizielle Pressemitteilung hinaus verabschiedet wurde, sollten sich in Zukunft beide Seiten gerade in Konfliktfällen und in unterschiedlicher Auslegung immer wieder auf den Geist dieses demonstrativen Einvernehmens berufen.

Der BEK wurde durch die Bundessynode und die Konferenz der Kirchenleitungen geleitet. Der Vorstand der KKL bestand aus fünf Mitgliedern. Vorsitzende des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR waren Dr. Albrecht Schönherr (1969–1981, Berlin-Brandenburg), Dr. Werner Krusche (1981–1982, Kirchenprovinz Sachsen), Dr. Joachim Hempel (1982–1986, Sachsen), Dr. Werner Leich (1986–1990, Thüringen) und Dr. Christoph Demke (1990–1991, Kirchenprovinz Sachsen). Für die Verwaltungsarbeit war ein Sekretariat des BEK in Berlin zuständig. Die evangelischen Landeskirchen in der DDR unterteilten sich in drei lutherische und fünf unierte Kirchen, die sich in den Vereinigten Evangelisch-Lutherischen Kirchen (VELK) bzw. Evangelischen Kirchen der Union (EKU) zusammengeschlossen hatten. Zu den Evangelischen Kirchen der Union – Bereich DDR gehörten die Landeskirchen von Anhalt, Berlin-Brandenburg, Görlitz, Greifswald und der Kirchenprovinz Sachsen. Die Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche in der DDR um-

15 Schönherr reagierte beschwichtigend und versprach eine geeignete Zurückweisung der Ausschlichtung der Angelegenheit durch westliche Medien. Information vom 4.7.1978 über ein Gespräch von ZK-Sekretär Paul Verner und Bischof Albrecht Schönherr am 3.7.1978, SAPMO-BArch, DY 30, IV B2/14/7, Bl. 17ff.

16 Dieses Gespräch fand zwischen Bischof Schönherr (Landeskirche Berlin-Brandenburg, Vorsitzender des BEK und der KKL von 1969 bis 1981), Bischof Werner Krusche (Magdeburg, Kirchenprovinz Sachsen, bis 1982 Nachfolger Schönherrs als BEK-Vorsitzender), Kirchenpräsident Kurt Domsch (Dresden, Landeskirche Sachsen), Siegfried Wahrmann (Sekretär der Mecklenburger Synode), Christina Schultheiß (Sekretärin der Thüringer Synode) und Manfred Stolpe (BEK-Sekretariatsleiter) einerseits sowie Erich Honecker, Hermann Kalb (Stellvertreter des Staatssekretärs für Kirchenfragen), Rudi Bellmann (Leiter der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim SED-ZK) und Politbüromitglied Paul Verner als für Kirchenfragen zuständigem ZK-Sekretär andererseits statt.

fasste die Landeskirchen von Mecklenburg, Sachsen und Thüringen. Die Landeskirchen waren rechtlich und organisatorisch selbständig und nicht an überregionale Festlegungen gebunden, so lange diese nicht von den Synoden der einzelnen Landeskirchen bestätigt wurden. Die Beschlüsse des BEK, der EKU und der VELK der DDR trugen also für die entsprechenden Landeskirchen nur empfehlenden Charakter. Es waren dies die

1. Evangelische Landeskirche Anhalts, Sitz des Landeskirchenrates: Dessau, 220 000 Gemeindeglieder.
2. Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg (Region DDR), Sitz des Konsistoriums: Berlin. Die DDR-Region bildete zusammen mit der West-Berliner Region rechtlich noch eine Landeskirche, doch waren beide Regionen selbständig. 1 500 000 Gemeindeglieder.
3. Evangelische Landeskirche Greifswald, Sitz des Konsistoriums: Greifswald, 450 000 Gemeindeglieder.
4. Evangelische Kirche des Görlitzer Kirchengebietes, Sitz des Konsistoriums: Görlitz, 125 000 Gemeindeglieder.
5. Evangelisch-Lutherische Landeskirche Mecklenburgs, Sitz des Oberkirchenrates: Schwerin, 750 000 Gemeindeglieder.
6. Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsen, Sitz des Landeskirchenamtes: Dresden, 2 350 000 Gemeindeglieder.
7. Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, Sitz des Konsistoriums: Magdeburg, 1 500 000 Gemeindeglieder.
8. Evangelisch-Lutherische Kirche in Thüringen, Sitz des Landeskirchenamtes: Eisenach, 1 000 000 Gemeindeglieder.

In der DDR bekannten sich nominell ca. 8 Millionen Staatsbürger zum christlichen Glauben, jedoch praktizierte nur ein geringer Prozentsatz dieses Bekenntnis. Nach eigenen Angaben der Evangelischen Kirche von 1982 hatte sie 6 522 343 Gemeindeglieder¹⁷ (das entsprach etwa 39 % der Bevölkerung der DDR), 7 200 Gemeinden, 4 000 hauptamtliche Pfarrer, 30 000 hauptamtliche Mitarbeiter und ca. 70 000 ehrenamtliche Mitarbeiter. Das MfS schätzte 1983 die jährlichen Einnahmen der evangelischen Kirchen in der DDR auf 500–700 Millionen Mark der DDR und zusätzlich 300–400 Millionen DM aus der BRD.¹⁸

Infolge der stark dezentralen Struktur insbesondere der EKBB war das politische Profil der in der jeweiligen Gemeinde tätigen kirchlichen Amtsträger bzw. die Situation im Ge-

17 Dies ist natürlich ebenso anzuzweifeln. Die Gemeindestatistiken zählten alle in ihrem Gebiet wohnenden evangelisch Getauften so lange mit, bis sie offiziell ausgetreten waren, einschließlich jener, die über viele Jahre keine Kirchensteuern zahlten und die Mahnungen der Kirchengemeindeämter missachteten. Zwangseintreibungen wurden von den Zivilkammern der Gerichte nicht gedeckt. Die aus dem frühen 19. Jahrhundert stammende Regelung der Einziehung der Kirchensteuer über die Finanzbehörden wurde in der DDR abgeschafft. Das erklärt, warum der Wiedereintrittsboom nach dem Anschluss der DDR durch Austritte konterkariert wurde, weil plötzlich wieder „Kirchensteuern“ auf den Lohnzetteln zu finden waren.

18 Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Missbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisierung politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen „inneren Opposition“ in der DDR, April 1983, MfS, JHS A.- Nr. 241/83.

meindekirchenrat sowie die Rolle der Superintendenten ausschlaggebend für den Charakter des kirchlichen Lebens. Die Beschlüsse der Kirchenleitung waren in der Regel nicht verbindlich (hatten empfehlenden Charakter). Bei Verletzungen des Pfarrerdienstrechts war allerdings deren disziplinarische Verantwortlichkeit anhängig.

In der Regel sollte das amtskirchliche Handeln eigenen kirchenpolitischen Maximen folgen. Tatsächlich aber ergab sich dieses Handeln aus den jeweiligen Ergebnissen der Konfliktaustragung und Konsensbildung mit ihren staatlichen Antagonisten. Angesichts der sich abzeichnenden Verlagerung von Bestrebungen oppositioneller Selbstorganisation in den kirchlichen Raum bemühten sich Partei- und Staatsorgane um eine Bewertung der Rolle der Kirche in diesem Prozess. Das MfS argwöhnte: „Offenkundig geht der Gegner davon aus, dass ihm die Kirchen in der DDR unter den gegenwärtigen Bedingungen die günstigsten und breitesten Möglichkeiten zur Sammlung der verschiedenen oppositionellen bzw. feindlich-negativen Kräfte für ihre Inspirierung zu feindlich-negativen Aktivitäten und zu deren Organisation und Tarnung bieten.“ Als besonders brisant bewertete das MfS aus dieser Sicht die „materielle und finanzielle Selbständigkeit der Kirchen“, deren „eigenständige und institutionalisierte geistige und ideologische Positionen“, die „auf allen Ebenen vorhandenen Strukturen und Organisationsformen“, den „gut ausgebildeten und sehr umfangreichen und differenzierten Kaderbestand“, die „für die Manipulierung nutzbaren Einflussmöglichkeiten auf breite Bevölkerungsschichten“, ein „gut funktionierendes eigenes Informationssystem und selbständige Publikationsmöglichkeiten“, die „Bindungen an die Kirchen in der BRD“ sowie „die Möglichkeit, zu jedem beliebigen Zeitpunkt öffentlichkeitswirksam zu werden und jederzeit Zusammenkünfte unterschiedlichster Art an jedem Ort zu organisieren“. Während sonst der Kirche ihr Dogmatismus vorgeworfen wurde, entdeckte das MfS als feindliches Potential „den in der Theologie herrschenden Pluralismus, auf dessen Grundlage alles begründet oder alles bekämpft werden kann und langfristig Probleme theoretisch aufgearbeitet werden und jederzeit abrufbereit sind. ... Die in den evangelischen Kirchen vorherrschenden Auffassungen von dem Sichbegreifen als Kirche der Reformation und den daraus abgeleiteten besonderen theologischen Theorien des ‚kritischen Korrelativs‘ gegenüber dem Staat, dem auszuführenden besonderen ‚Wächteramt‘ sowie der ‚kritischen Solidarität und Mitarbeit‘“ verstärkten das Misstrauen. Jedoch hieß es relativierend auch: „Die aufgezeigten Möglichkeiten führen nicht automatisch zu einer feindlichen Wirksamkeit der Kirchen. Sie sind nicht von vornherein als Störfaktoren der sozialistischen Entwicklung einzuordnen. Religion und Kirchen sind nicht als solche feindliche Einrichtungen.“¹⁹

3.1.2.2 Schwerter zu Pflugscharen: Friedensdekade und Sozialer Friedensdienst bedrohen den Burgfrieden

Die auf den Konflikt um die Einführung des Wehrkundeunterrichts folgende amtskirchlich begünstigte Intensivierung der Friedensarbeit in den Gemeinden fiel mitten in die beginnende „Nachrüstungskrise“. Auf Initiative der evangelischen DDR-Landesjugendpfarrer wurde im November 1980 in Berlin die (von nun an) alljährliche „Friedensdekade“ von thematischen Gemeindeveranstaltungen und Friedensandachten für Ost- und Westdeutschland ins Leben gerufen. Ihre Bibelwort-Losung „Schwerter zu Pflugscharen“ führte, zusammen mit

19 Ebenda.

der Forderung „Frieden schaffen ohne Waffen“ aus der westdeutschen Friedensbewegung, sofort zur Konfrontation mit den DDR-Staatsorganen, welche gerade die forcierte innergesellschaftliche Militarisierung als ihre Antizipation des verschärften militärischen Spannungszustands organisierten und sich durch jede Tendenz von Pazifismus provoziert fühlten. Staatlicherseits wurde in den Jahren 1979 und 1980 daher nicht nur gegen die konspirativen linken Gruppen, sondern auch gegen pazifistische Aktivisten vermehrt strafrechtlich reagiert: Unterschriftensammlungen gegen den Wehrkundeunterricht führten in Stralsund, Erfurt und Berlin zu Festnahmen. Der Leiter des Königswalder Friedensseminars, Hans Jörg Weigel, wurde im Mai 1980 zu 18 Monaten Haft wegen staatsfeindlicher Hetze verurteilt, jedoch nach Haftantritt auf Bewährung wieder auf freien Fuß gesetzt. Das Staat-Kirche-Verhältnis verschlechterte sich zusehends.²⁰ Staatlicherseits wurde namentlich im Zusammenhang mit der kirchenoffiziellen friedenspolitischen Positionierung, später aber auch anlässlich von amtskirchlichen Äußerungen zu innenpolitischen Problemlagen, die von Amtsträgern hin und wieder benutzte Formel des „Wächteramts“ als kirchliche Einmischung in staatliche Angelegenheiten und als Verletzung des Prinzips der Trennung von Kirche und Staat attackiert.²¹ Der neue Konflikt eskalierte, als zur 2. Friedensdekade im

-
- 20 Die Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen (SfK) registrierte im Februar 1981 die innerkirchliche Tendenz, kirchliches Friedensengagement gegenüber der sozialistischen Friedenspolitik als „weitreichender“ zu betrachten, da die Kirche „über Grenzen hinweg“ für den Frieden wirke, „über den Gesellschaftssystemen“ stehe und die Verstärkung der Wehrerziehung in der DDR kritisiere. Empört (und nicht ganz zutreffend, aber trotzdem bezeichnend) verlautbarte diese Leitungsinformation: „Hiermit befinden sich die kirchlichen Vertreter in der DDR im direkten Gegensatz zur offiziellen Linie der westdeutschen EKD, die offen zur Staatsbejahung durch die Kirchen auftritt, pazifistische Gedanken weitgehend zurückzudrängen sucht, sie als unchristlich abqualifiziert und gleichzeitig eine aktive Wehrbereitschaft der jungen Christen als Bürgerpflicht fördert und propagiert.“ Leitungsinformation 1/81 als Vorlage vom 12.2.1981 für die Dienstbesprechung am 23.2.1981, SAPMO BArch, DO 4/1276.
- 21 Bischof Schönherr erklärte in seinem Vortrag beim Jahresempfang der Evangelischen Akademie Tutzing, die Kirchen leiteten aus ihrem „Wächteramt“ weder einen moralischen Überlegenheitsanspruch noch einen Machtanspruch ab. Der Friedensdienst der Kirchen konzentrierte sich gerade in der gegenwärtigen Situation auf eine differenzierte Sicht und auf Beihilfe zur Vertrauensbildung, auch, wenn sie dabei in Verdacht gerieten, der jeweils anderen Seite zuzuarbeiten. „Kirche im Sozialismus“ bedeute, die Kirche wolle sich weder auf sich selbst zurückziehen, noch Sammelbecken einer Opposition gegen den Sozialismus werden, sondern die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung, ohne sich vereinnahmen zu lassen. Ebenda. Erich Honecker sah sich angesichts des Auftretens von Befürwortern kirchlicher Einmischung in die Staatspolitik hin und wieder veranlasst, die Amtskirche mit ihrem Luther zu konfrontieren: „Den Inspiratoren eines solchen Auftretens ist natürlich gut bekannt, dass in der DDR seit ihrer Gründung Staat und Kirche getrennt sind. Das entspricht übrigens auch der biblischen Weisung, Gott zu geben, was Gottes ist, und dem Staat zu geben, was des Staates ist.“ Fernschreiben Erich Honeckers an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED vom 16.4.1982, SAPMO BArch, DY 30, 2196. Das MfS befand: „In allgemeiner Form lassen sich Missbrauchshandlungen als Ausweitung des rechtlich gesicherten Handlungsraumes der Kirchen für die Religionsausübung zum Zwecke einer scheinlegalen Realisierung antisozialistischer Aktivitäten definieren. ... Eine besondere Rolle bei diesen Ausweitungsbestrebungen spielt die von den evangelischen Kirchen vertretene Auffassung von einem besonderen ‚Wächteramt‘ der Kirche in der Gesellschaft, die auf die Reformationsbewegung zurückgeführt wird. Derartige Bestrebungen sind zumeist nicht feindlich motiviert. Das gesellschaftliche Engagement kirchlicher Kreise ist sogar, wenn es im Einklang mit den Grundsätzen und Zielen der Verfassung steht, erwünscht. ... Rechtsverletzungen ... sind z. B. die Herstellung von Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen ohne staatliche Genehmigung, die Einfuhr von Literaturerzeugnissen entgegen den zollrechtlichen Bestimmungen, das Nichteinholen einer Genehmigung für

November 1981 Bibelwort-Textildruck-Aufnäher mit der Abbildung einer seitens der UdSSR an die UNO übergebene Plastik symbolischer Abrüstung massenhafte Verbreitung erfuhren, die Staatsorgane dagegen vorgingen²² und die Aufnäher so über ihre direkte Aussage hinaus zum Symbol staatskritischer Gesinnung avancierten.²³ Für die Aufladung des Symbols mit dem Gehalt staatsfeindlicher Gesinnung hatten in erster Linie die polizeilichen Repressionen und schulischen Disziplinierungen von jugendlichen Trägern der Aufnäher gesorgt und damit gleichzeitig bewirkt, dass sich der Vorgang schnell amtskirchlichen Dämpfungsbestrebungen entzog. Dies erkannte auch die Amtskirche, was ihre Vertreter in den Gesprächen mit den Staatsorganen auch zum Ausdruck brachten.²⁴ Trotz des umstrittenen Nachgebens der Amtskirche in Form eines offiziellen Verzichts der Bundessynode im

Veranstaltungen im Freien o. ä.“ Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Missbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen „inneren Opposition“ in der DDR, April 1983, MfS, JHS A.- Nr. 241/83.

- 22 Die zweite Friedensdekade vom 8.–11.11.1981 fand unter der Losung „Gerechtigkeit, Abrüstung, Frieden“ statt. Vor allem in Halle gab es nervöse und zum Teil gravierende staatliche Reaktionen in Form der Androhung rigorosen Eingreifens massiv präsenter Polizeieinheiten bei kleinsten Anzeichen eines Demonstrationscharakters während des Marsches der mehreren hundert Teilnehmer zwischen den Veranstaltungsstätten und in Form ausgeübten Zwangs zum Abnehmen des Aufnehmers „Schwerter zu Pflugscharen“ durch die Transportpolizei bei anreisenden Jugendlichen. Bericht zum Gottesdienst „Die Brücke“ des Kirchenkreises Halle, Matthias-Domaschk-Archiv der Havemann-Gesellschaft Berlin (künftig MDA), Oppositionsarchiv (OA), Reg.-Nr. 7.10., o. D.
- 23 Dies ging soweit, dass nicht allein diese Aufnäher, sondern schließlich auch der „leere Kreis“ des auf polizeiliche Verfügung abgerissenen Emblems demonstrativen Aussagewert erlangte, worüber auch westliche Medien berichteten. In der von Manfred Stolpe (seit 1982 Konsistorialpräsident der Ostregion der EKBB und als solcher auch Mitglied der KKL sowie stellvertretender Vorsitzender des BEK) konzipierten Antwort der KKL vom 18.4.1982 auf die Aussprache über ihren Bericht zur Rechtslage um die Aufnäher „Schwerter zu Pflugscharen“ hieß es dagegen: „Mit Sorge hören wir, dass in westlichen Medien unser kirchliches Abrüstungssymbol zum Abzeichen einer DDR-Oppositionspartei missdeutet wird. Das trifft nicht nur nicht zu, sondern erschwert und gefährdet eine eigenständige kirchliche Friedensarbeit! Es erschwert darüber hinaus ungemein auch unsere rechtliche Argumentation. Darf ich abschließend noch einmal hervorheben, dass das Herannahen an Streitfragen auf Grundlage der Rechtsordnung eine gute Hilfe sein kann, sachlich offen konstruktive Regelungen zu finden. Auch in der Aufnäherfrage. Das wäre überzeugende Praktizierung der von uns allen gewünschten Kirchenpolitik des 6. März 1978.“ MDA, OA, Reg.-Nr. 4283 (im Bestand 1.1.02.3.1. – Aktionskreis Anstiftung zum Frieden). Dieser Positionierung ging am 7.4.1982 ein Gespräch des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Klaus Gysi, mit Vertretern der KKL voraus. Die Bischöfe trugen hier ihren ursprünglich als förmliche Note formulierten scharfen Protest gegen schulische Disziplinierungen und das polizeiliche Vorgehen gegen Träger der Aufnäher nun in abgeschwächter Form mündlich vor. Lediglich Gottfried Forck (seit April 1981 Bischof der Landeskirche Berlin-Brandenburg) und Bischof Werner Krusche (Kirchenprovinz Sachsen) blieben bei ihrer scharfen Distanzierung. Gysi betonte das staatliche Interesse, dass jede Einmischung kirchlicherseits in staatliche Angelegenheiten unterbleibe sowie jede Diffamierung des Wehrdienstes oder der Schwächung der Wehrbereitschaft (wie durch die missbräuchliche Verwendung des kirchlichen Symbols der Friedensdekade) zu unterbinden sei. SAPMO-BArch, DY 30, IV B2/14/18. In der Mitteilung des Vorstands der KKL an die Gliedkirchen über den Inhalt dieses Gespräches betonte dieser vor allem das dort erklärte Beharren der Kirche auf einer eigenständigen Friedensarbeit, welche weder ein Verstärker der Außenpolitik der DDR, noch Ausdruck der Bildung einer „unabhängigen Friedensbewegung“ sei. Ebenda, Bl. 51f.
- 24 So Landesbischof Hempel in seinem Gespräch mit Staatssekretär Gysi am 12.3.1982. Ebenda, Bl. 36f.

September 1982 auf die Friedensaufnäher²⁵ wurden staatlicherseits die Friedensdekaden von nun an mit anhaltendem Argwohn und erheblichem präventivem Kontrollaufwand begleitet – offiziell durch die Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen (SfK) bzw. die jeweils zuständigen Mitarbeiter im Amtsbereich der Stellvertreter des Vorsitzenden für Inneres der Räte der Bezirke oder Kreise, inoffiziell durch das MfS.²⁶

Die Auseinandersetzung um die „Aufnäher“ drängte ab November 1981 einen anderen ernstesten Konflikt in den Hintergrund, der bereits seit mehreren Monaten schwelte: Vom Dresdner Pfarrer Christoph Woneberger wurde im Sommer 1980 der Vorschlag eines gegenüber der Wehrpflichtzeit verlängerten zivilen Ersatzdienstes („Sozialer Friedensdienst“ – SoFD) als Antwort auf den eurostrategischen Nachrüstungsbeschluss von 1979 entwickelt. Auf Beschluss des Dresdner Pfarrkonvents wurde die Initiative als Eingabe an die sächsische Landessynode im Herbst 1980 (die sich die Initiative aber nicht zu Eigen machte) mit der Bitte übermittelt, den Entwurf im Rahmen der Friedensdekade 1980 zur Diskussion an die Kirchengemeinden weiterzuleiten und dort als Eingabe an die Volkskammer vorzubereiten. Die sächsische Synode überwies dann die Eingabe an den sozial-ethischen Ausschuss und bat den Ausschuss Kirche und Gesellschaft beim BEK um Rat. Wonebergers im März 1981 vom Friedensseminar Königswalde aufgegriffene Initiative führte im April 1981 zur ersten Beratung einer SoFD-Initiativgruppe in Dresden, die im Mai 1981 zum zweiten Mal tagte. Ein konsensfähiger Text der Eingabe (verabschiedet am 9.5.1981) wurde unter Zurücknahme sprachlicher Schärpen als Kettenbrief in Umlauf gesetzt und traf auf den kirchenamtlichen Widerspruch von Kirchenpräsident Natho (Dessau). Rund 5 000 Einzeleingaben (allein

25 Im Vorfeld der Bundessynode konnte Staatssekretär Gysi befriedigt an Honecker rapportieren: „Realistische Kräfte in der KKL und in den Gliedkirchen des BEK bemühen sich offensichtlich, eine Wiederholung der Konfrontation in Sachen ‚Aufnäher‘ nicht zuzulassen. ... Die meisten Bischöfe, auch Kruusche und die Kirchenleitungen, sind inzwischen öffentlich von der Forderung nach einer eigenen ‚unabhängigen‘ Friedensbewegung der Kirchen abgerückt bzw. haben sie eindeutig zurückgewiesen (Leich, Gienke u. a.). Obwohl der alte Beschluss nicht ausdrücklich zurückgenommen wird, hat die KKL beschlossen, ihn nicht zu wiederholen, um das Tragen von Aufnähern, Abzeichen etc, nicht zu provozieren und um Möglichkeiten für einen gezielten Einfluß der KKL gegenüber bisherigen bzw. potentiellen Trägern des Symbols zu schaffen. ... Die KKL befürchtet, dass ein weitergehender Beschluss gegen ‚Abzeichenträger‘ eine Verweigerung zur Beschlussausführung durch eine Reihe kirchlicher Kreise nach sich zieht. Das ist nicht von der Hand zu weisen.“ Schreiben von Klaus Gysi an Erich Honecker vom 14.9.1982, SAPMO BArch, DO 4/1206.

26 In den folgenden Jahren fanden die Friedensdekaden vom 7. bis 17.11.1982 (unter der Losung „Angst, Vertrauen, Frieden“), vom 6. bis 16.11.1983 („Frieden schaffen aus der Kraft der Schwachen“), vom 11. bis 21.11.1984 („Leben gegen den Tod – Gespräch zwischen den Generationen“), vom 10. bis 20.11.1985 („Frieden wächst aus Gerechtigkeit“), vom 9. bis 19.11.1986 („Friede sei mit Euch“), vom 6. bis 16.11.1987 („Miteinander leben“) und vom 6. bis 16.11.1988 („Friede dem Fernen und Friede dem Nahen“) statt. Im Gegensatz zu den Friedenswerkstätten und dem Netzwerk „Konkret für den Frieden“ standen bzw. blieben die Friedenswerkstätten unter anhaltend starker amtskirchlicher Kontrolle. Für die auf solche Weise politisch „entschärft“ 6. Friedensdekade im November 1985 verlautete seitens des SfK: „Wie in den vergangenen Jahren ist auf dem Titelblatt der Materialmappe das Symbol Schwerter zu Pflugscharen unter Angabe seiner Bibelquellen abgebildet. Die ... erteilte Druckgenehmigung ... darunter [für] ein Leporello, das gleichfalls dieses Symbol enthält, ist ein Beleg dafür, dass unser Staat nie das Symbol selbst, sondern seinen politischen Missbrauch beansprucht hat ...“ Information vom 19.9.1985 in Vorbereitung auf die Friedensdekade 10.–20.11.1985. Vorlage für die Dienstbesprechung in SfK vom 1.10.1985, SAPMO BArch, DO 4/1282 und DO 4/951.

in Sachsen über 800) ergingen an die Landessynoden und die Bundessynode.²⁷ Die SoFD-Problematik wurde auch auf der Tagung des Ausschusses „Kirche u. Gesellschaft“ des BEK in Brandenburg beraten. Es folgte der vergebliche Versuch der sächsischen Kirchenleitung, auf der Sitzung der KKL deren Zustimmung für die SoFD-Initiative zu erreichen. Einwände gegen den SoFD auf der KKL-Sitzung im Mai 1981 kamen von Bischof Schönherr und Oberkirchenrat Stolpe. Ab Ende Mai 1981 begann eine erfolgreiche Kampagnenarbeit der SoFD-Initiatoren (Unterschriftensammlungen und sich ausdehnende Diskussionen im kirchlichen Raum). Die (unterschiedlich stark ausgeprägte) Unterstützung von Wonnebergers förmlichem Vorschlagstext vom Mai 1981 durch die Synoden der Gliedkirchen führte zwar nicht zu einem Bundessynodalbeschluss, wohl aber zu anhaltender Resonanz besonders in der Kirchenbasis und auf Druck des Staates²⁸ schließlich zum amtskirchlichen Verbot einer Fortsetzung der republikweiten Organisation der SoFD-Bewegung. Diese staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Kampagne waren überaus massiv.²⁹ Beim Dresdner Treffen von zwanzig Delegierten interessierter Friedensgruppen in der Dresdner Weinbergskirche im Dezember 1981 wurde per Kettenbriefaktion zu weiterem Treffen Ende Januar 1982 für

27 Vgl. auch: Stephan Bickhardt, „Ein Friedensdienst, der Zukunft hat“. Zur Entstehungsgeschichte des SoFD, in: „Spuren – Zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR“, Samisdat, Januar 1988, MDA, 2.03.

28 Staatlicherseits verlautete zur Einschätzung der SoFD-Initiative intern: „Der Vorschlag für einen sozialen Friedensdienst wäre in einer Phase der sich auch auf militärischem Gebiet vollziehenden Entspannung und durchgeführter erster Abrüstungsschritte positiv zu erörtern, denn er könnte dazu beitragen, wesentliche Bedürfnisse z. B. im Gesundheitswesen zu erfüllen. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ... eindeutig gegen die Sicherung der sozialistischen Landesverteidigung gerichtet. ... Nach dem X. Parteitag der SED ... Eskalation pazifistischer Aktionen und Argumentationen in den Kirchen ... Dazu werden die Welle der Anti-Raketen-Bewegung in Europa und den USA, vor allem aber auch die Friedensaktionen auf dem BRD-Kirchentag in Hamburg sowie der Krefelder Appell von negativen Kräften für ihre Ziele benutzt.“ Argumentationen, Sachstandsinformationen und Schlussfolgerungen im SfK vom 7.7.1981 zum SoFD, SAPMO BArch, DO 4/771.

29 Solche staatlichen Schlussfolgerungen und Zielstellungen zur Zurückdrängung der SoFD-Diskussionen orientierten im Juli 1981 auf die Beendigung der Tätigkeit der Initiativgruppe und die Isolierung der Initiatoren. Falls dies misslingen sollte, wurden strafrechtliche Maßnahmen empfohlen. Der Staatssekretär plante, durch den Generalstaatsanwalt die strafrechtliche Relevanz der öffentlichen SoFD-Diskussion und der Unterschriftensammlungen feststellen zu lassen und die Stellvertreter der Vorsitzenden der Räte der Bezirke für Inneres über die politische Einordnung der SoFD-Forderung ins Bild zu setzen. Parallel war ein Informationsgespräch mit der Leitung der BEK unter Teilnahme eines Vertreters des Ministeriums für Nationale Verteidigung vorgesehen. Die „Stellvertreter Inneres“ der Bezirke, in denen die Evangelischen Kirchenleitungen ihren Sitz haben, sollten mit Bischöfen und ihren Juristen Gespräche zur Abweisung von SoFD-Aktionen gegebenenfalls unter Hinzuziehung der Bezirksstaatsanwälte führen. Ablehnende Stimmen zum SoFD (in der Gossener Mission, der Sächsischen Bruderschaft, dem Evangelischen Pfarrertag, der CFK, dem Weißenseer Arbeitskreis – vgl. dazu Abschnitt 3.5.1) sollten unter Beteiligung des Hauptvorstands der CDU und der „Neuen Zeit“ in einer Gegenkampagne unterstützt werden. Argumentationen, Sachstandsinformationen und Schlussfolgerungen im SfK vom 7.7.1981 zum SoFD, SAPMO BArch, DO 4/771. Am 12.9.1981 erfolgte die erste offizielle Ablehnung eines SoFD durch Klaus Gysi unter Hinweis auf Bausoldatenregelung, Bickhardt 1988. Diese strikte Ablehnung bekräftigte Staatssekretär Gysi in einem Gespräch mit dem Vorstand der KKL am 23.10.1981, dessen Protokoll von Paul Verner auch an Honecker weitergeleitet wurde. Information vom 26.10.1981 über ein Gespräch des Vorstands der KKL mit Staatssekretär Gysi am 23.10.1981 mit Anschreiben Paul Verners an Honecker vom 29.10.1981. SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/18.

die endgültige Abstimmung zur Art der Fortsetzung der Initiative aufgerufen und für Ostern 1982 eine „Friedensdienstfahrt“ nach Dresden angepeilt. Das Landeskirchenamt Dresden verhielt sich dem Ende Januar geäußerten Protest des SfK gegenüber, hier missbrauche eine illegale politische Gruppe die Kirche für ihre Aktivitäten, uneindeutig. Präsident Domsch verbot Wonneberger namens des Landeskirchenamtes nach § 35 des Pfarrerdienstgesetzes das überregionale Ostertreffen (als außerhalb seiner Kompetenz als Gemeindepfarrer liegend, als nicht beauftragt und mit Drohungen in Richtung Kündigung vom Pfarrdienst). Der kirchliche Druck verhinderte das überregionale Ostertreffen.³⁰ Die Initiativgruppe musste im Februar 1982 ihre überregionale Projektarbeit einstellen.

Wie stark der Gedanke eigenständiger Friedensinitiativen „von unten“ bereits über das kirchliche Milieu hinausging, zeigte die enorme republikweite Resonanz des mit Flugblättern verbreiteten Aufrufs einer Dresdner Gruppe³¹ zu einer Schweigedemonstration an der Ruine der Frauenkirche am Jahrestag der Zerstörung Dresdens am 13. Februar 1982. Die Kanalisierung dieser kirchenraumüberschreitenden Demonstration mehrerer tausend Teilnehmer gelang dem Sächsischen Landesbischof Hempel durch Öffnung der Kreuzkirche zu einem Friedensforum. Erleichtert stellte man in der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen fest, dass insbesondere durch den Einsatz Bischof Hempels und der Kirchenleitung mit dem „Dresdner Friedensforum“ eine „Diffamierung der sozialistischen Friedenspolitik verhindert und die Veranstaltung politisch entschärft wurde“³². Doch die Eskalationskette von massiven staatlichen Reaktionen auf die SoFD-Initiative³³, der Empörung in den Basisgruppen darauf³⁴ und der Beginn von Friedensgebeten in Kirchen aller Bezirke nach der Friedensdekade 1982 als Antwort auf die Ausweitung des Wehrunterrichts an den Schulen machte neuerlich sichtbar, dass staatliche Drohungen und Repressionen die Initiativen eher anfeuerten, anstatt sie einzuschüchtern. Hinzu kam, dass die von den Basisgruppen genutzten neuen „Freiräume“ sich nicht nur in Gestalt von Versammlungsräumen im Bereich der Kirche auftraten, sondern auch in der prekären Legitimationsklemme des Friedensstaates DDR bestanden, wenn er unter den Augen der Weltöffentlichkeit hoch motivierte Pazifisten höchst unfriedlich behandelte. Allerdings war das Ausmaß innerer Liberalisierung

30 Bickhardt 1988.

31 Die Gruppe „Initiative 13. Februar“ um Anette „Johanna“ Ebischbach und (ihrem späteren Ehemann) Roman Kalex wurde daraufhin von den Sicherheitsorganen unter massivem Druck gesetzt. Die von der Gruppe daraufhin gesuchte schützende Kooperation mit dem Dresdner Landesjugendpfarrer Brettschneider und die auch später erfolgende punktuelle Mitarbeit im kirchlichen Umfeld änderte nichts daran, dass diese Gruppe hauptsächlich eigenständig und daher unter schwerstem Druck des MfS operierte, Neubert 1997, S.471f, S. 605.

32 Zur politischen Situation in den Evangelischen Kirchen. Vorlage vom 29.4.1982 für die Dienstbesprechung am 3.5.1982 im SfK, SAPMO BArch, DO 4/1277.

33 „... der Feind hat auch keine Chance, mit der Phrase des sogenannten sozialen ‚Friedensdienstes‘ Front zu machen gegen die notwendige militärische Stärkung des Sozialismus, wer auch zu solchen friedens-, sozialismus- und verfassungsfeindlichen Aktionen aufrufen möge.“ Werner Walde, 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Cottbus, im „Neuen Deutschland“ vom 21./22.11.1981.

34 Die Empörung über diese Form der öffentlichen Absage an den SoFD war einer der Auslöser für die Dresdner Aktion vom Februar 1982, deren Aufrufer 1985 die kirchenunabhängige Gruppe „Wolfspelz“ bilden sollten, Rüdtenklau 1992, S. 31; Pollack 2000, S. 85f.

in der DDR als drittem potentiell begünstigendem Faktor eigenständiger Basisarbeit bis 1984 noch höchst bescheiden.³⁵

Als eine der ersten nicht allein reaktiven oppositionellen Friedensinitiativen kann der auch von Robert Havemann unterstützte „Berliner Appell“ des Pfarrers Rainer Eppelmann vom 25. Januar 1982 gelten. Dieser Vorstoß erlangte Öffentlichkeit über westliche Medien³⁶ und sowohl die staatliche Reaktion auf ihn als auch das amtskirchliche Konfliktmanagement zeigen deutlich den damaligen Toleranzgrenzenstatus von Staatsmacht und Kirchenadministration. In den Friedenskreisen spielte dieser Appell weniger wegen seines Inhalts, als vielmehr in Gestalt der infolge des staatlichen Vorgehens gegen die Verfasser ausgelösten Solidaritätsbekundungen eine Rolle. Der Berliner Appell assoziierte den Zusammenhang mit dem in Westdeutschland überaus erfolgreichen „Krefelder Appell“³⁷, forderte zu einer breiten Diskussion über die aktuelle Friedensgefährdung auf, regte die Schaffung eines atomwaffenfreien Europas an, sprach sich für den Abzug aller fremden Truppen aus Deutschland und eine Politik der Nichteinmischung auf der Grundlage von Friedensverträgen mit beiden deutschen Staaten aus und befürwortete die SoFD-Initiative.³⁸ Der deshalb inhaftierte und mit einem Ermittlungsverfahren überzogene Eppelmann wurde durch Intervention der EKBB wieder entlassen, jedoch rügte deren Kirchenleitung (KL) das im Appell angeblich vorhandene „Zerrbild der politischen Verantwortlichen“ sowie „Unterstellungen“, riet von Unterschriftensammlungen ab und kündigte die Klärung „offener Fragen zum Vorgehen von Pfarrer Eppelmann“ an.³⁹

3.1.2.3 „Nur“ eine Friedenswerkstatt: Politisierung im Friedenskreis der Evangelischen Studentengemeinde Berlin

Der staatliche Argwohn konzentrierte sich aus verschiedenen Gründen besonders auf Berlin: Hier hatte bereits eine auch durch die Staatsorgane registrierte beachtliche Politisierung der

35 Trotzdem charakterisiert Detlef Pollack diese Entwicklungsphase insgesamt zu Recht als „Zusammenhang zwischen Verschärfung der Protest generierenden gesellschaftlichen Spannungslinien und der Ausweitung von Protest ermöglichenden politischen Opportunitätsstrukturen“, Pollack 2000, S. 87.

36 „Ich kann mich ... daran erinnern, dass ich gemeinsam mit Robert Havemann an die Kirche herantreten bin – das haben wir gemacht, weil wir uns nicht dem Vorwurf aussetzen wollten, dass wir das alles über die Westmedien machten – und gefragt habe, ob der ‚Berliner Appell‘ nicht über kirchliche Kanäle verbreitet werden könne ... und dass wir erst dann, als die Kirche nein gesagt hatte, den Weg über die Westmedien gegangen sind.“ Zeitzeugenbericht von Rainer Eppelmann in der 68. Sitzung der Enquete-Kommission, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII,1, Baden-Baden 1995, S. 303.

37 Dieser Appell vom 16.11.1980 reagierte auf die bevorstehende „Aufrüstung Mitteleuropas zur nuklearen Waffenplattform der USA“ und die Ankündigung von Präsident Reagans, den SALT II-Vertrag nicht ratifizieren zu lassen. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, ihre Zustimmung zur Nachrüstung zurückzuziehen.

38 Berliner Appell – Frieden schaffen ohne Waffen, MDA 1.1.10.1. 5235. Dem voraus gingen offene Briefe von Eppelmann an Honecker vom 7.7.1981 mit Vorschlägen vor allem zur inneren Demilitarisierung als Element vertrauensbildender Maßnahmen (Abschrift im Privatchiv des Autors) und von Havemann sowie weiterer Unterzeichner an Breshnew am 20.9.1981 mit der Aufforderung zu Friedensvertrag und Abzug der Besatzungstruppen. Rüdtenklau 1992, S. 31.

39 Stellungnahme der KL der EKBB vom 13.2.1982, MDA 1.1.10.1. 3554.

Friedensarbeit begonnen. Öffentlichen Ausdruck fand dies in den Veranstaltungen der ersten „Friedenswerkstatt“ am 27. Juni 1982 unter dem Titel „Hände für den Frieden“ in der Erlöserkirche in Rummelsburg Berlin-Lichtenberg. Die Dresdner Vorgänge vom Februar 1982 motivierten Berliner Aktivisten zur Erprobung dieses auch in Jena beliebten Veranstaltungstyps. Die auf einem Treffen von im März 1982 entwickelte Idee einer solchen Werkstatt wurde an die KL herangetragen und eine „Lenkungsgruppe“ aus Basisgruppenvertretern und KL gebildet. Unter dem Druck von Drohungen aus dem Staatssekretariat und dem Magistrat von Berlin gegenüber Bischof und KL kam es zu Absprachen mit Kompromisscharakter, woraufhin die erste Friedenswerkstatt möglich wurde. Die Arbeitsform der Werkstatt, eine sich amtskirchlichen und staatlichen Kontrollambitionen weitgehend entziehende und daher schon in der Offenen Arbeit etablierte Möglichkeit der Präsentation von Arbeitspositionen der Basisgruppen, wurde namentlich vom Friedenskreis der Berliner ESG forciert und sollte mit seinen Folgeveranstaltungen der nächsten Jahre ein weiterer andauernder Konfliktherd werden. Dem Vorbereitungskreis gelang es, dieses Ereignis innerhalb von 6 Wochen vorzubereiten und zu kommunizieren.⁴⁰ Selbstorganisierte Informationsstände, Diskussions- und Vortragsveranstaltungen, Lesungen und Konzerte auf geschütztem Kirchenterritorium, aber frei zugänglich an der Nahtstelle zur prekären Öffentlichkeit, wurden von etwa 3 000 meist jugendlichen Gästen besucht und waren eine massive Herausforderung des staatsoffiziellen Informations- und Deutungsmonopols. Die amtskirchliche Verantwortung für die Friedenswerkstatt mussten die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg (EKBB) und das Stadtjugendpfarramt übernehmen. Diese Gremien waren staatlicherseits auch die Adresse für die zuvor verlangte Beihilfe der Umsetzung ihrer Auflagen unter Berufung auf den „Geist des 6. März 1978“.⁴¹ Die zur Beobachtung und ideologischen Einflussnahme vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen für diese erste Friedenswerkstatt abgeordneten „politisch zuverlässigen“ Nachwuchswissenschaftler mehrerer Sektionen der Berliner Humboldt-Universität zeichneten ein düsteres Bild dieser Veranstaltung: Der überwiegende Teil der Besucher hätte „keine religiösen Bindungen erkennen“ lassen und sei der Agitation eines „harten antisozialistischen Kerns“ unter den Veranstaltern ausgesetzt gewesen. Diese wollten „mindestens Sand im Getriebe unserer Gesellschaft sein“, richteten Angriffe auf das neue Wehrdienstgesetz und dabei insbesondere gegen die mögliche Einbeziehung von Frauen in die allgemeine Wehrpflicht (vgl. Abschnitt 3.4.1.) und belebten neuerlich die Diskussion um einen zivilen Wehersatzdienst. „Ein Teil der Genossen war überrascht, wie unverhüllt auf dieser Veranstaltung die Politik unseres Staates und unsere

40 Interview des Autors mit Reinhard Schult am 8.10.2003.

41 So fand am 23.6.1982 ein Gespräch des Staatssekretärs Gysi und des Stadtrats für Inneres des Magistrats mit Generalsuperintendent Grünbaum, Manfred Stolpe und Stadtjugendpfarrer Martin-Michael Passauer statt. Der Staatssekretär erklärte die Zustimmung zur am 27.6. geplanten Friedenswerkstatt in der Berliner Erlöserkirche, wenn keine Aktivitäten zur „Spaltung der Friedensbewegung“, keine Aktivitäten gegnerischer oder sozialismusefeindlicher Kräfte und keine Aktivitäten des Pfarrers Rainer Eppelmann (angesichts einer für den 4.7. geplanten umstrittenen „Bluesmesse“ – vgl. Abschnitt 3.1.4.4) stattfänden. Der Magistrat wiederum stimmte nur zu, wenn keine Westpresse und keine ausländischen Teilnehmer zugegen wären und man sich auf den kirchlichen Raum beschränke. Dies wurde zugesichert. „Den kirchlichen Vertretern wurde verdeutlicht, dass die Einhaltung ihrer Zusicherungen von wesentlicher Bedeutung für die Staat-Kirche-Beziehungen der nächsten Zeit sein wird.“ Vorlage des Büroleiters Horst Dohle des Staatssekretärs vom 24.6.1982 für die Dienstbesprechung am 28.6.1982, SAPMO BArch, DO 4/1278, o. S.

sozialistischen Verhältnisse in Frage gestellt werden konnten. ... Zum Kolorit der Veranstaltungen gehörten einzelne verleumderische Forderungen für eine unabhängige Gewerkschaft in der DDR und nach Unterstützung für politische Gefangene in der DDR. ... Ein Mädchen trug auf ihrer Jacke die Losung „Freiheit für Polen.“ Verwundert fragten die abkommandierten Forschungsstudenten im Nachhinein, „wo die FDJ als Gesprächspartner für die von bestimmten kirchlichen Kräften illusionierten Jugendlichen sei. In der Erlöserkirche hätte man kirchlicherseits eine FDJ-Invasion erwartet. In Potsdam sei eine von der Kirche angeregte gemeinsame Friedensveranstaltung von der FDJ abgelehnt worden.“⁴²

Während die Orte kirchlicher Jugendarbeit (besonders die „Offene Arbeit“) und die Bausoldatengruppen bereits seit langem innerkirchliche „Unruheherde“ darstellten, wurden nun die Evangelischen Studentengemeinden (ESG) Auslöser einer sich rasch entwickelnden „Friedenskreis“-Arbeit in den Gemeinden. So wandte sich beispielsweise die ESG Dresden bereits am 13. Juni 1978 mit einem Abrüstungsappell an die Atommächte.⁴³ In der ESG Berlin, zusammentretend in Räumen der Elisabethgemeinde, wo seit 1977 mit Förderung ihres Pfarrers Hans Schreiber ein Friedenskreis bestand, befassten sich die Teilnehmer in Arbeitskreisveranstaltungen zunehmend mit politischen und gesellschaftlichen Fragen auch internationalen Zuschnitts. Reinhard Schult, zuvor schon während seines Bausoldatendienstes die Bausoldaten mittels Rundbriefen organisierend, war seit 1978 zusammen mit Eckart Hübener und Klaus Tessmann an solcher Profilierung maßgeblich beteiligt.⁴⁴ Neben dem Friedenskreis der ESG Berlin arbeitete ein Arbeitskreis unter dem unverfänglichen Titel „Theologie und Gesellschaft“ nichtöffentlich an der Vorbereitung dann auch im Friedenskreis zu diskutierender politischer Themen. Unterbrochen durch seine Inhaftierung vom August 1979 bis April 1980⁴⁵ intensivierte die Gruppe um Schult ab Ende 1980 diese Aktivitäten in Richtung einer Politisierung der Arbeit auch des offenen Friedenskreis der ESG⁴⁶, welcher

42 Information des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesens vom 1.7.1982, SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/47. Vgl. auch Abschnitt 3.5.2.

43 Pollack 2000, S. 76.

44 Ein interner überregionaler Kreis um Reinhard Schult aus dem ESG- und Bausoldatenumfeld diskutierte im Zeitraum 1978–79 unter anderem marxistische Literatur, die Texte von Rosa Luxemburg zu Russland und zur russischen Revolution sowie bürokratiekritische Texte von Liebknecht. Auslöser war nicht zuletzt die Biermann-Ausbürgerung. Interview mit Reinhard Schult am 8.10.2003. Schult nahm überdies im August/September 1979 an den Debatten um die Bildung von Arbeitsgruppen aus dem Kreis der Unterzeichner der Proteste gegen die Ausschlüsse von Schriftstellern aus dem Berliner Schriftstellerverband teil (vgl. Abschnitt 2.3). Der Autor selbst ist mit Schult in diesem Zusammenhang bekannt geworden, durch ihn 1981 zur Mitarbeit im Friedenskreis der ESG Berlin bewogen worden und hat diese Arbeit später im Friedenskreis der Gemeinde Friedrichsfelde fortgesetzt. Insofern sind viele Mitteilungen in dieser Monographie Teil des eigenen Erlebens des Verfassers.

45 Parallel zu seiner Friedenskreisarbeit diskutierte Schult 1978/79 mit Kollegen seiner damaligen Arbeitsstelle staatsfeindliche Schriften. Für deren Weitergabe erfolgte die Verhaftung durch das MfS und eine Verurteilung zu 8 Monaten Haft.

46 Ein vermutlich auf 1981 zu datierendes „Basispapier“ des Friedenskreises bestimmt seinen aktiven Pazifismus als Antwort auf das internationale Wettrüsten unter Berufung auf Bonhoefer. Neben den in Friedenskreisen konsensualen Forderungen (Eintreten für SoFD, Friedens- und Sozialkunde statt Wehrkunde und Sozialistische Wehrziehung) listet das Papier den Themenrahmen der Kreisarbeit auf. Es sind dies unter anderem die ökonomischen, militärischen und politischen Machtstrukturen in Ost und West, eine Kritik des Industriesystems, die Notwendigkeit von sozialökonomischen Strukturverände-

sich mit friedenspolitischen Papieren auch nach außen hin kenntlich machte.⁴⁷ Daraufhin sahen sich die amtskirchlichen Verantwortlichen⁴⁸ immer häufiger mit staatlichen Interventionen konfrontiert. Der für die Friedensarbeit seiner Gemeinde selbst sehr engagierte ESG-Pfarrer Schreiber war dadurch allerdings nicht zu beeindrucken. ESG-Friedenskreis-Mitglieder nahmen an der offiziellen Friedensmanifestation der Jugend in Berlin am 27.5.1982 mit eigenen Plakaten teil, die von den Ordnungskräften zerbrochen und eingezogen wurden. Die Teilnehmer wurden an die VP zwecks Personenfeststellung übergeben.⁴⁹ Der Friedenskreis veranstaltete außerdem öffentliche Lesungen (so mit Rolf Schneider, Günter de Bruyn und Lutz Rathenow). Solche Lesungen fanden auch anderswo (etwa auf der Friedenswerkstatt und während der Friedensdekade 1982) statt und inspirierten das MfS ein Jahr später zu ebenso alarmierenden, wie übertriebenen Einschätzungen, die eine (tatsächlich unterbliebene) Revitalisierung kulturoppositionellen Aufschwungs befürchten ließen: „Kräfte der sogenannten kirchlichen Basis haben ... in den zurückliegenden vier Jahren, insbesondere im Bereich der evangelischen Kirche eine regelrechte Eskalation in der Gewinnung von Kulturschaffenden für kirchliche Veranstaltungen betrieben. Zugleich erkannten feindlich-negative Kräfte aus dem Bereich der Kultur die kirchlichen Möglichkeiten und ihre Ausnutzbarkeit für die Erreichung von Öffentlichkeitswirksamkeit, ‚Scheinlegalität‘ und als Basis für die Sammlung aller feindlich-negativen Kräfte und ihre Formierung zu einer antisozialistischen oppositionellen Bewegung. Es kam dabei zu einem anwachsenden Zusammengehen feindlich-negativer Kräfte aus dem kirchlichen mit solchen aus dem kulturpolitischen Bereich ... Zunehmend treten sogenannte Liedermacher, negative

rungen, allgemeiner Emanzipation, Demokratisierung und Verwirklichung der Menschenrechte, das Verhältnis von Friedens-, ökologischer und Frauenbewegung, die DDR-Friedensbewegung im europäischen und globalen Zusammenhang, der Nord-Süd-Konflikt, die Perspektiven von einseitigen Abrüstungsschritten für ein atomwaffenfreies Europa, die beiden deutschen Staaten im Blocksystem und die Frage der Blockauflösung sowie die „nationale Frage“. Unter den Arbeitsformen werden die Frage der Kommunikation und Koordination einer dezentralen blockübergreifenden Basisbewegung sowie des Umgang mit dem Staat und offiziellen Organisationen benannt. MDA, OA, Reg.-Nr. 4296, Bestand Friedenskreis ESG 1.1.02.3., o. D.

- 47 Der Aktionskreis „Anstiftung zum Frieden“ der ESG Berlin verabschiedete am 23.2.1982 einen offenen Brief an den Präsidenten der USA, Ronald Reagan. Dieser Brief verurteilte die US-amerikanische Militärhilfe und Söldnerausbildung für den Krieg in El Salvador sowie die Unterstützung der türkischen Militärdiktatur. Die USA seien in ihrer Rolle des Anklägers der Verletzung von Völker- und Menschenrechten angesichts deren „gelenkten Terrors“ in der Welt unglaublich. MDA, Reg. RSch 17. Andererseits protestierte dieser Aktionskreis, dessen Arbeitsschwerpunkte auch in der Friedenserziehung von Kindern und Jugendlichen lag, am 1.3.1982 in einer Eingabe an den Verlag „Junge Welt“ gegen den Vertrieb eines Manöverspiels. Ebenda.
- 48 Die Studentengemeinden in der DDR waren den Kirchenleitungen direkt zugeordnet. Den Ortsgemeinden nachgebildet, bekamen sie aber nur eingeschränkt deren Rechte. In der KL der EKBB war seit März 1983 der neue Generalsuperintendent Günter Krusche für die Gruppen der Kirchengemeinden zuständig.
- 49 Unter anderem handelte es sich um das offizielle Plakat der 2. Sondertagung der UN-Vollversammlung über Abrüstung – Mensch zerbricht Gewehr vor dem Symbol der Weltkugel – von Professor Gerhard Voigt (Hochschule für industrielle Formgestaltung Burg Giebichenstein). Ein Gedächtnis-Protokoll des Gesprächs der mittels Eingabe gegen dieses Vorgehen protestierenden Friedenskreis-Mitglieder mit Funktionären der FDJ-Bezirksleitung Berlin am 5.10.1982 vermerkt das Bedauern dieser Funktionäre über Vorgehen der Ordnungskräfte, die über das Ziel hinausgeschossen seien: Die Ordnungskräfte wären keine politisch hoch gebildeten Funktionäre, sondern einfache Arbeiter. MDA RSch 20, o. S.

Schriftsteller, Puppenspieler, Grafiker, Fotografen u. a. mit eigenen Machwerken in kirchlichen Räumen in Erscheinung und veranstalten zahlreiche, den religiösen Charakter völlig entfremdende Vortrags-, Dia-, Film-, Musik-, Foto- u. a. Abende in denen vor allem sozialismuskritische bis antisozialistische Darstellungen vorherrschen. Durch Filme/Dia-Reihen/Fotos über staatliche unabhängige ‚Basisbewegungen – Frieden – Ökologie – Kunst in der DDR‘ erschließen sich die feindlich-negativen Kräfte aus den Kirchen Möglichkeiten, ihre Machwerke in kirchlich getarnten Gruppen zu verbreiten.⁵⁰ Real viel gravierender waren die früh beginnenden Vernetzungsanstrengungen der Friedenskreise, bei denen der Berliner ESG-Friedenskreis eine Vorreiterrolle spielte. So organisierte er am 19./20. Juni 1982 ein DDR-weites Arbeitstreffen von Friedenskreisen (vgl. auch Abschnitt 3.4.4.1).⁵¹ Diese Vernetzungsvorhaben betrieb der Friedenskreis auch grenzüberschreitend: Im Oktober 1982 trafen sich Mitglieder des ESG-Friedenskreises mit Aktivisten der westeuropäischen Friedensbewegung, um über künftige Formen der Zusammenarbeit zu beraten.⁵² „Das Treffen stellte eine Fortsetzung der Gespräche dar, die Mitglieder der ESG Berlin am 25.6. und 26.6.1982 mit Mitgliedern von Friedensgruppen aus der BRD geführt hatten“⁵³ und sollte der Auftakt eines zur Verstetigung vorgesehenen Ost-West-Seminars unabhängiger Friedensinitiativen in der Arbeitsform von themenbezogenen Arbeitsgruppen für gegenseitige Hilfen und Koordination der Aktivitäten sein. „Der Ausbau des Informationssystems wurde vorrangig unter dem Aspekt gesehen, dass alle Informationen von der DDR-Friedensbewegung erst den westeuropäischen Friedensgruppen zugänglich gemacht werden, um über diese Vorgänge die Öffentlichkeit in Westeuropa objektiv informieren zu können. Damit soll der tendenziösen Berichterstattung in westlichen Medien entgegengewirkt werden. ... Es wurde festgelegt, dass alle weiteren Treffen dieser Art in der DDR stattfinden und dass

-
- 50 Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Missbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen „inneren Opposition“ in der DDR, April 1983, MfS, JHS A.- Nr. 241/83.
- 51 Das Treffen der Gruppen aus Berlin, Jena, Karl-Marx-Stadt, Halle, Dresden und Bergen unter dem Thema „Christliches Friedensengagement zwischen Resignation und Hoffnung“ suchte unter anderem nach Möglichkeiten einer kontinuierlichen Informationsvernetzung, Neubert 1997, S. 466, S. 474.
- 52 Diese Zusammenkunft wurde dem MfS durch einen teilnehmenden IM bekannt und wurde 1983 als Referenzbeispiel für „streng konspirierte ... Verbindungen zu äußeren Feinden im Operationsgebiet sowie die Planung, Vorbereitung bzw. Durchführung staatsfeindlicher Handlungen“ in die bereits zitierten von der Juristischen Hochschule des MfS ausgearbeiteten „Grundorientierungen“ zur Bekämpfung von politischer Untergrundtätigkeit im Umfeld der Kirchen aufgenommen: „So kam es z. B. am 9./10. Oktober 1982 in der Hauptstadt der DDR zu einem ‚Geheimtreffen unabhängiger Friedensbewegungen‘. ... Von den 36 Teilnehmern waren neben 14 DDR-Bürgern (Angehörige der ESG-Friedenskreise) bezeichnenderweise 22 aus dem Operationsgebiet (4 von der ESG München bzw. ESG Bonn, 2 von den ‚Grünen‘, 4 Vertreter der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigung der Kriegsdienstgegner, Berlin (West), 3 Vertreter radikaler pazifistischer linker Gruppen aus Dänemark, 2 Vertreter eines Friedensbüros Stockholm, 2 Vertreter ... der Niederlande, 2 Teilnehmer der Marschgruppe Seattle-Moskau aus den USA bzw. Großbritannien).“ Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Missbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen „inneren Opposition“ in der DDR, April 1983, MfS, JHS A.- Nr. 241/83.
- 53 Information der Abteilung XX der Bezirksverwaltung (BV) Berlin des MfS vom 18.10.1982 über ein Treffen von Vertretern der Friedensgruppe des NSW und der Evangelischen Studentengemeinde Berlin – sogenanntes Ost-West-Seminar, OV „Anstifter“, AOP Archiv-Nr. 11466, Band 2.

das Symbol ‚Schwerter zu Pflugscharen‘ als einheitliches Symbol für die europäische Friedensbewegung übernommen wird. Nach eigener Aussage hätten die Vertreter Schweden und Dänemarks bereits Aufnäher dieser Art in großer Menge gedruckt.⁵⁴ Die Abteilung XX der BV Berlin des MfS beschloss umgehend einen Maßnahmenplan zur Aufklärung und Unterbindung dieser Ost-West-Kooperation unabhängiger Friedensinitiativen „durch politisch-operative Maßnahmen und unter Einbeziehung staatlicher Stellen und Vertretern der evangelischen Kirche“. Gegen die an Ost-West-Seminaren beteiligten westlichen Bürger wurden Reisesperren mit operativer Fahndung eingeleitet, was tatsächlich ein wirksames Mittel gegen die geplante Verstärkung der Zusammenarbeit darstellte. Deren Organisationen selbst sollten im Zusammenwirken mit der HVA aufgeklärt werden. Als Adressat der Einflussnahme in Richtung innerkirchlicher Ausschaltung solcher Friedenskreisaktivitäten wurde die Kirchenleitung festgelegt.⁵⁵

Der zunehmende staatliche Druck auf die KL in Richtung einer Lahmlegung solcherart politisierter Friedensarbeit in der ESG richtete sich zunächst gegen dessen Pfarrer, welcher sich gegenüber direkter staatlicher Intervention unempfindlich zeigte. Seine dann aus ganz anderen Gründen von der KL durchgesetzte Suspendierung schwächte tatsächlich die Verankerung des Friedenskreises in der ESG. Nach einem Seminar im November 1982⁵⁶ wurde das nächste für den April 1983 vorgesehene Seminar von der KL in den Räumen der ESG untersagt. Unter dem Titel „Perspektiven und Sackgassen der Friedensbewegung“ war unter anderem die Thematisierung der Gewaltfrage vorgesehen.⁵⁷ Die nun beginnende „Ausboottung“ des Friedenskreises (FK) aus der ESG war beispielhaft für damalige amtskirchliche Disziplinierungstechniken: So wurden zunächst die Thesen und Fragenkomplexe des FK zu den Themen Gewalt, Rüstung, Pazifismus sowie die Liederzettel in Vorbereitung des nun auf den Juni verschobenen und in die Räume einer anderen Kirchengemeinde verlegten Friedensseminars vom neuen ESG-Pfarrer Konrad Elmer (dem Nachfolger von Schreiber) im Auftrag von Probst Friedrich Winter trotz erfolgter Korrekturen von Passagen, die das Konsistorium⁵⁸ beanstandet hatte, beschlagnahmt. Der Friedenskreis verteilte daraufhin auf dem Seminar in Eigenregie seine Thesen in der alten ursprünglich von Winter beanstandeten Fassung.⁵⁹ Der FK musste außerdem auf die Forderung des Konsistoriums eingehen, keine

54 Ebenda.

55 Maßnahmenplan der Abteilung XX der BV Berlin des MfS vom 26.10.1982 zur politisch-operativen Aufklärung von Plänen und Absichten des ‚Friedenskreises‘ der ESG Berlin im Zusammenwirken mit Vertretern der westeuropäischen Friedensbewegung zur Zurückdrängung gegnerischer Aktivitäten, OV „Anstifter“, AOP Archiv-Nr. 11466, Band 2.

56 Dieses Seminar zum christlich-pazifistischen Schlüsselwort „Feindesliebe“ setzte sich unter anderem mit der These auseinander, Feindesliebe sei die irrationale Umkehrung der verfehlten Annahme, dass Kriege dem aggressiven Verhalten der Menschen entspringen. MDA, OA, Reg.-Nr. 4381.

57 MDA, OA, Reg.-Nr. 4381 und MDA, OA, Reg.-Nr. 4294, Bestand Friedenskreis ESG 1.1.02.3.

58 In der EKBB ist das Konsistorium eine Art „Exekutivbehörde“ der Kirchenleitung und besteht aus fest angestellten Kirchenbeamten. Die theologische Leitung des Konsistoriums obliegt dem Probst, zu dessen Sachgebiet auch die Jugendarbeit gehörte, der auch die neuen Friedensgruppen zugeschlagen wurden. KL und Konsistorium waren direkt für die ESG und ihren Friedenskreis zuständig. Konsistorialpräsident von 1982 bis 1990 war Manfred Stolpe (vom MfS geführt als IM „Sekretär“).

59 Zur Gewaltfrage hieß es im Fragenkatalog zum Seminar: Ist Gewalt ein ethisch-moralisches oder ein historisch-politisches Problem? Ist Gewalt Ausdruck der Interessen sozialer Gruppen? In den Fragen zu Rüstung, Krieg und Militarismus wurden die Ursachen von Rüstung in den sozialistischen Ländern

Einladungen zum Friedensseminar zu verschicken. Zur Belastung des Verhältnisses zur Kirchenleitung mag außerdem beigetragen haben, dass die Teilnehmer des ESG-Friedensseminars die KL in einem Schreiben zum Handeln zugunsten des gerade zwangsausgebürgerten Roland Jahn aufforderte⁶⁰ (vgl. dazu Abschnitt 3.5.2.2). Schließlich führte Pfarrer Elmer ohne Kenntnis des FK Absprachen mit Pastoren anderer Gemeinden mit dem Ziel der dortigen perspektivischen Angliederung des FK unter der falschen Vorspiegelung, dies sei Wunsch des FK. Auf der Mitarbeiter-Kreis (MAK)-Sitzung vom 21.6.1983 wurde in Abstimmung mit Probst Winter ein Antrag auf Ausschluss des FK aus der ESG und seine Angliederung an eine andere Gemeinde vom Studentenpfarrer und einigen Vertrauensstudenten eingebracht. Die Ausschlussbegründung lautete: Mehrheitlich seien Teilnehmer des FK keine Studenten.⁶¹ Als Vorwand dienten ebenso Aktionen des 1982 gebildeten Arbeitskreises Ökologie im Friedenskreis, welche den Protest des Magistrats bei der Kirchenleitung provozierten (vgl. Abschnitt 3.4.3). Der von Elmer im Auftrag des Konsistoriums hinter dem Rücken des FK angefertigten und dem FK erst nachträglich zur Kenntnis gelangten Einschätzung des Verhältnisses ESG-FK wurde vom FK vehement widersprochen.⁶² Diese Einschätzung führte aber schon am 12.9.1983 kraft Konsistoriumsbeschluss zum Ausschluss des FK aus der ESG.⁶³ Die Mitglieder der AG Ökologie verlegten ihrer Zusammenkünfte ab

problematisiert. In den Fragen zum Pazifismus hieß es: Ist die DDR-Friedensbewegung eine Verweigerungsbewegung? Hat Wehrdienstverweigerung in der Geschichte Kriege verhindern können? MDA, Reg. 1.1.02.3. 4294.

- 60 „Am 8.6.1983 wurde dem Mitglied der Jenaer Friedensgemeinschaft Roland Jahn die Staatsbürgerschaft aberkannt. ... Die Kirchenleitung Berlin-Brandenburg hat zu diesem Vorgang bisher geschwiegen. Wir erwarten von der Kirchenleitung, dass sie in Gesprächen mit dem Staat und dem Betroffenen ... die Zusammenhänge der Ausbürgerung klärt und sich dafür einsetzt, dass Roland Jahn, im Falle, dass er immer noch in die DDR zurück will, ihm die Staatsbürgerschaft wieder zuerkannt wird. ... Es besteht die Gefahr, dass die Ausbürgerung Roland Jahns zur antikommunistischen Hetze und zur Schwächung der Friedensbewegung missbraucht wird. Wir erwarten eine öffentliche und deutliche Klärung dieser Angelegenheit ...“ Eingabe des Friedensseminars der ESG Berlin vom 18./19.6.1983 an die Kirchenleitung von Berlin-Brandenburg, MDA, Reg. RSch 05.
- 61 „Es kam jedoch zu keiner Abstimmung, da der Friedenskreis überraschend ... zahlreich ... erschienen war ... Eine Lösung des Problems ist von hier aus nicht mehr möglich, weil der Friedenskreis aufgrund seiner Größe und des Engagements seiner Mitglieder nun garantiert bei allen MAK-Sitzungen die Mehrheit bilden wird. ... Und wenn nichts passiert, haben wir die Situation, dass sich der Friedenskreis seine Aktionen im MAK durch sich selber bestätigen lässt.“ Brief des Studentenpfarrers Konrad Elmer an das Konsistorium der EKBB vom 20.7.1983, Kopie im Privatarchiv des Autors. Die innergemeindliche MAK-Ordnung wurde dann im Juli umgehend außer Kraft gesetzt.
- 62 MDA, Bestand Jürgen Kiesow, Reg. IK 02. Im Brief des Pfarrers Elmer an das Konsistorium hieß es unter anderem, „die Friedenskreisleute haben beruflich fast gar nichts zu verlieren.“ Zudem erhob Elmer den Vorwurf, dass „der Friedenskreis durch manche eigene Aktionen und vor allem durch Aktivitäten einzelner seiner Mitglieder ein politisches Bild der ESG erzeugt, das den Kreis der Studenten, die sich ein Engagement bei uns leisten können, unnötig verringert.“ Elmer verwies auch auf Bedenken im MAK bezüglich der vom FK trotzdem durchgeführten Fahrradkorsos und Unterschriftensammlungen. Brief Elmer an das Konsistorium vom 20.7.1983, Kopie im Besitz des Autors.
- 63 „Durch eine gezielte politische Einflussnahme der staatlichen Organe auf realistische kirchenleitende Kräfte konnte erreicht werden, dass die Auseinandersetzungen zur Verhinderung eines politischen Missbrauchs der ESG in der Kirche selbst zugenommen haben. So gelang es zu klären, dass sich die Berliner ESG organisatorisch vom Friedens- und Ökologiearbeitskreis getrennt hat, in dem politisch negative Kräfte, die weder Studenten, noch religiös gebunden waren, dominierten.“ Information über die Tätigkeit der Friedensausschüsse, der Evangelischen Studentengemeinden, Ökologiegruppen sowie

Oktober 1983 zunächst in Privatwohnungen. Die Solidarisierung der ESG selbst mit ihrem Friedenskreis war schwach. Insgesamt gab es unter den Studenten, anders als noch Ende der 60er Jahre, in den 80er Jahren, wegen des wirksamen, auf ihnen lastenden disziplinarischen Konformitätsdrucks, noch nicht einmal mehr ein mobilisierbares dissidentes Minderheitenpotential. Der gesprengte Berliner ESG-Friedenskreis, während seines Bestehens mehr als 40 Teilnehmer umfassend, reorganisierte sich dann im Verlauf des Jahres 1984 am neuen Ort der Friedrichsfelder Gemeinde auf Einladung ihres Pfarrers Gottfried Gartenschläger⁶⁴ (vgl. Abschnitt 3.1.4.5).

3.1.2.4 Braucht die Opposition ein konspiratives Hinterland?

Bereits in den Jahren 1980/81 erfolgte im Friedenskreis der ESG die inhaltliche Diskussion von offiziell tabuisierten politischen Themen, welche für eine Erörterung in den offenen Friedenskreisveranstaltungen vorgesehen waren, in nichtöffentlichen Arbeitskreisen, ohne dass diese Themenarbeit konspirativ organisiert wurde (siehe 3.1.2.3). Darüber hinaus existierten aber schon regelmäßig tagende informelle Bildungskreise jenseits der unmittelbaren Friedenskreisarbeit. Die Themen dieser Bildungskreise hätten im Falle erfolgreichen Eindringens der Staatssicherheit in diese Kreise weiterreichende operative Maßnahmen auslösen können (siehe 3.1.4.2). Solche halbkonspirative Gruppenarbeit, deren Ertrag indirekt auch der Profilierung offener Veranstaltungen im Rahmen der Friedensarbeit zugute kommen sollte, wurde gerade im Umfeld der Strukturen der Berliner ESG-Friedensarbeit und später des Friedenskreises Friedrichsfelde vielfach unter Inanspruchnahme existierender legaler kirchlicher Strukturen und religiöser Themenspektren legendiert. Hinzu kamen einführende Unterweisungen in das geltende politische Strafrecht und die Strafprozessordnung sowie Informationen über bekannte Verhörtechniken der Untersuchungsorgane. Diese Art gegenkonspirativer Prävention führte bei den Teilnehmern zu einer durchaus wirksamen Einstimmung in die „politischen Unkosten“ solcherart Tätigkeit, die natürlich immer auf der unsicheren Voraussetzung beruhte, dass der „handverlesene“ Teilnehmerkreis „IM-frei“

weitere kirchliche Arbeitsformen mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den evangelischen Landeskirchen. Vorlage vom 20.11.1984 für die Dienstbesprechung vom 27.11.1984, SAPMO BArch, DO 4/1282. Der im geschilderten Vorgang eines im staatlichen Interesse ausgeübten Drucks auf den ESG-Friedenskreis besonders dienstbereite Probst Friedrich Winter wurde im März 1981 in einer Einschätzung der damals verantwortlichen hauptamtlichen kirchlichen Jugendmitarbeiter, in einer Vorlage vom Mai 1983 zur kirchlichen Jugendarbeit und in einer Information über die Frühjahrssynoden der evangelischen Landeskirchen vom Juni 1983 durch das SfK allerdings noch als „politisch negativ“ bezeichnet (vgl. dazu auch Abschnitt 3.3.1). Einschätzung der hauptamtlichen Jugendmitarbeiter der Evangelischen Kirchen in der DDR. Vorlage vom 25.3.1981 für die Dienstbesprechung am 6.4.1981, SAPMO BArch, DO 4/1276; Information vom 25.5.1983 zu politischen Tendenzen in der kirchlichen Jugendarbeit, Vorlage für die Dienstbesprechung am 30.5.83, SAPMO BArch, DO 4/1277; Information vom 22.6.1983 über die Frühjahrssynoden der evangelischen Landeskirchen und über die außerordentliche EKV-Synode (unierte Kirchen) sowie der Generalsynode der VELK in der DDR (lutherische Kirchen), Vorlage für die Dienstbesprechung am 27.6.83, SAPMO BArch, DO 4/1277. Diese Einschätzung hatte sich im August 1984, nach Abschluss der Operation „ESG Friedenskreis Berlin“, geändert: Nun wurden die erfolgreichen „Bemühungen kirchenleitender Vertreter der Berlin-Brandenburger Kirche in Berlin (besonders Krusche, Winter und Stolpe) zur Disziplinierung der politisch negativen Kräfte“ gewürdigt. Vorlage vom 20.8.1984 für die Dienstbesprechung am 27.8.1984, SAPMO BArch DO 4/1278.

64 Gartenschläger stand als inoffizieller Mitarbeiter (Deckname „Barth“) in Verbindung mit dem MfS.

war.⁶⁵ Für solche Kreise war das Risiko höher und die Folgen eines „Auffliegens“ (Eindringen der Sicherheitsorgane in den Kreis) für die Teilnehmer gravierender, als bei der Mitarbeit in offenen Friedenskreisveranstaltungen. Teilnehmer an offener Friedenskreisarbeit hatten allerdings sowieso mit beruflichen oder sozialen Nachteilen zu rechnen, jedoch hatten Friedenskreismitarbeiter (im Gegensatz zu den Zirkelteilnehmern und den Führungspersonlichkeiten in den Friedenskreisen) über ihre Beobachtung hinaus selten mit direkter Verfolgung durch die Sicherheitsorgane zu tun. Damit war klar, dass die meisten Friedenskreise sich hauptsächlich aus Personen zusammensetzten, die nicht mit beruflichen oder sozialen Nachteilen rechnen mussten oder sie nicht fürchteten. Sie waren überwiegend entweder in kirchlichen Strukturen bzw. deren Umfeld tätig oder hatten häufig solche Disziplinierungen schon hinter sich.⁶⁶ Damit war die soziale Zusammensetzung der offen agierenden Friedenskreise nicht unwesentlich prädisponiert.⁶⁷ Der Vorteil verdeckt organisierter Gruppenarbeit bestand also unter anderem darin, dass prinzipiell an ihr auch Personen teilnehmen konnten, die in „gesellschaftlichen Sicherungsbereichen“, in der SED bzw. anderen staatlichen oder gesellschaftlichen Organisationen tätig waren. Dazu mussten sie (als oppositionell

65 Ein Indikator für den Wandel der Bedingungen während der 80er Jahre im Umgang mit solchen Themen wurde sichtbar, als im Juni 1987 während einer Veranstaltung des „Kirchentags von unten“ (vgl. Abschnitt 4.11.2) Reinhard Schult einen Vortrag vor mehreren hundert Zuhörern über das richtige Verhalten bei polizeilichen Zuführungen, während einer Inhaftierung und bei Zeugenaussagen hielt. Interview mit Reinhard Schult am 12.1.2004. Nach den Ereignissen im Umkreis der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration vom Januar 1988 (vgl. Abschnitt 4.25) häuften sich solche Schulungen zu strafrechtlichen Problemen, um besser auf solche Situationen vorbereitet zu sein. Spezielle Veranstaltungen dazu fanden etwa am 14.3.1988 im Friedenskreis Friedrichsfelde und in der dann gebildeten „Kirche von Unten“ zum Thema „Strafprozessrecht in der DDR“ statt. Wolfgang Wolf, *Erinnerungen*, XLVL. Kapitel, Malta 2006 (unveröffentlichtes Manuskript), S. 2521.

66 Der Anteil an Arbeitern, die sich in der Regel durch Drohungen beruflichen Abstiegs kaum beeindruckt ließen, lag nach Erhebungen des MfS allerdings unter 8%. Dagegen waren 40% in gegenwärtigen oder zukünftigen kirchlichen Diensten, 12% in medizinisch-pflegerischen und 11% in technischen Berufen beschäftigt. Der sensible Bereich geisteswissenschaftlicher oder künstlerischer Berufstätigkeit war mit 5% deutlich unterrepräsentiert Pollack 2000, S. 140. Der Friedenskreis Pankow stellt allerdings eine Abweichung vom hier angedeuteten Durchschnitt beruflicher Verortung von Friedenskreismitgliedern dar (vgl. 3.1.4.3). Die plausible Annahme, dass neben den Berufs- und Studienabbrechern der Anteil von aus sensiblen Berufsfeldern entfernten und so politisch disziplinierten Teilnehmern an der Friedenskreisarbeit relativ hoch war, ist allerdings nicht quantifizierbar.

67 Die Annahme, dass die Mehrheit der Teilnehmer an offener Basisgruppenarbeit „Aussteiger“ oder Studien- bzw. Berufsabbrecher waren, ist nicht zu erhärten. Dagegen ist dies unter den radikaleren Gruppierungen (Kreise mit hoher Konfrontationsbereitschaft) und unter den hoch engagierten Mitgliedern (Führungskräften) der Basisgruppen eher der Fall: Vielfach waren hier die Berufsbiographien durch eine Verflechtung von politischer Auseinandersetzung und berufsqualifikatorischer Abwertung gekennzeichnet. Deshalb waren Tätigkeiten weit unterhalb des Bildungsniveaus bzw. der Qualifikation und ein hoher Anteil von Berufsaussteigern (nach Erhebungen des MfS 7–12%) unter solchen Personen verbreiteter. Vgl. auch Pollack 2000, S. 142. Anfang 1989 stellte das MfS fest, dass „12 % aller aktiven Mitglieder/Führungskräfte von Basisgruppen und Personenzusammenschlüssen mit spezifisch koordinierenden Funktionen“ ohne Arbeitsrechtsverhältnis war. Andererseits befand sich unter diesen Führungskräften „ein erheblicher Anteil kirchlicher Amtsträger und Mitarbeiter sowie von Hoch- und Fachschulabsolventen bzw. promovierter Personen, die z. T. im Bereich der Kirche oder anderweitig eine nicht ihrer Qualifikation entsprechende Tätigkeit ausübten“. Information Nr. 150/89 über beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlich-negativer und oppositioneller Kräfte in personellen Zusammenschlüssen, o. D. (1.6.1989), MfS, HA XX/AKG, Arch.-Nr. 849, S. 25f.

oder widerständig orientierte Personen) hoch motiviert sowie risiko- und handlungswillig sein. Solche verdeckten Personenzusammenschlüsse konnten also um den Preis des Verzichts auf eigene, direkte und öffentliche Umsetzung ihrer Arbeitsergebnisse ein breiteres Spektrum sozialer und gesellschaftlicher Wirklichkeit repräsentieren, als die halblegalen und sozial limitierten Friedenskreise. Eingeschränkt wird diese Aussage allerdings durch die in der Regel immer kleine Zahl sowohl der Teilnehmer solcher informeller Gruppen als auch der Zahl solcher Gruppen selbst. Der politische Ertrag ihrer Existenz hing also am Gelingen einer Verbindung beider Sphären: der öffentlichen halblegalen Arbeitskreise und der informellen (illegalen) Gruppen.

Die dritte Möglichkeit bestand in der Bildung streng konspirativ organisierter Zirkel, deren Mitglieder jeden Zusammenhang zu eventuell daneben noch ausgeübter Mitarbeit in offenen Arbeitsformen verschleierten, die von vornherein einer gemeinsamen Zielorientierung folgten, nach festgelegten Sicherheitsregeln arbeiteten, illegale Aktionen vorbereiteten oder illegale Publikationen ausarbeiteten bzw. verbreiteten.

Wir werden noch sehen, dass auch diese dritte Form politischer Gegnerschaft in den 80er Jahren existierte – wenn auch in ganz anderer Weise, als in den vorangegangenen Jahrzehnten. Der jeweilige Nutzen verschiedener Arbeitsformen und ihr Zusammenhang werden im Folgenden zu bewerten sein. Hier muss sauber getrennt werden von der zeitgenössischen ex-post-Bewertung dieser Formen und der Darstellung ihres zeitgeschichtlichen Bewertungswandels. Scheinbar konkurrierten (und kollidierten) in den Begriffen „Konspiration“ und „demonstrative Akklamation“ die oppositionellen Praxen der 70er und 80er Jahre miteinander. Betrachtet man insbesondere die bekenntnishaft Distanzierung von den Methoden konspirativer politischer Arbeit bei einigen oppositionellen Akteuren der 80er Jahre, so erwecken diese den Eindruck, als ob es sich hier um eine „ideologische“ Grundsatzentscheidung oder um eine erfahrungsgelenkte „Fehlerkorrektur“ und nicht um die politische Konsequenz aus veränderten Randbedingungen oppositioneller Betätigung handelte (vgl. Abschnitt 3.1.3). Im Weiteren wird klar werden, dass in den 80er Jahren vor allem auf Grund *gesellschaftlichen* Wandels sich eine solche Umwertung von Formen politischer Gegnerschaft abzuzeichnen begann.

Das MfS als zuständig für die Bekämpfung konspirativ wirkender Widerstandsgruppen und widerständiger oder oppositioneller öffentlich wirksamer Aktivitäten hatte zur Stabilisierung der inneren Logik ihrer Abwehrtätigkeit immer wieder um Erklärungen für die Tatsache zu ringen, dass die „äußere Feindsteuerung“ staatsfeindlicher Zusammenschlüsse und Aktivitäten schwer zu finden war. Ein Versuch dieser Erklärung und gleichzeitig eine bemerkenswerte Antizipation der konspirativen Praxis staatsfeindlicher Gruppen stellt eine bereits im März 1979 entstandene Arbeit der Juristischen Hochschule Potsdam zur Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit (PUT) dar. In ihr heißt es,

„dass es im Sozialismus auch Abtrünnige gibt, die zur politischen Untergrundtätigkeit übergehen, ohne bereits direkte Verbindungen zum äußeren Feind zu haben. Die Erfahrungen zeigen, dass auch diese Kräfte früher oder später direkte Verbindungen zum Feind aufnehmen oder umgekehrt. ... Weiterhin wird ... deutlich, warum diese Kräfte ihre Handlungen in spezifischer Art und Weise politisch motivieren. Diese

spezifische Motivierung besteht darin, dass diese Personen nicht vordergründig mit einer bürgerlichen Ideologie oder Plattform auftreten, sondern sich als die ‚unverstandenen‘, ‚wahren‘ Kommunisten ausgeben. Um die von ihnen angestrebte Legitimation zu erreichen, setzen diese Kräfte alles daran, glaubhaft zu machen, dass sie nur eine ‚Verbesserung‘ des Sozialismus anstreben und deshalb einen ‚gerechten‘ Kampf führen. Das angestrebte Ziel glauben sie erreichen zu können, wenn sie nicht vordergründig feindlich, sondern mit an die Terminologie des Marxismus/Leninismus angelehnten Theorien argumentieren. Damit werden gleichzeitig Tarnungsabsichten verfolgt, die die Gefährlichkeit dieser feindlichen Kräfte nur erhöht. ... Politische Untergrundtätigkeit betreibende Kräfte versuchen nun ihrerseits, andere Personen von ihrem ‚wahren Sozialismusmodell‘ zu überzeugen. Diese Personen ... unterliegen einerseits der Beeinflussung dieser in der DDR politische Untergrundtätigkeit betreibenden Kräfte sowie andererseits der Inspiration und Organisation politischer Untergrundtätigkeit durch den äußeren Feind und kommen so zu einer feindlichen Einstellung und zur politischen Untergrundtätigkeit. ... So wird in einer feindlichen Konzeption auf die Schaffung eines ‚Bundes der um ihr Ideal verschworenen Kommunisten‘ orientiert. In einer anderen Konzeption wird darauf hingewiesen, ‚nach entsprechender theoretischer Vorarbeit an der jeweiligen Basis (Betrieb, Schule) zu arbeiten, mit den fähigsten Leuten Gruppen zu bilden. Von dort her sind die Besten in die Kadergruppen aufzunehmen und dort so auszubilden, dass sie ihrerseits wieder selbständige Basisarbeit leisten können. Auf diese Weise kann der lange Marsch durch die Institutionen langfristig auf breiter Ebene organisiert werden. Daraus wird deutlich, dass auf die Herausbildung von Gruppen ... orientiert wird.‘ ... Es werden konspirative Verhaltensregeln festgelegt. Es entwickelt sich ein fester Kern ... sowie eine Peripherie. Die Gruppe oder einzelne Mitglieder suchen nach anderen feindlichen Gruppen ... Es erfolgt ... der Beginn der Zusammenarbeit der Gruppen. ... Wechselspiel zwischen Konspiration und Öffentlichkeitswirksamkeit. Sie können also im Interesse ihres konterrevolutionären Ziels ihre Konspiration nicht so weit treiben, dass ihre Existenz und ihr Wirken der Gesellschaft und den Sicherheitsorganen längere Zeit verborgen bleibt, wie das zum Beispiel bei den Spionen möglich ist. Streng konspiriert werden in erster Linie Verbindungen zu feindlichen Zentren ... weil sich sonst die politische Untergrundtätigkeit betreibenden Personen als Handlanger des Feindes und als Verräter entlarven. ... Zu bestimmten Anlässen (z. B. Biermannausweisung), wenn die politische Untergrundtätigkeit betreibenden Kräfte vermuten, dass sie ... eine massive Konfrontation großer Bevölkerungsteile mit Partei und Regierung hervorrufen können, tritt ... ein Teil dieser Kräfte teilweise aus seiner Konspiration heraus. In dieser Situation gilt es, ... solche Informationen zu erarbeiten, die für die weitere politisch-operative Arbeit ... von großem Nutzen sind. ... Die ‚innere Opposition‘, die der Gegner anstrebt, soll wesentlich breiter [als die Gruppen PUT] sein.⁶⁸

68 Die Qualifizierung der politisch-operativen Arbeit des MfS zur vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der gegen die Staats- und Gesellschaftsordnung der DDR gerichteten politischen Untergrundtätigkeit, März 1979. MfS, JHS 001 200/79 Band I-IV.

Diese Darstellung war die komprimierte Erfahrung der Abwehrarbeit des MfS aus den 70er Jahren. Wie das MfS den Wandel oppositioneller und widerständiger Betätigung und das Selbstverständnis der beteiligten Akteure in den 80er Jahren zu antizipieren vermochte, wird im Weiteren zu untersuchen sein (vgl. Abschnitt 3.5.2.1). Zunächst soll aber das Selbstverständnis der Akteure politischer Gegnerschaft der 70er und 80er Jahre selbst und ihre divergierenden Praxen betrachtet werden.

3.1.3 Basisgruppen in der evangelischen Kirche und die Opposition der 70er Jahre

Die linke Mehrheit des oppositionellen Minderheitenspektrums der 70er Jahre war nicht nur auf „das Ganze“ – die Gesellschaft – orientiert; sie wusste auch, dass diese Gesellschaft „von oben“, von der Bürokratie, zusammengehalten wurde. Zu großen Teilen waren ihre Akteure selbst „Kinder der Bürokratie“, vielfach dem akademischen oder literarisch-künstlerischen Bereich zugehörig⁶⁹, und ihre Ambitionen zum Sturz dieser Bürokratie richteten sich auf den sozialen Ort realer gesellschaftlicher Synthesis: Aus den „Abweichlern“ innerhalb der Funktionseliten, der Intelligenz und schließlich der Parteimitgliedschaft sollten informelle Strukturen zur Beförderung von Reformen zwecks Verbesserung der Voraussetzungen für den Sturz der Bürokratie entstehen:

*„Die rückhaltlose freie Aussprache, die bis zum Sturz der herrschenden Partei und zu gemeinsamem Vorgehen der entwickelten osteuropäischen Länder gegen die degenerierende Sowjetunion vorstieß, war in einer gemüthlichen Privatöffentlichkeit nicht zu verantworten. Wollte man den Dingen auf den Grund kommen, musste man sich erst gründlich entscheiden, dann aber auch gründlich isolieren. ... Die Konspiration verhinderte die Tätigkeit nicht nur, sie war Bedingung dieser Opposition der 70er Jahre. ... Der Schritt in die weitere Öffentlichkeit war unvermeidlich. Aber man konnte ihn vermutlich nur einmal tun“.*⁷⁰

Die Existenzweise dieser Art politischer Arbeit war also die Konspiration. Das MfS antizipierte solcherart widerständiges Selbstverständnis 1980 auf folgende Weise:

„Operativ bedeutsame Personen aus den Zielgruppen des Feindes sind Besitzer, Verbreiter und Diskutanten pseudomarxistischer, revisionistischer, trotzkistischer und maoistischer Literatur sowie wiederholte kritische Analytiker der Parteibeschlüsse und der Widersprüche der sozialistischen Gesellschaft. Typisch sei eine Zirkeltätigkeit mit Analyse und Kritik der Wirklichkeit und der Prüfung der Passfähig-

69 „[Es ist] nicht zufällig, dass es sich bei den Mitgliedern einiger ‚Untergrundgruppen‘ hauptsächlich um Studenten aus dem Bereich der Gesellschaftswissenschaften, und hier speziell um Forschungsstudenten handelte. ... Speziell Forschungsstudenten können auch relativ frei und unkontrolliert ihre Studien treiben, diskutieren, Material sammeln. ... Die gleichen Probleme gilt es, an den Hochschulen und anderen Ausbildungsstätten im Kunst- und Kulturbereich zu beachten. ... So gehörten ... vornehmlich im Zusammenhang mit den Biermannereignissen negativ aufgefallene Künstler schon in ihrer Ausbildung mit zu derartigen negativen Gruppierungen. In der Vergangenheit traten solche Erscheinungen vereinzelt im Literaturinstitut Leipzig, der Hochschule für Film und Fernsehen Potsdam-Babelsberg und an einer Reihe von Studenten- oder Probier-Bühnen auf.“ Ebenda.

70 Wolfram 1994–96, Folge 1 (1/1994), S. 9.

*keit der Realität mit den Klassikeraussagen, ein zielgerichtetes Studium der Geschichte der kommunistischen Parteien und der Arbeiterbewegung, der Gedankenaustausch und Niederschriften zu konspirativen Vorstellungen der Veränderung des real existierenden Sozialismus.*⁷¹

Die „revolutionäre Ressource“ suchten jene, die anders als die Mehrheit dieses Spektrums nicht mehr auf die Arbeiterklasse setzen mochten, im „überschüssigen Bewusstsein“ (Bahro) der systemnahen Eliten. „Alle Spekulationen über die beste Kontaktaufnahme mit der Gesamtgesellschaft entschied in diesem Fall die Staatssicherheit, als sie im Sommer 1977 gleich ... drei Berliner Gruppen zerschlug.“⁷² Das dissidente Spektrum der 70er Jahre sollte in die „modernen Sozialisten“ der späten 80er Jahre und die widerständigen Reste der vom MfS liquidierten Gruppen zerfallen. Während erstere jede Zusammenarbeit mit den neu entstehenden Basisgruppen im evangelischen Kirchenraum ablehnten und später vielfach die Politikberater der SED-Nachfolgepartei wurden, stand für den Teil der zweiten Strömung, der das Zusammengehen mit solchen Basisgruppen befürwortete, eine strategische Neubestimmung auf der Tagesordnung: Die Mitarbeit in diesem Spektrum bedeutete das Einstellen auf eine ganz andere Praxis und eine neue Zielperspektive. Sollte der Wechsel des gesellschaftlichen Ortes von Opposition auch die Aufgabe des alten und der Verzicht auf das damals richtunggebende Paradigma der Konspiration bedeuten?

Die neuen Gruppierungen der evangelischen Kirche auf Gemeindekreisebene arbeiteten zur Jahrzehntwende nach ganz anderen Prinzipien, als die hochpolitischen Gruppenzusammenhänge der 70er Jahre: Am Konsensprinzip orientierte Kommunikation zielte auf gruppeninterne Meinungsbildungsfortschritte und anfangs weniger auf öffentliche Intervention; ihre Themen waren sowohl „punktuell“, als auch „abstrakt“ (Frieden, Gerechtigkeit, Ökologie, Dritte Welt, Sozialarbeit), ihr Motiv war Selbstbehauptung und nicht Teilhabe, ihr Arbeitsregime war legalistisch und schloss (nicht nur deshalb) Kernfragen der Macht- und Gesellschaftsverhältnisse aus ihrem Themenspektrum aus. Die interne Kommunikation war ausgerichtet am Prinzip des strikten Demokratismus – das basisdemokratische Selbstverständnis der Gruppen⁷³ festigte sich nicht zuletzt als gelebte Alternative zum der Gesellschaft aufgeherrschten bürokratischen Dirigismus (genannt „demokratischer Zentralismus“). Zu der schon durch den religiösen Kontext gegebenen gesellschaftlichen Isolierung der Gruppenmitglieder, von denen viele im kirchlichen Dienst oder kirchenverbundenen Beschäftigungsverhältnissen tätig waren, trat die Diskrepanz zwischen relativ hohem Bildungs- oder Qualifikationsniveau und häufig niedrigqualifizierter bzw. uneteter Berufstätigkeit.⁷⁴ Die Sozialstruktur der Gruppen war jedenfalls differenzierter, als die der „alten Opposition“ aus den 70er Jahren. Ebenso waren vermutlich von Anfang an auch die politisch-weltanschaulichen Prädispositionen in den „neuen Gruppen“ viel differenzierter, als man es in kirchlich angebundenen Kreisen vermuten würde, was folgerichtig zu Spannungen mit je-

71 Die politisch-operative Bekämpfung von politischer Untergrundtätigkeit. Teil 2. Studienmaterial der Juristischen Hochschule Potsdam, Sektion politisch-operative Spezialdisziplin, Januar 1980. MfS, JHS 001 – 1/80/II.

72 Wolfram 1994–96, Folge 1 (1/1994), S. 9.

73 Zum Problem der informellen Hierarchien vergleiche Abschnitt 5.3.

74 Eine späte Erhebung des MfS von 1989 spricht von 12% aktiver Gruppenmitglieder ohne Arbeitsrechtsverhältnis, Subklew-Jeutner 2004, S. 80.

nem christlich geprägten Gemeindemilieu führte, die sich mit der Absorption von Akteuren der „alten Opposition“ in die Gruppen dann noch verstärkten.⁷⁵ Politisch bedingte Studien- oder Berufsabbrüche bzw. selbstbestimmte oft weltanschaulich bedingte Berufsausstiege waren besonders in aktionistischen Gruppen häufig, aber durchaus nicht in allen Gruppen die Regel.⁷⁶ In dieser Konstellation findet die (verschieden stark ausgeprägte) „Fremdheit“ dieser Gruppen gegenüber der Lebenswelt der Mehrheitsgesellschaft ihre Begründung: Weniger die ausgelebten Karrieren, sondern eher die fehlende Kenntnis von der zu verändernden Gesellschaft war hemmend.⁷⁷ Nur in der allgemeinen Unzufriedenheit angesichts unabweisbarer gesellschaftlicher Widersprüche und Missstände fanden die Gruppenakteure und die „Angepassten“ der Mehrheitsgesellschaft so etwas wie einen „gemeinsamen Nenner“. Ansonsten war man zu Teilen aus der Gesellschaft „ausgetreten“ – sowohl eine Stärke, aber in entscheidenden Situationen auch eine Schwäche dieser Gruppen. „Kurz, die Opposition war auf diesem Weg nicht nur beweglicher, sondern auch unbestimmter, nicht nur freier, sondern auch fremder in der DDR geworden.“⁷⁸

Der Spannungszustand zwischen den Polen „Politikfähigkeit der Opposition“ sowie „Identitätsfindung und Selbstverwirklichung der Oppositionellen“ war erst noch produktiv zu machen: In den „neuen Gruppen“ argumentierten einige Akteure der „alten Opposition“, „dass wir nicht fähig sein würden, einen gesellschaftlichen Umbruch zu bestehen, wenn die ganze Opposition nur aus Friedhofswärtern besteht. ... In den Gruppen entstand eine Psychologie, die zwar den einzelnen freundlich aufnahm, die großen Schichten und Institutionen, aus denen er kam, aber zunehmend misstrauischer und verständnisloser ansah. ... Man konnte sich in die Gesellschaft hineinarbeiten oder versuchen, den Staat herauszufordern.“⁷⁹ Von einer solchen Haltung ausgehend ging es diesen Akteuren um ein Arbeitsbündnis zwischen

75 Hans Misselwitz bezifferte den Anteil jener, die sich im Friedenskreis Pankow „weiterhin in irgendeiner Weise als Marxisten (verstanden)“ und „sich hauptsächlich im Kampf mit der SED befanden“, mit etwa 30%. „Die meisten von uns sind ja auch durch eine bestimmte Jugendkultur geprägt ... die es in den sechziger Jahren oder Anfang der siebziger Jahre gab. ... Das bedeutete, dass ein bestimmtes vorhandenes Christentum, das ein Reservoir bürgerlichen Rückzugs ... oder bürgerlicher Überwinterung war, Schwierigkeiten mit uns hatte.“ Hans Misselwitz in der 68. Sitzung der Enquete-Kommission, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII,1, Baden-Baden 1995, S. 273. „Ich habe Gemeindekirchenräte erlebt, ... deren Mitglieder ... sehr konservative Menschen waren. Zum Teil war es so, dass sie dort wirklich eine Nische gesucht haben. Ich habe bei ihnen ganz starke antikommunistische Strömungen feststellen können, die sie aber nicht nach außen artikulierten. ... Ich habe selten Menschen aus einem Gemeindekirchenrat kennengelernt, die sich uns oder unserer Arbeit angeschlossen hätten.“ Katrin Eigenfeld in der 68. Sitzung der Enquete-Kommission, ebenda, S. 272.

76 Vgl. hier die von Pollack und seinen Mitarbeitern durchgeführten Erhebungen im DDR-Maßstab: Elvers/Findeis 1990, S. 16, Pollack 2000, S. 137ff. Für Berlin gibt es Informationen zur sozialen Struktur der Gruppen für die Umweltbibliothek (Moritz 1997, S. 216ff; Moritz 1993, S. 67) und für den Friedenskreis Pankow (Subklew-Jeutner 2004, S. 74ff), welche zumindest nicht im Widerspruch zu Pollacks Mitteilungen stehen.

77 Ironischerweise verwiesen ausgerechnet die DDR-Sicherheitsorgane, beauftragt mit dem „Schutz“ der Bevölkerung vor ihrer Selbsterkenntnis, in ihren Sachstandberichten periodisch auf die fehlende „Volksnähe“ der observierten Basisgruppen.

78 Wolfram 1994–96, Folge 1 (1/1994), S.10.

79 Wolfram 1994–96, Folge 5 (6/1994).

Opposition und Intelligenz, um die Zusammenarbeit zwischen nichtöffentlich arbeitenden und öffentlich auftretenden politisch alternativen Gruppen und mit ihnen solidarischen Kreisen aus allen Bevölkerungsschichten. Es ging hier also in erster Linie um die Wirkungskraft in die Gesellschaft hinein und nicht um Opposition als Selbstverwirklichung von Oppositionellen. War so etwas möglich?

Die Frage, welchen Einfluss jene Akteure der „alten Opposition der 70er“, die in den neuen Gruppen der 80er Jahre mitzuwirken bereit waren, auf deren Entwicklung ausübten, ist kontrovers beantwortet worden. Pollack beruft sich auf Klaus Wolfram⁸⁰, wenn er behauptet, „sie hatten auf die Herausbildung der politisch alternativen Gruppen ... den geringsten Einfluss. Obwohl manche führende Vertreter ... wie Gerd Poppe oder Wolfgang Templin aus den konspirativen linken Debattierklubs kamen, standen ihre ehemaligen Mitglieder den im halböffentlichen Raum agierenden Kirchengruppen in den 80er Jahren teilweise fremd gegenüber“⁸¹. Weder diese Fremdheit kann bestritten werden, noch das gegenseitige Misstrauen. Jedoch kommt Gerd Poppe zu einer ganz entgegengesetzten Feststellung:

„Ein entscheidender Wendepunkt in der Geschichte der DDR-Opposition und die ganz spezifische Art ... im Unterschied zu der in allen anderen mitteleuropäischen Staaten war diese Kombination von so etwas wie DDR-68ern einerseits und christlichen Pazifisten andererseits. Eine solche Kombination hat es in keinem anderen Land gegeben. Wir haben tatsächlich sehr viel voneinander gelernt und zwar sowohl über Dialogformen als auch, entsprechend unserer Vorprägung, über die Möglichkeiten politischen Handelns in der DDR. Ich glaube, dass diese besondere Art der Zusammensetzung der Gruppen der frühen achtziger Jahre als Ausgangspunkt für die DDR-Opposition anzusehen ist.“⁸²

Auch der erwähnte Klaus Wolfram, wie Wolfgang Templin selbst einer der 1977 zerschlagenen konspirativen Berliner Gruppen entstammend, berichtete: „1979 oder 80 erzählte mir Wolfgang Templin, ... dass sich neue Gruppierungen bildeten, mit denen wir zusammenarbeiten könnten und sollten.“⁸³

Schließlich kam auch das MfS, 1983 seine bisherige Abwehrarbeit gegenüber einer „antisozialistischen, oppositionellen Bewegung unter dem Deckmantel einer sogenannten ‚staatsunabhängigen Friedensbewegung‘“ bilanzierend, zu folgendem Schluss:

„Das bisherige Vorgehen des Gegners zeigt, dass den Kern dieser Bewegung besonders die bereits aus der Vergangenheit bekannten feindlich-negativen Kräfte auf dem Gebiet politischer Untergrundtätigkeit und ihres Vorfeldes darstellen, die sich eng mit feindlich-negativen Kräften aus den Kirchen in der DDR verbünden. ... Die Versuche zur Formierung einer oppositionellen Bewegung bzw. zur Schaffung scheinlegaler Organisationsformen sind eng mit der Um- bzw. Neubildung feindlicher Zusammenschlüsse verbunden, die streng konspirativ arbeiten. Sie bilden in der Regel den Kern für die Formierung der angestrebten inneren Opposition ... angestrebt

80 Wolfram 1994–96, Folgen 1 und 2 (1/1994 und 2/1994).

81 Pollack 2000, S. 77.

82 Zeitzeugenbericht von Gerd Poppe in der 68. Sitzung der Enquete-Kommission, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII,1, Baden-Baden 1995, S. 288.

83 Wolfram 1994–1996, Folge 1 (1/1994), S. 10.

*wird ein breites Bündnis aller antisozialistischen Kräfte und die Zusammenarbeit von feindlichen Gruppierungen aus den Kirchen bis hin zu ‚oppositionellen Marxisten‘. ... In feindlichen Gruppen/Gruppierungen sind demzufolge neben den realen Sozialismus opponierenden ‚Sozialismusverbesserern‘, linksextremistischen Kräften oder ‚bürgerlichen Sozialismusüberwinterern‘ zunehmend auch Theologiestudenten, Jugendpfarrer oder andere kirchlich gebundene Personen festzustellen.*⁸⁴

Abgesehen von der Frage, inwieweit Berlin gegenüber den Verhältnissen in der Republik hinsichtlich des fraglichen Befunds einen Sonderfall darstellte, sind also Zweifel nicht an den Fremdheitsbarrieren, wohl aber hinsichtlich des Fazits von Pollack bezüglich der gegenseitigen Bereitschaft einer Zusammenarbeit und der gegenseitigen Einflussnahme namentlich im Berliner Raum offenbar angebracht.

Nicht nur die Akteure der „alten Opposition der 70er Jahre“ hatten hinsichtlich ihrer Zielperspektive und ihrer Methoden Bilanz zu ziehen: Auch die Akteure in den entstehenden Basisgruppen, die eine Zusammenarbeit mit der „alten Opposition“ befürworteten, hatten sich zu entscheiden: In welchem Ausmaß sollten die hochpolitischen Ambitionen der „70er“ adaptiert und deren „Konspiratismus“ aufgegriffen werden? Über diese kooperationsbereite Strömung in der Friedensbewegung berichtet Klaus Wolfram:

„Reinhard Schult war eine charakteristische Erscheinung dieser Opposition. ... Er hatte kirchliche Bindungen, nahm aber in politischen Fragen immer einen plebejischen Standpunkt ein. Ein ‚Linker‘ also ... Er hatte sich ausdrücklich vorgenommen, die ‚zwei Oppositionen‘ zusammenzubringen oder zusammenzuhalten.“

Ein Berührungspunkt beider Strömungen waren die von Wolfram, Gunther Begenau und anderen Vertretern der „alten Opposition“ weitergeführten Diskussionszirkel, auf welche die Strömung um Schult inhaltlich Einfluss nahm und im Rahmen der Zusammenarbeit thematisch erweiterte. Zu diesen ersten Bildungswochenenden im Pfarrhaus von Herzfelde/Uckermark berichtet Wolfram:

*Die Serie begann ... mit Walter Benjamin, ... später setzten wir Lucacs’ Verdinglichungsthese, Max Webers Bürokratisierungsvorstellungen, sogar Marxens’ Subjektbegriff, die Politiktheorie Hannah Arendts, lateinamerikanische Erziehungsmodelle ... auf die Tagesordnung. ... In Berlin wurde die sogenannte Geschichtsrunde gegründet, die wieder mit Teilnehmern aus beiden Oppositionen versuchte, der DDR, den osteuropäischen Staaten und der Sowjetunion den inneren Entwicklungsrhythmus abzusehen. ... Da manche Teilnehmer noch in Stellungen oder Parteimitglieder waren, wurden die notwendigen Sicherheitsregeln beachtet.*⁸⁵

Die Minderheit der „alten Opposition der 70er Jahre“, welche sich auf die Zusammenarbeit mit dieser ihnen neuen und fremden „Opposition der 80er Jahre“ einließ, beantwortete die Frage nach den veränderten Perspektiven der 80er und der Bilanz vergangener Praxis der 70er Jahre unterschiedlich. Gerd Poppe erklärte 1994 rückblickend:

84 Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Missbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisierung politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen „inneren Opposition“ in der DDR, April 1983, MfS, JHS A.- Nr. 241/83.

85 Ebenda, Folge 5. Siehe auch Abschnitt 3.1.4.2.

„Gegen Ende der siebziger Jahre hatten wir eingesehen, dass die Tätigkeit in Zirkeln überhaupt nichts brachte. Wir hatten den Massenexodus von Intellektuellen, Künstlern, Schriftstellern nach der Biermann-Ausbürgerung vor Augen. ... Für uns hieß das, dass wir, wenn wir nicht wollten, dass alles ewig so weitergeht, auf eine andere Weise handeln mussten, nicht mehr in konspirativen Zirkeln, die völlig uneffektiv waren. Für uns hieß das, dass wir an die Öffentlichkeit mussten, eine eigene Gegenöffentlichkeit oder so etwas wie Parallelstrukturen ... schaffen mussten. Dies haben wir dann gemeinsam mit den auf ähnliche Weise emanzipatorisch und pazifistisch eingestellten Christen in der Friedensbewegung der frühen 80er Jahre gemacht. ...“⁸⁶

Der 1977 zwangsausgebürgerte Jürgen Fuchs ging in seiner Ablehnung konspirativer Gruppenarbeit schon für die 70er Jahre noch weiter. Sein Rückblick lautete:

„Wir haben uns damals sehr gegen Gruppenbildung gewandt. ... diese Gruppenbildung, staatsfeindliche Gruppenbildung ... – das war im Grunde ein Abziehbild, eine Gefahr der Staatssicherheit. ... Wir haben darauf reagiert, indem wir gesagt haben: „Nun sagen wir alles, was wir denken, auch in die Wanzen hinein, und über die Dinge, die wirklich ganz wichtig sind, zum Beispiel Bücherschmuggel, um Manuskripte zu transportieren, sprechen wir nicht, das machen wir einfach.““⁸⁷

Andere Teilnehmer der „alten Opposition“, die solche Aktivitäten, wie den von Fuchs erwähnten organisierten Bücher- oder Manuskriptschmuggel durchaus als konspirative Betätigung ansah, deren Akteure durch das gleichzeitige „offene Sprechen in die Wanzen der Stasi“ um so mehr Gefahr liefen, die Aufmerksamkeit der Sicherheitsorgane auf derartige Konspirationen zu lenken und entsprechend behandelt zu werden, zogen eine andere Bilanz. Zunächst sahen sie den von Gerd Poppe erwähnten Massenexodus der 70er Jahre weniger als Folge ausufernder Konspiration, denn als Großoffensive der Staatsmacht gegen die sich offen und öffentlich mit Biermann, Bahro und den protestierenden Schriftstellern solidarisierten (und damit identifizierenden) Oppositionellen an. Zudem sahen sie die konspirativen Strukturen hinter einigen die öffentlichen institutionellen Räumen anvisierenden Gruppen der „Kulturopposition“ aus den 70er Jahren als nicht nur legitime, sondern sogar als damals notwendige Organisationsform einer zu erkämpfenden alternativen Öffentlichkeit an⁸⁸ – was dann auch in beträchtlichem Umfang gelang (siehe Abschnitt 5.1). Insofern folg-

86 Gerd Poppe 1995, S. 288.

87 Zeitzeugenbericht von Jürgen Fuchs in der 68. Sitzung der Enquete-Kommission, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII,1, Baden-Baden 1995, S. 142.

88 Carlo Jordan berichtete über die Aktionen seiner Gruppe Mitte der 70er Jahre: „Eine wichtige Sache bei diesem oppositionellen Handeln wurde für mich die Erkenntnis, dass man sich einerseits in konspirativen Gruppen vorbereitete und dass man andererseits immer versuchte, sich bestimmte Möglichkeiten in der Praxis, praktische Freiräume, zu erhalten. ... In kleinen konspirativen Zirkeln haben wir uns zielstrebig mit Problemen beschäftigt, die später wichtig werden sollten. Wir haben z. B. ... Vernehmungstechniken studiert ... und uns diese Techniken eingepägt. Das sollte dann im Jahre 1976 von großer Bedeutung werden, als ich im Zusammenhang mit dem Freitod von Pfarrer Brüsewitz verhaftet wurde ...“ Zeitzeugenbericht von Carlo Jordan in der 68. Sitzung der Enquete-Kommission, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII,1, Baden-Baden 1995, S. 285. Dass Mitte der 70er Jahre selbst im kirchlichen Milieu eine solche Mischung aus offenen und verdeckten Methoden der Arbeit aus guten Gründen angewandt wurde, gab 1995 der damalige Jenaer Jugenddiakon Thomas Auerbach zu Protokoll: Nach der Zer-

ten sie keineswegs der „eigentlich ... stalinistische(n) oder leninistische(n) Vorstellung, die Gesellschaft mit kleinen, geheimen Gruppen kippen zu wollen“⁸⁹. Die erwähnte Großoffensive des MfS, der dann auch die konspirativen Gruppen überwiegend zum Opfer fielen, war ja gerade die Folge anfangs durchaus erfolgreicher offener *und* verdeckter, aber immer auf alternative Öffentlichkeit zielender Aktivitäten. Deshalb sah jener Teil der „alten Opposition“, welcher die Zusammenarbeit mit den kirchlichen Gruppen bejahte, ohne konspirative Arbeitsformen prinzipiell zu verwerfen, die offenen und die konspirativen Formen oppositioneller (widerständiger) Gruppenarbeit nicht als Alternative an, sondern als in ihrem gegenseitigen Gewicht immer wieder neu zu bestimmende Mittel solcher Arbeit in Abhängigkeit vom gesellschaftlichen Entwicklungszustand.

Und dieser Stand änderte sich während der 80er Jahre gegenüber den Verhältnissen in den 70er Jahren beträchtlich: Neue politische und gesellschaftliche Entwicklungen führten dazu, dass nicht nur ein neuer Ort, sondern auch neue Formen der oppositionellen Arbeit und Öffentlichkeit entstanden. Weder dieser Ort noch jene Formen waren zufällig: Evangelische Gemeindefreizeitskreise reagierten auf den sich verschärfenden internationalen Spannungszustand und politisierten sich in ihrer Friedensarbeit. An diesem neuen Ort pazifistischer Öffentlichkeit wuchs die Zahl der Teilnehmer solcher Kreise rasch an und übertraf bald den Umfang der „Kulturopposition“ der 70er Jahre. Internationale Rücksichten und im Zusammenhang damit erfolgende Modifikationen des Repressionsregimes ließen den Herrschaftsdruck auf solche sich staatlichen Einflüssen entziehender autonomer Kreise insgesamt sinken. Während in den 70er Jahren noch die „Liquidierung“ von Opposition und Widerstand durch die Staatsorgane mittels Repression und Administration erfolgreich betrieben werden konnte, begannen die „politischen Unkosten“ für das Regime in den 80er Jahren bei Anwendung solcher Mittel unverhältnismäßig zu steigen. Die Opposition begann zu wachsen. Dabei wuchs auch der politische Ertrag illegaler und zugunsten des Erfolgs sowie des Schutzes der Akteure daher nur konspirativ betriebener Vorhaben im „Hinterland“ dieser Gruppen. Letztendlich ging es darum, durch Ausnutzung neuer öffentlicher Räume sowie mit den Erfolgen der zum Teil konspirativ betriebenen Herstellung einer politisch alternativen Gegenöffentlichkeit auch die Handlungsspielräume zu erweitern und damit schrittweise solche Konspiration überflüssig zu machen, anstatt sie unabhängig von den sich vollziehenden gesellschaftlichen Entwicklungen in der DDR prinzipiell zu unterlassen. Und diese Veränderungen führten (wie im vierten Teil der Arbeit beschrieben wird) seit Mitte der 80er Jahre schließlich dazu, dass der Ertrag nun einsetzender internationaler entspannungspolitischer

schlagung des Zirkels „Literatur und Lyrik“ im staatlichen Kulturhaus Neulobeda arbeiteten viele der Teilnehmer im so genannten „Lesekreis“ weiter, welcher mit der christlichen Jugendarbeit verbunden war. „Ich muss mich dagegen wehren, dass das so eine interne Geschichte hinter verschlossenen Türen gewesen ist ... Vielmehr hat dieser Lesekreis auch immer wieder öffentliche Aktionen gemacht. ... Wir haben natürlich in diesem Lesekreis auch ein bisschen konspirativ gearbeitet, das ist klar.“ Zeitzeugenbericht von Thomas Auerbach in der 68. Sitzung der Enquete-Kommission, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII,1, Baden-Baden 1995, S. 160f. Die Verbindung des „Lesekreises“ zu Gruppen der illegalen KPD/ML – Sektion DDR und die kritische Diskussion derer Programme im Lesekreis ließ Letzteres auch angeregt erscheinen.

89 Jürgen Fuchs 1995, S. 142.

Initiativen sowie der neue „Glasnost und Perestroika“-Kurs in der UdSSR die Rahmenbedingungen setzte für eine hochpolitische Themenausweitung der Arbeit kirchennaher Gruppen und die Verstärkung offener Themenarbeit gegenüber ihren konspirativ betriebenen Formen. So gelang es punktuell, auch die kirchliche Isolierung zu überwinden und stärker in die Gesellschaft hineinzuwirken.

3.1.4 Das Spektrum der Friedensarbeit in Berlin und die Entwicklung von Formen politischer Gegnerschaft in den neuen unabhängigen Gruppen

Für die in der ganzen DDR entstehenden Friedenskreise galt, dass sie besonders außerhalb der Ballungsräume trotz des kirchlichen Teilschutzbonus von Anfang an unter heftigstem Druck der staatlichen und vor allem der Sicherheitsorgane standen. Nicht zuletzt deshalb kam es zu vielen Auflösungen solcher Gruppen, auf die jedoch zumeist rasch Neugründungen folgten. Die Geographie dieser Gruppen war deshalb in ständiger Bewegung. Sie bestanden keineswegs vorwiegend aus Jugendlichen, sondern aus jungen Erwachsenen. Für die Nachhaltigkeit ihrer Existenz sowie die Resonanz ihrer Aktivitäten und Veranstaltungen in der Öffentlichkeit waren die Qualität ihrer inhaltlichen Arbeit, die Treffsicherheit in der Auswahl ihrer Themen, die organisatorische Stringenz und die Effizienz der Kommunikation mit den anderen Gruppen entscheidend. Unter den hier interessierenden Berliner Gruppen werden im Folgenden die Friedenskreise in Pankow, Friedrichsfelde und der Samaritergemeinde im Friedrichshain betrachtet. Andere Berliner Friedenskreise existierten in Weißensee, der Bartholomäus-Gemeinde im Friedrichshain, der Gemeinde der Lichtenberger Erlöserkirche, der Auferstehungsgemeinde, der Galiläa-Gemeinde, der Golgatha-Gemeinde und in den Gemeinden der Gethsemane-Kirche im Prenzlauer Berg sowie der Kirche in der Firlstraße in Oberschöneweide.

3.1.4.1 „Friede auf Erden“ und Kriegsrecht in Polen

Die entstehende Friedensbewegung in der DDR hatte nicht „nur“ auf die wachsende Kriegsgefahr infolge des Wettrüstens der Supermächte zu reagieren, sondern sie hatte es auch mit wirklichen Kriegen zu tun: Im Dezember 1979 rückten sowjetische Truppen in Afghanistan ein. In der Volksrepublik Polen wurde am 13.12.1981 das Kriegsrecht ausgerufen und die Verfolgung der Solidarność-Aktivisten begann. Vor allem die vorausgegangene Entwicklung in Polen stellte eine Herausforderung sowohl für die Herrschenden als auch für die Opposition in der DDR dar: Nach den Lebensmittelpreiserhöhungen vom Sommer 1980 dehnten sich die daraufhin in Gdansk beginnenden Arbeiterstreiks über das ganze Land aus. Das überregionale Gdanker Streikkomitee erzwang Verhandlungen mit der Regierung und schließlich die Legalisierung der unabhängigen selbstverwalteten Gewerkschaft Solidarność im Oktober 1980. Sie avancierte zur Basis einer weit über den Bereich der Vertretung von Arbeiterinteressen hinausreichenden oppositionellen Massenbewegung. Das „Komitee zur Verteidigung der Arbeiter“ (KOR) drückte die Verwirklichung eines in der DDR nie zustande gekommenen Bündnisses der regimekritischen Intellektuellen mit den Arbeitern aus. Hier materialisierte sich der Alptraum des SED-Regimes: Die erfolgreiche Verhinderung

eines solchen Bündnisses hatte 1953 in der DDR die bewaffnete Niederschlagung des Arbeiteraufstands erleichtert. Die Intellektuellenrevolte von 1976 fand dort ohne die Arbeiter statt und konnte ohne große Schwierigkeiten „liquidiert“ werden. Die damalige Opposition, mit den Schriftstellern und Intellektuellen solidarisch, ohne dass letztere die ausgestreckte Hand ergreifen mochten, konnte gleich mit dezimiert werden. In Polen war nun ein solches Bündnis zustande gekommen – bei unterstützender Teilhabe der katholischen Kirche auch noch „mit Erfolg gesegnet“. Zur Erleichterung der SED-Führung griff man am 13. Dezember 1981 in Polen auf die kriegerische Lösung zurück, um dem Spuk ein vermeintliches Ende zu setzen. Mit den Masseninternierungen der Aktivisten und dem Verbot von *Solidarność* setzte dort die Gewerkschaft ihren nun illegalen Kampf auch nach Ende des Kriegsrechts im Dezember 1982 fort. In der DDR war inzwischen der staatliche Kampf gegen die Verbreitung des „polnischen Virus“ schon längst im Gange. Vereinzelt kam es auch in der DDR zu widerständigen Wortmeldungen: So wurden nach Erkenntnissen des MfS „1980 in den Bezirken Magdeburg, Leipzig und der Hauptstadt der DDR, Berlin, an 1 200 bekannt gewordene Empfänger anonyme orinig-vervielfältigte Schriften übersandt, in denen dazu aufgefordert wurde: „Nenne niemals dieses System (DDR) demokratisch, weil es eine Militärdiktatur ist ... verweigere den Dienst mit der Waffe, kämpfe mit all Deinen Kräften gegen eine Aufrüstung, die in diesem Regime nur den Beginn eines Krieges zum Ziele hat. Wer seine Hand gegen Polen erhebt, ist ein Verbrecher ...“⁹⁰ In einem Solidaritätsaufruf mit *Solidarność* hieß es:

„Ein Jahr Kriegsrecht in Polen – Solidarność lebt!

*Panzer, Wasserwerfer und Tränengas, Sondereinheiten von Armee und Polizei; Tausende Verhaftete und Internierte! Das ist der Dialog der polnischen Militärführung mit dem Volk. Trotz militärischer Kontrolle der Arbeit und brutaler Streikunterdrückung besserte sich die wirtschaftliche Lage nicht. Kein Wunder, denn nicht die streikenden Arbeiter richteten die Wirtschaft zugrunde. Ihre Beteiligung an der Lenkung der Wirtschaft ist – wie auch in allen anderen Bruderstaaten – weder gefragt noch erwünscht. Streiks sind nicht die Ursache der Misere, sondern die Folge einer jahrelangen Wirtschaftspolitik über die Köpfe der Arbeiter hinweg. Schon vor Ausbruch der Streiks im August 1980 wurden viele Warnungen und Proteste laut. Selbstherrlichkeit und Furcht der Wirtschafts- und Parteibürokratie unterdrückten jede wirkliche Diskussion. Durch die Mitbestimmungsforderungen von *Solidarność* wurden Macht und Privilegien dieser Kräfte bedroht. Nach vielen Kämpfen der polnischen Arbeiterklasse gelang es Hand- und Kopfarbeitern gemeinsam, ihre Organisation zu schaffen – die *Solidarność*. Mit *Solidarność* wollten die Arbeiter ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen. Panzer waren die Antwort! Solidarität mit *Solidarność* ist Solidarität mit uns! Wie weit entfernt sind wir vom polnischen Wirtschaftschaos? Auch bei uns herrscht eine Bürokratie, die ihre Privilegien verteidigt und auf Kosten der Bevölkerung lebt. In ihrer Villenstadt in Wandlitz spielen sie jetzt schon „Kommunismus“. Leere Regale in den Geschäften*

90 Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Missbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisierung politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen „inneren Opposition“ in der DDR, April 1983, MfS, JHS A.- Nr. 241/83.

und Käuferschlangen kennen sie nicht. Mit ihrer Wirtschaftspolitik haben sie auch die DDR an den Rand des Ruins gebracht. Unsere täglichen Erfahrungen in den Betrieben und bei Einkäufen beweisen es. Für Weihnachten wird ein Versorgungsschock organisiert, um uns ruhig zu halten. ... Und was tut unsere Macht, um der polnischen Entwicklung vorzubeugen? Nicht die inneren Ursachen werden benannt, sondern die äußeren Einflüsse werden als Sündenböcke präsentiert: z. B. Ölkrise, Weltmarktpreise, „antisozialistische Elemente“, Westeinfluss. ... Diese Verfälschung ist kein Zufall, denn unsere Machthaber sind die letzten, denen es schlecht geht, wenn die ökonomische Karre im Dreck steckt. Auch bei uns ist dem Arbeiter jeder wirkliche Einfluss auf den Gang der Dinge versagt. Damit muss Schluss sein! Habt Mut zum Widerstand! Wir fordern:

- öffentliche Darlegung und Kontrolle der wirtschaftlichen Situation. (Der FDGB ist nicht die Interessenvertretung der Werktätigen).
- Arbeiterselbstverwaltung in den Betrieben. Wahl von Betriebsräten durch die Vollversammlung der Belegschaft. Die Betriebsräte müssen jederzeit abwählbar sein.
- Wahl von Delegierten zur Kontrolle der Wirtschaft auf allen Ebenen. Tatsächliche Vergesellschaftung der Produktionsmittel und des Staates anstelle ihrer bloßen Verstaatlichung.

Diskutiert untereinander! Organisiert euch! Wenn wir Polen aufgeben lassen wir uns selbst im Stich! Solidarität mit Solidarność !!!⁹¹

Das MfS registrierte am 19.1.1982 die Verbreitung von ca. 450 mittels Schreibmaschine im Durchschlagverfahren gefertigte „Hetzflugblätter“ mittels Einwurf in Hausbriefkästen in drei Stadtbezirken von Berlin (Prenzlauer Berg, Friedrichshain, Mitte). Im Text hieß es: „Arbeitermacht‘ verhaftet die Arbeiter wenn die Arbeiter an die Macht wollen. Solidarität mit der polnischen Arbeiterklasse!“⁹²

Begünstigt durch eine schon im Oktober 1980 verfügte Einschränkung des Reiseverkehrs schürte vereinzelt die Staatspropaganda in der Bevölkerung erfolgreich antipolnische Resentiments („polnische Wirtschaft“, „arbeitsscheu“)⁹³ und die Herrschenden interessierten

91 Anonymes Flugblatt, Privatarchiv des Autors. 1983 argwöhnte das MfS angesichts des drohenden inspirierenden Einflusses der polnischen „Vorkriegsentwicklung“ auf die sich formierende Opposition in der DDR in Gestalt einer unabhängigen Friedensbewegung: „Zu übernehmen versucht der Feind die in der VR Polen bewährte Taktik der Organisierung öffentlichkeitswirksamer Aktionen, vor allem unter Ausnutzung scheinbar ‚legaler‘ Möglichkeiten, mit denen Forderungen verknüpft und Druck auf Partei und Regierung auszuüben versucht werden sowie eine öffentliche ‚Anerkennung‘ angestrebt bzw. die Reaktion der Staatsmacht getestet werden. Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Missbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisierung politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen „inneren Opposition“ in der DDR, April 1983, MfS, JHS A.- Nr. 241/83.

92 Fahndungsinformation, MfS, HA IX, Arch.-Nr. 5295, S. 33f.

93 Aufgrund der Tatsache, dass infolge der angespannten Versorgungslage in der VR Polen der Umfang von Abkäufen bestimmter Warengruppen durch polnische Bürger in der DDR zum Nachteil der inländischen Versorgungslage und zugunsten antipolnischer Stimmungen zunahm, wurde Honecker am 24.10.1980 durch den 1. Sekretär der Dresdner Bezirksleitung Hans Modrow per Fernschreiben alarmiert: „Es muss eingeschätzt werden, dass in den Diskussionen zu diesen Fragen einige Bürger mit an-

sich angesichts der Rolle der katholischen Kirche in Polen⁹⁴ außerordentlich für die Haltung der DDR-Kirchen in diesem Konflikt. Manfred Stolpe überbrachte sowohl inoffiziell dem MfS und auch offiziell als BEK-Sekretariatsleiter gegenüber der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen die frohe Botschaft, dass die Amtskirche schweigen würde. In letzterem Gespräch vom Dezember 1980 artikulierte er allerdings auch die Beunruhigung der Bischöfe über antipolnische „Misstöne und Vorurteile, die jetzt in der Bevölkerung zu hören sind“ und avisierte, „Probleme in der Kirche wären unvermeidlich, wenn die NVA militärisch eingreifen müsse“.⁹⁵ Die Amtskirche versuchte nachhaltig, die staatliche Befürchtung zu zerstreuen, sie würde in der DDR eine ähnliche Rolle spielen, wie die katholische Kirche in Polen. Ebenso sah sie die für sich selbst heraufziehende Bedrohung, wenn sie irgendeine politische Affinität zu Oppositionellen außerhalb und vor allen innerhalb ihres Wirkungsbereichs erkennen ließ, die sich mit *Solidarność* identifizierten. Das Zerstreuen solcher Befürchtungen war auch deshalb angeraten, weil die Amtskirche bei Verhaftungen aus solchen Gründen kirchennahen Betroffenen mancherorts Hilfe leistete.⁹⁶ Ein solcher Fall ereignete sich schon im Sommer 1981, als Eckart Hübener und Klaus Tessmann, dem Friedenskreis der Berliner ESG zugehörig, auf der Rückfahrt von Polen mit Material von *Solidarność* verhaftet und dann im Januar 1982 zu je 15 Monaten Freiheitsstrafe verurteilt wurden.

3.1.4.2 Illegale Gruppenbildung

Die beiden Verhafteten gehörten zu einer dreiköpfigen Mannschaft, die mit der Aufgabe betraut war, Material über die Situation in Polen zu beschaffen und Verbindungen zu den *Solidarność*-Kreisen herzustellen. Sie gehörte wiederum zu einer siebenköpfigen illegalen

tipolnischen und gehässigen Äußerungen auftreten. So wurde von einzelnen zum Beispiel geäußert: „Die Polen sind zu faul zu arbeiten und streiken und wir müssen für sie arbeiten. ... Wenn wir von der Arbeit kommen, haben die polnischen Schieber das gekauft, was wir dringend brauchen.“⁹⁴ Fernschreiben der Bezirksleitung der SED Dresden an Honecker vom 24.10.1980, SAPMO BArch, DY30/2215. Auch die Synode der EKBB konstatierte Anfang 1981 öffentlich den virulenten antipolnischen Chauvinismus, weshalb Schönherr von Klaus Gysi scharf gerügt wurde. Information über ein Gespräch Gysis mit Bischof Schönherr am 30.4.1981 in der Dienststelle des Staatssekretärs, SAPMO BArch DY 30, IV B2/14/18. Obwohl den antipolnischen Ressentiments von der Propaganda in der DDR kaum entgegengetreten wurde, sie deshalb offenbar durchaus Wirkung zeigten und so die staatlicherseits erwünschte Distanz der „DDR-Werkstätten“ zu den polnischen Arbeitern begünstigten, war der Arbeiteranteil an den registrierten Protestlern in der DDR gegen die Unterdrückung der polnischen *Solidarność* mit 72,6% am größten, Hürtgen 2005, S. 276f.

94 „In Meldungen über feindlich-negative Aktivitäten des KOR taucht immer wieder die Kirche auf. In Kirchen wurden Hungerstreiks durchgeführt, vor den Kirchen Flugblätter verteilt, nach Trauer- und Gedenkgottesdiensten formierten sich anschließend Demonstrationen. Dabei wurde sichtbar, dass besonders taktische Gründe ausschlaggebend waren, dass konterrevolutionäre Kräfte die Möglichkeiten der Kirche nutzten. ... stets bot die Kirche eine ‚legale‘ Basis für Kräfte des politischen Untergrundes.“ Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Missbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisierung politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen „inneren Opposition“ in der DDR, April 1983, MfS, JHS A.- Nr. 241/83.

95 Neubert 1997, S. 385f

96 Die offizielle Haltung der unter staatlichem Druck stehenden evangelischen DDR-Amtskirche zu Polen ähnelt verschiedentlich jener der bundesrepublikanischen Schmidt-Regierung, die nun allerdings lediglich unter eigenem Druck stand.

Gruppe um Reinhard Schult, die sich Ende 1980 während der Zuspitzung der Situation in Polen gebildet hatte.⁹⁷ Die Teilnehmer an dieser illegalen Gruppenbildung⁹⁸ rechneten damals mit einer bevorstehenden militärischen Lösung der Krise, an der diesmal auch die DDR beteiligt werden könnte. Die Gruppe wollte sich auf eine solche Situation vorbereiten, darauf mit Flugblättern reagieren⁹⁹, sich auf zu gewärtigende Repressionen gegen Oppositionelle einstellen, ein Kontaktnetz zur Kontrolle befürchteter Verhaftungen und für Verbindungen zu politischen Freunden im Westen aufbauen sowie die Beschaffung von illegaler Literatur zur Weiterbildung organisieren. Die Literaturbeschaffung lief seit 1981 regelmäßig auf der Grundlage von persönlichen Verbindungen zu linksorientierten Partnern im Westen, die Interesse an den Entwicklungen in der DDR und an Kontakten dorthin hatten. Den Transport solcher Literatur übernahmen in der DDR akkreditierte Korrespondenten¹⁰⁰, mit denen Gruppenmitglieder bekannt waren.

Nach 1981 reformulierte die erwähnte Gruppe ihr Selbstverständnis und präzierte ab 1982/83 ihren politischen Ansatz.¹⁰¹ So hieß es in einem Arbeitspapier:

Grundsätzlich ist zu sagen, dass Aktionen zur notwendigen Arbeit einer politischen Gruppe gehören. Hat eine Gruppe aufgehört, nach außen aktiv zu sein, wird sie in Lethargie verfallen und wird sich in diesem Prozess irgendwann die Frage stellen müssen, inwieweit der Anspruch, politische Gruppe zu sein, noch gerechtfertigt ist. Zerfall wird die Folge sein oder Auflösung in private Freundeskreise, was dasselbe ist. Bei einzelnen Aktionsformen muss nach Zweck, Ziel und Wirkung von Aktionen gefragt werden. Ziel und Zweck ergeben sich aus dem politischen Selbstverständnis der Gruppe. Nach unserem Statut ist es unser Ziel, eine Bewegung zu fördern, die in Richtung Sozialismus und Selbstverwaltung bzw. Selbstbestimmung geht. Im Gegensatz zum leninschen Organisationsverständnis betrachten wir uns nicht als Avantgarde, deren Ziel es ist, bei einer sozialen Revolution die Führung zu übernehmen

97 Die Verhaftungen im Sommer 1981 führten nicht zur Dekonspiration der Gruppe. Ihre Existenz blieb den Sicherheitsorganen bis 1988 verborgen. Klaus Tessmann wurde auf eigenen Wunsch aus der Haft in den Westen entlassen, während Eckart Hübener nach 13 Monaten in die DDR freikam. Der dritte Beteiligte, Martin Böttger, entging der Verhaftung durch kluges Verhalten bei der Befragung nach seiner Wiedereinreise, Interview mit Reinhard Schult am 29.11.2003.

98 Der Kreis setzte sich aus Personen zusammen, die zu Schults Freundeskreis gehörten (Gudrun Gierke, Gudrun Hoppe) bzw. die er zuvor in der Jungen Gemeinde (Klaus Tessmann), seiner Arbeitsstelle im Schlachthof Berlin, wo er als Maurer tätig war (Hartmuth Przybicki, dort beschäftigt als Sicherheitsinspektor) und in der Bausoldatenbewegung (Eckart Hübener, Martin Böttger) kennengelernt hatte. Ebenda.

99 Deshalb begannen die Gruppenmitglieder Schreibmaschinen, Papier, Spiritus, Kinderstempelkästen und ein Ormig-Vervielfältigungsgerät zu bunkern, Interview mit Reinhard Schult vom 29.11.2003.

100 Solche Korrespondenten (hier: Hans Jürgen Röder vom EPD und Peter Wienserski) waren nicht dem üblichen grenzüberschreitenden Zollkontrollsystem unterworfen.

101 Die im Folgenden dargestellten explizit staatsfeindlichen Selbstzuschreibungen waren ausschließlich in konspirativen widerständigen Zusammenhängen anzutreffen. Für oppositionelle Zusammenhänge konstatierte das MfS, dass Versuche der schriftlichen Fixierung feindlich-negativer Ziele im Allgemeinen an der Tatsache der so erfolgenden eindeutigen Fixierung von Beweismitteln für eine feindlich-negative Ausrichtung scheiterten. Hinzu käme eine häufige Abneigung vor der Einengung von Handlungsspielräumen. Das aktuelle Erscheinungsbild politischer Untergrundtätigkeit in der DDR und wesentliche Tendenzen seiner Entwicklung, Studienmaterial Oktober 1989, MfS, VVS JHS o001-89/89, eingesehen im MDA, Reg.-Nr. PUT5.

und ihr Programm durchzusetzen. Unser Organisationsverständnis geht mit den Auffassungen Rosa Luxemburgs konform, die davon ausgehen, dass eine revolutionäre politische Organisation in den vorhandenen Massenbewegungen aufklärerisch wirksam sein muss. Sicherlich ist das grob vereinfacht. Das Ziel ist und bleibt aber die soziale Revolution und die Sprengung der herrschenden Machtverhältnisse. Dieses Ziel muss eine politische Organisation sich bewahren unabhängig davon, ob in der Gesellschaft von einer revolutionären Situation gesprochen werden kann oder nicht. In gesellschaftlichen Restaurationsphasen und besonderer Aktivität der bürokratischen Reaktion und [ihren] Sicherheitsorganen besteht die Gefahr, dass die Organisation ihr politisches Ziel aus den Augen verliert und den Erhalt der Organisation als letzten Endzweck betrachtet. Totale Konspiration und Abschottung nach außen wird sich letztlich immer selbsterstörerisch auswirken ...¹⁰²

Zur Zielbestimmung der Gruppenarbeit hieß es in einem anderen Arbeitspapier:

... Schaffung von selbstverwalteten, solidarischen, autonomen gesellschaftlichen Keimzellen, denen es gelingt, praktisch und theoretisch konzeptionell zu arbeiten, Alternativen zu bestehenden gesellschaftlichen Praxis anzubieten, ... Erfahrungen der politischen Arbeit zu bewahren und weiterzugeben.

Zur Arbeitsweise der Gruppe und zu den Voraussetzungen ihrer politischen Arbeit hieß es:

Wirkungsvolle politische Opposition muss alle drei Formen der politischen Arbeit (konspirative, halblegale, legale) miteinander verantwortungsvoll verbinden ...

Und an anderer Stelle:

Notwendig ist diese Teilnahme an legalen Bewegungen auch aus der Fragestellung der persönlichen Bewusstseinsentwicklung der einzelnen Gruppenmitglieder. Wenn sich die politischen Erfahrungen der Gruppenmitglieder nur zwischen der Erfahrung in der Gruppe und der Frustration der Arbeitswelt bewegt, kann man die Fähigkeit verlieren, die wirklichen Möglichkeiten noch zu erkennen und entweder zu einer elitären oder resignierenden Haltung kommen. Die Situation Jugendlicher und auch politisch Engagierter kann man nur im persönlichen Umgang mit ihnen wirklich einschätzen und nicht nur durch Informationen aus zweiter Hand ...

Die kritische Bilanz bisheriger Friedensarbeit reflektierte ein Arbeitspapier aus der Gruppe wie folgt:

... In der Bewegung überwiegen weiterhin emotionales politisches Verhalten, Aussteiger- und Verweigerungsmentalität, stark ausgeprägter Individualismus. Inhaltliche Vertiefung fehlt oft. Kaum eigene Programmatik. Folglich Gefahr des Verlustes der Autonomie und Anlehnung an bürgerliche oder westliche Konzepte ... Die Sicherheitsorgane haben von Anfang an versucht, in die Friedensbewegung einzudringen, um die politische Richtung dort zu beeinflussen, zu provozieren oder die Arbeit zu verhindern. Die Friedensbewegung muss einen täglichen Kampf um die Bewahrung ihrer Autonomie führen. ... infolge der Entspannungspolitik, der größeren Öffnung Richtung Westen, der Nähe der Westmedien, dem Nichtgelingen des Zerschlagens der Friedensbewegung sowie des persönlichen Durchhaltevermögens ... haben sich die Methoden des Sicherheitsdienstes verändert. Verhaftungen gingen zurück (speziell in Berlin). Stattdessen wurden Berufsverbote, Reiseverbote, Psychoterror,

102 MDA, Reg. RSch 01b (handschriftlich, o. D.) – ebenso die folgenden Zitate.

Spaltung, Kriminalisierung und auch Methoden der repressiven Toleranz angewendet. ... Gleichzeitig hat die politische Opposition zum ersten Mal durch die Friedensbewegung einen größeren Aktionsradius erhalten, den sie bisher zu wenig zu nutzen wusste.

Man versteckte an gesicherten Orten noch nicht genutzte Schreibmaschinen und Vervielfältigungstechnik. Überdies wurden die üblichen Regeln und Sicherheitsvorkehrungen konspirativer Gruppenarbeit verabredet.¹⁰³ Die Gruppe verständigte sich dahingehend, dass ihre Mitglieder in den verschiedenen bestehenden legalen und halblegalen Kreise und deren Strukturen im Sinne von deren Selbstorganisation inspirierend mitarbeiten sowie mögliche Kandidaten für die Mitarbeit in ihrer konspirativen Gruppe ausfindig machen sollten, die Gruppe mit ihren Aktivitäten und Aktionen selbst aber nicht (etwa unter einem eigenen Namen) in Erscheinung treten würde.¹⁰⁴ Solchen Überlegungen folgend, engagierten sich die Gruppenmitglieder auch schon zuvor für das Zustandekommen der nichtöffentlichen thematischen Arbeitskreise im Friedenskreis der ESG (Arbeitskreis „Theologie und Gesellschaft“; vgl. 3.1.2.3) und später von halbkonspirativen Studienkreisen, die überwiegend als kirchenthematische Treffen legendiert wurden und an denen auch Oppositionelle teilnahmen, die ehemals oder gegenwärtig der SED angehörten¹⁰⁵ und deren Mitarbeit etwa in

103 Dies waren unter anderem: Ständig wechselnde Treffwohnungen, Vermeiden von Telefonaten und der schriftlichen Aufzeichnung von Adressen sowie Terminen bzw. deren Verschlüsselung, einschlägige Maßnahmen gegen eventuelle Abhöraktionen, Vereinbarung eines Alarmsystems für Notfälle und Verhaftungen, Interview mit Reinhard Schult vom 29.11.2003.

104 Nicht allein deshalb, um den Sicherheitsorganen keinen Anlass zur Suche nach einer konspirativen Gruppe aufzudrängen und den logistischen Zusammenhang verschiedener illegaler Aktivitäten zu verschleiern, sondern vor allem wegen des eher luxemburgischen als leninschen Selbstverständnisses eigener illegaler Arbeit waren die im weiteren darzustellenden Aktionen der Gruppe zur Herstellung einer jede Selbstzensur vermeidenden staatsfeindlichen Gegenöffentlichkeit (vgl. Abschnitte 4.1.2 und 5.1.1) nie mit einem namentlichen Auftreten der Gruppe verbunden. Im MfS antizipierte man Gruppen solchen Typs relativ präzise: Der Schritt von der politisch-ideologischen Diversion zur politischen Untergrundtätigkeit erfolge zumeist über die Bildung feindlicher Plattformen und Konzeptionen. Man ginge dann zum konspirativen Austausch solcher Konzeptionen über, betreibe den Ausbau von nichtöffentlichen Informations- und Diskussionsnetzwerken und vollziehe Zuverlässigkeits- und Eignungsprüfungen möglicher Kandidaten (wiederholte Fragen an bestimmte Personen bezüglich ihrer Meinung zu feindlichen Argumenten, das Ausleihen bestimmter Literatur usw.). Schließlich käme es zur Beschaffung von Vervielfältigungsapparaten. Die politisch-operative Bekämpfung von politischer Untergrundtätigkeit. Teil 1. Studienmaterial der Juristische Hochschule Potsdam, Sektion politisch-operative Spezialdisziplin, Januar 1980. MfS, JHS 001 – 1/80/I.

105 „Wie die operativen Erfahrungen zeigen, steht in solchen Diskussionsrunden oftmals die Wirtschaftspolitik der Partei und der Regierung im Mittelpunkt der Gespräche. Es gibt Beispiele dafür, dass solche Diskussionen zu einer regelechten Zirkeltätigkeit ausgebaut wurden. Mit dem Ziel, einen gemeinsamen Standpunkt zu finden, beschäftigen sich z. B. solche Personen mit selbst ausgewählten Themenkomplexen. Handelt es sich dabei um Personen, die von ihrer Entwicklung her die intellektuellen Voraussetzungen haben, wie z. B. Studenten, ehemalige bereits wegen negativen Erscheinungen exmatrikulierte Studenten, Personen, die eine gesellschaftswissenschaftliche Ausbildung haben ... so neigen diese oftmals dazu, ihre Ansichten schriftlich zu fixieren. ... das Auftauchen von selbstverfassten Schriften ... negativen, die gesellschaftliche Entwicklung ... und Grundprobleme der Politik der Partei und Regierung entstellenden ... Inhalts (ist) eine Erscheinung, die soweit es sich noch nicht um einen direkten Bestandteil der politischen Untergrundtätigkeit selbst handelt, oftmals der politischen Untergrundtätigkeit vorgelagert ist.“ Die politisch-operative Bekämpfung von politischer Untergrundtätigkeit. Teil 1.

Friedenskreisen ihre Berufstätigkeit gefährdet hätte.¹⁰⁶ Die Erträge dieser Arbeit flossen wiederum über jene Teilnehmer, die in solchen Kreisen tätig waren, auch in die Veranstaltungen im Rahmen der Friedenskreisarbeit ein. Ein Ausreisebegehren war mit der Gruppenzugehörigkeit nicht vereinbar.

Im Juni 1981 veröffentlichte das „Osteuropa-Info“ des Sozialistischen Osteuropakomitees¹⁰⁷ unter der Überschrift „Bleib daheim und wehr Dich täglich“ den Text eines Autors aus der DDR unter dem Pseudonym „Rudolf Luxemburg“. Sein „Beitrag zur Analyse der DDR“ sollte auf dem erzwungenen Umweg „über fortschrittliche Publikationen im Westen ... auf die Diskussion innerhalb der DDR einwirken“. Diese an Bahro positiv anschließende anti-bürokratische Kritik des SED-Regimes konstatierte unter anderem, dass

„uns heute eine demoralisierte Arbeiterklasse und eine kleibürgerliche Intelligenz geblieben (ist) ... Oppositionelles Verhalten wird ... oft an die westliche kritische Berichterstattung delegiert. Doch auf diesem Wege kann nichts verändert werden! Eine progressive Bewegung kann nur durch ein eigenes Informationsnetz und über eine oppositionelle Praxis entstehen. ... Erst wenn sich ... eine politische Opposition formiert, die ihre Basis in den Betrieben hat, kann ein Umwälzungsprozess eingeleitet werden, der von außen nicht mehr rückgängig zu machen ist.“

Die in diesem Text formulierten politischen Forderungen lauteten: Wiederherstellung des Streikrechts, Legalisierung neuer kommunistischer Verbände, Selbstverwaltung der Betriebe durch Betriebsräte, Aufbau von Bildungseinrichtungen ohne offizielle Weltanschauung, Herstellung von Reisefreiheit für alle, Auflösung des MfS, Reduzierung des militärischen Apparates und Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR.

Studienmaterial der Juristischen Hochschule Potsdam, Sektion politisch-operative Spezialdisziplin, Januar 1980. MfS, JHS 001 – 1/80/I.

106 Es waren dies ein regelmäßig neu eingerichteter Arbeitskreis zu Rudolf Bahros Veröffentlichungen, der nebenbei auch als „Rekrutierungsmöglichkeit“ für neue Gruppenmitglieder genutzt wurde, ein „Geschichtskreis“ zum Studium der Geschichte der UdSSR, der DDR und der ost- und südosteuropäischen Diktaturen sowjetischen Typs sowie zur Wirtschaftsgeschichte dieser Länder, schließlich zur Geschichte der KPdSU und der KPD/SED, ein Studienkreis zu den Schriften von Marx und anarchistischer Theorien, Veranstaltungen zur Kritik der politischen Ökonomie des „real existierenden Sozialismus“, der Wertformtheorie sowie zu den Formen bürokratischer Wirtschaftsorganisation und Reformexperimenten in den osteuropäischen Ökonomien. Die Existenz dieser Arbeitskreise konnte von den Sicherheitsorganen mittels des Einsatzes von IM überwiegend aufgeklärt werden, nicht jedoch ihr Kontext (siehe auch Abschnitt 3.1.3). In einem Schulungsmaterial der Juristischen Hochschule des MfS in Potsdam von 1983 hieß es ahnungsvoll: „Neben der konzeptionellen Arbeit, die in diesen streng konspirativ wirkenden Zusammenschlüssen erfolgt, orientiert sich ihre Tätigkeit vor allem ... auf die ‚theoretische Schulung‘, um einheitliche theoretische Grundpositionen herauszubilden und Kader für das weitere konterrevolutionäre Vorgehen zu formen. Eine Parallele zu den ‚fliegenden Universitäten‘ von KOR in der VR Polen drängt sich dabei förmlich auf.“ Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Missbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen „inneren Opposition“ in der DDR, April 1983, MfS, JHS Arch.-Nr. 241/83.

107 „Bleib daheim und wehre Dich täglich“, in: „Osteuropa-Info“ 2/81 des SOK-Sitz Wien.

Am 2.10.1982 wurde die Eröffnung eines Operativen Vorgangs (OV) „Gegenstimme“ durch die Hauptabteilung XX/2 in Richtung Straftaten nach §106 (staatsfeindliche Hetze) bestätigt. Der Anlass waren Feststellungen der Abteilung Postzollfahndung betreffs des Versendens einer „30-seitigen Hetzschrift“¹⁰⁸ im inländischen Postverkehr an bekannt gewordene Adressen am 1., 2., und 6.9.1982 mit der Aufforderung zum Lesen und Weitergeben, versehen mit fingierten Absendern und „einer Rechtsmittelbelehrung“ an die Empfänger.¹⁰⁹

Der Hintergrund: Nicht etwa die Herausgeber der veröffentlichenden Zeitschriften oder der Autor dieser „Hetzschrift“, sondern die Gruppe Schult, welche Zugang zu den erwähnten Zeitschriften hatte und dadurch Kenntnis von diesem Papier erlangte, hatte sich entschlossen, diesen Text in der DDR zu verbreiten. Es wurden ca. 80 Abschriften hergestellt, mit einem Einleitungstext versehen¹¹⁰ und über verschiedene Postämter in Berlin und den Bezirken bzw. durch Handverteilung in Hausbriefkästen auf den Weg gebracht. Der Verfasser des Textes war ihnen unbekannt. Das MfS ermittelte über drei Jahre, um seine Verbreiter festzustellen. Es gelang ihm, über den Kreis der bekannt gewordenen Empfänger den Kreis der mutmaßlichen „Täter“ weitgehend zutreffend zu erschließen, jedoch nicht, das „Tatwerkzeug“ (die Schreibmaschine) zu finden. Der OV wurde deshalb im Januar 1986 archiviert.¹¹¹

Der konspirative Autor des Textes, Dr. Gerd Stadermann, ein Mitarbeiter des Zentralinstituts für Optik und Spektroskopie der Akademie der Wissenschaften der DDR und Mitglied des Friedenskreises der Evangelischen Kirchgemeinde Alt-Pankow, ist den Sicherheitsorganen als Autor des Artikels ebenso unbekannt geblieben, wie der konspirativen Gruppe, die ihn verbreitete. Ebenso wenig wusste der Autor um diese Form der Verbreitung seines Textes.¹¹² Tatsächlich belegt dieser Sachverhalt die Richtigkeit der Einschätzung in seinem Aufsatz, „dass die linken Oppositionellen in der DDR zahlenmäßig schwach und zudem in kleine Diskussionskreise zerstreut sind, die untereinander kaum Kontakt haben“¹¹³. Die dahinter steckende Problemlage jedoch war unhintergebar: Der „Sklavensprache“ bzw. „Selbstzensur“ bei der Herstellung von „Gegenöffentlichkeit“ für explizit staatsfeindliche Positionierungen und gleichzeitig der „Selbstanzeige“ zu entgehen, war in einer Diktatur nur konspirativ möglich. Die herzustellende „Gegenöffentlichkeit“ konnte in der Nutzung von Westmedien (bei Gefahr einer wohlfeilen Diskreditierung der Glaubwürdigkeit des Autors durch die Herrschenden bzw. seiner Instrumentalisierung durch diese Medien) oder in der Schaffung eigener Medien und Öffentlichkeitsformen (rechnend mit deren technischer Un-

108 Es handelte sich um Abschriften des erwähnten Aufsatzes „Bleib daheim und wehre Dich täglich“.

109 MfS, OV „Gegenstimme“, Reg.-Nr. XV/7475/82, Band I. Einsichtnahme des Autors in die Kopie dieser Akte im MDA.

110 Unter sarkastischer Bezugnahme auf Büchners „Hessischen Landboten“ und seine bekannte „Rechtsmittelbelehrung“ vom Juli 1834 versah die Gruppe um Schult ihre Abschrift mit Auszügen aus dem Lehrbuch „Strafrecht, Besonderer Teil“ des Staatsverlags von 1981 hinsichtlich der Risiken bei Weitergabe staatsfeindlicher Schriften und der Rechte von Beschuldigten bzw. Angeklagten oder Zeugen in Untersuchungsverfahren bzw. vor Gericht.

111 MfS, OV „Gegenstimme“, Reg.-Nr. XV/7475/82, Band I-III. Interview mit Reinhard Schult vom 29.11.2003.

112 Der Verfasser des „Gegenstimmenpapiers“ erfuhr erst am 29.3.2004 vom Autor dieser Monographie anlässlich eines Interviews von dieser Form der Verbreitung seines Textes im Jahre 1982.

113 „Bleib daheim und wehre Dich täglich“, ebenda.

zulänglichkeit bzw. permanent bedrohter Existenzweise) erfolgen. Im geschilderten Fall wurde beides versucht. Obwohl beides gelang, war der „Öffentlichkeitseffekt“ marginal. Zukünftig sollte es sowohl darum gehen, solche Räume zu erweitern als auch darum, in diesen Räumen immer weiter zu gehen, ohne aufgehalten werden zu können. Die Prozesshaftigkeit dieses Vorgangs entsprach dem Prozess gesellschaftlichen Wandels, in dessen Verlauf das Notwendige zum Möglichen werden sollte: Wenn nämlich die „politischen Unkosten“ für die Herrschenden bei der strafrechtlichen Verfolgung von „Straftaten gegen die öffentlichen Ordnung“ oder sogar „Staatsverbrechen“ so hoch wurden, dass die eigentlich gebotene staatsanwaltschaftliche Verfolgungspflicht keinen Automatismus mehr auslösen konnte.

3.1.4.3 Friedenskreis Pankow: Opposition mit offenem Visier

Der Friedenskreis der Kirchgemeinde Alt-Pankow (künftig FK Pankow)¹¹⁴ ging einen anderen Weg: Obwohl der konspirative Autor der erwähnten staatsfeindlichen Publikation zu den Gründern dieses Friedenskreises gehörte, war jener Kreis ebenso wie die meisten anderen auf die strikte Ablehnung jeder Konspiration festgelegt. Eine weitere Mitbegründerin dieses Kreises war die Gemeindepastorin und sie blieb es auch – anders als der damalige Berliner ESG-Pfarrer, Mitbegründer des dortigen Friedenskreises. Während die direkte Anbindung der ESG an Kirchenleitung und Konsistorium sowie die Kooperation des Nachfolge-ESG-Pfarrers mit jenen die Exmittierung des Friedenskreises betreibenden kirchlichen Gremien das „Aus“ des Kreises in der ESG bedeutete, waren amtskirchliche Möglichkeiten zur Disziplinierung eines Kreises wie des Pankowers beschränkt: Solange ein Gemeindegemeinderat (GKR) den/die PastorIn stützte, war ein solcher Kreis aufgrund der weitgehend demokratischen evangelischen Kirchengrundordnung relativ sicher.¹¹⁵ Hinzu kam, dass Pastorin Ruth Misselwitz, ebenso wie Pfarrer Rainer Eppelmann von der Samaritergemeinde, an einem regelmäßig tagenden informellen Beratungskreis wichtiger kirchlicher Berliner Funktionsträger¹¹⁶ teilnahm und so einen „direkten Draht“ zur Amtskirchenhierarchie hatte, der in Krisensituationen benutzt werden konnte. Anders als im Falle des ESG-Friedenskreises waren die Staatsorgane hinsichtlich des Pankower Kreises deshalb eher genötigt, zu gegebener Zeit nach Maßgabe der bestehenden Möglichkeiten selbst Hand anzulegen, anstatt die Amtskirche einspannen zu können.

Zur Bildung des Friedenskreises Pankow wurde auf Initiative einer „negativen Gruppierung um den DDR-Bürger Hans-Jürgen Misselwitz“¹¹⁷ im Oktober 1981 auf einem Frie-

114 Dieser Friedenskreis ist einer der wenigen, dessen Geschichte eingehend erforscht und in vielen Einzelheiten dargestellt ist: Marianne Subklew-Jeutner, *Der Pankower Friedenskreis*, Osnabrück 2004.

115 Allerdings konnte die KL nach Artikel 74 (1) dieser Ordnung Beschlüsse u. a. eines GKR „außer Kraft setzen, wenn sie mit Schrift und Bekenntnis nicht vereinbar sind oder eine auf andere Weise nicht zu behobende Gefahr für das kirchliche Leben darstellen.“ Bei Rechtsverletzungen konnte dies ebenso das Konsistorium nach Artikel 78 (2).

116 Zu dem seit 1980 um Martin-Michael Passauer gebildeten Gesprächskreis „Frieden und Theologie“ gehörten unter anderem Rudi Pahnke und Manfred Schnur sowie ab 1985 mit Gottfried Forck, Manfred Stolpe und Günter Krusche auch KL-Mitglieder, Neubert 1997, S. 516. Auch Friedrich Winter gehörte zu diesem Kreis, Subklew-Jeutner 2004, S. 257.

117 So die Charakterisierung eines Diskussionskreises um Ruth und Hans Misselwitz, Gerd Stadermann und Marina Grasse durch das MfS im Juli 1978. Ebenda, S. 57.

densfest der Pankower Kirchgemeinde aufgerufen. Die Grundsätze und Arbeitsfelder des entstehenden Friedenskreises wurden bei seinem ersten konstituierenden Treffen im November zur Diskussion gestellt. Diese von Hans Misselwitz verfassten „Überlegungen“ orientierten auf Gewaltlosigkeit und Vertrauensbildung, verwarfen das „Freund-Feind-Denken“ und argumentierten vorwiegend theologisch, fußend auf dem „Friedensauftrag des Evangeliums“ und der erwähnten „Orientierungshilfe“ der KKL für die Gemeinden im Umgang mit dem Fach Wehrerziehung von 1978. Sie betonten die Einzelverantwortung der Teilnehmer für ihr Handeln: „Wir verstehen uns nicht als ein Zusammenschluss, der ein Auftreten als Gruppe zum Ziel hat.“ Diese Risikoverlagerung von der Gruppe auf den einzelnen Teilnehmer anerkannte gleichzeitig die differenzierte Risikobereitschaft der Mitglieder dieses Kreises. Davon ausgehend konnten auch keine Erklärungen im „Namen des Friedenskreises“ abgegeben werden. Diese christlich basierte, überwiegend pazifistische, im Vergleich zu anderen Kreisen außerordentlich vorsichtige und politisch zurückhaltende Selbsteinordnung wurde 1983 zu den „Grundsätzen“ des Friedenskreises, erweitert um die Erklärung seines Charakters als „offen“ (unabhängig von einem Bekenntnis), erklärt.¹¹⁸ Der Initialimpuls war, wie bei allen Friedenskreisen, die sich zuspitzende eurostrategische Bedrohungslage. Der FK Pankow reagierte darauf mit einer demonstrativen individuaethischen und politisch-moralischen Positionierung. Seine externen Wirkungsfelder waren der angestrebte Dialog mit anderen kirchlichen Kreisen (vor allem mit dem FK der Samaritergemeinde) und amtskirchlichen Gremien¹¹⁹, aber auch mit staatlichen Adressaten¹²⁰ und die Teilnahme an den entstehenden überregionalen kirchlichen Initiativen¹²¹. Diese Dialoganstrengungen konzentrierten sich auf die Form der Eingabe bzw. des Briefes – in einigen schwer zu kriminalisierenden Fällen auch ins Ausland – vornehmlich zum Thema der Friedenserhaltung. Die Texte wurden von den Friedenskreismitgliedern als Einzelpersonen unterzeichnet. Im Falle staatlicher Adressaten teilten sie das Schicksal der Folgenlosigkeit in der Sache, aber nachteiliger Folgen für die Unterzeichner, mit vielen solcher Eingaben von Bürgern zu brisanten Themen.¹²² Hinsichtlich des Mittels politischer Demonstrativhandlungen unter Inanspruchnahme ungeschützter öffentlicher Handlungsräume war der Pankower Kreis sehr zurückhaltend und folgte in seinem Selbstverständnis kirchlichen Friedenszeugnisses eher der amtskirchlichen Beschwichtigungsmaxime gegenüber dem Staat, dies sei

118 Ebenda, S. 67ff.

119 So mit den Synoden des BEK und der EKBB sowie ihren Ausschüssen, mit der KKL und der KL der EKBB.

120 Beispiele sind die Themen Umweltschutz, Atomenergie und vor allem staatliche Friedenspolitik.

121 Der FK Pankow war von 1982 bis 1987 maßgeblich an der Vorbereitung und Durchführung des überregionalen Mecklenburger Friedensseminars beteiligt. Ebenso nahmen Mitglieder des Kreises an den Treffen „Konkret für den Frieden“ und am konziliären Prozess in der „Ökumenischen Versammlung für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ (vgl. Abschnitte 4.27 und 4.33) teil.

122 Nominell war der Eingabesteller laut Verfassung Artikel 103 vor Nachteilen geschützt, wenn er sich in dieser Form an Volksvertretungen, staatliche oder wirtschaftliche Organe wandte und gemäß Gesetz über die Bearbeitung der Eingaben der Bürger vom 19.6.1975 auf fristgerechte Bearbeitung seiner Sache vertrauen sollte. Dieses Gesetz war eigentlich ein Residuum von Rechtsförmigkeit des Schutzes von Bürgern gegenüber Verwaltungsentscheidungen nach Abschaffung der Verwaltungsgerichtsbarkeit in der DDR im Jahre 1952.

kein Mittel der Kirche.¹²³ Trotzdem waren Mitglieder des Kreises maßgeblich beteiligt an der Entstehung einer gemeinsamen Petition von Bürgern der DDR und der BRD sowie dem von den Sicherheitsorganen verhinderten Versuch ihrer öffentlichen Übergabe an die sowjetische und US-amerikanische Botschaft am 4.11.1983.¹²⁴ Der Kreis agierte streng legalistisch in verschiedenen thematischen Arbeitsgruppen¹²⁵ und gemeinsamen offenen monatlichen „Freitagsabenden“ unter Nutzung der Gemeindeinfrastruktur, organisiert von einer ebenfalls offenen Vorbereitungsgruppe. Die so hergestellte Öffentlichkeit war eine kircheninterne, jedoch als Angebot prinzipiell für jeden Bürger wahrnehmbar in Abhängigkeit von seiner Bereitschaft der Überschreitung von Milieugrenzen bzw. der Entschlossenheit von Basisgruppen wie des Pankower FK, solche Grenzen zu ignorieren. Vollkommen zutreffend wurde diese Sachlage von den Herrschenden als Bedrohung ihres Öffentlichkeitsmonopols antizipiert. Es reichte aus, mittels Eingabe an den Staatsrat um den Stationierungsverzicht von Raketensystemen auf dem Boden der DDR zu bitten, um den Friedenskreis staatlicherseits gegenüber kirchlichen Vertretern als „Zentrale der Opposition“ zu qualifizieren.¹²⁶ An der später im Geflecht der Basisgruppen sich ausbreitenden Herstellung eigener Publikationen¹²⁷ beteiligte sich der Friedenskreis allerdings nur marginal.¹²⁸ Die Ernsthaftigkeit des Bestrebens, mit öffentlichkeitswirksamen Aktionen verändernd in die Gesellschaft hineinwirken zu wollen, dokumentierte auch die Selbstbindung des Pankower Friedenskreises, Ausreiseartragsteller nicht oder nicht in verantwortlicher Position an der Arbeit des Kreises zu beteiligen: Es wurde Missbrauch im Sinne einer angestrebten Beschleunigung der Aus-

123 Der Erfurter Probst Heino Falcke dagegen befürwortete aus kirchlicher Sicht ausdrücklich gewaltfreie Demonstrationen entgegen der Kirchenbundstrategie einer generellen Konfliktvermeidung, Subklew-Jeutner 2004, S. 184f.

124 Diese Petition sollte beide Supermächte zum Verzicht der geplanten Stationierung von Raketensystemen in Deutschland bewegen. Das bevorzugte Mittel der Sicherheitsorgane gegen solche demonstrativen Vorhaben war die Zuführung und zeitweilige Gewahrsamnahme bzw. die Verhängung von Hausarrest gegen vermutete Teilnehmer solcher Aktionen, von denen an diesem Tag in Berlin mehrere Akteure aus verschiedenen Gruppen, auch 7 Mitglieder des FK Pankow, betroffen waren. Die mehrfachen polizeilich behinderten Fahrradcorcos (einer davon im Juni 1982 zusammen mit dem FK der ESG) und Baumpflanzaktionen der Jahre 1982/83, die Teilnahme von Friedenskreismitgliedern am Olof-Palme-Friedensmarsch 1987 (vgl. Abschnitt 4.15.2) und der Demonstration für Pressefreiheit 1988 (vgl. Abschnitt 4.28) sowie die Mitwirkung des Friedenskreises an der Feststellung des Kommunalwahlergebnisses im Stadtbezirk Pankow 1989 (vgl. Abschnitt 4.39) sind weitere Beispiele der Teilnahme des FK Pankow an Formen demonstrativen Handelns.

125 Es waren dies die Arbeitsgruppen „Argumente für den Frieden“, „Gewaltfreies Training – Anders leben“, „Ökologie und Rüstung“, Bibelkreise, „Teilen“ und „Kindererziehung“, letzteres ein Schwerpunkt der Arbeit des Kreises.

126 Einlassung des Stellvertreters des Oberbürgermeisters und Stadtrat für Inneres, Günter Hoffmann, gegenüber dem für die Berliner Gruppen zuständigen Generalsuperintendenten Günter Krusche am 14.7.1983, erwähnt in einem Brief von Ruth Misselwitz an die Kirchenleitung der EKBB (Probst Winter) vom 25.10.1984.

127 Vgl. Abschnitt 5.1.1.1.

128 Zu den Folgen eines begrenzten Atomkriegs wurde 1984 die 99 Exemplare umfassende Auflage einer Studie des FK Pankow unter dem Titel „Das Unvorstellbare vorstellen“ auf der Friedenswerkstatt, dem Seminar „Frieden konkret“ (vgl. Abschnitt 3.4.4.1) und dem mobilen Friedensseminar in Mecklenburg verbreitet. Auch an der SDI-Studie aus dem gleichen Jahr (vgl. Abschnitt 3.1.4.5) beteiligten sich drei Pankower FK-Mitglieder. Der Versuch des FK, im Herbst 1989 eine eigene Publikation unter dem Titel „Das Blatt“ herauszubringen, wurde nach zwei Ausgaben überflüssig.

reisegenehmigung mittels politischen Engagements und überdies ein prinzipieller Zielkonflikt zwischen denen, welche die DDR verändern und jenen, welche sie verlassen wollten, befürchtet.

Auch der Verfälschungsargwohn gegenüber westlichen Medien dürfte für die Zurückhaltung des Kreises im Gebrauch solcher Möglichkeiten maßgebend gewesen sein, zumal deren Nutzung auch dem Dialogbestreben des Kreises mit staatlichen Adressaten zuwiderlief.¹²⁹ Die Zange zwischen der Androhung strafrechtlicher Verfolgung einer Kooperation mit Westmedien nach dem Konstrukt „landesverräterischer Nachrichtenübermittlung“¹³⁰ mit darauf aufsetzender politischer Diskreditierung der Akteure oder ihre Instrumentalisierung durch die Westmedien war in dem Maße real, wie die interessengeleitete politische Neigung von Staatsmacht bzw. Medien zu solcherart Handeln. Diese Problemlage war ebenso wenig hintergebar, wie schwer kalkulierbar.

Hinsichtlich des beruflichen Status der Kreismitglieder überwogen die naturwissenschaftlich-technischen Berufe und keineswegs die Tätigkeiten im kirchlichen Bereich. Außerdem waren Frauen zahlenmäßig mindestens gleichstark vertreten, wie die männlichen Friedenskreismitglieder. Insofern stellte der FK Pankow in beiderlei Hinsicht eine Ausnahme unter den Friedenskreisen dar.

Der strikt basisdemokratische Arbeitsstil dieser sozialetischen Gruppe wie auch ihre Arbeit selbst wurde ab September 1983 von einer ungewöhnlichen Herausforderung bedroht: Sie sah sich einer destruktiven offenen „Invasion“ durch staatlicherseits instruierte „Gäste“ der offenen Abende des Friedenskreises ausgesetzt, womit seine Arbeit lahmgelegt werden sollte. Bis zu 30 legendiert auftretende Direktstudenten des MfS und 15 offen agierende, von der Abteilung XX/4 der Bezirksverwaltung (BV) Berlin des MfS eingewiesene „gesellschaftliche Kräfte“ der SED sollten „offen positive Richtungen in der Diskussion ... erzwingen ... und ... die heuchlerische ‚Friedenspolemik‘ der führenden Personen ... entlarven.“¹³¹ Die Folge war, dass der Friedenskreis 1984 mit der Autorität von Gemeindegemeinderat und Konsistorium Durchführungsbestimmungen für den Ablauf der offenen Abende erließ, welche gegen solche Zumutungen das Hausherrenrecht der kirchlichen Mitarbeiter in Anschlag bringen sollte. Neben dieser in Notwehr eingezogenen formellen Hierarchisierung begünstigte diese Problemlage jedoch auch die Stärkung informeller Hierarchiebildung im Kreis: Man war genötigt, jenseits der nominell offenen „Freitagsabende“ und Vorbereitungskreis-Treffen in abgeschlossener vertrauter Runde über die Arbeit des Kreises zu sprechen. Über die von außen aufgezwungene Behinderung der freien Rede an den offenen Abenden und der reaktiven Hierarchisierung der Friedenskreisarbeit hinaus litt

129 „Eine Sache, die ich sehr geschätzt habe am Pankower Friedenskreis war, dass ... das politische Engagement in der DDR nicht unter dem Etikett ‚Bürgerrechtler‘ in die Westmedien getragen wurde, ... auch weil wir uns nicht benutzen lassen wollten.“ Interview mit einem Friedenskreismitglied, Subklew-Jeutner 2004, S. 128.

130 Der § 99 StGB verfolgte die Weitergabe auch von nicht geheimen Nachrichten zum Nachteil der DDR mit Strafanordnungen von 2 bis 12 Jahren Haft.

131 Subklew-Jeutner 2004, S. 302f. Aufgrund der Tatsache, dass sich die legendiert auftretenden Direktstudenten des MfS allesamt mit dem Vornamen „Lutz“ vorstellten, wurden die alsbald stadtbekannt unliebsamen „Gäste“ des Pankower Kreises von den Mitgliedern der Friedenskreise als „Lutzies“ bezeichnet.

also auch die Transparenz dieser Arbeit für die Mitglieder des Kreises.¹³² Damit waren essentielle Voraussetzungen alternativer Basisgruppenarbeit beschädigt. Hinzu kam, dass diese bis Anfang 1987 andauernde staatliche Obstruktion zwecks Verunsicherung der Friedenskreisteilnehmer und Paralyisierung der Öffentlichkeitswirksamkeit des Kreises eingebettet war in weitere geheimdienstliche Maßnahmen im Rahmen eines bereits im September 1982 von der Abteilung XX/4 der Berliner Bezirksverwaltung des MfS eröffneten Operativen Vorgangs. Das Bearbeitungsziel des OV „Virus“ war der Nachweis „staatsfeindlicher Tätigkeit ... unter Missbrauch kirchlicher Möglichkeiten“, um so „das innerkirchliche Kräfteverhältnis mit dem Ziel zu beeinflussen, dass solchen feindlichen Kräften die Wirkungsmöglichkeiten in der Kirche beschnitten werden.“¹³³ Doch das Spektrum der angewandten Maßnahmen und die Instruierung von ca. 35 eingesetzten IM belegt, dass die Sicherheitsorgane es bevorzugten, im Vorfeld strafrechtlicher Maßnahmen die Ausschaltung dieses Kreises anzustreben: Denn neben fortgesetzten Prüfungen auf straf- und ordnungsrechtliche Verantwortlichkeit und Orientierung auf dementsprechende Beweismittelsicherung, Postkontrolle, Aufklärung von Auslandsverbindungen und konspirativen Hausdurchsuchungen wurden auch berufliche Diskriminierungen¹³⁴ und vor allem Zersetzungsmaßnahmen¹³⁵ durchgeführt, welche die Verunsicherung, Einschüchterung, Diskreditierung und schließlich den Ausstieg von Kreisteilnehmern bewirken sollten. Zusammen mit der erwähnten massiven Beeinträchtigung der öffentlichen Friedenskreisarbeit durch provozierende „Gäste“ des Kreises sollte so die Verstetigung „legaler Stützpunkte des politischen Untergrundes in der Kirche“¹³⁶ verhindert werden.

Der erhebliche Aufwand an verdeckten Maßnahmen und Zersetzungsoperationen sowie der Umfang von Ermittlungshandlungen in Richtung „Verbrechen gegen die DDR“ und „Vergehen gegen die staatliche Ordnung“¹³⁷ sind insofern erklärungsbedürftig, als es tatsächlich kein Strafverfahren gegen ein Pankower Friedenskreismitglied gegeben hat. Abgesehen davon, dass gerade der Pankower Friedenskreis gegenüber den staatlichen Instanzen

132 Die auch ohne solche massiven Behinderungen in jedem nominell antihierarchischen basisdemokratischen Arbeitszusammenhang sich bildenden informellen Hierarchien waren nach retrospektiven Einschätzungen einiger Pankower Friedenskreismitglieder freilich ebenso in Pankow vorhanden. Wenn sich in einem solchen Zusammenhang die Zugangsbarrieren für neue Mitglieder anheben, muss dies nicht unbedingt bedeuten, dass der thematische Integrationsmodus zugunsten des sozialen an Bedeutung verliert, wie dies Marianne Subklew-Jeutner in ihrer Darstellung der Geschichte des Pankower Friedenskreises für diesen einschätzt. Trotzdem mag ihre Feststellung zutreffen, dass dieser offene politische *Friedenskreis* sich mehr und mehr in einen politisch aktiven *Freundeskreis* verwandelte. Ebenda, S. 100 und S. 102.

133 Eröffnungsbeschluss des OV „Virus“, ebenda, S. 290.

134 So wurde beispielsweise Gerd Stadermann im Mai 1985 nach einer von ihm im Friedenskreis gehaltenen Andacht von seinem Institutsdirektor auf die Genehmigungspflicht jeglicher „Öffentlichkeitsarbeit“ hingewiesen und sollte darauf verpflichtet werden, keine andere Meinung als die allgemein gültige zu äußern.

135 Von der Abteilung XX der BV Berlin geplante Maßnahmen der spezifischen Zersetzung waren vom Leiter der BV oder auf der Ministeriumsebene zu genehmigen. Eine Reihe solcher Maßnahmen, die Gesundheit oder Leben gefährden konnten, wurden nicht genehmigt, andere wiederum wurden von der Abteilung XX/4 ohne Genehmigung durchgeführt. Vgl. dazu Subklew-Jeutner 2004, S. 304ff. Einige verwirklichte Zersetzungsmaßnahmen stellten explizit strafbare Handlungen dar.

136 Eröffnungsbeschluss des OV „Virus“, Subklew-Jeutner 2000, S. 290.

137 So wurde in Richtung §§ 99, 100, 106 und 107 sowie §§ 218, 219 und 220 StGB ermittelt.

dialog- und nicht konfrontationsorientiert auftrat, in der Öffentlichkeit politisch sehr zurückhaltend und stark religiös rückgebunden agierte sowie konspirative Methoden ablehnte, war dieser Friedenskreis (zusammen mit dem in der Berliner ESG und der Samaritergemeinde) jedoch eines der ersten öffentlich wirksamen Angebote schwer zu kontrollierender eigenständiger friedens-, umwelt- und erziehungspolitischer Alternativen. Von den Sicherheitsorganen wurde nach der Friedenswerkstatt im Juni 1982 der Beginn dieser Entwicklung richtig gedeutet: Nur durch entschlossenes Handeln in Richtung Eindämmung oder Zerschlagung solcher Gruppen war die Ausbreitung ihrer Entstehung oder ihre Radikalisierung zu verhindern. Freilich waren die Handlungsgrenzen des MfS gerade im neuen Abwehrfall kirchlicher Basisgruppenarbeit enger, als noch zu Beginn der 70er Jahre im Fall der damaligen Opposition: Das Vorgehen war auszubalancieren zwischen zu erwartender amtskirchlicher Intervention im Falle strafrechtlicher Maßnahmen (insbesondere gegen Pfarrer) und eventuell damit verbundenen Belastungen des Verhältnisses Staat-Kirche sowie sich dann einstellender internationaler Aufmerksamkeit gerade bei derartigen Vorfällen in der Hauptstadt Berlin angesichts der 1975 auch von der DDR unterzeichneten KSZE-Schlussakte.¹³⁸ Von daher kann angenommen werden, dass nicht nur im Fall des Pankower Friedenskreises die Suche nach officialisierbarem strafrechtlich relevanten Belastungsmaterial eher im Zusammenhang mit dann aussichtsreicheren Versuchen stand, gegenüber der Amtskirche Druck in Richtung Disziplinierung solcher Kreise oder sogar Beendigung deren Tätigkeit ausüben zu können.¹³⁹ Dabei war seit der Verschärfung des politischen Strafrechts im 3. Strafrechtsänderungsgesetz von 1979 die Waffe der Strafverfolgung noch bedrohlicher geworden. Seine Anwendung gegen Einzelpersonen, gegen unbekannte kleine Gruppen im Land (insbesondere solche ohne Schutz durch die Kirche) oder nach politischem Ermessen blieb unbenommen. Diese Drohung blieb wirksam gegen Bestrebungen solcher Gruppen, sich außerhalb kirchlicher Sphäre zu bilden oder ihren Schutzraum zu verlassen. Im Falle des Friedenskreises Pankow zog überdies das MfS hinsichtlich der Möglichkeit strafrechtlicher Verfolgung die Bilanz, „dass zur Zeit kaum offizielle Beweise vorliegen und die Hauptmasse der Informationen und Erkenntnisse aus inoffiziellen Quellen stammt“.¹⁴⁰ Von daher ist auch die Konzentration auf Zersetzungsmaßnahmen und Maßnahmen des „politisch-operativen Zusammenwirkens“ mit anderen staatlichen Organen (etwa bei der beruflichen Beeinträchtigung von Friedenskreismitgliedern) zu erklären.

Die sonst übliche zweite Schiene der staatlichen Druckausübung auf die Kirchenleitung zum Nachteil der Basisgruppen war im Falle des Friedenskreises Pankow wenig aussichtsreich. Sowohl die bereits erwähnte vertrauensvolle Kooperation des FK Pankow mit der Kirchenleitung (namentlich mit Günter Krusche und Manfred Stolpe) als auch der weitgehende Verzicht des Friedenskreises auf konfrontative Herausforderung der Staatsorgane machten ihn für die Kirchenleitung berechenbar und qualifizierten ihn zum „schutzwürdigen“ Arbeitskreis¹⁴¹. Diese Sachlage unterschied den Pankower Kreis erheblich von anderen

138 Hinsichtlich der im Zentrum operativer Maßnahmen stehenden Familie Misselwitz erschien dem MfS 1985 „aus politischen Gründen eine Bearbeitung ... entsprechend dem StGB, besonderer Teil, Verbrechen gegen die DDR, nicht möglich“, Subklew-Jeutner 2004, S. 313f.

139 Siehe auch den oben zitierten Eröffnungsbeschluss des OV „Virus“

140 Subklew-Jeutner 2004, S. 314.

141 Als sich der FK Pankow im Oktober 1985 einer Visitation unter dem Kommando der Superintendentur Pankow unterziehen ließ, bekräftigte der Visitor Generalsuperintendent Krusche, „dass die KL hinter

Berliner Basisgruppen. Auch die strategische Priorität des Prinzips der Erhaltung der Gesprächsfähigkeit mit amtskirchlichen wie staatlichen Stellen teilten die Pankower höchstens noch mit dem Bartholomäus-Kreis.

Während der Pankower Friedenskreis bis etwa 1985/86 eine wichtige Rolle sowohl in Berlin als auch bei den überregionalen Netzwerken und Seminaren (Mecklenburger Friedensseminar, „Frieden konkret“) spielte, verlor er in der zweiten Hälfte der 80er Jahre erheblich an Bedeutung. Dies lag zum einen daran, dass der Friedenskreis nicht zuletzt unter dem Eindruck der bis Anfang 1987 andauernden Belagerung durch die staatlich bestellten Störer seiner offenen Abende konsequent bei der gewohnten politischen Zurückhaltung blieb und auch die von der Amtskirche gesetzten Grenzen respektierte. Zum anderen ignorierte der Kreis offenbar die mit dem Wandel des Repressionsregimes zusammenhängenden Spielraumerweiterungen, insbesondere die neuen Möglichkeiten unabhängiger Publikationen. Ebenso blieb der Kreis in seiner Arbeit von der hochpolitischen Themenausdehnung im Schatten der innenpolitischen Krisenverschärfung und der durch den sowjetischen Politikwandel bewirkten Öffnung unbeeindruckt. Kennzeichnend blieb der Kreis in seiner sozioethisch-theologischen Ausrichtung, nicht jedoch in seiner politischen.

3.1.4.4 Der Friedenskreis in der Samaritergemeinde: Friedensarbeit und Bluesmessen

Berliner Friedenskreise, die in ihren Gemeinden nicht nur geduldet, sondern den Gemeindepfarrer oder sogar den GKR auf ihrer Seite hatten, waren im amtskirchlichen Umfeld relativ gut abgesichert. Traf beides nicht zu, so gerieten solche Kreise bei politischen Grenzüberschreitungen sowohl staatlicherseits, als auch in Gestalt gemeindegkirchlicher oder amtskirchlicher Obstruktion rasch unter erheblichen Druck (vgl. Abschnitt 3.1.2.3). Während sich die Gemeindegkirchenräte in der Regel distanziert verhielten, konnten einige Kreise mit der Unterstützung der jeweiligen Gemeindepfarrer rechnen. Dies traf beispielsweise auf den Friedenskreis Friedrichsfelde und die 1986 gegründete Umweltbibliothek zu (vgl. Abschnitte 3.1.4.5 und 4.5.2). Im Friedenskreis Pankow und im Friedenskreis der Samaritergemeinde waren sie in Gestalt von Ruth Misselwitz und Rainer Eppelmann sogar Initiatoren und ständige Wegbegleiter der Friedenskreisarbeit. In dieser Funktion waren sie einerseits den Staatsorganen besonders suspekt, andererseits konnten Pfarrer in Krisensituationen auf die Hilfe der Amtskirche rechnen und waren so als Personen weniger gefährdet, als kirchenferne Teilnehmer an der Friedenskreisarbeit. So war Rainer Eppelmann 1982 nach Veröffentlichung seines „Berliner Appells“ inhaftiert und auf Intervention der EKBB wieder aus der Haft entlassen worden. Doch er erfuhr gleichzeitig die Missbilligung seiner Kirchenobrigkeit wegen dieser Grenzüberschreitung. Von den in Berlin tätigen Pfarrern wurden Eppelmann sowie die Pastorinnen Misselwitz und Christa Sengespeick von der Auferstehungsgemeinde staatlicherseits besonders häufig „feindlich-negativer“ Handlungen bezichtigt – letztere wegen ihres Einsatzes für die „Frauen für den Frieden“ (vgl. Abschnitt 3.4.1).

diesem Kreis steht und sein Anliegen als legitim-kirchliches deckt. ... Es verdient festgehalten zu werden, dass die Arbeit in diesem Kreis weiterhin die Unterstützung der Gesamtkirche verdient.“ Subklew-Jeutner 2004, S. 236.

Der Friedenskreis der Samaritergemeinde ging 1981 aus dem Gemeindegkreis „Frieden stiften“ hervor und bildete wie auch der Pankower Kreis thematische und ad-hoc-Arbeitsgruppen (Ökologie, Zwei-Drittel-Welt, „Biblisches Friedenszeugnis“, Erziehung, „Christ und Sozialismus“, Wehrdienst, Friedenspartnerschaften) sowie eine Informationsgruppe. Mitarbeiterschaft und Gemeinde waren stärker als in anderen Friedenskreisen an der Arbeit des „Samariterkreises“ beteiligt. Während der zweiten Friedensdekade im November 1981 verabschiedete der Friedenskreis einen mit 100 Unterschriften versehenen Brief an den Friedensrat der DDR, in dem gegen die Militarisierungstendenzen in den staatlichen Erziehungs- und Ausbildungseinrichtungen für Kinder und Jugendliche (Kriegsspielzeug und Wehrkundeunterricht) Stellung bezogen und für die Erweiterung der Bausoldatenregelung durch den „Sozialen Friedensdienst“ plädiert wurde. Monatlich traf sich der Friedenskreis zu Plenarveranstaltungen, an dem Vertreter der Arbeitskreise teilnahmen. Eine vom Plenum gewählte Kommunikationsgruppe hielt die Verbindung zu diesen relativ selbständig arbeitenden Unterkreisen. Die Gruppe „Frieden stiften“ des Samariterkreises forderte in einem Schreiben vom 4. Oktober 1984 an die Volkskammer, die Produktion und Verbreitung von Kriegsspielzeug einzustellen. Ab Anfang 1984 verbreitete der Friedenskreis einen „Infobrief Shalom“, dessen Weitererscheinen im April 1985 aufgrund staatlichen Drucks mit Unterstützung durch Generalsuperintendent Krusche verhindert wurde.¹⁴² Danach erschien es als monatliches Periodikum „Wendezeit“ (bis 8.1.1988 unter dem Titel „aktuell“) in Kleinstauflage¹⁴³, im Wesentlichen nur im Gemeinderahmen verbreitet und ohne Relevanz für die Berliner Gruppen. Während sich andere Berliner Friedenskreise (so der Friedrichsfelder und der Pankower) in der Zeit der Nach-Nachrüstung den „harten Themen“ neuer bedrohlicher Strategien des begrenzten (Atom)krieges zuwandten, äußerte sich der Samariterkreis 1984 in einem Arbeitspapier zur Feindbildproblematik. Der Samariterkreis war ebenso wie FK Pankow in die Gemeindestrukturen eingebunden und profitierte von der Teilnahme Eppelmanns an einem amtskirchlichen Konsultationskreis (vgl. Abschnitt 3.1.4.3). Der Friedenskreis pflegte bis 1986 aufgrund des verwandten Profils eine enge Zusammenarbeit mit dem FK Pankow. Einige Arbeitsgruppen der beiden Kreise kooperierten untereinander und organisierten gemeinsame Veranstaltungen. Die Initiative für eine Debatte über die „Friedrichsfelder Thesen“ (vgl. Abschnitt 3.2) ging 1985 ebenfalls vom Samariterkreis aus. Obwohl die im politischen System der DDR randständige Bedeutung von Wahlen und ihre ausschließlich legitimatorische Demonstrativfunktion ebenso wie deren routinemäßigen Verfälschungen allgemein bekannt waren, wurde im Samariterkreis schon sehr früh über Planungen zur Erforschung der tatsächlichen Wahlergebnisse in der DDR diskutiert. Bereits zu den Volkskammerwahlen im Juni 1986 nahmen Mitglieder des Samariterkreises zusammen mit Angehörigen der Offenen Arbeit an den öffentlichen Stimmauszählungen teil¹⁴⁴ und präsentierten

142 Sofortinformation vom 19.4.1985 zur Vorlage für die Dienstbesprechung am 29.4.1985, SAPMO BArch, DO 4/950. Im November 1985 erschien noch ein „Nachruf“ auf den Info-Brief, der die staatlichen und kirchlichen Repressionen gegen das Blatt dokumentierte. Die Dokumentenbeilage „aktuell“ des Info-Briefs erschien weiter, Neubert 1997, S. 634.

143 Rüdtenklau 1992, S. 70.

144 Wunder gibt es immer wieder. Fragmente zur Geschichte der Offenen Arbeit Berlin und der Kirche von Unten, Berlin 1997, S. 336. Künftig zitiert als „Wunder 1997“. In einer Stellungnahme der Arbeitsgruppe „Christentum und Sozialismus“ des Friedenskreises zu einer RIAS-Meldung vom 4.8.1986 über die Wahlkontrollaktion hieß es, die Weitergabe solcher Informationen an den RIAS „[widerspricht] den

die Ergebnisse ihrer Wahlkontrollaktivitäten auf der Friedenswerkstatt im Juni 1986. Ab 1986 verlagerte der FK Samariter seine Arbeit stärker auf Menschenrechtsthemen und auf das Recht auf Ausreise. Seither gab es kaum noch eine Zusammenarbeit mit dem Pankower Kreis. Der aktive Kern bestand zu dieser Zeit aus 25 bis 30 Mitgliedern. Das Plenum des Friedenskreises traf sich wöchentlich bis monatlich in den Räumen der Samaritergemeinde, seit September 1987 in dem dort eingerichteten Café „Schalom“. Am 11. Mai 1988 diskutierte die Samaritergemeinde das SED-SPD-Papier „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ (vgl. Abschnitt 4.15.1) unter anderem hinsichtlich dessen innenpolitischer Wirkungsfolgen. Der Friedenskreis griff dieses Thema am 19. April 1989 erneut unter dem Gesichtspunkt „Anspruch und Wirklichkeit“ des SED-SPD-Papiers auf. Im Mai 1989 fanden in der Samariterkirche Protestveranstaltungen gegen den Kommunalwahlbetrug am 7. Mai 1989 statt.

Zu einer massiven Konfrontation führten die seit Juni 1979 als Gottesdienst durchgeführten Blueskonzerte („Bluesmessen“) in der Samariterkirche. Die Teilnehmerzahlen stiegen 1980 binnen kurzem auf mehrere tausend Jugendliche an, die aus der ganzen DDR anreisten¹⁴⁵, so dass die benachbarte Auferstehungskirche einbezogen und die Bluesmessen schließlich auf die Lichtenberger Erlöserkirche umgelenkt wurden, deren großes Freigelände Platz für die inzwischen auf bis zu 8 000 angewachsene Besuchermenge bot. Die Messen mussten wegen des Ansturms deshalb mehrfach wiederholt werden. Pfarrer Eppelmann konnte sich inzwischen auf ein Team von kirchlichen Mitarbeitern aus der Jugendarbeit (Stadtjugendpfarrer Martin-Michael Passauer, Pfarrer Rudi Pahnke von der Eliasgemeinde und andere) und verschiedene Arbeits- und Organisationsgruppen stützen. Der Konflikt entstand vor allem deshalb, weil den Jugendlichen neben den Konzerten auch Informations- und Kommunikationsangebote¹⁴⁶ gemacht wurden. Die hierbei verwandten Texte und Spielszenen orientierten sich an den Erfahrungen der staatlicherseits von Anfang an beargwöhnten Offenen Arbeit, woraufhin die Staatsorgane alles Mögliche unternahmen, um diese Veranstaltungen zu beenden. Am 10.9.1980 formulierte der Staatssekretär die staatliche Forderung, die Bluesmessen in Berlin endlich so unter Kontrolle zu bringen, dass sie das Verhältnis Staat-Kirche nicht mehr belasten.¹⁴⁷ Der staatliche Unwillen wurde bald (zum Teil vorauseilend) auch

Zielen der Gruppe“, welche sich zu der auf der Friedenswerkstatt präsentierten Ergebnissen bekannte. MDA 1.1.10.1. Reg.-Nr. 4983.

145 In einem Brief an die KL der EKBB, das Konsistorium, das Berliner Stadtjugendpfarramt und den Kreiskirchenrat Friedrichshain vom 16.9.1980 stellte Eppelmann fest: „Die Einschätzung der Jugendmitarbeiter Berlins vom Herbst 1979 war zutreffend, dass in immer stärkerem Maße Jugendliche von der Theorie und der Praxis des bei uns existierenden Sozialismus Antwort und Verständnis für ihre Fragen und Probleme suchen.“ Mit den Blues-Messen (Musik und Verkündigung zu Lebensfragen der Jugendlichen) werde offenbar eine „Marktlücke“ gefüllt und eine Intensivierung der Offenen Jugendarbeit sowie der Jungen-Gemeinde-Arbeit in einzelnen Gemeinden des Kirchenkreises erreicht. MDA, OA, Reg.-Nr. 4371.

146 Texte von Solschenizyn, Lieder von Biermann und anderen oppositionellen Liedermachern, Diskussionen zum Wehrkundeunterricht, zum SoFD und zu fehlenden Mitbestimmungs- und Selbstverwirklichungsansprüchen der Jugendlichen waren Beispiele für die sonst in der Öffentlichkeit nicht verhandelbaren Themen dieser Veranstaltungen, Neubert 1997, S.441 ff.

147 Leitungsinformation 5/80 zur Vorlage an die Dienstbesprechung im SfK am 27.10.1980, SAPMO BArch, DO 4/1276.

von kirchlichen Gremien antizipiert.¹⁴⁸ Da es sich bei den Bluesmessen der Form nach um nicht anmeldepflichtige Gottesdienste handelte, bestanden die staatlichen Angriffe aus Vorwürfen einer Verletzung der allgemeinen Ordnung, geheimdienstlichen Zersetzungs- und Verunsicherungsmaßnahmen sowie Druckausübung auf die Kirchenleitung unter dem Vorhalt, die Veranstaltungen stellten einen politischen Missbrauch geschützter kirchlicher Arbeitsformen dar.¹⁴⁹ Im damaligen Generalsuperintendenten Grünbaum hatten die Bluesmessen allerdings einen entschiedenen Fürsprecher, bis er in Rente ging und im März 1983 durch Günter Krusche in dieser Funktion abgelöst wurde. Die Neigung der KL, staatlichem Druck in Grenzen nachzukommen, erwies sich Ende 1981, als Eppelmann angesichts der enormen Publikumsresonanz der Bluesmessen die KL um Hilfe bat und diese deshalb jetzt Einfluss nehmen konnte. Stolpe dämpfte über den neuen Vorbereitungskreisleiter (Stadtjugendpfarrer Martin-Michael Passauer) entsprechend seinen Zusagen gegenüber den staatlichen Stellen das Konfliktpotential nun folgender Veranstaltungen. Zudem verschlechterte sich 1982 Eppelmanns Stand gegenüber der Amtskirche wegen der Folgen seines „Berliner Appells“ (vgl. Abschnitt 3.1.2.2). Seit 1984 kam die KL, welche inzwischen die Vorbereitung der Bluesmessen dominierte, den staatlichen Auflagen einer Entpolitisierung der Bluesmessen im Wesentlichen nach und bewirkte gleichzeitig den Teilrückzug der Veranstaltung aus der Öffentlichkeit und den Abriss der Veranstaltungskontinuität. Auf staatlichen Druck hin setzte die KL der EKBB eine im unmittelbaren Vorfeld des 40. Jahrestags der Befreiung für den 5. Mai 1985 vorgesehene Bluesmesse ab. Der von der KL bestimmte Ausweichtermin allerdings war nicht weniger heikel: Es war dies der 16. Juni 1985 – also der Vorabend des Jahrestags des Aufstands vom 17. Juni 1953, weshalb staatlicherseits durchaus ein Verbot der geplanten Veranstaltung erwogen wurde. Jedoch sprach sich die

148 In einem Bericht über die Sondersitzung der Regional-Kirchenleitung Ost vom 3. Oktober 1980 mit dem Vorbereitungs- und Trägerkreis der Blues-Messen hieß es, „der Stil der Blues-Messen habe sich von den Anfängen her gewandelt. ... War zuerst die Blues-Musik in Vordergrund und nahm den meisten Raum des ca. 2 Stunden dauernden Gottesdienstes ein, so ist jetzt der Wort- bzw. Verkündigungsteil in den Vordergrund getreten. Der Blues nimmt nur noch 20 % der Zeit in Anspruch und kann eigentlich mehr als Ausschmückung verstanden werden. In den letzten Blues-Messen ist eine neue Veranstaltung für den 14. November 1980 angekündigt worden. Der Kreiskirchenrat empfiehlt so gut es geht bekannt zu machen, dass zu dem Zeitpunkt keine Blues-Messe stattfinden wird, sondern Jugendgottesdienste angeboten werden. Die nächste dann sorgfältig vorbereitete Blues-Messe sollte erst wieder im April oder Mai 1981 stattfinden. Der Vorbereitungskreis ist nicht damit einverstanden, dass man die für November angekündigte Blues-Messe absagen und umfunktionieren möchte. ... Man hält es auch für fragwürdig, an Stelle einer angekündigten Blues-Messe zu Jugendgottesdiensten einzuladen in der stillen Hoffnung, dass dazu viel weniger Jugendliche kommen werden. (Jugendgottesdienst als Abschreckung?) In der Besprechung der Kirchenleitung wird zunächst einmal Kritik daran laut, dass der Vorbereitungskreis einen abgezogenen Brief an Kirchenleitung, Konsistorium, Kreiskirchenrat und eine ganze Reihe von Einzelpersonen verschickt hat [Gemeint ist der oben zitierte Brief von Eppelmann vom 16.9.1980. T. K.] ... Man mag zu der Aussage stehen wie man will, es wird wieder zu einer Provokation, wenn man dergleichen vervielfältigt als die wesentliche Chance für kirchliche Großveranstaltungen herausstellt. Einen Zweifel darüber, dass dieses Papier längst in Händen staatlicher Funktionäre ist, könne nur ein naiver Mensch hegen. ...“ Bericht aus der Sitzung der Regional-Kirchenleitung Ost vom 3. Oktober 1980, MDA, OA, Reg.-Nr. 4372.

149 „Offiziell werden diese Bluesmessen als ‚missionarisch-diakonische Veranstaltungen für jüngere Menschen mit speziellen Problemen‘ angekündigt. In Wirklichkeit handelt es sich um musikalisch umrahmte Laienspiele mit DDR-feindlichem staatsverleumderischen Charakter.“ Anhang zu einem Brief Rudi Bellmanns an ZK-Sekretär Werner Jarowinsky vom 15.5.1985, SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/20.

Arbeitsgruppe Kirchenfragen des ZK im Vertrauen auf den bereits erreichten Stand der gedeihlichen Zusammenarbeit mit den „realistischen Kräften“ in der Berlin-Brandenburger KL und in Erwägung der „politischen Unkosten“ gegen ein solches Verbot aus und lag mit ihrer Einschätzung richtig.¹⁵⁰ Der Bericht Rudi Bellmanns an den verantwortlichen ZK-Sekretär Werner Jarowinsky über die stattgefunden Bluesmesse vermeldete befriedigt rückläufige Teilnehmerzahlen, das „solide Auftreten und die religiöse Motivation“ der meisten Besucher sowie die Enttäuschung politisch-oppositioneller Teilnehmer wegen der Entschärfung der Veranstaltung.¹⁵¹ Der Vorgang kann als exemplarisches Beispiel für das trickreiche Wechselspiel staatlicher und amtskirchlicher Interessenpolitik angesehen werden. 1986 waren die Bluesmessen als Ort der Begegnung einer alternativ politisierten Jugend durch die Kirchenleitung „befriedet“. Diese Entwicklung korrespondierte mit der jahrelangen amtskirchlichen Hinhaltenaktik gegenüber dem Anspruch der Berliner Offenen Arbeit, der Kirche Räume für ihre Jugendarbeit abzurufen. Bemerkenswerterweise sollte die Radikalisierung eben dieser OA im Verlaufe des Jahres 1987 in Gestalt der Bildung einer „Kirche von unten“ (vgl. Abschnitt 4.11.2) den Knoten lösen und nicht etwa, wie eigentlich erwartet werden konnte, die vorhandenen Ansatzpunkte in der Tradition der Bluesmessen.

3.1.4.5 Der Friedenskreis Friedrichsfelde: Grenzüberschreitung christlich-pazifistischer Friedensarbeit

Der „Zwangsausbürgerung“ des Friedenskreises der ESG aus ihrer Gemeinde Ende 1983 (vgl. Abschnitt 3.1.2.3) erfolgte, als die Friedensbewegung in Ost und West ihren Kampf zur Verhinderung der Nachrüstung verloren geben musste. Am 22. November 1983 billigte der Bundestag gegen die Stimmen der SPD und der Grünen die Stationierung der Pershing 2-Mittelstrecken-Raketensysteme. Die UdSSR brach daraufhin am 23. November die Genfer INF-Verhandlungen ab und kündigte am 24. November die Stationierung zusätzlicher Raketensysteme in der DDR und ČSSR sowie von U-Booten in größerer Nähe zur US-Küstenlinie an. Im Dezember 1983 wies Generalsekretär Andropow (seit November 1982

150 „... die Kirchenleitung ... wird es voraussichtlich darauf ankommen lassen, dass der Staat die Veranstaltung beansprucht oder verbietet ... Es entspricht unserer bisherigen Orientierung, dass die Auseinandersetzungen zur Zurückdrängung gegnerischer ... Kräfte in die kirchlichen Gremien hineingedrückt werden. ... Durch ein Verbot ... wird diese Auseinandersetzung ... zum Gegenstand der Staat-Kirche-Beziehungen. Der Druck der oppositionellen Kräfte richtet sich sodann nicht mehr gleichermaßen gegen Leitungsgremien der Kirche, wie das gegenwärtig der Fall ist, sondern ausschließlich gegen Entscheidungen des Staates ... Ein Verbot hätte zweifellos einen bemerkenswerten Solidarisierungseffekt bei ... Anhängern, Sympathisanten und Mitläufern ... Auf Grund der vorgenannten Erwägungen schlagen wir vor, ein Verbot der Blues-Messe am 16. Juni 1985 nicht auszusprechen. ... (Wir) schlagen vor, (dass) [d]er Staatssekretär für Kirchenfragen die Durchführung der Veranstaltung in einem Gespräch mit Bischof Dr. Forck und Konsistorialpräsident Stolpe (beeinsprucht) und ernste Konsequenzen (ankündigt), falls sie nicht ausschließlich kirchlichen bzw. religiösen Anliegen dient ... Mit der gleichen Zielsetzung führt der Stellvertreter des Oberbürgermeisters für Inneres, Genosse Hoffmann, ein Gespräch mit dem Berliner Generalsuperintendenten Krusche ...“, Brief Rudi Bellmanns an ZK-Sekretär Werner Jarowinsky vom 15.5.1985, SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/20.

151 Anschreiben der Arbeitsgruppe Kirchenfragen zum Bericht der SED-Bezirksleitung Berlin über die Bluesmesse am 16. Juni 1985 an Werner Jarowinsky vom 17.6.1985, SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/20.

Nachfolger des verstorbenen Breshnew) zusätzlich an, die START-Verhandlungen¹⁵² abzubrechen.

Die Rekonstitution des zerschlagenen Friedenskreises als Kreis der Gemeinde Alt-Friedrichsfelde während des Jahres 1984 erfolgte also zu Zeiten neuerlich potenziertes Kriegsgefahr. Die Tatsache, dass die Wiedergründung eines Kreises, dessen erklärter Arbeitsschwerpunkt in den Jahren 1984 und 1985 weiterhin auf der Friedensarbeit lag und der in dieser Zeit wieder rasch anwuchs, nach dem Scheitern des Kampfes der Friedensbewegung gegen die Nachrüstungseskalation erfolgte, dementierte in Teilen die insgesamt sicher zutreffende Einschätzung, viele Friedenskreise wären seither von einer Motivations- und Identitätskrise erfasst worden.¹⁵³ Der Ökologiekreis des Friedenskreises Friedrichsfelde (FKFF) arbeitete praktisch abgetrennt vom eigentlichen Friedenskreis. Die Friedenskreisveranstaltungen und -aktionen wurden, wie auch zuvor in der ESG, von einem Vorbereitungskreis organisiert. Eine Bilanz der zurückliegenden Friedenskreisarbeit unter dem Titel „Gesellschaft – Mitarbeit und Verantwortung“¹⁵⁴ von 22.3.1984 verwies bereits deutlich auf das spätere Thesenpapier vom Dezember 1985 (vgl. Abschnitt 3.2) zur Frage der Politikfähigkeit: Unter Anspielung auf die auch 1983 noch überwiegende Konzentration der Friedensarbeit in Gemeindekreisen auf Fragen der Friedenserziehung und auf individuelle Demonstrationen des Friedenswillens hieß es:

„So wenig auf eine ‚Erziehung zum Frieden‘ unter Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen verzichtet werden kann, so wenig kann sie aber mit dem politischen Ziel gleichgesetzt werden, das verfolgt wird. Ein Staatswesen funktioniert anders als eine Familie und Erziehung ist nur einer von vielen Faktoren, die die wechselseitige Einflussnahme von Individuum und Gesellschaft bestimmen. Es kann also keine kirchliche Friedenserziehung geben, die in der Erziehungslandschaft unseres Staates eine idyllische Insel bildet.“

Zu den Perspektiven der Friedensbewegung hieß es in diesem Arbeitspapier,

„... sie ist eine Basisbewegung, die Menschen aller sozialer Schichten und unterschiedlicher Weltanschauung vereint. Weil sie sich eigene Standpunkte erarbeitet, wird sie zu einer kritischen Bewegung, die auch immer bereit ist, sich selbst der Kritik auszusetzen. ... Dazu ist Öffentlichkeitsarbeit nötig, die wir uns vorstellen insbesondere als ein sich austauschen der Friedenskreise untereinander. ... Auf diese Weise wird Friedensarbeit ein gegenseitig befruchtender Prozess, der in der Lage ist, politische Kräfte ... zu mobilisieren.“

Diese vorsichtige Bestimmung des Rahmens angestrebter Öffentlichkeit als „innerkirchlich“ bzw. basisgruppenintern sollte in der Folgezeit nicht nur vom FKFF praktisch sehr schnell überschritten werden. Hier deutete sich diese Überschreitung bereits in der Formulierung

152 Bei den seit 1982 laufenden „Strategic Arms Reduction Talks“ (START)-Verhandlungen ging es um die Reduzierung und Umstrukturierung weitreichender strategischer Angriffswaffen, deren Fortschritte damals noch an Vereinbarungen bei den INF-Verhandlungen gekoppelt waren. Die spätere Entkopplung beider Verhandlungspakete durch Gorbatschow ermöglichte 1987 dann das erfolgreiche INF-Abkommen.

153 Auch die rasante Karriere des republikweiten Seminars „Konkret für den Frieden“ seit 1984 (vgl. Abschnitt 3.4.4.1) relativiert die Aussage von der Depression unabhängiger Friedensarbeit in der DDR beträchtlich.

154 Gesellschaft – Mitarbeit und Verantwortung (Friedensarbeit), MDA Reg. 1.1.02.3 und Reg. RSch 07.

von einem Mobilisierungsprozess politischer Kräfte an. Die Frage war nun allerdings, welche Kräfte und welche Politik dies sein würden.

Der wiedergegründete Friedrichsfelder Friedenskreis hatte den bereits während seiner ESG-Zeit gebildeten Arbeitskreis „Theologie und Gesellschaft“ zwischenzeitlich weiterbetrieben und sich dort auf die Analyse neuer militärstrategischer Konzeptbildungen im Kontext des mit Beginn der Nachrüstung weiter eskalierenden Rüstungswettlaufs konzentriert. Daneben arbeitete man an der Einbettung solcher aktuellen Entwicklungen in die Geschichte der beiden verfeindeten Militärbündnisse und der militärischen Kräfteverhältnisse seit 1945.¹⁵⁵ Den dritten Arbeitsschwerpunkt bildete die Indienstellung der Militärpolitik beider Bündnisse für deren politische Strategiebildung gegenüber dem jeweiligen Systemkonkurrenten. Das US-amerikanische SDI-Programm¹⁵⁶ löste eine forcierte Politisierung der Friedensarbeit in Gestalt einer Positionierung auch anderer Berliner Gruppen in der Auseinandersetzung um das militärstrategische Gleichgewichtsdenken in den Rüstungsbegrenzungsverhandlungen, das eurostrategische Gefährdungsniveau, die Teilnahme der realsozialistischen Länder am internationalen Waffenhandel, den militärisch-industriellen Komplexen in der UdSSR und den USA und das Konzept der zivilen Verteidigung aus. Die Arbeitsergebnisse zum SDI-Programm flossen seit Ende 1984 in eine Studie zu den Konsequenzen der sich andeutenden militärischen Nutzung des Weltraums ein, die innerkirchlich über das Konsistorium Verbreitung fand. An diesem „SDI-Papier“ waren vor allem Autoren aus den Friedenskreisen Pankow und der ESG/Friedrichsfelde beteiligt.¹⁵⁷ Der Initialimpuls für diese Studie kam vom Berliner Generalsuperintendenten Krusche, Leiter eines über viele Jahre monatlich tagenden Konsultationskreises von Vertretern kirchlicher Friedensgruppen mit dem Ziel gegenseitiger Information und bisweilen auch zur Koordinierung von Aktivitäten. Diese „Krusche-Runde“ verlor in dem Maße an Bedeutung, wie sich Krusches Distanz zu den

155 In diesem Zusammenhang befasste sich die Arbeitsgruppe auch mit den militär- und sicherheitspolitischen Konzepten Sowjetrusslands/der Sowjetunion seit 1917 sowie mit der Indienstellung der KOMINTERN insbesondere für die sowjetischen sicherheitspolitischen Interessen, um diese Themen für die Diskussion in Seminaren des Friedenskreises vorzubereiten. Hierzu gehörte gleichfalls die Vorbereitung auf eine Präsentation des geheimen Zusatzprotokolls zum Vertrag der SU mit Hitlerdeutschland. Über eine Zusammenkunft des Arbeitskreises Theologie und Gesellschaft des Friedenskreises Berlin-Friedrichsfelde am 25.2.1985, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 7, S. 58f (MfS-Zählung).

156 Wie stark das SDI-Vorhaben das damalige Ringen um Rüstungsbegrenzung tangierte, sollte sich besonders nach Beginn der Amtszeit Gorbatschows in der UdSSR erweisen. Gorbatschow „bombardierte“ den Westen geradezu mit Entspannungsangeboten, während die USA zunächst nicht nur auf der „Nachrüstung“ beharrten, sondern auch Gorbatschows Abrüstungsinitiativen blockierten und mit dem Hochtechnologieprojekt einer Raketenabwehr im Weltraum (SDI) eine neue Stufe des Wettrüstens eröffnen wollten. Im Oktober 1986 scheiterten deshalb bereits vereinbarte Abrüstungsmaßnahmen bei den Lang- und Mittelstreckenraketen an Reagans Beharren auf dem SDI-Projekt. Erst ein Jahr später, am 8. Dezember 1987, kam es dann aber doch zum ersten echten Abrüstungsabkommen zwischen den beiden Supermächten: Gorbatschow und US-Präsident Reagan unterzeichneten in Washington einen Vertrag über die vollständige Vernichtung aller atomaren Mittelstreckenwaffen mit Reichweiten zwischen 500 und 5 000 Kilometern.

157 Die Autoren waren Hans Misselwitz, Hans Czerwon, Wolfgang Wolf (FK Pankow), Thomas Klein (FK Friedrichsfelde) und Mario Wetzky. Neben Wolf (der später in den FKFF wechselte) war auch Wetzky (als IMB „Martin“) für das MfS tätig. Günter Krusche (vom MfS geführt als IM „Günther“) hatte die Verantwortung für den innerkirchlichen Vertrieb.

unabhängigen Gruppen in den nächsten Jahren vergrößerte. Offenbar entsprach auch das Ergebnis der Arbeit an der SDI-Studie nicht seinen Erwartungen, weshalb ihm nur mühsam die Zustimmung abzurufen war, das 21 Textseiten umfassende und 1985 fertiggestellte Heft mit kirchlicher Technik und als offiziell registriertes innerkirchliches Material in einer offiziellen Auflagenhöhe von 100 Exemplaren drucken und 1986 vertreiben zu lassen.¹⁵⁸

Mit der Ausbreitung pazifistischer Gemeindegremien zu einer „Unabhängigen Friedensbewegung“ erfolgte also eine gewichtige Modifikation im Umgang mit dem Thema „Frieden“ und seiner Gefährdung: Neben christlichem Pazifismus und Kampagnen gegen Kriegsspielzeug¹⁵⁹ befasste man sich in den Veranstaltungen nicht nur im FKFF nun auch mit Abrüstungskonzepten, den Chancen einer Sicherheitspartnerschaft und den Ursachen für die Entstehung weltweiter Krisenherde. Der FKFF bot 1984/85 insgesamt acht öffentliche friedenspolitische Veranstaltungen, überwiegend zu den „harten Themen“ des damals aktuellen Rüstungswettlaufs, an.¹⁶⁰ Im September 1985 gelang es erstmals, mit Wolfgang Schwarz einen Rüstungsexperten des Instituts für internationale Politik und Wirtschaft (IPW) zu einer Diskussion im Friedenskreis einzuladen. In enger Kooperation mit dem wissenschaftlichen Rat für Friedensforschung bildete das IPW damals den institutionellen Rahmen der DDR-Friedensforschung. Schwarz diskutierte am 9.9.1985 über die Rolle von Air-Land-Battle (ALB) und Follow-on-Forces-Attack (FOFA) bei den US-amerikanischen Versuchen einer Revision der noch gültigen NATO-Strategie (flexible response) und über die Konsequenzen der Nachrüstung für Europa.¹⁶¹

158 Das Publikationsrecht für die Kirche schrieb die Höchstzahl von 100 Exemplaren ohne staatliche Genehmigung vor. Diese Beschränkung war mit Sicherheit auch ein Grund, warum das SDI-Papier außerhalb der Friedenskreise Pankow und Friedrichsfelde kaum Verbreitung fand.

159 Kriegsspielzeug war in der Frühzeit der DDR verboten. Mit dem Schwenk zu Wehrpflicht, Zivilverteidigung und Wehrkunde avancierte es dann Ende der 70er Jahre zu „pädagogisch wertvollem Spielzeug“.

160 Im Einzelnen waren dies: Christen und Marxisten in der Friedensbewegung (Vortrag von Wolfgang Templin am 10.9.1984), Sozialer und gewaltfreier Widerstand (Vortrag von Reinhard Schult am 12.11.1984 im Rahmen der Friedensdekade), Zusammenhänge zwischen friedlicher und militärischer Nutzung von Kernenergie (11.2.1985), Widerstandsrecht im Neuen Testament (Vortrag von Rudi Pahnke am 13.3.1985), Chancen und Möglichkeiten bzw. Probleme einseitiger Abrüstung (Vortrag von Joachim Garstecki am 14.10.1985), SDI und Weltraumrüstung (Vortrag von Thomas Klein am 11.11.1985), Seminar „Kriegsgefahr 1985“ (25.10.1985), Von Genua bis Genf – Lenin und der Pazifismus (Vortrag von Wolfgang Wolf am 9.12.85). MDA, Friedenskreis Friedrichsfelde, Reg. 1.1.02; MDA, Bestand Reinhard Schult, Reg. RSch 07; MDA, Bestand Jürgen Kiesow, Reg. IK 02; MfS, OV „Korn“, Band 1, Reg.-Nr. MfS XV 3807/79, Bericht IMB „Martin“ vom 1.10.1984 und vom 15.11.1984; MfS, OV „Korn“, Band 7, Reg.-Nr. MfS XV 3807/79, Bericht des IM „Cora“ vom 30.10.1985.

161 Bei Letzterem ging es insbesondere um die Frage, ob die UdSSR einen Krieg auf ihrem Territorium riskieren würde, falls es zu einer militärischen Bedrohung ihrer europäischen Verbündeten käme (was Schwarz bejahte). Bericht des IMB „Martin“ vom 11.9.1985, MfS, HA XX/2, OV „Korn“, Band 7. Die NATO-Strategieplanung „Air-Land-Battle“ von 1981 diente dem Versuch, einen Krieg in Europa begrenzbar und führbar zu machen. In einem „erweiterten Gefechtsfeld“ sollte die militärische Auseinandersetzung auf das feindliche Territorium verlagert und mittels eines „deep strike“ sollten die nachrückenden Truppen des Gegners angegriffen werden. Dieses integrierte Gefechtsfeld verlangte die Kombination von konventionellen, chemischen und atomaren Waffen zur Erlangung der militärischen Initiative. Das Konzept hätte eine weitgehende Um- und Aufrüstung der NATO-Streitkräfte erforder-

Der FKFF legte das Thesenpapier „Kriegsgefahr 1985“ vor, in dem nochmals eindringlich auf die bedrohliche Lage nach Vollzug der Nachrüstung 1983 hingewiesen und gegen die allgemeine Enttäuschung über das Scheitern der Kampagnen zu ihrer Verhinderung auf die Notwendigkeit vermehrter Anstrengungen einer Friedensbewegung „von unten“ gegen die Eskalation „von oben“ insistiert wurde:

„... Der Funktionswandel moderner Waffensysteme besteht in dem Versuch, erstschlag- bzw. enthauptungsschlagfähige Offensivwaffenpotentiale mit wirksamen strategischen Defensivsystemen zu koppeln. In diesem Zusammenhang verwandeln sich zunehmend auch Massenvernichtungswaffen von früher in erster Linie politischen Mitteln wieder in militärische Mittel der Konfrontation: Es wird die Wiedererlangung der Kriegsführungsfähigkeit auf allen Ebenen der Eskalation – auch auf der Ebene des Schlagabtauschs mit Kernwaffen – angestrebt. Sobald Kernwaffen nicht mehr ‚nur‘ und hauptsächlich vernichtende Vergeltung androhen, sondern inzwischen auch Strategien einer wirklichen Kriegsführung mit Massenvernichtungswaffen immer realistischer erscheinen, verlangen diese Strategien die Verwirklichung von Szenarien des Sieges in einem Atomkrieg, was in den Grenzen der Logik des überkommenen Abschreckungsdenkens noch absurd erschien. ... In Fortsetzung der Logik bisherigen Sicherheitsdenkens deutet sich an, dass in dem Maße, wie eine Kriegsführungsfähigkeit mittels Massenvernichtungswaffen real zu werden scheint, der Faktor der militärischen Überlegenheit nicht nur der Trumpf potentieller Aggressorstaaten ist, sondern auch für die einzige wenn auch nunmehr sehr vage Verteidigungsoption einer angemessenen Verteidigungsbereitschaft gehalten werden könnte. Umgekehrt wächst objektiv der Druck auf die militärisch unterlegene Nuklearmacht, auch gegen ihren Willen Präventivoptionen zu erwägen, wenn ein überlegener Angriff befürchtet wird. Es liegt auf der Hand, dass unter solchen Bedingungen die Kriegsgefahr ins Unkontrollierbare wächst, auch wenn die USA nicht rüsten, um den Krieg zu beginnen, sondern Zwecke wirksamer politischer Erpressung durch Erlangung überlegener Kriegsführungsfähigkeit verfolgen. Es ist auf dieser Stufe elementarer Bedrohung der Menschheit durch einen Atomkrieg nicht entscheidend, ob solche strategischen Konzepte realistisch sind, sondern ob sie für realistisch gehalten werden. Ein Kriegsausbruch wird immer durch verminderte Selbstabschreckung begünstigt. Diese verminderte Selbstabschreckung beruht auf dem Glauben an die eigene Fähigkeit, überlegen drohen, souverän den Eskalationsgrad wählen, kontrollieren und begrenzen ... zu können. Gerade weil diese Fähigkeit bezweifelt werden muss, nimmt die elementare Existenzgefährdung der ganzen Menschheit durch Krieg zu. ... Hauptaufgabe der Friedensbewegung in Ost und West bleibt der Kampf für einen grundlegenden Wandel der Sicherheitspolitik. Die Sicherheitspolitik der sozialistischen Länder muss zu neuen Antworten auf die friedensgefährdende Heraus-

lich gemacht. Das Air-Land-Battle-Konzept wurde 1982 für die US-Armee gültig, aber vom Militärausschuss der NATO aufgrund europäischer Bedenken nicht akzeptiert. FOFA war ein Beschaffungsprogramm für neue Waffensysteme, Raketen und andere Geräte mit dem spezifischen Zweck, Truppen und militärisch wichtige Einrichtungen des Warschauer Paktes in seinem Hinterland mit konventionellen Waffen zu bekämpfen. Der Einsatz dieser Waffen war gegen die Reservetruppen des Feindes, die er für den Kriegsfall in Europa bereithält, bestimmt und sollte die möglichst frühe Entwaffnung des Gegners ermöglichen.

forderung durch die NATO fähig werden, ebenso wie in den Ländern des Westens die Realisierung der bekannten Konzepte der NATO nur durch eine Volksbewegung zu verhindern ist. ¹⁶²

Auch der Friedenskreis Friedrichsfelde (FKFF) sah, wie schon der Friedenskreis der ESG, von Anfang an in den westdeutschen Grünen, deren Herkunft aus den sozialen Bewegungen der 70er Jahre bei ihrer Parteiwerdung 1980 noch unverstellt und deren Verbundenheit mit der westdeutschen Friedensbewegung unbezweifelbar war, einen natürlichen Bündnispartner. Beide Friedenskreise reagierten gleichermaßen auch auf die politischen Veränderungen im anderen deutschen Staat: Am 1.10.1982 hatte der Partei- und CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Helmut Kohl durch ein konstruktives Misstrauensvotum den SPD-Kanzler Helmut Schmidt gestürzt. Damit waren die Aussichten für einen erfolgreichen Kampf gegen den Nachrüstungsbeschluss weiter gesunken. Andererseits bekam es die CDU/FDP-Koalition, welche von nun an 16 Jahre die Regierung bilden sollte, seit März 1983 in Gestalt der Grünen auch im Bundestag mit einer neuen Oppositionspartei zu tun, deren Kurs im Ringen um die Nachrüstung ebenfalls von der DDR-Staats- und Parteiführung aufmerksam verfolgt wurde. Von ihr als Gegner der Nachrüstung im Westen begrüßt, als Gegner von Rüstung und Militarisierung im Osten beargwöhnt und als einzige westdeutsche Partei mit unverhüllter Kontaktpflege zur UFB in der DDR befeindet, dürfte das offizielle DDR-Interesse an dieser Partei mit der Entscheidung des Bundestages vom 22. November 1983 für die Raketenstationierung in der BRD deutlich abgenommen haben (vgl. Abschnitt 3.4.5). Der FKFF sah sich 1985 im Vorfeld des Jahrestages der Befreiung veranlasst, seine Solidarität mit der westdeutschen Friedens-, Ökologie- und grünen Bewegung in einem Offenen Brief über den Bundesvorstand der Grünen auszudrücken: „Dieser Brief soll ein Zeichen der Solidarität mit den verurteilten Blockierern von Mutlangen¹⁶³ sein ... Die zunehmende Verfolgung von Friedensbewegten durch die Wenderegierung Kohl/Genscher sind Versuche, die Überlebensbewegung einzuschüchtern, die politische Demokratie einzuschränken, die Friedensbewegten zu kriminalisieren bzw. in die Nähe des Terrorismus zu stellen. ... Der 8. Mai ist für uns der Tag der Befreiung vom Faschismus. Die Schwierigkeiten, die die Wenderegierung Kohl/Genscher und die mit ihr verbundenen Gruppen und Kräfte mit die-

162 Kriegsgefahr 85 – Thesen (verfasst von Thomas Klein), o. D., MDA, OA, Reg.-Nr. 4353.

163 Seit die westdeutsche Friedensbewegung Ende 1982 von Demonstrationen auch zu gewaltfreien Blockaden US-amerikanischer Militäreinrichtungen überging, war der Stützpunkt Mutlangen, für die Stationierung der Pershing II in Aussicht genommen, der wichtigste Blockadeschauplatz. Hier beteiligten sich im September 1983 Erhard Eppler und Oskar Lafontaine von der SPD, die grünen Abgeordneten Petra Kelly und Gert Bastian, die Theologen Heinrich Albertz und Helmut Gollwitzer, die Theologin Dorothee Sölle, die Schriftsteller Heinrich Böll und Peter Härtling sowie Walter Jens und Robert Jungk. Die Kundgebungen und Blockaden dauerten auch nach der Nachrüstungsentscheidung 1983 weiter an. Festnahmen, „erkennungsdienstliche Behandlungen“ und (neben Freisprüchen) gerichtliche Verurteilungen waren die staatliche Reaktion.

sem Datum haben¹⁶⁴, ... lassen uns an der Friedensfähigkeit und dem Friedenswillen dieser Kreise zweifeln.“¹⁶⁵

Den Debattenstand im Friedrichsfelder Friedenskreis zur Situation der Friedensbewegung in Ost und West 1 ½ Jahre nach dem verwirklichten Nachrüstungsbeschluss dokumentiert ein Arbeitspapier von Reinhard Schult aus dem Jahre 1985 zur „Friedensbewegung heute“¹⁶⁶, entstanden in Vorbereitung des dann verbreiteten Diskussionspapiers zur Politikfähigkeit der UFB aus dem gleichen Jahr (vgl. Abschnitt 3.2). Zur Friedensbewegung und der deutschen Problematik hieß es: „Die Spaltung Deutschlands ist nicht das Ergebnis des 2. Weltkrieges, sondern das des kalten Krieges. Deshalb ist die These falsch, dass wer gegen die deutsche Teilung ist, die Niederlage des Faschismus bzw. die Ergebnisse des 2. Weltkrieges revidieren will.“ Die resignativen Tendenzen in der westlichen Friedensbewegung nach dem Stationierungsvollzug wurden als Folge ihres Wirkens als 1-Punkt-Bewegung gegen den Nachrüstungsbeschluss gesehen. In dieser Fixierung habe sie sich vom politischen Gegner die Zielrichtung ihrer Aktionen vorgeben lassen. Als erste große Bewegung seit der APO 1968 und wegen ihres internationalen Charakters sei sie trotzdem ein Erfolg. Ihre Zukunft läge in einem Bündnis mit anderen außerparlamentarischen Bewegungen. Ein weiterer Mangel läge in der fehlenden Verbindung zur jeweils nationalen und internationalen Arbeiterbewegung, auch wenn in letzter Zeit die Verbindung von Rüstung und Arbeitslosigkeit thematisiert wurde. Dagegen habe die UFB in der DDR andere Arbeitsschwerpunkte als die westliche Friedensbewegung. „Dies sind: Militarismus, Pazifismus ..., Abbau von Feindbildern, Kriegsspielzeug, Vertrauen schaffen zum Beispiel unter der Losung ‚Vertrauen wagen‘“ Ihr grundsätzlicher Mangel sei ihre fast rein moralische, wenig politische Argumentationsweise, meist gekoppelt mit der Angst vor der Katastrophe. Am Beginn könne dies Menschen betroffen machen, in Bewegung versetzen; auf Dauer wirke dies abstumpfend und lähmend. Eine dogmatische (ideologische) Festlegung auf den Pazifismus (als Gewaltfreiheit verstanden und häufig gekoppelt mit der Idee sozialer Verteidigung) kehre lediglich den Satz „Der Zweck heiligt die Mittel“ um: „Die Mittel heiligen den Zweck“. Es könne in einer bestimmten politischen Situation ein Verbrechen sein, nicht zu den Waffen zu greifen – etwa im Falle eines Bürgerkriegs zur Verhinderung eines Atom-Krieges. Friedenspolitik werde oft auf der Ebene von Zweierbeziehungen (Ehe, Familie, Arbeit, Gemeinde usw.) diskutiert. Doch es müsse strikt unterschieden werden zwischen in persönlicher Beziehung stehenden Personen, Konflikten zwischen sozialen Gruppierungen eines Landes und Konflikten zwischen Staaten. Auch die Losung „Vertrauen wagen“ sei falsch – die Friedensbewegung sei keine Vertrauens- sondern eine Misstrauensbewegung.¹⁶⁷ Die Friedensbewe-

164 Tatsächlich sollte wenig später Reagans und Kohls gemeinsame Verbeugung vor Gräbern von Angehörigen der Waffen-SS in Bitburg am 8. Mai 1985 weltweit Empörung oder zumindest Unverständnis auslösen.

165 Offener Brief des Friedenskreises Friedrichsfelde an die Friedensbewegung der Bundesrepublik Deutschland – über den Bundesvorstand der Grünen, vom 18.2.1985, MDA, ohne Signatur, Bestand Friedenskreis Friedrichsfelde.

166 Friedensbewegung heute – 1985, MDA, Reg. 23.1.1.

167 Auch anderswo war man auf diese Idee gekommen: Beim Thüringer Kirchentag vom 12.–15.5.1983 konterkarierte die offene Jugendarbeit das Motto des Kirchentags „Vertrauen wagen“ auf der Abschlussveranstaltung mit dem Grundtenor „Misstrauen ist besser“. Information vom 25.5.1983 zu poli-

gung müsse blockübergreifend denken und handeln, was aber keine politische Neutralität, sondern Parteinahme bedeute. Die Solidarität mit der Zweidrittel-Welt erfordere die Auseinandersetzung mit der wirtschaftlichen Situation und die Sichtbarmachung von Herrschaft. Ein Ablasshandel für die christlichen Sünden „Brot für die Welt“ reiche nicht aus; auch die Unterstützung von Befreiungsbewegungen gehöre zur Solidarität.

3.2 Politikfähigkeit der Unabhängigen Friedensbewegung und die Kirche als Problem der Gruppen

Das Thesenpapier „Zur Politikfähigkeit der eigenständigen DDR-Friedensbewegung“, vom Friedrichsfelder Friedenskreis im Dezember 1985¹⁶⁸ in Umlauf gebracht, sollte eine Diskussion zu den Ergebnissen und Erfahrungen der zurückliegenden 5-jährigen Basisgruppenarbeit auslösen. Die 8 Thesen des Papiers formulierten sowohl eine Kritik am weit verbreiteten Verharren auf dem Boden von Ausgangspositionen individueller Betroffenheit und moralischer Empörung als auch eine Problematisierung daraus entspringender Defizite politischen Handelns der Friedenskreise. Die gängige Festlegung auf den pazifistischen Standpunkt erfolge „unabhängig von den historischen und politischen Situationen“. Der Friedrichsfelder Kreis legte sein Selbstverständnis offen, Friedensarbeit als „Untersuchung der Ursachen und Triebkräfte für Kriege, Rüstung und Militarismus“ betreiben zu wollen und „die Geschichte bzw. den Prozess aufzuspüren, der zu der heutigen menscheitsbedrohenden Situation führte“. Kritisch hinterfragt wurde die bisherige Nutzung der Möglichkeiten, jenseits staatlicher, kirchlicher und westlicher Denkschemata „eigene Wege zu finden“ und „konkret gelebte auch kritische Solidarität und Konfliktbewältigung untereinander, unabhängig von den verschiedenen politischen Ansätzen“ zu praktizieren. Überdies forderte das Papier die Friedenskreise auf, entgegen der ihnen vom Staat aufgenötigten religiösen Selbstbeschränkung ihren Anspruch auf Mitgestaltung gesellschaftlicher Veränderungen zu behaupten.

„... politikfähiges Handeln (heißt) für uns: gemeinsames zielgerichtetes Handeln auf dem Boden der Wirklichkeit. ... Für die Engagierten in der Friedensbewegung ist es wichtig zu wissen, was für Interessen, Bedürfnisse, Ängste haben meine KollegInnen, NachbarInnen, MitschülerInnen. Sonst läuft jede Friedensgruppe, jede Bewegung Gefahr, zur elitären abgehobenen Sekte zu werden.“

Gemessen an den Friedrichsfelder Maßstäben fiel die Bilanz bisheriger Basisgruppenarbeit außerordentlich kritisch aus:

Friedensbewegung ist auf individuelle Lösungen des Problems orientiert. Es fehlt die Suche nach der gesamtgesellschaftlichen Sicht ... Das hat zur Folge, dass den per-

tischen Tendenzen in der kirchlichen Jugendarbeit, Vorlage für die Dienstbesprechung am 30.5.83, SAPMO BArch, DO 4/1277.

168 Friedenskreis Berlin-Friedrichsfelde, „Zur Politikfähigkeit der eigenständigen DDR-Friedensbewegung“ in der Fassung vom Dezember 1985, MDA 1.1.02. 560 (Mappe FKFF). Die folgenden Zitate entstammen dieser Quelle. Der Text wurde bereits im Vorfeld der Friedenswerkstatt 1985 konzipiert und im kleinen Kreis diskutiert.

sönlichen Konflikten ... dort, wo sie auftreten (Arbeit, staatliche Kindererziehung, gesellschaftliche Organisationen) ausgewichen wird. Individuelle Lösungen werden gesucht: kirchliche Arbeitsstellen, kirchliche Kindergärten, innere Emigration, Ausreise ... Wir verkennen nicht die beruflichen Schwierigkeiten, in denen sich manche, die sich in der Bewegung engagieren, befinden ... Unsere Kritik setzt da an, wo der Ausstieg aus der staatlichen Arbeitswelt zum Prinzip erhoben wird, ohne zu berücksichtigen, dass für die Mehrheit der Bevölkerung dieser Weg nicht möglich ist ... Friedensbewegung ist DDR-zentriert. Es fehlen engagierte Stellungnahmen zu Problemen außerhalb des Landes, zum Beispiel zu politischen Verfolgungen im Westen, zur Invasion in Grenada, [zur] Bedrohung Nicaraguas, [zum] Krieg der Sterne. Solidarität mit der 2/3-Welt beschränkt sich auf caritatives Handeln ... Friedensbewegung war bisher nicht konsensfähig. Ausdruck dessen ist die mangelnde inhaltliche Zusammenarbeit ... [sind] die krampfhaften Versuche, die Friedensbewegung zu vernetzen ... um der Vernetzung und Struktur willen und nicht auf der Basis gemeinsamer Arbeit und Inhalte.“

Dieser vorsichtigen öffentlichen Positionierung des Friedrichsfelder Friedenskreises zu Fragen der politischen Perspektiven von Friedensarbeit ging noch eine andere (nichtöffentliche) Diskussion über die Perspektiven von Opposition und Widerstand sowie der Grundlagen von Zusammenarbeit oppositioneller Kreise im Spektrum konspirativ arbeitender Gruppen voraus (vgl. Abschnitt 4.1.1). Es gelang dem FK Friedrichsfelde damals nicht, mit seinen Thesen eine grundsätzliche Diskussion über die bisherige Arbeit der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR auszulösen. In Berlin fanden lediglich zwei Treffen von Vertretern des Pankower Kreises und des Friedenskreises der Samaritergemeinde mit Friedrichsfelder Friedenskreisteilnehmern zur Diskussion des Friedrichsfelder Thesenpapiers statt, in denen die Differenzen eher noch vertieft wurden.¹⁶⁹ Angesichts der Tatsache, dass viele der im Thesenpapier erhobenen Forderungen hinsichtlich des Themenspektrums von Friedensarbeit tatsächlich erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre ausgefüllt werden sollten, kann das Scheitern des Friedrichsfelder Versuchs einer Problematisierung der Politikfähigkeit der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR (UFB) als Ausdruck eben dieses damaligen Politisierungsniveaus, aber auch der Richtung künftiger Entwicklung angesehen werden.

Seitens des Pankower Friedenskreises formulierte Hans Misselwitz seine Einwände gegen die Friedrichsfelder Thesen.¹⁷⁰ Er widersprach deren „Anspruch, die Situation der ganzen DDR-Friedensbewegung zu analysieren“.¹⁷¹ Sein erster Einwand offenbarte, dass die

169 Die Initiative für das Treffen der Kreise am 16.12.1985 ging von Pfarrer Rainer Eppelmann von der Samaritergemeinde aus. Das zweite Treffen fand am 7.6.1986 in Rahnsdorf bei Wolfgang Wolf statt.

170 Hans Misselwitz, Einige Anmerkungen zu den „Friedrichsfelder Thesen“ vom 16.12.1985, in: Informationsblatt der Generalsuperintendentur Berlin für die kirchliche Friedensarbeit vom März 1986, S. 3f.

171 In der Einleitung des Friedrichsfelder Papiers hieß es dazu, die Thesen „stellen weder eine Verurteilung anderer Ansätze in der Friedensarbeit dar, noch wollen sie Zensuren verteilen. Dennoch enthalten sie Wertungen, die sich aus unserem friedenspolitischen Ansatz ergeben, der hier ebenfalls zur Diskussion steht und sicherlich nicht der einzig mögliche ist. ... In den Diskussionen zu unseren Thesen wurde uns immer wieder vorgeworfen, wir würden uns zu Richtern über die Qualität von Friedensarbeit aufspielen. ... Maßstab für uns sind die Erfahrungen aus der Geschichte und der heutigen gesellschaftlichen

Friedrichsfelder Forderung „sachlich-argumentativer Diskussionsfähigkeit und analytischer Prozessbetrachtung“ aus seiner Sicht einen Politikbegriff artikulierte, „der verblüffend jenem ähnelt, der auf wohlerzogene Diplomatie setzt ... Wer so etwas einführt, hat eine fundamentale Tatsache noch nicht begriffen: Dass die Sprache des persönlichen Zeugnisses unvergleichlich eindeutiger ist, als jede Metasprache der politischen Argumentation.“¹⁷² Daher sein zweiter Einwand: „Wer ‚objektive‘ Einsichten zum Kriterium wahrer Friedensarbeit macht, muss dann auch die Struktur etablieren, die diese Einsichten sichert und verbindlich auslegt: die Hierarchie der Eingeweihten.“¹⁷³ Die Kritik des Thesenpapiers an der mangelhaften inhaltlichen Zusammenarbeit wurde von Misselwitz mit dem Hinweis auf das DDR-weite Seminar „Konkret für den Frieden“ in Frage gestellt.¹⁷⁴

Den schärfsten Widerspruch erntete das Friedrichsfelder Papier jedoch hinsichtlich seiner Kirchenkritik: In der achten Friedrichsfelder These hieß es:

„Die evangelische Kirche hat, wie jede bürokratische Organisation als erstes Interesse den Erhalt der Organisation und wird nur soweit die Friedensbewegung unterstützen oder dulden, als die Organisation nicht gefährdet ist. Die Friedensbewegung muss sich dessen bewusst sein, um sich keine Illusionen über die Kirche zu machen, sich von ihr nicht vereinnahmen oder sich von ihr die Strategie vorschreiben zu lassen. Die Unabhängigkeit der Friedensbewegung wird sich nicht in der Unabhängigkeit der Organisation zeigen, sondern in der Eigenständigkeit ihrer Inhalte.“

In seinen „Einwänden“ antwortete Hans Misselwitz:

„Wenn es auf die Kirche als ‚bürokratische Organisation‘ ankäme, käme keiner in ihre Räume, der nur ein Dach für sich sucht. Deshalb haben es hier alle mit einer ganz anderen Art von Kirche zunächst zu tun, als in der These behauptet wird: Diese Kirche ist selbst ein nicht unerheblicher Teil dessen, was hier als Friedensbewegung vorgestellt wird.“

Dieser Disput spiegelt nachdrücklich den eigentlichen Konfliktgehalt unabhängiger Basisgruppenarbeit innerhalb evangelischer Kirchgemeinden: Je weiter Gruppen dort ihren politischen Emanzipationsanspruch gegenüber dem Alleingestaltungssaxiom des Staates trieben,

Realität. Die Friedensbewegungen vor den beiden Weltkriegen haben sich nicht genügend damit auseinandergesetzt.“

172 Hier muss wenigstens angemerkt werden, dass etwa der sehr unterschiedliche Umgang des FKFF und des FK Pankow mit dem Reaktorunglück in Tschernobyl (vgl. Abschnitt 4.5.1) die Mutmaßung von Hans Misselwitz, der FKFF würde anders als der FK Pankow auf „wohlerzogene Diplomatie“ setzen, eindrucksvoll dementiert und eher die Umkehrung der von ihm vorgenommenen Zuweisungen nahe legt. Tatsächlich ist der Appell des FKFF für eine „Politik von unten“ als Alternative für eine sich am herrschenden Sachzwang-Objektivismus oder dem opportunistischen Paradigma diplomatischer Ausgewogenheit orientierende „Politikfähigkeit“ formuliert.

173 Angesichts der Tatsache, dass in den Thesen nirgendwo das Wort „objektiv“ auftaucht, liegt es nahe, dieses Attribut als Misselwitz' Perception des aus seiner Sicht im Friedrichsfelder Appell formulierten materialistischen Geschichts- und Politikbegriffs anzusehen.

174 Bemerkenswerterweise fragte Hans Misselwitz in einem Brief vom Frühjahr 1986 an den Vorbereitungsausschuss eben dieses Seminars (offenbar unter dem Eindruck der Diskussion über die Politikfähigkeit der Friedensbewegung): „Inwiefern ist das, was ... (Friedens-)Gruppen ... zeichenhaft verkörpern, ... ein Faktor zur Unterstützung des politischen Handelns des Einzelnen? Inwiefern ist also die Gruppe selbst ... schon ‚politikfähig‘ – indem sie nämlich ihre Teilnehmer zur Politik befähigt? Hier liegt für mich der entscheidende Aspekt, weil emanzipatorische Aspekt, der Frage der Politikfähigkeit.“ Zitiert nach Neubert 1997, S. 623.

desto mehr wurden sie für die Staatsmacht zur Herausforderung und erst dadurch für die Amtskirche zum Problem. Das Problem für die Amtskirche bestand nicht in der Eigenständigkeit von Friedenskreisarbeit auch gegenüber kirchenoffizieller Friedenspolitik. Die Kirche bekräftigte zwar gleichfalls gegenüber dem Staat stets die Eigenständigkeit ihrer Friedenspolitik, bezeichnete diese aber nicht als „unabhängig“ und betonte nachdrücklich den Willen zur Konsensbildung mit dem Staat als *Leitorientierung* kirchlichen Dialogs. Für die Basisgruppen existierte diese Dialogebene prinzipiell nur mit der Amtskirche und nicht mit der Staatsmacht. Ebenso wenig war die Konsensbildung mit der Staatsmacht ihre prinzipielle Handlungsorientierung. Zunächst wurden also diese Kreise nur deshalb ein Problem für die Amtskirche, insoweit sie es für den Staat wurden, woraufhin der Staat Druck auf die Amtskirche in Richtung amtskirchlichen Handelns zum Nachteil der Basisgruppen ausübte. Der Friedenskreis Pankow war dagegen ein Beispiel für einen dialogorientierten kirchlich gebundenen Friedenskreis, auf dem trotzdem ein enormer staatlicher Druck lastete, jedoch kaum amtskirchlicher Druck.¹⁷⁵ Deshalb war diese Amtskirche auch der erste Adressat des Pankower Friedenskreises, um über deren Kanäle zur Staatsmacht jenen Druck abzustellen.¹⁷⁶ Die erwähnten guten Kommunikationsbeziehungen des Pankower Friedenskreises (des GKR) zu Kirchenleitung bzw. Konsistorium (damals insbesondere zu Generalsuperintendent Krusche und Konsistorialpräsident Stolpe) als konsensorientierte Sachwalter kirchlicher Interessen gegenüber dem Staat legten diesen Weg noch zusätzlich nahe. Daher hatte der Pankower Friedenskreis nicht den geringsten Grund, die skeptische Haltung des Friedrichsfelder Friedenskreises gegenüber der Amtskirche zu teilen und allen Grund, letztere sogar zu verteidigen. Dagegen hatte es der FK Friedrichsfelde beispielsweise in Gestalt von Propst Winter mit einem Kirchenbeamten zu tun, der die Mitverantwortung für die amtskirchliche Intrige trug, in deren Folge dieser Friedenskreis, unter staatlichem Druck stehend, 1982 von der Kirchenleitung aus der ESG vertrieben wurde (vgl. Abschnitt 3.1.2.3). Doch der Friedenskreis Friedrichsfelde argumentierte in seinen Thesen nicht von dieser Erfahrung her, sondern ausgehend von der „langen Tradition ... der Verwobenheit zwischen kirchlicher und staatlicher Herrschaft in den vergangenen Jahrhunderten und des Weiterbestehens eines großen bürokratischen Apparates“¹⁷⁷ der Großkirchen, die sich schon allein deshalb nicht als „Friedenskirchen“ definieren konnten. Aus der Sicht der Friedrichsfelder konnte so die Amtskirche jederzeit auch zu einem Problem für die Gruppen werden, was für die Pankower schwer vorstellbar war. Auch dass die 1987 entstandene „Kirche von unten“ (KvU) und der 1986 gegründete „Arbeitskreis solidarische Kirche“ (AKSK) in der zweiten Hälfte der 80er Jahre die praktische Antwort von Basisaktivisten auf amtskirchlichen Bürokratismus und interessegeleitete Kirchendiplomatie zum Nachteil der Arbeit unabhängiger Gruppen wurden, sollte die Pankower nicht von ihrer Haltung abbringen (vgl. Abschnitt 4.11). Die Unversöhnlichkeit der beiden Standpunkte war aus der Verschiedenheit der Perspektive beider Gruppen, aber auch aus der Verschiedenheit ihrer politischen Praxen durchaus nachvollziehbar.

175 Zu dem Gründen siehe Abschnitt 3.1.4.3.

176 Siehe Brief der Kirchgemeinde Pankow (Ruth Misselwitz) an die Kirchenleitung der EKBB (Propst Winter) vom 25.10.1984, Subklew-Jeutner 2004, S. 117f.

177 Friedenskreis Berlin-Friedrichsfelde, Thesen Dezember 1985.

Auch heute erntet besonders die Kirchenkritik der „Friedrichsfelder Thesen“ Unverständnis oder sogar Empörung, etwa bei der Biographin des Pankower Friedenskreises, Marianne Subklew-Jeutner. Ihre Zurückweisung des Friedrichsfelder Hinweises auf bürokratische Strukturen in der evangelischen Kirche entspringt offenbar ihrem Vertrauen in die nachhaltige Wirksamkeit der synodalen Verfassung der Evangelischen Kirche gegenüber kirchenbürokratischem Konservatismus und staatsergebener Affirmation. Dass die Friedrichsfelder überdies der Unabhängigkeit friedensbewegter Basisgruppenarbeit auch gegenüber den friedenspolitischen Strategiebildungen der Amtskirche einen hohen Stellenwert gaben, war für Subklew-Jeutner Anlass, auf das seit 1971 im BEK eingerichtete Studienreferat für Friedensfragen (seit 1974 in der Theologischen Studienabteilung angesiedelt) hinzuweisen: Die Friedensfrage sei also „nicht erst durch die Gruppen in die Kirche hineingetragen worden“. Da die Friedrichsfelder mit ihrer Kirchenkritik jedoch offenbar nicht allein standen, kommt Subklew-Jeutner unter zustimmender Bezugnahme auf Pollack insgesamt zu dem Schluss, dass scheinbar „der Kirche von einigen Gruppen die Rolle des Sündenbocks zugeschrieben“ wurde, also zum „Stellvertreter-Gegner“ der Gruppen anstelle der Staatsmacht wurde, weil „der Staat als eigentliche Adresse und als Gesprächspartner weder personell noch inhaltlich erreichbar war.“¹⁷⁸ Die (verglichen mit dem FK Pankow) zweifellos größere Amtskirchenferne des Friedrichsfelder Kreises führte Subklew-Jeutner andererseits zu der (sicher übertriebenen) Einschätzung, die Kirche sei ein „fremder Ort“ für diesen Friedenskreis gewesen und von daher (wegen dessen Kirchenkritik) ganz sicher unberechtigt zur Unterstellung einer Staatsnähe der Friedrichsfelder hinsichtlich solcher Kritik: „In fataler Weise wurden hier der Kirche Vorwürfe gemacht, die sprachlich an die erinnern, die auch von staatlicher Seite kamen.“ Hier würde „mit Feindbildern argumentiert, die auch aus einem Staatsbürgerkunde-Lehrbuch abgeschrieben sein könnten.“ Diese Deutung der Friedrichsfelder Position als staatsnahe Kirchenkritik in der Funktion des Ersatzes für angeblich nicht ausgelebte staatskritische Politikambitionen ist wohl nicht nur im Falle des FK Friedrichsfelde fragwürdig. Vielmehr lassen beispielsweise die starke Verflechtung und inhaltliche Nähe staatskritischer Basisgruppen zu den DDR-weiten kirchenkritischen Netzwerken AKSK und KvU darauf schließen, dass deren Institutionenkritik sich an einer real existierenden bürokratisch organisierten Macht- bzw. Interessenpolitik in beiden Sphären abarbeitete, ohne dass die jeweils zielführenden Interessenlagen von Staatsmacht und Amtskirche deshalb gleich gewesen wären. Je stärker solche Konfliktpotentiale sich aufluden, desto mehr wurde aus der eigenständigen kirchlichen Basisgruppenarbeit eine unabhängige. Je umfassender diese Gruppen sich vernetzten, desto stärker wurde der Charakter ihrer unabhängigen Friedenskreisarbeit zu dem einer unabhängigen Friedensbewegung (UFB) in der DDR.

Es kann also durchaus davon gesprochen werden, dass umgekehrt eine unabhängige Basisgruppenarbeit von kirchlichen Kreisen nicht nur für den Staat, sondern auch für die

178 Subklew-Jeutner 2004, S. 206ff. Pollack allerdings bezieht seine „Sündenbock“-Paraphrase ausdrücklich auf kirchennähere Gruppen, welche viel eher und aus einer positiven Erwartungshaltung der Kirche gegenüber deren Defizite, Defekte und ihre Zögerlichkeit problematisierten, als kirchennähere Basisgruppen, welche solche Projektionen gar nicht erst entwickelten, Pollack 2000, S. 198f. Im vorliegenden Fall allerdings verteidigte der im Vergleich zum Friedrichsfelder Kreis zweifellos kirchennähere Friedenskreis Pankow die Amtskirche gegenüber den lakonischen Hinweisen im Friedrichsfelder Thesenpapier auf bürokratischen Kirchenstrukturen.

Amtskirche zum Problem werden konnte (vgl. Abschnitt 3.5.1). Die schon angedeutete politische Aufladung des Gebrauchs der Begriffe „eigenständig“ und „unabhängig“ im Akteursdreieck Gruppen-Staat-Kirche verstellt manchmal die Sicht auf das eigentliche Problem. Nebenbei erfolgt hier auch eine merkwürdige Begriffsverdrehung: Bemerkenswerterweise ist in dem Friedrichsfelder Papier nicht von der unabhängigen, sondern (wie auch in späteren Papieren) von der „eigenständigen DDR-Friedensbewegung“ die Rede, obwohl im Text von deren (anzustrebender) „Unabhängigkeit“ die Rede ist. Trotzdem bleibt der Text unmissverständlich, da die Unabhängigkeit der Friedensbewegung an der Eigenständigkeit ihrer Inhalte und ihrer Strategiebildung gemessen wird. Die Zwiespältigkeit der Situation von Gruppen, die sich als unabhängig verstanden und auch so agierten, aber auf kirchliche Strukturen angewiesen waren, um überhaupt öffentlich-politisch wirken zu können, kann eigentlich eher als „unabhängig, aber nicht eigenständig“ beschrieben werden: Ihre Abgrenzung von amtskirchlichen Ansprüchen und die Abwehr derartiger Maßregelungen war die Behauptung ihrer Unabhängigkeit innerhalb einer traditionsgebundenen kirchlichen Struktur. Hier auch Eigenständigkeit zu erlangen bedeutete, diesen kirchlichen Schutzraum zu verlassen. Wie lange und wie nachhaltig im (ungeschützten) öffentlichen Raum DDR eigenständig, unabhängig und offen Opposition betrieben werden konnte, war angesichts des akkumulierten Repressionspotentials nicht nur eine Frage der politischen Entschlossenheit der Akteure, sondern ebenso bestimmt vom Wandel der innenpolitischen Kräfteverhältnisse, des Repressionsregimes und der äußeren Wirkungsfaktoren. Es war insofern kein Zufall, dass erst ab 1986 kirchliche Basisgruppen ihre Positionen immer freier auch von kirchlichen Bevormundungen entfalteten als auch die Initiative Frieden und Menschenrechte als eigenständige (kirchenunabhängige) Oppositionsgruppe sich – anders als zuvor die Berliner Gruppe „Frauen für den Frieden“ – halten konnte (vgl. Abschnitt 3.4.1). Für diese Entwicklung waren aber ebenso die vielen zuvor gescheiterten Anläufe auf dieses Ergebnis hin – sowohl der 70er, als auch der frühen 80er Jahre – von großer Bedeutung: Sie waren die ersten „Treffer“ im sensiblen Bereich eines Herrschaftssystems, das damals noch abwehrfähig genug war, seine Herausforderer in die Schranken zu weisen.

3.3 Jugendprotest in den 80er Jahren und die Krise kirchlicher Jugendarbeit

3.3.1 Die Offene Arbeit nimmt neuen Anlauf

Den besonderen Stellenwert der Beobachtung kirchlicher Jugendarbeit, welche im SfK zutreffenderweise für eine „Brutstätte von Opposition“ gehalten wurde¹⁷⁹, belegen die fort-

179 „Nach kirchlichen Angaben werden über alle Arbeitsformen (einschließlich ‚offener Arbeit‘) etwa 7–10 % der Jugendlichen in unserer Republik erreicht. ... ‚offene Jugendarbeit‘ [wird] im Widerspruch zur kirchlichen Basis zur Zusammenfassung feindlicher Kräfte missbraucht.“ Information über die Tätigkeit der Friedensausschüsse, der ev. Studentengemeinden, Ökologiegruppen sowie weitere kirchliche

laufenden Informationen über hauptamtliche Jugendmitarbeiter der Evangelischen Kirchen in der DDR, die hinsichtlich deren politischer Einschätzung ständig aktualisiert wurden.¹⁸⁰ Die kirchliche Jugendarbeit und ganz besonders die Offene Arbeit der Evangelischen Kirche (OA), von Anfang an durch Staatsmacht, kooperierende kirchliche Amtsträger und konservative Gemeindeglieder unter ständigem Druck¹⁸¹, konnte sich am Vorbild des Braunschweiger Pfarrers Walter Schilling (Thüringen) bei der Verteidigung einer emanzipatorischen offenen evangelischen Jugendarbeit orientieren. Schillings brisantes Arbeitskonzept war dreiteilig: Herstellung des Zusammenhangs der individuellen mit der allgemeinen sozialen und politischen Situation als „gesellschaftskritischer Ansatz“ von Jugendarbeit, soziales Training in Richtung „solidarischer Ansatz“ und schließlich die „Vorwegnahme von Zukunft“ in den Lebensweisen der Gemeinschaft. Dies wurde von der Amtskirche bestenfalls toleriert, jedoch kirchenpolitisch nicht offiziellisiert.¹⁸² Diese Praxis jenseits evangelisierender sozialdiakonischer Betreuung von Randgruppen¹⁸³ und staatlicher Disziplinierung bzw.

Arbeitsformen mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den evangelischen Landeskirchen, Vorlage vom 20.11.1984 für die Dienstbesprechung am 27.11.1984, SAPMO BArch, DO 4/949.

180 So erhielten im März 1981 von acht der Kirchenleitung verantwortlichen in der SfK-Einschätzung namentlich genannten Jugendmitarbeitern (ordinierte Theologen) fünf das Prädikat „loyal“ und drei die Zuordnung „politisch-negativ“. Von 16 namentlich erfassten Landesjugendpfarrern oder gleichgestellten Amtsträgern hätten nur drei negative Positionen. Von 14 erfassten Landesjugendwarten bzw. -diakonen seien drei politisch-negativ. Vereinzelt negative Positionen wären im Bereich der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen im Bezirk Karl-Marx-Stadt und der Evangelischen Kirche der Kirchen-Provinz Sachsen im Bezirk Magdeburg zu verzeichnen. Von 37 erfassten Bezirksjugendpfarrern, -warten oder -diakonen seien acht negativ. Einzelne politisch-negative Kräfte gäbe es im Bereich der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen in den Bezirken Karl-Marx-Stadt und Leipzig, im Bereich der Evangelischen Kirche der Kirchen-Provinz Sachsen im Bezirk Magdeburg, im Bereich der Anhaltinischen Landeskirche im Bezirk Halle und im Bereich der Thüringischen Landeskirche im Bezirk Gera. Die drei hauptamtlichen Jugendevangelisatoren der Sächsischen Evangelisch-Lutherischen Landeskirche würden offen negative politische Standpunkte an der Grenze zur strafrechtlichen Relevanz vertreten. Eine Konzentration kirchlicher Jugendmitarbeiter mit negativem Profil gäbe es in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Sachsen, der Evangelischen Kirche der Kirchen-Provinz Sachsen und in der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Mecklenburg. Die Absolventen des Paulinum (Berlin) und des Diakonhauses Moritzburg (Dresden) verließen die Ausbildungsstätten mit einem hohen Anteil politisch-negativer Grundeinstellungen zur DDR. Die in der Einschätzung namentlich nicht erfassten an der Basis arbeitenden kirchlichen Jugendmitarbeiter organisierten vielfach und mit Billigung der höheren kirchlichen Ebenen Jugendveranstaltungen mit negativer politischer Ausrichtung. „Diese (ständig aktualisierten und präzisierten) Informationen über hauptamtliche kirchliche Jugendmitarbeiter sollten in der operativen Arbeit genutzt werden.“ Einschätzung der hauptamtlichen Jugendmitarbeiter der Evangelischen Kirchen in der DDR. Vorlage vom 25.3.1981 für die Dienstbesprechung am 6.4.1981, SAPMO BArch, DO 4/1276.

181 „Politisch negative Kräfte in der kirchlichen Jugendarbeit und außerhalb der Kirchen versuchen die ‚Offene Arbeit‘ politisch zu missbrauchen (insbesondere mittels Themenbereichen wie Frieden, Umwelt, ‚Andersartige‘ wie Homosexuelle/Punks/Lesben).“ Information über die Tätigkeit der Friedensausschüsse, der Evangelischen Studentengemeinden, Ökologiegruppen sowie weitere kirchliche Arbeitsformen mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den evangelischen Landeskirchen. Vorlage vom 20.11.1984 für die Dienstbesprechung vom 27.11.1984, SAPMO BArch, DO 4/1282.

182 Siehe auch Neubert 1997, S. 609.

183 „1976 richtete [die Kirche] eine Ausbildungsstätte für Sozialdiakonie ein, deren Absolventen dann unter dem Motto ‚Ich Sozialdiakon – Du Randgruppe – Ich Dir helfen‘ auf die Gruppen losgelassen wurden. ... Sozialdiakon durften nur Männer werden! ...“ Wunder 1997, S. 13.

repressiver Wiedereingliederung „Asozialer“ wurde von den Sicherheitsorganen überall als sozialismusfeindliche Politisierung von Jugendlichen mit randgruppentypischen Problemographien eingeschätzt und mit Operativen Vorgängen „begleitet“. Auch das SfK betrachtete die „Offene Jugendarbeit“ als „politisch besonders problematisch“: Hier handele es sich „um unkontrollierbare Aktivitäten von Jugendlichen, Antragstellern, kriminell Gefährdeten gegen den Staat“, mehr oder weniger angeleitet von oft selbst politisch negativ eingestellten Jugendmitarbeitern. Diese Sammlung „problematischer Jugendlicher unter weitgehender Lösung kirchlicher Bindungen“ etwa zur Ortsgemeinde, erfolge unter permanenter Verletzung der Veranstaltungsverordnung (VAVO) und mit der Bestärkung politisch negativer Einstellungen etwa durch Pfarrer Schilling (Rudolstadt) und Diakon Rochau (Halle). Das SfK registrierte das Bestreben solcher Gruppen, Verbindungen untereinander aufzubauen.¹⁸⁴

Der Aufbau eigener Formen sozialer und kultureller Interaktion in autonomen Jugendgruppen war tatsächlich eine Quelle oppositioneller Selbstorganisation auch in den 80er Jahren.¹⁸⁵ Denn es entstanden in den 70er Jahren in der ganzen DDR Zentren der OA, die sich nach und nach vernetzten. Im November 1979, am Beginn einer neuerlichen Offensive der Sicherheitsorgane gegen die OA, gab es das erste republikweite Treffen von Mitarbeitern der OA in Berlin und in der Folge jährliche Treffen in Hirschluch.¹⁸⁶ Die inhomogenen und

184 Information vom 25.5.1983 zu politischen Tendenzen in der kirchlichen Jugendarbeit, Vorlage für die Dienstbesprechung am 30.5.83, SAPMO BArch, DO 4/1277. Lobende Erwähnung fand lediglich die Thüringer Landeskirche, welche die Gruppe um Pfarrer Schilling durch Einschränkung der Verwendung des Rüstzeitheims Braunsdorf zähmte, und deren Bischof Leich, weil er im Zusammenhang mit den „Jenenser Ereignissen“ darauf verwies, dass die Kirche „offen für alle, aber nicht für alles“ sei und deshalb die Rechtfertigung der Friedensszene in Jena durch die Thüringer Landeskirche ablehnte (vgl. dazu Abschnitt 3.5.2.2). Dagegen würden negative Kräfte der offenen Jugendarbeit durch kirchenleitende Kräfte in der Kirchen-Provinz Sachsen (Bischof Krusche, Propst Falcke u. a.) indirekt ermuntert und in der EKBB durch Bischof Forck, Präses Becker und Propst Dr. Winter offen unterstützt. Sie billigten u. a. die Versuche des Friedenskreises um Eppelmann zur Koordinierung der Aktivitäten politisch feindlicher Friedensgruppen aus der gesamten DDR. Insbesondere die Evangelischen Studentengemeinden böten solchen Kräften Räume und Arbeitsmöglichkeiten, obwohl diese weder Studenten noch Glieder der Kirchen seien bzw. diese Studentengemeinden würden selbst missbraucht. Ebenda.

185 „Wir hielten es für pervers, Menschen in eine Gesellschaft wieder einzugliedern, an der sie fast zugrunde gegangen waren. ... wir ... hielten es für nötig, und konsequent, dass die Gesellschaft mit ihren einengenden Strukturen verändert werden müsste, damit die Lüge und der Selbstbeschluss aufhört, damit nicht weiter kaputte Menschen produziert werden.“ Wunder 1997, S. 18.

186 Neubert 1997, S. 429. Das SfK registrierte 1980 in der kirchlichen Jugendarbeit der zurückliegenden Jahre eine deutliche Aktivierung unter Beteiligung von Jugendlichen, die „der sozialistischen Gesellschaft politisch indifferent oder negativ gegenüberstehen“. Die Blues-Messen, Schriftstellerlesungen (etwa mit Heym) und Liedermacherauftritte belegten, dass der organisierende „kleine Kreis negativ wirkender kirchlicher Jugendmitarbeiter“ offensiver werde und eine stetige thematische Ausweitung der kirchlichen Jugendveranstaltungstätigkeit sowie eine Zunahme der Zahl der Veranstaltungen und der Teilnehmer mit dem Ziel einer Konfrontation Staat-Kirche stattfände. Ebenso gäbe es eine vermehrte Zahl überregionaler kirchlicher Jugendtreffen. Andererseits „darf nicht übersehen werden, dass es nach wie vor gravierende Fälle von sektiererischen Entscheidungen bei der Zulassung zur EOS und zum Studium sowie politisch und weltanschaulich falsche Beurteilungen von Schülern und Studenten gibt, die Christen sind, sich bewusst von ihrem Glauben her gesellschaftlich engagieren und hervorragende fachliche Leistungen nachweisen können.“ Diese selbstkritische Einschätzung mündete in die Schlussfolgerung, dass dort, wo FDJ und gesellschaftliche Kräfte nicht oder ungenügend auf Jugendbedürfnisse eingehen, kirchliche Jugendarbeit attraktiv sei. Die sektiererischen Tendenzen in staatlichen

dezentralen Strukturen der OA machten es den Sicherheitsorganen schwer, den Hebel anzusetzen für offene und verdeckte „Liquidierungsmaßnahmen“ gegen die Offene Arbeit. Andererseits war die OA in der ersten Hälfte der 80er Jahre relativ isoliert von der Friedensarbeit in den gemeindenahen Friedenskreisen. Dies änderte sich allerdings ab 1987. Trotzdem war infolge der personellen Verflechtungen von Friedenskreisaktivisten und Teilnehmern der OA besonders in Berlin schon in der ersten Hälfte der 80er Jahre der Beitrag der OA für die Informationsflüsse namentlich in den Süden der Republik bedeutsam: Die damals schon republikweit stark vernetzte Offene Arbeit bildete quasi einen zweiten Strang gegenseitigen Informationsaustauschs der UFB, die ihre eigene Vernetzung damals erst entwickelte. Der Argwohn der Sicherheitsorgane gegenüber der OA wurde durch ihr inoffiziell bekannt gewordene „Thesen“ von Vertretern der offenen Jugendarbeit, die im Mai 1982 gegenüber dem Bischofskonvent der evangelischen Kirchen in der DDR vorgebracht wurden, bekräftigt. Hier hieß es u. a.: „Wir ... haben den erschreckenden Eindruck, dass fast die gesamte junge Generation – und nicht nur sie – bewusst oder unbewusst tief enttäuscht ist von einer Gesellschaft, die ausgerichtet auf Effizienz, Zentrotokratie, Absicherungsstreben und Konsumverhalten – wie ein von Sachzwängen dirigierter Apparat Anpassung fordernd über sie verfügt ...“¹⁸⁷

Es ist sicher berechtigt, die Offene Arbeit, ebenso wie die später entstehende „Kirche von Unten“, innerhalb des Spektrums politisch-alternativer Gruppen als in erster Linie durch ihren sozialen Zusammenhang charakterisiert zu bezeichnen, auch wenn es übertrieben scheint, sie gleich „soziale Bewegung“ zu nennen. Jedenfalls brachten die Gruppen der OA das soziale Konfliktpotential einer Generation zum Ausdruck, das überwiegend an diesem Ausdruck gehindert blieb.¹⁸⁸ Die sich selbst organisierende Minderheit jugendlicher Verweigerer und der Umgang der Staatsmacht mit ihr machten offenbar, wie gering die Fähigkeiten staatsautoritär verfasster Systeme wie der DDR waren, solche abweichenden Strömungen zu integrieren. In solchen Systemen entsprang dieser Unfähigkeit auch die höhere Zwangsläufigkeit der Politisierung auch vorpolitischer Formen von Protest:

„Wir betrieben den Widerstand nicht mit der Zwanghaftigkeit, wie der Psychoanalytiker Maatz in seinem ‚Gefühlsstau‘ auszumachen versuchte. Alles kam aus unserem turbulenten Leben heraus und der ‚Widerstand‘ war nur ein Teil davon. Er war oft ein Nebenprodukt, das entstand, weil die staatliche Reaktion freies und selbstbestimmtes Leben nicht zulassen wollte. Wir fühlen uns oft nicht als ‚Verfolgte‘, son-

Stellen seien zurückzudrängen. Information vom 26.6.1980 über aktuelle Tendenzen und Inhalte der Jugendarbeit der Evangelischen Kirchen in der DDR zur Vorlage an die Dienstbesprechung am 30.6.1980, SAPMO BArch, DO 4/1276.

187 Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Missbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen „inneren Opposition“ in der DDR, April 1983, MfS, JHS A.- Nr. 241/83.

188 „Wehrdienstverweigerung und die Beratung dafür, Wohnungsbesetzungen, Beschaffung von Arbeitsstellen, Organisation von Konzerten, aber auch inhaltliche und praktische Mitbeteiligung an Aktionen anderer Gruppen betrachteten wir nicht als Opposition, sondern als ganz normales selbstbestimmtes Leben ... Wir benutzten den Begriff ‚Bewegung‘ allerdings mehr selbstverulkend.“ Dirk Moldt, Parallelgesellschaft in der DDR. Ein gelebtes Ausstiegmodell in den 80er Jahren in Ostberlin, Horch und Guck, Heft 52 (4/05), S. 2.

dern als ‚Verfolger‘. Blinden Spaß-Aktionismus betrieben wir jedoch nicht. Bei allem überlegten wir genau, wogen Risiken und Erfolgsaussichten ab und entwickelten damit politisches Feingefühl.“¹⁸⁹

In Berlin war die Pfingstgemeinde seit Ende der 70er Jahre Zentrum der Jugendarbeit. Ab 1981 trafen sich dort auch Punks (vgl. Abschnitt 3.3.2). Seit März 1982 versuchte der GKR in konzertierter Aktion mit Kreiskirchenrat und Rat des Stadtbezirks Friedrichshain, die Punks zusammen mit der OA von dort zu vertreiben. Dies gelang 1983 und den Punks wurde auf Kirchenleitungsbeschluss der „Leichenkeller“ bei der Erlösergemeinde zugewiesen; für die OA fanden sich trotz Zusagen keine Räume.¹⁹⁰ Die Arbeit verlagerte sich dann zur Galiläakirche, wo seit 1980 u. a. Uwe Kulisch als Hilfskraft für Arbeit mit Jugendlichen tätig war. Kulisch organisierte dort die OA im Sinne Schillings, was 1981 in einer Werkstattveranstaltung nach Thüringer Vorbild seinen Ausdruck fand. Die inhaltliche Ausrichtung von Kulisch führte 1983 anlässlich der Vorbereitung einer ähnlichen Werkstatt zum Konflikt mit dem GKR und seinem traditionsgemeindlichen Jugendarbeitsverständnis, woraufhin die Gruppe um Kulisch abwanderte. Die OA in der Galiläakirche bei Pfarrer Gerhard Cyrus wurde dann zum Zentrum eines Teils der aus der Pfingstkirche vertriebenen Punks, denen Kreisjugendpfarrer Eppelmann den Weg dorthin ebnete. Ein anderer Teil der ehemals in der Pfingstkirche beheimateten OA und der Punks ging in die Erlösergemeinde, wo seit 1980 neben einer Friedenskreisarbeit auch Bluesmessen stattfanden. Eine OA fand auch in der Samaritergemeinde Eppelmans, in der Auferstehungs-, Advent-, Andreas-Marcus-, Lazarus- und in der Eliasgemeinde von Pfarrer Rudi Pahnke statt. Pahnke wurde 1982 Dozent für sozialdiakonische Jugendarbeit und war einer der hartnäckigen Verteidiger der OA. Doch die Kirchenleitung beschneidete in der ersten Hälfte der 80er Jahre der Berliner OA schrittweise die Arbeitsmöglichkeiten und erzwang deren Abwanderung in gefährdete private Räume.¹⁹¹ Dass der im staatlichen Interesse auf die OA ausgeübte Druck besonders groß war, liegt an der eigentümlichen innerkirchlichen Allianz staatsloyaler und christlich-konservativer (teilweise auch antikommunistischer) Kreise gegen die emanzipatorischen Formen kirchlicher Jugendarbeit: „Innerhalb der Kirchenleitung der Berlin-Brandenburgischen Landeskirche erhalten politisch loyale Kräfte bei ihren Bemühungen um eine politische Entschärfung der von den bekannten negativen Geistlichen und kirchlichen Mitarbeitern organisierten Jugendveranstaltungen (Bluesmessen, Friedenswerkstatt u. a.) die Unterstützung theologisch konservativer Kräfte. Diese wenden sich gegen eine zunehmende Verflechtung religiöser Inhalte zugunsten einer wuchernden Politisierung kirchlicher Veran-

189 Ebenda. Bezug genommen wurde auf das Buch von Hans-Joachim Maatz, *Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR*, Berlin 1990.

190 Der GKR versuchte vom März 1982 bis Mitte 1983, die OA über die vorzeitige Kündigung des Nutzungsvertrages für deren Arbeitsort, die Sperrung des Raumes, Beschwerden beim Kreiskirchenrat, einer Anzeige bei der VP und Zugangsverbot wegen brandschutztechnischer Mängel (letztlich erfolgreich) loszuwerden. Danach scheiterten selbst Versuche, wenigstens für Werkstattveranstaltungen (so für die Punks im September 1983 und für eine Jugenddekade im März 1985) eine Gemeinde zu finden. Fliegendes Papier 6 zum Thema Offene Arbeit, Juni 1987, Kirchentag von Unten, Privatarchiv des Autors.

191 Neubert 1997, S. 439f.

staltungen für Jugendliche.¹⁹² Eine solche „heilige“ Allianz, insbesondere gegen die „unheilige“ Offene Arbeit, bildete sich nicht selten auch gegen andere Formen staatlich angefeindeter Basisgruppenarbeit innerhalb der Evangelischen Landeskirchen des BEK, was häufig von den Partei- und Staatsorganen ausgenutzt wurde.

Die Suche nach festen Räumen der OA wurde zu einem Dauerthema im Clinch mit der Kirchenleitung. In der Jugendarbeit der evangelischen Kirche waren die OA, die Resonanz der Bluesmessen und die Hoffnungen der ausgegrenzten Punks auf kirchliche Schutzräume Beispiele für die amtskirchliche Kastration der wenigen Wachstumsbereiche der Kirche. Allerdings hatten die OA-Gruppen durch die wiederholte Nichteinhaltung von Absprachen mit gastgebenden Gemeinden für ihre Werkstattveranstaltungen selbst dazu beigetragen, dass auf Gemeindeebene die Vorbehalte gegen sie wuchsen.¹⁹³ Die OA Berlin, längst aus dem Kontext sozialdiakonischer Jugendarbeit ausgebrochen und zahlenmäßig so stark angewachsen, dass sie als Gast einer einzelnen Gemeinde kaum denkbar war, wollte ihre eigenen Inhalte vertreten und plante, sich als selbständige (Personal-)Gemeinde¹⁹⁴, als „Offene Gemeinde“ zu konstituieren, die von der KL eigene Räume fordern konnte. Dies geschah in einer Eingabe an die KL im Juni 1985, versehen mit über 300 Unterschriften. Sie wurde (trotz im September an die KL ergangener Einladung der OA und „Trampelanfrage“ der OA im Konsistorium¹⁹⁵) dann im Oktober nur hinhaltend beantwortet. Währenddessen warb die OA im Berliner kirchlichen Umfeld für ihr Anliegen mit Informationsständen zur April-Synode der EKBB, bei einer Veranstaltung in der Immanuelkirchgemeinde, in Form von Gesprächen mit Synodalen in deren Vorfeld und mit Aufklebern „Offene Arbeit – wir brauchen ein Dach“.¹⁹⁶ Alle Versuche blieben erfolglos. Sämtliche Gemeinden reagierten abschlägig auf den Wunsch der OA, wenigstens einmal im Monat einen eigenen Gottesdienst durchführen zu können.¹⁹⁷ Die Verhandlungskommission der OA verschliss sich in fruchtlosen Gesprächen mit den Gesprächsgruppen der KL um einen dauerhaften Arbeitsort. Allein dessen Fehlen behinderte die Arbeitsform kontinuierlicher seminarähnlicher thematischer Arbeit, die in den Friedenskreisen üblich war. Diese Arbeitsform war allerdings in der OA kein Schwerpunkt im Gegensatz zu den dort regelmäßig stattfindenden thematischen Veranstaltungen. Noch dringlicher waren solche Räume für die in der OA überaus wichtige Gruppenkommunikation. Infolge der hereinbrechenden Resignation infolge des fruchtlosen Clinches mit der Kirchenleitung dünnte das Personal der OA bald wieder aus. Die dezimierte Kerntuppe (vorwiegend Punks) durfte sich für ihre Veranstaltungsreihe „Nachtpott“ in

192 Schriftliche Information vom 19.6.1985 über Verlauf und Ergebnisse evangelischer kirchlicher Jugendveranstaltungen im 1. Halbjahr 1985. Vorlage für die Dienstbesprechung vom 29.7.1985, SAPMO BArch DO 4/1282.

193 Wunder 1997, S. 154ff.

194 Die angestrebte „Personalgemeinde“ der OA wollte sich nicht durch einen GKR, sondern gemäß ihrem basisdemokratischen Selbstverständnis durch die Vollversammlung ihrer Arbeitsgruppenmitglieder vertreten wissen. Allein dies führte zu Hindernissen in den Verhandlungen mit der KL, da solches mit den kirchenrechtlichen Bestimmungen kollidierte.

195 Michael Aust, Das Beziehungsgeflecht von Staat, evangelischer Kirche und den politisch alternativen Gruppen in der DDR von 1985 bis September 1989, Marburg 1998 (Microfich), S. 84.

196 Nach Recherchen der KvU wurden diese im Westen hergestellten Aufkleber von der Schweizer Sektion der trotzkistischen „IV. Internationale“ finanziert. Ebenda, S. 165.

197 Fliegendes Papier 6 zum Thema Offene Arbeit, Juni 1987, Kirchentag von Unten, Privatarchiv des Autors.

Kellerräumen der Erlöserkirche treffen (die dortige Gruppe nannte sich „Punk-Alösa“), bis das Unternehmen „Kirchentag von Unten“ (vgl. Abschnitt 4.11.2) neuerlich für Aufschwung im Vorhaben der Erlangung eines dauerhaften Arbeitsortes für die OA sorgte.

Die von 1985–1989 unregelmäßig herausgegebene Zeitung „mOAning Star“ der Offenen Arbeit Berlin begann sein Erscheinen im Dezember 1985 und veröffentlichte unter dem Signum nfiD fortlaufend die Manöver der KL zur Verhinderung einer Bereitstellung von Räumen für die OA. Berühmt in der Szene durch deren satirische Kommentierung und die genialen Comics von Dirk Moldt fanden sich hier aber auch Artikel beispielsweise zur Belieferung der Golfkriegsländer Iran und Irak mit Ludwigsfelder LKWs und über die rumänische Variante des realen Sozialismus (insbesondere zur repressiven nationalen Minderheitenpolitik der Ceausescu-Clique). Anfangs im Ormig-Verfahren in höchstens 400er Auflage hergestellt, erreichte die Zeitung ab 1988 über das Wachsmatrizen-Verfahren im UB-Keller Auflagen bis zu 6 000 Exemplaren.¹⁹⁸ Der DDR-weite Vertrieb erfolgte überwiegend mittels Transport durch „Gelegenheitskurierere“ des Vertrauens (der Post war nicht zu trauen).

3.3.2 Punks zwischen allen Stühlen

Punk war eine neue Protestform nach der in den Augen der rebellischen Jugend der 80er Jahre zahm gewordenen Hippie/Blues/Rock-Generation der 60er/70er Jahre. Wieder produzierte die demonstrative Verachtung der Punks für das auch in der DDR heimisch gewordene bürgerlich-spießige Wertgefüge von Ruhe-Ordnung-Disziplin eine aggressive Einheitsfront von Staatsmacht und „Normalos“. Punks erhielten Kneipen- und Jugendclubverbot, wurden von der Polizei wie Freiwild gejagt und durften im Falle strafrechtlicher Verfolgung mit Höchststrafen rechnen. Dabei spielte der §249 (Asozialität) eine wichtige Rolle.¹⁹⁹ Den Punks blieb in der Regel nur die Straße, auf der sie allerdings sehr gefährlich lebten. Es schien, als ob in der ersten Hälfte der 80er Jahre die Härte polizeilicher Reaktion auf ihren habituellen Eigensinn und kulturellen Ausdruck das repressive Level der Staatsgewalt gegen den jugendspezifischen Protest ihrer Vorgängergenerationen noch übertraf, obwohl die Gesellschaft als Ganze liberaler geworden war. Dies verdeutlicht die Schockwirkung ihres Auftretens.²⁰⁰ Die ersten Punks begriffen ihren Protest durchaus politisch, wollten ernst

198 „Nach dem Drucken ... begann das ‚Legen‘. Das konnte eine äußerst nervende Beschäftigung sein, wenn man sich gegenseitig behindernd, Waschfrauenfinger leckend, die Zunge trocken legte ... Aber ich erinnere mich auch, aus der Not eine Tugend machend, an regelrechte ‚Legepartys‘ bei denen wir wie Verrückte um einen großen Tisch wetzten und die Drehungen im Kopf mit Wein zurückzuschrauben versuchten.“ Wunder 1997, S. 205.

199 Ab Mitte der 80er kam „Assiparagraph“ 249 angeblich nicht mehr unmittelbar in Anwendung, Wunder 1997, S. 347. Diesen Befund bestreitet allerdings der Erfurter Pädagoge und Sozialarbeiter Matthias Zeug. Matthias Zeug, „Assoziale“ – moralische und politische Kategorie im Kampf gegen das Andere im „real existierenden Sozialismus“ in der DDR, Horch und Guck, Heft 52 (4/05), S. 5.

200 „In den Jahren 1979 bis 82 ist die Wirkung, welche die ersten Punks in der DDR-Nomenklatura und bei den Bürgern hinterließen, eigentlich nur mit der Landung Außerirdischer zu vergleichen und kaum zu übertreiben ... Nicht länger DDR-Bürger, bewegten sie sich wie in London und waren eigentlich innerhalb der Republik republikflüchtig.“ Henryk Gericke, Too much future, in: Michael Boehlke/Henryk Gericke (Hg.), „Too much future“. Punk in der DDR 1979–89, Berlin 2005, S. 26.

genommen werden und vermieden schon aus diesem Grunde sinnlose Zerstörungen. Allerdings verstärkte die allgemeine aggressive Ablehnung der Mehrheitsgesellschaft ihre reaktiv-aggressive Abschließung in eigenen Gruppen – schon, um sich besser wehren zu können. Der Druck von Staatsgewalt und ordentlichen Bürgern trieb die Punks in die OA, mit denen zusammen sie es mit dem MfS und den konservativen Gemeindekirchenräten zu tun bekommen sollten. Die wichtigsten Codes bzw. Ausdrucksformen der Punk-Szene waren wieder das „Outfit“ und die Musik. Innerhalb von ihnen aufgeschlossenen gegenüberstehenden Formationen, wie etwa der OA in vielen Bezirken, konnten sie als Gruppe jede Veranstaltung dominieren und häufig deren Anliegen destruieren, was ihre Einbeziehung in eine herkömmliche thematische Arbeit auch der politisch aktiven Gruppen erschwerte. Sie waren für Staat, kirchliche Traditionsgemeinden, Kirchenleitungen und politisch alternative Gruppen eine wirkliche Herausforderung. Das MfS versuchte mitunter, diese Konstellation operativ auszunutzen. So sah ein Maßnahmenplan vor, Punkgruppen mittels IM derart massiv in die OA in Erfurt zu leiten, dass dort die Fortsetzung thematischer Arbeit unmöglich werden sollte.²⁰¹ 1980 kam es zu scharfen Repressionen der Polizei gegen die ersten „DDR-Punks“ auf der Grundlage ihrer Einstufung als „kriminell gefährdete Jugendliche“, in deren Folge die originäre Szene fast zerschlagen wurde.²⁰² Der Neuanfang der Berliner Punks in den Räumen der Berliner Pfingstkirche, wo seit Mai 1979 bereits Jugendliche einer Friedrichshainer Platzgruppe ihren Treffort hatten, fand 1981 statt. Die hinzukommenden Punks trafen sich dort in von ihnen genutzten Räumen, bis ihnen 1983 nach ständigem Exmittierungsdruck des GKR vom staatlichen Brandschutz das Nutzungsverbot mitgeteilt wurde.

1983 war republikweit das Jahr einer weiteren staatlichen Großoffensive gegen die Punks. Eine Welle von Verfolgungen, Kriminalisierungen, Verhaftungen und Einberufungen zum Wehrdienst sollte die erste Generation der Punkbewegung endgültig zerschlagen. Die „zweite Punk-Generation“ ab 1984 entstand, weil überall in der DDR Teenager trotz oder gerade wegen der massiven staatlichen Reaktion die Angst verloren, ihre wachsende Hoffnungslosigkeit in Formen der Punk-Kultur auszudrücken. Für sie erfand das MfS die Bezeichnung „negativ-dekadent“. Ein Element ihrer öffentlichen Diskreditierung war die Denunziation, sie seien Neonazis. Um ihrerseits ein öffentliches Zeichen dagegen zu setzen, bereiteten die Berliner Punks am 21.5.1983 eine Kranzniederlegung in der KZ-Gedenkstätte Sachsenhausen vor, die von der Polizei verhindert wurde. Der Gruppe gelang es, unter Zuhilfenahme geradezu konspirativer Manöver ihren Kranz mit der Aufschrift „Nie wieder Faschismus – Punks aus Berlin“ in der Gedenkstätte Neue Wache im Stadtzentrum niederzulegen. Allerdings erfolgte in der zweiten Hälfte der 80er Jahre eine zuvor kaum ausgeprägte, nun aber rapide anwachsende Ausdifferenzierung der Punk-Szene, zu der auch die Entstehung der Nazi-Punks gehörte. Eine andere Form der Radikalisierung entstand in Gestalt der Skinheads, deren Ausrichtung anfangs durchaus nicht als rechtsradikal gelten konnte und auch später in Form der sich am englischen Vorbild orientierenden „Red-Skins“ als Minderheit den sich dann formierenden rechtsradikalen Skinheads gegenüberstanden. Anfang der 80er Jahre lebten Skinheads und Punks in der DDR durchaus noch in „friedlicher

201 Ebenda, S. 70. Tatsächlich haben die leitenden Jugenddiakone der OA Erfurt ab 1984 die Punks aus der OA gedrängt. Die Gründe waren aber eher solche, wie sie auch von den „normalen Bürgern“ gegen Punks vorgebracht worden sind. Auskunft von Dirk Teschner am 12.10.2006 an den Autor.

202 Ebenda, S. 68.

Koexistenz“, was sich ab 1982/83 mit der Ausprägung rechter Tendenzen in der Skinheadszene der Fußball-Fangruppen zu ändern begann²⁰³ (vgl. Abschnitt 4.16).

3.4 Entwicklung regionaler, überregionaler und grenzüberschreitender Kooperation in der Friedensarbeit

3.4.1 Die Berliner „Frauen für den Frieden“

Die Ausweitung der Militarisierung an Schulen²⁰⁴ führte 1982 in den Kirchen überall in der DDR auch zu einer Ausweitung der Friedensgebete. Das Wehrdienstgesetz vom 25. März 1982 erweiterte die Möglichkeit, Frauen bei Mobilmachung oder im Verteidigungsfall zum Armeedienst einzuberufen.²⁰⁵ Dieser „Beitrag zur Gleichstellung“ von Frauen in der DDR erfolgte zu einer Zeit, als die wirkliche Lage von Frauen in der DDR von Frauen selbst zunehmend problematisiert wurde. Offiziell wurde deren Situation in der staatlichen Selbst-

203 1984 existierten schon acht gewaltbereite Fanclubs des Berliner Fußballclubs „Dynamo“ (BFC). Roland Galenza/Heinz Havemeister, Entweder Oder im Niemandsland, in: Punk in der DDR 1979–89, Berlin 2005, S. 88.

204 Das im Einvernehmen von den Staatssekretären Bodo Weidemann (Staatssekretariat für Berufsbildung) und Gysi erarbeitete VVS-Material zur Verwirklichung der Pflicht der Lehrlinge zur Teilnahme an militärischer Ausbildung vom 11.5.82 definierte die Vorbereitung auf den Wehrdienst gemäß Wehrdienstgesetz vom 25.3.1982 als Bestandteil der Bildung und Erziehung in Schulen, in der Berufsausbildung und den Hoch- und Fachschulen. Die vormilitärische Ausbildung der männlichen und die Sanitätsausbildung der weiblichen Lehrlinge seien laut Wehrdienstgesetz Bestandteil der Berufsausbildung. Teilnehmer an der vormilitärischen Ausbildung, die aus Glaubens- und Gewissensgründen den Dienst mit der Waffe ablehnten, hätten andere vorwiegend der militärischen Ausbildung dienende Aufgaben ohne Waffe auszuführen. Lehrlinge, die aus Glaubens- und Gewissensgründen die vormilitärische Ausbildung bei der GST ablehnten, würden im Rahmen der vormilitärischen Ausbildung körperlich ertüchtigt und für Instandsetzungsarbeiten eingesetzt. Die Art der Teilnahme sei in die Beurteilung aufzunehmen. Die Verweigerung einer Teilnahme sei zunächst kein Grund für die Auflösung des Lehrverhältnisses, sondern letztes Mittel. Die „Entscheidungen über disziplinarische Maßnahmen trifft der Rat des Bezirks, bei Kindern von Persönlichkeiten der Staatssekretär.“ Bei Lehrerausbildung mit Abitur (bei künftigen Führungskadern) gäbe es keine Befreiung von der vormilitärischen Ausbildung: Hier sei kein Ausbildungsvertrag abzuschließen bzw. eine Änderung des laufenden Vertrags in einen Ausbildungsberuf ohne Abitur, ein Aufhebungsvertrag oder eine Kündigung anzustreben. Leitungsinformation 4/82: Vormilitärische Ausbildung bzw. Sanitätsausbildung der männlichen und weiblichen Lehrlinge. Vorlage vom 23.8.1982 für die Dienstbesprechung im SfK am 30.8.82, SAPMO BArch, DO 4/1277.

205 Die Möglichkeit einer Einbeziehung von diensttauglichen Frauen der Altersgruppe zwischen 18 und 50 in die allgemeine Wehrpflicht im Verteidigungszustand war schon gemäß dem alten Wehrpflichtgesetz vom 24.1.1962 gegeben. Neu an dem Gesetz von 1982 war lediglich, dass dies (in Anpassung an das Verteidigungsgesetz vom 13.10.1978) nun auch schon im Mobilmachungsfall gelten sollte. Zu den Fragen des BEK zum Wehrdienstgesetz. Antworten des Ministeriums für Nationale Verteidigung. Anhang zum Schreiben des stellvertretenden Ministers Heinz Keßler an den Staatssekretär für Kirchenfragen vom 19.4.1982, SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/17.

darstellung als weit fortgeschrittene ökonomische, berufliche, bildungspolitische und partizipatorische Gleichberechtigung apostrophiert. Trotz unbestreitbarer Verdienste staatlicher Frauen- und Familienpolitik in diesen Bereichen sah die Wirklichkeit jedoch vielfach ganz anders aus, als in den Propagandabildern verbreitet. Wie überall waren emanzipatorische Initiativen von Frauen jenseits des Horizonts staatlicher Frauenpolitik oder feministische Positionierungen verdächtig und wurden allgemein als „negativ“ bewertet. Versuche von Frauen und Männern, die eigenen Kinder dem staatlichen Erziehungssystem wenigstens teilweise zu entziehen, wurden beargwöhnt. So beendete das MfS 1983 die Existenz des seit 1980 eingerichteten autonomen Kinderladens in der Berliner Husemannstraße. Auf das neue Wehrdienstgesetz reagierten Frauen mit vergeblichen Einzeleingaben und schließlich am 12.10.1982 mit einer gemeinsamen Eingabe an Honecker in seiner Eigenschaft als Staatsratsvorsitzender, welche in kurzer Zeit von 150 Frauen unterzeichnet wurde. Hier hieß es, das Gesetz sei keine Bekräftigung der Gleichberechtigung von Frauen, sondern stünde im „Widersinn zu ihrem Frau-sein“. Das Unterbleiben der öffentlichen Erörterung der Gesetzesvorlage vor ihrer Verabschiedung durch die Volkskammer stünde im Widerspruch zur Verfassung, welche dies für grundlegende Gesetze vorschrieb.²⁰⁶ Der Forderung nach öffentlicher Diskussion des Gesetzes wurde die nach einer „gesetzlich verankerter Möglichkeit der Verweigerung“ hinzugefügt.²⁰⁷ Die daraufhin vom MfS im Rahmen des „politisch operativen Zusammenwirkens“ (POZW) organisierten Sanktionsandrohungen und Beeinflussungsversuche gegenüber den Unterzeichnerinnen durch Kaderleitungen und Vertreter gesellschaftlicher Organisationen zwecks Rücknahme der Unterschriften waren im Wesentlichen erfolglos. Die als „Rädelsführerinnen“ erkannten Frauen (Bärbel Bohley, Katja Havemann und Ulrike Poppe) engagierten sich für die Weiterarbeit der Fraueninitiative und die öffentliche Darstellung ihrer Positionen. Möglich wurde dies in kirchlichen Räumen, so im Rahmen der Friedensdekade im November 1982 in der Samariterkirche. Einigkeit bestand unter den Frauen der Initiative im Verständnis der Unabhängigen Friedensbewegung, der man sich zugehörig fühlte, als blockübergreifend. Uneinig war man sich in der Frage der Veröffentlichung der Eingabe in westlichen Medien. Ein Bericht über die Initiative im „Spiegel“ am 6.12.1982 führte zum Rückzug einiger Frauen, weil sie sich übergangen fühl-

206 Wer die verfassungskonforme Forderung nach einer Volksdiskussion des neuen Wehrdienstgesetzes mittels Flugblättern erhob und verbreitete, sah sich Ermittlungen in Richtung des § 220 StGB (öffentliche Herabwürdigung) ausgesetzt: Tatsächlich sind in der Nacht vom 22.–23.4.1982 etwa 2 000 derartige Flugblätter in Berlin und Dresden in Umlauf gebracht worden. Die Initiatoren (Thomas Vetter und Tom Sello) gingen logischerweise konspirativ vor: So wurde bei der Herstellung der photographische Negativabzüge durch Johannes Bittner und Wolfgang Schröter mit Handschuhen gearbeitet, um Fingerabdrücke zu vermeiden. Bei der Organisation der Verteilung in Berlin (durch Tom Sello) und Dresden (durch Uwe Bastian) nach vorher besprochenen und zugeordneten Verteilergebieten wussten die beteiligten ca. 15 Personen meistens nichts voneinander, um im Falle der Verhaftung niemanden preisgeben zu können. Der zur „Tätersuche“ am 25.5.1982 bei der BV Berlin eröffnete OV „Diskutierer“, weiter bearbeitet von Spezialisten bei der Kreisdienststelle Berlin Weißensee des MfS, wurde am 27.7.1983 ungeklärt zur Ablage gebracht. OV „Diskutierer“, BV Berlin, Arch.-Nr. 10482/83, S. 7f., S. 11. Die im MDA einzusehende Kopie der Akte ist dort von Friedemann Seidel kommentiert und mit den Namen der „Täter“ sowie mit Informationen zum Ablauf der Flugblattaktion versehen worden.

207 Eingabe an den Staatsratsvorsitzenden Honecker, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII,2, Baden-Baden 1995, S. 1351f.

ten. Andere Frauen zogen sich zurück, weil sie die Entscheidung der Mehrzahl der Teilnehmerinnen missbilligten, sich als eigene Frauengruppe und nicht gemeinsam mit Männern zu organisieren.²⁰⁸ Als Berliner Gruppe „Frauen für den Frieden“ signalisierte die Initiative mit diesem Namen ihren Anschluss an die im Westen schon längere Zeit existierenden Frauengruppen gleichen Namens.²⁰⁹ Von nun nahmen Vertreter der Berliner Initiative an regionalen und überregionalen Treffen der UFB teil, so in Halle, Dresden und beim Gruppentreffen „Konkret für den Frieden“ in Berlin-Schöneeweide im März 1983. Ebenso war die Initiative bei der Berliner Friedenswerkstatt um die Erlöserkirche am 3.7.1983 (wie auch im Folgejahr) mit einem Informationsstand und beim Podiumsgespräch präsent. Die Verbundenheit mit der blockübergreifenden Friedensbewegung signalisierten die Berliner Frauen mit einem Offenen Brief an die 2. END-Konferenz²¹⁰ im Mai 1983 in Westberlin (vgl. Abschnitt 3.4.4.2) und der Teilnahme an der europaweiten Fastenaktion „für das Leben“ im August 1983. Am 1. September 1983 waren Frauen der Berliner Initiative am Versuch der Bildung einer Menschenkette zwischen der sowjetischen und amerikanischen Botschaft beteiligt. Die „Frauen für den Frieden“ konstituierten sich auch in anderen Städten, so in Halle (wo es der dortigen Initiative im Mai 1984 gelang, ihren Arbeitskreis als innerkirchliches Gremium zu deklarieren), in Leipzig und in Jena. Die Berliner Gruppe arbeitete eng mit der Pastorin der Auferstehungsgemeinde Christa Sengespeick zusammen. Dort stellte sich die Gruppe am 17.9.1983 bei einem Gemeindetag vor.

Trotz der andauernden Integration in die Aktionen und die Infrastruktur der kirchennahen Basisgruppen verstanden sich die Berliner „Frauen für den Frieden“ nicht als kirchliche Friedensgruppe, sehr wohl jedoch als Teil der UFB. Am 17.10.1983 initiierte die Berliner Gruppe ihre erste demonstrative Aktion außerhalb kirchlicher „Schutzräume“: Etwa 50 schwarz gekleidete Frauen trafen sich am Berliner Hauptpostamt Alexanderplatz, um gemeinsam Einschreiben mit ihrem Verweigerungsentschluss im Falle einer Einberufung gemäß Wehrdienstgesetz aufzugeben. Sie ließen sich auch durch die massive und demonstrative Präsenz der Sicherheitsorgane nicht abschrecken.

Am 22.11.1983 appellierten die „Frauen für den Frieden“ vergeblich in einem an die Abgeordneten des Bundestages gerichteten und in der Bundestagsdebatte von Petra Kelly verlesenen Telegramm, gegen die Stationierung der amerikanischen Mittelstreckenraketen zu stimmen.

Im Rahmen der inzwischen entstandenen vielfältigen internationalen Kontakte der Berliner Fraueninitiative, insbesondere zu den Frauen der END-Kampagne, wurde von einigen Frauen der Initiative konspirativ eine Veröffentlichung in England über die Arbeit der „Frauen für den Frieden“ vorbereitet. Weil die Kontaktperson des END-Frauenkomitees, welche in Ostberlin mit ihren Partnerinnen der Ostberliner Fraueninitiative am 7. Dezember Einzelheiten der bevorstehenden Veröffentlichung erörterte, beim Grenzübergang nach Westberlin mit Aufzeichnungen über die geplante Publikation verhaftet wurde, kam es am

208 Irena Kukutz, Die Bewegung „Frauen für den Frieden“ als Teil der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII,2, Baden-Baden 1995, S. 1302f.

209 Diese Gruppen entstanden zuerst Anfang der 60er Jahre in den USA und in Westeuropa Ende der 70er Jahre in der Schweiz und in den Niederlanden. In Westdeutschland bildeten sie sich erstmals 1980. Ebenda, S. 1291.

210 European Nuclear Disarmament (END).

12. Dezember zur Festnahme ihrer vier Ostberliner Gesprächspartnerinnen und in der Folge zu Hausdurchsuchungen und Befragungen anderer Mitglieder der Initiative. Das MfS eröffnete gegen Bärbel Bohley und Ulrike Poppe ein Ermittlungsverfahren mit Haft²¹¹ wegen landesverräterischer Nachrichtenübermittlung. Zahlreiche Proteste von Friedensgruppen in der DDR sowie vor allem massive öffentliche Solidarisierungen und Forderungen nach Freilassung der Inhaftierten aus der westeuropäischen Friedensbewegung und seitens der Grünen, einschließlich einer ständigen Mahnwache am Grenzübergang Checkpoint Charlie, waren die Folge. Namentlich ein gemeinsamer Offener Brief verschiedener internationaler Friedensorganisationen an Honecker anlässlich der Stockholmer Konferenz über vertrauensbildende Maßnahmen und europäische Abrüstung im Januar 1984 trug wahrscheinlich zur Einstellung der Ermittlungsverfahren und Freilassung der beiden Friedensfrauen am 24.1.1984 bei.

Der Vorgang führte innerhalb der Gruppe zu heftigen Diskussionen über die Legitimität des Alleingangs der beteiligten Frauen hinsichtlich der Planung von Veröffentlichungen der Aktivitäten des Kreises im Westen.²¹² Weniger die sicher unberechtigten Vorwürfe ihrer vermeintlich beabsichtigten Selbststilisierung als „Führungspersönlichkeiten“ waren bedeutsam, sondern der sich hier ausdrückende unhintergehbare Konflikt zwischen einer unzweifelhaft nur konspirativ zu bewerkstellenden Veröffentlichung dieser Art (wobei die notwendige Konspiration zum Schutz des Vorhabens und der Akteure dann allerdings auch konsequent zu handhaben war, was in diesem Fall offenbar nicht erfolgte) und der damit verbundenen Unmöglichkeit einer Entscheidungsfreiheit aller betroffener Frauen des Kreises hinsichtlich ihrer Zustimmung oder auch nur der Kenntnis dieser auch sie betreffenden Aktion (vgl. auch Abschnitt 5.3).

Die Untätigkeit der Kirche angesichts der Festnahmen vom Dezember erklärte diese mit dem Selbstverständnis der „Friedensfrauen“ als außerkirchlicher Zusammenschluss. Trotz ihrer engen Zusammenarbeit mit der Pastorin der Auferstehungsgemeinde waren die „Frauen für den Frieden“ als Gruppe nicht in die Gemeinde integriert, weshalb ihr kirchlicher Schutz erschwert sei. In einem Gespräch Bärbel Bohleys mit der KL der EKBB gab Bischof Forck der Berliner Initiativgruppe den Rat, sich in einen bestehenden FK einzugliedern, wobei die KL ihren „Favoritenkreis“ Pankow als aus ihrer Sicht zahlenmäßig größten, öffentlichkeitswirksamsten und zielstrebigsten empfahl. Die Integration scheiterte an der fehlenden Bereitschaft der Friedensfrauen, sich dem GKR unterzuordnen und an Vorbehalten auch im FK Pankow und der Gemeinde selbst wegen der risikofreudigeren und kompromissloseren Haltung der Frauengruppe.²¹³ Die Berliner Frauen blieben weiterhin unabhängig von kirchlicher Einbindung. Trotzdem wurde nun die Form des „politischen Nachtgebets“ in der Berliner Auferstehungskirche mit Unterstützung der Pastorin Sengespeick ein neues Ausdrucksmittel des Initiativkreises. Das erste politische Nachtgebet fand dort am 23.5.1984, das zweite am 27.6.1984 in Zusammenarbeit mit den Pastorinnen Sengespeick und Misselwitz und das dritte Nachtgebet am 22. Mai 1985 statt.

211 Auch gegen Jutta Seidel und Irena Kukutz wurden Ermittlungsverfahren (ohne Haft) eingeleitet und Wohnungsdurchsuchungen durchgeführt.

212 Kukutz 1995, S. 1310.

213 Subklew-Jeutner 2004, S. 255f.

Ein erster Anlauf zur überregionalen Vernetzung der Frauenfriedenskreise fand am 14./15.9.1984 anlässlich des Vertreterinnentreffens aus sechs Bezirken und Berlin bei der in kirchliche Strukturen eingebundenen gastgebenden Hallenser Friedensfrauengruppe statt. Die Berliner Vertreterinnen votierten hier im Gegensatz zu den Hallenser Frauen dafür, sich aus kirchlicher Bevormundung zu lösen. Einig waren sich beide Frauenkreise wiederum in ihrer Orientierung auf überregionale Zusammenarbeit. Um das nächstjährige überregionale Folgetreffen in Berlin zu ermöglichen, verhandelte die Berliner Gruppe direkt mit der Kirchenleitung und konnte ihr Räume für dieses Treffen abringen. Es fand im März 1985 in Weißensee mit Beteiligung von Frauen aus 10 Bezirken der DDR und aus Westdeutschland/Westberlin statt. Im gleichen Monat, am 8. März 1985 (dem Internationalen Frauentag), veröffentlichten Frauen aus fünf Ländern Ost- und Westeuropas (unter anderem die „Frauen für den Frieden“ der DDR) einen gemeinsamen Appell zum bevorstehenden Internationalen Frauen-Friedens-Aktionstag am 25.5.1985. Er forderte zur Verständigung in Europa „von unten“ für die Entnuklearisierung Europas, die Freiheit von Ausbeutung und Gewalt, für das Recht auf freie Meinungsäußerung auf.²¹⁴

Die Bekämpfung der Fraueninitiativkreise durch das MfS erfolgte im Rahmen des POZW in Gestalt einer differenzierten „Betreuung“ seiner Mitglieder durch „gesellschaftliche Kräfte“, insbesondere im beruflichen Umfeld und durch operative Maßnahmen. Seit Juni 1985 bearbeitete die HA XX/2 im zentralen operativen Vorgang (ZOV) „Wespen“ 15 Frauenfriedensgruppen in der ganzen DDR in Ermittlungsrichtungen gemäß §§ 100, 106, 107, 218, 219 und 220. Hier wurde unter anderem festgestellt, dass die Berliner Gruppe im Gegensatz zu den anderen Gruppen nach wie vor keine nennenswerten kirchlichen Bindungen aufwies.²¹⁵ Weniger die erfolgreiche operative Bearbeitung der Frauenfriedenskreise durch die Sicherheitsorgane, als vielmehr der Strukturwandel und die sich wandelnden Arbeitsschwerpunkte der politisch alternativen Gruppen nach 1985 führte das MfS 1986 zu der Einschätzung, dass die Berliner „Frauengruppe nicht mehr arbeitsfähig ist und Auflösungserscheinungen immer deutlicher werden.“²¹⁶ In den folgenden Jahren fanden jedoch die Frauen regelmäßig als personell wechselnder Aktionszusammenhang im Rahmen entstehender oppositioneller Initiativen wieder zusammen.

3.4.2 Aufstieg und Niedergang der Friedenswerkstatt in Berlin

Seit der ersten Berliner Friedenswerkstatt im Juni 1982 (vgl. Abschnitt 3.1.2.3) entwickelten sich die jährlichen Turbulenzen um ihre Durchführung zum Indikator des jeweiligen Konfliktstatus im Berliner Dreieck Basisgruppen-Staatsorgane-Amtskirche. Die Werkstatt geriet in den Folgejahren in diese exklusive Rolle, weil ihre Wirkung im öffentlichen Raum die der Friedensarbeit einzelner Kreise weit übertraf, sie einen erheblichen Beitrag zur regionalen Kommunikation leistete, Gelegenheit zum öffentlichen Disput zwischen den Friedenskreisen bot und das Ausprobieren neuer Arbeitsformen ermöglichte. Insbesondere die Si-

214 Kukutz 1995, S. 1389.

215 Ebenda, S. 1324f.

216 Einschätzung der Abteilung XX der BV Berlin vom 15.9.1986, zitiert nach Rüdtenklau 1992, S. 40.

cherheitsorgane sahen hier Anlass, mit besonderer Intensität Maßnahmen zu ergreifen. Überregional galt aus ähnlichen Gründen das Gleiche für das seit 1983 arbeitende überregionale Netzwerkseminar „Konkret für den Frieden“, welches quasi aus der Berliner Werkstatt heraus entstand (vgl. Abschnitt 3.4.4.1). Die zweite Friedenswerkstatt am 3. Juli 1983 unter dem Motto „Frieden pflanzen“ besuchten rund 3 000 Teilnehmer sowie Gästen aus der westeuropäischen und westdeutschen Friedensbewegung. Auch hier hatten staatliche Stellen wieder Druck ausgeübt und das MfS ging bereits zu der auch in den Folgejahren angewandten Methode der demonstrativen Observation der Besucher zum Zwecke ihrer Einschüchterung über. Zur dritten Friedenswerkstatt „Leben – nicht überleben“ am 8. Juli 1984 (erneut etwa 3 000 Besucher) kamen Stefan Heym und (aus Westdeutschland) Horst Eberhard Richter. Die vorausgegangenen staatlichen Drohungen in Auswertung der Friedenswerkstatt 1983²¹⁷ führten 1984 zum Versuch amtskirchlicher Kontrolle und Zensur der Friedenswerkstatt: Der alte aus Basisgruppenvertretern bestehende Vorbereitungskreis der Werkstatt wurde aufgelöst und durch ein paritätisches achtköpfiges Gremium (genannt „Leistungsgruppe“) aus Basisgruppen- und Kirchenleitungsvertretern ersetzt. Das Leistungsgruppenmitglied Peter Bickhardt (Landespfarrer für Krankenhausfürsorge) verlangte die Vorprüfung der Materialien der Basisgruppen vor Werkstattbeginn durch die Leistungsgruppe. Außer der Berliner Gruppe „Frauen für den Frieden“ hat sich nur der FKFF nicht der Zensur unterworfen.²¹⁸ Beide Gruppen bauten ihre Information unter Verweigerung jeder Zensurmaßnahme auf. Die Friedrichsfelder protestierten gegen die amtskirchliche Bevormundung mit Plakaten und symbolischen Mundtüchern („Vertrauen wagen – Maulkorb tragen“).²¹⁹

Die vierte Friedenswerkstatt am 30. Juni 1985 (ca. 1 800 Teilnehmer) fand gegen den massiven Einspruch der staatlichen Organe statt. Realistischerweise sah die KL aber im Falle einer Absage der Friedenswerkstatt größere (innerkirchliche) Probleme auf sich zukommen, als im Falle einer trotz staatlichen Einspruchs stattfindenden Veranstaltung. Ihr einerseits relativ reibungsloser Verlauf und deren andererseits martialische Einschätzung als „konterrevolutionär“ und Angriff auf das Einvernehmen von Staat und Kirche²²⁰ standen im Kontext staatlicher Absichten, den Druck auf die Amtskirche gerade dann zu erhöhen, wenn letztere Problemen im Zusammenhang mit ihrem Vorhaben des für 1987 geplanten Kirchentages aus dem Wege gehen wollte. Tatsächlich sollten die Konflikte um die fünfte Friedenswerkstatt am 29. Juni 1986 das Ende dieser überaus erfolgreichen Berliner Institution

217 Die staatlichen Gesprächspartner der für die Friedenswerkstatt verantwortlichen Kirchenvertreter (Stadtjugendpfarrer Passauer und Günter Krusche) ließen verlauten, auf der „Unfriedenswerkstatt“ 1983 hätten die Hälfte der Friedenskreisteilnehmer verhaftet werden können. Interview mit Reinhard Schult am 29.11.2003.

218 Kukutz 1995, S. 1315, Interview mit Reinhard Schult am 29.11.2003.

219 Die Lösung des Konflikts ergab sich für die nachfolgende 4. Friedenswerkstatt aus einem dann vom Vorbereitungskreis bestätigten Vorschlag von Reinhard Schult (FKFF), zusammen mit Rainer Eppelmann künftig die Verantwortung für die Informationsstände, die Texte der Liedermacher und Dichter zu übernehmen, ohne irgendeine Zensur zu üben, Interview mit Reinhard Schult am 12.1.2004.

220 Vgl. auch Aust 1998, S. 31. Gemäß einem Bericht des SfK wurden „Angriffe auf die Politik der DDR an den Infoständen der Friedens- und Öko-Kreise“ registriert. Eine Unterschriftensammlung für ein „blockfreies Europa“ und der Verkauf des Symbols „Schwerter zu Pflugscharen“ seien nach staatlichem Einspruch durch die Veranstalter unterbunden worden. Schriftliche Information vom 19.7.1985 über Verlauf und Ergebnisse evangelischer kirchlicher Jugendveranstaltungen im 1. Halbjahr 1985. Vorlage für die Dienstbesprechung vom 29.7.1985, SAPMO BArch DO 4/1282.

ankündigen. Das mehrfache verschärfte Insistieren der Kirchenleitung gegenüber der paritätischen Vorbereitungsgruppe, im Vorfeld der Veranstaltung die „theologisch-ethnische Konzeption“ und die inhaltlichen Zielvorstellungen zu konkretisieren und die Zuständigkeit der KL für die „Letztverantwortung und inhaltliche Außenvertretung“ der Werkstatt bestätigt zu bekommen, ging der staatlichen Seite immer noch nicht weit genug: Die Bedingungen der Kirchenleitung vom 16.5.1986, keine Fragebögen an Veranstaltungsteilnehmer auszuteilen und weder den Appell „Tschernobyl wirkt überall“ (vgl. Abschnitt 4.5.1) zu verbreiten, noch Unterschriften dafür zu sammeln, wurden vom Stellvertreter des Oberbürgermeisters und Stadtrat für Inneres, Hoffmann, bekräftigt und durch das Verbot ergänzt, ebenso die Verbreitung des „Offenen Briefes an den XI. Parteitag“ (vgl. Abschnitt 4.3.3), eine Unterschriftensammlung für den Volksentscheid gegen die Nutzung von Kernenergie (vgl. Abschnitt 4.5.1) sowie das Auslegen eines Briefes an die Mitglieder der Wahlkommission²²¹ zu verhindern.²²² Für diese Werkstatt unter dem Motto „Frieden – und Gerechtigkeit?“ übernahm Generalsuperintendent Günter Krusche im Auftrag der Kirchenleitung die Verantwortung. Sie wurde von rund 1 500 Personen besucht. Gemäß dem verabredeten Werkstattpunkt „Zweidrittel-Welt“ versuchte er, möglichst wenig Themenarbeit zu innenpolitischen Konfliktfeldern zuzulassen. Entgegen dieser Intention wurden aber auf der Werkstatt, die gänzlich unter dem Eindruck der Tschernobyl-Reaktorkatastrophe stand, alle Auflagen der KL und des Magistrats unterlaufen. Der Appell „Tschernobyl wirkt überall“ wurde verbreitet und seitens der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (IFM), die trotz Zurückweisung ihre Stände aufbaute, eine Unterschriftensammlung zur Willenserklärung hinsichtlich einer Volksabstimmung über den Umgang mit der Atomenergie in der DDR, ein Papier zu Menschenrechtsverletzungen in Rumänien sowie die erste Ausgabe der fototechnisch reproduzierten Zeitschrift „Grenzfall“ (vgl. Abschnitt 4.2.3) ausgelegt. Es wurde Informationsmaterial über die Sondermülldeponie Schönberg verteilt und ein Papier der Samaritergemeinde mit den Resultaten ihrer Untersuchung „Qual der Wahl“ zu Wahlfälschungen vorgestellt.²²³ Bei mindestens drei Informationsständen kam es zu Beschlagnahmen bzw. Schließungen durch die aufsichtsführenden kirchlichen Verantwortungsträger (so im Falle des Tschernobyl-Appells). Hier legte Krusche persönlich Hand an, weil der

221 Im Vorfeld der Volkskammerwahlen vom Juni 1986 wurden an einige Oppositionelle (so an Ralf Hirsch) keine Wahlbenachrichtigungen versandt. Weder die Beschwerde darüber noch die auf dem Eingabeweg erfolgte Anfechtung des Wahlergebnisses auf Grund dessen wurden im Widerspruch zu den rechtlichen Regelungen über die Behandlung von Eingaben beantwortet. Eingabe von Ralf Hirsch an den Vorsitzenden des Staatsrats, Erich Honecker, vom 9.6.1986 wegen des Nichterhalts der Wahlbenachrichtigungskarte, Offener Brief von Ralf Hirsch wegen Verstoß gegen die Eingabenordnung und Einwand gegen die Mitteilung der Gültigkeit der Wahl. MDA, RH 1.1.

222 Während sich Bischof Forck wenig, dagegen Generalsuperintendent Krusche durchaus geneigt zeigte, den staatlichen Bedürfnissen bei der Friedenswerkstatt Nachdruck zu verleihen, hatte der Vorbereitungskreis, dem immerhin auch vier KL-Mitglieder angehörten, bereits im Mai 1986 der Kirchenleitung mitgeteilt, er könne sich „des Eindrucks nicht erwehren, dass Sie [die KL] uns [den Vorbereitungskreis] nicht mehr ernst nehmen und uns [die] mündige Leitung der Friedenswerkstatt nicht so recht zutrauen“. Aust 1998, S. 54ff.

223 Das Periodikum staatsloyaler Christen in der EKBB, „Weißenseer Blätter“, charakterisierte die Friedenswerkstatt wie folgt: „Alles, was sich an ‚Dissis‘ gern in imperialistischen Medien befragt, benannt, gedruckt und gefeiert sieht, war mit Kontaktadressen vertreten, von Prag bis Moskau, von Warschau bis Budapest – eine Internationale trojanischer Pferde.“ Weißenseer Blätter 4/1986, S. 51.

Leitungskreis dazu nicht bereit war, Material zu entfernen. Unter den auftretenden Künstlern fielen Freya Klier und Stephan Krawczyk, inzwischen staatlicherseits mit scharfem Auftrittsverbot belegt, den staatlichen Stellen besonders negativ auf.

Die scharfe Ablehnung der Zensurmaßnahmen durch die Friedenskreise ließ es absehbar erscheinen, dass sich solche Konflikte auf künftigen in amtskirchlicher Verantwortung durchgeführten Friedenswerkstattveranstaltungen wiederholen würden. Hinzu kam, dass Gysi und Hoffmann gegenüber Forck und Krusche unmittelbar vor der KL-Sitzung, welche sich auch mit der Friedenswerkstatt befassen sollte, unmissverständlich das Verbot der nächstjährigen Friedenswerkstatt als Voraussetzung für die staatliche Zustimmung zum geplanten Kirchentag bezeichnete.²²⁴ Die Kirchenleitung beschloss daraufhin am 11. Juli 1986, der Friedenswerkstatt für 1987 eine „Denkpause“ zu verordnen. Bei diesem Verbot für das Jahr des angestrebten Kirchentags der EKBB und der 750-Jahr-Feier Berlins korrespondierten staatliche Interessen und die der Kirche, welche einen möglichst konfliktarmen Verlauf ihrer Großveranstaltung anstrebte und dabei gleichzeitig vom staatlichen Wohlwollen abhing. Der KL-Beschluss wurde dem Vorbereitungskreis der Friedenswerkstatt erst am 10. September mitgeteilt und am 29. September 1986 den Gruppen durch Krusche in einem Offenen Brief begründet: Das Niveau sei in den letzten Jahren gesunken, der kirchliche Charakter sei nicht mehr gewahrt und es sei nicht mehr tolerabel, dass auf der Werkstatt improvisierte oder kurzfristig erstellte Beiträge öffentlich würden. Neben der Nichteinhaltung von Absprachen durch einige Werkstattteilnehmer habe zudem die Vorbereitungsgruppe die Kommunikation mit der KL vernachlässigt, was die Vertrauensgrundlage beschädigt habe. „Es muss zwar als eine Verdächtigung zurückgewiesen werden, um des Kirchentags willen werde die Arbeit der Friedenswerkstatt geopfert. Nur muss darauf hingewiesen werden, dass ... das Jubiläumsjahr mit der angespannten politischen Situation weniger Spielräume lässt, als andere, ‚neutralere‘ Zeiträume.“²²⁵ Rudi Pahnke wies dies im Namen der Sprechergruppe der Friedenswerkstatt zurück und bat die KL, ihren Beschluss zu überdenken. Der für den 12.12.1986 vereinbarte klärende Gesprächstermin zwischen KL und der Vorbereitungsgruppe Friedenswerkstatt stand im Schatten einander widersprechender Glaubwürdigkeitserwartungen: Staatlicherseits wurde von der KL ein klares Zeichen gegen die „feindliche Basisgruppenanarchie“ erwartet und in der Hinterhand mit Beschneidungen des geplanten Kirchentags gedroht. Seitens der Basisgruppen wollte man augenscheinlich von einer Korrektur der bisher enttäuschenden Einstellung der KL zur Frage der Friedenswerkstatt die künftige generelle Haltung zur Amtskirche abhängig machen. Zu allem Überfluss „lauerte“ im Hintergrund noch das für den 22./23.11.1986 geplante und vom Friedenskreis Friedrichsfelde vorbereitete erste Menschenrechtsseminar (vgl. Abschnitt 4.2.2).²²⁶ Wie kongenial die „Weißenseer Blätter“²²⁷ die internen staatlichen Forderungen gegenüber der Kirchenleitung öffentlich zu artikulieren vermochten, um als „außenstehender“ Kom-

224 Aust 1998, S. 57.

225 Günter Krusche, An die Friedenskreise und Friedensgruppen in Berlin. Offener Brief vom 29.9.1986, in: Weißenseer Blätter 6/1986, S. 42f.

226 Aust 1998, S. 75f.

227 Die „Weißenseer Blätter“ waren seit 1982 das Organ des „Weißenseer Arbeitskreises“, eine Vereinigung staatsnaher evangelischer Christen in der EKBB (vgl. Abschnitt 3.5.1).

mentator zu versuchen, zusätzlich die Christen der Gemeinden in eine Druckposition gegenüber der KL zu bringen, belegt folgender Kommentar zu dem „Offenen Brief“ Krusches an die Friedenskreise:

„Eher zu spät als zu früh hat die Berlin-Brandenburgische Kirchenleitung am 11. Juli dieses Jahres ihren Beschluss gefasst. ... Gewiss ist es zu bedauern, dass die betroffenen Gemeinden in unserer Kirche nicht mündig genug waren, dem Spuk der ‚Gruppen‘ in ihrem Schatten selbst ein Ende zu machen. Wenn aber die Gemeinden nicht mündig genug dazu waren, dann war es unausweichlich, kirchenleitende Aufsicht geltend zu machen, wie das mit dem Kirchenleitungsbeschluss und dem Offenen Brief des Generalsuperintendenten geschehen ist. Nur so konnte noch schwererer Schaden vermieden werden. Allerdings können wir die Frage nicht unterdrücken, ob die Kirchenleitung hier nicht ein Feuer löscht, das sie selbst leichtfertig hat schwelen lassen. ... Die letzte Friedenswerkstatt brachte ein randvolles Fass zum Überlaufen. Mit dem Kirchentag hat das ursächlich gar nichts zu tun. Allenfalls lautet die Frage, ob die Kirche sich die verantwortbare Organisation eines Kirchentages in der Hauptstadt zutrauen darf, wenn sie der Verantwortung bei der so viel kleineren Organisation von ‚Friedenswerkstätten‘ kaum gewachsen war – und: ob andere einer solchen Kirche zutrauen, dass sie einen Kirchentag vor Provokationen zu schützen vermag, wenn sie eine Friedenswerkstatt davor nicht schützen konnte.“²²⁸

Angesichts dieser Ausgangslage blieb die KL bei dem Gespräch am 12.12.1986 mit den Vertretern des Vorbereitungskreises grundsätzlich bei ihrer Verbotshaltung vom Juli gegenüber einer eigenständigen Friedenswerkstattveranstaltung 1987, deutete jedoch unter dem Eindruck der massiven Kritik anwesender Basisgruppenvertreter an, dass die dezentrale Einbettung der Werkstatt entweder in den offiziellen Kirchentag oder als „kleine Friedenswerkstatt“ im Herbst 1987 erwogen werden könne.²²⁹ In jedem Falle müsse der „kirchliche Charakter solcher Veranstaltungen erlebbar sein“, weil „[daran] die Kirche gemessen [würde] und das nicht nur von den Christen, sondern auch vom Staat“ (Forck). Insgesamt war dies ein (allerdings untauglicher) Versuch, den heraufziehenden Bruch mit den Gruppen zu vermeiden.²³⁰ Als Rudi Pahnke, ein ungebrochener Kritiker des Verbots der Friedenswerkstatt, sich bei seinen Rettungsbemühungen seit Dezember 1986 auf immer neue Auflagen der KL einzulassen bereit zeigte, wurde auch er von den Basisgruppen scharf kritisiert. Die meisten Berliner Gruppen verabschiedeten sich angesichts der restriktiven Haltung der Kirchenleitung von der Friedenswerkstatt als ihrer authentischen Veranstaltungsform und manche begannen, eigene neue Lösungen in Gestalt eines „Kirchentags von Unten“ (vgl. Abschnitt 4.11.2) zu suchen. Es war zu offensichtlich, dass das amtskirchliche Manövrieren hinsichtlich der Friedenswerkstatt auf die staatliche Billigung des geplanten offiziellen Kirchentags zielte. Die von der Kirchenleitung in Zusammenarbeit mit anpassungswilligen Gruppenvertretern erarbeiteten Durchführungsbedingungen für eine „gezähmte“ Friedens-

228 Weißenseer Blätter 6/1986, S.45.

229 Am 18. Dezember 1986 präzisierte Krusche diesen Vorschlag in der „Krusche-Runde“ dahingehend, dass die Friedenswerkstatt 1987 als Auftaktveranstaltung der Friedensdekade in geschlossenen Kirchenräumen stattfinden könnte. HA XX/2, Bericht zum Treff mit IMB „Martin“ am 18.12.1986, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 8, S. 83.

230 HA XX/2, Bericht zum Treff mit IMB „Martin“ am 15.12.1986, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 8, S. 79ff.

werkstatt²³¹ während der Friedensdekade im November 1987 führte im Juni zum endgültigen Ausstieg der entschiedeneren Berliner Friedens- und Umweltgruppen aus dem Vorbereitungskreis.²³² Am offiziellen Kirchentag nahm der FK Pankow in durchaus problembewusster kritischer Wahrnehmung teil, ging jedoch ebenso wie der Friedenskreis der Samaritergemeinde auf klare Distanz zum „Kirchentag von Unten“.²³³ Zu diesem alternativen Kirchentag luden der FKFF, die Umweltbibliothek und die Gruppe „Gegenstimmen“ (vgl. Abschnitte 4.5.2, 4.9 und 4.11.2) gemeinsam mit der Initiative „Kirchentag von Unten“ ein. Unbestreitbar wuchs damit die Entfremdung dieser Gruppen vom Friedenskreis Pankow und vom Samariter-Friedenskreis. Die entschärfte sechste Friedenswerkstatt fand im politisch angepassten Kleinformat innerhalb der Friedensdekade im November 1987 statt. Die siebente Friedenswerkstatt am 26. Juni 1988 (also wieder zum üblichen Termin) mit der Losung „Miteinander streiten, solidarisch leben“ war praktisch schon bedeutungslos. Trotzdem bestand ein Drittel der ca. 1 200 Besucher aus „Personen, die in gesellschaftlichem Auftrag zugegen waren“.²³⁴

3.4.3 Umweltbewegung und die Ansätze Berliner Öko-Kreise Anfang der 80er Jahre

Es war folgerichtig, dass die politbürokratische Variante industriegesellschaftlicher Fortschrittsgläubigkeit ebenso auf Wachstum setzte, wie unkontrolliertes Wachstum sich als Attribut marktwirtschaftlich bestimmter Profitökonomie ergibt. Seit 1972 die Grenzen des Wachstums als Begrenztheit der natürlichen Ressourcen im Meadows-Bericht des Club of Rome thematisiert wurden und die niveauabhängigen ökologischen Kosten jeden Prozents Wirtschaftswachstums die Frage nach dem „Umkippen“ des Gesamtsystems aufwarf, entwi-

231 Gemäß Beschluss der KL der EKBB vom 15.5.1987 sei die Durchführung einer Friedenswerkstatt 1987 mit stärker biblischem Bezug prinzipiell möglich (etwa während der Friedensdekade 1987); dabei müssten die Außenvertreter der Friedenswerkstatt von der KL bestätigt sein. MDA, RSch 22.

232 Die Zeitschrift „Grenzfall“ erklärte in einer sarkastischen „Todesanzeige“, die Nachricht vom Ableben der Friedenswerkstatt „erreichte uns in Form einer ‚konzeptionellen Überlegung‘. Das, was sich nach dieser Konzeption den Namen ‚Friedenswerkstatt‘ anmaßt, hat mit der in ihrem kurzen Leben von uns engagiert begleiteten teuren Toten offensichtlich nichts mehr zu tun. Die schon längere Zeit schwer erkrankte wurde durch die jetzige ‚Regelung der Kompetenzen‘ völlig niedergestreckt. Die Beisetzung könnte bei der Jubelfeier zum Abschluss des Berliner Kirchentages ... stattfinden.“ Grenzfall 5/1987, Reprint 1989, S. 57. Die Zeitschrift „Friedrichsfelder Feuermelder“ des FKFF verwies in ihren Bemerkungen zum Ausgang des Ringens um die Zukunft der Friedenswerkstatt ausdrücklich auf das zielführende Interesse der Kirchenleitung, das Staat-Kirche-Verhältnis nicht zu belasten, Aust 1998, S. 94 unter Hinweis auf den „Friedrichsfelder Feuermelder“ vom Juni 1987, S. 4 und S. 10. Vgl. auch die Erklärung der UB vom November 1987 „Warum nimmt die Berliner Umwelt-Bibliothek nicht an der Rest-Friedenswerkstatt teil?“ MDA, OA, 1.1.16., Reg.-Nr. 868.

233 Der FK Pankow verbat sich unter Berufung auf das Hausrecht gegenüber Reinhard Schult die Verbreitung der Informationsblätter zum „Kirchentag von Unten“ in der Pankower Gemeinde. Rainer Eppelmann erklärte, er würde im Falle einer Besetzung der Samariter-Gemeinde durch die Teilnehmer des alternativen Kirchentags die Polizei alarmieren. Interview mit Reinhard Schult vom 12.1.2004.

234 Nicht gerechnet die anwesenden „Freunde der Bezirksorganisation der CDU“. Information des Stellvertreters des Oberbürgermeisters für Inneres, Gen. Hoffmann über den Verlauf der Friedenswerkstatt am 26.7.1988 in der Erlöserkirche. SAPMO BArch, DO 4/1386.

celte sich langsam eine weltweite Ökologiebewegung. Die DDR war ein Land, in dem sich die Unterwerfung unter verbrauchsexzessive westliche Konsumideale mit enormen Umweltschäden infolge der permanenten Priorität systemwettbewerbsgetriebener Wachstumsökonomie gegenüber der Ökologie kombinierte. Ebenso koexistierten trotz aller Spar- und Rationalisierungsaufappelle eine starke Ressourcen- und Energieverschwendung mit Erscheinungen einer typischen Mangelwirtschaft. Auf diese Rationalitätsdefizite reagierte auch in der DDR eine Minderheit mit ökologisch orientierter Zivilisationskritik, die nicht etwa eine vorindustrielle Lebenswelt idealisierte, sondern überwiegend als eine Modernisierungsbewegung auftrat. In der DDR existierte auch in der staatsnahen Wissenschaftlerzunft durchaus ein Bewusstsein für die ökologische Dimension der Wachstumsproblematik. Eine Spielart dieser Debatte verkörperte Wolfgang Harich mit der 1975 veröffentlichten Studie „Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der ‚Club of Rome‘“. Seine an Hegels Dialektik orientierten Aussagen beriefen sich gleichfalls auf die Marx'schen Methode des dialektischen Materialismus, der eben nicht nur auf die Geschichte, sondern auch auf die stofflichen Wechselbeziehungen zwischen Natur und Gesellschaft anzuwenden sei.²³⁵ Harich unternahm den Versuch, Elemente einer „Dialektik der Ökologie“ in Fortsetzung von Engels „Dialektik der Natur“²³⁶ und in Anlehnung an den utopischen Sozialisten Gracchus Babeuf zu formulieren. Er verband die Forderung nach Nullwachstum mit der Idee einer gerechten Verteilung des Mangels, mit rationierter, „gerechter Verteilung, konsequent und radikal durchgeführt“.²³⁷ Je länger eine ökologische Krisenbewältigung auf sich warten ließe, desto autoritärer würde der Mechanismus sein, der zur Lösung der Menschheitsbedrohungen notwendig würde. Der Kommunismus sei dabei besser geeignet als der Kapitalismus zur Lösung der ökologischen Krise – schon deshalb, weil in ihm Produktion als Bedürfnisbefriedigung angelegt ist und Gebrauchswert- vor Tauschwertproduktion geht.

Der Beitrag von Harich wurde in der wirtschaftswissenschaftlichen „offiziellen“ Diskussion durchaus zur Kenntnis genommen, ohne dass dessen Arbeit orientierend für künftige

235 Tatsächlich lässt sich der gesellschaftsgefährdende Raubbau an der Natur und die verantwortungslose Zerstörung der Umwelt durch die Ökonomien der nominalsozialistischen Diktaturen nicht durch deren Berufung auf Marx oder die Behauptung, jene hätten sich an Marx orientiert, erklären. Tatsächlich heißt es bei Marx: „Und jeder Fortschritt der kapitalistischen Agrikultur ist nicht nur ein Fortschritt in der Kunst, den Arbeiter, sondern zugleich in der Kunst, den Boden zu berauben, jeder Fortschritt in der Steigerung seiner Fruchtbarkeit für eine gegebene Zeitfrist zugleich ein Fortschritt im Ruin der dauernden Quellen dieser Fruchtbarkeit. Je mehr ein Land, wie die Vereinigten Staaten von Nordamerika z.B., von der großen Industrie als dem Hintergrund seiner Entwicklung ausgeht, desto rascher dieser Zerstörungsprozess. Die kapitalistische Produktion entwickelt daher nur die Technik und Kombination des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, indem sie zugleich die Springquellen alles Reichtums untergräbt: die Erde und den Arbeiter.“ Karl Marx, *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie* Band 1, Berlin 1977, S. 529f.

236 „Schmeicheln wir uns indes nicht zu sehr mit unsern menschlichen Siegen über die Natur. Für jeden solchen Sieg rächt sie sich an uns. ... so werden wir bei jedem Schritt daran erinnert, dass wir keineswegs die Natur beherrschen, wie ein Eroberer ein fremdes Volk beherrscht, wie jemand, der außer der Natur steht – sondern dass wir mit Fleisch und Blut und Hirn ihr angehören und mitten in ihr stehen, und dass unsre ganze Herrschaft über sie darin besteht, im Vorzug vor allen andern Geschöpfen ihre Gesetze erkennen und richtig anwenden zu können.“ Friedrich Engels, *Dialektik der Natur*. Berlin 1952, S. 190f.

237 Wolfgang Harich, *Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der ‚Club of Rome‘*, Hamburg 1975, S. 59.

Investitions- und Planungsstrategien wurde.²³⁸ Vielmehr orientierte sich die tatsächlich umgesetzte Wirtschaftspolitik kurzatmig an der Verwirklichung politisch bestimmter Zielvorgaben im Rahmen Honecker'scher Sozial- und Strukturpolitik. Ihr Kennzeichen wurde mehr und mehr dirigistische Flickschusterei zur Regulierung des Mangels ohne Rücksicht auf Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz.

Für seine Auffassungen wurde Harich sowohl von dogmatischen Wachstumsapologeten staatssozialistischer Prägung als auch von den neuen antidogmatischen ökologischen Wachstumskritikern attackiert. Letztere bezeichneten Harich als Zuteilungsbürokraten, Mangelverwalter oder Ökotalinisten. Die ausschließlich am Systemwettbewerb orientierten Wirtschaftsbürokraten des „Realsozialismus“ befürworteten im ideologischen Gleichklang mit ihren Konkurrenten westlicher Kapitalverwertung das Wirtschaftswachstum als genuine Eigenschaft industrieller Produktion und Reproduktion. Tatsächlich bestimmten sie die reale Entwicklungsgestalt nominalsozialistischer Ökonomie und sorgten dafür, dass sie zu einer Variante nachholender industrieller Entwicklung wurde. Soziale Grundsicherung sollte als wohlfahrtstaatlicher Kitt der Gesellschaft und Konsumorientierung als Antrieb ihres Wachstumsmotors fungieren. Die Ähnlichkeiten in den Logiken der Systemantagonisten waren unübersehbar. Der als „Planung“ apostrophierte Dirigismus entbehrte sowohl formaler als auch materieller Rationalität, woraufhin ein immer mehr wachsender Modernisierungsnachhang entstand. Die Merkmale der von jeder Partizipation freien bürokratisch organisierten Ökonomie blieben sowohl Mangel als auch Umweltzerstörung.

Robert Havemann artikulierte auch hinsichtlich der Ökologieproblematik Positionen einer marxistischen Opposition. Seine scharfe Kapitalismuskritik enthielt eine zivilisationskritische Dimension, die ebenso eine Ablehnung von Honeckers wirtschafts- und sozialpolitischem Kurs zwingend nach sich zog. Der Vorwurf lautete, mit der Anerkennung und Nachahmung westlicher konsumgesellschaftlicher Paradigmen überhaupt das Wesen einer sozialistischen Alternative zu verfehlen. Der Vorwurf gegenüber der herrschenden Bürokratie, den Kapitalismus zu kopieren, anstatt eine dazu alternative sozialistische Organisationsform von Produktion und Konsumtion zu entwickeln, findet sich bereits in seiner Schrift „Fragen, Antworten, Fragen“ von 1972. Damit entsprachen seine Auffassungen denen der meisten antidogmatischen Linken, welche für die nominalsozialistischen Länder einen „Systemwettbewerb“ nach den Regeln kapitalistischer Marktwirtschaft einerseits für verloren, andererseits für absurd hielten, da eine genuin sozialistische Produktionsweise ganz andere Maßstäbe setzen würde, als die einer profitgesteuerten Ökonomie. Havemanns 1980 erschienenes Buch „Morgen. Die Industriegesellschaft am Scheideweg. Kritik und reale Utopie“ verband die Friedens- und Ökologiefrage als die entscheidenden Überlebensfragen der gesamten Menschheit mit der Bekräftigung seines Standpunkts der Notwendigkeit einer Demokratisierung des Realsozialismus und der Anerkennung von Menschenrechten in ihm.

238 Harich konnte zum Beispiel 1975 seine Position im Zentralinstitut für Wirtschaftswissenschaften (dem wirtschaftswissenschaftlichen Leitinstitut an der Akademie der Wissenschaften der DDR) vortragen und diskutieren. Folgen für das Forschungsprogramm des Instituts hatte dies nicht. Der Autor der vorliegenden Monographie hat jedoch während seiner Tätigkeit an diesem Institut bis 1979 als Mathematiker an einem Regulationsmodell zur Darstellung der Wechselwirkungen von ökologischen Effekten und verschiedenen Investitionsratensteigerungen gearbeitet.

Nur auf diesem Wege könne der Sozialismus als einziger Ausweg aus der Überlebenskrise der Menschheit wirksam werden.

Sowohl Harichs als auch Havemanns Positionierung erlangten kaum Einfluss auf die in den 80er Jahren entstehenden ökologischen Basisinitiativen. Allerdings diskutierte der Friedenskreis Friedrichsfelde am 8. September 1986 anhand eines Vortrags von Carlo Jordan unter dem Titel „Ökosozialismus – Ökokommunismus“ die Thesen von Harichs „Kommunismus ohne Wachstum“. Doch der Ansatzpunkt für die Arbeit der meisten neuen ökologischen Arbeitskreise war nicht der gesellschaftskritische Gegenentwurf einer „Logik der Rettung“, wie Bahros einer politischen Ökologie verpflichtete Aufsatz aus dem Jahre 1990 hieß, sondern die lebensweltliche Erfahrung galoppierender Umweltzerstörung in der DDR (Luftverschmutzung in den Chemiebezirken, Baumsterben in den Gebirgsregionen, Wasserverunreinigungen und unkontrollierte Flächenverödungen, Chemiemissbrauch in der landwirtschaftlichen Produktion usw.). Die im Westen anwachsende grüne Bewegung tat ein Übriges, um die Sensibilität gegenüber solchen Auswüchsen industriegesellschaftlichen „Fortschritts“ und landwirtschaftlicher Ertragssteigerung auch in der DDR zu schärfen. Da ihre Benennung automatisch eine implizite Kritik an den dafür verantwortlichen Planungsbürokraten darstellte, hatten ökologische Basisinitiativen, sofern nicht von den staatlichen Organen selbst initiiert, kontrolliert oder ausdrücklich toleriert, für die Sicherheitsorgane immer auch eine „politisch-negative“ oder sogar „feindliche“ Dimension. Die staatlich behinderten bzw. verbotenen demonstrativen Baumpflanzaktionen kirchlicher Gruppen im Bezirk Schwerin ab 1980 waren das erste Signal, gefolgt von nun regelmäßig durchgeführten Öko-Seminaren. Das Kirchliche Forschungsheim Wittenberg (KFHW) war mittels seiner Publikationen und als Ausrichter von Vertretertreffen der entstehenden Umweltgruppen ein wichtiger Vernetzungsfaktor der Ökologiebewegung in der DDR.

Das MfS registrierte schon sehr früh und zutreffend die Gefährlichkeit von außerhalb staatlicher Kontrolle entstehenden ökologischen Basisinitiativen insbesondere im kirchlichen Raum im Kontext der allgemeinen gesellschaftlichen Sensibilisierung für Umweltfragen. Die Sicherheitsorgane fürchteten hier insbesondere den leicht zu vollziehenden „Brückenschlag“ zu hochmotivierten Aktivisten in staatlichen kontrollierten Umweltschutzinitiativen wegen des gemeinsamen Zielhorizonts ökologischer Arbeitszusammenhänge:

„Feindlich-negative Kräfte unternehmen ... verstärkt Aktivitäten unter Anknüpfung an die übereinstimmenden Grundpositionen [um] bewusst die Divergenzen und Gegensätze staatlicher und kirchlicher Auffassungen in Umweltfragen aufzuzeigen ... Es zeichnet sich ab, dass sich das KFHW zur Zentralstelle einer vom Gegner inspirierten ‚Umweltschutzbewegung‘ in der DDR profiliert ... dabei bildet gegenwärtig der Kulturbund, insbesondere die 1980 auf Politbürobeschluss gegründete ‚Gesellschaft für Natur und Umwelt‘ im Kulturbund der DDR einen besonderen Zielbereich der feindlich-negativen Kräfte. Hier ist operativ zu verzeichnen, dass sich gegenwärtig etwa 40 000 Personen in der DDR in dieser Gesellschaft betätigen, unter denen sich stark intellektuell ausgeprägte Individualisten mit Sympathien für die ‚Grünen‘ in der BRD befinden und die öffentlichkeitswirksamen Möglichkeiten ... nutzen, um ‚Umweltschutzprobleme‘ zu demonstrieren ... von denen zur offenen Kritik und Ver-

leumdung des realen Sozialismus übergegangen werden soll. ... [An der] Formierung einer oppositionellen, klassenindifferenten Ökologiebewegung unter der Flagge des Umweltschutzes (sind) maßgeblich auch feindlich-negative Kräfte aus den Kirchen beteiligt und zwar die gleichen, die auch anderweitig feindlich aktiv sind ... [Sie versuchen] diese Basis durch gezielte Kontakte zu Angehörigen der Intelligenz (vor allem aus dem Bereich Medizin, Wissenschaft und Technik und Kultur) zu verbreitern und stärkeren Zugang zu staatlichen Einrichtungen bzw. zu gesellschaftlichen Organisationen ... als Voraussetzung für legales Handeln zu erreichen. Dabei sind ebenfalls wieder Bemühungen festzustellen, überörtliche Verbindungen zu erreichen. Alle Bestrebungen laufen im Kern darauf hinaus, in der DDR eine gegen den realen Sozialismus gerichtete Bewegung in der Art der ‚Grünen‘ zu schaffen. Bei allen diesen feindlich-negativen Aktivitäten spielt stets das Bestreben eine Rolle, eine Scheinlegalität zu erreichen. Zumindest jedoch wird der Status einer gewissen Duldung bzw. Akzeptierung durch den Staat angestrebt. ... Den Schutz der Kirche vorausgesetzt können auf diesem Wege Einrichtungen entstehen, die ernste Gefahren beinhalten und u. a. auch die Durchsetzung der sozialistischen Gesetzlichkeit erschweren können.“²³⁹

Im Staatssekretariat für Kirchenfragen problematisierte man insbesondere die Schwierigkeiten, unliebsame Aktivitäten in einem Bereich unter Kontrolle zu bringen, der einerseits tabuisiert (seit 1982 durch weitgehende Geheimhaltungsvorschriften von der Öffentlichkeit abgeriegelt) und andererseits nominell als Aktivitätsfeld von Bürgern gesellschaftlich legitimiert war. So hieß es in einem Arbeitspapier für den Staatssekretär zur Instruierung der Sektorenleiter im März 1984, dass auf dem Gebiet der Ökologie, wo eine „reale Fragestellung aufgegriffen“ und auch international in diese Richtung orientiert werde, eine „Vielzahl von Möglichkeiten“ und „positive Ansätze im Rahmen der Wirtschafts- und Sozialpolitik der DDR“ existierten: Energieeinsparung, Schutz und Schonung von Naturressourcen, Beiträge zur Verwirklichung der Landeskulturgesetzgebung, Mitarbeit in der „Gesellschaft für Natur u. Umwelt“. In letzter Zeit gäbe es in fast allen Landeskirchen Öko-Kreise, die im kirchlichen Rahmen in der Regel politisch ruhig und ohne Öffentlichkeitsausstrahlung wirkten. Doch würden sie auch von politisch negativen Kräften benutzt, die „versuchen, nach der Friedensfrage mit der Ökologieproblematik eine neue Front ... der ideologischen Diversion zu eröffnen.“ In negativer Absicht würden Positionen und Methoden der BRD-Grünen übernommen. Hier gäbe es zwei Linien; einmal den Weg „eigenständiger Aktionen“ zur Nutzung aller Möglichkeiten der sozialistischen Demokratie auch gegen staatliche Entscheidungen; zum zweiten Eingaben und den Versuch der Erlangung nicht zugänglicher Umweltinformationen und deren politischen Missbrauch. Schließlich gäbe es (neben der zentralen Funktion des KFHW) auch den zunehmenden Ausbau von Kontakten der Gruppen untereinander.²⁴⁰

239 Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Missbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen „inneren Opposition“ in der DDR, April 1983, MfS, JHS A.- Nr. 241/83.

240 Rededisposition für den Staatssekretär vor den Sektorenleitern am 14.3.1984 anlässlich der bevorstehenden Kommunalwahlen (2 Fassungen). Arbeitsberatung mit den Sektorenleitern der Räte der Bezirke 14./15.3.1984, SAPMO BArch, DO 4/990.

In Berlin gehörten die Mitglieder der Arbeitsgruppe Ökologie des Friedenskreises der ESG 1982 zu den ersten Aktivisten, welche die Missachtung des Verkehrsmittels Fahrrad thematisierten. Fahrraddemonstrationen gehörten Anfang der 80er Jahre in Berlin zu den verbreiteten Protestformen der entstehenden Ökologiekreise. Solche Fahrradcorsos wurden in der Regel von der Polizei unter Vorwänden aufgelöst und deren Teilnehmer zugeführt oder registriert.²⁴¹ Die AG Ökologie des FK der Berliner ESG nutzte auch die Bluesmesse in der Erlöserkirche, um mit ihrem Informationsstand die Öffentlichkeit über die ökologische Situation in der DDR zu informieren.²⁴² In einer der Aktionen der AG im September 1983 wurden Holzkreuze mit Protestlosungen an toten Berliner Straßenbäumen platziert, was nicht nur vom Magistrat der Kirche gegenüber in Anschlag gebracht, sondern auch von Propst Winter bei der Exmittierung des Friedenskreises aus der ESG als Argument ins Feld geführt wurde.²⁴³ Im gleichen Monat begann in der Pfarr- und Glaubensgemeinde Lichtenberg ein neuer Friedens- und Umweltkreis zu arbeiten. Dieser Kreis sammelte gezielt Informationen über ökologische, aber auch politische Missstände in der DDR. Das Sammeln von Umweltdaten, mehr noch ihre Veröffentlichung, waren allein deshalb gefährlich, weil offizielle Daten diesen Typs in der DDR Verschlussache waren. In Veranstaltungen und „innerkirchlichen“ Info-Blättern informierte der Kreis über das Waldsterben, die Risiken der Atomenergienutzung, aber auch über den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan. Dieser Friedens- und Ökologiekreis bekam ebenfalls wachsende Schwierigkeiten mit dem GKR sowie dem Gemeindepfarrer und begann, seine Verbindung mit der Zionskirchgemeinde zu intensivieren. Am 26. Mai trat der Kreis dort aus gegebenem Anlass (vgl. Abschnitt 4.5.1) mit einer Veranstaltung zu Problemen der Kernenergienutzung auf. Dieser Kreis ergriff nach seinem Umzug in die Zionskirchgemeinde 1986 auch die Initiative für die erste Umweltbibliothek (vgl. Abschnitt 4.5.2).²⁴⁴ Weitere Friedenskreise, so der FK Pankow und der Friedenskreis der Samaritergemeinde, bildeten gleichfalls Arbeitsgruppen, die sich systematisch mit Umweltproblemen befassten und öffentliche Informations- und Diskussionsangebote machten.²⁴⁵ Die Berliner Öko-Seminare wurden seit 1984 zu einer fortlaufenden Ein-

241 In Anspielung auf die alljährliche 3-Länder-Radrennfahrt für den Frieden wurde im Mai 1983 eine „Friedensfahrt ohne Sieger“ durch das ökologisch verwüstete Berliner Umland (Rüdersdorf) erfolgreich durchgeführt. Die zweite Fahrt im Folgejahr wurde von der Polizei verhindert und die Teilnehmer mit Ordnungsstrafverfahren überzogen, Rüdtenklau 1992, S. 47, 49f.

242 Im „Selbstverständnis der AG Umweltschutz im Friedenskreis der ESG Berlin“ hieß es, weil folgenreiche Planungsentscheidungen über Städte, Parkanlagen, Spielplätze und die Beseitigung von Schadstoffen der Industrie und aus der Landwirtschaft am grünen Tisch gefällt würden, sei es an der Zeit, an die breite Öffentlichkeit heranzutreten. „Unser Ziel muss es sein, durch eigene und der Beteiligung an ... von staatlicher Seite organisierten Maßnahmen das Interesse an der eigenen Stadt und beim Einzelnen ... zu wecken.“ MDA, Reg. RSch 06.

243 Nach Einlassungen von Winter auf der außerordentlichen Sitzung des Friedenskreises der ESG am 26.9.1983 benachrichtigte der Referent für Kirchenfragen des Magistrats, Dr. Mußler, den Studentenfarrer Elmer am 19.9.1983 von dem Vorhaben der AG in der Absicht, dieses zu verhindern. Die Tatsache, dass Elmer von der Aktion nicht unterrichtet war, wurde zu einem der Argumente, mit denen die vorgesehene Entfernung des Friedenskreises aus der ESG gerechtfertigt wurde. Protokoll der außerordentlichen Sitzung des Friedenskreises der ESG am 26.9.1983, Privatarchiv des Autors. Siehe auch Rüdtenklau 1992, S. 48. Vgl. auch Abschnitt 3.1.2.3.

244 Rüdtenklau 1992, S. 49f.

245 „Feindliche Kräfte in ökologischen Gruppen im kirchlichen Bereich sehen in der Öko-Problematik in erster Linie Konfrontationsmöglichkeit mit dem Staat und wollen von der Friedensfrage ablenken.

richtung. Der Ökologie-Kreis des zerschlagenen Friedenskreises der ESG arbeitete nach dessen Neugründung 1984 in Friedrichsfelde ebenfalls dort weiter. Er unterstützte am 30.1.1985 eine Klage gegen das Kraftwerk Reuter wegen dessen Schadstoffausstoß. Am 29./30.9.1985 richtete der Öko-Kreis des FKFF das 2. Berliner Ökologie-Seminar zum Thema „Leben in der Stadt“ mit ca. 200–250 Teilnehmern aus.²⁴⁶ Zur 750-Jahr-Feier in Berlin 1987 machte der Öko-Kreis die Wohnungspolitik, Verkehrsplanung, Energiepolitik, den Wasserschutz sowie die Rentengestaltung und soziale Probleme in der DDR zum Gegenstand eines Forderungskatalogs.²⁴⁷

3.4.4 Netzwerke

3.4.4.1 „Konkret für den Frieden“: Elemente und Tendenzen einer DDR-weiten Vernetzung von Basisgruppen

Die Kooperation von Basisfriedenskreisen begann in Gestalt überregionaler Seminare, etwa vermittelt des „Mobiles Friedensseminars“ 1981, initiiert von Heiko Lietz. Es fand ab 1982 seine Fortsetzung als Mecklenburger Friedensseminar, vorbereitet von Lietz und Markus Meckel in Vipperow und Kessin. Es fand jedes Jahr im August statt, hatte starken Zulauf (so im Jahre 1984 rund 400 Teilnehmer) und behandelte Friedens- und Ökologiefragen. Ihr definitives Ziel waren von Anfang an die Verstärkung von Kontakten, Informationsaustausch und Vernetzung. Die inhaltlich ergebnisorientierte überregionale Vernetzungsinitiative SoFD war 1982 gescheitert (vgl. Abschnitt 3.1.2.2).

Der nächste Anlauf erfolgte auf dem vom FK der ESG organisierten überregionalen Treffen von Friedenskreisen im Juni 1982 in Berlin (vgl. Abschnitt 3.1.2.3): Dort wurde dem BEK vorgeschlagen, in seinem Verantwortungsbereich eine überregionale Informationsstelle für Themen und Termine regionaler Basisgruppenarbeit einzurichten, worauf der BEK jedoch nicht reagierte.²⁴⁸ Damit war klar, dass die Gesamtkirche eine Vernetzung der in ihren Gemeinden arbeitenden Friedenskreise nicht unterstützte.

Erfolgreicher war der Vorbereitungskreis der Berliner Friedenswerkstatt. Er ergriff Anfang 1983 bei seiner Zusammenkunft im Gemeindehaus der Bartolomäuskirche die Initiative für eine Einladung zum erstem überregionalen Delegiertentreffen „Konkret für den Frieden“ von 37 Friedenskreisen für den 5./6.3.1983 in der Kirchgemeinde Berlin-Oberschöne-weide mit 125 Teilnehmern. Aus Berlin nahmen Vertreter der Friedenskreise Samariter, Pankow, der ESG und der Auferstehungsgemeinde teil. Das Seminar „Konkret für den Frieden“ war dem Prinzip nach und hinsichtlich der Namensgebung eine Idee von Hans-Jochen

Konzentration dieser negativen Kräfte auf eine eigenständige Jugendarbeit im Öko-Bereich mit demonstrativen Handlungen.“ Information über die Tätigkeit der Friedensausschüsse, der Evangelischen Studentengemeinden, Ökologiegruppen sowie weitere kirchliche Arbeitsformen mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den evangelischen Landeskirchen. Vorlage vom 20.11.1984 für die Dienstbesprechung vom 27.11.1984, SAPMO BArch, DO 4/1282.

246 MDA, Reg.-Nr. 7.9.6.

247 MDA, OA, Reg.-Nr. 3825, 1357, 127, 734.

248 Neubert 1997, S. 474.

Tschiche, der schon seit 1981 unter Umgehung des BEK einen Weg zur überregionalen Information und Koordination regionaler Friedensinitiativen suchte. Das Seminar arbeitete in der Form verschiedener Arbeitsgruppen (insgesamt 32 beim erwähnten ersten Treffen im März 1983). Staatlicherseits gab es Erwägungen in der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen und auf Magistratebene, das Treffen zu verbieten. Man beschränkte sich schließlich auf die Druckausübung auf die EKBB, weil deren ständiger Synodalausschuss Friedensfragen die Schirmherrschaft übernommen hatte. Das Seminar führte außerdem zu Beschwerden von anderen Landeskirchen, die in der Berliner Initiative einen Eingriff in ihre Selbständigkeit sahen und zu einem Konsistoriumsbeschluss unter Stolpes Federführung, der die von Staatssekretär Gysi formulierten staatlichen Forderungen an das Treffen wiederholte, keine „unabhängige Friedensbewegung“ zu gründen, die Westpresse oder nicht geladene Gäste auszuschließen, sowie keine Plenumsresolutionen zu verabschieden. Staatlicherseits wurde sehr genau verstanden, dass eine solche Infrastruktur selbst von der Amtskirche schwer zu kontrollieren sei und die öffentliche Wirksamkeit, Effektivität sowie die „Wehrhaftigkeit“ der sich vernetzenden Friedenskreise enorm verstärkte. Der erwähnte Konsistoriumsbeschluss vom 1.3.1983 enthielt noch die zusätzliche Forderung an das Seminar, keine „einseitige Plattform“ entgegen der Linie des BEK zu bilden.²⁴⁹ Die Arbeitsgruppe 5 des Seminars machte umfangreiche Vorschläge zur überregionalen Vernetzungsorganisation.²⁵⁰ Nicht zuletzt deshalb wurde der Charakter des Seminars durch die Dienststelle des Staatssekretärs als politisch negativ bis feindlich eingeschätzt.²⁵¹

Auch das Urteil des MfS war eindeutig: In deren Einschätzung wurde das Basisgruppentreffen als Element des Prozesses einer „Plattformbildung“ und Vernetzung der „inneren Opposition in der DDR“ interpretiert. Gestützt auf die Interpretation einiger Äußerungen von Hans-Jochen Tschiche im Vorfeld des Treffens findet sich hier auch die abwegige Behauptung, es würde die Bildung einer „Zentrale“ und eine „einheitliche ideologische Ausrichtung“ dieses Netzwerks bevorstehen. Damit sollte offensichtlich die 1983 dominierende und Ende des Jahres auch exekutierte strategische Orientierung der Sicherheitsorgane auf einen erhöhten Anteil repressiver Maßnahmen legitimiert werden, indem durch solcherart Verschwörungshypothesen die Gefährlichkeit einer so fast „partei förmig“ aufgerüsteten UFB besonders hervorgehoben wurde:

„Gegenwärtig konzentrieren sich die äußerst gefährlichen Bestrebungen zur Schaffung einer Organisation ganz besonders auf die Bildung sogenannter als ‚Friedenskreise‘ bezeichnete Basisgruppen. Feindlich-negative Kräfte in den evangelischen Kirchen unternehmen, sogar in teilweise offener Opposition zu ihren jeweiligen Kirchenleitungen, Aktivitäten, um oppositionell eingestellte junge Christen, Wehrdienstverweigerer, Bausoldaten, Pazifisten und andere Personen in weiteren derartigen Basisgruppen zusammenzufassen. Damit ist eindeutig der Versuch verbunden, eine politische und organisatorische Basis für das Wirken einer Opposition

249 Ebenda, S. 475.

250 Hier wurde der Vorschlag, eine zentrale Informationsstelle beim Sekretariat des BEK einzurichten, wiederholt. Sie sollte der DDR-weiten Koordinierung der Friedensaktivitäten dienen, einen monatlichen Rundbrief versenden, Beratung im Umgang mit den staatlichen Organen anbieten und eine Adressenliste führen, die allen Gruppen zur Verfügung stehen sollte, MDA, Reg. RSch 23.

251 Subklew-Jeutner, S. 243f.

in der DDR zu schaffen. ... 1981 hatte der Magdeburger Pfarrer Tschiche bereits in bewusster Konfrontation mit dem sozialistischen Staat und z. T. auch mit kirchenleitenden Personen begonnen, die in den Kirchen der DDR existierenden ‚Friedenskreise‘ zu sammeln, einheitlich politisch-ideologisch auszurichten und in einer ‚einheitlichen, unabhängigen Friedensbewegung‘ zu formieren. ... Sein Programm beinhaltete

- die Schaffung einer ‚gemeinsamen Plattform für die verschiedensten Gruppen in der DDR und deren organisatorische Zusammenführung in einer Zentrale‘ sowie
- das Erreichen einer ‚Breite, in der die Gesamtkirche, Nichtchristen, besonders Kulturschaffende und jugendliche Gruppen, integriert werden und Ausstrahlung in die Öffentlichkeit finden‘. (aus einem Beitrag von Tschiche beim „Arbeitskreis Frieden“ in Magdeburg am 3.3.1982)

In Durchsetzung dieses Programms strebte er mehrfach die Gründung einer sogenannten ‚Brüderschaft – Frieden konkret‘ als Koordinierungszentrum an. Dazu erarbeitete er eine ‚Gründungserklärung‘ und führte auch konspirative Zusammenkünfte mit anderen feindlich-negativen Kräften im gesamten Gebiet der DDR durch. In seinen Vorstellungen geht Tschiche bewusst davon aus, dass nur hauptamtliche Mitarbeiter der Kirche die Initiatorrolle übernehmen können, da nur die Kirche den nötigen ‚Schutz und Freiraum‘ bietet. Heute ist davon auszugehen, dass in der DDR bereits mehr als 50 sogenannte Friedenskreise existieren, die im Zusammenwirken von inneren und äußeren Feinden in allen Bezirken geschaffen wurden. Einige dieser Friedenskreise entwickeln sich zunehmend zu ausgesprochenen organisatorischen Zentren feindlicher Tätigkeit. ... einige [deren] ... Leitlinien und Programme ... (orientieren) direkt auf die Beseitigung des gegenwärtigen Systems in der DDR, also des realen Sozialismus ... Von diesen Kreisen gehen zunehmend Aktivitäten zur Inspirierung und Organisation eines sogenannten gewaltfreien Widerstandes wie z. B. Schweigeaktionen und andere provokativ-demonstrative Handlungen aus. Sie führen öffentlich Meinungsumfragen und Unterschriftensammlungen durch und verbinden das mit Eingaben an zentrale staatliche Organe und gesellschaftliche Organisationen ... Einen vorläufigen Höhepunkt erlangten die äußerst gefährlichen Versuche zur überörtlichen organisatorischen Vereinigung der „Friedenskreise“ am 5./6.3.1983 anlässlich eines sogenannten „Friedensseminars“ in Berlin, unter dem Schutz der Evangelischen Landeskirche Berlin-Brandenburg. Bei diesem Zusammentreffen leitender Mitglieder (125) von ca. 32 ‚Friedenskreisen‘ aus der gesamten DDR wurden von den bereits mehrfach genannten feindlichen Kräften Tschiche und Eppelmann Aktivitäten für die weitere Arbeit der Basisgruppen vorgeschlagen, die auf die Schaffung von Strukturen einer ‚unabhängigen Friedensbewegung‘ gerichtet sind. So wurde darüber diskutiert, eine ‚Solidargemeinschaft‘ (die Ähnlichkeit mit Solidarność ist sicher nicht zufällig) zu bilden, die den ‚inneren Frieden‘ in der Gesellschaft der DDR herstellen soll. Es wurde die Schaffung eines Rechtsberatungszentrums für Personen, die wegen ‚Friedensaktivitäten‘ in staatliche Bedrängnis gekommen sind, ins Gespräch gebracht. Und es wurde angeregt, Kontaktlisten für Informationsbeziehungen zwischen den Basisgruppen aufzubauen. ... Auch mit dem Vorschlag, jährlich 2 zentrale Zusammenkünfte aller Basisgruppen in der DDR durchzuführen und in allen

*Landeskirchen jährlich 4 Zusammenkünfte zu organisieren, zeigt sich, dass die feindlich-negativen Kräfte ihre Absicht, eine oppositionelle Bewegung zu schaffen, zielstrebig zu verwirklichen suchen.*²⁵²

Die juristische Konstruktion einer Fortsetzung des Unternehmens „Konkret für den Frieden“ an verschiedenen Orten der Republik war dem Umstand anzupassen, dass der BEK als Rechtsträger nicht in Frage kam, da die Gesamtkirche bereits verdeutlicht hatte, für das politische Anliegen der Basisgruppen nicht einstehen zu wollen. Das Netzwerk basierte auf dem landeskirchlichen Gastrecht politisch offenerer Landeskirchen, sofern es durchsetzungsfähigen Fürsprechern des überregionalen Friedensseminars in einzelnen Landeskirchen gelang, dies in ihrer Kirchenregion durchzusetzen. Andererseits begünstigten Einladungen dieser Art auch die Unabhängigkeit der Teilnehmer und der Veranstaltung selbst.

Das zweite Treffen fand am 3./4.3.1984 in Eisenach statt, durchgeführt vom „Altendorfer Friedenskreis“ im Ringen gegen die Thüringer Landeskirche. Unter dem Motto „VERNUNFT MACHT FRIEDEN“ (unter Anspielung auf die Machtfrage)²⁵³ wurde es von 181 Delegierten besucht. In Anbetracht der sich abzeichnenden Verstärkung überregionaler Vernetzung unabhängiger Friedensarbeit übernahm hier (und auch zukünftig) das MfS auf Ministeriumsebene (HA XX/4) die Federführung bei der operativen Kontrolle. Staatlichen Auflagen folgend setzte die Thüringer Landeskirche einen hermetischen, namentlichen nicht übertragbaren Einladungsmodus durch. Beim dritten Treffen wurden erstmals Öko- und Zweidrittelwelt-Gruppen eingeladen: Vom 1. bis 3.3.1985 tagten in Schwerin 200 Teilnehmer. Die gastgebende Landeskirche, namentlich ihr Bischof Stier, widerstand in diesem Jahr den staatlichen Interventionen gegen das Seminar. Von großer Bedeutung für die Zukunft sollte der Umstand werden, dass hier die Einsetzung eines Fortsetzungsausschusses beschlossen wurde, der immer mehr als Sprechergruppe agierte und 1987/88 gemeinsam mit dem Berliner Stadtjugendpfarramt bei der Koordination der Friedensgebete und Mahnwachen anlässlich des Überfalls auf die Umweltbibliothek und der Verhaftungen bei der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration mitwirkte (vgl. die Abschnitte 4.20 und 4.25).

Dass schon vor der Bildung eines stabilen Netzwerks der Friedensarbeit wie dem Seminar „Konkret für den Frieden“ DDR-weit die Organisation von Parallelaktionen möglich war, zeigten die öffentlichen Kundgebungen der UFB in verschiedenen DDR-Bezirken am Weltfriedenstag 1983. In Berlin regte die Aktionsgruppe „Fasten für das Leben“, welche abgestimmt und zeitgleich mit einer Westberliner Initiative vom 6. bis 12. August 1983 eine

252 Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Missbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen „inneren Opposition“ in der DDR, April 1983, MfS, JHS A.- Nr. 241/83. Aufkommenden Zweifeln am zentralistischen Interpretationsansatz des MfS hinsichtlich des Friedensnetzwerks begegnete das MfS wie folgt: „Zur Tarnung und Verschleierung gehört andererseits die immer wiederkehrende Beteuerung, dass die ‚unabhängige Friedensbewegung‘ völlig unorganisiert und dezentralisiert sei, ihre Aktionen spontanen, individuellen Charakter tragen und keinerlei Organisationsmerkmale vorhanden seien.“ Ebenda.

253 Wegen amtskirchlichen Protests gegen diese Anspielung wurde dieses Motto nicht offiziellisiert und es blieb bei der Bezeichnung „Konkret für den Frieden II“.

Fastenaktion in der Erlöserkirche durchführte²⁵⁴, für den 1. September am Vormittag die Formierung einer Menschenkette zwischen der sowjetischen und amerikanischen Botschaft an, auf der nur Kerzen, aber keine Transparente oder Plakate verwandt und Resolutionen in beiden Botschaften übergeben werden sollten.²⁵⁵ Die Polizei riegelte die Innenstadt und die Bahnhöfe ab, trieb die Demonstranten, welche es durch die Polizeiketten bis vor die Botschaften geschafft hatten, auseinander und schritt zu Festnahmen. Im Gegensatz zu den am Vormittag Zugeführten kamen Elisabeth Gibbels und Martin Böttger, die am Frühabend im Botschaftsbereich auftauchten, in Haft und wurden nach massiven Protesten der Friedenskreise und aus dem Ausland erst 14 Tage später wieder auf freien Fuß gesetzt.²⁵⁶

Einen weiteren Vernetzungsbeitrag lieferte die Ökologiebewegung. Obwohl die Umweltbewegung im Wesentlichen in den Strukturen der Friedenskreise integriert blieb, arbeitete sie dort weitgehend autonom an ihren Themen. Daher entwickelten die Öko-Kreise im Verlauf der ersten Hälfte der 80er Jahre parallel eigene Strukturen, die sich mit den Friedenskreisstrukturen verflochten. Es fand kaum eine größere regionale oder überregionale Veranstaltung der Friedenskreise statt, ohne dass Ökologiekreise daran teilnahmen.

Der dritte Vernetzungsstrang bildete sich im Bereich der Zweidrittelwelt-Arbeit. Die innerhalb der Kirche stets stark präsenten Initiativen zur Hilfe für die unterentwickelten Länder hatte seit Mitte der 70er Jahre in der kirchlichen Arbeitsgemeinschaft „Information, Koordinierung, Tagungen zu Problemen der Zweidrittelwelt“ (INKOTA) ein netzwerkartiges Koordinationszentrum. Teilnehmer an Zweidrittelweltinitiativen verstanden ihr Engagement zu großen Teilen keineswegs nur karitativ, sondern durchaus politisch als Unterstützung antikapitalistischer Befreiungsbewegungen und der Selbstbehauptung linksgerichteter Regimes in der dritten Welt insbesondere gegen die US-amerikanischen Aktivitäten zu deren Sturz. Eine große Bedeutung gerade in kirchennahen Gruppen kam seit 1979 der Solidarität mit Nicaragua und dem Vorbild des Priesters und sandinistischen Ministers Ernesto Cardenal zu (Initiativgruppe „Esperanza“ – Hoffnung Nicaragua). Ebenso prägend war die Solidarität mit dem chilenischen Volk nach dem Sturz der linken Volksfrontregierung Salvadore Allendes durch rechtsgerichtete und vom amerikanischen Geheimdienst unterstützte Teile der Armee. Die deutliche Differenz der von diesen Ländern ausgehenden Botschaft einer Verbindung von Freiheit, Demokratie und Sozialismus zu den eine solche Verbindung bekämpfenden Regimes in den Ländern des sowjetischen Blocks brachte die Zweidrittelwelt-Gruppen eher in die Nähe der oppositionellen UFB, als in die der instrumentalisierten staatlichen Solidaritätsbewegung. Die Verschränkung der Netzwerke der UFB, der DDR-

254 Die Fastenaktion zum Gedenken an den Atombombenabwurf am 6.8.1945 auf Hiroshima fand im Haus der Kirchen Westberlin und zeitgleich in der Erlöserkirche Lichtenberg unter dem Motto „Wir hungern nach Abrüstung – Fasten für das Leben“ vom 6.–12.8.1983 statt. Teilnehmer waren u. a. Martin Böttger, Bärbel Bohley, Katja Havemann, Martin König, Dietmar Linke, Gerd Poppe, Hans-Jochen Tschiche und Wolfram Tschiche. Linke verließ wegen der staatlichen Schikanen im Dezember 1983 die DDR. Seinem Ausreisebegehren war umgehend stattgegeben worden. Vgl. auch Dietmar Linke, Niemand kann zwei Herren dienen. Als Pfarrer in der DDR, Hamburg 1988.

255 Neubert 1997, S. 492.

256 Weil der verhaftete Martin Böttger damals noch Mitglied der illegalen Gruppe Schult (vgl. Abschnitt 3.1.4.2) war, gelang es in Anwendung des in der Gruppe vereinbarten Alarmplans, noch vor der Wohnungsdurchsuchung belastendes Material vor dem MfS in Sicherheit zu bringen. Interview mit Reinhard Schult am 12.1.2004.

Ökologiebewegung und der Zweidrittelweltgruppen manifestierte sich im Laufe der 80er Jahre, namentlich in ihrer zweiten Hälfte, immer deutlicher in den Veranstaltungsprofilen der überregionalen Arbeitstreffen von Basisgruppen.

3.4.4.2 Ost und West: Blockübergreifende Friedensbewegung?

So wie aus der Doktrin gegenseitiger nuklearer Abschreckung in der Dynamik des Wettrüstens die Option wieder führbarer (regionaler) Atomkriege entsprang und die US-amerikanische Strategiebildung eine Mischung aus ökonomischem „Totrüten“ des Systemkonkurrenten und der Erlangung realer militärischer Überlegenheit in Teilbereichen produzierte, präsentierte sich die Politik der beiden deutschen Staaten an der Oberfläche als Aufrechterhaltung des Status quo. Trotz Entspannungspolitik und diplomatischer Anstrengungen zur Entwicklung des Konzepts einer Sicherheitspartnerschaft (auf das sich auch die offizielle DDR-Kirchenpolitik festgelegt hatte) war gerade in Europa eine prekäre Bedrohungslage entstanden. Was hatte die „unabhängige Friedensbewegung in Ost und West“ dem entgegenzusetzen?

Die westdeutsche Friedensbewegung teilte mit der unabhängigen wie mit der „offiziellen“ Friedensbewegung im Osten die Ablehnung der Nachrüstung im Westen. Die Ablehnung von Rüstung, Militarisierung, politischer Verfolgung und Unterdrückung im Osten, insbesondere in der DDR, war für die überwiegend regimekritisch eingestellte Friedensbewegung im Westen dagegen keineswegs selbstverständlich. Nicht nur das Maß unkritischer Akzeptanz der Verhältnisse in der DDR, sondern auch die Stärke keineswegs grundloser Hoffnungen in die offizielle friedenspolitische Haltung der Sowjetunion wie der DDR waren weit über die Minderheit DKP-naher Aktivisten in der westdeutschen Friedensbewegung hinaus dahingehend antriebsbestimmend, eher auf Gespräche und Appelle an Partei und Regierung bzw. auf die Zusammenarbeit mit der staatlich kontrollierten Friedensbewegung in der DDR zu setzen, als auf die Zusammenarbeit mit der dortigen unabhängigen Friedensbewegung. Für die DDR-Apologeten im Westen war eine Zusammenarbeit mit der UFB in der DDR sogar gleichbedeutend mit einer Stärkung der dortigen Opposition, also einer Schwächung sowohl der DDR als auch der westdeutschen Friedensbewegung. Trotz mehrheitlicher Sympathien in der westdeutschen Friedensbewegung für die Opposition in der DDR waren die Solidaritätsbindungen zwischen der westdeutschen und der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR also unstetig und konfliktbehaftet. So sprach Jürgen Fuchs auf der Bonner Friedensdemonstration am 10.6.1982 für die ostdeutsche Friedensbewegung anstelle des eingeladenen und an der Ausreise gehinderten Rainer Eppelmann. Im folgenden Jahr akzeptierten die Veranstalter der Anti-Nachrüstungs-Demonstration vom 22.10.1983 ehemalige Jenaer Oppositionelle nicht mehr als Vertreter der DDR-Friedensbewegung und luden Heino Falcke ein, der die Ausreiseerlaubnis nur unter der Bedingung erhielt, nicht als Vertreter einer unabhängigen Friedensbewegung in der DDR zu sprechen.²⁵⁷

Kurz vor der Befassung des Bundestages mit dem Nachrüstungsbeschluss appellierten „Christen und Bürger der DDR“ an die Abgeordneten des Bundestages, der Stationierung neuer atomarer Mittelstrecken nicht zuzustimmen: „Wir, die Unterzeichnenden, wollen

257 Neubert 1997, S. 478f.

unsererseits dafür eintreten, dass die Regierung der DDR trotz zunehmender Spannungen an der Politik des Verhandeln, an den Zielstellungen Gewaltverzicht, kernwaffenfreie Zone und Abrüstung festhält.²⁵⁸

Der Gedanke einer grenzüberschreitenden Kooperation unabhängiger Friedensinitiativen aus Ost und West wurde schon sehr früh vom Friedenskreis der ESG Berlin praktisch verwirklicht. Das Treffen von Mitgliedern des ESG-Friedenskreises mit Aktivisten der westeuropäischen Friedensbewegung im Oktober 1982 sollte in Form regelmäßig stattfindender Ost-West-Seminare verstetigt werden, um kontinuierlich die Formen der Zusammenarbeit zu entwickeln. Die Sicherheitsorgane waren imstande, durch den Einsatz ihrer IM diese Arbeitstreffen durch Aufklärung der Akteure auf westlicher Seite und mittels Einreisesperren wirksam zu verhindern (vgl. Abschnitt 3.1.2.3).

Wenn Abstand genommen werden sollte vom Prinzip der gegenseitigen Abschreckung, so setzte Friedenssicherung unter Aufrechterhaltung des Status quo die Entwicklung von Instrumenten einer Sicherheitspartnerschaft zwischen den Systemkonkurrenten voraus, die weit über den Rahmen von Rüstungskontrolle hinauszugehen hatte. Das Konzept der Sicherheitspartnerschaft war aber mit der eurostrategischen und globalen militärischen Konfrontationsverschärfung selbst in eine Krise geraten. Joachim Garstecki von der Theologischen Studienabteilung modernisierte 1985 sein Konzept der Sicherheitspartnerschaft in Übereinstimmung mit der offiziellen amtskirchlichen friedenspolitischen Positionierung.²⁵⁹ Sein dreistufiges Deeskalationskonzept zum Abbau weltweiter militärischer, politischer und wirtschaftlicher Konfliktlagen unterstellte jedoch die Existenz immanenter Antriebe für solchen Abbau in beiden konkurrierenden Systemen, obwohl die Entstehung und nachhaltige Stabilisierung der Blöcke aber gerade genau gegengerichteten Impulsen gefolgt war.²⁶⁰ Der Ausweg friedensbewegter Politik in Ost und West jenseits des bipolaren Systemkonflikts war nun die Forcierung einer blockübergreifenden Friedensbewegung. Die Gefahr der finalen nuklearen Konfrontation, abgeleitet aus der Verselbständigung und politikmächtigen Repräsentanz des militärisch-industriellen Komplexes (MIK) in beiden Blöcken (beiden Supermächten) und infolge der Blockkonfrontation, führte zum Konzept ihrer Überwindung durch Entflechtung und Auflösung der Blöcke bzw. ihrer Militärbündnisse (Idee der Blockfreiheit). Darauf aufsetzende Initiativen der europäischen (internationalen) Friedensbewegung waren völlig inkompatibel mit den jeweils herrschenden Doktrinen der in die jeweiligen Verteidigungsbündnisse eingebundenen Länder. Die Antwort auf die Deutsche Frage sahen die meisten Angehörigen der UFB in der DDR, sofern sie sie überhaupt stellten, im Rahmen einer europäischen Lösung, eingebettet in die europäische Entspannung. Diese Sicht erhielt später nochmals Auftrieb im Zusammenhang mit Gorbatschows Politik des „Neuen Denkens“ bei der „Einrichtung des europäischen Hauses“. Daneben war die Orien-

258 Dieses Schreiben vom 30.9.1983 wurde über den Westberliner Pfarrer Albertz „im Vertrauen zu Ihrer Person, Ihrer politischen Unvoreingenommenheit und Ihrem aus christlichem Engagement in der Friedensbewegung der Bundesrepublik Deutschland“ an seine Adressaten weitergeleitet, Frankfurter Rundschau vom 20.10.1983.

259 Formuliert ist diese auch staatlich tolerierte Position der Kirchen in der 1983 ausgesprochenen „Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“.

260 Konzept Sicherheitspartnerschaft. Arbeitspapier von Joachim Garstecki vom 22.2.1985. Privatarchiv des Autors.

tierung auf einen Weg jenseits der Systemalternative eine folgerichtige Konsequenz aus der Kritik am real existierenden Sozialismus und Kapitalismus.

Die blockübergreifende Friedensbewegung fand damals ihren unmittelbarsten Ausdruck auf den seit 1982 stattfindenden European Nuclear Disarmament (END)-Konferenzen, ursprünglich auf den Appell der englischen Russel-Peace-Foundation 1980²⁶¹ zurückgehend. Viele Teilnehmer dieser Konferenzen sahen die Blockbildung als Ursache der sich immer mehr beschleunigenden Atomrüstung und zielten auf die Blockauflösung. Die 2. END-Konferenz fand am 11. Mai 1983 in West-Berlin statt. Bei dieser Gelegenheit erfolgten Besuche von Teilnehmern der Konferenz bei Ostberliner Friedensgruppen, wobei Kontakte geknüpft, Informationsaustausch betrieben und Arbeitstreffen (auch mit Beteiligung von Gruppenvertretern aus Jena) veranstaltet wurden.²⁶² Ein weiteres Instrument blockübergreifender Friedensbewegung waren zeichenhafte persönliche Friedensverträge zwischen Personen jeweils aus beiden militärischen Bündnissen. Auf der 3. END-Kongress in Peruggia (Italien) vom 17. bis 21.7.1984²⁶³ meldete sich in den heftigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern des Konzepts der Sicherheitspartnerschaft auf der Grundlage des Status quo und den Befürwortern eines Kurses in Richtung Überwindung der Blöcke die im Sommer 1983 gegründete Berliner „Initiative Ost-West-Dialog“ zu Wort. In dieser dem grün-alternativen Spektrum nahe stehenden Initiative waren auch einige inzwischen im Westen lebende ehemalige DDR-Oppositionelle tätig. Die „Erklärung für den Frieden in Europa“ dieser Initiative fasste im Sinne des Russell-Appells für ein atomwaffenfreies Europa und des „Ost-West-Friedensdialogs von unten“ der unabhängigen oppositionellen Gruppen in beiden Blöcken die wesentlichen Zielsetzungen einer blockübergreifenden Friedenspolitik zusammen:

„Wir verweigern uns den Rechtfertigungen, die beide Militärblöcke für ihre jeweiligen ‚Nachrüstungen‘ und ‚Nach-Nachrüstungen‘ geben ... Unser Ziel ist ein atomwaffenfreies Europa vom Ural bis Portugal ... [Wir] treten ein für die Beendigung jeglicher militärischer Einmischung der Supermächte und der europäischen Staaten in der Dritten Welt, für den Abzug aller ausländischen Truppen aus allen Ländern und für das nationale Selbstbestimmungsrecht aller Völker ... Jede Verletzung der Menschenrechte, wo immer sie geschieht, gefährdet den Frieden – auch dann, wenn die Waffen schweigen ... Die Blockteilung Europas nährt nicht nur die Konfrontation und das Wettrüsten, sie begrenzt zugleich auch die Souveränität und die Handlungsmöglichkeiten der Gesellschaften in Ost und West ... Niemand darf für sein Frie-

261 Hier hieß es unter anderem: „Wir müssen lernen, nicht gegenüber dem ‚Osten‘ oder ‚Westen‘, sondern untereinander loyal zu sein und wir müssen uns über die von den Nationalstaaten verhängten Verbote und Beschränkungen hinwegsetzen.“ Grenzfall 9/1987, Reprint 1989, S. 112. Bertrand Russel (1872–1970), englischer Mathematiker, Schriftsteller (Nobelpreis) und Philosoph, der wirkungsvoll u. a. für Pazifismus und Frauenrechte eintrat. Mit Einstein Initiator der Pugwash-Bewegung, und mit Sartre des Vietnam-Tribunals, Gründer des nach ihm benannten Friedensinstituts.

262 Neubert 1997, S. 479.

263 Im Gegensatz zu einigen staatsnahen Friedensräten war keinem der 59 eingeladenen Vertreter unabhängiger Friedensinitiativen aus Polen, Ungarn, der ČSSR, der UdSSR und der DDR die Ausreise nach Italien gestattet worden. Gerd Poppe, Zur Entwicklung des grenzüberschreitenden Dialogs, Juni 1987, in: „Spuren – Zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR“, Samisdat, Januar 1988, MDA, 2.03.

densengagement diskriminiert oder verfolgt werden, auch wenn seine Auffassungen nicht mit denen der Regierung, der herrschenden Parteien oder offiziellen Friedensinstitutionen seines Landes übereinstimmen. ²⁶⁴

Im November des gleichen Jahres und zugleich zum ersten Jahrestag der Nach-Nachrüstung als Andropows Antwort auf die NATO-Gegenstationierung des Jahres 1983 protestierten Mitglieder unabhängiger Friedensgruppen aus der ČSSR und der DDR gemeinsam gegen die neuerliche Eskalation. Die Erklärung betonte den Zusammenhang von Frieden, sozialer Gerechtigkeit, Einhaltung der Menschenrechte, Meinungsfreiheit und ökologischer Verantwortung.²⁶⁵ Zum 4. END-Kongress in Amsterdam im Juli 1985 lagen Edelbert Richters²⁶⁶ Papier „Zu den inneren Ursachen der Blockkonfrontation“ und der Prager Aufruf der Charta 77 aus der ČSSR vor. Bei Richter hieß es unter anderem: „Wenn es begreiflich ist, dass die sozialistischen Länder sich durch die Dynamik des Kapitalismus bedroht fühlen, dann muss in den westeuropäischen Ländern Einsatz für den Frieden eben zugleich Einsatz gegen den Kapitalismus sein. Und wenn es stimmt, dass die westlichen Demokratien sich durch den undemokratischen Charakter der sozialistischen Gesellschaften bedroht fühlen, dann muss Friedensengagement in den osteuropäischen Ländern zugleich Engagement für Demokratie sein.“²⁶⁷ Hier wird man Richter entgegen müssen, dass „Engagement für Demokratie“ in Osteuropa, also Opposition gegen den Politbürokratismus im sowjetischen Block, weder in erster Linie noch womöglich überhaupt zur Linderung des „Bedrohungsgefühls“ der „westlichen Demokratien“ beitragen sollte, sondern ein den inneren Widersprüchen und Möglichkeiten entspringender Kampf zur Schwächung und für die Beendigung diktatorischer Verhältnisse war, dessen Resultate aber zweifellos den Verlauf des Kampfes gegen Blockkonfrontation und Kriegsgefahr beeinflussten. Genauso war antikapitalistische Systemkritik im Westen keine Gratifikation der Ängste im Osten. Neubert wiederum interpretiert heute Richters Thesen dahingehend, dass diese für die innere Opposition in der DDR „Friedensengagement ... als politische Aufgabe zum Zweck der Überwindung der sozialistischen Despotie“ begründeten.²⁶⁸ Friedenskampf als Mittel zum wirklichen Zweck der Systemüberwindung war aber weder Richters Botschaft, noch das mehrheitliche Selbstver-

264 Diese Erklärung wurde von einer Vielzahl prominenter Persönlichkeiten aus West- und Osteuropa unterzeichnet, Frankfurter Rundschau 20.8.1984. 1989 kommentierte die Juristische Hochschule des MfS rückblickend: „Es ist offensichtlich, dass es dem Gegner auf dieser Basis gelungen war, die verschiedensten ... antisozialistischen Gruppierungen ... auf eine weitestgehende einheitliche politische Plattform zusammenzuführen. Die bestehenden Vorbehalte von ‚Charta 77‘ und ‚Solidarność‘ gegenüber der ‚blockübergreifenden Friedensbewegung‘ wurden mit der Übernahme der Forderungen nach ‚Verwirklichung der Menschenrechte‘ weitestgehend überwunden ... Mit den Losungen ‚Frieden nach innen‘ (Menschenrechte), ‚Frieden nach außen‘ (Abrüstung/Entspannung), ‚Frieden mit der Natur‘ (ökologischer Umbau der Gesellschaft) wurde eine ‚Dreieinigkeit‘ dieser subversiven Säulen hergestellt und die Menschenrechtsdemagogie an die Spitze gerückt.“ Das aktuelle Erscheinungsbild politischer Untergrundtätigkeit in der DDR und wesentliche Tendenzen seiner Entwicklung, Studienmaterial Oktober 1989, MfS, VVS JHS o001-89/89, eingesehen im MDA, Reg.-Nr. PUT5.

265 Gemeinsame Erklärung von Friedensgruppen aus der DDR und der ČSSR, Frankfurter Rundschau vom 26.11.1984.

266 Richter war damals Studentenpfarrer in Naumburg und wirkte ab 1987 als Pfarrer in Erfurt und Dozent am dortigen Predigerseminar.

267 Edelbert Richter, Zu den Ursachen der Blockkonfrontation in Europa, o. D. (1985), S. 1. Privatarchiv des Autors.

268 Neubert 1997, S. 562.

ständnis der UFB. Selbst für die Minderheit der konsequent das politbürokratische System bekämpfenden Widerständler (mehrheitlich keineswegs Anhänger des westlichen Systems) im Spektrum politischer Gegnerschaft in der DDR war Friedenskampf kein Mittel zu diesem ihren Zweck, sondern sie verstanden eher umgekehrt ihren antidiktatorischen Widerstand als Beitrag zur Verbesserung auch der Chancen einer globalen Friedenssicherung. Neuberts Interpretation wurde eigentlich allein vom MfS zur innersystemischen Legitimation ihres Kampfes für die „Liquidierung“ der UFB benutzt. Richters Kernthese lag wohl eher in folgender Einschätzung innerer Ursachen der Blockkonfrontation:

„Wie aber, wenn die westliche Ordnung nicht demokratisch und die östliche selber nicht sozialistisch ist? ... Dann käme unsere bedrohliche Situation genau dadurch zustande, dass jeder diesen Widerspruch, in dem er zu sich selbst steht, auf den anderen zurückführt und die fehlende eigene Glaubwürdigkeit durch Gewalt ersetzt! ... So sympathisch der Kampf gegen politische Willkür ist, er führt schließlich zur Herrschaft des Privateigentums. Und so sympathisch die Solidarität mit den Ausgebeuteten ist, sie erweist sich schließlich als der Wille, sie (nun politisch) zu beherrschen. ... Haben die Menschen somit nur die Wahl zwischen zwei Übeln, zwischen politischer und ökonomischer Knechtschaft? Wodurch werden Kapital und moderner Staat gleichzeitig in die Schranken gewiesen? ... Beide Systeme sind auf die ständige Steigerung der Produktion ausgerichtet ... Indem ... der Götzendienst der Produktion die Demokratie an Kapitalismus und Sozialismus an Despotie kettet, reißt er zugleich den Graben zwischen den Systemen auf, macht er eine Vereinigung von Demokratie und Sozialismus und damit wirklichen Frieden unmöglich. ... Der Produktionsfetischismus ist die Ursache der Kriegsgefahr, die beide Ideologien bezeichnenderweise immer noch verschweigen.“²⁶⁹

Der Prager Appell wiederum bezeichnete die in eine Blockkonfrontation entartete Teilung Europas als Ursache für den anhaltenden Spannungszustand, deren Überwindung durchaus „die Anerkennung des gegenwärtigen Zustands als Ausgangspunkt für Veränderungen“ einschließe: In der KSZE, einem Programm europäischer und europäisch-amerikanischer Zusammenarbeit, wo nicht die „Blöcke, sondern gleichberechtigte Partner verhandeln“, gäbe es einen von der Friedensbewegung bisher wenig genutzten Prozess, in dem den Regierungen die Erfüllung der von ihnen selbst eingegangenen Verpflichtungen abgefordert werden könnte. Dabei führten unterschiedliche Verhältnisse in verschiedenen Ländern natürlicherweise zur Betonung unterschiedlicher Schwerpunkte, was zu respektieren sei. Keinem Bürger, keiner Gruppe oder Nation dürfe das Recht bestritten werden, an diesem Prozess mitzuwirken. Hinsichtlich der „deutschen Frage“ hieß es, dass ohne jede Grenzrevision und auf der Grundlage eines zu schließenden Friedensvertrages das Recht der Deutschen zu respektieren sei, darüber zu entscheiden, „ob und in welchen Formen sie die Verbindung ihrer zwei Staaten in ihren heutigen Grenzen wollen“. Der Prager Aufruf trat überdies für die Auflösung der Militärblöcke, den Abzug aller militärischer Verbände der USA und der UdSSR sowie der in Europa stationierten oder auf Europa gerichteten Nuklearwaffen und die Reduzierung der Truppen aller europäischer Länder auf ein Niveau der Nichtangriffsfä-

269 Richter 1985, S. 2ff.

higkeit ein.²⁷⁰ Seitens der UFB in der DDR reagierten einundzwanzig Unterzeichner einer „Offenen Antwort auf den Prager Appell“ mit der Betonung der Einbindung von Lösungsvarianten der deutschen Frage in ein gesamteuropäisches Vertragswerk, welches die Entmilitarisierung Deutschlands gemäß den Anforderungen des Potsdamer Abkommens und die Anerkennung der deutschen Nachkriegsgrenzen einschloße. Unter anderem hieß es:

„Viele Ziele der Friedensbewegung sind auch mit denen der Arbeiterbewegung identisch, das betrifft zum Beispiel die Beseitigung aller abstumpfenden Arbeit und die Vergrößerung der Selbstbestimmung in den Betrieben. Die klassischen Abhängigkeiten und Ausbeutungsverhältnisse sind noch vorhanden, wenngleich sie durch neue Gefahren überlagert sind. Für unsere Länder wäre ein demokratischer Sozialismus denkbar, der sich mittels Vergesellschaftung und Dezentralisierung vom System des Wachstums um jeden Preis befreit und einem ökologischen Humanismus zuwendet.“²⁷¹

Eine deutsch-deutsche Initiative für Blockfreiheit erfolgte 1985 in Gestalt des gleichzeitigen Versendens eines Briefes an den Obersten Sowjet durch Angehörige der westdeutschen Friedensbewegung und eines solchen durch Mitglieder der UFB in der DDR an den amerikanischen Kongress zum 40. Jahrestag der Befreiung.²⁷² Angeregt wurden der Abzug ausländischer Truppen aus Deutschland, eine Offensivwaffenreduktion beider deutscher Staaten und der Waffenpotentiale der Großmächte in den Blockländern, Einrichtung atomwaffenfreier Zonen und die Entwicklung eines gesamteuropäischen Vertragssystems in Richtung einer europäischen Konföderation. In den Briefen wurde die Beteiligung der basisdemokratischen Friedens-, Ökologie- und Emanzipationsbewegungen in Ost und West eingefordert sowie deren eigenständige blockübergreifende Aktionen mit der vollen Durchsetzung der politischen Rechte für alle Bürger verbunden.²⁷³

Das 1984 in Peruggia gegründete „Europäische Netzwerk Ost-West-Dialog“ nahm mit seinem Memorandum „Das Helsinkiabkommen mit wirklichem Leben erfüllen“ das wohl wichtigste Dokument der blockübergreifenden Friedensbewegung an. An dem fast einjährigen Prozess seiner Ausarbeitung waren Gruppen und Einzelpersonen aus mehr als einem Dutzend Ländern in Ost und West beteiligt. Die öffentliche Präsentation des Memorandums durch das Netzwerk fand am 3. November 1986 in Wien statt, einen Tag vor dem offiziellen Beginn des KSZE-Nachfolgetreffens. Hier wurden Vorstellungen der unabhängigen Friedensbewegung in Ost und West zur Friedenssicherung mit den Ergebnissen und Perspektiven des europäischen Entspannungs- und Kooperationsprozesses zur Frage der Verwirklichung von Grund- und Menschenrechten verbunden. Das Memorandum nahm die Anregung

270 Prager Aufruf. Mit einem Vorwort von Jiri Dienstbier, Katurkova, Petruska Sustrowa vom 11. März 1985. Maschinenschriftliches Exemplar. Privatarchiv des Autors

271 Zu den Unterzeichnern des Briefes gehörten Werner Fischer, Ralf Hirsch, Irena Kukutz, Ulrike und Gerd Poppe, Jutta Seidel, Wolfram Tschiche, Rainer Eppelmann, Bärbel Bohley, Martin König, Rüdiger Rosenthal und Reinhard Schult. An die Unterzeichner des Prager Aufrufs, Berlin 8. Juni 1985. MDA Reg. RSch 20.

272 Auf westdeutscher Seite gehörten Petra Kelly, Gert Bastian, Horst-Eberhard Richter und Robert Jungk zu den Unterzeichnern. Auf DDR-Seite unterschrieben unter anderem Martin Böttger, Bärbel Bohley, Rainer Eppelmann, Hans-Jürgen Fischbeck, Gerd Poppe, Eckart Hübener und Reinhard Schult.

273 Briefe an den Obersten Sowjet der UdSSR und an den Kongress der Vereinigten Staaten von Amerika vom April/Mai 1985 mit einem Anschreiben an die Friedenskreise vom Juni 1985, MDA Reg. RSch 21.

einer Lösung der deutschen Frage im europäischen Kontext auf und plädierte für eigene europäische Initiativen sowie eine „Entspannung von unten“ anstatt nur auf Regierungsebene. Erreichbar sei Stabilität in den internationalen Beziehungen auf der Grundlage „einer unabhängigen demokratischen Entwicklung der Gesellschaften“. Es hieß:

„Für uns besteht zwischen den drei ‚Körben‘ der Helsinki-Schlussakte ein enger innerer Zusammenhang. Wir weisen mit Entschiedenheit alle Versuche zurück, den Frieden gegen die Freiheit auszuspielen oder umgekehrt. Dauerhafte Entspannung kann nicht durch ein Herunterspielen der Frage politischer und sozialer Menschenrechte erkaufte werden. ... In den parlamentarischen Demokratien des Westens werden die bürgerlichen Freiheiten und politischen Grundrechte in der Regel respektiert. Gleichwohl ist die Demokratie in zahlreichen Ländern des Westens einem ständigen Erosionsprozess ausgesetzt. Es gibt wiederholte Versuche, die Grundrechte zu untergraben. Zugleich bestehen vielerorts Entwicklungstendenzen hin zu einem ‚Überwachungsstaat‘. In zunehmendem Maße werden wichtige politische, wirtschaftliche und insbesondere militärische Fragen aus dem normalen demokratischen Entscheidungsprozeß ausgelagert. Ausländer, die in diesen Ländern leben und arbeiten, sind oft einer Diskriminierung sowohl seitens der Behörden als auch seitens großer Teile der Bevölkerung ausgeliefert. Eine wachsende Zahl von Menschen und ganze Gruppen werden an den Rand der Gesellschaft gedrängt. In der östlichen Hälfte Europas haben die Menschen in der Regel nicht einmal die Möglichkeit, gegen die unzulängliche Verwirklichung oder faktische Nicht-Existenz der politischen Grundrechte zu protestieren – ganz zu schweigen von institutionell anerkannten Mitteln und Wegen, die es ihnen erlauben würden, ihre ureigensten Forderungen, Interessen und Ziele zum Ausdruck zu bringen und eine demokratische Kontrolle über die Machthaber auszuüben. Ein solcher Zustand führt zu andauernder Unzufriedenheit mit den herrschenden Verhältnissen und ist eine ständige Quelle von Spannungen innerhalb der Gesellschaften, die sich zugleich nachteilig auf die Ost-West-Beziehungen auswirken. Tatsächlich stellt diese Situation ein Hemmnis in Bezug auf den Prozess der Entspannung dar. Aus unserer Sicht ist das Eintreten für bürgerliche Freiheiten wie auch für soziale Rechte nicht nur eine moralische Verpflichtung im Sinne der Menschenwürde und demokratischer Ideale, sondern zugleich eine politische Notwendigkeit, wenn wir die Voraussetzungen für einen stabilen, dauerhaften und demokratischen Frieden schaffen wollen. ... Die Wirtschaftssysteme in Ost und West bedürfen dringend einer umfassenden Demokratisierung. Soziale Bedürfnisse wie z.B. Wohnen und sichere und menschenwürdige Arbeitsbedingungen müssen bei der Festlegung wirtschaftlicher Prioritäten mehr Gewicht erhalten. Im Westen besteht eine vordringliche Aufgabe darin, dafür zu sorgen, dass Menschen nicht länger durch Massenarbeitslosigkeit sozial marginalisiert werden. Im Osten ist eine Dezentralisierung des Wirtschaftslebens vordringlich, sowohl um die Effizienz der Wirtschaft zu erhöhen, als auch, damit ökonomische Aktivität den Bedürfnissen der Bevölkerung besser gerecht werden kann.“²⁷⁴

274 Zu den fast 400 Erstunterzeichnern aus 19 Ländern gehörten aus der DDR unter anderem Stephan Bickhardt, Martin Böttger, Bärbel Bohley, Uwe Dähn, Rainer Eppelmann, Irene Fechner, Werner Fischer, Peter Grimm, Martin Gutzeit, Ralf Hirsch, Gerold Hildebrand, Carlo Jordan, Uwe Kulisch, Hei-

Johano Strasser, damals Herausgeber der politisch-literarischen Zeitschrift „L 80“ und Mitglied der Programmkommission der SPD begründete als einer der Unterzeichner aus der BRD auf der Pressekonferenz zur öffentlichen Vorstellung des Memorandums am 3. November 1986 in Wien seine Unterschrift wie folgt:

„Dieser Text ist nicht geprägt von dem verbreiteten politischen Manichäismus, der im Westen ein makellooses Reich der Freiheit und im Osten nur das zutiefst verwerfliche Reich des Bösen sieht. Die Kritik an der Verletzung der Menschenrechte und an der Militarisierung der Gesellschaft im sogenannten ‚realen Sozialismus‘ ist klar und deutlich. Aber nirgends findet sich die bigotte Selbstgefälligkeit, die Gefahren und Fehlentwicklungen im Westen schlicht leugnet. ... auch bei uns gibt es Grund zur Sorge und zur Kritik: Übergriffe von Polizei und Verfassungsschutzorganen, die verbrecherische Politik der Reagan-Administration in Mittelamerika, die Komplizenschaft mit dem südafrikanischen Apartheid-Regime usw. Dass dieser Text auch diese Dinge nicht verschweigt, macht ihn umso glaubwürdiger.“

Insbesondere distanzierte sich Strasser von dem „Sektierertum jener Neubekehrten, die noch vor wenigen Jahren den Überfall der Warschauer-Pakt-Staaten auf die ČSSR rechtfertigten und heute jeden, der für Entspannung und Abrüstung auch im Westen eintritt, meinen entstalinisieren zu müssen. Ich denke hier vor allem an jene französischen Intellektuellen, die sich neuerdings dazu hergeben, die westliche Friedensbewegung als Instrument Moskaus zu diffamieren und sich für die atomare Aufrüstung des eigenen Landes stark machen.“²⁷⁵

Ab 1987 sollte sich im END-Verbund der Trend zur Kooperation mit den offiziellen Friedensorganisationen Osteuropas zu Lasten der Unabhängigen durchsetzen, woraufhin sich letztere mehr und mehr zurückzogen. Daran änderte auch die Solidaritätserklärung von 84 Teilnehmern der 1987'er END-Session in Coventry zugunsten der aus Protest ihre Teilnahme suspendierenden osteuropäischen Basisgruppen nichts mehr.²⁷⁶ Die Mehrheit der 51 eingeladenen DDR-Basisgruppen begründete die Absage ihrer angesichts eingeladener DDR-Offizieller noch unrealistischer gewordenen Teilnahme mit der so vollzogenen de-facto-Aufkündigung des END-Basisappells von 1980 (siehe oben) und der damit erfolgten Verwandlung des END-Prozesses in eine „zusätzliche Verhandlungsebene für die etablierten Parteien in Ost und West“.²⁷⁷ Die Einladungspolitik des Komitees folgte durchaus dem parteipolitischen Interesse der SPD, welche ihre Präferenz für Kontakte auf offizieller Ebene von jeher durch Alibigesten gegenüber den von ihnen sonst in der Regel ignorierten unabhängigen Gruppen zu kaschieren pflegte.

ko Lietz, Markus Meckel, Ludwig Mehlhorn, Gerd Poppe, Ulrike Poppe, Anne Quaßdorf, Lutz Rathenow, Rüdiger Rosenthal, Wolfgang Rüdtenklau, Regina Templin, Wolfgang Templin, Hans-Jochen Tschiche und Reinhard Weißhuhn. Memorandum „Das Helsinki-Abkommen mit wirklichem Leben erfüllen“, herausgegeben vom Europäischen Netzwerk Ost-West-Dialog, Erste Auflage: April 1987, MDA, Reg.-Nr. 1.BR 03 (Bestand Europäisches Netzwerk Ost-West-Dialog).

275 Ebenda.

276 Brief an die unabhängige Friedensbewegung in Osteuropa, Grenzfall 8/1987, Reprint 1989, S. 95f.

277 Brief vom Juni 1987, Grenzfall 9/1987, Reprint 1989, S. 112.

3.4.5 Die „besonderen Beziehungen“ der DDR-Friedensbewegung zu den Grünen

Die Grünen in Westdeutschland (ebenso wie die Grüne Alternative Liste – GAL in Hamburg sowie die Alternative Liste – AL in Westberlin) hatten ihre Wurzeln in den neuen sozialen Bewegungen der 70er Jahre: Damals entstanden eine Vielzahl von Bürgerinitiativen und anderen außerparlamentarischen politischen Gruppierungen aus den Umweltschutz- und Anti-Atomkraft-Kampagnen, den Basiszusammenschlüssen für internationale Abrüstung und Frieden sowie den Bewegungen für eine tief greifende Umgestaltung der bestehenden Wirtschafts- und Sozialordnung. Vielfach standen diese Gruppierungen in der Tradition der außerparlamentarischen Opposition; einige Aktivisten der neuen Partei kamen aus den K-Gruppen der Nach-APO-Zeit, der Sponti-Szene; eine Minderheit aber auch aus dem rechten, ökologisch-bürgerlichen Flügel, der die 1980 gegründete Partei jedoch bald wieder verließ. Der „postmaterialistische“ Wertewandel in der in den 70er Jahren jungen Generation im Westen infiltrierte damals partiell durchaus erfolgreich die gesamte bundesrepublikanische Gesellschaft. Nicht zuletzt deshalb gelang den Grünen im März 1983 der Sprung in den Bundestag. Damals noch „ökologisch, sozial, basisdemokratisch und gewaltfrei“ wollte die neue Partei auch eine Alternative zum Stellvertreter-Politikbetrieb der etablierten Parteien praktizieren: Trennung von Amt und Mandat, Rotation, Abgabe von Diäten, gleichberechtigte Sprecherinnen statt Vorsitzende, Frauenquote; das Verbot, Ämter anzuhäufen und Aufsichtsratsposten oder Beraterverträge anzunehmen.

Die Berufung auf Partizipation, Emanzipation, Egalität, Solidarität, Basisdemokratie, ökologische Verantwortlichkeit, Kritik des Konsumismus und profitgesteuerten Wachstums war praktisch ein Gegenentwurf zum alten konservativ-individualistischen Wertekanon der Phase wohlstandsorientierter bundesrepublikanischer Nachkriegsprosperität. Zur wachsenden identifikatorischen Kraft der „neuen Werte“ trugen im Westen der 70er Jahre auch der Einbruch ernster ökonomischer Krisen, die zunehmende Delegitimation des „Wachstumsfetischs“ angesichts der ökologischen Deformationen und die Verschärfung der Arbeitskämpfe bei. Für die Opposition im Osten waren „grüne Werte“ ein radikaler Gegenentwurf zur nicht weniger konservativen doktrinär-antiemanzipatorischen Praxis politbürokratischer Zwangsvergesellschaftung. Die Adaption wohlstandsfixierter westlicher Konsumkriterien als Konkurrenzkriterium im Wettbewerb mit dem Westen und die weitgehende Tradierung bürgerlicher Normen (vgl. Abschnitt 2.3) boten genug Angriffsflächen für oppositionelle Initiativen im Sinne der emanzipatorischen Inhalte grüner Politik. Dabei kann aber nicht vom einfachen „Westimport fremder Politikinhalt“ in das oppositionelle Milieu des Ostens hinein die Rede sein: Dass die ökologischen Basisinitiativen – das westliche System vor Augen – dessen marktwirtschaftlichen Regulativen hinsichtlich ihrer Tauglichkeit für den nötigen „ökologischen Umbau“ misstrauten, ist kaum verwunderlich. Über die im eigenen Land zahlreich vorhandenen Gründe für die Entstehung alternativer ökologischer Orientierungen hinaus verband die Opposition in der DDR „grüne“ Politikinhalt mit einer Kritik der spezifischen und gegenüber den westlichen Verhältnissen völlig anderen sozialökonomischen und politischen Verfasstheit ihrer Gesellschaft. Zu diesen Unterschieden gehörte jedoch auch, dass anders als im Westen in der DDR die herrschende Organisationsform von Wirtschaft und Gesellschaft zu permanenten mangelwirtschaftlichen Defiziten führte, also

zu unbefriedigten materiellen Bedürfnissen der Bevölkerung im Widerspruch zu bürokratischen Verheißungen ihrer Befriedigung, was durch Garantien sozialer Sicherheit nicht aufgewogen werden konnte. Daher hielt sich auch die allgemeine Akzeptanz der „postmaterialistischen Grundierung“ des grün-alternativen Selbstverständnisses oppositioneller Basisgruppen in der DDR auch bei den großen Teilen der unzufriedenen Bevölkerung sehr in Grenzen und verstärkten die Isolierung der Opposition von der Mehrheitsbevölkerung.

Der unmissverständliche Standpunkt der westdeutschen Grünen in der Friedensfrage war natürlich maßgebend dafür, dass die Affinität zu dieser neuen Partei unter den Basisgruppen der DDR-Friedensbewegung beträchtlich war.²⁷⁸ Die Aktionsräume der Grünen in Richtung DDR waren namentlich unter dem Druck der Nachrüstungsbedrohung durch eine Doppelstrategie geprägt: Sie strebten auf der Grundlage ihres friedenspolitischen Kurses und als konsequente Nachrüstungsgegner sowohl offizielle Gespräche mit der SED-Führung als auch Kontakte mit der unabhängigen DDR-Friedensbewegung an. Dieser Kurs war aber innerparteilich durchaus umstritten. Am Rande der 2. END-Konferenz für Abrüstung und Frieden in Westberlin demonstrierte am 12. Mai 1983 eine kleine Gruppe grüner Bundestagsabgeordneter unter dem Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ der DDR-Friedensbewegung auf dem Ostberliner Alexanderplatz. Sie forderte die DDR-Regierung auf, sich innerhalb des Warschauer Paktes und gegenüber der Sowjetunion ebenso für Abrüstung einzusetzen, wie dies die Grünen von der Bundesregierung in Bezug auf die NATO und die USA verlangten.²⁷⁹ Die Gruppe wurde kurzzeitig festgenommen und Honecker reagierte mit einer Einladung an die Grünen zum Gespräch. Für den grünen Bundestagsabgeordneten Dirk Schneider²⁸⁰, einer der innerparteilichen Kritiker dieser Aktion, war dies Gelegenheit, seine Präferenzen deutlich zu benennen: „Wegen unserer Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR, die sich insbesondere am Abwürgen der eigenständigen Friedensgemeinschaften von Jena bis Berlin festmachen oder in der unnatürlichen Situation an der Grenze haben wir uns das Nachdenken darüber verbaut, welche Wirkungsmöglichkeiten die Grünen, die AL und die Friedensbewegung haben, über offizielle bilaterale Gespräche Einfluss auf das Denken und Handeln der DDR-Regierung zu nehmen.“²⁸¹ Ein solches Ge-

278 So erreichte die Hamburger Bundesversammlung der GRÜNEN am 7.12.1984 eine Solidaritätserklärung für ihr Engagement „gegen Rüstungswahn und Militarisierung, gegen Vergiftung der Umwelt und Verletzung der Menschenrechte, für Solidarität mit der 3. Welt, soziale Gerechtigkeit und Emanzipation der Menschen“, unterzeichnet u. a. von Ulrike und Gerd Poppe, Bärbel Bohley, Antje und Martin Böttger, Irena Kukutz, Katja Havemann, Werner Fischer, Wolfram Tschiche.

279 Dies erklärten die grünen Demonstranten, zu denen Petra Kelly, der grüne Bundesgeschäftsführer Lucas Beckmann und Gert Bastian gehörten, in einer Presseerklärung zu ihrer Aktion. Seitens des Hamburger GAL-Abgeordneten Thomas Ebermann, des grünen Bundesvorstandssprechers Rainer Trampert und des Abgeordneten Jürgen Reents wurde die Demonstrantengruppe des Stellvertreterhandelns für die DDR-Friedensbewegung sowie der Begünstigung eines Konfrontationskurses gegenüber der DDR bezichtigt. Öffentliche Erklärung von Trampert, Reents, Ebermann vom 13.5.1983.

280 Dirk Schneider war 1978 Gründungsmitglied und Sprecher der Alternativen Liste (AL) in Westberlin, 1979–1981 Vorsitzender der AL-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung Kreuzberg und seit 1979 auch Mitglied der Grünen. Für die AL war er von 1983 bis zur Rotation der Abgeordneten im März 1985 Mitglied der ersten grünen Bundestagsfraktion und ihr deutschlandpolitischer Sprecher.

281 Dirk Schneider, Die Demo auf dem Alex – Gedanken zur Deutschlandpolitik. Erklärung vom 14.5.1983. Siehe auch TAZ, 16.5.1983.

sprach einer grünen Delegation mit Honecker fand (kurzfristig anberaumt) am 31.10.1983 statt.²⁸² Das Treffen mit Honecker wurde von Antje Vollmer und Lucas Beckmann als großer Erfolg eingeschätzt. Die grüne Delegation traf sich am Abend in der Samaritergemeinde von Pfarrer Rainer Eppelmann mit Ostberliner Oppositionellen und am 1. November in der Wohnung von Bärbel Bohley vornehmlich mit Frauen der Initiative „Frauen für den Frieden“. Beide Seiten verabredeten für den 4.11.1983 die gemeinsame demonstrative Übergabe eines „Offenen Briefes an die Völker der UdSSR und der USA“ in den Botschaften beider Länder. Von diesem Vorhaben wurden auch DDR-Friedensgruppen außerhalb Berlins und die Kirchenleitung unterrichtet.²⁸³ Die DDR verhängte am 4. Dezember Einreisesperren gegen die Grünen, setzte an die 100 Angehörige von DDR-Friedensgruppen durch Zuführungen oder Hausarrest fest und riegelte schließlich in Berlin auch noch das Konsistorium ab. Die Demonstration wurde so mit erheblichem Aufwand von den Sicherheitsorganen verhindert. Die nachträgliche Übergabe der Petition an die Botschaften am 11.11.1983 durch Forck und Stolpe hatte mit dem ursprünglichen Vorhaben nichts mehr zu tun.²⁸⁴ Am

282 Der grünen Delegation gehörten Gert Bastian, Petra Kelly, Lucas Beckmann und Otto Schily an. Zusammen mit Dirk Schneider und Antje Vollmer unterzeichneten sie einen symbolischen persönlichen Friedensvertrag mit Erich Honecker.

283 Neubert 1997, S. 495, vgl. auch Abschnitt 3.1.4.3. Bei Ehrhart Neubert heißt es, jene Verabredung für den 4. November sei eine „spontane“ gewesen. Der grüne Bundesgeschäftsführer Lucas Beckmann dagegen spricht in einem vertraulichen Papier an Fraktionskollegen davon, dass der Termin einer Petitionsübergabe im Gegensatz zum kurzfristig entstandenen Gesprächstermin bei Honecker schon lange feststand und der zeitliche Zusammenhang beider Ereignisse zufällig gewesen sei. Lucas Beckmann, Delegationsbesuch der GRÜNEN bei Erich Honecker am 30.10.1983, geplante Aktion in Ost-Berlin am 4.11.1983, o. D., vermutlich Sommer 1984. Dafür spricht auch eine Mitteilung von Antje Vollmer an die Bundestagsfraktion, seitens der Kirche wären die Grünen vor deren Begegnung mit Honecker gebeten worden, letzterem bei dem anberaumten Gespräch die geplante Übergabe einer Petition am 4.11.1983 anzukündigen. Antje Vollmer, Mitteilung vom 13.11.1983 an alle Fraktionsmitglieder, betrifft Fraktionsprotokoll über den DDR-Besuch und die Aktion am 4. November in Ost-Berlin. Tatsächlich scheint die geplante Aktion der DDR-Delegation gegenüber am 30.10.1983 signalisiert worden zu sein, Beckmann 1984. Offenbar hat der Leiter der Westabteilung, ZK-Mitglied Herbert Häber, deshalb am 2.11.1983 in Bonn interveniert. Überdies kündigte aber Lucas Beckmann nach dem Honecker-Gespräch per Fernsehverlautbarung und Pressekonferenz eine gemeinsame Demonstration von Angehörigen der DDR-Friedensbewegung und der Grünen anlässlich der Petitionsübergabe an. Dies geschah offenbar in der Erwartung, so die friedensbewegten DDR-Demonstranten unter „grünen Öffentlichkeitschutz“ stellen zu können. Das Konsistorium hielt die Propagierung der Aktion für einen Fehler. Bei einem deshalb vom Konsistorium angeregten neuerlichen Gespräch mit Antje Vollmer, Lucas Beckmann und Rainer Eppelmann ließ Beckmann die Konsistoriumsvertreter in dem Glauben, die geplante Aktion auf einen begrenzten Rahmen von 25 Personen ohne Westprominenz und Westmedien rückführen zu können, woran sich Beckmann (und vermutlich auch andere Mitglieder der Grünen) in ihren Gesprächen mit den DDR-Oppositionellen aufgrund deren Aktionsbereitschaft nicht hielten. Antje Vollmer bedauerte resümierend den grünen Prinzipien widersprechenden Eingriff in die Autonomie der DDR-Friedensbewegung bei der Vorbereitung der Aktion vom 4. November, Vollmer 1983. Beckmann wiederum betrachtete im Nachhinein die Ankündigung der Aktion gegenüber der DDR-Delegation und ihre medienöffentliche Ankündigung als Fehler und riet von zukünftigen gemeinsamen Initiativen mit Aktionscharakter ab, Beckmann 1984.

284 Das SfK vermerkte, dass Bischof Forck am 6.11.1983 im Eröffnungsgottesdienst in der Marienkirche die DDR des Verfassungsbruchs wegen der Benachteiligung von Christen im Berufsleben beschuldigte und aggressiv die staatlichen Maßnahmen gegen die geplante Provokation der Grünen am 4.11.1983 kritisierte. Forck habe am 11.11.1983 „nach Abstimmung mit den staatlichen Organen“ zusammen mit

22. November billigte der Bundestag die Stationierung der Pershing 2-Mittelstrecken-Raketensysteme.

Dirk Schneider als einer der Hauptkritiker der Aktion vom 4.11.1983²⁸⁵ zeigte in der Folgezeit Verständnis für die Behandlung des Demonstrationsvorhabens durch die DDR als „Einmischung in ihre Angelegenheiten“. Ebenso konnte er der vom ZK-Westabteilungsleiter Häber ihm gegenüber geäußerten Auffassung „wenig entgegensetzen“, der Widerspruch zwischen offiziellen Gesprächen der Grünen mit DDR-Repräsentanten und solchen Aktionen entlarve die grüne Dialog-Politik als Alibi für ihre eigentliche Absicht, nur mit der Opposition zusammenarbeiten zu wollen. Schließlich erklärte er, sich „gemeinsame synchrone Organisation von Texten und Aktionen nicht vorstellen zu können ... unter den jeweils verschiedenen Bedingungen der beiden Länder“ und führte Beschwerde über die „Kritik von manchen Grünen und einigen Freunden aus der DDR“, seine deutliche Präferenz von Kontakten zu offiziellen DDR-Institutionen sei „Anbiederung an die staatliche Seite ... oder gar Verrat an grünen Prinzipien“, woraufhin ihn betreffende Nachreden als „ständiger Vertreter der DDR in der Fraktion“ entstünden.²⁸⁶ Tatsächlich wurde ihm von einem seiner Ostberliner Gesprächspartner vorgehalten, „Friedenspolitik ist ‚Einmischung in eigene Angelegenheiten‘; unser aller Existenzbedrohung überschreitet die Grenzen, deshalb kann auch die Erhaltung des ohnehin ständig gefährdeten Status quo nicht das Ziel unseres Handelns sein, sondern dessen Überwindung.“ Darüber hinaus erging an Schneider der Hinweis: „Die Mehrheit ist nicht gegen den Kontakt der Grünen mit DDR-offiziellen Organisationen. Man sollte sich aber deren Gesprächsbereitschaft nicht durch den Verzicht auf Basiskontakte erkaufen.“ Und schließlich hieß es zum Verhalten der von Schneider so geschätzten DDR-Offiziellen gegenüber seinen Parteifreunden: „Die 15-monatige Ausspernung ist keineswegs darauf zurückzuführen, dass Lucas auf einer Pressekonferenz die Medien mit dem Aktionsvorhaben des 4.11.83 vertraut gemacht hat, sondern darauf, dass nach dem Stationierungsbeschluss Friedensbewegung und Grüne für das SED-Politbüro tatsäch-

Stolpe und Passauer „ausgewogene Erklärungen“ in beiden Botschaften überreicht. Information vom 23.11.1983 zum Verlauf der Friedensdekade 6.–16.11.1983, Vorlage für die Dienstbesprechung am 5.12.1983, SAPMO BArch, DO 4/1277.

285 Schneider fasste 1985 seine Kritik an der Aktion wie folgt zusammen: „Mein Vorwurf richtet sich überhaupt nicht gegen die Motive und das Ziel ... sondern gegen die Art der Ausführung durch eine Handvoll Grüner, die eine von beteiligten DDR-Bürgern verantwortlich getimte und dimensionierte Delegation entgegen der gemeinsamen Absprachen mit Hilfe des Westfernsehens zu einer öffentlichen Demonstration hochpuschten, die die Dämme des in der DDR machbaren niederwalzten. Diese Forcierung der Aktion..., die die persönliche Gefährdung vieler Menschen aus der DDR bewirkte ... trug eindeutig die Handschrift von Privatpolitik.“ „Für eine neue politische Moral im Umgang miteinander“, Antwortbrief von Dirk Schneider an Bärbel Bohley, Kommune Heft 3, 1985, S. 17. Bärbel Bohley hatte am 2.2.1985 in einem Brief an Schneider den Demonstrationsversuch vom November 1983 verteidigt, dessen Mutmaßung über angeblich stattfindenden „Export grüner Ideen“ zurückgewiesen und die angebliche Nähe zur innerparteilichen Minderheitenposition der Westberliner „Berlin-AG“ in der AL bestritten. Für Schneider drückte deren deutschlandpolitische Linie (Konföderation, Friedensvertrag, Paktfreiheit) „nationalistische Tendenzen“ jenseits des Machbaren aus. Dirk Schneider, Über die Schwierigkeiten mit dem Dialog, Brief an Fraktion und Bundesvorstand vom 16.1.1985.

286 Schneider, Dialog, 1985. Dirk Schneider pflegte mit der DDR nicht nur offizielle Kontakte, sondern war darüber hinaus auch als inoffizieller Mitarbeiter für das MfS unter dem Decknamen „Ludwig“ tätig.

lich weniger attraktiv geworden sind.²⁸⁷ In anderen Schreiben, so an Antje Vollmer, bemühten sich Angehörige der UFB, ihre grünen Partner vor deren Eigenschulduzuweisungen an der gescheiterten Demonstration in Schutz zu nehmen: „Entlarvt haben sich doch an diesem Tag unsere Mächtigen und das ist natürlich unangenehm, die Maske fallen zu lassen und das wahre Gesicht zu zeigen nach so viel gutem Einvernehmen. ... So viele Aktionen, die ihr Grünen mitträgt, wie Sitzblockaden, sind doch Zeichen ... und der ... Erfolg: siehe die derzeitigen Urteile in Prozessen, die von ‚Nötigung und Verwerflichkeit‘ dieser Aktionen sprechen. Da lassen eure Mächtigen die Maske fallen ... Nichts mehr mit demokratischem Rechtsstaat.“²⁸⁸ Noch deutlicher wurde Wolfram Tschiche in einem Brief an Birgit Arkenstette von den Grünen:

„Grundsätzlich stimme ich Dir zu, dass die Grünen mit den Staatsfunktionären, den kirchlichen Vertretern und den unabhängigen Gruppierungen Kontakte unterhalten sollten. Jedoch [sind] ... Grüne bereit ..., die von den DDR-Oberen vorgegebenen Spielregeln anzuerkennen? Habt ihr vor, euch in der Art und Weise von Realpolitikern im Wohlverhalten gegenüber einem autoritären Staatssozialismus zu üben? ... Du sprichst von dem entstandenen Schaden, der von der missglückten gemeinsamen Demonstration am 4.11.1983 in Ostberlin verursacht worden sei. [Gemeint war die seitdem verhängte Einreisesperre für Grüne. T. K.] ... Die DDR-Oberen verteilen ... die Gnade der Einreise für Wohlverhalten, die Gnade des Einreisestopps für mangelnde Gefügigkeit. Schaden entstünde meiner Ansicht nach nur, wenn ihr dieses erpresserische Spiel mitspielt. ... die Unaufrichtigkeit der DDR-Führung ... besteht darin, dass die Grünen in der BRD als Bündnispartner gelobt werden, hingegen sie in der DDR als gefährliche Unruhestifter gelten, die mit Staatsfeinden kollaborieren. Fazit: Einreiseverboten solltet ihr gelassener gegenüberstehen, so bedauerlich unterbrochene Kontakte zu uns sind. Im Übrigen stellen die Grünen in der BRD eine politische Kraft dar, an der die DDR-Führung nicht vorbei kann. Schon deshalb wird sie von sich aus Kontakte zu den Grünen suchen.“²⁸⁹

Die von den Basisgruppen hochgeschätzte Kooperation mit einigen ihrer grünen Partner erstreckte sich auch auf materielle Hilfe für die unter schwierigsten Bedingungen arbeitenden Gruppen. Ebenso war die zuverlässige politische Solidarität etwa von Petra Kelly und Gert Bastian und die von ihnen hergestellte Öffentlichkeit gerade in den sich periodisch zutragenden Fällen von Inhaftierungen und anderen Verfolgungen ostdeutscher Basisaktivisten unersetzlich. Dass aus der Sicht einiger ihrer Partner im Osten die *inhaltliche* Zusammenarbeit mit den Grünen allerdings sehr zu wünschen übrig ließ, was darüber hinaus auch das Bild der grünen Partei im Osten mitprägte, zeigt ein 1986 entstandener sarkastischer Rückblick auf fünf Jahre gemeinsamer Erfahrungen mit solcherart Kooperation:

287 Brief von Gerd Poppe an Fraktion und Bundesvorstand der Grünen vom 1.2.1985. Dirk Schneider war Ende 1984 mit ihm, Bärbel Bohley und anderen Oppositionellen zusammengetroffen. Schneider vertrat seine deutschlandpolitische Position (völkerrechtliche Anerkennung der DDR durch die BRD, Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft) auch in einem Gespräch mit Bettina und Lutz Rathenow, Reinhard Schult, Thomas Klein und Alexander Anderson am 19.12.1984. MfS, OV „Korn“, Band 1, Bericht über ein Zusammentreffen von Lutz Rathenow mit dem Bundestagsabgeordneten der Grünen, Dirk Schneider, am 19.12.1984.

288 Brief von Irena Kukutz an Antje Vollmer vom 30.1.1985.

289 Brief von Wolfram Tschiche an Birgit Arkenstette vom 21.2.1985, MDA, Reg. 1.1.15.1. 5042.

„Wir von der unabhängigen Friedensbewegung haben unsere eigenen Erfahrungen mit den grünen alternativen Polittouristen und nicht erst seit dem Besuch der grünen Bundestagsfraktion in der DDR. Nett war ja, dass wenigstens 5 der neun angereisten Abgeordneten ... mit uns sprachen; die restlichen 4 zogen es vor, unter sich zu bleiben und sich einen gemütlichen Bierabend zu genehmigen. ... In der verbleibenden Gesprächsrunde mit den 5 Nicht-Kneipengängern fragte H[...] ..., ob jemand von uns Auskunft geben könne über die Öko-Situation in Bitterfeld und die Müll-Deponie Schönberg. In dem versammelten Kreis war niemand kompetent genug, um sachlich zu informieren. Es hätten aber Personen dabei sein können. ... Es hätte vorher nur einiger Absprachen bedurft ..., vielleicht hätte man auch fragen können, welche Probleme sie außerdem noch bei den offiziellen Gesprächen anschneiden können. ... Nichts dergleichen. Das ist für uns ein Verlust von Basisnähe, denn bei den Herren Sindermann oder Axen würden es sich die Grünen auch nicht erlauben, einen Tag vorher anzurufen ... Angefangen hat das aber schon sehr viel eher. ... Schon 1983 haben wir die grüne Delegation gefragt, warum sie keine Liste ihrer politisch verfolgten mitgebracht ha[t] mit der wir uns laut und deutlich solidarisieren könnten – blockübergreifendes Engagement ... Reaktion in den folgenden Jahren gleich Null. Nächster Fall. Mehrere Freunde in der UFB haben zum Thema SDI gearbeitet und eine Studie dazu gefertigt, Gert Bastian wurde (März 1986) angesprochen, ob ein Austausch oder ein Seminar möglich wäre mit ihm und [mit] den Generälen für den Frieden. Zusage von Gert Bastian, bis heute keine Reaktion. Viele der Grünen, Alternativen und Friedensbewegten kommen hier rüber wie auf einen Abenteuerspielplatz, Polit-Safari, mal gucken, wie es in der grau in grauen DDR aussieht. Langfristige Projekte, Seminare, Themenarbeit kamen kaum zustande und das liegt nicht allein an den Einreisebeschränkungen unserer Obrigkeit. Viele Einladungen zu Kongressen ... erreichen uns (trotz Umgehen des offiziellen Postwegs) kurz vor dem Kongressbeginn. Dies ist oft von uns benannt, oft eingeklagt worden ohne Änderung der Situation. Nichtachtung des Partners nennt man so etwas. ... bei grünen Abgeordneten riecht das schon eher nach Anpassung an das diplomatische Protokoll und die Begegnung mit der Basis in der DDR gerät in den Verdacht, basisdemokratisches Feigenblatt zu werden. Dieses wird sicherlich bald fallen. Dirk Schneider und seine Mannschaft sind ja dabei, den ideologischen Mantel für den Abbruch der Beziehungen ... zu schneiden. Mit denen, die es mit der blockübergreifenden Basisbewegung ernst meinen, sind wir weiterhin zur Zusammenarbeit bereit, aber bitte als Partner.“

Aus solcher Ostperspektive fiel 1986 das Bild der grünen Gesamtpartei wenig schmeichelhaft aus:

„Die Entwicklung der Grünen von Basisbewegung zur Bonzenpartei schreitet mit Riesenschritten voran. Noch 4 Jahre große Politik in den Parlamenten und auf internationaler politischer Bühne und die Ähnlichkeit mit der SPD wird nicht mehr zu leugnen sein, vielleicht ist die Partei dann schon gespalten, ein Teil zur SPD überge-

*treten, der Rest in sich verstritten. Otto Schily ... unterscheidet sich kaum noch von Willy Brandt in seinen Jungpolitikerjahren.*²⁹⁰

3.5 Staatliche Versuche der Domestizierung, Zersetzung, Isolierung und Liquidierung der UFB und der politisch alternativen Gruppen

3.5.1 Basisgruppen als Problem der Kirche

Hinsichtlich einer Bestimmung des Verhältnisses der Gemeinden zu den in ihrer Mitte sich bildenden Basisgruppen versuchte die EKBB 1984 als erste Landeskirche den Gemeinden eine Orientierungshilfe zu geben, die sich vor allen durch ihre Unbestimmtheit hinsichtlich der Behandlung von Konfliktsituationen zwischen Gemeinde und Gruppen sowie zwischen Gruppen und „Staat und Gesellschaft“ auszeichnete.²⁹¹ Wesentlich aufgeschlossener wandte sich die Ausarbeitung „Die Kirche und ihre Friedensgruppen – wie gehören sie zusammen?“ des vom Erfurter Propstes Heino Falcke geleiteten BEK-Ausschusses „Kirche und Gesellschaft“ vom Juli 1984 dem Problem des Spannungsausgleiches zwischen Gemeinden und Basisgruppen zu.²⁹² Das Arbeitspapier „Kirche und Gruppen“ der Gemeindegemeinschaft des BEK von 1985 stellte fest, dass die „gegenwärtige Gestalt der Gemeinde kaum Handlungsräume für die gesellschaftlichen und politischen Konsequenzen des Glaubens bereitstellt.“²⁹³ Auch in der zweiten Hälfte der 80er Jahre sollte sich die uneindeutige Haltung des BEK ebenso fortsetzen, wie die sehr verschiedenen Haltungen der Landeskirchen zu den Gruppen in ihren jeweiligen Amtsbereichen andauerten. In der EKBB gab es sogar innerhalb der

290 Reinhard Schult, „Grüner Neokolonialismus“ (o. D., 1986), MDA, Reg. RSch 01b. Vgl. auch den Entwurf eines Briefes an den Bundesvorstand der Grünen (handschriftlich) vom 17.9.1986, MDA, ohne Signatur.

291 Die Anerkennung der Friedenskreise, der ökologischen und sozialdiakonischen Gruppen, von Punks und Homosexuellen als „erkennbare Erweiterung in der Vielfalt des kirchlichen Dienstes“ und „große Chance und Aufgabe für eine lebendige Gemeinde und Kirche“ wurde gekoppelt an die Bewertung deren Zielsetzungen in Zeugnis und Dienst sowie an die Erwartung der Gemeindevetraglichkeit und Konfliktvermeidung mit dem Staat. EKBB, Orientierung für die Arbeit mit den Gruppen, 1984, zitiert nach: Subklew-Jeutner 2004, S. 199ff.

292 Die Verfasser warnten hier davor, die Angst der Kirche vor Identitätsverlust zum leitenden Kriterium im Umgang mit den Gruppen zu machen. „Die Gruppen halten der Kirche die Bergpredigt und die damit konvergenten Einsichten politischer Vernunft vor und fragen die Kirche, wie ihr zögerndes Handeln und Reden mit ihrem Bekenntnis zu Christus ... zusammenstimmt. Die Kirche als Institution aber sieht sich vor der Aufgabe, die unterschiedlichen Positionen in der Kirche zusammenzuhalten ..., die Gesprächsmöglichkeiten mit den Vertretern des Staates offen[zu]halten, dies im Interesse ... nicht zuletzt auch der Mitglieder der Friedensgruppen, für die sie im Konfliktfall bei den staatlichen Instanzen einzutreten hat.“ Die Kirche und die Friedensgruppen – wie gehören sie zusammen? MDA, Kopie MfS, HA XX/9, AOP 1057/9, S. 5f.

293 Subklew-Jeutner 2004, S. 205.

Kirchenleitung sehr unterschiedliche Einstellungen zu den Gruppen: Während Bischof Forck für die Gruppen in der Regel einen Rückhalt darstellte, ging Generalsuperintendent Günter Krusche nach 1984 zunehmend auf Distanz zu ihnen. Bereits im Februar 1984 riet Krusche den Gemeinden in einem Diskussionspapier zur „Arbeit mit Gruppen, die die Kirche durch ihre besondere Thematik herausfordern“, die Duldung einer Basisgruppe davon abhängig zu machen, ob sie „mit ihren Zielsetzungen in Zeugnis und Dienst der Gemeinde eingeordnet werden kann“. Auf der Landessynode der EKBB im April 1984 führte Krusche hinsichtlich des „Ansinnens“ gegenüber der Kirche, „die Rolle einer Opposition zu spielen“, aus, dass „wir uns (dem) von unserem gesellschaftlichen Auftrag her in unserem Land zu widersetzen (haben)“.²⁹⁴ In Verarbeitung der „Zions-Affäre“ vom November 1987 und der Ereignisse um die Liebknecht-Luxemburg-Demonstration im Januar 1988 (vgl. Abschnitte 4.20 und 4.25) hieß es bei Krusche, die Kirche würde ihre Identität als Kirche Jesu Christi verlieren, wenn sie „alles und jedes zu ihrer Sache machen würde.“²⁹⁵ Anderswo wurde im Eintreten der Kirche für „Aussteiger und Auswanderer“ sogar die Gefahr des Irrwegs in Richtung einer „restaurative(n) und gegenrevolutionäre(n) Institution“ gesehen.²⁹⁶ Hier artikuliert sich eine politisch engagierte staatskonforme christliche Minderheit (staatlicherseits als „loyal“ oder „politisch progressiv“ eingeordnet), deren Haltung zu den Gruppen sich hier deckte mit der einer überwiegend unpolitischen konservativen staatsfernen Mehrheit in den Gemeinden. Die Position dieser Mehrheit fand sich weitgehend in den oben erwähnten Aussagen von Günter Krusche wieder.²⁹⁷ Entgegen Krusches auch auf der 9. Synodaltagung der EKBB 1988 wiederholten Absage an die Gruppen bekräftigte Bischof Gottfried Forck dort seine Haltung einer notwendigen Offenheit der Kirche gegenüber den Arbeitsfeldern der Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtskreise.²⁹⁸ Die bekanntermaßen häufig den Gruppen zugeneigte Haltung Forcks war selten von taktischen Motiven oder politischer Berechnung bestimmt, selbst wenn auch er sich zeitweilig dem Druck staatlichen Interventionalismus oder der Mehrheit der KL zu beugen genötigt sah. Stolpe dagegen sah genau, dass die Existenz der Basisgruppen, deren Aktivitäten das prekäre Staat-Kirche-Verhältnis zum Nachteil der Kirche so häufig zu belasteten schienen, andererseits auch das Gewicht der Amtskirche gegenüber dem Staat zunehmen ließ: Diese Amtskirche als vom Staat bevorzugte ihm gegenüber loyale Kontroll- und Disziplinierungsinstanz der Basisgruppen wurde in dieser Rolle für den Staat mehr und mehr unentbehrlich. Außerdem konn-

294 Wunder 1997, S. 20.

295 Günter Krusche, Gemeinden in der DDR sind beunruhigt. Wie soll sich die Kirche zu den Gruppen stellen? 1988, zitiert nach Subklew-Jeutner 2004, S. 212.

296 Weißenseer Blätter 1/88, S. 2f.

297 Das SfK hatte bereits 1985 befriedigt die Herausbildung einer solchen innerkirchlichen Koalition registriert: „Innerhalb der Kirchenleitung der Berlin-Brandenburgischen Landeskirche erhalten politisch loyale Kräfte bei ihren Bemühungen um eine politische Entschärfung der von den bekannten negativen Geistlichen und kirchlichen Mitarbeitern organisierten Jugendveranstaltungen (Bluesmessen, Friedenswerkstatt u. a.) die Unterstützung theologisch konservativer Kräfte. Diese wenden sich gegen eine zunehmende Verflechtung religiöser Inhalte zugunsten einer wuchernden Politisierung kirchlicher Veranstaltungen für Jugendliche.“ Schriftliche Information vom 19.7.1985 über Verlauf und Ergebnisse evangelischer kirchlicher Jugendveranstaltungen im 1. Halbjahr 1985. Vorlage für die Dienstbesprechung vom 29.7.1985, SAPMO BArch DO 4/1282.

298 Gottfried Forck, Unser Auftrag als Kirche, Bericht des Bischofs auf der 9. Synode der EKBB 8.–12.4.1988, S. 6f.

te die Amtskirche mittels dosierter Duldung von Gruppenaktivitäten den Boden dafür bereiten, der Durchsetzung gewisser institutioneller Eigeninteressen gegenüber dem so in Verlegenheit geratenen Staat beizuhelfen.

Eine ganz andere Konfliktlinie ergab sich aus dem Wirken „politisch-progressiver“ oder „realistischer“ innerkirchlicher Gruppierungen, wie staatlicherseits systemloyale Zusammenschlüsse von Christen namentlich in den Evangelischen Kirchen genannt wurden, die im staatlichen Interesse ursprünglich ein Gegengewicht zu „innerkirchlichen Gruppierungen vor allem lutherischer Prägung“ bilden sollten, welche „theologisch konservative und politisch negative Konzeptionen erarbeiten und verbreiten“ würden.²⁹⁹ Diese „progressiven Gruppierungen“ sollten in den 80er Jahren im Interesse der staatlichen Kirchenpolitik nun auch gegen die innerkirchlich neuen „politisch-negativen oder feindlichen“ Gruppierungen und mit ihnen sympathisierenden kirchlichen Amtsträger in Anschlag gebracht werden. Die Zusammenarbeit der Staatsorgane mit diesen „politisch-progressiven“ Gruppen – es handelte sich unter anderem um den „Weißenseer Arbeitskreis“ in der EKBB, die „Sächsische Bruderschaft“ der Sächsischen Landeskirche und den „Weimarer Arbeitskreis“ in der Landeskirche Thüringen – gab jedoch staatlicherseits von Anfang an und fortwährend zu Klagen Anlass: Während der DDR-Gründung und des kalten Kirchenkrieges politisch bedeutsam als Gegenpart zu den „reaktionären Kirchenleitungen“, hätten ihre Leitungskräfte nach der Verbesserung der Beziehungen Staat-Kirche und der Abgrenzung der DDR-Kirchen von denen der BRD ihre weiteren Aufgaben nur ungenügend erkannt.³⁰⁰ Die Ergebnisse des Gesprächs Honeckers mit dem Vorstand der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR vom 6.3.1978 habe die progressiven Gruppierungen zu der falschen Schlussfolgerung veranlasst, der Staat bedürfe nun ihrer Mitarbeit nicht mehr. Nach Korrektur dieses Irrtums gäbe es jedoch (mit Ausnahme des „Evangelischen Pfarrertags“) kaum neue Zielstellungen für ihre Arbeit. „Wie bedeutsam die Weiterführung einer zielgerichteten Tätigkeit der Gruppierungen ist, zeigen auch die Ausführungen des Sekretärs des BEK, Oberkirchenrat Stolpe, am 10. Juni 1979 in Potsdam. Er wies darauf hin, dass die hier organisierten kirchlichen Kräfte [des Evangelischen Pfarrertags, T. K.] objektiv halfen, das Verhältnis zwischen Christen und Marxisten ‚zu entkrampfen‘ und die ‚Gesamtentwicklung positiv zu beeinflussen‘.“ Die folgenden im November 1979 in der Dienststelle des Staatssekretärs formulierten Aufgabenstellungen für die genannten Gruppierungen sollten auch unter den veränderten Bedingungen der 80er Jahre Bestand haben: Sie hätten den Begriff „Kirche im Sozialismus“ mit „politisch-progressiven“ Inhalten zu füllen, die Kirchenleitungen zu beeinflussen, Geistlichen Hilfen zur Einpassung in die sozialistische Gesellschaft zu geben und zur Zurückdrängung feindlicher Auffassungen in den Kirchen zu ermutigen sowie „für unse-

299 Konzeption vom 8.11.1979 zur weiteren Arbeit mit innerkirchlichen Gruppierungen, Vorlage für die Dienstbesprechung am 12.11.1979, SAPMO B-Arch, DO 4/816, o. S.

300 So habe beispielsweise die „Sächsische Bruderschaft“ bei ihrer Beschäftigung mit Problemen des Marxismus von Partei und Staat in jeder Aufgabe angeleitet werden müssen, ohne ihre Basis unter den Geistlichen erweitern zu können. Der „Weimarer Arbeitskreis“ (in der Linie Bischof Mitzenheims) habe in dem Maße an Bedeutung und Initiative verloren, wie die realistische Mitzenheim-Linie sich durchsetzte. Schließlich sei der „Weißenseer Arbeitskreis“ in taktischen und strategischen Fragen zerstritten. Ebenda.

re Politik auf kirchlichen Veranstaltungen [zu] votieren“.³⁰¹ Solche Funktionen übten auch Organisationen wie die Christliche Friedenskonferenz (CFK) aus. Gemäß der seit November 1979 existierenden Konzeption für die Arbeit der Staatsorgane mit den „progressiven christlichen Kreisen“ war eine „stärkere Aktivierung aller realistischen innerkirchlichen Kräfte unerlässlich für unsere kirchenpolitische Linie“. Dazu versuchte die Dienststelle des Staatssekretärs auch die außerkirchliche christliche Basis in Gestalt der Arbeitsgruppen „Christliche Kreise“ der Nationalen Front zu aktivieren.³⁰² Insbesondere empfahl das SfK die „zielgerichtete Einflussnahme“ auf den „Weißenseer Arbeitskreis“ (damals 80–85 Geistliche vereinigend) wegen dessen „zum Teil sektiererischem Kurses“.³⁰³ Bereits im September 1980 wurde im SfK ein „Maßnahmeplan“ zur weiteren Arbeit mit den progressiven Gruppierungen erarbeitet, der nicht nur politische Anleitung und Beeinflussung, sondern sogar Eingriffe in die Leitungsstrukturen dieser Kreise einschloss.³⁰⁴ Im Dezember 1982 konnte das SfK befriedigt feststellen:

301 Ebenda.

302 Information vom 29.5.1980 zur Arbeit mit dem Evangelischen Pfarrerrat in der DDR und den innerkirchlichen Gruppierungen entsprechend der Konzeption vom 12.11.1979. Vorlage für die Dienstbesprechung im SfK am 2.6.1980, SAPMO BArch, DO 4/816. In dieser Information ist in charakteristischer Weise die auch künftig angewandte Technik abgestimmten Vorgehens staatlicher und „realistischer“ christlicher Kreise zur Verwirklichung staatlicher kirchenpolitischer Optionen widergespiegelt. So gelang es in enger Kooperation des Nationalrats der Nationalen Front und dem Staatssekretariat für Kirchenfragen, den 11. Evangelischen Pfarrerrat aus Anlass des 30. Jahrestags der DDR zu „klaren politischen Optionen für die Politik der DDR“ zu veranlassen. Überdies arbeiteten der Fortsetzungsausschuss und die Bruderschaftliche Leitung (BL) unter verantwortlicher Anleitung der AG Christliche Kreise beim Nationalrat und in Koordination mit der Dienststelle des Staatssekretärs zusammen. So gelang es der BL des Evangelischen Pfarrerrats, die „Sächsische Bruderschaft“ für ein gemeinsames Wort zum 35. Jahrestag der Befreiung zu gewinnen. Das SfK betonte, die weiterzuführenden Anleitungen „nicht als Gängelei, sondern als Hilfe erscheinen [zu] lassen“.

303 Ebenda. Was mit „sektiererisch“ gemeint war, ist einer SfK-Information vom Juni 1980 zu entnehmen: Die vom SfK vorgeschlagene Konzeption, der Weißenseer Arbeitskreis möge die realistischen Positionen von Bischof Schönherr durchzusetzen helfen, war für den Kreis inakzeptabel: „Sie seien eine kritische Gemeinschaft; keine, die erkannte Dinge bekräftigt. ... Staat (sei) ... neues Bündnis zwischen Dom und Rathaus eingegangen. Der Staat war bereits in der Offensive gegenüber den Kirchen, bevor es zu dem Gespräch [vom 6.3.1978. T. K.] kam. Man hätte sie ‚besiegen‘ können. Aber nun ... lobe (man) halbrichtige Sätze von Bischof Schönherr im ND und nimmt damit den progressiven Kräften die Möglichkeit, weiter zu arbeiten. ... Der Weißenseer Arbeitskreis versteht sich als DKP in der Kirche der DDR. ... Der Begriff ‚Kirche im Sozialismus‘ sei ... für sie nur schwer zu akzeptieren, weil es ihn ähnlich von den Deutschen Christen schon einmal gegeben habe, nämlich mit der gleichen Formulierung ‚Wir sind nicht Kirche neben, nicht gegen, sondern im Nationalsozialismus‘. Bischof Schönherr sei offiziell aus dem Weißenseer Arbeitskreis ausgetreten, verrate seine eigenen Leute und müsse sich daher der Kritik stellen.“ Information vom 18.6.1980 über ein Gespräch mit dem Leiterkreis des Weißenseer Arbeitskreises am 10.6.1980, SAPMO BArch, DO 4/816.

304 Dieser Maßnahmeplan betraf den Weißenseer Arbeitskreis, den Weimarer Arbeitskreis, die Kirchliche Bruderschaft Dresden und den Evangelischen Pfarrerrat. So sollten die verantwortlichen Mitarbeiter der zuständigen Räte der Bezirke unter Beteiligung der Bezirksbeauftragten des SfK mit dem Leiterkreis der Kirchlichen Bruderschaft Dresden einen Themenkatalog zur Verstärkung seines Einflusses in der Sächsischen Landeskirche erarbeiten und Einfluss auf die Leitungsstrukturen der Bruderschaft nehmen. Für den Weimarer Arbeitskreis sollten Mitarbeiter des Rates der Bezirke Erfurt, Gera und Suhl die Leitung des Arbeitskreises auf die Einbeziehung bestimmter politischer Themen „zur Durchsetzung unserer Konzeption“ in deren Arbeit orientieren. Für den Evangelischen Pfarrerrat sollte der Nationalrat der Nationalen Front ein Konzept und einen Maßnahmeplan in Abstimmung mit dem SfK erarbei-

„Im Prozess einer Polarisierung der Kräfte in den evangelischen Kirchen haben die progressiven Gruppierungen jetzt insgesamt zielstrebig ... daran gearbeitet, die Position der aus den Auseinandersetzungen gestärkt hervorgegangenen realistischen Kräfte zu unterstützen und innerhalb der Landeskirchen zu wirken. ... [Sie] grenzen sich von den Bemühungen nach einer ‚unabhängigen Friedensbewegung‘ in der DDR ab. ... Der Weimarer Arbeitskreis hat in der Thüringer Kirchenleitung und unter ihren Geistlichen eine breitere Basis gewonnen. ... Die Sächsische Bruderschaft hat nach Überwindung der objektiv bedingten personellen Probleme an Weite und Integrationsfähigkeit gewonnen. Der Leiterkreis konnte ... erstmalig auf die Synode einwirken. Der Weißenseer Arbeitskreis hat ... Fortschritte gemacht ... Der Fortsetzungsausschuss des Evangelischen Pfarrertages in der DDR, der gegenwärtig den 13. Evangelischen Pfarrertag im Zusammenwirken mit der Arbeitsgruppe Christliche Kreise beim Nationalrat der Nationalen Front vorbereitet, konnte ... Vorbehalte seitens der Kirchenleitungen weiter abbauen. ... Tendenz positiv ... jedoch den heutigen politischen wie kirchenpolitischen Erfordernissen noch nicht ... entsprechen[d].“³⁰⁵

Auch das MfS hatte 1983 ein klares Bild von den potentiellen Verbündeten im Kampf um die Immunisierung der Evangelischen Kirchen gegen den „Virus des politischen Missbrauchs“:

„Die progressive Haltung der evangelischen Landeskirchen in Thüringen, Greifswald und Anhalt und ihr stärkeres Zusammengehen zur Durchsetzung der staats- und gesellschaftsbejahenden Haltung in allen Landeskirchen ist weiter auszuprägen ... Vorhandene progressive Zusammenschlüsse, wie Weißenseer Arbeitskreis, Weimarer Arbeitskreis, Dobbertiner Friedenskreis müssen stärker profiliert und entsprechend der vorgegebenen Aufgaben genutzt werden. Die Sächsische Bruderschaft ist wieder zu einem Zusammenschluss progressiver Kräfte umzuwandeln. Die internationalen Bewegungen der christlichen Friedenskonferenz und der Berliner Konferenz Europäischer Katholiken sind stärker als bisher zur Beeinflussung im Republik-Maßstab zu nutzen und daraus Bewegungen in der DDR zu entwickeln. ... Der Evangelische Pfarrertag und die Arbeitskreise der Nationalen Front und der CDU sind, obwohl sie zur Zeit nur eine bedingte Ausstrahlungskraft besitzen und kaum zur echten Beeinflussung innerkirchlicher Entscheidungen genutzt werden können, durch geeignete Maßnahmen zu unterstützen, um ihr Potential besser zu erschließen.“³⁰⁶

ten. Zu seiner Aufwertung waren Kontaktaufnahmen mit Kirchenleitungen und Synoden sowie der offizielle Empfang des Fortsetzungsausschusses des Evangelischen Pfarrertags beim Staatssekretär geplant. Schließlich wollte das StK einen Plan zur Förderung der Zusammenarbeit und Kooperation der „progressiven Gruppen“ erarbeiten. Maßnahmeplan weitere Arbeit gegenüber den innerkirchlichen Gruppierungen, Vorlage vom 26.9.1980 für die Dienstbesprechung am 29.9.1980, SAPMO BArch, DO 4/816.

305 Maßnahmeplan vom 20.12.1982 zur weiteren politischen Profilierung der progressiven kirchlichen evangelischen Gruppierungen. SAPMO BArch, DO 4/816.

306 Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Missbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen „inneren Opposition“ in der DDR, April 1983, MfS, JHS A.- Nr. 241/83.

Doch auch vier Jahre später war die Bilanz nicht viel besser geworden: Zwar erkannte das SfK im September 1987 an, dass die „progressiven kirchlichen Gruppierungen ... bis in die jüngste Vergangenheit ... Einsichten in gesellschaftliche Zusammenhänge und politische Notwendigkeiten entwickelten und vertraten, die über den Erkenntnisstand der Mehrheit der Geistlichen und kirchenleitenden Vertreter weit hinausgingen.“ Jedoch hatte etwa der Evangelische Pfarrertag trotz zunächst positiver Entwicklung zunehmende Probleme hinsichtlich seiner Zielstellungen und der Zusammenarbeit mit der AG Christliche Kreise der CDU, so dass er 1986 aufgelöst wurde. Nach der Wiederaufnahme der Tätigkeit des 1979 auseinander gefallenen Weißenseer Arbeitskreises dauerte seit 1980 die „linkssektiererische Interpretation“ der Linie des 6.3.1978 an. Statt realistische kirchenleitende Kräfte zu unterstützen, sei er auf Veranlassung Hanfried Müllers und seiner Frau in Konkurrenz zu diesen um innerkirchlichen Einfluss getreten. Nachdem seit mehreren Jahren keine Versammlungen des Weißenseer Arbeitskreises mehr stattgefunden hätten und der Arbeitskreis faktisch nur aus Müller, seiner Frau und Pfarrer Schöller bestünde, sei er innerkirchlich irrelevant geworden. Dagegen seien die „Weißenseer Blätter“, von Hanfried Müller geleitet, innerhalb bestimmter Grenzen bedeutsam für die innerkirchliche Differenzierung und Meinungsbildung. Allein die Kirchliche Bruderschaft Sachsen habe in der ersten Hälfte der 80er Jahre wesentliche Fortschritte entsprechend dem Prinzip der Stärkung realistischer Positionen der kirchenleitenden Kräfte gemacht. Auch der Weimarer Arbeitskreis habe eine positive Entwicklung genommen. Nach dem Scheitern der unrealistischen Zielstellung, einen eigenen Kandidaten zur Bischofswahl durchzubringen, setzte sich die Position durch, die realistische Politik des Bischofs Leich zu unterstützen. Jedoch habe er mit nur 12 aktiven Mitgliedern wenig Substanz zur Ausstrahlung im kirchlichen Raum. Man sähe im SfK kaum Möglichkeiten zur positiven Veränderung der Situation. Die Kooperation mit Hanfried Müller solle sich auf die „Weißenseer Blätter“ konzentrieren.³⁰⁷

Angesichts der extremen Rolle, welche dieses Blatt bei der Kommentierung einer gemeinsamen Erklärung von 122 Personen aus Ungarn, der Tschechoslowakei, Polens und der DDR von 1986 zum 30. Jahrestag der ungarischen Revolution (vgl. Abschnitt 4.4), der Ereignisse um den Überfall der Sicherheitsorgane auf die 1986 gegründeten Berliner „Umweltbibliothek“ im November 1987 (vgl. Abschnitt 4.20) sowie der Verhaftungen im Zusammenhang mit der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration im Januar 1988 (vgl. Abschnitt 4.25) spielte, ist eine Einschätzung dieses Blattes durch das SfK vom September 1987 interessant:

„Ein Anlass der Gründung der ‚Weißenseer Blätter‘ [1982] war der von negativen Kräften aus dem Kreis um Pfarrer Eppelmann initiierte ‚Berliner Appell‘ vom Februar 1982, der dem Ziel diene, dem Aufschwung der Friedensbewegung im Zusammenhang mit dem Krefelder Appell 1981 entgegenzuwirken, die christlichen Friedenskräfte in unserem Land zu desorientieren und damit letztendlich die einheitliche Friedensbewegung in der DDR zu spalten. ... Als einen Hauptweg zur Einflussnahme auf den innerkirchlichen Meinungsbildungsprozess zur Durchsetzung progressiver Positionen betrachten die Herausgeber ... die Auseinandersetzung mit tatsächlichen und vermeintlichen Inkonsequenzen kirchenleitender Vertreter. Dabei zeigt sich, dass

307 Schriftliche Information vom 24.9.1987 zur Situation in den progressiven kirchlichen Gruppierungen, SAPMO BArch, DO 4/816.

sie weitgehend nicht in der Lage sind, die Bedeutung des Einflusses kirchenleitender Kräfte richtig einzuschätzen und ... zu nutzen. Das resultiert aus ihrer ... ausgeprägt distanzierten bis ablehnenden Haltung gegenüber jeglicher Form kirchlicher Hierarchie und Autorität.“

Das SfK diagnostizierte „ernsthafte Schwierigkeiten beim Begreifen des Charakters und der Bedeutung der kirchenpolitischen Entwicklung seit dem Gespräch vom 6.3.1978“ und „Sektiererische Vorbehalte [gegenüber der] ... kirchenpolitischen Linie von Staat und Partei“. Ebenso würden „Diskussionen über abweichende theologische und innerkirchliche Standpunkte teilweise sehr undifferenziert geführt“ und „persönlich verletzende Angriffe“ ausgeführt, weshalb „progressive Vertreter lutherischen Bekenntnisses nicht erreicht“ würden. Dabei befänden sich die Herausgeber der Weissenauer Blätter „grundlegend in Übereinstimmung mit der generellen Linie sowie den konkreten Maßnahmen und Vorschlägen der Friedenspolitik der sozialistischen Staaten“. Die Zeitschrift führe eine offensive

„... Auseinandersetzung [mit] ... Fragen, die negative kirchliche Kräfte tendenziös gegen die DDR in die innerkirchliche Auseinandersetzung hineintragen (unabhängige Friedensbewegung) ... Die Autoren schätzen in diesem Zusammenhang die Wirkung nichtkirchlicher Kräfte im kirchlichen Raum ein. Dabei spielt die sich innerkirchlich gegenwärtig vollziehende Diskussion, inwieweit die Kirche zulassen darf, dass nichtchristliche Künstler durch ihren Auftritt in kirchlichen Veranstaltungen ihre Kritik an Gesellschaft und Staat artikulieren, eine zentrale Rolle. Die Autoren warnen nachdrücklich vor einem Missbrauch der Kirche durch Gruppen und Personen, die in ihr eine Plattform gegen die DDR suchen ... eine offenen Konfrontation zwischen Staat und Kirche provozieren und das Staat-Kirche-Verhältnis ... belasten ... [Die Autoren] veröffentlichten Meinungen junger Wehrpflichtiger christlichen Glaubens, die ihren Dienst mit der Waffe verrichten. Der militärische Schutz des Sozialismus wird als notwendig anerkannt und damit den Forderungen nach einem zivilen Ersatzdienst begegnet. ... In der Auseinandersetzung mit jenen Kräften, die nach dem Unglück in Tschernobyl den Einsatz von Atomenergie überhaupt ablehnen, haben die ‚Weissenauer Blätter‘ durch die Veröffentlichung der tatsächlichen Ursachen ... zur Differenzierung zwischen dem militärischen Missbrauch und der friedlichen Anwendung im Interesse der Menschen beigetragen. ... Auf Grund der genannten Grenzen der Wirksamkeit der ‚Weissenauer Blätter‘ ... ist eine größere Resonanz ... in den evangelischen Kirchen gegenwärtig nicht zu erkennen. ... haben die ‚Weissenauer Blätter‘ einen Charakter angenommen, der einer ... Erweiterung ihres Einflusses im innerkirchlichen Raum entgegensteht. Indem sie in der Konfrontation das alleinige Mittel zur Veränderung sehen, manövrieren sie sich in eine Position, die in der Kirche den Eindruck hervorruft, als wäre der ‚Weissenauer Arbeitskreis‘ ... eine von außen her bewertende Gruppierung.“³⁰⁸

Im Oktober 1987, als sich eine bereits kirchenpolitische Wende abzuzeichnen begann (vgl. Abschnitt 4.19), verwies ein Referentenentwurf im SfK auf die Notwendigkeit, zwischen den Kirchen, im kirchlichen Raum angesiedelten progressiven Gruppierungen (Weimarer Arbeitskreis, Weissenauer Arbeitskreis, CFK ect.) und denen, die im gesellschaftlichen

308 Information vom 26.10.1987 zum Inhalt der „Weissenauer Blätter“, ausgearbeitet zur Dienstbesprechung am 28.9.1987, SAPMO BArch, DO 4/816.

Raum (Arbeitsgruppen „Christliche Kreise“ der Nationalen Front, CDU-Mitglieder) angesiedelt seien, zu differenzieren:

„Eine ‚CDU-Gruppierung‘ oder ‚NF-Gruppierung‘ im kirchlichen Raum hätte keine gute kirchenpolitische Wirkung und hätte auch keine Chance. Insofern sollten nur die zur ersten Gruppe gezählten als progressive Gruppierungen verstanden werden. Zuzustimmen ist, dass entscheidend ... war und ist, dass eine klare Auffassung darüber besteht, welche Rolle diese Kräfte innerhalb der Kirche spielen. ... ‚Das loyal-progressive Gegengewicht zu den rechten Kräften zu stärken‘ weist ihnen eher eine taktische Aufgabe zu, beschreibt eine Funktion, aber kein Ziel. ... [Wenn] wir den progressiven Gruppierungen deutlich machen können, in welche Richtung sich das Verhältnis von Gesellschaft/Staat und Kirche entwickeln soll und kann ... werden die Kräfte in den progressiven Gruppierungen in der Lage sein, mit unserer Unterstützung ihre spezifische Aufgabe zu bestimmen. ... Zum Gesprächspartner von Kirchenleitungen werden sie, wenn sie nicht wegzuwischende theologisch begründete Positionen sich erarbeitet haben ... Sollten unsere Medien ... unterstützen? Oder wollen wir nicht die von rechts forcierte Auseinandersetzung, die mit Hilfe der Westmedien erfolgt, zusätzlich von links verschärfen? Nachdem heute die Kirchenleitungen insgesamt in einem guten und konstruktiven Staat-Kirche-Verhältnis realistische Positionen einnehmen, sich aber immer wieder durch die ‚Basis‘ unter Druck setzen lassen und so politisch problematische und negative Positionen mit aufnehmen, wäre m. E. ... zu prüfen: Sollten die progressiven Gruppierungen nicht verstärkt als Sprachrohr der großen loyalen Mehrheit der Gläubigen in Erscheinung treten, da diese durch die Kirche nicht genügend berücksichtigt wird und so bekanntermaßen Synoden z. T. ein Eigenleben führen?“³⁰⁹

Tatsächlich zeigte sich, dass in den Auseinandersetzungen zur innerkirchlichen Standortbestimmung nach der „Zionsaffäre“ (vgl. Abschnitt 4.21) die „progressiven Gruppierungen“ sich (vergeblich) als „Stimme der kirchlichen Basis“ zu profilieren bemühten, um die Isolierung der oppositionellen Basisgruppen in den Gemeinden zu erreichen. Diese Vergeblichkeit betraf jedoch nur den politischen Begründungszusammenhang ihrer Kritik an der „Duldsamkeit“ der Amtskirche gegenüber den oppositionellen Gruppierungen. Das Missbehagen vieler Gemeindeglieder angesichts der Tätigkeit solcher Gruppen im kirchlichen Raum entsprang vielmehr ersterer konservativer (vielfach antikommunistischer) oder einfach unpolitischer Grundhaltung, was deren gleichzeitiger Distanz zur Staatsmacht oder sogar Feindschaft ihr gegenüber keineswegs widersprach.

3.5.2 Basisgruppen als Problem der Partei- und Staatsorgane

Zu Beginn der 80er Jahre versuchten staatliche Organe, die im kirchlichen Raum entstehenden und sich daher dem direkten Kontroll- und Disziplinierungszugriff entziehenden Friedenskreise an ihrer Entfaltung zu hindern, ihre Verankerung in den Gemeinden aufzuhalten und ihr Hineinwirken in den öffentlichen Raum zu blockieren. Eine „unabhängige Friedensbewegung“ sollte gar nicht erst entstehen. Doch Ende 1982 war klar, dass dies nicht mehr zu

309 Anmerkungen vom 26.10.1987 zum Thesenpapier vom 9.6.1987, SAPMO BArch, DO 4/816.

verhindern war. Mitte September 1982 bilanzierte ein Arbeitspapier aus der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen (SfK), dass im Rahmen der kirchlichen Jugendarbeit (Friedensdekaden, Friedenswerkstatttage, Bluesmessen, Friedensseminare) an der Basis inzwischen oft die „staatsfeindlichen Kräfte“ bestimmend geworden wären: Nach der Ablehnung des Wehrkundeunterrichts und der vormilitärischen Ausbildung sowie der Forderungen nach Änderung der Wehrdienstgesetzgebung seien die SoFD-Initiative und der „Berliner Appell“ neue Höhepunkte. Nun würden nicht mehr ausschließlich nur christlich-pazifistische, sondern politisch-oppositionelle Ansätze dominieren. Die staatlichen Reaktionen galten nun den sich „ausweitenden Kristallisationspunkten antisozialistischer Kräfte“ mit Ausstrahlung über den kirchlichen Raum hinaus. Das langfristige Wirken einer auf der politischen Linie der Wehrdienstverweigerung und der Selbstorganisation von Bausoldaten aufsetzenden Entwicklung sei also im kirchlichen Raum auch mittels der technischen und organisatorischen Möglichkeiten der Kirche erfolgreich gewesen. Es gäbe nun eine aktive und radikale Basis vor allem unter den Jugendlichen. Ihr müssten die Kirchenleitungen in bestimmtem Umfang Rechnung tragen, um nicht selbst an Einfluss zu verlieren. Gleichzeitig würden aber durch diese Basisarbeit auch in den Kirchenleitungen die politisch-negativen Kräfte gestärkt. Daher käme es zur Belastung der Staat-Kirche-Beziehungen.³¹⁰

Auch den Staatsorganen war klar, dass wegen der weitgehend demokratischen evangelischen Kirchengrundordnung der Druck auf Kirchenleitungen ergänzt oder in bestimmten Fällen ersetzt werden müsse durch die direkte Beeinflussung der Gemeindekirchenräte als Organ der gastgebenden Gemeinden. Solche Gremien zur Weitergabe dieses Drucks auf die auszuschaltenden oder zu disziplinierenden Kreise zu bringen, war meist nur durch „konzertierte Aktionen“ von einerseits offizieller Kontaktierung dieser Gremien durch die jeweils zuständigen Staatsorgane und andererseits inoffizieller geheimdienstlicher Aktivitäten Erfolg versprechend. Die bei den Staatssicherheitsorganen anfangs noch favorisierte Bearbeitung der Friedenskreise in Richtung strafrechtlicher Verfolgung von Gruppenmitgliedern erwies sich infolge der überwiegend legalistischen Praxis dieser Kreise und mit Rücksicht auf das fragile Staat-Kirche-Verhältnis als schwierig. „[Es] orientieren sich feindlich-negative Kräfte zielgerichteter als früher auf die Durchführung öffentlichkeitswirksamer Aktionen und Maßnahmen, bei denen feindlich-negative Kräfte aus der Anonymität treten, größere Breitenwirkung ... erreichen und Druck auf Partei und Regierung ausüben. ... Sie gehen davon aus, dass zahlreiche Personen inzwischen bereit sind, sich öffentlich unter dem Deckmantel des Kampfes um den Frieden oder um die Erhaltung der Umwelt für antisozialistische Aktivitäten zu engagieren und auch die daraus resultierenden Konsequenzen in Kauf zu nehmen.“³¹¹ Daher galt es, im MfS die Anwendung von Methoden des „politisch-operativen Zusammenwirkens“ (POZW) mit Funktionären anderer Staatsorgane zur Bearbeitung von Zielpersonen aus den Friedenskreisen zum Zwecke ihrer beruflichen und sozialen Kontrolle bzw. Disziplinierung auszubauen. In Rahmen von gegen Friedenskreismitglie-

310 Bemerkungen und Fakten zur Rolle der Evangelischen Kirche in der DDR im Rahmen strategischer gegnerischer Konzepte zur Schwächung der Verteidigungsbereitschaft der DDR. Arbeitspapier im SfK vom 14.9.1982, SAPMO BArch, DO 4/594.

311 Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Missbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisierung politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen „inneren Opposition“ in der DDR, April 1983, MfS, JHS A.- Nr. 241/83.

der oder Friedenskreise eröffneten Operativen Vorgängen (OV) wurden überdies in beträchtlichen Umfang Zersetzungsmaßnahmen im Sinne der Richtlinie 1/76 des MfS³¹² durchgeführt. Die kirchenpolitische Linie des MfS, im Ministerium vertreten durch die Abteilung 4 der Hauptabteilung (HA) XX³¹³ und seit 1979 geleitet von Oberst Jochen Wiegand, war auch auf der jeweiligen Bezirksebene in Form von Referaten präsent. In Berlin³¹⁴ leitete Major Kurt Dohmeyer das Referat 4 innerhalb der Abteilung XX, letztere bis 1988 geführt von Oberst Häbler, dann von Oberst Herbert Heß.

Ein zweites Feld der Eindämmung des Wirksamwerdens sich politisierender kirchlicher Basisgruppen war die staatliche kirchenpolitische Penetration der Amtskirche, um die Disziplinierung solcher Gruppen durch Einwirken amtskirchlicher Gremien im Sinne des staatlichen Interesses an der Beendigung der Basisgruppenaktivitäten zu erreichen. Der Nutzung sich hier eröffnender Möglichkeiten wurde staatlicherseits immer der Vorzug vor jeder anderen Option gegeben: Unmittelbare staatliche Sanktionen gegen Pfarrer oder andere kirchliche Amtsträger bzw. gegen kirchliche Basisgruppen oder ihre Mitglieder mussten zwangsläufig das geregelte Staat-Kirche-Verhältnis belasten, weil die Glaubwürdigkeit der Amtskirche in den Gemeinden vom Ausmaß der amtskirchlichen Schutzinitiativen für die von Sanktionen betroffenen Kirchenglieder abhing und daher die Kirche gegen staatliche Maßnahmen dieser Art intervenieren musste. An so entstehenden Belastungszuständen waren beide Seiten in der Regel nicht interessiert. Sie fielen weg, wenn die Amtskirche staatlicherseits dazu gebracht werden konnte, solche Disziplinierungen im Rahmen ihrer Befugnisse selbst durchzuführen, also staatliche Interessen in Form innerkirchlicher Maßnahmen zu wahren.

Die Maximen staatlichen kirchenpolitischen Handelns entschieden die Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim SED-ZK³¹⁵, der jeweils für Kirchenfragen zuständige ZK-Sekretär³¹⁶ und in besonderen Fällen das Politbüro oder der Erste bzw. Generalsekretär. Die offizielle staatliche Zuständigkeit der Umsetzung dieser Maximen lag seit 1957 in der Verantwortung eines ab 1956 amtierenden Staatssekretärs für Kirchenfragen, dessen Dienststelle für die Angelegenheiten aller Religionsgemeinschaften zuständig und ab 1977 dem Ministerratsvorsitzenden zugeordnet war. Hans Seigewasser war Staatssekretär von 1960 bis 1979,

312 Vgl. dazu Abschnitt 3.5.2.1.

313 Die Linie XX war unter anderem für die Bearbeitung aller der „politisch-ideologischen Diversion“ (PID) und „politischen Untergrundtätigkeit“ (PUT) zuzurechnenden Aktivitäten zuständig. Auf Ministeriumsebene leitete Generalleutnant Paul Kienberg die Hauptabteilung XX (HA XX). Neben der kirchenpolitischen Linie XX/4 waren vor allem die Linie XX/2 (Jugendpolitik) und XX/9 (politischer Untergrund) für die Bearbeitung von PID und PUT relevant.

314 Die Bezirksverwaltung Berlin des MfS leitete bis 1986 Generalleutnant Wolfgang Schwanitz und ab 1986 Siegfried Hähnel. Der Stellvertreter Operativ in der BV Berlin war bis Anfang 1989 Oberstleutnant Kurt Zeiseweis.

315 Die Arbeitsgruppe leitete von 1954 bis 1977 Willi Barth, bis 1988 Rudi Bellmann und zuletzt (ab Januar 1989) Peter Krauß.

316 Bis 1958 war dies Paul Wandel, bis 1984 der verantwortliche ZK-Sekretär für Sicherheit, Paul Verner, danach Werner Jarowinsky; die letzteren beiden Politbüromitglieder. Diese Zuständigkeit betraf alle in der DDR tätigen Kirchen und andere Glaubensgemeinschaften.

gefolgt von Klaus Gysi (bis 1988) und Kurt Löffler (bis 1989).³¹⁷ Den „Sektoren für Kirchenfragen“ im Amtsbereich der Stellvertreter des Vorsitzenden für Inneres auf der Ebene der Räte der Bezirke und Kreise³¹⁸ gegenüber war der Staatssekretär nicht weisungsberechtigt, denn die „Stellvertreter Inneres“ blieben dem Ministerium des Inneren unterstellt. Dieses „Tandem“ aus Dienststelle des Staatssekretärs und den jeweiligen „Stellvertretern Inneres“³¹⁹ musste sich bei der Penetration ihrer kirchlichen Zielgremien abstimmen, während das MfS im Verfolg ihrer geheimdienstlichen Operationen in Richtung Kirche und Gruppen sich bei Bedarf jeder geeigneten staatlichen Einrichtung bediente. Im Februar 1983 entwickelte die Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen eine neue Anleitungsform der für Kirchenfragen zuständigen Sektorenleiter der Räte der Bezirke über die operative Tätigkeit von in die Dienststelle eingebundene „Bezirksbeauftragte“. Ausschlaggebend dafür dürften 1983 die besonderen Anforderungen im Zusammenhang mit dem Luther-Jahr gewesen sein; jedoch betonte das SfK³²⁰ die über diese Aufgabe hinausgehende operative Bedeutung solcher Bezirksbeauftragter. Richtungsweisend für deren operative Arbeit waren die zahlreichen intensiven Beratungen des Staatssekretärs mit den „Stellvertretern Inneres“.³²¹

317 Zuletzt war Lothar de Maizière bis 1990 in der Regierung Modrow als stellvertretender Ministerratsvorsitzender verantwortlich.

318 Die in Berlin diesen Strukturen entsprechend angepassten Verantwortlichkeiten waren auf Magistrats-ebene dem Stellvertreter des Oberbürgermeisters für Inneres (Günter Hoffmann) und auf Stadtbezirksebene (Räte der Stadtbezirke) den Stellvertretern der jeweiligen Stadtbezirksbürgermeister zugewiesen.

319 Für die kirchenpolitischen Informationsdienste waren auf den jeweiligen Ebenen (Räte der Bezirke bzw. Kreise) Referenten für Kirchenfragen verantwortlich. Auf der Ebene des Magistrats von Berlin war dies Referent Stefan Mußler. Auch auf der Ebene der jeweiligen Stadtbezirksräte waren solche Referenten tätig. Es gab einen regelmäßigen Berichtsdienst „nach oben“, der beim Staatssekretär für Kirchenfragen endete. Die gleichen Berichte erreichten die jeweilig zuständigen SED-Bezirks- oder Kreisleitungen. Die Dienststelle des Staatssekretärs wiederum informierte die Parteigremien über ihre Gespräche mit kirchlichen Amtsträgern und konsultierte die richtliniengebende Arbeitsgruppe des ZK für Kirchenfragen.

320 Die schon weiter oben der Kürze halber verabredete Bezeichnung „SfK“ für die *Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen* (weshalb es eigentlich auch „die SfK“ heißen müsste) verschleiert etwas die Besonderheit, dass dieser Staatssekretär, anders als im Falle anderer Staatssekretäre, keinem eigenen Staatssekretariat, sondern eben nur einer Dienststelle vorstand. Anders als andere Staatssekretäre war er nicht einem der Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrats, sondern dem Ministerratsvorsitzenden direkt unterstellt. Wenn es also im Text „das SfK“ heißt, bedeutet dies eigentlich „die Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen“.

321 Information vom 8.12.1983 über den Verlauf und die Ergebnisse der operativen Tätigkeit der Bezirksbeauftragten im Jahre 1983. Vorlage für die Dienstbesprechung am 22.12.83, SAPMO BArch, DO 4/1277. Dass das SfK die Sektorenleiter in strategischen Fragen auch direkt instruierte und wie diese Instruktionen aussahen, zeigt die Rededisposition eines Vortrags des Staatssekretärs für eine Beratung der Sektorenleiter für Kirchenfragen der Räte der Bezirke vom 22.6.1984: „Das Prinzip, Auseinandersetzungen mit politisch negativen Kräften in die Kirchen hineinzudrücken und dort durch die Kirchenleitungen und loyale Amtsträger führen zu lassen, hat sich bewährt. ... So richten feindliche und negative Kräfte im kirchlichen Raum ihre Angriffe sowohl gegen den Staat als auch mit zum Teil größerer Intensität gegen realistische Mitglieder der Kirchenleitungen. ... Nachdem bereits auf der Tagung der Synode des BEK im September 1983 in Potsdam in provokatorischer Weise das gesellschaftliche Leben in der DDR verleumdet wurde, gab man auf der Synode der EKU im Mai 1984 in Berlin wiederum Angriffen gegen die DDR Raum. Der Versuch des Berliner Bischofs Dr. Forck, seine auf Konfrontation mit dem Staat abzielenden Vorstellungen durch die Synode der EKU bestätigen zu lassen (nachdem sie von der KKL bereits zurückgewiesen wurden), gelang nur teilweise ... Mit Nachdruck müssen die

So wurde beispielsweise die einheitliche Einflussnahme auf den Verlauf der Friedensdekade 1984 gesichert, indem Staatssekretär Gysi die Stellvertreter für Inneres der Räte der Bezirke sowie die Sektorenleiter für Kirchenfragen direkt anleitete und die Bildung von Arbeitsgruppen zur operativen Absicherung der Arbeit und des Informationsflusses veranlasste.³²²

Wichtigste Voraussetzung für eine erfolgreiche staatliche Einflussnahme auf kirchenleitende Gremien war die genaue Kenntnis der innerkirchlichen Kräfteverhältnisse und der Bereitschaft von kirchlichen Amtsträgern, der staatlichen Interessenpolitik innerkirchlichen Raum zu geben.³²³ Während solche Einflussnahme generell im Dienst staatlicher Kirchenpolitik stand, wurden im letzten Jahrzehnt der DDR speziell die Aktivitäten der Friedenskreise und der politisch alternativen Gruppen immer mehr Gegenstand staatlicher kirchenpolitischer Interventionen. Die Frage war, ob und in welchem Umfang solche Gruppen auf amtskirchliche Duldung oder sogar Unterstützung rechnen konnte. Seit 1980 wurden in der Dienststelle des Staatssekretärs das Anlegen von Dossiers über kirchenleitende Persönlichkeiten systematisiert. Aufzunehmen in den Berichtsdienst waren Landesbischöfe, Leiter der wichtigsten Kirchen und Religionsgemeinschaften, Konsistorialpräsidenten, Präsidenten des BEK, der Synoden der VELK (lutherische Kirchen) und der EKU (unierte Kirchen), zu denen auch die EKBB gehörte, Leiter des BEK-Sekretariats nebst Stellvertreter, Leiter von BEK-Kommissionen sowie Landesjugendpfarrer. Hinzu kamen bestimmte auffällige Einzelpersonlichkeiten außerhalb dieses Rasters (so damals schon der in Cottbus tätige Generalsuperintendent Gottfried Forck). Hinsichtlich der zu sammelnden personenspezifischen Daten sollten die Mitgliedschaft in Parteien und Massenorganisationen, die Stellung zur weltpolitischen Situation, die Beteiligung an Wahlen, politische Meinungsäußerungen, Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit, die Zugehörigkeit zu innerkirchlichen oder überkonfessionellen Gruppierungen, Kontakte zu staatlichen Organen, Auslandsreisen und -kontakte, Auftritte im Ausland sowie Presse- u. Fernsehinterviews registriert werden.³²⁴ Neben der Sammlung solcher aus Gesprächen mit den Amtsträgern und der Auswertung ihres öffentlichen Auftretens gewonnenen „offiziellen“ Informationen durch das SfK verfügte das MfS natürlich darüber hinaus über eine Vielzahl von „inoffiziellen“ Kenntnissen

staatlichen Organe fordern, dass der durch die sozialistische Verfassung gewährte Raum für die kirchliche Tätigkeit nicht als ‚politischer Freiraum‘ und als Plattform für Angriffe gegen den Sozialismus missbraucht werden darf. Die Kirchen selbst müssen das konsequent unterbinden ...“ Information zur Situation in den evangelischen Kirchen in der DDR, 1. Juni 1984, SAPMO BArch, DO 4/990.

322 Abschlussinformation über den Verlauf der [5.] Friedensdekade [11.-21.11.]1984, Vorlage vom 23.11.1984 für die Dienstbesprechung vom 26.11.1984, SAPMO BArch, DO 4/1282.

323 In den Vorgaben für die Operativplanungen des SfK Anfang 1981 wurde festgelegt, dass das jeweilige Kräfteverhältnis in den Landeskirchen zu analysieren, für die Festigung der „realistischen“ Kräfte Hilfestellung zu geben sowie die politische Wachsamkeit und (im Zusammenwirken mit der Nationalen Front, der CDU und den anderen Parteien) die Einflussnahme auf Kirchengemeinderäte und Synodale zu verstärken sei. Für die operative Tätigkeit der Bezirksbeauftragten wurde deren Teilnahme an den Beratungen der Bezirksarbeitsgruppen „Christliche Kreise“ der Nationalen Front verordnet. Orientierung zur Verwirklichung der Schlussfolgerungen der Information über das Verhältnis von Staat und Evangelischer Kirche in der DDR vom 2.12.1980 und Plan zur Führung von differenzierten Gesprächen mit Geistlichen und kirchlichen Amtsträgern durch die Bezirksbeauftragten. Vorlage vom 21.1.1981 für die Dienstbesprechung am 26.1.1981, SAPMO BArch, DO 4/1276.

324 Vorschlag vom 2.5.1980 zur inhaltlichen Gestaltung der anzulegenden Dossiers über kirchenleitende Persönlichkeiten, SAPMO BArch, DO 4/408.

über sie. Die größte Effektivität wurde erreicht, wenn nach dem Prinzip des „politisch-operativen Zusammenwirkens“ (POZW) von Staats-, Partei- und Sicherheitsorganen ein abgestimmtes Vorgehen gegen „Agenturen der PUT/PID“ erfolgte. So konnte beispielsweise auf Bezirks-, Kreis-, Magistrats- oder Stadtbezirksebene unter der Kontrolle der entsprechenden Parteiorgane und in Zusammenarbeit mit z. B. staatlichen Betriebsleitungen (staatliche Leiter in volkseigenen Betrieben/VEB, Kaderleitungen) auf der Grundlage von Informationen der Sicherheitsorgane ein koordiniertes Vorgehen gegen „feindliche Personen und Personenzusammenschlüsse“ auf offizieller Grundlage stattfinden, das bei Bedarf durch inoffizielle (geheimdienstliche) operative Kombinationen (Zersetzungmaßnahmen) flankiert wurde.³²⁵ Das POZW stand meist unter operativer Kontrolle der jeweiligen Dienst Einheit des MfS und unter der politischen Kontrolle des zuständigen SED-Organs. Die strategische Grundlage in Form von Konzeptionen sowohl zur Beeinflussung amtskirchlichen Handelns als auch des Zurückdrängens von „PUT/PID“ erarbeiteten in der Regel die Arbeitsgruppe Kirchenfragen des ZK, die Dienststelle des Staatssekretärs und das MfS gemeinsam. Aus der Sicht des MfS sah die Zusammenarbeit folgendermaßen aus:

„Das MfS als einzige Einrichtung, die aussagekräftig über die internen Vorgänge in den Kirchen und die Absichten, Pläne und Aktivitäten der feindlich-negativen Kräfte in- und außerhalb der Kirchen informieren kann, hat eine besondere Verpflichtung gegenüber unserer Parteiführung. Die frühzeitige und umfassende Information an die Partei ist eine entscheidende Voraussetzung für die offensive Politik, besonders das schnelle personen- und sachbezogene Reagieren auf feindlich-negative Aktivitäten. Die ersten Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen sind durch die zuständigen Dienst Einheiten in Abstimmung mit der Abteilung XX kontinuierlich über die politische Situation hinsichtlich des Missbrauchs der Kirchen und über Vorkommnisse von politisch-operativer Bedeutsamkeit auf dem Laufenden zu halten, um ihrerseits die erforderlichen politischen Maßnahmen durchsetzen zu können. Dabei ist eine hohe Konspiration und Geheimhaltung zu sichern ... Entscheidende Bedeutung für die Durchsetzung der führenden Rolle der Partei auf diesem Gebiet hat die Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK der SED unter Leitung des Genossen Rudi Bellmann.“

Das MfS charakterisierte seine Rolle in den kirchenpolitischen Arbeitsgruppen, welche in Verwirklichung des POZW aus Vertretern aller beteiligten Organe gebildet wurden, wie folgt:

„Dieser Arbeitsgruppe gehören der Stellvertreter für Inneres und der Mitarbeiter für Kirchenfragen bei den Räten der Bezirke/Räte der Kreise, der verantwortliche Mitarbeiter des Bezirks- bzw. des Kreissekretariats der Nationalen Front, ein Mitarbeiter der BDVP/VPKA³²⁶ und ein Mitarbeiter des MfS (im Bezirk der Referatsleiter XX/4 und in den Kreisen sollte das der jeweilige zuständige stellvertretende Leiter der KD³²⁷ sein), an. Die Verantwortung des Mitarbeiters des MfS in dieser Arbeitsgruppe besteht vor allem darin, im Ergebnis bzw. unter Beachtung der im Prozess der tschekistischen Arbeit gewonnenen Erkenntnisse im engen Zusammenwirken mit den verantwortlichen Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionären darauf Einfluss zu

325 Vgl. die Maßnahmen gegen den Friedenskreis Pankow, Abschnitt 3.1.4.3.

326 Bezirksbehörde der Volkspolizei (VP) bzw. VP-Kreisamt.

327 Kreisdienststelle des MfS.

*nehmen, dass Mängel und Schwächen, die die Erfüllung der gesellschaftlichen Aufgaben gefährden bzw. beeinträchtigen, ausgeräumt bzw. eingeschränkt werden. ... Als Mitarbeiter für Kirchenfragen sollten zunehmend Offiziere im besonderen Einsatz eingesetzt werden.*³²⁸

Die wachsenden Spannungen während des Jahres 1981 (vgl. Abschnitt 3.1.2.2) veranlassten Generalsekretär Honecker, sich im April 1982 in einem Fernschreiben an die 1. Sekretäre der SED-Bezirks- und -Kreisleitungen zu wenden:

*„Es ist offensichtlich, dass bestimmte kirchliche Kräfte unter dem Vorwand einer ‚eigenständigen‘, ‚unabhängigen‘ Friedensbewegung bestrebt sind, ... oppositionelle Kräfte gegen die Arbeiter-und-Bauern-Macht zu organisieren. ... Genosse Gysi sagte ... [es] sei unverständlich, dass entgegen früheren Auffassungen und Einsichten durch Vertreter der Evangelischen Kirche in der DDR die Ursachen für das gegenwärtige Wettrüsten sowohl im Westen als auch im Osten gesehen würden. ... Im Gespräch machten einige Vertreter der Evangelischen Kirchen darauf aufmerksam, dass sie von der ‚kirchlichen Basis‘ her angeregt würden, sich schützend vor die Initiatoren einer ‚eigenständigen‘ Friedensbewegung zu stellen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass dies in diesem oder jenem Fall so ist. ... Auf Grund dieses Sachverhaltes macht es sich gegenwärtig in besonderem Maße erforderlich, mit kirchlichen Kreisen auf allen Ebenen, besonders mit Pfarrern, Synodalen und Kirchengemeinderäten, aber auch mit aktiven Kirchgemeindemitgliedern in den Kreisen, Städten und Gemeinden Gespräche zu führen. ... Der Einfluss destruktiver Positionen ist zielstrebig zurückzudrängen. Auf diese massenpolitische Arbeit sind vor allem auch die Arbeitsgruppen ‚Christliche Kreise‘ bei den Kreisausschüssen der Nationalen Front der DDR zu orientieren. Die Freunde von der CDU und anderer befreundeter Parteien, nicht zuletzt auch jene Theologen und kirchlichen Amtsträger, die dem Friedensrat der DDR angehören ... sind noch wirksamer in diese Überzeugungsarbeit einzubeziehen.*³²⁹

Die Orientierung war klar: Nachdem sich die beschränkte Wirksamkeit der Einflussnahme auf die Amtskirche beim Abwürgen einer UFB erwiesen hatte, setzte Honecker auf die Mobilisierung einer innerkirchlichen staatsloyalen Basis und die Aktivierung von in konformen Gremien und gesellschaftlichen Strukturen eingebundenen staatsnahen christlichen „Multiplikatoren“ gegen die Basisgruppen. Die Einflussnahme auf die Amtskirche sollte durch eine „massenpolitische“ innerkirchliche Komponente verstärkt werden.

In Verwirklichung dieser Orientierung des Generalsekretärs teilte Rudi Bellmann, Leiter der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim ZK, im März 1983 dem SED-Generalsekretär in einem Schreiben mit, dass die Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen und dem Ministerium für Staatssicherheit eine gemeinsame Konzeption zur weiteren Einflussnahme auf die Amtskirchen und zur Zurückdrängung der Friedenskreise in

328 Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Missbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen „inneren Opposition“ in der DDR, April 1983, MfS, JHS A.- Nr. 241/83.

329 Fernschreiben Erich Honeckers an die 1. Sekretäre der Bezirks- und Kreisleitungen der SED vom 16.4.1982, SAPMO BArch, DY 30, 2196.

deren Wirkungsbereich erarbeitet habe. Diese abgestimmte Orientierung zur Bekämpfung der sich zu einer „unabhängigen Friedensbewegung“ zusammenschließenden, sich „dema-gogisch als Friedenskreise deklarierenden oppositionellen Gruppierungen“ sollte auch den 1. Sekretären der SED-Bezirksleitungen zugänglich und für deren massenpolitische Arbeit nutzbar gemacht werden. In der Konzeption hieß es, die Inspiratoren der feindlich-negativen Kräfte

„richteten ihre Tätigkeit darauf, diese Gruppierungen in den evangelischen Kirchen ... zu institutionalisieren, eine ‚Öffentlichkeit‘ zu schaffen und destabilisierend auf die innere Entwicklung der DDR einzuwirken. Wo diese Bestrebungen von den Kir-chen zurückgewiesen werden, versuchen sie sich außerhalb und unterhalb kirchli-cher Strukturen zu organisieren. ... In Verwirklichung der Orientierung des General-sekretärs ... wurde erreicht, dass diese Auseinandersetzung nicht mehr vorrangig zwischen Staat und Kirche, sondern in zunehmendem Maße als innerkirchliches Problem ... ausgetragen werden. ... Der vor einem Jahr noch einheitliche Stand-punkt leitender Vertreter der evangelischen Kirchen in der DDR, man müsse sich, angeregt durch die ‚kirchliche Basis‘ schützend vor diese Gruppierungen, ihre An-hänger und Inspiratoren stellen, wurde in Gesprächen des Staatssekretärs für Kir-chenfragen wirkungsvoll zurückgewiesen. Gegenwärtig zeigt sich eine äußerst diffe-renzierte Haltung der Kirchenleitungen gegenüber diesen sogenannten ‚Friedens-kreisen‘. Sie reicht von der offenen Distanzierung, z. B. durch die Thüringische Kirchenleitung und ihren Bischof Werner Leich im Falle der Ereignisse in Jena, bis hin zur politisch-negativen Haltung der Mehrheit in der Leitung der evangelischen Landeskirche Berlin-Brandenburg mit Bischof Dr. Forck, die sich im Gegensatz zu anderen Landeskirchen zum Schirmherrn der destruktiven Kräfte (z. B. Pfarrer Ep-pelmann) erklären und die Rolle eines Vorreiters spielen. ... Daraus ergibt sich, dass die politisch-ideologische Arbeit zur Zurückdrängung und zur Ausschaltung des Ein-flusses dieser Gruppierungen und ihrer Inspiratoren intensiver geführt, gezielter und differenzierter gestaltet werden muss. ... Dabei ist die ganze Kraft darauf zu richten, dass repressive Mittel und Methoden gegen die Anhänger solcher kirchlichen Grup-pierungen unterbleiben können. ... Repressive Maßnahmen treiben erfahrungsgemäß die Betroffenen in die Arme gegnerischer Kräfte, verfestigen falsche Meinungen, be-hindern notwendiges Vertrauen in unsere Staatspolitik und fördern ein missverstan-denes Solidaritätsgefühl untereinander. Die Grundorientierung ist und bleibt deshalb die massenpolitische Arbeit in kirchenpolitischen Kreisen. In diese Aufgabe einge-ordnet kommt der gezielten Überzeugungsarbeit besonders in den Kreisen der An-hänger und Sympatisanten der sogenannten ‚Friedenskreise‘ erhöhte Bedeutung zu ... Es genügt nicht, über sie zu reden, man muss mit ihnen sprechen, und zwar über-all dort, wo sie leben, lernen und arbeiten. ... Diese Arbeit ist nicht als Kampagne zu führen, sondern kontinuierlich fortzusetzen ... [Unterstreichungen im Original. T. K.]³³⁰

330 Konzeption zur Weiterführung der politisch-ideologischen Arbeit zur Entwicklung des Friedensenga-gements der Kirchen und zur Verhinderung bzw. Zurückdrängung des feindlich-negativen Wirksam-werdens sogenannter „Friedenskreise“ in den evangelischen Kirchen in der DDR. Übersendung der Ar-beitsgruppe Kirchenfragen im ZK per Hausmitteilung an Generalsekretär Honecker mit Anschreiben

Diese sich auf Honecker berufende, von der Arbeitsgruppe Kirchenfragen des ZK autorisierte und unter Mitwirkung des MfS entstandene Strategiepapier kann (bis auf das Element der Stärkung „gezielter Überzeugungsarbeit in den Friedenskreisen) als Vorläufer des kirchenpolitischen „Manifests“ der Arbeit des Staatssekretärs Gysi von 1987 (vgl. Abschnitt 4.8) angesehen werden: Obwohl seine Dienststelle bei der Entwicklung der Konzeption nur als „mitwirkend“ benannt, war sie neben dem MfS die eigentliche Schaltstelle zur Umsetzung solcher Richtlinien (auch bei der Orientierung der kirchenpolitischen Mitarbeiter der Räte der Bezirke und Kreise). Die Erfahrungen des SfK dürften maßgebend für die Inhalte der Konzeption gewesen sein. In ihr wurde die Honecker'sche Orientierung auf die „massenpolitische“ Komponente der Abwehr oppositioneller Selbstorganisation *expressis verbis* mit der Orientierung auf größtmöglichen Verzicht auf „repressive Mittel und Methoden“ und mit der direkten Einwirkung auf die Einflusspotentiale der Basisgruppen im Sinne zu leistender „Überzeugungsarbeit“ verbunden. Es wird sich zeigen, dass die (wenn auch unvollständige) Entfaltung dieser Praxis erst in der zweiten Hälfte der 80er Jahre stattfand. Denn im Lichte der Konzeption vom März 1983 war das durch erneute Rückgriffe auf repressive Elemente geprägte Intermezzo Ende 1983/Anfang 1984 widersprüchlich: Das MfS, welches auch schon 1982/83 in Jena solche Methoden bevorzugte, wurde vermutlich durch Honecker selbst im Januar 1984 zur Einstellung dieser Repressionswelle veranlasst (vgl. Abschnitt 3.5.2.2). Andererseits war die Verwirklichung der „massenpolitischen Komponente“ dieser Strategie an die Fähigkeit ihrer Verwirklichung gebunden. So routiniert und (im Gegensatz zum MfS) partiell erfolgreich sich die Dienststelle des Staatssekretärs unter Gysi auch in Zukunft der Beeinflussung amtskirchlicher Verantwortungsträger widmen sollte, so kläglich sollte die angestrebte „Überzeugungsarbeit“ in den Reihen der eigentlichen feindlichen Zielgruppen scheitern.

Dass nicht nur die im engeren Sinne für kirchenpolitische Fragen zuständigen Partei- und Staatsorgane schon sehr früh und in eigener Initiative im Geiste der hier beschriebenen später formulierten Konzeption in Richtung politisch alternativer Gruppen operativ tätig wurden, zeigt das bereits erwähnte Beispiel der Infiltration und Ausspähung der ersten „Friedenswerkstatt“ von 1982 durch beauftragte Nachwuchswissenschaftler der Berliner Humboldt-Universität (vgl. Abschnitt 3.1.2.3). Offenbar in Eigeninitiative des im Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen (MHF) zuständigen Mitarbeiters für die Sektionen Theologie erfolgte die Vorbereitung des Einsatzes von zwölf „politisch zuverlässigen“ Nachwuchswissenschaftlern (Forschungsstudenten und Assistenten der Sektionen Marxismus-Leninismus, Philosophie und Wirtschaftswissenschaften) in Abstimmung mit dem Prorektor für Gesellschaftswissenschaften der HUB. Als Einsatzrichtung der Wissenschaftler bei der vom einweisenden Ministeriumsmitarbeiter als „politisch brisant“ bezeichneten Veranstaltung in der Erlöserkirche wurde festgelegt, „feindliche Angriffsrichtungen herauszuarbeiten

Rudi Bellmanns vom 22.3.1983, SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/14. Hinsichtlich der „Überzeugungsarbeit ... in den Kreisen der Anhänger und Sympathisanten der sogenannten Friedenskreise“ ist anzumerken, dass es bereits im Frühjahr 1982 die Freigabe zu einem Gespräch des persönlichen Referenten des Staatssekretärs, Horst Dohle, mit einigen Mitgliedern des Friedenskreises Friedrichsfelde gegeben hat. Dieses Gespräch ist allerdings auf Initiative des Friedenskreises zustande gekommen.

und differenziert in Gesprächskreisen wirksam zu werden³³¹. Über die Erkenntnisse der Einsatzkräfte und die Ergebnisse ihres Wirkens informierte das Ministerium die ZK-Abteilung Wissenschaften, verbunden mit der Anfrage, „inwieweit der offensive Einsatz von FDJ-Mitgliedern und jungen Genossen aus dem Bereich Gesellschaftswissenschaften bei politischen Diskussionen innerhalb der Evangelischen Kirche, insbesondere zur Friedensproblematik, zielgerichtet und differenziert weitergeführt werden soll.“³³² Sich für diese Anfrage offenbar nicht zuständig haltend, stellte die ZK-Abteilung Wissenschaften das Material der Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK zu und äußerte auch ihr Interesse an der zu gebenden Antwort.³³³ Auf dem Anschreiben des Ministeriums findet sich eine handschriftliche Notiz des Leiters der Arbeitsgruppe Kirchenfragen beim SED-ZK, Rudi Bellmann, vom 1.9.1982, in der dieser die Initiative als „ausgezeichnete Aktivität“ lobte und empfahl, vor solchen Einsätzen unbedingt eine Einweisung vorzunehmen und dazu sowie für die Auswertung der Ergebnisse Genossen der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen hinzuzuziehen.³³⁴ Auch dieser Vorgang dürfte die Orientierung der dann im März 1983 vollendeten Konzeption (siehe oben) angefeuert haben. Entgegen der oberflächlichen Ähnlichkeit dieser operativen Initiative des MHF mit dem bereits erwähnten geheimdienstlich gesteuerten, der Obstruktion dienenden Langzeiteinsatz der „Lutzies“ gegen den Pankower Friedenskreis (vgl. Abschnitt 3.1.4.3) berührte die vom Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen aufgeworfene Frage im Kern das Problem, inwieweit geschulte staatsloyale Akteure sich tatsächlich auf einen öffentlichen Dialog mit Teilnehmern von Veranstaltungen politisch-negativer oder sogar feindlicher Gruppierungen einlassen sollten. Würde dieses Vorgehen nicht zu einer Aufwertung, Legitimierung oder sogar de-facto-Legalisierung solcher Gruppierungen führen? Konnte man das Risiko einer öffentlichen argumentativen Niederlage bei solchen Zusammentreffen eingehen? Sollte umgekehrt die Teilnahme von solchen Gruppen bzw. ihrer Mitglieder an Veranstaltungen staatskonformer Organisationen toleriert werden?

Als der FDJ-Zentralrat im Juni 1983 Protestbriefe junger Christen wegen der Behinderung ihrer Teilnahme an der FDJ-Pfingst-Friedensmanifestation erhielt, argwöhnte der 1. Sekretär des FDJ-Zentralrats Egon Krenz, „offensichtlich handelt es sich um einen Versuch, die ‚Junge Gemeinde‘ als Organisation zum Gesprächspartner der FDJ zu machen“. Gegenüber dem SED-Generalsekretär schlug Krenz vor, „auf keinen Fall sollte ein kollektives Gespräch mit der Gruppe der ‚Jungen Gemeinde‘ zustande kommen.“ Die Losung von der „Einheit der Jugend im Friedenskampf“ interpretierte Krenz als gleichbedeutend mit dem exklusiven Anspruch der FDJ auf deren Verkörperung und Bestrebungen eines Dialogs

331 Information des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesens vom 1.7.1982, SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/47.

332 Anschreiben des stellvertretenden Ministers für Hoch- und Fachschulwesen, Gerhard Engel, an den stellvertretenden Leiter der ZK-Abteilung Wissenschaften, Gregor Schirmer, vom 12.7.1982 im Zusammenhang mit der Information des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesens vom 1.7.1982, ebenda.

333 Hausmitteilung der ZK-Abteilung Wissenschaften an die Arbeitsgruppe Kirchenfragen, z. Hd. v. Rudi Bellmann vom 15.7.1982. Ebenda.

334 Handschriftliche Notiz Rudi Bellmanns vom 1.9.1982 auf dem Anschreiben Gerhard Engels an Gregor Schirmer vom 12.7.1982. Diese Empfehlung ist (der Notiz zufolge) offenbar auf telefonischem Wege von Bellmann an Engel und Schirmer übermittelt worden. Ebenda.

etwa der Jungen Gemeinde mit der FDJ als Störung dieser Einheit. Denkbar sei höchstens ein Dialog innerhalb der FDJ mit Gemeindemitgliedern.³³⁵ Auch das SfK war hinsichtlich der Teilnahme von Referenten aus dem staatlichen oder gesellschaftlichen Bereich an Einladungsveranstaltungen der Basisgruppen eher skeptisch.³³⁶ Umgekehrt wurde auch das (selten geäußerte) Interesse „sonstiger“ staatlicher Einrichtungen an der Thematisierung staatlicher kirchenpolitischer Maximen in eigenen Veranstaltungen dieser Einrichtungen vom SfK als zu heikel blockiert: So wandte sich das VEB Kombinat Plast- und Elastverarbeitung am 23.7.1985 mit einem Schreiben an das SfK, in dem es ein Lehrgangsthema „Die Stellung der Kirche in der DDR und ihr Einfluss auf die jungen Generation“ für ihre zentrale Betriebsakademie auf Grund allgemeinen Interesses der Belegschaft ankündigte und dies mit Bitte um Entsendung eines Referenten aus der Dienststelle des Staatssekretärs verband. Die Antwort am 22.8.1985 lautete: „Auf ihr Schreiben ... muss ich Ihnen im Auftrag des Staatssekretärs, Genossen Klaus Gysi, mitteilen, dass das Thema in der von Ihnen angegebenen Form für uns aus prinzipiellen Gründen nicht annehmbar ist.“³³⁷

Die unklare und zögerliche Praxis bei der Umsetzung der „massenpolitischen“ Komponente einer „Überzeugungsarbeit in den Friedenskreisen“ durch die operativen Verantwortungsträger der „kirchenpolitischen Linien“ stand im Gegensatz zur Favorisierung dieser Überzeugungsarbeit in der Konzeption vom März 1983. Trotzdem war diese Zögerlichkeit durchaus instinktsicher und beschreibt anschaulich das damalige fundamentale Dilemma, welches sich aus dem wirklichkeitsfernen konzeptionellen Übermut der Arbeitsgruppe Kirchenfragen ergab, den namentlich das SfK auszubaden hatte: Wegen der politischen Unwägbarkeiten direkter argumentativer „Feindberührungen“ mit Basisgruppen in Anbetracht des für die staatliche Seite vage in Aussicht stehenden hypothetischen Ertrags einer Rückgewinnung „ideologisch verwirrter Sympathisanten“ solcher Gruppierungen oder deren öffentlicher Desavouierung kam es damals nur sehr selten zu solchen „Begegnungen dritter Art“. Ein Beispiel für die Teilnahme von Repräsentanten staatlicher oder gesellschaftlicher Einrichtungen an Friedenskreis-Veranstaltungen ist der Auftritt von Wolfgang Schwarz vom IPW zur aktuellen NATO-Strategie und die Konsequenzen der Nachrüstung für Europa im September 1985 im Friedenskreis Friedrichsfelde (vgl. Abschnitt 3.1.4.5). Ein Beispiel für die Teilnahme eines Friedenskreises an einer Veranstaltung in Verantwortung einer staatlichen Einrichtung ist das auf Initiative des Friedrichsfelder Kreises über verschiedene Hindernisse hinweg zustande gekommene Zusammentreffen mit dem SAAS im Februar 1987 (vgl. Abschnitt 4.5.1). Als Mitte 1987 in Berlin der Kirchentag bevorstand und allerlei Zwischenfälle sowie unwägbar politische Komplikationen drohten, erwog ZK-Sekretär und Politbüromitglied Werner Jarowinsky, für Kirchenfragen zuständig, den außerordentlichen Einsatz zuverlässiger Wissenschaftler und Kulturschaffender auf dem Kirchentag, um des-

335 Brief des 1. Sekretärs des Zentralrats der FJD, Egon Krenz, an den SED-Generalsekretär, Erich Honecker, vom 8.6.1983, SAPMO BArch, DY30 2524.

336 „Versuche der ESG [Naumburg], die Attraktivität ihrer Veranstaltungen durch Referenten aus dem staatlichen oder gesellschaftlichen Bereich zu erhöhen, sollte keine Unterstützung erfahren.“ Diese Positionierung war in der Dienstberatung offenbar umstritten, da sie in der Vorlage handschriftlich mit einem „?“ versehen war. Vorlage vom 22.1.1985 für die Dienstbesprechung vom 28.1.1985, SAPMO BArch, DO 4/1282.

337 Schreiben der Zentralen Betriebsakademie des VEB Kombinat Plast- und Elastverarbeitung an das SfK vom 23.7.1985 und Antwort i. A. des Staatssekretärs vom 22.8.1985, SAPMO BArch, DO 4/990.

sen ruhigen Verlauf zu begünstigen. Die Arbeitsgruppe Kirchenfragen allerdings riet Jarowinsky, dabei jeder „vordergründigen Politisierung entgegenzuwirken“ und keinesfalls den „Eindruck einer Dialog-Veranstaltung“ zuzulassen.³³⁸ Das wichtigste Beispiel für die Teilnahme unabhängiger Gruppen an einer offiziellen staatlich organisierten Großveranstaltung war der Olof-Palme-Friedensmarsch 1987 (vgl. Abschnitt 4.15.2). Vor allem hier galt, dass derartiges zuvor in der Regel verhindert wurde – so wie in Berlin 1982 und in Jena 1982/83 (vgl. Abschnitte 3.1.2.3 und 3.5.2.2) – und auch danach nicht mehr stattfand.

Letztendlich blieb es also in der Praxis dabei, dem MfS die Bearbeitung der Gruppen zu überlassen und über das SfK sowie die „Sektoren für Kirchenfragen“ im Bereich der Stellvertreter des Vorsitzenden für Inneres die kirchlichen Amtsträger unter Druck zu setzen. Das Schlüsselwort war: „Polarisierung der innerkirchlichen Kräfte“ und Stärkung der „realistischen“ Geistlichen gegenüber den „politisch-negativen“ Amtsträgern bzw. (Laien)synodalen. Dass dies anfangs aussichtsreich war, belegt eine Information des SfK vom August 1984:

„In einem Gespräch beim Sektor Kirchenfragen der Hauptstadt (2.8.84) kam zum Ausdruck, dass Konsistorialpräsident Stolpe seine Bemühungen um konstruktive Staat-Kirche-Beziehungen konsequent und aktiv fortsetzt. Er betonte, dass sich auch in Berlin nunmehr ‚klare Mehrheitsverhältnisse gegen eine Konfrontation mit dem Staat in der Friedens- und Ökologiefrage herausgebildet haben‘. Die stärkere Anbindung von ‚Basisgruppen‘ an die Gemeinden sei wirksam geworden. Die kirchenleitenden Gremien müssten ihre Aufmerksamkeit vor allem auf die Versuche dieser Gruppen richten, auch unter Umgehung kirchlicher Strukturen Aktivitäten zu entwickeln. Insgesamt schätzt der Sektor Kirchenfragen der Hauptstadt ein, dass die Bemühungen kirchenleitender Vertreter der Berlin-Brandenburger Kirche in Berlin (besonders Krusche, Winter und Stolpe) zur Disziplinierung der politisch negativen Kräfte erfolgreich sind. Zunehmend führen sie auch selbst die offene Auseinandersetzung mit diesem Personenkreis. ... Das Erstarken der politisch loyalen und realistischen Kräfte in der Berlin-Brandenburger Kirchenleitung wirkte sich im Berichtszeitraum offenbar auch insofern aus, als dass er [Forck] sich bei seinen relativ häufigen Besuchen in Kirchengemeinden im Bezirk Potsdam auf vorwiegend religiöse Ausführungen beschränkte und nicht, wie in den Vormonaten, Angriffe gegen den sozialistischen Staat vortrug.“³³⁹

Als besonders gefährlich wurden Entscheidungen der Bundessynoden eingeschätzt, welche den Charakter von strategischen innerkirchlichen Weichenstellungen hinsichtlich des Auftretens der Evangelischen Kirchen in der Öffentlichkeit und gegenüber dem Staat annehmen konnten. Daher war auch der hier betriebene staatliche Aufwand in der „Vorfelddarbeit“ zur „Absicherung“ solcher Schlüsselereignisse besonders groß. So hieß es in einem Schreiben des Staatssekretärs für Kirchenfragen vom August 1985 an alle Stellvertreter für Inneres und den Magistrat von Berlin:

338 Aust 1998, S. 96 unter Hinweis auf eine Hausmitteilung von Peter Krauß aus der AG Kirchenfragen an Jarowinsky vom 23.6.1987, SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/126.

339 Vorlage vom 20.8.1984 für die Dienstbesprechung am 27.8.1984, SAPMO BArch DO 4/1278.

„In der Zeit vom 20. bis 24. September 1985 tagt in Dresden die Synode des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR ... Es ist unsere Aufgabe, durch gezielte differenzierte Einflussnahmen – ohne jedoch nun eine Kampagne gegenüber allen Synodalen zu beginnen – dafür zu sorgen, dass diese kirchlichen Amtsträger in ihrem Verantwortungsbereich auf der Tagung mit eindeutig realistischen Positionen in den Fragen der Sicherung und Erhaltung des Friedens auftreten ... Es muss auch deutlich werden, dass der Versuch negativer Gruppen aus den Kirchen, das Staat-Kirche-Verhältnis zu belasten und politische Entwicklungen in der DDR zu verleumdern, nicht nur zu Konflikten mit dem Staat und der Gesellschaft führen, sondern sich auch gegen die politisch realistische Linie kirchenleitender Kräfte des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR richtet und daher nicht im Interesse der Kirche liegt ... [Ich] bitte um sofortige Information über die Ergebnisse der Aussprachen.“³⁴⁰

Trotz der Einschätzung, „dass gut vorbereitete Veranstaltungen mit kirchlichen Vertretern unter Einbeziehung kompetenter Fachleute aus dem staatlichen und gesellschaftlichen Bereich eine hohe politisch-ideologische Wirkung erzielen“³⁴¹, hieß es in der Auswertung dieser Synode ernüchtert, das Auftreten der gegenüber der Greifswalder Synodentagung besser organisierten offensiven gegnerischen kirchlichen Kräfte bedeutete einen „Tiefschlag gegen die Absichten der KKL, in kleinem Kreis vertraulich ein Treffen des Generalsekretärs des ZK der SED mit einer Abordnung der KKL vorzubereiten ... Das auf der Tagung bestehende Kräfteverhältnis reichte nicht aus, politisch negative Aussagen zur Realisierung der individuellen Menschenrechte im Beschluss der Synode zu verhindern.“³⁴²

3.5.2.1 Strategien und Methoden des MfS zur Bekämpfung der Opposition

Im MfS-Jargon waren für widerständige und einen Teil oppositioneller Aktivitäten deren Zuordnung zur „politischen Untergrundtätigkeit“ (PUT) üblich. PUT zeichnete ihre „hohe Gesellschaftsgefährlichkeit“ aus und war „gerichtet gegen die politischen, ideologischen und ökonomischen Grundlagen der sozialistischen Gesellschaft“. Die Akteure PUT waren für das MfS „feindlich-negative“, „staatsfeindliche“, „antisozialistische“, „konterevolutionäre“ Kräfte und wurden solcherart nicht als „Andersdenkende“, sondern als (in diesem Sinne) „aktiv Handelnde“ kenntlich.³⁴³ Prinzipiell galt das Axiom, dass PUT in der DDR auf „politisch-ideologische Diversion“ (PID) des Feindes im Westen zurückzuführen und daher eine enge Zusammenarbeit der Linie XX mit der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) angezeigt sei. Gruppen PUT und ihr Vorfeld wurden differenziert nach ihrem Gefahrenpotential: „Staatsfeindliche Gruppen“ organisierten öffentliche Aktionen, arbeiteten an konzeptionellen Reformvorstellungen staatsfeindlichen Charakters und unterhielten Verbindungen in den Westen sowie zu anderen oppositionellen Gruppen. Die Organisation provokativ-demon-

340 Schreiben des Staatssekretärs für Kirchenfragen an alle Stellvertreter für Inneres und Magistrat vom 7.8.1985, SAPMO BArch, DO 4/990.

341 Leitungsinformation 6/85. Vorlage vom 27.12.1985 für die Dienstbesprechung am 23.12.1985. SAPMO BArch, DO 4/951.

342 Information vom 26.9.1985 über den Verlauf und den Inhalt der 5. Tagung der 4. Synode des BEK. Vorlage für die Dienstbesprechung vom 1.10.1985, SAPMO BArch, DO 4/1282.

343 BStU ZA JHS VVS 001-200/79, S. 20, 32.

strativer Handlungen wurde in der Regel als Feindtätigkeit (etwa als staatsfeindliche Hetze), jedoch nicht immer als PUT behandelt. Ein Fall von PUT bei solchen Handlungen musste während der operativen Bearbeitung nachgewiesen werden. Er lag vor, wenn ein Angriff auf die Grundlagen der sozialistischen Gesellschafts- und Staatsordnung („Unrechtsstaat“, „Polizeistaat“) oder die Tätigkeit von Staatsorganen („Menschenrechtsverletzungen“) vorlag und auf „innere Opposition, Widerstand oder Untergrundbewegung“ orientiert wurde.³⁴⁴ Zum Vorfeld PUT zählten „Gruppen mit staatsfeindlichen Tendenzen“, „lose Gruppen“, „Irregeleitete und Sympathisanten“. PUT wurde in „operativen Vorgängen“ (OV) und „operativen Personenkontrollen“ (OPK) bearbeitet, deren Ziel im Nachweis und der Unterbindung der vom MfS verfolgten Handlungen bestand. Ein Abschluss solcher OV konnte die Gestalt eingeleiteter Ermittlungsverfahren (EV) oder der Anwerbung annehmen. Die Durchführung von „Zersetzungmaßnahmen“ wiederum konnte Bestandteil von Maßnahmeplänen während der Durchführung des OV oder sein Abschluss sein, sofern diese das Ziel des OV verwirklichten.³⁴⁵ Maßnahmen der Zersetzung dienten der „Liquidierung“ operativ relevanter Aktivitäten von durch das MfS überwiegend in OV bearbeiteten Zielpersonen im Bereich von PUT und PID ohne Anwendung strafrechtlicher Maßnahmen. Es waren dies Maßnahmen der Verunsicherung, psychischen Belastung, des Hervorrufens von Lebenskrisen und/oder Existenzängsten durch Streuen von Gerüchten und Verbreitung glaubhafter falscher und/oder überprüfbarer wahrer persönlich diskreditierender Informationen in der operativ relevanten Gruppe, welcher die Zielperson angehört und/oder seinem persönlichen, beruflichen bzw. sozialen Umfeld. Dazu gehörten auch operative Kombinationen zur kriminellen Belastung und zur Organisierung des beruflichen Abstiegs und/oder der sozialen Ausgrenzung der Zielperson. Kennzeichen von Zersetzungmaßnahmen war das anonyme Wirken eines Staatsorgans, welches als Urheber dieser Maßnahmen für den Betroffenen unsichtbar (unerkannt) blieb. Dem Charakter nach war „Zersetzung“ folglich die Anwendung von Maßnahmen durch das MfS unter Ausnutzung geheimdienstlich gewonnener Erkenntnisse über die Persönlichkeitsspezifika der Zielperson, also die konspirative Anwendung (verdeckter) persönlichkeitsorientierter staatlicher Gewalt im Unterschied zur nominell offenen normierten allgemeinen justizförmigen Gewalt.³⁴⁶ Damit war klar, dass für die Anwendung von Zersetzungmaßnahmen der Erfolg des Einsatzes von inoffiziellen Mitarbeitern (IM) des MfS für die Beschaffung von Informationen über die Zielperson bzw. für die Durchführung solcher Maßnahmen eine entscheidende Rolle spielten. Andererseits war die

344 Die politisch-operative Bekämpfung von politischer Untergrundtätigkeit. Teil 1. Studienmaterial der Juristischen Hochschule Potsdam, Sektion politisch-operative Spezialdisziplin, Januar 1980. MfS, JHS 001 – 1/80/I.

345 Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen des MfS zur „politisch-operativen Arbeit“. BStU, Dokumente, Reihe A Nr. 1/93, Berlin 1993, S. 286ff.

346 Ausführlich zur Zersetzung siehe Sandra Pingel-Schliemann: *Zersetzen – Strategie einer Diktatur*, Berlin 2002. Das groteske Ausmaß, in dem sich das sowieso schon höchst ungleiche Kräfteverhältnis zwischen Staat und seinem vor ihm weitgehend ungeschützten Staatsbürger gerade in Diktaturen nochmals zu seinem Nachteil potenziert, wird in dem Moment augenscheinlich, wo die übermächtige Staatsgewalt den Bürger als Geheimdienst nicht nur bespitzelt, sondern auch noch anonym drangsaliert. Wie ungern das MfS solche Machenschaften enthüllt sah, dokumentiert ein abschließender Satz aus dem verbalen Kodex des MfS von 1985: „Die politische Brisanz der Zersetzung stellt hohe Anforderungen hinsichtlich der Wahrung der Konspiration“, Wörterbuch 1993, S. 464.

Gewinnung und der Aufbau von IM innerhalb kirchlicher Strukturen besonders problematisch:

„Bei den Personen, die als IM gewonnen werden sollen bzw. die als IM schon arbeiten, handelt es sich ausnahmslos um Personen, die dem Marxismus-Leninismus antagonistisch entgegenstehen. Diese Personen sind einer ständigen unmittelbaren Beeinflussung in religiöser und bürgerlich-ideologischer Hinsicht ausgesetzt. ... [Es] ist ... notwendig, kontinuierlich geeignete IM für die Besetzung von kirchlichen Funktionen zu entwickeln. Das sollte nach wie vor über den traditionellen Weg geschehen, nämlich vorhandene bzw. neu geschaffene IM aus dem niederen Klerus nach entsprechender Überprüfung und Erprobung dafür vorzubereiten. Zugleich sollte verstärkt die Möglichkeit genutzt werden, entwicklungsfähige EOS-Schüler oder Abiturienten mit Berufsabschluss bzw. Fachschulabsolventen ... in die Kirchen einzuschleusen und an der Basis beginnend, sie nach und nach aufzubauen. Die notwendigen finanziellen Mittel sind dazu zur Verfügung zu stellen. In diesem Zusammenhang muss auf das stärkere Nutzen der in den evangelischen Kirchen und Einrichtungen vorhandenen Wahlsysteme zur Erlangung bestimmter Funktionen hingewiesen werden. Das kann jedoch nicht nur passiv geschehen. In der Regel sind aktive Maßnahmen zur Ausschaltung von Gegenkandidaten durchzuführen, um den Weg für den IM frei zu machen. Unter Beachtung der jeweiligen Bedingungen ist eine weitere Qualifizierung der Arbeit mit Einfluss-IM, mit IM in Schlüsselpositionen in den Kirchen und mit überörtlich wirkenden IM (auch Laien-IM) besonders unter der Jugend und der Intelligenz vorzunehmen. Einfluss-IM müssen tatsächlich einen realen Einfluss auf Entscheidung grundsätzlicher Art sowohl kirchenleitende Gremien im landeskirchlichen, nationalen und internationalen Maßstab, auf kirchenleitende Persönlichkeiten, auf die Gestaltung der ökumenischen Beziehungen als auch auf die Informationsgestaltung, nehmen können. Sie sollten in der Lage sein, Aufgaben des MfS zu realisieren, ohne selbst aktiv in Erscheinung zu treten, ohne als Einflussperson überhaupt erkannt zu werden. Die Grenzen eines solchen Einsatzes ... dürfen natürlich nie unterschätzt werden. Ihr offensiver Einsatz muss so gestaltet werden, dass sie nicht unnötig den Angriffen feindlicher Kräfte ausgesetzt und damit gefährdet werden. ... Kirchliche Amtsträger und Synodale auf landeskirchlicher und zentraler Ebene sollten nur mit Zustimmung der Abteilung XX der BV bzw. des Leiters der HA XX geworben werden.“³⁴⁷

Es kann vermutet werden, dass Zersetzungsmaßnahmen frühzeitig vor allem von der kirchenpolitischen Linie XX/4 angewandt wurden: Pfarrer sollten möglichst nicht mehr inhaftiert, sondern zermürbt werden. Seit Mitte der 70er Jahre wurde die systematische Anwendung von Zersetzungsverfahren in dem Maße eine (nicht die einzige) Alternative zur strafrechtlichen Verfolgung politischer Gegnerschaft, wie aufgrund der innen- und außenpolitischen Situation etwa strafrechtliche Maßnahmen gemäß §§ 106/107 nicht zur Anwen-

347 Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Missbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen „inneren Opposition“ in der DDR, April 1983, MfS, JHS A.- Nr. 241/83.

dung zu bringen waren.³⁴⁸ Die „Richtlinie 1/76 zur Entwicklung und Bearbeitung Operativer Vorgänge“³⁴⁹ systematisierte und normierte erstmals die „Zersetzung“ als operatives Instrument. Im Rahmen der Kooperation der Linie XX mit der Linie IX (Untersuchungsorgan) blieb letztere verantwortlich für die strafrechtliche Prüfung von OV „unabhängig davon, ob ein OV vorwiegend oder ausschließlich durch operative Zersetzungsmaßnahmen realisiert werden soll. ... Mit ihrer Hilfe [gemeint sind strafprozessual verwertbare Beweise – T. K.] kann beispielsweise in einer veränderten politischen Situation (Spannungs- oder Krisensituation) bei bestehender Notwendigkeit jederzeit auch zu strafrechtlichen Sanktionen ... gegriffen werden. Andererseits können exakte Beweise ... selbst als Maßnahmen im Prozess der politisch-operativen Zersetzung eine Rolle spielen.“³⁵⁰ Die Maßgabe der Durchführung von Prozessen infolge politischer Entscheidungen und nicht als Konsequenz der Anwendung gesetzlicher Vorschriften wurde in der Folge wirksam unter den veränderten Bedingungen einer Ausweitung des Spielraums zur juristischen Verfolgung politischer Gegner mittels des 3. Strafrechtsänderungsgesetzes vom 1.8.1979. Hier wurde also ein strafrechtliches Instrumentarium geschärft, das in der Folgezeit eher als Droh- bzw. Abschreckungskulisse Anwendung finden sollte, aber im Ernstfall umso drakonischer eingesetzt werden konnte. Praktiziert wurde die Zusammenarbeit der Linien XX und IX auch bei „operativen Kombinationen“, „eine offensive Methode ... [, um] den Bearbeitungsprozess von OV zu forcieren und zu qualifizieren ... und den erkannten Feind zwingend zu gewollten Reaktionen zu veranlassen.“³⁵¹ Ein Anwendungsfall bestand in der Offizialisierung von geheimdienstlich erbrachten, aber für ein Strafverfahren nicht zulässigen Beweisen³⁵² bzw. in der Herbeiführung von Situationen, in der strafbare Handlungen begangen und nachgewiesen werden können.

Die generelle operative Zielstellung bei der Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit bestand in der „Isolierung der feindlichen Personen und Gruppierungen von den Werktätigen“ sowie der Verhinderung ihres Bekanntwerdens und ihrer Inszenierung als Märtyrer. Bei rechtlichen Sanktionen gegen (durch die Medien des Feindes) öffentlich bekannte Personen war möglichst der Nachweis einer unmittelbaren Zusammenarbeit mit dem Feind (Spionage, landesverräterische Nachrichtenübermittlung oder Agententätigkeit – vor allem mit Geheimdiensten) zu erbringen.³⁵³ „Die Federführung der Hauptabteilung XX in allen kirchenpolitischen Fragen ist grundsätzlich zu gewährleisten. Wegen der politischen Brisanz, insbesondere der repressiven Maßnahmen, sind ‚Alleingänge‘ einzelner Dienststellen zu unterlassen. ... Besonders wichtige Maßnahmen, die politische Auswirkungen haben können, wie die Einleitung von EV, der Abschluß von OV, die Werbung kirchenleitender

348 MfS, JHS VVS 001/74, Bl. 36; MfS, GVS 001-11/78, Bl. 11.

349 MfS, GVS 008-100/76.

350 MfS, ZA, JHS GVS 001-74/76, Bl. 20.

351 MfS, ZA, JHS VVS 001-350/89, Bl. 6.

352 So im Fall Klein/Braband 1979, als das MfS mittels eines ihrer IM belastendes Material gegen die zur Inhaftierung vorgesehenen in einem Schließfach des Berliner Ostbahnhofs deponierte, um mit dessen Auffinden einen Inhaftierungsanlass gemäß § 100 StGB zu erzeugen.

353 Die politisch-operative Bekämpfung von politischer Untergrundtätigkeit. Teil 1. Studienmaterial der Juristischen Hochschule Potsdam, Sektion politisch-operative Spezialdisziplin, Januar 1980. MfS, JHS 001 – 1/80/I.

Personen, ein spezifischer Einsatz von IM, sind mit der Hauptabteilung XX abzustimmen.³⁵⁴

Mehrfach wurde in dieser Arbeit schon auf den wachsenden internationalen Druck auf die DDR in Richtung Abbau der Anwendung ihres repressiven (vor allem strafrechtlichen) Arsenalen gegen politisch missliebige Akteure hingewiesen. Doch nicht nur gewandelten äußeren (völkerrechtlichen) Bedingungen, sondern auch die Entwicklung und Veränderung der inneren gesellschaftlichen Strukturen (Einbruch der „Informationsgesellschaft“ in die kontrollhierarchische SED-Organisationsgesellschaft, Modernisierungseffekte und Lösung von Fesseln der „Wissensgesellschaft“ im Reproduktionsprozess, zunehmende Internationalisierung usw.) drängten auf Modifikationen auch im Repressionsregime. Bereits 1980 hieß es im MfS, dass politisch-operative Maßnahmen die sozialistische Entwicklung nicht stören und nicht selbst negative Auswirkungen auf die Bewusstseinsentwicklung von DDR-Bürgern haben dürften. Der Kampf des MfS gegen PUT erhielt zunehmend politischen Charakter, wozu eine geregelte Informationstätigkeit des MfS im Zusammenhang mit PUT an die Partei (Übergabe auswertbaren Materials unter Wahrung der Geheimhaltung der inoffiziellen Quellen und der konspirativen Mittel und Methoden des MfS) gehöre. Zu beachten seien auch Meinungsäußerungen oder Reaktionen der Bevölkerung auf spezielle untergrundtypische gegnerische Handlungen und auf vorbeugende staatliche Maßnahmen. Rückendeckung gab es bei den „Klassikern“. Man berief sich beim MfS plötzlich auf die Schrift von Karl Marx aus dem Jahre 1842 zu den Debatten um das Holzdiebstahlggesetz: „Der weise Gesetzgeber wird das Verbrechen verhindern, um es nicht bestrafen zu müssen.“ Wichtig sei das Verständnis der „politische[n] Notwendigkeit, vor allem über den Weg der Paralyisierung und Zersetzung feindlich-negative Kräfte am feindlichen Handeln zu hindern und damit dort, wo es möglich ist, auf die Anwendung des Strafrechts zu verzichten“.³⁵⁵ Strafpolitik und der rechtspolitische Verzicht auf strafrechtliche Maßnahmen seien Ausdruck angewandten Differenzierungsprinzips. Aus strafpolitischen Gründen wären möglicherweise Verfahren wegen allgemeiner Kriminalität und nicht wegen der begangenen Staatsverbrechen zweckmäßig. Bei unumgänglichen Strafverfahren sei zu entscheiden, „mit welchen Straftatbeständen der größte gesellschaftliche Nutzen erzielt werden kann.“ Diese Entscheidungen wären mit der Partei abzustimmen.³⁵⁶

Wachsende Befürchtungen verband das MfS mit der Erwartung, die Affinität der UFB mit der westdeutschen Friedensbewegung würde zur Übernahme von dort hochentwickelten Techniken des gewaltlosen Widerstands führen. Dies war aufgrund vorausgegangener Ereignisse in Jena (Schweigekreise u. a. im November 1982) und Berlin (Menschenkette im September 1983, Aktion der Frauen für den Frieden im Oktober 1983, verhinderte gemein-

354 Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Missbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen „inneren Opposition“ in der DDR, April 1983, MfS, JHS Arch.- Nr. 241/83.

355 Die politisch-operative Bekämpfung von politischer Untergrundtätigkeit. Teil 2. Studienmaterial der Juristischen Hochschule Potsdam, Sektion politisch-operative Spezialdisziplin, Januar 1980. MfS, JHS 001 – 1/80/II.

356 Die politisch-operative Bekämpfung von politischer Untergrundtätigkeit. Teil 3. Studienmaterial der Juristischen Hochschule Potsdam, Sektion politisch-operative Spezialdisziplin, Januar 1980. MfS, JHS 001 – 1/80/III.

same Demonstration mit den Grünen im November 1983) keineswegs abwegig. Im Januar 1985 verbreitete der Leiter des Bereichs 1 der Zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) im MfS eine Zusammenstellung bekannter Mittel und Methoden des gewaltfreien Widerstands im Operationsgebiet an alle Diensteinheiten. Unter den aufgeführten Formen waren auch Fahrradcorcos (1981 in Ostberlin von Ökokeisen bevorzugt), die erwähnten Menschenketten und Schweigekreise, Mahnwachen (die 1987/88 in Berlin Schlüsselaktionen werden sollten), Kranzniederlegungen (Demonstrationsform der Punks im Mai 1983), Unterschriftensammlungen (wie 1982 im Zusammenhang mit dem „Berliner Appell“) usw. Interessanterweise führte die ZAIG auch so gut wie alle Formen konventioneller öffentlicher Veranstaltungen als mögliche Formen „gewaltfreien Widerstands“ an.³⁵⁷

3.5.2.2 Die Repressionsbilanz der Verfolgung der UFB bis Mitte der 80er Jahre

Zu Beginn der Entwicklung der UFB Anfang der 80er Jahre war die Androhung und vereinzelt der Vollzug von Inhaftierung und Verurteilung bestimmter Aktivisten der Basisgruppen die Bestätigung dafür, dass der schon seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre eingeleitete gleitende strategische Übergang von der Linie harter Repression zur Anwendung von Methoden der Prävention den Rückgriff auf das komplette Repressionsarsenal keineswegs ausschloss. Eine Rückkehr zu einer harten Linie der Staatsmacht schien jederzeit möglich. In Berlin signalisierten dies die Verhaftungen und Verurteilungen von Klein/Braband 1979/80, Schult 1980 und Hübener/Tessmann 1981/82. Die kurzzeitige Inhaftierung von Pfarrer Rainer Eppelmann im Zusammenhang mit dem Berliner Appell 1982 stand noch im Zeichen der Entschlossenheit der Partei- und Staatsführung, die Entstehung einer „unabhängigen Friedensbewegung“ schon im Keim zu ersticken und zu diesem Zweck auch nicht vor einer Inhaftierung von kirchlichen Funktionsträgern halt zu machen. Die Hauptabteilung XX im MfS sah sich im August 1982 bei der Verwirklichung ihrer Anstrengungen, „Zusammenschlüsse feindlich-negativer Elemente im Inneren der DDR rechtzeitig aufzudecken und zu zerschlagen, bevor sie sich als Basisgruppen einer inneren Opposition profilieren können“ sowie „die Herausbildung einer staatlich unabhängigen Friedensbewegung in der DDR als politische und organisatorische Basis einer inneren Opposition zu verhindern“, voreilig noch als erfolgreich an: „Es wurde eindeutig klargestellt, dass in der DDR keine oppositionelle Bewegung geduldet wird, dass alle Versuche, pluralistische Gesellschaftsstrukturen zu entwickeln, im Ansatz vereitelt werden.“ Allerdings hieß es auch: „Wir wissen, dass der Gegner an seinen Plänen ... zur Schaffung eines legal und konspirativ wirkenden breiten Oppositionspotentials zur langfristigen Unterwanderung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung festhält.“³⁵⁸ Im April 1983 wurde der verfrühte Optimismus des Vorjahres hinsichtlich der erfolgreichen Unterbindung des Entstehens einer „inneren Opposition“

357 Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe, Leiter Bereich 1 an Diensteinheiten, AKG/Leiter am 16.1.1985, Übersicht über aus dem Operationsgebiet bekanntgewordene wesentliche Mittel und Methoden des gewaltfreien Widerstandes, MfS, ZKG, Arch.-Nr. 3169.

358 Bericht des Leiters der HA XX vom 30.8.1982 über Ergebnisse und Erfahrungen der politisch-ideologischen Befähigung und Mobilisierung der Genossen zur Bekämpfung des politischen Untergrunds, insbesondere der Versuche, unter dem Schutz der Kirche eine oppositionelle Bewegung mit konterrevolutionärer Zielstellung in der DDR zu schaffen. MfS, SED-KL, Arch.-Nr. 1088, S. 67ff.

nüchtern korrigiert. Zu den Bemühungen der Basisgruppen um die Verfestigung einer UFB hieß es:

„Die Gefährlichkeit dieses Vorgehens ... zeigt sich in der DDR gegenwärtig bereits nachhaltig an der Arbeit der sogenannten ‚Friedenskreise‘, die unter Ausnutzung des kirchlichen Schirmes als scheinbar legale Organisationsformen der Kirchen in fast allen Bezirken entstanden sind. In ihnen sind aktive feindliche Kräfte der Kirchen mit feindlichen Kräften außerhalb der Kirchen vereinigt. Diese Friedenskreise versuchen, als Zentren des Widerstandes oppositioneller Kräfte bzw. als oppositionelle Basisgruppen zu fungieren. Sie wirken eng mit Ausgangspunkten politischer Untergrundtätigkeit im Operationsgebiet zusammen und sind bemüht, sich im Zusammenwirken mit imperialistischen Medien eine ‚Öffentlichkeit‘ zu schaffen. Ihr flexibles Vorgehen ist darauf gerichtet, die Tatsache ihrer organisatorischen Existenz offen zu dokumentieren und eine überörtliche Zusammenarbeit dieser organisatorischen Grundform einer ‚inneren Opposition‘ zu erreichen. ... Das Vorgehen des Gegners ... wird in der letzten Zeit mit Bestrebungen der Schaffung einer klassenneutralen Umweltschutzbewegung, mit Bestrebungen zur Schaffung einer alternativen Kunst und einer ideologiefreien Wissenschaftsethik verknüpft. Die gegenwärtig gefährlichste Stoßrichtung bleibt aber der Versuch des Gegners, eine oppositionelle Bewegung getarnt als ‚staatsunabhängige Friedensbewegung‘ zu schaffen und dabei die Kirchen in der DDR zu missbrauchen. ... Bereits hier kann ... festgestellt werden, dass aus dem gegenwärtigen Vorgehen des Gegners sehr ernste Gefahren für den realen Sozialismus entstehen. Wir haben hier einen erneuten Versuch des Gegners zu verzeichnen, nach dem Scheitern der Menschenrechtskampagne in den 70er Jahren auf neuen Wegen unter Verarbeitung der „polnischen Erfahrungen“ seine unverändert konterrevolutionären Ziele gegen den realen Sozialismus stufenweise zu verwirklichen. ... haben feindlich-negative Kräfte politisch-operativ bedeutsame Aktivitäten realisiert und Teilerfolge erreicht.“³⁵⁹

So wie die Amtskirche 1982 ihr erfolgreiches Eintreten für den inhaftierten Pfarrer Eppelmann mit dem Abwürgen der innerkirchlichen Verbreitung des Berliner Appells und der politischen „Entschärfung“ der Bluesmessen entgalt, war die kirchenadministrative „Liquidierung“ des Friedenskreises der ESG 1983 ein Beispiel erfolgreicher staatlicher Einflussnahme auf eine Kirchenleitung. Allerdings blieb dieser Erfolg staatlicher Interventionspolitik zur Instrumentalisierung amtskirchlicher Disziplinierungsvollmacht wegen der schnellen Rekonstituierung dieses zerschlagenen Friedenskreises kurzfristig. Dagegen war die Kombination von einerseits offener Obstruktion der Arbeit des Friedenskreises Pankow durch den Masseneinsatz von geheimdienstlich gesteuerten Provokateuren im Zeitraum 1983–1986 und andererseits verdeckter Zersetzungsmaßnahmen gegen einzelne Aktivisten des Kreises erfolgreicher. Unverändert blieb die hohe Intensität des investigativen Vorgehens des MfS gegen illegale Aktionen wie eine Flugblattaktion im Zusammenhang mit dem neu-

359 Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Missbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen „inneren Opposition“ in der DDR, April 1983, MfS, JHS A.- Nr. 241/83.

en Wehrdienstgesetz im April 1982³⁶⁰ und die konspirative Verbreitung des „Gegenstimmenpapiers“ durch die Berliner Gruppe um Reinhard Schult im September 1982. Mit besonderer Schärfe gingen die Sicherheitsorgane 1982/83 gegen die sich kirchenunabhängig definierende Jenaer Friedensgemeinschaft und ihre Versuche, im außerkirchlichen öffentlichen Raum zu demonstrieren, vor.³⁶¹ Demonstrative Aktionen der UFB im außerkirchlichen öffentlichen Raum sollten aber auch in Berlin staatlicherseits konsequent mittels Großeinsätzen von MfS und Polizei unterbunden werden – so beim Versuch, am 1.9.1983 eine Menschenkette zwischen der sowjetischen und amerikanischen Botschaft zu bilden, bei der (erfolgreichen) öffentlichen demonstrativen Ankündigung der Wehrverweigerung durch die „Frauen für den Frieden“ am 17.10.1983 und bei der verhinderten gemeinsamen Aktion mit den Grünen am 4.11.1983. Dass die Inhaftierungen zweier Demonstranten bei der Aktion am 1.9.1983 sowie der beiden „Friedensfrauen“ im Dezember 1983 kurzzeitig blieben, belegte bereits die Wirksamkeit internationaler Solidarität mit in der DDR verhafteten FriedensaktivistInnen bzw. signalisierte das Wachstum der politischen Unkosten solcher staatlicher Maßnahmen gegen die Ende 1983 quantitativ kulminierende UFB. Zweifellos begünstigte die Niederlage der Friedensbewegung in Ost und West gegen die Nachrüstung, sichtbar in dem Bundestagsbeschluss zur Raketenstationierung vom 22.11.1983, das Anlaufen einer Welle scharfer Repressionen und Verhaftungen Ende 1983/Anfang 1984 besonders außerhalb Berlins. In den Bezirken gab es eine Reihe von rechtskräftigen Verurteilungen Inhaftierter zu Haftstrafen.³⁶² Trotz einer 1983 auch in Berlin wahrnehmbaren Steigerung der repressiven staatlichen Energie mit Höhepunkten zum Jahresende hin mussten sich die Sicherheitsorgane in der Hauptstadt wegen des internationalen Fokus auf solche Vorgänge bei Inhaftierungen mäßigen. Neben der erwähnten kurzzeitigen Inhaftierung von Ulrike

360 In der Nacht vom 22. zum 23.4.1982 wurden in Berlin Flugzettel mit der Forderung einer Volksdiskussion im Zusammenhang mit dem neuen Wehrdienstgesetz unter Berufung auf die DDR-Verfassung verbreitet. Das MfS eröffnete einen OV zur Tätersuche. Bericht der Kreisdienststelle Weißensee vom 31.1.1983, MfS, Arch.-Nr. 10482/83, S. 225ff. Vgl. auch Abschnitt 3.4.1.

361 Einer der ersten Einsätze der Sicherheitskräfte gegen die Jenaer Friedensgemeinschaft erfolgte am 18.3.1982 wegen ihrer Beteiligung an der offiziellen Demonstration zum Gedenken an die Bombardierung der Stadt im 2. Weltkrieg. Am 1.9.1982 wurde Roland Jahn nach seiner öffentlichen Solidaritätsbekundung mit Solidarność und dem polnischen Volk verhaftet. Gegen die von der Jenaer Friedensgemeinschaft organisierten Schweigedemonstration mit Plakaten am 14.11.1982 (80 Teilnehmer) gingen ebenfalls die Sicherheitsorgane vor. Die geplante Schweigeminute am Heiligabend 1982 wurde schon im Vorfeld (unter anderem mittels Verhängung hoher Geldstrafen) verhindert. Dem folgte eine Verhaftungswelle im Januar/Februar 1983. Inzwischen waren bereits erste Verurteilungen zu Haftstrafen ergangen (so etwa gegen Jahn zu fast 2 Jahren Haft). Im Februar 1983 wurde die Thüringer KL wegen deren Untätigkeit in einem auch in der Westpresse zitierten Offenen Brief von Sympathisanten der Inhaftierten heftig angegriffen. Bischof Leich reagierte im Namen der KL in Erklärungen mit Abgrenzung gegenüber Aktivitäten, „wo die Wurzeln alles kirchlichen Handelns nicht gesehen werden.“ Trotzdem erfolgten im Februar Haftentlassungen. Auch Roland Jahn, der inzwischen in der Haft einen Ausreiseantrag gestellt hatte und ihn dann aber zurücknahm – verhängnisvollerweise nur mündlich – wurde entlassen. Am 18. März 1983 wurde die Teilnahme von 30 Mitgliedern der Friedensgemeinschaft an der Kundgebung zum Gedenken an die Bombardierung Jenas von den Sicherheitsorganen gewaltsam behindert. In Vollzug der Aktion „Gegenschlag“ des MfS wurden danach 40 Personen mit Ausreiseantrag sowie Roland Jahn am 8. Juni gegen dessen Willen in den Westen abgeschoben. Damit war die Gruppe zerschlagen, Neubert 1997, S. 486ff.

362 Siehe dazu Neubert 1997, S. 503ff.

Poppe und Bärbel Bohley im Dezember 1983 wurde im Juli 1984 der Liedermacher Karl-Heinz Bomberg nur zu einer Bewährungsstrafe wegen der Weitergabe staatsfeindlicher Texte unter anderem an westdeutsche Freunde verurteilt. Allerdings hatte zuvor Staatssekretär Gysi am 17.1.1984 ultimativ die Ausreise Eppelmanns verlangt und drohte ansonsten dessen Verhaftung an (vermutlich wegen dessen Beteiligung an der Vorbereitung der erwähnten Aktion vom 4. November 1983). Ebenso wurde staatlicherseits der Kirche die Disziplinierung Walter Schillings und Christoph Wonnebergers abverlangt. Die Beendigung der Inhaftierung von Bohley/Poppe und des Drucks auf Eppelmann im Januar 1984 erfolgte vermutlich auf Anweisung Honeckers.³⁶³ Andererseits war das ganze Jahr 1984 von einer massiven Repressionswelle gegen die Punks charakterisiert. Hier schätzte der Staat offenbar die politischen Unkosten solcher Verfolgungsmaßnahmen als gering und ihre öffentliche Akzeptanz als hoch ein.

Begünstigend für die ansteigende Schärfe der Repression war sicherlich, dass nach der Entscheidung in der Stationierungsfrage die DDR keine Bündnisrücksichten auf ihre Partner in der westdeutschen Friedensbewegung (DKP) mehr nehmen musste. Jedoch wurde die Situation der DDR auch durch die sowjetische Reaktion auf die NATO-Stationierung – nämlich die Ankündigung weiterer Raketendislozierung in der DDR und Osteuropa – immer prekärer: Einerseits war das Land bündnispolitisch und auch wirtschaftlich von der UdSSR abhängig – wobei die dringend benötigten sowjetischen Erdöllieferungen seitens der UdSSR beschnitten wurden – und andererseits auf Kredite³⁶⁴ und wirtschaftliche Hilfe aus der BRD angewiesen.

In dieser Situation positionierte sich Honecker in Distanz zur Nach-Nachrüstung (Losung von der „Koalition der Vernunft“ beider deutscher Staaten), sorgte 1984 für die Genehmigung von tausenden Übersiedlungersuchen in die BRD und verstärkte trotz der auf sowjetischen Druck erfolgten Absage des für September 1984 geplanten Bonn-Besuchs seine Kontaktpolitik gegenüber der BRD. Die erwähnte verstärkte Repressionswelle im Inneren gegen die Basisgruppen und ihre Aktivisten 1983/84 ebte rasch ab. Trotzdem blieben kurzzeitig sowohl solche Unterdrückungsmaßnahmen als auch die Depression wegen des Scheiterns der Kampagnen gegen die Nachrüstung nicht ohne Folgen: Während bis 1983 im kirchlichen Bereich etwa 100 stabile eigenständige Gruppen mit einem weit darüber hinausgehendem Mobilisierungspotential arbeiteten, gab es 1984 angeblich nur noch ca. 50 Friedenskreise.³⁶⁵ Auch die Massenausreisewelle 1984 dürfte einiges dazu beigetragen haben. Andererseits fiel durchaus rückgangsdämpfend ins Gewicht, dass die unabhängige Friedens-

363 Ebenda, S. 505.

364 So übernahm die Bundesregierung am 29.6.1983 die Bürgschaft für einen von CSU-Chef Franz Josef Strauß vermittelten zuvor mit DDR-Staatssekretär Schalck-Golodkowski ausgehandelten Milliarden-Kredit.

365 Neubert 1997, S. 464, S. 505. Das von Neubert angegebene Ausmaß zeitweiliger Reduktion organisierter Friedenskreisarbeit ist jedoch eher zu bezweifeln. Selbst das MfS gab den Rückgang der Zahl der Friedenskreise von 1984 gegenüber 1983 mit 60 gegenüber 100 an und registrierte 1984 die Zahl von 12 zusätzlich entstandenen „Frauenfriedenskreisen“. Überdies seien 1984 etwa 50 neue Ökologiearbeitskreise entstanden, von denen sich etliche auch der Friedensarbeit widmeten. Das aktuelle Erscheinungsbild politischer Untergrundtätigkeit in der DDR und wesentliche Tendenzen seiner Entwicklung, Studienmaterial Oktober 1989, MfS, VVS JHS o001-89/89, eingesehen im MDA, Reg.-Nr. PUT5.

arbeit in der DDR keineswegs so stark auf die Stationierungsfrage verengt war, wie in Westdeutschland. Anhand der Teilnehmerzahlen und des Themenspektrums des nach dem Delegiertenprinzip arbeitenden überregionalen Seminars „Konkret für den Frieden“ nach 1985 (vgl. Abschnitt 4.) wird deutlich, dass die Phase des Rückgangs der Aktivitäten von Basisgruppen nach 1983 nur temporär war. Das Seminar sorgte außerdem republikweit für eine sich ständig verbessernde Kommunikation zwischen den Gruppen.

3.6 Friedenskreise eine „Friedensbewegung in der DDR“?

Viele der sich Anfang der 80er Jahre im Gemeinderahmen der evangelischen Kirchen bildenden Kleingruppen (soziologisch als Zusammenhang direkt kommunizierender und interagierender Teilnehmer charakterisierbar) definierten sich über ihr Engagement für die Friedensarbeit. Detlef Pollack bestreitet die Zulässigkeit des Begriffs „Bewegung“ für das, was jene Akteure schon sehr früh ganz selbstverständlich auf die Gesamtheit ihrer Gruppen anwandten (und was nach Pollacks Auffassung heute durch Zeithistoriker unreflektiert adaptiert wird): „Unabhängige Friedensbewegung“. Tatsächlich ist es nach den Kriterien der westlichen Bewegungsforschung begründungsbedürftig, wenn man das hier in der DDR entstandene Gruppenspektrum so charakterisieren will, wie dies Sozialwissenschaftler etwa in Bezug auf die unter zivilgesellschaftlichen Voraussetzungen agierende westdeutsche Friedensbewegung tun. Eine „Bewegung“ zeichnet sich demnach durch kollektive Identität, Nachhaltigkeit ihres Auftretens, Netzwerkcharakter, protestorientiertes auf Veränderung gerichtetes gemeinsames Handlungssystem, Mobilisierungsfähigkeit und öffentliche Resonanz aus. Die letzten beiden Kriterien der westlichen Bewegungsforschung rekurrieren auf den Zugang der „Bewegungen“ zu Massenmedien, die als einziges ihnen zur Verfügung stehendes Instrument deren Randständigkeit durch Herstellung öffentlicher Aufmerksamkeit zu überwinden und so überhaupt Mobilisierungseffekte zu erzielen versprechen. Unter Berufung auf Dieter Rucht verweist Pollack zur Begründung seiner Zweifel am Bewegungskarakter der „Unabhängigen Friedensbewegung“ in der DDR jedoch vor allem auf die Mobilisierungsdefizite dieses halblegalen Gruppenspektrums und auf die geringe öffentliche Resonanz ihrer Aktionen.³⁶⁶ An dieser Stelle ist zu klären, inwieweit solche Kriterien der westlichen Bewegungsforschung für unter gänzlich anderen Randbedingungen einer Diktatur agierende halblegale Gruppen zum Ausschlussargument werden können. Denn es handelte sich in der DDR um ein Gruppenminderheitenspektrum, das ohne Zugang zu Massenmedien innerhalb eines halblegalen „Ghettos“ erst eine Gegen-Öffentlichkeit mittels eigener „Medien“ (oder durch den strafbaren Rückgriff auf „Westmedien“) schaffen musste, um die Grenzen dieses „Ghettos“ zu überwinden. Zwischen derartiger Erlangung von öffentlicher Aufmerksamkeit und möglicherweise daraus folgender massenmobilisierender Wirkung stand in der DDR ein „Systemvorbehalt“, der solche Versuche in der Regel kriminalisierte. Wie auch Pollack einräumt³⁶⁷, ist es diesem sich verstetigenden Gruppenspektrum trotzdem gelungen, sowohl seine Vernetzung zu entwickeln, als auch den Status einer Randgruppe

366 Pollack 2000, S. 48f.

367 Ebenda, S. 49.

insofern partiell zu überwinden, als es temporär doch gelang, öffentliche Aufmerksamkeit zu erzwingen. Es scheint für Diktaturen sinnvoll, bei solchen Gruppenstrukturen statt den Erfolg der „Nutzung von Massenmedien zur Herstellung von Öffentlichkeit und zur Mobilisierung“ (wie in der westlichen Bewegungsforschung) vielmehr den Erfolg der Entwicklung eigener Medien und anderer Techniken der Herstellung von „Gegenöffentlichkeit“ zum Durchbrechen der herrschaftsseitig aufgebauten Barrieren in Gestalt ihrer gesellschaftlichen Isolierung und staatlichen Verfolgung zu bewerten. Andererseits ist eben dies nur im Falle des Zutreffens der anderen genannten Kriterien überhaupt möglich und dies wird für die DDR-Gruppen mit geringerer Berechtigung zu bestreiten sein. Man mag diese spezifische Resistenz eines Gruppenspektrums in einer Diktatur gegen den staatlichen Liquidierungsdruck mit einem anderen Namen belegen, als „Bewegung“ oder vermittels der Anwendung des oben formulierten Kriteriums bei diesem Begriff bleiben. Ihn einfach zu verwerfen, wie Pollack das tut, hat keinen analytischen Vorteil – etwa für die Trennung einer „Szene“ von einer „Bewegung“ unter den in der DDR herrschenden Verhältnissen. Der Autor bleibt bei letzterem Begriff und bezweifelt gleichzeitig, dass der Begriff „soziale Bewegung“ für die „unabhängige Friedensbewegung“ (UFB) der DDR angemessen ist. Dass die unabhängigen Gruppen sich trotz anfangs defizitärer Kontakte untereinander und niedrigem Strukturierungsgrad keine Probleme hatten, sich selbst als „Bewegung“ zu verstehen und zu bezeichnen, liegt daran, dass sie sich sowohl untereinander durchaus in einem eindeutigen Handlungszusammenhang begriffen³⁶⁸ und auch so agieren konnten, als auch daran, dass sie sich insbesondere mit der westdeutschen Protestbewegung verbunden fühlten.

368 Dies räumt auch Pollack ein, ebenda, S. 78.

KAPITEL 4

Opposition in Berlin und die politisch-alternativen Gruppen

Die Interessenlage der DDR ausgangs des Vollzugs der NATO-Nachrüstung und bei Beginn der „Nach-Nachrüstung“ als Reaktion der WVO darauf war ebenso eindeutig, wie die Umsetzung der daraus abzuleitenden Politik problematisch: Mit der Amtszeit Tschernenkos als Generalsekretär des ZK der KPdSU ab Februar 1984 begann eine „kleine Eiszeit“ in den Blockbeziehungen, welche auch der SED die entsprechende Bündnisdisziplin im Sinne einer klaren Abgrenzung vom Systemantagonisten – hier also vor allem gegenüber der BRD – abverlangte. Andererseits war die DDR-Führung an möglichst entspannten Beziehungen zur BRD interessiert, um die wirtschaftliche Kooperation fortsetzen zu können und die Möglichkeit des Erhalts weiterer Kredite zu bewahren. Der demonstrative Widerwillen gegenüber der Nach-Nachrüstung seitens der DDR (die Rede vom „Teufelszeug“, das beseitigt werden müsse), das Beharren auf einer „Koalition der Vernunft“ und das Bemühen um eine friedenspolitische (deutsch-deutsche) „Verantwortungsgemeinschaft“ waren Ausdruck dieser Interessenlage.¹ Als im Rahmen der fortgesetzten Kontaktpolitik beider deutscher Staaten die BRD der DDR im Juli 1984 den zweiten Großkredit gewährte und sich eine weitere Annäherung beim bevorstehenden Honecker-Besuch in Bonn abzeichnete, erregte dies sowjetischen Argwohn und die KPdSU-Führung zwang Honecker bei seinem Moskau-Besuch im August zur Absage der geplanten Visite. Jedoch konnte die SU der DDR keine Kompensation von wirtschaftlichen Nachteilen anbieten, welche durch eine wieder distanziertere Haltung der DDR gegenüber der BRD zu befürchten waren. Also blieb die DDR notgedrun-

1 Ausdruck dessen waren auch die von der SED zusammen mit der SPD erarbeiteten Vorschläge für eine von Chemiewaffen freie Zone und einen von atomaren Gefechtsfeldwaffen freien Korridor im Zentrum Europas. Diese Initiative wurde natürlich auch von den Gruppen der unabhängigen Friedensbewegung befürwortet. Wer allerdings, wie Hans-Jochen Tschiche, den Leiter der DDR-Delegation Hermann Axen (bzw. eines ihrer Mitglieder) und den Leiter der SPD-Delegation Karsten Voigt (SPD) namens der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt zu einer Tagung „Chemiewaffenfreie Zone in Europa – Ein Beitrag zur Koalition der Vernunft“ einlud, wurde vom MfS operativ bearbeitet: „Zur Vorbereitung möglicher Zersetzungsmaßnahmen zu der genannten Tagung der Evangelischen Akademie ... wird vorgeschlagen, ... eine Offizialisierung zum Sachverhalt zu prüfen und langfristig Maßnahmen zur Verhinderung einer feindlich-negativen Ausrichtung der Veranstaltung durch Tschiche vorzubereiten und zu realisieren.“ MfS, BV Magdeburg, Abt. XX, Operativinformation 37/86 vom 20.6.1986 betr. Einladung an Hermann Axen vom 2.6.1986 im Kontext des gemeinsamen Vertragsentwurfs von SED und SPD zur Tagung der Evangelischen Akademie Magdeburg am 22.11.1986, S. 19f.

gen bei ihrer Absicht, trotz des Drucks aus Moskau die Beziehungen zur BRD auf möglichst entspanntem Niveau zu halten und dabei trotz in gewissem Umfang zu erbringender Gegenleistungen die eigene Souveränität zu verteidigen. Um unter solchen Umständen den sowjetischen Argwohn einer Aushöhlung der sozialistischen Ordnung in der DDR beschwichtigen zu können, war der Nachweis unerschütterlicher innenpolitischer Stabilität umso bedeutsamer. Daher war Anfang 1984 eher mit einem anhaltend rigiden staatlichen Kurs gegenüber der Opposition zu rechnen. Dass auch in der Bundesrepublik seitens der Koalition und gleichermaßen in der SPD eine stabile und berechenbare DDR als Verhandlungspartner bevorzugt wurde, erklärte die Zurückhaltung bundesdeutscher Parteien bei Kontakten zur und öffentlichen Bezugnahmen auf die Opposition in der DDR, zumal der politischen Klasse nicht entgangen war, dass das „Potential, welches sich hier in der DDR rühre, fast vergleichbar sei mit ‚linken‘ Kräften und Teilen der Grünen in der BRD“² und schon deshalb ein Abstandsgebot nahe lag. Diese Distanz war durchaus gegenseitig: Die Neigung der oppositionellen Gruppen, Beziehungen zu den etablierten staatsfixierten bundesdeutschen Parteien zu unterhalten, war gering. Entgegen mitunter geäußerter Vermutungen entsprang dies nicht nur taktischem Kalkül angesichts der strafbereiten Staatsmacht, sondern vor allem dem politischen Selbstverständnis der Opposition und deren Bild von diesen Parteien. Seitens der SPD unterhielten immerhin Erhard Eppler und Hans-Jochen Vogel Kontakte zu kritischen Theologen in der DDR. Die nach den Übergriffen der Sicherheitsorgane auf Oppositionelle 1987/88 auf Initiative des SPD-Parteivorstands gebildete Gesprächsgruppe (Gerd Weisskirchen, Horst Sielaff und Jürgen Schmude) traf ab Dezember 1987 mehrfach mit Eppelmann und anderen Oppositionellen zusammen.³ Die Bewertung von Kontakten zu Mitgliedern konservativer Parteien ist unter anderem der Reaktion Berliner Gruppen auf das Treffen einiger Oppositioneller um Rainer Eppelmann mit CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten im Juli 1987 (vgl. Abschnitt 4.15.3) zu entnehmen. Die Kontaktpflege Eppelmanns mit Vertretern insbesondere konservativer Parteien, welche letztere Begegnung ermöglichte, war eher eine singuläre Erscheinung in der Opposition. Dagegen blieb die Affinität der Opposition zu den Grünen (vgl. Abschnitt 3.4.5) erhalten. Dort verstärkten sich die Tendenzen hin zur Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft und es blieb bei den fortlaufenden Kontakten zur Opposition, obwohl die inhaltliche Kooperation weiterhin defizitär blieb. Dem heute von einigen Zeithistorikern erweckten Eindruck, die Thematisierung der deutschen Frage wäre einer der Springpunkte oppositioneller Profilierung gewesen, ist – auch unter Berücksichtigung der Aktivitäten der Initiative „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ (vgl. Abschnitt 4.17) – zu widersprechen.⁴ In einem Papier vom Frühjahr

2 Dies verlautbarte nach Erkenntnissen des MfS angeblich der FDP-Politiker Otto Graf Lambsdorff im Februar 1988 gegenüber dem bundesdeutschen ständigen Vertreter in der DDR, Hans Otto Bräutigam und der KL der EKBB, zitiert nach Neubert 1997, S. 661f.

3 Ebenda, S. 666.

4 Dagegen Ehrhart Neubert: „Nur innerhalb der DDR-Opposition blieb die deutsche Frage zentrales politisches Thema. Für die Opposition war die DDR weder ein Stabilitätsfaktor noch akzeptierte sie den Status quo, die Friedenspolitik der SED und deren Abgrenzungspolitik.“ Neubert 1997, S. 661. In Wirklichkeit nahm im Gegensatz zur Ablehnung des innenpolitischen SED-Blockadekurses durch die Opposition die Akzeptanz der außenpolitischen Entspannungsbemühungen der DDR auch bei den Basisgruppen zu. Außerdem war lediglich die Einbettung der deutschen Frage in den Rahmen einer gesamt europäischen Lö-

1987 „Das Recht auf Staatsbürgerschaft der DDR“ traten Martin Gutzeit und Markus Meckel für die Anerkennung der Zweistaatlichkeit und die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft durch die BRD ein, weil andernfalls die staatsbürgerlichen Grundrechte den DDR-Bürgern vorenthalten würden und die DDR ihre „Widersprüche nach außen ableiten“ könne. Dann würde es zur Einrichtung von Verwaltungs- und Verfassungsgerichten, zur Durchführung freier und geheimer Wahlen sowie zu mehr gesellschaftlicher Öffentlichkeit kommen. Dies entsprach dem Konzept einiger Grüner aus dem Jahre 1986 um Jürgen Schnappertz von der „Selbstanerkennung“ der BRD (die ihre Westbindung beibehalten solle) durch die Anerkennung der DDR (wo Unterdrückung, politische Verfolgung und fehlende Freizügigkeit durch den Westen weiter angeprangert werden sollen). Auch hier erwartete man daraufhin eine innere Demokratisierung.⁵

Für die oppositionellen Gruppen und die Umweltaktivisten in der DDR waren verständlicherweise die Kontakte und Arbeitsbeziehungen zur osteuropäischen Opposition von besonderem Gewicht. Die Sicherheitsorgane waren daher auch bestrebt, solche Beziehungen zu verhindern und die Reisetätigkeit einzuschränken (vgl. Abschnitt 4.2.1).

Der fortschreitende Politisierungsprozess im Spektrum der Basisgruppen innerhalb der unabhängigen Friedensbewegung führte dort allerdings zu Differenzierungen, die gemeinhin in Zusammenhang gebracht wurden mit der Neuorientierungssuche in der UFB seit dem Vollzug der Nachrüstung.⁶ Tatsächlich aber begann diese politische Ausdifferenzierung bereits während der Konsolidierungsphase der UFB und beschleunigte sich seit 1985 in der DDR nicht zuletzt infolge der inneren Krisendynamik sowie des außenpolitischen Wandels vor allem in der SU. Trotz des Entstehens verschiedener Tendenzen und Strömungen in der UFB waren deren Vermischung oder Koexistenz ebenso wahrnehmbar, wie die zum Teil heftigen Kontroversen zwischen ihnen. Als im Dezember 1985 das Friedrichsfelder Thesepapier zur Politikfähigkeit der UFB die strategische Differenz eines politisch ambitionierten gesellschafts-, institutionen-, und systemkritischen Friedensengagements gegenüber dem religiös, theologisch oder weltanschaulich motivierten Pazifismus in der Friedensarbeit artikulierte, waren diese Tendenzen in der UFB längst manifest. Beide Strömungen unterschieden sich jedoch nicht hinsichtlich ihrer zum Teil erheblichen antistaatlichen Energie. Auch nach 1985 blieb ein Teil der Gruppen ihrer Ausgangsmotivation der Selbstbehauptung ihrer Wehrdienstverweigerungshaltung als Triebkraft des Friedensengagements verhaftet. Vor und nach 1985 blieb die explizit sozialistisch orientierte oppositionelle Strömung eine kleine Minderheit im linksalternativen Basisgruppenspektrum. Mit der Überschreitung politisch unscharfer sozialetischer Positionierungen durch Basisgruppen innerhalb und außerhalb des kirchlichen Raumes differenzierte sich die entstehende regimekritische Demokratiebewegung in der DDR in eine linksalternativ-ökologisch-industrialisierungskritische und in eine menschenrechtlich-pluralistische Tendenz.

sung die Antwort der blockübergreifenden Friedensbewegung, der auch die UFB der DDR überwiegend folgte (vgl. Abschnitt 3.4.4.2).

⁵ Neubert 1997, S. 559, S. 638f.

⁶ Siehe etwa Neubert 1997, S. 499, 502, 552.

Die Frage, warum eine so schwache und herrschaftsseitig ausgegrenzte oder verfolgte Bewegung wie die UFB einschließlich politisch alternativer Umwelt-, Menschenrechts-, 3. Welt- oder Frauengruppen eine (gemessen an ihrer bescheidenen Größe und an ihrem begrenzten Mobilisierungspotential⁷) überproportionale Wirkung erzielen konnten, ist umso

7 Nach Angaben von Helmut Zander trafen sich zum zentralen Seminar der Friedens-, Umwelt- und Dritte-Welt-Gruppen „Konkret für den Frieden“ 1986 in Stendal Vertreter von über 120 und 1987 in Leipzig von ca. 200 Gruppen. Helmut Zander, *Die Christen und die Friedensbewegung in beiden deutschen Staaten: Beiträge zu einem Vergleich für die Jahre 1978–1987*, West-Berlin 1989. Ulrike Poppe gab für 1988 eine Zahl von 325 Gruppen an. Detlef Pollack ging daraufhin von 3–400 Gruppen mit einer durchschnittlichen Mitgliedszahl von 15 aus und schätzte das Mobilisierungspotential der Gruppen auf dieser Grundlage auf 4–6 000, Pollack 2000, S. 63f. Der Fortsetzungsausschuss des Seminars „Frieden konkret“ erklärte 1988, ca. 250 Gruppen zu vertreten. Ende 1988 zählte er 240–265 Gruppen ohne die Region Thüringen, wo etwa 50 Gruppen tätig waren. In der Region Berlin-Brandenburg zählte der Fortsetzungsausschuss 70–80 Gruppen, in Sachsen ca. 80–90 Gruppen, in der Kirchenprovinz Sachsen/Anhalt ca. 70 Gruppen, in Greifswald/Mecklenburg ca. 20–25 Gruppen. Protokoll vom 1.12.1988 der Sitzung des Fortsetzungsausschusses von „Frieden konkret VII“ (18./19.11.1988 in Greifswald), MDA, 2.03., Reg.-Nr. 2111. Nicht erfasst sind in diesen Angaben die nicht bei „Frieden konkret“ erfassten Gruppen. Curt Stauss zählte bis Dezember 1988 im Auftrag der KKL 160 Friedens- und Menschenrechtsgruppen, 80 Ökologiekreise, 46 „Zweidrittelwelt“-Gruppen und 30 Frauengruppen. Die Mitgliederstärke dieser Netzwerkreise schwankte zwischen 5 und 80 Personen. Nicht erfasst waren die singulären Gemeinde(friedens)kreise. „Die Kirche“, 18.12.1988 und Neubert 1997, S. 704f. Das kirchliche Forschungsheim Wittenberg gab im Juni 1988 an, dass in der DDR ca. 100 Umweltgruppen mit Mitgliederzahlen zwischen 6 und 60 arbeiteten. ADN-Information vom 9.6.1988, SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/23. In allen angegebenen Zahlen sind die kirchenunabhängigen Gruppen und natürlich die konspirativen Personenzusammenschlüsse nicht erfasst. 1989 trafen sich in Greifswald Vertreter von 50 Friedenskreisen, 42 Ökologiegruppen, 20 „Zweidrittelwelt“-Gruppen, 11 Frauengruppen, 5 Menschenrechtsgruppen, 7 Arbeitskreisen zu Wehrdienstfragen und 27 Vertreter von thematisch gemischten Gruppen, Neubert 1997, S. 795. Auch das MfS zählte mit: Ein undatiertes Dokument des MfS (vermutlich Ende 1987) zählte 108 Basisgruppen, darunter 42 Friedenskreise – 7 davon in Berlin, 30 (1) Öko-Kreise, 7 (1) gemischte Kreise, 13 (1) Frauengruppen, 3 (1) Ärztekreise und 13 (6) Menschenrechtsgruppen. Übersicht über bestehende Basisgruppen der PUT, o. D., MfS, HA XX/AKG, Arch.-Nr. 5674, S. 37f. Die HA XX registrierte Ende 1988 118 gegenüber 116 kirchliche Basisgruppen des Vorjahres bei hoher Fluktuationsrate bei deren Auflösungen und Neugründungen. Einschätzung der politisch-operativen Lage vom 17.11.1988 für die Jahresplanung, MfS, HA XX/AKG, Arch.-Nr. 86, S. 87. Das MfS schätzte Mitte 1989 die Zahl der „feindlich negativen Personenzusammenschlüsse“ auf 160, davon 150 kirchliche Basisgruppen, zusammengesetzt aus 35 Friedenskreisen, 39 Ökologiegruppen, 10 gemischte Kreise, 7 Frauengruppen, 3 Ärztekreise, 10 Menschenrechtsgruppen sowie 3 Zweidrittel-Welt-Gruppen. Hinzu kamen 12 Regionalgruppen des „Arbeitskreises Solidarische Kirche“, 4 Regionalgruppen der „Kirche von Unten“, Gruppen des „Grün-ökologische Netzwerk Arche“, Wehrdienstverweigerer-Regionalgruppen und Gruppen des Freundeskreises Wehrdiensttotalverweigerer. Daraufhin ging das MfS von einem Mobilisierungspotential von 2 500 Personen aus. 600 Personen wurden den „Führungsgremien“ zugeordnet. Unter die ca. 60 „unbelehrbaren Feinde des Sozialismus“ zählte das MfS namentlich Rainer Eppelmann, Hans-Jochen Tschiche, Ulrike und Gerd Poppe, Bärbel Bohley, Werner Fischer, Wolfgang Rüdtenklau, Reinhard Schult, Thomas Klein und Heiko Lietz auf. Information Nr. 150/89 über beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlich-negativer und oppositioneller Kräfte in personellen Zusammenschlüssen, o. D. (1.6.1989), MfS, HA XX/AKG, Arch.-Nr. 849, S. 23ff; Armin Mitter/Stefan Wolle (Hg.), „Ich liebe euch doch alle“ – Befehle und Lageberichte des MfS Januar–November 1989, Berlin 1990, S. 47f. Im September 1989 ergab eine (unvollständige) kumulative Zählung des MfS 144 Gruppen und 19 überregionale Zusammenschlüsse und Netzwerke, Neubert 1997, S. 707. Hinsichtlich der Regionalverteilung geben verschiedene Quellen des MfS zwischen 1987 und 1989 die Zahl der Gruppen in Berlin mit 15, 17 bzw. 19, in den Bezirken Cottbus mit 6, Dresden mit 12, 14 bzw. 16, Erfurt 8 bzw. 9, Frankfurt/Oder 1

interessanter, als diese Gruppen auch von der Bevölkerung als fremd empfunden und überwiegend abgelehnt wurden (doppelte gesellschaftliche Isolierung und Marginalisierung). Diese Fremdheit resultierte noch nicht einmal in erster Linie aus der Tatsache, dass diese Kreise überwiegend im kirchlichen Milieu arbeiteten und die DDR eine säkularisierte Gesellschaft war. Sie resultierte in erster Linie aus vielen Themen dieser Gruppen und den dabei entwickelten Positionen. Die Antwort auf die Frage nach der erstaunlichen Wirksamkeit dieser Gruppen ergibt sich aus der enormen Empfindlichkeit (und, wie sich zeigen sollte, auch Verletzbarkeit) eines Systems, dessen Stabilität und Selbstlegitimation auf einer (erzwungenen oder „erkauften“) Massenloyalität beruhte, deren öffentlich dargestellte Aufkündigung tödlich für das ideologisch, politisch institutionell und verfassungsrechtlich gesicherte Gestaltungsmonopol der Politbürokratie wirken musste. Dies bedeutete auch, dass mit zunehmender gesellschaftlicher Unzufriedenheit die Gefahr der Aufkündigung vorherrschender passiver Massenloyalität mit dem öffentlichen Auftreten auch kleiner „illoyaler“ stabiler Kerne wuchs. Damit sind die Verhältnisse der zweiten Hälfte der 80er Jahre in der DDR beschrieben.

4.1 Illegale Gruppenarbeit und konspirativ organisierte Gegenöffentlichkeit

4.1.1 Kooperationsversuche in der illegalen Gruppenarbeit

Die Ende 1980 gebildete konspirative Gruppe um Reinhard Schult (vgl. Abschnitt 3.1.4.2) war von 1981–1984 auf 15 Mitglieder angewachsen – unter anderem erweitert um Sabine Wolf, Bodo Niedlich-Wolf sowie Regina „Lotte“ Templin und Wolfgang Templin. Die Gruppe verfügte über Verstecke für Schreib- und Vervielfältigungstechnik sowie für die entstandene illegale Bibliothek, deren Bücher auch für die Arbeit der internen Arbeitskreise zur politischen Bildung verwandt wurden. Zum Teil waren diese seit 1981 existierenden Arbeitskreise aus Absicherungsgründen im kirchlichen Kontext der Friedenskreisarbeit legiert, aber anders als die Gruppe nicht streng konspirativ organisiert. Dem MfS gelang es lediglich, in diese Bildungsarbeitskreise einzudringen, ohne den konspirativen Zusammenhang im Hintergrund zu erkennen. Dies geschah erst 1988. Mitglieder der konspirativen Gruppe um Schult sowie Teilnehmer an den von ihr angeregten Arbeitskreisen waren 1982/83 auch an einem Treffen mit Peter Brandt (zusammen mit Herbert Ammon Verfasser der Arbeit „Die Linke und die nationale Frage“)⁸ und – vermittelt von Lutz Rathenow – an

bzw. 4, Gera 2 bzw. 6, Halle 13, 19 bzw. 20, Karl-Marx-Stadt 11, 25 bzw. 27, Leipzig 8, 18 bzw. 19, Magdeburg 8, Neubrandenburg 3 bzw. 4, Potsdam 3 bzw. 8, Suhl 5 bzw. 6, Rostock 4 bzw. 6 und Schwerin mit 1 bzw. 5 an. MfS, Information Nr. 150/89, S. 26; Subklew-Jeutner 2004, S. 201; Pollack 2000, S. 138f; MfS, HA XX/AKG, Arch.-Nr. 5674, S. 38.

⁸ Peter Brandt, Herbert Ammon, Die Linke und die nationale Frage, Hamburg 1981. Das erwähnte Treffen ist vom MfS observiert worden.

einem Treffen mit Raimund Dietz⁹ beteiligt. In solchen politischen Bildungskreisen waren mit Bernd Holtfreter, Jutta Begenau, Klaus Wolfram und Gunther Begenau auch Mitglieder aus einer anderen konspirativen Gruppe um Burkhard Kleinert beteiligt. Kleinert war bereits seit 1967 in verschiedenen illegalen Zirkeln tätig.¹⁰ Anders als die erwähnten Mitglieder seiner Gruppe nahm er an den politischen Bildungskreisen im Umfeld Schults nicht teil, wirkte aber an der inhaltlichen und konzeptionellen Vorbereitungstätigkeit der Mitglieder seiner Gruppe für diese Arbeitskreise mit. Kleinert arbeitete seit Ende 1983 zusammen mit Bernd und Nora Gehrke, Stefan Fechner und Thomas Klein in einem konspirativen Zirkel zur Wirtschaftspolitik der DDR, dessen Arbeitsergebnisse durch Klein als Teilnehmer an der Arbeit im FKFF sowie an den von der konspirativen Gruppe um Schult organisierten Bildungskreisen eingebracht wurden. Das MfS hielt gemäß einem Bericht vom April 1983 Kleinert für „besonders gefährlich“, weil er als staatlicher Leiter im Zentralinstitut für Materialwirtschaft, als Mitglied der Zentralen Parteileitung und als stellvertretender Vorsitzender der Arbeiter- und Bauerninspektion „zur Konspirierung seiner feindlichen Grundhaltung staatskonform auftrate“ und nach Absolvierung des Fernstudiums für Ökonomie für noch höhere Leitungsfunktionen vorgesehen sei. Das damalige Bild des MfS vom Kreis um Kleinert, gegen den es seit 1981 aus ganz anderen Gründen intensiv ermittelte¹¹, weshalb dem MfS auch die Aktivitäten von Mitgliedern seiner Gruppe im Zusammenhang mit den Bildungskreisen nicht verborgen blieb, ist einem Sachstandsbericht vom 5.8.1983 zu entnehmen:

„Die ... durch den Aufbau eines ‚Schulungskreises‘ angestrebte ideologische Übereinstimmung innerhalb der ‚Gruppe‘ soll konkrete Klarheit schaffen, wie die ‚Gesellschaft‘ in der DDR aufgebaut und welche konkreten Strukturen, Prozesse da-

-
- 9 Das Treffen fand am 12.12.1987 statt. Information vom 5.1.1988 über ein Treffen des politischen Untergrundes mit dem Österreicher Dietz, Abteilung XX/4, IMB „Max“, Reg.-Nr. XV/1315/79, Band 4, S. 122f. In den Diskussionen der Arbeitskreise zu den Wirtschaftssystemen im sowjetischen Block hatte eine Arbeit von Raimund Dietz, Sowjetökonomie: Warenwirtschaft oder Sachverwaltung. Ein Beitrag zur Begründung einer alternativen Theorie des Sozialismus, Achberg 1977, eine wichtige Rolle gespielt. Die Arbeit an diesem Thema erfolgte während eines Seminars in einem Pfarrhaus bei Forst vom 29.–31.5.1987.
- 10 Burkhard Kleinert gehörte 1967/68 zu einer Gruppe, die Flugblätter gegen den Einmarsch in die ČSSR verbreitete und vom MfS zu dieser Zeit im OV „Student“ bearbeitet wurde. In den 70er Jahren existierten mehrere illegale Kreise um Burkhard Kleinert, Jutta und Gunter Begenau (alle bearbeitet im OV „Geiger“), sowie Bernd Holtfreter. Von März 1977 bis April 1978 wurde Kleinert im OV „Opposition-Dirigent“ wegen des Verdachts der „Inspirierung staatsfeindlicher Gruppen“, die damals in den OV „Kreis“ und „Opposition“ erfasst waren, bearbeitet. Von daher bestand auch eine Verbindung zu Klaus Wolfram und Wolfgang Templin (beide OV „Kreis“) sowie Bernd Gehrke, bearbeitet in OV „Opposition“. Ebenso bestanden Verbindungen Kleinerts zu Edelbert Richter, zu Oppositionellen in Polen (vermittelt durch Wolfgang Templin) und Ungarn (György Dalos). Auch die Gruppe um Burkhard Kleinert und Gunther Begenau baute eine illegale Bibliothek auf, deren Existenz dem MfS durch den inoffiziellen Nachweis fortgesetzter Büchereinschleusung bekannt wurde. Aus einer Gruppengemeinschaftskasse wurden Solidaritätsspenden für unter Druck geratene Oppositionelle finanziert. Gegen Kleinert wurde in den 80er Jahren im OV „Vermittler“ (in Richtung § 100) ermittelt. Interview des Autors mit Burkhard Kleinert am 7.4.2004.
- 11 Kleinert stand gemäß Erkenntnissen der HVA unter Verdacht, die Vermittlung des Kontakts einer DDR-Studentin der HU Berlin nach Westdeutschland zur Beratung eines „gegen die DDR gerichteten Briefes“ an die Pariser Konferenz einer Studentenorganisation verantwortet zu haben.

bei unbedingt verändert werden müssten. Dabei komme es insbesondere auf ‚Kollektivgeist‘ und ‚Disziplin‘ an. Selbständige Handlungen, unkontrollierte Einzelaktionen sind aus Gründen der zu ihrer Sicherheit erforderlichen (und zu erhöhenden) Konspiration unbedingt zu unterbinden. Ihre mehrfach zum Ausdruck gebrachte Zielstellung besteht nach eigenen Darstellungen (z. Zt.) in der theoretischen Analyse der in der DDR als ‚entartete Bürokratie‘ diffamierten real existierenden Sozialismus ... Darüber hinaus äußerten Kleinert, B. und Begenau, G. vermutlich unter dem Gesichtspunkt der zahlenmäßigen Erweiterung ihrer Gruppierung besonderes Interesse an Personenkategorien, die keine ‚Hemmungen‘ besitzen und unter diesen Grundvoraussetzungen für die Durchsetzung ihrer (feindlichen) ‚Propaganda‘ eingesetzt werden könnten. In diesem Zusammenhang wurden allgemein Zielpersonen genannt, die beruflich auf politisch-relevanten Gebieten tätig sind und demzufolge über legale Möglichkeiten zur Durchsetzung ihrer ‚Feindideologie‘ verfügen würden. Das heißt, es bestehen von Seiten des Kleinert B. und Begenau, G. konkrete Vorstellungen auf Fragen des täglichen Lebens „offener bzw. halboffener“ zu orientieren, um diesbezüglich stattfindenden Problemdiskussionen einen legalen Charakter zu verleihen.“¹²

Entstanden war dieses Bild durch das Ergebnis konspirativer Hausdurchsuchungen bei Kleinert am 17.11.1982 und 10.2.1983. Für das MfS trat gemäß ihrer Bilanz vom August 1983 unter anderem zutage, dass dieser seit April theoretische Konzeptionen und Seminarpläne für Zirkel zu ökonomischen Themen, zu Problemen des real existierenden Sozialismus, zur Geschichte sowie zu Sozialreformen zusammen mit „nicht identifizierten Personen“ und für mehrere Kreise erarbeite. Der Inhalt sollte zur Vermeidung strafrechtlicher Konsequenzen „nicht offensichtlich feindlich“ sein. Auch die Zusammenkünfte Kleinerts mit Gunther Begenau, Bernd und Nora Gehrke sowie Thomas Klein im Mai/Juni 1983, unter anderem im Zusammenhang mit einem Treffen von „Vertretern illegaler Gruppen“ in Templin/Herzfelde vom 17.6.–19.6.1983 (das von Klaus Wolfram koordiniert wurde und welches das MfS durch einen dort residierenden IM unter Kontrolle nehmen konnte), blieben dem MfS nicht verborgen. Hierfür hatte Kleinert einen Beitrag „Weltwirtschaftskrise und Anforderungen an die Volkswirtschaft der DDR in den 80er Jahren“ erarbeitet, welchen das MfS inoffiziell dokumentierte. Auch ein Treffen Burghart Kleinerts und Gunther Begenaus am 1.7.1983 mit Wolfgang Templin, Reinhart Schult und weiteren Personen zum Zwecke des Gruppenaustauschs über Arbeitsinhalte war dem MfS bekannt:

„Bei den im Berichtszeitraum bekannt gewordenen Verbindungen des Verdächtigen Burkhard Kleinert, Gunter Begenau, Jutta Begenau, Wolfgang Templin, „Bernd“ (vermutl. Gehrke), „Klaus“ (vermutl. Wolfram) und „Thomas“ (vermutl. Dr. Klein) handelt es sich um Personen, die bereits in der Vergangenheit durch die BV Berlin, Abt. XX, aufgrund der Verletzung von Straftatbeständen nach §§ 106 und 107 StGB in verschiedenen OV bearbeitet wurden. Durch zielgerichtete operative Zersetzungsmaßnahmen erfolgte 1977 die Auflösung verschiedener staatsfeindlicher Gruppierungen. Gegenwärtig sind umfangreiche Aktivitäten zur Neuformierung dieses Personenkreises in verschiedenen oppositionellen Gruppen zu verzeichnen, wobei die Zielstellung in der Schaffung staatsfeindlicher Basen besteht. Die subversiv-

12 Sachstandsbericht vom 5.8.1983, MfS OV „Vermittler“, Reg.-Nr. XV 5430/8.

*feindlichen Angriffe erfolgen unter Anwendung konspirativer Mittel und Methoden koordiniert, planmäßig und systematisch. Besonders gesellschaftsgefährdend ist, dass ihre langfristige Zielsetzung zur Beseitigung des real existierenden Sozialismus in der DDR unter Einbeziehung der Arbeiterklasse erreicht werden soll.*¹³

1984 begannen Versuche einer grundsätzlichen Verständigung der konspirativen Gruppe um Schult mit der Gruppe um Kleinert zum Zwecke der Klärung gemeinsamer Grundlagen für eine engere künftige Zusammenarbeit.¹⁴ Reinhard Schult und Wolfgang Templin erarbeiteten gemeinsam ein Thesenpapier unter dem Titel „Bürokratieherrschaft, politische Opposition und Friedensbewegung in der DDR“¹⁵, welches der Gruppe um Kleinert übergeben wurde. Das Thesenpapier wollte den „Diskussions- und Selbstverständigungsprozess sozialistischer Oppositionsgruppen in der DDR“ zur „Analyse der vorhandenen gesellschaftlichen Verhältnisse“ in den Blockländern mit ihren „nichtkapitalistischen bürokratischen Klassengesellschaften“ zusammenfassen: Die entscheidende Konsequenz aus diesen Verhältnissen bestünde darin, dass aus systemimmanenten Gründen mit einer „evolutionären oder über Reformen vermittelten“ Entwicklung nicht zu rechnen und daher eine „revolutionäre Veränderung dieser Gesellschaften“ notwendig sei. Für diese Perspektive müsse eine gesellschaftliche Opposition die Schwerpunkte ihrer Arbeit entwickeln. Von einer Kritik der Rolle der „Berufsbürokratie“ der Arbeiterbewegung ausgehend behauptete das Thesenpapier, in den osteuropäischen Gesellschaften übe diese eine Klassenherrschaft aus. Diese Bürokratie reproduziere sich (anders als die verbürokratisierte Funktionärschicht der Arbeiterbewegung in bürgerlichen Gesellschaften mit ihrer als Ergänzung und Gegensatz zur privatwirtschaftlichen Sphäre festgelegten Daseinsweise) als Organisatoren des gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs. Ohne die Existenz privatwirtschaftlicher Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln nähme diese Organisation die Form der politischen Herrschaft über die Produzenten an, wobei die Herrschenden zutiefst konservativ und ihr soziales Eigeninteresse am Erhalt ihres Anspruchs auf dieses Kommando über die Gesellschaft ihre einzige Triebkraft sei. Statt privatwirtschaftlicher Konkurrenz oder der freien Initiative „assoziierter Produzenten“ im Sinne von Marx würde nur noch das Gelingen der Legitimation dieses bürokratischen Kommandos (über die erfolgreiche kompensatorische Befriedigung von Konsumwünschen der kommandierten Produzenten) die Entwicklung antreiben, was bürgerliche Bedürfnisstrukturen stabilisiere. Weder die trotzkistische Charakterisierung dieser Gesellschaften als postkapitalistische Übergangsgesellschaften noch deren Interpretation als staatskapitalistische Variante von Klassengesellschaft erfasse die entscheidende Differenz zwischen Verstaatlichung und Vergesellschaftung in der klassenherrschaftlichen Verfü-

13 Ebenda

14 Die Treffen der Gruppenmitglieder Wolfgang Templin, Sabine Wolf und Reinhard Schult mit Burkhard Kleinert, Bernd Holtfreter und Gunther Begenau sollten aus der Sicht von Reinhard Schult der Entwicklung einer arbeitsteiligen Zusammenarbeit mit mehr in die offiziellen Strukturen eingebundenen Akteuren dienen. Zunächst sollte der Informationsaustausch, die theoretische Zusammenarbeit, und die Erschließung von Fachwissen für die (legale) Friedensarbeit ausgebaut werden. Auf der Grundlage einer konzeptionellen Verständigung wollte man die illegale Gruppenarbeit eventuell auf breiterer Basis ausbauen, um sich so darauf vorzubereiten, bei Eintreten entsprechender Situationen als Gruppe namentlich in die Öffentlichkeit gehen zu können, Interview mit Reinhard Schult am 12.1.2004.

15 Thesenpapier „Bürokratieherrschaft, politische Opposition und Friedensbewegung in der DDR“, MDA, RSch 21.

gangsgewalt der Bürokratie über die Produktionsmittel und die Produzenten. Die Ablösung terroristischer Formierung der Gesellschaft durch reformoffenere Gestaltungsvarianten ändere nichts an der Entschlossenheit des Regimes, jeden Reorganisationsversuch des zerschlagenen insbesondere arbeiterschaftlichen Widerstands zu verhindern und bei Bedarf Reformen zu suspendieren sowie zu polizeistaatlichen Methoden oder zur Militärdiktatur überzugehen. In der DDR wäre die Arbeiterklasse während des langen Zeitraums ihrer Unterdrückung entpolitisiert worden und die vereinzelt widerständigen Regungen gingen vermehrt von Jugendlichen sowie der kritischen Intelligenz aus. Parteireformerischen Strömungen wurde höchstens eine Rolle in evolutionären Umgestaltungsprozessen „von oben“ bei andauerndem tiefem Misstrauen gegenüber jeder Bewegung von unten zugetraut. Zu den bürger- und menschenrechtlich orientierten Demokratiebewegungen (Charta 77, Teile des KOR und der sowjetischen Dissidenten) hieß es:

„Die politische Programmatik und die Zielvorstellungen dieser Gruppen machen die oft unkritische Orientierung am westlichen Demokratiemodell deutlich. ... Die Opposition wird immer das Element der Menschen- und Bürgerrechte enthalten, kann aber dabei nicht stehen bleiben, sondern muss ihr Schwergewicht auf die sozialen Forderungen legen, um an die Wurzel bürokratischer Existenz zu rühren. Die ökonomischen Reformvorstellungen der Menschenrechtler gehen über die Förderung der Privatinitiative und marktwirtschaftliche Konzepte bis hin zur Etablierung einer gemischten Wirtschaft. Durch die Gleichsetzung von Staatsdirigismus mit zentraler Planung schlechthin werden die Möglichkeiten einer realen Vergesellschaftung über die demokratische Selbsttätigkeit der Produzenten ausgeklammert.“

Dagegen werde „aus der sozialen Situation am unteren Ende der gesellschaftlichen Pyramide ... die Herausbildung neuer Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse am drückendsten spürbar“, was in basisdemokratisch-sozialistischen Bewegungen und ihren Kampfzielen (soziale Gerechtigkeit, Kontrolle und Mitsprache in den Betrieben, Streikrecht, Privilegienabbau) ihren Ausdruck finden würde. Trotz fehlender Kontinuität oppositioneller Strömungen in der DDR sei gegenwärtig mit der unabhängigen Friedensbewegung eine sozial- und generationenübergreifende Bewegung entstanden, die weder vereinnahmt, noch zerschlagen werden konnte. Jedoch ersetzen hier moralische Appelle und psychologisierende Erklärungen die notwendige politische Analyse.

„Den isolierten Gruppen einer politischen Opposition in der DDR ist es auf der anderen Seite durch ihre Fixiertheit auf überkommene ideologische und organisatorische Muster und die Berührungängste zur Kirche nicht möglich gewesen, ... sich in die Friedensbewegung einzubringen. ... Ihre eigenen Antworten in Sachen Frieden werden über die Verweigerungs- und pazifistische Haltung hinausgehen. Die Kritik der bisherigen Militär- und Sicherheitspolitik muss die Forderung nach gesellschaftlicher, sozialistischer Demokratie in diesen Bereichen einschließen ... Der Zusammenhang von Bürokratieherrschaft, Rüstungseskalation und innerer Militarisierung schließt, wenn er verdeutlicht wird, die Frage nach den sozialökonomischen Grundlagen unserer Gesellschaft ein.“

Zur Frage der gemeinsamen Perspektiven von politischer Opposition und Friedensbewegung hieß es abschließend:

„Den Gruppen der politischen Opposition muss es gelingen, sich aus ihrer Isolation zu lösen und für das Anliegen der Friedensbewegung zu öffnen. Sie können dort ihr theoretisches und politisches Erfahrungswissen einbringen und mit den konsequentesten Kräften dieser Kreise ein gemeinsames Widerstandspotential aufbauen. Für diese Perspektive existieren Friedensbewegung und politische (Fundamental-)Opposition als zwei verschiedene Ebenen einer unabhängigen gesellschaftlichen Bewegung. ... Die Friedensbewegung ... [muss] ... ohne ihre Offenheit und den Kirchenbezug aufzugeben ... die Kooperation mit ökologischen Initiativen, Frauen-, Jugend- und Dritte-Welt-Gruppen verstärken. Dabei sind alle durch die Kirche gestützten Kommunikations- und Informationsmöglichkeiten von besonderem Wert. Demgegenüber muss die politische Opposition, die in der DDR noch lange in der Situation einer verschwindenden Minderheit sein wird, als eine Art zweite Linie mit eigenen Organisations- und Koordinationsformen existieren. Im Kern werden das relativ kleine, konspirativ arbeitende Gruppen sein ... Alle Formen der theoretischen und Bildungsarbeit, die im Rahmen der Friedenskreise nicht mehr getragen werden können, die gezielte Beschaffung, Verteilung und Auswertung von Literatur fällt in die Arbeit dieser Gruppen. ... Über die gemeinsamen Kontakte und die Zusammenarbeit werden die aktivsten und entschiedensten Vertreter der Friedensbewegung in diese Arbeit hineinwachsen und es kann eine Vielzahl differenzierter halboffener Veranstaltungen und Aktivitäten zustande kommen. Für die Intensität der Zusammenarbeit wird die von der Opposition verkörperte Perspektive gesellschaftlicher Veränderung und die Fähigkeit, langfristige Veränderungsschritte anzugeben und durchzuhalten, entscheidend sein. Von der gegebenen politischen Situation ausgehend müssen langfristig wirkende ökonomische und soziale Krisenerscheinungen aufgedeckt werden ... Von diesen Tendenzen wird die gesellschaftliche Situation der DDR in den nächsten Jahren bestimmt sein.“

Zweifellos spiegelte dieses Perspektivenpapier bereits die existierende Praxis im Geflecht aus informellen Arbeitskreisen, konspirativer Gruppenarbeit und öffentlich stattfindender Friedenskreisarbeit im halblegalen Kirchemfeld (thematische Bildungsarbeitskreise, konspirative Gruppe um Schult und Arbeit im Friedenskreis der ESG bzw. des sich gerade reorganisierenden Friedenskreises in Friedrichsfelde) wider. Auch das Thesenpapier „Zur Politikfähigkeit der eigenständigen DDR-Friedensbewegung“ des Friedrichsfelder Friedenskreises vom Dezember 1985 (vgl. Abschnitt 3.2) wird innerhalb dieses Kontextes politisch nachvollziehbar. 1984 ging es offensichtlich darum, die Zusammenarbeit mit der Gruppe um Kleinert auf konzeptioneller Grundlage zu entwickeln und zu verstetigen. Dieses Vorhaben scheiterte: Einen Tag, nachdem Holtfreter das Papier an Kleinert weitergereicht hatte, wurde Kleinert durch das MfS verhaftet. Offenbar war das MfS durch mehrere zuvor erfolgte konspirative Hausdurchsuchungen und durch die Beobachtung Kleinerts gut informiert, jedoch offenbar nicht über die gerade stattfindende Verständigung beider Gruppen. Es ist dem MfS damals weder durch die Vernehmungen Kleinerts, noch durch technische Ermittlungen gelungen, die Identität der Verfasser des Thesenpapiers zu ermitteln.¹⁶ Das Verfahren gegen

16 „Die eingeleitete Überprüfung dieses maschinenschriftlichen Pamphlets [Bürokratieherrschaft, Politische Opposition und Friedensbewegung in der DDR] bei der HA XX/2 erbrachte keine Identität mit bereits eingespeicherten Schreibmaschinenschriften. Es erfolgte die Klassifizierung in die Tatschriften-

Kleinert wurde offenbar aus politischen Erwägungen heraus eingestellt.¹⁷ Durch den Zugriff des MfS war allerdings die Verunsicherung in beiden Gruppen erheblich und die Fortsetzung der Verständigung im Sinne des ursprünglichen Ziels fand nicht mehr statt; jedoch wurde die bisher praktizierte Zusammenarbeit auch nicht abgebrochen. Die Bibliothek der Gruppe um Kleinert wurde an die Gruppe Schult übergeben und beide Bestände (ca. 600 Bücher) wurden zusammen verwaltet.¹⁸

1986 erhielt die BV Berlin des MfS schließlich doch noch teilweise Aufschluss über die Herkunft des Thesenpapiers: Ihr IM „Max“ erhielt es von Reinhard Schult Ende August¹⁹, erfuhr Anfang September von dessen Mitautorenschaft²⁰ und löste damit bei seinen Führungsoffizieren „großes Aufsehen“²¹ aus.

4.1.2 Konspirative Herstellung von Gegeninformation: Ostberlin-Seite der TAZ und „Schwarzer Kanal“

1984/85 kam es in der konspirativen Gruppe um Reinhard Schult zu einer Krise. Anlässlich des Ausreiseantrags eines Gruppenmitglieds gab es Kontroversen sowohl wegen des Vollzugs der Gruppenvereinbarung einer Beendigung der weiteren Mitarbeit für diesen Fall (was bei einigen Gruppenmitgliedern auf Widerspruch stieß), als auch infolge von Diskussionen um die Einschätzung der politischen und gesellschaftlichen Bedeutung der Antragsteller im Allgemeinen. Regina und Wolfgang Templin sahen in diesen inzwischen ein wichtiges oppositionelles Potential, was keineswegs Konsens in der Gruppe war. Hinzu trat der Umstand, dass weder Wolfgang Templin, noch Martin Böttger sich in ihrer Tätigkeit weiter den konspirativen Regeln der Gruppe unterwerfen wollten. Der Arbeitskonsens schien nicht mehr zu tragen und die Auflösung der Gruppe wurde vereinbart. Jedoch entschlossen sich Reinhard Schult, Sabine und Bodo Wolf, Tina Krone sowie Hartmuth Przybilski ohne Wissen der ausgeschiedenen Gruppenmitglieder, den konspirativen Gruppenzusammenhang weiterzuführen. Die Bildungsarbeitskreise wurden fortgesetzt; die „neue Gruppe“ nutzte auch weiterhin die vorhandene Technik und verwaltete die inzwischen erweiterte Bibliothek. Die Gruppe wurde in den nächsten Jahren wieder vergrößert; erst 1988 wurde dem MfS deren Existenz durch die Aufnahme eines IM in die Gruppe bekannt.²²

sammlung.“ Information über das Verhalten des Kleinert, Burkhard nach der ersten Befragung durch die Hauptabteilung IX (Bericht 8.6.1984), MfS, OV „Vermittler“, Reg.-Nr. XV 5430/8.

17 Es wurden „offiziell auswertbare Beweise und Indizien für die Verletzung von Straftatbeständen gemäß § 106 StGB sowie für seine politisch-negativ bzw. feindliche Grundeinstellung gegenüber dem in der DDR real existierenden Sozialismus erarbeitet. Von der Einleitung strafrechtlicher Maßnahmen gegen Kleinert, Burkhard wird aufgrund der gegenwärtigen politischen Situation Abstand genommen.“ Sachstandsbericht 13.8.1984, MfS OV „Vermittler“, Reg.-Nr. XV 5430/8.

18 Interview mit Reinhard Schult am 12.1.2004.

19 Information „Politisch-ideologische Plattform“ vom 29.8.1986 der BV Berlin, Abteilung XX/4, IM-Akte „Max“, Band 2, S. 83.

20 Treffbericht IM „Max“ vom 5.9.1986, ebenda, S. 95 und Aktenvermerk „Politisch-ideologische Plattform OV Pazifist“ vom 19.9.1986, ebenda, S. 117.

21 Wolf 2006, XXXIX. Kapitel, S. 2259f.

22 Der IM „Andreas“ wurde am 25.1.1988 (zusammen mit Friedemann Seidel) in die konspirative Gruppe, der damals auch Hans-Jürgen Buntrock angehörte, aufgenommen. MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV

Unter den aufrechterhaltenen Kontakten der reorganisierten Gruppe waren auch die inzwischen dauerhaften Arbeitsbeziehungen zu Westberliner Autonomen, die sich bereits seit 1982/83 auf den für 1988 bevorstehenden IWF-Kongress in Westberlin vorbereiteten und bei den Treffen mit ihren Ostberliner Gesprächspartnern regelmäßig auch über das Thema „IWF, Weltbank und die Dritte Welt“ informiert und diskutierten. Die Sensibilisierung der Gruppenmitglieder für dieses Thema sollte bedeutsam werden insbesondere für im FKFF stattfindende Veranstaltungen zu Südafrika und zur „Dritten Welt“ sowie für die Teilnahme an Aktionen in Ostberlin, die parallel mit der Westberliner Kampagne gegen den IWF-Kongress stattfanden (vgl. Abschnitt 4.31).

Ein anderer wichtiger Kontakt der Gruppe existierte zur Redaktion der Westberliner alternativen „tageszeitung“ (TAZ). Nach der „handwerklichen“ Verbreitung des „Gegenstimmepapiers“ Ende 1982 (vgl. Abschnitt 3.1.4.2), deren Ertrag als unbefriedigend eingeschätzt wurde, gelang es der Gruppe um Schult nach einem ersten (vergeblichen) Anlauf 1984, die „TAZ“-Redaktion 1985 für die Idee zu gewinnen, regelmäßig eine Seite bereitzustellen für eine Berichterstattung über Ostberlin bzw. mit Nachrichten aus der DDR. Ursprünglich wurde verabredet, dass regelmäßig von Autoren der politisch-alternativen Szene in Ostberlin authentische Beiträge für diese „Ostberlin-Seite“ der TAZ erarbeitet und ein Zusatz-Sonderdruck dieser Sonderseite von der Gruppe vor Ort verbreitet werden sollte. Dies bedeutete, dass unter Inanspruchnahme der Infrastruktur solidarischer politischer Partner im Westen die authentische Berichterstattung über die Situation in Ostberlin für den Osten erleichtert werden konnte. Die „Ostberlin-Seite“ der TAZ erschien ab 1986 alle 14 Tage dienstags und wurde von verschiedenen Mitgliedern unabhängiger Gruppen in Ostberlin gestaltet. Die Artikel kamen über versteckte Kanäle nach Westberlin. An deren redaktioneller Zusammenstellung war Roland Jahn als Vertrauensperson beteiligt. Exemplare der „Ostberlin-Seiten“ konnten unter anderem in der im September 1986 gegründeten Ostberliner Umwelt-Bibliothek (vgl. Abschnitt 4.5.2) gelesen werden. Abgesehen davon, dass die Informationen dieses Sonderdrucks auf diese Weise relativ geringe Verbreitung erfuhren, war die riskante Gewinnung von Autoren im Osten, der Transport der Artikel in den Westen und der Rückweg des Sonderdrucks wieder in den Osten gerade unter dem Gesichtspunkt der Versteigerung des Unternehmens sehr aufwendig. Hier kollidierten bald die Schwierigkeiten der Kontinuitätssicherung von unter konspirativen Bedingungen zustande kommenden Korrespondentenbeiträgen (an deren Akquirierung auch Carlo Jordan mitwirkte) bald mit den Anforderungen einer unter ganz anderen Bedingungen arbeitenden Westberliner Tageszeitung, so dass aus der „Ostberlin-Seite“ der TAZ aus der Sicht der Gruppe um Schult bald wieder eine „Seite des Westens für den Westen über den Osten“ (unter Federführung von Roland Jahn) wurde und sich die Gruppe von dem Unternehmen zurückzog.²³ Jedenfalls dürfte der erlebte Zugriff auf ein über die Arbeit oppositioneller Gruppen und die Ereignisse in der DDR informierendes Periodikum authentischer, von den Beteiligten selbst verfasster

3807/79, Band 8, S. 349ff. Im Dezember 1988 verließ Bodo Wolf wegen prinzipieller Meinungsverschiedenheiten die Gruppe. HA XX/9, IM-Bericht „Andreas“ vom 19.12.1988, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 10, S. 110f.

23 Interview mit Reinhard Schult am 12.1.2004.

Berichte die Entschlossenheit der Akteure vergrößert haben, solche Veröffentlichungen auch selbst und in der DDR herauszugeben. Eben dies sollte noch im gleichen Jahr erfolgen.

Durch ihre Verbindung zu den Westberliner Autonomen erfuhr die Gruppe um Schult auch von im Westen praktizierten Formen der Herstellung unabhängiger Gegen-Öffentlichkeiten. In Westberlin und der Bundesrepublik waren aus dem Kommunikationsnetz der verschiedenen politischen Bewegungen heraus in den siebziger Jahren Initiativen zum Aufbau von eigenen Medien entstanden. Hier wollten die Beteiligten der Alternativbewegung unverfälscht zu Wort kommen. Der herrschenden und als künstlich empfundenen Medienrealität sollte eine neue Art von Publizistik gegenübergestellt werden. Zugleich verstanden sie sich als Sprachrohr derer, die staatlichen Repressionen ausgesetzt waren. Im Zusammenhang mit der Berliner Hausbesetzerbewegung entstanden neben zahlreichen Flugblättern und Zeitschriften ein Dutzend illegal betriebene Radiosender. Ihre Aktivitäten und die Aktionen des „Freundeskreis Freier Radios Berlin“ führten in der Alternativszene zu einer lebendigen Debatte über den Aufbau, die Inhalte und den Betrieb von alternativen Rundfunksendern. Hier traf sich das Konzept der unabhängigen Basisgruppen der DDR inhaltlich mit den alternativen Bestrebungen in der Bundesrepublik.²⁴ In Kenntnis dieser Entwicklungen stellte die Gruppe um Schult über ihre Partner von den Autonomen Verbindung zu illegal agierenden Radiomachern aus Westberlin her und gewann diese für die Idee, von Westberlin aus Sendungen für Ostberlin mit Beiträgen der politisch-alternativen Gruppen zu realisieren. „Unsere Vorstellung war also, dass wir den Text machen und die Musik auswählen. Die Westberliner sollten die Technik machen und die Sprecher stellen. Die weitere Verständigung konnte natürlich nicht über die Post, sondern musste über Kurierere geregelt werden.“²⁵ Im Sommer 1986 erarbeiteten Tina Krone, Reinhard Schult, Sabine und Bodo Wolf über einen Zeitraum von drei Monaten in einer leer stehenden Berliner Wohnung das Sendemanuskript der ersten Sendung des nun „Schwarzer Kanal“ genannten Programms. Dabei wurde der Liedermacher Stephan Krawczyk von der Gruppe in die Manuskriptherstellung einbezogen. Im Mittelpunkt der ersten Sendung sollte der Text „Tschernobyl wirkt überall“

24 Fred Kowasch, Vom „Schwarzen Kanal“ zu „Radio Glasnost“. Die Hörfunkprogramme der DDR-Opposition unterlaufen die staatliche Medienpolitik (Magisterarbeit), Berlin 1997, S. 24ff unter Berufung auf Kurt Weichler, Die anderen Medien. Theorie und Praxis alternativer Kommunikation, Berlin 1987, S. 16f.

25 Interview mit Reinhard Schult, in: Wolfgang Rüdtenklau, Eine Hoffnung im UKW-Bereich, „Telegraph“ Januar/Februar 1992, S. 31. Dies war übrigens nicht der erste Versuch, von Westberlin aus illegale Radiosendungen in die DDR auszustrahlen: Aktivisten der KPD/ML (vgl. Abschnitt 2.2) gelang es von Anfang Mai 1983 bis Februar 1984 jeden ersten Montag im Monat das Programm „Roter Stachel“ der „illegalen kommunistischen Partei in der DDR“ auf 101 Mhz mittels eines transportablen UKW-Senders abzustrahlen. Das MfS konnte durch Einsatz von Peilsendern und mittels operativer Maßnahmen auf Westberliner Gebiet den Senderstandort im Humboldthain eingrenzen. Als zum Sendetermin am 3. Oktober 1983 dort sowohl operative Kräfte des MfS als auch die Westberliner Polizei im Verbund mit den Peilwagen des Westberliner Funkkontroll- und Messdienstes den Sender einkreisen wollten, strahlte dieser vom Viktoriapark im Bezirk Kreuzberg aus. Das MfS, in dem die Abteilung XXII mit der Bearbeitung des illegalen Senders befasst war, erwog ab Januar 1984 aktive Maßnahmen zu seiner Liquidierung. Der Sendebetrieb wurde im Februar 1984 nach erfolgreicher Infiltration von Einfluss-IM durch die KPD/ML selbst beendet. Herbert Polifka, Die unbekannte Opposition in der DDR, o. J., o. O., siehe auch www.kpd-ml.net.

über die Konsequenzen der ukrainischen Reaktorkatastrophe vom April 1986 (vgl. Abschnitt 4.5.1) stehen. Der Transport des Sendemanuskriptes übernahm ein in Ostberlin akkreditierter Korrespondent des „Evangelischen Pressedienstes Deutschland“ (EPD). In Westberlin erfolgte die Realisierung des Manuskripts und dessen Vertonung. Ein erster (erfolgreicher) technischer Test fand am 7. Oktober 1986 statt. Um Datum und Sendezeit der ersten „regulären“ Sendung vom 31. Oktober 1986 bekannt zu machen, erfolgte durch die Gruppe um Schult diese Vorankündigung mittels Flugzetteln, gedruckt mit handelsüblichen Kinderstempelkästen. Diese Flugzettel wurden in Briefkästen geworfen, einige davon auch in die von akkreditierten Korrespondenten, woraufhin RIAS und SFB am Sendetag jede Stunde skeptisch die Ankündigung der bevorstehenden Sendung des „ersten unabhängigen DDR-Rundfunksenders“ ankündigten. Es gab im Vorfeld auch Hinweise in westlichen Tageszeitungen, offenbar auf eine Meldung der amerikanischen Nachrichtenagentur „Associated Press“ (AP) zurückgehend, in denen die Ausstrahlung eines staatsunabhängigen Programms in den Stadtbezirken Prenzlauer Berg, Berlin Mitte und Friedrichshain angekündigt wurde.²⁶ Als die erste Sendung des „Schwarzen Kanals“ aus dem grenznahen Westberliner Raum am 31.10.1986 tatsächlich ausgestrahlt wurde, versuchten Funkpeilwagen des MfS auf Ostberliner Seite und in Westberlin Mitarbeiter der Funkkontroll- und Messstelle den Standort des illegalen Radiosenders zu bestimmen.²⁷ Im Programm wurde auf die Ausstrahlung weiterer Ausgaben des „Schwarzen Kanals“ jeweils am letzten Freitag im Monat zum gleichen Zeitpunkt hingewiesen.

In der ersten Einschätzung der Hauptabteilung XX/2 des MfS vom 1.11.1986 hieß es, langjährige Kräfte des PUT

„[praktizieren] die in der Sendung gegebenen Informationen bzw. gestellten Forderungen schon als ihre tagtägliche Haltung. Für Kräfte des politischen Untergrundes stellt die Sendung eine zusätzliche Ermutigung dar. Sie ist inhaltlich aber offenbar insbesondere für Menschen in der DDR bestimmt, die bisher einer oppositionellen Bewegung bzw. widerstandsähnlichen Handlungen gegenüber noch abseits stehen. Deshalb werden auch diejenigen, die durch Vorinformation diese Sendung mitgehört haben, aufgefordert, die Sendung mitzuschneiden und ihren Kumpels vorzuspielen.“²⁸

Am 27. November 1986 ergingen beim Kreisgericht Karl-Marx-Stadt/Süd zwei Haftbefehle wegen „staatsfeindlicher Hetze“ nach § 106 des DDR-Strafgesetzbuchs. Andrea Franke und Dirk Teschner, beide einem kirchlichen Friedenskreis zugehörig, wurde das Abspielen und der Vertrieb von Sendemitschnitten des „Schwarzen Kanal“ vorgeworfen.²⁹ Das MfS inten-

26 Interview des Autors mit Reinhard Schult am 12.1.2004 und Kowasch 1997, S. 36ff.

27 Gemäß bundesdeutschem Fernmeldeanlagengesetz besaß lediglich der Bund über die Bundespost das Recht, Fernmeldeanlagen zu betreiben; eine Abstrahlung von Programmen ohne Genehmigung war somit auch in Westberlin gesetzwidrig.

28 HA XX/2, 1.11.1986, Erste Einschätzung einer am 31.10.1986 in der Zeit von 22.00 Uhr bis 22.24 Uhr von einem unbekanntem Sender auf der UKW-Frequenz 99,2 MHz ausgestrahlten Sendung, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 8, S. 13.

29 Am 16.12.1986 richtete die gerade gegründete Umweltbibliothek aus der Zionsgemeinde einen Brief an den Staatsratsvorsitzenden Honecker mit der Bitte um Freilassung der Inhaftierten. MDA 1.1.16. Reg.-Nr. 840. Der Brief wurde auch auf der Ostberlin-Seite der TAZ veröffentlicht.

sierte seine Anstrengungen, der Radiomacher im Osten habhaft zu werden und die Kommunikationswege solcher Sendemitschnitte aufzuklären:

„Die Mitgestalter der Sendung aus dem Bereich der DDR sind offensichtlich unter Kräften des politischen Untergrundes zu suchen, die sich hauptsächlich in sogenannten Öko-Kreisen betätigen. ... Die Art und Weise der Behandlung des Problems ist identisch mit den bekannten Aktivitäten ... z. B. der Ökologiegruppe des Friedenskreises der evangelischen Kirchgemeinde Berlin-Alt-Friedrichsfelde.“³⁰

Es erwies sich nun, dass es ein Fehler war, das Manuskript der zweiten Sendung nicht schon vor der Ausstrahlung der ersten Sendung vorbereitet zu haben: In den nächsten Wochen wurde unter anderem Reinhart Schult einer aufwendigen verdeckten Observation durch die Sicherheitsorgane unterworfen. Das MfS vermutete, dass Personen aus dem Umfeld des FKFF beteiligt waren und versuchte, mittels operativer Maßnahmen Beweismittel zu sichern. Unter schwierigsten Bedingungen gelang es Bodo Wolf und Stephan Krawczyk, die zweite Sendung vorzubereiten. Am 29. November 1986 wurde das Programm diesmal vom Stadtteil Moabit aus gesendet und die Sendeanlage beinahe von der Westberliner Polizei gefunden. Sowohl diese als auch die nächste Sendung litten wie in alten Zeiten unter Störtönen des DDR-Rundfunks auf der Sendefrequenz des „Schwarzen Kanals“. Das MfS plante unter Umgehung des alliierten Rechtes sogar den Einsatz einer mobilen Peilstation in Westberlin.³¹ Die zweite Sendung des „Schwarzen Kanals“ beschäftigte sich mit der offiziellen Kulturpolitik und dem 10. Jahrestag der Ausbürgerung Wolf Biermanns.

Kurz danach, am 22. Dezember 1986, wurden Andrea Franke und Dirk Teschner vom Karl-Marx-Städter Bezirksgericht „wegen mehrfacher, zum Teil gemeinschaftlich begangener staatsfeindlicher Hetze“ verurteilt. Andrea Franke erhielt eine Bewährungsstrafe, Dirk Teschner zwei Jahre Haft wegen des Verteilens und des Abspielens von Sendemitschnitten des „Schwarzen Kanals“ im Freundeskreis.

Drei Tage vor der dritten und letzten Sendung des Schwarzen Kanals berichtete die TAZ auf ihrer „Ostberlin-Seite“ (vgl. oben) ausführlich über den „Ostberliner“ Piratensender auf Westberliner Gebiet. Die anonym bleibenden Verfasser des Artikels verbreiteten die Sende-terminkündigung für den 26. Dezember 1986 „auf der gewohnten Frequenz“ und stellten klar, dass auf Westberliner Seite keine ehemaligen DDR-Bürger an dem Projekt am „Schwarzen Kanal“ beteiligt seien, sondern Sympathisanten einer radikal-demokratischen, alternativ orientierten Szene. Es wurde auf die Verhaftungen in Karl-Marx-Stadt und die zahlreichen Personenüberwachungen in Ostberlin hingewiesen und die behördlichen Aktivitäten zum Aufspüren des illegalen Piratensenders in West- wie in Ostberlin beschrieben. Diese dritte Sendung des Schwarzen Kanals, von Reinhard Schult und Bodo Wolf in einem Pfarrhaus nahe Forst vorbereitet, forderte die Hörer des DDR-Piratensenders zur Solidarität mit den beiden Verhafteten von Karl-Marx-Stadt auf. Die Vorgänge sollten öffentlich gemacht und Geld für einen Anwalt gesammelt werden. Aus gegebenem Anlass gab es Hinweise zur straflosen Verbreitung der Sendung. Die dann geplante Sequenz in der Sendung über die Funktion der Justiz in der DDR und die Situation in den Strafvollzugsanstalten konnten die Hörer in Ostberlin nicht mehr empfangen. Nach insgesamt sechs Minuten war

30 Erste Einschätzung ..., MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 8, S. 15.

31 Kowasch 1997, S. 40ff unter Berufung auf einen Maßnahmeplan „Schwarzer Kanal“ des MfS vom 7. November 1986.

diese dritte Ausgabe des „Schwarzen Kanals“ vollständig gestört. Die massive Störaktion und die latente Gefahr für die Funker aus dem Westen von ihren eigenen Behörden entdeckt zu werden, führte zur Einstellung des ersten unabhängigen Radioprojektes in der DDR.³²

Offenbar fürchtete das MfS oder fürchteten andere staatliche Verantwortungsträger inzwischen die mit dem Karl-Marx-Städter Prozess verbundene Publizität eines Urteils allein wegen des Besitzes und der Weiterverbreitung von Sendemitschnitten des „Schwarzen Kanals“: Ende Dezember 1986 wurde der verurteilte Dirk Teschner aus der Haft entlassen.

Der „Schwarze Kanal“ als erster Versuch eines unabhängigen Radioprogramms in der DDR war ebenso wie die „Ostberlin-Seite“ der TAZ Teil des Kampfes der Ostberliner Oppositionsgruppen für unabhängige Medien – unabhängig von staatlicher Zensur und frei von Instrumentalisierungen oder Verfälschungen durch eigenen Intentionen folgende westliche Medien. Diese autonome Medienlandschaft der politisch-alternativen Gruppen sollte seit 1986 auch in der DDR selbst entstehen. Der „schwarze Kanal“ war im Westen Vorläufer der später regelmäßig ausgestrahlten Sendung „Radio Glasnost“ des Westberliner Senders „Radio 100“³³. In diesem Sender nahm die DDR-Berichterstattung innerhalb des zeitkritischen Magazins „Checkpoint“ bereits einen gewissen Platz ein. „Dann kam aber im Jahr 1987 schon die Idee von Leuten des Westberliner Alternativsenders Radio 100, eine DDR-Sendung machen zu wollen. Im Juni haben wir dann die erste Sendung von ‚Radio Glasnost‘ für Radio 100 produziert.“³⁴ Eine vermittelnde Funktion hatte wiederum Roland Jahn. Innerhalb der politischen Hintergrundsendung Checkpoint von „Radio 100“ wurde am 22. Juli 1987 erstmalig die Sendung „Radio Glasnost“ ausgestrahlt. Das 45minütige Programm war wiederum von den ehemaligen Machern des Ostberliner Untergrundsenders „Schwarzer Kanal“ erarbeitet worden. Produziert und ausgestrahlt wurde es, wie die folgenden 28 Sendungen, durch die Journalisten von „Radio 100“ in Westberlin. Neben den bisherigen Produzenten waren nun auch Mitarbeiter der unabhängigen Untergrundzeitschrift „Grenzfall“ (vgl. Abschnitt 4.2.3) an der inhaltlichen Gestaltung von „Radio Glasnost“ beteiligt. Die Ausstrahlung dieser Sendung veranlasste Erich Mielke zu einer Information, welche (außer an Politbüromitglied Joachim Herrmann als für Agitation verantwortlicher ZK-Sekretär) an alle ersten SED-Bezirks- und Kreisleitungssekretäre des Empfangsbereichs von Radio 100 ging und die Adressaten darüber informierte, dass „durch dessen Organisatoren und Hintermänner versucht wird, ... spezielle Zielgruppen in der DDR zu inspirieren und zu organisie-

32 Kowasch 1997, S. 40ff.

33 „Am 17. November 1986 teilte der Berliner Kabelrat die freiwerdende UKW-Frequenz zwei politisch völlig verschiedenen Radiokonzeptionen zu ... Auf der einen Seite erhielt mit Radio ‚Hundert,6‘ die Schamoni-Medien-GmbH das Recht täglich 20 Stunden Programm auszustrahlen ... Der Kabelrat wies die Zeit zwischen 19.00 und 23.00 Uhr der alternativen Radio 100 Anbietergemeinschaft zu ... [Der] Zusammenschluss ‚Initiativkreis Anderes Radio Berlin‘ verschiedener Radioinitiativen war die Nachfolgegemeinschaft des ‚Freundeskreis Freier Radios Berlin‘. An ihm waren solche Westberliner Medienprojekte beteiligt, wie die alternative ‚tageszeitung‘, der ‚Argument-Verlag‘, die ‚Medienoperative‘ und andere Personen aus der freien Radiobewegung. ... Der ‚Initiativkreis Anderes Radio Berlin‘ [schloß sich] mit anderen progressiven Berliner Antragstellern zusammen und gründete die ‚Radio 100 Anbietergemeinschaft‘.“ Kowasch 1997, S. 25ff.

34 Rückenklau, Interview mit Reinhard Schult, a.a.O. S. 35.

ren und ein ‚Sprachrohr‘ für im Sinne politischer Untergrundtätigkeit in der DDR wirkender Kräfte zu schaffen.“³⁵

Die Mitglieder der Gruppe Schult beteiligten sich anfangs weiter an der Materialzusammenstellung für „Radio Glasnost“, bis diese Einrichtung nach Meinung der Gruppe den gleichen Weg nahm, wie ehemals die „Ostberlin-Seite“ der TAZ (vgl. oben), woraufhin sie im Verlaufe des Jahres 1988 ihre Mitarbeit einstellten.³⁶ Ihre Kritik zielte neben dem Vorwurf politisch motivierter Zensur von Beiträgen als „zu links“ auch darauf, dass die Sendung zu stark von Terminansagen und Erklärungen einzelner Oppositionsgruppen statt von gründlicher Hintergrundberichterstattung über die Vorgänge in der DDR-Gesellschaft geprägt sei. Auch stellten Erklärungen mit voller Namensnennung ein Problem für viele Mitglieder der unabhängigen DDR-Basisgruppen dar. Im März und April 1988 behinderten die Techniker des Sicherheitsdienstes im Raum Berlin den Empfang der „Radio Glasnost“-Sendungen erheblich und lösten mit diesem Vorgehen im Westen heftige Kritik in Politik und Medien aus. Anlass und Auslöser waren die Ereignisse vom 17. Januar 1988 in Ostberlin. Im Zentrum der Aufmerksamkeit der Sicherheitsorgane standen Kontakte von Mitgliedern unabhängiger Gruppen zu bundesdeutschen und Westberliner Journalisten, insbesondere zu Roland Jahn. Deren Wege der Informationsbeschaffung für die Sendungen von „Radio Glasnost“ waren dabei für die Staatssicherheit von entscheidender Bedeutung.

Das MfS beobachtete solche Vorgänge schon sehr früh akribisch und bemühte sich, sie in einen Gesamtkontext aktueller Tendenzen von PUT und PID sowie deren Steuerung durch westliche Agenturen zu bringen und zu interpretieren. Diese Interpretationen waren auch Bestandteil von Schulungen und abteilungsübergreifenden Beratungen. So fand im April 1987 ein vom Untersuchungsorgan (HA IX), Abteilung 2 (Ermittlungsverfahren bei PUT) organisierter Erfahrungsaustausch zu den „Bestrebungen des Gegners zur Einflussnahme auf Jugendliche/Jungerwachsene“ statt. Neben dem Hinweis auf den Sender 100,6 („TAZ im Rundfunk“, „Schaltstelle der PUT in Westberlin“) wurde unter anderem die wöchentliche DDR-Seite der TAZ erörtert, „wo die DDR-Opposition zu Wort kommt, was sich auch im Sender 100 niederschlagen wird“. Dies stand im Mittelpunkt zweier Vorträge über „Inhalte gegnerischer Jugendinfiltration“ und über „Methoden des Gegners bei der Zersetzung sozialistischen Bewusstseins von DDR-Jugendlichen“. In einem Tonbandvortrag über die Gestaltung von jugendtypischen Rundfunksendungen in den BRD-Medien gab das Staatliche Komitee für Rundfunk seine Einblicke in die Arbeit von „Radio 100 – Alternatives Radio“:

35 Information des Ministers für Staatssicherheit, Erich Mielke, an das Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK, Joachim Herrmann, vom 28.9.1987, SAPMO BArch, DY 30, IV 2/2.037/26, S. 134f. Nach Darlegung seiner programmpolitischen Ziele am 22.7.1987 strahlte „Radio Glasnost“ ab August jeden letzten Montag im Monat sein einstündiges Programm im Berliner Raum mit einer Reichweite von ca. 100 km Radius aus. Joachim Herrmann ließ sich in der Folge vom Leiter der ZK-Abteilung Agitation, Heinz Geggel, über die Inhalte dieser Sendungen unterrichten. Vgl. SAPMO BArch, DY 30, IV 2/2.037/26, S. 111ff und DY 30, IV 2/2.037/39.

36 Interview des Autors mit Reinhard Schult am 12.1.2004.

Hier handele es sich um „Manipulierung unter anderem Vorzeichen“, denn dieser Sender „gibt sich links“.³⁷

4.2 Demokratie und Menschenrechte

Die Suspendierung und Verfälschung demokratischer Freiheiten und Rechte wie der Rechte auf Mitbestimmung und Kontrolle staatlicher Gewalt, die Aufhebung politischer Freiheiten (wie Rede-, Presse-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit), die Einschränkung von elementaren Menschenrechten (Recht auf unbeschränkten Zugang zu Bildung und Kultur, auf Arbeit, freie Wahl des Wohnorts, auf Reisefreiheit) war in allen Dekaden der Entwicklung des stalinistischen und poststalinistischen Systems Angriffsziel von Opposition und Widerstand. In den 70er Jahren wurde dies von der linken Opposition in die Losung „Freiheit und Sozialismus“ gekleidet: In ihrem Zielhorizont wurde damals der Kampf um Demokratisierung und Menschenrechte nicht als selbständiger Zweck, sondern als Teil des Kampfes zur Verwirklichung eines „Sozialismus der Freiheit und Demokratie“ nach einer antibürokratischen Revolution geführt. Das Verständnis der sozialen und politischen Menschenrechte als Einheit und als notwendige Bedingung für einen demokratischen Sozialismus war ebenso selbstverständlich, wie die gleichzeitige Kritik bürgerlichen Freiheits- und Menschenrechtsverständnisses im Kontext der Kritik kapitalistischer Eigentumsverhältnisse und der sozialen Frage.

Im gleichen Maße, wie nach der Unterdrückung des „Prager Frühlings“ in der ČSSR und der linken Opposition in der DDR Ende der 70er Jahre die Hoffnungen auf demokratisch-sozialistische Perspektiven erlahmten, wuchsen in dieser Zeit mit den entstehenden politischen Einbindungen der osteuropäischen Länder in gesamteuropäische und internationale Verträge die Erwartungen auf Fortschritte auf dem Gebiet der Grund- und Menschenrechte. Entsprechende Vorstöße oppositioneller Wortführer beriefen sich immer wieder auf die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ und die Schlussakte von Helsinki. Schließlich wurde das Ringen um die Verwirklichung von Menschenrechten zunehmend selbst der Zweck oppositioneller Bestrebungen, während dieses Ringen für die linke Opposition der 70er Jahre Teil ihres Kampfes für einen demokratischen Sozialismus war, aber nicht mit diesem Ziel identisch. Über die unbestreitbare Tatsache hinaus, dass Demokratie und Menschenrechte ebenso wie freie Gewerkschaften unvereinbar mit dem in der DDR bestehenden diktatorischen System waren (also mit dem Einsatz für solche Werte durchaus in einem „negativen Sinne“ die Systemfrage aufgeworfen wurde), blieb jedoch jetzt die „positive“ Frage nach dem alternativen System eher offen. Zumindest war sie nicht mehr überwiegend der Springpunkt oppositionellen Denkens. Der zentrale Bezug (neo)marxistischen Denkens auf die ökonomische Verfasstheit und auf die Produktivkräfte in ihrer Kritik kapitalistischer und nominalsozialistischer Systeme war bei der späten DDR-Opposition marginalisiert. Die Mehrheit der politisch alternativen Gruppen blieb jedoch auf Distanz zum westlichen Sys-

37 Erfahrungsaustausch IX/2 zu Bestrebungen des Gegners zur Einflussnahme auf Jugendliche/Jungerwachsene am 21.4.1987 (handschriftliche Notizen eines Schulungsteilnehmers), MfS, HA IX, ZA, Arch.-Nr. 8947, S. 201ff.

tem, womit die Rede vom „dritten Weg“ Verbreitung fand – nun allerdings in einem sehr viel abstrakteren Sinne, als dies die Opposition der 70er Jahre tat (vgl. dazu auch den Abschnitt 5.5).³⁸

Sowohl die Festlegung der linken Opposition der 70er Jahre auf einen demokratischen Sozialismus als auch die Distanz der Opposition der 80er Jahre zum westlichen System wird heute überwiegend als Affinität dieser Opposition(en) zu ihrem pseudosozialistischen Widerpart, als kompromissbereite „Systemverhaftung“ mit „beschränkter Reformperspektive“ fehlinterpretiert. Dieser Logik folgend wäre in einer Diktatur der Kampf um Presse-, Versammlungs- und Organisationsfreiheit oder unabhängige Gewerkschaften „reformistisch“, also im Erfolgsfall den Charakter der Diktatur nicht grundsätzlich verändernd. Wer, wie die Linken, darüber hinaus nicht nur freie Gewerkschaften befürwortete, sondern zum Beispiel sogar eine Vergesellschaftung des politbürokratisch angeeigneten Staatseigentums anstrebte, wird obskurerweise heute vielfach gleichfalls (oder noch viel mehr) als solcher reformistischen Beschränkung verhaftet geziehen. Dazu steht die Tatsache im Widerspruch, dass eine solche Forderung nicht nur in (post)stalinistischen Diktaturen, sondern auch in kapitalistischen Marktwirtschaften (hier das private Kapital betreffend) als (konter)revolutionär bewertet wurde bzw. wird.

4.2.1 Demonstrative Akklamation

Im Jahre 1985 gab es eine Vielzahl von singulären Aktionen im Zusammenhang mit Menschenrechtsbeschränkungen und -verletzungen in der DDR, von denen natürlich gerade die auf diesem Feld aktiven Oppositionellen besonders häufig betroffen waren: Gerade „einschlägig bekannte“ und zum Teil bereits aus politischen Gründen vorbestrafte Aktivisten der 70er und 80er Jahre hatten neben den ebenfalls einschlägigen gegen sie verhängten Berufsverboten auch mit zeitweiligem oder ständigem „Landesarrest“ zu tun. Ihnen war aus wohlverstandenen Gründen die Reisefreiheit in Richtung Osteuropa verbaut worden, um die Verstetigung von Kontakten und Arbeitsbeziehungen zur Opposition in diesen Ländern zu erschweren. Kontaktaufnahmeversuche von DDR-Oppositionellen mit ungarischen Dissidenten und mit Vertretern der Charta 77 wurden insbesondere 1985 verhindert bzw. durch IM „abgeschöpft“.³⁹ Diese Praxis wurde 1987 verschärft und Betroffene wurden nicht nur

38 Manche Zeitzeugen des linken Flügels gehen hier allerdings noch weiter: „Wenn ich mich recht erinnere, ist die DDR-Opposition von Veränderung des Sozialismus ausgegangen auf der Grundlage der wirklichen Vergesellschaftung und Demokratisierung der Produktionsmittel.“ Reinhard Schult, Rechts = Links oder die Totalitarismusfälle, in: Horch und Guck, Heft 24 (1998/3), S. 75. In einem Gespräch mit Christof Geisel vom 21. November 2001 berichtete Klaus Wolfram: „Da wollte schließlich niemand eine Rekapitalisierung oder gar den Anschluss an die Bundesrepublik, den Eintritt in die NATO. Das lag jenseits jeder Vorstellung, das war noch nicht einmal eine Debatte wert.“ Christof Geisel, Auf der Suche nach einem dritten Weg. Das politische Selbstverständnis der DDR-Opposition in den 80er Jahren, Berlin 2005, S. 43.

39 Ausreisesperren unter anderem in die ČSSR unterlagen Jutta Braband und Thomas Klein 1981 nach ihrer Haftentlassung. Ihre während des Kriegsrechts in Polen internierten Freunde aus der dortigen Opposition wurden nach deren Entlassung einer Einreisesperre in die DDR unterworfen. Im Juni 1983 protestierten Reinhard Schult und Gudrun Hoppe gegenüber dem Mdl wegen der gegen sie vollzogenen Ausreisesperre in die ČSSR. Eingabe vom 22.6.1983 an das Mdl, MDA Reg. RSch 02 2.2. Nach einem

faktisch (durch Versagung der Ausreise beim Versuch des Grenzübertritts), sondern explizit (vorherige Verfügung des zeitweiligen Ausschlusses an der Teilnahme am visafreien Reiseverkehr) an solchen Reisen gehindert und teilweise mit Ordnungsstrafen überzogen. Dies galt natürlich im besonderen Maße für in anderen osteuropäischen Ländern mögliche internationale Veranstaltungen mit Beteiligung von Oppositionellen. So wurde durch das koordinierte Vorgehen der Sicherheitsorgane die Teilnahme „feindlich-negativer Kräfte“ aus der ČSSR, DDR, UdSSR, UVR (bis auf einen Vertreter der Charta 77) am Seminar „Der internationale Frieden und das Abkommen von Helsinki“ in Warschau vom 7. bis 9.5.1987 verhindert.⁴⁰ Dagegen konnten zum zweiten Seminar „Gorbatschows Reform und Europäische Perspektiven“ in Budapest am 21./22.11.1987 mit deren Beschluss der Bildung einer „gesamteuropäischen Friedens-, Bürgerrechts- und Naturschutzbewegung“ diesmal Personen „feindlich-negativer Zusammenschlüsse“ aus Jugoslawien, der ČSSR, VR Polen und der DDR teilnehmen, womit ein „Schritt zur Internationalisierung politischer Untergrundtätigkeit in Richtung einer ‚osteuropäischen Oppositionsbewegung‘“ gegangen wurde.⁴¹

Treffen von Oppositionellen aus der DDR und Ungarn im März 1984 in Budapest bereiteten Stephan Bickhardt, Wolfgang Templin, Vera Wollenberger, Thomas Klein und Silvia Müller für den März 1985 ein weiteres Treffen (wieder in Budapest) vor. Es gelang jedoch nur Silvia Müller (die durch einen IM „begleitet“ wurde), nach Budapest zu reisen, ohne dort zu verbindlichen Absprachen kommen zu können. Information zu einem geplanten Treffen von Personen des politischen Untergrunds der Hauptstadt der DDR mit exponierten Vertretern des politischen Untergrundes der Hauptstadt Ungarns vom 5.3.1985 und Information zur Durchführung des geplanten Treffens von Personen des politischen Untergrunds in Budapest vom 3.4.1985, HA XX/4, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 7, S. 87, 118 (MfS-Zählung).

- 40 Das internationale Seminar war von den polnischen Friedensgruppen Wolność i Pokój (Freiheit und Frieden) einberufen worden. Unter den auf der Konferenz verabschiedeten Dokumenten war auch eine von der „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ IFM (vgl. Abschnitt 4.2.3) für dieses Treffen verfasste „Warschauer Erklärung“, welche unter anderem das Recht auf Wehrdienstverweigerung, die Einrichtung ziviler Ersatzdienste, das Verbot des Einsatzes von Armee und Paramilitärs zur Unterdrückung innerer gesellschaftlicher Konflikte bzw. der Armeen der WVO-Mitgliedsländer gegen einen Mitgliedsstaat zur Beeinflussung dessen politischer Entwicklung forderte. Grenzfall 5/1987 und 6/1987, Reprint der Ausgaben 1986/67, herausgegeben von Ralf Hirsch und Lew Kopelew, Berlin 1989 (künftig: Reprint 1989), S. 59 und S. 71f. Das MfS, durch ihre inoffiziellen Mitarbeiter von der Autorenschaft Wolfgang Templins, Martin Böttgers und Gerd Poppes sowie vorausgegangener Textabstimmungen mit Roland Jahn in Kenntnis gesetzt, konstatierte trotz verfügbarer Reisesperren für DDR-Gäste besorgt die Absicht künftiger „intensiverer Kooperation“. MfS, HA XX/9, AOP 1057/91 (Wolfgang Templin), Band 2, S. 6.
- 41 Das aktuelle Erscheinungsbild politischer Untergrundtätigkeit in der DDR und wesentliche Tendenzen seiner Entwicklung, Studienmaterial Oktober 1989, MfS, VVS JHS o001-89/89, eingesehen im MDA, Reg.-Nr. PUT5. Die ČSSR-Sicherheitsorgane verhinderten das im Juni 1988 in Prag geplante Nachfolgeseminar von Warschau und Budapest. Die Einrichtung einer internationalen Kontrollgruppe zur Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte stand im Mittelpunkt der unter Walesas Schirmherrschaft im September 1988 in Warschau durchgeführten Menschenrechtskonferenz. Ebenda.

Seit Januar 1985 traf sich eine kurzzeitig bestehende Arbeitsgruppe „Berufsverbote“⁴², in der nach Wegen gesucht wurde, durch öffentlich bekanntzumachende Schreiben an staatliche Stellen oder Parteigremien die gängige Praxis beruflicher Ausgrenzungen gegen „politisch auffällige“ Bürger einer Diskussion zuzuführen. Uneins bleibend über die Konzeption von Eingaben in dieser Sache kamen die Teilnehmer der Gruppe letztlich zu der einheitlichen und später dann namentlich durch die Mitglieder des Friedenskreises Friedrichsfelde verwirklichten Orientierung, über Diskussionsangebote zu Fragen des DDR-Arbeitsrechtes in den kirchlichen Friedenskreisen auch die Frage des „Rechts auf Arbeit“ zu thematisieren. Diese Orientierung wurde dann im FK Friedrichsfelde (und durch die Gruppe „Gegenstimmen“ – vgl. Abschnitt 4.9) ausgebaut in Richtung von Analysen zur realsozialistischen Arbeitswelt (vgl. Abschnitt 4.12).

Weitere Arbeitsgruppen der Jahre 1984/85 waren auf den Gebieten „Menschenrechte und Gesellschaft“ sowie „Arbeit und Bildung“ tätig, während Gerd Poppe, Stephan Bickhardt und Martin Böttger eine „Kontaktgruppe zur Charta 77“ bildeten.⁴³ Man kann die meisten Teilnehmer an dieser Arbeit unter denen finden, die in den nächsten Jahren den vorwiegend „mensenrechtlichen Flügel“ der DDR-Opposition konstituieren sollten. Das Jahr 1985 und zum Teil auch das Jahr 1986 sollte für diese Strömung die Zeit pausenloser „demonstrativer Akklamationen“ zumeist an die Adresse von Partei- und staatlichen Instanzen werden. Der von Hirsch initiierte „Offene Brief zum UNO-Jahr der Jugend“ vom Januar 1985 an die Regierung der DDR fand 26 Erstunterzeichner. In ihm wurde die Durchsetzung der in der „Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte“ verankerten Rechte auf Bildung (Abschaffung des politischen Bildungsprivilegs), Informations-, Meinungs-, Versammlungs- und Reisefreiheit, die freie Wahl des Wohnsitzes, die Abschaffung der Zensur sowie die Entmilitarisierung von Bildungseinrichtungen gefordert.⁴⁴ Eppelmann wurde im Auftrag Stolpes vergeblich bei Hirsch vorstellig, um die Veröffentlichung zu verhindern, da die KL dies nicht wünsche.⁴⁵ Trotzdem erschien der Brief am 1.2.85 in der Frankfurter Rundschau. Seine Verbreitung erfuhr auch Unterstützung seitens Petra Kelly.⁴⁶ Die sich in der DDR häufenden Einreiseverbote für missliebige Jugendliche aus der BRD, für Mitglieder der Grünen

42 Dieser anfangs 8-köpfigen in ihrer Zusammensetzung wechselnden Gruppe gehörten während ihres Bestehens dauerhaft Vera Wollenberger, Thomas Klein, Silvia Müller und Wolfgang Templin an. Drei der anderen Teilnehmer waren als IM für das MfS tätig, wobei zwei (später drei) von ihnen mit einer legendierten Berufsverbotskarriere operierten. Information der HA XX/2 vom 17.1.1985 und 20.5.1985, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 7, S. 18, 129f (MfS-Zählung).

43 Neubert 1997, S. 596. Bei den ersten beiden Arbeitsgruppen handelte es sich allerdings um Arbeitsgruppen, die im Rahmen der Vorbereitung eines Menschenrechtsseminars in Berlin 1985/86 tätig wurden (vgl. Abschnitt 4.2.2).

44 MDA, Bestand 1.1.10.1.1 (Samariterkreis „Frieden stiften“), OA, Reg.-Nr. 1655.

45 Neubert 1997, S. 596.

46 Dankesbrief von Ralf Hirsch an Petra Kelly vom 15.4.1985 für die Unterstützung der Aktion „Brief zum UNO-Jahr der Jugend“, MDA, OA, Reg.-Nr. 30. So kam es im März 1985 zu einer gemeinsamen Erklärung von Jugendlichen aus Ost und West zum UNO-Jahr der Jugend mit Forderungen nach dem Recht auf Arbeit, Glaubens- und Gewissensfreiheit, Bildung, Versammlungsfreiheit, Freizügigkeit und der Aufforderung zur Entmilitarisierung beider deutscher Staaten. MDA, OA, Reg.-Nr.1652. In einem weiteren Dankesbrief von Ralf Hirsch und Peter Grimm an Petra Kelly vom 8.9.1985 betonten beide angesichts von Kritik innerhalb der Grünen an der Verlesung des Briefes zum „Jahr der Jugend“ durch Kelly auf dem UNO-Jugend-Symposium, dass die Herstellung von Öffentlichkeit für diesen Brief die Verfasser vor staatlichen Repressalien geschützt habe, MDA, OA, Reg.-Nr. 33.

und der AL als „unerwünschte Personen“ aufgreifend, unterzeichneten im Mai 1985 20 Mitglieder der inzwischen gebildeten Aktionsgruppe „Jahr der Jugend“ und andere Angehörige der unabhängigen Friedensbewegung einen Protestbrief an die Regierung der DDR.⁴⁷ Dieser Protest wurde im Oktober 1985 wiederholt, jetzt auch die Ausreiseverbote für Oppositionelle in sozialistische Staaten und die inländischen Beschränkungen für DDR-Bürger mittels des Sonderausweises „PM-12“ einbeziehend und Reisefreiheit für alle DDR-Bürger fordernd.⁴⁸ Im Juli 1985 folgte ein Brief an die Teilnehmer der XII. Weltfestspiele der Jugend und Studenten in Moskau, der sich für die Durchsetzung der Rechte auf freie Meinungsäußerung und Information, Freizügigkeit, Reisefreiheit, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit sowie Chancengleichheit in der Bildung aussprach: „Wir möchten mit diesem Brief nicht eine gegen die DDR gerichtete Propaganda unterstützen, sondern möchten konstruktiv an der Gestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse in unserem Land mitarbeiten. Wir stimmen mit der Regierung der DDR darin überein, dass der Frieden das Wichtigste ist. Jedoch ist Frieden mehr als ein dauerhafter Waffenstillstand.“⁴⁹ Im Oktober 1985 protestierten Peter Grimm und Ralf Hirsch beim Friedensrat der DDR wegen der Einweisung zweier Studenten der „Gruppe zur Bildung von Vertrauen zwischen der UdSSR und der USA“ in psychiatrische Kliniken.⁵⁰ Am 24.1.1986 schließlich richteten Peter Grimm, Ralf Hirsch, Rainer Eppelmann und Wolfgang Templin einen Appell an die Regierung der DDR zum „UNO-Jahr des Friedens“, in dem die „Gefährdung des Friedens durch die Bedrohung des inneren Friedens“ betont und die Beschränkungen der Reisefreiheit (unter Hinweis auch auf Beschränkungen der Reisemöglichkeiten in sozialistische Länder besonders seit 1985) sowie der einschlägigen politischen Freiheiten und das politische Strafrecht kritisiert wurden. Außerdem enthielt der Appell Forderungen nach Aufstellung unabhängiger Kandidaten zu den Wahlen, einer Legalisierung der Wehrdienstverweigerung sowie die Beendigung der Militarisierung des öffentlichen Lebens.⁵¹

47 Zu den Unterzeichnern gehörten Ralf Hirsch, Martin Böttger, Peter Rölle, Gisela Motz, Peter Grimm, Werner Fischer, Martin König und Lutz Rathenow, MDA, OA, Reg.-Nr. 1651.

48 Die Unterzeichner waren Bärbel und Michael Bohley, Heiko Lietz, Rüdiger Rosenthal sowie Ulrike und Gerd Poppe, Neubert 1997, S. 596.

49 Der Brief vom 3.7.1985 war unterzeichnet unter anderem von Ralf Hirsch, Gerold Hildebrand, Ruth Schwenz, Martin Böttger, Rainer Eppelmann, Peter Grimm, Werner Fischer, Gerd Poppe, Heiko Lietz, Herbert Mißlitz, Eckhart Hübener, Wolfgang Templin, Rüdiger Rosenthal, Ludwig Mehlhorn, Peter Rölle, Uwe Kulisch und Christian Halbrock, MDA, OA, Reg.-Nr. 356.

50 MDA, OA, Reg.-Nr. 1648.

51 MDA 1.1.10.1.1., Reg.-Nr. 41. Die HA IX des MfS schlug umständlich vor, die Briefsendung an den Ministerrat der DDR weiterzusenden, „um Voraussetzungen zu schaffen, gegenüber den Absendern offiziell zu reagieren“. Dann solle der Ministerrat nach Abstimmung mit dem Staatssekretariat für Kirchenfragen sowie dem stellvertretenden Oberbürgermeister für Inneres der Hauptstadt, Stadtrat Hoffmann veranlassen, dass die vier Absender von den für den jeweiligen Wohnsitz zuständigen Stellvertretern der Stadtbezirksbürgermeister für Inneres zu Einzelgesprächen vorgeladen werden. Von diesen seien die Forderungen des Appells als Provokation zurückzuweisen, „ohne auf Einzelheiten einzugehen“ und vor Konsequenzen im Falle seiner Weiterverbreitung zu warnen. Ferner habe der Leiter des Sektors Kirchenfragen beim Magistrat der Hauptstadt, Dr. Mußler, den Generalsuperintendenten Krusche zu informieren, um die Disziplinierung der im kirchlichen Raum wirkenden Eppelmann, Hirsch und Grimm zu fordern. Das MfS selbst erlegte sich die verstärkte Kontrolle der vier genannten Personen insbesondere in Vorbereitung und Durchführung des XI. Parteitags der SED und der Volkswahlen auf, MfS, HA IX, Arch.-Nr. 9824.

Dass auch andere Vorgänge als „nur“ die von Verletzungen der Grund- und Menschenrechte in der DDR und in den osteuropäischen Ländern Anlass für unmissverständliche Wortmeldungen boten, belegt die als Offener Brief verfasste Stellungnahme von Angehörigen der eigenständigen Friedensbewegung der DDR vom April 1986 zur Bombardierung libyscher Städte durch die US-amerikanischen Streitkräfte.⁵² Diese auf Initiative des FKFF zustande gekommene Erklärung bezeichnete den Angriff als Staatsterrorismus und als solchen untauglich für die Eindämmung von Terrorismus. Als eigentlicher Hintergrund wurde die Befestigung US-amerikanischer strategischer Kontrolle im Mittelmeerraum (insbesondere Nordafrikas) benannt und in Zusammenhang gebracht mit aktuellen militärischen Planungen (Ausbau einer schnellen Eingreiftruppe) sowie insgesamt mit den Praktiken der USA gegenüber der Dritten Welt (Besetzung Grenadas und die militärisch-ökonomische Erpressung Nicaraguas). Kritisiert wurde die Komplizenschaft Großbritanniens mit den USA beim Vollzug des Angriffs auf Libyen und es wurde dies verbunden mit der Forderung vor allen gegenüber der BRD, das Wartime Host Nation Support-Abkommen⁵³ zu kündigen. „Die Bombardierung von Städten widerspricht dem Auftreten der USA-Regierung als Hüter der Menschenrechte ... Wir unterstützen den Vorschlag der UdSSR, die US-amerikanischen und sowjetischen Marineeinheiten aus dem Mittelmeerraum abzuziehen, als einen ersten Schritt zur Entspannung in diesem Gebiet. Wir erklären uns solidarisch mit der amerikanischen und westeuropäischen Friedensbewegung und den antiimperialistischen Befreiungsbewegungen und ihrem bewaffneten Kampf.“⁵⁴

4.2.2 Menschenrechtsarbeit als Streitfall: Polarisierung an einem Seminar

Die Initiative der Berliner Gruppe „Wühlmaus“, in der Treptower Bekenntnisgemeinde ein Seminar zum Thema „Menschenrechte“ durchzuführen, korrespondierte mit dem Interesse einer ganzen Reihe von Berliner Oppositionellen, diese Arbeit zum Schwerpunkt künftiger

52 Am 15.4.1986 bombardierten die USA militärische Ziele in Tripolis und Bengasi als Vergeltung für Libyen zugerechnete Anschläge, insbesondere den Anschlag auf die vor allem von US-Soldaten besuchte Berliner Diskothek La Belle am 5.4.1986.

53 Dieses Abkommen verpflichtete die BRD zur Bereitstellung von Kriegsmaterial und militärischen Dienstleistungen für amerikanische Truppen im Nahen und Mittleren Osten.

54 Stellungnahme von Angehörigen der eigenständigen Friedensbewegung der DDR zum Angriff der US-amerikanischen Streitkräfte auf libysche Städte (Offener Brief vom 16.4.1986), MDA, OA, Reg.-Nr. 20. Dieser später auch in der TAZ veröffentlichte Text trägt die Unterschriften unter anderem von Reinhard Schult, Thomas Klein, Gerd Poppe, Markus Meckel, Bärbel Bohley, Antje und Martin Böttger, Regina und Wolfgang Templin, Carlo Jordan, Herbert Mißlitz, Wolfgang Rüdendklau, Werner Fischer, Vera Wollenberger, Rüdiger Rosenthal und Gerold Hildebrand. Der Text wurde der USA-Botschaft zugeleitet. Bereits am 25.3.1986 hatte der Friedens- und Umweltkreis der Pfarr- und Glaubensgemeinde Lichtenberg in einem Brief an US-Präsident Reagan die US-amerikanische „Kanonenbootpolitik“ in Form von Manövern amerikanischer Marineverbände in der Großen Syrte nahe libyschem Hoheitsgebiet verurteilt: „Die Anmaßung der beiden Supermächte, die Rolle von Weltgendarmen spielen zu wollen, ist nicht akzeptabel und gefährlich.“ Schreiben des Friedens- und Umweltkreis der Pfarr- und Glaubensgemeinde Lichtenberg vom 25.3.1986, MDA, OA, 1.1.09. Reg.-Nr. 1388.

Aktivitäten zu entwickeln.⁵⁵ Bereits auf der Friedenswerkstatt im Juni 1985 wurde das Seminarvorhaben angekündigt und Interessenten konnten sich auf Listen eintragen. Im Sommer erfolgten erste thematische Absprachen und es begannen die konzeptionellen Vorbereitungen. Angeblich planten Ralf Hirsch, Peter Grimm und Wolfgang Templin, über westliche Medien und mittels Einladung von Mitgliedern der Bundestagsfraktion der Grünen eine breite Öffentlichkeitswirkung des Seminars zu erzielen und auf diesem Wege gleichzeitig dieses Ereignis wirksam zu schützen. Das Vorhaben sollte jedoch wegen erwarteter Überwachungsaktivitäten der Sicherheitsorgane nicht im Vorbereitungskreis des Seminars erörtert werden.⁵⁶ In Absprache mit dem GKR der Bekenntnisgemeinde und ihrem Pfarrer Werner Hilse sowie nach Rücksprache mit Vertretern mehrerer Berliner Friedenskreise konnte als Termin der 23. und 24. November 1985 festgelegt werden. Am 28.10.1985 verschickte der Seminarvorbereitungskreis der Gemeinde Treptow die von Pfarrer Hilse autorisierten Einladungen für die Veranstaltung. Die Teilnahme sollte nur auf der Grundlage bestätigter nicht übertragbarer Anmeldungen möglich sein.⁵⁷

Staatlicherseits wurde das Bestreben, eine solche Veranstaltung zu verhindern, durch die Einschätzung des Verlaufs der Friedensdekade 1985 im Amtsbereich der EKBB angefeuert, welche unmittelbar vor dem geplanten Seminartermin stattgefunden hatte: Von der im DDR-Maßstab als politisch relativ moderat eingeschätzten Dekade⁵⁸ habe sich deren Durchführung in Berlin als außerordentlich provokativ abgehoben.⁵⁹ Es wurde neuerlich mit dem Abbruch der Verhandlungen über den für 1987 geplanten Kirchentag gedroht, wenn die EKBB derartige Auftritte wie auf der Friedensdekade nicht unterbinde, was offenbar bei Stolpe durchaus Wirkung hinterließ.⁶⁰

-
- 55 Wolfgang Templin und Reinhard Weißhuhn nennen Ralf Hirsch, Peter Grimm und Peter Rölle als unmittelbare Initiatoren der Idee eines Menschenrechtsseminars auf der Berliner Friedenswerkstatt 1985, Templin/Weißhuhn, 1999, S.173.
- 56 Rüttenklau 1992, S. 51f. Ralf Hirsch avisierte am 7.9.1985 in einem in den Westen übermittelten Brief an F[...] das Interesse, dass an einem geplanten Menschenrechtsseminar „Menschenrechte heute“ mit dem Schwerpunkt DDR im November 1985 in Ostberlin, organisiert von Jugendlichen „der (in den Westmedien) sogenannten ‚Aktionsgruppe Jahr der Jugend‘“ in Zusammenarbeit mit anderen Berliner Friedenskreisen „Leute von euch“ auf Einladung teilnehmen, MDA, OA, Reg.-Nr. 7.9.1.
- 57 Einladung der Evangelischen Kirchengemeinde Treptow (Pfarrer Werner Hilse) vom 28.10.1985, Privatarchiv des Autors.
- 58 Es hieß, insgesamt hätte sich die politisch realistische Linie durchgesetzt und ein sich vertiefender politischer Differenzierungsprozess schreite fort. Politisch progressive kirchliche Kräfte (CFK, CDU, kirchliche Bruderschaften) hätten sich intensiver als in den Vorjahren beteiligt. Information vom 25.11.1985 zum Verlauf der 6. Friedensdekade des BEK in der DDR (10.–20.11.1985) zur Vorlage für die Dienstbesprechung vom 2.12.1985, SAPMO BArch, DO 4/1282. Allerdings wurde während dieser Dekade, die unter dem Motto „Frieden wächst aus Gerechtigkeit“ vor allem Probleme der ungerechten Weltwirtschaftsordnung und die Situation in der „Dritten Welt“ problematisierte, auch auf die Beteiligung der sozialistischen Länder an deren Ausbeutung und die Verletzung von Menschenrechten in der DDR hingewiesen.
- 59 Hier beobachtete das SfK Bestrebungen der hauptsächlich in Berlin „gut organisierten, aggressiv auftretenden politisch negativen Kräfte“, die „qualitativ neue Dimension sozialer Gerechtigkeit in der sozialistischen Gesellschaft in Abrede zu stellen“, Defizite bei der Realisierung individueller Menschenrechte zu behaupten und zur Wehrdienstverweigerung aufzufordern. Kirchlicherseits habe es nur zaghafte Reaktionen zumeist erst nach staatlichem Intervenieren gegeben. Ebenda, vgl. auch Aust 1998, S. 36f.
- 60 Aust 1998, S. 37.

Eine Woche vor dem geplanten Seminartermin führten offenbar Informationen, die das Konsistorium dem geschäftsführenden Pfarrer vor einer Sitzung des GKR der Treptower Bekenntnisgemeinde am 14. November übermittelte, zur kurzfristigen Absage der Veranstaltung, weil der GKR nun „die vereinbarten Voraussetzungen nicht mehr gewährleistet sah“. Ralf Hirsch, Peter Grimm und Wolfgang Templin wiesen namens des Vorbereitungskreises die Vorwürfe, während des Seminars sollte „eine Menschenrechtsgruppe Charta 85 gegründet“ werden, die „Einschaltung westlicher Medien [sei] zu befürchten“ und „zu Publikationszwecken [ist] die Teilnahme von Mitgliedern westlicher Friedensfreunde geplant“ gewesen, als unbegründet zurück. Allerdings hieß es auch, „die mögliche Teilnahme von Vertretern der westlichen Friedensbewegung wurde ausschließlich im Rahmen des Sachliegens des Seminars diskutiert; gedacht war dabei an eine Form der Einladung bzw. Teilnahme, die in der Praxis der kirchlichen Friedensarbeit längst üblich ist.“ In der Stellungnahme wurden die Unterlassung der Prüfung erwähnter Verdächtigungen sowie das Ausweichen vor einer eigentlich dazu erforderlichen Auseinandersetzung mit dem Vorbereitungskreis als „Fehlen von einfachsten Voraussetzungen innerer Demokratie“ scharf kritisiert. Letztlich wurde das Konsistorium beschuldigt, auf den GKR Druck ausgeübt zu haben. Der Vorbereitungskreis kündigte seine Weiterarbeit für das Zustandekommen des verhinderten Menschenrechtsseminars an.⁶¹

Die Tatsache, dass der Organisationskreis die Einladung von Teilnehmern aus dem Westen den Referenten und Seminarteilnehmern vorenthalten hatte, führte bereits im Vorfeld der Absage zu ersten Spannungen im Vorbereitungskreis des Seminars. Die Kritiker dieser Praxis führten ins Feld, dass insbesondere die Referenten und auch jene die inhaltliche Arbeit aktiv tragenden Teilnehmer die Möglichkeit haben müssten, alle mit dem Seminar verbundene Risiken bewusst eingehen zu können. Sie hingegen vor vollendete Tatsachen zu stellen, sei als Vertrauensbruch zu werten. Diese Kritik war ebenso berechtigt, wie die Gründe des Organisationskreises, diesbezüglich nicht offen zu agieren, nachvollziehbar waren (siehe oben). Jene Kontroverse war ein weiterer typischer Ausdruck nichthintergebarbarer Problemlagen innerhalb gesellschaftlicher Zustände, welche nur die Wahl zwischen Konspiration (bei Gefahr der Instrumentalisierung von außerhalb dieser Konspiration stehenden Beteiligten) oder Transparenz der Absichten (bei Gefahr des Scheiterns von Vorhaben bereits im Vorfeld) ließ. Zu den sich in dieser Sache Engagierenden gehörten neben den bereits aktiven Ralf Hirsch, Peter Grimm, Wolfgang und Lotte Templin auch Bärbel Bohley, Gerd Poppe, Silvia Müller, Vera Wollenberger, Thomas Klein, Reinhard Schult sowie sechs für das MfS tätige IM. Am 23. November konstituierte sich eine Koordinierungsgruppe aus den erstgenannten drei Aktiven als Sprecher des Seminarprojekts und den Einberufern der Arbeitsgruppen des künftigen Seminars. Auftragsgemäß wandten sich die Sprecher Grimm, Hirsch und Templin am 18.12.1985 in einer Eingabe an die Synode der EKBB. Dieser wurde der Vorschlag unterbreitet, den Friedensausschuss der Synode zu beauftragen, mit Basisgruppenvertretern Gespräche zu führen, um angesichts des Vorgehens von Kirchengremien

61 Stellungnahme der Vorbereitungsgruppe für das Menschenrechtsseminar vom 16.11.1985 (später als „Dokument I“ bezeichnet), MDA, RSch 24.

bei der Verhinderung des geplanten Seminars „solche und ähnliche Verfahrensweisen in Zukunft unmöglich zu machen“.⁶²

Am 9. Januar 1986 wurde in der Koordinierungsgruppe beschlossen, die Friedenskreise sowie die an einem Menschenrechtsseminar Interessierten in einem Informationsschreiben über den erreichten Stand der Seminarvorbereitung zu unterrichten. Stattdessen erfuhren die Friedenskreise und die Mehrheit der Koordinierungsgruppe am 3. Februar 1986 über RIAS und SFB von der Existenz einer „Initiative Frieden und Menschenrechte“, in welcher Vertreter verschiedener Friedenskreise die DDR-weite Arbeit zum Thema Menschenrechte künftig zum Schwerpunkt ihrer Arbeit machen wollten. Das in diesen Meldungen erwähnte „Dokument III“ der Sprecher informierte auftragsgemäß über den Stand der Seminarvorbereitung und verlautbarte überdies:

„Viele Erfahrungen der letzten Jahre belegen, dass die Ziele von Friedensarbeit von der Durchsetzung demokratischer Grundrechte und -freiheiten abhängig sind. Über die Köpfe der Betroffenen hinweg wird in beiden Blöcken angespannt weitergerüstet, werden Verhandlungen hinter geschlossenen Türen geführt und die Aktivisten der Friedensbewegung verfolgt und teilweise kriminalisiert. Bei diesen Praktiken stehen die ‚westlichen Demokratien‘ um nichts hinter unseren Regierenden zurück. Das ist der Stand der Erfahrungen – umgehen konnten wir damit kaum. Zu wirklicher Arbeit auf dem Gebiet der Menschenrechte kam es bei uns bisher nicht ... Wir streben eine DDR-weite Arbeit auf diesem Gebiet an. ... Der Vorbereitungskreis „Frieden und Menschenrechte“ wird durch drei Sprecher nach außen vertreten, die in jährlichen Abständen rotieren.“⁶³

Nun lautete der Vorwurf der Kritiker dieses Vorgehens, die hier vorliegende Selbstermächtigung der Sprecher und das Umdeklarieren der Seminarkoordinierungsgruppe in ein Organ DDR-weiter Menschenrechtsarbeit sei keineswegs durch die bisherige Konsensbildung in der Vorbereitungsgruppe gedeckt und bedeute daher ihre vertrauenswidrige Vereinnahmung zugunsten eines Projekts, welches höchstens das Ergebnis des angestrebten Seminars sein könne. Zudem begünstige die Veröffentlichung des Vorhabens über Westmedien noch vor deren Kommunizierung über die Netze der DDR-Friedensbewegung und die Form der Ankündigung künftiger Menschenrechtsarbeit im Nachhinein die vormaligen Verdächtigungen kirchlicher Gremien und gefährde damit das eigentliche Seminarvorhaben. Dieses von den Kritikern der Sprecher vorgebrachte Veto auf einem von ersteren erzwungenen außerordentlichen Treffen der Vorbereitungsgruppe am 24. Februar 1986 verschärfte die Spannungen dramatisch. Trotz eines zwischenzeitlichen Kompromisses in der Sache in Gestalt einer Dementi-Erklärung hinsichtlich des umstrittenen „Dokument III“⁶⁴ erklärten Silvia Müller,

62 Eingabe der Sprecher des Vorbereitungskreises für ein Menschenrechtsseminar (Peter Grimm, Ralf Hirsch, Wolfgang Templin) an die Synode der Ev. Landeskirche Berlin-Brandenburg vom 18.12.1985 (später als „Dokument II“ bezeichnet), MDA, Reg.-Nr. 7.9.1.

63 Dokument III der Sprechergruppe der Initiative „Frieden und Menschenrechte“ (Menschenrechtsseminar) vom 24.1.1986, Rüdtenklau 1992, S.55f. Das Verfahren jährlich rotierender Sprecher erinnerte ähnlich wie die Bezeichnung der Verlautbarungen an die Praxis der „Charta 77“ in der ČSSR.

64 „Wir stehen am Anfang der Arbeit und stellen fest, dass es unterschiedliche Herangehensweisen gibt und kontroverse Standpunkte existieren. Wir haben Fehler gemacht und wollen hier klarstellen: 1. Arbeit zum Thema Menschenrechte und Vorbereitung eines Seminars verstehen sich inhaltlich nicht als organisatorisch eigenständig neben der Friedensbewegung. Andersartige Interpretationen aufgrund

Vera Wollenberger, Thomas Klein, Reinhard Schult sowie zwei der in der Koordinierungsgruppe für das MfS tätige IM am 6. März 1986 in einer Erklärung ihren Ausstieg aus dem Kreis der Organisatoren und kündigten ihrerseits den Versuch an, das angestrebte Menschenrechtsseminar jenseits einer „sektiererischen Ablösung der Menschenrechtsproblematik von der Friedensarbeit“ zu realisieren.⁶⁵

Fraglos hat zu der bisher unüblichen Schärfe der Auseinandersetzungen zwischen den hier auftretenden Kontrahenten eine Reihe von bisher ebenfalls unüblichen und aus der Sicht der Kritiker des Sprecherkreises den basisdemokratischen Gepflogenheiten widersprechenden Verfahrensweisen beigetragen.⁶⁶ Doch weder dies noch der berechtigte Hinweis auf das Wirken der auf beiden Seiten beteiligten IM, welche im staatlichen Interesse Konflikte innerhalb der Opposition schüren sollten⁶⁷, ändern etwas an der entscheidenden Bedeutung real bestehender Unterschiede beider streitender Seiten hinsichtlich ihrer Auffassungen zur Menschenrechtsfrage, welche bereits auf einem ganztägigen Arbeitstreffen der Initiatoren des Seminarvorhabens am Tage des inzwischen verhinderten Menschenrechtsseminars (23. November 1985) zum Ausdruck kamen: Anders als die sich um die zukünftigen Sprecher Hirsch/Templin/Grimm gruppierenden Teilnehmer, welche dann die IFM gründeten, ging die aus dem Vorbereitungskreis ausscheidende Minderheit, welche später die Gruppe „Gegenstimmen“ bildete, von der sozialen und politischen Bedingtheit der Menschenrechte innerhalb der jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse aus und erwarteten die Lösung der Menschenrechtsfrage insbesondere in der DDR im Kontext einer generellen Veränderung des dortigen gesellschaftlichen Systems. Deshalb betrachteten sie auch die Desintegration der Menschenrechtsarbeit bzw. ihre Verselbständigung etwa gegenüber der Friedensarbeit

missverständlicher Formulierungen im sogenannten Dokument III weisen wir zurück. 2. Die Sprechergruppe wurde gebildet, um die notwendigen Absprachen mit kirchlichen Gremien zu treffen und als Kontaktpersonen zu Friedenskreisen und Interessierten zur Verfügung zu stehen. Eine weitergehende Vertretungsaufgabe hat die Sprechergruppe nicht. 3. Informationen zum Menschenrechtsseminar sind ausschließlich für die Friedensarbeit in der DDR bestimmt. Die missbräuchliche Verbreitung in westlichen Medien liegt nicht in unserem Interesse und schadet unserem Anliegen.“ Erklärung des Vorbereitungskreises „Frieden und Menschenrechte – Menschenrechtsseminar“ vom 24.2.1986, Privatarchiv des Autors.

65 Der Wortlaut dieser Erklärung ist veröffentlicht in Rüdtenklau 1992, S. 56ff.

66 Vgl. ebenda.

67 Wolfgang Templin und Reinhard Weißhuhn zitieren in diesem Zusammenhang eine Arbeit der Juristischen Hochschule des MfS von 1988, in der sich verständlicherweise das Sicherheitsorgan das „Verdienst“ selbst zurechnet, den anhaltenden Dissens verursacht zu haben. Templin/Weißhuhn 1999, S. 186f (Fn. 5). Tatsächlich wurden die IM der in der Folgezeit entstehenden beiden Gruppierungen „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (vgl. Abschnitt 4.2.3) sowie Gegenstimmen“ (vgl. Abschnitt 4.9) von ihren Führungsoffizieren angewiesen, „eine Vereinigung beider Gruppierungen zu verhindern, die bestehende Kluft zu vertiefen“, „die Arbeit an gemeinsamen Projekten zu hintertreiben“. Information vom 2.10.1987 über eine gemeinsame Beratung der Gruppe „Gegenstimmen“ und IFM am 29.9.1987, Abteilung XX/4, IMB „Max“, Reg.-Nr. XV/1315/79, Band 3, S. 347. Neubert verweist dagegen auf fortdauernde partielle Zusammenarbeit und aufrechterhaltene Querverbindungen zwischen den beiden Strömungen. Neubert 1997, S. 599. Wolfgang Templin schließlich sprach im April 1986 hinsichtlich der Differenzen zur ausgeschiedenen „Minderheitengruppe“ selbst davon, dass nicht nur „Gerüchte oder persönliche Streitigkeiten“ sondern „prinzipiell unterschiedliche Arbeitsansätze“ der beiden Gruppen maßgeblich dafür wären, dass die Gruppe um Templin/Fischer keinerlei Interesse an einem von Eppelmann für den 30.4.1986 anberaumten „Versöhnungsgespräch“ habe. HA XX/2, Bericht zum Treff mit IMB „Martin“ vom 16.4.1986, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 7, S. 299.

als kontraproduktiv („sektiererisch“) – ohne dass sich diese Befürchtung angesichts der weiteren Arbeit der IFM wirklich erhärten ließ. Dagegen konzentrierte sich der künftige „mensenrechtliche Flügel“ auf den Kampf für diese Rechte unter Bezugnahme auf international anerkannte Grundrechte im Sinne einer eigenständigen Menschenrechtsarbeit in der DDR. Der fortwährenden Aufforderung zur Auseinandersetzung über die unterschiedlichen Konzeptionen und Inhalte der Friedens- und Menschenrechtsarbeit seitens der „Minderheitengruppe“ stand die Mehrheit um Templin und Hirsch eher reserviert gegenüber: Sie sahen solche Auseinandersetzungen als hinderlich für ihre Arbeit an. Für sie waren solche Fragen im Rahmen ihres „Pluralismuskonzepts“ eindeutig nachrangig (vgl. auch Abschnitt 4.3.3).

Der verbleibende „Mehrheitsflügel“ des Vorbereitungskreises orientierte zunächst weiterhin auf die Durchführung des geplanten Menschenrechtsseminars unter dem Dach der Kirche und bei Zusammenarbeit mit amtskirchlichen Verantwortungsträgern: Die auf Beschluss der dezimierten Vorbereitungsgruppe weiter amtierenden Sprecher Ralf Hirsch, Peter Grimm und Wolfgang Templin sowie die Vertreter der Arbeitsgruppen beschlossen noch am Tag des Auseinanderbrechens der Vorbereitungsgruppe, dass die Sprecher sowie Martin Böttger und Carlo Jordan an einem bevorstehenden Gespräch mit Konsistorialpräsident Stolpe teilnehmen sollten.⁶⁸ Die Ankündigung der aus dem Vorbereitungskreis ausgeschiedenen Teilnehmer um Schult und Klein, das angestrebte Seminar wirklich durchführen zu wollen, mündete schließlich in den Versuch, das in Treptow verhinderte Seminar nun in Friedrichsfelde zu organisieren. Das Verbleiben im kirchlichen Umfeld ließ trotz der das Unternehmen erheblich belastenden Vorgeschichte diesen Versuch nicht aussichtslos erscheinen. Allerdings drohten wegen eben dieser Vorgeschichte die zu erwartenden Restriktionen infolge der anhaltenden Interessenparallelität von Amtskirche (die auf staatliche Duldung des nächstjährigen Kirchentagsvorhabens angewiesen war) und Staatsmacht (der jede „politische Provokation“ mittels amtskirchlicher Beihilfe zu verhindern bestrebt blieb) noch schärfer auszufallen, als im Vorjahr. Die Organisatoren blieben trotzdem bei ihrem Vorsatz, weil im Erfolgsfall so ein Präzedenzfall für die Erweiterung der Themenarbeit im halblegalen kirchlichen Umfeld auch noch in andere Richtungen hin erreicht werden konnte.

Ende Mai 1986 kam es dann zu dem Gespräch von Vertretern beider „Fraktionen“ mit Kirchenleitungsmitgliedern über die Durchführung des Menschenrechtsseminars. Während die Vertreter der „Mehrheitsfraktion“ darauf verzichteten, ihrerseits Vorschläge zu dessen Durchführung zu machen, wurde das von Reinhard Schult umrissene Konzept⁶⁹ für ein

68 HA XX/2, Bericht zum Treff mit IMB „Karin Lenz“ vom 7.3.1986 und Bericht des IMB „Wolf“ zum Vorbereitungskreis Menschenrechtsseminar vom 10.3.1986, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 7, S. 280 und S. 275 (MfS-Zählung). Zu diesem Zeitpunkt scheint aber Wolfgang Templin schon entschlossen gewesen zu sein, die Menschenrechtsarbeit „losgelöst von der Kirchenleitung und den einzelnen Friedenskreisen“ zu betreiben. Ohne die punktuelle Zusammenarbeit mit jenen Friedenskreisen gänzlich auszuschließen, würde die „Mehrheitsgruppe“ einem unter Federführung der Kirche organisierten Menschenrechtsseminar nicht folgen und wolle ein eigenes Menschenrechtsseminar vorbereiten. HA XX/2, Bericht zum Treff mit IMB „Martin“ vom 26.3.1986, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 7, S. 286.

69 In einer „Information über eine Zusammenkunft der ‚Vorbereitungsgruppe Menschenrechtsseminar‘“ der Gruppe um Schult am 26.5.1986 hieß es: „Im Mittelpunkt der Beratung stand eine von R. Schult ge-

DDR-offenes Seminar auf Einladungsbasis und darüber hinaus bis zu einer Teilnehmerzahl von 120–150 Personen von der KL akzeptiert.⁷⁰ Zu diesem Zeitpunkt schien die „Mehrheitsfraktion“ eher dazu zu neigen, sich gegenüber der Kirchenleitung nicht in die Verantwortung für die Seminardurchführung nehmen zu lassen, sondern als autonomer Kreis und als Gast des vom FKFF zu verantwortenden Unternehmens mit ihren nächstens auf der bevorstehenden Friedenswerkstatt präsentierten Arbeitsergebnissen aufzutreten. So solle die Kirchenleitung an die Zusammenarbeit mit autonomen Kreisen wie dem ihren gewöhnt und so das „Zusammenbringen“ von Friedenskreisen mit solchen Kreisen ermöglicht werden.⁷¹ Im Weiteren gab die sich als „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (IFM) konstituierende „Mehrheitsfraktion“ (vgl. Abschnitt 4.2.3) ihrerseits das Vorhaben der Durchführung eines solchen Seminars schrittweise auf. Dies lag nicht zuletzt darin begründet, dass die IFM mehr und mehr dazu überging, ihre Aktivitäten außerhalb und unabhängig von kirchlichen Strukturen zu organisieren, wo die Durchführung eines solchen Seminars staatlicherseits leicht zu verhindern, für die Teilnehmer sehr riskant oder nur konspirativ möglich (und daher politisch nur eingeschränkt wirksam) gewesen wäre. Allerdings sollte die IFM in ihrer künftigen praktischen Arbeit sinnvollerweise weiter sowohl mit verschiedenen Friedenskreisen (etwa der Umweltbibliothek – vgl. Abschnitt 4.5.2) und anderen kirchlichen Gruppen (so mit dem Arbeitskreis Solidarische Kirche und der Initiative gegen Praxis und Prinzip der Abgrenzung – vgl. Abschnitte 4.17) und schließlich ab 1988 zeitweilig auch wieder mit amtskirchlichen Vertretern zusammenarbeiten.⁷² Ebenso nahm die IFM (trotz Behinderungen) an der Friedenswerkstatt 1986 und an den DDR-weiten Seminaren „Konkret für den Frieden“ teil.

Seitens des Konsistoriums erteilte Stolpe am 15. Juli 1986 in einem Schreiben an die Friedrichsfelder Gemeinde die Auflage, eine Teilnahme am Seminar auf Einladungsbasis unter Anwendung des GKR-Hausrechts zu sichern und „wegen der Kompliziertheit der Materie“ die Mitwirkung von Referenten der Arbeitsgruppe Menschenrechte des BEK einzuplanen.⁷³ Die Friedrichsfelder „Vorbereitungsgruppe Menschenrechtsseminar“ reagierte am 12. August auf die gemeinsame Forderung von KL und GKR, mittels Ausweiskontrollen das Ein-

fertigte ‚Konzeption zum Menschenrechtsseminar‘ ..., die ausschließlich als taktisches Verhandlungspapier für die Gespräche mit der Kirchenleitung gedacht ist und mit der eigentlichen Konzeption nur in Fragen des zeitlichen Ablaufs übereinstimmt. ... Im Folgenden wurden 4 Beschlüsse gefasst: 1. An dem Menschenrechtsseminar nehmen keine ‚Nicht-DDR-Bürger‘ teil. Gemäß Punkt 3 der Konzeption wird aber auch kein Bürger des NSW abgewiesen, sofern noch Platz ist. 2. Es werden nur die offiziellen Vertreter der kirchlichen Presse zur Berichterstattung über das Seminar zugelassen. 3. Zur Vorbereitung des Seminars gibt es keine offizielle Zusammenarbeit mit der Vorbereitungsgruppe um W. Templin. Sollten einzelne Mitglieder der anderen Menschenrechtsgruppe an einer inhaltlichen Mitarbeit zur Vorbereitung und Durchführung des Seminars interessiert sein, können sie mitarbeiten. 4. Vera Wollenberger und R. Schult sind nicht befugt, am 28.5.1986 im Gespräch mit der Kirchenleitung Dinge zu vereinbaren, die über die Konzeption oder die Beschlüsse hinausgehen.“ HA XX/2, Information vom 9.6.1986, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 7, S. 387f.

70 HA XX/2, Bericht zum Treff mit IMB „Martin“ vom 4.6.1986, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 7, S. 361.

71 HA XX/2, Bericht zum Treff mit IMB „Martin“ vom 6.6.1986, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 7, S. 365.

72 Templin/Weißhuhn 1999, S. 179f.

73 Schreiben Stolpes an die Kirchengemeinde Friedrichsfelde vom 15.7.1986, Privatarchiv des Autors.

ladungsregime durchzusetzen: Solche Kontrollen wurden abgelehnt; zudem würden Gruppen und keine Personen eingeladen und Nichteingeladene würden entsprechend der Raumsituation eingelassen.⁷⁴ Ein letzter Versuch des Generalsuperintendenten Krusche, in der GKR-Sitzung der Friedrichsfelder Gemeinde dessen Zustimmung zum für den 22./23.11.1986 geplanten Seminar zu verhindern, indem er auf die „Unberechenbarkeit“ Reinhard Schults hinwies und vor den Machenschaften des Friedrichsfelder Friedenskreises warnte. Daraufhin garantierte der Gemeindepfarrer Gottfried Gartenschläger im Verlauf dieser Auseinandersetzung die Einhaltung der Auflagen, denen sich auch der Friedenskreis nicht entgegenstellen werde. Infolge dessen erlitt Krusche eine Abstimmungsniederlage und Gartenschläger stand unter zusätzlichem Druck, namens des GKR während des Seminars die Einhaltung der Absprachen mit der KL durchzusetzen.⁷⁵

Bei der inhaltlichen Vorbereitung des Seminars seitens des Friedrichsfelder Kreises dominierten auffällig die Themenkomplexe „Recht auf Arbeit“ sowie die Unterdrückung der realen „Mitbestimmungs- und Mitwirkungsrechte“ der Beschäftigten in der DDR. Hierbei wollte sich die 5-köpfige Arbeitsgruppe (darunter zwei IM des MfS) zur Vorbereitung letzteren Themas erster Auswertungsergebnisse der begonnenen illegalen Fragebogenaktion bedienen und außerdem das Lohnarbeitsverhältnis der Erwerbsarbeit sowie den Charakter der Arbeit im Realsozialismus erörtern (vgl. Abschnitt 4.12). Hinzu traten Fragen der Disziplinierungsfunktion des Arbeitsrechts in der DDR.⁷⁶ Für die Seminarteilnehmer waren Schautafeln mit den Auswertungsergebnissen sowie Thesenpapiere zu den verschiedenen Arbeitsfeldern vorbereitet worden.

Die Menschenrechtsgruppe um Templin („Initiative“) erhielt sechs Einladungen zum Seminar; einem der Eingeladenen (Martin Böttger) wurde die Leitung einer der geplanten Arbeitsgruppen (Strafrecht) übertragen.

Das Seminar fand am 22./23. November 1986 unter dem Titel „Menschenrechte – der Einzelne und die Gesellschaft“ unter Beteiligung von ca. 150 Personen in den Räumen der Friedrichsfelder Gemeinde statt. Von der „Initiative“ nahmen Wolfgang Templin, Peter Grimm, Martin Böttger, sowie drei IM teil. Von den vier durch die Veranstalter nominierten Hauptreferenten waren zwei als IM im Dienst des MfS. Reinhard Schult problematisierte als Referent des ersten Tages die Unzulänglichkeit des Menschenrechtsbegriffs der herrschenden europäischen Theologie für den modernen Menschen in seiner heutigen konkreten Situation („Zu den Menschenrechten im Neuen Testament und bei Marx“). Das zweite Hauptreferat von Wolfgang Wolf (IM „Max“) thematisierte die soziale Begrenztheit der Menschenrechte in den bürgerlichen und die Beschränktheit der politischen und individuellen Menschenrechte in den realsozialistischen Gesellschaften. Es folgte mit Helmut Zeddis vom BEK einer der beiden Referenten, deren Teilnahme der KL zugestanden wurde. Sein Vortrag formulierte die amtskirchliche Lesart der Menschenrechte unter Berufung auf die UNO und unter Hinweis auf die von Europa gänzlich abweichende Situation in der „Dritten

74 Wolf 2006, XXXIX, Kapitel, S. 2282.

75 HA XX/2, Bericht zum Treff mit IMB „Martin“ vom 24.9.1986, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 7, S. 426f.

76 Ebenda, S. 425f.

Welt“. Am zweiten Tag sprach Wolfgang Schnur (IM „Torsten“) zu geltendem (Straf)recht und Menschenrechten.

Trotz eindeutiger (und wesentlich den Absprachen mit der KL geschuldeter) Überdosierung des Vortragsaufkommens in diesem Seminar auf Kosten der Arbeit in den vorgesehenen Arbeitsgruppen trafen sich die Seminarteilnehmer am Nachmittag des ersten Tages in Gruppen zu den Themen „Gleichberechtigung der Geschlechter“, „Recht auf Arbeit“, „Recht auf Wehrdienstverweigerung“, „Rechte der Behinderten“, „Strafrecht“ und „Rechte der Kinder und Jugendlichen“.

Im Plenum kam es zu scharfen Kontroversen. Die Kritik vieler Teilnehmer an dem Seminar war schon während der Vorträge einhellig: Statt Theorie wolle man praktische Beispiele für konkrete Menschenrechtsverletzungen erörtern. Die verbleibende Zeit für die Arbeit in den Arbeitsgruppen sei zu kurz, es fehle eine Arbeitsgruppe zur Presse- Versammlungs- und Reisefreiheit. Die Haltung eines Teils der Teilnehmer – keineswegs nur aus den Reihen der Initiative – konnte als ausgesprochen feindselig erlebt werden.⁷⁷ Angesichts dieser Stimmung beschloss die Initiative, am zweiten Tag des Seminars ihre Konzeption als alternativ vorzustellen, was dann auch erfolgte, ohne dass die inhaltliche Ausgestaltung dieses alternativen Ansatzes erfolgte.

Der mehrheitlichen Einschätzung von Teilnehmern des Seminars, der Versuch sei weit hinter den Erwartungen zurückgeblieben, musste die Frage folgen, ob nun nach der „Türöffnerfunktion“ des umstrittenen Seminars für weitere Aktivitäten dieser oder anderer Art in der Menschenrechtsarbeit folgen würden. Die federführenden Organisatoren des Seminars entschlossen sich, ihre Arbeit innerhalb der von ihnen gebildeten Gruppe „Gegenstimmen“ fortzusetzen (vgl. Abschnitt 4.9).

4.2.3 Die Initiative Frieden und Menschenrechte

Das Entstehen einer kirchenunabhängigen Oppositionsgruppe wie der Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM)⁷⁸ Anfang 1986 und der Vernetzungsaufschwung der kirchennahen Basisgruppen seit Mitte der 80er Jahre waren ebenso folgerichtige, wie spezifische Wider-

77 Wenn überhaupt die in beiden „Fraktionen“ menschenrechtlicher Tätigkeit platzierten IM eine aktive Rolle in den Auseinandersetzungen zu spielen vermochten, so bei der Obstruktion von Vorbereitung und Durchführung dieses Seminars unter Ausnutzung der Konflikte beider Seiten. In der von Klein geleiteten Arbeitsgruppe zum „Recht auf Arbeit“ waren mindestens fünf IM aktiv, von denen sich einige (allerdings wenig erfolgreich) bemühten, die Diskussion in der Gruppe zu destruieren: Einer der in dieser Arbeitsgruppe platzierten IM hatte die Verantwortung für inhaltliche und organisatorische Aufgaben während des Seminars übernommen und diese vorsätzlich nicht erfüllt, um die Arbeit der Gruppe zu sabotieren, was jedoch zur Folge hatte, dass er von nun an nicht mehr einbezogen wurde. HA XX/2, Bericht zum Treff mit IMB „Martin“ vom 10.12.1986, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 8, S. 63f.

78 Die 1982 gegründete Berliner Gruppe „Frauen für den Frieden“ (vgl. Abschnitt 3.4.1) verstand sich ebenfalls kirchenunabhängig, arbeitete aber fast ausschließlich in kirchlichen Zusammenhängen. Auch die Dresdner Gruppe „Wolfspelz“ (vgl. Abschnitt 3.1.2.2) und Friedensgemeinschaft Jena (vgl. Abschnitt 3.5.2.2) hatten dieses Selbstverständnis. Später entstehende kirchenunabhängige Gruppen wie die „Demokratischen Sozialisten“ und Leipziger Menschenrechtsgruppen konnten sich wie die IFM und die Gruppe „Wolfspelz“ gegen die staatlichen Repressionen behaupten.

spiegelungen oppositioneller Antizipation sich entwickelnder gesellschaftlicher Widersprüche:

„... in der DDR der 80er Jahre nahm der Druck beständig ab. Gerade nach Havels Ansicht zeigt jede Ausweitung oppositioneller Arbeit deutlich, dass die Diktatur zerfällt. ... Ein ständig erweitertes Netz von Gruppen im ganzen Land, ein ausgeschrittener und respektierter Bewegungsraum in der Nähe der Kirche, die thematische Ausdehnung auf Umwelt- und Stadtteilarbeit, gar die Herstellung eigener Zeitungen der Oppositionsgruppen – es ließ sich ein oppositionelles Treiben und Werkeln entfalten, von dem in den 70er Jahren niemand zu träumen gewagt hätte. Halblegalität, Halböffentlichkeit waren da, auch westliche Medienkontakte ... Jetzt fehlte nur noch ein Inhalt, der den Nerv der Gesellschaft traf.“⁷⁹

Die Gründungsmitglieder der IFM (Ralf Hirsch, Ulrike und Gerd Poppe, Bärbel Bohley, Werner Fischer, Reinhard Weißhuhn, Regina und Wolfgang Templin, Katja Havemann, Antje und Martin Böttger, Peter Rölle, Sabine und Peter Grimm) sahen diesen Nerv in der Menschenrechtsarbeit getroffen. Erstaunlicherweise datieren Wolfgang Templin und Reinhard Weißhuhn als Chronisten der IFM heute den Gründungsmonat der Initiative auf den Dezember 1985, also auf einen Zeitpunkt, als Templin, Hirsch und Grimm als autorisierte Sprecher des Projekts eines Menschenrechtsseminars gegenüber der Synode noch jede Gründungsabsicht einer Menschenrechtsgruppe bestritten. Den im März 1986 stattgefundenen Bruch und die Spaltung des Vorbereitungskreises verlegen Templin und Weißhuhn auf den November 1985 vor.⁸⁰ Als charakteristisch für die IFM galten die Emanzipation vom Denken in (insbesondere linken) Visionen und Modellen zugunsten pragmatischen Handelns im Sinne des Prinzips der Unteilbarkeit der Menschenrechte und der These der Unteilbarkeit von äußerem (zwischenstaatlichem) und innerem (innerstaatlichem) Frieden. Andererseits hieß es häufig, das Selbstverständnis der IFM bestünde ähnlich wie im Falle der „Charta 77“ in einer „Mantelfunktion“ für eine große Bandbreite unterschiedlicher politischer Strömungen der Menschenrechtsarbeit.⁸¹ Die Initiative verstand sich als informelle Gruppe und handelte im Sinne der Legitimität der Wahrnehmung demokratischer Rechte auch dort, wo dies (wie in der DDR) illegal war. Dieses „vorwegnehmende“ Handeln⁸² war auf Öffentlichkeit gerichtet und sah in dem bei der IFM vergleichsweise häufigen Gebrauch der Westmedien einen zusätzlichen Schutz der Akteure. „Alle Gruppenmitglieder standen unter massiven sozialen Repressionen, das heißt, sie konnten die erlernten, qualifizierten Berufe gar nicht oder nur auf dem Umweg über eine Kirchenanstellung ausüben.“⁸³ Mitglieder der IFM bedienten sich verschiedener Formen öffentlichen Wirkens. Sie setzten die von einigen ihrer Mitglieder schon vor der IFM-Gründung praktizierte Methode demonstrativer Akklamation

79 Wolfram 1994–96, Folge 5 (Skaven 6/1994). Der Hinweis auf Havel bezieht sich offenbar auf: Vaclav Havel, Versuch in der Wahrheit zu leben, Reinbek bei Hamburg 1989.

80 Templin/Weißhuhn 1999, S. 174.

81 Vgl. Rüdtenklau 1992, S. 73.

82 Der Maxime folgend, „noch nicht zugestandene Rechte so wahrzunehmen, als wären sie bereits zugestanden“, war das Legitimitätsprinzip der Unterordnung unter das Legalitätsprinzip vorangestellt.

83 Templin/Weißhuhn 1999, S. 174. Hinzu kamen vor allem bei Wolfgang Templin vielfältige Zersetzungsmaßnahmen des MfS, von denen er sich jedoch nicht beirren ließ. Vgl. Pingel-Schliemann, S. 294ff. Die IFM war mit einem Anteil von bis zu 50% durch IM des MfS durchgesetzt, was Zersetzungsmaßnahmen stark erleichterte, Templin/Weißhuhn 1999, S. 181.

gegenüber Organen von Staat und Partei fort (Parteitagseingabe 1986 – vgl. Abschnitt 4.3.3), initiierten Solidaritätserklärungen zu Gruppen der osteuropäischen Opposition (Solidaritätsaufruf für verfolgte polnische Friedensaktivisten vom Juni 1986, Brief an die Charta 77 vom Januar 1987 – vgl. Abschnitt 4.13) oder beteiligten sich an ihren gemeinsamen Verlautbarungen (Erklärung von Oppositionellen aus Polen, der ČSSR, Ungarn und der DDR zum 30. Jahrestag des ungarischen Aufstands vom Oktober 1986 – vgl. Abschnitt 4.4) und richteten Briefe an Personen und Einrichtungen des Auslands (Brief an Gorbatschow vom Mai 1987). Sie formulierten Erklärungen zu Angelegenheiten öffentlichen Interesses (Unterschriftensammlung zu einer Volksabstimmung zum weiteren Umgang mit der Kernenergie in der DDR vom Juni 1986, Erklärung zur Arbeit der Massenmedien vom August 1987 und zum UNO-Tag der Menschenrechte vom Dezember 1987⁸⁴ – vgl. die Abschnitte 4.5.1, 4.15 und 4.24) sowie zu ihrem Selbstverständnis (Vorstellung der Initiative „Frieden und Menschenrechte“ zum Tag der Menschenrechte in der Gethsemanekirche vom Dezember 1987). Eine andere Methode bestand in demonstrativen Aktionen im öffentlichen Raum und deren Kommunizierung in unabhängigen eigenen Medien oder denen des Westens – so etwa im Falle einer Vorführung der staatlichen Praxis des „Landesarrests“ für Oppositionelle, die im April 1987 vergeblich gemeinsam in die ČSSR einzureisen versuchten⁸⁵ oder einer Aktion zum Tag der Presse auf dem Berliner Alexanderplatz. Seit Juni 1986 erschien das von Mitgliedern der IFM herausgegebene und außerhalb kirchlicher Deckung stehende Periodikum „Grenzfall“, bei dessen Herstellung dann auch mit der seit September 1986 gegründeten „Umweltbibliothek“ kooperiert wurde. Diese Schrift war keineswegs allein ein Organ der IFM, sondern bot (wenn auch vorwiegend aus deren Perspektive) ein vielfältiges Informationsangebot zu den Aktivitäten der Friedens- Umwelt- und anderer politisch-alternativer Gruppen in der DDR, von unterdrückten Meldungen über Vorgänge in der DDR und aus den oppositionellen Strömungen in Osteuropa. Getragen vor allem von Peter Grimm und Peter Rölle erschienen die ersten beiden Nummern als fototechnische Vervielfältigung⁸⁶, während die folgenden drei Nummern in der „Umweltbibliothek“ (vgl. Abschnitt 4.2.2) auf deren Maschinen produziert wurden.⁸⁷ Anfangs beabsichtigten die Redakteure, ihre Zeitung

84 Diese Erklärung verwies auf die „Kriminalisierung politisch Andersdenkender“ sowie die Verhängung von Landesarrest und Berufsverboten in der DDR und forderte zur Solidarität mit den in Rumänien Verfolgten auf. Erklärung der IFM zum UNO-Tag der Menschenrechte vom 10.12.1987, MDA, 1.1.01., OA, Reg.-Nr. 91. Allein die Planung der Übergabe dieser Erklärung an das Komitee für Menschenrechte in der DDR (lt. Grenzfall 11/12 1987 an die Liga für die Vereinten Nationen in der DDR) führte zu Hausarresten und vorläufige Festnahmen. „Fußnote3“ vom Juli 1988, Grenzfall 11/12, Reprint 1989, S. 143f.

85 Der Vorgang wurde Gegenstand eines Offenen Briefes der meisten „verhinderten Prag-Flieger“ an Honecker, in dem die Verhängung eines willkürlich verhängten Landesarrests ohne Möglichkeit von dessen rechtlicher Anfechtung als Widerspruch zur Schlussakte von Helsinki bezeichnet wurde. Offener Brief an Honecker vom 24.4.1987 zu Reiseverboten, in: Grenzfall 5/1987, Reprint 1989, S. 56 und MDA 1.1.01., Reg.-Nr. 22. Gegen vier vom Landesarrest Betroffene (Martin Böttger, Simone Beyer, Peter Rölle, Ralf Hirsch) wurden wegen ihres hartnäckigen Versuchs, in die ČSSR zu reisen, Ordnungsstrafen verhängt, welche diese auf dem Beschwerdeweg anfochten. Grenzfall 6/1987, Reprint S. 66.

86 Diese Arbeit besorgten Irene Fechner und Miriam Hartz im privaten Fotolabor der Ersteren.

87 Rüdickenklau 1992, S. 70f.

unter kirchlichem Dach herauszugeben.⁸⁸ Die Haltung der Kirchenleitung gegenüber selbstbestimmter Zeitungsarbeit jedoch dokumentierte Krusche mit seiner eigenhändigen Entfernung der Erstausgabe bei der Friedenswerkstatt 1986. Ebenso wenig fand sich eine Gemeinde als Träger der Veröffentlichung. Dies wäre mangels nomineller Gemeindeverankerung des „Grenzfall“ über einen Gemeindefarbeits- oder Friedenskreis sowieso schwierig gewesen, weil sich die IFM als kirchenunabhängig verstand. Trotzdem arbeitete die Initiative auch bei ihren nach 1988 als Arbeitsform dominierenden Veranstaltungen mit den im kirchlichen Umfeld agierenden Gruppen, welche über geschützte Räume verfügte, zusammen.⁸⁹ Mitglieder der IFM standen im Zentrum der Aktion „Störenfried“ vom Januar 1988, in deren Ergebnis vier ihrer Mitglieder in den Westen abgeschoben wurden (vgl. Abschnitt 4.25.2).⁹⁰ Im Mai 1989 forderte die IFM die anderen politisch alternativen Gruppen auf, sich ihrem Selbstverständnis entsprechend zum Begriff der Opposition zu bekennen, „verstanden als Gegnerschaft zur praktizierten Politik und zum alleinigen Führungsanspruch der SED, die weder bereit ist, über die gesellschaftlichen Probleme zu reden, noch in der Lage ist, sie zu lösen. Begriffen und behandelt werden wir ohnedies nicht nur als Opposition, sondern als Feinde. ... Nicht erst das Angebot fertiger Alternativen berechtigt zu Widerstand, sondern bereits die erklärte Gegnerschaft der Herrschenden gegenüber jeder Veränderung ... Das Risiko der Zerschlagung richtet sich weniger nach juristischen Möglichkeiten als nach den politischen Kräfteverhältnissen und äußeren Einflüssen aus allen Himmelsrichtungen.“⁹¹

Nachdem die Berliner Initiative am 11. März 1989 ihre DDR-weite Öffnung beschloss, kam es allerdings erst am 28. Oktober zum ersten landesweiten Treffen der nunmehr nach dem Prinzip der informellen Vernetzung und der themengebundenen Projektgruppenarbeit agierenden Gruppe.⁹²

88 Im ersten Jahr von Grenzfall, in: Grenzfall 6/1987, Reprint 1989, S. 65.

89 So war die IFM an der Durchführung einer Großveranstaltung zur Situation in Rumänien im November 1988 maßgeblich beteiligt. Veranstaltungen der IFM fanden vorwiegend in der Umweltbibliothek oder in der Gethsemanekirche statt.

90 Nach der zeitweiligen bzw. dauerhaften Ausreise von Ralf Hirsch, Wolfgang und Regina Templin, Werner Fischer und Bärbel Bohley im Februar 1988 (vgl. Abschnitt 4.25.2) wurden vom MfS Ulrike und Gerd Poppe, Martin Böttger und Peter Grimm als die Initiatoren der Gruppe bezeichnet. Zum engeren Kreis zählten Antje Böttger, Stephan Bickhardt, Sabine Grimm, Miriam Hartz, Peter Rölle und Reinhard Weißhuhn sowie acht IM. Sicherungssachstand zu den einzelnen Gruppierungen der politischen Untergrundtätigkeit, o. D., o. V; vermutlich April 1988, verfasst offenbar in Vorbereitung auf den 1. Mai 1988, MfS, HA IX, ZA, Arch.-Nr. 8947, S. 123f.

91 „Die Gesellschaft als Ziel oder Bevor sie demokratisiert werden kann, muss eine Gesellschaft vorhanden sein“. Auszugsweiser Nachdruck in: Templin/Weißhuhn 1999, S. 203f; hier: S. 204.

92 Pressemitteilung der Initiative Frieden und Menschenrechte vom 30.10.89. Ebenda. Als Sprecher der IFM agierten damals Werner Fischer, Gerd Poppe und Thomas Rudolph.

4.3 Zwei Parteitage und eine Eingabe: „Neues Denken“ fällt auf fruchtlosen Boden

4.3.1 Staatliche Neuaufstellung angesichts von Vernetzungs- und Verstetigungstendenzen in der Opposition Anfang 1986

Zu Beginn des Jahres 1986 bemühte sich der Stellvertreter des Oberbürgermeisters für Inneres im Magistrat von Berlin gegenüber Klaus Gysi um ein Resümee der kirchenpolitischen Situation. Zu den negativen Aktivitäten kirchenferner Kräfte in Gemeindekreisen „mit dem Ziel der Schaffung einer politischen Opposition in Form einer unabhängigen Friedens- bzw. Ökologiebewegung“ hieß es, dort gäbe es gegenwärtig nach einer Phase der Einsicht in die Wirkungslosigkeit kurzfristiger spektakulärer Aktivitäten ein Umschwenken auf die innere Konsolidierung der Gruppen und ihrer Zusammenarbeit. Deren Inhalte seien der „angebliche Mangel“ bei der Gewährung von Menschenrechten in der sozialistischen Gesellschaft, die Kritik an undurchsichtigen Machtstrukturen, Forderungen eines „Friedens von unten“ (persönliche Friedensverträge) und nach einem sozialen Friedensdienst sowie fortgesetzte Aufforderungen zur Wehrdienstverweigerung. Für 1986 wurde die Ausweitung von Kontakten in das NSW zugunsten einer „blockübergreifenden Friedensbewegung“ sowie die Fortsetzung des erfolgreichen Ausbaus des Informations- und Kommunikationssystems innerhalb Berlins und darüber hinaus erwartet. Konstatiert wurde ein wahrnehmbarer Vernetzungsfortschritt, wie die an mehreren Orten inner- und außerhalb Berlins durchgeführten Friedensseminare und Koordinierungstreffen gezeigt hätten. Zu beobachten seien auch die Erarbeitung von Positionspapieren für ein stärker abgestimmtes Vorgehen (FK Alt-Pankow, FKFF), das Verfassen von Eingaben an staatliche Stellen zwecks Druckausübung und als Legalisierungsbeitrag sowie die stärkere Zusammenarbeit mit „negativen Kunst- u. Kulturschaffenden“. Hervorgehoben wurden dabei der FK der Samaritergemeinde, der FK Alt-Pankow, der Kreis „Frauen für den Frieden“ und die Arbeitskreise „Theologie und Gesellschaft“ sowie „Ökologie“ der Kirchgemeinde Friedrichsfelde. Ferner gäbe es negative Gruppierungen in den Gemeinden Auferstehung (Friedrichshain), Gethsemane (Prenzlauer Berg), Bartholomäus (Friedrichshain) und im Diakoniewerk „Königin Elisabeth“ (Lichtenberg). Neben den üblichen Schlussfolgerungen (Einwirken auf Leitungen und Laien der Kirche zur Förderung des innerkirchlichen Differenzierungsprozesses, um über die progressiven und loyalen Kräfte die Isolierung der negativen Kräfte, ihre Disziplinierung bzw. die Trennung der Kirche von diesen Gruppierungen zu erreichen) hieß es darüber hinaus: „Staatliche Forderungen sind zukünftig im Interesse der Wahrung der staatlichen Autorität nur dann zu stellen, wenn sie eine juristische Grundlage haben und wenn im Falle ihrer Nichtbefolgung eine Durchsetzung entsprechender Sanktionen gewährleistet werden kann.“⁹³

93 Bericht des Stellvertreters des Oberbürgermeisters für Inneres des Magistrats von Berlin zur kirchenpolitischen Situation 1985 in der Hauptstadt – Schlussfolgerungen für die Durchsetzung der Staatspolitik

Hinderlich für die Glaubwürdigkeit der staatlichen kirchenpolitischen Linie war es auch, wenn andauernd durch die Praxis übereifriger Funktionäre Diskriminierungen wahrnehmbar wurden, welche mühsam durch die Dienststelle des Staatssekretärs geheilt werden mussten: Anlässlich der „unkorrekten Beurteilung eines Bürgers auf Grund seines religiösen Bekenntnisses“ hieß es zum Beispiel in einer Leitungsinformation im SfK: „Nach wie vor sind Fälle zu verzeichnen, die von mangelndem Verständnis und fehlender Kenntnis leitender Kader in Betrieben, Bildungseinrichtungen und anderen leitenden Institutionen über die Politik unserer Partei- und Staatsführung gegenüber den Kirchen und Religionsgemeinschaften zeugen, ein Mangel, der zu schwerwiegenden Fehlern in der politischen Arbeit und damit nicht zuletzt in der Arbeit mit den Menschen führt, die sich in unserem Staat zu einem religiösen Glauben bekennen.“⁹⁴

4.3.2 Neues Denken in Moskau

Nicht nur die Eskalation der Auseinandersetzungen zwischen der Politbürokratie und der Bevölkerung in Polen führte in den oppositionellen Gruppen zu andauernden Debatten über die Möglichkeiten politischen und ökonomischen Wandels der politbürokratischen Systeme des Ostens. Auch die Entwicklung in der UdSSR seit 1986 beschleunigte und vertiefte den Diskurs über oppositionelle Politikansätze innerhalb der unabhängigen Friedensbewegung und der anderen oppositionellen und reformorientierten Milieus. Sichtbar wurde dies an der Forcierung gesellschaftspolitischer Perspektivdebatten und der Ausweitung alternativer Öffentlichkeitsangebote in der unabhängigen Friedensbewegung zur Demokratisierung, Entbürokratisierung und Entstalinisierung des politischen Systems in Auseinandersetzung mit „Glasnost und Perestrojka“ in der UdSSR. Mit den sich auch in der DDR verschärfenden und immer deutlicher sichtbar werdenden ökonomischen Krisenerscheinungen verstärkte sich die öffentliche Kritik der politisch alternativen Gruppen am Regime realsozialistischen Wirtschaftens.

Inzwischen musste die SED auch hinsichtlich der Fortsetzung ihrer kirchenpolitischen Linie und der Entwicklung neuer Methoden der Bekämpfung von PUT konstatieren, dass mit der Wahl Gorbatschows und insbesondere nach dem XXVII. Parteitag der KPdSU im Februar 1986 ein neuer Wind aus der UdSSR wehte. Der am 11. März 1985 zum Generalsekretär der KPdSU gewählte Nachfolger Tschernenkos offizialisierte den neuen Kurs der Partei hin zu „Glasnost“ (Offenheit) und „Perestrojka“ (Umbau) auf diesem Parteitag. Die bevorstehenden Anstrengungen, das enorme Ausmaß von Bürokratismus und Ineffizienz, Misswirtschaft und Korruption, gesellschaftlicher Passivität und Manipulation abzubauen, ohne einen Kollaps des Systems und den Zerfall der Union zu provozieren, erforderte die Lösung von vier Aufgaben: „Glasnost“ (schonungslose Anerkennung und Benennung der Missstände) und „Perestrojka“ (ihre Beseitigung) waren gegen den Filz aus zentraler und lokaler konservativer Partei- und Staatsbürokratie durchzusetzen, musste über gesetzgeberi-

in Kirchenfragen 1986 vom 28.1.1986 an den Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi, SAPMO BArch, DO 4/989.

94 Leitungsinformation 6/86 vom 15.12.1986 zur Vorlage für die Dienstbesprechung am 29.12.1986. SAPMO BArch DO 4/953.

sche und technokratische Reformschritte hinaus in eine radikale Demokratisierung der Gesellschaft und eine Massenbewegung „von unten“ gegen die erwähnte konservative bürokratische Koalition münden, sollte die Lösung des „Nationalitätenproblems“ einschließen und setzte die Freisetzung von erweiterten wirtschaftlichen Ressourcen namentlich auf Kosten des überdimensionierten Rüstungssektors (dem MIK) voraus. Letztere Aufgabe erhielt das Signum „Neues Denken“ und wurde weltweit zuerst als neuer sowjetischer sicherheitspolitische Kurs zur Kenntnis genommen. Es war unübersehbar, dass es über die von Gorbatschow seit 1985 bei jeder Gelegenheit wiederholte Aufforderung hinaus, sich von den alten Formeln abschreckungsgeleiteter sicherheitspolitischer Illusionen zu verabschieden, genauso zu einer ökonomischen Überlebensfrage der UdSSR geworden war, den nicht mehr tragbaren wirtschaftlichen Belastungen des Rüstungswettlaufs mit den USA zu entgehen. Doch auch für sich genommen war die sowjetische sicherheitspolitische Initiative zum weltweiten Umdenken überzeugend genug: Angesichts der Fähigkeit auch des militärisch schwächeren Konkurrenten, den überlegenen Gegner sowohl im Angriff als auch in der Vergeltung mehrfach auszulöschen, hatte schon lange einen Druck hin zu neuem sicherheitspolitischem Denken erzeugt. Angesichts der für alle Länder hochgefährlichen computergestützten selbstauslösenden Vergeltungsschlagszenarien (besonders im Bereich der Mittelstreckenraketen, wo die menschliche Selbstentmündigung infolge rapide verkürzter Vorwarnzeiten besonders bedrohlich ausfiel) und in Erwartung der fragwürdigen, aber für den MIK der USA überaus einträglichen Anstrengung, die USA mittels SDI „unverwundbar“ zu rüsten, überraschte Gorbatschow die Welt und insbesondere die USA mit einer Abrüstungsoffensive, die wie bekannt noch zu Lebzeiten der UdSSR nicht ohne Folgen blieb.⁹⁵ Bereits auf den XXVII. Parteitag im Februar 1986 erklärte Gorbatschow:

95 Während Gorbatschow am 15.1.1986 einen Drei-Stufen-Plan für den Abbau aller Atomwaffen bis zum Jahr 2000 vorschlug, unterzeichneten Bundeswirtschaftsminister Bangemann und US-Verteidigungsminister Weinberger am 27.3.1986 in Washington zwei Abkommen über die Beteiligung deutscher Firmen am US-Forschungsprogramm des weltraumgestützten Raketenabwehrsystems SDI. Am 27.5.1986 erklärte US-Präsident Reagan, dass die USA die Bestimmungen des (nicht ratifizierten) SALT-II-Rüstungskontrollabkommens mit der UdSSR wegen deren fortwährender Aufrüstung nicht länger einhalten werden. Jedoch willigte Reagan am 25.7.1986 angesichts neuer sowjetischer Abrüstungsinitiativen ein, die Stationierung von Weltraumwaffen des SDI-Programms um fünf bis sieben Jahre aufzuschieben. Während Gorbatschow am 28.7.1986 in einer Grundsatzrede zur Innen- und Außenpolitik in Wladiwostok einen Teilabzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan ankündigte, hatte das US-amerikanische Repräsentantenhaus dem Präsidenten bereits am 26.6.1986 die geforderten 100 Millionen Dollar für die militärische Unterstützung der „Contras“ bewilligt, die in Nicaragua gegen die linksgerichtete Regierung kämpften. Entgegen ihrer offiziellen anti-iranischen Haltung hatten die USA Waffen nach Iran geliefert, um die Freilassung US-amerikanischer Geiseln aus dem Libanon zu erreichen. Die Gelder aus dem Geschäft wurden als Militärhilfe an die „Contras“ weitergeleitet. Das sowjetisch-amerikanische Gipfeltreffen in Reykjavik am 11.–12.10.1986 scheiterte am Beharren der USA auf ihrem SDI-Programm. Nachdem Gorbatschow im Februar 1987 auf ihr Junktim einer Einigung über den Abbau der Mittelstreckenraketenpotentiale mit dem Abbau anderer Waffensysteme (insbesondere SDI) verzichtete, kam es am 8.12.1987 beim Gipfeltreffen Reagan – Gorbatschow in Washington endlich zum Abschluss des Vertrages zur Beseitigung der Mittelstreckenwaffen („Nulllösung“ im INF-Vertrag), welcher während eines weiteren Gipfeltreffens am 29.5.–2.6.1988 in Moskau durch Austausch der Ratifizierungsurkunden besiegelt wurde. Zuvor hatte Gorbatschow am 8.2.1988 bereits den Abzug aller sowjetischen Truppen aus Afghanistan angekündigt. Am 7.12.1988 folgte in einer Rede Gorbatschows vor der UNO-Vollversammlung die Absichtserklärung, sowjetischerseits 500 000 Soldaten und 6 Panzerdivisionen aus der DDR, Ungarn und Polen abzuziehen.

„Der Charakter der modernen Waffen lässt keinem einzigen Staat die Hoffnung, sich allein durch militärisch-technische Mittel zu schützen, sagen wir, durch die Schaffung einer Verteidigung, und sei sie auch noch so mächtig. Die Gewährleistung der Sicherheit nimmt immer mehr den Charakter einer politischen Aufgabe an, deshalb kann sie nur mit politischen Mitteln gelöst werden. Es bedarf vor allem des Willens, den Weg der Abrüstung zu gehen. Die Sicherheit kann nicht bis ins Unendliche auf der Angst vor Vergeltung, das heißt auf den Doktrinen der ‚Eindämmung‘ oder ‚Abschreckung‘, aufgebaut werden. Es wäre schon an sich absurd und unmoralisch, die ganze Welt zur nuklearen Geisel herabzuwürdigen, aber darüber hinaus peitschen solche Doktrinen die Hochrüstung an, und früher oder später kann sie sich jeder Kontrolle entziehen. Spricht man vom Verhältnis UdSSR-USA, so kann die Sicherheit nur gegenseitig, und nimmt man die internationalen Beziehungen insgesamt, kann sie nur allgemein sein. Die höchste Weisheit liegt nicht darin, ausschließlich an sich selbst zu denken, noch dazu zum Nachteil der anderen Seite. Alle müssen sich gleich sicher fühlen, denn die Angst und Unruhe des nuklearen Zeitalters bewirken Unvorhersagbarkeit in Politik und konkretem Handeln. Sehr wichtig wird es, die kritische Bedeutung des Faktors Zeit zu berücksichtigen. Das Aufkommen neuer Systeme von Massenvernichtungswaffen lässt die Zeit unablässig schrumpfen und reduziert die Möglichkeiten, bei Krisen politische Entscheidungen über Fragen von Krieg und Frieden zu treffen. ... Kurzum, für Kriege und die Politik der Stärke ist die Welt von heute viel zu klein und gebrechlich. Sie kann nicht gerettet und erhalten werden, wenn man nicht entschieden und ein für allemal mit der Denk- und Handlungsweise bricht, die jahrhundertlang auf der Vertretbarkeit, Zulässigkeit von Kriegen und bewaffneten Konflikten basierte. Folglich muss erkannt werden, dass sich das Wettrennen ebensowenig gewinnen lässt wie ein Nuklearkrieg selbst. Die Fortsetzung eines solchen Wettlaufs auf der Erde und erst recht seine Ausdehnung auf den Weltraum wird das ohnehin kritisch hohe Tempo der Anhäufung und Perfektionierung der Kernwaffen beschleunigen. Die Situation in der Welt könnte so weit gedeihen, dass sie von Vernunft und Willen der Politiker nicht mehr abhängen würde. Sie würde eine Gefangene der Technik, der militärisch-technokratischen Logik sein. Folglich können ein Nuklearkrieg, aber auch schon die Vorbereitung zu ihm, das heißt das Wettrennen, das Streben nach militärischer Überlegenheit objektiv niemandem politischen Gewinn bringen.“

Ganz offensichtlich entsprach Gorbatschow besonders mit der dann folgenden einseitigen Abrüstungsinitiative (Atomteststopmoratorium vom 6.8.1985) in der Tendenz den jahrelangen Vorschlägen der blockübergreifenden Friedensbewegung, ohne dass die Rede davon sein kann, er wäre hier solchen Vorschlägen gefolgt: Es gab für die UdSSR (wie oben erwähnt) noch andere Gründe, so zu argumentieren und zu handeln. Jedoch erschwerten die Ausführungen Gorbatschows in der DDR eine Fortsetzung der harten staatlichen Haltung gegenüber den bekannten seit Jahren vertretenen Positionen der Friedenskreise und einiger kirchlicher Amtsträger. In einem Material des Staatssekretärs für Kirchenfragen Ende Februar 1986 hieß es besorgt: „Wir müssen den Kirchen nachdrücklich die Friedensvorschläge der SU ... und die Initiativen des Genossen Gorbatschow erklären. In dieser Situation sind negative Äußerungen von Gruppen besonders gefährlich, sie greifen die Grundlinie der

Politik an und können gerade diese kleinen und kleinsten Schritte stören. ... Wenn es keine gerechten und ungerechten Kriege im hergebrachten Sinne mehr gibt, weil es nach einem Atomkrieg keine Sieger mehr gibt, verlangt das eine neue Konsequenz bei der Einbeziehung von Geistlichen in die Friedenspolitik. Jeder Nuklearkrieg ist tödlich.“⁹⁶

4.3.3 Eine Parteitagseingabe

Traditionell stand im Nachtrab zum sowjetischen Parteitag des Februar 1986 im April der XI. Parteitag der SED bevor. Diesmal war anders als sonst keineswegs ausgemacht, dass auch in der SED die brisanten Weichenstellungen des XXVII. Parteitags der KPdSU übernommen würden: „Glasnost“ und „Perestroika“ waren ein Alptraum für das SED-Politbüro. In der DDR wurde die Lage weder als so verzweifelt eingeschätzt, wie in der UdSSR⁹⁷ noch war im Falle einer Übernahme des sowjetischen Kurses eine für die fällige brachiale (Selbst)kritik gemäß dem neuen sowjetischem Vorbild neue Führung oder wenigstens ein neuer Generalsekretär vorrätig – ganz abgesehen von der wie immer heiklen Frage der Übernahme der Verantwortung für den dann abzuqualifizierenden „alten Kurs“. Allenfalls die neuen abrüstungspolitischen Schritte der UdSSR waren der SED-Führung willkommen, zumal die DDR Anfang der 80er Jahre der UdSSR hier vorauszuweichen schien. Folgerichtig war „Kontinuität“ dann auch die Losung des XI. Parteitags vom 17.–21. April 1986.⁹⁸ In der Folge kam es dann immer wieder zu bohrenden internen Anfragen seitens der SED-Führung an die sowjetische Seite, wie ernst es denn die KPdSU mit ihrem Kurswechsel meine und ob dieser Auswirkungen auf den deutschlandpolitischen Kurs der SU habe. So erkundigte sich der neue 1. Sekretär der Berliner SED-Bezirksleitung, Günter Schabowski, im September 1986 empört beim 1. Sekretär des Moskauer Stadtpartei-Komitees und Kandidaten des Politbüros, Boris Jelzin, ob man angesichts Jewgenij Jewtuschenkos „Auslassungen ... über die ausstehende ‚Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten‘ und über eine ‚einheitliche

96 Material für den Staatssekretär für die Beratung mit den Sektorenleitern am 27. und 28.2.1986, SAPMO BArch, DO 4/990.

97 „Angesichts kirchlicher Argumente, wonach der XI. Parteitag hätte ebenso selbstkritisch verlaufen müssen, wie der XXVII. Parteitag, ist darauf hinzuweisen, dass die KPdSU einen so kritischen Parteitag brauchte, um die erforderliche Wende in der ökonomischen Führung und Gesellschaftsgestaltung zu erreichen. Im Unterschied dazu haben wir zwischen 1981 und 85 unter dem Druck ... der Systemauseinandersetzung diese Wende in der Leitung unserer Ökonomie erreicht.“ Thesen des Staatssekretärs für die Auswertung des XI. Parteitags vor den Sektorenleitern für Kirchenfragen am 24.6.1986 und den Stellvertretern der Vorsitzenden der Räte der Bezirke für Inneres am 11.6.1986. SAPMO BArch DO 4/990.

98 Auch die amtskirchliche Reaktion auf den SED-Parteitag war von Enttäuschung geprägt. Eine Analyse des SfK vermerkte, dass die kritische Atmosphäre des XXVI. Parteitags der KPdSU vermisst und immer wieder Kritik an der Informationspolitik und der Qualität der Massenmedien geübt wurde. Dagegen gab der kirchliche Beifall für die gemeinsame sowjetische und DDR-offizielle Positionierung in friedenspolitischen Fragen staatlicherseits durchaus Anlass für Hoffnungen auf eine Entspannung im Staat-Kirche-Verhältnis: „Die gemeinsamen Positionen in der Friedensfrage erweisen sich immer mehr als eine trag- und ausbaufähige Basis für die weitere konkrete Gestaltung der Staat-Kirche-Beziehungen auch vor Ort.“ Information zu den Reaktionen aus dem kirchlichen Raum zu den Ergebnissen des XI. Parteitags der SED, Vorlage vom 21.5.1986 für die Dienstbesprechung am 26.5.1986, SAPMO BArch, DO 4/1279.

deutsche Literatur“ in der sowjetischen Partei „damit einverstanden sei, dass sich die Schriftsteller auf diese Weise nach dem XXVII. Parteitag entfalten.“⁹⁹

Der SED-Parteitag bot dann auch noch vor seinem Beginn die Kulisse für einen Vorstoß in Form einer „Offenen Eingabe an die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ vom 2. April 1986, die gleichzeitig an Honecker, das Politbüro des ZK der SED sowie an die Chefredaktion des Zentralorgans der SED „Neues Deutschland“ gesandt wurde.¹⁰⁰

Entgegen der ursprünglichen Absicht, die Parteitagseingabe in großer Kopienzahl an die Öffentlichkeit zu tragen und auch im Westen zu veröffentlichen¹⁰¹, sollte die Diskussion des Textes letztendlich (so ein Bericht erstattender IM) im handverlesenen Kreis „zuverlässiger Leute aus den einzelnen Friedenskreisen“ geführt werden, welche von „absolut zuverlässigen Leuten des politischen Untergrunds“ einbezogen werden sollten. Auch eine Veröffentlichung in der Westpresse sollte zugunsten einer unbelasteten Erstdiskussion und der Gewinnung weiterer Unterschriften vorerst unterbleiben.¹⁰² Die trotzdem erfolgende rasche Veröffentlichung der Eingabe seit dem 10.5.1986 in verschiedenen westdeutschen Zeitungen hatte auch nach Ansicht von Erstunterzeichnern diesem Anliegen erheblich geschadet.¹⁰³ Tatsächlich war dann der Umfang von Diskussionen in den Gruppen gering. Nachdem im Dezember 1986 die Verfasser zur allgemeinen Diskussion ihres Textes in den Friedenskreisen und sonstigen Gruppen aufriefen¹⁰⁴, gab es aus der im November 1986

99 Den Angaben Schabowskis gemäß beschwichtigte Jelzin den Berliner 1. Sekretär mit der Einschätzung, dass „bei einem Teil der Schriftsteller in der Tat Unklarheiten über die Linie des XXVII. Parteitages vorhanden sind. ... Er meinte, der Prozess in den Künstlerverbänden werde gesunden.“ Aus dem Bericht Schabowskis über seinen Besuch bei Jelzin, SAPMO BArch, DY 30, 2204. Dass Schabowski auch auf die „Gesundung“ Berliner Theaterschaffender hoffte, war seiner Klage zu entnehmen, das Maxim-Gorki-Theater würde in seiner Dramatisierung eines Romans von Tschingis Aitmatow „die antisozialistischen Fallstricke in eigenen Inszenierungen nicht erkennen.“ Wie ängstlich die Politbürokratie bereits im Oktober 1986 die politischen Unkosten eines Verbots von Stücken mit Bezug zu sowjetischen Autoren auf Hauptstadtbühnen kalkulierte, belegt Schabowskis Schlussfolgerung aus der misslichen Lage: „Um keine falschen Märtyrer zu schaffen und keine verlogenen Solidarisierungseffekte gegnerischer Kräfte zu fördern, wurde das Stück nicht abgesetzt. Stattdessen erscheint es seltener auf dem Spielplan ...“ Im Falle der Aristophanes-Inszenierung „Die Vögel“ in der Volksbühne dagegen veranlasste das Sekretariat der Berliner Bezirksleitung die Absetzung. Information an die Mitglieder und Kandidaten des Politbüros über einige Probleme aus dem Monatsbericht des Genossen Schabowski (Bezirksleitung Berlin), SAPMO BArch, DY 30, 2204.

100 „Offene Eingabe an die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands“ vom 2. April 1986, in: Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.), Freiheit und Öffentlichkeit, Politischer Samisdat in der DDR 1985–1989, Berlin 2002, S. 189ff. Aus dieser Quelle sind die im Folgenden angeführten Zitate der Eingabe entnommen. Die Erstunterzeichner waren Uwe Bastian, Stephan Bickhardt, Michael Bohley, Bärbel Bohley, Sabine Börner, Martin Böttger, Katrin Eigenfeld, Frank Eigenfeld, Werner Fischer, Peter Grimm, Annedore Havemann, Gerd Poppe, Ulrike Poppe, Edelbert Richter, Walter Schilling, Regina Templin, und Hans-Jochen Tschiche.

101 HA XX/2 , Bericht zum Treff mit IMB „Martin“ vom 26.3.1986, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 7, S. 287 (MfS-Zählung).

102 HA XX/2 , Bericht zum Treff mit IMB „Martin“ vom 6.5.1986, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 7, S. 314f (MfS-Zählung).

103 HA XX/2 , Bericht zum Treff mit IMB „Martin“ vom 26.5.1986, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 7, S. 331f (MfS-Zählung).

104 Grenzfall 3/86, Reprint 1989, S. 17.

gegründeten Gruppe „Gegenstimmen“ im Frühjahr 1987 einen ausführlichen schriftlichen Diskussionsbeitrag zum Inhalt der Parteitagseingabe, welcher später zu zwei sehr grundsätzlichen Aussprachen zwischen jenen Diskutanten führte, die sich schon im Dezember 1985 bei der Vorbereitung des Menschenrechtsseminars von ihrem unterschiedlichen politischen Umgang mit diesem Thema überzeugen konnten.

Die Eingabe vom 2. April 1986 stellte den Versuch dar, in einer Gesamtdarstellung der politischen DDR-Wirklichkeit den Veränderungsbedarf in der Gesellschaft durch die Kritik der herrschenden Verhältnisse in den einzelnen gesellschaftlichen Bereichen zu formulieren. Beginnend mit einer Kritik der unhinterfragbaren Allmacht „der Partei“ in Staat und Gesellschaft und deren Inszenierung ihrer Unfehlbarkeit wurde die fehlende innerparteiliche Demokratie angeprangert, welche durch disziplinarisch erzwungene Gefolgschaftstreue ersetzt worden sei. Angesichts fortgesetzter Verfälschungen in der Darstellung der tatsächlichen wirtschaftlichen Lage, des Verschleuderns von Gütern in den Westexport zur Stillung des Devisenhungers auf Kosten der Versorgung und der ökologischen Verwahrlosung hieß es: „Weder innerhalb noch außerhalb der Betriebe stehen die Entscheidungen über bestimmte Wirtschaftszweige über die Verteilung der Investitionen, über das Produktionsprofil, über Planvarianten und -alternativen zur Diskussion. Selbst Wirtschaftsfunktionäre, Planer, Konstrukteure und Technologen sind auf die Details der Ausführung und damit bestenfalls auf kosmetische Korrekturen verwiesen.“ Zur Losung „Alles für das Wohl des Volkes“ wurde angemerkt: „Nicht die Konsumgier der Bevölkerung treibt die Partei zur Einrichtung von Devisenhôtels, Delikat-Ladenketten und Renommierpalästen, sondern ihr eigenes Konzept, die Bevölkerung über gesteigerten individuellen Verbrauch ruhigzustellen, politisch zu entmündigen. ... Mit gesellschaftlicher Verantwortung oder gar ‚sozialistischer Perspektive‘ hat dies nichts mehr zu tun.“ Zum „Vorgeiststück Sozialpolitik“ der DDR wurde kritisch insbesondere die defizitäre Altbausanierung und die staatliche Fixierung auf die Kleinfamilie hervorgehoben sowie die einseitig leistungsbezogenen sozialen Fördermaßnahmen kritisiert. Stattdessen wurden der Abbau von Schichtarbeit und flexiblere Arbeitszeiten gefordert. Hingewiesen wurde auch auf die Diskrepanzen zwischen der mangelhaften allgemeinen medizinischen Versorgung und den höheren Standards in den Sonderkrankenhäusern für privilegierte Patienten. „Für alle Lebensbereiche gilt: Defizite gegenüber dem westlichen Konsumniveau scheinen dem Bedürfnis nach Alternativen zum sogenannten Konsumdruck jeden Boden zu entziehen.“ Hinsichtlich der Verhältnisse im Wissenschaftsbetrieb wurde auf die voluntaristischen Zielverengungen des Forschungsbetriebs durch die Partei, die Präferenzierung kaderpolitischer Kriterien vor Fachkompetenz, den Nachtrab infolge der Orientierung an internationalen Trends statt an kreativen Eigenentwicklungen und die verfahrenstechnischen Dauerrückstände bei der Einführung umsetzungsreifer wissenschaftlicher Ergebnisse in der Produktion hingewiesen. Für die Gesellschaftswissenschaften und den Kulturbetrieb werden deren vollständige Lenkung durch die Partei und ihre entsprechende Funktionalisierung konstatiert. Im Bildungssystem gelte, dass an die Stelle des sozialen das politische Bildungsprivileg getreten sei und ein entsprechender Anpassungsdruck erzeugt würde. Die Militarisierung des Erziehungs- und Bildungssystems durchziehe alle seine Instanzen. In der Jugendpolitik Sorge die FDJ für Entmündigung und Bevormundung,

was zu Resignation und Ausreise, neuerdings aber auch zu vermehrten neonazistischen Tendenzen führe.

Zur sicherheitspolitischen Lage hieß es in der Eingabe, dass bei Anerkennung des ernsthaften Willens und der zahlreichen Vorschläge, das Wettrüsten zu beenden, sich die DDR aber ungeachtet dessen weiterhin an der Aufrüstung beteilige. Die Warschauer Vertragsstaaten hielten weiter am fragwürdigen Gleichgewichtsdenken fest, „welches eine klare Absage an Geist und Logik der Abschreckung verhindert. Die Bedrohung durch die NATO und ihrer Großmacht USA wird zum Anlass genommen, um im eigenen Lager den Druck nach innen zu verstärken, sowohl durch unsere Großmacht UdSSR auf die Bündnispartner als auch innerstaatlich. Dies drückt sich u. a. in der permanenten Militarisierung der Gesellschaft aus, die auch einen beabsichtigten Disziplinierungseffekt einschließt zur Aufrechterhaltung des politischen Status quo.“ Dass parallel zu sich intensivierenden (und zu begrüßenden) zwischenstaatlichen Kontakten auf höchster Ebene verstärkt Kontakte staatsunabhängiger Friedensorganisationen unterhalb dieser Ebene in Ost und West unterbunden oder ignoriert wurden, fand in der Eingabe ebenso Erwähnung wie der Vorschlag, die Konzepte der Friedensbewegung „zur einseitigen Abrüstung, zur alternativen Verteidigung, zur Auflösung der Militärböcke und zum Abzug fremder Truppen“ öffentlich zu diskutieren. Anstelle des parteigesteuerten Friedensrates solle ein neuer unabhängiger Friedensrat gegründet werden, der auch die Vorschläge der rund 200 Friedensgruppen berücksichtigen solle.

Hinsichtlich der gegen Engagierte ausgeübten staatlichen Repressionen wurde eine Reihe von Beispielen für Reiseverbote in sozialistische Länder, für Einreiseverbote von Bürgern aus dem westlichen Ausland, für die Störung bzw. Verhinderung von Veranstaltungen kirchlicher Gruppen oder anderer Initiativen, für Verletzungen des Eingaberechts durch staatliche und gesellschaftliche Einrichtungen und Organe sowie für berufliche bzw. gesellschaftliche Diskriminierungen und strafrechtliche Verfolgungen angeführt.

In einem Anfang 1987 verbreiteten Diskussionspapier aus der Gruppe „Gegenstimmen“ zu der Parteitagseingabe der IFM¹⁰⁵ wurden den kritischen Einschätzungen der Eingabe in weiten Teilen zugestimmt, jedoch bestimmten Sichtweisen widersprochen. Dieser Widerspruch verdeutlichte das unterschiedliche politische Herangehen der Gruppe „Gegenstimmen“ im Vergleich zur IFM. So hieß es in Bezug zur in der Eingabe konstatierten Abwesenheit jeglicher wirtschaftsdemokratischer Regulative und der Forderung einer allgemeinen wirtschaftspolitischen Diskussion unter Einbeziehung von Wirtschaftsfunktionären, Planern, Konstrukteuren und Technologen, dass

„das realsozialistische Prinzip der politbürokratischen Verfügungsgewalt im Namen der Gesellschaft nicht nur den in der DDR noch weitgehend kontrollierten Unmut der entmündigten Werktätigen erzeugt. Ihm entspringt zum Beispiel auch das Streben der verschiedenen Wirtschaftseliten nach mehr Selbständigkeit gegenüber dem ineffektiven wirtschaftspolitischen Diktat ‚der Partei‘. Die Konsequenzen erfolgreichen

105 „Stellungnahme zu einer Eingabe an den XI. Parteitag der SED 1986“ in der Fassung vom Februar/März 1987, MDA, 1.1.03. Dieser Quelle entstammen die folgenden Zitate. Die von Thomas Klein verfasste Stellungnahme war ein Diskussionspapier innerhalb der Gruppe „Gegenstimmen“ und lediglich in ihrem friedenspolitischen Teil, der von der Gruppe beim Leipziger Seminar „Konkret für den Frieden“ vom 27.2.–1.3.1987 vorgelegt wurde (vgl. Abschnitt 4.13), ein Konsenspapier.

Selbständigkeits- und Effektivitätsstrebens der Wirtschaftseliten gehen bekanntlich oft zu Lasten von Werktätigeninteressen. ... Diesem Sachverhalt entspringt auch das besondere Interesse jener staatlichen wirtschaftsleitenden Organe, ihr Weisungsmonopol gegenüber den Managern zur Durchsetzung dieser Leitlinien, im Auftrag der Partei' als ihre Domäne innerhalb der bürokratischen Arbeitsteilung zu erhalten. Deshalb muss eine Entscheidung der politischen Bürokratie, etwa für die Erweiterung der Eigenverantwortlichkeit von Managern im Namen wirtschaftlicher Effizienz, manchmal gegen die Sabotage der Staatsbürokratie oder gegen das Beharren einer eigenen politbürokratischen Fraktion durchgekämpft werden (Aktuelles Beispiel aus der UdSSR: Gorbatschows Kampf gegen den GOSPLAN-Apparat). Wenn dann die Manager beginnen, eigenen egoistischen Zwecken zu folgen, so greift die Partei' manchmal durchaus auch im Interesse der Werktätigen gegensteuernd ein, indem sie sich wieder der staatlich verankerten Wirtschaftsbürokratie bedient, um unkontrollierte betriebswirtschaftliche Entwicklungseffekte abzufangen. Und sie tut dies nicht nur, weil sie ihr Machtmonopol durch die Manager bedroht sieht, sondern auch, um Unruhen in der Bevölkerung vorzubeugen, denn dann droht ihr auch von dorthin die Gefahr des Infragestellens ihres 'Alleinvertretungsanspruchs'. Dieses Karussell bürokratischer Wahrung des 'Gemeinwohls' dreht sich schon, solange es den Realsozialismus gibt. Das Monopol der Parteiführung an Politik, das Weisungsmonopol der Staatsbürokratie und die Verteidigung wirtschaftlicher Spielräume der Manager geraten dabei in wechselnden Koalitionen ebenso miteinander in Widerspruch, wie deren Zwecke mit den Werktätigeninteressen.“

Der Hinweis an die Eingabeverfasser lautete, angesichts einer solchen Konfliktlage gehe deren einfache Forderung nach einer „Diskussionsdemokratie“ im zentralen Bereich kommandowirtschaftlicher Strukturen an der Frage der emanzipatorischen „politischen Vermittlung von Werktätigeninteressen gegen mächtige Sonderinteressen bei Überwindung der Stellvertreterrolle der Parteiführung“ im Wesentlichen vorbei. Politische Selbstorganisation von unten

„kann ‚von oben‘ geschaffene Räume nutzen, wird aber nur erfolgreich sein, wenn sich die Basis nicht auf die Grenzen ‚demokratischer Kritik‘ an der Bürokratie zurückverweisen lässt oder womöglich sogar auf deren einsichtige Selbstkritik wartet. Dagegen brauchen authentische politische Körperschaften der Werktätigen natürlich permanent die Demokratie und die freie Diskussion zur Bestimmung der Ziele und Mittel und zur Gewährleistung der Kontrolle ihrer Tätigkeit seitens der Werktätigen. Solche politischen Organisationen haben wir heute erst zu erkämpfen – gegenüber Kräften, die von Demokratie (noch) nicht viel halten und denen andererseits mit ‚demokratischer Diskussion‘ nicht beizukommen sein wird.“

Nach Zustimmung zu der in der Eingabe formulierten Kritik an dem kompensatorischen Gehalt sozial- und konsumpolitischer Zwecksetzungen der Herrschenden gab die Stellungnahme zu bedenken:

„Der für alle Arbeitsfähigen einlösbare Erwerbsarbeitsanspruch, die Niedrigpreispolitik beim Subsistenzgüterbedarf und bei kommunalen Dienstleistungen, die staatlich abgesicherte Untergrenze von Armut oberhalb des kritischen Subsistenzminimums und weitere in der DDR realisierte Sozialleistungen sind eine große Errun-

genschaft und in ihrer Bedeutung entschieden zu würdigen. Wir sagen dies auch angesichts anderer Tendenzen in einigen sozialistischen Ländern; etwa in Kenntnis der sich unter Ceaușescu's Autokratie weiter verschlechternden Lebensbedingungen der rumänischen werktätigen Bevölkerung oder der an Schärfe zunehmenden sozialen Differenzierung im liberalen Ungarn mit seinen neuen Problemen einer strukturell bedingten Arbeitslosigkeit und andauernder partieller Armut. Doch darf hierüber nicht vergessen werden, dass Garantien sozialer Sicherheit heute prinzipiell nur in postkapitalistischen Systemen errungen werden können, selbst wenn Lebensstandard und Wohlfahrtsleistungen einiger hoch entwickelter kapitalistischer Länder während wirtschaftlicher Prosperitätsphasen ein relativ hohes Niveau erreichen können. Obwohl gesellschaftliches Eigentum insbesondere in der DDR die unentwickelte Form des Staatseigentums an Produktionsmitteln und Boden noch nicht überwunden hat, ist es doch die Grundlage des Vollzugs einer realsozialistischen Sozialstaatlichkeit, welche eine ganz andere Realität als die Wohlfahrt in kapitalistischen Systemen ‚sozialer Marktwirtschaft‘ darstellt – und dies trotz zum Teil erheblicher wirtschaftlicher Leistungsschwächen realsozialistischer Planwirtschaften. Wir wissen, dass solche Würdigungen schwer fallen; unter anderem deshalb, weil die Partei- und Staatsführung sich trotz andauernder behebbarer Mängel auf diesem Gebiet im Selbstlob ihrer Fürsorge kaum übertreffen lässt. Den meisten Bürgern unseres Landes ist zumindest intuitiv klar, dass staatlich garantierte Wohlfahrt in dem Ausmaß, wie in der DDR mehr als in allen anderen sozialistischen Ländern gewährt, auch der Legitimation der politischen Führung und von ihr verantworteter politischer Verhältnisse sowie deren Bewahrung dienen soll. Eine solche Legitimationsfunktion kann soziale Wohlfahrt ebenso wie das unentwegt beschworene wirtschaftliche Wachstum im Namen gesellschaftlicher Kontinuität auch tatsächlich in dem Maße erfüllen, wie die gesellschaftliche Akzeptanz solcher Werte groß bleibt. Zwar lehrt die Geschichte des Realsozialismus, dass Wohlfahrt und ökonomische Effizienz, wenn sie miteinander in Widerspruch traten, entsprechend den jeweils aktuellen Präferenzen der politischen Bürokratie einander ‚geopfert‘ werden können. Aber wir meinen auch, dass die von den Eingabeverfassern berechtigt reklamierten, zum Teil grotesken Fehlleistungen und die Anklage berechnender Unausgewogenheiten oder desozialisierender Effekte auch in sozialstaatlich abgedeckten Bereichen (zum Beispiel in der medizinischen Versorgung oder der Familienförderung) den Blick nicht verstellen dürfen. Denn obwohl der gegenwärtige sozialpolitische Kurs der SED unter erheblichem ökonomischen Druck steht, wird er gehalten und ist populär, auch wenn geweckte Erwartungen unerfüllt bleiben. Gerade weil er unter anderem dazu dient, den Forderungen nach Demokratie den Boden zu entziehen – besonders angesichts der aktuellen Herausforderungen aus der UdSSR – erweist man der Sache einen schlechten Dienst, wenn der Eindruck entsteht, Sozialpolitik werde in der Eingabe im Namen der Demokratie pauschal denunziert.“

Praktisch wurde mit diesen Überlegungen darauf hingewiesen, dass allein mit den Formeln „Demokratisierung“, „Dezentralisierung“, „Stärkung der Mitspracherechte“ und „Bürokratieabbau“ den Gefahren der Ablösung politbürokratischer Herrschaft durch entfesselte wirtschaftstechnokratische Machtentfaltung und der Unterwerfung sozialer Güter wie medizini-

sche Betreuung, Altersversorgung, Bildung, Kultur und Wohnung unter das Kommando ausgedehnter Ware-Geld-Beziehungen nicht begegnet werden könne.

Zwischen Mitgliedern der IFM und der Gruppe „Gegenstimmen“ fanden im Herbst 1987 zu den Inhalten der Parteitagseingabe zwei Diskussionen statt. Die erste Aussprache am 29.9.1987 (moderiert von Stephan Krawczyk) nutzte Gerd Poppe, um namens der IFM unter Bezugnahme auf aktuelle oppositionelle Strömungen in Osteuropa seine Distanz zu „altlinken“ oppositionellen Konzepten zu betonen und für basisdemokratische Bewegungen die Zielstellung einer Demokratisierung mit dem Kernbegriff der Pluralisierung zu empfehlen. Diskussionsteilnehmer aus der Gruppe Gegenstimmen, die keineswegs alle Aussagen des von Klein im Frühjahr vorgelegten Gegenpapiers zur Parteitagseingabe teilten, kritisierten die politische Inhaltsleere des von Poppe verteidigten Pluralismusbegriffs. Er werde zu bloßer Ideologie, wenn er von jeder gesellschaftlichen Konkretheit und insbesondere von der Machtverteilung in der Gesellschaft abstrahiere. Schult und Klein drängten trotz der eindeutigen politischen Differenzen zwischen beiden Gruppen auf eine weitere inhaltliche Zusammenarbeit (insbesondere bei der Vorbereitung auf den 1988 bevorstehenden IWF-Kongress in Westberlin – vgl. Abschnitt 4.31) sowie auf Präzisierung der jeweiligen Positionsbestimmungen.¹⁰⁶

4.4 Konkret für Frieden und Menschenrechte 1986

Das vierte Treffen des DDR-weiten Seminars „Konkret für den Frieden“ fand vom 28.2. bis 2.3.1986 auf Einladung der KL der Kirchenprovinz Sachsen in Stendal unter dem Titel „Frieden leben“ statt. Hier versammelten sich 170 Teilnehmer¹⁰⁷ aus 91 Friedens-, 17 Umwelt-, 8 Zweidrittel-Welt-Gruppen. Es lag aus aktuellem Anlass (vgl. Abschnitt 4.3.2) auch das 1985 erarbeitete und aktualisierte SDI-Papier (vgl. Abschnitt 3.1.4.5) aus. So bedeutsam das dritte Treffen hinsichtlich der organisatorischen Verstärkung des Unternehmens war, so einschneidend waren die inhaltlichen Orientierungen dieses vierten Treffens. Erstmals wurde hier die Menschenrechtsproblematik verhandelt. Ganz anders als in Berlin, wo der Vorstoß des FKFF hinsichtlich einer grundsätzlichen Debatte über die Politikfähigkeit der unabhängigen Friedensbewegung scheiterte (vgl. Abschnitt 3.2), spielte die Frage der Politisierung in Stendal eine zentrale Rolle und war Leitthema einer der acht Arbeitsgruppen der Treffens. Schon hinsichtlich eines anderen Leitthemas, „das ‚Christliche‘ an der Friedensarbeit“, insistierten viele Gruppenvertreter auf den Bezug der kirchlichen Friedensarbeit auf die konkrete Situation in der DDR, weil sie befürchteten, diese Friedensarbeit würde mit

106 Information vom 2.10.1987 über eine gemeinsame Beratung der Gruppe „Gegenstimmen“ und IFM am 29.9.1987, Abteilung XX/4, IMB „Max“, Reg.-Nr. XV/1315/79, Band 3, S. 351. „Es muss ... eingeschätzt werden, dass die Atmosphäre insgesamt sauberer zwischen den Gruppen geworden“ und dass das „Verständnis für die Position der anderen ... gewachsen (ist). Gewachsen ist auch die Bereitschaft einzelner Gruppenmitglieder, gemeinsame Projekte anzugehen. ... Durch Maßnahmen der spezifischen Zersetzung muss das gewachsene Vertrauensverhältnis der einzelnen Gruppenmitglieder zueinander gestört werden.“ Ebenda, S. 351f.

107 Nach Neubert sogar 200 Teilnehmer, Neubert 1997, S. 623.

theologischen Formeln auf eine abstrakte Erörterung der Weltlage verkürzt. Dieser konkrete Bezug schien aus der Sicht vieler Basisgruppen durch die Thematisierung der Menschenrechtsfrage konkret in der DDR gegeben zu sein. Wie schwierig die Behandlung solcher Fragen dort, wo amtskirchliche Einflussnahme auf die Gruppenaktivitäten eine maßgebliche Rolle spielte, sich darstellte, benannte Heidi Bohley: „Die Probleme, um die es geht, werden nicht mehr konkret benannt, sondern so gut verpackt und entschärft, dass sie kaum noch zu entdecken sind. Es kann den Anschein erwecken, dass dies eine Absicht ist. Wir sind hier, weil in unserem Lande der Frieden bedroht und die Menschenrechte verletzt werden. ... Wenn wir nicht klar und einfach sagen können, worum es uns geht, dann wird es keinen interessieren und wir können es ganz bleiben lassen.“¹⁰⁸ So berichteten viele Gruppenvertreter in Stendal über die außerhalb Berlins erheblich massiveren staatlichen Behinderungen und Repressionen ihrer Arbeit.

Am 23. Oktober 1986 erklärten 122 Bürger aus Ungarn, der Tschechoslowakei, Polens und der DDR mit Unterstützung des „Forums Polen-Ungarn 1956“ gemeinsam ihre Sympathie für die blutig niedergeschlagene ungarische Revolution von 1956. Den Unterzeichnerkreis aus der DDR bildeten vorwiegend (wenn auch nicht ausschließlich) die Mitglieder der IFM. In der Erklärung hieß es unter anderem:

„Die ungarische Revolution wurde wie auch der Aufstand in Ostberlin, der Prager Frühling und die gesellschaftliche Bewegung der freien Gewerkschaft ‚Solidarność‘ in Polen durch sowjetische Intervention oder innere Militärgewalt unterdrückt. In den letzten 30 Jahren ist das Leben für viele leichter geworden. Einige Leute haben ihre Meinung gesagt, ohne dafür ins Gefängnis zu wandern. Die grundlegenden Forderungen der Revolutionäre sind aber nicht erfüllt worden. Am 30. Jahrestag der ungarischen Revolution möchten wir unsere Freunde in aller Welt aufrufen, sich mit uns dieses Ereignisses zu erinnern. Anlässlich dieses Tages möchten wir gemeinsam unsere Entschlossenheit betonen, in unseren Ländern für politische Demokratie und für einen Pluralismus, der auf den Prinzipien der Selbstbestimmung beruht, einzutreten. Wir wollen die friedliche Überwindung der Teilung Europas und die demokratische Integration auf diesem Kontinent, die die Rechte aller Minderheiten einschließt. Wir bekräftigen unsere gegenseitige Unterstützung im Kampf für ein besseres, würdigeres und freieres Leben in unseren Ländern und in der ganzen Welt. Die Erfahrungen der ungarischen Revolution von 1956 sind für uns ein bleibendes Erbe und eine Quelle der Inspiration.“¹⁰⁹

Weil staatlicherseits bei einem solchen Text weder „verhaften“ noch „ignorieren“ in Frage kam und andererseits die höchst offiziöse Beschäftigung mit diesen „Häretikern“ etwa in einer Tageszeitung deren Aufwertung gleichgekommen wäre, reagierten auf diese Erklärung diesmal die „Weißenseer Blätter“ ganz im Sinne des staatsoffiziellen Umgangs mit solchen Positionierungen. Man sah sich in der durch diese Zeitschrift bereits zur Friedenswerkstatt

108 Zitiert nach Neubert 1997, S. 624.

109 Polen-Ungarn 1956 – 30. Jahrestag. Gemeinsame Erklärung von 122 Personen aus Ungarn, der Tschechoslowakei, Polens und der DDR. Privatarchiv des Autors. Unter den 16 Unterzeichnern aus der DDR waren Martin Böttger, Bärbel Bohley, Werner Fischer, Peter Grimm, Ralf Hirsch, Herbert Mißlitz, Ulrike Poppe, Gerd Poppe, Wolfgang Rüdtenklau, Regina („Lotte“) Templin und Wolfgang Templin.

verbreiteten Einschätzung einer „Internationale trojanischer Pferde“ bestätigt (vgl. Abschnitt 3.4.2): Die Unterzeichner identifizierten sich unter dem irreführenden Signum „Friedensbewegung“ mit dem konterrevolutionären Blutbad der ungarischen Faschistenorganisation „Pfeilkreuzler“ und daher „mit etwas, was nur zu vergleichen ist mit den Schwarzhemden in Italien und mit den Braunhemden in Deutschland“. Die Kirche wurde aufgefordert, sich von „chaotischen Randgruppen, die ... sich für ein Erbe des Terrorismus begeistern lassen“, zu distanzieren.¹¹⁰ Im Januar 1987 entschloss man sich daraufhin im Unterzeichnerkreis, Anzeige gegen Hanfried Müller, den Herausgeber der „Weißenseer Blätter“, welcher gleichzeitig Autor des inkriminierten Artikels war¹¹¹, beim Generalstaatsanwalt wegen Verleumdung zu erstatten.¹¹² Der zuständige Staatsanwalt wies diese Anzeige unter Hinweis auf die in der DDR verfassungsrechtlich geschützte Meinungsfreiheit (Artikel 27 der Verfassung) und auf das Fehlen von Unwahrheiten oder nicht beweisbaren Behauptungen in Müllers Artikel zurück. Gerd Poppe machte daraufhin den zuständigen Staatsanwalt in einem offenen Brief darauf aufmerksam, dass Müller in seinem Beitrag skandalöserweise polnische, tschechische und ungarische Unterzeichner der Erklärung in die Nähe des Faschismus gerückt habe, die persönlich unter diesem gelitten hätten. Wenn Müller in seinem Artikel unter anderem mit solchen Aussagen die Wahrheit verbreitet habe, so sei die Staatsanwaltschaft wohl gehalten, gegen Poppe zu ermitteln. Unterbliebe dies, so betrachte er (Gerd Poppe) das als ermutigende staatsanwaltschaftliche Anerkennung einer großzügigen Auslegung des Artikels 27, wogegen die bisherigen Erfahrungen in der Regel eher von der Anwendung des § 220 (Staatsverleumdung) und ähnlichen Straftatbeständen kündeten.¹¹³

4.5 Aufschwung in der Umweltschicht in Berlin und dessen Folgewirkung

Die seit den 70er Jahren in den „Neuen sozialen Bewegungen“ expandierenden „neuen Themen“ Ökologie und Anti-AKW-Bewegung fanden während der 80er Jahre auch in den „Umweltschichten“ der evangelischen Gemeinden ihren Niederschlag. Die hier stattfindende Politisierung führte von Baumpflanzaktionen angesichts des in der DDR ebenso offensichtlichen wie beschwiegenen Waldsterbens hin zur Propagierung energiepolitischer Alternativen. Angefeuert durch die Katastrophe von Tschernobyl 1986 führte dies schließlich zu einer sich radikalierenden Kritik der „organisierten Verantwortungslosigkeit“ so-

110 „Friedensgruppen?“, in: Weißenseer Blätter 6/1986, S. 40ff.

111 Vgl. epd-Landesdienst Berlin Nr. 21 vom 30.1.1987.

112 HA XX/2, Bericht zum Treff mit IMB „Martin“ am 19.1.1987, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 8, S. 117. Die Anzeige und der Strafantrag Ralf Hirschs beim Generalstaatsanwalt von Berlin datierten vom 22.1.1987 gegen den Herausgeber nach dem Straftatbestand „Verleumdung“ gemäß § 138 StGB wegen der namentlichen Nennung Hirschs in dem erwähnten Artikel auf S. 41, womit Hirsch als Mitunterzeichner der Erklärung zu den Ereignissen in Ungarn 1956 mit Faschisten in Zusammenhang gebracht wurde. Die Klagen Hirschs und Poppes wurden zuständigkeitshalber an das Stadtbezirksgericht Berlin-Lichtenberg weitergeleitet und am 10.2.87 unter Berufung auf den Artikel 27 der DDR-Verfassung (Meinungsfreiheit) zurückgewiesen. MDA, 1.1.01., Reg.-Nr. 72.

113 Gerd Poppe, Artikel 27, in: Grenzfall 3/1987, Reprint S. 36ff.

wohl des profitorientierten Wirtschaftens im marktwirtschaftlichen Systems des Westens als auch des verheerenden bürokratisch-dirigistischen Expansionismus im Osten. Ein weiterer Bestandteil moderner „postindustrieller“ Kritik industriegesellschaftlicher Folgeeffekte, die Kritik des „Konsumismus“, gehörte genauso wie in den Neuen sozialen Bewegungen im Westen zum Selbstverständnis der neuen Basisgruppen in der DDR. Während jedoch diese Zivilisationskritik im Westen dort bereits unter den Bedingungen einer sich entwickelnden postindustriellen Informationsgesellschaft stattfand, dominierten in der DDR Verhältnisse, in denen trotz sozialer Sicherheit und weitgehender Befriedigung von Grundbedürfnissen Knappheit an Gütern und Dienstleistungen und anwachsende Modernisierungslücken sowie Industrialisierungsnachhänge das Bild bestimmten. Insofern war der in den Basisgruppen vorherrschende ökologische, industrialisierungs- und konsumkritische Gestus in der DDR mehr noch als im Westen „avangardistisch“. Allerdings waren insbesondere die ökologischen Folgeschäden der Industrialisierungsprozesse mitunter noch gravierender spürbar, als im Westen. Die zivilisationskritische Prädisposition in den Basisgruppen wurde überdies durch den „Antimaterialismus“ ihrer Jugendkultur-geprägten jungen Akteure verstärkt. Diese Haltung schloss angesichts der im Westen zu besichtigenden „Zukunft“ postindustrieller Zustände eine Affinität der Basisgruppen zu dieser Art des Wirtschaftens aus. Faktisch war diese „doppelte Systemkritik“ kompatibel mit der schon in den 70er Jahren formulierten marxistisch orientierten Kritik Havemanns am Versagen des „Realsozialismus“ gegenüber der Aufgabe, eine eigenständige Alternative zur kapitalistischen Profit- und Konsumgesellschaft zu entwickeln.¹¹⁴ Für die wirtschaftspolitische Zielkonvergenz nach den Maßstäben westlich bestimmten „Weltniveaus“ fehlte auch in den Basisgruppen jede Akzeptanz. Dieser „grenzüberschreitende ökologische Widerstand“ manifestierte sich nirgends so deutlich, wie in den gemeinsamen Aktionen west- und ostdeutscher Ökoaktivisten gegen die devisenträchtige Industrie- Haus- und Sonder/Giftmüllverbringung aus Westdeutschland und Westberlin auf unsichere DDR-Müllkippen. Geradezu symbolisch war auch die Problematisierung des grenzüberschreitenden Smog-Status in „Groß-Berlin“ durch die Ökologie-Initiativen in beiden Teilen der Stadt (vgl. Abschnitt 4.2.2).

Andererseits wurden die Herrschaftslogik und die reale Wirkungsmacht des sozialpolitischen Kurses unter Honecker kaum reflektiert. Insofern manifestierte sich der „Avantgardismus“ der Basisgruppen in einer erheblichen Distanz zu den Mehrheitsbedürfnissen und zur „sozialen Frage“. Die Politisierung der Basisgruppen, sich ausdrückend in der verstärkten Thematisierung ökologischer, energiepolitischer und wirtschaftspolitischer Fehlentwicklungen beider konkurrierender Systeme, überschritt daher bis 1986 nur in wenigen Fällen die Grenze hin zu den noch in den 70er Jahren typischen oppositionellen Diskursen über wirtschafts- und gesellschaftspolitische Alternativansätze.

Die im kirchlichen Raum von jeher verankerten Dritte-Welt-Aktivitäten fanden jedoch in den entstehenden Basisgruppen der 80er Jahre einen neuartigen Widerhall: Vor dem Hintergrund der Entwicklungen insbesondere in Nicaragua und Südafrika sowie angesichts der sich dramatisch zuspitzenden „Schuldenkrise“ verlagerten sich die Schwerpunkte von den solidarischen Welthunger- und Entwicklungshilfe-Kampagnen hin zu Forderungen nach

114 Robert Havemann, Morgen, Die Industriegesellschaft am Scheideweg. Kritik und reale Utopie, Hamburg 1980. Ebenso findet sich diese Kritik in Bahros „Alternative“ aus dem Jahre 1977.

einer „gerechten Weltwirtschaftsordnung“ und Solidaritätsbekundungen mit den bewaffneten Befreiungsbewegungen. Die sich hier entfaltenden Standpunkte und Aktionen waren nicht in allen Fällen dem herrschenden Diskurs entgegengesetzt¹¹⁵, aber als Ausdruck des hier verwirklichten Anspruchs auf selbstbestimmte unabhängige Positionierung eine Herausforderung des allgemein- und friedenspolitischen „Alleinvertretungsanspruchs“ der SED.

Diese Herausforderung wurde zur Konfrontation, als in der zweiten Hälfte der 80er Jahre der Selbstverwirklichungsanspruch zum gesellschaftlichen Gestaltungsanspruch, die Behauptung der Selbstorganisation in eigenen Strukturen zur Vernetzung dieser Strukturen und zum Ausbau von Gegenöffentlichkeit, der Kampf um Bürger- und Menschenrechte zur Einforderung einer umfassenden Demokratisierung der Gesellschaft wurde.

4.5.1 Der Reaktor-GAU von Tschernobyl und die Konsequenzen für die DDR-Friedens- und Umweltbewegung

Am 26. April 1986 kam es im Druckröhrenreaktorblock 4 des ukrainischen Kernkraftwerks bei Tschernobyl zu einer Knallgasexplosion mit Kernschmelze. Die in ganz Europa messbaren verheerenden Folgen¹¹⁶ wurden zunächst in einer ukrainisch-sowjetischen Desinformationskampagne nach altem Muster heruntergespielt, was erstmals zu einem empfindlichen Glaubwürdigkeitsverlust des neuen sowjetischen „Glasnost“-Kurses führte. Auch in der DDR wurde der Reaktorbrand in der öffentlichen Berichterstattung beispiellos verharmlost¹¹⁷, während in den fachinternen Sachstandsberichten zur Reaktorsicherheit der in der DDR betriebenen Atommeiler sehr realistische Einschätzungen über die bestehenden Sicherheitsrisiken und technologischen Schwierigkeiten erarbeitet wurden, ohne dass die „Atompolitik“ oder auch nur die Informationspolitik deshalb eine Veränderung erfuhr.¹¹⁸

115 Im Gegensatz zur scharfen Frontstellung der Basisgruppen gegen die gesellschaftlichen Militarisierungstendenzen und die Verwicklung der Staaten des Warschauer Pakts in den internationalen Waffenhandel wurden die essentiellen friedens- und Abrüstungspolitischen Positionierungen der DDR-Staats- und Parteiführung weitgehend geteilt. Ebenso waren die solidarische Haltung gegenüber den nationalen Befreiungsbewegungen und die Kritik an der bestehenden Weltwirtschaftsordnung sowohl Gemeingut der Friedensbewegung in West und Ost als auch vereinbar mit einigen regierungsoffiziellen Positionen der DDR.

116 Nach ukrainischen Schätzungen von 2002 sind allein unter den Liquidatoren (Personen, die aktiv an der Eindämmung der Katastrophenfolgen vor Ort beteiligt waren) mindestens 15 000 mit dem Unfall zusammenhängende Todesfälle zu beklagen. Die internationale Vereinigung „Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges“ IPPNW protestierte im September 2005 gegen einen von der Weltgesundheitsorganisation WHO vorgelegten Bericht, an dem auch die im hohen Maße interessengeleitete internationale Atomenergiebehörde IAEA beteiligt war. Nach diesem Bericht sei mit ca. 4 000 Todesfällen infolge des Reaktorbrands zu rechnen. Die WHO ist seit 1959 durch einen „Knebelvertrag“ an die IAEA gebunden, gemäß dem letzterer die Kontrolle über die Erforschung und Veröffentlichung über die gesundheitlichen Folgen der zivilen Nutzung der Atomenergie und deren Unfälle zustehe, Frankfurter Rundschau vom 5.9.2005.

117 Etwa: „Führende Experten – Keine Gefährdung für Menschen und Umwelt in der DDR“, Leipziger Volkszeitung vom 2.5.1986.

118 Michael Hähnel, Das Ende vor dem Ende. Zur Rolle der Energiewirtschaft beim Systemwechsel 1980–1990, German Studies 1998, www.nuclearezukunft.de/ddratom.pdf. Vgl. auch Aust 1998, S. 48f.

Diese offensichtlich katastrophale Informationspolitik, einschließlich der Desinformationen auch westlicher wirtschaftlicher und staatlicher Multiplikatoren der Atomlobby, welche durch die Gegeninformationen der dortigen Atomkraftgegner halbwegs aufgewogen wurden, verdeutlichte einen immensen Handlungsbedarf der kritischen Friedens- und Umweltkreise in der DDR. Hinzu trat mit der Zeit die nachholende Einsicht, dass den bisher unterbewerteten Zusammenhängen zwischen Ökologie, Wirtschaft und Politik (politischem System), der Verbindung zwischen militärischer und ziviler Nutzung von Kernenergie sowie den Begründungszusammenhängen der staatlichen energiepolitischen Konzeptionsbildung den ihr zukommenden Stellenwert bei der weiteren Arbeit einzuräumen war. Eine inzwischen auch in der DDR weitgefächerte Ökologiebewegung griff nach und nach die grünen Essentials einer damals noch hochpolitisierten Atomkraft-Debatte auf und beschränkte sich gerade nach der Katastrophe von Tschernobyl keineswegs nur auf die Kritik der fatalen osteuropäischen Kernkraftpolitik. Sie richtete ihre Angriffe gleichermaßen gegen den internationalen Atomlobbyismus. In der 1986/87 intensiv geführten energiepolitischen Debatte wurden nun auch Fragen nach den wirtschaftspolitischen Ursachen einer verfehlten Energieerzeugung gestellt. Die Antworten führten nicht nur zur Kritik organisierter politbürokratischer Verantwortungslosigkeit im Osten, sondern auch zur Ablehnung zivilisationsgefährdender kapitalabhängiger Interessenlagen im Westen. Der dadurch ausgelöste Politisierungsschub in der Berliner Ökologiebewegung war in den Debatten, Veranstaltungen und Veröffentlichungen zu einer alternativen Energiepolitik 1986/87 deutlich wahrnehmbar. Die in den weiteren Aktivitäten insbesondere der Ökologiearbeitskreise verfolgten Themenstellungen waren eindeutig eine Rückholung von Arbeitsweisen, wie sie eigentlich in den hochpolitisierten Kreisen der 70er Jahre anzutreffen waren.

Zunächst reagierte der Friedens- und Umweltkreis der Pfarr- und Glaubensgemeinde Lichtenberg am 1.5.1986 mit einer Eingabe, in der eine Misstrauenserklärung gegenüber den Sicherheitsbetuerungen der Anlagenbetreiberexperten in West und Ost mit der Forderung einer generellen Abschaltung aller Kernkraftwerke verbunden wurde. Stattdessen solle auf die Entwicklung dezentraler alternativer Energieerzeugungstechniken gesetzt werden. „Die Alternative zur Schwefelvergiftung von Mensch und Umwelt darf nicht der Strahlentod sein!“¹¹⁹ Seitens des FKFF befasste sich Thomas Klein seit dem 3. Mai 1986 mit Ausarbeitungen zur Weltrohstoffsituation und wachstums-, energie- und wirtschaftspolitischen Szenarien in den beiden Blöcken, zu bisherigen Kernkraftwerkshavarien und ihren Folgen und schließlich mit dem Entwurf für eine Erklärung zur Katastrophe von Tschernobyl. Sebastian Pflugbeil, dem Friedenskreis der Immanuelkirche verbunden, unternahm den Versuch, in einem Schreiben an die KKL den BEK für das Thema zu interessieren und damit gleichzeitig weiteren Aktivitäten auf diesem Feld eine kirchliche Rückendeckung zu verschaffen. Hier wurde die Offenlegung der (geheimen) Umweltschutz-Messwerte und der Erkenntnisse des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz (SAAS) gefordert.¹²⁰ Die

119 Rüdtenklau 1992, S. 61f.

120 Zu den Unterzeichnern dieses Schreibens vom 9.5.1986 gehörten neben Sebastian Pflugbeil auch Reinhard Schult, Vera Wollenberger, Carlo Jordan, Peter Bickhardt („Ärzte für den Frieden“), Jutta Seidel und Christine Pflugbeil (beide „Frauen für den Frieden“). Dieses Schreiben und weitere Eingaben lösten tatsächlich eine Diskussion in der KKL aus, Aust 1998, S. 49. Die Anfragen der KKL bei staatli-

Absicht von Reinhard Schult und Thomas Klein, Pflugbeils Warnungen vor den Risiken beim Betreiben von Kernkraftwerksanlagen mit einer weitergehenden Kritik der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Ursprünge der Atompolitik beider Blöcke in der Systemkonkurrenz in einem Papier zu verbinden und die Verbreitung eines solchen Positions- und Informationsmaterials mit einer Unterschriftenaktion zu flankieren, traf allerdings auf Pflugbeils Bedenken wegen der zum Teil „staatsfeindlichen Formulierungen“ im Text des Entwurfs. So entstand auf Grundlage von den erwähnten seit dem 3. Mai erarbeiteten Arbeitspapieren der Appell „Tschernobyl wirkt überall“ als separates Papier. Für den Appell sollten Unterschriften gesammelt werden¹²¹ und er war zur Übermittlung an staatliche Stellen, Presseorgane der DDR und die Volkskammer vorgesehen. Doch unter Berücksichtigung der bekannten Wirkungslosigkeit solcher Akklamationen bestand der Sinn des Appells in erster Linie darin, dass er über Basisgruppenaktivitäten in die öffentliche Diskussion gelangte. Die Bevölkerung war (vor allem durch westliche Medienberichte) beunruhigt, jedoch weitgehend uninformiert. Der umfangreiche Text ging davon aus, dass aufgrund der staatlichen systematischen Desinformation und Geheimniskrämerei auf dem Gebiet der Energiepolitik und besonders hinsichtlich der Risiken bei der Erzeugung von Atomstrom ein essentielles Defizit an Klarheit über derartige Zusammenhänge in der Bevölkerung bestand. Anders als zum Beispiel in Westdeutschland existierte in der DDR kein mit der hochentwickelten Kenntnis von den Gefahren des A-Waffenpotentials vergleichbares Problembewusstsein auf dem Gebiet der Erzeugung von Atomenergie. Die Verbreitung des Appells im Mai/Juni 1986 und die Unterschriftenaktion folgten daher dem Impuls, zunächst einer Sensibilisierung und Problematisierung des tabuisierten Themas Atompolitik den öffentlichen Boden zu bereiten, um so die allgemeine Unkenntnis zu verringern und Impulse „von unten“ für eine Änderung der Verhältnisse zu stärken. Zu Beginn des Appells wurde das Mitgefühl mit den Opfern der Katastrophe in der Sowjetunion mit der Befürchtung verbunden, dass der wirkliche Umfang der Todesfälle und gesundheitlichen Schäden auch jenseits der Ukraine wohl erst nach Jahren zutage treten würden. Die bisherige „verantwortungslose und gesellschaftsgefährdende Informationspolitik in Ost und West“ charakterisierte der Appell als keineswegs fahrlässig, sondern als „gezielt“:

„Seit über 10 Jahren wiegelt eine Koalition aus KKW-Anlagenbauern, ihrer energiepolitischen Lobby und Regierungen einiger Betreiberländer von KKW in kapitalistischen Ländern Massenproteste gegen den Atomstrom zum Teil gewaltsam ab und verhält sich ignorant bzw. inkonsequent gegenüber kompetenten Warnungen bezüglich der Reaktorsicherheit. Die realen Gefahren des Reaktorbetriebes wurden in den sozialistischen Ländern unterschätzt und insbesondere in der DDR publizistisch verharmlost und der öffentlichen Diskussion entzogen. ... Kernkraftwerkshavarien im Westen und dortige Anti-AKW-Initiativen wurden nur insoweit thematisiert, als die

chen Stellen bot dem Nuklearwissenschaftler Klaus Fuchs Gelegenheit, am 5.9.1986 anlässlich eines Informationsgesprächs beim Staatssekretär für Kirchenfragen der Kirchenleitung seine zuvor auch anderenorts abgesonderten beschwichtigenden Beteuerungen über die unbedingte Sicherheit der Kernkraftanlagen in der DDR auch gegenüber den kirchlichen Amtsträgern zu wiederholen, Neubert 1997, S. 628f.

121 An der Verbreitung des Appells und dem Sammeln von Unterschriften waren vor allem Silvia Müller (FKFF), Vera Wollenberger (FK Pankow) und Jutta Braband beteiligt.

Frage nach der Reaktorsicherheit und der Wirtschaftlichkeit von KKW in sozialistischen Ländern dabei nicht aufgeworfen zu werden brauchte.“

Auf eine Gesamtschau der Widersprüche in der Berichterstattung in der UdSSR, Frankreichs, den USA und der DDR über die Reaktorkatastrophe und deren interessengeleiteten Ursachen folgten die Thematisierung des Zusammenhangs zwischen ziviler und militärischer Nutzung der Kernenergie sowie die Erörterung einiger wirtschaftlicher und systemkonkurrenzgespeicherter Ursachen von Atompolitik. Die Darstellung der gesundheitlichen Risiken beim Betreiben von Atommeilern für die Bevölkerung auch im Normalbetrieb und der militärischen Risiken im Verteidigungsfall wurde mit einer Reihe von Forderungen verbunden: Baustop beim Kernkraftwerk Stendal und beim Ausbau des Kraftwerks Lubmin, Ausstieg aus der Kernenergie bis 1990, Veröffentlichung aller Belastungswerte, Ausbau der Energiegewinnung aus regenerativen Quellen, Konzentration auf Energieeinsparung, sozialverträgliche Energiepreisreform, Dezentralisierung der Energieerzeugung und -versorgung.¹²²

Im Kreis um Wolfgang Templin begannen Ende Mai Erörterungen über ein Schreiben an die Volkskammer, in dem die Abgeordneten aufgefordert werden sollten, einer Volksabstimmung über die Zukunft der Nutzung von Kernenergie den Weg zu ebnen.¹²³ In einem Brief Rainer Eppelmans und 13 weiterer Gemeindemitglieder der Samaritergemeinde an Honecker vom 5. Juni 1986 hieß es unter Bezugnahme auf Gorbatschow (die nukleare Epoche erfordere neues Denken), die Regierung solle ihre Einstellung zur Kernkraftnutzung überdenken. Ebenso sei die Informationspflicht bei Havarien deutlich zu verschärfen. Gefordert wurde die Aufklärung der Bevölkerung über die Risiken und deren Vorbereitung auf den Ausstieg.¹²⁴ Pflugbeil stellte seinen Brief an die KKL am 26.5.1986 in den Räumen der Zionskirch-Gemeinde während einer Veranstaltung unter dem Titel „Morsche Meiler“ zum Thema des Tschernobyl-Unfalls vor. Der Friedenskreis Pankow richtete einen ausdrücklich als nichtöffentlich deklarierten Brief wegen der Tschernobyl-Havarie an die sowjetische Botschaft, woraufhin ein sachliches Gespräch mit dem 2. Botschaftssekretär zustande kam.¹²⁵ Ansonsten war offenbar der Pankower Friedenskreis öffentlichen Protesten in dieser Sache durchaus abgeneigt: Als am 6. Juni 1986 Reinhard Schult auf dem Pankower Gemeindetag unter dem Titel „Weiß ist die Bürde des schwarzen Mannes – ich weiß“ den Tschernobyl-Appell vorstellen wollte, versuchte Ruth Misselwitz dies unter Berufung auf

122 Tschernobyl wirkt überall. Appell aus der unabhängigen Friedens- und Ökologiebewegung und anderer betroffener Bürger an die Regierung und Bevölkerung der DDR, Privatarchiv des Autors.

123 HA XX/2 , Bericht zum Treff mit IMB „Martin“ vom 22.5.1986, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 7, S. 328f (MfS-Zählung).

124 Weitere Forderungen betrafen die Umlenkung der Mittel zur Entwicklung der Kernenergie zugunsten der Forschung für alternative Energiequellen, die Einstellung des Baus des KKW Stendal und der Erweiterung des KKW Nord bei zusätzlicher Sicherung bestehender Kernkraftanlagen und ihrer schnellstmöglichen Stilllegung zugunsten des Ausstiegs aus der Kernenergie und der Umrüstung aller atomgetriebenen Anlagen. Brief an den Staatsratsvorsitzenden Honecker vom 5.6.1986, MDA, OA, o. Sign. Der Brief trug 13 Unterschriften von Gemeindemitgliedern und wurde am 29.7.1986 von Hauptabteilungsleiter Scheel (Staatliches Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz) beschwichtigend beantwortet.

125 HA XX/2 , Bericht zum Treff mit IMB „Martin“ vom 28.5.1986, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 7, S. 339 (MfS-Zählung).

das Hausrecht und mit Hinweis darauf, dass dies nicht zum Thema der Veranstaltung passe, nachdrücklich zu verhindern.¹²⁶

Inzwischen hatte der von Ralf Hirsch, Wolfgang Templin, Peter Grimm und Martin Böttger unterzeichnete Brief an die Volkskammer die Form einer Willenserklärung unter Berufung auf die Verfassungsartikel 21 und 53 (Mitgestaltungsrecht durch Volksabstimmungen bzw. Beschlussrecht der Volkskammer zu deren Herbeiführung) angenommen. Es wurde unter Hinweis auf die Katastrophe von Tschernobyl und die Beschlusslage des XI. SED-Parteitag (der eine Steigerung des Anteils der Kernenergie am Gesamtenergieaufkommen verfügt hatte) eine Volksabstimmung über den weiteren Umgang mit der Kernenergie in der DDR vorgeschlagen, die von der Volkskammer zu veranlassen und durch eine Volksaus-sprache bei umfassender Information der Bevölkerung vorzubereiten sei.¹²⁷ Diese Willenserklärung vom 16. Juni 1986 wurde zum Zwecke der Unterzeichnung verbreitet, durch die Unterzeichner weitergegeben und die Zahl der Unterschriften fortlaufend an die Volkskammer übermittelt. Anfang Oktober lagen etwa 1 000 Unterschriften vor.¹²⁸ Die kritische Anmerkung der Initiatoren des Tschernobyl-Appells an die Adresse der Initiatoren der Willenserklärung für eine Volksabstimmung über die Kernkraftnutzung in der DDR bestand in dem Hinweis, dass angesichts des staatlichen Informationsmonopols eine womöglich tatsächlich von der Volkskammer initiierte Abstimmung über die „friedliche“ Kernkraftnutzung auf eine Kampagne und schließlich auf ein Plebiszit für deren Fortsetzung hinauslaufen müsse. Dagegen ginge es um die Herstellung von Gegenöffentlichkeit für die desinformierte Bevölkerung zu diesem Thema, welches sich kaum als Anlass für Versuche einer Stärkung plebiszitärer Elemente in der Verfassung eigne. Worum es den Initiatoren der Willenserklärung hauptsächlich ging, war ihrem Brief an den Stuttgarter Kongress der in Gründung befindlichen „Europäischen Initiative für direkte Demokratie“ vom April 1987 zu entnehmen. Er enthielt unter anderem einen Bericht über die rechtlichen Defizite hinsichtlich des Zustandekommens von gegenwärtig allein von der Volkskammer einzuleitenden Volksabstimmungen in der DDR. Bezüglich der Willenserklärung hieß es, „... [wir] setzen ... die Aktion in der Hoffnung fort, dadurch die Diskussion sowohl über alternative Energieformen als auch über die Möglichkeiten direkter Demokratie voranzubringen. Direkte Demokratie bedeutet für uns vor allem, dass mündige Bürger ihre Angelegenheiten in dezentralen und selbstverwalteten Strukturen selbst entscheiden. Dazu müssen alle Menschen- und Bürgerrechte ... durchgesetzt werden.“¹²⁹

126 Interview des Autors mit Reinhard Schult 29.11.2003. Vgl. auch Subklew-Jeutner 2004, S. 260f.

127 Grenzfall 1/1986, Reprint 1989, S. 4.

128 Ralf Hirsch und Martin Böttger als Kontaktpersonen der Unterschriftenaktion wurden Ende Juni 1986 mit Ordnungsstrafen bedroht. Grenzfall 2/1986, Reprint 1989, S. 11.

129 Brief der „Initiative für eine Volksabstimmung zum Umgang mit der Kernenergie in der DDR“ vom 20.4.87 (unterzeichnet von Martin Böttger, Ralf Hirsch, Gerd Poppe), MDA, 1.1.01., Reg.-Nr. 76. Dass unbeschadet der erwähnten Meinungsunterschiede über die Sinnhaftigkeit einer Volksabstimmung über Atommeiler in der DDR die Idee der „direkten Demokratie“ in den Basisgruppen große Sympathien genoss, ist unter anderem dem von der der Umweltbibliothek (vgl. Abschnitt 4.5.2.) initiierten Solidaritätstelegramm vom 25.4.87 an den Gründungskongress der „Europäischen Initiative für Direkte Demokratie“ vom 24. und 25.4.1987 in Stuttgart zu entnehmen. MDA 1.1.16., Reg.-Nr. 859. Das Telegramm war Gegenstand eines Seminars, das in den Räumen der UB zur Gründung einer DDR-weiten Anti-Atomkraft-Gruppe führen sollte. Diese Gruppe hatte sich bereits auf dem Seminar „Konkret für den Frieden“ 1987 zusammengefunden. Dort war der AKW-Baustop in der DDR, der Ausstieg aus der

Die Initiatoren des Appells „Tschernobyl wirkt überall“ aus den Friedenskreis Friedrichsfelde bestritten wesentlich das 3. Berliner Ökologieseminar vom 28. bis 30. November 1986, ausgerichtet von der gerade gegründeten „Umweltbibliothek“ (UB) in den Räumen der Zionskirchgemeinde (vgl. Abschnitt 4.5.2). Während des ganz im Zeichen der ukrainischen Reaktorkatastrophe stehenden Seminars diskutierten etwa 100 Teilnehmer aus rund 36 Ökologiekreisen aus der DDR Vorträge zum Thema „Atomkraft und Alternativenergien“.¹³⁰ Zu den Möglichkeiten alternativer Energieerzeugung (insbesondere Windkraftgeneratoren) trugen Martin Schramm und Uwe Bastian vor, Herbert Mißlitz referierte zum Zusammenhang von militärischer und ziviler Nutzung von Kernenergie, Thomas Klein und Wolfgang Wolf zu energiepolitischen Wirtschaftlichkeitsszenarien. Die Vorträge fanden Eingang in die Broschüre „Morsche Meiler“, welche Anfang 1987 von der UB im Ormig-Verfahren vervielfältigt und vertrieben wurde.¹³¹

Bereits im Juni 1986 war der Friedenskreis Friedrichsfelde an das „Staatliche Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz“ (SAAS) herangetreten, um die Einrichtung für ein „Informationsgespräch“ zu gewinnen. Das SAAS stand vor den einander widersprechenden Aufgabenstellungen, einerseits einer Aufwertung von Basisgruppen der UFB keinen Vorschub zu leisten (was die Zustimmung zu solchen Begegnungen ausschloss) und andererseits zu verhindern, dass mit einem Ausweichen vor einer solchen Veranstaltung das sowieso schon entstandene öffentliche Bild fehlender Glaubwürdigkeit der DDR-Atompolitik noch verstärkt würde (was die Annahme der Einladung erforderte). Weil als sicher galt, dass eine Ablehnung des Informationsgesprächs umgehend publik gemacht und im Sinne der zweiten Befürchtung wirksam werden würde, nahm das SAAS die Einladung des FKFF für den 10.11.1986 an. Am Tage der Veranstaltung saßen die 60 Teilnehmer allerdings umsonst in Friedrichsfelde, weil das SAAS wegen angeblich geplanter „Provokationen“ kurz zuvor abgesagt hatte. Daraufhin wurde ein erneuter Einladungsbrief an das SAAS verfasst und mit 35 Unterschriften versehen abgeschickt. Mit dem 12.1.1987 wurde daraufhin ein neues Datum für die Begegnung verabredet, welcher vom SAAS allerdings neuerlich abgesagt wurde – diesmal aus Termingründen. Schließlich kam es doch noch zu einer Vereinbarung: Am 9.2.87 könnten Vertreter des FKFF und der UB in der Klubgaststätte des SAAS an einem Gespräch teilnehmen, wenn keine Fragen zu den Umweltbelastungen infolge des Uranbergbaus der SDAG Wismut, zu dem Tschernobyl-Folgen-Bericht der DDR an die Wiener Kontrollbehörde, zu der Festlegung von Grenzwerten sowie zu Transport und Endlagerung von radioaktiven Endprodukten gestellt würden.¹³² Ungeachtet dessen beschloss der Vorbereitungskreis des FKFF am 21.1.1987, dass sich die Friedrichsfelder Teilnehmer der Veranstaltung am 9.2.1987 im SAAS auf die Schwerpunkte Uranabbau in der DDR, Reaktorsicherheit (einschließlich Endlagerung und Wiederaufbereitungsanlagen), Schnelle

Kernenergie, die Dezentralisierung der Energieversorgung sowie Energieeinsparungen gefordert werden, Rüdtenklaus 1992, S. 129.

130 Die Themengruppen des Seminars waren: 1. Atomkraft in der DDR – Weitermachen oder Ausstieg?, 2. Zusammenhang zwischen ziviler und militärischer Kernenergienutzung, 3. Nutzung alternativer Energiequellen, 4. Probleme durch fossile Brennstoffe, 5. Anders leben nach Tschernobyl. Einladung zum 3. Berliner Ökologieseminar 28.–30.11.1986, MDA 1.1.16.

131 Rüdtenklaus 1992, S. 63f.

132 Rüdtenklaus 1992, S. 64.

Brüter, Perspektiven der Atomwirtschaft, Grenzwerte, Anlagenverschrottung und Katastrophenschutz vorbereiten sollten.¹³³ Das MfS verwies in seinem Bericht über die dann tatsächlich im SAAS durchgeführte Veranstaltung auf die vorbereitenden operativen Maßnahmen zur „Verhinderung der Störung dieser Veranstaltung“ durch „Propagierung der bekannten negativen Positionen.“ Diese operativen Maßnahmen bestanden hauptsächlich in lautstarken Störungen und Protesten gegen „provokatorische Fragen“ von 18 Teilnehmern des FKFF seitens des ansonsten zahlreich vertretenen Zuhörerkreises (insgesamt ca. 85 Teilnehmer) nach dem einleitenden Vortrag des Direktors für Weiterbildung, Prof. Dr. Kraus.¹³⁴

Trotz vielfältiger Aktivitäten ist es nicht dazu gekommen, dass in der DDR eine nachhaltige Anti-Atomkraft-Bewegung wie in anderen (besonders westeuropäischen Ländern) entstand. Der ertragreichste Effekt war die Auslösung einer energiepolitischen Diskussion und die Stärkung der Arbeit auf dem Themenfeld des Zusammenhangs von Ökonomie und Politik.

4.5.2 Eine Umweltbibliothek wird zum Modellfall

Seit 1984, also nach dem Scheitern der Friedensbewegung in Ost und West in der Nachrüstungsfrage, orientierte man sich im Staatssekretariat für Kirchenfragen bis Anfang 1986 an der Vorstellung, dass nun die Umweltproblematik zur Kulisse für staatsfeindliche Bestrebungen der im kirchlichen Raum agierenden Gruppen werden könnte. Nach diesen Erwägungen zielten die „gegnerischen Vorstellungen“ auf den Neuaufbau der Öko-Frage anstelle der Friedensfrage in der kirchlichen Jugendarbeit. Jetzt sei aus dieser Richtung mit demonstrativen bzw. konfrontativen Handlungen gegenüber dem Staat zu rechnen.¹³⁵ Tatsächlich sollte sich aber erst ab 1986 zeigen, dass die staatlichen Befürchtungen hinsichtlich der Relevanz von Ökologiearbeitskreisen ebenso berechtigt waren, wie der Argwohn hinsichtlich der Aktionen in der Menschenrechtsarbeit.

Der Friedens- und Umweltkreis in der Pfarr- und Glaubensgemeinde Lichtenberg (vgl. Abschnitt 3.4.3) machte von Anfang an eine „ökologische Öffentlichkeitsarbeit“ zu seinem zentralen Anliegen. Damit reagierte der Kreis auf die systematische Verschleierung, Geheimhaltung und Beschönigung der wirklichen ökologischen Krisenlage in der DDR. Diese staatlichen Praktiken waren Ausdruck sowohl der mangelnden bürokratischen Problemlösungskapazität als auch des Misstrauens in partizipatorische und demokratische Elemente bei der Eindämmung solcher Auswüchse. Das Prinzip organisierter politbürokratischer Verantwortungslosigkeit verbot die Offenlegung von Umweltdaten bei Strafe der anderenfalls aufkommenden Frage staatlicher wirtschaftspolitischer Verantwortung für die so offenbar werdende ökologische Verwahrlosung überall in der DDR. Der einzige Ausweg schien

133 MDA, RSch 07 und RSch08; MDA, 1.1.02., RG-Bln. 02a.

134 HA XX/2, Information über den Verlauf einer Veranstaltung am 9.2.1987 in der Klubgaststätte des Staatlichen Amtes für Atomsicherheit und Strahlenschutz der DDR, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 8, S. 139f.

135 Information über die Tätigkeit der Friedensausschüsse, der ev. Studentengemeinden, Ökologiegruppen sowie weitere kirchliche Arbeitsformen mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen in den evangelischen Landeskirchen, Vorlage vom 20.11.1984 an die Dienstbesprechung am 27.11.1984, SAPMO BArch, DO 4/949.

wieder in gegensteuernden Basisinitiativen zu liegen: Die Idee einer öffentlich zugänglichen Bibliothek zu Umweltfragen, verbunden mit einem Arbeitsort für thematische Veranstaltungen und Diskussionen wurde seit dem 2. September 1986 mit Hilfe des Pfarrers Hans Simon von der Zionskirchgemeinde im Prenzlauer Berg in den Kellerräumen des Pfarr- und Gemeindehauses verwirklicht.¹³⁶ Es war klar, dass eine Umweltarbeit, die sich nicht auf symbolische Baumpflanzaktionen, asketische Sparappelle, beflissene Müllräumkampagnen und Ansprachen an die individuelle ökologische Verantwortung beschränkte, sondern nach den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ursachen, Zusammenhängen und Triebkräften für Umweltzerstörung fragte, dem staatlich gebilligten Handlangertum der Linderung von Folgen ihres Treibens entwuchs und staatsfeindlichen Charakter annehmen musste. Doch schon vorher, bereits bei Veröffentlichung geheimer Umweltdaten, war man im Handumdrehen im Bereich strafrechtlicher Verantwortlichkeit. So lenkte die UB zusammen mit anderen Ökologearbeitskreisen 1986 die Aufmerksamkeit auf das Thema der Sondermülldeponie Schönberg, welche als Giftmüllkippe Westeuropas sowohl Ausdruck von Devisenknappheit der DDR als auch Beispiel für die Unbedenklichkeit staatlichen Handelns in der Müllfrage war. In Antworten auf besorgte Eingaben hinsichtlich gesundheitlicher Gefährdungen durch Grundwasserkontaminierung verwiesen die zuständigen Stellen dubioserweise auf den Devisenertrag der Giftmüllübernahme zugunsten des Gesundheitswesens.¹³⁷ In ihrer Stellungnahme zum Smog-Alarm in Westberlin am 3.2.1987 protestierte die UB gegen die staatlich zu verantwortende Unterlassung von Warnungen für Berlin (Hauptstadt der DDR), die gemäß Gesetzblatt Teil 1, Nr. 21/1982 rechtswidrig und eine „schwerwiegende Verletzung des Menschenrechts auf den höchsterreichbaren Gesundheitszustand“ gewesen sei.¹³⁸

Die BV Berlin des MfS eröffnete dann auch im März 1987 gegen die UB einen OV „Bibliothek“. Eine Eingabe der Projektgruppe „Ökologie-Studie“ der Umweltbibliothek vom September 1987 zu „Problemen in Berlin“ an die Volkskammer und den Ministerrat der DDR reichte der Leiter des Sekretariats des Ministerrats der DDR instinktsicher an das MfS, allerdings freundlicherweise und zuständigkeitshalber ebenfalls an den Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft und das SfK weiter. Erst acht Monate später, am 2.6.1988, entschloss sich das MfUW, die UB zu einem (wenig ertragreichen) Gespräch einzuladen.¹³⁹

136 Der in die Zionsgemeinde umgezogene Friedens- und Umweltkreis wurde der Träger der nun eingerichteten Umweltbibliothek (UB). Wenn künftig von der „UB“ die Rede ist, so bezeichnet dies in der Regel diesen Kreis.

137 Rüdtenklau 1992, S. 64.

138 MDA, I.1.16, Reg.-Nr. 835. Auch Teilnehmer des FK Pankow richteten am 6.2.87 eine Eingabe an den Magistrat von Berlin, Abteilung Umweltschutz, wegen der Verschlechterung der Berliner Atemluft. Der Anlass war das Dementi des Magistrats bezüglich einer Gefährdung in Berlin am 1./2.2.87 und die Mitteilung der Westberliner SEW-Zeitung „Die Wahrheit“, der man entnehmen könnte, dass die in (West)berlin erreichten SO₂-Werte die in der DDR gesetzlich zulässigen Höchstkonzentrationen bei Langzeiteinwirkung um das 9-fache und bei Kurzzeiteinwirkung um das 3-fache überschritten. MDA, RSch 4.01.4.; siehe auch Subklew-Jeutner 2004, S. 151.

139 Schreiben des Leiters des Sekretariats des Ministerrats der DDR vom 25.9.1987 an den Staatssekretär für Kirchenfragen, Klaus Gysi (Eingabe mit Kopie an den Stellvertreter des Vorsitzenden des Ministerrates und Minister für Umweltschutz und Wasserwirtschaft, den Oberbürgermeister von Berlin sowie das Ministerium für Staatssicherheit), SAPMO BArch, DO 4/806. „Das Gespräch fand im Zentrum für Umweltgestaltung Berlin statt.“ Das MfUW „war vertreten durch Genossen H. Lütke, Stellvertretender Leiter der Staatlichen Umweltspektion und Leiter für Grundsatzfragen des Umweltschutzes, sowie

Beim riskanten Transport von Literatur für die neue Bibliothek half von Westberlin aus Roland Jahn. Hauptsächlich übernahmen es grüne Bundstagsabgeordnete, Bücher (und später auch Technik für die Zeitungserstellung sowie Druckzubehör) kontrollfrei über die Grenze zu schaffen. Die Umweltbibliothek Berlin (UB) übernahm ab 1986 die Organisation der Berliner Ökologieseminare vom Ökologiekreis Friedrichsfelde und gab nach Ausrichtung des 3. Berliner Ökologieseminars Ende November 1986 (vgl. Abschnitt 4.5.1) im Frühjahr 1987 auch den zugehörigen Reader der Konferenz als erste größere Veröffentlichung heraus. Doch schon zuvor begann die UB nach dem Vorbild des „Grenzfall“ ab September 1986 mit der Publikation ihres Mitteilungsblatts „Die Umwelt-Bibliothek“, welches später unter dem Namen „Umweltblätter“ republikweit bekannt wurde und zu ähnlichen Veröffentlichungsversuchen anregte. Maßgeblich für diesen Erfolg war der Umstand, dass keineswegs nur ökologische, sondern von Anfang an und in wachsendem Umfang politische Themen sowie Nachrichten den Inhalt der Zeitung bestimmten, weshalb der Leserkreis weit über die ökologisch Interessierten hinausging. Anfangs im Ormig-Verfahren in einer Auflage von ca. 150 Exemplaren herausgegeben, firmierte das Blatt im Gegensatz zum illegalen „Grenzfall“ unter Bezugnahme auf das innerkirchliche Veröffentlichungsrecht. Die Kooperation der beiden Redaktionen „Grenzfall“ und „Umweltblätter“ beschränkte sich nicht nur auf die Herstellung der Zeitungen (so wurden drei Grenzfall-Ausgaben auf den Maschinen der UB und 1987 zwei Nummern der „Umweltblätter“ auf der Maschine der „Grenzfall“-Produzenten hergestellt), sondern es wurden auch Artikel und Meldungen nach Maßgabe der Veröffentlichungsmöglichkeiten ausgetauscht. Dies wiederum hieß keineswegs, dass diese Praxis und zudem das andauernd freundschaftliche Verhältnis der Drucker und Redakteure beider Zeitungen untereinander auch auf gleiche Auffassungen in allen inhaltlichen Punkten schließen ließ.¹⁴⁰ Es war klar, dass unter den in der DDR herrschenden Bedingungen eine Zeitungsproduktion dieser Art nur durch solidarische Kooperation aufrechtzuerhalten war. Die Zeitung wurde an Oppositionsgruppen aus der ganzen DDR geliefert. Die Belieferung der Abnehmer des Blattes und anderer Informationen erfolgte über ein Postfachsystem in der Bibliothek selbst, wobei die Abholer des Materials ihrerseits wieder Material in der UB hinterließen. In der UB lagen die aktuellen Info-Blätter der verschiedenen Basisgruppen nicht nur Berlins, diverse Flugzettel und die neuste erhältliche Ausgabe

Genossen H.-U. Schultze. Von der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen nahm Genosse Gräfe teil. Als Vertreter der Zionsgemeinde/Umweltbibliothek waren erschienen: Pfarrer Simon, Jörg Troelsch, Holger Brand, Ulrich Klotzek, Johannes Kölbl.“ Gesprächsinhalte waren die Energie- und Wasserversorgung in Berlin, die geplante 30%ige SO₂ Emissionssenkung, Müllverbrennungsanlage Schöneiche, Waldschäden, Bepflanzung der ehemaligen Rieselfelder im Norden Berlins, Waldbewirtschaftung, Zersiedlung durch Kleingartenanlagen, Grünanlagen und Pflanzenschutz. Geführt wurde eine kontroverse Diskussion „zur Problematik der finanziellen Stimulierung von Umweltverhalten der Bürger ... Von Klotzek und den anderen Vertretern wurde die Aufhebung der Subventionierung von Erzeugnissen des Grundbedarfs befürwortet, darunter Energie und Wasser. In ähnlicher Weise wurden die bekannten Kritiken an der Informationspolitik zur Umweltsituation in der DDR vorgetragen. ... Offenbar wollten die Vertreter der Umweltbibliothek den Beweis erbringen, daß sie zum Gespräch bereit und fähig sind. Sie wollen das Gespräch weiterführen. ... Durch Genossen Lütke wurde diese Möglichkeit für den Herbst des Jahres eingeräumt.“ Vermerk des SfK vom 6.6.1988 zu dem Gespräch des Ministeriums für Umweltschutz und Wasserwirtschaft mit Vertretern der Umweltbibliothek der Zionsgemeinde Berlin am 2.6.1988. SAPMO BArch, DO 4/806.

140 Rüdtenklau 1992, S. 72.

der Westberliner TAZ aus. Auf diese Weise entstand ein weiteres Kontaktsystem der Gruppen und der relativ schnelle und sichere Austausch von Informationen stabilisierte sich.

So wie die Inhalte der „Umweltblätter“ waren auch die Veranstaltungen der UB ab 1987 in der „UB-Galerie“ nicht auf ökologische Fragestellungen beschränkt, sondern umfassten tagesaktuell die im Spektrum der politisch-alternativen Gruppen diskutierten Themen. Die „Galerie“ wurde auch von anderen Kreisen als Veranstaltungsort genutzt und war gleichzeitig Ort für Ausstellungen alternativer Künstler. Für den Ausbau dieser halblegalen gegenkulturellen Nische im UB-Betrieb ab Anfang 1987 machte sich das UB-Mitglied Carlo Jordan stark, der bereits in den 70er Jahren an der „Kulturopposition“ in den staatlichen Jugendclubs teilnahm. Die „Flucht“ der von den Sicherheitsorganen verfolgten privaten Punk-Art-Ausstellung Igor Tatsches und der AG Mauerstein in den Räumen der UB-Galerie und die Ausstellung „Dada-Ök“ von Reinhard Zabka waren Beispiele dafür.¹⁴¹ Auf diese Weise wurde die UB zu einem zunehmend sogar überregionalen Kommunikationszentrum und damit zu einem wichtigen Vernetzungsknoten der politisch-alternativen Gruppen in der DDR. Der IFM wurden 1988 die Räume der UB zu monatlichen Veranstaltungen zur Verfügung gestellt. Nachdem die UB den Angriff des MfS vom November 1987 überstanden hatte (vgl. Abschnitt 4.20), arbeitete die UB mit modernerer Druck- und Computertechnik (Wachsmatrizenmaschinen und grafikfähige PC), die mit Hilfe der Grünen in die Bibliothek gebracht werden konnte.

Seitens des MfS ging man bei der Beobachtung solcher Aktivitäten nicht zu Unrecht davon aus, dass die UB mehr und mehr zu einer Schaltstelle oppositioneller Aktivitäten wurde, weit über die Umweltschutzarbeit hinausgehende Aktivitäten entfaltete und überdies zahlreiche Westkontakte unterhielt.¹⁴² Die trotz nominell antihierarchischer Arbeitsweise sich deutlich heraushebende Rolle der Hauptakteure Wolfgang Rüdtenklau, Christian Halbrock und Carlo Jordan wurde mit separaten OV „gewürdigt“.

Carlo Jordan betonte 1994 rückblickend, „dass ab Mitte der achtziger Jahre, insbesondere ab 1986/87 die Ostverbindungen immer wichtiger wurden. Wir haben als Akteure der Ökologiebewegung dann zunehmend mit den Umweltbewegungen in Polen, im Baltikum, in Ungarn zusammengearbeitet, haben über die Zusammenarbeit im grünen Netzwerk „Greenway“ auch den Kontakt hergestellt zu den breiten Bürgerbewegungen, die im Jahre 1989 im Baltikum entstanden waren und die für uns hinsichtlich der Strukturvorschläge bis hin zu Parteibildungen eine Ermutigung darstellten, welche viel stärker war als die, die wir Anfang der achtziger Jahre aus dem Westen bekommen hatten.“¹⁴³

Beiläufig versuchte die in der UB stark präsente Strömung anarchistisch-basisdemokratischer Provenienz in Veranstaltungen und einigen Artikeln der Hauszeitung ihre Sichtweise zu vermitteln. Deren auf Herrschaftsfreiheit und alternative Lebensformen in sozialer Selbstorganisation orientierende Weltsicht grenzte sich demonstrativ vom Marxismus ab,

141 Ebenda, S. 104.

142 Diese Zusammenarbeit, etwa mit Roland Jahn, der auch für das Nachrichtenmagazin „Kontraste“ tätig war, und die Ausstattung einiger Mitarbeiter der UB mit Aufnahmetechnik (Siegbert Schefke) machten es möglich, ökologische Notstandsgebiete in der DDR filmisch zu dokumentieren und in den Westmedien auszustrahlen.

143 Zeitzeugenbericht von Carlo Jordan in der 68. Sitzung der Enquete-Kommission, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII,1, Baden-Baden 1995, S. 286.

vermochte aber im Gegensatz zu anderen Kritikern des Marxismus die sich auf Marx berufende staatskonforme Herrschaftsideologie von der herrschaftskritischen subversiven marxistischen Methode zu unterscheiden. Charakteristisch war auch das antizentralistische, jeder parteiförmigen Organisationsform auch in oppositionellen Strömungen abgeneigte Selbstverständnis. So ausgestattet vermochten die Akteure der UB sehr instinktsicher amtskirchliche Kollaboration mit dem Staat und innerkirchlichen Opportunismus zu attackieren, nicht zuletzt aber auch sektiererische Eskapaden im oppositionellen Spektrum zu erkennen (natürlich bis auf die eigenen) und zu glossieren.

4.6 Die Arbeit des Friedrichsfelder Friedenskreises 1986

Das Profil der Veranstaltungen des Friedenskreises Friedrichsfelde im Jahr 1986 spiegelte sowohl die jeweilige aktuell-politische Situation als auch die politisch-programmatische Ausrichtung der Friedensarbeit in diesem Kreis. 1986 waren dies im Einzelnen folgende Öffentlichkeitsangebote: Am 13.1.1986 „Berufliche Situation und gesellschaftliches Engagement“, am 10.2.1986 „Christen und Marxisten in der Revolution/Schwerpunkt Nicaragua“ (Einführungsvortrag von Christoph Links¹⁴⁴; 50 Teilnehmer), am 10.3.1986 „Theologie der Befreiung“ (Einführungsvortrag von Wolfgang Herdzin; 27 Teilnehmer), am 14.4.1986 „IWF und Verschuldung der 3. Welt“ (Vortrag von Thomas Klein, 27 Teilnehmer), am 5.5.1986 „Bakunin – Leben für die Philosophie der Tat“ (Einführungsvortrag Vera Wollenberger; 45 Teilnehmer), am 9.6.1986 „Erich Mühsam – Zwischen Boheme und Klassenkampf“ (64 Teilnehmer, davon 25 Punks), am 27.6.1986 „Tausche Schöpfung gegen strahlende Zukunft (Tschernobyl)“ für das „Unternehmen Friedrichsfelde“ (UFF)¹⁴⁵, am 8.9.1986 „Ökosozialismus – Ökokommunismus“ (Vortrag von Carlo Jordan und Diskussion zu Wolfgang Harich, „Kommunismus ohne Wachstum“; 28 Teilnehmer), am 26.9.1986 (einer anderen Quelle¹⁴⁶ zufolge am 10.11.1986) „Alternative Energien“ (Veranstaltung des FKFF für UFF; 40 Teilnehmer), am 13.10.1986 „Landwirtschaft und Umwelt“ (Vortrag von Werner Seidel, Fachreferent für Arbeit vom BEK; 36 Teilnehmer), am 29.11.1986 „Südafrika“ (20 Teilnehmer), am 12.12.1986 „Reykjavik und die Folgen“¹⁴⁷ (Vortrag von Thomas Klein;

144 Der Auftritt von Christoph Links erfolgte mit Genehmigung der „Berliner Zeitung“, die den Referenten damals beschäftigte.

145 Dies war eine Gastveranstaltung des FKFF für die Veranstaltungsreihe „Unternehmen Friedrichsfelde“ der Jungen Gemeinde zu der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl und zum Appell „Tschernobyl wirkt überall“.

146 Wolf 2006, XXXIX. Kapitel, S. 2278.

147 Bei den Verhandlungen von Reykjavik im Oktober 1986 knüpfte die sowjetische Seite ihren Vorschlag der Halbierung strategischer Offensivsysteme beider Seiten und der vollständigen Verschrottung aller Mittelstreckenraketenysteme an die Bedingung, dass der eng ausgelegte ABM-Vertrag weitere 10 Jahre in Kraft bleibt, also „SDI-Systeme“ nur in der Laborforschung erprobt werden dürften. Dieses Junktim reflektierte die Tatsache, dass die Verfügung einer Seite über ein SDI-System bei fortschreitender Reduzierung der strategischen Offensivpotentiale beider Seiten ein im gleichen Maße steigendes Ungleichgewicht zugunsten der über SDI-Systeme verfügenden Seite produziert: Im Falle beibehaltener Enthauptungsschlagskapazität numerisch abnehmender Offensivsysteme neutralisiert SDI die Vergeltungsschlagspotenz der Gegenseite immer wirksamer, bis die „Kosten eines Erstschlags“ der angreifen-

19 Teilnehmer), am 12.1.1987 „Rosa Luxemburg“ (Vortrag von Wolfgang Templin; 43 Teilnehmer) und am 31.1.1987 „Rechte von Kindern und Jugendlichen“ (Vortrag von Marion und Roland Seelig, Veranstaltung des FKFF für UFF; 22 Teilnehmer).¹⁴⁸

Nachdem es bereits 1985 gelungen war, zu Fragen der eurostrategischen Bedrohungslage eine Diskussion mit einem Vertreter des IPW zu führen (vgl. Abschnitt 3.1.4.5), wiederholte der FKFF Ende 1986 angesichts der Konsequenzen des Reaktorbrands von Tschernobyl diesen Versuch gegenüber dem „Staatlichen Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz“ – was allerdings bei weitem nicht so reibungslos vonstatten ging (vgl. Abschnitt 4.5.1). Im Friedrichsfelder Kreis wurde während des Jahres 1986 intensiv an energiepolitischen Fragestellungen gearbeitet, welche weit über die Sicherheits- und Wirtschaftlichkeitserwägungen des Betriebs von Kernkraftanlagen hinausgingen: Hier nutzte eine wesentlich von Thomas Klein und Wolfgang Wolf dominierte „Koordinierungsgruppe Kernkraftwerke“ (Anti-AKW-Gruppe) die Gelegenheit, am Beispiel energiepolitischer Fehlsteuerung die ökonomischen und gesellschaftlichen Folgen einer desaströsen bürokratischen Wirtschaftspolitik zu verdeutlichen. Im Kontext des Vorhabens eines Menschenrechtsseminars (vgl. Abschnitt 4.2.2) arbeitete 1986 im Umfeld des Friedenskreises eine Arbeitsgruppe „Recht auf Arbeit“, welche sich über den Themenkreis von politisch motivierten Berufsbehinderungen und -verboten hinaus mit Fragen des Arbeitsrechts in der DDR und schließlich mit dem Charakter der Arbeit in nominalsozialistischen Systemen sowjetischen Typs befasste. Diese Gruppe stellte ihre Arbeitsergebnisse beim Friedrichsfelder Menschenrechtsseminar, dem offiziellen Kirchentag sowie dem „Kirchentag von Unten“ (vgl. Abschnitt 4.11.2) vor und trieb die Weiterarbeit am Thema voran bis zur Durchführung einer illegalen Fragebogenaktion zur realsozialistischen Arbeitswelt in der DDR (vgl. Abschnitt 4.12).

Im Rahmen der Friedensarbeit des Friedrichsfelder Kreises existierte seit Anfang 1986 auch eine „Arbeitsgruppe WVO“, in der es vorrangig um Geschichte dieses militärischen Bündnisses, dessen Indienstellung für die außen- und militärpolitischen Interessen der UdSSR und um seine Konfliktgeschichte mit der NATO ging. Die Kontinuität der Arbeit dieser von Thomas Klein geleiteten Gruppe wurde seit Ende Mai 1986 für Monate unterbrochen, weil das Gros ihrer Mitglieder durch die erwähnte nach dem Tschernobyl-Unfall ad hoc zu bildende Arbeitsgruppe zur Problematik der Kernenergieerzeugung absorbiert wurde. Im September 1986 allerdings diskutierte die AG WVO bereits wieder über ein von Uwe Bastian der Gruppe vorgelegtes Grundsatzpapier zum Thema Wehrdienstverweigerung und Pazifismus.

Der Friedrichsfelder Friedenskreis setzte sich im November 1986 stark für die Verbreitung eines Appells aus der unabhängigen Friedensbewegung zur Verhinderung der bevor-

den Seite akzeptabel erscheinen könnte. Jedoch war die Einbeziehung der INF-Systeme in dieses sowjetische Junktim wenig plausibel, weshalb angenommen werden kann, dass es ein sowjetisches Manöver im Dienste der Erhöhung des politischen Drucks der westeuropäischen NATO-Partner auf die USA gewesen sein könnte, damit diese auf ihr SDI-Programm verzichten. Dies war ein hochrangiges Ziel, denn es war klar, dass die UdSSR ihre Ressourcen mit der Entwicklung eines solchen Systems überspannen bzw. eine solche Entwicklung auf Kosten der „Perestroika“ gehen würde. Nachdem die SU im Februar 1987 auf dieses Junktim hinsichtlich der Beseitigung der INF-Systeme verzichtete, kam dann im gleichen Jahr auch der INF-Vertrag zustande.

148 MDA, RSch 07 und MDA, 1.1.02; Aktivitäten des Klein, Thomas, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 8, S. 279ff.

stehenden Hinrichtung von sechs Mitgliedern des PAC¹⁴⁹ ein. In diesem von Mitgliedern des gesamten Friedenskreisspektrums unterzeichneten Text wurden außerdem die Zusammenarbeit der BRD, Großbritanniens und der USA mit Südafrika sowie die israelisch-südafrikanische Kooperation beim Bau der Atombombe kritisiert.¹⁵⁰ Im Verlauf des Jahres 1987 sollte die Solidaritätsarbeit mit der südafrikanischen Befreiungsbewegung (wesentlich getragen von Tina Krone) in einer Reihe von Initiativen und Veranstaltungen des FK Friedrichsfelde eine Fortsetzung finden. Als weiterer Schwerpunkt für die Arbeit 1987/88 wurde bereits 1986 im Friedenskreis das Thema „Kriege in der Dritten Welt“ (Afghanistan-Invasion der UdSSR, erster Golf-Krieg, Unterdrückung der Kurden) vorbereitet.

4.7 Friedensdekade 1986 und das „innerkirchliche Kräfteverhältnis“

Die Friedensdekade vom 9. bis 19.11.1986 zeitigte, wie schon im Jahr zuvor (vgl. Abschnitt 4.2.2), staatliche Beschwerden vor allem über die Veranstaltungen in Berlin. In der Samarkiterkirche machte die IFM neuerlich mit Plakaten auf den Wahlbetrug bei den Volkskammerwahlen im Juni 1986 aufmerksam und verbreitete Tipps für das Ungültig-Machen des Wahlzettels. Auch der Liederabend Krawczyks und die Predigt Eppelmanns führten zu staatlichen Ansprachen gegenüber der Kirchenleitung.¹⁵¹ Die interne Einschätzung im SfK lautete:

„Die Christen werden aufgefordert, ‚Sand im Getriebe der Gesellschaft‘ zu sein. Es werden bekannte negative Kräfte auch aus dem nichtkirchliche Raum herangeholt, wie die Liedermacher Krawczyk, Frau Klier, Barbara Thalheim und Gabriele Eckart ... Es werden Feindbilder gegen die sozialistische Gesellschaft aufgebaut mit dem Ziel der offenen Konfrontation gegenüber unserem politischen Anliegen, d.h. der Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft und der Erhaltung des Friedens im Interesse aller Menschen. ... Damit sollen auch in Vorbereitung des Kirchentages im Juni 1987 politische Belastungen im Staat-Kirche-Verhältnis geschaffen werden. ... Eine Wiederholung solcher Veranstaltungen kann es nicht geben. ... Staatliche Maßnahmen sind koordiniert so lange fortzusetzen, bis sie zur Beendigung der ständigen Konfrontationsversuche durch die Gruppe um Eppelmann geführt haben. Alle Maßnahmen sind so einzuhalten, dass sie provokatorisches Verhalten so eingrenzen, dass es unterhalb der Schwelle eines notwendigen Eingreifens der Justizorgane bleibt. An der kirchlichen Basis ... müssen Maßnahmen eingeleitet werden, um in der Samarkiterkirche und weiteren zwei bzw. drei Kirchen in den Stadtbezirken Prenzlauer Berg und Lichtenberg zu einer Veränderung der Situation zu gelangen. Es gilt mit der AG

149 Der Pan Africanist Congress of Azania (PAC) ist eine 1959 gebildete linke Abspaltung vom African National Congress (ANC).

150 Appell aus der unabhängigen Friedensbewegung und von anderen sich solidarisierenden Bürgern der DDR wegen der drohenden Hinrichtung der „Sechs von Sharpsville“ vom 27.11.1986, MDA, 10.01 und MDA, RSch 20.

151 Aust 1998, S. 69ff.

Christliche Kreise der Nationalen Front vor Ort ... zu beraten, wie profilierte Christen, geachtete Bürger und Bewohner aus dem Umfeld der Kirchen fordern, die Ordnung wiederherzustellen. Kirchliche Gruppen, religiöse Einzelpersonlichkeiten, Freunde der CFK, Mitglieder der CDU sollen bei der Kirchenleitung protestieren sowie die Leitung der Synode auffordern, sich gegen ... den Kirchenmissbrauch für politische Zwecke zu wenden. Die Gemeindeglieder sind in differenzierten Gesprächen dazu zu führen, dass sie ihre Gottesdiensträume für dem kirchlichen Anliegen feindliche Zwecke nicht mehr zur Verfügung stellen.“¹⁵²

Der Maßnahmenkatalog war augenscheinlich ein weiterer Versuch der Umsetzung der alten Orientierung Honeckers vom April 1982 (vgl. Abschnitt 3.5.2). Allerdings mangelte es der staatskonformen „kirchenpolitischen Massenarbeit“ immer mehr an dienstbereiten „Massen“. Die in der SfK-Einschätzung inkriminierten Inhalte der Friedensdekade betrafen im Einzelnen die Kritik an der Teilnahme von Vertretern des BEK am Empfang des Staatsratsvorsitzenden, Angriffe auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik der DDR, die Forderung nach einer Volksabstimmung über ein Moratorium der friedlichen Nutzung der Kernenergie, die Forderungen nach Anerkennung des Rechtes auf Wehrdienstverweigerung und nach Einrichtung eines zivilen Wehersatzdienstes, den Vorwurf der Militarisierung im Erziehungswesen zusammen mit der Kritik an der Herstellung und den Verkauf von Kriegsspielzeug sowie die Forderung nach einem öffentlichen Dialog zwischen Staat und Kirche zum Thema Volksbildung.¹⁵³

Im SfK hoffte man in Vorbereitung auf die Frühjahrssynoden 1987 der Gliedkirchen, die großzügigen staatlichen Entscheidungen zum Kirchentag würden im Falle der EKBB bei Amtsträgern und Synodalen von dem Bewusstsein begleitet, dass nur politisch konstruktive Positionen dieses Entgegenkommen rechtfertigen. Die Positionen des Generalsuperintendenten Krusche in seinem Wirken gegen negative Gruppen und Positionen seien zu stärken.¹⁵⁴ Im April 1987 zog Klaus Gysi hinsichtlich der „Entwicklung des politischen Kräfteverhältnisses in den evangelischen Kirchen und Religionsgemeinschaften“ eine zwiespältige Bilanz, welche auf den wachsenden Abstand der Kirchenbasis zur Kirchenleitung hinwies:

„Es gelang, realistische Positionen, wie sie in den letzten anderthalb Jahren von namhaften kirchlichen Vertretern (W. Krusche, Schönherr, Hempel, Gienke, Stolpe, Demke, Leich) formuliert wurden, tiefer in die Gemeinden hineinzutragen und die Amtsträger sowie ihre Gemeinden darauf festzulegen. ... Die Anzahl politisch negativer Kräfte ist nicht größer geworden, sie ist überschaubar. Ihr Einfluss und ihre Aktivitäten besonders an der kirchlichen Basis konnte unter Mitwirkung der erstarken realistischen Kräfte zurückgedrängt werden. ... Nach der Neuwahl der Konferenz der Kirchenleitungen bereiteten sie sich in der ebenfalls neu gewählten 5. Synode der BEK konzeptionell darauf vor, die realistischen Vertreter in diesem Gremium und vor allem die KKL und ihren Vorsitzenden Landesbischof Dr. Leich zu einem Abrü-

152 Vorläufige Information vom 19.11.1986 zur Friedensdekade 1986, SAPMO BArch, DO 4/953.

153 Schriftliche Abschlussinformation über Verlauf und Ergebnisse der Friedensdekade 1986. Vorlage vom 13.1.1987 für die Dienstbesprechung am 26.1.1987, SAPMO BArch, DO 4/954.

154 Plan der operativen Einflussnahme auf die Frühjahrssynoden 1987 der evangelischen Landeskirchen der DDR, Vorlage vom 21.1.1987 für die Dienstbesprechung am 26.1.1987, SAPMO BArch, DO 4/954.

cken von erreichten politischen Einsichten zu zwingen und die weitere Ausgestaltung offener und vertrauensvoller Staat-Kirche-Beziehungen zu torpedieren. Ihren Höhepunkt fanden diese Bestrebungen auf der 2. Tagung der 5. Synode des BEK (19.–23.9.1986) in Erfurt. Es wurde versucht, die Kirche von der Friedensbewegung in der DDR abzudrängen, ... ‚öffentliche‘ Diskussionen zur Kernenergie, zu Wehrdienstfragen und zum Umgang des Staates mit den Bürgern zu entfachen. ... Der anhaltende Mitgliederschwund hat in den Kirchen des BEK ... zur Suche nach öffentlichkeitswirksamen Aktivitäten geführt ... Insbesondere politisch negative Kräfte versuchen Personen in die Kirche zu integrieren, welche Vorbehalte gegen die gesellschaftliche Entwicklung haben. ... Dadurch vergrößert sich die Gefahr eines politischen Missbrauchs der Kirchen, welche von negativen Kräften bewusst einkalkuliert, von realistischen Kräften noch zu oft unterschätzt wird. ... Die Herbstsynoden haben bestätigt, dass die Mehrheit der kirchenleitenden Kräfte und der Synodalen, ausgehend von den Positionen des 6.3.1978 und des 11.2.1985¹⁵⁵ nicht bereit war, deren Ergebnisse aufs Spiel zu setzen ... In diesem Zusammenhang griffen die loyalen und realistischen Kräfte bewusst die These vom ‚neuen Denken‘ auf und ... würdigten ausdrücklich die Friedenspolitik der UdSSR und der DDR, die Konfrontationspolitik und speziell SDI der USA wurde abgelehnt. Wie auch während der Bundessynode drängten politisch negative Kräfte besonders in der Diskussion um das ‚neue Denken‘ im innenpolitischen Bereich auf Zuspitzungen und Konfrontation. Dabei zeigte sich erneut, dass die negativen Kräfte in den Landessynoden über einen unverhältnismäßig großen Einfluss verfügen, der der sich progressiv entwickelnden Situation an der kirchlichen Basis nicht entspricht. ... Der überwiegend ruhige politische Verlauf der Friedensdekade [1986] verweist darauf, dass kirchenleitende Kräfte in wachsendem Maße darum bemüht sind, ihrer Verantwortung ... gerecht zu werden ... Nur in wenigen Gemeinden gelang es einer kleinen, aber aggressiven Gruppe politisch negativer und feindlicher Kräfte, Veranstaltungen der Friedensdekade ... gegen die gesellschaftliche Ordnung in der DDR zu missbrauchen. Das dadurch ermöglichte Auftreten politisch negativer und feindlicher Kräfte vollzog sich in erster Linie im Bereich der Hauptstadt.¹⁵⁶

4.8 Klaus Gysis „kirchenpolitisches Manifest“

Gysis Auftritt im MdI vom April 1987 gab ihm Gelegenheit, in sonst nicht üblicher Offenheit einen internen Einblick in seine kirchenpolitische Konzeption, wie sie sich bis Anfang 1987 entwickelt hatte, zu erlauben.¹⁵⁷ Seine Darstellung umfasste die Einschätzung der

155 Gemeint ist ein Gespräch Honeckers und dem Vorsitzenden der KKL des BEK, Hempel.

156 Referat des Staatssekretärs in der Beratung zu Fragen der einheitlichen Durchsetzung der VAVO im Ministerium des Innern am 23.4.1987, SAPMO BArch, DO 4/417.

157 Die von ihm gehaltene Rede ist in zwei Fassungen überliefert. Die Varianten weisen keine wesentlichen Unterschiede auf: Referat des Staatssekretärs in der Beratung zu Fragen der einheitlichen Durchsetzung der VAVO im Ministerium des Innern am 23.4.1987, SAPMO BArch, DO 4/417 und Referat des Staatssekretärs im MdI am 23.4.1987, DO 4/990. Die folgenden Zitate sind beiden Quellen entnommen.

Wirkung repressiver Maßnahmen, die Reichweite und die Grenzen staatlicher Differenzierungspolitik im Bereich der Kirchen, die Rolle der Minderheitenintegration in die kirchliche Arbeit und die staatliche Haltung dazu sowie strategische und taktische Aspekte des Umgangs mit Basisgruppen im kirchlichen Raum. Die Frage war aber natürlich, inwieweit seine Dienststelle die durchaus elaborierten Maximen umzusetzen bzw. erfolgreich durchzustellen imstande war bzw. ob es zu Widersprüchen zur Linie der AG Kirchenfragen im ZK oder zum Handeln der Sicherheitsorgane kommen würde. Überdies war die konkrete Umsetzung der vom Staatssekretär formulierten Grundlinie der Staatspolitik in Kirchenfragen von den Räten der Bezirke und Kreise, insbesondere deren Fachbereichen Inneres, zu verantworten.¹⁵⁸

Zu den kirchenpolitischen Grundsätzen hieß es unter anderem:

„Eine restriktive Kirchenpolitik würde die jetzt aus der Kirche Abwandernden im Rahmen eines Solidarisierungseffektes zu ihrer Kirche zurückholen und zusätzlich noch sozialismuseindliche Kräfte anziehen. Wir würden also zwei Ströme vereinen, die wir aus Gründen der politischen Stabilität lieber getrennt halten. ... Wir halten die Abwanderung von der Religion an sich nicht für einen positiven Wert, so wenig wie wir Atheismus als synonym für progressiv ansehen. Um die realistischen Kräfte zu unterstützen, machen wir deutlich, dass unsere Politik nicht von der Zahl der Gläubigen abhängig ist, dass wir den Prozess des Kleinerwerdens nicht mit administrativen Mitteln noch fördern. ... Das hat etwas mit dem notwendigen neuen Denken zu tun: Wenn die Systemauseinandersetzung nur noch mit friedlichen Mitteln möglich ist, dann hat die Attraktivität und Lebensqualität des Sozialismus auch etwas damit zu tun, wie unsere Gesellschaft mit Minderheiten umgeht und sie integrieren kann. Restriktion würde an dieser Stelle also das Oppositions- und Widerstandspotential vergrößern, verständnisvolles Herangehen würde es verringern. Reaktionäre Kräfte wollen uns, da sie zahlenmäßig immer kleiner werden ... durch lärmende Provokation zu harten und administrativen Schritten zwingen. Wir halten das für ein Zeichen ihrer Schwäche und lassen uns nicht provozieren, aber wir lassen uns auch nicht in eine erpresserische Situation bringen.“

Daher hieß es die kirchlichen Basisgruppen betreffend auch:

„Wir sind ... an einer starken Kirchenleitung auf der mittleren und hohen Ebene interessiert, die auch die disziplinarische Autorität hat, zugesicherte Positionen gegen-

158 Wie gravierend hier die Probleme aus der Sicht der Dienststelle des Staatssekretärs gelagert waren, ist einer Einschätzung vom September 1987 zu entnehmen: „Als nach wie vor wiederkehrendes Problem der analytischen Arbeit zeigen sich eben gerade Schwierigkeiten bei der politischen und differenzierten Wertung und Einordnung von Meinungsäußerungen und Vorgängen im kirchlichen Raum. Die erzielten Fortschritte reichen angesichts der komplizierten politischen Prozesse, die sich weltweit vollziehen und die ihre Reflektion in dem kirchlichen Meinungsbildungsprozess finden, nicht aus. Das wird vor allem bei innenpolitisch relevanten kirchlichen Äußerungen manifest, die im Zusammenhang mit dem in den Kirchen viel zitierten ‚Neuen Denken‘ zunehmendes Gewicht erlangen. Die Genossen stehen vor der realen Schwierigkeit und zugleich Notwendigkeit, differenziert und richtig zu werten, was erweist sich als ‚konstruktiver Anknüpfungspunkt‘ und wo handelt es sich um einen ‚Einnischungsversuch‘. Hier zeigen sich Unsicherheiten und die überwiegende Mehrzahl der Genossen begibt sich dann auf die ‚sichere‘ Position, aus einer abwartenden und beschreibenden Haltung heraus zu berichten.“ Information vom 18.9.1987 zur Entwicklung der Informationstätigkeit der Räte der Bezirke in den Zwei-monatsberichten (Auswertungszeitraum Mitte 1985/Mitte 1987), SAPMO BArch, DO 4/955.

über dem Staat in der kirchlichen Praxis zu gewährleisten ... Für uns besteht die Lösung nicht darin, diese Gruppen möglichst schnell aus der Kirche hinaus und damit gänzlich in den Untergrund zu drücken, sondern sie im kirchlichen Raum unter Disziplin und Kontrolle zu halten.“

Hinsichtlich potentieller innerkirchlicher Bündnispartner der staatlichen Kirchenpolitiker und der Schwierigkeiten mit ihnen (vgl. Abschnitt 3.5.1) erklärte Gysi:

„Nicht bewährt hat sich, die Differenzierungspolitik und die Profilierung der realistischen Kräfte so entschlossen zu betreiben, dass die Gefahr der Kirchenspaltung besteht, denn dadurch würde uns eine sozialismusfeindliche Teilkirche gegenüberstehen. Unsere Konzeption gegenüber den progressiven Kräften in der Kirche besteht also darin, dass sie nicht als linkselitäre Elite von außen in die Kirche hineinwirken, sondern dass sie in der Kirche die Position der vernünftigen Kräfte an der Basis und in den Kirchenleitungen mit guten theologisch-kirchlichen Argumenten unterstützen.“¹⁵⁹

Zur Taktik bei der Umsetzung dieser kirchenpolitischen Linie hieß es:

„Flexibel ist unsere Taktik insofern, als wir in Abhängigkeit von der inneren Entwicklung des Sozialismus und der internationalen Lage kirchenpolitische Entscheidungen treffen können, ohne dass uns ein zu starres Korsett administrativer Regeln die politischen Handlungsspielräume verengt. Es ist gerade ein Vorzug und nicht etwa ein Mangel unserer Politik, dass wir lageabhängig entscheiden können und nicht für jede eventuell eintretende Entwicklung eine administrative Lösung haben. ... Es gibt nur eine Kirchenpolitik der Partei und nicht etwa zwei. Es gibt also nicht eine Kirchenpolitik für den öffentlich agitatorischen Gebrauch und eine zweite, gewissermaßen dienstinterne Kirchenpolitik, die etwa auf die administrative Austrocknung des kirchlichen Lebens orientiert. Den schlimmsten Dienst, den ein Genosse der Kirchenpolitik der Partei antun kann, besteht darin, sie als eine unaufrichtige Politik darzustellen, als eine Politik mit Augenzwinkern, die angeblich etwas anderes will, als was sie öffentlich sagt ... Eine derartige Politik erfordert ein gut abgestimmtes Zusammenwirken der zuständigen Organe, ein hohes Argumentationsniveau der Stellvertreter für Inneres und der Mitarbeiter für Kirchen und eine realistische Beurteilung kirchlicher Vorgänge und legitimer kirchlicher Wünsche ... Jede sektiererische oder opportunistische Entscheidung schadet nach innen und außen ... Es ist nicht zu verantworten, dass einige Bezirke durch sehr enge kirchenpolitische Entscheidungen sich als besonders ‚revolutionär‘ meinen auszeichnen zu müssen und

159 Horst Dohle erläuterte parteiintern Anfang Juni diese Maßgabe. Seinen Ausführungen zufolge sei der Begriff „progressive Gruppierungen ... zu einer Zeit entstanden ... , in welcher ein anderes kirchenpolitisches Kräfteverhältnis vorhanden war. Damals waren diese Gruppierungen, insbesondere Weimarer Arbeitskreis, Weißenseer Arbeitskreis, Sächsische Bruderschaft unsere engsten Bündnispartner innerhalb der Kirche. ... Entscheidend für die Wirksamkeit der progressiven Gruppierungen und Gruppen war und ist eine klare Auffassung darüber, welche Rolle diese Kräfte innerhalb der Kirche spielen können. ... Es muss verhindert werden, dass die Gruppierungen Weimarer Arbeitskreis, Weißenseer Arbeitskreis und Sächsische Bruderschaft politisch übersteuert werden ... Die progressiven Gruppierungen müssen mehr als bisher Gesprächspartner der Kirchenleitungen sein.“ Vortrag von Gen. Prof. Dr. Dohle auf der thematischen Parteigruppenversammlung am 9.6.1987 zur Erhöhung der Wirksamkeit progressiver Gruppierungen in den Kirchen, SAPMO BArch, DO 4/816.

dadurch alle anderen Bezirke im Grunde als liberal diffamieren. ... Jede repressive Entscheidung im Staat-Kirche-Verhältnis empfinden diese [gläubigen] Bürger möglicherweise als eine Entscheidung gegen ihren persönlichen Glauben. ... Wir können uns diese Erfahrungen nicht zerstören lassen durch eine Argumentation, die in einer primitiven atheistischen Manier an die Stelle des Hauptinhaltes unserer Epoche den Kampf zwischen Materialismus und Idealismus setzt. Wir haben unsere Kirchenpolitik also von einem bündnispolitischen Ansatz her gestaltet und dabei bleibt es ... Wir müssen Schluss damit machen, negative politische Erfahrungen und Provokationen zum Maßstab unseres kirchenpolitischen Verhaltens zu machen. Die Genossen werden nicht dafür bezahlt, auf Provokationen hereinzufallen, sondern sie zu verhindern ... Die Hauptaufgabe besteht also darin, alle Bürger stärker an uns zu binden, die wirklichen Feinde aber zu erkennen – auch mit administrativen Mitteln, zu isolieren. Es geht nicht, dass man bei diesem Versuch ihnen noch schwankende Kräfte zutreibt.“

Bemerkenswert waren auch Gysis Erläuterungen zur Sicht seiner Dienststelle auf das Problem der „Randgruppen“, die im kirchlichen Raum siedelten:

„Für uns besteht die Lösung nicht darin, diese [Randgruppen] möglichst schnell aus der Kirche hinaus und damit in den Untergrund zu drücken, sondern sie im kirchlichen Raum unter Disziplin und Kontrolle zu halten. Neuerdings wird häufig auch von Genossen der Begriff Randgruppen aus dem kirchlichen Sprachgebrauch übernommen ... Dieser Begriff ist falsch; denn unsere Gesellschaft kennt keine Randgruppen, sondern bezieht alle ein. Wenn sich bei den Kirchen Homosexuelle ansiedeln, dann ist das kein kirchenpolitisches Problem, sondern ein Problem unserer Gesellschaft. Wenn wir den Kirchen das untersagen, drücken wir diese Gruppen völlig in die Illegalität ... Wir führen die Auseinandersetzung mit der Kirche nicht, wenn diese Leute dahin gehen, sondern erst dann, wenn sie sich die Kirche als Sprachrohr für Sozialismus-feindliche Ziele aussuchen. ... Wo wir nicht integrieren, formieren sich ... [die feindlichen] Kräfte außerhalb unserer gesellschaftlichen Strukturen ... Wir haben die Erfahrung machen müssen, dass wir mit administrativen Mitteln keine staatsbürgerliche Haltung ersetzen oder herbeizwingen können. [Politisch-ideologische Arbeit, Überzeugungsarbeit] führt zu heftigen innerkirchlichen Auseinandersetzungen, zu Differenzierung und Polarisierung. Aber nur dadurch sind letztendlich Positionsfortschritte in den Kirchen erreichbar und auf Dauer haltbar. Dieses Herangehen führt auch dazu, dass die erforderlichen Auseinandersetzungen nicht zwischen Staat und Kirche, sondern in den Kirchen stattfinden.“

Ohne Kenntnis dieses Auftritts von Gysi im Mdi gab der Bischof der EKBB, Dr. Gottfried Forck, am 18. Mai 1987 dem „Spiegel“ ein Interview zur Lage der evangelischen Kirchen in der DDR und zur staatlichen Kirchenpolitik.¹⁶⁰ Darin antizipierte er auf seine Weise das, was er eine „Veränderung“ dieser DDR-Kirchenpolitik seit 1978 nannte:

„Die Kirche ist heute viel stärker offiziell vom Staat anerkannt und beachtet. Der Staat versucht sogar, auch nach außen deutlich zu machen, dass man mit der Kirche in einer guten Beziehung zu leben wünscht ... Ich denke, dass die ursprüngliche Kon-

160 Vgl. auch die Berichterstattung von epd am 19.5.1987, SAPMO BAArch, DO 4/714. Die folgenden Zitate entstammen dem Nachdruck des Interviews im „Grenzfall“ 6/1987, Reprint S. 74ff.

zeption der SED sich als nicht realistisch erwiesen hat. Das Absterben der Kirchen ist nicht so erfolgt, wie man es erwartet hat. ... wir hatten gerade ein Gespräch mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen, in dem er uns dargelegt hat, dass nach seiner Sicht die Religion schon da war, bevor es eine Klassengesellschaft gab, und dass die Religion noch da sein wird, wenn es keine Klassengesellschaft mehr gibt.“

Ausgehend von der Annahme, dass diese kirchenpolitische Wende nicht taktischer, sondern grundsätzlicher Natur sei, benannte Forck die nach wie vor bestehenden Schwierigkeiten im Staat-Kirche-Verhältnis und hier an erster Stelle die seit sechs Jahren anhaltende Weigerung der staatlichen Stellen, mit der Kirche in einen Dialog über Fragen der Volksbildung einzutreten. Die Auffassung, hier hätte die Kirche keinerlei Ansprüche geltend zu machen, verbunden mit der staatlichen Erwartung, aus ihrem Monopol an weltanschaulicher Gestaltungsmacht die Akzeptanz des Marxismus-Leninismus bei allen Schülern ableiten zu können, erinnere an die Missionspraxis der Kirchen unseligen Angedenkens und deren Erwartung, dortige Schulung müsse alle Schüler in Christen verwandeln: „Der Staat übernahm hier bei uns, was er als schlechtes Vorbild von den Kirchen gelernt hat, genau mit der Erziehung der Jugend. Der Staat tut sich damit selber keinen guten Dienst. Er zieht Untertanen groß, aber keine Leute mit selbständiger Meinung.“

Hinsichtlich der immer noch vorkommenden, wenngleich abnehmenden, Diskriminierungen von Christen bei der Zulassung zum Abitur bzw. bei der Erlangung von Studienplätzen wegen ihres Bekenntnisses oder wegen ihrer Entscheidung für den Bausoldatendienst und der strafrechtlichen Verfolgung von Wehrdienstverweigerern habe man im Zusammenwirken mit Staatssekretär Gysi in 80% der Fälle „etwas erreichen können“. Nach wie vor trete die Kirche für einen zivilen Ersatzdienst und für eine Änderung der Praxis nicht begründungspflichtiger Behördenentscheidungen ein, ohne dies im Selbstverständnis einer gegenstaatlichen „Opposition“ zu tun, sondern als „unabhängige Vertrauensinstanz“ von Bürgern gegenüber dem Staat. Zum Evangelium gehörten „alle Bereiche des Lebens ... , das Leben in der Gesellschaft, im Staat“, weshalb es auch zu den Aufgaben der Kirche gehöre, Heimstatt für Andersdenkende, Künstler und Minderheiten zu sein, wenn diese dort geschäftsbereit blieben:

„Wir haben viele Gruppen in den Gemeinden, die manchmal bis zur Hälfte, manchmal sogar über die Hälfte besetzt sind von Menschen, die der Kirche gar nicht angehören, die sich selber als Marxisten verstehen, nicht im Sinne der SED, aber im weit gefassten Sinn. Wir werden in solchen Friedenskreisen, Menschenrechtskreisen oder Öko-Kreisen mit dafür Sorge tragen müssen, dass die zu Worte kommen mit ihren Meinungen, aber dass auch zu Worte kommt, was vom christlichen Glauben her zu sagen ist.“

Im Gegensatz zu Gysi sprach Forck von einer nach wie vor existierenden Doppelstrategie des Staates: Einerseits wolle er demonstrieren, „dass die Kirche im Sozialismus leben kann.“ Andererseits erwarte er, wie in der Volksbildung, dass alle Bürger überzeugte Marxisten seien. Forck vermutete, „insbesondere im Ministerium für Volksbildung gibt es bestimmte Leute, die haben von der Kehrtwendung der SED gegenüber der Kirche noch nichts mitbekommen.“

Am 21. Mai 1987 war dann Gelegenheit, die beiden Sichtweisen miteinander zu konfrontieren: Im Gespräch des Vorstands der KKL mit Gastgeber Gysi im Gästehaus Johanneshof bekräftigte BEK-Vorsitzender Dr. Werner Leich die Genugtuung der Synoden und Friedensgruppen in den evangelischen Kirchen über den Versuch Gorbatschows, die neue geschichtsphilosophische Einsicht einer „Absage an Geist und Logik der Abschreckung“ in die Praxis umzusetzen. Für diese Maxime gemeinsamer Sicherheit und gegen ständigen Rüstungswettlauf seien Synoden und Gruppen seit Jahren eingetreten. „Da zwischen Außen- und Innenpolitik ein unlösbarer Zusammenhang bestehe, könne das neue Denken nicht nur auf bestimmte Bereiche begrenzt werden. Das neue Denken müsse Eingang finden auch in den Schulbereich und in die Möglichkeiten des Verhaltens der Bürger zum Wehrdienst.“ Leich forderte unter anderem das Ende der Praxis einer Entmündigung der Bürger durch begründungslose Entscheidungen staatlicher Stellen, etwa in Reiseangelegenheiten, und durch die Presse- und Medienpolitik. Er kritisierte den Ausschluss der Öffentlichkeit bei Strafprozessen, die Diskrepanz der Strafmaße zwischen kriminellen und gegen den Staat gerichteten Delikten sowie die entwürdigende Härte bei Polizeimaßnahmen gegen Bürger und im Strafvollzug. Schließlich beklagte er das zurückhaltende Verhalten der Staatsorgane bei Eingaben von Bürgern zu grundsätzlichen (politischen) Problemen und die Behinderung des Dialogs zwischen Christen und Marxisten durch staatliche Stellen. Bischof Demke würdigte die Klärung von Einzelfällen der Benachteiligung von Kindern wegen ihres Glaubens im Bereich der Volksbildung, verwies aber auch auf Probleme in diesem Bereich. Namentlich müsse die Kirche an die staatliche Zusage von 1980 erinnern, die Nichtteilnahme am Wehrunterricht nicht zu bestrafen. Präses Gäbler dankte für die großzügige Behandlung der Totalverweigerer trotz deren nicht-gesetzeskonformen Verhaltens und wies auf den dauerhaften Ausweg in Gestalt der Einführung eines zivilen Ersatzdienstes hin. „Genosse Gysi wies den kirchlichen Vertretungsanspruch für alle Bürger konsequent zurück und forderte die Vertreter der KKL auf, den politischen Missbrauch der Kirchen zu unterbinden ... Staatssekretär Gysi schlug vor, zu aufgeworfenen Sachfragen Klärungen in Gesprächen auf Arbeitsebene herbeizuführen und die erreichten Ergebnisse dann in einem erneuten Gespräch mit dem Vorstand der KKL zu bilanzieren. Die kirchlichen Vertreter stimmten diesem Vorschlag zu.“¹⁶¹

Wie kompliziert sich die Verwirklichung der von Gysi offenbar angestrebten Praxis staatlichen Handelns nach dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit und geleitet von „nichtsektiererischem“ politischem Instinkt gegenüber nonkonformen Positionierungen im öffentlichen Raum tatsächlich gestaltete, ist beispielhaft einem Bericht in den „Umweltblättern“ über die Teilnahme von drei Demonstranten an der Massendemonstration zum 1. Mai 1987 zu entnehmen¹⁶²: Ausgestattet mit einer in ihrer Schlichtheit geradezu entwaffnenden Losung „Wir haben genug vom Rüstungsschwachsinn“ reihten sie sich in den Demonstrationszug ein, um sofort von der Kriminalpolizei mit einer Anzeige bedroht und von Angehörigen des MfS „zur Klärung eines Sachverhalts“ beiseite genommen zu werden. Diese allerdings teilten den Zugeführten nach Rückfrage bei ihrer Dienststelle mit, sie könnten mit ihrer Losung

161 Information vom 22.5.1987 über das Gespräch des Staatssekretärs mit dem Vorstand der KKL am 21.5.1987 im Gästehaus Johanneshof, SAPMO BArch, DO 4/417.

162 „... und es geschah auch am 1. Mai“, Umweltblätter Mai 1987, S. 13.

nun doch an der Kundgebung teilnehmen. Dem folgend, wurden die drei jedoch auf ihrem Weg von Ordnungskräften und Polizei beflissen wieder von der Straße geholt, woraufhin sie sich nach dem zweiten Vorfall dieser Art an die erwähnten „MfS-Sachverhalts-Klärer“ mit der Forderung nach „Begleitschutz“ vor der Polizei wandten. Tatsächlich sorgten zwei MfS-Angehörige kraft ihrer Ausweise für den Durchmarsch der drei hartnäckigen Demonstranten mitsamt ihrer Losung vorbei an der Tribüne mit den Staatslenkern, allerdings nicht, ohne dass der Begleitschutz selbst von besonders eifrigen beamteten Tugendwächtern für korrekten Friedenskampf handgreiflich bedrängt wurde, bis letztere die Identität der ungewöhnlichen MfS-Eskorte realisiert hatten. Man mag diese dubiose Episode der Teilnahme unabhängiger Demonstranten mit einer eigenen Losung an der offiziellen 1. Mai-Demonstration unter Begleitschutz des MfS für einen Vorboten einer anderen Episode erheblich größerer Tragweite halten (vgl. Abschnitt 4.15.2), bevor das MfS bewies, dass es bei vergleichbarem Anlass auch ganz anders konnte (vgl. Abschnitt 4.25).

4.9 „Gegenstimmen“

Nach dem umstrittenen Menschenrechtsseminar vom November 1986 entschloss sich ein Kreis aus Teilnehmern an der Vorbereitung dieses Seminars, die überwiegend auch zu der Minderheitengruppe des Streits um das gescheiterte Seminarprojekt des Vorjahres gehörten, als informelle Gruppe namens „Gegenstimmen“ weiterzuarbeiten. Die Gründungsmitglieder waren gleichzeitig in verschiedenen anderen Basisgruppen aktiv und gedachten, sowohl mit ihren in der Gruppe „Gegenstimmen“ erarbeiteten Positionen in diesen Gruppen aufzutreten, als auch die Anregungen aus ihrer Basisgruppenarbeit für die Diskussion in der Gruppe „Gegenstimmen“ aufzugreifen.¹⁶³ Der friedenspolitische Teil des in der Gruppe diskutierten Arbeitspapiers zur IFM-Parteitagseingabe und ein weiteres Diskussionspapier dieser Gruppe zu friedenspolitischen Fragen lag dem Seminar „Konkret für den Frieden“ Leipzig 1987 vor (vgl. Abschnitt 4.13). In der Folgezeit wurden in dieser Gruppe die vielfältigen Aktivitäten der „Gegenstimmen“-Mitglieder in ihren verschiedenen Arbeitszusammenhängen (Projekt „realsozialistische Arbeitswelt“ mit Fragebogenaktion, Projekt „Kirchentag von Unten“, Solidaritätsarbeit für Rumänien, Bildungskreis „Warschauer Vertragsorganisation“, „Energiepolitik und Atomkraftwerke“ ect.) debattiert. In öffentlichen Erklärungen meldete sich diese Gruppe häufig gemeinsam mit der „Umweltbibliothek“ und/oder der „Kirche von Unten“ sowie mit dem von ihr favorisierten Friedrichsfelder Friedenskreis zu Wort. Das MfS koordinierte künftig die operative Bearbeitung der als „trotzkistische Elemente“ rubri-

163 Reinhard Schult arbeitete ebenso wie Herbert Mißlitz und Vera Wollenberger beim Projekt „Kirche(ntag) von Unten“ (vgl. Abschnitt 4.11.2) mit. Mißlitz gehörte außerdem der UB an. Tina Krone arbeitete bei den „Frauen für den Frieden“. Vera Wollenberger sowie Wolfgang Wolf (IM „Max“) kamen ursprünglich aus dem Friedenskreis Pankow. Wolf ging 1986 zum Friedenskreis Friedrichsfelde, wo ebenso wie die oben genannten auch Silvia Müller und Thomas Klein tätig waren. Helga Wolf (IM „Mutter“) verblieb zeitweilig weiter im Friedenskreis Pankow. Marion und Roland Seelig engagierten sich in der Zionsgemeinde. Ab November 1987 kamen Katrin Bastian und Gunther Begenau hinzu. Die Gruppe war nicht offen; neue Mitglieder wurden auf Vorschlag und im Konsens der Gruppe aufgenommen.

zierten Akteure im Friedenskreis Berlin-Friedrichsfelde und der Gruppe „Gegenstimmen“ zwischen der HA XX/2 (OV „Korn“) und der BV Berlin (OV „Pazifist“).¹⁶⁴

4.10 Eine „realsozialistische Bürgerinitiative“: Basisarbeit im WBA

Neu und andererseits doch nicht so neu waren die Aktivitäten von Bernd Holtfreter (Teilnehmer an den informellen Diskussions- und Bildungskreisen, die von Mitgliedern der konspirativen Gruppen um Schult und Kleinert/Begenau organisiert wurden – vgl. Abschnitt 4.1.1) im Wohngebietsclub Oderberger Straße innerhalb des dortigen Wohnbezirksausschusses (WBA): In diesem Club wurde der Versuch unternommen, unter Umgehung der bürokratischen Strukturen staatlich kontrollierter Ausschussarbeit die Wohngebiets-Kultur- und Freizeitarbeit eigenständig zu organisieren. So waren in den zahlreichen Veranstaltungen Filme, Lyriker, Sänger zu erleben, denen die Öffentlichkeit ansonsten verbaut oder erschwert wurde. Es wurde Ökologearbeit geleistet und im Club fanden Diskussionen ohne Reglementierung der Thematik und des Verlaufs statt. Augenscheinlich nahm Holtfreter hier Formen der Eroberung öffentlicher Räume wieder auf, wie sie in den 70er Jahren durch die „Kulturopposition“ in Richtung der Jugendclubhäuser praktiziert wurden (vgl. Abschnitt 2.3). Holtfreter berichtete Anfang Juli 1987 im Vorbereitungskreis der oben erwähnten informellen Bildungskreise, dass die Wohnbereichsinitiative bisher von staatlicher Gängelerei (bis auf einige Bedenklichkeiten des Referats Erlaubniswesen hinsichtlich einiger Veranstaltungen) weitgehend verschont geblieben sei. Seine Wahl als WBA-Vorsitzender sei trotz Bestätigungspflicht seitens der SED und Kontrolle der Kandidatenvorschläge durch den Kreisausschuss der Nationalen Front erfolgt. Der WBA verwandele sich auf dem eingeschlagenen Weg de facto mehr und mehr in eine „Bürgerinitiative“, vergleichbar mit denen in westlichen Ländern. Die Arbeit profitiere von ihrem vollständig legalen Status, da sie nichts polizeilich anmelden müssten. Es gäbe staatlicherseits allerdings Interventionen bei bestimmten Vorhaben; so sei ihnen eine geplante Veranstaltung mit Stephan Krawczyk vom Rat des Stadtbezirks untersagt worden.¹⁶⁵ 1989 trat der Charakter dieser Unternehmung als Bürgerinitiative erstmals deutlich zutage: Als Verein „Entweder Oderberger“ machte sie erfolgreich mobil gegen den staatlich geplanten flächenhaften Abriss des Wohnungsbestands im Kietz zugunsten von Plattenneubauten. Die „Umweltblätter“ berichteten auch über ähnliche Pläne in der Rykestrasse. Auch nach der „Wende“ 1989 organisierte der Verein weiterhin bedrohte Bürgerinteressen im Kietz – nun gegen die neuen Eigentümer.

164 Einschätzung der politisch-operativen Lage vom 17.11.1988 für die Jahresplanung, MfS, HA XX/AKG, Arch.-Nr. 86, S. 93.

165 HA XX/2, Information über Zusammenkünfte des sogenannten Vorbereitungskreises einer trotzkistischen Gruppierung vom 3.7.1987, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 8, S. 257ff. Der Kreis erwog (trotz Skepsis hinsichtlich der Nachhaltigkeit einer von staatlichen Restriktionen freien Betätigung in einem WBA), sich mit Vorträgen an Veranstaltungen des Wohngebietsclubs zu beteiligen.

4.11 Bewegung im Kirchenschiff: Neugründungen 1986/87

4.11.1 Der Arbeitskreis Solidarische Kirche

Angesichts republikweit zunehmender amtskirchlicher Eingriffe in die Arbeit der Basisinitiativen und vermehrter Druckausübung auf kritische kirchliche Mitarbeiter wuchsen die innerkirchlichen Bestrebungen von Betroffenen in Richtung solidarischer Selbstbehauptung. Eine der Wurzeln dieser entstehenden innerkirchlichen Initiative war die von Vikaren auf dem Wittenberger Predigerseminar 1985 ergehende Aufforderung zur Erneuerung der institutionalisierten Kirche. Von Naumburg ausgehend verbreitete sich 1985 rasch die Idee einer Bestandsaufnahme der Situation kirchlicher Mitarbeiter und der dem Pfarrerdienstrecht unterworfenen Pastoren. Die autoritären frauenfeindlichen Strukturen und belastenden amtskirchlichen Reglementierungen von im kirchlichen Dienst Stehenden führten zu einer kollektiven Kritik an den kirchlichen hierarchischen Machtstrukturen sowie zu der Schlussfolgerung, sich organisiert zur Wehr zu setzen und den „Opfern dieser Amtskirche“ zu helfen. Denn eine gleichberechtigte Auseinandersetzung über kontroverse Standpunkte und unterschiedliche Interessen sei im kirchlichen Raum in der Regel nicht möglich. Außerdem wurde der Amtskirche ihr beflissenes, auf Ausgleich mit dem Staat bedachtes Agieren zugunsten der Sicherung des erreichten status quo vorgehalten.¹⁶⁶ Die auf der ersten Vollversammlung des „Arbeitskreises Solidarische Kirche“ (AKSK) am 7. Oktober 1986 verabschiedete Basiserklärung formulierte diese Kritik und gleichzeitig die Entschlossenheit, partnerschaftliche Kommunikation und alternative Lebenskultur zu pflegen sowie sich in der Gesellschaft für Emanzipation, Demokratisierung und Menschenrechte einzusetzen. Gemäß der am 2. Mai 1987 verabschiedeten Rahmenordnung agierte zwischen den Vollversammlungen der sich als kirchlicher Arbeitskreis verstehenden Vereinigung regionaler Basisgruppen ein Koordinierungsausschuss und arbeiteten Projektgruppen. So entstand mit dem AKSK ein weiteres DDR-weites Kontaktnetz. Der Basisgruppe Berlin gehörten Marianne Birthler (seit 1988 auch Mitglied der IFM), Martin König und Uwe Lehmann an. Im als Netzwerk funktionierenden AKSK arbeiteten vorwiegend kirchliche Mitarbeiter, aber auch kirchenungebundene Oppositionelle wie Freya Klier und Ludwig Mehlhorn.¹⁶⁷

Der AKSK bezog sich hinsichtlich seines Selbstverständnisses ausdrücklich auf den „konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“. Dieses an Bonhoeffers Idee von 1934 anknüpfende und von der DDR-Delegation auf der Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen 1983 in Vancouver vorgeschlagene weltweite Konzil wurde 1984 vom Ökumenischen Rat empfohlen und die aktive Beteiligung daran

166 „Oftmals erscheint das Verhalten der Kirche gegenüber dem Staat zu stark von der Sorge um die eigene Sicherheit, die eigenen Rechte und Privilegien bestimmt. Die Kirche kann aber ihrem Auftrag nur gerecht werden, wenn sie das Evangelium mit seinen gesellschaftlichen Bezügen ungeschützt zur Sprache bringt und lebt.“ Basiserklärung des AK Solidarische Kirche vom 7.10.1986, SAPMO BArch DO 4/1385.

167 Neubert 1997, S. 620ff.

1985 vom BEK beschlossen. In diesem konziliaren Prozess ging es um einen christlichen Bund gegen Rassismus, Sexismus, Militarismus, Unterdrückung der Kasten, Klassenherrschaft und Militarismus. Dabei seien „die Missstände der Wirtschaftsordnung, der Wissenschaft und der Technologie zu verurteilen, die den Mächtigen und Gewalten gegen das Volk dient.“¹⁶⁸ Dies machte deutlich, dass der AKSK sich nicht nur als eine innerkirchliche „Gewerkschaftsinitiative“ verstand, sondern ihre Aktivitäten durchaus in gesamtgesellschaftlichem Kontext angelegt sah.

Die Gründung des AKSK und die Entstehung der „Kirche von Unten“ waren der organisierte Ausdruck der Entfremdung von Teilen der kirchlichen Basis von der Amtskirche, wobei diese Teile nicht zufällig gerade deren staatskritische Strömungen ausmachten. Seit der Friedenskreis Friedrichsfelde im Dezember 1985 in seinem Diskussionspapier zur Politikfähigkeit der Unabhängigen Friedensbewegung (vgl. Abschnitt 3.2) erstmals diese Institutionenkritik an der Amtskirche in Zusammenhang mit dem politischen Verhältnis von Staat und Kirche brachte, war innerhalb der Friedensbewegung die Substanz dieser Entfremdung deutlich ausgesprochen worden. Damit überschritt diese Institutionenkritik den Gehalt der Ablehnung bürokratischer Verkrustungen und wurde zu einer politischen Kritik an einer Amtskirche, der jetzt auch ihr Opportunismus gegenüber dem Staat oder sogar Kollaboration mit ihm vorgeworfen wurde. Der AKSK war nun der organisatorische Ausdruck auch dieses Konflikts. Von daher war die Affinität des Netzwerks zu den politisch-alternativen Gruppen und zu der etwa gleichzeitig entstehenden „Kirche von Unten“ ebenso folgerichtig¹⁶⁹, wie der Argwohn der Partei- und Staatsorgane gegenüber dieser Vereinigung. Denn anders als jene staatsnahen „realistischen“ Gruppierungen innerhalb der Evangelischen Kirchen, auf die sich die weltliche Obrigkeit gerne bei ihrer Kirchenkritik zu stützen beliebte und die ebenfalls durchaus institutionenkritisch gegenüber der Amtskirche auftraten, handelte es sich beim AKSK auch um eine staatskritische Vereinigung. Michael Aust verweist darauf, dass im SfK durch Hauptabteilungsleiter Heinrich, gleichzeitig Offizier im besonderen Einsatz (OibE) des MfS zutreffend der gesamtgesellschaftliche Bezug des kirchenkritisch-oppositionellen Ansatzes beim AKSK konstatiert wurde, wogegen die Hauptabteilung XX des MfS vornehmlich die innerkirchliche Relevanz hervorhob, weshalb sowohl der AKSK als auch die seit Mitte 1987 entstehende Bewegung „Kirche von Unten“ (vgl. Abschnitt 4.11.2) vom MfS als vergleichsweise schädlicher für die Amtskirche, als für den Staat herausgesellt wurden.¹⁷⁰ Ohne dass gesagt werden kann, dass der gesellschaftliche

168 Ebenda, S. 617.

169 Die zweite Vollversammlung des AKSK im Mai 1987 setzte sich für das inzwischen auch seitens der Amtskirche mehr und mehr unter Druck geratenen Künstlerpaar Klier/Krawczyk ein (vgl. Abschnitt 4.23), solidarisierte sich mit dem bevorstehenden Kirchentag von unten (vgl. Abschnitt 4.11.2) und missbilligte das „Prinzip und die Praxis der Abgrenzung“ (vgl. Abschnitt 4.17).

170 Aust 1998, S. 92. Im Mai 1988 hieß es seitens des MfS: „Besonders die ‚Solidarische Kirche‘ versucht, Gruppierungen unter Nutzung kirchlicher Strukturen aufzubauen, die sich einerseits der vor allem inhaltlichen Kontrolle der Kirchenleitungen entziehen, aber sich andererseits des Schutzes der Kirche vor staatlicher Einflussnahme versichern, sowie [sich] deren materieller/räumlicher Möglichkeiten (einschließlich zur Publizierung eigener unkontrollierter Pamphlete) bedienen.“ Zur gegenwärtigen Situation auf dem Gebiet der Kirchen in der DDR, Schreiben des Ministers (Mielke) an die Leiter der Dienst-einheiten vom 30.5.1988, MfS, Arbeitsbereich Neiber, Arch.-Nr. 365, S. 90f.

Bezug des AKSK und der „Kirche von Unten“ (KvU) gefehlt hätte, ist die Kritik an der Amtskirche allerdings tatsächlich konstituierend für den Entstehungsursprung beider Gruppierungen und wenigstens beim AKSK anfangs auch weitgehend bestimmend für seine Arbeit gewesen. Es war jedoch folgerichtig, dass mit Festigung und Verstetigung beider Vereinigungen die Relevanz des Konfliktes mit Partei und Staat immer mehr in den Vordergrund trat. Nach der Verstetigung der Existenz von AKSK und KvU konkretisierte das MfS konsequenterweise seine Einschätzung der erheblichen operativen Relevanz beider Organisationen: Hier fände eine organisierte Emanzipation von inhaltlichen Kontrollen der Amtskirche bei Beibehaltung ihres Schutzes vor staatlicher Einflussnahme und anhaltender Nutzung der materiell-kirchlichen Basis statt. Der AKSK sei wie die KvU und der Fortsetzungsausschuss „Konkret für den Frieden“ Ausdruck von Versuchen, vollständig von Staat und Kirche unabhängige Zusammenschlüsse und Netzwerke zu bilden.¹⁷¹

Doch schon die Ordnung der Rechtsstellungen beider Vereinigungen zur Amtskirche sollte sich auf bezeichnende Weise als problematisch erweisen. Während die KvU später der Amtskirche die Anerkennung ihres Rechtsstatus als „Basisgemeinde“ abzutrotzen versuchte, scheiterten alle Anstrengungen des AKSK, ihre rechtliche Stellung als unabhängige Arbeitsgemeinschaft innerhalb des BEK zu erlangen: So wie gegenüber der revoltierenden KvU die Hinhaltenaktik angewandt wurde, sollte auch der Koordinierungsausschuss des sehr viel moderateren AKSK bei seinen diesbezüglichen Klärungsversuchen 1988 beim BEK erfahren, dass die Ablehnung zusätzlicher „Nebenstrukturen“ innerhalb des BEK amtskirchlicherseits vom Verdacht der Installierung politischer Strukturen unter dem Dach der Kirche gespeist war und so den staatlichen Argumentationsmustern verdächtig ähnelte.¹⁷² Insgesamt begünstigte die verfasste Kirche durch ihr Verhalten staatliche Anwürfe, die neuen Vereinigungen seien illegal.

Doch der AKSK war inzwischen eine Realität. Das sich entwickelnde weit verzweigte Netzwerk des AKSK (bis 1989 vereinigte es in 12 arbeitsfähigen Regionalgruppen bereits mehr als 400 Mitglieder) ermöglichte in der Folgezeit vielen oppositionellen Gruppen erweiterte Handlungsspielräume im kirchlichen Bereich.

4.11.2 „Kirche von Unten“

Die Versuche der OA von 1985/1986, als zu gründende „Offene Gemeinde“ der KL Räume abzurufen, standen bereits im Schatten der Verhandlungen der KL mit den staatlichen Stellen über die Durchführung des geplanten Berliner Kirchentags 1987: Der Staat stellte Bedingungen, verlangte eine innerkirchliche Disziplinierung der Basisgruppen, weshalb die Behausung eines neu entstehenden weiteren „Unruheherds“ OA weder in staatlichem noch in amtskirchlichem Interesse war. Weder eine demonstrative Konsistoriumsbesetzung noch der Hinweis auf offensichtlich vorhandene Möglichkeiten, wie auf die Nutzung der inzwischen frei werdenden Eliaskirche hinderte die KL daran, der Berliner OA die Luft abzdre-

171 Das aktuelle Erscheinungsbild politischer Untergrundtätigkeit in der DDR und wesentliche Tendenzen seiner Entwicklung, Studienmaterial Oktober 1989, MfS, VVS JHS o001-89/89, eingesehen im MDA, Reg.-Nr. PUT5.

172 Ebenda, S. 256ff.

hen. Im Verhandlungsmarathon dünnte die Teilnehmerzahl der OA immer mehr aus. Überdies wurde am 13.11.1985 durch Hauptabteilungsleiter Heinrich von der Arbeitsgruppe Kirchenfragen gegenüber Stolpe die Forderung nach der innerkirchlichen Disziplinierung von Pfarrer Eppelmann sowie der Pastorinnen Sengespeick und Misselwitz erhoben und die Bereitschaft zu Verhandlungen über das Kirchentagsprojekt an die Bereitschaft der Kirche zur Erfüllung von Abmachungen mit der staatlichen Seite geknüpft.¹⁷³ Als im November 1985 achtzig Totalverweigerer verhaftet wurden, machte dies auch die im gleichen Monat stattfindende Friedensdekade zum Thema¹⁷⁴ und eine Flut von Eingaben war die Folge. Die Verweigerer kamen nach vier Wochen wieder frei¹⁷⁵ und der staatliche Unmut gegenüber der Institution Friedensdekade war neuerlich angefeuert. Der für 1987 von der EKBB angestrebte Kirchentag bot den Staatsorganen angesichts der Tatsache, dass im gleichen Jahr die 750-Jahr-Feier Berlins stattfinden sollte, ein beachtliches Druckpotential in Richtung amtskirchlicher Disziplinierung von unliebsamen Basisgruppen und basisnahen kirchlichen Funktionsträgern.¹⁷⁶ Es ergab sich so unter anderem die Möglichkeit, auf diesem Wege die Friedenswerkstatt zu verhindern, die Bluesmessen zu domestizieren und der OA weiterhin eigene Räume vorzuenthalten, ohne dass die Staatsmacht selbst tätig werden müsste.¹⁷⁷ Das

173 Subklew-Jeutner 2000, S. 271, Wunder 1997, S. 222f.

174 Während die Kirchenleitung auf diskrete Verhandlungen setzte, entsprach die öffentliche Darstellung des Vorgangs durch den Pfarrer der Sophiengemeinde Passauer bei der Eröffnung der Friedensdekade den Vorstellungen der Basisgruppen. Begleitpapier für die Arbeitsgruppe „Wehrdienstverweigerung“ während des Menschenrechtsseminars November 1986 in Berlin-Friedrichsfelde, MDA, 7.9.1.

175 Obwohl es in den Folgejahren immer wieder zu Verurteilungen von Totalverweigerern kam, mussten sie in der DDR dann in der Regel keine Haftstrafen mehr verbüßen. Sie wurden zumeist nach der Erklärung ihrer Verweigerungsabsicht nicht mehr einberufen, hatten aber weiterhin berufliche Nachteile. 1986 bildete sich in Berlin der „Freundeskreis der Wehrdiensttotalverweigerer“ um den Diakon Michael Frenzel.

176 „Genosse Gysi und andere staatliche Gesprächspartner haben die Vertreter der Kirche nachdrücklich darauf hingewiesen, dass ... solche Vorhaben in Verbindung mit dem 750. Jahrestag der Stadt Berlin weder möglich noch notwendig sind. Einige provozierende Vorkommnisse der letzten Zeit haben bewiesen, dass die Kirchenleitung Berlin-Brandenburg keine Gewähr für einen politisch störungsfreien Verlauf derartiger Veranstaltungen ... bieten kann. So wurden z. B. die Zusagen der Kirchenleitung an staatliche Organe für einen ordnungsgemäßen Verlauf von ‚Friedenswerkstätten‘, ‚Blues-Messen‘ u. a. nicht eingehalten, sondern antisozialistische und antisowjetische Provokationen zugelassen.“ Zur Absicht der evangelischen Kirche, 1987 einen Kirchentag in der Hauptstadt zu veranstalten. Information des Magistrats, o. D., zitiert nach Wunder 1997, S. 221.

177 „Durch intensive Gespräche des Staatssekretärs, von Mitarbeitern unserer Dienststelle sowie beim Magistrat mit Vertretern der Kirchenleitung wurde erreicht, dass sich die politisch-realistischere Linie des Generalsuperintendenten in der Hauptstadt, Dr. Krusche, durchgesetzt hat. Die Kirchenleitung anerkennt, dass alle Kirchentagsveranstaltungen der besonderen Situation in der Hauptstadt während des Jubiläumsjahres Rechnung tragen müssen, vorrangig in kircheneigenen Räumen stattfinden, das inhaltliche Schwergewicht auf religiösen und kirchlichen Anliegen liegt und ein politisch konstruktiver Verlauf zu gewährleisten ist. ... Zur Absicherung der unmittelbaren Vorbereitung auf den Kirchentag und seiner Durchführung hat die Kirchenleitung eine Leitungsgruppe berufen, in der politisch loyale Amts-träger dominieren. Sie steht unter Leitung von Generalsuperintendent Dr. Krusche. ... Durch die Kirchenleitung werden Maßnahmen ergriffen, um die bekannten politisch negativen Kräfte im kirchlichen Raum in der Hauptstadt wirksamer zu disziplinieren und zu verhindern, dass einzelne Kirchentagsveranstaltungen politisch missbraucht werden. Diesem Ziel dient auch der Beschluss der Kirchenleitung 1987 keine Friedenswerkstatt durchzuführen. ...“ SfK, Information über den Stand der Vorbereitung

von Krusche 1986 „Denkpause“ genannte und von der KL verhängte Verbot der Friedenswerkstatt für das Jahr des Kirchentags 1987 (vgl. Abschnitt 3.4.2) zeitigte einen Protest der Basisgruppen, der auch in die Westpresse gelangte. Das von der KL gemachte Angebot an die Gruppen, sich im Rahmen des offiziellen Kirchentags zu betätigen, führte zur Forderung eines eigenen Kirchentagszentrums der Basisgruppen für die Inhalte Frieden, Ökologie und Menschenrechte, jedoch zeigte die KL keinerlei Bereitschaft, darauf einzugehen. Nun verließen eine Reihe von Gruppenvertretern im Frühjahr 1987 die Vorbereitungsgruppen des Kirchentags. Der FK Pankow, ein Teil des FK der Erlösergemeinde und die ESG blieben und nahmen dann am offiziellen Kirchentag im Rahmen der dort mit der staatlichen Seite verabredeten Restriktionen teil. Bei anderen Gruppen wie dem Friedrichsfelder FK, der Umweltbibliothek und der Gruppe Gegenstimmen begann ein Verständigungsprozess mit der OA über selbstgestaltete Alternativen. Die OA erwog, ein Kirchentagszentrum zu besetzen und es nach Ende des Kirchentags nicht mehr zu verlassen. Anfang März 1987 einigten sich Vertreter Berliner Friedenskreise und der OA bei einem Treffen in der UB auf die Einrichtung eines alternativen 12. Kirchentagszentrums, die Vorbereitung von Arbeitsgruppen und auf Aktionen während der Abschlussveranstaltung des Kirchentags. Die Entwicklung während der sich zuspitzenden Auseinandersetzungen mit der KL um Kirchentag, Friedenswerkstatt und Offene Arbeit führte erstmals zu einer produktiven Begegnung von Friedenskreisen (wie dem Friedrichsfelder), der Ökologiekreise (wie der UB), von Zweidrittelwelt- und Totalverweigererkreisen mit der ihnen zuvor weitgehend unbekanntem Offenen Arbeit. Während der republikweiten Vollversammlung der OA in der UB am 24.4.1987 wurden das Grundsatzpapier zu einem alternativen „Kirchentag von Unten“ (KtvU) sowie die Konstituierung der Arbeitsgruppen beschlossen. Die Verhandlungen der OA mit der KL wurden ausgesetzt bis zur Verabschiedung von Beschlüssen der KL, die der Forderung nach einem Gemeindehaus für die OA und der Basisforderungen nach Durchführung der Friedenswerkstatt entsprächen. Die zeitgleich stattfindende Synodaltagung der EKBB in Weißensee wurde von der Empore des Tagungsraums im Stephanusstift mit dem Grundsatzpapier „berieselt“, woher der Name „Fliegende Papiere“ für die weiteren Verlautbarungen des KtvU-Kreises stammte. Im „Flugpapier 1“ hieß es:

„Wir, eine Gruppe von Frauen, Männern und Kindern der Offenen Arbeit, aus Öko-, Friedens-, Frauen- und Zweidrittelweltgruppen werden in der Zeit vom 24. bis 28.6.[1987] einen Kirchentag von Unten gestalten. Wir machen den Kirchentag von Unten, weil wir unser Anliegen und uns nicht mehr in Kirchen/Gemeinden vorfinden. Ferner, weil unsere zentralen Anliegen, z. B. Friedenswerkstatt und Haus der Berliner Offenen Arbeit von der Kirche/Gemeinde an den Rand gedrängt werden, um ihre Repräsentationsveranstaltung zu inszenieren. Da zu dieser Zeit alle Kirchen ... in dieser Stadt in dieses kirchenoffizielle Spektakel einbezogen sind, werden wir ein Gemeindezentrum besetzen. Damit wollen wir deutlich machen, dass wir selbständig und eigenverantwortlich handeln müssen und können. ... Vor Jahren hat die Kirche einen wesentlichen Teil der Basis verloren, die Arbeiter. ... Die Kirche hat durch die Friedensbewegung noch einmal ihre Eigenständigkeit und Stärke erfahren. Jetzt jedoch ist – bedingt durch den ‚guten Dialog mit dem Staat‘ – ein Prozess in Gang, uns

des evangelischen Kirchentages (24.06.–28.06.1987) in Berlin, Hauptstadt der DDR, Vorlage vom 19.2.1987 für die Dienstbesprechung am 23.2.1987, SAPMO, BArch, DO 4/954.

verstärkt zu zensieren, zu korrigieren und zu begrenzen. Als Argument wird angeführt, dass man sich schließlich an die politischen Realitäten halten muss. ... Besser wäre es, wenn die Kirche/Gemeinde anfangen würde, sich auf die gesellschaftlichen Prozesse und Realitäten einzustellen. ... Hinter all dem steckt, dass sich die Kirche eine Struktur und Hierarchie aufgebaut hat, die jede Art von Spontaneität, Eigeninitiative und Selbstbestimmung aufgrund von angeblichen Sachzwängen beschneidet.
...¹⁷⁸

Auch der Anfang Mai im Gemeindezentrum am Fennpfuhl gegründete „Arbeitskreis Solidarische Kirche“ solidarisierte sich mit dem Vorhaben, zum offiziellen Kirchentag einen „Kirchentag von Unten“ stattfinden zu lassen.¹⁷⁹ Hinsichtlich der politischen Dimension des Konzepts eines „Kirchentags von Unten“ ging es um die Herausstellung des „inneren Zusammenhangs zwischen Friedens-, Umwelt-, Dritte Welt- und Minderheitsgruppen“. Hinsichtlich seiner autonomen theologischen Plattform handelte es sich um eine Absage an den „lutherischen, evangelikalen und pietistischen Alleinvertretungsanspruch“ der Amtskirche.¹⁸⁰ Die entschlossene Haltung der Basisaktivisten fand auch unter einigen Pfarrern Sympathie.¹⁸¹ Dagegen gingen Pfarrer Rainer Eppelmann, Ruth Misselwitz und auch andere oppositionelle kirchliche Verantwortungsträger wie Rudi Pahnke auf entschiedene Distanz zum „Kirchentag von Unten“. Die staatlichen Erwartungen im Rahmen des inzwischen erreichten weitgehenden Einverständnisses zwischen Staatsorganen und Amtskirche hinsichtlich des offiziellen Kirchentags und dessen Bedrohung durch Aktionen von Teilnehmern am „Kirchentags von Unten“ spiegelten sich in einer Einschätzung der HA XX/4 vom 13.5.1987 wieder:

„Bei den Maßnahmen zur Vorbereitung feindlich-negativer Aktivitäten im Zusammenhang mit dem ‚Kirchentag von unten‘ ist davon auszugehen, dass es sich bei dem Kirchentag der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg um eine staatlich genehmigte Veranstaltung handelt. Die staatlichen Organe haben mit der Genehmigung des Kirchentags die Verpflichtung übernommen, einen ungestörten Ablauf zu garantieren. ... Den Vertretern der Kirchenleitung der Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg ist im Rahmen der Arbeitsgespräche zur Problematik des Kirchentags eine Aufstellung derjenigen Personen zu übergeben, die aktiv an der Vorbereitung des sogenannten ‚Kirchentags von unten‘ beteiligt sind. Die Kirche ist zu veranlassen, auf der Grundlage der übergebenen Namenslisten definitiv zu erklären, bei welchen dieser Personen es sich um kirchliche Mitarbeiter oder von der Kirche beauftragte Laien handelt und für die die Kirche in jeder Hinsicht die volle Verantwortung zu tragen hat. Die Personen, welche durch die Kirche als nicht zur Kirche gehörig erklärt werden, sind verstärkt unter Kontrolle zu nehmen. Bei aktiven Handlungen, die das Staat-Kirche-Verhältnis belasten, sind offensive Maßnahmen zur Disziplinie-

178 Kirchentag von Unten, Flugpapier 1, Privatarchiv des Autors.

179 Berichterstattung von epd vom 5.5.1987. Zitiert nach SAPMO BArch DO 4/714.

180 Vgl. Rüdtenklau 1992, S. 91. Auf die lutherische „Zwei-Welten-Lehre“ wurde zuweilen auch von den obrigkeitsergebene „Weißenseer Blättern“ gegenüber kirchlichen Kreisen in Transmission staatlicher Erwartungshaltungen an eine unpolitische Kirche verwiesen.

181 So sollen die Pfarrer Hilsberg (Golgatha-Gemeinde) und Schneider (Andreas-Marcus-Gemeinde) jeweils geäußert haben, sie würden eine Besetzung ihrer Kirche billigend in Kauf nehmen oder sogar solidarisch mittragen. Aust 1998, S. 93.

*rung durchzuführen. Die staatlichen Organe schreiten bei aktiven Handlungen von Personen, die der Kirche zugehörig sind, nur nach ausdrücklichem Ersuchen durch die Kirchenleitung ein.*¹⁸²

Die Akteure des alternativen Kirchentags waren augenscheinlich nicht mehr bereit, sich weiter hinhalten zu lassen.¹⁸³ Am 14.5.1987 forderten die Organisatoren des KtvU auf ihrem Vorbereitungstreffen von den anwesenden Stolpe und Stadtjugendpfarrer Hülsemann die Bereitstellung eines Gemeindehauses mit Freifläche im Stadtzentrum und kündigten an, eines zu besetzen, wenn dies verweigert würde. Nach dieser Eröffnung wurden Stolpe und Hülsemann zum Verlassen des Vorbereitungstreffens aufgefordert. Die offenen Vorbereitungskreise waren inzwischen von ursprünglich 15–20 Berlinern und einigen wenigen aus den Bezirken auf bis zu 150 Teilnehmern aus Berlin, Halle, Leipzig, Saalfeld, Jena, Dresden, Rudolstadt, Karl-Marx-Stadt, Eberswalde, Greifswald und Ludwigslust angewachsen.¹⁸⁴ Für die bevorstehenden Aktionen wurden die Gemeinde des FKFF und die UB als Treffpunkte der aus der Republik anreisenden Unterstützer des KtvU und der Berliner Organisatoren festgelegt.

Krusche und Stolpe reagierten im Namen der KL auf die Beunruhigung der staatlichen Seite mit dem Hinweis an die Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen, dass die Kirche im Gegensatz zum Staat über keine Machtmittel verfüge, man sich aber um eine Verhinderung bzw. „Kanalisation“ eventueller Besetzungsaktionen bemühen werde. Zu überlegen sei, wie die Gruppen, „die ihr Spektakel haben wollten“ (und zu denen auf keinen Fall der FK Pankow gehören würde) von den anderen getrennt werden könnten. Käme es doch zu einer Besetzung, so solle kein Polizeieingriff erfolgen und die Besetzer müssten von der Straße weg in die Kirche geholt werden. Stolpe vereinbarte regelmäßige Konsultationen zwischen der Dienststelle des Staatssekretärs und der Kirchenleitung.¹⁸⁵ Doch Gysi ließ sich nicht beschwichtigen und ging zu Drohungen über. In Vorbereitung des am 19.6.1987 geplanten Gesprächs mit Bischof Forck, Generalsuperintendent Krusche und Konsistorialpräsident Stolpe formulierte Gysi bezüglich der „uns gemeinsam bekannten politisch negativen Gruppen und Personen im kirchlichen Raum, ... ob sie nun ‚Kirchentag von unten‘, ‚Frauen für den Frieden‘, ‚Aktion solidarische Kirche‘ oder anders heißen“, eine Reihe von angedrohten Konsequenzen:

„Ihr Ziel ist es, den Kirchentag massiv zu missbrauchen, vor geöffneten westlichen Kameras die politischen Verhältnisse in der DDR zu verleumden, den Anschein zu

182 Vorschläge zur Unterbindung feindlich-negativer Aktivitäten zum Kirchentag der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg vom 13.5.1987, HA XX/4, Dokument der ZMA zum Kirchentag von unten während des Ev. Kirchentags Berlin-Brandenburg, MDA, zitiert nach Wunder 1997, S. 235f.

183 In ihrem „Fliegenden Papier 2“ vom Mai 1987 erklärte die Initiative „Kirchentag von Unten“ rückblickend: „Alle überregionalen Basisinitiativen wurden kirchenbürokratisch zu kontrollieren oder gleich ganz zu verhindern versucht. Wir meinen, dass wir viel zu lange nur sach- und themenbezogen gearbeitet haben, immer wieder unser Anliegen rechtfertigen mussten, sehr tolerant mit der Kirchenbürokratie umgegangen sind ... Wir möchten allen, die an der Kirche, so wie sie ist, leiden, Mut machen, mitzudenken, mitzuhandeln, sich zu solidarisieren.“ Kirchentag von Unten, Fliegendes Papier 2, Mai 1987, Privatchiv des Autors.

184 Bericht zum Kirchentag von Unten, o. D., Privatchiv des Autors.

185 Information über ein Gespräch mit Vertretern der Kirchenleitung der Ev. Kirche in Berlin-Brandenburg zum Kirchentag, 25.5.1987, zitiert nach Wunder 1997, S. 237f.

erwecken, dass es in der DDR politische Unruhen gäbe ... Aus einem Kirchentag als ‚Tag für die Kirche‘ soll ein ‚Spektakel gegen besonnene Kräfte in der Kirche und gegen die sozialistische Gesellschaft in der DDR‘ gemacht werden. Das Ganze ist verbunden mit massiven Angriffen gegen die Kirchenleitung. Wenn man kirchlicherseits von vornherein defensiv davon ausgeht, dass man nichts oder wenig dagegen tun kann, spielt man mit den Staat-Kirche-Beziehungen, in denen solche Belastungen zur eigenen und öffentlichen Einengung des kirchlichen Wirkungsfeldes führen könnten ... Störmanöver der Gruppen unten oder Provokationen von außen verletzen in jedem Fall den mit uns abgesprochenen Charakter des Treffens. Diese zugesagte Konzeption war aber die Grundlage für die großzügige Unterstützung der staatlichen Organe zum Kirchentag ... Das ständige Hinausgehen über die ursprünglichen ... Festlegungen ... hat bewirkt, dass ... die Veranstaltung in hohem Maße anfällig geworden ist für Provokationen, politischen Missbrauch und Missdeutungen ... Geplant sind Sprechchöre, Transparententrollungen, Radauszenen ... Zu klären ist auch die Zusammensetzung des Publikums beim Forum zum Konzil des Friedens oder bei der Veranstaltung zum KSZE-Prozess ... Hier sollten schnell verbindliche Lösungen mit Einlasskarten u. ä. gefunden werden ... Ich fordere Sie ... auf, alle ... Veranstaltungen ... die nicht ausgesprochen religiösen Charakter haben, abzusagen oder zu verhindern. Dort, wo wir manches großzügig übersehen haben, werden wir nunmehr die VAVO voll durchsetzen und auf strafrechtliches Handeln auch entsprechend reagieren. ... Vor allem sind die Varianten einer Reaktion der Kirchenleitung auf eine Kirchenbesetzung nicht mehr ausreichend. ... Alle diese Aktionen sind auch daher besonders gefährlich, weil die Aktionen ‚Kirchentag von unten‘ als ‚Kirche von unten‘ nach dem 28. Juni 1987 fortgesetzt werden sollen ... Wenn es mit den Rahmenveranstaltungen und sogen. Basisgruppen so bleibt, dann (wird) ... auf unserer Seite das administrative Element verstärkt ... Das liegt nicht in unserem Interesse, aber vor allen Dingen liegt es nicht in ihrem Interesse. ... Wenn die bisher angekündigten Störaktionen ... nicht verhindert werden, ... würden sich die Wirkungsmöglichkeiten der Kirche Berlin-Brandenburg unter Umständen einengen. Die Kirchenleitung muss jetzt zu Entscheidungen kommen, auch wenn sie bei verschiedenen Leitern unpopulär sind ... Alles was sich gegen die DDR richtet, richtet sich auch gegen die Kirche selbst ... Wir werden die Kirchenleitung über ... Entwicklungen auf dem Laufenden halten, ihnen die Ergebnisse mitteilen und sie so in die Lage versetzen, notwendige Schlussfolgerungen zu ziehen und Maßnahmen zu ergreifen. Wie haben gemeinsam ein großes Interesse daran, dass im Ergebnis des Kirchentags eine neue Etappe im konstruktiven Zusammenwirken von Staat und Kirche in der Hauptstadt der DDR anfangen wird.“¹⁸⁶

Im Juni 1987 erfuhr die Kirchenleitung von der Absicht der Organisatoren des KtvU, die Pfingstkirche zu besetzen.¹⁸⁷ Angesichts der staatlichen Drohungen bat Bischof Forck umgehend die Pfingstgemeinde, ihre Kirche für zwei Tage an den „Kirchentag von Unten“ abzutreten. Den Organisatoren wurde einige Tage später mitgeteilt, dass ihnen das Gemein-

186 Konzeption vom 18.6.1987 zum Gespräch Gysis mit Bischof Dr. Forck, Generalsuperintendent Dr. Krusche und Konsistorialpräsident Stolpe am 19.6.1987, SAPMO BArch, DO 4/417.

187 Wunder 1997, S. 239f.

dehaus und der Hof zur Verfügung stünden. Am Einspruch der dort auch beheimateten katholisch-apostolischen Gemeinde scheiterte die Nutzung des eigentlichen Kirchengebäudes, weshalb der Zutritt zu den Jugendräumen verwehrt blieb, welche die Berliner OA nach dem Kirchentag eigentlich okkupieren wollte.

Während die Veranstaltungen des „Kirchentags von Unten“ offen für alle Interessenten waren, war der Zutritt zu den Tagungen der 11 Arbeitsgruppen des am 24.6.1987 beginnenden offiziellen Kirchentags der EKBB an die Verfügung über eine Eintrittskarte gebunden, und die dortigen Diskussionen verliefen ausschließlich intern ohne Beteiligung von Massenmedien. Dagegen beschloss die erste Mitarbeiterversammlung des KtvU, dass Medienvertreter nicht eingeladen, aber auch nicht abgewiesen würden. Offizielle Erklärungen gegenüber den Medien gäbe es nur zur Pressekonferenz am letzten Veranstaltungstag.¹⁸⁸ Im Verlauf des „Kirchentags von Unten“ vom 26.6.–27.6.1987 wurde trotz vorbeugender staatlicher Maßnahmen, wie der Verhängung von „Berlin-Verboten“ gegenüber einigen potentiellen Teilnehmern aus den Bezirken, der Andrang so groß, dass in prekärer Lage nach Vermittlung der Kirchenleitung auch die Räume der Gemeinde in der Galiläakirche für die Veranstaltungen des KtvU genutzt wurden. Die vorbereiteten Themen der zweitägigen Veranstaltungen kreisten um Fragen der Offenen Arbeit, erörterten die Bewegungen in Osteuropa, den Widerstand in Südafrika, Berichte aus Nicaragua, Strafrecht in der DDR, die Arbeitswelt in der DDR und das Recht auf Arbeit. Die von Mitgliedern der Gruppe Gegenstimmen und des FKFF bisher erzielten Ergebnisse ihrer laufenden Untersuchungen zur „realsozialistischen Arbeitswelt“ wurden auf dem „Kirchentag von Unten“ vorgestellt, während das Basismaterial dieser Analysen in Form von Fragebögen unter Nutzung der Veranstaltungen des offiziellen Kirchentags vergrößert wurde (vgl. Abschnitt 4.12). Es tagten Arbeits- und Diskussionsgruppen, so zum Strafrecht in der DDR und zum Umgang mit den Behörden sowie zu Atomstrom und alternativer Energiegewinnung. Unter dem Thema „Mit Jesus ist kein Staat zu machen“ und „Jesus ist Anarchist“ wurde die Diskussion um eine Basisgemeinde „Kirche von Unten“ verbunden. Hinzu kamen Informationsstände zur Energiepolitik in der DDR, Stadtökologie und zur Arbeit der Umweltbibliothek sowie der Solidarischen Kirche. Die „Initiative für Frieden und Menschenrechte“ und der „Arbeitskreis solidarische Kirche“ stellten sich vor. Daneben gab es mehrere Konzerte, Vorstellungen von Liedermachern (Eckehard Maaß mit Liedern von Okutschawa, Stephan Krawczyk mit seinem Programm „Wi(e)derstehen“ sowie Wolfgang Mahel), Theatervorstellungen und Lesungen. Insgesamt besuchten 4–6 000 Teilnehmer den „Kirchentag von Unten“. In dem vereinbarten öffentlichen Gespräch der Kirchenleitung am 27.6. mit Initiatoren des KtvU wurde Forck vor 500 Zuhörern vorgehalten, hier habe sich eine mündige Basis angesichts ihrer Behandlung als unmündig durch die KL zusammengefunden. Sprecher der Gruppen übten Kritik an den riesigen (finanziellen) Aufwendungen für den offiziellen Kirchentag. Die KL habe zwar gelernt, mit dem Staat zu verhandeln; es falle ihr aber schwer, dies mit Teilen ihrer Basis zu tun. Der Thüringische Pfarrer Walter Schilling warnte im Namen der Offenen Arbeit, die Kirche verliere so die Gruppen und damit ihre Zukunft.¹⁸⁹ In der Abschlusserklärung des KtvU hieß es: „Die Arbeit der Kirche von Unten geht weiter. Wir sind eine Solidargemeinschaft, die wachsen und ihre Form finden wird. Wir sind offen

188 Bericht zum Kirchentag von Unten, o. D., Privatchiv des Autors.

189 Berichterstattung von epd vom 29.6.1987 über den Kirchentag von unten, SAPMO BArch, DO 4/714.

für Menschen aus Friedens-, Öko-, 2/3-Weltgruppen ... In diesen Tagen wurde deutlich, dass sich eine neue Gemeinde gebildet hat, die dringend ein eigenes Gemeindezentrum braucht.“ Als die KL beschloss, den Vertretern des KtvU keine Redezeit auf der Abschlussveranstaltung des offiziellen Kirchentags einzuräumen, besuchten ca. 300 Teilnehmer des KtvU, behindert durch sowohl staatliche als auch amtskirchliche Ordnungskräfte, mit eigenen die Amtskirche kritisierenden Transparenten diese Abschlussveranstaltung. Staatlicherseits wurde erleichtert vermerkt, dass die dort gezeigten Losungen der „Störenfriede“ vom alternativen Kirchentag überwiegend gegen die amtskirchliche Hierarchie gerichtet waren und nur zwei als Angriff auf die Staatspolitik („Glasnost in Staat und Kirche“, „Wir fordern sozialen Friedensdienst“) gelten konnten. Nach Abschluss des Kirchentags feierten Magistrat und Kirchenleitung erleichtert ihr vermeintlich erfolgreiches Einvernehmen bei der Verhinderung von Störungen des offiziellen Kirchentags.¹⁹⁰

Der „Kirchentag von Unten“ entfaltete eine bemerkenswerte Dynamik und stärkte das Selbstbewusstsein von Basisinitiativen, ihre eigene Arbeit nicht nur in Abwehr- und Selbstbehauptungskämpfen gegenüber Staat und Amtskirche erschöpfen zu müssen. Dass die Staatsorgane der DDR angesichts „der Absicht, einen Kirchentag von Unten mit einer gewaltsamen Besetzung eines kirchlichen Gebäudes zu eröffnen“, nicht mehr gewillt waren, dies „als innere Angelegenheit der Kirche selbst, sondern als Störung der Staatsordnung zu behandeln“, hat „nach Einschätzung von Klein ... die offizielle Kirchenleitung ... genötigt, diesem sogenannten Kirchentag von Unten ein offizielles Kirchengebäude zur Verfügung zu stellen“. Diese Entwicklung habe die Kirchenleitung so sehr verunsichert, dass entgegen den Intentionen von Staat und Kirche die solcherart gefestigte Stellung der Gruppen gegenüber der Kirchenleitung in Bälde zur dauerhaften Bereitstellung von Räumen für die Offene Arbeit führen werde.¹⁹¹ Tatsächlich resümierte die Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen in Auswertung des Kirchentags: „Die Störungen von Kirchentagsveranstaltungen durch Vertreter des ‚Kirchentags von unten‘ und ein zweitägiges provokatives Kontrastprogramm in der Pfingstkirche lieferten Korrespondenten westlicher Massenmedien Material für eine ... den realen Verlauf des Kirchentages verfälschende, gegen die sozialistische Gesellschaft und die Staat-Kirche-Beziehungen gerichtete Berichterstattung [Es] ... muss eingeschätzt werden, dass Kirchenleitung und Kirchentagsausschuss sich gegenüber den Forderungen des ‚Kirchentags von unten‘ zu nachgiebig zeigten, dadurch erpressbar wurden und Provokationen nicht entschlossen genug entgegengetreten wurde. Das Zurückweichen ... ist auch auf das Fehlen politischer Weitsichtigkeit bei Bischof Dr. Forck zurückzuführen ... Der Kirchentag hat gezeigt, dass massiver Druck der politisch negativen Kräfte die Kirchenleitung zum Nachgeben zwingen kann. Wird dieser Entwicklung nicht energisch entgegengewirkt, besteht die Gefahr, dass sich die politischen Positionen und das politische Kräfteverhältnis in der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg in negativer Hinsicht verschieben.“¹⁹²

190 Aust 1998, S. 102f.

191 HA XX/2, Bericht vom [IM] Gerhard Unger über ein Gespräch mit Thomas Klein am 5.8.1987, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 8, S. 287.

192 Information über den Verlauf des Kirchentages der EKBB in der Hauptstadt der DDR, Berlin, vom 24.6. bis 28.6.1987, SAPMO BArch, DO 4/417. Diese Einschätzung zeigte, dass sich Gysi nicht durch

Die „Fliegende Abschlusserklärung“ der Initiatoren des KtvU verkündete, dass die Initiative als „Kirche von Unten“ (KvU) weiterarbeiten werde. Ab Herbst 1987 wurden die etwa vierteljährlich stattfindenden republikweiten Vollversammlungen der KvU zu einem Vernetzungsbeitrag hinsichtlich der schnellen Information zwischen den Regionen über die aktuelle Lage. Wichtige MitarbeiterInnen der KvU waren Katharina Harich, Silke Ahrens, Vera Wollenberger, Uwe Kulisch, Reinhard Schult und Herbert Mißlitz. Die Berliner OA, sich nun als Teil der sich bildenden KvU verstehend, umfasste inzwischen wieder weit über 100 Sympathisanten überwiegend aus dem Friedrichshain bei einem stabilen Kern von ca. 20 Personen. In der Folge engagierte sich die OA im Rahmen der KvU überregional z. B. in Gestalt ihrer Solidaritätsaktionen für die Hetzjagd der Staatsorgane auf die Punks in Dresden 1988. Der Kampf der heimatlosen Berliner OA um Arbeitsräume sollte nach dem KtvU nicht mehr als Fortsetzung von Verhandlungen mit der hinhaltenden KL weitergehen (vgl. Abschnitt 3.3.1). Dem Konsistorium wurde Ende September 1987 neuerlich ein unverhoffter Besuch abgestattet und die Beschlusslage der OA mitgeteilt: Unter Berufung auf das „Fliegende Papier Nr. 6“ der KvU vom Juni 1987¹⁹³ wurden die Verhandlungen der OA mit der KL um ein Haus der Berliner OA für beendet und die OA als Teil der KvU erklärt sowie die Forderung der KvU als offene Gemeinde nach einer „Offenen Kirche“ bekräftigt. Bis Ende des Jahres 1987 sollte die KL der KvU ein solches Objekt benennen und alle in diesem Zusammenhang notwendigen Gespräche und Verhandlungen öffentlich führen.¹⁹⁴ Für weitere Stärkung des Selbstbewusstseins sorgte die republikoffene Werkstatt „neuer Wein in alten Schläuchen“ der Offenen Arbeit in der Sophienkirche am 11./12.9.1987, bei der auch wieder Stephan Krawczyk auftrat.¹⁹⁵

Das Verhältnis zur Kirchenleitung und ihrer im Juli 1987 gebildeten amtskirchlichen Arbeitsgruppe zur Offenen Arbeit blieb angespannt: Das Gesprächsangebot des Bischofs an die OA vom 31. Juli 1987 nahm in deren Namen nun im September die KvU an und benannte ihre Erwartungen, Themen und Rahmenbedingungen für dieses nach ihrer Auffassung öffentlich zu führende Gespräch über die „Zukunft der Kirche“: Hier sollte über die Möglichkeiten einer Herstellung der Unabhängigkeit von westlichen Zuwendungen, über die Rolle der kirchlichen Bürokratie und über das Bild des Christen in der KL diskutiert werden.¹⁹⁶ Als der Bischof im Oktober der „sogenannten Kirche von Unten“ antwortete¹⁹⁷ und in seinem Brief deren Gesprächsangebot umzuinterpretieren versuchte und die Rahmenbedingungen veränderte, wies die KvU dieses zurück und lehnte ein solches Gespräch

eine Mitteilung von Heinrich Finck während des laufenden Kirchentags irreführen ließ: Dieser „Kirchentag von unten“ sei eine Nebensächlichkeit, harmlos, veranstaltet von einer Gruppe, die von den Westmedien „gesponsored“ würde. Notiz des Protokollbeauftragten vom 26.6.1987 über ein Telefongespräch Professor Dr. Heinrich Fincks mit Staatssekretär Gysi, SAPMO BArch, DO 4/417.

193 Kirchentag von Unten, Fliegendes Papier 6. Juni 1987, Privataarchiv des Autors.

194 Mitteilung der Kirche von Unten (Berliner Gruppe) vom 23.9.1987 an die KL und das Konsistorium, MDA, 6.1.3.3.2.1.1., Reg.-Nr. 1773.

195 Der geschäftsführende Pfarrer Passauer von der Sophiengemeinde verteidigte beim Magistrat in Gestalt von Stadtrat Hoffmann die Veranstaltung gegen die wütenden Vorhaltungen, dass „die Sophienkirche ... zum Sammelplatz von Leuten“ werde, die „ein gestörtes Verhältnis zum Staat, zur Gesellschaft und zu den gesellschaftlichen Normen“ hätten, Aust 1998, S. 110.

196 Erklärung der KvU vom 23.9.87. MDA 6.1.3.3.2.1.1., Reg.-Nr. 1775.

197 Am 19.10.87 lud Forck zum Gespräch am 5.11.87 in die Hoffnungskirche Berlin-Pankow ein. MDA 6.1.3.3.2.1.1., Reg.-Nr. 1774.

ab. Beim anberaumten Gesprächstermin in der Pankower Hoffnungskirche am 5.11.1987 verließen viele trotzdem erschienene Vertreter der KvU unter Protest gegen die restriktive Gesprächsführung von Forck und Stolpe die Kirche.¹⁹⁸ Am 23.11.1987 bat Konsistorialpräsident Stolpe in einem Brief an die KvU-Mitglieder Reinhardt Schult, Uwe Kulisch und Herbert Mißlitz um ein Gespräch mit der KvU, wobei der Ort und der teilnehmende Personenkreis von der KvU bestimmt werden könnten.¹⁹⁹ Diese Zusammenkunft von 25 Mitarbeitern der KvU mit Konsistorialpräsident Stolpe fand am 15.12.1987 statt. Die Bedingungen, welche Stolpe namens der KL für die Anerkennung der KvU als Basisgemeinde übermittelte, wurden letztlich unter der Voraussetzung akzeptiert, dass deren Erfüllung keine Einschränkung ihrer Eigenständigkeit nach sich ziehen dürfe. Es waren dies die Tätigkeit eines Pfarrers oder Diakons des Vertrauens der KvU als theologischer Begleiter, die Benennung eines verhandlungsfähigen Bevollmächtigten der KvU-Gemeinde und die Ausarbeitung einer theologisch tragfähigen Satzung der Basisgemeinde. Die Frage der Räume für die KvU blieb vorerst weiterhin offen.²⁰⁰

Mit der Ende 1987 absehbaren Konsolidierung und Verstetigung der KvU sowie einer sich abzeichnenden republikweiten Ausdehnung²⁰¹ fand sich die KvU bei den Sicherheitsorganen auf deren Agenda der Planung operativer Maßnahmen für das Jahr 1988. Im Aufgabenbereich „Bearbeitung überörtlicher Zusammenschlüsse negativer Personenkreise“ der Berliner Bezirksverwaltung des MfS, Abteilung XX, hieß es im Dezember 1987, die KvU sei ein „ernstzunehmender Versuch, eine legale Organisationsform oppositioneller Kräfte unter Ausschließung disziplinierender Einflüsse der Kirchenleitung und sogenannte Basisgruppen auch ohne religiöse Bindung zusammenzuführen.“ Dieser „sich neu herausbildende Personenzusammenschluss“ war somit ihrem Charakter nach als „Form politischer Untergrundtätigkeit“ operativ zu bearbeiten.²⁰² Hier bildete sich eine formal kirchliche, tatsächlich jedoch kontrollfreie autonome zahlenmäßig starke Gruppierung, die radikal gesellschafts- und kirchenkritisch auftrat, stark aktionistisch orientiert und wegen ihrer konsequent basidemokra-

198 Erklärung der Kirche von Unten vom 5.11.1987, Privatarchiv des Autors. Vgl. auch die Erklärung der Mitarbeiterversammlung der KvU vom 31.10.87 zum geplanten Gespräch mit der KL. Hier hieß es, „Die Offene Arbeit ist ein Teil der KvU. ... Die Kirchenleitung scheint die Existenz der Kirche von Unten nicht anzuerkennen, da sie im Brief des Bischofs vom 19.10.87 von der ‚sogenannten‘ Kirche von Unten spricht. Die in diesem Brief vorgeschlagenen Fragen und Rahmenbedingungen entsprechen nicht unseren Vorschlägen.“ Die Mitarbeiterversammlung konstatierte eine Verdrehung des Inhalts ihrer Fragen. Mit der Ablehnung des Gesprächsangebots verband die Mitarbeiterversammlung ihre weitere Gesprächsbereitschaft zu den von der KvU formulierten Inhalten, MDA, 6.1.3.3.2.1.1., Reg.-Nr. 1776.

199 MDA, 6.1.3.3.2.1.1., Reg.-Nr. 1777.

200 Information vom 18.12.1987 über eine Zusammenkunft von Vertretern der KvU und Konsistorialpräsident Stolpe am 15.12.87, MfS, BV Berlin, Abteilung XX/4; HA XX, AKG/K, Reg.-Nr. 829/88.

201 Es bildeten sich 1987/88 mehr als zehn Regionalgruppen in den größeren Städten der DDR. Bis März 1988 trafen sich diese Gruppen zu insgesamt 10 Vollversammlungen, davon zwei außerhalb Berlins. Aust 1998, S. 253. Bei den Sicherheitsorganen fanden neben der KvU Berlin die Regionalgruppen in Halle, Potsdam und Jena besondere Beachtung. Anlage zur Information Nr. 150/89 über beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlich-negativer und oppositioneller Kräfte in personellen Zusammenschlüssen, o. D. (1.6.1989), MfS, HA XX/AKG, Arch.-Nr. 849, S. 82.

202 Arbeitsplan der Abteilung XX der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit Berlin vom 16.12.1987, MfS Berlin XX, Reg.-Nr. 2486.

tischen Strukturen schwer manipulierbar war – die kurzum durch das MfS schwer bekämpft werden konnte. Dies galt im besonderen Maße wegen der KvU-Verankerung im alternativen jugendkulturellen Milieu. Die Unberechenbarkeit künftigen Agierens der KvU für die Sicherheitsorgane entsprang dabei nicht aus deren sehr übersichtlichen und stabilen „staatsfeindlichen“ politischen Positionierungen, sondern ihrer unkonventionellen „spontaneistischen“ Praxis, welche die MfS-Mitarbeiter zum Teil überhaupt nicht nachzuvollziehen imstande waren. Im Winter 1987/88, als die Konstituierung der Berliner KvU in eigenen Räumen noch ungewiss war, gab die Berliner BV als operative Zielstellung auch prompt die „Verhinderung der Bildung eines eigenen Gemeindezentrums“ aus. Zwei weitere Zielvorgaben, nämlich die „Lenkung der KvU auf innerkirchliche Probleme“ und die „Unterbindung und Störung von Bestrebungen der Vernetzung“ waren aus MfS-Sicht ebenso sinnvoll, wie vergeblich. Dagegen war die Orientierung auf die Verhinderung einer Zentralisierung der KvU eher Ausdruck der Verständnislosigkeit des MfS gegenüber dieser Organisationsform.²⁰³

Im Februar 1988 erklärte sich die KvU in einem „Rahmenbeschluss“ zur Personalgemeinde innerhalb kirchlicher Strukturen²⁰⁴ bei Anerkennung der amtskirchlichen Grundordnung und forderte auf dieser Grundlage erneut ultimativ die Bereitstellung existenzsichernder Arbeitsräume ein. Im April 1988 erfolgte endlich die auf Beschluss von Konsistorium und Kirchenleitung der EKBB die amtskirchliche Anerkennung der KvU-Regionalgruppe Berlin als Personalgemeinde, die im gleichen Monat mit ihrer basisdemokratischen „Arbeitsregel“ jeder Hierarchisierung vorzubeugen versuchte.²⁰⁵ Mitarbeiter der KvU beteiligten sich intensiv an der Anti-IWK-Kampagne im September und den Protestaktionen gegen die politisch motivierten Relegierungen von Schülern im Oktober 1988 (vgl. Abschnitte 4.32). Die KvU-Vollversammlung vom 29.10.1988 protestierte gegen die Verfolgung von Punks in Dresden und das seit Mai dort gegen sie verhängte „Innenstadtverbot“.²⁰⁶ Schließlich führten die immer druckvolleren Bemühungen der KvU um eigene Räume zur Entscheidung der KL, sich in der Elisabethkirchengemeinde, wo auch die ESG beheimatet war, für die KvU um zwei Räume zu verwenden.²⁰⁷ Tatsächlich eröffnete die KvU im Januar 1989 dort ihre Tätigkeit mit einer Benefiz-Veranstaltung für die Erdbeben-Opfer in Arme-

203 Ebenda. Aus der retrospektiven Sicht Vera Wollenbergers von 1992 war die KvU zum Zeitpunkt ihrer Etablierung in eigenen Räumen „schon fast zu einer linksradikalen Sekte mutiert“, Vera Wollenberger, *Virus der Heuchler*, Berlin 1992, S. 78.

204 Diese Rahmenordnung der KvU wurde in Vollversammlungen am 30.1. und 20.2.1988 beraten und beschlossen.

205 Der Entwurf dieser Arbeitsregel legte unter anderem fest, dass allein die öffentliche Mitgliederversammlung (MVV) das Gremium für verbindliche Entscheidungen der Basisgemeinde sein könne. Die Teilnahme an der KvU und damit die Stimmberechtigung in der MVV setzte die verbindliche aktive Mitarbeit an einer ihrer Arbeitsgruppen voraus. Diese Arbeitsgruppen bedürften der Bestätigung durch die MVV. Entwurf der Arbeitsregel der Gemeinde Kirche von Unten, Privatarchiv des Autors.

206 MDA, 6.1.3.3.1., Reg.-Nr. 1859 und 7782.

207 Erklärung des Evangelischen Konsistoriums Berlin-Brandenburg zum Nutzungsvertrag zwischen der Evangelischen Kirchengemeinde St. Elisabeth und dem Evangelischen Konsistorium Berlin-Brandenburg vom 30.8.1988, MDA, 6.1.3.3.2.1.1., Reg.-Nr. 1781 und Nutzungsvertrag zwischen der Evangelischen Kirchengemeinde St. Elisabeth – vertreten durch den Gemeindegemeinderat und dem Evangelischen Konsistorium Berlin-Brandenburg – vertreten durch den Konsistorialpräsidenten, MDA, 6.1.3.3.2.1.1., Reg.-Nr. 4734.

nien. Am 6.6.1989 gründete sich die „Autonome Antifa in den Räumen der KvU“ (vgl. Abschnitt 4.16)²⁰⁸. Das Jahr 1989 kann hinsichtlich der politischen Brisanz der Unternehmungen und der Vielfalt kultureller Angebote als Blütezeit der KvU bezeichnet werden. Glücklicherweise wurde ausgerechnet Walter Schilling von der Thüringischen Kirche (vgl. Abschnitte 2.2 und 3.3.1) freigestellt und von der EKBB als theologischer Begleiter für die KvU eingesetzt. Im Januar und Februar solidarisierte sich die KvU in Erklärungen („Fliegende Papiere“) und Veranstaltungen mit den verhafteten Leipziger Friedensgruppenmitgliedern, den in Prag inhaftierten Charta 77-Mitgliedern, den in Westberlin streikenden Studenten und den hungerstreikenden RAF-Gefangenen.²⁰⁹ Am 7. Mai 1989 fand in der KvU auch die „Wahlparty“ zur Auswertung der von Berliner Basisgruppen überwachten Auszählung der Kommunalwahlergebnisse statt. Rolf Henrich stellte im gleichen Monat sein Buch „Der vormundschafliche Staat“ in der KvU vor. Mitarbeiter beteiligten sich an den jeden 7. des Monats stattfindenden Berliner Protesten gegen die Kommunalwahlfälschungen und den Protestaktionen gegen das Massaker auf dem Pekinger Tiananmen-Platz (Demonstrationen und „Trommelfasten“). Im Selbstbild der KvU hieß es unmissverständlich: „Angemerkt sei, dass die OA und die KvU keinerlei Affinitäten zu der Spielart der Demokratie westlicher Prägung hatte, auch wenn das die Staatssicherheit, die offizielle DDR-Presse und die Westpresse hin und wieder in groteskem Schulterschluss festzustellen versuchten.“²¹⁰ Die Kooperation und teilweise personelle Verflechtung der OA, der KvU und der Antifa-Arbeit sowie deren entstehende Verbindungen zu anderen Basisgruppen führte auch dazu, dass der in vielen „älteren“ Kreisen relativ geringe Anteil junger Leute gegen Ende der 80er Jahre zunahm.

Wie in der UB war für die Punks, die Jugendlichen aus der OA und folglich auch in der KvU eine starke Affinität zu antiautoritär-basidemokratisch-anarchistischen Wert-, Lebens-, Kommunikations- und Arbeitsauffassungen vorhanden. KvU und UB gaben 1988 mehrere Samisdat-Hefte unter anderem mit Nachdrucken von Schriften anarchistischer „Klassiker“ (Mühsam, Kropotkin, Bakunin, Landauer) heraus. Gerade für Jugendliche war die radikal

208 Dietmar Wolf nennt den 19.4.1989 als Gründungsdatum. Dietmar Wolf, Enough is enough – Autonome Antifa in Deutschland nach 1945, Teil I: Antifaschistische Selbstorganisation in der DDR, in: Telegraph 112, Berlin 2005, S. 26.

209 Die DDR-weite Vollversammlung der KvU am 14.4.1989 in Dresden verabschiedete eine Solidaritätserklärung für 50 im Hungerstreik befindliche Gefangene in bundesdeutschen Gefängnissen (Mitglieder der RAF, Teile des politischen Widerstandes und sogenannte soziale Gefangene), verurteilte Isolationshaft unter Berufung auf deren Einstufung als Folter durch den UNO-Menschenrechtsausschuss und unterstützte die Forderung der Häftlinge nach Zusammenlegung. MfS, HA III, Arch.-Nr. 619 und MDA, 6.1.3.3.1., Reg.-Nr. 1868. Ein Solidaritätskonzert der KvU für die inhaftierten RAF-Mitglieder am 22.4.1989 in ihren neuen Räumen der Elisabethkirchgemeinde unter der Losung „Gegen Isolationshaft und Staatsterror“ veranlasste die Volkspolizei zu einer Razzia. Friedrichsfelder Feuermelder, Ausgabe Mai 1989, S. 4. Der Staatssekretär für Kirchenfragen (seit Juli 1988 war dies Löffler – vgl. Abschnitt 4.28) empfahl daraufhin: „Deutlicher und offensiver müssen Fragen zu kirchlichen Veranstaltungen gestellt werden (z. B. Solidarisierung mit RAF-Terroristen in kirchlicher Veranstaltung in Berlin), damit die Gemeinden und loyale Amtsträger durch uns erfahren, was tatsächlich in Kirchen vorgeht und dort von den verantwortlichen Kirchenleitungen toleriert wird.“ Festlegungsprotokoll vom 9.5.1989 zur Dienstberatung vom 8.5.1989, SAPMO BArch, DO 4/959.

210 Wunder 1997, S. 6.

herrschaftsfeindliche, gegenkulturelle, von unten wachsende kommunitäre Alternative zum Kasernenhof-„Sozialismus“ und zu den spießig-autoritären Zumutungen im DDR-Alltag nicht nur eine befreiende Attitüde, sondern dies gewann lebensweltliche Gestalt in der Praxis dieser Gruppen. Die permanente Gefährdung der Akteure durch straf- und disziplinierungsbereite „Organe“ bedeutete den Abschied von gesellschaftlich hochgeschätzten „Sicherheiten“ und Lebensperspektiven, welche für die Mehrheit der Bevölkerung handlungsorientierend und alltagsbestimmend waren. Von solchen Werten hatten sich jedoch die Gruppenangehörigen aber bereits verabschiedet, was sie einerseits resistenter gegen die staatlichen Bedrohungen machte, sie aber andererseits auch von der „Mehrheitsbevölkerung“ entfremdete.

4.12 Die Opposition und die Arbeitswelt des „real existierenden Sozialismus“

Der Stellenwert wirtschaftspolitischer Konzeptbildungen, der Grad ökonomischen Problembewusstseins, der Rang wirtschaftspolitischer Fragestellung und die Intensität einer Auseinandersetzung mit der erlebten Wirklichkeit realsozialistischer Arbeitswelt in den oppositionellen Kreisen der DDR der 80er Jahre waren gering. Beiträge zu einer Weiterentwicklung der „Kritik der politischen Ökonomie des Nominalsozialismus“ nach Bahro waren rar. Nur eine Minderheit in der Opposition hat solche Fragen aufgeworfen – dies allerdings mit hoher Intensität. Es scheint, dass in dem mangelnden wirtschaftspolitischen Interesse der Opposition in den 80er Jahren ein ebenso markanter wie verhängnisvoller Unterschied zum oppositionellen „Diskursalltag“ der 60er und 70er Jahre auszumachen ist. Vielfach ist darin eine weitere Ursache für die rasche Marginalisierung der „neuen politischen Vereinigungen“ im Jahre 1990 gesehen worden.

Die 60er Jahre waren noch charakterisiert durch intensive und kontroverse Debatten über politbürokratische Reformexperimente nicht nur in der DDR-Wirtschaft mit ihrem NÖSPL/NÖS (Neues ökonomisches System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft/Neues ökonomisches System). Der damalige Abschied der Planbürokratie vom Dirigismus der Mengenplanung, die stärkere Hinwendung zu Bewertungskriterien formalökonomischer Rationalität sowie die Diskussionen über die angestrebte größere Selbständigkeit der DDR-Betriebe und eine neue Rolle des Marktes führten in der Opposition zu Erörterungen der Zukunft des nach wie vor erstarrten politischen Systems und der Rolle der herrschenden Partei. Neben den stromlinienförmigen „Ideenkonferenzen“, welche die SED damals öffentlich inszenierte, gab es eben auch brisante oppositionelle Diskurse über die Natur dieser Wirtschaftsreformen und der in Osteuropa entstandenen politischen Systeme, die sich mit der in den 60er Jahren intensivierten Aufarbeitung ihrer stalinistischen Vergangenheit überkreuzten. Die Auseinandersetzungen über den tschechoslowakischen Anlauf hin zu einem demokratischen Sozialismus waren immer auch mit wirtschaftspolitischen Debatten verknüpft. Die antistalinistischen nonkonformen und oppositionellen Positionierungen vor und auch nach der bewaffneten Unterdrückung des „Prager Frühlings“ schlossen stets

die Frage nach einer sozialistischen Alternative zum ökonomischen System der poststalinistischen Diktatur ein.

Während in der ČSSR die „Normalisierungspolitik“ Husáks in den 70er Jahren die Triebkräfte solcher Debatten mehr und mehr lähmte und der mit Berufsverboten, Inhaftierungen und sozialer Ausgrenzung verfolgten dortigen Opposition zunehmend den Kampf um die Verteidigung elementarer Bürger- und Menschenrechte aufzwang, setzte sich in der DDR unter den oppositionellen Minderheiten noch weit bis in die 70er Jahre hinein das Nachdenken über diese „sozialistische Alternative“ und das ihr entsprechende Wirtschaftssystem fort. Rudolf Bahros bekanntes Buch und die Verhältnisse in der DDR gaben ebenso wie die Arbeitskämpfe im Polen der 70er Jahre Anlass, die Frage nach der wirklichen „Lage der Arbeiter“, ihre Arbeits- und Lebensbedingungen insbesondere in der DDR mit einer Kritik des politischen Systems zu verknüpfen. Die DDR schlug unter Honecker zu Beginn der 70er Jahre gerade den Kurs der wirtschaftspolitischen Rezentralisierung ein und versuchte unter dem Eindruck der polnischen Streiks an der Ostseeküste und in Erinnerung an das Trauma des 17. Juni 1953, einen neuen „Gesellschaftsvertrag“ der sozialpolitischen „Befriedung“ zu installieren. In dieser Zeit haben diverse konspirative Zirkel weiterhin Probleme eines alternativen sozialistischen Wirtschaftssystems diskutiert. Die Verhältnisse der realsozialistischen Arbeitswelt standen in diesen theoretischen ökonomischen Debatten meist eher am Rande, wogegen Solidaritätsaktionen oder -erklärungen etwa mit den streikenden polnischen Arbeitern häufiger vorkamen. Zu den einschlägigen Themen gehörte damals auch die Frage der Perspektiven des Kampfes um freie Gewerkschaften in den osteuropäischen Regimes – in Polen bereits eine sehr praktische Frage.

Auch in den 80er Jahren fanden wirtschaftspolitische Diskussionen in überlebenden linken konspirativen Zirkeln ihre Fortsetzung. Obwohl derartige Arbeitsformen in den 70ern zu meist zerschlagen worden waren, entstanden sie auch im folgenden Jahrzehnt sporadisch neu (vgl. Abschnitt 4.1.1). Die Frage war, ob sie und ihre Themen Verbindung fanden zu dem aus ganz anderen Wurzeln entstehenden Verbund von Gruppen der unabhängigen Friedensbewegung. Die rasche Politisierung dieser aus pazifistischen Zusammenhängen heraus sich entwickelnden Arbeitskreise folgte jedoch ganz anderen Impulsen als die oppositionelle antistalinistische Linke der 70er. Ihr eigener Weg – von Wehrdienstverweigerer-Netzwerken über die Nachrüstungsdebatte der frühen 80er Jahre hin zu einer Ökologie- und Dritte-Welt-Bewegung und schließlich zur Menschenrechts- und Demokratiebewegung – umging wirtschaftspolitische Fragestellungen zwar nicht, jedoch war der Kontext ein anderer: Während die linken konspirativen Zirkel der 70er Jahre solche Themen diskutierten, weil ihr Interesse von der Perspektive einer demokratischen sozialistischen Alternative zum poststalinistischen Politbürokratismus genährt war, wobei die Frage des ökonomischen Systems eine zentrale Rolle spielte, hatten solche Orientierungen in der nachwachsenden Generation anpassungsunwilliger Minderheiten nicht zuletzt aufgrund des rigiden Honecker-Kurses in der zweiten Hälfte der 70er Jahre stark an Attraktivität eingebüßt. Hier feierte nun auch in der DDR ein – in der zweiten Hälfte der 70er Jahre eingeschlagener – dogmatischer Kurs seinen makabren Triumph über diese Perspektive. Die Erfahrung von Honeckers „real existierendem Sozialismus“ erstickte zunehmend auch den Elan, für einen demokratischen, freiheitlichen Sozialismus als Ziel der überfälligen antibürokratischen Revolution zu kämp-

fen. Solche Motivationen waren im thematischen und politischen Entstehungszusammenhang der neuen, nunmehr im halblegalen, quasiöffentlichen Raum einer unter dem fragilen Schutz der evangelischen Kirche agierenden Minderheitengruppen selbst in der Minderheit. Trotzdem blieben – auch wegen der Integration einiger früher in konspirativen Gruppen tätigen Personen in die sich rasch politisierende UFB – ökonomische Fragestellungen präsent. Erkennbar wird dies unter anderem an der Thematisierung der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung des auch von realsozialistischen Ländern betriebenen internationalen Waffenhandels, an der Kritik am energiepolitischen Kurs der DDR im Gefolge des Tschernobyl-Unfalls und an der Teilnahme der UFB an den weltweiten Kampagnen gegen IWF und Weltbank im Kontext der sich zuspitzenden Schuldenkrise. Dies waren wesentliche Elemente der Politisierung der Friedensarbeit, von Ökologie- und Dritte-Welt-Gruppen, also fast des gesamten Spektrums der unabhängigen Gruppen im Umkreis der evangelischen Kirche. Deren Positionierungen waren nicht nur gegen die Verhältnisse politbürokratischen Wirtschaftens in den Ostblockländern gerichtet, sondern hatten auch eine explizit antikapitalistische Tendenz. Das Entstehen der Menschenrechts- und Demokratiebewegung in der DDR in der zweiten Hälfte der 80er Jahre erfolgte zeitgleich mit den Turbulenzen einer mit Gorbatschow in der UdSSR beginnenden Kurswende. Während der parallel dazu nun auch gesamtgesellschaftlich sichtbar werdenden Krise des wirtschaftspolitischen Kurses der DDR begannen plötzlich auch wieder Auseinandersetzungen über unmittelbar ökonomische Fragestellungen wie etwa zu den Ursachen der Innovationsträgheit des realsozialistischen Wirtschaftssystems, den ökonomischen Konsequenzen des Preissystems, des Subventionsgefüges und der Austauschrelationen im RGW sowie zu den Folgen der Erdölkrisen auf die Länder dieses Wirtschaftsverbands. Die im Umkreis des Friedrichsfelder Friedenskreises schon sehr viel früher konspirativ organisierten Debatten zur Geschichte, Wirtschaftspolitik und Politischen Ökonomie der stalinistischen und poststalinistischen Regime fanden nun Anschluss an dieses sich inzwischen auch anderswo in der UFB entwickelnde thematische Interesse. Sowohl das Ökologieseminar zu den energiepolitischen Konsequenzen der Tschernobyl-Katastrophe im November 1986 als auch die Aktionswoche zum IWF-Kongress im September 1988 (vgl. Abschnitt 4.31) waren wesentlich von daher bestimmt; ebenso die Veranstaltungen sowie Veröffentlichungen zu den Ansätzen einer Wirtschaftsreform „von oben“ in anderen realsozialistischen Ländern und zu den Ursachen der Reformgegnerschaft der DDR. Forciert wurde die Auseinandersetzung zur Geschichte der Wirtschaftsreformen realsozialistischer Länder, zu ihrer politischen Ökonomie und den aktuellen Reformansätzen durch Mitglieder der seit Anfang 1987 arbeitenden linken Gruppe „Gegenstimmen“.

Auch oppositionelle bzw. reformorientierte Diskussions- und Arbeitskreise von SED-Mitgliedern diskutierten solche Fragen. Die über persönliche Verbindungen ausgebauten Kontakte von Mitgliedern der UFB zu diesen Kreisen erreichten jedoch nicht das Niveau stabiler Arbeitsbeziehungen, die nur konspirativ zu handhaben waren (vgl. Abschnitt 4.1.1). Auf der einen Seite misstrauten die SED-Reformer den unabhängigen Gruppen und ihrer Fähigkeit, entsprechende Sicherheitsregeln einzuhalten. Umgekehrt dominierten die Zweifel vieler Mitglieder der unabhängigen Gruppen an der Ernsthaftigkeit und Entschlossenheit der SED-Reformer, sich gegen die Essentials bisheriger parteibürokratischer Gesellschaftsfor-

mung zu wenden. Erst 1989 begannen in Berlin ertragreiche Versuche, über die offiziellen Strukturen stadtökologischer Gruppen beim Kulturbund eine offene Reformdiskussion zu beginnen. Die Ereignisse überholten schnell diesen Ansatz und machten, als die neuen politischen Vereinigungen zunehmend unbehelligt arbeiten konnten, eine solche „entristische“ Variante überflüssig.

Seltenheitswert hatte auch die Problematisierung der „realsozialistischen Arbeitswelt“, ihres wirklichen Zustands, und die Verbindung dieser Diskussion mit einer Kritik der politischen und ökonomischen Verhältnisse in der DDR. Naheliegender schien die öffentliche Darstellung der Diskriminierung von politischen Abweichlern etwa mittels Berufsverbots zu sein. Natürlich bestand die Gefahr, dass angesichts einer solchen Konzentration auf die Thematik von Repressionen gegen Dissidenten, deren öffentliche Anprangerung selbst wieder ein oppositioneller Akt gegenüber der sanktionierenden Staatsmacht war, dem Publikum „Opposition“ wie der Kampf von Oppositionellen um ihre Selbstverwirklichung anmutete. Umso fremder die Mehrheitsbevölkerung den politischen Inhalten oppositioneller Bestrebungen gegenüberstand, je mehr erschien ihr derartige Beschränkung als avantgardistische Attitüde. Doch aus einer das Menschenrecht auf Arbeit in Gestalt eines Angriffs auf die Berufsverbotspraxis in der DDR problematisierenden kleinen Gruppe heraus (vgl. Abschnitt 4.2.1) ergab sich bald eine Erweiterung der thematischen Arbeit: Im Rahmen der bis Anfang März 1986 noch gemeinsamen Vorbereitung eines Menschenrechtsseminars (vgl. Abschnitt 4.2.2) wurde eine Reihe von Arbeitsgruppen formiert, von denen eine die Diskussion zu „Arbeit und Bildung“ in der DDR vorbereitete.²¹¹ Das hier entstandene Thesenpapier „Das Recht auf Arbeit im real existierenden Sozialismus“ war die letzte einvernehmliche Positionierung der Arbeitsgruppenteilnehmer vor der dann erfolgenden Spaltung in zwei Tendenzen künftiger Menschenrechtsarbeit:

„Das Recht auf Arbeit als Menschenrecht ... lässt sich niemals abstrakt als individuelles Recht unabhängig von den gesellschaftlichen Zuständen in einer ... konkreten Gesellschaft verwirklichen. ... [Es] ist nicht nur ... ein individueller Anspruch an die bestehende Gesellschaft, sondern der Anspruch der Menschen auf die Veränderung der Gesellschaft. Politische Berufsverbote sind fast immer direkt oder indirekt Folge jenes zuletzt genannten Anspruchs. Eben deshalb dürfen gerade politisch Engagierte niemals den Kampf um die eigenen Persönlichkeitsrechte als politisch Verfolgte in den Mittelpunkt ihrer Bestrebungen stellen, sondern müssen die Verteidigung der Rechte aller Unterdrückten in der Gesellschaft zu ihrer Sache machen. ... Der Kampf um die Verwirklichung der Rechte auf Arbeit hat in der realsozialistischen Gesellschaft andere Inhalte als in den bürgerlichen Gesellschaften. Berufstätigkeit ist zum einen Erwerbsarbeit, zum anderen Entäußerung individueller Kreativität. ... Kreative Arbeit als Produktivkraft ist heute mehr und mehr gebunden an den Zugang zu Bildung, die Einrichtung und Nutzung teurer Arbeitsplätze und die Akzeptanz der herrschenden Kriterien bei der Organisation des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens. ... Das Recht auf Erwerbsarbeit ist verwirklichtes Menschenrecht in den realsozialistischen Gesellschaften und eine große soziale Errungenschaft. Das Recht auf

211 Hier arbeiteten mit Silvia Müller, Wolfgang Templin und Thomas Klein Personen zusammen, die bereits 1985 in der „Berufsverbotsgruppe“ tätig waren. Hinzu kamen gleich drei IM des MfS.

Persönlichkeitsentfaltung in Gestalt von freier Berufswahl und -ausübung ist aus mehreren und zum Teil ganz unterschiedlichen Gründen nicht verwirklicht.“

Als Vorschläge für Themen zur Diskussion des Problemkreises „Recht auf Arbeit“ folgten in diesem Thesenpapier unter anderem

- die Problematisierung herrschender bürokratisch kommandierter (entfremdeter) Arbeit im Realsozialismus,
- ihre Form als politisch oktroyierte Zwangsverwaltung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens,
- die Frage der Wege zur Entwicklung assoziierter Arbeitsformen,
- die Realität der Erzeugung von allgemeinem Anpassungsdruck und der Mechanismen sozialer Ausgrenzung und politischer Disziplinierung in der DDR,
- das Arbeitsrecht und das politische Strafrecht in ihrer Funktion als Herrschaftsrecht.²¹²

Obwohl auch Templin diesem von Klein verfassten Thesenpapier zustimmte, signalisierten seine in der Diskussion vorgebrachten Einwände schon deutlich den sich später auch organisatorisch ausdrückenden Dissens in der Behandlung der Menschenrechtsfrage: „Templin sieht nach wie vor das Hauptproblem im exemplarischem Mitarbeiten zu den Situationen politisch Verfolgter in Bezug zu ihrer beruflichen Benachteiligung. ... Dadurch, dass sich die Masse auf Konsumtion und Wachstum, auf ideologische Wohlstandsgesellschaft eingelassen habe bei gleichzeitigem Verdrängen von politischen Freiheiten und Rechten, sei es sinnvoller, sich zunächst auf die Betroffenen (auf die politisch Engagierten) als eine politische und soziale Minderheit zu konzentrieren. Somit könne man signal- und symbolhafter arbeiten.“²¹³

Die Arbeitsgruppenmitglieder Silvia Müller und Thomas Klein nahmen später im Sinne der Thesen des oben erwähnten Arbeitspapiers an den Diskussionen in der Themengruppe „Recht auf Arbeit“ des Friedrichsfelder Menschenrechtsseminars vom November 1986 teil. Doch bereits vorher, im Vorfeld der Friedenswerkstatt vom Juni 1986, entstand die Idee, Einblicke in die propagandistisch verzerrten und verfälschten wirklichen Arbeitsverhältnisse ganz normaler Werktätiger zu nehmen, anstatt die eigene Verfolgungssituation auszustellen. 1986/87 wurde dann das Experiment unternommen, hierfür trotz des gesetzlichen Verbots nicht genehmigter Befragungen einen umfangreichen Spiegel von 48 gestaffelten Fragen einzusetzen. Das geschah vor allem in der Absicht, die Ergebnisse dieser Umfrage auf Veranstaltungen der UFB einem breiteren Interessentenkreis zugänglich zu machen, um dort von den realen Widersprüchen der Arbeitswelt zu ihren Ursachen zu kommen. Im Begleittext des Fragebogens hieß es: „Sein eigentlicher Sinn besteht in der Anregung, die vorgelegten Fragen als Anlass zu nehmen, über die eigene tatsächliche Situation gründlicher nachzudenken.“

212 Das Recht auf Arbeit im real existierenden Sozialismus. Thesen vom 4.3.1986, Privataarchiv des Autors und Anlage zum Treffbericht des IMB „Martin“ vom 6.3.1986 über die Zusammenkunft der Gruppe „Arbeit und Bildung“ am 5.3.1986, HA XX/2, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 7, S. 267ff (MfS-Zählung).

213 Bericht des IMB „Martin“ vom 6.3.1986, ebenda, S. 263.

Dieser Fragebogen sollte in großer Zahl verteilt und der Rücklauf ausgewertet werden. Dies erfolgte jedoch wegen der begrenzten realen Möglichkeiten jenseits von statistisch und demographisch gesicherten Stichprobenkriterien. Obwohl in diesem Fragespiegel zum Beispiel auch mit Kontrollfragen zu arbeiten versucht wurde, dürfte er einer strengen sozialwissenschaftlichen Prüfung auf Konsistenz kaum standgehalten haben. An der Entwicklung des Fragespiegels arbeitete ein kleiner Kreis von Personen, unter anderem eine Journalistin, ein damals in einem Produktionsbetrieb tätiger Mathematiker mit wirtschaftswissenschaftlichem Erfahrungshintergrund und ein Arbeitspsychologe, allerdings kein Sozialwissenschaftler.²¹⁴ Bereits während der Friedenswerkstatt Ende Juni 1986 wurden die ersten Fragebögen unter einigermaßen abenteuerlichen Bedingungen ausgeteilt.²¹⁵ Erste Ergebnisse der Auswertung des Rücklaufs von ca. 80 Fragebögen²¹⁶ dieser aus dem Umfeld des Friedrichsfelder Friedenskreises und der Gruppe „Gegenstimmen“ organisierten Aktion wurden in einer Arbeitsgruppe des ersten Menschenrechtsseminars in Friedrichsfelde im November 1986 (vgl. Abschnitt 4.2.2) in Thesen und Schautafeln vorgestellt. Themen dieser Arbeitsgruppe „Arbeit und Arbeitsrecht“ waren auch die realen Mitwirkungsrechte und -möglichkeiten, Solidarität und Konfliktaustragungserfahrungen sowie das Verhältnis von Erwerbsarbeit und Arbeit als Selbstverwirklichung. Auf diesem Seminar stand das Menschenrecht auf Arbeit und das Verhältnis von sozialen und politischen Menschenrechten in der Systemkonkurrenz im Mittelpunkt. Eine Arbeitsgruppe des Friedrichsfelder Friedenskreises und der Gruppe Gegenstimmen setzte diese Untersuchungen fort und sorgte für die öffentliche Darstellung und Diskussion ihrer Ergebnisse. Beim offiziellen Kirchentag 1987 präsentierte die AG im Rahmen des von der Golgatha-Gemeinde in den Räumen der Gethsemane-Kirche eingerichteten Programms zum Thema „Arbeit“ ihr inhaltliches Angebot: Charakter der Arbeit im Realsozialismus, Triebkräfte und Hemmnisse von Mitbestimmung, die Funktion des Arbeitsrechts in der DDR-Arbeitswelt. Gegenüber dem hier gesetzten Akzent „Formen von Herrschaft im Betrieb als gesellschaftliches Verhältnis im Realsozialismus“, der alle Beschäftigten in der DDR ausgesetzt waren, trat die AG der IFM bei dieser Veranstaltung getreu ihrer Maxime mit der Darstellung von Formen der staatlichen Repression gegen politisch engagierte Minderheiten in Erscheinung. Die Friedrichsfelder AG nutzte die Gelegenheit, während des offiziellen Kirchentags und dem parallel stattfindenden „Kirchentag von Unten“ ihre angelaufene Fragebogenaktion zu forcieren: Nachdem gemäß eines IM-Berichts rund 800 Fragebögen ausgeteilt wurden, standen den die Untersuchung betreibenden Akteuren bereits die ersten PC als Hilfsmittel für die Auswertung zur Verfügung. Fortsetzung fand die Aktion im Sommer 1987 auch auf Veranstaltungen wie der Werkstatt der Offenen Arbeit im September 1987. Erhalten geblieben ist neben dem Fragebogen die hier im Folgenden wiedergegebene aggregierte Textauswertung der bemerkenswerten Ergebnisse dieses Unter-

214 Auch dies kann als gutes Beispiel dafür dienen, wie prekär die zurückgehaltene Bereitschaft vieler in Partei und Beruf integrierter Sozialwissenschaftler sich auswirkte, wenn ihnen zugemutet wurde, wenigstens konspirativ an gesetzwidrigen Aktionen zur Offenlegung verschleierte Machtverhältnisse mitzuwirken.

215 Die KI hatte auf ihrer Sitzung am 13. Juni 1986 beschlossen, die Friedenswerkstatt nur zuzulassen, wenn eine Reihe von Bedingungen erfüllt würde. Eine dieser Bedingungen lautete, dass keine Fragebögen an Veranstaltungsteilnehmer ausgeteilt werden durften, Aust 1998, S. 55.

216 HA XX/2, Bericht zum Treff mit IMB „Martin“ vom 24.9.1986, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 7, S. 425.

nehmens. Von der statistischen Auswertung existieren lediglich Fragmente in den Unterlagen des MfS. Die Auswertungsergebnisse stellen auch aus heutiger Sicht eine interessante Momentaufnahme arbeitsweltlicher Befindlichkeit in der Bevölkerung zum Ende realsozialistischer Gesellschaftlichkeit der DDR dar:

Fragebogenauswertung „Realsozialistische Arbeitswelt“²¹⁷

Obwohl zwei Drittel der Befragten in einem Beruf tätig sind, für den sie ausgebildet wurden und deutlich mehr als die Hälfte der Befragten angibt, eine ihrem Berufswunsch entsprechende Arbeit auszuüben, hat bei 50 Prozent der Befragten die Arbeitsmotivation im Verlauf der Berufstätigkeit abgenommen. Es liegt also die Vermutung nahe, dass noch andere Gründe, als zum Beispiel unfreiwillig oder freiwillig ausgeübte ausbildungsfremde oder wunschfremde Berufstätigkeit die Arbeitsmotivation negativ beeinflussen. (Frage 1, 2, 6).

Ein erster Hinweis ergibt sich zum Beispiel daraus, dass die Hälfte der Befragten sich hinsichtlich ihres Qualifikationsniveaus und mehr als die Hälfte sich hinsichtlich ihres Leistungsvermögens ungenügend gefordert sehen. Folgerichtig ist daher die Einschätzung, dass die Ausbildung insgesamt, gemessen an den Arbeitsanforderungen, nach Ansicht von zwei Drittel der Befragten falsch war.

Das überwiegend formalistische Arbeitsregime spiegelt sich in den Einschätzungen der Art des Informationsflusses (vorwiegend nach Dienststellungshierarchie statt sachbezogen erlebt), des innerbetrieblichen Entscheidungsprozesses (mehr funktionsplangebunden, als sachkompetent oder kollektiv erlebt) und der Art der Verantwortlichkeit (dominierend gegenüber höheren Leistungsinstanzen, verglichen mit dem Stellenwert sachgerechter Problemlösung) wider. Die Textantworten vieler Befragter hinsichtlich diesbezüglicher und anderer Fragen dokumentieren die demoralisierende Wirkung solchen Arbeitsregimes (Frage 8, 9, 12).

Andererseits wird aber eindeutig die Dominanz des hochspezialisierten Fachmanns gegenüber dem nichtspezialisierten Leiter konstatiert und es werden mehrheitlich die innerbetrieblichen Abläufe als überschaubar angesehen. Allerdings ist die Gruppe derer, die letzteres nicht für sich feststellen, mit 41 Prozent doch relativ groß. Und weiterhin gilt einschränkend, dass unsere Frageführung den Begriff der „Überschaubarkeit“ nicht spezifisch hinterfragt. Es ist anzunehmen, dass die Dominanz des hochspezialisierten Fachmanns einerseits wertend konstatiert wird (also der nichtspezialisierte Leiter abgewertet werden soll, obwohl er in nicht mehr überschaubaren Bereichen das Sagen hat) und andererseits der Meister, Technologe, Verwaltungsfachmann etc. als real kompetent erlebt werden (was eine andere Dominanz als die der leiterhierarchischen Weisungsbefugnis widerspiegelt). Auch hier wäre differenzierter nachzufragen. (Frage 10, 15).

217 Privatarchiv des Autors.

Interessant ist, dass unüberschaubare gesamtbetriebliche Abläufe mit deutlichen Mehrheiten als sachlich begründet bzw. als durch die Verhüllungstaktik übergeordneter Leitungen verursacht angesehen werden (je 41 Prozent). Hier zeigt sich deutlich die Scheidung zwischen denen, die Unüberschaubarkeit als unabänderlich ansehen und denen, die, wie wir unterstellen wollen, sie als abänderbar ansehen. Beide Gruppen sind also gleich stark. Genau korrespondierend hierzu werden Tendenzen des Bürokratismus gleich stark (mit je 44 Prozent) als subjektiv begründet bzw. als besondere Erscheinungsform des gegenwärtigen realsozialistischen Arbeitsregimes angesehen. Die Erfahrung zeigt, dass viele, die an einer Veränderbarkeit bestehender Verhältnisse zweifeln bzw. diese Veränderung nicht wollen, häufig bestehende Verhältnisse objektivistisch rechtfertigen (Unüberschaubarkeit sachlich begründet) bzw. Mängel als lediglich subjektive Fehlleistungen, die es immer geben wird, verharmlosen. Die Annahme von der Veränderbarkeit der gegenwärtigen Verhältnisse, die von ihren objektiven Ursachen her angegangen werden können und dann auch zu anderen subjektiven Haltungen führen würden, könnte unserer Ansicht nach von der zweiten Gruppe repräsentiert werden. (Frage 11, 16).

Solche „Veränderbarkeit von Verhältnissen“ wird, wie die Befragung zeigt, praktisch allerdings überwiegend (zu 38 Prozent) im engen Rahmen des Arbeitskollektivs positiv erwartet. Dies zeigen die schlechten Erfahrungen und geringen Erwartungen der Befragten hinsichtlich der Institutionen Partei (nur zu 16 Prozent gewählt), staatlicher Leitungen (22 Prozent) und Gewerkschaften (28 Prozent).

Interessant ist weiterhin, dass zwar mehr als zwei Drittel der Befragten angeben, in ihrer Freizeit kreativer zu sein, als in ihrer Arbeitszeit, aber doch immerhin eine knappe Mehrheit für sich nicht konstatiert, dass Arbeits- und Freizeit in „zwei Welten“ gespalten sind. Allerdings geben Textantworten weiträumige Differenzierungen wieder, welche den starken, aber unerfüllten wahren Wunsch nach Selbstverwirklichung in der Arbeit widerspiegeln. (Frage 17, 18).

Den hohen Stellenwert der Selbstverwirklichung in der Arbeit dokumentiert auch die Befragung nach dem Sinn von Berufstätigkeit. Der klar überwiegende Drang nach Selbstverwirklichung in den Arbeitsinhalten gegenüber der Erwerbsarbeit wird ergänzt durch Klagen über starken Erwerbsarbeitsdruck. Wie die Verhältnisse aber gegenwärtig tatsächlich aussehen, zeigt, dass der Verkürzung der Arbeitszeit knapp der Vorzug gegenüber einer Verbesserung von Arbeitsinhalten gegeben wird. Obwohl also die Selbstverwirklichung in der Arbeit so hoch bewertet wird, ergibt sich doch, dass angesichts konkreter Arbeitserfahrungen resignierend die Flucht in die Freizeit als Ausweg akzeptiert wird. (Frage 17, 18, 19, 24).

Die Realität des formalistischen realsozialistischen Arbeitsregimes spiegelt sich erneut wider in den Befragungsergebnissen zu Hemmnissen und Antrieben von Leistungsbereitschaft: Leitungsprobleme und fremdes Desinteresse an eigenen Initiativen werden noch vor der ebenfalls stark repräsentierten Unterforderung als hemmende

Faktoren angesehen. Dagegen gesetzt wird der Ruf nach persönlichkeitsfördernder Kreativität als positivem Antrieb, wobei gerade der, wie viele Textantworten belegen, als schmerzlich abwesend konstatiert wird. Letzteres ergibt sich auch eindeutig aus der direkten Frage nach Ursachen für Leistungsverweigerung und Leistungsbereitschaft. Sozialistischer Wettbewerb spielt überhaupt keine Rolle. Und bezeichnend ist auch, dass vor allem die Verweigerung allgemeinen Dienstgehorsams eindeutig vor der Leistungsverweigerung als Sanktionsgrund genannt wird. Die abschreckende Wirkung von Sanktionen ist aber eher gering; groß dagegen ist die Angst vor Versagen, besonders, wenn mit Anerkennungsverlust durch das Arbeitskollektiv verbunden. (Frage 20, 21, 22, 23, 25).

Die Bewertung der äußeren Bedingungen für und von Berufstätigkeit zeigt einen Trend zu qualitativen Merkmalen: Leistungs- und Lohngerechtigkeit rangieren deutlich vor Einkommensfragen und die Einführung eines Bildungsurlaubs wird der Verbesserung der Urlaubsstandards vorgezogen. Die einzige Ausnahme ist die bereits erwähnte knappe Präferenz der Verkürzung der Arbeitszeit gegenüber Aufwertungen des Arbeitsinhalts. Das ist von uns als Spiegel der resignativen Sicht auf die Möglichkeit einer Veränderung der Arbeitssituation innerhalb der Lebensarbeitszeit der Befragten interpretiert worden. Die Verkürzung der Lebensarbeitszeit ist aus der Sicht der Befragten einer Erhöhung des Jahresurlaubs gleichgestellt. (Frage 24).

Auffällig ist das entschiedene Bekenntnis zu einer angstfreien Kommunikationsbereitschaft und -erwartung im engeren Arbeitskollektiv (Frage 26, 28), obwohl andererseits die Zahl derjenigen, die jene Bedürfnisse auf den Freundeskreis außerhalb des Betriebsalltags verlagern, ebenso groß ist, wie die Zahl derer, die dies nicht von sich behaupten (Frage 27). Hinweise auf Ursachen für diesen Widerspruch gibt die Befragung nach den Verwirklichungschancen von Kommunikations- und Kooperationswünschen am Arbeitsplatz (Frage 29). Etwa die Hälfte antwortet, dass Ihre Wünsche nicht zu verwirklichen seien, obwohl sie, wie wir vermuten dürfen, dies versuchen (Frage 28). Als Kommunikationsinhalte genießen auffälligerweise mitmenschlich-private Fragen den Vorzug vor fachlichen. Interessant ist eine Einzelstimme: In Architektenkreisen kehrt sich dieses Verhältnis nach Feierabend um. Ist hier die Strafangst im Betriebsalltag besonders stark gegenüber offenbar doch auch sehr starken fachspezifischen Kommunikationsbedürfnissen? (Frage 26, 27, 28, 29).

Ein geradezu idyllisches Bild des Übergewichts von positiven Werten (Initiative mit 53 Prozent, Kreativität 34 Prozent, Solidarität 34 Prozent, Kollektivgeist 31 Prozent) gegenüber überwiegend negativ besetzten Werten (Konkurrenzverhalten 3 Prozent, individuelle Abkapselung 25 Prozent, Unterordnungsbedürfnis 12,5 Prozent) ergibt die Frage nach den übergreifenden sozialen Verhaltensqualitäten, die der Betriebsalltag schafft. Hier sind wir nicht sicher, ob dies den realen Verhältnissen entspricht, zumal andererseits in der Erhebung auch solche konformen Werte, wie Anpassungswille (34 Prozent) und Passivität (34 Prozent) stark gewichtet wurden. (Frage 31, 36).

Bemerkenswert ist der hohe Stellenwert, den kollektive Geborgenheit und Solidarität gegenüber Leiteranerkennung und Subordination genießen. Unsere Befragung gibt uns keinen Aufschluss darüber, ob diese subjektive Wertigkeit im Betriebsalltag auch objektiv wirkt. Vorsichtige Interpretationen lassen vermuten, dass dies im Falle des Gelingens der Solidarisierung von Kollektiven so ist. Relativiert werden muss dies allemal, da auch zutage trat, dass Konformität und überwertiges Anpassungsstreben alltägliche Erscheinungen sind und dies eher Leiterautorität als wirkungsbestimmend vermuten lässt. (Frage 32, 33, 35, 36).

Unter den Themen, welche ausgehend vom Alltag gewordenen Problemzusammenhang „Mangel und Verschwendung“ seitens der Opposition auf ihren wirtschaftspolitischen Begründungszusammenhang hinterfragt wurden, gehörte Ende der 80er Jahre die über Preise realisierte Subventionspraxis. In dem Maße, wie Modernisierungsdefizite, Versorgungsmängel und Verschuldung in der DDR zunahmen, kamen auch die staatlichen Subventionierungen von Gütern und Leistungen des Grundbedarfs in die Diskussion. Als beachtliche sozialpolitische Errungenschaft verteidigt (so in der Rechtfertigung Jürgen Kuczynskis im ND vom 22.12.1988) bewirkte die damit einhergehende Verzerrung des Preissystems andererseits Verschwendung und führte zu strukturellen Folgedeformationen des Reproduktionsgefüges. Barbara Hähnchen aus dem Pankower Friedenskreis schlug einen Übergang zu wertkonformen Preisen bei Einkommensausgleich für die niedrigen Einkommensgruppen, also eine sozialorientierte Einkommenssubventionierung anstelle der ökonomisch schädlichen Produktpreisstützungen vor. Die in ihrem Papier ergehende „Aufforderung zum Dialog an einen Altmeister der Gesellschaftswissenschaften – an Professor Jürgen Kuczynski“, in dem sie den so erzielbaren Effektivitätsvorteil für Produktion und Handel hervorhob, blieb auch 1989 unbeantwortet.

4.13 Konkret für Frieden und Menschenrechte 1987

Anlässlich des 10. Jahrestages der Gründung der Charta 77 richteten Mitglieder der IFM und andere Unterzeichner am 10.1.1987 einen Offenen Brief an die Tschechoslowakische Bürgerrechtsbewegung: „Für uns war und ist die Existenz der Charta und anderer Menschenrechtsbewegungen in Osteuropa eine Ermutigung und eine ‚Quelle der Inspiration‘, um mit den Worten eines bekannten Aufrufes zu sprechen.²¹⁸ Am Anfang selbständiger Menschenrechtsarbeit in der DDR stand oft der Vorwurf, die Charta 77 kopieren zu wollen. Das war auf Grund unserer Voraussetzungen weder möglich, noch wollten wir es. In der DDR ist die Menschenrechtsarbeit als eigener Bestandteil einer breiten unabhängigen Friedensbewegung gewachsen.“ Unter den Prinzipien dieser Arbeit wurde „der Pluralismus als übergreifender Wert“ hervorgehoben: „Die Spannungen zwischen verschiedenen Ansätzen in der Menschenrechtsbewegung sind dabei produktiv und sollten nicht durch Grundsatzdebatten

218 Vgl. dazu die „Gemeinsame Erklärung von 122 Personen aus Ungarn, der Tschechoslowakei, Polens und der DDR“ vom 23.10.1986, siehe Abschnitt 4.4.

mit dem Ziel der Vereinheitlichung zerstört werden.²¹⁹ Weiterhin sollte „unbedingte Offenheit und Öffentlichkeit“ leitendes Prinzip sein: „Menschenrechte können nicht erhandelt oder zum Gegenstand diplomatischen Schacherns in Geheimverhandlungen gemacht werden. Die Entwicklung der Selbsthilfe und die Solidarität der Betroffenen wird die alte Stellvertreterpolitik überwinden.“ Für die „Demokratisierung unserer Gesellschaften“ als Ziel von Menschenrechtsarbeit gäbe es „es keine Modelle und Rezepte.“²²⁰

Zum fünften Treffen des Netzwerks „Frieden konkret“ vom 27.2. bis 1.3.1987 in Leipzig-Connewitz unter dem Motto: „Weltweit denken – bei uns handeln – gemeinsam gehen“ reisten rund 200 Teilnehmer an. Heftige Kritik übten namentlich die abgewiesenen ca. 100 Delegierten von Friedensgruppen wegen rigider Teilnahmebeschränkungen gemäß dem kirchenoffiziell veranlassten Einladungsreglement. Nachdem im Vorjahr erstmals das Menschenrechtsthema behandelt wurde, beschloss der Fortsetzungsausschuss mit knapper Mehrheit, zukünftig auch einen Vertreter der nun gleichfalls in Leipzig präsenten Menschenrechtsgruppen in den Vorbereitungsprozess des Seminars einzubeziehen. Das Memorandum des „Europäischen Netzwerks Ost-West-Dialog“ vom November 1986 „Das Helsinkiabkommen mit wirklichem Leben erfüllen“ (vgl. Abschnitt 3.4.4.2) fand allerdings nicht die Mehrheit der Delegierten – unter anderem durch den Widerspruch diesmal zahlreich ange-reister Vertreter der CFK. Ein Jahr nach der Tschernobyl-Katastrophe spielte die Zukunft der Kernenergie eine anhaltend große Rolle. Die Einbindung dieses Themas sowie von Fragen der Friedenssicherung, Abrüstung, Wehrdienstverweigerung und des zivilen Ersatzdienstes, Stärkung des KSZE-Prozesses, Demokratisierung der Gesellschaft und Zweidrittel-welt-Arbeit in den konziliaren Prozess (vgl. Abschnitt 4.11.1) wurde (seit dem Stendaler Treffen) auf Initiative besonders von Heino Falcke in Leipzig neuerlich bekräftigt. In mehrheitlich verabschiedeten Erklärungen wurde positiv auf die „Perestroika“ in der Sowjetunion und das „Neue Denken“ in der Abrüstungsproblematik Bezug genommen. Insbesondere wurden Kampagnen der europäischen Basisbewegungen zur Lösung der Mittel- und Kurzstreckenraketen-Frage angeregt und es wurde die DDR-Friedensbewegung aufgefordert, „mit ihren Konzepten und Diskussionen [nicht] hinter der Wirklichkeit rüstungspolitischer Dynamik zurück[zu]bleiben.“ In einer der verabschiedeten Erklärungen wurde die „jüngste Initiative von Generalsekretär Gorbatschow in Bezug auf die Entflechtung der Reykjavik-Vorschläge“ begrüßt und „die US-Regierung auf[gefordert], diese Vorschläge positiv auf-zugreifen“ (vgl. dazu Abschnitt 4.6).²²¹ Der mit diesem Thema befassten Arbeitsgruppe

219 Reinhard Schult (Mitglied der Gruppe „Gegenstimmen“) kommentierte diese Einlassung in einem Brief an Roland Jahn als „nicht an die Charta 77 gerichtet, sondern an uns“. Bezug nehmend auf die von der IFM häufig vorgenommene Disqualifizierung von Auseinandersetzungen über Inhalte der Menschenrechtsarbeit als „Grundsatzdiskussionen“ mit dem angeblichen Ziel der „Vereinheitlichung“ solcher Arbeit verwies Schult wiederum auf den Grundsatzcharakter deren Phrase vom „Pluralismus als übergreifendem Wert“, über die große Teile der IFM inhaltlich nur sehr ungern diskutieren wollten, Brief Reinhard Schults an Roland Jahn vom 20.4.1987, MDA, RJ 02.

220 Verfasser des Briefes waren Peter Grimm, Ralf Hirsch und Wolfgang Templin als Sprecher der IFM; unter den 20 Erstunterzeichnern waren Martin Böttger, Katja Havemann, Herbert Mißlitz, Wolfgang Rüdtenklau, Miriam Hartz, Bärbel Bohley, Werner Fischer, Regina („Lotte“) Templin, Gerd Poppe und Wolfram Tschiche, Brief an die Charta 77 von Mitgliedern der IFM und Freunden der Friedensbewegung, MDA 1.1.01., Reg.-Nr. 68.

221 Siehe auch Neubert 1997, S. 655ff.

lagen unter anderem zwei Papiere der Gruppe „Gegenstimmen“ zur „Friedens- und Sicherheitspolitik der DDR“ vor, von denen eines in Auseinandersetzung mit den friedenspolitischen Einlassungen in der IFM-„Parteitags eingabe“ vom April 1986 entstanden war (vgl. Abschnitt 4.3.3). In diesem „Gegenstimmen“-Papier wurde auf „die für alle sozialistischen Länder existierende Zwangslage, Mittel für die dringliche Modernisierung der Wirtschaft aus dem Rüstungssektor zu transferieren“²²² verwiesen, was gegen den damals in der IFM-Eingabe für die DDR behaupteten rein verbalen Charakter ihrer proklamierten Abrüstungsbereitschaft²²³ spräche. Ebenso wurde die Wirksamkeit der im Eingabetext vorgeschlagenen weitgehenden einseitigen Abrüstungsschritte der WVO-Staaten angesichts des NATO-Langzeitprogramms, der militärischen Beschaffungsprogramme der US-Administration, ihres SDI-Projekts sowie deren außenpolitischer Strategie bezweifelt.²²⁴ Ebenso wurde bezweifelt, dass sich (wie in der IFM-Eingabe behauptet) „mit der Zuspitzung der weltweiten Kriegsgefahr seit 1979 in den Kernländern des sowjetischen Blocks die sowjetische Repression und in den WVO-Ländern der Druck nach innen *verschärft* hätte“.²²⁵

Im Zusammenhang mit den Differenzen zwischen der IFM und der Gruppe Gegenstimmen in friedenspolitischen Fragen ist allerdings der Inhalt einer wesentlich von der IFM mitinitiierten Solidaritätserklärung vom 1.10.1986 an die Wissenschaftler der Bewegung „vereinigte Hochschulen zur Verhinderung eines Atomkrieges“ im Technologischen Institut

222 Die Friedens- und Sicherheitspolitik der DDR, Februar 1987. Friedenspolitischer Teil der Stellungnahme zu einer Eingabe an den XI. Parteitag der SED 1986, MDA 1.1.03.

223 Offene Eingabe an die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands vom 2. April 1986, in: Kowalczyk 2002, S. 197.

224 Ehrhart Neubert stellt heute fest, dass in Gegenstimmen-Texten „immer wieder ... ein scharfer Anti-amerikanismus auf[taucht]. Dies konnte soweit gehen, dass dem Osten eine größere ‚Glaubwürdigkeit‘ in den Abrüstungsbemühungen bescheinigt wurde.“ Neubert 1997, S. 733. In dem Leipziger „Gegenstimmen“-Papier hieß es: „Der demonstrative sowjetische Versuch seligen Angedenkens aus den 50er Jahren, in die NATO einzutreten, sollte das Desinteresse der UdSSR an einer Zuspitzung der militärischen Konfrontation signalisieren und letzteres ist bis heute durchaus glaubhaft geblieben – ohne, dass damit der UdSSR ein Freibrief auf unbedingte außenpolitische Glaubwürdigkeit ausgestellt wäre. Das katastrophale Afghanistan-Abenteuer als militärischer Weg der Wahrung von äußerer Sicherheit und die Geschichte der militärischen ‚Befriedung‘ des sowjetischen Blocks nach innen auch unter Strapazierung der WVO hat in der Vergangenheit diese Glaubwürdigkeit schwer genug belastet.“ In dem anderen in Leipzig vorliegenden Papier der Gruppe Gegenstimmen hieß es: „Wie wichtig innerer Frieden für die dauerhafte Sicherung äußeren Friedens sein kann, hat die Geschichte vielfach belegt. Wie gefährlich es andererseits ist, Fragen des inneren Friedens (vielleicht sogar noch anderer Staaten) zum Kriterium von Sicherheitspolitik zu machen, zeigt Reagans Ideologie vom ‚Reich des Bösen‘ in der UdSSR, mit der er seine militärstrategischen Pläne gegenüber der Bevölkerung der USA ideologisch absichert.“ Diskussionspapier der Gruppe „Gegenstimmen“ zu „Frieden Konkret“ 1987, MDA, 1.1.03. In der Tat wendet Neubert bei der Bewertung solcher Äußerungen als „anti-amerikanisch“ einen auch heute in konservativen Kreisen gebräuchlichen Begründungszusammenhang an, der damals eine symmetrische Entsprechung hatte: Dass die „Gegenstimmen“-Ausführungen zur sowjetischen Afghanistan-Politik und zur Breshnew-Doktrin ehemals in der DDR als „antisowjetisch“ galten, versteht sich von selbst. Überdies wurden spätestens seit 1987 nicht nur in der DDR, innerhalb der UFB in der DDR und in den Ländern des sowjetischen Blocks, sondern auch in Westeuropa und zum Teil auch in den USA die Friedens- und Entspannungsbemühungen der UdSSR unter Gorbatschow im Gegensatz zu denen der USA als höchst glaubwürdig angesehen.

225 Die Friedens- und Sicherheitspolitik der DDR, Februar 1987 unter Bezugnahme auf die Offene Eingabe an die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands vom 2. April 1986, in: Kowalczyk 2002, S. 197.

von Massachusetts (MIT) und der Cornell-Universität in Ithaka aufschlussreich: In diesem sowohl von Mitgliedern der IFM als auch der Gruppe „Gegenstimmen“ unterzeichneten Text wird ein „radikaler Abbau sämtlicher A/B/C-Waffen unter Beibehaltung der Parität zwischen den Großmächten SU und USA“ und eine „ernsthafte Prüfung der sowjetischen Abrüstungsvorschläge“ gefordert.²²⁶

In Leipzig kam es auch zur Verabschiedung mehrerer Eingaben an staatliche Instanzen und die Volkskammer. Volkskammerpräsident Sindermann erhielt Beschwerden über die rechtswidrige Ignorierung von Eingaben und die Behinderung friedenspolitisch Engagierter bei Reisen ins sozialistische Ausland. Eine weitere Eingabe an die Volkskammer forderte die Einführung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit in der DDR. Den Ministerrat erreichten Aufforderungen zu einer adäquaten Umweltberichterstattung und Anregungen zur Überprüfung der Subventionspolitik zugunsten einer Mittelfreisetzung für die „ökologische Umgestaltung“. Sowohl diese Briefe als auch der Inhalt der Erklärungen des Leipziger Seminars spiegelten deutlich die enorme Zunahme der gesellschaftspolitischen Ambitionen des Netzwerks. In den friedens-, wirtschafts- und umweltpolitischen Positionierungen sowie in den Forderungen zur Demokratisierung der Gesellschaft, insbesondere seines Rechtssystems und der Informationspolitik, drückte sich der Politisierungsschub aus, der auf die Friedens-, Menschenrechts- und Ökologiebewegung in den letzten Jahren gewirkt hatte und welcher eindeutig das Korsett der kirchlichen Amtsträgerschaft zu sprengen im Begriff war. Dies zeigte sich 1987 auch am Schicksal der in Leipzig verabschiedeten Eingaben. Dass diese Eingaben vom Fortsetzungsausschuss (FA) mit einiger Verzögerung direkt an die entsprechenden Instanzen geschickt wurden, ging auf einen ernsten Konflikt des FA mit dem Sekretariat des BEK zurück. Auf Druck der kirchlichen Vertreter war verabredet worden, dass solche Dokumente von der KKL an die jeweiligen Adressaten weitergeleitet würden. Als der FA die Materialien des Leipziger Seminars über das BEK-Sekretariat an die KKL übersandt hatte, waren die staatlichen Unmutsbekundungen über dessen Inhalt bereits in vollem Gange. Nun weigerte sich das Sekretariat namens der KKL, die verabredete Weiterleitung der Eingaben vorzunehmen, weil der Adressat der Gruppen auch in Fragen staatlicher Zuständigkeit die Kirchengremien zu sein hätte. Diese Gremien hätten dann allein zu entscheiden, ob oder inwieweit sie die Anliegen der Gruppen den staatlichen Stellen gegenüber vertreten. Damit hatte die KKL zugleich die geschlossene Vereinbarung gebrochen und den Alleinvertretungsanspruch der Amtskirche über die Außenartikulation der Basisgruppen bekräftigt. Zusätzlich hatte die KKL mit ihrer so zum Ausdruck gebrachten Missbilligung des Inhalts der Eingaben ihr Gesicht gegenüber dem Staat gewahrt. Nach vergeblichen Protesten Hans-Jochen Tschiches im Namen des FA gegen diese Bevormundung schickte der FA die Papiere kurzerhand direkt (und gezwungenermaßen verspätet) an Volkskammer und Ministerrat. Während die Beschwerden über willkürliche Reisebeschränkungen und Verstö-

226 Zu den Unterzeichnern gehörten Rainer Eppelmann, Freya Klier, Vera Wollenberger, Andreas Passarge, Wolfgang Templin, Eckhart Hübener, Bärbel Bohley, Werner Fischer, Ulrike Poppe, Irena Kukutz, Reinhard Schult, Justus Werdin, Herbert Mißlitz, Thomas Klein, Stephan Bickhardt, Bodo Niedlich, Inken Werdin, Martina Krone, Rainer Blum, Uwe Bastian, Uwe Dähn, Carlo Jordan, Reinhard Weißhuhn, Antje Böttger und Martin Böttger, MDA, 10.01. Vgl. auch den Brief Ralf Hirschs an Roland Jahn vom 3.10.1986 zum „Brief aus der eigenständigen Friedensbewegung der DDR an die Wissenschaftler der Bewegung ‚Vereinigte Hochschulen zur Verhinderung eines Atomkrieges‘“, MDA, RJ 02.

ße gegen die Eingabegesetzgebung wie üblich unbeantwortet blieben, wurde Tschiche hinsichtlich der Anmahnung einer Verbesserung der Umweltberichterstattung immerhin zum (allerdings folgenlosen) Gespräch beim Rat des Bezirks gebeten. Das Ministerium der Justiz antwortete auf die Eingabe an die Volkskammer zur Verwaltungsgerichtsbarkeit, dass Erwägungen zur Verbesserung von Verwaltungsverfahren bereits im Gange seien (womit vage die 1988 tatsächlich vorgenommenen Regelungen zu gerichtlichen Überprüfungsverfahren von Verwaltungsakten angedeutet wurden).²²⁷

4.14 „Mauerprotest“ in Ost und West: Pfingsten 1987

Zu Pfingsten 1987 schien auf den ersten Blick eine Fortsetzung der „Jugendrevolten“ aus den 60er und 70er Jahren stattzufinden: Anlässlich eines Open-Air-Konzerts vor dem Westberliner Reichstag vom 7. bis 9. Juni 1987 versammelten sich 2–4 000 zumeist jugendliche Rockfans in der Nähe des Brandenburger Tores, um wenigstens akustisch dabei sein zu können. Am 9. Juni gab es zum Teil brutale Ausschreitungen der VP und von Einsatzkräften des MfS gegen die hier versammelten Bürger.²²⁸ Anders als bei den meisten solcher Auseinandersetzungen zwischen der Polizei und Jugendlichen in den 60er und 70er Jahren waren die Losungen und Bekundungen aus der Menge heraus („Gorbatschow“, „Rosa Luxemburg“, „Die Mauer muss weg“, „Stasi-Schweine“, Absingen der „Internationale“) Reaktionen der angegriffenen Bürger auf nicht provozierte Übergriffe der Sicherheitsorgane.²²⁹ Eine gemeinsame Erklärung des Friedenskreises Friedrichsfelde, der Umweltbibliothek und der Gruppe Gegenstimmen vom 15. Juni 1987 verband diese Ereignisse mit den Demonstrationen in Westberlin gegen den dortigen Besuch des US-amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan. Es hieß:

„Innerhalb einer Woche ertönte auf beiden Seiten des Brandenburger Tores der Ruf nach dem Fall der Mauer: von Jugendlichen bei uns und vom Präsidenten der Vereinigten Staaten. Was steckt jeweils hinter dieser Forderung? Herr Reagan ... ruft ... nach einer Wandlung im Osten. Die Menschenrechte sollen endlich respektiert werden. Wenn Reagan von Menschenrechten spricht, kann er doch nicht die meinen, die durch die USA selbst mit Füßen getreten werden. Oder sind die Studenten in Südkorea, die Nicaraguaner, die Schwarzen in Südafrika und in seinem eigenen Land keine Menschen für ihn? ... Wer genau hinhört, merkt schnell, was er meint und für wen er spricht. ... Der Kapitalismus braucht neue Märkte. Und wer meint, die jungen Leute zu Pfingsten wären sich einig mit Reagan, der irrt. Es war ja nicht zu überhören, dass auch die ‚Internationale‘ gesungen wurde. Im Übrigen wurde nach Gorbatschow gerufen und nicht nach Reagan oder gar Kohl. Hier macht sich offensichtlich der Wunsch nach Veränderungen anderer Art Luft. Eine Alternative zu beiden beste-

227 Neubert 1997, S. 657ff.

228 Vgl. Zeitschrift „Umweltbibliothek“ vom 4.7.1987, S. 2f, MDA und „Grenzfall“ 6/198, Reprint 1989, S. 64f.

229 Dies traf wiederum auf einen kleineren Krawall am 13. August 1987 nicht mehr zu. Auch hier ging die Polizei mit erheblicher physischer Gewalt gegen die Demonstranten vor.

henden Systemen verträgt sich schlecht mit Polizeiaufmärschen gegen missliebige Bürger. Eins ist jedenfalls klar: Mit dem Vorgehen der Polizei gegen die Jugendlichen zu Pfingsten lieferten die Staatsorgane jenem Mann die Argumente, gegen dessen Politik Zehntausende von Menschen in Westberlin demonstrieren. Mit diesen Westberlinern fühlen wir uns solidarisch verbunden.“²³⁰

4.15 Ein „dialogisches“ Zwischenspiel

Mitte August geißelte ein offener Brief unter dem Titel „Die Umgestaltung braucht mündige Bürger“ der IFM-Mitglieder Peter Grimm, Ralf Hirsch und Peter Rölle die unverändert starre Haltung der Staatsmacht gegenüber angemahnten Veränderungen im Rechtsregime und hinsichtlich Forderungen nach Entwicklung der Demokratie. Mit unverkennbarem Hinweis auf die sowjetische „Perestroika“ übte der offene Brief Kritik am politischen Strafrecht in der DDR, rügte die fehlende Verwaltungsgerichtsbarkeit, bezeichnete den Eingabeformalismus als Zwang zum Bittgesuch, bemängelte die fehlenden Möglichkeiten zur Volksabstimmung, verwies auf den Machtmissbrauch durch Informationsentzug durch die Regierenden und kritisierte die willkürlichen Reisebeschränkungen insbesondere in den Westen und teilweise auch in den Osten.²³¹ Anlässlich des Solidaritätsbasars des DDR-Verbandes der Journalisten am 28.8.1987 auf dem Alexanderplatz verteilten Mitglieder der IFM an die ausstellenden Journalisten eine „Erklärung zur Arbeit der Massenmedien“. Hier wurde die wirklichkeitsverleugnende und manipulative Medienberichterstattung in der DDR verurteilt und auf aktuelle gegenteilige Tendenzen in fast allen osteuropäischen Nachbarländern verwiesen. Die unbehelligt verbreitete Erklärung bezeichnete die Medien in der DDR als manipulativ, ignorant, unkritisch und formalistisch. Es folgte der Hinweis, dass diese „Feststellungen ... für uns um so bedrückender [sind], weil es bekannt ist, dass in anderen sozialistischen Ländern die Journalisten zunehmend zu ihrer Berufsverantwortung finden. ... Ein Beispiel dafür war der Kongress der Journalisten in der UdSSR, der zu entscheidenden Änderungen nicht nur im Verbandsleben führte. ‚Glasnost‘ und ‚Perestroika‘ hielten auch hier ihren Einzug.“ In Polen existiere eine „breite unabhängige Presse, ein unzensuriertes Verlagswesen“ als „Korrektiv und Ermutigung für die offiziellen Medien“. An der DDR gehe diese Entwicklung vorbei. „Wer eigentlich zwingt die DDR-Journalisten zu Halbwahrheiten und Entstellungen: es gibt offiziell keine Zensur!“ Es bedürfe „der Ehrlichkeit und der Zivilcourage eines jeden Journalisten, der journalistischen Sauberkeit.“²³²

Kontrastierend zu dieser bedrückenden Bestandsaufnahme schien sich ab September 1987 jedoch eine Veränderung in der Praxis staatlichen Umgangs mit „Andersdenkenden“ abzuzeichnen. Eine Tendenz hin zu Dialog und „Koexistenz“ sollte dann auch Anlass sein für

230 Mr. Reagan, holen Sie Ihren Koffer wieder ab! Gemeinsame Erklärung des Friedenskreises Friedrichsfelde, der Gruppe Gegenstimmen und der Umweltbibliothek vom 15.6.1987, MDA, 1.1.02, Reg.-Nr. 4277.

231 „Die Umgestaltung braucht mündige Bürger“. Offener Brief vom 15.8.1987.

232 Erklärung zur Arbeit der Massenmedien, in: Grenzfall 9/1987, Reprint, S. 103.

hochgespannte Erwartungen eines eventuellen Einschwenkens der DDR auf den Gorbatschow-Kurs. Als sich diese trügerische Hoffnung zum Jahresende schnell zerschlug, war bald von „Täuschung“ oder (angelehnt an die operative Bezeichnung der MfS-Aktion gegen die UB im November) von einer „Falle“ die Rede. Es spricht wenig für ein staatlicherseits „von langer Hand“ vorbereitetes derartiges Manöver. Eher ist anzunehmen, dass die Rückkehr zur Repression im November 87/Januar 88 infolge zunehmender Instabilitäten in der Statik Kirche-Staat-Gruppen ausgelöst wurde.

4.15.1 Der uneigentliche Dialog: SED und SPD proben den Streit der Ideologien

Im Frühherbst 1987 beeinflussten das im August veröffentlichte gemeinsame Dialogpapier von SED und SPD „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ sowie der für September bevorstehende Besuch Honeckers in Bonn sowohl das innenpolitische Klima, als auch den Aktionsradius der UFB und der anderen politisch-alternativen Gruppen. Der Besuch Honeckers in der Bundesrepublik, das erste Mal im April 1983 abgesagt, sollte ursprünglich schon im September 1984 stattfinden. Unter dem Druck des seit Februar 1984 amtierenden damaligen neuen Generalsekretärs Tschernenko, Nachfolger des verstorbenen Andropow, musste Honecker seinen unmittelbar bevorstehenden Besuch in der Bundesrepublik am 4. September erneut absagen. Ein solcher Besuch schien nun dem neuen außenpolitischen Kurs Gorbatschows nicht mehr grundsätzlich zu widersprechen.²³³ Für den September 1987 wurde dieser Besuch zum dritten Mal geplant und jetzt auch verwirklicht. Zuvor jedoch sorgte das SED-SPD-„Ideologiepapier“, welches im ND jedem DDR-Bürger zugänglich war,²³⁴ für Aufregung. Die Erklärung „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“, veröffentlicht am 28.8.1987, war entstanden im Rahmen eines Dialogs von Mitgliedern der Grundwertekommission beim Parteivorstand der SPD (u. a. Erhard Eppler, Johano Strasser, Thomas Meyer) mit Vertretern der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED unter der Leitung ihres Rektors Otto Reinhold. Beide Seiten trafen sich auf der Grundlage des übereinstimmenden Interesses, die gemeinsame Existenzbedrohung im Falle der „heißen“ Konfrontation beider Systeme abwenden zu helfen und überdies die unbeherrschten grenzübergreifenden ökologischen Nebenfolgen eines hemmungslosen industriellen Wachstums konkurrierender Wirtschaftssysteme zu erörtern. Die Konsensformel beider Seiten bestand in der Aussage, dass es im Nuklearzeitalter nur noch einen friedlichen Wettbewerb der Systeme geben könne und Konflikte, wie tiefgehend sie auch immer sein mögen, nur noch friedlich auszutragen seien. Veränderungen in den Systemen könnten daher, so die gemeinsame Feststellung beider Seiten, nur „von innen“ kommen. Die deshalb zu legitimierende offene Diskussion über den Wettbewerb beider Systeme

233 Auf der Beratung der Generalsekretäre bzw. Ersten Sekretäre der ZK der Bruderparteien sozialistischer Länder im November 1986 wurde die Gleichberechtigung jeder Partei und ihrer Verantwortung vor dem eigenen Volk als grundlegende Prinzipien der Beziehungen untereinander festgeschrieben. Dies war praktisch die nominelle Suspendierung der Breshnew-Doktrin einer beschränkten Souveränität der sozialistischen Länder, womit auch die DDR (die SED) einen erweiterten innen- und außenpolitischen Spielraum nutzen konnte.

234 „Neues Deutschland“ (ND) vom 28.8.1987, S. 3.

erfordere, so die Erwartung der sozialdemokratischen Seite, bei der SED die öffentliche Zustimmung zur Herstellung ausreichender Garantien und Voraussetzungen auch für den inneren Dialog in der DDR. Seinen Niederschlag fand letzteres tatsächlich in folgenden Passagen des verabschiedeten Dokumentes:

„Die offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme, ihre Erfolge und Misserfolge, Vorzüge und Nachteile, muss innerhalb jedes Systems möglich sein. Wirklicher Wettbewerb setzt sogar voraus, dass diese Diskussion gefördert wird und praktische Ergebnisse hat. Nur so ist es möglich, dass öffentlich eine vergleichende Bilanz von Praxis und Erfahrungen beider Systeme gezogen wird, so dass Mislungenes verworfen, Gelingen festgehalten und gegebenenfalls übernommen und weiterentwickelt werden kann. Der umfassenden Informiertheit der Bürger in Ost und West kommt im Prozess der Friedenssicherung und des Systemwettstreits eine wachsende Bedeutung zu. Dazu müssen die Staaten in beiden Systemen entsprechend der KSZE-Schlussakte auf ihrem Territorium die Verbreitung von periodisch und nicht periodisch erscheinenden Zeitungen und gedruckten Veröffentlichungen aus den anderen Teilnehmerstaaten erleichtern. Der Dialog zwischen allen gesellschaftlichen Organisationen, Institutionen, Kräften und Personen auf beiden Seiten gewinnt wachsende Bedeutung für die Friedenssicherung und den Wettbewerb der Systeme. Das schließt auch Besuch und Gegenbesuch, die Teilnahme an Seminaren, wissenschaftlichen, kulturellen und politischen Veranstaltungen über die Systemgrenzen hinweg ein.“²³⁵

Einer der sozialdemokratischen Mitverfasser des Papiers, Thomas Meyer, teilte später dazu mit, dass solche von ihm im zweiten Teil des Dokuments verfassten Abschnitte (die des ersten Teils verfasste Rolf Reißig von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften) auf Vorschläge von Zdenek Mlynar und Jiri Pelikan aus dem Jahre 1986 zurückgingen. Beide hatten damals erläutert, was erste echte Konzessionen der Herrschenden in den osteuropäischen Ländern sein könnten, die von der Opposition als neue Freiräume anerkannt werden würden. Zdenek Mlynar leitete damals ein Forschungsprojekt, in dem Osteuropäer, die aus politischen Gründen in Westeuropa lebten (zu ihnen gehörten u. a. Jiri Pelikan und Agnes Heller), über Möglichkeiten eines Reformprozesses in Osteuropa debattierten. Diese Vorschläge fanden nun Eingang in den auch von der SED-Seite akzeptierten Text.²³⁶ Schließlich enthielt das Papier auch noch die beiderseitige Anerkennung der Existenzberechtigung, Friedens- und Reformfähigkeit des jeweils anderen Systems. Anfang September 1987 nahmen an einem in Freudenberg von der SPD organisierten Treffen zum Dialogpapier sowohl Rolf Reißig als auch Jürgen Fuchs und Roland Jahn teil. Hier forderten Fuchs und Jahn die Aufnahme des Dialogs mit der Opposition, was von Reißig unter Hinweis auf den Prozesscharakter der Entfaltung sozialistischer Demokratie hinhaltend kommentiert wurde.²³⁷ Dies alles zusammen war zu einem Zeitpunkt, als Gorbatschows neue Politik sich zu entwickeln begann, tatsächlich eine nominelle Revision zentraler ideologischer Dogmen des SED-

235 Das Dokument ist abgedruckt in: Rolf Reißig, *Dialog durch die Mauer. Die umstrittene Annäherung von SPD und SED*, Frankfurt/Main/New York 2002, S. 393–398.

236 „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“. Zur Diskussion um das Streitkultur-Papier von SPD und SED. Beitrag von Thomas Meyer, September 1999, Friedrich-Ebert-Stiftung, Digitale Bibliothek.

237 *Umweltblätter*, November 1987.

Regimes. Man darf vermuten, dass die Tolerierung des vor allem für die SED riskanten Dialog-Experiments dem Bedürfnis entsprang, diese Öffnung in den Dienst ihrer außen- und sicherheitspolitischen Entspannungsinteressen zu stellen in der Hoffnung, die innenpolitischen Konsequenzen des Dialog-Ansatzes beherrschen zu können und dabei gleichzeitig dem „Neuen Kurs“ in Moskau entgegenzukommen. Die SED versuchte jedoch sehr schnell, im eigenen Herrschaftsbereich die im Dialogpapier eröffneten Spielräume wieder zu schließen²³⁸ und begann überdies, dort die „Dialogvereinbarung“ definitiv zu brechen, indem zur Jahreswende 1987/88 die Repressionen gegen die Opposition wieder verschärft wurden. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass Gorbatschows Reformkurs inzwischen die vorsichtigen Öffnungsbestrebungen der SED schon weit überholt hatte und die Parteiführung sich zur Abgrenzung veranlasst sah, weil weitergehende Schritte nach sowjetischem Taktmaß offensichtlich in der DDR nicht mehr beherrschbar sein würden. Dabei war nun auch der Geist des Dialogpapiers hinderlich geworden. Für die Opposition war das „Streitkulturpapier“ insofern bedeutungslos, als sie auf eine obrigkeitliche Dialog- und Kritikfreigabe nicht angewiesen war. Für den innerparteilichen Konfliktstatus war dieses Dialogpapier dagegen sehr viel folgenreicher und tatsächlich wurde der Text an der Parteibasis außerordentlich intensiv diskutiert. Vor allem hier begann die SED-Führung die Bremsen mit aller Kraft wieder anzuziehen und konnte verhindern, dass zu ihrem Schaden auch in der SED etwas begann, was die Opposition schon lange praktizierte. Insgesamt kann heute rückblickend eingeschätzt werden, dass sich die Probleme der Parteiführung durch dieses Dialogexperiment eher vergrößert hatten und die Legitimationsdefizite für die Disziplinierung innerparteilicher Kritiker und oppositioneller Gruppierungen durch eigenes Zutun weiter gewachsen waren. Meyer verwies hier auf eine bei Garton Ash zitierte Einschätzung der zentralen Auswertungs- und Informationsgruppe (ZAIG) des MfS, dass die offene Diskussion über den Wettbewerb der Systeme die DDR angesichts ihrer wirtschaftlichen Lage in große Schwierigkeiten bringe. Für „feindlich negative Personen“ stelle das Papier eine viel günstigere Bedingung als zuvor für die Legitimation von oppositionellem Auftreten dar und würde von diesen Gruppen auch so gehandhabt.²³⁹ Tatsächlich fand das Dialogpapier in den Oppositionsgruppen eine ihrer (begrenzten) Tragweite entsprechende Aufmerksamkeit und wurde mehrheitlich eher als nützlich denn als schädlich bewertet. Der „Grenzfall“ allerdings veröffentlichte Anfang September 1987 einen Kommentar, der das Dokument als „unverbindliches und an den konkreten Problemen völlig vorbeigehendes gemeinsames Ideologiepapier“ bezeichnete.²⁴⁰ Während sich hier vor allem eine gewisse Hilflosigkeit im Umgang damit artikulierte, kritisierten andere Oppositionelle den Dialog: Ludwig Mehlhorn rügte die SPD, sie hätte sich statt mit der Opposition zu reden, lieber mit den SED-Funktionären eingelassen.²⁴¹ Reiner Flüge argwöhnte, der Dialog bliebe auf die beiden Parteien beschränkt.²⁴² Benn Roolf bemängelte die Tendenz, die „kritische Wahrheitssuche“

238 Kurt Hager begann mit entsprechenden Uminterpretationen bereits im Oktober 1987.

239 Meyer, Streit, ebenda.

240 Grenzfall 7/87, Reprint S. 101f. Der Autor des „Grenzfall“-Artikels erklärte in der Überzeugung, dass ihm zu erwartende Reiseerleichterungen wie auch Anteile bevorstehender neuer bundesdeutscher Milliardenkredite bestimmt nicht zugute kommen würden, es sei das Beste, „ein Störenfried zu bleiben“.

241 Herbert Riehl-Heyse, Panik nach dem Brückenschlag, Süddeutsche Zeitung 4.7.1992.

242 Reiner Flüge, Fragen an ein Streitpapier, in: Kontext – Beiträge aus Kirche & Gesellschaft (künftig: Kontext), 3.7.1988.

in den Systemwettbewerb einzubinden und so das „Zwei-Lager-Weltbild“ zu verfestigen. Außerdem seien im Papier die „Wechselbeziehungen zwischen Innerem und Äußerem“ ausgeklammert. Dieser über ein Jahr nach der Veröffentlichung des Dialogpapiers entstandene Aufsatz antizipierte schon die nominelle und reale Abkehr der SED-Führung vom Geist des Dokuments und die daraufhin entstandene Enttäuschung jener, die auf ein „Neues Denken“ auch in der SED-Führung hofften. Trotz scharfer Kritik von Benn Roolf am Dialogpapier wegen dort implizit angelegter Okkupation des Problemzusammenhangs „Frieden und Menschenrechte“ durch die politische Klasse erklärte er jedoch auch, „mit Ignoranz und einem selbstgewissen Beiseiteschieben ernst gemeinter und vom ehrlichen Bemühen um eine neue Qualität der Friedenssicherung gekennzeichneten Initiativen, wie dem SPD/SED-Papier ist der Suche nach politischen Lösungen für die Zukunft nicht geholfen.“²⁴³ Überdies zitierte er zustimmend Überlegungen der „SED-Autoren“ Max Schmidt und Wolfgang Schwarz: „Was Europa braucht, ist eine von übergreifenden Sicherheits- und Kooperationserwägungen geleitete politische, militärische, ökologische, wirtschaftlich-wissenschaftlich-technische, humanitäre ... Zusammenarbeit und perspektivische Vernetzung von Ost und West.“²⁴⁴ Stephan Hilsberg bewertete 1999 rückblickend das Papier sogar als schädlich und beklagte, dass die SPD ihre Kontakte zur SED²⁴⁵ auch nach der Repressionsserie 1987/88 sogar noch intensiverte, wogegen jene Kräfte, welche den avisierten inneren Dialog führen und die demokratischen Rechte in der DDR einforderten, weiterhin ignoriert wurden. In diesem Zusammenhang beklagte er, dass „die bereits latent vorhandene Ablehnung der westdeutschen Demokratie und der etablierten westdeutschen Parteien seitens der oppositionellen Bewegung der DDR ... dadurch noch verstärkt [wurde]“.²⁴⁶ Im Lager der Konservativen in der BRD, deren Repräsentanten nicht nur intensive Kontakte mit der SED pflegten, Honecker zum Staatsbesuch einluden²⁴⁷ und vor allem die DDR kreditierten, ging man eifrig auf Distanz – so sprach Volker Rühle in Richtung der SPD vom „Wandel durch Anbiederung“.

243 Benn Roolf, Das SPD/SED-Papier. Eine „Fehlersuche“ oder der Versuch, ein ungutes Gefühl zu rationalisieren, in: Kontext, 22.11.1988, S. 20ff, hier: S.21.

244 Ebenda, S. 23 unter Hinweis auf die IPW-Berichte 9/1988, S. 2f.

245 Allein bis Anfang 1988 kam es zu über 130 Begegnungen zwischen führenden SPD- und SED-Politikern. Rolf Reißig, Dialog durch die Mauer. Die umstrittene Annäherung von SPD und SED, Frankfurt/Main/New York 2002, S. 6.

246 „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“. Zur Diskussion um das Streitkultur-Papier von SPD und SED. Beitrag von Stephan Hilsberg, September 1999, Friedrich-Ebert-Stiftung, Digitale Bibliothek.

247 Unmittelbar nach den Bundestagswahlen erneuerte Kohl seine Einladung an Honecker zu einem Besuch in Bonn. Persönliche Gespräche mit Honecker führten der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU), der bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß (CSU), der baden-württembergische Ministerpräsident Lothar Späth (CDU) und der Regierende Berliner Bürgermeister Dieppen (CDU). Sowohl Vogel als auch Strauß luden Honecker persönlich im Auftrag Kohls zu einem Besuch ein. Damit korrespondierte die Kontaktpflege der CDU mit Honecker deutlich mit jener der SPD und der FDP, für die Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann (FDP) und der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine (SPD) mit Honecker zusammentrafen.

4.15.2 Der Olof-Palme-Friedensmarsch: „Neues Denken“ oder alte Taktik?

Im Gedenken an den 1986 ermordeten schwedischen Ministerpräsidenten Olof Palme riefen die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsgegner in der BRD, der Friedensrat der DDR und das Friedenskomitee der ČSSR gemeinsam zu einem Friedensmarsch für Palmes Idee eines auch von der SED angestrebten atomwaffenfreien Korridors in Mitteleuropa auf.²⁴⁸ Der schon im Frühjahr im ND angekündigte Marsch fand dann vom 1. bis 18. September 1987 tatsächlich statt, während Honecker vom 7. bis 11. September in Bonn zu Gast war. Das Staunen über den SED-SPD-Dialogtext vom August war noch nicht abgeklungen, stand aber schon im Schatten der viel weiterreichenden Vorstöße sowjetischer „Perestroika“ und Gorbatschows Abrüstungsinitiativen. Diese Randbedingungen waren mehr als ausreichend, um die teilnehmenden Gruppen aus der unabhängigen DDR-Friedensbewegung weitgehend gegen staatliche Repressionen zu sichern. Deren Mitwirkung sollte sich aus einer Einladung seitens des Vizepräsidenten des DDR-Friedensrates an den BEK zu dessen Mitwirkung im nationalen Vorbereitungskomitee des Marsches in der DDR ergeben. Staatlicherseits hoffte man offensichtlich auf die bewährte Kooperation der Amtskirche bei der Eindämmung „politisch-negativer“ Demonstrativhandlungen teilnehmender Friedenskreismitglieder. Der BEK wiederum wusste, dass er den letzten Rest seiner Glaubwürdigkeit im Falle einer restriktiven Beauflagungspraxis aufs Spiel setzte. Martin-Michael Passauer als ein Vertreter des BEK im nationalen Vorbereitungskomitee des Marsches betrieb sich dort auf die ehemals so konfliktbeladene alttestamentarische Losung „Schwerter zu Pflugscharen“ und kündigte beim kirchlicherseits zu organisierenden Pilgerweg zwischen den ehemaligen Konzentrationslagern Ravensbrück und Sachsenhausen an, dass es auch gegenüber „Andersdenkenden“ keine „Ausgrenzungen“ geben werde. In diesem Sinne hatte der BEK eine kirchliche Beteiligung am Friedensmarsch an die unbehinderte Eigenständigkeit des kirchlichen Friedenszeugnisses gebunden.²⁴⁹ Die Gruppen erfuhren allerdings erst im Sommer, als die Einzelheiten der kirchlichen Einbindung in den Ablaufplan bereits verhandelt waren, offiziell von der kirchlichen Beteiligung am bevorstehenden Friedensmarsch.²⁵⁰ Der Fortsetzungsausschuss des Seminars „Konkret für den Frieden“ koordinierte die Einladungen an die Gruppen und die Mitwirkung deren Vertreter an den Veranstaltungen der involvierten Nachbarländer.²⁵¹ Es gelang Passauer und Oberkirchenrätin Christa Lewek als BEK-Vertreter im Komitee sowie Stadtjugendpfarrer Hülsemann Anfang September in Gesprächen mit dem Magistrat und im SfK, den staatlichen Argwohn gegenüber dem in Berlin vom Stadtjugendpfarramt und den Gruppen außerhalb des Olof-Palme-Marsches geplanten Pilgerweg zu beschwichtigen.²⁵² Erstmals verließen die Gruppen legal

248 Verdienstvollerweise verwies der „Grenzfall“ auf den erheblichen schwedischen Rüstungsgüterexport in die „Dritte Welt“, welcher hinter der internationalen Resonanz der abrüstungspolitischen Initiativen des schwedischen Ministerpräsidenten fast in Vergessenheit geraten waren, Grenzfall 8/1987, Reprint S. 93.

249 Neubert 1997, S. 690ff.

250 Grenzfall 8/1987, Reprint S. 93.

251 So reiste Martin Böttger am 18. September, nominiert vom BEK, in einer Delegation des Friedensrates in die ČSSR. Plötzlich war seine anhaltende Ost-Reise-Sperre unwirksam. Grenzfall 10/1987, Reprint S. 119f.

252 Aust 1998, S. 114.

den kirchlichen Bereich und traten an die Öffentlichkeit. Bei den Pilgerwegen, Marschstrecken und Friedensgebeten an den verschiedenen Orten des Friedensmarsches wurden von den Angehörigen der Basisgruppen weitgehend unbehelligt Losungen öffentlich gezeigt, für die sich bisher nur die Sicherheitsorgane für zuständig hielten: Forderungen nach einem sozialen Friedensdienst, Proteste gegen die Militarisierungstendenzen in der Gesellschaft und vor allem den Schulen, gegen die Umweltverwahrlosung sowie das Betreiben von Kernkraftwerken waren ebenso zu sehen, wie immer wieder das ehemals verfeimte Emblem „Schwerter zu Pflugscharen“. Die Aktion Sühnezeichen organisierte vom 2. bis 5. September den gemischten Pilgermarsch von „Offiziellen und Unabhängigen“ zwischen Ravensbrück und Sachsenhausen. Am Demonstrationszug zwischen der Zions- und Gethsemanekirche²⁵³ am 5. September in Berlin ohne staatliche Beteiligung nahmen unbehelligt von der Polizei, vielmehr von dieser zuvorkommend durch die Straßen geleitet, ca. 1 000 Menschen teil.²⁵⁴ Die SED hatte, anstatt die Kirche für ihre Zwecke zu instrumentalisieren, hier die erste legale unabhängige öffentliche Demonstration von Basisgruppen der unabhängigen Friedensbewegung mit staatskritischen Losungen gewähren lassen. Obwohl sich diese Harmonie anderenorts in der Republik nicht so ungebrochen entfaltete, waren sowohl im amtskirchlichen Umfeld, als auch in einigen Basisgruppen die Reaktionen auf diese Öffnung zum Teil euphorisch.²⁵⁵ Bereits im Oktober hatte man im SfK insbesondere für den Bereich der EKBB alle Hände voll zu tun, um die Sektorenleiter der Räte der Bezirke Potsdam,

253 Einem anderen Erinnerungsbericht zufolge begann der Marsch vor der Eliaskirche und führte über die Senefelder-, Kollwitz-, und Wörther Str. über die von VP regulierte Schönhauser Allee zur Segenskirche. Die Zions- und Gethsemanekirche waren die beiden letzten Stationen, Wolf 2006, Kapitel XLII, S. 2385.

254 Trotz der generellen Duldungsweisung für die Beteiligung kirchlicher Friedensgruppen an den Märschen seitens der Parteiführung fehlten in Berlin klare Anweisungen für den Umgang mit diesem ausschließlich durch kirchliche Kräfte veranstalteten Umzug. Nach Auskunft von Kurt Zeiseweiß, damals Stellvertreter Operativ der BV Berlin des MfS, entschied dieser in Abstimmung mit dem Stellvertreter des Oberbürgermeisters, Günter Hoffmann, deshalb situationsbedingt, den Demonstrationszug nicht zu untersagen. Dadurch wurde er zwangsläufig legalisiert und war entsprechend dem Ordnungsrecht der DDR durch Kräfte der VP abzusichern. Gespräch des Autors mit Kurt Zeiseweiß am 7.6.2006.

255 Vgl. auch den Zeitzeugenbericht von Ulrike Poppe in der 68. Sitzung der Enquete-Kommission, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII,1, Baden-Baden 1995, S. 274. Einer Information des Magistrats an das SfK zufolge habe Wolfgang Templin zum Abschluss des Pilgerwegs in einem Vortrag in der Gethsemanekirche zum Thema „Vertrauen“ seiner Hoffnung auf eine weitergehende Verwirklichung der Menschenrechte in der DDR im Rahmen einer Verbesserung der Ost-West-Beziehungen Ausdruck gegeben und vermutet, dass auch eine Zusammenarbeit zwischen Staat und alternativen Gruppen der UFB möglich wäre, Aust 1998, S. 115. Ähnlich euphorisch äußerte sich auch Vera Wollenberger: Ibrahim Böhme (IM „Maxemilian“) für seine Skepsis gegenüber derartigen gemeinsamen Aktionen rügend, verwies sie auf „Töne“ seitens „staatlicher Funktionäre“, „die wir noch nie vorher vernommen hatten“. So wäre von „Lernbereitschaft“ die Rede gewesen, von „der Notwendigkeit, strittige Fragen offen zu diskutieren“, Grenzfall 10/1987, Reprint 1989, S. 126. In den „Umweltblättern“ wiederholte sie ihre Kritik an gegenüber „Vorurteile(n) gegen gemeinsame Aktionen mit staatlichen Organisationen“ und erklärte: „Es ist etwas Neues in unserem Land. Freiräume haben sich geöffnet, die von der Friedensbewegung sensibel genutzt und ausgefüllt werden müssen, damit sie nicht verloren gehen. Wir haben uns lange darum bemüht, anerkannt, respektiert und gleichberechtigt in unserem Lande wirken zu können.“ Anmerkungen zum Olof-Palme-Marsch, Umweltblätter Oktober 1987, S. 3.

Cottbus, Frankfurt/O. und der Hauptstadt auf die Dämpfung weitgehender kirchlicher Erwartungen bei den Superintendenten in den Fortgang dieser Linie einzustimmen:

„In allen bisherigen Gesprächen auf dieser Ebene werden ... illusionäre Vorstellungen nach dem Palme-Marsch sichtbar. Man ist der Meinung, dass hier eine neue Qualität des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche erreicht wurde. Die Kirche konnte sich hier ‚eigenständig‘ darstellen und man erwartet diese ‚Öffnung‘ auch für die Friedensdekade. ... Die negativen Gruppen planen unterschiedlichste Aktivitäten in den bekannten Formen mit Plakaten, Veranstaltungen usw. ... Da der Pfarrer Passauer und auch Stadtjugendpfarrer Hülsemann die Situation zum Palme-Marsch auch als ‚neue Linie, Beispiel und Präzedenzfall‘ ansehen, sind hinsichtlich der politischen Einflussnahme in Vorfeld der Friedensdekade verstärkte Gespräche begonnen worden, die auch fortgesetzt werden.“²⁵⁶

Auf der Herbstsynode der provinzsächsischen Kirche konnte man sich staatlicherseits über assistierende Interpretationen aus dem kirchlichen Bereich freuen: Von Bischof Demke

„zurückgewiesen wurden Illusionen in Hinblick auf den Olof-Palme-Friedensmarsch. Konsistorialpräsident Kramer betonte nachdrücklich die Ausnahmebedingungen dieser Friedensmanifestation. Damit wurden Vorstellungen negativer Kräfte der Boden entzogen, dass die Einbeziehung kirchlicher Kräfte in den Olof-Palme-Friedensmarsch Ausdruck einer ‚innenpolitischen Öffnung‘ sei.“²⁵⁷

Eine Wiederholung solcher von der SED legitimierter oppositioneller Demonstrationen sollte es bis zum Ende der Honecker-Ära nicht mehr geben. Diese Zeit der vermeintlichen Öffnung im Geiste des „Ideologiepapiers“ von SED und SPD war schon die Zeit der Herausbildung einer „orthodox-konservativen Achse Ostberlin-Prag-Bukarest“ in Selbstbehauptung dieses Regimes gegen den Gorbatschow-Kurs.

4.15.3 Der unheimliche Dialog: Opposition trifft CDU

Angeblich kontaktierte 1987 Rainer Eppelmann während einer privaten Besuchsreise in die BRD Politiker bundesdeutscher Parteien, unter anderem der CDU.²⁵⁸ Daraus erwuchs am 12. Oktober 1987 eine interne Begegnung von Mitgliedern der Samaritergemeinde, deren Pfarrer Rainer Eppelmann und einigen Mitgliedern der IFM mit Bundestagsabgeordneten der Regierungsparteien CDU und CSU, die anlässlich einer Fraktionssitzung im Reichstag in Westberlin weilten.²⁵⁹ Ein weiteres internes Treffen am gleichen Tag erfolgte mit Angehörigen der US-Kommission für die Wiener KSZE-Folgekonferenz. Bereits am nächsten

256 Vermerk vom 28.10.1987 über eine Beratung der Sektorenleiter der Räte der Bezirke Potsdam, Cottbus, Frankfurt/O. und der Hauptstadt beim Magistrat am 28.10.1987, SAPMO BArch, DO 4/990.

257 Vorlage vom 23.11.1987 für die Dienstbesprechung am 27.11.1987: Schriftliche Information über Verlauf und Ergebnisse der Herbstsynoden, SAPMO BArch, DO 4/1280.

258 Neubert 1997, S. 662.

259 Seitens der CDU/CSU nahmen Werner Schreiber, Heribert Scharrenbroich, und Eduard Lintner teil. Auf „östlicher“ Seite beteiligten sich an beiden Treffen insgesamt sieben Mitglieder der IFM und drei des Samariter-Friedenskreises, Gerd Poppe, Dialog oder Abgrenzung? Grenzfall-Vorabdruck 11/1987, Reprint S. 131ff.

Tag war dies Thema in den westdeutschen Medien. Der „Spiegel“ vermeldete später die „internationale Anerkennung“ der DDR-Friedensbewegung.²⁶⁰

Der Friedenskreis Friedrichsfelde, die Gruppe „Gegenstimmen“ und Mitglieder der Umweltbibliothek distanzieren sich am 17. Oktober in einer gemeinsamen Erklärung von solchen Treffen mit Repräsentanten „einer Partei, die die westliche Nachrüstung befürwortet und durchgeführt hat ... Wir wollen nicht zusammen mit einer Partei Krokodilstränen über Menschenrechtsverletzungen in der DDR zerdrücken, die andererseits eine menschenverachtende Asylpolitik befürwortet und (mindestens zu großen Teilen) brutale Diktaturen wie in Südafrika und Chile unterstützt.“²⁶¹ Die „Kirche von Unten“ merkte am 25. Oktober in ihrer Abgrenzung von dieser Begegnung sarkastisch an, dass die Konspiration dieses Treffens gegenüber den Berliner Friedenskreisen sehr viel konsequenter gehandhabt wurde, als gegenüber der Westpresse.²⁶² Die Gruppe „Gegenstimmen“ wies in einer separaten Stellungnahme unter anderem auf Irritationen des rechten Flügels innerhalb der CDU angesichts Norbert Blüms unlängst erfolgter klarer Distanzierung von den Menschenrechtsverletzungen der ultrarechten Junta in Chile hin.²⁶³ Es sei logisch, dass die hinsichtlich ihrer Kontakte mit der DDR-Opposition sonst so abstinenten CDU jetzt eine „ausgleichende“ medienwirksame Thematisierung von Menschenrechtsverletzungen in der DDR zur Bereinigung dieses „Ungleichgewichts“ in den Augen der konservativen Wählerschaft gebrauchen könne. Der Vorwurf lautete, mit dem zu erwartenden verzerrenden Medienecho im Westen hätten sich die Gesprächspartner im Osten für innen- und parteipolitische Zwecke der CDU missbrauchen lassen.²⁶⁴

Die Schroffheit der Ablehnung des Treffens durch die erwähnten Gruppen namentlich gegenüber den teilnehmenden Mitgliedern der IFM erklärte sich neben den politischen Gründen damals nicht zuletzt auch aus dem bei diesen Gruppen entstandenen Eindruck, dass „unbedingte Offenheit und Öffentlichkeit“ als leitendes Prinzip der Arbeit in der IFM offenbar auf eine über den Westen vermittelte mediale Öffentlichkeit verkürzt wurde und die Versicherung, dass „Menschenrechte ... nicht erhandelt oder zum Gegenstand diplomatischen Schacherns in Geheimverhandlungen gemacht werden [können]“²⁶⁵, so ernst nicht genommen wurde. Der voraussehbare, in den westlichen Medien erweckte Eindruck, hier sei ein für die unabhängige Friedensbewegung repräsentativer Vorgang abgelaufen, wurde überdies den östlichen Teilnehmern dieses Treffens und insbesondere Eppelmann aufgrund seiner im Spiegel und in der TAZ wiedergegebenen Äußerungen angelastet.

260 „Der Spiegel“ vom 19.10.1987.

261 MDA, 1.1.16., Reg.-Nr. 8501.

262 „Umweltblätter“ November 1987, S. 11.

263 Der „Tagesspiegel“ meldete am 26.7.87, Blüm habe nach einem Privatbesuch in Chile dem chilenischen Regime Mord und Folter vorgeworfen und wolle sich trotz des Widerstands von Innenminister Zimmermann für die Aufnahme von 14 von der Hinrichtung bedrohten Chilenen einsetzen. Bereits im Juli 1986 hatte CDU-Generalsekretär Heiner Geißler gegen die Menschenrechtsverletzungen der Junta in Chile protestiert.

264 Erklärung der Gruppe Gegenstimmen zu den Vorgängen am 12.9.1987 und ihrer Würdigung in westlichen Medien, Privatarchiv des Autors.

265 Beide Zitate entstammen dem Brief von Mitgliedern der IFM und Freunden der Friedensbewegung an die Charta 77 vom 10.1.1987, MDA 1.1.01., Reg.-Nr. 68 (vgl. Abschnitt 4.13).

Gerd Poppe reagierte mit einer im „Grenzfall“ veröffentlichten mehrseitigen Erklärung.²⁶⁶ Er wies zunächst darauf hin, dass sich die Kritiker des Treffens aus den Reihen der unabhängigen Gruppen in Gesellschaft der DKP-Zeitung UZ befänden.²⁶⁷ Die Teilnehmer aus den Reihen der IFM seien weder als deren Sprecher aufgetreten und schon gar nicht als solche der UFB, die zum Glück derartige Strukturen auch nicht besäße. Unter Berufung auf Gyorgy Konráds „Dialektik von Autonomie und Solidarität“ sei es angebracht, dass alle „mit wem, wo oder wann wir wollen – oder können“ weiterredeten. Dieser Dialog von Basisgruppen auch mit Angehörigen des Establishments, mit Vertretern einer konservativen Regierungspartei, die jene Gruppen

„mitverantwortlich machen für gegenwärtige Konfrontation und Abschreckungsstrategie ... haben wir [bisher] dem Staatsapparat oder der Kirchenleitung überlassen. Und fühlten uns ganz rein und friedlich dabei. ... Unsere natürlichen Partner ... sind und bleiben die Friedens-, Ökologie-, Menschenrechts- und anderen Emanzipationsbewegungen in aller Welt (in besonderem Maße die in Ost- und Ostmitteleuropa ...). Die Vielschichtigkeit und Breite dieser Bewegungen legt uns nahe, dass weder unsere Handlungs- noch unsere Dialogebene auf eine bestimmte Ideologie, ein bestimmtes gesellschaftliches System eingeengt bleiben können. ... Für die Mitglieder unabhängiger Gruppen sollte es auch eine Selbstverständlichkeit werden, mit Vertretern offizieller Organisationen oder Parteien (auch regierender Parteien) Gespräche zu führen. In der DDR gibt es seit Jahren ... von unserer Seite derartige Gesprächsangebote. ... Wenn wir nun solche Gespräche auch auf Parteien ausdehnen, mit denen uns weniger gemeinsame Überzeugungen verbinden als mit den Grünen, so sollten dabei weniger die Gefahren einer Vermarktung unserer Positionen in westlichen Medien gesehen werden, als die Chancen, die klare und offene auf allen Ebenen geführte Gespräche für die Überwindung der Prinzipien der Abschreckung und der Abgrenzung sowohl für die internationalen Beziehungen als auch innergesellschaftlich bieten könnten.“

Hinsichtlich des erwähnten westlichen Medienechos auf das Treffen warf Gerd Poppe den Kritikern der Begegnung mit der CDU/CSU „verinnerlichten Mangel an Freiheit“ vor, der „die Selbstbeschränkung zur Tugend verklärt“. Mündigkeit bedeute aber die Unabhängigkeit selbst verantworteter Worte und Handlungen von der Befürchtung ihrer Verfälschung oder Fehlinterpretation. Trotzdem machte auch Gerd Poppe seinem Ärger über die Berichterstattung insbesondere im „Spiegel“ Luft.

Hinsichtlich des Inhalts der Gespräche teilte er mit, dass Einvernehmen mit den Abgeordneten der CDU/CSU darin bestand, die Menschenrechte system- und ideologieunabhängig verteidigen zu müssen und das Prinzip der Nichteinmischung im Falle der Verletzung elementarer Menschenrechte nicht gelten zu lassen. Den Abgeordneten wurde die Auffassung ihrer Ostberliner Gesprächspartner von der Unteilbarkeit sozialer und politischer Men-

266 Gerd Poppe, Dialog oder Abgrenzung? Grenzfall-Vorabdruck 11/1987, Reprint S. 131ff. Die folgenden Zitate entstammen dieser Quelle.

267 Im Sinne der SED versuchte das Organ „Unsere Zeitung“ (UZ) der DKP, dieses Treffen mit der CDU/CSU als ideologische Steilvorlage zur Diskreditierung der UFB auszunutzen und kommentierte es als „Konfrontationskurs einer Querulantentruppe“. Nebenbei wurde Eppelmann, kenntlich geworden als scharfer Kritiker der „Kirche von Unten“, durch die UZ als Anhänger dieser Basisbewegung umgefälscht. Vgl. auch die Erklärung der Gruppe Gegenstimmen, ebenda.

schenrechte und von der Notwendigkeit einer Ost-West-Kooperation unter Beachtung der ökologischen Probleme und denen in der „Dritten Welt“ erläutert. Dabei würden in der BRD *„unsere Bemühungen um die Menschenrechte nicht dadurch unterstützt ..., dass man einen Forderungskatalog für Menschenrechte in der DDR aufstellt, der dann von der Bundesregierung vorgetragen wird, sondern am ehesten dadurch, dass sich die CDU/CSU und andere staatstragende Parteien stärker um die Verbesserung der Menschenrechtssituation in der Bundesrepublik bemühen. Konkret angesprochen wurde von uns die Situation der Ausländer, der Asylbewerber und der Arbeitslosen. Auf unsere Lage in der DDR bezogen haben wir festgestellt, dass wir zunehmend eigene Artikulationsmöglichkeiten sehen, dass wir niemanden benötigen, der für uns eine Stellvertreterrolle einnimmt, wenn es um die Durchsetzung der Menschenrechte in der DDR geht (die sich im übrigen nicht mit Chile und Südafrika vergleichen lässt).“*

Die deutschland- und europapolitischen Standpunkte beider Seiten hätten sich als unvereinbar herausgestellt. Während die Ostberliner Gesprächspartner im Sinne des Memorandums des Ost-West-Dialog-Netzwerks (vgl. Abschnitt 3.4.4.2) eine Lösung der deutschen Frage nur als Bestandteil eines gesamteuropäischen Vertragssystems unter der Voraussetzung einer Auflösung der Militärböcke erwarteten, bestand der deutschlandpolitische Sprecher Eduard Lintner für die CDU/CSU auf der Wiedervereinigung Deutschlands unter Aufrechterhaltung seiner NATO-Mitgliedschaft, wenn auch diese Lösung der deutschen Frage isoliert nicht denkbar sei. Bezüglich der damit verbundenen Annahme Lintners, die Gesellschaftssysteme Osteuropas ließen sich grundsätzlich ändern, erklärten, so Poppe, die Ostberliner:

„Für unsere Gesellschaft sähen wir den Weg nicht in Richtung eines Parteienpluralismus und parlamentarischen Demokratie nach westlichem Muster, sondern notwendig wäre es, den Weg der Demokratisierung zu gehen mit den sich daraus ergebenden Möglichkeiten gesellschaftlicher Selbstverwaltung.“

Die Mitglieder der US-amerikanischen Kommission für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wurden, so Gerd Poppe, über die Menschenrechtssituation in der DDR informiert und auf die Sicht ihrer Gesprächspartner auf den Status der Menschenrechte in den USA (zunehmendes soziales Elend) hingewiesen. Kritisiert wurden die US-amerikanische Politik der Hochrüstung, der militärischen Interventionen sowie der Unterstützung autoritärer und menschenfeindlicher Regimes (Chile, Südafrika). „Hüten wir uns jedoch vor Illusionen: Grundlegende gesellschaftliche Veränderungen im Sinne einer menschenwürdigen Existenz für alle sind nicht durch den Austausch von Meinungen erreichbar. Sie bedürfen des verantwortlichen Tuns ‚von unten‘. Unsere Handlungsebene ist nicht die der politischen Macht. Gespräche mit ihr können den über alle Grenzen reichenden Dialog an der Basis nicht ersetzen, sondern allenfalls ergänzen.“

Das MfS wertete den Vorgang ausgehend von seiner Sicht der amerikanischen Interessenlage als einen geheimdienstlich gesteuerten Fall von Diversion aus. Im betreffenden Bericht²⁶⁸ hieß es:

268 Streng geheime Information Nr. 377/87 vom 16.10.1987 über Zusammenkünfte von Mitgliedern einer offiziellen Delegation des USA-Kongresses während ihres Aufenthaltes in der DDR mit kirchlichen

„Der von der USA-Seite initiierte Aufenthalt dieser Delegation in der DDR und die damit im Zusammenhang stehenden ... Zusammenkünfte ordnen sich ein in die aktuelle außenpolitische Konzeption der USA-Administration gegenüber den sozialistischen Staaten, im Rahmen politischer Aktivitäten insbesondere auch mit oppositionellen Kräften, sogenannten Bürgerrechtlern, Verbindung aufzunehmen, sie als gleichrangige politische Partner zu behandeln, damit hochzuspielen und aufzuwerten. ... Unter Hervorhebung ihrer ‚Mission‘, in den sozialistischen Staaten vor Ort prüfen zu wollen, inwieweit die KSZE-Vereinbarungen realisiert worden sind bzw. werden, setzten die Delegationsmitglieder ihr bereits während Besuchsaufenthalten in der UdSSR, der ČSSR, der Ungarischen VR und der SR Rumänien erkennbares Vorgehen fort. Sie praktizierten eine Kombination von gezielter Fragestellung zur Lage im Innern der DDR mit deutlichem Schwerpunkt zum Problem der Gewährung von Menschenrechten auf KSZE-Dokumente (Herausarbeitung konkreter Fälle von sogenannten Menschenrechtsverletzungen) und Erläuterung der politischen Auffassungen/Vorstellungen der USA-Administration ... zur KSZE-Problematik. Diese Taktik diente auch dem Ziel, unmittelbar Erkenntnisse darüber herauszuarbeiten, auf welchen Gebieten der DDR-Seite im Rahmen der Gespräche mit Vertretern des Staates zur KSZE-Problematik Vorhalte gemacht und wozu Forderungen erhoben werden könnten. Sie war gleichermaßen darauf ausgerichtet, Möglichkeiten und Wege zu erschließen, ausgewählte kirchliche und auf oppositionellen Positionen stehende DDR-Bürger perspektivisch systematisch in den von ihnen betriebenen sogenannten KSZE-Überwachungsprozeß einzubeziehen. In diesem Sinne wurden Absprachen hinsichtlich der Aufrechterhaltung der Verbindung über die Botschaft der USA in der DDR geführt.“

Ausgehend von der Behauptung, die an der Betreuung der US-Delegation und der Vorbereitung von Zusammenkünften mit DDR-Bürgern beteiligten amerikanischen Botschaftsangehörigen zuzüglich eines aus der CIA-Zentrale eingereisten Mitarbeiters wären hier geheimdienstlich federführend gewesen, registrierte das MfS jedoch letztendlich nur die Übermittlung von Informationen, die öffentlich zugänglich²⁶⁹ waren:

Am Abend des 12. Oktober 1987 kam es in einer Privatwohnung in der Hauptstadt der DDR, Berlin, zu einer Zusammenkunft von 7 Mitgliedern der USA-Delegation und den Botschaftsangehörigen G[...] und L[...] mit Mitgliedern feindlich-negativen Gruppierung „Initiative Frieden und Menschenrechte“.²⁷⁰ ... Anwesend war ferner der in der DDR akkreditierte Korrespondent der „Frankfurter Rundschau“, Baum. ... Auch während dieser Zusammenkunft erhielten die USA-Bürger auf gezielte Fra-

Amtsträgern, dem Schriftsteller Rolf Schneider sowie mit hinlänglich bekannten feindlich-negativen Personen aus der Hauptstadt der DDR, Berlin, MfS, ZAIG, Arch.-Nr. Z 3609, S. 1ff. Diese Information ging ausweislich des Verteilers an Honecker, Stoph, Axen, Herrmann, Jarowinsky, Krenz, Schabowski und verschiedene Dienstseinheiten des MfS.

269 Übergeben wurde die Petition „Initiative für Blockfreiheit in Europa“ vom Mai 1985, das „Helsinki-Memorandum“ vom November 1986 (zu beidem vgl. Abschnitt 3.4.4.2), die „Parteitags eingabe“ vom April 1986 (vgl. Abschnitt 4.3.3) und die „Absage an Geist und Logik der Abgrenzung“ (vgl. Abschnitt 4.17).

270 Als Teilnehmer registrierte das MfS (mit Hilfe zweier ebenfalls anwesender IM aus der IFM) Rainer Eppelmann, Martin Böttger, Gerd Poppe und Stephan Bickhardt.

gestellungen zu Menschenrechtsverletzungen in der DDR keine konkreten Antworten (Menschenrechtsverletzungen treten nicht offen zu Tage'). DDR-Teilnehmer erklärten statt dessen, in jüngster Zeit mehr Legalität in ihren Aktivitäten durch den Staat erfahren zu haben und schätzten ein, in der Geschichte der DDR gebe es derzeit eine ‚bisher einmalige eigenständige, oftmals christlich orientierte Bewegung‘, die ... u. a. ... Informationsblätter illegal herstellt und landesweit verbreitet und ‚Initiativen im internationalen Bereich startet‘.

Zum Treffen der Amerikaner mit kirchlichen Amtsträgern hieß es:

„An der ca. zweistündigen Zusammenkunft mit Amtsträgern der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg nahmen Bischof Forck, Präses Becker, Konsistorialrat Schulzgen, Jugendpfarrer Passauer und Pastorin Misselwitz teil, ferner der Geschäftsträger a. i. der Botschaft der USA in der DDR, Thompson, und die bereits genannten G[...] und L[...]. ... [Es] wurde seitens der kirchlichen Amtsträger bestätigt, dass die Religions- und Glaubensfreiheit sowie das Wirken der Kirchen in der DDR nicht nur verfassungsrechtlich, sondern auch praktisch gesichert seien. ... [Es] wurde auf bekannte sogenannte Problemfelder (Wehrerziehung, Wehrdienst, sozialer Friedensdienst, Chancengleichheit zwischen jungen Christen und anderen Jugendlichen, Reise- und Umweltpolitik, Medienpolitik) verwiesen und versucht, ... die Existenzberechtigung kirchlicher Basisgruppen zu begründen. ... Mit Bedauern wurde konstatiert, dass es in der DDR keine genehmigte politische Opposition gebe und sich somit kritische Kräfte (Pastorin Misselwitz: Auch immer mehr Marxisten) im kirchlichen Raum zusammenfinden und in kirchlichen Basisgruppen mitwirken. Man sehe darin als Kirche auch gewisse Gefahren, weil derartige Kräfte die ihnen gebotenen Möglichkeiten politisch missbrauchen könnten.“

Letztendlich unterblieb im Berliner Gruppenspektrum damals eine differenzierte politische Auseinandersetzung zu Begegnungen dieser Art. Dafür gab es gute Gründe: Einmütig rangierte die gemeinsame Solidarität gegenüber den Angriffen von MfS und Justiz auf die UB und den „Grenzfall“ im November sowie mit den die inhaftierten Demonstranten des Januar 1988 (vgl. Abschnitte 4.20 und 4.25) bei allen Berliner Gruppen vor dem Streit über politische Differenzen. Dass jedoch unausgetragene Differenzen eher abträglich für die Selbstvergewisserung politischer Gemeinsamkeiten waren, als deren Austragung, deutete sich bereits auf dem ersten Regionaltreffen der Basisgruppen Berlin-Brandenburgs am 25.10.1987 an (vgl. Abschnitt 4.18).

4.16 Neonazis in der DDR: Überfall der Nazi-Skins am 17.10.1987 auf die Zionskirche

Das rechtsextreme Potential in der DDR stieg ab Mitte der 80er Jahre rapide an. Ausdruck fand dies u. a. auch in der steigenden Zahl von Angriffen auf Ausländer, Punks und Homosexuelle. Am 17.10.1987 überfiel eine Gruppe von BFC-Skins und einiger Westberliner Skinheads die Besucher eines gerade beendeten Konzerts der Gruppen „Element of Crime“ und „Die Firma“ in der Zionskirche und schlug brutal auf sie ein. Die VP vermied es, zu-

gunsten der angegriffenen Konzertbesucher und attackierter unbeteiligter Passanten einzugreifen. Stattdessen versuchte die Abteilung Inneres und das Referat für Kirchenfragen nach diesem Vorfall am 29.10.1987 den GKR der Zionsgemeinde davon zu überzeugen, dass die geplante Vollversammlung der KvU in den Galerie-Räumen der UB am 31.10.1987 wegen der dort anwesenden Punks überfallen werden könnte und deshalb besser zu unterbleiben hätte.²⁷¹ Informationen über einen geplanten Überfall der Nazi-Skins am 31.10. auf von Punks besetzte Wohnungen in Lichtenberg waren für das MfS Anlass, diese Wohnungen der Punks zu durchsuchen und einige von ihnen zu verhören.²⁷² Nach erfolgreichem Abschluss der Solidaritätskampagne für die inhaftierten UB-Drucker (vgl. Abschnitt 4.20) hielt die „Junge Welt“ dagegen, indem sie in einem Artikel die (von den Sicherheitsorganen gemeinhin als „feindlich-negativ“ qualifizierten) Akteure der Basisgruppen in einen Topf mit (in diesem Artikel verharmlosend als „Rowdys“ bezeichneten) Neonazis warf.²⁷³ Es spricht einiges dafür, dass staatlicherseits „neonazistische Erscheinungen“ in ihr Konzept der „Liquidierung“ eher linksgerichteter staatsfeindlicher Bestrebungen in der UB und der KvU integriert wurden.

In Berlin und in seinem Umland nahmen seit dem Exzess bei der Zionskirche nun die gewaltsamen neonazistischen Übergriffe sprunghaft zu. Im November 1987 griffen randalierende Skinheads in Velten bereits die herbeigerufene VP an. Allein zwischen Januar und März 1988 wurden Grabstellen des jüdischen Friedhofs Berlin – Prenzlauer Berg viermal verwüstet. Im April 1988 überfielen Skinheads einen evangelischen Gottesdienst in Henningsdorf.

Diese Exzesse waren keine unverhofft und unerklärlich aufflammenden Einzelfälle. Sie hatten eine langjährige Vorgeschichte. Ihre Wurzeln reichen zurück in die Zeit des Auftauchens extrem gewaltbereiter Fußball-Hooligans Anfang der 80er Jahre (vgl. Abschnitt 3.3.2). Während anfangs nur ein kleiner Teil der Skinheads ihre Lebenshaltung eindeutig politisch motivierte, nahm nicht zuletzt unter dem Einfluss von Kontakten zu westdeutschen organisierten Neonazis die Politisierung der Szene ebenso wie der Organisationsgrad der zumeist jugendlichen Neonazis ständig zu. Zu den BFC-Skins existierten zwischen 1983

271 Zu diesem Gespräch am 29.10.1987 beim Rat des Stadtbezirks Mitte hatte der stellvertretende Stadtbezirksbürgermeisters für Inneres, Jugl, eingeladen. Teilnehmer auf staatlicher Seite waren außerdem der Leiter der Sektion Kirchenfragen beim Magistrat, Dr. Mußler und die Mitarbeiterin für Kirchenfragen beim Rat des Stadtbezirks Mitte, Helms. Der GKR versicherte, zukünftig keine solchen Konzerte mehr zu genehmigen und die Veranstaltung am 31.10. vor Einbruch der Dunkelheit zu beenden. Allerdings bekräftigte der GKR auch, die Arbeit mit den Punks fortzusetzen, weil dies in der Gesellschaft nicht geschähe. MDA, 6.1.3.3.2.1.1., Reg.-Nr. 1904.

272 Wunder 1997, S. 309.

273 „Der Feind, ob er nun mit missionarischem Eifer junge ‚Literaten‘ gegen uns losschickt, die das Talent haben, ein Talent zu verkaufen, das sie gar nicht haben, ob er nun in der Pose eines ‚Mahnwächters‘ stets pünktlich wie auf Bestellung, mit Fernsehkameras vor Kirchentore zieht, oder ob er Rowdys mit faschistischem Vokabular und Schlagwaffen ausrüstet – er hat bei uns keine Chance.“ Hans-Dieter Schütt, „So sehe ich das“, Junge Welt 12.12.1987. Anlass des Artikels von Schütt war der Protest des Staatsanwalts gegen die erstinstanzlich verhängten „geringen Freiheitsstrafen von nur ein bis zwei Jahren für Rowdys, die organisiert und brutal gegen Menschen vorgehen und faschistisch-terroristische Parolen brüllen“. Die Polemik Schütts löste eine Vielzahl von Protestschreiben aus, so auch vom Stadtjugendpfarrer Hülsemann am 15.12.1987 an den Zentralrat der FDJ, welchen er am 23.12.1987 auch den Landesjugendpfarrern der Gliedkirchen zugänglich machte. MDA 1.1.16., Reg.-Nr. 958 und MDA 1.1.16, Reg.-Nr. 959.

und 1985 Kontakte von Funktionären der Westdeutschen/Westberliner Neonazi-Organisation „Nationalistische Front“ (NF) – eine West-Ost-Verbindung, bezeichnet als „festes Bündnis der Freundschaft, das sich leider, bedingt durch die Mordmauer, nur in Besuchen unsererseits ausdrückt“.²⁷⁴ Die Ostberliner „Lichtenberger Front“ existierte bereits seit 1986. Aus ihr ging 1988 die „Bewegung 30. Januar“ (benannt nach dem Tag der Machtübergabe an Hitler 1933) hervor.²⁷⁵ Seit 1988 überfielen die Mitglieder der Nordberliner „Bucher Front“ vornehmlich Ausländer und Punks. Die im Februar 1989 gegründete „Nationale Sammlung“ (NS) orientierte sich an der gleichnamigen westdeutschen Formation unter Führung von Michael Kühnen. Solche Verbindungen waren dem MfS bereits Anfang 1988 aufgefallen.²⁷⁶ Die DDR-Sicherheitsorgane registrierten 1988 insgesamt 185 Zwischenfälle mit rechtsradikalem Hintergrund. Es wurden 44 Ermittlungsverfahren (EV) eingeleitet. 1989 waren es bei 300 Vorfällen insgesamt 144 EV.²⁷⁷

Staatlicherseits wurden Nachrichten über neonazistische oder rassistische Übergriffe bzw. Propaganda in der DDR, die sich natürlich auch schon vor dem November 1987 ereigneten, in den offiziellen Medien verschwiegen oder bagatellisiert. In der strafrechtlichen Verfolgung wurden zumeist die §§ 212 (Widerstand gegen staatliche Maßnahmen), 215 (Rowdytum) und 220 (öffentliche Herabwürdigung) des StGB angewendet, häufig in Kombination mit Straftatbeständen der gewöhnlichen Kriminalität (Körperverletzung, Sachbeschädigung ect.). Dahinter standen rassistische Beschimpfungen, „Verbreitung faschistischen Gedankenguts“, das Abspielen oder Singen von Naziliedern, der Hitler-Gruß, das Rufen faschistischer Parolen, das Zeigen faschistischer Symbole, die Schändung jüdischer Gräber sowie Angriffe auf Volkspolizei-Angehörige. War die Thematisierung des politisch-ideologischen

274 So Andreas Pohl, Ortsgruppenführer der NF und Mitglied des Hertha-Fanclubs „Endsieg“, im Informationsblatt „Klartext“. Gegen Pohl wurde 1985 ein Einreiseverbot verhängt. ID-Archiv im ISSG (Hg.), Drahtzieher im braunen Netz. Der Wiederaufbau der NSDAP, Berlin/Amsterdam 1992, S. 79.

275 Sie orientierte sich an der Westberliner Naziszene und initiierte später (am 1.2.1990) die Ostberliner Nazipartei „Nationale Alternative“, welche von einem Haus in der Lichtenberger Weitlingstraße aus operierte. Dieses Haus wurde zu einem Zentrum der Ostberliner Nach-Wende-Naziszene. Ebenda, S. 80, S. 87ff.

276 „Eine Gruppierung in der Hauptstadt der DDR unterhielt persönliche Kontakte zu Mitgliedern der ‚Nationalistischen Front‘, der Nachfolgeorganisation der 1983 verbotenen ‚Aktionsfront nationaler Sozialisten‘ des Neonazis Kühnen. Andere Gruppen in der Hauptstadt der DDR waren von Skinheads aus Westberlin und Hamburg kontaktiert worden. Westberliner Skinheads nahmen an Treffen mit derartigen Jugendlichen aus dem Bezirk Potsdam teil. Derartige Jugendliche aus dem Bezirk Rostock unterhielten persönliche Kontakte zu ähnlichen Jugendlichen in Hamburg/BRD und Schweden. So wurden 1987 131 Skinheads aus Westberlin erfasst, die mit dem Ziel einreisten, Kontakte zu gleich gesinnten Personen in der Hauptstadt der DDR herzustellen und postalische Verbindungen aufzubauen.“ Einschätzung über in der DDR existierende Jugendliche, die sich mit neofaschistischer Gesinnung öffentlich kriminell und rowdyhaft verhalten sowie Schlussfolgerungen zu ihrer weiteren rigorosen Zurückdrängung und zur Verhinderung von derartigen Jugendlichen ausgehender Gefährdungen der Sicherheit und Ordnung. MfS, HA XX, VVS MfS 0008-14/88, Anlage zu einem Schreiben Generaloberst Mittigs (Stv. Minister) an die Stellvertreter Operativ (Bezirksverwaltungen für Staatssicherheit) vom 2.2.1988 zur weiteren Zurückdrängung und Verhinderung von Gefährdungen der Sicherheit und Ordnung, die von kriminellen/rowdyhaften Jugendlichen ausgehen. MfS, Arbeitsbereich Neiber Arch.-Nr. 365, S. 132ff.

277 Drahtzieher 1992, S. 83.

Hintergrunds dieser Straftaten nicht mehr zu umgehen, so wurden die Ursachen (nicht immer zu Unrecht) dem medialen oder sonstigen Einfluss des Westens zugerechnet²⁷⁸ und dies dabei gleichzeitig zur Legitimation des „antifaschistischen Schutzwalls“ verwandt. Das wiederum musste aber eigentlich angesichts des Anwachsens solcher Straftaten innerhalb jener Logik die Wirksamkeit derartiger Fähigkeiten der Mauer fraglich erscheinen lassen. Falls aber diese Schutzfunktion als über jeden Zweifel erhaben gestellt wurde, wären folgerichtig die innersystemischen Ursachen auf die Tagesordnung zu setzen gewesen, was offiziell jedoch als ebenso unerhört eingestuft wurde. Insofern blieb also das Beschweigen solcher Exzesse das erste Mittel der Wahl, bis auch dieses schließlich versagte. Dass in den bis dato geführten Prozessen der in der DDR sowieso nicht gerade seltene Tatvorwurf des Rowdytums besonders häufig angewandt wurde, liegt an der Eignung solcher Qualifizierungen für die Ablenkung vom politischen Gehalt dieser Delikte. Andererseits wurde solche Täterbewertung auch in Prozessen gegen eindeutig politisch motivierte (und auch als solche erkennbare) oppositionelle Handlungen (etwa bei der Abstrafung von Oppositionellen wegen deren Beteiligung an der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration im Januar 1988 – vgl. Abschnitt 4.25) angewandt, um die Motivation der Akteure durch Kriminalisierung abzuwerten. Besonders bezeichnend war, dass Vera Wollenberger, die gegen jene in oben erwähntem Artikel der „Jungen Welt“ vorgenommene In-eins-Setzung faschistischer „Rowdys“ und oppositioneller Mahnwächter protestierte und sogar juristisch dagegen vorgegangen war, dann im Januar 1988 vor Gericht vom Staatsanwalt wegen ihrer beabsichtigten Beteiligung an der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration selbst wegen „Rowdytums“ angeklagt wurde, bevor sie ihr Urteil von 6 Monaten Haft wegen „Zusammenrottung“ erhielt.

Im Prozess gegen die Angreifer auf das Konzert in der Zionskirche wurden am 4. Dezember 1987 vier BFC-Skinheads durch das Stadtbezirksgericht Berlin-Mitte zu Freiheitsstrafen zwischen einem und zwei Jahren verurteilt. Nicht nur diese Milde, sondern auch das anschwellende Ausmaß neonazistischer Aktivitäten ließen die bisher angewandten Mittel der Verharmlosung nicht mehr als geeignet erscheinen. Die Wende im strafrechtlichen Umgang mit Neonazis signalisierte bereits der erwähnte Artikel in der „Jungen Welt“ vom 12. Dezember. Auf den Protest der Staatsanwaltschaft hin wurden am 22. Dezember vom Stadtgericht Berlin die Strafen für die am 4. Dezember verurteilten Skins auf zwei bis vier Jahre heraufgesetzt. Am 3.2.1988 folgten Urteile des Stadtbezirksgerichts Berlin-Mitte gegen weitere acht Beteiligte an den Gewalttätigkeiten gegen die Besucher des Konzerts in der Zionskirche vom 17.10.1987. Seit Ende November 1987 bis Anfang Juli 1988 haben dann in der DDR mindestens neun Prozesse gegen Skinheads stattgefunden, in denen 49 Personen im Alter von 16 bis 25 Jahren wegen zahlreicher Gewaltakte und auch wegen Handlungen mit rechtsradikalem Hintergrund abgeurteilt wurden. „Im Zeitraum vom 1.10.1987 bis 20.1.1988 wurden durch Dienstseinheiten des MfS und durch die Volkspolizei insgesamt 40 Ermittlungsverfahren gegen insgesamt 108 derartige Jugendliche bzw. Jungerwachsene

278 Der Generalstaatsanwalt der DDR hatte deshalb auch am 15. Februar 1988 im Zusammenhang mit dem Überfall auf die Zionskirch-Konzertbesucher ein Rechtshilfeersuchen an den Generalstaatsanwalt bei dem Kammergericht in West-Berlin gerichtet, weil hier angeblich 15 Westberliner Skinheads eine inspirierende Rolle gespielt hätten. Ein Ermittlungsverfahren gegen Unbekannt war in West-Berlin bereits Anfang Januar eingeleitet worden.

eingeleitet, davon gegen 94 Personen mit Haft.²⁷⁹ Im Dezember 1987 kündigte der Generalstaatsanwalt der DDR acht weitere Prozesse gegen Skinheads an. Solche Prozesse fanden in Weißenfels, Dresden-Nord, Halle, Oranienburg, Cottbus und Berlin-Prenzlauer Berg statt, wo zum Teil erhebliche Freiheitsstrafen verhängt wurden. Hier wurden neben Gewalttätigkeiten und anderen Kriminaldelikten teilweise auch Bekundungen einer neonazistischen Gesinnung strafrechtlich geahndet. In dem Prozess vor dem Kreisgericht Oranienburg Mitte Mai 1988 gegen neun Mitglieder der „Skinhead-Gruppe Velten/Henningsdorf“ stand eine Gruppe vor Gericht, die im Umland von Berlin bis hin nach Potsdam während des ganzen Jahres 1987 Gewaltdelikte verübt hatte.

Die DDR-Justiz verfuhr seit Dezember 1987 also nach dem Grundsatz, „dass in der DDR derartige Ausschreitungen keinen Boden haben, auf das schärfste verurteilt und entsprechend der Rechtsordnung unseres Landes mit aller Konsequenz geahndet werden“. Sie verurteilte Skinheads in der Folgezeit zu deutlich härteren Strafen, als dies im ersten Skinhead-Prozess vom Dezember 1987 gegen die Täter beim Konzert in der Zionskirche der Fall war. Die eigentlichen Träger neofaschistischer Ideologie waren die „Faschos“, welche sich ab 1987 von den rechtsorientierten Skinheads abspalteten und überwiegend konspirativ, nach außen hin unauffällig, in geschlossenen Zirkeln agierten. Dem MfS war es inzwischen gelungen, die rechtsradikale Szene mit ihren IM weitgehend zu infiltrieren. Nach den in der Hauptabteilung XX vorliegenden Angaben existierten in der DDR im Jahre 1987 ca. 800 Personen (ca. 38 Gruppierungen) in Alter von 16–25 Jahren, die durch ihr äußeres Erscheinungsbild und ihre Verhaltensweisen den Skinheads zuzuordnen waren.²⁸⁰ Im Oktober 1988 waren 156 von den 1 067 erfassten Skinheads inhaftiert. In Berlin waren dem MfS damals 267 Skinheads bekannt. Daneben waren sie in Potsdam besonders stark.²⁸¹ Im April 1989 häufte sich insbesondere im Bezirk Leipzig die Verbreitung neonazistischer Parolen im öffentlichen Raum.²⁸²

Ausländerfeindlichkeit und Rassismus waren in der DDR offiziell verfehmt. Jedoch wurden die trotzdem real existierenden ausländerfeindlichen Tendenzen, welche sich nicht nur auf

279 Einschätzung der HA XX, VVS MfS 0008-14/88 (siehe oben). Die Grabschänder des jüdischen Friedhofs Anfang 1988 (siehe oben) wurden mit drakonischen Strafen von bis zu sechseinhalb Jahren bedacht, Drahtzieher 1992, S. 82.

280 Einschätzung der HA XX, VVS MfS 0008-14/88 (siehe oben).

281 Wunder 1997, S. 90. Dietmar Wolf spricht für Berlin von 450 vom MfS im Jahre 1988 registrierten Skinheads; für Potsdam von 100. Insgesamt seien vom MfS 1989 bereits 1 129 Personen den Skinheads zugeordnet worden. Dietmar Wolf, Enough is enough – Autonome Antifa in Deutschland nach 1945, Teil I: Antifaschistische Selbstorganisation in der DDR, in: Telegraph 112, Berlin 2005, S. 24.

282 Das MfS registrierte am 16.3.1989 in Leipzig an zwei Tatorten folgende Losungen: „Honecker verrecke. Es lebe die NPD. Ausländer und Juden raus. Zuchthausstaat DDR – Reisefreiheit für alle“. An drei Tatorten am 19.4.1989 in Roßwein/Döbeln fand sich die Losung: „Rot Front verrecke, Heil Hitler, Juden raus, Türken ins Gas, Sieg Heil dem Führer“. Die Täter waren drei Jugendliche, einer 15 und zwei 17 Jahre alt. Am 19.4.1989 fanden die Sicherheitsorgane in Leipzig mit Hakenkreuzen versehene handgeschriebene Zettel in einem Wohnhaus: „Zum 100. A. H. Heil Hitler“, „Feiert den 20. April“, und „Sieg am 20.4.“ Am 20.4.1989 wurden in Schmölln die Losungen „100 J. Adolf H.“ und „NPD“ festgestellt. Vorkommnisse im Bezirk Leipzig (Aktion „Symbol“), Meldung vom 4.5.1989, MfS, Sekr. Neiber, Arch.-Nr. 614, S. 90.

die Neonazis beschränkten, wesentlich durch die fatale Ausländerpolitik der DDR begünstigt. In der DDR lebten neben den politischen Flüchtlingen (seit 1973 vor allem aus Chile) ab 1967 Vertragsarbeiter auf Zeit (in der Regel für 3 Jahre) aus verschiedenen RGW-Ländern und später unter anderem aus Mozambique, Angola, Vietnam und Cuba. Sie wurden zum Ausgleich des Arbeitskräftemangels in der DDR beschäftigt, wobei viele von ihnen allerdings auch eine Fachausbildung erhielten, die dem Aufbau in ihren Ländern zugute kommen sollte. Im krassen Widerspruch zum deklamierten Kanon der Völkerverbundenheit und des „proletarischen und sozialistischen Internationalismus“ stand deren überwiegend ghettoähnliche Isolierung von der Bevölkerung, um die Wiederausreise der Vertragsarbeiter nicht zu komplizieren. Eine Folge dieser Isolierungspraktiken bestand in der andauernden Fremdheit der Bevölkerung gegenüber ihren ausländischen Mitbürgern, was Misstrauen begünstigte und auf der Grundlage gewisser ideologischer Orientierungen bei Minderheiten einen Nährboden für Rassismus abgab.

Eine bemerkenswerte Information über die Ergebnisse einer soziologischen Untersuchung des Instituts für marxistisch-leninistische Soziologie der Berliner Humboldt-Universität über die Punk- und Skinhead-Gruppen (Abschluss 1987) konstatierte eine scharfe Ausgrenzungspraxis gegenüber Punks in den Arbeitskollektiven im Gegensatz zu einer weitgehenden Akzeptanz von Skinheads in der Arbeitswelt. Als einen der Gründe nannte die Studie die diametral entgegengesetzte Wertigkeit von Arbeit in der jeweiligen Lebenswelt von Skins und Punks. Die hohe Wertigkeit von Disziplin und Arbeitsfleiß bei Skins harmonierte mit den durchgesetzten Primärtugenden des realsozialistischen Werktätigen. Bei Skinhead-Gruppen hob die Studie deren hohen Organisationsgrad und die zentrale Rolle der Gewalt, bei deren Mitgliedern die überwiegend geregelten bürgerlichen Lebens- und Familienverhältnisse und die individuell hohe Gewaltbereitschaft nebst starker Attraktivität von Waffen aller Art sowie von Sport (vor allem Kampf- und Wehrsport) hervor. Bei den Punks und ihren Gruppen gelte in allen Punkten sozusagen das Gegenteil. „Wenn in einer Gaststätte ein junger Bürger dem Kellner ein Messer an die Rippen hält und Alkohol verlangt, dann ist das ein Skin-Head, niemals ein Punk.“ Unter den Kindern von Eltern in den sozialen Schichten der künstlerischen Intelligenz, leitenden Mitarbeitern des Staatsapparats und der technischen Intelligenz fanden die Soziologen in der untersuchten Stichprobe keine Punks, wohl aber Skinheads.

„Unsere ganze Aufmerksamkeit sollte den Skin-Heads gelten, die sehr bewusst und organisiert eine politische Position aufbauen, deren Konturen bisher nur andeutungsweise erkennbar sind. ... Nach ihren FDJ-Aktivitäten befragt antwortete rund ein Drittel, dass sie Agitator in der Klasse gewesen seien. ... Aus soziologisch komplett aufgebauten Lehrlingsuntersuchungen konnte nachgewiesen werden, dass diese Personengruppe charakteristische Wertorientierungen besitzt, die gesellschaftsfeindlich sind. ... An dieser Stelle muss noch einmal betont werden, dass es keinen ernsthaften gesellschaftlichen Widerstand gegen diese Erscheinungen gibt. Skin-Heads glauben fest an neofaschistische Lügen, die aus Konzentrationslagern harmlose Arbeitslager machen, rühmen den Kampf der deutschen Faschisten gegen Faulenzer und Behinderte. Das weist auf unbewältigte Probleme in unserer Gesellschaft und insbesondere in der Schule hin. ... Die Überzeugung, dass das Skin-Head-Problem

seiner gesellschaftlichen Natur nach ein ‚Import‘ aus westlichen Industrieländern sei, fördert die Neigung, sich diesem Problem gegenüber als machtlos zu fühlen. ... Innere und äußere Bedingungen wirken zusammen und ergänzen sich. Ohne innere Bedingungen bleiben die von außen angesetzten Infiltrationen ohne Resonanz. Die Zurückdrängung der Skin-Heads aus dem gesellschaftlichen Leben in unserem Land ist keine exquisite Angelegenheit der Sicherheitsorgane und der Organe der Rechtspflege ... Sie kann nicht unter Geheimhaltungsbedingungen erfolgreich betrieben werden.“²⁸³

Auch Konrad Weiß machte in seinem Aufsatz „Die neue alte Gefahr – Junge Faschisten in der DDR“ von 1988 auf die offizielle Tendenz der Verharmlosung rechtsradikaler Skinheads und der Faschos, den eigentlichen Trägern faschistischer Ideologie, als singuläre Einzelfälle oder als „Westimport“ aufmerksam. Außerdem hieß es:

„Skinheads und Faschos gemeinsam ist die Ablehnung des sozialistischen deutschen Staates, bei den Faschos sind auch Vorbehalte gegen die westdeutsche Demokratie auszumachen. ... in der Beseitigung der sozialistischen Gesellschaft und im Kampf um ein vereintes Großdeutschland sehen sie ihr Wirkungsfeld. ... Konsequenterweise richtet sich ihr Hass gegen die Siegermächte des Zweiten Weltkrieges, die den faschistischen Staat zerschlagen haben.“²⁸⁴

Die zunehmende Akzeptanz der neuen jungen Faschisten in den Arbeits- und Ausbildungskollektiven machte auch Konrad Weiß an deren Wertgefüge und dessen Attraktivität für den unpolitischen Durchschnitts-Kleinbürger fest: Abscheu vor Anarchie und Null-Bock-Ideologie, das inszenierte Erscheinungsbild der jungen Rechten als arbeitsam und diszipliniert sowie deren Selbstverpflichtung auf Ideale wie Kameradschaftsgeist und gesunde Lebensführung machten sie „salonfähig“ und verdeckten die konspirierten logistischen Strukturen, welche bei den organisierten Neonazi-Kleingruppen jeden ungewünschten Informationsfluss nach außen hin unterbanden. Weiß verwies auch auf die Versuche der jungen Faschisten, die Wehrsportgruppen der GST²⁸⁵ und die Ordnungsgruppen der FDJ zu infiltrieren sowie auf den Trend, das martialische Skinhead-Outfit abzubauen. Die Gründe dafür, dass Antisemitismus, Hass auf Linke, feige Gruppengewaltexzesse gegen Ausländer und Punks in einem antifaschistisch tradierten Staat Aufwind bekommen konnten, benannte Weiß (anders als die oben erwähnte Studie der HU) in aller Klarheit: Über die konsequente

283 Information über Problemhintergründe für die Lebensweise jungen Bürger, die zu Punk- und Skin-Head-Gruppen gehören. Ergebnisse aus soziologischen Untersuchungen im Erhebungszeitraum Mai 1986 bis Juni 1987 von Prof. Dr. s.c. Loni Niederländer, Institut für marxistisch-leninistische Soziologie der Humboldt-Universität zu Berlin, o. D., Privatarchiv des Autors. Das Material in der dem Autor vorliegenden Fassung ist damals über Parteikanäle an Leitungskader der staatlichen Jugendhilfe weitergegeben worden.

284 Konrad Weiß, Die neue alte Gefahr. Junge Faschisten in der DDR, in: Kontext, Heft 5, Berlin 1989, S. 6. Zuvor quittierte Weiß das Publikationsverbot seines Artikels „Gefahr von rechts?“, vorgesehen für die Ausgabe Nr. 25 vom 19.6.1988 der Evangelischen Wochenzeitung „Die Kirche“ mit einem Protest an Stoph: „Ich erwarte, dass Sie das Publikationsverbot für meinen Artikel ‚Gefahr von rechts?‘ umgehend aufheben und darüber hinaus Ihr Presseamt anweisen, die Auseinandersetzung mit dem wiedererwachenden Faschismus nicht nur nicht zu behindern, sondern entschlossen zu fördern.“ Brief von Konrad Weiß an Stoph vom 20.6.1988, SAPMO BArch, DO 4/1062.

285 „Gesellschaft für Sport und Technik“ (GST): DDR-Wehrsportverband, der auch für die vormilitärische Ausbildung von Lehrlingen und Studenten zuständig war.

Bestrafung der faschistischen Verbrecher hinaus habe es in der DDR keine gesellschaftliche Auseinandersetzung über die Verantwortung der Mitläufer gegeben, was vielen die Chance gab, innerlich „die alten“ zu bleiben und so die Weitergabe des „braunen Stafettenstabs“ an Jugendliche mindestens billigend in Kauf zu nehmen. Für die Elterngeneration litt die Glaubwürdigkeit des humanistischen Anspruchs vorwiegend kommunistisch stilisierten Antifaschismus unter den früh inszenierten stalinistischen Exzessen. „Alle Fehler, alle Mängel dieses Staates und dieser Gesellschaft wurden Argumente für die eigene moralische Überlegenheit und führten zur erneuten Hinwendung zum Faschismus ... Diese rückbekehrten Faschisten lebten vierzig Jahre lang nach außen hin angepasst, als politisch indifferente oder sich sozialistisch gebärdende Bürger.“²⁸⁶ Doch könne dies, so Weiß, nicht allein ausschlaggebend für den wachsenden Zulauf sein, den die neuen Rechtsradikalen verzeichneten: In der Alltagskultur der DDR dominierten nicht Kritikfähigkeit, basisdemokratische Kontrolle der Mächtigen und Kreativität, sondern Anpassung, Duckmäuser- und Maulheldentum, Untertanengeist, Parteidisziplin sowie Führergeist und -kult – also insgesamt begünstigende Randbedingungen für eine Revitalisierung faschistischen Denkens.

Diese Einschätzungen von Weiß wurden damals in den politisch alternativen Gruppierungen allesamt mit Zustimmung aufgenommen. Umstritten war allerdings seine Bewertung des Beitrags staatsoffizieller Wertschätzung der Rolle von Gewalt in Geschichte und Gesellschaft für die Konjunktur neofaschistischer Tendenzen in der DDR: Die Exekution des staatlichen Gewaltmonopols gegen Staatsfeinde und die Legitimation von Gewalt im „Klassenkampf“ (beides kein Alleinstellungsmerkmal der nominalsozialistischen Diktaturen und – wenn auch unter anderen Bezeichnungen – selbst in modernen bürgerlichen Demokratien legitimiert) führte Weiß anklagend im Falle der DDR fort bis zum Hinweis auf die Sanktionierung von „Gewalt gegen ungeborenes Leben“ als begünstigendem Faktor für Faschismus.²⁸⁷ Auch Weiß' Einschätzung des Betrags der ungelösten nationalen Frage für solche Begünstigungen stieß in den politisch alternativen Gruppen eher auf Skepsis. Hier hieß es bei ihm: „Hinzu kommt, dass seit mehr als einem halben Jahrhundert das Nationalgefühl der Deutschen gestört ist. ... Patriotismus sollte durch Internationalismus ersetzt werden – wie aber kann ich Internationalist sein, wenn mir die nationale Identität fehlt. ... Schlägt nun das unterdrückte, verdrängte Nationalgefühl um in einen extremen Nationalismus?“²⁸⁸

Auch das MfS versuchte Anfang 1988 in einer hoch angebundenen Einschätzung über in der DDR sich ausbreitende neofaschistische Erscheinungen eigene Richtlinien im Umgang mit diesem sich zuspitzenden Problem zu entwickeln. Hinsichtlich der Skinheads bestätigte diese Einschätzung faktisch die erwähnten zuvor von Niederländer und später von Weiß vorgenommenen Feststellungen:

286 Ebenda, S. 9.

287 Zu dieser Interpretation der liberalen DDR-Regelung zur Schwangerschaftsunterbrechung hieß es in einer kritischen Replik auf Weiß' Aufsatz: „Aber was würden Christen, die das Recht des ungeborenen Lebens verteidigen, Befürwortern des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch antworten, würden die Befürworter des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch ihre Gegner in dieser Sache des Faschismus denunzieren, weil unter der Nazierrschaft der Schwangerschaftsabbruch besonders hart verfolgt wurde?“ Wolfgang Wolf, Die neue alte Gefahr? Bemerkungen zum Beitrag von Konrad Weiß, in: Kontext, Heft 6, Berlin 1989, S. 17.

288 Weiß 1989, S. 10.

„Ihre Einstellung zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR reicht von der Befürwortung einzelner Teilbereiche, vor allem in Bezug auf soziale Sicherheit, über Gleichgültigkeit bis hin zur Ablehnung der gesellschaftlichen Verhältnisse. Die überwiegende Mehrheit der Skinheads geht einer Arbeit nach. Im Gegensatz zu anderen negativ-dekadenten Jugendlichen zeigen sie zum Teil gute Arbeitsleistungen, Arbeitsdisziplin und werden in den Arbeitskollektiven anerkannt, ohne dass diese über ihre Freizeitaktivitäten informiert sind.“

Die Schlussfolgerungen der Hauptabteilung XX lautete:

„Es steht deshalb vor allen verantwortlichen Kräften des MfS, insbesondere in den Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen die Aufgabe, solche Erscheinungen zu analysieren und im Zusammenwirken mit der DVP und anderen staatlichen und gesellschaftlichen Kräften mit allen gebotenen Mitteln rigoros zu bekämpfen ... Vorkommnisse mit öffentlichkeitswirksamem Charakter, die einen faschistisch/neofaschistischen Hintergrund haben bzw. mit brutaler Gewaltanwendung verbunden waren, sind zuerst auf das Handeln von Skinheads zu prüfen ... Mobilisierung und Nutzung der in der gesamten Bevölkerung der DDR vorhandenen Zustimmung und Unterstützung hinsichtlich des konsequenten Vorgehens der staatlichen Organe gegen nationalistische und neofaschistische Äußerungen und Rowdyhandlungen Jugendlicher ... Zur weiteren Durchsetzung der Weisung des Stellvertreters des Ministers, Genossen Generaloberst Mittig, vom 7.7.1986 (VVS 68/86) zur vorrangigen Bekämpfung aller mit neofaschistischen Tendenzen und Äußerungen verbundenen Erscheinungen unter Jugendlichen ist die inoffizielle Arbeit unter derartigen Jugendlichen wesentlich zu verstärken. Verbindungen aus dem Operationsgebiet zu Gruppen oder Konzentrationen derartiger Jugendlicher [sind] festzustellen und zu unterbrechen ... Gruppen von Skinheads und Heavy-Metal-Anhängern mit kurzfristigen Zielstellungen [sind] zu bearbeiten und schnellstmöglich zu zerschlagen ... [Es hat] in Zusammenarbeit mit der Linie IX eine sofortige Überprüfung aller Vorgangs- und OPK-Materialien, in denen Vorkommnisse oder Zusammenschlüsse mit derartigen Jugendlichen bearbeitet werden, zu erfolgen. Es sind Festlegungen zu treffen, wie die Bearbeitung beschleunigt abzuschließen und mit hoher gesellschaftlicher Wirksamkeit zur Beseitigung derartiger Zusammenschlüsse bzw. Erscheinungen unter Jugendlichen vorzugehen ist ... Gerichtsverfahren vor erweiterter Öffentlichkeit sind mit den über den Bereich Öffentlichkeitsarbeit der ZAIG bzw. der Linie XX dazu organisierten spezifischen Publikationen sowie mit Auswertungen in den Arbeits- und Schulkollektiven der Täter in ihrer Wirksamkeit zu verstärken.“

Veranlasst wurde ferner eine „monatliche Berichterstattung der Bezirksverwaltungen an die Hauptabteilung XX über Entwicklungstendenzen unter derartigen Personenkreisen und die Wirksamkeit eingeleiteter Maßnahmen bis zum 1. jeden Monats“.²⁸⁹

Die neue Lage, es nun neben der Staatsmacht jetzt auch mit gewaltbereiten Rechtsradikalen zu tun zu haben, führte in der Basisgruppenszene zur Bildung der ersten Antifa-Gruppen. Unter dem Eindruck des Nazi-Überfalls auf die Zionskirche und der hier erfahrenen Untätigkeit der Polizei versuchten Mitarbeiter der UB und Betroffene, in Selbsthilfe eine Anti-

289 Einschätzung der HA XX, VVS MfS 0008-14/88 (siehe oben).

Nazi-Liga zu gründen, die jedoch nie über ihr Anfangsstadium hinauskam.²⁹⁰ Erst als der 100. Geburtstag Hitlers am 20. April 1989 näher rückte und Gerüchte von einem für diesen Tag geplanten Treffen der DDR-Nazi-Szene in Potsdam umliefen, wurde ab Februar 1989 die Berliner KvU aktiv. Sie organisierte zwei Veranstaltungen zur Herstellung von Öffentlichkeit für das Problem des Neonazismus in der DDR. Am 19.4.1989 wurde im Rahmen der „Antifaschistischen Tage“ der KvU in der Elisabethgemeinde die Autonome Antifa Berlin (Ost) gegründet, welche fortan mit bis zu 100 Mitgliedern in thematisch strukturierten Untergruppen (Zeitungsredaktion, Jugendarbeitsgruppe, Recherchegruppe, Theatergruppe) arbeitete, regelmäßig gut besuchte Veranstaltungen durchführte und im Juli 1989 ihr erstes „Antifa Info Blatt (Ost)“ in einer Auflage von 1 500 Exemplaren herausgab. Das zweite „Info“ erschien im November 1989 und war wie das erste umgehend vergriffen. In der „Wende“ steigerten sich die Aktivitäten der Antifa unter dem Dach der KvU in Flugblatt- und Straßenaktionen, Infoveranstaltungen, Demonstrationen, Kundgebungen und einem großen Antifa-Tag in der Auferstehungskirche, bis sich die Gruppe im Frühsommer 1990 auflöste und im Juli ihr letztes Info-Blatt erschien.²⁹¹

Die Bearbeitung und Überwachung der Antifa-Gruppen durch das MfS wurde durch den Umstand erleichtert, dass deren Mitglieder (zumindest in Berlin, aber auch in Dresden) in der Regel aus bereits observierten und bearbeiteten oppositionellen Zusammenhängen (KvU, UB, Gruppe „Wolfspelz“) kamen. Wo dies nicht zutraf oder die Sicherheitsorgane ein sich entwickelndes besonderes Aktivitätsfeld befürchteten (etwa in Potsdam), wurden die einschlägigen Maßnahmen (präventive Penetration amtskirchlicher Gremien und Verantwortungsträger, Polizeieinsätze, Zuführungen, Vernehmungen, Infiltration durch IM usw.) angewandt. Während es in Potsdam auf Initiative der dortigen FDJ-Kreisleitung zu einem Dialog mit der dortigen autonomen Antifa und im Sommer 1989 sogar zu einem von der FDJ vermittelten Auftritt der Antifa-Gruppe in einer Schule kam²⁹², scheiterte in Berlin, wo umgekehrt die Antifa Kontakt zum FDJ-Zentralrat aufnahm, diese Zusammenarbeit. Die vergebliche Verbindungsaufnahme erfolgte in Zusammenhang mit einem vom Zentralrat zusammen mit der SDAJ, dem polnischen und tschechoslowakischen Jugendverband für den Oktober geplanten antifaschistischen Jugendmarsch. Der Zentralrat konnte sich nicht mit dem autonomen Status der Gruppe abfinden und lehnte deren Teilnahme ab. Als sich diese Einstellung bei der FDJ-Bezirksleitung Berlin im November 1989 änderte, ging nun die Antifa Berlin auf die Einladung Rainer Börners im Namen der Berliner FDJ-BL zur Zusammenarbeit nicht mehr ein.²⁹³

290 Ein anonymes Flugblatt der „AntiNaziLiga“ tauchte unmittelbar nach dem Überfall der Naziskins auf die Zionskirche auf. Es informierte über die Vorgänge am 17.10.1987 und führte zu staatlichen Vorladungen und Überwachungen in Berlin und in Dresden. Betroffen waren unter anderem Mitglieder der Dresdner autonomen Gruppe „Wolfspelz“. Dokumenta Zion, Sonderausgabe der MIT-WELT-BLÄTTER, herausgegeben von der Dokumentationsgruppe der UB, o. D., Samisdat, Privatarhiv des Autors.

291 Dietmar Wolf 2005, S. 24f.

292 Allerdings wurde der Versuch des Potsdamer Antifa-Bündnis, am 10.9.1989 auf Einladung eines Mitglieds der FDJ-Kreisleitung an der offiziellen Gedenkveranstaltung für die Opfer des Faschismus mit eigenen Plakaten („Wehret den Anfängen“, „Warnung! Neonazis auch in der DDR!“) teilzunehmen, mit brutaler Polizeigewalt beantwortet, Rüdtenklau 1992, S. 298.

293 Ebenda, S. 31f.

4.17 Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung

Die Vorgeschichte einer das Staat-Kirche-Verhältnis Ende 1987 mittelbar beeinträchtigenden Initiative (vgl. Abschnitt 4.19) begann am 13. August 1986: Vikar Reinhard Lampe, Mitglied der Bartholomäusgemeinde, wurde wegen einer Protestaktion anlässlich des 25. Jahrestags des Mauerbaus inhaftiert, zu einem Jahr und 9 Monaten Haft verurteilt und nach Intervention von Bischof Forck im Dezember 1986 wieder freigelassen. Aus diesem Ereignis heraus entstand im Januar 1987 ein Text von Lampe, Stephan Bickhardt und Ludwig Mehlhorn gegen die staatliche Abgrenzungspolitik, an dem auch Hans-Jürgen Fischbeck vom GKR der Bartholomäusgemeinde mitwirkte. Letzterer übernahm es, für den antragsberechtigten GKR diesen Text als Antrag an die Frühjahrssynode der EKBB einzureichen. Fischbeck (der den Antrag auf Synode begründete) bezeichnete diesen Antrag später rückblickend als Versuch, die Kirche zu einer „prinzipiellen Kritik an den Grundlagen des Staates zu bewegen.“²⁹⁴ Die „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“, offenbar rekurrend auf den Synodalbeschluss „Absage an Geist, Logik und Praxis der Abschreckung“ von 1982, rügte (ohne die Einheit Deutschlands ausdrücklich einzufordern), die mit der internationalen Entspannungspolitik der DDR einhergehende Abgrenzungspolitik als die Gesellschaft krankmachend. Mauer und Reisebeschränkungen etwa nach Polen führten zu Zerr- und Feindbildern. Die zwischenstaatliche Zusammenarbeit nach den Regeln des KSZE-Prozesses entbehre des freien Dialogs der Bürger dieser Staaten. Die Synode solle sich für die Herstellung der rechtlich garantierten Reisefreiheit in westliche Länder, die Wiederherstellung dieser Freiheit für Reisen nach Polen, die Aufhebung politisch motivierter Einreiseverbote in die DDR und die öffentliche Aussprache über die dazu erforderlichen rechtlichen Regelungen und gesellschaftspolitischen Veränderungen einsetzen.

Der Antrag wurde vom Synodenausschuss dann im Wesentlichen zunichte gemacht – nur ein Antrag der Synode an die KL, sich für erleichterte Reisebedingungen nach Polen einzusetzen, blieb übrig. Daraufhin gründete sich in der Bartholomäusgemeinde eine Initiativgruppe, die auf dem Berliner Kirchentag 1987 die Gemeinden aufrief, sich mit dem Antrags-text zu befassen und gegenüber dem Präsidium der Bundessynode dazu Stellung zu nehmen. Tatsächlich gab es daraufhin eine Vielzahl von Eingaben an die Bundessynode. Der Text der „Absage“ sowie Kommentare von Edelbert Richter, Wolfgang Ullmann und Hans-Jochen Tschiche wurden in der Samisdad-Broschüre „Aufrisse“ auf der BEK-Synode verbreitet. Pastorin Almuth Berger aus der Bartholomäusgemeinde gewann Heino Falcke zur Vertretung des Antrags auf der Bundessynode im September 1987. Aber auch die Görlitzer Bundessynode lehnte diesen Antrag unter dem Eindruck der Entspannungstendenzen des September (SED/SPD-Papier, Olof-Palme-Marsch, Honecker Besuch in Bonn) als „kontraproduktiv“ ab, band aber in seinem folgenschweren Beschluss zum Bericht der KKL an die Synode (vgl. Abschnitt 4.19) Elemente des Antrags ein. Der Inhalt des „Absage“-Papiers sollte jedoch über die „Ökumenische Versammlung“ (vergleiche die Abschnitte 4.27 und 4.33) seinen Weg in eine größere Kirchenöffentlichkeit finden. Fischbeck trug am Ende

294 Zeitzeugenbericht Hans-Jürgen Fischbeck in der 68. Sitzung der Enquete-Kommission, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII,1, Baden-Baden 1995, S. 296.

dieses Weges die Positionierungen gegen die Abgrenzungspolitik als Delegierter zur Ökumenischen Versammlung der Arbeitsgemeinschaft Christlicher Kirchen dem Auditorium im April 1989 mit großem Westmedienecho vor. Die Ökumenische Versammlung griff dies auf, woraufhin die nun gebildete Arbeitsgruppe 3 der Versammlung „Mehr Gerechtigkeit in der DDR“ einen demokratischen Rechtsstaat forderte.

Doch auch der Weg über die Kirchenöffentlichkeit hinaus sollte sich als gangbar erweisen. Die Initiativgruppe der Bartholomäusgemeinde konzentrierte sich Anfang 1989 auf die bevorstehenden Kommunalwahlen und forderte neben anderen Gruppen zur Überwachung der Stimmauszählung auf. Nach Aufdeckung der Wahlfälschungen wurden alle Generalsuperintendenten bei den jeweiligen 1. Sekretären der SED-Bezirksleitungen vorstellig und dort umstandslos „abgefertigt“ (vgl. Abschnitt 4.39). Nachdem bei der Bundessynode in Greifswald noch von „Grundvertrauen Staat-Kirche“ die Rede war, meinte die Initiativgruppe nun, die Kirche müsse jetzt den „Weg des 6. März“ verlassen. In diesem Sinne forderte ein Brief des Initiativkreises im Juni 1989 die Kirchen auf, zu autorisierten „Gesprächsrunden“ einzuladen. Der Begriff „Runder Tisch“ wurde vermieden, um Assoziationen zu Polen zu vermeiden. In einer Veranstaltung der Bekenntnisgemeinde zum 28. Jahrestag des Mauerbaus wurde in Anwesenheit von Westmedien die Forderung nach Gründung einer politischen Sammlungsbewegung erhoben.²⁹⁵ „Das hat uns dazu veranlasst, am 12. September den Gründungsaufruf für ‚Demokratie jetzt‘ zu verbreiten, in den die Beschlüsse der Ökumenischen Versammlung in dem Thesenpapier für eine demokratische Umgestaltung der DDR wesentlich eingegangen sind.“²⁹⁶

Die Resonanz der Positionen des Initiativkreises gegen Abgrenzung fand damals innerhalb der Opposition lediglich in der IFM und dem AKSK gewisse Resonanz. Obwohl alle Gruppen den staatlichen Abgrenzungskurs verurteilten, legten die meisten Gruppen größeren Wert auf die Verdeutlichung ihrer politischen Distanz zum westlichen System.

Doch es gab nicht nur die Absage an das Prinzip der staatlichen Abgrenzung, sondern auch eine neue staatliche Abgrenzunginitiative: 1987 sah sich die Parteiführung veranlasst, angesichts zunehmender positiver Bezugnahmen auf die Reformpolitik Gorbatschows durch oppositionelle Gruppen, in kirchlichen Kreisen und auch innerhalb der SED-Mitgliedschaft die Abgrenzung gegenüber dem Westen durch die Verstärkung einer solchen gegenüber dem innenpolitischen Wandel in der SU zu ergänzen. Da eine Abgrenzung von der SU nicht in Frage kam, sollten Tendenzen in Richtung einer „Vorbildwirkung“ von „Glasnost und Perestroika“ für die DDR zurückgewiesen werden. Das sprachliche Bild des für die DDR entbehrlichen „Tapetenwechsels“, wie Hager den Umbauprozess in der UdSSR im April 1987 bezeichnenderweise nannte, wurde zum Symbol dieser Abgrenzung.²⁹⁷ Schon die

295 Die TAZ berichtete am Folgetag unter der Überschrift „DDR-Opposition geht an den Start“.

296 Zeitzeugenbericht von Hans-Jürgen Fischbeck in der 68. Sitzung der Enquete-Kommission, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII,1, Baden-Baden 1995, S. 299; siehe auch S. 296ff.

297 Das SED-Politbüromitglied Hager hatte in einem Interview für den „stern“ eine Übernahme der Perestroika in der DDR mit folgendem Vergleich zurück gewiesen: „Würden Sie, nebenbei gesagt, wenn Ihr

Veröffentlichung eines gegen die Perestroika gerichteten Briefes der „Leningrader Bürgerin“ Nina Andrejewa „Ich kann meine Prinzipien nicht preisgeben“ vom März 1988²⁹⁸ ließ damals als Signal an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Ein Bestandteil neuen politischen Denkens in der SU war die in den dortigen Medien immer offenere Abrechnung mit den stalinistischen Verbrechen, das Bemühen um eine Korrektur des Geschichtsbildes von der SU und in diesem Zusammenhang auch der Geschichte der eigenen und der von der KPdSU abhängigen kommunistischen Parteien. Besonders der FKFF und seine Zeitung „Friedrichsfelder Feuermelder“ berichteten fortlaufend über diese Entwicklungen, zumal im Herbst 1988 bestimmte neuere sowjetische Filme rasch aus dem Lichtspielprogramm verschwanden²⁹⁹, gehässige Pressekommentare zu dem in der DDR nicht gezeigten georgischen antistalinistischen Film „Die Reue“ erschienen³⁰⁰, sowjetische Zeitschriften wie der „Sputnik“ nicht mehr erhältlich waren³⁰¹ und Besuche im Berliner „Haus der sowjetischen Kultur“ argwöhnisch registriert wurden. Besonders das Verbot des „Sputnik“, dessen Veröffentlichungen über die Kommunistische Internationale massiv auch das offizielle SED-Geschichtsbild von der KPD demontierte, führte zu tausenden Protesten und zu Massenaustritten aus der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft. Der SED-Apparat reagierte mit zum Teil massiven Drohungen und Einschüchterungsversuchen.³⁰² Das MfS konnte bei seiner Untersuchung der mehrheitlich ablehnenden bzw. kritischen Haltung in der Bevölkerung dazu keine signifikanten Unterschiede zwischen Parteimitgliedern und Parteiloosen erkennen. Unter den Kritikern der staatlichen Entscheidung sei die Rede von „politi-

Nachbar seine Wohnung neu tapeziert, sich verpflichtet fühlen, ihre Wohnung ebenfalls neu zu tapezieren?“ ND, 10.4.1987).

298 ND vom 2./3. April 1988.

299 Fünf sowjetische Filme (Die Kommissarin, Der kalte Sommer des Jahres 53, Und morgen war Krieg, Spiele für Schulkinder, Das Thema) verschwanden nach kürzester Laufzeit aus dem Programm. Damit korrespondierte auch die Entscheidung der Auswahlkommission des XXXI. Leipziger Dokumentarfilmfestivals im Herbst 1988, einige Filme des sowjetischen Angebots nicht zuzulassen. Der FK Weißensee rief deshalb und wegen des Verbots der Zeitschrift „Sputnik“ am 24.11.1988 zum Boykott aller Kinoveranstaltungen für eine Dezemberwoche auf, MDA, 1.1.03.

300 So von Hans-Dieter Schütt in der „Jungen Welt“ und von Harald Wessel im ND.

301 Das Verbot sowjetischer Zeitschriften für den Vertrieb in der DDR begann mit der Unterbindung der Belieferung einzelner Nummern der Zeitschrift „Neue Zeit“, so die Nummern 1–3/88. Ab März 1988 erfolgten die Einschränkung des Freiverkaufs sowjetischer Presseerzeugnisse und ein Abonnementsstopp. Der „Sputnik“ war mit der Nr. 10/88 ab 19.11.1988 ganz verboten. Vgl. Monika Nakath, Ein neuer „Sputnik“-Schock? Die SED im Spannungsfeld zwischen Glasnost und Perestroika, in: Siegfried Prokop (Hg.), Die kurze Zeit der Utopie. Die „zweite DDR“ im vergessenen Jahr 1989/90, Berlin 1994, S. 10 ff.

302 DDR-weite Proteste gegen das Verbot des „Sputnik“, Umweltblätter Dezember 1988, S. 4. Wie massiv und kampagnenartig die Parteiorgane im Zusammenwirken mit den staatlichen Leitungen der jeweiligen Einrichtungen auf die zumeist eindeutige Ablehnung von Zeitschriften- und Filmverbote durch Studenten oder Mitarbeiter reagierte, ist der fortlaufenden Parteiberichterstattung über die Disziplinierungen etwa in der SED-Grundorganisation des DEFA-Studios für Dokumentarfilme, an der Friedrich-Schiller-Universität Jena (wo eine Gruppe sowjetischer Komsomolzen öffentlich protestierte) und an den Hochschulen für Architektur und Bauwesen in Weimar bzw. für Verkehrswesen in Dresden zu entnehmen. Über die Parteiausschlüsse und Exmatrikulationen an letzteren Hochschulen ließ sich Honecker persönlich von der Abteilung Parteiorgane unterrichten. Allein im Bezirk Dresden erreichten die Parteigremien 1 166 schriftliche Eingaben zum „Sputnik“-Verbot. Vgl. hierzu die Fülle der im Büro Honecker archivierten Dokumente: SAPMO BArch, DY 30, 2181 und 2182.

scher Entmündigung der Bevölkerung“, wobei mit diesem Vorgehen nur eine „enorm gestiegene Popularität sowjetischer Presse- und Filmerzeugnisse“ erreicht worden wäre. Im Übrigen sei die „die Darstellung und Beurteilung der sowjetischen Geschichte innere Angelegenheit der SU“. Die Maßnahme wäre vielmehr Ausdruck der grundsätzlich zwiespältigen Haltung der Partei- und Staatsführung der DDR zur Politik der Umgestaltung in der UdSSR überhaupt. Die zeitgleiche Überreichung der höchsten Auszeichnung der DDR, des Karl-Marx-Ordens, an den als Reformgegner bekannten rumänischen Parteiführers Ceaușescu bekräftige diese Einschätzung.³⁰³ Für die alternativen Medien der Opposition war dies Anlass, umso intensiver die neuen Informationslücken zu schließen und unter den veränderten Bedingungen die Debatte über die Geschichte der SU, der osteuropäischen kommunistischen Parteien und der sowjetischen Außenpolitik neuerlich zu entfachen.

4.18 Konflikt oder Konsens – Konfrontation oder Solidarität?

Ende 1987 hatten die Spannungen innerhalb des Gruppenspektrums sowie zwischen den Gruppen und der Amtskirche einen Höhepunkt erreicht. Wesentlich zu letzterem beigetragen hatten die Anstrengungen der KL, die Friedenswerkstatt als selbstbestimmte öffentliche Basisgruppenpräsentation zu demontieren, um das staatliche Wohlwollen gegenüber ihrem Kirchentagsprojekt zu erwirken (vgl. Abschnitt 3.4.2). Hinzu traten die Revolte in Gestalt des „Kirchentags von Unten“ gegen amtskirchliche Schaukelpolitik und die Verstetigung dieser Revolte in der „Kirche von Unten“, sowie schließlich die andauernde Hinhaltetaktik der KL gegenüber dem Begehren des neuen Bündnisses von KvU und OA, ihre Arbeit als Personalgemeinde in eigenen Kirchenräumen zu ermöglichen (vgl. Abschnitt 4.11.2). Die Differenzen zwischen den Gruppen IFM und Gegenstimmen erreichten eine zusätzliche Schärfe, als sich nach dem Treffen von einigen Gruppenmitgliedern mit CDU-Bundestagsabgeordneten und US-Kongressabgeordneten die kontroversen Beurteilungen dieser Begegnung zu Spannungen innerhalb des ganzen Berliner Gruppenspektrums ausweiteten (vgl. Abschnitt 4.15.3).

Erstmals entluden sich diese Konflikte unverhofft auf dem ersten Regionaltreffen der Basisgruppen Berlin-Brandenburgs am 25.10.1987 in Potsdam. Im Mittelpunkt dieses Treffen von 40 Friedens- Ökologie- und Zweidrittelwelt-Gruppen sollte ursprünglich die Vorbereitung des bevorstehenden sechsten Seminars „Konkret für den Frieden“ in Cottbus stehen. Doch der Plenumsvortrag von Rudi Pahnke zum Thema „Solidarisches Handeln in der eigenständigen Friedensbewegung der DDR – in kirchliche und autonomen Gruppen“ provozierte eine heftige Diskussion zu den Gründen des glanzlosen Niedergangs der „Friedenswerkstatt“ und der Einstellung der Gruppen zur „Gewaltfrage“. Angefeuert wurden die Kontroversen noch dadurch, dass die Kritik des Friedrichsfelder Friedenskreises, der Umweltbibliothek und der Gruppe Gegenstimmen an der erwähnten Zusammenkunft von Mitgliedern anderer Friedenskreise mit CDU-Bundestagsabgeordneten vom 12. Oktober in

303 Hinweise vom 30.11.1988 zu einigen bedeutsamen Aspekten der Reaktion der Bevölkerung im Zusammenhang mit der Mitteilung über die Streichung der Zeitschrift „Sputnik“ von der Postzeitungsvertriebsliste der DDR, MfS, ZA, ZAIG, Arch.-Nr. Z4244.

Form einer gemeinsamen Erklärung dazu verlesen und eine weitere Stellungnahme in dieser Sache von der Gruppe „Gegenstimmen“ im Plenum verteilt wurde. Der turbulente Verlauf des Treffens veranlasste das Informationsblatt des „Samariterkreises“, in welchem eindeutig die Positionen des Referenten Rudi Pahnke bestärkt wurden, zum Abdruck eines nachbereitenden Interviews mit Pahnke unter dem Titel „Brunnen vergiftet?“³⁰⁴ Rudi Pahnke warf hier auch die Frage auf, ob der Berufung mancher Gruppenvertreter auf basisdemokratische Prinzipien nicht „antiemanzipatorische Tendenzen“, ein „ungeklärtes Verhältnis zu ... wirklich demokratischen Strukturen“ (verkörpert im Mandatsprinzip) innewohne, in deren Folge singuläre interessengeleitete Machtpolitik sich in manipulativem, entmündigendem Vorgehen und inquisitorischer Abgrenzung entäußere. „Bei manchen habe ich den Eindruck, dass sie so etwas wie eine nicht bewältigte ‚stalinistische Vergangenheit‘ haben.“ Kern solcher Einstellungen, vermutete Pahnke, sei das in solchen Gruppen vorhandene „andere Verhältnis zu Gewaltaktionen“, als in jenen „Gruppen, die sich unter einem christlichen Vorzeichen verstehen“. Dabei wurde Pahnke deutlich: „Wer hier leichtfertig mit Gewalt und Gewaltanwendung spielt, auch gedanklich, der kann im Umfeld der Kirche nicht mehr als Friedensbewegung bezeichnet werden.“ Gemeint war die Drohung der Organisatoren des „Kirchentags von Unten“ und der OA mit der Besetzung von Kirchenräumen, denen Pahnke die friedvollen Vermittlungsanstrengungen des Bischofs in den Verhandlungen mit den betroffenen GKR gegenüberstellte. Unbegreiflich schien ihm, „dass man selbst als Friedensgruppe Gewaltaktionen einkalkuliert und bewusst plant und sich womöglich noch auf Jesus beruft, das ist grotesk!“ An die Adresse dieser „gewaltbereiten“ Akteure ging auch die Frage: „Geht man so auf Menschen zu, um das eigene Verhalten zu erklären ... oder hat man Spaß daran, zum Christen- oder Bürgerschreck zu werden?“ An den Friedrichsfelder Friedenskreis, die Umweltbibliothek, die Gruppe Gegenstimmen und wiederum an die anwesenden Mitgestalter des „Kirchentags von Unten“ erging der Vorwurf, dem Regionaltreffen in „feindseliger Polemik“ eine Diskussion über die Vorgänge um die Friedenswerkstatt 1987 aufgezwungen und so „den Brunnen der Diskussion vergiftet“ zu haben.

Die hier angegriffenen Kreise wiesen (zum Teil sehr sarkastisch) die Vorwürfe zurück.³⁰⁵ Rudi Pahnke sah für die Zukunft die Gefahr einer Spaltung der Friedensbewegung, namentlich über der erwähnten Gewaltfrage, drohen.³⁰⁶ Doch vielmehr sollten schon der Monat

304 Brunnen vergiftet? Interview mit Rudi Pahnke von Thomas Wels, geführt am 29. Oktober 1987, autorisiert am 3. November 1987, in: Schnellinfo Nr. 2 vom 5.10.1987 [diese Ausgabe ist von den Herausgebern des Informationsblattes, dem Arbeitskreis „Information“ des Samariterkreises, falsch datiert worden; vermutlich muss es heißen: 5.11.1987], S. 3ff.

305 Dialog oder Denunziation – Rudi Pahnke und die Brunnenvergifter. Stellungnahme der Gruppe „Gegenstimmen“, o. D., MDA 1.1.03., Reg.-Nr. 4484. Der Text wurde auch auf der Friedenswerkstatt innerhalb der Friedensdekade 6.–16.11.1987 verteilt. Die UB und ehemalige Mitglieder des Vorbereitungskreises der Friedenswerkstatt reagierten mit ihrem Papier „Warum nimmt die Berliner Umwelt-Bibliothek nicht an der Rest-Friedenswerkstatt teil? (Keine Antwort auf Pfarrer Pahnkes Brunnenvergifter-Interview)“ vom 14.11.1987, MDA, OA, 1.1.16., Reg.-Nr. 868. Allerdings hieß es hier: „Meinungsverschiedenheiten, wie kürzlich im Zusammenhang der Gespräche mit der CDU, müssen offen zwischen den Personen und Gruppen ausgetragen werden. Ohne den Vorwurf der Brunnenvergiftung und/oder gar der Spaltung zu erheben.“

306 Interview Pahnke 1987, S. 6. Ehrhart Neubert erkennt rückblickend in den Kritikern Pahnkes „die Radikalen“, welche, von der SED-Ideologie infiziert, mit Pahnke jene angriffen, „die alle Risiken der

November des Jahres 1987 in Gestalt des Überfalls des MfS auf die UB und dann der Januar 1988 infolge der Verhaftungen von Ausreiseantragstellern und Teilnehmern aus dem Berliner Gruppenspektrum an der staatsoffiziellen Liebknecht-Luxemburg-Demonstration bestandene Bewährungsproben DDR-weiter Solidarität der Basisgruppen, unabhängig von deren differierenden inhaltlichen oder politischen Standorten, werden. Dass allerdings aus letzterem Ereignis eine tiefe (wenn auch nur zeitweilige) Krise des Spektrums der oppositionellen Gruppen aus ganz anderen, als den von Rudi Pahnke vermuteten Gründen entstehen würde, ahnte damals noch niemand.

Zweifellos hatte Rudi Pahnke wenigstens mit seinen Anmerkungen zur Doppelbödigkeit des in den Basisgruppen „geheiligten“ Prinzips der Basisdemokratie einen wichtigen Anstoß gegeben. Bedauerlicherweise sah sich kein Friedenskreis veranlasst, die hier angezeigte Auseinandersetzung in das Spektrum der Gruppen hineinzutragen.

4.19 Staatliche Kirchenpolitik in der Krise

Im Staat-Kirche-Verhältnis begannen sich gegen Ende des Jahres 1987 die klaren Konturen aufzulösen. Bereits die Bilanz des SfK zum offiziellen Kirchentag im Schatten des „Kirchentags von Unten“ (gl. Abschnitt 4.11.2) fiel alarmierend aus. Dann war die staatliche Auswertung des Olof-Palme-Marsches (vgl. Abschnitt 4.15.2) widersprüchlich: Während die SED-Bezirksleitung Potsdam Anfang September empfahl, den Gruppen künftig selbst mit überzeugenden Argumenten, vorgetragen von politischen Funktionären, gegenüberzutreten, zumal die unabhängigen Friedensbewegten sich während des Marsches an solchen Diskussionen sehr interessiert gezeigt hätten, beschwerte sich Ende September in Berlin der Magistrat in Gestalt des Stadtrats Hoffmann bei Passauer und Hülsemann erneut über provokative Auftritte seitens der Gruppen während des Friedensmarsches, pochte auf die Verantwortung der Amtskirche dafür und drohte mit der Staatsmacht im Falle der Fortsetzung von Versuchen, die Kirche in ein „Oppositionslokal“ zu verwandeln.³⁰⁷ Zuvor hatte das SfK in Vorbereitung auf die bevorstehende Bundessynode die Kooperation von Amtskirche und Staatsorganen beim offiziellen Kirchentag sowie die dabei aufgebrachte staatliche Großzügigkeit hervorgehoben und in diesem Zusammenhang noch die Erfolge bei der Entwicklung des beiderseitigen Verhältnisses herausgestellt.³⁰⁸ Doch der staatliche Argwohn wurde bereits im September 1987 durch einen Beschluss eben dieser Görlitzer BEK-Synode wieder angefeuert: Dieser Beschluss forderte unter anderem den grenzüberschreitenden kulturellen, wissenschaftlichen und Publikationsaustausch, ein neues transparentes Reisegesetz mit überprüfbaren Genehmigungsentscheidungen sowie eine liberalisierte Meldepflicht bei Ausländerkontakten und trat für den gesellschaftlichen Dialog mit Andersdenken ein.³⁰⁹ Das

Friedensarbeit trugen“ (!! T. K.) und (offenbar keiner eigenen Meinungsbildung fähig) mit ihrer Haltung der CDU gegenüber lediglich „SED-Feindbilder“ übernahmen, Neubert 1997, S. 731f.

307 Aust 1998, S. 117.

308 Ebenda, S. 118.

309 Beschluss der Synode des BEK in der DDR zum Bericht der KKL, Teil 1 vom 22.9.1987, SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/19. Einige Anklänge dieses Beschlusses an den auf der Synode durch Ver-

ZK-Sekretariat reduzierte am 14. Oktober daraufhin die offizielle kirchenpolitische Position auf die Banalität, dass für staatsfeindliche Losungen, „in welchem Gewand auch immer“, kein Spielraum gewährt werde und es bei der strikten Trennung von Staat und Kirche bliebe.³¹⁰ Nach und nach sollte aber deutlich werden, dass hier eine kirchenpolitische Wende einzutreten begann: Der Synodalbeschluss wurde von der Arbeitsgruppe Kirchenfragen und vom SfK als verfassungswidrig und als „Oppositionsprogramm“ charakterisiert und das SfK sagte im November die noch im September in Aussicht gestellten Informationsgespräche mit dem BEK ab, um dies wegen eines scharfen Protests der KKL vom 7.11.1987 dann sogleich wieder zu relativieren.³¹¹ Solche Warnschüsse entsprachen wohl weniger der kirchenpolitischen Logik der Dienststelle Gysis als dessen Verpflichtung, der ZK-Sekretariatslinie nachzukommen. Die beginnenden schweren Verstimmungen im Staat-Kirche-Verhältnis waren umso erstaunlicher, als das SfK bei der Analyse des Verlaufs der Herbstsynoden die dortige positive Aufnahme der jüngsten Abrüstungsschritte und -initiativen der sozialistischen Staaten, der Amnestie und der Abschaffung der Todesstrafe in der DDR, der Einbeziehung eigenständiger kirchlicher Kräfte in den Olof-Palme-Friedensmarsch, der BRD-Reise Honeckers und des gemeinsamen Dokuments „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ würdigte, was den Verlauf der Herbstsynoden im staatlichen Sinne positiv beeinflusst hätte.³¹²

In Unkenntnis dieser Turbulenzen machten zwei Vertreter des Friedenskreises Friedrichsfelde und des AKSK Mitte November die Probe aufs Exempel, ob die Bereitschaft der Amtskirche zur Aufnahme von Vorschlägen der Basisgruppen in den vorgesehenen Informationsgesprächen mit dem Staat inzwischen gewachsen sei. Sie beklagten die Ausgrenzung von Gruppen und Gemeinden bei deren Vorbereitung und präsentierten eine Reihe von Vorschlägen der Gruppen zu Erziehungs-, Rechts- und Wehrdienstfragen.³¹³ Die Abfuhr, welche beide vom BEK-Sekretär Ziegler hinsichtlich der Mitwirkungsmöglichkeiten von Basisgruppen erhielten, machte deutlich, dass Synodenbeschlüsse, die den Staat provozierten, zu diesem Zeitpunkt noch nicht bedeuteten, die Kirchenleitung sei geneigt, den weiterhin angestrebten Dialog mit dem Staat durch Aufnahme von tabuisierten Themen, welche durch Basisgruppen auf die Agenda gesetzt werden könnten, in Gefahr zu bringen.

Nach trügerischen Hoffnungen nicht nur der Kirchenleitungen auf staatliche Öffnung und Dialog, hervorgerufen durch SPD-SED-Dialogpapier, Olof-Palme-Friedensmarsch und deutschlandpolitische Klimagebung hatte sich bis November 1987 die Lage wesentlich gewandelt: Seit der Görlitzer Bundessynode war staatlicherseits wieder die Rede von der Kirche als „Trojanischem Pferd“, die sich unbefugt in staatliche Angelegenheiten einmische und die „Linie 6. März 1978“ gefährde. Die SED ging auf Konfrontationskurs. Glaubwürdige amtskirchliche Bemühungen um eine Domestizierung der Basisgruppen fanden wegen deren Wirkungslosigkeit keine staatliche Würdigung mehr. Diese Bemühungen führten

weisung in den Friedensausschuss „beerdigten“ Antrags „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ (vgl. Abschnitt 4.17) sind unverkennbar. Vgl. Aust 1998, S. 125f.

310 Ebenda, S. 128.

311 Ebenda, S. 129, 131.

312 Vorlage vom 23.11.1987 für die Dienstbesprechung am 27.11.1987: Schriftliche Information über Verlauf und Ergebnisse der Herbstsynoden, SAPMO BArch, DO 4/1280.

313 Aust 1998, S. 131f.

andererseits auch zu einer zunehmenden Entfremdung und Gereiztheit dieser Gruppen gegenüber der Amtskirche. Der Gesprächsfaden zwischen Staat und Kirche und der zwischen Kirche und Gruppen war gerissen. Die Berliner SED-Bezirksleitung versprach sich, ähnlich wie ihre Potsdamer Genossen im September (siehe oben), noch Mitte November 1987 vom verstärkten Einsatz qualifizierter Staats- und Parteifunktionäre bei der Diskussion von im kirchlichen Raum aufgeworfenen Themen eine Entlastung der Amtskirche vom Erwartungsdruck der Gruppen sowie eine Verbesserung der angespannten Staat-Kirche-Beziehungen.³¹⁴ Hier dominierte die Einsicht, dass die Erwartungen der Basisgruppen gegenüber der Amtskirche tatsächlich Forderungen gegenüber Partei und Staat darstellten. Mit den anwachsenden Basisgruppenaktivitäten sank auf der ZK-Ebene das Vertrauen in die Aussicht, dass diese noch im Rahmen des bisher befolgten Prinzips der kirchlichen Eigenverantwortung und ohne direkte staatliche Einmischung beherrschbar wären. Damit war klar, dass die sich abzeichnende staatliche Enthebung der Amtskirche von ihrer Verantwortung für die Gruppen (und damit das Ende der Kirchenpolitik im Sinne Gysis) auf zwei Wegen erfolgen könne: entweder gemäß der Vorschläge aus den SED-Bezirksleitungen in Potsdam und Berlin durch direkte Einflussnahme von Parteifunktionären auf die innerkirchlichen, in Wahrheit aber gesellschaftspolitischen Diskussionen, oder durch die Überantwortung der Angelegenheit in die Hände des MfS. Die Arbeitsgruppe Kirchenfragen im ZK empfahl am 24. November 1987, als bei den Sicherheitsorganen ohnehin die Vorbereitungen zur „Aktion Falle“ (vgl. Abschnitt 4.20) auf Hochtouren liefen, zur Verhinderung forcierter „Bestrebungen, eine sogenannte unabhängige Friedensbewegung doch noch zu installieren, ... mit den verantwortlichen Organen entsprechende komplexe Maßnahmen abzustimmen.“³¹⁵ Hinsichtlich der in diesem Sinne angefeuerten Neigung des MfS, die Sache nun tatsächlich selbst in die Hand zu nehmen, kann davon ausgegangen werden, dass diese Entwicklung den Maximen des Staatssekretärs widersprach. Gysi konnte sich entscheiden, ob er seine Linie als gescheitert ansehen sollte (vgl. Abschnitt 4.8) oder diese von den Sicherheitsorganen torpediert würde. Seine Dienststelle jedenfalls würde in derartige „komplexe Maßnahmen“ nicht einbezogen werden. Es lag nahe, dass wegen der gerade in Berlin weiter vorhandenen staatlichen Hemmungen vor direkten Eingriffen in die Arbeit von kirchlichen Amtsträgern, Gemeinden und deren Basisgruppen ein Angriff auf eine autonome Gruppe erfolgen würde, die mit solchen kirchlichen Strukturen zusammenarbeitete. Auf diesem Wege konnte sich das MfS im Erfolgsfall gleichzeitig eine nachhaltige Schwächung amtskirchlichen Standvermögens gegenüber den Forderungen staatlicher Instanzen ausrechnen.

4.20 Der Überfall auf die Umweltbibliothek: Ein Kurswechsel?

Gerade der „Grenzfall“ als kirchenunabhängige oppositionelle Zeitschrift sowie die Umweltbibliothek als kirchengebundenes überregionales Kommunikationszentrum und wichtiger überregionaler Vernetzungsknoten politisch-alternativer Gruppen in der DDR boten sich als Hebel für ein Schaustück neuer staats- und sicherheitspolitischer Entschlossenheit an.

314 Ebenda, S. 144.

315 Ebenda.

Am 18. November 1987 teilte der Leiter der Sektion Kirchenfragen beim Magistrat, Dr. Mußler, bei einem „Hausbesuch“ in der Umweltbibliothek dem geschäftsführenden Pfarrer Simon mit, die „Umweltblätter“ sprengten den Rahmen innerkirchlicher Mitteilungen, seien damit genehmigungspflichtig und daher (wegen fehlender Genehmigung) rechtswidrig. Bemerkenswert war der Vorhalt des Hauptabteilungsleiters Heinrich von der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen (gleichzeitig OibE des MfS) gegenüber BEK-Sekretär Ziegler am 19.11.1987 unmittelbar vor der hier zu schildernden MfS-Operation gegen die UB, dort sei der „Grenzfall“ Nr. 10 gedruckt worden. Außerdem stehe die Frage, ob in der UB ein illegal eingeschleustes Vervielfältigungsgerät betrieben werde.³¹⁶ Nun sei ein Punkt erreicht, an dem die Staatsorgane reagieren würden. Dies konnte durchaus als (wohlmeinende?) Warnung interpretiert werden. Ziegler informierte am 20.11. Stolpe von dem Gespräch.³¹⁷

Dem MfS war durch ihre zahlreichen IM bekannt, dass die Redaktionen der „Umweltblätter“ und des „Grenzfall“ kooperierten – zuweilen auch bei der technischen Herstellung der Zeitschriften. Nachdem die Sicherheitsorgane zwecks Beendigung der Publikationstätigkeit des Periodikums „Grenzfall“ im Oktober 1987 ursprünglich noch erwogen hatten, die Drucker bei der Herstellung des Blattes in einer Privatwohnung „auf frischer Tat“ zu ertappen und mit moderaten Ordnungsstrafen abzufertigen³¹⁸, begannen schließlich die Vorbereitungen für die sehr viel weiter ausgreifende „Aktion Falle“: Die Grenzfall-Drucker sollten veranlasst werden, den Abzug ihrer nächsten Ausgabe wie schon einige Male zuvor wieder in der UB auszuführen, um sie *dort* „auf frischer Tat“ festzunehmen. Zutreffenderweise wurde vermutet, dass dieser Zugriff zulasten einer illegalen Publikation kaum von der Amtskirche gedeckt werden, andererseits aber die Spannungen auch zwischen kirchlichen Basisgruppen und der Kirchenleitung auf Kosten der Gruppen weiter erhöhen würde. Zur Verwirklichung dieser operativen Kombination wurden die Grenzfall-Drucker permanent und demonstrativ beschattet, um den Druck anderenorts zu verhindern, so dass der Vorschlag eines instruierten IM in der „Grenzfall“-Redaktion plausibel erschien, den Druck in der UB erledigen zu lassen. Die Druckmaschine wurde in die Zionskirchgemeinde gebracht und die UB-Drucker planten, die Grenzfall-Ausgabe anstelle der gefährdeten Grenzfall-Drucker selbst zu besorgen. Erwählter IM musste nun nur noch die Grenzfall-Drucker dazu bringen, entgegen den Absprachen während des um Mitternacht geplanten Drucks des „Grenzfall“ in der UB dort vorbeizukommen, um sich selbst vom ordnungsgemäßen Fortgang der Angelegenheit zu überzeugen. Damit hätten UB- und „Grenzfall“-Drucker beim Zugriff der Sicherheitsorgane gemeinsam in der „Falle“ gesessen.³¹⁹ Bei Gelingen dieser von der Bezirks-

316 Tatsächlich stand in der UB eine Wachsmatritzenmaschine aus den 70er Jahren, die der Bundestagsabgeordnete Wilhelm Knabe eingeschmuggelt hatte.

317 Dokumenta Zion. Siehe auch: Schlacht um Zion, Umweltblätter Dezember 1987, S. 2. In einer Schnellinformation des BEK-Sekretärs Ziegler vom 3.12.1987 war davon die Rede, dass am 19.11.1987 ein Hinweis über den Druck staatsfeindlicher Schriften in der UB dem Konsistorium der EKBB über das BEK-Sekretariat weitergegeben wurde. Jedoch hätte weder eine Besichtigung der UB-Räumlichkeiten durch den Magistrat, noch Gespräche von Konsistoriumsmitgliedern mit dem geschäftsführenden Pfarrer Simon solches bestätigen können. Schnellinformation des BEK-Sekretariats vom 4.12.1987, MDA, 1.1.16., Reg.-Nr. 3745.

318 Rüdtenklau 1992, S. 115.

319 Ebenda, S. 115ff.

verwaltung Berlin des MfS zu veranstaltenden Provokation wären tatsächlich Bedingungen geschaffen worden, die eine Beendigung der permanenten Dauerdefensive staatlichen Abwehrhandels zugunsten eines nun wieder offensiveren Vorgehens gegen die Opposition erwarten ließ. Auf jeden Fall hätte sich mit dieser Aktion eine belastbare Legitimationsgrundlage dafür ergeben. Außerdem hoffte man auf das Auseinanderdividieren kirchlicher und autonomer Gruppen. Das staatliche Risiko, bestehend in den Unwägbarkeiten der Konsequenzen eines erstmals seit langem erfolgenden Eindringens des Sicherheitsorgane in kirchliche Räume für das fragile Staat-Kirche-Verhältnis, wurde von den Sicherheitsorganen wegen der aus dem Vorhaben zu ziehenden beträchtlichen Vorteile offenbar als vertretbar eingeschätzt. Doch drei Pannen verhinderten das Zustandekommen der Voraussetzungen für die geplante operative Kombination: In der Nacht vom 24. auf den 25. November 1987 sprang der Pkw des IM, welcher die Grenzfall-Drucker zur UB fahren sollte, nicht an. Dann verschoben die UB-Drucker unverhofft den für Mitternacht geplanten Druck des „Grenzfall“ auf die frühen Morgenstunden, weshalb die Sicherheitsorgane nebst aufsichtsführendem Staatsanwalt Gläsner während des ersatzweise vorgezogenen Drucks der „Umweltblätter“ in die UB stürmten. Und schließlich beschlagnahmten die Sicherheitsorgane zwar das Papier, die Matrizen und alle Druckmaschinen einschließlich der des „Grenzfall“-Kollektivs, vergaßen jedoch bei letzterer deren Druckerschwärze-Pumpe mitzunehmen, weshalb die in nicht druckfähigem Zustand im Gewahrsam des MfS befindliche Maschine nun kaum mehr für einen Vorwurf der Sorte „auf frischer Tat“ geeignet war.

Nach der Zuführung von sieben UB-Mitarbeitern und bei ihnen durchgeführten Wohnungsdurchsuchungen verblieben Wolfgang Rüdtenklau und Bert Schlegel in Untersuchungshaft, und es wurden Ermittlungsverfahren gemäß § 218 (1)³²⁰ gegen beide sowie gegen Till Böttcher und Andreas Kalk eingeleitet. Wolfgang Rüdtenklau behauptete in der Haft zum Schutz des Pfarrers, der UB und anderer vermuteter Inhaftierter, er habe die Druckmaschine ohne Wissen anderer in Verwahrung genommen, jedoch sei kein Druck irgendwelcher Schriften darauf beabsichtigt gewesen. Diese Legende erwies sich (unabhängig von den inoffiziell erlangten Erkenntnissen des MfS über die tatsächlichen Sachverhalte) im rechtsförmigen Verfahren als haltbar. Die „Aktuelle Kamera“ am Abend des 26.11. und das ND vom 27.11. mussten jedoch zunächst verbreiten, in Kirchenräumen der Zionsgemeinde hätte „hinter dem Rücken der zuständigen kirchlichen Stellen“ die „Herstellung staatsfeindlicher Schriften“ stattgefunden. Der Kirchenleitung wurde am 25.11. vom amtierenden Staatssekretär und CDU-Mitglied Hermann Kalb (Gysi befand sich im Ausland) intern mitgeteilt, dabei habe es sich um die Ausgabe 11 des „Grenzfall“ gehandelt und die KL möge sich von den betreffenden Personen distanzieren.³²¹ Spekulationen des MfS auf eine Entsolidarisierung infolge bekannter heftiger politischer Konflikte von Gruppen untereinander gingen ins Leere: Schon am Morgen des 25.11. formulierten Vertreter Berliner Basisgruppen eine erste gemeinsame Protesterklärung. Sie war unterzeichnet von Gruppen, die sich in jüngster Zeit vor allem in Streitgesprächen begegneten. Es hieß unter anderem:

320 Zusammenschluss zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele.

321 Schnellinformation des BEK-Sekretariats vom 4.12.1987, MDA, 1.1.16., Reg.-Nr. 3745 und Dokumenta Zion.

„Wir sehen in dieser Aktion gegen die Umweltbibliothek einen Angriff auf alle Gruppen der unabhängigen Friedensbewegung, auf die Ökologie- und Menschenrechtsgruppen. In der Zionskirche begann am 3. September dieses Jahres die erste unabhängige Demonstration von Basisgruppen anlässlich des Olof-Palme-Friedensmarsches. Diese anscheinend hoffnungsvolle Entwicklung, die der DDR auch international gut zu Gesicht stand, wurde durch die jüngsten Vorgänge in Frage gestellt. Während sich gestern in Genf die Außenminister der UdSSR und der USA auf ein wichtiges Abrüstungsabkommen einigten, bereiteten in der DDR die Vertreter des harten Kurses nach altem Muster einen Angriff auf die Friedensbewegung vor. Dies war der vorläufige Höhepunkt eines zunehmenden Drucks auf politisch Engagierte nach dem Honecker-Besuch in der BRD.“³²²

Generalsuperintendent Krusche übernahm am Abend die Verbreitung der staatsanwaltlichen Deutung des Vorgangs, in welcher noch der Wunsch des angestrebten Ausgangs der Aktion „Falle“ die Sichtweise diktierte. Dies wurde am nächsten Tag von der UB in einer Presseerklärung zurückgewiesen.³²³ Für den gleichen Abend des 25.11. riefen die Basisgruppenvertreter zu einer Protestkundgebung auf dem Zionskirchplatz auf, deren Teilnehmer sich nach Polizeidrohungen und Festnahmen in die Kirche zurückzogen. Daraufhin beschlossen die 200 Teilnehmer der Andacht in der Zionskirche, aus ihren Reihen die erste Mahnwache auf freiem Gelände vor der Kirche zu bilden. Diese forderte die sofortige Freilassung der Inhaftierten, die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit der UB und die Einstellung von Repressalien gegen kritische Bürger. Sie wurde umgehend durch die VP durchgeführt³²⁴, woraufhin sich die nachfolgenden Mahnwachen in Kirchenturnnähe aufhielten und bei Annäherung der VP in die Kirche zurückzogen. Am 26.11. protestierte Bischof Forck bei Kalb in der Dienststelle des Staatssekretärs und Stadtjugendpfarrer Hülsemann (Teilnehmer der ersten Mahnwache) beim Magistrat gegenüber Mußler gegen die Zuführung der Mahnwächter am Vortag. Der GKR der Gemeinde solidarisierte sich am 26.11. mit der Mahnwache und akzeptierte diese als Teil der Gemeindegarbeit. Sie wurde nun (seit dem 26.1.) von einem Mahnwachenbüro organisiert, welches auch republikweit Informationen über Zuführungen, Wohnungsdurchsuchungen und andere Repressalien zu sammeln begann und darüber informierte. Die ersten Mahnwachen wurden von jungen Leuten aus der KvU, der UB und deren

322 Diese öffentliche Erklärung vom 25.11.1987 war von der Umweltbibliothek, der Kirche von Unten, der IFM, der Gruppe Gegenstimmen, dem Friedenskreis Friedrichsfelde, dem Arbeitskreis solidarische Kirche, den Frauen für den Frieden und Gliedern der Zionskirchgemeinde unterzeichnet, MDA, 1.1.16., Reg.-Nr. 870.

323 Krusche war am gleichen Tag von Gläser informiert worden und nahm fatalerweise an, sich mit den gegebenen Hinweisen auf der sicheren Seite zu befinden. Zu den von Krusche verbreiteten Informationen gehörte auch die tatsächlich unwahre Behauptung, in der UB wären moderne Kleinoffsetdruckmaschinen westlicher Herkunft beschlagnahmt worden. Die UB nutzte ihr Dementi zu Krusches Mitteilung, in ihren Räumen sei der „Grenzfall“ gedruckt worden, in dieser Presseerklärung auch zur Solidarisierung mit Redaktion und Umfeld des „Grenzfall“. Grenzfall 11/12 1987, Reprint S. 138. Auch auf die erwähnte ADN-Meldung vom 27.11.87 zum Vorgehen der Staatsorgane wegen angeblicher Herstellung staatsfeindlicher Schriften auf frischer Tat reagierte die UB mit einem Dementi, MDA, 1.1.16., Reg.-Nr. 911.

324 Unter den für 24 Stunden Festgenommenen waren Martin Böttger, Vera Wollenberger, Wolfgang Templin, Peter Grimm, Gerd Poppe und Ralf Hirsch. Andere standen unter Hausarest. Fußnote 3, Dokumentation der IFM, o. D. (vermutlich Juli 1988), MDA, 7.2., Reg.-Nr. 8749.

Umfeld gestellt. Es sollte sich zeigen, dass gerade die Teilnahme zunehmend politisierter Punks an den Mahnwachen die notwendige und politisch entscheidende Kontinuität des Mahnwachenbetriebs sicherte. DDR-weit und auch international begann eine Solidaritätswelle für die Inhaftierten. Versuche staatlicher Organe überall in der Republik, die Teilnehmer an solchen Solidaritätsaktionen mittels Zuführungen, Vorladungen, Aufenthaltsbeschränkungen und Berlinverboten einzuschüchtern und zu behindern, blieben wirkungslos. Jedoch blieb der Offene Brief der UB vom 26.11.1987 an den gerade zusammengetretenen DDR-Schriftstellerkongress mit seiner Bitte um Solidarität dort ohne jedes Echo.³²⁵ Dagegen übermittelten der französische nationale Schriftstellerkongress und seine internationalen Gäste ihre Grüße. Am 27.11. musste die Polizei mit Hilfe der Feuerwehr eine Protestlösung vom Turm der Zionskirche abnehmen. Mittel des Protests waren auch sogenannte „Informationsandachten“, organisiert von erfahrenen Basisgruppen-Aktivisten. Als am 28.11. entsprechend einer Zusage Gysis gegenüber Stolpe die Inhaftierten Schlegel und Rüdtenklau bei weiter andauernden Ermittlungsverfahren aus der Haft entlassen wurden, zog sich die Mahnwache als Zeichen der Deeskalation in die Kirche zurück. Aufrechterhalten blieben die Forderungen der Einstellung aller Ermittlungsverfahren, der Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit der UB und die Einstellung jeglicher Repressalien gegen politisch Andersdenkende.³²⁶ Die von Pfarrer Simon und Stadtjugendpfarrer Hülsemann befürwortete weitergehende Deeskalation (Auflösung der Mahnwache) führte allerdings zu Auseinandersetzungen. Die Mahnwache wurde erst dann auf Zeit ausgesetzt, als Stolpe am 29.12. bei einem Gottesdienst in der Eliaskirche seine eigene Beteiligung an ihr im Falle neuer Verhaftungen in Aussicht stellte und die Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit der UB mit Hilfe der Kirchenleitung zusagte.

Bei einem Gespräch auf Einladung Gysis in seiner Dienststelle am 2.12.1987 wurde Stolpe, Simon und Ziegler vom Staatsanwalt mitgeteilt, die Aktion habe sich gegen die staatsfeindliche Zeitschrift „Grenzfall“, nicht jedoch gegen die UB und mit ihr verbundenen Gruppen

325 MDA, RHi 1 2.1.3. Der Vorsitzende des Schriftstellerverbands, Hermann Kant, hatte am 26.11.1987 das Pech, von einem Reporter auf die Durchsuchung der UB und die Verhaftungen angesprochen zu werden. Er sah seine daraufhin erfolgte Aussage, wer sich in der DDR für die Umwelt einsetzen wolle, brauche nicht „in die Katakomben zu gehen“, in der abendlichen „Tagesschau“ wieder. Der Begriff „Katakomben“ assoziierte, sicherlich beabsichtigt, den „Untergrund“ (also Illegalität), und spiegelte gleichzeitig die real existierende Lokalität der UB (die Kellerräume im Gemeindehaus) wider. Ein Brief der UB vom nächsten Tag an ihn war um Aufklärung über die legale Existenz der Bibliothek mit geregelten Öffnungszeiten, ihren Ausstellungen und Veranstaltungen sowie dem für Interessenten durchaus zugänglichen Informationsblatt der Einrichtung bemüht. Gleichzeitig wurde Kant zur Inaugenscheinnahme der UB und Lesung aus seinen Werken in der Galerie gebeten. MDA, 1.1.16. und Dokumenta Zion. Kant antwortete am 14.12.1987 dankend, er wolle die Einladung annehmen und bedauerte die Verkürzung seiner Ausführungen in den Westmedien, weil seine Bemerkung angeblich auf die Dominanz der Umweltproblematik auf dem Schriftstellerkongress bezogen war. Er bekräftigte die Legalität aller Bemühungen um die Umwelt in der DDR, was auch die ARD korrekt verbreitet hätte. „Wenn Sie mir wieder einmal Auskunft zukommen lassen wollen, geben Sie die doch bitte zuerst an mich und danach von mir aus an, wie in diesem Falle, den Rundfunk. Ihr Brief, den Sie am 27.11. geschrieben und laut Poststempel am 30. aufgegeben haben, wurde am selben 30. über einen Westberliner ‚Privat‘ sender verlesen. Dass er, wie der Lieferstempel besagt, am 7.12. in der Geschäftsstelle des Berliner Bezirksverbandes ankam, ist ein Extra von besonderer Art.“ MDA, 1.1.16, Reg.-Nr. 884.

326 Information über weitere Ereignisse seit dem 27.11.97, 21.30 Uhr, MDA, 1.1.16.

gerichtet. Gutachtlich nachgewiesen sei, dass die Ausgabe 9 des „Grenzfall“ auf UB-Druckmaschinen hergestellt worden war und Matrizen sowie gedruckte Seiten der Ausgabe 11 des „Grenzfall“ beschlagnahmt wurden. Jedoch seien die in der Nacht vom 24./25.11. in der UB anwesenden Personen nicht beim Druck dieser Zeitschrift angetroffen worden. Gysi versicherte, es werde staatlicherseits in keiner Weise an eine Änderung des kirchenpolitischen Kurses gedacht. Vielmehr werde das Staat-Kirche-Verhältnis durch die Solidaritätskampagne, die Einrichtung der Mahnwache und deren völlig unangemessenen Forderungen belastet. Die Situation werde von westlichen Medien genutzt, um die Politik der Entspannung und Öffnung seitens der DDR zu hintertreiben und das Staat-Kirche-Verhältnis zu stören. Gysi fragte empört, warum die Kirchenverantwortlichen die seit längerer Zeit gegebenen Hinweise und Warnungen hinsichtlich des gesetzwidrigen Treibens in der UB in den Wind geschlagen hätten und nicht das Hausrecht in Anwendung brachten. Die Kirchenvertreter wiesen ihrerseits darauf hin, dass die eigentlich anhängigen Probleme nicht durch Disziplinierungen, Ausgrenzungen und Hausrechtsanwendungen, sondern durch das Gespräch mit den Gruppen gelöst werden könnten. Die selbst auferlegte Zurückhaltung und das Bemühen um Differenzierung der Kirchenleitung werden auch von den Ordnungskräften erwartet, denn die bekannt gewordenen Zuführungen und Verbote würden die Situation nur weiter verschärfen.³²⁷

Als am 4.12.1987 ein weiterer abendlicher Informationsgottesdienst in der Zionskirche bevorstand, ließ sich das Politbüromitglied Jarowsky als zuständiger ZK-Sekretär von der Arbeitsgruppe Kirchenfragen des ZK tagesaktuell von Stand der Dinge informieren. Dies geschah im Schatten der bereits am 29.11. verlautbarten Ankündigung der Mahnwächter, ihre ausgesetzten Mahnwachen bei Nichterfüllung ihrer Forderungen wieder aufzunehmen. Die Arbeitsgruppe berichtete: „Durch den Bezirksvorstand der CDU sind etwa 30 Freunde in der Kirche, die speziell darauf vorbereitet sind, positive Positionen zu unterstützen, Anfragen zu stellen bzw. ihr Missfallen zu äußern. Für besondere Fälle sind durch die Kreisleitung der SED 100 Genossen als Reserve gedeckt vorbereitet ... Für den heutigen Abend wurde vereinbart, dass eine größere Zahl kirchenleitender Vertreter an der Veranstaltung teilnimmt, um beruhigend auf entsprechende Zuspitzungen einzuwirken.“³²⁸ Letzteres blieb hauptsächlich Schnur überlassen: Er teilte während dieses Gottesdienstes namens der Staatsanwaltschaft mit, dass die Einstellung der Ermittlungsverfahren in der kommenden Woche erfolgen werde.³²⁹ Damit war die endgültige Beendigung der Mahnwachenaktion in die Wege geleitet. Das Mahnwachen-Büro bestand allerdings bis zum 14. Januar 1988 weiter. Die Entscheidung der Staatsanwaltschaft auf Einstellung aufgrund der eingetretenen Beweisnot war ebenso folgerichtig, wie peinlich. Der Gipfel dieser Peinlichkeit wäre allerdings mit der Rückgabe der beschlagnahmten Druckmaschinen erreicht worden – was allerdings unterblieb.³³⁰

327 Schnellinformation des BEK-Sekretariats vom 4.12.1987, MDA, 1.1.16., Reg.-Nr. 3745.

328 Information vom 4.12.1987, SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/41.

329 Schlacht um Zion, Umweltblätter Dezember 1987, S. 2ff. Am 7.1.1988 wurden die Ermittlungsverfahren dann tatsächlich eingestellt, womit auch nominell die „Aktion Falle“ zum Fehlschlag geworden war.

330 Dies erfolgte seitens der Staatsanwaltschaft erst 1990 – allerdings mit Ausnahme der von Wilhelm Knabe eingeschmuggelten Wachsmatrizenmaschine, Rüdtenklau 1992, S. 122.

Die aktive Mittlerrolle der KL, welche im Gegensatz zu den eigentlich Betroffenen allein die Möglichkeit zu Verhandlungen mit den Staatsorganen hatte, führte verschiedentlich zu dem Eindruck, die schließlich erfolgte Freilassung der Inhaftierten sei ihr Verdienst, wogegen die öffentliche grenzüberschreitende Aufmerksamkeit infolge der Basisgruppenproteste der ausschlaggebende Faktor gewesen sein dürfte. Nebenbei nutzte Stolpe mit seinem Gesprächs- und kirchlichem Integrationsangebot an die IFM sowie seiner Solidaritätserklärung gegenüber der Mahnwache am 29.11. die Situation dazu, das inzwischen ruinierte Verhältnis von Kirchenadministration und Basisgruppen wieder zu verbessern. Ganz entgegen den Zielplanungen der Sicherheitsorgane lag in der Kombination einsetzender beachtlicher republikweiter Solidaritätsaktionen mit ihrer neu entwickelten Protestform der „Mahnwache“ und dem letztlich diesen (auch internationalen) Protesten zuzuschreibenden Erfolg der Verteidigung des Teams der verhafteten UB-Drucker die eigentliche Bedeutung des Vorgangs.³³¹ Dies und nicht das zufälligen Pannen geschuldete Scheitern der MfS-Provokation stellte sich als politisch gewichtig heraus. Die Wirkung der in die Öffentlichkeit hinein ausstrahlenden Mahnwachen auf kirchlichem Gebiet, aber zum Teil unter freiem Himmel, flankiert von „Informationsgottesdiensten“ und „Mahnandachten“ in den Kirchen übertraf vermutlich auch die Erwartungen der Akteure und nicht nur die Befürchtungen der Sicherheitsorgane. Dabei waren die angewandten durchaus begrenzten Aktionsformen die damals einzige nachhaltige Möglichkeit des Protests in einem ansonsten von der Polizei kontrollierten öffentlichen Raum. Den Teilnehmern war durchaus klar, dass sich die MfS-Aktion im Kern gegen alle Basisgruppen und deren Publikationen, gegen jede Opposition

331 Die Dankadresse der UB an Gruppen außerhalb Berlins betraf Solidaritätsaktionen in Dresden, Erfurt, Bitterfeld, Leipzig, Wittenberg, Halle und Hoyerswerda. Ebenso dankte die UB vielen Kreisen in kleineren Orten, Regionalgruppen des AKSK und anderen kirchlichen Arbeitskreisen. Unter den Solidaritätserklärungen aus dem Ausland befanden sich solche der Charta 77, von polnischen Gruppen und eine Fülle von Unterstützungserklärungen Bundestagsabgeordneter namentlich der Grünen Partei. Ihre Solidarität erklärten die AL, die Berlin AG, die Berliner Autonomen sowie diverse ökologische Gruppierungen wie Robin Wood; ebenso westdeutsche Pfarrer und andere amtskirchliche Verantwortungsträger. Roland Jahn wurde wegen seiner Unterstützung von Westberlin aus zum Ehrenmitglied der UB erklärt. Umweltblätter Dezember 1987, S. 8f. Gerd Bastian und Petra Kelly schrieben am 25.11 an Honecker, die Pressemitteilung der Grünen im Bundestag und der Jungen Union Bonn zum Vorgang UB erfolgten ebenfalls am 25.11. Vom 26.11. datierten Solidaritätserklärungen des FK der Erlösergemeinde, der ESG Berlin, der Regionalgruppe Thüringen des AKSK und des Ökologischen Arbeitskreises der Dresdner Kirchenbezirke. Die AG Frieden der Dresdner Kirchenbezirke wandte sich am 26.11. an den Staatssekretär für Kirchenfragen und an Honecker. Am 27.11 protestierten Bürger aus Jena, Dresden und Leipzig. Die Solidaritätserklärung von 15 Vikaren des Predigerseminars Wittenberg war an das Präsidium der Synode des BEK in der DDR gerichtet. Die Theologische Studienabteilung beim BEK in der DDR/Abteilung Friedensfragen bat am 27.11. die KL der EKBB um Vermittlung. Am 28.11. wandten sich die Grünen Köln, AK Frieden, an den Generalstaatsanwalt der DDR, an Honecker, den Zentralrat der FDJ und die Ständige Vertretung der DDR in Bonn. Am 29.11. erklärte die Evangelische Gemeinde Uchtsprunge der Zionsgemeinde ihre Solidarität. Rudi Pahnke und Martin Böttger richteten am 29.11. an den Staatsrat und den Friedensrat einen offenen Brief. Die Ausbildungsteilnehmer des Falk-Hauses in Eisenach forderten am 30.11. vom KKL-Vorsitzenden Werner Leich eine klare Positionierung. Die Evangelische Advent-Kirchengemeinde wies in ihrem Solidaritätsschreiben vom 3.12. an die Zionsgemeinde auf die wenige Tage zurückliegende Friedensdekade und das SED-SPD-Papier vom 27.8.1987 hin. In einem offenen Brief vom 4.12. forderten 20 Dresdner gegenüber dem SED-Politbüro einen gesellschaftlichen Dialog und die Legalisierung auch nichtkirchlicher Publikationen – insbesondere des Grenzfall – ein, MDA, 1.1.16.

schlechthin richtete. Auch durch die große Zahl der an diesen Protesten teilnehmenden Personen wurde damals zum ersten Mal ein Konflikt zwischen Staatsmacht und Basisgruppen direkt öffentlich skandalisiert, woraufhin tendenziell das bisher durchaus erfolgreiche staatliche „Containment“ der Basisgruppen in ihrem kirchliche Ghetto geschwächt wurde. Teilnehmer der Mahnwache erklärten, „die Ereignisse der letzten Tage zeigen uns, dass die von uns erhofften Lockerungen gesellschaftlichen Lebens nur scheinbar existieren, wenn sie nicht von Änderungen in der gesellschaftlichen Struktur begleitet sind“.³³²

Unabhängig von den tatsächlichen Hintergründen und dem Ausmaß der Verselbständigung bzw. Ablösung operativer Zielplanungen in Teilen des Staatsicherheitsapparats vom partei- bzw. staatspolitischen Krisenmanagement ist interessant, wie damals in den Gruppen der Ausgang der „Zionsaffäre“ reflektiert wurde. Hier sei nur eine im Gegensatz zu vielen anderen allerdings dokumentierte Interpretation angeführt: So konnte, wer das wirtschaftliche Dilemma, in das die DDR hineinsteuerte, 1987 zu erkennen vermochte, das beabsichtigte harte Durchgreifen der Staatorgane nur als vorbeugende Einschüchterung oppositioneller oder widerständiger Strömungen angesichts heraufziehender sozialer Friktionen infolge einer absehbaren Verschärfung der Wirtschaftskrise deuten.³³³ Eine angeschlossene, rein politische Interpretation sah in der Aktion des MfS ein „Gegensteuern“ angesichts der staatlich geduldeten Spielraum- und Legalitätserweiterung für unabhängige Gruppen seit dem Sommer 1987 und der Ausweitung oppositioneller Aktivitäten namentlich aufgrund des Erfolgs der KvU. Dieses „Gegensteuern“ erschien der Staatsmacht natürlich wegen der ersten Deutung umso dringlicher. Hinzu kamen die Frustrationen der Parteiführung infolge der ungeliebten Tendenzen in der SU mit Gorbatschow, auf den sich die Opposition so gern und wirkungsvoll berief und deren Hohn auf die „Linientreue“ der SED-Bürokraten angesichts deren Taktierens um Kredite und Wirtschaftshilfen beim „Klassenfeind“ BRD.³³⁴ Hinsichtlich der Folgen des Fehlschlags der Aktion „Falle“ verdienten es, die staatliche „Propaganda“ für die UB im ND³³⁵ und deren (mit der Einstellung der Ermittlungsverfahren erfolgende) faktische Legalisierung sowie die unfreiwillige Popularisierung des „Grenzfall“ hervorgehoben zu werden. Hinzu trete die auch amtskirchliche Aufwertung der Basisgruppen durch Erklärungen der KL. Am wichtigsten jedoch sei neben dem Mahnwachen-Instrument die Erfahrung mit dem Mahnwachen-Büro als Koordinierungs-, Informations-sammel- und -verbreitungszentrale. „Dieses Büro ... habe Funktionen übernommen, an die sie [die Opposition] vorher nicht zu denken gewagt hätte und es habe bereits einen umfang-

332 Grenzfall 11/12 1987, Reprint S. 141.

333 Die ständig sinkenden Investitionsraten bis hin zu fehlenden Erhaltungs- und Reparaturinvestitionen, die unzureichende Innovationskraft, der daraus entspringende Modernisierungsnachhang in der Volkswirtschaft und die aus alledem folgende Überlastung des Staatshaushalts durch das Subventionsaufkommen und die sozialpolitischen Selbstverpflichtungen waren bei wirtschaftspolitisch interessierten Teilen der Opposition bekannt. Bericht des IMB „Gerhard Unger“ vom 8.1.1988 über ein Gespräch mit Thomas Klein, HA XX/2 am 11.1.1988, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 8, S. 342ff.

334 Ebenda.

335 „Wir sind ... einmütig der Meinung, dass dieser Staat und diese Behörden einmalig und völlig unersetzlich sind. Besonders gern denken wir in diesem Zusammenhang an die großartige weltweite Gratis-Reklame für die Umwelt-Bibliothek und rufen der DDR-Regierung zum neuen Jahr zu: ‚Macht weiter so, Jungs!‘“ Umweltblätter 20.1.1988, S. 7.

reichen Tätigkeitsbericht nicht in bezug auf die eigene Tätigkeit, sondern in bezug auf die Polizeiübergriffe und Eingriffe der Staatssicherheit im DDR-Maßstab hektographiert.³³⁶

4.21 Innerkirchliche Standortbestimmungen: Ein Dilemma.

Die glimpflich überstandene „Zions-Affäre“ ließ neuerlich das innerkirchliche Verhältnis zu den autonomen Gruppen ins amtskirchliche Blickfeld der EKBB rücken. Die überraschend weitgehende Parteinahme für diese Gruppen in den Erklärungen von Konsistorium und KL vom 26. bzw. 27. November 1987 zu den Vorgängen um die UB zeitigten ablehnende Reaktionen von ganz verschiedenen Seiten. In den erwähnten beiden Stellungnahmen waren „die Gemeinden und andere Gruppen“ aufgefordert worden, ihre „Aktivitäten für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung unbeirrt und geduldig fortzusetzen“. In der Erklärung vom 26.11. war zudem konkret von der Umweltbibliothek als einer Einrichtung die Rede, welche „mit ihren Aktionen und vervielfältigten Materialien wichtige Impulse für die kirchliche Arbeit für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung“ gäbe.³³⁷ Am Tage der Bekanntmachung des Textes vom 27.11. stieß diese Erklärung der Kirchenleitung allerdings trotzdem auf Kritik der Gruppen, weil sie nicht eindeutig sei und nur die Darstellung des Staates und nicht auch die Position der UB artikuliere.³³⁸

Andere Meinungsäußerungen aus der „kirchlichen Basis“ und von Funktionsträgern gingen jedoch in eine ganz andere Richtung: Eine Zuschrift forderte, „dass sich die evangelische Kirche radikal und konsequent von allen rebellischen Kräften“ öffentlich lossagen müsse.³³⁹ Ein Mitglied der Kirchlichen Bruderschaft Sachsen, der Marzahner Gemeindepfarrer Cyrill Pech, erklärte am 3.12.1987 gegenüber der KL, deren Auftreten am 29.11.1987 in der Eliaskirche sei eine undifferenzierte und unkritische Ermutigung der „Gruppen“ gewesen. Die Folge: „Mein Nachbar, ein Genosse, antwortete mir auf meine Frage nach seiner Meinung zu ‚Zion‘: ‚Ich habe immer schon gewusst, dass die Kirche unser Feind ist.‘“ Dabei sei schon bei der Friedenswerkstatt 1986 klar gewesen, dass sich mit den Grenzfall-Leuten eine dissidentische Gruppe ohne Kirchenbezug formiert habe. Befreundete Pfarrer des Kirchenkreises Bad-Freienwalde hätten gesagt: „Aber bringt uns bitte nicht alle

336 Bericht des IMB „Gerhard Unger“ vom 8.1.1988 über ein Gespräch mit Thomas Klein, HA XX/2 am 11.1.1988, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 8, S. 346. Klein erwähnte dem IM gegenüber jedoch auch den einzigen seiner Meinung nach kontraproduktiven Effekt der begrüßenswerten gruppenübergreifenden Solidaritätsaktion: Die begonnene Auseinandersetzung in den Gruppen über politische Richtungs- und Grundsatzfragen musste suspendiert werden, was jenen zugute kam, die schon zuvor solche Auseinandersetzungen als störend ablehnten (vgl. dazu auch die Abschnitte 4.2.2 und 4.3.3), was aus seiner Sicht – in damaliger Überspitzung – namentlich bei der IFM einen „blinden prokapitalistischen Aktionismus“ begünstige. Ebenda, S. 344.

337 Information des Konsistoriums der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg vom 26.11.1987, MDA, 1.1.16., Reg.-Nr. 1958. Mitteilung der Evangelischen Kirchenleitung Berlin-Brandenburg an die Kirchengemeinden vom 27.11.1987, Dokumenta Zion. Stolpe selbst hatte sich ebenfalls bereits am 26.11. der Deutschen Presseagentur gegenüber darauf festgelegt, dass die Arbeit der UB „von der Kirche gedeckt“ werde, Aust 1998, S. 149.

338 Dokumenta Zion.

339 Aust 1998, S. 150.

diese politischen Unruhestifter, die ihr in Berlin habt, heraus! Wir kommen hier gut mit den staatlichen Stellen aus und möchten das nicht gestört haben.“ Pech insistierte gegenüber der KL: „Was wird hier eigentlich gespielt! ... denken Sie an die große Mehrheit, die nicht von solchen Leuten, die nicht zur Kirche gehören wollen, von den Atheisten, gestört sein will. ... Konkret: ...Lassen Sie nicht zu, dass die ‚Mahnwache‘ unter kirchlichem Schutz wieder entsteht ... Sorgen Sie bitte dafür, dass der Gottesdienst ... ein wirklicher Dank und Lob ist und nicht eine weitere Demonstration dissidentalen Gezänks und kleinbürgerlicher DDR-Nörgelei!“³⁴⁰ Hanfried Müller brachte mit seinen „vorläufigen Anmerkungen zum ‚Grenzfall““ in den „Weißenseer Blättern“ solcherart Kritik auf den Punkt: Der Inhalt des „Grenzfall“ sei antikommunistisch, die Maßnahmen der Staatsorgane seien berechtigt; Untätigkeit hätte die stillschweigende Duldung offener Ungesetzlichkeit bedeutet. Nicht die Ermittlungen der Staatsorgane seien ein Skandal, sondern die Tatsache, dass der „Grenzfall“ unter dem Dach der Kirche tätig war. Müller erhob gegenüber der Kirchenleitung den Vorwurf, sie hätte nicht zwischen kirchlichen und sogenannten „unabhängigen“ Gruppen zu unterscheiden vermocht, habe sich kompromisslerisch verhalten und so den Eindruck verstärkt, dass sich die staatlichen Maßnahmen auch gegen die „Umweltbibliothek“ gerichtet hätten. Dabei sei es noch die Frage, ob die „Umweltbibliothek“ überhaupt als Bestandteil der Kirche bezeichnet werden könne. Die Kirche habe nicht den Auftrag, gesellschaftliche Kräfte zu organisieren und dabei kirchenfremde Gruppen zu integrieren. Die Grenzziehung der Evangelisch-Lutherischen Synode in Sachsen gegen den Missbrauch der Kirche für die Ziele autonomer Gruppen wurde der Berlin-Brandenburger Kirchenleitung von Müller als nachahmenswert empfohlen. Dabei bezeichnete er Krusche als einen der wenigen besonnenen Glieder der Kirchenleitung, denn dieser habe gefordert, dass die Arbeit der Kirche für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung auf dem Boden der Verfassung und im Rahmen der sozialistischen Gesetzlichkeit erfolgen müsse.³⁴¹

Mit derartigen Interventionen bewegten sich solche Stimmen aus dem Feld der staatlicherseits als „progressive innerkirchliche Gruppierungen“ bezeichneten Kräfte genau auf der Linie des Referentenentwurfs aus dem SfK vom 26.10.1987 (vgl. Abschnitt 3.5.1). Ihre Wertschätzung der nun forcierten Versuche Generalsuperintendent Krusches, die Amtskirche auf Distanz zu den staatlicherseits „feindlich negativ“ genannten Gruppierungen zu bringen, war nur folgerichtig. Auch Krusche kritisierte die Unterstützungserklärungen der KL für solche Gruppen vom 26. und 27. November in seinem Positionspapier vom 11.12.1987 als zu pauschal. Die Kirchlichkeit dieser Gruppen sei zweifelhaft und eine Klärung des Verhältnisses der Kirche zu ihnen nötig.³⁴² Am 13.12.1987 bekräftigte Krusche gegenüber Hauptabteilungsleiter Heinrich in der Dienststelle des Staatssekretärs, dass die Kirche weder „Oppositionspartei“ sei, noch kirchliche Aktivitäten dulden dürfe, die den Gesetzen der DDR oder der Verfassung widersprächen. Krusche informierte Heinrich in

340 Dieser mit handschriftlichen Korrekturen und Anmerkungen (!!!) versehene Brief von Cyrill Pech vom 3.12.1987 an die Kirchenleitung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, betreffend „Mitteilung vom 28.11.1987 in Sachen ‚Grenzfall““, fand sich in den Akten der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen, SAPMO BArch, DO 4/816.

341 Weißenseer Blätter 5/1987.

342 Aust 1998, S. 156.

diesem Gespräch auch über seine Auffassung, dass „gegenwärtig ein eindeutiger Differenzierungsprozess zwischen den verschiedenen Gruppen nicht mehr festzustellen sei. Diese Kräfte haben sich unter dem Einfluss der jüngsten Entwicklung offensichtlich miteinander solidarisiert.“ Superintendent Görig bat als Stellvertreter von Bischof Forck um Prüfung, ob „die Dialogbereitschaft gesellschaftlicher Kräfte oder auch staatlicher Organe gegenüber diesen Gruppen nicht ausgebaut werden könne.“ Gegenwärtig sei dies allein der Kirche aufgebürdet. Beide Kirchenvertreter beklagten, dass kirchlicherseits die Möglichkeiten fehlten, den akzeptierten staatlichen Standpunkt gegenüber den Gruppen durchzusetzen und überdies die Kirche wie beim „Kirchentag von Unten“ und zuletzt bei der Zionsaffäre von den Entwicklungen überrascht würde. Oberkirchenrat Ziegler war als BEK-Sekretär daran interessiert, gegenüber Heinrich zu betonen, dass die Zionsaffäre ausschließlich die EKBB betreffe und verhindert werden müsse, dass andere Landeskirchen darin verwickelt würden. Er kündigte an, dass sich die KKL der Frage des Verhältnisses der verfassten Kirche zu den Gruppen zuwenden werde.³⁴³ Krusche konnte durchaus auf die Billigung seiner distanzier-ten Haltung gegenüber diesen Gruppen seitens der anderen Landeskirchen und im BEK rechnen. Dagegen bekräftigte ein Artikel in der Wochenzeitung „Die Kirche“ unter dem Titel „Umweltbibliothek – Bestandteil der Kirche“ neuerlich deren Unterstützung – freilich im Rahmen von geltenden Gesetzen und der Verfassung – und artikulierte damit die von Bischof Forck eingenommene Position.³⁴⁴ Konsistorialpräsident Stolpe wiederum gedachte, die Existenzsicherung der unabhängigen Gruppen in den Dienst amtskirchlicher Gewichtszunahme in seinen Aushandlungsprozessen mit dem Staat zu stellen und gleichzeitig eine Eskalation der Auseinandersetzung zwischen dem Staat und den Gruppen zu verhindern. Er konnte daher weder an einer amtskirchlichen Abgrenzung von den Gruppen gemäß Krusches Vorstellungen, noch an einer formellen Solidarisierung mit jenen Gruppen interessiert sein. Je größer der so entstehende Freiraum war, desto flexibler konnte er agieren. So war zum Beispiel sein Eintreten für die Mahnwache geeignet, auch amtskirchlicherseits den von der Gruppenbasis erzeugten Druck auf die Staatsmacht zu erhöhen, um dann als Schlichter und Moderator (beim Abbau der Mahnwache) in Erscheinung zu treten, womit sich die Kirche gegenüber dem Staat wieder als gewichtiger Einflussfaktor in Erinnerung brachte. Im Erfolgsfalle dieser Doppelstrategie konnte sich Stolpe gleichzeitig auch gegenüber seinen Kritikern in der Kirchenleitung besser behaupten. Dies gelang Stolpe während der am 6.1.1988 beginnenden Diskussion in der AG Menschenrechte des BEK über das erwähnte Positionspapier Krusches aber nur sehr bedingt. Deren Diskussionspapier folgte der eigentlich Staatspositionen verkörpernden Unterscheidung zwischen berechtigter konstruktiver Kritik und „aggressiven politischen Akten“, mit denen die Kirche nichts zu tun haben wolle. Die „Aufkündigung der Loyalität gegenüber dem Staat und Widerstand gegen staatliche Maßnahmen“ sei gemäß dem Geist des Evangeliums und im Sinne politischer Vernunft

343 Information vom 13.1.1988 über ein Gespräch mit Vertretern der Kirchenleitung, SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/19.

344 Die Kirche Nr. 49 vom 6.12.1987, S. 1. Im SfK vermerkte man bezüglich dieser Ausgabe der Zeitung überdies empört, dass der konziliare Prozess zum Instrument der Kritik der innenpolitischen Situation in der DDR gemacht werden solle. So habe der Chefredakteur der „Kirche“, Gerhard Thomas, die „provokatorischen Mahnwachen“ vor der Zionsgemeinde als „konkrete Gestaltungen“ des konziliaren Prozesses bezeichnet, SAPMO BArch, DO 4/956.

weder erlaubt noch geboten.³⁴⁵ Obwohl also das BEK-Gremium im Wesentlichen den Abgrenzungsintentionen Krusches gegenüber politisch motivierter Opposition folgte, änderte sich nichts am permanenten innerkirchlichen Schwebezustand hinsichtlich des Verhältnisses zu den Gruppen. Der anhaltende Spagat zwischen Konfliktvermeidung mit dem Staat und Dämpfungsbestrebungen in Richtung der kritischen Gruppen führte 1988 auch in der verfassten Kirche zu spürbarer konzeptioneller Stagnation. Nur Stolpe mit seiner raffinierten Doppelstrategie und Forck mit seiner beharrlichen, moderaten (und trotzdem „undiplomatischen“) Schuldzuweisung an die Adresse des Staates für die entstandenen Spannungen³⁴⁶ fielen aus dem starren Rahmen. Immerhin stellte die staatliche Seite Anfang Januar dem BEK Informationsgespräche beim Staatssekretär zur Militärdoktrin noch im Januar und „zu Problemen der sozialistischen Demokratie“ im März 1988 in Aussicht. Dabei war das SfK mit seinem Maßnahmenkatalog zur Begehung des 10. Jahrestags des Gesprächs Honeckers mit der KKL vom 6.3.1978 darum bemüht, „die Gültigkeit und Tragfähigkeit der Prinzipien und Ergebnisse der Staatspolitik in Kirchenfragen“ unter Beihilfe des KKL-Vorsitzenden Leich und Günter Krusche öffentlichkeitswirksam bekräftigt zu sehen.³⁴⁷ Doch auch das für den 18.1.1988 vorgesehene erste Informationsgespräch fiel dem nächsten Konflikt zum Opfer: Am 17. Januar 1988 war mit den staatlichen Übergriffen am Rande der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration ein weiterer Höhepunkt im Eskalationsprozess der Repressionen gegen die kritischen Gruppen ausgelöst worden.

4.22 Die Arbeit des Friedrichsfelder Friedenskreises 1987

Die Friedensarbeit im FK Friedrichsfelde folgte auch im Jahr 1987 der Maxime, dass die Teilnehmer dieser basisdemokratisch betriebenen Arbeit selbst in der Auseinandersetzung ihre politischen Erfahrungen machen müssten und auf keine Delegation von Politik rechnen dürften – getreu der Devise von Arbatow: „Der Friede ist zu wertvoll, als dass man ihn den Politikern und Militärs überlassen kann“. Dabei sei, so Reinhard Schult, eine Friedensbewegung als Massenbewegung nur so wirksam, wie sie ihre eigenen politischen Ziele formulieren kann. Das Konzept der totalen einseitigen Abrüstung sei abzulehnen. Dagegen gehe es um einseitige kalkulierbare Abrüstungsschritte mit dem Ziel der Stärkung der Massenbewegung im anderen Block.³⁴⁸ Um sich in dieser Auseinandersetzung mit den offiziellen Positionen der DDR befassen zu können, bemühte sich der Vorbereitungskreis seit März 1987 (vergeblich) Günter Rose, Leiter der AG Friedensforschung an der Humboldt-Univer-

345 Aust 1998, S. 159f.

346 „Wir können uns als Kirche nicht als Opposition verstehen, jedenfalls nicht generell. Im Einzelfall wird man schon gegen dieses und jenes opponieren müssen ... Diese Schwierigkeit wird vermutlich bleiben, solange die DDR nicht eine größere pluralistische Offenheit vertritt, die es den Gruppen ermöglicht, sich auch abseits und ohne den Schutz der Kirche zu versammeln.“ Interview der Woche im Deutschlandfunk vom 3.1.1988, zitiert nach Aust 1998, S. 165.

347 Maßnahmen zur Würdigung des 10. Jahrestages des Gesprächs des Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, mit dem Vorstand der KKL in der DDR am 6. März 1978, 11.1.1988, SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/41.

348 Reinhard Schult, Notizen zur FB (o. D.), MDA 1.1.02 (FKFF).

sität, für eine Diskussion im FK zu bewegen. Dieser hatte im Februar 1987 in der evangelischen Akademie zu abrüstungspolitischen und sicherheitspolitischen Fragen vorgetragen. Die Einladung des Friedenskreises erging über den Prorektor Prof. Dr. Klein für einen Vortrag Roses zu „Fragen der friedlichen Koexistenz“. Dagegen gelang es dem Friedenskreis, nach achtmonatigem Ringen mit dem Staatlichen Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz (SAAS) am 9. Februar 1987 eine Diskussion über die Sicherheitslage beim Betrieb von Kernkraftwerksanlagen im Schatten der Tschernobyl-Katastrophe zu erreichen (vgl. Abschnitt 4.5.1).

Die Themenvorschläge des Friedenskreises für das Seminar „Konkret für den Frieden“ 1987 veranschaulichen sehr deutlich die Schwerpunkte und Arbeitsfelder dieses Kreises. Unter dem Titel „Der dritte Weltkrieg hat schon begonnen“ empfahl der FK Friedrichsfelde das Thema „Der Nahrungsmittelkrieg“, weiterhin die Diskussion über die Rolle des IWF in der Dritten Welt, das Thema „Der Krieg gegen die Natur“ (Gefahren durch Kernkraftwerke und die chemische Industrie) und schließlich das Thema „Kriege in der Dritten Welt“. Kommentierend hieß es dazu: „Uns ist es wichtig, den Horizont der Friedensproblematik zu erweitern, die Verflechtung von Ökonomie und Politik deutlich darzustellen und dabei klare Positionen zu beziehen. Hautnah wird dieses Thema für uns spätestens im September 1988, wenn sich in West-Berlin Vertreter der internationalen Hochfinanz zum IWF-Kongress treffen.“³⁴⁹

Im Jahr 1987 begann im Friedenskreis die systematische Beschäftigung mit „Kriegen in der Dritten Welt“ – aus nahe liegenden Gründen zunächst mit dem Krieg in Afghanistan.³⁵⁰ Zwei Veranstaltungen (am 9.11.1987 mit 30 Teilnehmern und am 14.12.1987 mit 32 Teilnehmern) bemühten sich mittels Vortrag und vielfältigem Informationsmaterial um die Vermittlung der wenig bekannten Vorgeschichte dieses Krieges und den Kontext der sowjetischen Intervention.³⁵¹ Zwei weitere Schwerpunkte der Themenarbeit waren die aktuelle Entwicklung in der UdSSR und die Befreiungsbewegungen in Südafrika. Am 11.5.1987 referierten in der Veranstaltung „Gorbatschow und Neues Denken“ Reinhard Schult zur allgemeinen politischen Situation, Rainer Blum zur neuen sowjetischen Wirtschaftspolitik und Thomas Klein zur aktuellen sowjetischen Sicherheits- und Außenpolitik. Ein Thema zur Information und Diskussion an diesem Abend war insbesondere der Erlass des ZK der KPdSU vom Juli 1985 gegen unbegründete Verhaftungen und rechtswidrige Verurteilungen (70 Teilnehmer). Am 15.6.1987 waren Eckehard Maaß und zwei Kulturwissenschaftlerinnen aus Georgien zu Fragen der sowjetischen Kulturpolitik Gäste im Friedenskreis (50 Teilnehmer). Dieses Thema fand am 12.10.1987 in einer Veranstaltung mit Ralf Schröder³⁵² seine Fortsetzung. Der Literaturwissenschaftler Schröder als ausgezeichnete Kenner der

349 Themenvorschlag des Friedenskreises Friedrichsfelde für das Seminar „Konkret für den Frieden“ 1987, Privatarchiv des Autors.

350 Die UdSSR hatte im Vorjahr den Teilabzug ihrer Truppen angekündigt.

351 Im Anschluss an den von Thomas Klein gehaltenen Vortrag in der Dezemberveranstaltung wurde über die jüngsten Ereignisse (vgl. die Abschnitte 4.16 und 4.20) informiert – insbesondere über den Artikel Schütts in der „Jungen Welt“ und den Protestbrief von Vera Wollenberger.

352 Ralf Schröder, 1953–1957 Lehrbeauftragter für russische Literatur und Geschichte an der Karl Marx Universität Leipzig, wurde im Zusammenhang mit der Harich-Sache aus der SED ausgeschlossen und verhaftet. Er saß von 1957 bis 1964 im Zuchthaus Bautzen II ein.

sowjetischen Innenpolitik verstand sich als Propagandist der Gorbatschow-Reformen und beschränkte seine Ausführungen keineswegs nur auf die Kulturpolitik in der SU (55 Teilnehmer). Das Thema Südafrika, mit dem sich ebenfalls eine ständige Arbeitsgruppe des Friedenskreises auseinandersetzte, war bereits im Vorjahr Thema einer Veranstaltung. Dies wurde am 13.4.1987 mit einer weiteren Veranstaltung des Friedenskreises fortgesetzt, welche Katrin Bastian und Antje Böttger bestritten (40 Teilnehmer).

Stephan Krawczyk folgte am 9.3.1987 mit seinen Liedern und Texten einer Einladung des Friedenskreises (100–120 Teilnehmer). Am 11.1.1988 fand in Friedrichsfelde auch der letzte Auftritt Krawczyks vor seiner Abschiebung in den Westen im Februar statt (vgl. Abschnitt 4.25.2). Schließlich informierten am 14.9.1987 Britta Albrecht und Uwe Lehmann vom AKSK über Arbeit und Selbstverständnis des Arbeitskreises (21 Teilnehmer). Für die Gemeindveranstaltungsserie „Unternehmen Friedrichsfelde“ am 20.6.1987 wirkten Friedenskreismitglieder beim Themenabend „Gewalt gegen Frauen“ mit (35 Teilnehmer). Am 3.9.1987 beschloss der Friedenskreis, in Vorbereitung auf den IWF-Kongress im nächsten Jahr eine ständige Arbeitsgruppe zu IWF, Weltwirtschaft und Schuldenkrise zu bilden (vgl. Abschnitt 4.31). Am 19.9.1987 feierte der Friedenskreis sein 10-jähriges Bestehen (die Existenz der Friedenskreises der ESG als unmittelbarem Vorgänger eingeschlossen).³⁵³

Die thematische Arbeit in den geschlossenen Bildungskreisen im Umkreis der konspirativen Gruppe Schult wurde mit einem Seminar zum Thema „Ware und Wert im Sozialismus“ vom 29.–31.5.1987 in einem Pfarrhaus bei Forst fortgesetzt (vgl. auch Abschnitt 4.1.1). Sowohl dieses wie auch das nächste Seminar vom 13.–15.11.1987 in Herzfelde zur Geschichte der kommunistischen Weltbewegung konnte vom MfS durch zwei IM aufgeklärt werden.³⁵⁴

Ab Februar 1987 begann ein Redaktionskreis³⁵⁵ die Herausgabe einer regelmäßig erscheinenden Zeitung des Friedenskreises unter dem Titel „Friedrichsfelder Feuermelder“ (FFFM) vorzubereiten. Noch vor dem Erscheinen der ersten Nummer brachte die Abteilung XX/4 der BV Berlin des MfS eine gefälschte Ausgabe des FFFM in Umlauf und versorgte u. a. Mitglieder des GKR Friedrichsfelde mit dieser Fälschung, offenbar um dort die Widerstände gegen das Erscheinen des Blattes zu verstärken.³⁵⁶ Die erste echte Ausgabe erschien am 13.3.1987. Im Blatt überwog der eher politisch-thematische gegenüber dem aktuell-informatorischen Anteil der Beiträge. Das MfS ermittelte, dass die Auflagenhöhe der im Ormig-Verfahren hergestellten 6–21 Seiten umfassenden Zeitschrift ca. 200–300 Exemplare

353 Zu den Angaben vgl. MDA, Bestände 1.1.02 (FKFF), RG-Bln. 02a, RSch 4.01.1.2. (FK Friedrichsfelde), RSch 07 und RSch 08.

354 Information vom 16.6.1987 über eine „Interne Beratung eines Personenkreises um R. Schult“, Abt. XX/4 [MfS BV Berlin], IM „Max“, Band II/3, S. 218f.

355 Durchgehend tätig im Redaktionskreis waren Tina Krone und Reinhard Schult. Fortlaufend bis Sommer 1988 und dann mit Unterbrechung bis Sommer 1989 nahm die mit Berufsverbot belegte Kulturwissenschaftlerin und Journalistin Silvia Müller an der Redaktionsarbeit teil. An der Redaktion der ersten beiden Ausgaben arbeiteten Hans-Jürgen Buntrock und Wolfgang Rüdtenklau mit. Kurzzeitig waren auch zwei IM des MfS beteiligt.

356 HA XX/2, Bericht zum Treff mit IBS „Jacky“ vom 13.4.1986, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 8, S. 181. Diese gefälschte Ausgabe enthielt einen gehässigen Artikel über das letzte Seminar „Konkret für den Frieden“ in Leipzig.

(bei Nachauflagen bis 2 000 Exemplare) betrug. Den Inhalt bewertete die BV Berlin des MfS als „in der Gesamtheit tendenziös feindlich-negativen Charakters“.³⁵⁷ Die Matrizen für den Druck wurden, da die Zeitschrift schon bald mittels Computertechnik erstellt wurde, mit Hilfe eines Nadeldruckers beschriftet.³⁵⁸ Die Herstellung erfolgte mit Zustimmung des GKR im Gemeindehaus auf dem kircheneigenen Abzugsgerät. Der Vertrieb erfolgte während kirchlicher Veranstaltungen und mittels postalischen Versands. Die wichtigsten Beiträge der Ausgaben des Jahres 1987 betrafen die Entwicklungen in der SU, Berichte zum Kirchentag von Unten, zum Widerstand in Südafrika sowie aktuelle Beiträge zur Friedensarbeit in Berlin. 1987 erschienen insgesamt vier reguläre Ausgaben und ein Extrablatt.

4.23 Künstler in Opposition: Freya Klier und Stephan Krawczyk

Der „Fall“ Klier/Krawczyk bietet Gelegenheit, den veränderten Repressionsrahmen und die modifizierten Techniken der Partei- und Staatsorgane bei der Disziplinierung kritischer Künstler etwa im Vergleich zu den 70er Jahren (vgl. Abschnitte 2.3 und 2.4) zu verstehen. Ende 1987 hatte der staatliche Unmut über die öffentlichen Auftritte des Künstlerpaares Freya Klier und Stephan Krawczyk einen Höhepunkt erreicht. Ihre künstlerische Arbeit stand in scharfem Kontrast zum vorsätzlich entpolitisierten Charakter der neuen literarisch-musikalisch-bildnerischen Underground-Szene der 80er Jahre. Auch die in der DDR verbliebenen Repräsentanten der erfolgreich domestizierten oder in den Westen getriebenen systemnahen wie systemkritischen Kulturopposition der 70er Jahre fielen in den 80er Jahren gleichfalls zu wesentlichen Teilen für ein Zusammenwirken mit den neuen oppositionellen Gruppierungen aus. Gleichwohl entstanden auch in den 80er Jahren mit den Arbeiten etwa Volker Brauns, Christa Wolfs, Christoph Heins oder Stefan Heyms Kunstwerke, in denen deutlich wurde, dass diese Autoren sich auch politisch treu blieben, ohne dass dadurch eine tragfähige direkte Verbindung zur entstehenden Opposition zustande kam. Ganz anders Lutz Rathenow und Rüdiger Rosenthal (letzterer verließ allerdings 1987 die DDR), welche ihre oppositionelle Brückenerfahrung aus den 70er Jahren bruchlos in die 80er Jahre hinein fortsetzten. Von den in den Westen vertriebenen Künstlern, welche ihre unveränderte oppositionelle Einstellung hinsichtlich der im Osten Deutschlands herrschenden Verhältnisse ebenso wie ihre über die Wende von 1990 hinaus andauernde kritische Einstellung zu den im Westen angetroffenen Zuständen auch künstlerisch immer wieder artikulierten, soll hier Bettina Wegner genannt werden.

357 MfS, BV Berlin, Anlage zur Information 67/89 (Quelle vom Autor eingesehen im MDA).

358 Die Friedrichsfelder Redaktion benutzte einen im Intershops erhältlichen PC westlicher Marke sowie den ersten für den westlichen Konsumentenmarkt erhältlichen grafikfähigen Computer. Letzterer wurde in einer abenteuerlichen Aktion durch Vermittlung der Schriftstellerin Maja Wiens von Angela Jung aus München in die DDR geschmuggelt. Das MfS erlangte zwar später Kenntnis von seiner Existenz, konnte aber den konspirativen Standort dieses Rechners nicht aufklären. Einen solchen Rechner benutzte ab 1988 auch die Redaktion der Umweltblätter. Für solche Technik und die Einweisung der Nutzer war (redaktionsübergreifend) Martin Schramm verantwortlich. Zuweilen wurde auch die betriebliche Rechentechnik am Arbeitsort von Thomas Klein genutzt. Auch hier blieben die konspirativen Arbeitsplatzdurchsuchungen und der Einsatz von betrieblichen IM und GMS ohne Erfolg.

Freya Klier, die anfangs im FK Pankow mitwirkte, erhielt 1984 einen staatlichen Regiepreis für ihre Experimentalinszenierungen (so inszenierte sie 1984 in Schwedt Majakovskis „Schwitzbad“, wo auch Stephan Krawczyk mitwirkte). In kürzester Zeit lenkte sie jedoch den Unmut der Kulturbürokratie auf sich und war seit 1985 praktisch mit einem staatlichen Arbeitsverbot in der DDR belegt. Es folgten der Ausschluss aus ihrem Berufsverband, die Ablehnung der Genehmigung, in der BRD im Herbst 1986 auf Einladung in Frankfurt/Main eine Inszenierung von Goethes „Clavigo“ übernehmen zu können³⁵⁹ und 1987 der formelle Entzug der Erlaubnis durch den Magistrat, als freischaffende Regisseurin zu arbeiten. Dies war mit der zynischen Begründung garniert, sie erziele keine Einkünfte aus solcher Arbeit. Ihre daraufhin erfolgende Eingabe, in der sie argwöhnte, sie solle mit solchen Maßnahmen in die Asozialität getrieben werden, blieb, wie in solchen Fällen üblich, unbeantwortet.³⁶⁰ Freya Klier hatte inzwischen mit Recherchearbeit zu Frauenfragen in der DDR und dem Bildungssystem begonnen.

Auch Stephan Krawczyk erhielt 1981 mit dem Chansonpreis zunächst eine staatliche Auszeichnung. Seine Auftritte bei Veranstaltungen der UFB und der 1985 vollzogene Austritt aus der SED sorgten am 31.7.1985 mittels Entziehung der Zulassung als Chansonsänger umgehend für ein Berufsverbot.³⁶¹ Krawczyk reagierte am 3.8.1985 mit einer (natürlich fruchtlosen) Eingabe an den Minister für Kultur, Hans-Joachim Hoffmann.³⁶²

1985 begann die Arbeit beider Künstler an gemeinsamen Programmen. Daneben arbeitete Krawczyk Solo-Liederabende aus und Freya Klier trat mit Lesungen zu den Themen ihrer Rechercheprojekte auf. Solche Auftritte waren bald fast nur noch in Kirchen auf der Grundlage des Engagements mutiger Pfarrer und Gemeindeglieder möglich sowie auf Initiative von Friedenskreisen, bei denen beide Künstler sehr schnell außerordentliche Beliebtheit genossen. 1985 entstand die choreographische Inszenierung „Steinschlag“ zu Partnerbeziehungen, mit dem Klier und Krawczyk beispielsweise am 11./12.11.1985 während der Friedensdekade in der Samaritergemeinde auftraten. Ab 1986 war an solchen Auftrittsorten ihr Stück „Pässe und Parolen“ zu sehen. 1987 kam das Programm „Wieder stehen“ dazu. Die Tatsache, dass in solchen Inszenierungen absolute Tabu-Themen, wie etwa Rassismus in der DDR, zur Sprache kamen, sorgten für immer schärfere Interventionen der Staatsmacht. Einladungen von Friedenskreisen mussten nun immer häufiger auch gegen den Widerstand von amtskirchlichen Funktionsträgern durchgesetzt werden, die mit den staatlichen politischen Tugendwächtern kooperierten. Am 1.6.1986 erfolgte ihr Auftritt während der Bluesmesse, deren Thema „Rückrat gefragt“ lautete, gegen vorherige staatliche Beeinspruchung durch den stellvertretenden Oberbürgermeister für Inneres der Hauptstadt, Stadtrat Hoffmann, unter anderem wegen der zeitlichen Nähe zu den Volkskammer-Wahlen.³⁶³ Auch ihr Auftritt während der Friedenswerkstatt 1986 erregte staatliches Missfallen, was Generalsuperintendent Krusche veranlasste, brieflich an Pfarrer und Superintendenten mit der Bitte

359 Vgl Grenzfall 6/1987, Reprint S. 69. Am 18. Juli 1986 hatten Klier und Krawczyk vergeblich ein dreijähriges Arbeitsvisum für die BRD beantragt, Aust 1998, S. 59.

360 Vgl Grenzfall 6/1987, Reprint S. 69.

361 Aust 1998, S. 59.

362 MDA, RSch 20.

363 Aust 1998, S. 58.

heranzutreten, den notwendigen Einklang der von Klier/Krawczyk aufgeführten Programme mit dem „Auftrag der Verkündigung“ zu überprüfen.³⁶⁴ Auch in anderen Gliedkirchen begann amtskirchliche Souveränität im Wind staatlichen Unmuts zu zerfleddern: So widerstand bei einem für den April 1987 geplanten Konzert Krawczyks in der Gemeinde Greifswald der Pfarrer nicht dem beflissenen Begehren der Kirchenleitung, dieses abzusagen.³⁶⁵

Eine erste Befassung des Sprengelphorenkonvents Berlin am 27.8.1986 mit Klier/Krawczyk insbesondere wegen ihres Auftritts bei der Friedenswerkstatt 1986 stärkte Krusches Standpunkt: Es erging die Empfehlung an die Pfarrer, solchen Auftritten nicht mehr pauschal, sondern nur nach Prüfung des Gesamtprogramms auf Inhalte „religiösen und kirchlichen Charakters“ zuzustimmen.³⁶⁶ Dieser Trend nahm zu. Im SfK wurde befriedigt konstatiert: „Dem amtierenden Superintendenten in Jüterbog (Bezirk. Potsdam) gelang die Verhinderung der Aufführung des am 19.11.86 geplanten Programms ‚Pässe u. Parolen‘ von Krawczyk/Klier.“³⁶⁷ Daraufhin erläuterten Freya Klier und Stephan Krawczyk in ihrem „Brief zum Thema Kultur in der Kirche“ vom 12.10.1986 an die Kirchenleitungen der BEK-Gliedkirchen ihre Konzeption und Motivation. Diese Erläuterung ihres Anliegens geriet zu einer Generalabrechnung mit der staatlichen Kulturpolitik und dem herrschenden Bildungssystem, gegen deren traurige Folgen (Resignation in Form von Ausreise, innere Emigration und gesellschaftliche Apathie) sie mit ihrer Arbeit angehen würden. Ihre Bitte an die KKL, „eventuell verhärtete Positionen“ gegenüber ihren Auftritten im kirchlichen Raum zu überdenken, „um dem ausgetrockneten Kulturboden wenigstens ein Minimum an Fruchtbarkeit zu bewahren“, wurde verbunden mit der Erwartung, nicht auch noch durch einige kirchliche Mitarbeiter reglementiert zu werden.³⁶⁸ Es half nichts: Das SfK bilanzierte im April 1987, dass es gelang, Auftritte von Klier/Krawczyk in Cottbus und Berlin zu verhindern. Zweimal geschah dies in Greifswald auf Beschluss der Landeskirchenleitung und in Zeitz (Bezirk Halle) nach einem Gespräch der Kirchenkreisvertreter mit dem Bischof der Kirchenprovinz Sachsen, Demke. Durch deren KL wurde eine Gutachtergruppe zur Prüfung, ob Krawczyk-Auftritte in dieser Landeskirche möglich seien oder nicht, eingesetzt. Doch auch anderes musste das SfK zur Kenntnis nehmen: So würden der Leipziger Pfarrer Wonneberger und Jugendwart Töpfer aus Meiningen Krawczyk weitere Auftrittsmöglichkeiten bieten. Superintendent Magirius habe sich geweigert, die Veranstaltungen am 13.3. und 22.3.1987 in der Lucaskirche Leipzig-Volkmersdorf zu untersagen, weil er sich nicht zum Handlanger des Staates machen könne.³⁶⁹

Freya Klier war zwischenzeitlich in die Kirche eingetreten und Mitglied der Immanuelgemeinde geworden. In einem überfälligen Grundsatzgespräch der Berlin-Brandenburgischen KL mit Klier/Krawczyk (und Jürgen Rennert) am 22.4.1987 stellte das Künstlerpaar ihre Auftritte wiederum als Gegenstück zu offiziellen DDR-Kulturpolitik (Benennen sonst nicht

364 Grenzfall 2, Reprint S. 12; vgl. auch Friedrichsfelder Feuermelder Juni 87, S. 1 ff.

365 Vgl Grenzfall 4/1987, Reprint S. 46.

366 Aust 1998, S. 58f.

367 Schriftliche Abschlussinformation über Verlauf und Ergebnisse der Friedensdekade 1986, Vorlage vom 13.1.1987 für die Dienstbesprechung am 26.1.1987, SAPMO BArch, DO 4/954.

368 Aust 1998, S. 59.

369 Leitungsinformation 2/87, Vorlage vom 22.4.1987 für die Dienstbesprechung am 27.4.1987, SAPMO BArch, DO 4/954.

benennbarer Probleme) und als Dienst an der Gesellschaft dar, während die KL auf dem christlichen Gehalt der Programme und dem „Abbau von Feindbildern“ auch bei den beiden Künstlern bestand sowie Gespräche über ihre Texte für sinnvoll hielt. Demgemäß wurde dann im Bericht der KL der EKBB an die Frühjahrssynode auch der „vorbehaltlosen Bereitstellung kirchlicher Räume als Ersatz für verhinderte außerkirchliche Auftrittsmöglichkeiten“ widersprochen. In ihrer „Arbeitshilfe für kirchliche Veranstaltungen und Veranstaltungen im Raum der Kirche“ vom 18.5.1987 betonte die KL der EKBB, Veranstaltungen seien kirchlicherseits nicht mehr zu verantworten, „wenn ... die Versöhnung zwischen Menschen nicht mehr das entscheidende Ziel“ bzw. der Vortrag inhaltlich „nicht mehr offen ... für die biblische Botschaft“ seien. Freya Klier reagierte auf ihren befürchteten Durchfall bei der „Messias-Prüfung“ vom 22. April am 7. Oktober 1986 bei der 1. Vollversammlung des AKSK (dem sie beitrug) mit dem Essay „Kultur und Frohe Botschaft“. Sie konstatierte eine frappierende Ähnlichkeit zwischen kirchlichem und weltlichem Dogma gegenüber unruhigen Geistern, bei denen nicht klar war, ob sie der reinen Lehre angingen.³⁷⁰ Die Entwicklung begann zu eskalieren: Ordnungsstrafen für Klier/Krawczyk und gastgebende Gemeinden bzw. Pfarrer, so gegen den einladenden Dozenten der Potsdamer kirchlichen Ausbildungsstätte für Sozialarbeit und Gemeindediakonie nach einem Auftritt der beiden Künstler am 17.3.1987, erfolgten in letzterem Falle sogar wegen „erheblicher Gefährdung der staatlichen Sicherheit“.³⁷¹

Das SfK sah jedoch keinen Grund, die Angelegenheit in geordneten Bahnen zu sehen: Im August 1987 wurde festgestellt, dass es zumeist weder gelänge, die Auftritte zu verhindern, noch, den politischen Klärungsprozess in den Kirchen zu befördern. Kirchliche Vertreter monierten die Uneinheitlichkeit der staatlichen Maßnahmen in den verschiedenen Territorien. Unerträglich sei die Haftbarmachung der kirchlichen Veranstalter für einen angeblichen Staatsfeind, der aber selbst nicht dafür belangt werde. Kooperationsbereite kirchliche Vertreter würden zunehmend unter Druck der eigenen Amtskollegen geraten. Solidarisierungseffekte gegen den Staat würden durch miteinander in Verbindung stehende politisch negative Kräfte geschürt. Die Dienststelle müsse nun prüfen, wie diesen Aktivitäten auch durch Kräfte außerhalb der Staatspolitik in Kirchenfragen entgegengetreten werden könne.³⁷² In einer Information über die Beratung des Staatssekretärs für Kirchenfragen mit den Stellvertretern der Vorsitzenden der Räte der Bezirke für Inneres am 22.10.1987 im Ministerium des Innern „wurde besonders auf die Frage der Krawczyk-Auftritte eingegangen. Nach Einschätzung der Bezirke wird sich, solange nicht mit Krawczyk selbst die Angelegenheit geklärt ist, an der gegenwärtigen Situation nichts ändern. Verhängte Ordnungsstrafen, gegen die Rechtsmittel eingelegt oder die nicht bezahlt werden, führen zu dauerhaften Belastungen in den Territorien. Die Genossen erwarten eine zentrale Klärung speziell zu Krawczyk und zur Frage der Offenen Arbeit entsprechende Festlegungen, die unter primär politischen und nicht administrativen Aspekten durchzusetzen sind (Bezirke Erfurt, Gera, Potsdam, Dresden

370 Aust 1998, S. 90f. Aust bezeichnet hier zutreffend die erwähnte „Arbeitshilfe“ als „lex Klier/Krawczyk“.

371 Umweltblätter Dezember 1987, S. 18.

372 Leitungsinformation IV/87, Vorlage vom 24.8.1987 für die Dienstbesprechung am 31.8.1987, SAPMO BArch DO 4/955.

sowie Berlin).³⁷³ Es dämmerte den Verantwortlichen der Dienststelle des Staatssekretärs, dass die Verantwortlichen in den Bezirken trotz einiger Erfolge bei ihrer Druckausübung auf kirchliche Verantwortungsträger³⁷⁴ mit ihrem administrativen Mittelarsenal³⁷⁵ auf verlorenem Posten standen und die fehlende Konsistenz der Maßnahmen zu allem Überfluss auch noch die kirchlichen Bündnispartner verunsicherten. Denn angesichts von zunehmenden Auftritt Gelegenheiten Krawczyks³⁷⁶ hieß es: „Insgesamt wird zunehmend deutlich, dass die Problematik der Krawczyk-Auftritte nicht primär auf kirchenpolitischem Gebiet und nicht administrativ zu lösen ist. ... Kirchenpräsident Natho [äußerte] gegenüber dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirks Halle für Inneres seine Erwartung, dass staatlicherseits die Ordnungsstrafverfahren zu Ende geführt werden, da andererseits [gemeint ist anderenfalls, T. K.] die Kirchenleitung, die auf die Möglichkeiten eines solchen Verfahrens hingewiesen hatte, unglaublich wird. Bischof Dr. Demke nannte gegenüber dem Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates des Bezirks Magdeburg für Inneres als ein Beispiel für ihn bewegende Unverständlichkeiten in der Rechtsauslegung die uneinheitliche Anwendung der VAVO im Falle von Krawczyk-Auftritten.“³⁷⁷ Solche Dienstbereitschaft verschärfte andererseits den Unmut der Gruppen gegen die Amtskirche: „Vor allem in der Hauptstadt lassen die Störversuche der ‚Kirche von Unten‘ nicht nach. Sie wenden sich verstärkt gegen ihre Kirchenleitung, wegen deren Zusammenarbeit mit dem Staat.“³⁷⁸ Am 3. November 1987 erfolgte ein formelles Auftrittsverbot für Krawczyk, welches er zu ignorieren gedachte. Stattdessen richtete das Künstlerpaar am 9. November 1987 einen offenen Brief an Kurt Hager wegen dessen im ND vom 28.10.1987 veröffentlichten Rede mit ihrer klaren Absage an Reformen in der DDR. In diesem offenen Brief, verlesen bei einer Veranstaltung zur Friedensdekade in der Samaritergemeinde befürworteten die Autoren Gorbatschows Kurs zur Entfaltung der sozialistischen Demokratie und kritisierten Hagers Absage

373 Information über die Beratung des Staatssekretärs für Kirchenfragen mit den Stellvertretern der Vorsitzenden der Räte der Bezirke für Inneres am 22.10.1987 im Ministerium des Innern, SAPMO BArch, DO 4/990.

374 In den Kirchenkreisen Salzwedel und Zeitz wurden nach intensiven Gesprächen der staatlichen Vertreter mit den kirchlichen Verantwortlichen geplante Auftritte Krawczyks auf Beschluss des Pfarrkonvents bzw. der GKR bei deren Berufung auf die Veranstaltungsorientierung der KL der Kirchenprovinz Sachsen abgesagt, ebenso 3 Auftritte im Bezirk Potsdam (Königswusterhausen, Oranienburg, Jüterbog). Im Bezirk Halle erfolgte der Einsatz gesellschaftlicher Kräfte bei Krawczyk-Veranstaltungen mit anschließender Diskussion. Aktuelle politische Tendenzen in den Kirchen und Religionsgemeinschaften der DDR. Leitungsinformation 5/87 vom 28. 10. 1987, SAPMO BArch DO 4/955.

375 Gemeldet wurden anwachsende Zahlen von Verweigerungen des Zahlens von verhängten Ordnungsstrafen wegen stattgefundener Krawczyk-Auftritte bzw. eingelegter Rechtsmittel dagegen durch Pfarrer (so fünf Pfarrer im Bezirk Halle und ein Pfarrer im Bezirk Potsdam). Ebenda.

376 Krawczyk bot den Evangelischen Studentengemeinden im Bezirk Karl-Marx-Stadt Auftritte an. 7 Konzerte in Gemeinden allein an Berlin waren zwischen dem 30.10. und dem 30.11.1987 bereits vereinbart. Ebenda. Im Bezirk Cottbus waren vier, in Potsdam drei und weitere Konzerte in Frankfurt in Aussicht. Vermerk vom 28.10.1987 über eine Beratung der Sektorenleiter der Räte der Bezirke Potsdam, Cottbus, Frankfurt/O. und der Hauptstadt beim Magistrat am 28.10.1987, SAPMO BArch, DO 4/990.

377 Aktuelle politische Tendenzen in den Kirchen und Religionsgemeinschaften der DDR. Leitungsinformation 5/87 vom 28. 10. 1987, SAPMO BArch DO 4/955.

378 Vermerk vom 28.10.1987 über eine Beratung der Sektorenleiter der Räte der Bezirke Potsdam, Cottbus, Frankfurt/O. und der Hauptstadt beim Magistrat am 28.10.1987, SAPMO BArch, DO 4/990.

an diesen Kurs für die DDR, welche ähnliche Probleme habe, wie die UdSSR. Es folgten Proteste gegen die Diskriminierung und Kriminalisierung der UFB in der DDR, gegen das dem Künstlerpaar auferlegte Berufsverbot sowie gegen die Diskriminierungen und Verleumdungen durch die Sicherheitsorgane. Um „neues sozialistisches Denken und Handeln in Gang zu bringen“ und „unsere Vorstellungen von sozialistischer Kunst ... verwirklichen zu können“, beantragten Freya Klier und Stephan Krawczyk die Nutzung einer leer stehenden Fabrikanlage in Berlin-Mitte oder Prenzlauer Berg, finanziert durch 10 % der Kulturausgaben des Staates für die 80 000 DDR-Bürger, welche die Auftritte von beider in den letzten zwei Jahren besuchten.³⁷⁹ Nach Ablehnung der Offerte der KL vom 15.11.1987 für die Vermittlung eines 2-jährigen Studienaufenthalts in der BRD durch das Künstlerpaar folgte nun die Ausdehnung des staatlichen Auftrittsverbots auch auf den kirchlichen Raum am 16. November 1987. Inzwischen trafen kirchliche Absagen von Krawczyk-Konzerten durch den Cottbuser Generalsuperintendenten Richter auf Proteste von Pfarrern und Mitgliedern einer Jungen Gemeinde der Region Forst/Brandenburg.³⁸⁰ Ein Anfang 1988 gegen den Willen des GKR vom Pfarrer Gartenschläger zugelassenes Konzert Krawczyks in der Gemeinde Alt-Friedrichsfelde sollte wegen der disziplinarischen Folgen für den Pfarrer zu einem scharfen Konflikt des Friedenskreises mit dem GKR führen, der sich bis 1989 hinzog.

4.24 Ausreiseantragsteller in Selbstorganisation

Im Berliner Gruppenspektrum machte Ende 1987 eine schriftliche Information die Runde: „Am 22.9.1987 konstituierte sich die Arbeitsgruppe ‚Staatsbürgerschaftsrecht der DDR‘. Wir haben uns zur Aufgabe gestellt, Staatsbürgern der DDR und in der DDR lebenden ausländischen Bürgern bei der Wahrnehmung ihrer Rechte, die sich aus dem Staatsbürgerschaftsgesetz der DDR ergeben, Beratung und Unterstützung zu gewähren. Dazu gehört vorrangig die sachliche Information über die geltenden DDR- und internationalen Rechtsvorschriften, einschließlich Fragen von Familienzusammenführungen und Eheschließungen. Unsere Selbsthilfegruppe bemüht sich um solidarische Hilfe für Betroffene in schwierigen persönlichen Situationen. Die Zusammenkünfte der Arbeitsgruppe finden regelmäßig jeden

379 Offener Brief von Freya Klier und Stephan Krawczyk an Kurt Hager vom 9.11.1987, Umweltblätter vom 15.12.1987, S. 19ff. Siehe auch Information Nr. 424/87 über das erneute Auftreten des hinlänglich bekannten Liedermachers Krawczyk, Stephan, in der Samariterkirche in Berlin-Friedrichshain vom 10.11.1987, MfS, ZAIG, Arch.-Nr. Z 3617, S. 3ff. Dieser Auftritt am 9. November in der Samariterkirche mit dem Programm „Wider stehen“ im Rahmen der „Friedensdekade 1987“ wurde von etwa 1 000 Personen besucht. In Anwesenheit auch von Korrespondenten der ARD (Börner), AP und der Frankfurter Rundschau (Baum) wurde dieser Offene Brief verlesen und in 500 Exemplaren verteilt. Das MfS plante daraufhin die Vorladung von Krawczyk am 13.11.1987 zur Abteilung Erlaubniswesen der VPI Prenzlauer Berg zur Rechtsbelehrung (Drohung mit einem Ordnungsstrafverfahren wegen Verstößen gegen Rechtsvorschriften im Zusammenhang mit nicht genehmigten Veranstaltungen). Sodann sollte in der Folgeweche die Vorladung Krawczyks zu einem Staatsanwalt beim Generalstaatsanwalt von Berlin mit letztmaliger Warnung erfolgen. Ebenda, S. 1f.

380 Am 18.11.1987 protestierten Mitglieder der JG während des Abschlussgottesdienstes zur Friedensdekade in Forst wegen der Absage des Programms „Pässe und Parolen“ am 14.11. durch die KL. Proteste gegen Krawczyk/Klier-Ausladung in Forst, Umweltblätter vom 15.12.1987, S. 21.

2. und 4. Sonnabend des Monats 15.00 Uhr in der Umweltbibliothek der Zionsgemeinde, Griebenowstr. 16 statt. Sie trifft sich zu ihrer nächsten Beratung am 28.11.87 und 12.12.87, 15.00 Uhr im Café der Umweltbibliothek (UB).“ Als Kontaktadressen waren unter anderem die von Günter Jeschonnek und Lotte Templin angegeben.³⁸¹

Unschwer war dem zu entnehmen, dass sich hier Antragsteller auf ständige Ausreise aus der DDR organisierten. Die mit ihrer Kontaktadresse angeführte Lotte Templin, die jedoch keineswegs einen solchen Antrag gestellt hatte, engagierte sich ebenso wie Wolfgang Templin erheblich für diesen Zusammenschluss, was nicht nur in der IFM, sondern bei allen Gruppen heftig umstritten war. Beide betrachteten die Gruppe der „Ausreiser“ und vor allem deren sich organisierende Minderheit mit ihrem Druckpotential als natürliche Verbündete der Opposition. Neben Regina und Wolfgang Templin teilten diese Auffassung allenfalls Stefan Krawczyk und (in Westberlin) Roland Jahn.

In der entstehenden Arbeitsgruppe war Günter Jeschonnek besonders initiativ. Der seit 1986 vom Berufsverbot betroffene Theaterregisseur befasste sich zusammen mit anderen Ausreiseartragstellern seit Frühjahr 1987 mit der verfassungs- und völkerrechtlichen Situation der den staatlichen Willkürentscheidungen ausgesetzten Antragsteller. Das Scheitern der anfänglichen Versuche dieses Zusammenschlusses, in einer der Berliner Oppositionsgruppen mitzuarbeiten, ging auf die nahe liegende Befürchtung dieser Gruppen zurück, ihr politisch-thematisches Anliegen im dann zu erwartenden Massenansturm von Antragstellern, welche „oppositionelle Tätigkeit“ als Ausreisebeschleuniger entdeckt hatten, zu verlieren. Andererseits bildete der Kreis um Jeschonnek in der Befürchtung „eine[r] Relativierung ihrer Anliegen“³⁸² im Falle der Mitarbeit in solchen Gruppen im September 1987 eine eigene Arbeitsgruppe „Staatsbürgerschaftsrecht der DDR“, die sich mit Zustimmung von Pfarrer Simon und der Umweltbibliothek ab 3. Oktober monatlich in deren Räumen traf. Beim zweiten Treffen am 31. Oktober bereits von 40 auf 60 Personen angewachsen, bildete der Kreis eine 14-tägig zusammentretende „Initiativgruppe“ von 12–15 Mitgliedern und beschloss auf ihrem dritten Treffen am 14. November, eine Erklärung zum UNO-Tag der Menschenrechte am 10. Dezember vorzubereiten. Öffentlich trat sie erstmals während der Friedensdekade am 16. November 1987 in der Gethsemanekirche auf. Mitglieder der Staatsbürgerrechtsgruppe beteiligten sich auch an den Mahnwachen für die Inhaftierten des November 1987. Inmitten der Solidaritätskampagne um die verfolgten UB-Drucker (vgl. Abschnitt 4.20) traf

381 In anderen Fassungen dieser Information, die im MDA vorliegen, und welche offenbar Vorläufer der zitierten Endfassung sind, heißt es: „...konstituierte sich im Rahmen der Offenen Kirche [gemeint ist offenbar die OA, T.K.] der Evangelischen Kirche eine Arbeitsgruppe ...“ bzw. (handschriftlich) „Sie versteht sich als eine Arbeitsgruppe der KvU“. MDA, 1.1.13., Reg. Nr. 1500. Dies spiegelt die (gescheiterten) anfänglichen Bemühungen wider, in bereits bestehenden oppositionellen Gruppen mitzuarbeiten. Der Versuch der Staatsbürgerschaftsrechtsgruppe, sich bei der KvU anzusiedeln, wurde von dieser abgelehnt. Auch die IFM lehnte die Aufnahme der Staatsbürgerschaftsrechtsgruppe ab, gestattete der Gruppe jedoch, in der IFM-Untergruppe zu Strafrechtsfragen mitzuarbeiten. Reinhard Schult, Gewogen und für zu leicht befunden. Versuch einer Einschätzung der Januarereignisse. Aufruf zur Diskussion. Friedrichsfelder Extrablatt April 1988, S. 1 (künftig: Schult, Extrablatt April 1988). Siehe auch Rüdtenklau 1992, S. 224. In einer Fassung der Information mit Hinweis auf die Treff-Termine 9.1.88 und 23.1.88 sind neue Kontaktadressen, aber auch wieder die von Regina „Lotte“ Templin, angegeben. MDA, 1.1.13., Reg.Nr. 1500.

382 Neubert 1997, S. 672.

sich die Gruppe am 28.11. zur Unterzeichnung der verabredeten Erklärung in der vom MfS belagerten UB. Die Vorbereitungsgruppe der Veranstaltung zum UNO-Tag der Menschenrechte in der Gethsemanekirche lud die Staatsbürgerrechtsgruppe ein, am 10. Dezember zusammen mit je einem Vertreter der KvU, der IFM und der Gruppe „Gegenstimmen“ aufzutreten.³⁸³ Ebenso war Stephan Krawczyk zum Konzert gebeten worden. Am Vortag des geplanten Auftritts der Gruppe wurden deren wichtigste Protagonisten (auch Jeschonnek als vorgesehener Referent) kurzfristig in den Westen abgeschoben. Es war daher kein Wunder, dass beim nächsten Treffen der Staatsbürgerrechtsgruppe am 12. Dezember die UB-Galerie mit 60 Teilnehmern überfüllt war. Die Mitarbeiter der UB entschlossen sich, die Gruppe zu bitten, andere Gemeinden für ihre Zusammenkünfte in Anspruch zu nehmen.³⁸⁴

Nicht nur die Staatsbürgerrechtsgruppe, sondern auch die IFM hatte eine Erklärung zum UNO-Tag der Menschenrechte verfasst, jedoch wurde die geplante Aktion beim DDR-Komitee für Menschenrechte polizeilich und mittels Zuführungen verhindert³⁸⁵, während die der Staatsbürgerrechtsgruppe von 30 ihrer Mitglieder in der Poststelle der Volkskammer abgegeben wurde.³⁸⁶ Im Zusammenhang mit den Maßnahmen gegen die IFM wegen ihrer Aktion zum Tag der Menschenrechte wurde auch aktenkundig, in welche Richtung die Bestrebungen der Sicherheitsorgane hinsichtlich solcher Oppositionsgruppen gingen: „Im Anschluss an die aktenkundige Belehrung ist den betreffenden Personen in geeigneter Form zu verstehen zu geben, dass keine Hindernisse bestehen, ihren ständigen Wohnort ab sofort bei denjenigen zu nehmen, die ihnen für ihre gesetzwidrigen Handlungen die entsprechende Inspiration, Anleitung und Unterstützung geben.“³⁸⁷ Es war klar und auch ohne diesen „Wink mit dem Zaunpfahl“ schon seit langem bekannt: Während Ausreiseartragsteller in

383 Aust weist unter Berufung auf Unterlagen der BV Berlin des MfS darauf hin, dass dieses Angebot auf Stolpe zurückging, der den Gruppen damit eine „Kompensation“ für die eingestellte Mahnwache anbieten wollte und so eine „weiche Beendigung nach Zion“ (vergleiche Abschnitt 4.20) anstrebte. Aust 1998, S. 154.

384 Rüdtenklau 1992, S. 123f.

385 Nach „vorbeugenden Belehrungen“, präventiven Zuführungen, vergeblichen Befragungen und Drohungen mit strafrechtlichen Maßnahmen in Polizeigewahrsam durch Mitarbeiter des MfS erfolgte die Beendigung der am 10.12.1987 begonnenen Festsetzung von acht Mitgliedern der IFM am Folgetag. Ziel der Befragungen war „die Klärung der Mitwirkung dieses Personenkreises und anderer feindlich-negativer Kräfte an der Übermittlung von durch westliche Massenmedien am 10.12.1987 verbreiteten Nachrichten, die geeignet sind, den Interessen der DDR zu schaden ... Entsprechend den Festlegungen in § 15, Abs. 2 des VP-Gesetzes darf die Dauer des Gewahrsams [Gewahrsam auf Grund von § 12 des Gesetzes über die Aufgaben und Befugnisse der Deutschen Volkspolizei] 24 Stunden nicht überschreiten. Um sicherzustellen, dass die tatsächliche Entlassung erst nach Abschluss des politischen Höhepunktes erfolgt, ist den betroffenen Personen gegen 16.00 Uhr mitzuteilen, dass auf der Grundlage von § 95 der StPO Prüfungshandlungen hinsichtlich des Verdachts einer Straftat vorgenommen werden und dadurch weitere Befragungen unumgänglich sind. Nach Abschluss des politischen Höhepunktes sind alle Personen zeitlich differenziert zu entlassen. Ihnen ist mitzuteilen, dass zum gegenwärtigen Zeitpunkt von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens abgesehen wird, die Prüfungshandlung jedoch fortgesetzt wird.“ Erstinformation der Hauptabteilung IX/OES vom 11. Dezember 1987, MfS HA IX, Arch.-Nr. 9824, S. 1ff.

386 Rüdtenklau 1992, S. 124.

387 Erstinformation der Hauptabteilung IX/OES vom 11.12.1987, MfS HA IX, Arch.-Nr. 9824, S. 3. Dass diese Offerte auch tatsächlich erfolgte, bestätigte Werner Fischer. Vgl. Werner Fischer, Aktion gegen „Frieden und Menschenrechte“, Umweltblätter 15.12.1987, S. 10f.

der Regel von ihrer Absicht abzubringen waren, ging es den Sicherheitsorganen bei oppositionellen Aktivisten darum, sie in den Westen zu drücken. Jene hatten sich also gegen das zu wehren, was das Ziel der Antragsteller war. Die Ausreiseantragsteller wiederum lernten, dass öffentliches aggressives Auftreten, die Selbstorganisation in Gruppen oder die demonstrative Verbindungsaufnahme zu oppositionellen Gruppen sie ihrem Ziel, mitunter sogar ohne den „Umweg“ über den Strafvollzug, näher brachte.

Die Maßnahmen der Sicherheitsorgane gegen die IFM gingen bereits am gleichen Abend über SFB, RIAS und Radio 100,6 in die Öffentlichkeit, während ihre vorab westlichen Journalisten übergebene Erklärung am Folgetag in der Westpresse erschien.³⁸⁸ In dieser Erklärung machten die Mitglieder der IFM „auf die Repressalien aufmerksam ..., denen wir ausgesetzt sind.“ Hier fanden die einschlägigen Paragraphen des politischen Strafrechts Erwähnung, mit denen Menschen, die sich außerhalb bestehender Organisationen und Parteien politisch engagierten, kriminalisiert wurden. Außerdem prangerte die Erklärung den praktizierten Landesarrest sowie Berufsbeschränkungen und -verbote für diese Personengruppe an.³⁸⁹ Schließlich wurde aus aktuellem Anlass auf die schweren Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der rumänischen Nationalitätenpolitik hingewiesen.³⁹⁰ Dagegen thematisierte die Erklärung der Staatsbürgerschaftsrechtsgruppe Menschenrechtsverletzungen, Diskriminierungen und Kriminalisierungen in der DDR fast ausschließlich im Kontext des Rechts auf Ausreise und der Reisefreiheit.³⁹¹ Auch die UB kritisierte in ihrem Brief an das DDR-Komitee für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit die Reisegesetzgebung der DDR: Bürger würden durch Reiseprivilegien oder undurchschaubare Reisebeschränkungen zum würdelosen „Staatsklaven“, die daraufhin ihre uneingelösten Wünsche auf den Westen projizierten. Die Lösung des Problems sei denkbar einfach: „Alle DDR-Bürger müssen frei reisen können. Erst dann werden sie z. B. auch die Menschenrechtssituation in unserem Land ausgewogener betrachten und vielleicht auch wertschätzen lernen.“³⁹²

Zur Veranstaltung in der Gethsemanekirche am Abend des UNO-Tags der Menschenrechte am 10.12.1987 stellte sich die IFM mit einer (von Bärbel Bohley verlesenen) Erklärung vor, die durchaus als bisher klarste Grundsatzerklärung zum politischen Selbstverständnis der IFM gelten konnte. Während die UB in ihrem Brief an das Komitee für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit in dem gerade erfolgten Abschluss des Vertrages zur Beseitigung aller Mittelstreckenraketen ein besseres Klima für die europäische und weltweite Zusam-

388 Tagesspiegel 11.12.1987.

389 Ganz ähnlich, aber noch umfassender in einer „Erklärung zum 40. Jahrestag der Verkündung der UNO-Menschenrechte“ vom 8.12.1987, unterzeichnet unter anderem von Rudi Pahnke, Rainer Eppelmann, Mario Schatta und Bärbel Bohley. Privatarchiv des Autors.

390 Erklärung der Initiative Frieden und Menschenrechte zum UNO-Tag der Menschenrechte vom 10.12.1987, Grenzfall 11-12/1987, Reprint S. 144.

391 Erklärung der Arbeitsgruppe „Staatsbürgerschaftsrecht der DDR“ zum Tag der Menschenrechte am 10.12.1987, MDA, o. Sign.

392 Offenes Dialogangebot der UB zum Tag der Menschenrechte. Brief an das DDR-Komitee für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit vom 10.12.1987, MDA, 1.1.16, Reg.Nr. 882. Vgl. auch Aust 1998, S. 155.

menarbeit erkennen konnte³⁹³, hieß es in dem Beitrag der IFM, jener am 8.12.1987 beim Gipfeltreffen Reagan – Gorbatschow in Washington endlich zum Abschluss gebrachte Vertrag zur Beseitigung der Mittelstreckenwaffen (die „Nulllösung“ im INF-Vertrag, vgl. Abschnitt 4.3.2), solche Verträge stärkten lediglich den politischen und militärischen Status quo und seien weder eine stabile Friedensgrundlage, noch spiegelte der abgeschlossene Vertrag den Friedensbegriff der IFM wider. Die IFM trete vielmehr für eine Politik der Blockauflösung und Aufhebung der seit Jalta zementierten Teilung ein. Dazu könne die KSZE ebenso beitragen, wie atomwaffenfreie, entmilitarisierte und neutrale Zonen. Neben der Überwindung von Gewalt in zwischenstaatlichen Beziehungen ginge es auch um den Abbau innerer friedensgefährdender Zustände mittels kritischer Öffentlichkeit und Garantien der Menschen- und Bürgerrechte. Zur Herstellung von Rechtsstaatlichkeit gehöre nicht nur Gesetzlichkeit, sondern auch Meinungs-, Presse-, Versammlungsfreiheit, das Streikrecht, demokratische Kontrolle, unabhängige Gerichte, die Einführung einer Verwaltungsgerichtsbarkeit, die Beendigung von Verletzungen der Privatsphäre durch Telefon- und Postkontrolle oder Abhöraktionen ohne richterlichen Beschluss und von präventiven Festnahmen. „Für die ostmitteleuropäischen Gesellschaften ist allerdings die Etablierung eines parlamentarischen Systems nach westlichem Muster nur schwer vorstellbar, zumal die ökonomischen Grundlagen dafür weder vorhanden noch anzustreben sind. Andererseits stehen wir auch Reformen von oben skeptisch gegenüber, werden sie doch das System einer alles umfassenden Verstaatlichung nicht abschaffen, sondern allenfalls im Interesse der Effizienz perfektionieren. Solche Reformen können aber größere gesellschaftliche Freiräume schaffen ...“ Die IFM befürworte Dezentralisierung statt Verstaatlichung, gesellschaftliche Selbstorganisation und Pluralismus und spreche sich gegen das „System der Abgrenzung, der Geheimdiplomatie und des geheimen Expertenwissens“ aus. Der Einsatz für Menschenrechte „bedeutet zwangsläufig, gesellschaftliche Entwicklung nicht mehr an einem bestimmten utopischen Gesellschaftsbild messen zu können.“ Das Prinzip der IFM sei es, neben Forderungen und Appellen an die Regierung „noch nicht zugestandene Rechte so wahrzunehmen, als wären sie bereits zugestanden.“ Dies bedeute die Herausgabe unabhängiger Publikationen, eigene Ausstellungen und Veranstaltungen, eine unabhängige Kultur, Information und Kommunikation. Darin folge die IFM dem Prinzip der Gleichzeitigkeit von Autonomie und Solidarität: Es gäbe keine Vereinnahmung gleich durch wen; „[wir] solidarisieren uns aber mit allen Personen und Gruppen in Ost und West, die gewaltfrei für Frieden, Erhaltung der Natur und für die Menschenrechte in der Welt und in unserem Land eintreten.“³⁹⁴

393 Offenes Dialogangebot der UB zum Tag der Menschenrechte. Brief an das DDR-Komitee für Europäische Sicherheit und Zusammenarbeit vom 10.12.1987, MDA, 1.1.16, Reg.Nr. 882.

394 Vorstellung der IFM zum Tag der Menschenrechte am 10.12.1987 in der Gethsemanekirche, MDA 1.1.01., Reg.-Nr. 4521.

4.25 Rosa Luxemburg, die SED und die Freiheit der Andersdenkenden

4.25.1 Der 17. Januar und die Freiheit der Ausreise

Das Recht auf Ausreise durchzusetzen hatte sich für die Antragsteller als ebenso aufwendig erwiesen, wie es sich für einige Oppositionelle als schwierig herausstellen sollte, sich die Freiheit des Hierbleibens zu nehmen. Dass darüber hinaus beide Ansprüche vor allem zum Nachteil der Opposition und zum Wohlgefallen der Staats- und Parteibürokratie miteinander in Konflikt gerieten, wurde durch die Folgen „staatlicher Maßnahmen“ gegen einen gemeinsamen demonstrativen Auftritt einer großen Anzahl von Ausreiseantragstellern und einiger weniger Oppositioneller noch verschärft. Schauplatz dieser Aktion war die staatsoffizielle alljährliche Demonstration zu Ehren der von Freicorps 1919 ermordeten Revolutionäre, Spartakisten und KPD-Mitbegründer Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht am 17. Januar 1988. Nachdem im November 1987 die Staatssicherheitsaktion „Falle“ so grandios scheiterte, sollte bei der Stasi-Aktion „Störenfried“ gegen die Opposition im Januar tatsächlich die Falle zuschnappen. Als Ursache für diese Niederlage der Opposition erwies sich ihre unzureichende Auseinandersetzung mit den politischen Herausforderungen, welche die Ausreiser-Massenbewegung zeitigte, die völlige Unterschätzung der explosiven Mischung, welche die Vermengung beider Anliegen ergab, die weit verbreitete Hilflosigkeit im Umgang mit den Folgen des deprimierenden Ausgangs der „LL-Affäre“ sowie die zu großen Teilen fehlende Bereitschaft, Verantwortung für diese Niederlage zu übernehmen.

Die Staatsbürgerrechtsgruppe hatte inzwischen immer mehr Zulauf von Ausreisewilligen auch aus anderen Städten der DDR bekommen. Bei ihrem Treffen am 9.1.1988 (150–200 Personen) beschloss die Gruppe, an der staatlichen Berliner Liebknecht-Luxemburg-Demonstration teilzunehmen. Lotte und Wolfgang Templin befürworteten diese Aktion und weckten bei den Mitgliedern der Staatsbürgerrechtsgruppe die Erwartung, oppositionelle Gruppen würden sich ebenfalls mit eigenen Transparenten daran beteiligen. Doch weder der AKSK, noch die IFM waren bereit, dies als Gruppe mitzutragen.³⁹⁵ Wolfgang Templin forderte am 11.1.1987 Herbert Mißlitz vom Friedenskreis Friedrichsfelde auf, die geplante Aktion bei der abendlichen Veranstaltung mit Freya Klier und Stephan Krawczyk zu propagieren.³⁹⁶ Dies unterblieb in Friedrichsfelde, weil dem Friedenskreis inzwischen bekannt geworden war, dass die Staatsbürgerrechtsgruppe diese Aktion initiieren wollte. Der FK Friedrichsfelde war nicht bereit, die politischen Ziele des Kreises durch Teilnahme an demonstrativen Aktionen zur Beförderung von Ausreisebegehren durch Mitglieder der Staats-

395 Neubert 1997, S. 696. Die IFM hatte dies in einer Zusammenkunft am 6.1.1988 abgelehnt. Erklärung der Initiative „Frieden und Menschenrechte“ und der Umweltbibliothek, o. D., MDA 7.2., Reg.-Nr. 1102.

396 Laut Reinhard Schult habe Wolfgang Templin gegenüber Mißlitz behauptet, die IFM und der AKSK hätten sich zur Teilnahme entschlossen, Reinhard Schult, Extrablatt April 1988.

bürgerrechtsgruppe ins Zwielicht geraten zu lassen. Ebenso wenig war die mit der Staatsbürgerrechtsgruppe gut vertraute UB bereit, sich an der Aktion zu beteiligen, wobei es natürlich den einzelnen Mitgliedern freigestellt blieb, selbst zu entscheiden.³⁹⁷ Obwohl die Einmütigkeit der Entscheidungsfindung in den Gruppen dies nicht vermuten lässt, erfolgte das alles relativ isoliert voneinander. Die fehlende Kommunikation der Gruppen untereinander verhinderte, dass dort begriffen wurde, welches Gefahrenpotential sich hier aufbaute. In einem Text der Umweltblätter wurde dies später als „Benachrichtigungsdilemma“³⁹⁸ und von der IFM als „Informationschaos“³⁹⁹ bezeichnet. Weder in der KvU, noch in der Gruppe „Gegenstimmen“ wurde die Frage einer Teilnahme überhaupt erörtert: Hier war den Mitgliedern klar, dass dabei die Möglichkeiten der Staatsorgane unbeschränkt schienen, die Glaubwürdigkeit des Kampfes der oppositionellen Gruppen für einen politischen Wandel in der DDR zu diskreditieren, wenn diese sich als Vorkämpfer für die Ausreise ins Bild setzen ließen.⁴⁰⁰ Umso überraschter waren letztgenannte beide Gruppen, als sie erfuhren, dass sich ihre Mitglieder Vera Wollenberger und Herbert Mißlitz unter den inhaftierten „Störenfrieden“ der Demonstration am 17. Januar befanden.⁴⁰¹ An diesem Tag kam es zur Verhaftung von ca. 120 Personen, darunter auch Stephan Krawczyk. Letzterer hatte den nicht unbegründeten Eindruck, das staatliche Missbehagen an seinen Auftritten habe auch mit den Bezügen seiner Liederprogramme auf Rosa Luxemburg, insbesondere zu deren Bekenntnis zur Freiheit als „Freiheit von Andersdenkenden“, zu tun. Wie schon im Falle Biermanns in den 70er Jahren, welcher sich damals gleichfalls sehr wirkungsvoll auf Rosa Luxemburgs kritische Haltung gegenüber einem bürokratischen Parteifunktionärsapparat bezog, war die Decouvrierung des politbürokratischen Aufwands zur Verfälschung des revolutionären Erbes der

397 Die UB hatte ihre Teilnahme auf einer Zusammenkunft am 13.1.1988 abgelehnt. Erklärung der Initiative „Frieden und Menschenrechte“ und der Umweltbibliothek, o. D., MDA 7.2., Reg.-Nr. 1102.

398 Die Luxemburg-Affäre, Umweltblätter vom 12.2.1988, S. 2ff. Hier zeigten sich die Nachteile der dezentralen Struktur der Basisgruppen, die während der „Zions-Affäre“ binnen kurzem ein handlungsfähiges Mahnwachenbüro als Informationsknoten aufzubauen wussten, dies aber im vermeintlichen „Normalbetrieb“ entbehrten. Auch hier sollten sich die Gruppen als lernfähig erweisen, wie die Bemühungen des Jahres 1988 um ein ständiges Kontakttelefon zeigten (vgl. Abschnitt 4.30).

399 Fußnote 3, Dokumentation der IFM, o. D., MDA, 7.2., Reg.-Nr. 8749.

400 Die den Sicherheitsorganen aufgrund der geplanten Demonstrationsteilnahme Ausreisewilliger und möglicherweise von Mitgliedern oppositioneller Gruppen zur Verfügung stehenden Freiräume für diskreditierende operative Kombinationen schienen auch der Staatsbürgerschaftsrechtsgruppe bewusst gewesen zu sein. Ahnungsvoll verabschiedete deren Initiativkreis am 15.1.1988 eine Erklärung, in der er sich „im voraus von Provokationen (distanziert), die auf der Demonstration ... am 17.1.1988 unter dem Namen unserer Arbeitsgruppe durchgeführt werden. Mitglieder unserer Arbeitsgruppe ... treten nicht als Organisation, Vereinigung oder ähnliches auf.“ Trotzdem versicherte der Initiativkreis namens der durch ihn vertretenen Vereinigung in der gleichen Erklärung, deren Demonstrationsteilnehmer seien darauf verpflichtet, lediglich drei Losungen mit sich zu führen: „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden“, „Der einzige Weg zur Wiedergeburt: breiteste Demokratie“, „Nur wer sich nicht bewegt, spürt auch die Fesseln nicht“. Diese vorsorgliche Versicherung war auch von Lotte Templin unterzeichnet. Erklärung des Initiativkreises der Gruppe „Staatsbürgerschaft der DDR“ vom 15.1.1988, MDA, 7.2. Reg.-Nr. 1093.

401 Vera Wollenberger teilte später dazu mit, im Vorfeld der Aktion waren „die meisten meiner Freunde ... skeptisch, denn es gab Gerüchte, dass die Staatsbürgerrechtsgruppen sich auch an der ‚Kampfdemonstration‘ beteiligen wollten.“ Intensiv befasst mit Übersetzungsarbeiten „drang [es] deshalb nicht bis zu mir, in welchem Umfang Wolfgang Templin eine Aktion mit den ‚Ausreisern‘ geplant hatte.“ Wollenberger, 1992, S. 92, 94.

zur Ikone stilisierten Spartakistin den SED-Bürokraten besonders suspekt. Stephan Krawczyk, der zusammen mit Freya Klier bereits im Sommer eine im Sinne solcher Bezüge und zwecks Protest gegen ihr Berufsverbot stehende Teilnahme an der „LL-Demonstration“ erwogen hatte, ließ sich nach Bekanntwerden des Vorhabens der Ausreisegruppe auch von Freya Klier nicht von seinem Vorhaben abbringen und wurde natürlich unmittelbar nach Verlassen seiner Wohnung auf dem Weg zum Demonstrationsort verhaftet. Ebenso waren Herbert Mißlitz' Versuche vergeblich, Vera Wollenberger noch bis unmittelbar vor Erreichen des Demonstrationszuges ihre beabsichtigte Teilnahme auszureden. Beide wurden ebenso inhaftiert, wie Till Böttcher, Andreas Kalk und Bert Schlegel von der UB, gerade noch unter den Siegern in der Abwehr der beabsichtigten Stasi-Offensive während der „Zions-Affäre“, nun wieder in Haft zusammen mit einem Massenkontingent von 120–160 Ausreisewilligen.⁴⁰² Auf die Festnahmen folgten Wohnungsdurchsuchungen. Wolfgang Templin dagegen wurde von den Sicherheitsorganen an seiner Demonstrationsteilnahme gehindert und entging (wie viele andere dessen zu Recht oder Unrecht verdächtige) im Hausarrest der Festnahme. Gegen die Inhaftierten wurden EV in Richtung § 217 (1), (3) StGB (Zusammenrottung), im Falle Vera Wollenbergers wegen § 215 (Rowdytum), bei Krawczyk noch zusätzlich wegen § 214 (1), (3), (5) (Beeinträchtigung staatlicher oder gesellschaftlicher Tätigkeit), eingeleitet.⁴⁰³

Bereits am 18. Januar verlautbarte der amtierende Staatssekretär Kalb (Gysi befand sich zu einem Kuraufenthalt) gegenüber Vertretern der EKBB, die „Provokation“ sei in den Räumen der UB verabredet worden. Man wolle aber die Zwischenfälle nicht der Kirche anlasten, da „klar umgrenzbare Gruppierungen“ verantwortlich seien, obwohl neuerlich die Absicht des Missbrauchs der Kirche deutlich geworden wäre. Dann kam Kalb zu seinem wohl vordringlichsten Anliegen: „Die Kirchen würden gebeten, vorsorglich alles dafür zu tun, dass nicht neue Aktionen in Gang kämen, um die in Untersuchungshaft Befindlichen freizupressen.“ Hier solle auch das Hausrecht in Anwendung gebracht werden. Offensichtlich erwartete die staatliche Seite eine Wiederentstehung der gefürchteten Mahnwachen. Die Kirchenvertreter (Stolpe, Hülsemann, Propst Dr. Furian und Superintendent Görig) äußerten Verständnis für die staatliche Reaktion auf eine „Störung gerade dieser traditionellen Demonstration“. Erleichtert unterstrichen sie die Nichtbeteiligung kirchlicher Gruppierungen oder Institutionen und wiesen darauf hin, dass Antragsteller durch Schnellausweisungen infolge besonders auffälligen Verhaltens zu solchen Aktionen noch ermutigt würden. Probleme mit Ausreisewilligen oder mit Menschen, welche unbequeme Auffassungen vertreten, seien nicht administrativ zu lösen. Abschließend benannten die Kirchenvertreter den für sie wohl wichtigsten Punkt: Es könne „von den Kirchen auf Dauer schwerlich Mitwirkung an der Versachlichung der Situation erwartet werden ..., wenn gleichzeitig die Informationsge-

402 Neubert 1997, S. 697.

403 Information vom 23.1.1988 an alle Basisgruppen zu Vorgängen im Zusammenhang mit der Demonstration am 17. Januar und der Entwicklung bis heute, MDA 7.2., Reg.-Nr. 8180. Die Untersuchung wurde im Falle Krawczyks später auf landesverräterische Beziehungen erweitert.

sprache ... immer wieder verschoben würden“.⁴⁰⁴ Dies betraf das wegen der Vorfälle am 17.1. abgesagte für den 18.1. vorgesehene Informationsgespräch.

Am 19.1.1988 erschienen ca. 200 Personen zur Informationsveranstaltung in der Zionskirchgemeinde.⁴⁰⁵ An diesem Tag reagierten die KvU, der AKSK, die Gruppe „Gegenstimmen“, der FK Friedrichsfelde, die UB, die Punks von der Erlöserkirche und die IFM mit einer gemeinsamen öffentlichen Erklärung. Ihr Protest richtete sich gegen staatliche Repressionen, denen Bürger ausgesetzt würden, die mit eigenständigen Losungen einem öffentlichen Demonstrationsaufruf eben jenes Staates gefolgt seien, der diese Bürger verfassungswidrig jetzt dafür inhaftiere. Die Gruppen solidarisierten sich mit den Inhaftierten, forderten ihre unverzügliche Freilassung, die Einstellung der Ermittlungsverfahren sowie die Beendigung aller Repressalien gegen gesellschaftlich Engagierte.⁴⁰⁶ Die IFM gab am gleichen Tag aus gegebenem Anlass eine separate Erklärung ab, in der sie versicherte, die Staatsbürgerschaftsrechtsgruppe sei keine Arbeitsgruppe der IFM. Die ohne Zweifel wichtige Arbeit derer, „die ihr Grundrecht auf Verlassen des Landes in Anspruch nehmen wollen“ stelle „jedoch keinen Schwerpunkt unserer Arbeit dar, weil wir uns für Veränderungen innerhalb der DDR-Gesellschaft engagieren, die uns auch dahin führen sollen, dass zunehmend weniger Menschen aus politischen Gründen Ausreiseanträge stellen“. Die Demonstrationsteilnehmer aus der Staatsbürgerrechtsgruppe hätten überdies die Ausreiseproblematik bei ihrem Auftreten am 17.1. nicht plakatiert.⁴⁰⁷ In einer späteren (nicht datierten) anderen gemeinsamen Erklärung der IFM und der UB reagierten beide Gruppen auf Gerüchte, inhaftierte Ausreisewillige der Staatsbürgerrechtsgruppe hätten Aussagen über am 9. Januar angeblich getroffene Vereinbarungen einer gemeinsamen Teilnahme mit Gruppen der UFB an der LL-Demonstration gemacht. In der Erklärung wurde dies nicht nur für die beiden sich erklärenden Gruppen, sondern auch für alle anderen Gruppen entschieden dementiert. Die Basisgruppenteilnehmer insbesondere aus der UB an der Demonstration seien weder für diese Gruppen, noch aufgrund des Aufrufs der Staatsbürgerrechtsgruppe, sondern eigenverantwortlich initiativ geworden. „Während die Ausreisewilligen der Staatsbürgerschaftsgruppe nicht mehr an einen Sozialismus im Sinne Rosa Luxemburgs glauben, haben unsere Freunde den Wunsch, hier in der DDR diesen Sozialismus zu verwirklichen.“ Die Solidarität aller Basisgruppen gelte weiterhin allen Inhaftierten, „unsere besondere Solidarität gilt aber den inhaftierten Mitarbeitern der Friedens- und Umweltgruppen.“⁴⁰⁸

404 Information des BEK-Sekretariats (Ziegler) vom 18.1.1988 zu Vorgängen in Berlin-Friedrichsfelde am 17. Januar 1988, MDA 7.2., Reg.-Nr. 8649.

405 Fußnote 3, Dokumentation der IFM, o. D., MDA, 7.2., Reg.-Nr. 8749.

406 Öffentliche Erklärung, MDA RH1 1 2.1.

407 Erklärung der Initiative „Frieden und Menschenrechte“ vom 19.1.1988, MDA, 7.2., Reg.-Nr. 1100 und MDA, RH1 1 2.1.1.

408 Erklärung der Initiative „Frieden und Menschenrechte“ und der Umweltbibliothek, o. D., MDA 7.2., Reg.-Nr. 1102. Hier muss jedoch einschränkend angemerkt werden, dass Bert Schlegel bereits seit einiger Zeit einen Ausreiseantrag gestellt hatte. Erklärung der UB vom 3.2.1988, MDA, 7.2., Reg.-Nr. 1136. Roland Jahn, der von Westberlin aus für die Gruppen die Pressearbeit koordinierte und auch in seinem Sinne beeinflusste, gab die Erklärung, in der sich die Gruppen von den Ausreisern distanzieren, nicht an die Presse weiter, weshalb sie außerhalb der DDR unbekannt blieb. Seine in dieser Hinsicht von den Gruppen abweichende Meinung erklärte auch sein Votum, sofort Mahnwachen zu installieren, Rüdtenklau 1992, S. 172f. Zur Kritik an Jahns Öffentlichkeitsarbeit vgl. auch Abschnitt 4.25.2.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass die an der Demonstration teilnehmenden oder diese Teilnahme beabsichtigenden Ausreisewilligen ihr Vorhaben vornehmlich oder sogar ausschließlich in den Dienst der Beförderung ihres Ausreisebegehrens stellten. Diese Planung ging, wie sich zeigen sollte, voll auf: Über 170 Antragsteller wurden kurz vor und nach der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration festgesetzt und am 17.1.1988 kurzfristig abgeschoben. Spätere Äußerungen aus dem Kreis von 14 Antragstellern aus der Staatsbürgerrechtsgruppe, die im Vorfeld der Aktion bereits am 15.1.1988 abgeschoben wurden, gegenüber den Westmedien, ihre Gruppe gehöre zum Umfeld oder sei Teil der IFM bzw. der UB, hatte ebenso wie die „überwiegend einseitige Berichterstattung dieser Medien“ – ganz zu schweigen von den tendenziösen Meldungen der DDR-Medien – die Situation dieser und auch der anderen Basisgruppen erheblich beeinträchtigt. Diese Gruppen sahen ihren Handlungsspielraum angesichts der entstandenen Lage gravierend eingeschränkt.⁴⁰⁹ Die Einrichtung von Mahnwachen hätte, so die Auffassung vieler Akteure, diese in Magneten für Ausreisewillige verwandelt, obwohl die meisten inhaftierten Antragsteller inzwischen bereits im Westen angekommen waren.⁴¹⁰ Trotzdem wurde am 19.1. umgehend die erwähnte gemeinsame Erklärung verabschiedet. Doch die Problemlage sollte sich noch weiter verkomplizieren: Im Zusammenhang mit der ersten Forderung dieser Erklärung („unverzügliche Freilassung aller Festgenommenen und Inhaftierten“) befürchteten Angehörige noch inhaftierter Antragsteller, es könnte im Erfolgsfall solcher Solidaritätsaktionen Entlassungen in die „falsche Richtung“ (also in die DDR) erfolgen, während in den Gruppen der UFB geargwöhnt wurde, die aus ihren Gruppen Verhafteten könnten gegen ihren Willen in den Westen abgeschoben werden. Deshalb wurde nachträglich die erste Forderung dahingehend präzisiert, dass die Freilassung der Verhafteten in die DDR erfolgen solle. Diese Präzisierung übernahm die am 20.1.1988 gebildete und täglich zusammentretende Koordinierungsgruppe von Vertretern Berliner Friedens-, Umwelt-, und Menschenrechtsgruppen, in der seit dem 22.1. auch Angehörige der Staatsbürgerschaftsrechtsgruppe mitwirkten. Letzteren wurde dort zu bedenken gegeben, dass es auch in ihrem Interesse liegen müsste, dass die Ausreise inhaftierter Antragsteller nicht unter unwürdigen Bedingungen, sondern zu einem selbst gewählten Zeitpunkt erfolge. Die Koordinierungsgruppe orientierte auf tägliche Informationsandachten in verschiedenen Gemeinden und auf zeichenhaftes nicht provozierendes Handeln im öffentlichen Raum (Blumenniederlegungen an der Gedenkstätte für die Januarkämpfe des Jahres 1919 in der Prenzlauer Allee). Es wurde ein von Gruppenvertretern besetztes Kontaktbüro eingerichtet, um aktuelle Meldungen entgegenzunehmen und weiter-

409 Information vom 23.1.1988, MDA 7.2., Reg.-Nr. 8180.

410 Ebenda. Trotzdem sah sich Stolpe von einigen Befürwortern solcher Mahnwachen an sein Versprechen vom 29.12.1987 erinnert (vgl. Abschnitt 4.20) und war genötigt, gegenüber den Gruppen darauf hinzuweisen, dass die gegenwärtige Lage eine ganz andere sei, als im Falle der „Zions-Affäre“, weil „die Vorfälle nicht unmittelbar die Kirche betreffen“ und diese deshalb nicht zu Mahnwachen aufrufen könne. Das Versprechen, Mahnwachen auf jeden Fall unterbinden zu wollen, hatte Stolpe bereits zuvor dem Hauptabteilungsleiter Heinrich vom SfK gegeben. Auch Schnur drohte am 21.1.1988 während des Informationsgottesdienstes in der Andreas-Marcus-Kirche mit Mandatsniederlegung, wenn „spektakuläre Aktionen“ durchgeführt würden, Aust 1998, S. 176f.

zugeben.⁴¹¹ Zum ersten Fürbittgottesdienst am 20.1.1988 in der Eliaskirchgemeinde⁴¹² kamen ca. 400 Personen, am 21.1. 1988 in die Andreas-Marcus-Gemeinde ca. 300, am 22.1. in die Auferstehungsgemeinde ca. 400 und am 23.1.1988 in die Gethsemanekirche ca 300 Teilnehmer. In Leipzig kamen zum Informations- bzw. Fürbittgottesdienst am 22.1 rund 500 sowie am 25.1 ca. 300 Menschen zusammen.⁴¹³

Bereits am 20. Januar hatten sich bei Bärbel Bohley Vertreter verschiedener Gruppen zur Verständigung über das weitere Vorgehen getroffen. Dort gab es Vorwürfe gegenüber Wolfgang und Lotte Templin, unter anderem wegen Wolfgang Templins Vorgehen bei seiner Werbung für die Demonstrationsteilnahme bei den Gruppen. Dieser wies die an ihm geübte Kritik zurück.⁴¹⁴

Am 21. Januar wurde Herbert Mißlitz mangels Tatverdacht aus der U-Haft entlassen und das Ermittlungsverfahren eingestellt. Seine Angaben während des Ermittlungsverfahrens wurden allerdings später dazu benutzt, das ergehende Urteil gegen Vera Wollenberger zu begründen.⁴¹⁵ Für die Freilassung des weiter einsitzenden Stephan Krawczyk appellierte Freya Klier in einem mit Genehmigung von Stolpe im Konsistorium hergestellten Video für das Westfernsehen an die Solidarität aller Künstler in der BRD.⁴¹⁶ Forck trat namens der EKBB für die Freilassung aller Inhaftierten ein. Die KL beauftragte Rechtsanwalt Vogel für die Ausreisewilligen und kündigte an, „sich in besonderer Weise um die Inhaftierten (zu bemühen), die in der DDR bleiben wollen ... Das Stadtjugendpfarramt ist beauftragt, bis zur Klärung der anstehenden Probleme zu Fürbittandachten einzuladen. Die Kirchenleitung wird sich daran beteiligen, die Anwälte einladen und für Gelegenheit zu Rückfragen und Aussprachen sorgen.“ Forck autorisierte ferner die Einrichtung des telefonisch erreichbaren Kontaktbüros in der Generalsuperintendentur.⁴¹⁷

411 Ebenda. Dieses Kontaktbüro war zuerst mit Kenntnis und Billigung der Kirchenleitung in der Wohnung von Bärbel Bohley tätig, bevor es beim Generalsuperintendenten eingerichtet wurde. Die Luxemburg-Affäre, Umweltblätter vom 12.2.1988, S. 2ff.

412 Hier informierte Stolpe über die vitale Ver Stimmung des Parteiapparats über die Ereignisse und über deren westliches Medienecho, welche die Dienststelle des Staatssekretärs an ihn herangetragen habe. Die Kirchenleitung trete für die Freilassung aller Inhaftierten ein. Eine Vermischung der Anliegen von Antragstellern und jener, die in der DDR bleiben wollten, wäre allerdings, so Stolpe, fatal. Dieser Hinweis sowie Stolpes Warnung vor Aktionismus widersprach der allgemeinen Stimmung während der Diskussion, aus der heraus „eindrucksvolle Aktionen“ (einschließlich Mahnwachen) gefordert wurden. Vertrauliche Schnellinformation vom 21.1.1988 über die Veranstaltung am 20.1.1988 in der Eliasgemeinde zu den Ereignissen am 17.1.1988, SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/41.

413 Fußnote 3, Dokumentation der IFM, o. D., MDA, 7.2., Reg.-Nr. 8749.

414 Gemäß IM-Berichten setzte sich Wolfgang Templin in der IFM vergeblich für die volle Einbeziehung der Staatsbürgerrechtsgruppe ein, während Werner Fischer die Verhaftung Templins wegen dessen Vorbereitung der Demonstration am 17.1. und seinem Aufruf dazu befürchtete. Überdies sei dadurch die Zerschlagung der IFM durch die Staatsorgane heraufbeschworen worden. Aust 1998, S. 174.

415 Urteil der Strafkammer des Stadtbezirksgerichts in der Strafsache gegen Vera Wollenberger wegen versuchter Beteiligung an einer Zusammenrottung vom 28.1.1988, rechtskräftig seit dem 6.2.1988, MDA 7.2., Reg.-Nr. 125.

416 Appell Freya Kliers an die Künstler und Schriftsteller in der BRD vom 21.1.88 für die Freilassung Stephan Krawczyks, MDA, 7.2., Reg.-Nr. 7908.

417 Erklärung des Bischofs der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg vom 21.1.1988, MDA, 7.2., Reg.-Nr. 8179 und SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/41.

4.25.2 Der 25. Januar und die Freiheit des Hierbleibens

Mit einer zweiten Verhaftungswelle am 25.1.1988, von der mit Werner Fischer und Bärbel Bohley sowohl Unbeteiligte der Aktion vom 17.1. betroffen waren, als auch deren Befürworter (Lotte und Wolfgang Templin) und schließlich Ralf Hirsch sowie Freya Klier, wurde nun ein deutlich sichtbarer Schlag gegen die unabhängige Friedens- und Menschenrechtsbewegung in der DDR geführt. In erster Linie galt dieser Schlag der IFM, der fünf von den sechs am 25.1. Festgenommenen angehörten. Der am 17.1. inhaftierte Stephan Krawczyk, dessen EV unverzüglich auf „landesverräterische Beziehungen“ erweitert wurde, sollte als „Verbindungsglied“ zwischen beiden Inhaftiertengruppen herhalten.⁴¹⁸ Der publizistische Beginn einer Offensive gegen alle Oppositionsgruppen sollte nicht lange auf sich warten lassen. Doch zunächst waren die Inhaftierungen vom 25.1. der Auftakt zu einer Solidaritätswelle, die jene des November 1987 während der „Zions-Affäre“ weit übertraf. Während die Solidaritätskampagne für die Verhafteten des 17.1. aufgrund der dubiosen Umstände des Zustandekommens von deren Aktion nur schleppend anliefe, waren die Zeichen, die der Staat am 25.1. setzte, eindeutig. Das Tempo und die Breite der Solidarisierung waren beträchtlich. Bereits am Abend der erneuten Verhaftungen versammelten sich ca. 600 Menschen in der Friedrichsfelder Kirche. Am 27.1. kamen etwa 900 Menschen in die Galiläa-Gemeinde, am 28.1. ca. 1 000 in die Paul-Gerhard-Gemeinde und am 29.1. schon 1 500 Personen zu einer Benefiz-Veranstaltung in die Erlöserkirche.⁴¹⁹ Bei der Solidaritätsandacht am 30.1.1988 in der Gethsemanekirche waren bereits 2 300 (nach anderen Angaben 3 000) Menschen zugegen und die wesentlich kleinere Bartholomäuskirche war am 1.2.1988 mit 1 500 (nach anderen Angaben 2 000) Besuchern überfüllt. Das Berliner Kontaktbüro meldete, dass in der Republik in einer Vielzahl von Städten ähnliche Solidaritätsandachten stattfanden, zu denen gleichfalls tausende von Menschen kamen und fortlaufend Solidaritätsspenden eingingen. Vereinzelt fanden auch Proteste im öffentlichen Raum statt.⁴²⁰ 200 osteuropäische Oppositionelle protestierten am 3.2.1988 gegen die Verhaftungen in der DDR. In Westberlin (am Checkpoint Charlie) und Hamburg bildeten sich Mahnwachen. Neuerlich vergeblich waren jedoch Solidaritätsappelle an die verbandsorganisierten Schriftsteller, die gerade ihre Jahresversammlung abhielten.⁴²¹ Abgesehen davon, dass sie auch nicht gebraucht wurden, zeigte dies, wie wirksam deren Parteiorganisation nach der Säuberung des Verbandes in der zweiten Hälfte der 70er den Verband wieder im Griff hatte, nachdem deren kritische Stimmen aus ihm herausgeworfen bzw. in den Westen vertrieben worden waren. Dagegen verhielt sich der Schriftsteller Uwe Kolbe eindeutig: Seine Erklärung vom 4.2.1988 ergriff

418 Vgl. auch den Brief von Bärbel Bohley und Werner Fischer vom 9.3.1988, siehe Abschnitt 4.25.6.

419 Fußnote 3, Dokumentation der IFM, o. D., MDA, 7.2., Reg.-Nr. 8749.

420 Eine Solidaritätsspende aus Rudolstadt war verbunden an den Zusatz „Aber nur für Leute, die hierbleiben wollen!“ In Wismar fand am 31.1.1988 eine stille Kundgebung auf dem Marktplatz statt. In Templin/Uckermark wurde in der Nacht vom 31.1. zum 1.2.1988 die gesamte Fassade des örtlichen Gebäudes der Staatssicherheit mit der Aufschrift „Freiheit für die Inhaftierten“ versehen, welche (wegen der Vergeblichkeit von Versuchen, diese zu übermalen) zum Neuverputzen der beschrifteten Fassadenteile zwang. Umweltblätter vom 12.2.1988, S. 2ff. Vgl. auch Bertolt Brecht, Die unbesiegbare Inschrift, in: Bertolt Brecht, Gesammelte Gedichte, Band 2, Svendborger Gedichte, Frankfurt/Main 1976.

421 Lutz Rathenow appellierte am 29.1. im Namen von 10 jungen Künstlern an die Schriftsteller, eingedenk der Forderung letzterer nach Abschaffung der Zensur auf ihrem letzten Kongress, sich solidarisch zu verhalten. Fußnote 3, Dokumentation der IFM, o. D., MDA, 7.2., Reg.-Nr. 8749.

Partei für die Inhaftierten.⁴²² Auch die Schauspielerin Heidemarie Wenzel, die Schriftsteller Ulrich Plenzdorf und Klaus Schlesinger bekundeten am 29.1. ihre Solidarität.

Inzwischen hatte am 27./28.1.1988 der Prozess gegen Vera Wollenberger stattgefunden, der mit einem Urteil von 6 Monaten Haft wegen versuchter Zusammenrottung endete. Das gleiche Urteil erhielten am 1.2.1988 Kalk, Schlegel und Böttcher.⁴²³ Gegen Ralf Hirsch, Lotte und Wolfgang Templin, Freya Klier, Stephan Krawczyk, Werner Fischer und Bärbel Bohley wurde wegen Landesverrats weiterermittelt. In der DDR-Presse begann bereits am 26.1.1988 eine verschärfte Hetzkampagne⁴²⁴, gegen welche die Koordinierungsgruppe protestierte.⁴²⁵ Gleichzeitig begann die Solidaritätswelle einem Höhepunkt entgegenzustreben

422 Erklärung von Uwe Kolbe vom 4.2.1988, MDA, 7.2., Reg.-Nr. 440.

423 „Die wegen der am 17. Januar 1988 erfolgten Zusammenrottung verurteilten Personen wurden – ausgenommen einzelne, die in die DDR entlassen wurden – bis zum 6. Februar 1988 aus der Staatsbürgerschaft der DDR und aus der Haft in die BRD entlassen. Täter, die mit ihren Handlungen die Übersiedlung in die BRD erzwingen wollten, sind zu verurteilen und, sofern keine zwingenden Ausschließungsgründe vorliegen, unverzüglich aus der Staatsbürgerschaft der DDR und aus der Haft in die BRD zu entlassen. [Bei] Übersiedlungsersuchende[n], die an provokatorischen Veranstaltungen in kirchlichen Räumlichkeiten oder anderen derartigen Veranstaltungen teilnehmen, ist unverzüglich die zuständige Dienststelle zu informieren. Diese hat die zuständige Abteilung Innere Angelegenheiten zu veranlassen, die betreffenden Übersiedlungsersuchenden vorzuladen. Dabei ist in Verbindung mit einer Belehrung über mögliche rechtliche Konsequenzen die Auflage zu erteilen, künftig die Teilnahme an derartigen Veranstaltungen zu unterlassen, da anderenfalls die Prüfung und Bearbeitung ihrer Ersuchen ausgesetzt wird und bei Vorhandensein entsprechender Voraussetzungen strafrechtliche Konsequenzen zu erwarten sind.“ Schreiben Eric Mielkes vom 8.2.1988 an die Leiter der Dienststellen, MfS, Arbeitsbereich Neiber, Arch.-Nr. 365.

424 Das ND übernahm am 26.1.1988 einen Artikel der UZ, in dem die IFM, KvU, der FKFF und „Gegenstimmen“ als antisozialistische, vom Westen gesteuerte und technisch ausgerüstete Gruppen bezeichnet wurden. ND vom 26.1.1988, S. 1; vgl. auch S. 2. Der Präsident des PEN-Zentrums der DDR, Heinz Kammitzer, bekannte sich faktisch zum religiösen Verhältnis der „Staatskirche“ SED zu den „ermordeten Nationalhelden unseres Staates“, indem er im ND über die unerwünschte Teilnahme von Ketzern an der Luxemburg-Liebkecht-Demonstration verbreitete: „Was da geschah, ist verwerflich wie eine Gotteslästerung. Keine Kirche könnte hinnehmen, wenn man eine Prozession zur Erinnerung an einen katholischen Kardinal oder protestantischen Bischof entwürdigt.“ Heinz Kammitzer „Die Toten mahnen uns“, ND und Junge Welt vom 28.1.1988. Für die Ketzler wurde in redaktionellen Artikeln der Scheiterhaufen in Gestalt von Behauptungen geheimdienstlicher Steuerung der Rädelsführer errichtet und der Beifall der Rechtgläubigen mittels Abdruck von Leserbriefen empörter Bürger organisiert. In der parteiinternen Information Nr. 243 wurden den namentlich genannten Inhaftierten, die landesverräterische Beziehungen unterhalten hätten, diese Steuerung insbesondere durch Roland Jahn und Jürgen Fuchs vorgehalten. Das Ergebnis seien illegale Gruppierungen wie die IFM und die Staatsbürgerschaftsrechtsgruppe. Im Versuch, nachträglich doch noch die verlorene „Schlacht um Zion“ (vgl. Abschnitt 4.20) zu gewinnen, war auch davon die Rede, dass Druck- und Vervielfältigungstechnik eingeschleust und unter Missbrauch der Kirche zur Herstellung illegaler Schriften benutzt würde. Hier wurden wiederum der „Grenzfall“, nun aber ausdrücklich auch die Umweltblätter als „staatsfeindlich“ bezeichnet. SED, Information 1988/2 Nr. 243, MDA, 7.2., Reg.-Nr. 8662.

425 Der Protest richtete sich namentlich gegen die im ND vom 26.1.1988 verbreitete Behauptung, Mitglieder und Gruppen der UFB der DDR seien antisozialistisch und von westlichen Geheimdiensten ferngesteuert. Stellungnahme der Koordinierungsgruppe aus kirchlichen Mitarbeitern und den Berliner Basisgruppen für die Berliner Fürbitandachten und Informationsstunden vom 26.1.88, MDA, 7.2., Reg.-Nr. 8646. Am 27.1. hieß es zu dem Angriff auf alle unabhängigen und kirchlichen Gruppen im ND und der Jungen Welt vom 26./27.1., hier „wird denen, die eine öffentliche Diskussion um gesellschaftliche Ver-

und sich über die ganze DDR auszuweiten. In den Kirchen von ca. 40 Städten fanden Solidaritätsveranstaltungen statt. Besonders Leipzig, wo ebenfalls eine Kontaktgruppe tätig wurde, entwickelte sich zu einem Zentrum des Protests. Auch hier kam es zu ersten Konflikten mit aktionistischen Ausreis Antragstellern, weshalb ebenso wie in Berlin die Einrichtung von Mahnwachen zugunsten der „Informationsandachten“ unterblieb. Die Kirchenleitungen waren eher bestrebt, diese Proteste zu bremsen oder zu kanalisieren.⁴²⁶ Auch in Berlin versuchte die Kirchenleitung, die Schärfe des Konflikts zurückzunehmen: Während Forck noch am 29.1. in einem Interview für den Deutschlandfunk auf die Großzügigkeit der Staatsorgane gegenüber den Ausreisewilligen hinwies, wogegen die bleibewilligen Oppositionellen sich von gleicher Seite mit großer Härte behandelt sähen⁴²⁷, versicherte die Kirchenleitung am 30.1. ihr Vertrauen in die geltende Rechtsordnung. Obwohl die KL in ihrer Erklärung ihre Auffassung wiederholte, alle Inhaftierten müssten freigelassen werden, drückte sie auch ihre Missbilligung der Aktivitäten am Rande der LL-Demo aus. Bischof Forck erklärte unter anderem: „Die Kirche und ihre Gruppen werden darauf bedacht sein müssen, dass ihre Solidarität mit den inhaftierten Menschen nicht ihr Anliegen verdunkelt, gewaltlos, unprovokativ und dialogbereit das Zusammenleben in unserer Gesellschaft mitzugestalten.“⁴²⁸ Doch Reinhard Schult forderte im Namen der KvU am gleichen Tag während des Gottesdienstes in der Gethsemanekirche öffentlich das Installieren von Mahnwachen. Dieser Forderung schloss sich die UB am 31.1.1988 an.⁴²⁹ Eine Vertreterversammlung der KvU aus 12 Städten hatte erklärt:

„Es ist an der Zeit, deutlichere Zeichen der Solidarität zu setzen. Wir fragen hiermit an, ob das Versprechen seitens Vertreter der Kirchenleitung, sich an Mahnwachen zu beteiligen, nicht jetzt eingelöst werden muss. Die Kirche von Unten erwartet, dass die Kirchenleitung ihre Räume und ihre Zeit für eine Mahnwache zur Verfügung stellt.“⁴³⁰

Zudem wurde auf der KvU-Vollversammlung am 30.1. das hinhaltende Agieren Stolpes scharf kritisiert. Es war klar, dass eine Revidierung des Verzichts des Koordinationskreises vom 23.1. auf solche Mahnwachen, welche die KvU hier forderte, eine klare Abgrenzung von der Ausreisbewegung und eine Immunisierung dieser Mahnwachen von aktionistischen Antragstellern vorausgesetzt hätte. Dies erschien (auch angesichts der Tatsache, dass auch am 30.1. Antragsteller wieder vor der Gethsemanekirche demonstrierten) der Mehrheit der Koordinierungsgruppe als nicht durchsetzbar. Der Vorstoß der KvU scheiterte also an

antwortung anstreben, nur die Alternative zwischen Gefängnis und Ausbürgerung gelassen. ... Wir sind entschlossen, Übergriffen zu widerstehen und uns nicht aus der gesellschaftlichen Verantwortung drängen zu lassen.“ Erklärung von Basisgruppen für die Berliner Fürbitandachten und Informationsstunden vom 27.1.88 zu den Verhaftungen vom 25.1.88 und den Presseveröffentlichungen im ND u. Junge Welt v. 26./27.1. MDA 7.2., Reg.-Nr. 8645.

426 Eine grobe Übersicht zur Solidaritätskampagne in den Republikbezirken findet sich in Fußnote 3, Dokumentation der IFM, o. D., MDA, 7.2., Reg.-Nr. 8749.

427 Fußnote 3, Dokumentation der IFM, o. D., MDA, 7.2., Reg.-Nr. 8749.

428 Stellungnahme der KL der EKBB vom 30.1.88, MDA, 7.2., Reg.-Nr. 1116.

429 Erklärung der Umweltbibliothek vom 31.1.1988, Privatarchiv des Autors..

430 Erklärung der KvU (Vertreterversammlung aus 12 Städten) vom 30.1.1988, Privatarchiv des Autors.

Stolpe, der KL und am Meinungsbild der Gruppenvertreter, woraufhin die KvU unter Protest ihre direkte Mitarbeit in der Koordinierungsgruppe einstellte.⁴³¹

Angesichts solcher Entwicklungen wurden auf Veranlassung des MfS am 28.1.1988 die stellvertretenden Vorsitzenden der Räte der Bezirke für Inneres in Berlin zusammengetrommelt, um ihnen die Lage zu erläutern und eine Gesprächskonzeption zu übergeben. Diese war von den Stellvertretern der Vorsitzenden der Räte der Bezirke und Kreise für Inneres sowie den Sektorenleitern für Kirchenfragen gegenüber vorzuladenden kirchlichen Amtsträgern im Bereich der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg sowie – „in Abhängigkeit von geplanten bzw. durchgeführten Missbrauchshandlungen“ auch gegenüber kirchenleitenden Kräften der anderen evangelischen Landeskirchen in Anwendung zu bringen. Der Ton war dramatisch – sehr instinktsicher wurde die größte Gefährdung der ins Rollen gebrachten staatlichen Offensive durch Massenaktivitäten und Kundgebungen im kirchlichen Raum, die auch auf den öffentlichen Raum auszustrahlen oder sogar überzugehen drohten, erkannt:

„Zu diesen Aktivitäten gehören die Durchführung besonderer sogenannter Solidaritätsveranstaltungen in kirchlichen Räumen und das Organisieren von Protesten und Resolutionen. Es gibt Erscheinungen, dass in derartigen Veranstaltungen Unterschriften gesammelt und rechtswidrig zu Geldspenden aufgefordert wird. Gegen die Bildung sogenannter Informations- und Kontaktbüros ist entschieden Einspruch zu erheben und energisch die Einstellung derartiger Tätigkeiten zu fordern. Es steht den Kirchen nicht zu, gemeinsam mit Feinden des Staates Forderungen nach der Freilassung von Straftätern zu erheben und die Staatsorgane damit unter Druck zu setzen ... Die kirchlichen Amtsträger sind aufzufordern, staatliche Festlegungen nicht in kirchlichen Veranstaltungen und gegenüber Vertretern westlicher Massenmedien zu kommentieren und in ihrem Sinne auszulegen. Es wird erwartet, dass mit gebotenem Ernst besonders auf die Mitarbeiter im Bereich der kirchlichen Jugendarbeit (Stadtjugendpfarrer, ESG usw.) eingewirkt wird, um eine Eskalation der Ereignisse auszuschließen.“⁴³²

Doch die Angelegenheit entwickelte sich in eine ganz andere Richtung. Der offenbar von der KL im Dialog mit den Staatsorganen erörterten „Lösung“ für Freya Klier und Stephan Krawczyk in Form eines Auslandsvisums (praktisch eine befristete Abschiebung ohne zwischenzeitliche Wiedereinreiseerlaubnis)⁴³³ stimmte Freya Klier nicht zu⁴³⁴, obwohl sie 1986

431 Aust 1998, S. 185f.

432 Schreiben von Generaloberst Mittig (Stellvertreter des Ministers) vom 30.1.1988 an die Leiter der Dienstseinheiten (Vertrauliche Verschlussache), MfS, Arbeitsbereich Neiber, Arch.-Sign. 365 (Befehle des Ministers und Stellvertreter), S. 117ff.

433 Über dieses bereits am 23.1.1988 von der EKD Stolpe unterbreitete verbindliche Angebot eines zweijährigen Studienaufenthalts für Klier/Krawczyk in der BRD setzte der „Sekretär“ Stolpe den OibE Heinrich, Hauptabteilungsleiter im SfK, am Nachmittag des 25.1.1988 in Form der Überlassung einer Kopie seines (Stolpes) diesbezüglichen vertraulichen Schreibens an den IM „Thorsten“ (Rechtsanwalt Schnur) in Kenntnis. Information vom 25.1.1988 über ein Gespräch des Genossen Heinrich mit Konsistorialpräsident Stolpe (im Anhang das Schreiben Stolpes an Schnur gleichen Datums), SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/19. Diese Information wurde gemäß handschriftlichen Anmerkungen noch am 25.1.1988 von Honecker und von Jarowinsky zur Kenntnis genommen.

selbst (und vergeblich) ein dreijähriges Arbeitsvisum für die BRD beantragt hatte. Stephan Krawczyk gedachte, in Grenzen eine ihm auferlegte Haftstrafe abzusetzen.⁴³⁵ Ihr Rechtsanwalt Wolfgang Schnur (IM „Torsten“), der auch Vera Wollenberger und die drei Inhaftierten der UB verteidigt hatte, gab seinen Mandanten keine Informationen über die enorme Solidaritätswelle im In- und Ausland und versuchte auch Bärbel Bohley in dieser Hinsicht zu täuschen.⁴³⁶ Am 29.1.1988 formulierte Freya Klier in einem Brief an Stephan Krawczyk ihren Wunsch auf Entlassung aus der Staatsbürgerschaft der DDR und bat um Rücksprache. Anwalt und Untersuchungsorgan verhinderten dies, Krawczyk schloss sich dem Ausbürgerungswunsch an und beide besiegelten am 1.2.1988 in Gegenwart des für Ausreisefälle „zuständigen“ Rechtsanwalts Vogel und Bischof Forck ihren Entschluss auf ständige Ausreise. Forck war auch zugegen, als Vogel am 2.2.1988 den anderen Inhaftierten ebenfalls die Möglichkeit der Ausreise in den Westen als Lösung offerierte.⁴³⁷ Nur Bert Schlegel stimmte als Antragsteller zu. Am 2. Februar verließen Freya Klier, Stephan Krawczyk und Bert Schlegel endgültig die DDR.

Noch vor Bekanntwerden dieser Entwicklungen im Fall Klier/Krawczyk/Schlegel und angesichts von Protesten aus der SPD gegen die Inhaftierungen in der DDR, vor allem aber wegen der Hetzkampagne in den DDR-Medien, verbreitete Thomas Klein am 2.2.1988 einen „offenen Brief an die Mitglieder der SED und SPD“. Hier hieß es unter anderem:

„Seit November 1987 ist der Schwebezustand zwischen Tolerierung und Ignorierung jener in und aus der Friedensbewegung gewachsenen Gruppen beendet worden. ... Ohne dass diese Gruppen in ihrer Arbeit bekannte, zum Teil sehr unterschiedliche Positionen verlassen hätten oder zu anderen politischen Maximen übergegangen wären, fallen sie nun einer pauschalen politischen Denunziation anheim. ... Gesellschaftlich Engagierte finden sich als vom Westen gekaufte ... vom Ausland inspirierte Kolporteurs antisozialistischen Ideenguts oder sogar als Landesverräter verdächtigt. ... Nachdem der Dialog verpasst wurde, wird nun an seiner Stelle die Machtfrage gestellt ... Einschüchterung und Verunsicherung sollen die beabsichtigten Folgen sein.“

An die Adresse der SPD-Mitglieder hieß es unter Hinweis auf die Mitverantwortung dieser Partei für Berufsverbote und Radikalenerlass in der BRD:

„Die SPD ist in die Verantwortung dafür gerufen, dass die jüngste Unterdrückung der Inanspruchnahme politischer Rechte in der DDR die Fülle von Menschenrechtsverletzungen in der BRD nicht vergessen macht. Es war von jeher die Taktik derer,

434 Die Luxemburg-Affäre, Umweltblätter vom 12.2.1988, S. 2ff. Vgl. auch Brief von Freya Klier vom 15.2.1988, MDA, 7.2., Reg.-Nr. 1139.

435 Ebenda.

436 Bärbel Bohley, die von ihrem Anwalt Gregor Gysi nicht über den Umfang der Solidaritätsbewegung im Unklaren gelassen wurde, habe sich nach Angaben von Margret Popp durch Schnur nicht täuschen lassen. Margret Popp, Kalender eines Rufmords oder Wie man die Opposition köpft, o. O. 1992, S. 5, S. 11; MDA, 7.2., Reg.Nr. 7907.

437 Die Zusicherung, dass auf Wunsch auch eine Haftentlassung in die DDR erfolgen und die Ermittlungsverfahren eingestellt werden würden, erfolge seitens Vogels auf ausdrückliche Rückfragen der Inhaftierten, Aust 1998, S. 188.

*die sich solcher Verletzungen schuldig machen, auf die Verhältnisse im Nachbarland zu verweisen, um nicht über die eigenen Verhältnisse sprechen zu müssen.*⁴³⁸

Der Brief wurde durch Herbert Mißlitz an Erhard Eppler, Vorsitzender der SPD-Grundwertekommission, welcher Gast einer Veranstaltung der Sektion Theologie am 3./4.2.1988 in der Berliner Humboldt-Universität war, und an den Prorektor für Gesellschaftswissenschaften, Dieter Klein, übergeben. Eppler lehnte es ab, den Brief während der Veranstaltung zu verlesen, gab aber Mißlitz die Zusage, diesen an den SPD-Parteivorstand und den sozialdemokratischen „Vorwärts“ weiterzuleiten. Das Schreiben ging außerdem an Stolpe, die Evangelische Akademie, das ND und die Koordinierungsgruppe. Der in der IFM mitarbeitende Ibrahim Böhme (IM „Maximilian“) stellte noch am gleichen Tag Kontakt zu Eppler her: „Die Quelle hatte mit Prof. Eppler ... ein kurzes persönliches Gespräch, in dem Eppler u. a. versicherte, den in seinem Besitz befindlichen Brief nicht zu veröffentlichen bzw. weiterzugeben.“⁴³⁹ Eine Veröffentlichung im „Vorwärts“ unterblieb daher. Klein gab den Brief auch an SED-Mitglieder seines Betriebes weiter. Daraufhin veranlasste das MfS eine Fahndung, um den Verbreitungsgrad und den Empfängerkreis des Briefes festzustellen.

Am 2. Februar verlautbarte Rechtsanwalt Vogel in einem Interview, die noch Inhaftierten würden bis zum Wochenende je nach Wunsch in die DDR oder den Westen entlassen.⁴⁴⁰ Dies allerdings lief den Bemühungen des MfS und seines IM Wolfgang Schnur, alle Inhaftierten in den Westen zu nötigen, zuwider. Weil Schnur bei der in deprimierter Stimmung ablaufenden Friedrichsfelder Solidaritätsandacht am 2.2.1988 in desinformatorischer Absicht von persönlichen Gründen für die Ausreise Kliers und Krawczyks sprach, erklärten diese am 3.2.1988 in einer Pressekonferenz im Westen, sich unter Androhung von 2–12 Jahren Haft zur Ausreise entschlossen zu haben:

*„Wir haben die DDR nicht freiwillig verlassen. ... Eine freie Entscheidung über Bleiben und Gehen ist ... nur außerhalb von Gefängnismauern möglich. Wir fordern, in die DDR zurückkehren zu können, um unsere Arbeit als Künstler dieses Landes fortzusetzen. Wir fordern zudem die unverzügliche Haftentlassung unserer Freunde in der DDR, damit sie sich frei und ohne Zwang entscheiden können, in welchem Land sie leben wollen.“*⁴⁴¹

438 Offener Brief an die Mitglieder der SED und der SPD vom 2.2.1988, MDA 7.2.

439 Mitteilung von Major Hasse vom 11.2.1988, MfS, HAXX/AKG/K, Reg.-Nr. 1702/88; Bericht zum Treff mit IMB „Maxemilian“ am 4.2.1988, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 8, S. 372.

440 Vgl. auch Brief von Bärbel Bohley, Werner Fischer, Regina (Lotte) Templin und Wolfgang Templin vom 6.4.1988, MDA, 7.2., Reg.-Nr. 96. Die Tatsache, dass Vogel diese Erklärung gegenüber der Nachrichtenagentur Reuter erst nach Grenzübertritt von Klier/Krawczyk abgab, stützt die Annahme, dass der Preis für das In-Aussicht-Stellen einer Haftentlassung der verbliebenen Inhaftierten in die DDR (oder den Westen) eben Ersterer Ausreise gewesen war und dies von Schnur dem Künstlerpaar auch so suggeriert wurde. Ferner könnte die ablaufende Chronologie, der gemäß die erwähnte Ankündigung Vogels am Nachmittag und die ADN-Meldung über die Ausreise von Klier/Krawczyk erst danach erfolgten, daraus abgezielt haben, das Künstlerpaar als offensichtliche „Deserteure“ erscheinen zu lassen. Vgl. auch Popp 1992, S. 15.

441 Persönliche Erklärung vom 3.2.1988, MDA, 7.2., Reg.-Nr. 1135. Diese Erklärung beider (bzw. überhaupt jede Erklärung von ihrer Seite) widersprach angeblich einer Vereinbarung mit Forck und Vogel, bis zur Haftentlassung aller keine Interviews zu geben, Aust 1998, S. 191.

Der Generalstaatsanwalt gab am 3.2.1988 zu erkennen, dass Entlassungen in die DDR für die noch nicht Verurteilten nun doch nicht in Frage kämen. Auch auf Vera Wollenberger wurde nun in diese Richtung Druck ausgeübt. Schnur versuchte am gleichen Tag während der Fürbittandacht in der Sophienkirche den Eindruck zu erwecken, dies wäre eine Reaktion auf die Presseerklärung von Klier und Krawczyk gewesen, obwohl tatsächlich die Demotierung der Ankündigung von Vogel durch den Generalstaatsanwalt bereits vor dieser Presseerklärung erfolgte.⁴⁴² Die Empörung Bischof Forcks am 4.2. über die Rücknahme der am 2.2. auch in seinem Beisein gegebenen Zusagen konnte auch der IM Schnur mit seiner Einrede von „neuen Beweismitteln“ nicht ändern.⁴⁴³ Till Böttcher und Andreas Kalk wurden dagegen am 6. Februar aus der Haft entlassen – in die DDR. Inzwischen liefen hinsichtlich der noch Inhaftierten bereits vertrauliche Verhandlungen zwischen Ost und West (so angeblich des Rechtsanwalts Vogel mit Staatssekretär Rehlinger) sowie von Staat und Kirche mit der anglikanischen Kirche.⁴⁴⁴

Die Umwelt-Bibliothek reagierte am 3.2.1989 in einer Erklärung mit Bedauern auf die Ausreise ihres Mitglieds Bert Schlegel, der während seiner Tätigkeit in der UB trotz seines Ausreiseantrags

„zu ahnen begann, dass auch in der DDR Engagement und aufrechter Gang möglich sind. ... Wir wünschen ihm, dass er seine Flucht irgendwann beenden kann und eine neue politische und geistige Heimat findet. Dem Ansehen der Umwelt-Bibliothek und des Friedens- und Umweltkreises der Zionsgemeinde hat Bert mit seiner Flucht auf jeden Fall geschadet. Wir haben den Anspruch, hier zu bleiben und in unserem Land gesellschaftliche und ökologische Voraussetzungen für eine menschlichere Art des Zusammenlebens zu schaffen. Scharf verurteilen wir die Flucht von Stephan Krawczyk und Freya Klier. Bei allem Verständnis für ihre persönliche Situation – sie hätten wissen müssen, dass sie als landesweit bekannte Künstler mit ihren Liedern und Stücken zum Symbol des Mutes zum Hierbleiben geworden sind, umso mehr, als sie in Haft waren. Tausende Menschen, die sich in den vergangenen Tagen mit zum Teil hohen persönlichen Opfern für ihre Freilassung eingesetzt haben, fühlen sich betrogen ... Der Friedens- und Umweltkreis der Zionskirchgemeinde hat beschlossen, in Zukunft keine Ausreisewilligen mehr in seine Reihen aufzunehmen.“⁴⁴⁵

442 Fußnote 3, Dokumentation der IFM, o. D., MDA, 7.2., Reg.-Nr. 8749. Dies war offenkundig der Versuch, die staatliche Verantwortung für das wortbrüchige Druckgeschehen in Richtung Ausreise gegenüber den noch Einsitzenden auf die bereits Ausgereisten abzuwälzen. Vogel reagierte darauf mit dem Eklat einer öffentlichen Mandatsniederlegung, wobei die Frage, wer ihm eigentlich ein Mandat erteilt hatte, unklar blieb. Unklar ist auch, ob Honecker, der sich angeblich seit dem 1.2.1988 mit dem Fall befasste, die Aussage Vogels vom 2.2. autorisiert hatte, auf Einreden von Mielke seine Zusage zurücknahm und Vogel anwies, sein Mandat niederzulegen (vgl. Aust 1998, S. 189f.) oder ob Vogel sich desavouiert sah und aus Protest sein Mandat niederlegte (vgl. Popp 1992, S. 15).

443 Aust 1998, S. 191f.

444 Fußnote 3, Dokumentation der IFM, o. D., MDA, 7.2., Reg.-Nr. 8749. Vgl. auch Popp 1992, S. 5. Das Angebot Paul Oestreichers (Direktor des Internationalen Arbeitszentrums der Kirche in Coventry), den Inhaftierten einen Gastaufenthalt zu ermöglichen, erreichte Stolpe zum Zeitpunkt der Rücknahme der Entlassungsankündigung in die DDR, Aust 1998, S. 189.

445 Erklärung der Umwelt-Bibliothek vom 3.2.1988, MDA, 7.2., Reg.Nr. 1136.

Inzwischen gingen die „Antragsteller“ in die Offensive: Sie belagerten die UB, versuchten am 2.2.1988, angefeuert durch die erfolgten Abschiebungen, die Solidaritätsandacht für die Inhaftierten in Friedrichsfelde aggressiv zur Propagierung von Aktionen zur Erzwingung ihrer Ausreise zu instrumentalisieren und waren unter den etwa 1 000 Besuchern einer geplanten Veranstaltung der UB zur Strafprozessordnung am 3.2.1988 eine erdrückende Mehrheit. Die Veranstaltung wurde kurzfristig abgesagt. Am 4.2.1988 waren die Mehrzahl der 2 500 Besucher Antragsteller, die ihr Anliegen lautstark zum Ausdruck brachten. Anschließend demonstrierten sie nach der Informationsandacht in der Gethsemanekirche vor einem angeblich finnischen Kamerateam mit einem Transparent für ihre Ausreise. Generalsuperintendent Krusche verfügte in der gleichen Andacht „in Verantwortung der Kirche für die Ausreiser“ und im Einverständnis mit Stolpe⁴⁴⁶ die Freigabe der Kontakttelefonnummer für Antragsteller. Die Verbreitung dieser Botschaft über die Westmedien führte zur (sicher beabsichtigten) „Liquidierung“ der Koordinations- und Informationsfunktion des Kontaktbüros für die Solidaritätskampagne, woran die Rücknahme dieser Verfügung durch Krusche am 8.2.1988 auch nichts mehr änderte.

Als Massen von Ausreiseantragstellern die Solidaritätsgottesdienste für die Inhaftierten des Januar zum Teil lautstark für die Verfolgung ihres Ausreiseinteresses missbrauchten, trennte sich die UB von der Staatsbürgerrechtsgruppe und versagte ihnen die weitere Nutzung ihre Räume. Der Widerspruch zwischen Gruppen, welche ihre oppositionelle Arbeit in den Dienst der Beseitigung gesellschaftlicher Ursachen auch für die Welle von Ausreisebegehren (also unter anderem ebenfalls für das Recht aller DDR-Bürger auf Reise- und Ausreisefreiheit) stellten, und jenen, welche in erster Linie ihre sofortige Ausreise durch entsprechende öffentliche Bekundungen im Aktionsraum der Opposition betrieben, wurde so offensichtlich wie nie zuvor. Obwohl so gut wie alle Gruppen in der DDR während ihrer Solidaritätsaktionen für die Verhafteten des Januar solche Erfahrungen gemacht zu haben scheinen, artikulierten besonders die Berliner UB, der Friedenskreis Friedrichsfelde, und die KvU öffentlich diesen Widerspruch.⁴⁴⁷ Gleichzeitig zog auch der Staat Nutzen aus der tendenziellen Lähmung der Aktionsbereitschaft des Gruppenspektrums infolge der Ausnutzung deren Solidarstrukturen für die inhaftierten Oppositionellen durch die Ausreisewilligen im Dienste eigener Interessen. Die „Zange“ von Ausreiseraktionismus und erpresster Abschiebung der Oppositionellen aus dem Gefängnis ins Wunschland der Antragsteller begann zu greifen.

Seit dem 3.2. sprach Schnur gegenüber den Inhaftierten nur noch von der Alternative Haft oder Ausreise. Am 4. Februar hatten Lotte und Wolfgang Templin daraufhin ebenfalls signalisiert, dass sie auf eine Visums-Lösung einzugehen bereit wären. Ralf Hirsch wählte unter dem Druck der hohen Strafandrohung den Ausreiseantrag. Am 5. Februar gingen auch Bärbel Bohley und Werner Fischer auf die Dauer-Visums-Lösung für ein halbes Jahr ein.

446 So Aust 1998, S. 193.

447 Neubert behauptet heute, diese drei Gruppen hätten damals fälschlich den Eindruck erweckt, mit ihren distanzierenden Einschätzungen für die gesamte Opposition gesprochen zu haben. Neubert 1997, S. 673. Tatsächlich war es so, dass gegen die betreffenden Veröffentlichungen dieser Gruppen in Berlin infolge der übereinstimmenden gemeinsamen Erfahrung aller Gruppen mit den Antragstellern kaum Widerspruch geltend gemacht wurde. Vgl. auch Abschnitt 4.25.5.

Alle fünf reisten am 5.2.1988 in die BRD aus. In der DDR-Presse bemühte man sich darum, hervorzuheben, dass die zuvor der „Steuerung“ durch Kräfte in der BRD bezichtigten „Landesverräter“ nun entsprechend eigenem Wunsch und übereinstimmend mit den gesetzlichen Bestimmungen „freiwillig“ in das Land ihrer Steuerung ausgereist seien.⁴⁴⁸

In Westdeutschland bezeichnete der SPD-Vorsitzende Hans-Jochen Vogel inzwischen die Abschiebungen als „menschliche Lösung“, bei der „alle Deutschen aufatmen können“. Egon Bahr meinte erfreut, die Kräfte der Vernunft und des Realismus bei den Regierenden in der DDR sich durchsetzen zu sehen. Angesichts dieser und gleichartiger Äußerungen auch aus anderen etablierten Parteien kommentierte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 3.2.1988 ungewöhnlich hellsehtig: „Genau ins Auge zu fassen ist ... die erstaunliche Koalition, die sich unter dem Druck der Ereignisse zusammenfand. Sie reichte von der Bundesregierung samt Opposition über die evangelische Kirche in der DDR bis zur Ostberliner Führung ... Alle wollen ‚Ruhe im Land‘.“⁴⁴⁹ Auf all das Bezug nehmend erklärte die Westberliner „Initiative Freiheit für Andersdenkende“:

„Was ist das für ein zynischer Realismus, wenn sich Sozialdemokraten zu solchen Äußerungen hergeben, als hätten sie die Geschichte ihrer eigenen Verfolgung – vom Sozialistengesetz über die Nazi-Diktatur bis zum Stalinismus – vergessen. Uns erfüllt tiefste Beklemmung, wenn diejenigen, die in dieser kritischen Situation solidarisch sein müssten mit den Opfern staatlicher Repressalien, sich vorrangig um das Wohl der ‚realistischen Kräfte‘ in der SED sorgen ... Wer verbündet sich hier mit wem? Wollen uns die Regierenden eine Lektion erteilen, wie im geteilten Deutschland die Fronten verlaufen? Auf der einen Seite ... Initiativen für mehr Demokratie, Umweltschutz, soziale Sicherheit und Abrüstung, auf der anderen Seite die ‚größte aller Koalitionen‘ der Regierenden in Ost und West?“⁴⁵⁰

Inzwischen war die Solidaritätskampagne zusammengebrochen. Während sich am 4.2. noch 2 500–3 000 Menschen in der Gethsemanekirche versammelten⁴⁵¹, hatte am 5. Februar der Koordinationskreis der Basisgruppen beschlossen, die Informationsandachten auszusetzen. Dies geschah wegen der dort immer zahlreicher zusammenströmenden Ausreiseantragsteller, durch deren Auftreten „unser Anliegen zunehmend verzerrt wurde“ und „aus deren Umfeld (es) zu Provokationen kam, die einen Missbrauch der Andachten darstellten“ sowie weil „vor diesem Hintergrund Berliner Gemeinden ihre Zusage zur Benutzung ihrer Kirchen zurückzogen“.⁴⁵² Die letzte Fürbittandacht in der Erlöserkirche nach Bekanntwerden der Ausreise der Familie Templin und Ralf Hirschs am 5.2. wurde von nur noch 600 Menschen besucht.⁴⁵³ Diese Andacht war bestimmt durch einen Informationsdienst für Antragsteller, die das Kontaktbüro für die avisierte seelsorgerliche Betreuung in Anspruch nehmen wollten. Anschließend kündigten einige Antragsteller vor laufenden ARD-Kameras „gezielte Aktionen“ zur Erzwingung ihrer Ausreise an. Zum gemeinsamen Entsetzen von Kirche und

448 ND vom 3.2.1988, S. 2 und ND vom 6./7.1988, S. 2.

449 Ernst-Otto Maetzke, Die größte Koalition, FAZ vom 3.2.1988.

450 Erklärung der „Initiative Freiheit für Andersdenkende“ vom 5.2.1988, MDA, 7.2., Reg.-Nr. 9694.

451 Fußnote 3, Dokumentation der IFM, o. D., MDA, 7.2., Reg.-Nr. 8749.

452 In der Dokumentation der IFM wird dies allerdings bestritten. Ebenda.

453 Ebenda.

Staatsorganen wurde die Generalsuperintendentur inzwischen von mehreren hundert Antragstellern belagert. Krusche sah sich gezwungen, sein Angebot am 8.2. zurückzunehmen.⁴⁵⁴ Die Koordinierungsgruppe resignierte: Das durch Krusches Ankündigung paralyisierte Kontaktbüro „stellt am ... 8. Februar 1988 seine Arbeit solange ein, bis es über einen neuen Arbeitsraum mit eigenem Fernsprechanschluss verfügt“. Die Entlassung von Till Böttcher und Andreas Kalk in die DDR wurde als Erfolg gewertet. „Für Vera Wollenberger erwarten wir und fordern wir eine gleiche Regelung“.⁴⁵⁵ Doch am 6. Februar wählte auch Vera Wollenberger das Spezialvisum für ein Jahr und reiste in der Nacht zum 9.2.1988 als letzte aus.

Allgemeine Enttäuschung über den Abgang fast aller Inhaftierten in den Westen machte sich breit. Neben der überwiegenden Beteiligung von Ausreisern an der Aktion zur LL-Demonstration, die damit ihr eigentliches Ziel der Übersiedlung in die BRD ohne Umschweife erreichten, trug die Tatsache, dass die Mehrheit der verhafteten Oppositionellen dem Druck der Staatsmacht erlagen, den gleichen Weg zu gehen, wesentlich dazu bei, dass die Friedens- und Menschenrechtsbewegung erfolgreicher als zuvor verdächtigt werden konnte, eine „Ausreißerbewegung“ geworden zu sein. Hanfried Müller konnte sich nun erfreuen, in den Weißenseer Blättern den „Witz“ zu kolportieren, die Zionskirche sei die größte Kirche der Welt: Man gehe in Berlin hinein und käme auf der anderen Seite in Gießen wieder heraus.⁴⁵⁶ Die Enttäuschung wog um so schwerer, als dass bei der größten Solidaritätskampagne für staatlich Verfolgte in der DDR viele Menschen erstmals politisch aktiv geworden waren, die sich bisher eher passiv verhalten hatten – und damit sind eben nicht allein Ausreisepostulant*innen bezeichnet. Weil offensichtlich wurde, dass wegen dieser enormen (auch internationalen) Solidaritätswelle seit dem 25.1. eine Durchführung von politischen Prozessen mit hohen Haftstrafen und deren Vollstreckung die innen- und außenpolitischen negativen Folgen für das Regime unerträglich steigern würden, blieb den Herrschenden nur noch die Lösung einer Abschiebung der Oppositionellen in den Westen ohne Prozess. Dies war aber gegen deren Willen nicht möglich. Folglich musste das Kriterium für den Erfolg der Kampagne die Entlassung der Oppositionellen in die DDR sein. Es ging um die Freiheit aller Inhaftierten – im Falle der Antragsteller schloss dies auch ein, sie entsprechend ihren Wünschen in den Westen ausreisen zu lassen. Doch die sich mit den inhaftierten Oppositionellen Solidarisierenden waren ihr Risiko von Protesten gegen die Repressionsmaßnahmen der Staatsmacht nicht eingegangen, um diese Inhaftierten auch den Weg in den Westen gehen zu sehen. Bis auf die Antragsteller mussten die Teilnehmer an den Solidaritätsaktionen die Ausreise der Inhaftierten, die nun tatsächlich mehrheitlich ohne Prozess das Land verließen, als Niederlage verarbeiten, so erfreulich auch jede Befreiung aus Haftsituationen sein mochte. Doch gerade letztes belegte die Kraft der Solidaritätsbewegung, welche die Sanktionsmöglichkeiten der Staatsmacht beschneidet. In dieser Situation vermochte die Staatsmacht aus der für sie verfahrenen Situation, in die sie wiederum durch eben diese Solidaritätsbewegung geraten war, das für sie Maximale herauszuholen: Sie

454 Aust 1998, S. 199f.

455 Öffentliche Information der Koordinierungsgruppe Berliner Basisgruppen und kirchlicher Mitarbeiter vom 6. Februar 1988, MDA, 7.2., Reg.-Nr. 1129.

456 Weißenseer Blätter 1/1988, S. 13.

entledigte sich ihrer Widersacher, die man bereits am 10. Dezember 1987 davon in Kenntnis gesetzt hatte, „dass keine Hindernisse bestehen, ihren ständigen Wohnort ab sofort bei denjenigen zu nehmen, die ihnen für ihre gesetzwidrigen Handlungen die entsprechende Inspiration, Anleitung und Unterstützung geben.“ (vgl. Abschnitt 4.24) nun nachdrücklicher durch die Aufforderung zur „freiwilligen“ Ausreise aus dem Gefängnis. Mit der erfolgreichen faktischen Abschiebung war sie immerhin vier von ihnen wegen deren Zustimmung zur ständigen Ausreise endgültig los, was seit langem angestrebt wurde. Bei den ausgereisten und in der Staatsbürgerschaft der DDR verbliebenen Oppositionellen liefen die Ermittlungsverfahren weiter.⁴⁵⁷ Damit entstand allerdings ein Dilemma, das Vera Wollenberger als „Pyrrhussieg“ der Staatsmacht⁴⁵⁸ bezeichnete: Man konnte den „Rechtgläubigen“, welche gerade presseöffentlich und parteiintern von schweren Straftaten der „Ketzler“ aus der Deliktgruppe landesverräterischer Beziehungen informiert worden waren, kaum plausibel machen, dass diese mit Billigung der DDR-Organen und entgegen der staatsanwaltlichen Verfolgungspflicht ausreisten bzw. mit von der Kirche vermittelten Studienaufenthalten in England und der BRD ausgestattet wurden. Doch dass dies überhaupt die einzige für den Staat noch mögliche politisch erträgliche Handlungsoption geworden war, weil er es anders als bei den „Störern“ der LL-Demo vom 17.1. im Falle der am 25.1. verhafteten Oppositionellen nicht auf einen Prozess ankommen lassen wollte, ging allein auf die breite landesweite und internationale Protestwelle zurück. Reinhard Schult kommentiert heute rückblickend die damalige Lage dergestalt, dass bei durchgekämpfter Entlassung aller verhafteten Oppositionellen in die DDR sowohl die Opposition als auch die DDR nicht mehr die gleiche gewesen wäre: Statt drei Monate in Depression zu verharren, hätte die Opposition weiter an politischem Gewicht gewinnen und einen wiederum vergrößerten Handlungsspielraum erkämpfen können.⁴⁵⁹

Nachdem die Angelegenheit trotz aller Ungereimtheiten für die Herrschenden mit dem erzwungenen Einverständnis der Inhaftierten zur Ausreise noch glimpflich ausgegangen war, konnten Erstere sich auf die Fortsetzung der Kampagne einer angeblich geheimdienstlichen Steuerung Letzterer konzentrieren.⁴⁶⁰ Den in der DDR öffentlich Stellung beziehenden Oppositionellen wurde nun nachdrücklich gedroht: Beispielsweise wurde Lutz Rathenow vom MfS wegen mehrfachen Verstößen gegen §§ 219 und 220 (ungesetzliche Verbindungsaufnahme und Herabwürdigung) versprochen, ihn deshalb im Fortsetzungsfalle juristisch zu belangen.⁴⁶¹ Trotzdem ließen sich auch einige wenige andere Künstler, die wie der öffent-

457 So Erich Mielke in einer VVS-Information an die Leiter der Dienstseinheiten bereits am 8.2.1988: „Ausschließlich zu ihrer persönlichen Information bestimmt ist, dass die Ermittlungsverfahren gegen die in der Staatsbürgerschaft der DDR verbliebenen Personen fortgesetzt werden. Strafrechtlich relevante Handlungen dieser Personen während ihres Aufenthaltes außerhalb der DDR werden in die Verfahren einbezogen.“ Schreiben Erich Mielkes vom 8.2.1988 an die Leiter der Dienstseinheiten, MfS, Arbeitsbereich Neiber, Arch.-Nr. 365. Natürlich sollte dies zur Vorbereitung der Legitimation einer angestrebten Dauerauspeerrung der Betroffenen dienen.

458 Wollenberger 1992, S. 128.

459 Interview des Autors mit Reinhard Schult vom 12.1.2004.

460 Dies geschah beispielsweise am 17.2.1988 im ND: „Wer steuerte die sogenannte DDR-Opposition?“ ND 17.2.1988, S. 2.

461 Briefentwurf Lutz Rathenows vom 4.3.1988 zur Absage einer Lesung in Halle, Privatarchiv des Autors.

lich gegen die staatlichen Repressionsmaßnahmen Stellung beziehende Uwe Kolbe anders als Rathenow bisher wenig Kontakte zur Opposition unterhielten, nicht davon abschrecken, Solidarität zu demonstrieren – so der Jazzposaunist Conny Bauer für Bärbel Bohley und Werner Fischer in einem am 24. Mai in der Zionskirche veranstalteten Konzert. Der Solidaritätsfond, auf den während der Kampagne im Januar/Februar über 35 000 M geflossen waren, wurde von einer Gruppe „Konkrete Solidarität“ weiterverwaltet, der sich bezüglich der künftigen Verwendung solcher Gelder gegenüber den Regionaltreffen von „Friede konkret“ in Rechenschaftspflicht sah.⁴⁶²

4.25.3 Folgeschäden und Schlussfolgerungen

Die Staatssicherheit als Akteur und logistische Instanz der Offensive des Januar 1988 konnte sich nach nominellem Abschluss der Angelegenheit im Februar kurzzeitig in die Rolle des Beobachters hinsichtlich des operativen Ertrags der Aktion „Störenfried“ begeben: Oberst Häbler, Leiter der Abteilung XX in Berlin, konstatierte Mitte Februar befriedigt, „dass augenblicklich in der Mehrzahl der operativ bekannten Gruppen Konzeptionslosigkeit ... vorherrscht.“ Die Aktion habe in den Gruppen unmittelbar nach den letzten Abschiebungen und der Absetzung der Fürbittandachten für eine „desolate Situation“ gesorgt. Einschränkend merkte er jedoch an, „dass es bereits erste Ansätze für eine Neuformierung und -orientierung gibt.“ Zu den mittelfristig zählbaren Erfolgen des Unternehmens gehörten die Lähmung der IFM, welche neben der Enttäuschung über die Ausreise ihrer Mitglieder auch die über das Agieren der Kirchenleitung zu verarbeiten habe, und die Auflösungserscheinungen in der Koordinierungsgruppe, in welcher sich zuvor besonders die inzwischen gleichfalls stagnierende Gruppe „Gegenstimmen“ personell engagiert habe. Die verfasste Kirche, insbesondere die KL der EKBB, betrachte sich dagegen in ihrer Rolle als Mittler und Verhandlungspartner mit dem Staat als aufgewertet und erhoffe daher bessere Ausgangsbedingungen für sich in künftigen Aushandlungsprozessen mit diesem Partner. Eine Ausnahme stelle in der Perspektive der Berliner Staatssicherheit auch der „Samariterkreis“ dar, welcher sich als Kreis unter dem Einfluss von Eppelmann während der Aktionen „Falle“ und „Störenfried“ distanziert und abwartend verhalten habe, an den Solidaritätsaktionen des Januar 1988 nur in Gestalt der Beteiligung einiger ihre Mitglieder partizipierte und seine geplanten Veranstaltungen weiter durchgeführt habe. Die dagegen stark engagierte und zum Teil Führungsfunktionen ausübende KvU sah sich im Verlauf der Ereignisse gestärkt und gehörte wie die UB und die Gruppe „Gegenstimmen“ sowie die IFM zu den Befürwortern einer starken Distanz zu den Übersiedlungsersuchenden. Die UB betrachtete sich infolge der Ereignisse und ihrer Resultate als Verlierer, weil man ebenso wie die IFM in ein „falsches Licht“ geraten sei, woran nicht nur die Staatsbürgerrechtsgruppe, sondern auch die IFM selbst Mitverantwortung trüge. Hinzu kämen starke Differenzen unter den Führungskräften, die mit Carlo Jordans Versuchen der fortgesetzten Etablierung eines ökologischen Netzwerks zusammenhingen, was sehr aussichtsreich erscheine (vgl. dazu Abschnitt 4.26). Das

462 Information der Abteilung XX/4 der BV Berlin vom 25.10.1988 zum (internen) Vorstellungspodium der Gruppe „Konkrete Solidarität“ im Gemeindesaal der Zionsgemeinde, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 10, S. 63.

MfS registrierte ebenfalls den nachlassenden Einfluss von „feindlichen Kräften aus dem Operationsgebiet“ – einmal wegen der zunehmenden Vorsicht bei Verbindungsaufnahmen und zum anderen infolge von Auseinandersetzungen von Roland Jahn namentlich mit der IFM über dessen „Öffentlichkeitsarbeit“ im Westen.⁴⁶³ Das MfS erhielt auch Kenntnis von einer Abmachung zwischen der IFM und der Gruppe „Gegenstimmen“: Am 2. Februar 1988 wurde im engeren Kreis von Mitgliedern beider Gruppierungen vereinbart, sich hinsichtlich geplanter Aktionen künftig gegenseitig abzusprechen oder zumindest darüber zu informieren. Dabei hätten Absprachen nur zwischen Einzelpersonen beider Gruppen keineswegs verbindlichen Charakter. Der Streit zwischen beiden Gruppen sei weiterzuführen, kultiviert auszutragen und nicht nach außen hin zu skandalisieren. In Krisenfällen sei zukünftig grundsätzlich eine Koordinierung durch Vertreter aller Gruppen der Hauptstadt anzustreben.⁴⁶⁴ Ansonsten konstatierte das MfS hinsichtlich der IFM, dass „wegen der Befürchtung staatlicher Maßnahmen ... die illegale Zeitschrift ‚Grenzfall‘ nicht mehr hergestellt werden (soll). Übersiedlungersuchende wurden aus dem aktiven Kern der ‚Initiative‘ ausgeschlossen, sollen jedoch in zu bildenden Arbeitsgruppen mitarbeiten können. Von acht angestrebten Arbeitsgruppen ist zur Zeit nur die ‚Rechtsgruppe‘ (Leiter: Böttger, Martin) arbeitsfähig. ... Als eines der wichtigsten Anliegen der ‚Initiative‘ wird angesehen, die Wiedereinreise ehemaliger Mitglieder, die mit DDR-Pass ausgereist sind, mit westlicher Hilfe zu erpressen.“⁴⁶⁵

4.25.4 Innerkirchliche Polarisierung und Entfremdung zwischen Kirche und Gruppen

Der Nachhall der Ereignisse in Form von Versuchen der Aufarbeitung der Geschehnisse kam verzögert, war aber dafür umso heftiger. In einer öffentlichen Erklärung der KvU vom

463 Häbler, Einschätzung vom 16.2.1988 der derzeitigen Reaktionen in den operativ bedeutsamen Gruppierungen des politischen Untergrunds der Hauptstadt. Abteilung XX der BV Berlin, zitiert nach Rüdtenklau 1992, S. 239ff. Siehe auch: Sicherungssachstand zu den einzelnen Gruppierungen der politischen Untergrundtätigkeit, o. D., o. V; vermutlich April 1988, verfasst offenbar in Vorbereitung auf den 1. Mai 1988, MfS, HA IX, ZA, Arch.-Nr. 8947, S. 123f. Neuberts Mutmaßung von 1997, die Hetzkampagne in der DDR-Presse (namentlich im ND) zum Jahreswechsel 1987/88, welche Jahn zu einem vom US-Geheimdienst gesteuerten Agenten stilisieren sollte, hätte Wirkung gezeigt, woraufhin „einige Berliner von ihrem uneigennütigen Unterstützer Abstand“ genommen hätten (Neubert 1997, S. 717), wiederholte eine Mitteilung von Rüdtenklau aus dem Jahre 1994: Das MfS „streute ... wenigstens in Oppositionskreisen erfolgreich das Gerücht, Roland Jahn arbeite für den CIA. ... In diesem Zusammenhang gab beispielsweise die Umwelt-Bibliothek Berlin die Kontakte zu Jahn auf und organisierte eine eigene Unterstützerguppe im Westen.“ Wolfgang Rüdtenklau, Die westdeutsche Linke und die DDR-Opposition, telegraph 4/1994. Jedoch gingen die Meinungsverschiedenheiten mit Jahn wohl auf durchaus ernst zu nehmende Differenzen in der Einschätzung der Rolle der Ausreiseartragsteller zurück. Siehe auch Rüdtenklau 1992, S. 172f.

464 Operativ-Information vom 11. Februar über Absprachen zwischen Vertretern der IFM und der Gruppe „Gegenstimmen“ zur zukünftigen Gestaltung des gegenseitigen Umgangs, Abteilung XX/4, IMB „Max“, Reg.-Nr. XV/1315/79, Band 4, S. 177.

465 Sicherungssachstand zu den einzelnen Gruppierungen der politischen Untergrundtätigkeit, o. D., o. V; vermutlich April 1988, verfasst offenbar in Vorbereitung auf den 1. Mai 1988, MfS-HA IX ZA A.-Nr. 8947, S. 123f.

20.3.1988 erfolgte eine eindeutige Schuldzuweisung für die Eskalation der Entwicklung an die Adresse der Staatsorgane. Die Vermengung des Auftretens der Ausreiseartragsteller und des Engagements der emanzipatorischen Kräfte aus der Friedens- und Menschenrechtsbewegung durch die Staatsorgane wäre vorsätzlich und geplant geschehen und sollte „dazu dienen, uns zu diffamieren“. Hinsichtlich der Verhaftungen vom 25.1. hieß es: „Mit großer Wahrscheinlichkeit haben die Staatsorgane diese Inhaftierungen von vornherein mit der Absicht vorgenommen, unsere Freunde zur angeblich freiwilligen Ausreise zu zwingen.“ Zur Rolle der Kirchenleitung und der Rechtsanwälte erklärte die KvU, diese „stehen unter dem Verdacht die ‚Konfliktlösung‘ durch Abschiebung wenn schon nicht grundsätzlich, so doch faktisch als sogenannte humanitäre Hilfe unterstützt zu haben. Dieser Verdacht wird dadurch bestärkt, dass Vertreter der Kirchenleitung Verhandlungen und Gespräche führten, über deren Inhalt und Absichten sie weder die Öffentlichkeit, noch uns informierten ... Wer diese ‚Konfliktlösung‘ unterstützt, macht sein Eintreten für die, die verantwortlich in dieser Gesellschaft leben wollen, unglaublich.“ Hinsichtlich der intensivierten Beratungstätigkeit der Kirche für Antragsteller protestierte die KvU dagegen, „dass ... Ausreisewilligen in der Kirche ein Dach angeboten wird, wir hingegen verdächtigt werden, unter dem Dach der Kirche Zuflucht zu suchen. So werden den Staatsorganen willkommene Argumente geliefert.“ Schließlich versicherte die KvU mit einer dem Staat geradezu drohend anmutenden Entschlossenheit, im Lande bleiben und für Veränderungen eintreten zu wollen.⁴⁶⁶ Bereits in einem Entwurf für eine Erklärung der Koordinierungsgruppe vom 11.2.1988 war von kirchlichen Geheimverhandlungen sowie von einer im Verlauf der Ereignisse sich immer mehr verstärkenden Zensurfunktion der Kirchenleitung die Rede, welche diese unter Hinweis auf ihre rechtliche Verantwortung für den Informationsanteil der Fürbittandachten bis zum Veto steigerte.⁴⁶⁷ So seien die konkreten Auffassungen und Zielstellungen der Gruppen nicht mehr zum Ausdruck gekommen. Hinzu kam, dass sich „im Verlauf der ... Entwicklung ... erkennbar die Position konservativer Kräfte ... speziell auf den Ebenen zwischen Gemeinden und Kirchenleitung durch(setzen). Diese Kräfte sind zur Solidarität mit den inhaltlichen Zielstellungen der Gruppen nicht in der Lage und empfinden deren Einfluss ... als störend.“ Aus diesen und den in der Erklärung der Koordinierungsgruppe vom 6. Februar erwähnten Gründen (vgl. oben) wurden damals die Fürbittandachten eingestellt, womit die Koordinierungsgruppe ihre Funktion verloren hatte.⁴⁶⁸ In einem Gespräch der KL mit der Koordinie-

466 Öffentliche Erklärung der DDR-weiten Vollversammlung der KvU vom 20.2.1988, MDA, 6.1.3.3.2.1.1., Reg.-Nr. 1779.

467 Gerade hinsichtlich der Wahrnehmung dieser juristischen Verantwortung der KL in Gestalt von Rechtsanwalt Schnur ist dessen Einflussnahme (also des diesen IM führenden MfS) auf die Verlautbarungen der Koordinierungsgruppe bei den abendlichen Fürbitten von besonderem Gewicht.

468 Erklärung zur Beendigung von Aktionen im Zusammenhang mit Verhaftungen unserer Freunde am 17. und 25. Januar 1988, MDA, 7.2., Reg.-Nr. 1094. Dieser Text ging vermutlich in Entwurfsform an die beteiligten Gruppen zurück, um dort verabschiedet zu werden. An der Arbeit der Koordinierungsgruppe, die anfangs täglich zusammentrat, nahmen zeitweilig bis zu 30 zum Teil wechselnde Personen nach einem Delegationsprinzip der Gruppen teil, um den Einfluss der Antragsteller zu begrenzen. Mit der Beendigung der Aktionen für Inhaftierte setzen sich immer mehr Tendenzen der Selbstauflösung durch, die nur deshalb nicht völlig zum Tragen kamen, weil die Mitarbeiterin des Stadtjugendpfarramtes von Berlin, Marianne Birthler, bestrebt war, dieses Gremium als Koordinierungsinstrument in Berlin zu erhalten. Das MfS registrierte als Hauptinitiatoren Ulrich Bandt, Reinhard Weißhuhn, Reinhard Schult, Martin Schramm, Marion Seelig und Marianne Birthler sowie als aktive Mitglieder Bodo Wolf, Uwe

rungsgruppe am 11.2.1988, welches in Form einer öffentlichen Informationsveranstaltung am 25.2. in der Kirche in Berlin-Friedrichsfelde wiederholt wurde, versicherte Stolpe, dass die Kirche gegenüber dem Staat auf die Freilassung der Inhaftierten gedrängt und erst bei absehbarer Aussichtslosigkeit von deren Entlassung in die DDR die Möglichkeit eines befristeten BRD-Aufenthalts über die EKD, welche dies anbot, sondiert habe. Klier und Krawczyk hätten dies „zugunsten der Ausbürgerung“ abgelehnt. Anders als die Gruppen, welche die Entlassung der Inhaftierten in die DDR zum Ziel hatten, sei das Ziel der KL deren schnellstmögliche Entlassung gewesen. Stolpe räumte ein, im Nachhinein nicht mehr sicher zu sein, dass schon zu diesem Zeitpunkt solcherart Vermittlungsbemühungen im Interesse der Inhaftierten gewesen seien.⁴⁶⁹ Auf die eindringliche Frage an den Rechtsanwalt Schmur, warum Mitteilungen an seine Mandanten über die große Solidaritätsbewegung im In- und Ausland unterblieben (nach Angaben der Inhaftierten ein wesentlicher Faktor für ihr schnelles Eingehen auf die Abschiebung), konnte der IM „Torsten“, auftragsgemäß für die Verwirklichung eben dieser schnellen Abschiebung tätig, natürlich keine befriedigende Antwort geben.

Am 6.3.1988 antwortete Bischof Werner Leich in einem ARD-Interview auf die Frage, ob „die Evangelische Kirche in der DDR in den vergangenen Wochen fast eine staatstragende Funktion bekommen“ habe: „Das ist ein sehr weitgehender Begriff: staatstragend. Aber auf jeden Fall hat die Haltung der Kirche nach meiner Überzeugung zur Stabilisierung eines gewünschten inneren Friedens in der Gesellschaft beigetragen, der bedroht gewesen ist und der sicherlich auch noch bedroht ist.“⁴⁷⁰ Dies war der Tag, an dem die Staatsorgane massiv gegen eine befürchtete Kundgebung Ausreisewilliger anlässlich eines Gottesdienstes in der Sophienkirche vorging (vgl. Abschnitt 4.28). Zwei Tage später sollte sich Stolpe bei Stadtrat Hoffmann für die massiven Proteste von Pfarrer Passauer gegen den Polizeieinsatz rechtfertigen. Das staatliche Protokoll dieser Begegnung vermerkte, dass Stolpe ein hartes staatliches Reagieren für richtig und gerechtfertigt hielt: Nach der Ausreiser-Kundgebung in Dresden (vgl. Abschnitt 4.27) „musste allen gezeigt werden, dass Erpressungen nicht möglich sind ... Es bleibt die Feststellung, dass die Sophienkirche ein mögliches Nest für Störungen war – und Sie, Herr Stadtrat, sind nun mal für Ordnung und Sicherheit in dieser Stadt verantwortlich.“ Stolpe erklärte gegenüber Hoffmann, es ginge nun darum, „abzuwiegeln“ und dazu den „Schulterschluss“ zwischen Staat und Kirche herzustellen, weshalb er in ständigem Kontakt zum Stellvertreter des Oberbürgermeisters für Inneres bleiben wolle, was ihm zugesagt wurde. Auf Hoffmanns besorgte Frage, was die KL gegen die „antisozialistische“ KvU und ihre Versuche, sich institutionell in der verfassten Kirche zu etablieren, zu tun gedenke, antwortete Stolpe, wenn der KvU letzteres gelänge, „stehe das Problem, wie man sie kontrollieren könne“.⁴⁷¹

Kulich, Wolfgang Rüdendklaus, Ulrich Stockmann, Dietmar Wolf sowie drei IM. Sicherungssachstand zu den einzelnen Gruppierungen der politischen Untergrundtätigkeit, o. D., o. V; vermutlich April 1988, verfasst offenbar in Vorbereitung auf den 1. Mai 1988, MfS, HA IX, ZA, Arch.-Nr. 8947, S. 123f.

469 Fußnote 3, Dokumentation der IFM, o. D., MDA, 7.2., Reg.-Nr. 8749.

470 ADN-Information, DO 4/1206.

471 Information über ein Gespräch des Stellvertreters des Oberbürgermeisters für Inneres, Genossen Günter Hoffmann mit Konsistorialpräsident Stolpe am 8. März 1988, SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/19.

Angeichts solcher Tendenzen, welche die Gruppen mehr erahnten, als sie dies zu verifizieren vermochten, war ihr Misstrauen mehr als berechtigt. Doch die seitens der Gruppen in die Kritik geratene Kirchenleitung der EKBB und namentlich Bischof Forck als nominell Hauptverantwortlicher sah sich noch von ganz anderer Seite massiver Kritik ausgesetzt: In einem von über 50 Theologen, Pfarrern, Kirchenältesten und anderen Gliedern der EKBB unterzeichneten offenen Brief wurde ihm vorgeworfen, er habe sich ausweislich der Erklärung der KL vom 30.1.1988 besonders für jene Inhaftierten einsetzen wollen, „die auf Grund von Gewissensentscheidungen handelten und offen ihre Meinung äußerten“. Dies sei, so die Unterzeichner anklagend, eine „Demonstration“ der Kirche zugunsten von Personen, denen die starke Medienmacht des Westens zur Seite stünde, und kein „Akt der Barmherzigkeit“. Solcherart politische Einseitigkeit stünde der Kirche nicht zu. Durch Forcks Predigt am 30.1. in der Gethsemanekirche habe der Gottesdienst den Charakter einer politischen Massenversammlung angenommen. „Gibt es ihnen nicht zu denken, dass die Gemeinde zu einem Publikum wurde, das alle Teile des Gottesdienstes einschließlich Predigt und Fürbitte wie politische Agitation wertete und entsprechend applaudierte?“ Die Unterzeichner forderten zur „Buße“ auf, weil, die Kirche ungeachtet ihrer Distanzierung von den „Aktivitäten am Rande der Demonstration zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg“ die Träger der Umweltbibliothek und ihre „Umweltblätter“ gedeckt hätten. „Die Gefahr, dass ausgerechnet vom Boden der Berlin-Brandenburgischen Kirche ein neuer kalter Krieg ausgehen könnte, beunruhigt uns auf das tiefste.“⁴⁷²

Überhaupt lief Hanfried Müller, neben Cyrill Pech einer der Mitunterzeichner, in den „Weißenseer Blättern“ zur Höchstform auf:

*„Aus Gottesdiensten wurden antistaatliche Kundgebungen. Treue Gemeindeglieder berichteten erschüttert, zum ersten Mal in ihrem Leben hätten sie in der Kirche Angst gehabt ... Täten wir das Unsere, den Justizorganen unseres Staates die ausländischen Erpresser vom Hals zu schaffen, indem wir ... sagten, dass es keine Menschenrechte verletzt, wenn unser Staat wie jeder Staat souverän seine Gesetze anwendet – dann könnten wir wohl auch auf offene Ohren hoffen, wenn wir hier und da bäten, Gnade vor Recht ergehen zu lassen.“*⁴⁷³

Die Bilanz des politischen Wirkens der „Contra-Grüppchen“, welche sich der Infrastruktur und der Freiräume der Kirche bedienten, bilanzierte Müller ahnungsvoll auf folgende Weise:

„Wenn Antisozialisten sich als Freunde eines anderen Sozialismus ausgeben und sich zu Sprechern und Führern auf den Weg zu ... ‚Reformen‘ machen die sie als ‚Perestroika‘ empfehlen, dann könnte ... es ja klappen, den Sozialismus in eine Zwickmühle zu bringen. Dann könnten sich die einen aus der keineswegs unbegründeten Sorge, so könne der Arbeiter- und Bauernstaat destabilisiert werden, verhärten und Front machen gegen jede Veränderung, auch die fortschrittliche. Und dann könnten andere, verzweifelt über solche Verhärtung und Erstarrung, den Etikettenschwindel

472 Offener Brief an Bischof Dr. Gottfried Forck, o. D., Weißenseer Blätter 1/1988, S. 2f.

473 Hanfried Müller, Zwischenbilanz zum Fall „Grenzfall“ und anderen Fällen, Weißenseer Blätter 1/1988, S. 14.

*vergessen und sich auf eine ... vermeintliche ... ‚Perestroika‘ einlassen, die zur Rutschbahn in die Konterrevolution werden könnte.*⁴⁷⁴

Mit Blick auf die BRD, die Parteinahme der SPD für die „Provokateure“ und mit besonderem Augenmerk auf das (oben beschriebene) Dilemma der DDR-Staatmacht gelangen Müller folgende bemerkenswerte Umschreibungen:

*„Was soll die DDR tun? Partner der Koalition der Vernunft verprellen? ... Wie schwer wirkt der Verzicht auf die Durchsetzung von Gesetzen? ... Wie schwer wirkt der Prestigeverlust von Strafverfolgungs- und Justizorganen, deren Pflichterfüllung aus Gründen der Staatsräson suspendiert wird? Vor allem aber, wie schwer wiegt die Belastung des Rechtsbewusstseins breiter Massen, die es für selbstverständlich halten, dass Provokateure – sei es juristisch oder politisch – zur Verantwortung gezogen werden?“*⁴⁷⁵

Die Kirche, erpresst von Ausreisewilligen und Opposition, habe seinerseits wiederum den Staat erpresst mit der Andeutung, ihre Beihilfe zur Stabilität der Koalition der Vernunft hätte den Preis, dass der Staat die Suspendierung seiner eigenen Gesetze vornimmt.⁴⁷⁶

4.25.5 Die Spannungen zwischen den Gruppen und den Antragstellern

Besonders drastisch brachte Wolfgang Rüdtenklau in seinem Kommentar „Die Schlaraffenland-Bewegung“ vom Februar 1988 die Erbitterung von Basisgruppenaktivisten angesichts der Erfahrungen in den Krisenwochen des Januar und Februar mit den Ausreiseantragstellern zum Ausdruck: Die Entbehrungen der Bevölkerung in der DDR hinsichtlich des erreichten Lebensstandards und des Umfangs der Einschränkungen von Menschenrechten im Vergleich etwa mit den bekannten Hinterhofdiktaturen der USA würden eher den Impuls für eine Umgestaltung des Landes hin zu erträglicheren Verhältnissen als zum Verlassen des Landes verständlich erscheinen lassen. Doch wegen der dabei entstehenden Unannehmlichkeiten sei es offenbar für die meisten naheliegender, den Traum vom „Schlaraffenland Bundesrepublik“ zu träumen. In Verfolgung dieses Ziels allerdings hätten einige der Antragsteller ihren Mut wiederentdeckt: Nicht für die Handvoll selbstverwalteter Projekte in der DDR, von den einen beargwöhnt oder sogar gehasst, von den anderen überschätzt und überlastet, sondern für den Umzug von Deutschland nach Deutschland ins Land der „Wienerwald-Hähnchen und einer feenhaften Freiheit“. Da würden plötzlich Karriere, Besitz und manchmal Familienangehörige beiseite gestellt und sogar Gefängnisstrafen riskiert.

„Landesweit haben sich – mit wenigen Ausnahmen – die Basisgruppen entschieden, nur in Einzelfällen Solidarität mit Ausreisewilligen zu üben. Das geschah nach bitteren Erfahrungen mit der Solidarisierungsunfähigkeit und Egozentrik dieser Leute. Überall wurden unsere Gruppen nur benutzt, um das begrenzte Ziel der Ausreise zu

474 Ebenda, S. 17.

475 Ebenda, S. 18.

476 Ebenda, S. 20f.

*erreichen. Falls es ins Konzept passte, verrieten uns die Ausreisewilligen mit Begeisterung an die Behörden. Im Westen angekommen, gaben sie sich vor der Presse als Menschenrechtler oder Mitglieder von Friedens- und Umweltgruppen aus ...*⁴⁷⁷

Springpunkt des Unmuts war vor allen das Auftreten der Antragsteller in den Fürbittandachten. Jedoch konnte keine Rede davon sein, dass aus diesen Problemen heraus ein Konsens zwischen den Gruppen zum künftigen Umgang mit ihnen erwuchs. Am 26.3.1988 äußerte sich die KvU nochmals zur „Ausreiserproblematik“. Hier differenzierte sie ihre scharfe Distanzierung von den Antragstellern vom 20.3., welche noch unter dem Eindruck deren damaligen Auftretens entstanden war⁴⁷⁸, verurteilte deren Kriminalisierung durch die Staatsorgane und befürwortete den Dialog mit ihnen. Sie erwartete nun nur noch von den Antragstellern, „dass sie die inhaltliche Arbeit von Gruppen, denen es um gesellschaftliche Veränderungen in der DDR geht, nicht gefährden und zerstören, sondern respektieren.“⁴⁷⁹

Die IFM verwies auf

*„die für die staatliche Propaganda ebenso wie für den größten Teil der Westmedien willkommene Möglichkeit, durch die von außen schwer durchschaubare Kombination von Antragstellern und politisch Engagierten diese als sozusagen snobistische Variante von Ausreisewilligen zu denunzieren. Dass die Gefahren sowohl der politischen Zusammenarbeit mit den Ausreisewilligen wie auch deren Ausnutzbarkeit durch die Propaganda nicht rechtzeitig erkannt wurden, ist einer der entscheidenden Gründe für das Desaster im Januar und Februar und ein Vorwurf, der Lotte und Wolfgang Templin nicht erspart werden kann.“*⁴⁸⁰

Nur eine Minderheit der massenhaft auftretenden Ausreiseantragsteller war selbstorganisiert in solchen Formen, wie etwa die Staatsbürgerschaftsrechtsgruppe (vgl. Abschnitt 4.24). Vielmehr war der Arbeits- und Veranstaltungsort oppositioneller Gruppen (auch zum Beispiel der Staatsbürgerschaftsrechtsgruppe!) ein „Magnet“ für die Wahl des Ortes gemeinsamen demonstrativen öffentlichen Auftretens ansonsten unorganisierter Antragsteller für ihr Ausreisebegehren. Vielfach wurde dieses Begehren an diesen Orten ohne Rücksicht oder Achtung des Anliegens der oppositionellen Gruppen vorgetragen und konterkarierte oftmals sowohl ihre Arbeit als auch ihr Anliegen. Die Distanz der Berliner Gruppen zu den Antragstellern baute sich eher wegen dieses Agierens während der Solidaritätskampagne und nicht wegen ihres (von den Gruppenmitgliedern zwar nicht geteilten, jedoch akzeptierten) Ausreisebegehrens auf. Im operativen Zielkatalog der Sicherheitsorgane konkurrierten zwei zielführende operative Interessenlagen miteinander: Zum einen die (erwünschten) destruktiven Folgen von Ausreiseraktivitäten für die Gruppenarbeit und für deren Legitimation, zum anderen die (gefürchtete) Kooperation vor allem organisierter Antragsteller und oppositioneller Gruppen. „Es ist vor allem nicht zuzulassen, dass sich feindlich-negative Übersiedlungersuchende als oppositionelle Personengruppen öffentlich präsentieren, durch gemein-

477 Die Schlaraffenland-Bewegung, Umweltblätter 12. Februar, S. 7ff.

478 „Wir distanzieren uns von denen, die mit diesem Land längst gebrochen haben und egoistisch nur ihre eigene Ausreise betreiben. Hingegen erklären wir uns ... solidarisch mit denen, die in dieser Gesellschaft Verantwortung wahrnehmen ... wollen.“ Öffentliche Erklärung der DDR-weiten Vollversammlung der KvU vom 20.2.1988, MDA, 6.1.3.3.2.1.1., Reg.-Nr. 1779.

479 Öffentliche Erklärung der DDR-weiten Vollversammlung der KvU vom 26.3.1988, MDA, 6.1.3.3.2.1.1., Reg.-Nr. 1901.

480 Fußnote 3, Dokumentation der IFM, o. D., MDA, 7.2., Reg.-Nr. 8749.

same ... Demonstrativhandlungen eine gegen die Politik der Partei gerichtete Plattform schaffen und sich mit anderen feindlich-negativen Kräften vereinigen. ... Die politisch-operative Lage erfordert, mit Konsequenz vorzugehen, die verschiedenartigen Erscheinungen ... mit politisch-operativen und polizeilichen Mitteln ... mit einem hohen Vorbeugungseffekt zu bekämpfen.“⁴⁸¹ Die hinter diesem Widerspruch steckende Problemlage war aber nicht nur für die Sicherheitsorgane ein Dauerthema, sondern auch innerhalb des Gruppenspektrums Auslöser anhaltender Diskussionen. Für den späteren retrospektiven Blick angestrenzter Zeithistoriker und die geschichtspolitischen Ambitionen zeitgenössischer Politiker sollte die damalige Spannungslage im Verhältnis von Antragstellern und Opposition der Springpunkt höchst kontroverser Urteile über beide werden (vgl. Abschnitt 5.4).

4.25.6 Konflikte im Gruppenspektrum: Die Frage der Verantwortung

Inzwischen meldete sich Freya Klier aus Westberlin brieflich bei ihren Freunden im Osten, um angesichts deren Betroffenheit über den „schnellen Abgang“ beider Künstler Auskunft zu geben: Der Verlust ihres während zweier Hausdurchsuchungen vollständig beschlagnahmten Manuskripts (das zu verstecken sie abgelehnt habe, weil sie das „Spiel von ‚Staatsfeindelei‘“ nicht mitzuspielen bereit gewesen sei) habe sie sehr belastet, zum Vorwurf der landesverräterischen Agententätigkeit geführt und „in mir das panische Bedürfnis ausgelöst, das Buch (bevor ich es vergesse) sofort von vorn zu beginnen“. Über die große Solidaritätskampagne wurde sie von Schnur in Unkenntnis gehalten. Sie habe auch nicht mit nennenswerten Protesten gegen die Verhaftungen gerechnet und sich gegenüber den anderen mit ihr Inhaftierten schuldig gefühlt. Zudem habe sie auf deren Freilassung nach ihrem Abgang gehofft. Von alledem ausgehend, angesichts des von ihr erwarteten Strafmaßes und wegen ihrer Tochter habe sie beschlossen, auszureisen. Ihre diesbezügliche Mitteilung an Stephan Krawczyk, der entschlossen war, mindestens ein Jahr abzusitzen, habe dieser erhalten, sie jedoch nicht seine Antwort. Stephan Krawczyks Einwilligung zur Ausreise erfolgte in der Annahme, sie bliebe bei ihrer Entscheidung trotz seines Vorhabens. „Die Entscheidung war auf jeden Fall keine gemeinsame“. Zu ihrer Überraschung erfolgte die Abschiebung unverzüglich, wogegen sie noch mit einem Prozess vor ihrem Abgang gerechnet habe. Das frühe Angebot der Kirchenleitung, sich für ein 2-Jahres-Visum einzusetzen, habe sie abgelehnt: „Ich kann nicht (weder als Künstler, noch als Autor) zwei Jahre in eine anderen Welt leben und dann noch über die DDR reden ... außerdem gibt das eine Abhängigkeit von Staat und Kirche, die korrumpierbar macht.“⁴⁸²

Bärbel Bohley und Werner Fischer teilten dagegen Anfang März brieflich aus Westdeutschland mit, die in der Haft an sie gestellte Frage, unter welchen Bedingungen sie einen Reisepass der DDR annehmen würden, hätte klargelegt, dass es die Staatsorgane nicht auf einen Prozess ankommen lassen wollten, was beide auf die internationalen Proteste zurück-

481 Telegramm des Leiters der ZKG des MfS an die Leiter aller BV vom 13.10.1988, MfS, ZKG/AKG, Arch.-Nr. 21/75.

482 Brief von Freya Klier vom 15.2.1988, MDA, 7.2., Reg.-Nr. 1139. Im Februar 1992 schrieb sie in einem Brief an Forck, ihre und Krawczyks Ausbürgerung als „Preis für die Entlassung der anderen in die DDR war ... ein Kuhhandel [Stolpes, T. K.], der nicht aufging, weil Schnur sein eigenes Spiel getrieben ... hatte.“ Brief Freya Kliers an Gottfried Forck vom 7.2.1992, zit. nach Aust 1998, S. 195.

fürten. Die Tendenz ging in Richtung Abschiebung um jeden Preis, da die Entlassung in die DDR auf einen Gesichtverlust der DDR-Justiz hinausgelaufen wäre. Sowohl die Ausreise, als auch ein lang andauernder Zwangsaufenthalt, wie es ihre mitinhaftierten Freunde akzeptiert hätten, wäre für sie nicht in Frage gekommen, weil sie sich ihrer Wurzeln in der DDR nicht berauben lassen wollten. Die Staatsorgane seien auch sofort auf ihre Bedingung der Befristung des Aufenthalts auf nur ein halbes Jahr eingegangen. Ihr Entschluss, eine solche Lösung letztendlich zu akzeptieren, sei auf ihre Befürchtung zurückzuführen, im Weigerungsfall zwangsausgebürgert zu werden. „Sollte unsere Rückkehr ... verhindert werden, ... wäre dies der Beginn einer neuen Abschiebetaktik der DDR unter stiller Mitarbeit der Bundesrepublik Deutschland. Wir wollen keine humanitäre Lösung, die uns zu Opfern macht. Wir haben niemanden gebeten, uns hierher zu bringen, aber wir bitten Sie alle, ... mitzuhelfen, dass unsere Rückkehr am 6.8.1988 Wirklichkeit wird.“⁴⁸³

Bärbel Bohley, Werner Fischer sowie Lotte und Wolfgang Templin meldeten sich nochmals am 6.4.1988, um ihr Befremden darüber mitzuteilen, dass trotz ihrer ausdrücklichen Bitten um ein Gespräch mit der Kirchenleitung und trotz mehrfachen zwischenzeitlichen Aufenthalts von Mitgliedern der KL der EKBB in der BRD weder dieses Gespräch, noch ein solches mit ihrem Anwalt Schnur zustande kommen wollte. „Die Entscheidungen wurden im Vertrauen darauf getroffen, dass unser Anwalt und auch die Kirchenleitung wussten, dass wir nicht an einer ‚humanitären Lösung‘ interessiert sind, sondern an einem Leben in der DDR.“⁴⁸⁴ Am 23.6.1988 bestätigten Lotte und Wolfgang Templin in einem Brief ausdrücklich, dass aus ihrer Sicht der Verzicht des Staates auf Prozesse gegen die damals noch Inhaftierten dank der Solidarität in Ost und West erfolgte. Der stattdessen gewählte Weg sei die Bereicherung des Standards von Gerichtsverfahren mit zuvor festgelegtem Ausgang um „eine liberalere Variante ... Wir wissen um die Enttäuschungen, die wir mit unseren Entscheidungen für diese Haftlösung vielen Freunden bereitet haben. Umso ernster ist unsere Bitte um Unterstützung für unsere Rückkehr in die DDR.“⁴⁸⁵

So verschieden die bilanzierenden und verarbeitenden Reaktionen der Basisgruppen auf die Ereignisse des 17. Januar 1988 und die Erklärungen der Abgeschobenen auch waren, so auffällig waren manche Gemeinsamkeiten in der Einschätzung der Hintergründe, soweit sie das Verhalten der Staatsmacht und zum Teil der Amtskirche betrafen. Mitunter gegensätzlich war die Beurteilung des Verhaltens der in den Westen abgedrängten Oppositionellen.

Bereits am 22. Februar hatte Wolfgang Rüdtenklau das Verhalten der dauerhaft bzw. vorerst zeitweilig ausgereisten Oppositionellen verständnisvoll kommentiert: Zwar sei offensichtlich geworden, dass die Staatsmacht es nicht zum Prozess kommen lassen wollte. Jedoch hätten die Inhaftierten deshalb keinesfalls am längeren Hebel gesessen, weil die Organe ihre Drohungen gegenüber den Einsitzenden jederzeit wahr machen konnten. Trotzdem sei „eine nie dagewesene Solidaritätswelle im ganzen Land ... zuerst durch den Abgang von Stephan Krawczyk und Freya Klier, dann fast aller Inhaftierten, gebrochen“ wor-

483 Brief von Bärbel Bohley und Werner Fischer vom 9.3.1988, MDA., Reg.-Nr. 7.2. 95.

484 Vgl. Brief von Bärbel Bohley, Werner Fischer, Regina (Lotte) Templin, Wolfgang Templin vom 6.4.1988, MDA, 7.2., Reg.-Nr. 96.

485 Brief von Regina (Lotte) Templin und Wolfgang Templin vom 23.6.1988, MDA, 7.2., Reg.-Nr. 1151.

den. Dazu hätte aber auch die „Flut von atomisierten Ausreisewilligen“ beigetragen, „die plötzlich in Berlin über uns hereinbrach“, die Strukturen der Friedensbewegung paralyisierte und der auch die Staatsbürgerrechtsgruppe machtlos gegenüberstand. Rüdtenklau beklagte in seiner Fehlerbilanz der Basisgruppen deren unzureichende Beschäftigung mit der Problematik der Ausreisewilligen sowie die mangelhafte Unterstützung der Arbeit der Koordinierungsgruppe durch die entscheidenden Berliner Basisgruppen.⁴⁸⁶

Vernichtend war hingegen die Bilanz von Reinhard Schult, der im April 1988 seine Einschätzungen in einem Extrablatt des „Friedrichsfelder Feuermelders“ veröffentlichte.⁴⁸⁷ Die Auseinandersetzung über seinen Text polarisierte die Berliner Basisgruppen erheblich, wobei (abgesehen vom scharfen Protest der Ausgereisten selbst gegen Form und Inhalt seiner Positionierungen) der sich erhebende Widerspruch aus den Berliner Basisgruppen eher die scharfe polemische Form seiner Stellungnahme als deren inhaltliche Feststellungen betraf.

Im Vorfeld der Aktion vom 17. Januar hätten es nach Meinung Schults die Gruppen versäumt, sich entsprechend den absehbaren Folgen des Geschehens sowohl untereinander als auch miteinander über die politisch zu vermittelnde Haltung in dieser Angelegenheit auszutauschen. Neben der scharfen Kritik an Wolfgang Templins Agieren im Vorfeld der Aktion warf Schult die Frage auf, „wie in einzelnen Gruppen, speziell in der UB, miteinander umgegangen wird, wie politische Entscheidungen diskutiert und gefällt werden, ob eventuelle Folgen bedacht werden, ob eine Verantwortung für die Gruppe, für die Friedensbewegung eine Rolle spielt.“ Zur mehrheitlichen Ausreise der inhaftierten Oppositionellen, insbesondere von Vera Wollenberger, die bereits zu sechs Monaten Haft verurteilt war („sechs Monate zuviel im Kampf für Emanzipation und Identität?“) und jene betreffend, welche ihren Prozess nicht abwarten wollten, fragte er: „Ist die Friedensbewegung ein Spiel, bei dem nach Belieben ein- und ausgestiegen wird ... Ist Solidarität nur eine Einbahnstraße? ... Wie erklären wir den schnellen Abgang den 250 Osteuropäern ..., die zusammen mehr als 1 000 Jahre Knast abgesehen haben und sich in einer gemeinsamen Erklärung solidarisch erwiesen?“ Zum Ablauf der Ereignisse und zu der von Kirche und Staat einvernehmlich herbeigeführten „Lösung“ hieß es: „Bemerkten die Gefangenen nicht irgendwann, dass es den Staatsorganen nicht um ihre Verurteilung, sondern um schnelle Ausreise ging? Dass sie Privilegien hatten? Zu welchen Gefangenen kommt denn der Bischof in den Knast?“ Sein vernichtendes Resümee lautete: „Die Inhaftierten gingen als politische Personen in den Knast, verlassen haben sie ihn als Privatpersonen. Eine Metamorphose in maximal 14 Tagen. ... Das Verhalten der nun mehr oder weniger Ausgereisten ist eine politische und moralische Bankrotterklärung.“

Zum Umgang der Amtskirche mit den Antragstellern hieß es in der Erklärung: „Die Kirchenleitungen machten sich in den letzten Wochen für eine rechtliche Regelung der Ausrei-

486 Die Luxemburg-Affäre, Umweltblätter vom 12.2.1988, S. 2ff.

487 Reinhard Schult, Gewogen und zu leicht befunden, Friedrichsfelder Feuermelder, Extrablatt April 1988. Der Text ist auch veröffentlicht in: Rüdtenklau 1992, S. 223ff. Der Redaktionskonferenz des „Feuermelders“ lag vor der Veröffentlichung eine unvollständige Fassung des Textes vor. Das Redaktionsmitglied Silvia Müller stellte im Verlauf der kontroversen Diskussion über diesen Artikel wegen ihrer Kritik vor allem an der Form des Beitrags von Schult, für den dieser allerdings allein die Verantwortung übernommen hatte, ihre Mitarbeit im Redaktionskollektiv zeitweilig ein. Die Diskussion und Stellungnahmen zu Schults Wortmeldung sind in der Mai- und Juni-Ausgabe des FFFM dokumentiert.

segenehmigungen stark. Dieses Thema bekam ein solches Übergewicht, dass mensch annehmen könnte, wäre erst das Recht auf die freie Wahl des Wohnsitzes staatsrechtlich geregelt, wären die innenpolitischen Probleme der DDR gelöst. Die Ausreisewelle ist aber ein Symptom der inneren Situation der DDR, nicht umgekehrt!“ Schult sprach sich angesichts der unentschlossenen Haltung der Gruppen zur Frage des weiteren Umgangs mit in ihrem Umfeld aktiv werdenden Ausreisewilligen „entschieden gegen jede politische Zusammenarbeit und Solidarisierung mit Ausreisewilligen aus ... Egoismus haben wir in letzter Zeit genug erlebt. Es gilt, sich auch dagegen zu wehren. Das heißt nicht, dass wir uns abwenden wollen von menschlicher Tragik, dass wir nicht dagegen auftreten, wenn Antragsteller ihren Arbeitsplatz verlieren oder ähnlichen Schikanen unterworfen werden. In der politischen Zielsetzung kann es aber keine Gemeinsamkeiten mit Ausreisern geben.“

Abschließend zählte Schult die „Sieger“ der Ereignisse um den 17. Januar auf: Es seien dies die Staatsorgane (welche sich durch die Abschiebungen mindestens kurzfristig aus der Affäre zogen), die westliche Seite (die das westliche System als Hort der Menschenrechte präsentierten), die Amtskirche (deren Vermittlerrolle ihr Ansehen international steigen ließ)⁴⁸⁸ und die Ausreiser (durch die das Menschenrecht auf Übersiedlung als das wichtigste überhaupt erschien und die durch die Aktion teilweise ihre Ziele sofort erreichten). Die Gruppen dagegen hätten als Verlierer an Glaubwürdigkeit verloren und seien in eine Krise geraten, der sie sich nun stellen müssten: „Wollen wir ein Spiegelbild der organisierten Verantwortungslosigkeit abgeben, kämpfen wir für unsere individuellen Rechte oder liegt uns die gesamte DDR-Gesellschaft ... am Herzen? ... Meinen wir es ernst, wenn wir ... unsere Solidarität Befreiungs- und Alternativbewegungen in Ost und West, Nord und Süd bekunden oder ist für uns Westeuropa das bessere Europa ... weil die Menschenrechte dort angeblich mehr gewährleistet sind als hier?“

Damit ging Schults Resümee zum Versuch einer Einschätzung der bisherigen Arbeit der Friedens- und Menschenrechtsbewegung über, welche praktisch die Form eines Appells annahm: „Was eine Alternativbewegung zur gesellschaftlichen Alternative werden lässt, ist neben ihrer politischen und moralischen Integrität, ... dass sie über Sachkenntnisse verfügt ... Viele Friedenskreise handeln sich von einem Thema zum nächsten, ohne in die Tiefe zu gehen bzw. von einer Aktion zur nächsten ... Der blinde Aktionismus der letzten Zeit hat uns ... geschadet. Ziele und Inhalte von Aktionen sollten länger zwischen den Gruppen diskutiert werden, damit die Basis verbreitert werden kann.“ Nach einer Aufzählung der blutigen Bilanz zeitgenössischen politischen Weltgeschehens (Israel-Palästina, der Terror gegen die Kurden, Südafrika, die Bürgerkriege in der Dritten Welt inmitten anwachsender Verschuldung und Verelendung, wachsende Arbeitslosigkeit in kapitalistischen Ländern und zunehmende soziale Widersprüche usw.) hieß es:

„Während wir uns hier in DDR-Provinzionalismus üben, wird unser Erdball von Krisen geschüttelt. ... Der Kapitalismus oder vornehmer: der bürgerlich-

488 Für Aust ist die Wertung, die Amtskirche zähle zu den Gewinnern der Affäre, vor dem Hintergrund der Glaubwürdigkeitskrise, in die sich die Institution durch das Lavieren ihrer Akteure Krusche und Stolpe hineinmanövriert hatte, „geradezu absurd“. Ohne Begründung bezieht er dies auch auf die nicht nur vom MfS (vgl. Abschnitt 4.25.3) getroffene Einschätzung, die Amtskirche habe sich im Januar und Februar durch ihre Kooperation mit dem Staat als Verhandlungspartner aufgewertet gesehen, Aust 1998, S. 194.

*demokratische Parlamentarismus kann unsere Hoffnung, unsere Zukunft, unser Ziel nicht sein. Und der real existierende Sozialismus? Die Bereitschaft zur Abrüstung ist in den sozialistischen Ländern sehr groß. ... Der Westen blockiert, ... verzögert die Abrüstungsverhandlungen. Denn er weiß, auch in den sozialistischen Ländern kriselt es: Nationalitätenprobleme in der SU, wirtschaftliche Probleme in Polen, Ungarn, Jugoslawien, Rumänien. ... Da wir aber auf keinem anderen Planeten leben, ist es unwahrscheinlich, dass wir von alledem verschont bleiben. Ob aus der SU in den nächsten Jahren eine Lösung des gordischen Knotens zu erwarten ist, werden wir sehen.*⁴⁸⁹

Vera Wollenberger räumte in ihrer Antwort auf Reinhard Schults Bilanz ein, „dass ich doch vielleicht binnen weniger Tage in die DDR entlassen worden wäre.“ Den Hauptvorwurf von Schult an die Beteiligten, sie seien als politische Personen ins Gefängnis und als private hinausgegangen (für Vera Wollenberger war dies allerdings sein „harmlosester“ Vorhalt), wies sie zurück: Sie sei im Gegenteil als Person, die sich ganz persönlich das Recht nehmen wollte, öffentlich ihre Meinung zu äußern, inhaftiert worden und „als Objekt politischer Interessen unterschiedlichster Art“ hinausgelangt. Im Übrigen habe sie sich „nie als politische Person gesehen“ und „(war) nie ein Revolutionär und (will) nie einer sein“.⁴⁹⁰ Sie warf ihm vor, die von ihr gegenüber dem Untersuchungsorgan gegebene Darstellung, sie hätte zum Zeitpunkt ihrer Inhaftierung das Vorhaben ihrer Demonstrationsteilnahme bereits aufgegeben, nicht in seine Darstellung aufgenommen zu haben.⁴⁹¹ Sie bekräftigte, durch Wolfgang Templins unwahre Versicherung ihr gegenüber wenige Tage vor der Aktion, die „Solidarische Kirche“ sowie die IFM würden sich als Gruppen beteiligen und es handle sich keineswegs um eine „Ausreiseraktion“, getäuscht worden zu sein. Sie bestätigte Schults Behauptung, auch die Ausreiser wären von Wolfgang Templin dahingehend orientiert worden, „alle Friedensgruppen würden sich an der Demonstration beteiligen“, wie sie von ihnen im Rummelsburger Zuführungsgewahrsam erfuhr. In Kenntnis all dieser Umstände hätte sie nicht nur nicht teilgenommen, sondern sogar versucht, andere von einer Teilnahme abzubringen. Weil sie „nie etwas Illegales getan“ habe, nähmen Schults Bemerkungen über die Fahrlässigkeit der Beteiligten hinsichtlich in ihren Wohnungen hinterlassenen „Belastungsmaterials“ die Perspektive der Staatssicherheit an. Sie sei ihrem Rechtsanwalt und der Kirchenleitung für ihr Wirken zu Dank verpflichtet und habe ihnen gegenüber nie einen Schuldvorwurf erhoben. In den Westmedien habe sie die Chance genutzt, um klarzustellen, dass „die Ausreiserbewegung nichts mit der Friedens- und Emanzipationsbewegung zu tun hat“.⁴⁹²

Auch Stephan Krawczyk distanzierte sich von Westberlin aus vom Bild des Revolutionärs als Maßstab von Schults Kritik. „Das ist doch eines der größten Debakel der Politik, dass

489 Gewogen und zu leicht befunden. Versuch einer Einschätzung der Januarereignisse. Aufruf zur Diskussion, Friedrichsfelder Extrablatt, April 1988, S. 1ff.

490 Dies betraf eine von Schult zitierte Anmerkung eines chilenischen Freundes, die ausgereisten Oppositionellen betreffend: „Es waren schwache Revolutionäre.“

491 Zum tatsächlichen Ablauf vgl. Wollenberger 1992, S. 91ff.

492 Brief Vera Wollenbergers zum Beitrag Reinhard Schults im Friedrichsfelder Extrablatt, o. D., veröffentlicht im Friedrichsfelder Feuermelder vom Mai 1988, MDA 7.2., Reg.-Nr. 1154; handschriftliches Original in MDA, RSch 28.

keine ‚privaten‘ Reaktionen zugelassen sind. ... Freya war in einer verzweifelten Situation, an der ich mich schuldig fühlte. Schuldig, weil ich im Knast saß, weswegen sie sich in Gefahr begab und ihren Aufruf öffentlich machte.⁴⁹³ ... Ich hielt es nicht aus, dass Freya im Knast zerbricht ... Ich bin mit ihr gegangen, weil sie mir wichtiger ist, als meine politische Rolle, die ich hatte.“ Überdies „(entbehren) die Verhältnisse in der DDR jeglicher revolutionären Situation.“ Er kritisierte Schults Vorwürfe als verbitterte ausgrenzende Reaktion „über die zu oft erlebten Abgänge, über die schleichende Lähmung einer Bewegung, die sich unabhängig nennt.“⁴⁹⁴

Nach diesen eher defensiven und moderaten Abweisungen von Schults Kritik ging Freya Klier, die als Ausgebürgerte allerdings frei von Befangenheiten ihrer mit DDR-Pass versehenen Freunde war, im August in die Offensive: Schults von „ominöser Hand“ mehrtausendfach abgezogener und in Ost und West reichlich verteilter Artikel, inzwischen auch in einem „der übelsten stalinistischen Schmierheftchen der DDR“, den Weißenseer Blättern, erwähnt, habe ihn zum Kronzeugen der Staatsorgane gemacht. Freya Klier meinte auch, den wahren Grund der Nach-Januar-Depression in den Basisinitiativen entdeckt zu haben. In merklicher Distanz zu ihren damaligen Verbündeten hieß es in ihrem Brief: „Die Lähmung eurer Gruppen resultiert doch nicht aus den Januar-Ereignissen, sondern aus eurem ständigen Gemetzel untereinander ... und der zunehmenden Abgrenzung gegenüber jenen Menschen im Land, die fester und komplizierter als ihr in die DDR-Gesellschaft eingebunden sind. ... Ihr erreicht diese Menschen gar nicht. Die meisten Unzufriedenen in der DDR sehen nicht in euren Gruppen eine Alternative zu ihrem bisherigen Leben, sondern ... in einer Ausreise aus der DDR.“⁴⁹⁵ Die Basisinitiativen hätten nie „Zugang zu den Problemen der Menschen gefunden“, weshalb „eure Gruppen die Mitgliederzahl von zwanzig kaum übersteigen“.⁴⁹⁶ In den Gruppen (zumindest in solchen, die das nicht erkennen) herrsche „das unerträgliche Klima dogmatischer Sektierergruppen“, welches sie „nur vom Staatsapparat kenne“ und aus dem sie (Klier/Krawczyk) sich eisern herausgehalten hätten. Dagegen hätten sie sich vor einer ähnlichen Lähmung durch Kenntnisnahme der „eigentlichen gesellschaftlichen Auseinandersetzung“ bewahrt. Beider Rückkehr und künstlerische Weiterarbeit sei „für sehr viele Menschen in der DDR ... wichtig. Aus diesem Grund bleibt sie notwendig“, unabhängig davon, „ob wir bei den Berliner K-Gruppen in Ungnade gefallen sind oder nicht.“ Vera Wollenbergers Entscheidung sei für Freya Klier völlig nachvollziehbar; deren

493 Gemeint ist das Video mit Freya Kliers Solidaritätsaufruf an die Künstler im Westen vom 21.1.1988.

494 Brief Stephan Krawczyks an Reinhard Schult vom 30.4.1988, MDA 7.2., Reg.Nr. 7910, veröffentlicht im Friedrichsfelder Feuermelder vom Mai 1988.

495 Damit wiederholte Freya Klier die Einschätzung Rüdtenklaus bezüglich der Ausreiser (vgl. Abschnitt 4.25.5). Während Klier dies jedoch voller Verständnis für die Antragsteller tat, verband Rüdtenklaus jene Einschätzung mit der Anklage einer Ausnutzung der Gruppen durch die Antragsteller: Für Letztere wären diese Gruppen nur wegen ihrer Frontstellung zur Staatsmacht als „Anlagerungswirt“ interessant, ohne die Zielstellungen der Gruppen zu teilen, was ein klassischer Fall von parasitärer Instrumentalisierung sei.

496 Auch diese brachiale Abgrenzung galt dem erwähnten gereizten Artikel Rüdtenklaus über die „Schlaffenland-Bewegung“ vom Februar 1988.

Erfahrungen im Westen könnten nach ihrer Rückkehr „euren mittlerweile bis zur Unerträglichkeit beschnittenen Horizont ... erweitern ...“⁴⁹⁷

Dass sich die in Basisgruppen verschiedentlich geäußerte Empörung über die Härte und die Form von Schults Bilanz der Ereignisse und ihrer Folgen keineswegs selbstverständlich auch auf die Inhalte seiner Erklärung (zumindest nicht auf alle) erstreckte, belegt die bemerkenswerte Bilanz der IFM. Sie erklärte im Juli 1988,

„die Behörden hofften auf einen geeigneten Anlass, endlich erfolgreich gegen die Basisbewegung und ihre als am gefährlichsten ... eingestuften Vertreter vorgehen zu können. Es muss ihnen gerade recht gekommen sein, als die Arbeitsgruppe Staatsbürgerschaftsrecht am 9. Januar die Teilnahme an der Luxemburg-Liebknecht-Demonstration beschloss ... und Wolfgang Templin die gesamte Berliner Szene zur Beteiligung aufrief. Dies war die langerwartete Chance: Die Basisgruppen ... gingen in die selbstgestellte Falle, ob beteiligt oder nicht. ... Erleichternd kam hinzu, dass die durch den Konflikt um die Zionskirche sensibilisierten konservativen Kirchenkreise das mühsam hergestellte Patt der Arbeitsteilung zwischen Kirche und Staat ... gefährdet sahen ... Auch innerhalb der Kirche schwelte der Konflikt über das zukünftige Verhältnis zur Realität offenkundiger gesellschaftlicher Probleme und den Umgang damit.“

Zur Wahrnehmung staatlicher Entschlossenheit zur „Liquidierung“ oder wenigstens Schwächung der Basisgruppen vor dem 17. Januar in diesen Gruppen hieß es seitens der IFM: „Umso problematischer erscheint in diesem Licht der Aktionismus mancher. Schon der 10. Dezember hätte genügen können, da es ja weniger um den Inhalt, umso mehr auf den Anlass ankam.“ Zu den Umständen der administrativen Haft für die Oppositionellen und die Folgen ihrer Ausreise lautete die Einschätzung:

„Das Vertrauen der Inhaftierten in die Solidarität kann nicht sehr groß gewesen sein, wenn sie jenen glaubten, die ihnen vorlogen, es gäbe keine. ... die schnelle Ausreise hatte verheerende politische Folgen für die Dagebliebenen. Nicht nur wurde die Basis der Solidarität demoralisiert, nicht nur die Denunzierung als eigentlich auch Ausreisewillige scheinbar bestätigt, auch die Solidarität der internationalen Öffentlichkeit und der osteuropäischen Freunde wurde dadurch brüskiert.“

Die IFM schätzte ein, dass wichtiger als der so erlittene Glaubwürdigkeitsverlust der unabhängigen Bewegung und der allerdings auch eingetretene Gesichtverlust offizieller DDR-Politik die fortschreitende immer offensichtlicher werdende ökonomische und politische Krise im Lande sei. Der in Panik geratende Apparat der Herrschenden reagiere wegen fehlender Alternativen aggressiv und könne sich dabei einiger Verbündeter versichern.

„In erster Linie war es die Bundesregierung, die der DDR-Führung beistand, nicht ohne zumindest politisches Kapital aus der Sache herauszuschlagen. Der grundsätzliche Alleinvertretungsanspruch für alle DDR-Bürger kann solcherart bestens demonstriert werden und die Interessen von BRD- und DDR-Regierung lassen sich aufs Schönste vereinbaren, wenn es um Abschiebungen von Ost nach West geht.“

Auch die SPD wollte ein Stück vom Kuchen „des Sieges der politischen Vernunft“ abhaben und unter dem wachsenden Einfluss konservativer Kräfte gewann in der „Kirchenleitung ...

497 Freya Klier, Antwort auf die Beiträge im „Friedrichsfelder Feuermelder“ und den „Umweltblättern“ zu den Folgen unserer Ausreise vom August 1988, MDA, 7.2., Reg.Nr. 1152.

deren Eigeninteresse ... die Oberhand über die moralische und praktische Unterstützung für die Basisgruppen.“ Unter solchen Umständen sei die Koordinierungsgruppe, „von den Antragstellern innerhalb der Kirche festgehalten, von dieser zur Zurückhaltung genötigt, von Teilen der Basis zu größerem Nachdruck gemahnt und sich selbst zum Konsens des gesamten Gruppenspektrums zwingend“ chancenlos gewesen.⁴⁹⁸

Im August 1988 äußerten sich die nun im Westen lebenden Oppositionellen Ralf Hirsch und Rüdiger Rosenthal zu den Ereignissen. Hirsch erklärte: „Von den Vorwürfen kann ich erst einmal akzeptieren, dass wir teilweise nicht gut vorbereitet waren auf eine Verhaftung. ... Sicherlich wären wir sonst auf einen Prozess eingegangen. Im Nachhinein mache ich mir selber Vorwürfe, dass ich im Knast hätte hart bleiben müssen. Der ‚Friedrichsfelder Feuermelder‘ hat in vielen Punkten Recht. Weh tut mir daran, dass das so unsachlich passiert.“ Rosenthal meinte unter anderem: „Es stimmt, dass die Ausgereisten als politische Personen in den Knast kamen und als Privatpersonen herauskamen. Die Leute haben die politische Bedeutung ihrer Funktion im Gefängnis unterschätzt bzw. nicht angenommen.“ Kritisch bemerkte Rosenthal jedoch auch zu überzogenen Vorwürfen an die Adresse der Ausgereisten: „Hier werden Opfer zu Tätern gemacht. Die Frage ist doch immer noch: Wer verfolgt wen, wer treibt wen aus dem Lande? Die Leute, die da gegangen wurden, sind die Opfer der Methode des Staatsapparates, sich der kritischen Geister in Richtung Westen zu entledigen. Nicht den Leuten, die sich jahrelang engagiert und widerstanden haben, muss man den Vorwurf machen als vielmehr denen, die sie ins Gefängnis sperrten, und auch den vielen, die sich nicht engagieren, die irgendwann in den Westen gehen und sich hier anpassen.“⁴⁹⁹

Bärbel Bohley und Werner Fischer durchkreuzten mit ihrer Zurückhaltung im Ausland das Vorhaben der Staatsorgane, sie auf Dauer auszusperrten: „Um ihre in Aussicht gestellte Rückkehr nicht zu gefährden, wurden von ihnen zielgerichtete Handlungen unterlassen, die eine Aberkennung der Staatsbürgerschaft der DDR international überzeugend rechtfertigen konnten. Eine Verweigerung der Wiedereinreise würde von gegnerischen Kräften als willkürliche und gesetzwidrige Ausbürgerung aus der DDR dargestellt und zu einer internationalen Diskriminierung der DDR ... ausgenutzt werden. Aus diesen Gründen wurde zentral entschieden, den genannten Personen die Wiedereinreise in die DDR am 3.8.1988 zu gestatten.“⁵⁰⁰ Am 3.8.1988 reisten beide wieder in die DDR ein.

498 Fußnote 3, Dokumentation der IFM, o. D., MDA, 7.2., Reg.-Nr. 8749.

499 TAZ Berlin vom 2.8.1988.

500 Schreiben Generaloberst Mittigs an die Leiter der Dienstseinheiten vom 27.7.1988, MfS, Arbeitsbereich Neiber, Arch.-Nr. 365, S. 84f. Einem Vorschlag von Forck folgend, hatte ZK-Sekretär Egon Krenz als Sicherheitsbeauftragter Erich Honeckers die vorgezogene Wiedereinreise beider Zwangsabwesenden zur Vermeidung unerwünschten Aufsehens vorgeschlagen. Schreiben von Bischof Forck an Erich Honecker vom 30.6.1988, Hausmitteilung von Egon Krenz an Honecker vom 1.7.1988, SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/19.

4.26 Neue Entwicklungen in der Umweltarbeit seit 1988

Das DDR-weite Kontaktsystem und die Kommunikationsstrukturen der UB begünstigten den Ausbau weiterer Bibliotheksgruppen nach dem Berliner Vorbild. Bis 1989 etablierten sich stabile Verbindungen zu etwa 200 Gruppen in der Republik.⁵⁰¹ Inzwischen verfügte auch die UB vermöge einer Sachspende der Westberliner AL ab 1988 über einen grafikfähigen Computer, mit dessen Hilfe nun die Texte der „Umweltblätter“ und für Veröffentlichungen anderer Gruppen erstellt und Wachsmatrizen für die inzwischen ersetzten, vom MfS im November 1987 beschlagnahmten Druckmaschinen⁵⁰² mittels Nadeldrucker beschriftet wurden. Eine 1988 aufgebaute Westberliner Unterstützerguppe sammelte Geld vor allem für die schwer beschaffbare Druckerschwärze. Die Treffen mit deren Vertretern fanden in der ČSSR statt.

Die Ereignisse des November 1987 hatten inzwischen dazu geführt, dass der GKR die Aktivitäten der UB künftig nicht mehr unbesehen verantworten wollte. Auf Empfehlung der KL wurde der UB entgegen ihrem basisdemokratischen Arbeitsverständnis eine Sprechervertretung gegenüber dem GKR aufgenötigt, deren Vollzug gleichzeitig Bedingung für die Nutzung der gemeindeeigenen neuen Abzugsmaschine durch die UB war. Der am 23.6.1988 verabschiedeten „Arbeitsregel“ gemäß war die Gruppe verpflichtet, den vetoberechtigten GKR von allen den kirchlichen Rahmen überschreitenden Vorhaben vorab zu informieren.⁵⁰³

In den traditionellen Arbeitsfeldern der Ökologiebewegung gab es inzwischen eine DDR-weite Kommunikationsstruktur, die (nicht zuletzt mit der Existenz der Berliner UB als Informationsknoten) nun eine begrenzte Verlaufserfassung der sich immer mehr verschlechternden Umweltsituation in der DDR gestattete. Zur ansteigenden Gewässerverschmutzung durch Industrieleitungen bei hohem Wassernutzungsgrad und der starken Belastung durch die Landwirtschaft (Gülle und Dünger steigerten die Nitratbelastung) kam die teilweise kriminelle Entsorgung hoch giftiger Stoffe hinzu. Abwasserbehandlung und umweltgerechte Entsorgung von Altölen und chemischen Abfallprodukten waren aufwändig und teuer; jedenfalls kostspieliger als die eventuell zu erwartenden Strafen. Zum Teil fehlten auch die technischen Voraussetzungen für umweltgerechtes Wirtschaften. Man sah staatlicherseits gern über solche Praktiken hinweg und verfolgte auf dem „Rechtsweg“ jene, die derartige Verstöße nachwiesen oder öffentlich zu machen versuchten.⁵⁰⁴ Die enorme Luftbe-

501 Rüdtenklaus 1992, S. 180.

502 Eine der beiden nun mit Motor ausgestatteten seit 1988 genutzten Maschinen war eine Leihgabe der Kirchenleitung gemäß ihrer Zusicherung, die Arbeitsfähigkeit der UB wieder herzustellen; die andere, von Roland Jahn beschaffte, wurde über die Grenze geschmuggelt.

503 Aust 1998, S. 255.

504 Vgl. dazu Rüdtenklaus 1992, S. 125. Ein entlarvendes Beispiel dafür, dass bei auftretenden Umweltgefährdungen eher die Furcht vor deren Bekanntwerden als die Bedrohung der Bevölkerung für Unruhe sorgte, stellt eine Information Hauptabteilung XVIII über eine Verletzung der Anordnung über den Geheimnisschutz aus dem Jahre 1989 klar: Eine Umweltgefährdungsanalyse des Bezirkes Cottbus zu festgestellten industriellen Schadstoffemissionen, ursächlich entstanden durch TGL-widrige Anlagen, undichte Becken ect., diagnostizierte die Gefahr von Grundwasserverseuchungen und weiteren Folgeschäden bei Gefährdung von ca. 20 000 Einwohnern. „Durch die HA XVIII/6 eingeleitete spezifische

lastung durch Schadstoffemission (in der DDR als „Industrienebel“ bezeichnet) und deren Verleugnung wurde gerade im Raum Berlin augenfällig, wo im Westteil Smogalarm ausgerufen wurde und im Ostteil alles weiterging, als ob nichts wäre. SO₂-Belastungswerte wurden nicht veröffentlicht, jedoch konnten am Massensterben der Bäume die Folgen besichtigt werden. Die Müllproblematik war gerade in Berlin von besonderem Gewicht. So fand das 5. Berliner Ökoseminar, ausgerichtet von der UB am 21.–23.10.1988, zum Thema „Die Zivilisation, der Müll und unsere Zukunft“ statt.⁵⁰⁵ In Schöneiche wurde auf Kosten des Westberliner CDU-Senats eine Verbrennungsanlage errichtet, in der gegen Devisen Westberliner Sondermüll entsorgt werden sollte.⁵⁰⁶ Die Umweltblätter berichteten, Mitarbeiter der UB dokumentierten 1987 mittels einer von Roland Jahn beschafften Videokamera die Bauarbeiten sowie einiges über die Anlage der überfüllten Mülldeponie Vorketzin und die ARD strahlte den Film aus.⁵⁰⁷ Das für den Westen profitable Geschäft einer ökologisch bedenklichen Entsorgung westdeutschen Giftmülls auf riskanten Deponien der devisenhangrigen DDR konstituierte eine Ost-West-Interessenkoalition, der lediglich ein ebenfalls grenzüberschreitendes Bündnis der Umweltschützer chancenlos gegenüberstand. Am 12.1.1988 schrieb die UB einen offenen Brief an den Senator für Stadtentwicklung und Umweltschutz in Berlin-West. Unter Bezugnahme auf die Fernsehsendung „Kontraste“ vom 12. Januar 1988 über Zusammenhänge der Sondermüll-Entsorgung in West-Berlin äußerte die UB die Vermutung,

„dass eine solche Sondermüll-Verbrennungsanlage in West-Berlin offenbar nicht zu errichten ist. ... Wenn Sie aber der DDR Ihren Müll verkaufen, liefern Sie doch bitte schön die erforderliche Umweltechnik mit und verlangen Sie den Nachweis der ordnungsgemäßen Entsorgung. Wir als Umweltschutzgruppe haben ausreichend Erfah-

operative Maßnahmen in mehreren Postämtern der Hauptstadt Berlin führten zu dem Ergebnis, dass die Gefährdungsanalyse des Bezirkes Cottbus beim Paketpostamt Berlin-Mitte, Tucholskystraße, als Wirtschaftspaket aufgefunden und sichergestellt werden konnte ... Durch fachlich kompetente Quellen wurde eingeschätzt, dass insbesondere die angeführten Ursachen der Schadstoffemissionen ... durch gegnerische Kräfte bei Bekanntwerden missbraucht werden könnten. Nach Auffassung dieser Quellen sind sie geeignet, die Umweltpolitik der Partei- und Staatsführung durch Eingaben innerer oppositioneller negativ feindlicher Kräfte bzw. durch westliche Massenmedien zu diskreditieren.“ Information der HA XVIII vom 13.3.1989 über die Verletzung der Anordnung über den Geheimnisschutz vom 22.12.1987 über die Anordnung über Dienstsachen vom 3.2.1988, MfS, HA XVIII, Arch.-Nr. 133, S. 69ff.

505 MDA, 7.9.6.

506 Am 27.9.1987 berichteten zwei Mitglieder der AL, die zuvor zusammen mit Angehörigen der UB den Bauplatz der Verbrennungsanlage Schöneiche aufsuchten und Videoaufnahmen machten, in einer Veranstaltung der UB über Einzelheiten jenes Müllgeschäfts und des nicht den Westberliner Umweltstandards entsprechenden künftigen Anlagenbetriebs in Schöneiche. Information zum Auftreten von Mitgliedern der AL Berlin (West) in der „UB“ vom 13.10.1987, Abteilung XX/4, IMB „Max“, Reg.-Nr. XV/1315/79, Band 3, S. 340.

507 Rüdtenklau 1992, S. 128, S. 198. „Die ‚Umweltbibliothek‘ ist maßgeblich an den politischen Provokationen um die Mülldeponie Schöneiche beteiligt (Vorhaben in Westberlin, einen Prozess gegen ‚Giftmüll‘-Lieferungen in die DDR zu führen, Absichten der Entnahme von Proben aus Mülldeponien, evtl. auch öffentlichkeitswirksame Aktionen, Veröffentlichungen in den ‚Umweltblättern‘ u.a.).“ Sicherungssachstand zu den einzelnen Gruppierungen der politischen Untergrundtätigkeit, o. D., o. V; vermutlich April 1988, verfasst offenbar in Vorbereitung Auf den 1. Mai 1988, MfS, HA IX, ZA, Arch.-Nr. 8947, S. 123f.

*rungen, wie fahrlässig staatliche Stellen in der DDR die Müll-Problematik angehen. Nicht nur, dass wir konstatieren, dass der West-Berliner Senat offenbar damit nicht anders umgeht, müssen Sie unseren negativen Erfahrungen in der DDR nicht noch weitere hinzufügen. ... behalten Sie Ihren Müll, solange ... eine öffentliche Kontrolle (auch in der DDR) über eine ordnungsgemäße Entsorgung nicht gewährleistet ist. Sollten unsere Forderungen im Interesse des Umweltschutzes nicht erfüllt werden, sehen wir uns gezwungen, rechtliche Schritte einzuleiten.*⁵⁰⁸

Selbstverständlich nahm die Verbrennungsanlage planmäßig ihren Probetrieb auf und die UB protestierte am 1.11.1988 gemeinsam mit Robin Wood in einer Presseerklärung: „Die Wurzel dieses Übels – wie auch des Krieges und der Verletzung der Menschenrechte – ist unserer Meinung nach die unangefochtene Macht weniger Bürokraten, Industrieller und Bankiers deren Interessen gegen die Achtung und die Freiheit der eigenen Bevölkerung und der anderer Länder stehen.“⁵⁰⁹ Am 11.11.1988 fand ein Protestmarsch gegen die Sondermüllanlage Schöneiche statt. Robin Wood blockierte den Grenzübergang der Westberliner Mülltransporter, UB-Leute fuhren mit dem Fahrrad nach Schöneiche und andere wanderten von Mittenwalde aus zur Verbrennungsanlage. Die Polizei griff auf beiden Seiten der Grenze ein. Auf der Ostseite erfolgten Zuführungen und Ordnungsstrafen von 300–500 Mark, auf der Westseite wurden 600 DM für angemessen gehalten.

Die vom MfS als Hauptorganisatoren in der UB rubrizierten Wolfgang Rüdtenklaus, Siegfried Scheffke, Christian Halbrock und Joachim Morgenstern sowie die als besonders aktive Mitglieder erkannten Till Böttcher und Andreas Kalk⁵¹⁰ sahen sich im Januar 1988 mit der Wiederkehr des im Herbst 1987 auf dem 4. Berliner Ökologie-Seminar durchgefallenen Vorschlags der Gründung eines ökologischen Netzwerks in der DDR gegenüber. Dieses Netzwerk wurde nun im Alleingang von fünf Mitgliedern der UB, forciert besonders von Carlo Jordan, im Januar 1988⁵¹¹ unter dem Namen „Arche – grün-ökologisches Netzwerk in der Evangelischen Kirche“ (Grünes Netzwerk Arche) gegründet.⁵¹² Weil die Mehrheit der UB-Mitglieder den Stand der inhaltlichen Arbeit von ökologischen Basisgruppen vor Ort für noch unzureichend hielt und deren Vernetzung nur als einen Prozess von unten, betrieben von den Basisgruppen selbst und zu einem durch das Niveau der Arbeit bestimmten Zeitpunkt akzeptieren konnte, sah sich die „Arche“-Gründungsgruppe wegen ihrer Ignorierung des Gruppenvotums vom Herbst 1987 umgehend als profilierungssüchtige Funktionärscli-

508 MDA, 1.1.16., Reg.-Nr. 988.

509 Presseerklärung der UB und von Robin Wood am 1.11.1988 zum Beginn des Probetriebs der Sondermüllverbrennungsanlage Schöneiche, MDA, 1.1.16., Reg.-Nr. 989. Dem Protest schlossen sich Mitglieder des FKFF und der IFM sowie von Punk Alösa an.

510 Sicherungssachstand zu den einzelnen Gruppierungen der politischen Untergrundtätigkeit, o. D., o. V.; vermutlich April 1988, verfasst offenbar in Vorbereitung auf den 1. Mai 1988, MfS, HA IX, ZA, Arch.-Nr. 8947, S. 123f. Seit März 1987 führte die KD Prenzlauer Berg des MfS den Mitgliederstamm der UB im OV „Bibliothek“, welcher ab April 1988 von der Abteilung XX/4 der BV Berlin übernommen und durch separate OV zu den „Führungspersonen“ erweitert wurde.

511 Das MfS datierte das Gründungsdatum auf den 6.2.1988. Sicherungssachstand zu den einzelnen Gruppierungen der politischen Untergrundtätigkeit, o. D., o. V.; vermutlich April 1988, verfasst offenbar in Vorbereitung auf den 1. Mai 1988, MfS, HA IX, ZA, Arch.-Nr. 8947, S. 123f.

512 Rüdtenklaus 1992, S. 178. Gemäß Neubert erfolgte die Gründung während eines Berliner Zusammenkommens von 30 Umweltgruppen-Vertretern außerhalb der UB vom 8.-10.1.1988. Neubert 1997, S. 749.

que verdächtigt, die „von oben“ die Basisgruppenarbeit instrumentalisieren wolle. Hinzu käme, dass eine weitergetriebene sektiererische Separatvernetzung der Umweltaarbeit die sich endlich durchsetzende Erkenntnis dieser Basisgruppen, ihre Arbeit im Kontext der allen Friedens-, Umwelt-, Dritte-Welt- und Frauengruppen sowie den Gruppen der Offenen Arbeit gemeinsamen emanzipatorischen Zielen organisieren zu müssen, konterkariere.⁵¹³ Vermutlich ging es den Arche-Akteuren um die Professionalisierung der Ökologie-Arbeit, auf die sie sich nun konzentrieren wollten.⁵¹⁴ Andererseits kamen aus dem Kreis der Arche-Aktivisten auch Impulse, mit einer „Grünen Liste“ zu den Kommunalwahlen am 7.5.1989 anzutreten und sie waren maßgeblich an der im Oktober 1989 vollzogenen Gründung der „Grünen Partei“ der DDR beteiligt.

Der Streit eskalierte und es folgten seitens der UB Mutmaßungen über einen von den Arche-Aktivisten beabsichtigten Aufbau eines parteiähnlichen Gebildes im Widerspruch zu den basisdemokratischen Prinzipien der UB. Der Durchsetzung einer organisatorischen Trennung von Arche und UB (die Arche etablierte sich dann in der Andreas-Marcus-Gemeinde) folgte am 2. Mai 1988 ein Unvereinbarkeitsbeschluss, auf den hin die Arche-Mitglieder die UB verließen. Doch das „grün-ökologische Netzwerk Arche“ funktionierte, hatte Resonanz in vielen Ökokreisen der Republik und seit April 1988 erschienen Arche-Infos sowie die Halbjahreszeitschrift „Arche Nova“. Organisatorisch arbeitete das Netzwerk nach dem Vertretungsprinzip der Netzwerkgruppen auf der Grundlage verbindlichen Mitgliedschaftsnachweises. Bald schon erfolgten gemeinsame grenzüberschreitende Aktivitäten, so in Form einer gemeinsamen Presseerklärung der Arche und des Energiepolitischen Ratschlag (ein Netzwerk von Umweltgruppen in Berlin-West) anlässlich des einjährigen Bestehens des Umweltabkommens, vereinbart zwischen den Regierungen der DDR und der BRD.⁵¹⁵ Die sofort einsetzenden staatlichen Behinderungen der Arche-Kooperationsanstrengungen mit osteuropäischen Ökoaktivisten zeitigten am 10.12.1988, dem 40. Jahrestag der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, den Protest von Arche-Mitarbeitern wegen der Ausreisesperren im September und November in die ČSSR und im Dezember 1988 nach Ungarn: Bestanden werden müsse auf der Reisefreiheit als „DDR-Bürgerrecht“ anlässlich dieses Landesarrest für „DDR-Grüne“.⁵¹⁶

513 Vgl. Umweltblätter Juni 1988, S. 39.

514 In der vorläufigen Grundsatzklärung der „Arche“ hieß es: „Arche stellt keine zentralistische Struktur dar, möchte keine Gruppe bevormunden oder unterordnen. Es geht vor allem um die thematische und wissenschaftliche Unterstützung von fachlicher und methodischer Bildungsarbeit für Gruppen und Gemeinden.“ Zit. nach Neubert 1997, S. 749.

515 In der dabei vorgestellten gemeinsamen Anfrage an den Magistrat von Berlin, Hauptstadt der DDR und den Senat von Berlin-West hieß es, „anstatt zu streiten, wie jüngst Umweltminister Töpfer, und Reichelt, ob die inzwischen fast tote Elbe links oder rechts von der Grenze fließt, sollte die Entgiftung der Elbe gemeinsame Aufgabe werden.“ Vorgeschlagen wurden außerdem ein gemeinsames Programm und wechselseitige Unterstützung zur gründlichen Sanierung des Teltowkanals, die Einrichtung eines gemeinsamen Messnetzes zur Luftgüteüberwachung, und Auflagen für die Betriebsaufnahme der Sondermüllverbrennungsanlage Schöneiche. Gemeinsame Presseerklärung von Arche und Energiepolitischem Ratschlag vom 1.9.1988, MDA, 2.04.1., Reg.-Nr. 2645.

516 Erklärung von Carlo Jordan, Mario Hamel und Edgar Wallisch vom 10.12.1988 zum 40. Jahrestag der Verkündung der Menschenrechte, MDA, 2.04.1., Reg.-Nr. 2649.

Anders als die meisten Berliner Gruppen unterstützte die Arche Antragstellerguppen und arbeitete teilweise mit ihnen zusammen.⁵¹⁷

Seit 1988 knüpfte die UB Kontakte zu neuen Unterstützern im Westen. „Diese Unterstützerguppe war identisch mit der ... Ost-West-Müllgruppe. Kurier der Umwelt-Bibliothek wurde, neben den Grünen, der EPD-Korrespondent Röder und der Graswurzler Andreas Hauschild. Für das Netzwerk Arche bildeten ausgereiste DDR-Bürger wie Ulrich Neumann ebenfalls eine eigene Unterstützerguppe. Infolge dieser Ost-West-Zusammenarbeit entstanden so öffentlichkeitswirksame Projekte wie der Film ‚Bitteres aus Bitterfeld‘.“⁵¹⁸

Auch im staatlichen Bereich etablierten sich seit 1987 aus eigener Initiative „von unten“ Umweltschutzgruppen, insbesondere die 1988 sehr erfolgreich wirkenden „Stadtökologiegruppen“ (vgl. Abschnitt 4.41). Deren Entstehung und ihr weitgehend unbehelligtes Wirken profitierte auch von der langsam erfolgenden staatsoffiziellen Öffnung wenigstens hinsichtlich der Anerkennung der Ökologieproblematik. Selbst im MfS verbreitete man noch im Juli 1989 über die Parteiorganisationen des Ministeriums ein Argumentationsmaterial zur Umweltpolitik, welches in dem Satz gipfelte: „Es wäre unrealistisch und sogar schädlich, Umweltprobleme in der DDR und anderen sozialistischen Staaten zu leugnen.“ Es wurde hier die zunehmende Umweltbelastung seit Anfang der 70er Jahre in der DDR eingeräumt und zu den negativen Auswirkungen extensiven Wirtschaftswachstums gezählt. Konkret war im Zusammenhang mit den Ursachen von der Nutzung der Braunkohle als Energieträger (310 Mio. t/Jahr) und ihrem hohen Schwefelanteil die Rede. Nun ginge es um die Senkung der Luftbelastung (Schwefel, Stickoxyde, Fluorchlorkohlenwasserstoffe und andere Kohlenstoffe) auch zum Schutz der Wälder.⁵¹⁹

4.27 Die erste ökumenische Versammlung in Dresden und die Vollendung der Sprachlosigkeit in den Staat-Kirche-Beziehungen

Der nun 1 ½ Jahre andauernde konziliare Prozess (vgl. Abschnitt 4.11.1 und 4.17) gipfelte im Februar 1988 in der Ersten Ökumenischen Versammlung (ÖV), deren erste Session in Dresden stattfand. Hier nahmen auch von Kirchenleitungen benannte Vertreter kirchenge-

517 So die Projektgruppen „Sozial-ökologische Partnerschaft“ und „Ökologie und Menschenrechte“. Neubert 1997, S. 750.

518 Wolfgang Rüdtenklau, Die westdeutsche Linke und die DDR-Opposition, telegraph 4/1994.

519 Argumentationsmaterial zur Umweltpolitik der SED als fester Bestandteil der ökonomischen Strategie des XI. Parteitag, GO XVIII am 11.7.1989, MfS, ZOS, Arch.-Nr. 458. Kurios war wiederum, dass man sich plötzlich in dieser Argumentation auf die von Marx im „Kapital“ formulierte Forderung besann, „alle gleichzeitigen Gesellschaften zusammengenommen, sind nicht Eigentümer der Erde“, sondern „nur ihre Besitzer; ihre Nutznießer haben sie als boni patres familias (gute Familienväter) den nachfolgenden Generationen verbessert zu hinterlassen“. Dies sei nun zum kategorischen ökologischen Imperativ für alle auf unserer Erde existierenden „gleichzeitigen Gesellschaften“ zu machen. Ebenda.

bundener Basisgruppen teil. Die EKBB, vertreten durch Forck, hatte zuvor als solche Gruppenvertreter Hans-Jürgen Fischbeck (FK Bartholomäus), Regina „Lotte“ Templin (als evangelische Gemeindepädagogin ausgebildet und in dieser Eigenschaft delegiert, nicht aber als Mitglied der IFM, jedoch als solche inzwischen verhaftet und in den Westen abgeschoben) und Ruth Misselwitz (FK Pankow) bestimmt. Fischbeck nutzte seinen Redeauftritt, um die Inhalte des umstrittenen „Absage-Papiers“ (vgl. Abschnitt 4.17) mit den Berliner Ereignissen vom Januar 1988 zu verknüpfen: „Die Flut der Ausreiseanträge ... zeugen von der Verflochtenheit der inneren und äußeren Abgrenzung. Hinter der Abgrenzungspraxis ... steckt ... ein Herrschaftsprinzip.“ Diese Abgrenzungspraxis lastete Fischbeck nicht nur der DDR an: Das „antikommunistische Feindbild“ in der BRD mit deren Radikalenerlass und KPD-Verbot korreliere mit dem in der DDR gebräuchlichen Feindbild des Klassenkampfes. Positiv und als beispielgebend für die DDR hob Fischbeck die Politik Gorbatschows hervor, in deren Sinne das gemeinsame SED-SPD-Papier und die friedvolle Gemeinsamkeit beim Olof-Palme-Friedensmarsch standen. Dagegen seien die Ereignisse des Januar 1988 in Berlin Ausdruck der untauglichen Auffassung, die DDR könne aufgrund ihrer angeblich wesentlich von der sowjetischen verschiedenen Situation an der außenpolitischen Entspannung teilnehmen und gleichzeitig an der inneren sowie äußeren Abgrenzung festhalten. Deren Suspendierung sei Voraussetzung dafür, der „Marx’schen Utopie wieder näherzukommen“, um „eine annehmbare sozialistische Alternative zum westlichen Konsumkapitalismus“ als Überlebenschance für die Welt zu erreichen.⁵²⁰ Und zu allem Überflus äußerte Forck auf einer Pressekonferenz am Rande der ÖV, dass er von den staatlichen Stellen beim Ringen um den Ausgang der Ereignisse des 17. Januar getäuscht worden sei (vgl. Abschnitt 4.25.2). Der Preis für sein Bestreben, die kirchliche Glaubwürdigkeit zu retten, war nun eine öffentliche Brüskierung der Staatsmacht.⁵²¹

Während der mehrere Tausend Menschen umfassenden Friedensdemonstration von der Kreuzkirche zur Ruine der Frauenkirche (unter ihnen die 150 Delegierten der Ökumenischen Versammlung) am 13.2.1988, dem 43. Jahrestag der Zerstörung Dresdens, nutzten 300 Ausreisewillige die öffentliche Aufmerksamkeit für diese kirchliche Manifestation zu einem eigenen Protestzug mit lauten Bekundungen ihres Ausreisebegehrens.

Staatlicherseits wurden daraufhin Fischbeck mit seinem Plädoyer gegen Abgrenzung auf der ÖV und die Ausreiser mit ihrer Losung „Die Mauer muss weg!“ umstandslos in einen Topf geworfen, die Kirche für das Eskalationsgeschehen um die demonstrierenden Antragsteller verantwortlich gemacht und der „verfassungswidrige Charakter“ der Äußerungen Fischbecks sowie des Stendaler Psychologen Ludwig Drees auf der ÖV hervorgehoben.⁵²² Nach Beendigung der ÖV am 15.2. wies das Politbüro am 16.2.1988 die Ausarbeitung einer Konzeption für das bevorstehende Gespräch Jarowinskys mit dem KKL-Vorsitzenden Bischof

520 Fischbeck wurde wegen seines Auftritts während der ÖV in Dresden umgehend von der staatlichen Leitung seiner Arbeitsstelle, dem Zentralinstitut für Elektronenphysik der AdW der DDR, wegen verfassungs- und staatsfeindlicher Äußerungen zur Rechenschaft gezogen. Er war nicht bereit, seine Haltung zu ändern. Aktennotiz über eine Aussprache mit Dr. Hans-Jürgen Fischbeck am 1.3.1988, SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/23.

521 Aust 1998, S. 206f, S. 210.

522 Ebenda, S. 207, 209.

Leich am 19.2. an.⁵²³ Dabei sollte die gesteigerte Beunruhigung der Parteiführung über die von der ersten ÖV vernehmbaren Töne ihren Ausdruck finden: „...was sich in den letzten Tagen im Rahmen und am Rande des Auftaktes des sogenannten konziliaren Prozesses in Dresden vollzogen hat, muss Besorgnisse weiter verstärken, zeigt an, dass es sich hier nicht um Einzelercheinungen, einzelne Entgleisungen handelt, sondern um mehr. ... Nach allen Informationen über die Auftaktveranstaltung ... in Dresden (wurde) die gemeinsame Verantwortung gegenüber existentiellen Fragen durch eine Inflation von Fragen in den Hintergrund gedrängt, die nur zur Konfrontation führen können.“⁵²⁴ Diese von Jarowinsky, Gysi und Bellmann am 18.2.1988 ausgearbeitete Konzeption schien selbst dem MfS brauchbar zu erscheinen, denn sie bestätigte die seit Herbst 1987 im Ministerium bevorzugte Linie der „harten Hand“ und der Einschüchterung. In Bezug auf diese Konzeption verfügte Mielke dienstintern: „Die politisch-operative Arbeit der Diensteinheiten ist darauf auszurichten, unter Nutzung aller geeigneten politisch-operativen Möglichkeiten, insbesondere durch den gezielten Einsatz der IM und GMS, die offensiven Maßnahmen in Durchsetzung der Politik der Partei in Kirchenfragen wirksam zu unterstützen.“⁵²⁵ Denn in dieser Stellungnahme „zu prinzipiellen Fragen der Beziehungen zwischen Staat und Kirche“, die Jarowinsky (assistiert von Klaus Gysi) dem Bischof Leich am 19.2.1988 vortrug, war die Rede vom „offenen und wachsenden Missbrauch ... kirchlicher Einrichtungen“ und der Umwandlung von Kirchen „zu Tribunalen, zu Anwaltsbüros oder zur Anklagebehörde“. Kein Zweifel ließ Jarowinsky daran, dass staatlicherseits ein kontinuierlicher „Weg ... über die bekannten Ereignisse um die Zionskirche, am Rande der Luxemburg-Liebknicht-Demonstration zum Gedenktag des Dresdener Infernos“ führe. Eine „Serie von Veranstaltungen in einigen Berliner Kirchen“ und die damit „verbundene Stimmungsmache und Hetzkampagne gegen die DDR“ habe sich fortgesetzt während und am Rande des Auftaktes im konziliaren Prozess in Dresden. Hierbei handele es sich „nicht um Einzelercheinungen, einzelne Entgleisungen“. Wenn „Kirchen zu Oppositionslokalen gegen den Staat (gemacht) werden“ und „Veranstaltungen ... von den angeblich ‚gut meinenden‘ Initiatoren am Ende gar nicht mehr beherrscht werden“, so seien dies „Auflösungserscheinungen kirchlicher Strukturen, kirchlicher Ordnung“. Wiederbelebt werden solle das „Konzept der Kirche als politische Opposition gegen den Sozialismus, der Kirche als ‚Trojanisches Pferd‘“.⁵²⁶ Leich reagierte auf diese Vorwürfe hinhaltend, bedauerte die Unterbrechung der Informationsgespräche seitens des Staates und verwies hinsichtlich der Ausreisantragsteller fast schon anklagend auf die Stellvertreterrolle, in welche die Kirche durch die Dialogunwilligkeit der staatlichen Seite hineingedrängt worden sei.⁵²⁷ Inzwischen setzte die EKBB, anders als die anderen Landeskirchen, ihre

523 Ebenda, S. 212.

524 Konzeption „Zu prinzipiellen Fragen der Beziehungen zwischen Staat und Kirche“, Anlage zum Schreiben des Minister Mielke an die Leiter der Diensteinheiten vom 19.2.1988, MfS, Arbeitsbereich Neiber, Arch.-Nr. 365.

525 Schreiben des Minister Mielke an die Leiter der Diensteinheiten vom 19.2.1988 (in der Anlage: Konzeption „Zu prinzipiellen Fragen der Beziehungen zwischen Staat und Kirche“), MfS, Arbeitsbereich Neiber, Arch.-Nr. 365, S. 103ff.

526 Zu prinzipiellen Fragen der Beziehungen zwischen Staat und Kirche, SAPMO BArch, DO 4/1206. Siehe auch Aust 1998, S. 112.

527 Vertraulicher Vermerk Zieglers über eine Begegnung im Gebäude des Staatsrates am 19. Februar 1988, BEK-Sekretariat an die KKL am 19.2.1988, Reg.-Nr. A 5002-484/88, eingesehen vom Autor in MDA,

seelsorgerliche Ausreiser-Betreuung gegen das Votum des KKL-Vorstands, der solche Einrichtungen ablehnte, fort. Angesichts des vollständigen Stillstands der Kommunikation Staat-Kirche stimmte das Politbüro im Bemühen um einen Durchbruch schließlich am 23.2.1988 einem Treffen Honeckers mit Leich für den 3. März 1988 zu. Bei dieser Begegnung, bei der Bischof Leich so gut wie alle Problembereiche ansprach (Informations- und Jugendpolitik, Ausreiserfrage usw.), sowie das von der Kirche jahrelang erbetene Gespräch zu Fragen der Volksbildung annahmte, leugnete Honecker in allen Bereichen Gesprächs- oder Handlungsbedarf und bestritt jegliche Reformnotwendigkeit im Sinne des sowjetischen Glasnost-Perestroika-Kurses.⁵²⁸ Leich, der den „Sozialismus als einer gerechteren Form des Miteinanders von Menschen“ bejahte, erklärte: „Wir sehen unsere Aufgabe nicht darin, eine Oppositionspartei zu sein oder Akklamationen abzugeben.“ Jedoch bekräftigte Leich auch, jene umstrittenen „Fragen, die aus dem gesellschaftspolitischen Bereich kommen“, hätten „keinen Ursprung im Dienst unserer Kirchen. Die Auseinandersetzung mit diesen Fragen mussten wir stellvertretend für Staat und Gesellschaft wahrnehmen. Wir haben uns diese Rolle nicht ausgesucht. Die eigentlichen Adressaten haben keine Bereitschaft zum Dialog signalisiert. ... Es beeinträchtigt das Klima des Vertrauens zwischen dem Staat und den Bürgern, wenn sie statt der erforderlichen Argumente lediglich die distanzierte Entscheidung der Macht erfahren und ihre Kritik sogleich als Ausdruck der Staatsfeindlichkeit gewertet wird.“ Honecker versuchte im Gegenzug, Leich auf die Grenzen der Dialogbereitschaft des Staates und auf frühere Momente des Einvernehmens zwischen Staat und Kirche hinzuweisen. Gemäß der dem SfK vorliegenden Niederschrift des Gespräches Honecker-Leich erinnerte ersterer an beider „Gespräch ... anlässlich der Wiedereröffnung der Wartburg, in dem W. Leich bekanntlich die Frage aufgeworfen habe, wie man ihm helfen könne, den Gottesdienst in Jena ohne Störungen durchzuführen. Damals habe es Übereinstimmung gegeben, den Bürger Jahn aus Jena zu entfernen. Damit habe man der Kirche die Möglichkeit geschaffen, ungestörte Gottesdienste abzuhalten, und in Jena Ruhe und Ordnung einkehren zu lassen. Diese Bemerkung wurde von W. Leich zustimmend bestätigt.“⁵²⁹

Obwohl die Amtskirche sichtbar zurückwich und das Agieren der EKBB von den anderen Landeskirchen als viel zu konfrontativ abgelehnt wurde⁵³⁰, begann sich das staatliche Feind-

RHi 3a, Registratur 2.2. In diesem Gespräch weigerte sich Jarowinsky, die als vertraulich bezeichnete von ihm verlesene Erklärung schriftlich aus der Hand zu geben und verneinte die Bereitschaft, etwas über die Begegnung veröffentlichten zu lassen. Im Rapport des Gesprächsverlaufs an Honecker fehlten die von Ziegler gegenüber Jarowinsky reklamierten Belastungen, denen sich die Kirche durch staatliche Dialogunwilligkeit ausgesetzt sah. Information über das Gespräch des Genossen Werner Jarowinsky mit dem Vorsitzenden der KKL, Bischof Werner Leich, am 19.2.1988, SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/19.

528 Aust 1998, S. 213ff.

529 Niederschrift über das Gespräch des Generalsekretärs des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR, Erich Honecker, mit dem Vorsitzenden der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen in der DDR, Landesbischof Dr. Werner Leich, am 3. März 1988, SAPMO BArch, DO 4/1206 und DO 4/990. Vergleiche auch Schnellinformation des Sekretariates des BEK in der DDR vom 3.3.1988 über das Gespräch Honecker-Leich, MDA, RHi 30a.

530 Information zu den Ergebnissen der Frühjahrssynoden der evangelischen Landeskirchen, Vorlage vom 20.6.1988 für die Dienstbesprechung am 27.6.1988, SAPMO BArch, DO 4/957 und DO 4/1241. Jedoch hieß es in dieser Information auch: „Trotzdem muss eingeschätzt werden, dass die negativen Kräfte auf

bild von der verfassten Kirche zu runden. Dabei geriet die staatliche Seite mitunter in Gefahr, die kirchlicherseits überwiegend gar nicht gewollte Eskalation noch anzufeuern, was allerdings auch nicht im staatlichen Interesse lag: „Einige Formulierungen in den Bezirksberichten – z. B. ordnet der Rat des Bezirkes Suhle provokatorische Äußerungen von Geistlichen bei einem Gespräch beim Vorsitzenden des Rates des Kreises als einen ‚Verstoß gegen die sozialistische Gesetzlichkeit‘ ein – veranlassen zu dem Hinweis, dass gegenüber den Räten der Bezirke auf einem politisch differenzierten und klugen Herangehen an die kirchenpolitische Arbeit bestanden werden muss. In der gegenwärtigen Situation werden gerade politische Überspitzungen genauestens registriert. Sie spielen unmittelbar den politischen negativen Kräften in die Hände, indem die Position und die Glaubwürdigkeit der progressiven und realistischen Kräfte untergraben wird.“⁵³¹

4.28 Der „Pressekrieg“ als Machtprobe

Wie zur Bestätigung des neuen staatlichen „harten Kurses“, diesmal gegen die im kirchlichen Umfeld auftretenden Ausreiserdemonstranten gerichtet, aber gleichermaßen unbeteiligte Passanten und Gottesdienstbesucher treffend, schritten Polizei und Sicherheitsorgane am 6. März 1988, dem 20. Jubiläum des Grundsatzgesprächs von Honecker und Schönherr, gegen eine gerüchteweise geplante weitere Demonstration von Antragstellern während der Vormittagsandacht in der Sophienkirche ein. Es erfolgten präventive Zuführungen, Festnahmen und zum Teil auch gewalttätige Ausschreitungen der Polizei im Bereich der weitläufig umstellten Kirche. Dieser Vorgang war ein Element staatlichen Offensivhandelns, welches nunmehr offenbar auch die heikle Beschädigung kirchlicher „Hoheitsräume“ nicht mehr scheute. Zu diesen kirchlichen „Freiräumen“ gehörte auch die lizenzierte Kirchenpresse, die Teil legaler Öffentlichkeit in der DDR war.⁵³² Diese Kirchenpresse war während des ganzen Jahres 1988 einer seit den 50er Jahren nicht mehr gekannten Zahl von Einzel Eingriffen und kompletten Auslieferungsverboten kirchlicher Publikationen ausgesetzt. Zunächst betraf dies die Berichterstattung über die „skandalöse“ Dresdner ÖV.⁵³³ Selbst das

den Frühjahrssynoden eine gewisse Spielraumerweiterung erzielen konnten, indem sie Probleme aufgriffen, die ... Kreise der Bevölkerung bewegen und diese Themen für Angriffe gegen die Politik von Staat und Partei nutzen. Diesen Versuchen kam entgegen, dass es sich dabei um Fragen der aktuellen politischen Entwicklung handelt, über die auch unter realistischen und loyalen Kräften Unklarheit herrscht.“

531 Staatssekretariat für Kirchenfragen, Leitungsinformation vom 18.4.1988 zur Vorlage für die Dienstbesprechung am 25.4.1988, SAPMO BArch, DO 4/957.

532 Es gab 5 evangelische landeskirchliche Kirchenzeitungen in der DDR mit einer Gesamtauflage von ca. 150 000: „Die Kirche“ für Berlin-Brandenburg, die Landeskirche Greifswald, das Görlitzer Kirchengbiet und die Kirchenprovinz Sachsen (jeweils mit Regionalteil), „Der Sonntag“ im Bereich der Landeskirche Sachsens, „Glaube und Heimat“ im Bereich der Landeskirche Thüringens, die „Mecklenburgische Kirchenzeitung“ im Bereich der Landeskirche Mecklenburgs, die „Potsdamer Kirche“ im Bereich der Landeskirche Berlin-Brandenburg.

533 In einem Schreiben des Vorsitzenden der Konferenz des BEK, Werner Leich, an den Vorsitzenden des Ministerrates vom 28.4.1988 hieß es über die Beanstandungen des Presseamtes an der Berichterstattung der Kirchenzeitungen. „Dies betraf vor allem Berichte über die Ökumenische Versammlung ... in Dres-

nur für landeskirchliche Mitarbeiter und Dienststellen bestimmte Mitteilungsblatt des BEK-Sekretariats vom 20.12.1987 durfte auf presseamtliche Verfügung nicht ausgeliefert werden, weil es den inkriminierten Beschluss der Görlitzer Bundessynode zum Bericht der KKL (vgl. Abschnitt 4.19) enthielt. Auf staatliche Proteste gegen eine Veröffentlichung der Sicht Altbischofs Werner Krusche über die Wirkungsgeschichte des „6. März 1978“ reagierte die Kirchenleitung trotz ihres Unverständnisses darüber mit Selbstzensur der Nummer 12/1988 ihrer Zeitung „Die Kirche“, um „die gegenwärtige Situation nicht neuerlich durch das Nichterscheinen einer Zeitungsausgabe zu belasten.“⁵³⁴ Der Presseamtsleiter Kurt Blecha musste kurz darauf verärgert registrieren, dass in der Osterausgabe dieser Zeitung leere Spalten dem Leser die staatlichen Beanstandungen „provokatorisch“ verdeutlichten.⁵³⁵ Weil die Staatsgewalt weiterhin ihr Einspruchsprivileg durchsetzte und die an den Tag gelegte amtskirchliche Langmut offenbar in scharfen Gegensatz zum wachsenden Unmut der Leser zensierter Kirchenblätter geriet, missbilligte die KL schließlich im Juli 1988 in einem vor den Gemeinden verlesenen Informationsbrief an die GKR solche Zensureingriffe als schwere Belastung des Staat-Kirche-Verhältnisses.

Die Zerrüttung dieses Verhältnisses war nun unübersehbar. Trotz beachtlicher amtskirchlicher Demut gegenüber staatlichen Angriffen auf Gottesdienst und Kirchenpresse schien der „Weg des 6. März“ spätestens seit seinem 10. Jahrestag an sein Ende gelangt zu sein. Staatssekretär Gysi, dem die kirchenpolitische Kurswende durch den ZK-Sekretariatsbeschluss vom 14. Oktober 1987 (vgl. Abschnitt 4.19) und dessen Bekräftigung in Gestalt der Stellungnahme „zu prinzipiellen Fragen der Beziehungen zwischen Staat und Kirche“ vom 18.2.1988 (siehe oben) aufgezwungen wurde, sah sich zum Sündenbock für die Folgen dieser Kirchenpolitik gestempelt: Er wurde als vermeintlich Verantwortlicher für die entstandene Situation am 12.7.1988 auf Politbürobeschluss von seiner Funktion entbunden und durch Kurt Löffler, bisher Staatssekretär im Ministerium für Kultur, ersetzt. Löffler schien

den und Berichte über die Frühjahrssynoden der Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR. Die Entwicklung spitzte sich schließlich so zu, dass die ‚Mecklenburgische Kirchenzeitung‘ in ihrer Ausgabe vor Ostern nicht erscheinen konnte und ‚Die Kirche‘ in der Osterausgabe mit Auslassungen erschien. Die Ausgaben Nummer 16 der ‚Mecklenburgischen Kirchenzeitung‘, der Wochenzeitungen ‚Die Kirche‘, ‚Potsdamer Kirche‘ und ‚Glaube und Heimat‘ konnten zunächst nicht rechtzeitig ausgeliefert werden, und da die Berlin-Brandenburger Kirchenleitung auf eine ausgewogene vollständige Berichterstattung über die Synodaltagung der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg nicht verzichten konnte, erschienen die Nummern 16 und 17 der Wochenzeitungen ‚Die Kirche‘ und ‚Potsdamer Kirche‘ überhaupt nicht. Ebenso konnte Nummer 16 von ‚Glaube und Heimat‘ nicht mehr gedruckt werden. Die Nummern 16 und 17 der ‚Mecklenburgischen Kirchenzeitung‘ erschienen nach Korrektur verspätet. Derartiges ist seit fast zwei Jahrzehnten nicht mehr geschehen ... [Der] Leiter des Presseamtes beim Ministerrat, Herr Dr. Blecha [hat] in seinen Gesprächen mit den Herausgebern und Redakteuren ... Themenbereiche benannt, die in den Kirchenzeitungen nicht erwähnt werden dürften. Wir fragen an, was den Leiter des Presseamtes dazu befugt, derartig einschneidende kirchenpolitische Entscheidungen zu treffen. ... Die kirchliche Presse muss die Möglichkeit haben, über kirchliche Vorgänge wie Synodalverhandlungen und ihre Themen und über kirchliche Veranstaltungen wie die ökumenische Versammlung vollständig und uneingeschränkt zu berichten. ... Eine derartige Tabuisierung erscheint auch absurd, wenn sie bedacht wird im Kontext der übrigen auf die Bürger der Deutschen Demokratischen Republik einwirkenden anderen Medien.“ SAPMO BArch, DO 4/1062.

534 Aust 1998, S. 228f., S. 232.

535 Ebenda, S. 229.

für die Fortsetzung insbesondere der scharfen staatlichen Restriktionspraxis gegenüber der Kirchenpresse geeigneter zu sein. Trotz späteren bedingten Einlenkens der AG Kirchenfragen in der Angelegenheit des blockierten innerkirchlichen Mitteilungsblattes vom Dezember 1987 (siehe oben)⁵³⁶ und ungerührt von den ernsthaften Bemühungen des Generalsuperintendenten Krusche, etwa in Form seines Positionspapiers vom 11.12.1987 auf Kosten der Gruppen die Staatsmacht von amtskirchlicher Loyalität zu überzeugen (vgl. Abschnitt 4.21), blieb es von nun an bei dem staatlichen Generalverdacht, neben den Gruppen sei nun auch die verfasste Kirche eine Brutstätte von Opposition geworden. Selbst die KKL konnte mit ihrer Distanzierung vom Agieren der Berlin-Brandenburgischen KL auf ihrer Tagung im März 1988 daran nichts mehr ändern.⁵³⁷ So wurde auch die Berichterstattung der Kirchenzeitungen über die Frühjahrssynode der EKBB im April⁵³⁸ verboten – nur die „Umweltblätter“ nahmen es sich heraus, darüber zu berichten.

Der Versuch, über die Dessauer Bundessynode (vgl. Abschnitt 4.33) zu berichten, endete im September 1988 mit dem Verbot der Nr. 39/88 der Zeitung „Die Kirche“.⁵³⁹ Auch in der nächsten Ausgabe wurde die Redaktion in dieser Berichterstattung zu weitgehenden Ände-

536 Das Blatt durfte schließlich auf Beschluss Bellmanns in reduzierter Auflage im September 1988 nur an die innerkirchlichen Stellen verschickt werden. Zuvor hatte Löffler neben der lobenden Erwähnung des KL-Beschlusses der EKBB vom Juni 1988, welcher die Einrichtung des Kontakttelefons für die Basisgruppen verhinderte (vgl. Abschnitt 4.30), ausdrücklich die im August 1988 offenbar gewordene Bereitschaft der amtskirchlichen Verantwortlichen zur Selbstzensur in den beanstandeten Kirchenblättern hervorgehoben. Er bestand darauf, dass eine Freigabe des Mitteilungsblatts kirchlicherseits „als ein hochherziges Entgegenkommen des Staates gegenüber Leich und weiteren realistischen Kräften zu verstehen ist, die auf der bevorstehenden Bundessynode entsprechend auftreten wollen.“ Information vom 1.9.1988 über eine Bitte von Landesbischof Leich in Vorbereitung auf die Bundessynode der evangelischen Kirchen in der DDR, SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/19.

537 Vermerk zur Übergabe der Presseinformation des BEK über die Klausurtagung der KKL vom 11.3.–13.3.1988 durch Oberkirchenrat Ziegler am 14.3.1988 und Presseinformation des BEK Nr. 11/88, SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/41. Gemäß Auskünften von Oberkirchenrat Ziegler gegenüber seinen staatlichen Gesprächspartnern seien bei der KKL-Klausurtagung „die bekannten Aktivitäten in der Kirche Berlin-Brandenburg gegenüber Antragstellern und anderen Gruppen abgelehnt“ worden. Aus der Sicht von Kirchenpräsident Natho (Evangelisch-Lutherische Landeskirche Anhalt) „sei (man) in der Berliner Kirche zu liberal“, Forck habe „keine klare Haltung zur ‚Kirche im Sozialismus‘“ und „Stolpe wirke auch oft für seine Freunde etwas undurchsichtig“. Im Übrigen formulierte die BEK-Spitze ihre Vorbehalte gegen Vernetzung und politische Ausrichtung von KvU und AKSK, Aust 1998, S. 239f.

538 Dieses Verbot erfolgte, nachdem sich der KKL schon auf die Forderung des ZK-Sekretariats nach Ausschluss westlicher Medien von den anstehenden landeskirchlichen Frühjahrssynoden eingelassen hatte. Auf der EKBB-Synode kollidierte die Empfehlung Krusches, sich von den Gruppen abzugrenzen, mit der – wen auch keineswegs bedingungslosen – Parteinahme Bischof Forcks und Propst Furians für die Arbeit der kirchlichen Basisgruppen. So hielt Forck den Menschenrechtsgruppen vor, ihre DDR-Zentriertheit bei Betonung vor allem der individuellen Menschenrechte vernachlässige die Fragen der Gerechtigkeit namentlich angesichts der Verhältnisse in der Dritten Welt. Ebenda, S. 242ff. Die Einsprüche des Presseamts setzten sich fort in der Beanstandung von 5 Artikeln aus der Zeitung „Die Kirche“ Nr. 26/88 zu den Kirchentagen von Erfurt und Rostock. Beschwerde der KL der EKBB (Forck) vom 24.6.1988, SAPMO BArch, DO 4/1062.

539 „Es gab und wird keine Zustimmung für eine Kirchenzeitung geben, die sich zur politischen Tageszeitung profilieren möchte.“ Beratung bei Genossen Jarowinsky am 28.9.1988, SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/9.

rungen gezwungen und sogar Streichungen in einem Gebetstext verlangt.⁵⁴⁰ In Fortsetzung ihres „Pressekriegs“ sah sich die staatliche Seite, getrieben von dem mehr als übertriebenen Verdacht, nun bilde sich eine „vereinigte Opposition“ aus verfasster Kirche und oppositionellen Gruppen, schließlich veranlasst, offen die „Machtfrage“ zu stellen. Damit trug sie jedoch dazu bei, das Gespenst einer „Oppositionsfront“ der Realität um einen Schritt näher zu bringen, als es die wirklichen Verhältnisse vermochten: Zweihundert radikalere Leser der geschundenen moderaten Kirchenpresse aus dem Basisgruppenspektrum, nunmehr der kirchlichen Langmut gegenüber staatlicher Bevormundung müde⁵⁴¹, gingen am 10. Oktober 1988 für die Freiheit der Presse einer Amtskirche auf die Straße, welche zuvor (vgl. Abschnitt 4.31) die Gruppen so nachhaltig im Stich gelassen hatte. Natürlich war diese Straßendemonstration, die nahe dem Konsistorium durch brutalen Polizeieinsatz aufgelöst wurde⁵⁴², gleichzeitig eine Demonstration für die Pressefreiheit nicht nur kirchlicher Zeitungen und wurde staatlicherseits auch so verstanden. Die daraufhin für den 24.10.1988 anberaumte „Leserversammlung“ protestierender Aktivisten im Konsistorium wurde angesichts des westlichen Presseechos der Polizeimaßnahmen durch eine staatliche Freigabeverordnung für die kirchliche Berichterstattung über die zweite Session der ÖV (vgl. Abschnitt 4.33) „entschärft“. Trotzdem verzichteten die Sicherheitsorgane am Tag der Leserversammlung nicht auf ein drohendes Polizeiaufgebot. Die KL empfahl wegen des vermeintlichen staatlichen Entgegenkommens, auf weitere Leserversammlungen zu verzichten und erhielt die Quittung durch ein erneutes staatliches Zeitungsauslieferungsverbot Anfang November 1988. Inzwischen hatten sich die staatlichen Eingriffe seit Februar auf insgesamt 43 (davon 24 komplette Erscheinungsverbote) summiert.⁵⁴³ Der Staat verwies die fassungslosen Kirchenbeamten auf die „Machtfrage“ und sah in der Flut von Protestbriefen eine organisierte Provokation.⁵⁴⁴ Es verstand sich von selbst, dass die staatlichen Beschlagnahmeaktionen gegen die halblegalen Gruppenpublikationen namentlich bei deren Verteilung im öffentlichen Raum kontinu-

540 Brief Propst Furiens im Namen des Konsistoriums der EKBB vom 3.10.1988 an die Vorsitzenden der GKRe und die Pastorinnen und Pfarrer der EKBB, MDA 7.4., Reg.-Nr. 1225.

541 Schon am 11. Juli 1988 hatten der AKSK und die IFM gegen die Zensurmaßnahmen protestiert. Neubert 1997, S. 802.

542 Es wurden etwa 80 Demonstranten kurzzeitig festgenommen. Von dem „Schweigemarsch“, der vom Konsistorium zum Presseamt am Thälmannplatz führen sollte, wo die Demonstranten eine Protesterklärung gegen die Eingriffe in die Kirchenpresse übergeben wollten, wurde zuvor von „Kirche“-Chefredakteur Thomas, Furian und Stolpe vor Demonstrationsbeginn unter Hinweis auf bevorstehende Gespräche mit den staatlichen Stellen abgeraten. Mitteilung des Konsistoriums der EKBB vom 10.10.1988, MDA, 7.4., Reg.-Nr. 1200. Konsistorialpräsident Stolpe rief am 12.10.1988 in der Dienststelle des Staatssekretärs an: „Wir bedauern, dass es am Montag nicht möglich war, zu vermeiden, dass diese Aktion auf der Straße passiert ist. Wir danken für die Haltung der Staatsorgane ... Wir beurteilen den Einsatz der Sicherungskräfte nicht negativ, sondern die übereinstimmenden Berichte der Pfarrer, die dabei gewesen sind, sagen, dass Zurückhaltung und Absprachen möglich waren, um die Dinge nicht eskalieren zu lassen. Die Hektik ist durch die Medien entstanden. Das ist die Einschätzung hier, die in allen innerkirchlichen Gremien vertreten wird.“ Anruf von Konsistorialpräsident Stolpe am 12.10., 8.00 Uhr, zur Kenntnisnahme Gen. Jarowsky, SAPMO BArch, DO 4/999.

543 Neubert 1997, S. 802.

544 Aust 1998, S. 279.

ierlich fortgesetzt wurden.⁵⁴⁵ Der staatliche Druck auf die Herausgeber solcher Zeitungen wurde besonders außerhalb Berlins noch verstärkt. Im August 1988 intervenierte Hauptabteilungsleiter Heinrich vom SfK gegenüber Ziegler wegen sich häufender Rechtsverstöße. Für den Berliner Raum betrafen die staatlichen Einsprüche das Periodikum „Arche Nova“ seit seinem ersten Erscheinen, die „Wendezeit“ des Samariterkreises (wegen der Veröffentlichung „politisierender Themen“), die Zeitschrift „Kontext“ (gegen deren Herausgeber bereits Ordnungsstrafen ergangen waren) und (wie immer) die „Umweltblätter“.⁵⁴⁶

4.29 Konkret für Frieden und Menschenrechte 1988: Organisationsstatus des Friedensnetzwerks und die Lage der Wehrdienstverweigerer

Auch der 6. Session des Netzwerktreffens „Frieden konkret“ vom 26. bis 28. Februar 1988, diesmal in Cottbus, war schon äußerlich das Zeichen der dramatischen Berliner Ereignisse des Januar aufgeprägt: Der Tagungsort wurde von einem massiven Aufgebot von Sicherheitskräften förmlich belagert und es kam zu anhaltenden Personenkontrollen. Reflex der Januarereignisse war die Auseinandersetzung über die Frage, ob das inzwischen ausgeprägte Profil des Seminars als Arbeitstreffen der Basisgruppen zu inhaltlichen Fragen weiterhin das Selbstverständnis von „Frieden konkret“ bestimmen sollte, oder ob es sich künftig als politisch-organisatorische „Basissynode“ der Gruppen als reaktionsbereit gegenüber den raschen Entwicklungen im gesellschaftlichen Raum erweisen sollte. Letzteres setzte sich in Cottbus durch, was den Beifall Markus Meckels zeitigte⁵⁴⁷, jedoch nicht unwidersprochen blieb: So stand Reinhard Schult später in seinem Befund allgemeiner Ratlosigkeit und Verdrängungspraxis in der Opposition nach ihrer Niederlage im Februar 1988 der Cottbusser Tendenz skeptisch gegenüber: „Was wir an Organisationsformen haben, reicht aus. Wir sollten nicht in Organisationsspielereien verfallen. Die Friedensbewegung lässt sich nicht zentralisieren und Formen können nicht gemeinsame Inhalte und Aktionen ersetzen.“⁵⁴⁸ Allerdings gab es seit 1986 überall Regionaltreffen zur Vorbereitung des zentralen Seminars und der Fortsetzungsausschuss arbeitete kontinuierlich (wenn auch nicht zur Zufriedenheit aller Gruppen) als sein Gremium zwischen den Jahrestreffen. In Cottbus waren Vertreter von 250 Gruppen zugegen.⁵⁴⁹ Hans-Jochen Tschiche unternahm in seinem in Cottbus vorgelegten Positionspapier „Teilhabe statt Ausgrenzung“ (gleichzeitig das Motto des Netz-

545 So protestierten die Teilnehmer des Regionaltreffens der Basisgruppen von Berlin-Brandenburg für „Frieden konkret“ am 13.11.1988 gegen die Beschlagnahme der Publikationen „Umweltbriefe 7/88“ und „Blattwerk“ in Halle/Saale am 11.11.1988 „auf offener Straße“, MDA, 2.03., Reg.-Nr. 5209.

546 Vermerk des BEK-Sekretariats vom 17.8.1988 über ein Gespräch des HAL Heinrich mit BEK-Sekretär Ziegler am 16.8.1988 in der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen, zit. nach: Rüdtenklau 1992, S. 252ff.

547 Neubert 1997, S. 701.

548 Gewogen und zu leicht befunden. Versuch einer Einschätzung der Januarereignisse. Aufruf zur Diskussion, Friedrichsfelder Extrablatt, April 1988, S. 1ff.

549 Neubert 1997, S. 704.

werktreffens) den Versuch, sowohl die politischen Anliegen der Basisgruppen, als auch deren Verhältnis zu Kirche, Staat und Gesellschaft zusammenzufassen. Er verknüpfte die weltweite Dimension der Bedrohung durch Rüstungswettlauf, Umweltzerstörung und sozialer Ungleichheit mit dem Anspruch der Gruppen auf Teilhabe am innergesellschaftlichen Veränderungsprozess. „Die Gruppen wünschen in kritischen Situationen, die zu staatlichen Eingriffen führen, von den Kirchen nicht zuerst geheimdiplomatische Bemühungen und Teilnahme der kirchlichen Mandatsträger am Spiel der Mächtigen.“⁵⁵⁰ Bei der Abstimmung über Tschiches Vorlage zeigte sich, dass der hier vorgetragene konzentrierte politische Anspruch von Basisgruppenarbeit nicht dem Selbstverständnis der Mehrheit der in Cottbus anwesenden Gruppen entsprach, obwohl in einer der sieben Arbeitsgruppen dieser Anspruch noch zugespitzt wurde. Die Versammlung beschloss, die Statements der Arbeitsgruppen landesweit zur Diskussion zu verschicken und das Thema im Folgejahr erneut zu debattieren. Ebensovienig konnte sich die Vollversammlung über eine gemeinsame Stellungnahme zu den Berliner Ereignissen im November 1987 und im Gefolge der Luxemburg-Liebkecht-Demonstration einigen. Dagegen kam es zur Verabschiedung von folgenlosen gemeinsamen Erklärungen und Briefen zu Abrüstungsfragen (Vorschläge der einseitigen Reduzierung konventioneller Waffenpotentiale seitens der WVO und Denuklearisierung der DDR und ČSSR), zur Erweiterung der Möglichkeiten zur Teilzeitbeschäftigung und mit der Forderung einer Revidierung von Geheimhaltungsverfügungen betreffs Umweltdaten.⁵⁵¹

Die Situation der Wehrdiensttotalverweigerer in der DDR hatte sich seit der Verabschiedung des Appells der UNO-Menschenrechtskommission auf Anerkennung des Rechtes der Militärdienstverweigerung aus Gewissensgründen im März 1987 (die DDR enthielt sich der Stimme) verbessert. Der bereits 1986 in Berlin gegründete „Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerung“ verbreitete diesen Appell auf Flugblättern. Insgesamt führte der Kampf um das Menschenrecht auf Wehrdienstverweigerung in der DDR zu ansteigenden Zahlen sowohl bei den Bausoldaten als auch bei den Totalverweigerern. Inzwischen war ein ziviler Ersatzdienst sowohl in Polen als auch in Ungarn eingeführt worden. Auch die Amtskirche war auf BEK-Ebene durch den Beschluss der Görlitzer Synode von 1987 gehalten, die Wehrdienstverweigerung als „Ausdruck des Glaubensgehorsams“ und als Friedenszeugnis zu vertreten. Ebenso forderte die ÖV 1988 einen zivilen Ersatzdienst.

Angesichts dieser Entwicklung bemühte sich die Hauptabteilung XX im Mai 1988 um einen Überblick zu den Entwicklungstendenzen in der Wehrdienstverweigerer-Bewegung.⁵⁵² Allein die Momentaufnahme des quantitativen Sachstands war ernüchternd: Im April/Mai 1988 waren dem MfS 700 Wehrpflichtige bekannt, die den Wehrdienst generell verweigerten.⁵⁵³ Überdies waren 400 Übersiedlungsersuchende, die zu den Einberufungsüberprüfun-

550 Ebenda, S. 702.

551 Ebenda, S. 703.

552 HA XX, Information vom 19.5.1988 über Entwicklungstendenzen von Wehrdienstverweigerern, MfS, HA IX, ZA, Arch.-Nr. 8947, S. 183ff (weitere Angaben aus dieser Quelle).

553 Gemäß dem erhobenen Sachstand gab es im Jahr 1986 insgesamt 135 und 1987 136 Totalverweigerer, ein wesentlicher Teil von ihnen den „Zeugen Jehovas“ zugehörig. 1988 waren zum Erhebungszeitpunkt gemäß den Einberufungen vom 28.4. und 3./4.5.1988 schon insgesamt 700 Totalverweigerer bekannt. Überdies waren 1964–70 jährlich 400–600, 1970–75 jährlich 600–800 und 1975–80 jährlich ca. 900 Bausoldaten gezogen worden. 1980–87 waren dies jährlich schon ca. 1 200 (1986: 1.185). 1987 regist-

gen im Frühjahr 1988 ihre Verweigerungsabsicht erklärt hatten, wegen des Verdachts auf Totalverweigerung nicht einberufen worden und daher nicht als Wehrdienstverweigerer in Erscheinung getreten. Unter den 340 neu einberufenen Wehrpflichtigen mit Übersiedlungsersuchen leisteten 235 den Bausoldatendienst ab. 50 Wehrdienstverweigerer/Übersiedlungsersuchende, die am 29.4.1988 wegen Verstoßes gemäß § 43 Wehrdienstgesetz festgenommen wurden, seien am 2.5.1988 auf Grund einer zentralen Entscheidung aus der Haft entlassen worden. Die aktuelle Verfügung sah staatlicherseits keine strafrechtlichen Sanktionen bzw. nur befristete Ermittlungsverfahren vor.⁵⁵⁴ Das MfS betonte, dass diese staatliche Verfahrensweise bei den Neueinberufenen bisher nicht umfassend bekannt sei. Das MfS führte die steigenden Zahlen unter anderem drauf zurück, dass die Idee des SoFD seit 1987 kirchenoffiziell aufgegriffen wurde. Dies hatte 1987 auch auf der Görlitzer BEK-Synode in der Formulierung, Wehrdienstverweigerung sei ein „deutlicheres Friedenszeichen“, Ausdruck gefunden. Ebenso hatte Bischof Leich in seinem Gespräch mit Honecker am 3.3.1988 die Einführung eines SoFD gefordert. Unter den übersiedlungsersuchenden Wehrdienstverweigerern war dem MfS keine Gruppenbildung bekannt geworden. Im Jahre 1988 waren dem MfS 12 Regionalgruppen ehemaliger Bausoldaten (davon 2 in Berlin) bekannt, die seit 1987 rund 20 Veranstaltungen durchführten. Die Organisatoren von Bausoldaten-Regionalgruppen (für Berlin unter anderem Diakon Mario Schatta und Gerold Hildebrand) vermeldete das MfS alle als in OV bearbeitet bzw. unter operativer Kontrolle. Besonders aufmerksam verfolgte das MfS die seit 1986 begonnene Selbstorganisation der Totalverweigerer. Ein erstes Treffen fand 1987 mit 25 Teilnehmern statt. An einem weiteren Treffen der Totalverweigerer-Gruppen am 29.4.–1.5.1988 in Berlin-Schmöckwitz mit 41 Teilnehmern nahmen auch Personen aus Westdeutschland und Spanien teil. Das MfS registrierte 11 regionale Untergruppen, so in Berlin (15 Mitglieder), Erfurt, Gera, Karl-Marx-Stadt, Brandenburg und Wismar (jeweils 3–6 Mitglieder). Die Gruppen in Halle, Magdeburg, Cottbus, Dresden und Suhl bezeichnete das MfS mit seinen jeweils nur 1–2 aktiven Mitgliedern als noch nicht arbeitsfähig.⁵⁵⁵ Unter den operativ bearbeiteten Organisatoren von Totalverweigerer-Gruppen waren in Berlin die Diakone Frenzel, Postler und Synder, der Jugendwart Roepke sowie der „operativ bekannte“ Herbert Mißblitz. Das MfS fürchtete infolge inoffizieller Informationen die Bildung eines DDR-Vereins der Kriegsdienstverweigerer. Trotz gering entwickelter internationaler Kontakte waren beim Schmöckwitz-Treffen erste Absichten der Teilnehmer erkennbar, sich an internationalen Solidaritätsaktionen für inhaftierte Kriegsdienstverweigerer zu beteiligen. Die operative Bearbeitung der Totalverweigerer folgte der Maxime, deren bestehende Zusammenschlüsse in kirchliche Strukturen einzubinden, um so die religiösen gegenüber den politischen Motivationen der Totalverweigerer zu stärken. Damit war der Weg bereitet für staatliche Einflussnahmen auf kirchliche Amtsträ-

rierte das MfS 1 175 Bausoldaten und schätzte zum Erhebungszeitpunkt deren Zahl auf ca. 2 000 bis zum Ende des Jahres 1988. Seit 1984 war keine Zunahme von Erklärungen für den Bausoldatendienst mehr zu verzeichnen. Von da an lag die Quote stabil bei 1,1% des gemusterten Jahrgangs.

554 Es war in den letzten Jahren bereits üblich, Totalverweigerer nicht mehr einzuberufen und staatlicherseits auf Sanktionen zu verzichten.

555 Der bestehende „Freundeskreis Totalverweigerer“ in der DDR umfasste 1988 nach Erkenntnissen des MfS ca. 45 Personen. Zur gegenwärtigen Situation auf dem Gebiet der Kirchen in der DDR, Schreiben des Ministers (Mielke) an die Leiter der Dienstseinheiten vom 30.5.1988, MfS, Arbeitsbereich Neiber, Arch.-Nr. 365, S. 102.

ger und den Einsatz von IM in Richtung amtskirchlicher Disziplinierung der Gruppen. Ansonsten gedachte das MfS ordnungsrechtliche Maßnahmen im Falle von Veranstaltungen der Gruppen in privaten Räumen anzuwenden. Die operative Bearbeitung der 12 Regionalgruppen ehemaliger Bausoldaten und der 11 Untergruppen von Totalverweigerern in OV und OPK erfolgte in Zusammenarbeit der HA XX mit der HA I (Abwehrarbeit bewaffnete Organe) und der Zentrale Koordinierungsgruppe (ZKG), seit 1975 neben Fluchthilfesachen mit der Kontrolle und Eindämmung der Ausreisebewegung befasst. Die Zusammenarbeit mit der HVA, der HA II (u. a. Spionageabwehr) und mit anderen Dienstseinheiten (auch mit denen der befreundeten ausländischen Sicherheitsorgane) diente der Aufklärung und Unterbrechung bzw. Einschränkung von Verbindungen der Gruppen ins Operationsgebiet und in sozialistische Länder. Ansonsten orientierte das MfS auf die längerfristig zeitversetzte Übersiedlung von Wehrdienstverweigerern eingeordnet in den Rahmen der normalen Übersiedlung bis etwa September/Oktober 1988, also noch vor dem Termin der Herbststeinberufung.

Die Forderung nach „straffreier Glaubens- und Gewissensentscheidung gegenüber militärischen und paramilitärischen Ausbildungen sowie zur Wehrpflicht“ war auch Bestandteil einer Erklärung Oppositioneller zum 40. Jahrestag der Verabschiedung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte durch die Vollversammlung UN.⁵⁵⁶ Dieser Tag war auch das Gründungsdatum einer DDR-weiten „AG zur Situation der Menschenrechte in der DDR“, welche am 10.12.1988 zur Unterstützung der Sammlung und Veröffentlichung konkreter Menschenrechtsverletzungen in der DDR auf der Grundlage auch der von der DDR ratifizierten UNO-Konvention über zivile und politische Rechte und über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966 aufrief. Ebenso forderte die AG von der Regierung der DDR, das Fakultativprotokoll zur Konvention über zivile und politische Rechte zu unterschreiben, in dem unter anderem das Appellationsrecht eines einzelnen Bürgers bei internationalen Instanzen im Falle von Menschenrechtsverletzungen festgeschrieben war.⁵⁵⁷

556 Erklärung vom 8.12.1988 zum 40. Jahrestag der Verkündung der UNO-Menschenrechte. MDA, RHi, 1 2.1.3. Neuerlich wurden in dieser Erklärung die nach wie vor uneingelösten Forderungen nach Abschaffung der Zensur, auf Reisefreiheit, der Errichtung einer Verwaltungs- und Verfassungsgerichtsbarkeit, der Rechtsabsicherung nichtstaatlicher Vereinigungen, der Reform des Wahlrechts, nach Meinungsfreiheit ect. wiederholt. Unterzeichnet war die Erklärung unter anderem von Rudi Pahnke, Rainer Eppelmann, Mario Schatta und Bärbel Bohley. Vgl. auch MfS, ZKG/AKG, Arch.-Nr. 21/75, S. 6ff.

557 Diese wesentlich von Heiko Lietz (Güstrow) beförderte Initiative wurde in Berlin von der UB mitgetragen und deren Aufruf von Mitgliedern der IFM, der UB (Berlin), Mitgliedern des AKSK (Regionalgruppen Thüringen und Leipzig), der AG Menschenrechte Leipzig, dem AK Gerechtigkeit Leipzig und Mitgliedern des FK Naumburg unterzeichnet. MDA, 2.09. Seit dem 19.12.1988 (das Datum der Mitteilung 1 der AG) sorgte die Vereinigung für die Bekanntmachung von Repressionsakten namentlich in den Bezirken der DDR, wo bisher insbesondere die juristische Verfolgung von Oppositionellen weithin unbekannt geblieben war. So wurde die Verurteilung dreier Personen vom Kreisgericht Jena-Land am 15.12.1988 wg Rowdytum auf Bewährung bekannt, weil sie während des Besuchs von Ceaușescu in der DDR in der Nacht v. 17. zum 18.11.1988 in der Innenstadt von Kahlä Losungen für die Perestroika und gegen Ceaușescu gemalt hatten. Am 20.12.1988 informierte die AG über die Verhängung von Ordnungsstrafen gegen 5 Mitglieder des Ilmenauer FK wegen der Vervielfältigung bzw. Verteilung eines Statements zum Sputnikverbot in der Öffentlichkeit. 1989 berichtete die AG über Ordnungsstrafen, Strafbefehle auf Geldstrafen und das brutale Vorgehen der Polizei gegen ausreisewillige Demonstranten nach den Leipziger Montagsgebeten vom 12., 19. und 26. Juni sowie vom 3. Juli. Am 3.7.1989 berichtete die AG über die Verhängung einer Haftstrafe von 6 Wochen per Strafbefehl nach § 214 StGB ge-

4.30 Das Kontakttelefon – eine weitere unendliche Geschichte

Das Ringen um ein den Gruppen dauerhaft zur Verfügung stehendes durch die kirchlichen Strukturen geschütztes Kontakttelefon erlangte seit der deprimierenden Erfahrung des Umgangs der Kirchenleitung mit dem Kontaktbüro für die Solidaritätskampagne des Januar 1988 (vgl. Abschnitt 4.25) wachsenden Stellenwert. Beim Fürstenwalder Regionaltreffen war die Idee eines solchen schnellen Informationstelefon für die Gruppen untereinander, für Kontakte zur KL und den Gemeinden bereits befürwortet worden. Deshalb lud Ulrike Poppe als Berlin-Brandenburgische Regionalvertreterin des Fortsetzungsausschusses von „Konkret für den Frieden“ die Gruppen für den 31.5.1988 zu einer ersten Versammlung im Gemeindehaus der Andreas-Marcus-Gemeinde ein, zu der jede Gruppe einen Vertreter benennen sollte. „Neben einem Kuratorium für den ständigen Kontakt zur Kirchenleitung und der tragenden Gemeinde ist an eine ständige Vertreterversammlung aller interessierten und mitarbeitenden Gruppen gedacht, die schon zur Besetzung, Finanzierung und Informationsversorgung des Telefons nötig ist.“⁵⁵⁸ In diesem Sinne erfolgte am 31.5.1988 ein Vorstoß von 14 Berliner Gruppen bei der KL, und das Stadtjugendpfarramt legte auf Drängen der Koordinierungsgruppe, welche die Solidaritätsaktionen im Januar/Februar 1988 gelenkt hatte, einen Konzeptionsentwurf für dessen Betrieb vor.⁵⁵⁹ Klar war von Anfang an, dass nicht nur im „Alarmfall“ neuer staatlicher Übergriffe, sondern auch im „Normalfall“ der Gruppenarbeit das Informationsgefälle zwischen Berlin und der Republik ausgeglichen und die Kommunikation zwischen Gemeinden, Kirchenleitungen und Gruppen verbessert werden sollte. Eine Initiativgruppe für das Kontakttelefon (Marianne Birthler, Reinhard Weißhuhn, Christoph Singelstein u. a.) traf sich seit Juni 1988; Birthler (Mitarbeiterin im Stadtjugendpfarramt und AKSK) trug eine präzisierte Konzeption des Stadtjugendpfarramts auch auf der KL-Sitzung am 24. Juni vor. Die KL lehnte ab und begünstigte damit die bedingte Freigabe des staatlich blockierten kirchlichen Mitteilungsblattes vom Dezember 1987 (vgl. Abschnitt 4.28).⁵⁶⁰ Andererseits trug die KL mit dieser Ablehnung neuerlich dazu bei, das Verhältnis zu den Gruppen weiter zu ruinieren. Dies sollte sich auch im Vorfeld der Aktionswoche gegen die Westberliner IWF-Weltbank-Tagung weiter fortsetzen (vgl. Abschnitt 4.31). Das dritte Vertretertreffen von 14 Berliner Basisgruppen zum Telefonprojekt bat am 30.6.1988 den Fortsetzungsausschuss von „Frieden konkret“ um Unterstützung und beschloss, trotz der Behinderung durch die KL das Projekt fortzusetzen. Die Gruppen wurden aufgefordert, in frei gewählter Ausführlichkeit nun auf schriftlichem Weg Informationen

gen einen Eilenburger „Unkraut“-Redakteur, am 25.8.89 über die Inhaftierung zweier Antragsteller in Leipzig auf einer Gedenkdemonstration aus Anlass des 28. Jahrestags des Mauerbaus und am 2.9.1989 über die Verurteilung zweier öffentlicher Aufrufer zum Wahlboykott vom Mai 1989 am 7.8.89 nach § 214 (1) und (3). Ebenda.

558 Brief Ulrike Poppes an die Gruppen der Region Berlin-Brandenburg, o. D., MDA, 1.1.21., Reg.-Nr. 4239.

559 Ebenda (Anhang).

560 Löffler würdigte am 1. September 1988 in diesem Zusammenhang ausdrücklich die Verhinderung des von den Basisgruppen angestrebten „Kontakttelefons ... zur Koordinierung ihrer destruktiven Tätigkeit“ durch die KL der EKBB. Information vom 1.9.1988 über eine Bitte von Landesbischof Leich in Vorbereitung auf die Bundessynode der evangelischen Kirchen in der DDR, SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/19. Vgl. auch Aust 1998, S. 259f, Neubert 1997, S. 699.

über ihr Profil sowie Publikationen und die Arbeitsweise für einen „Gruppenwegweiser“ zur Verfügung zu stellen.⁵⁶¹ Schließlich gelang es im Februar 1989 doch, in der Gethsemanegemeinde die „Telefongruppe“ zu beheimaten. Das Kontakttelefon sollte dann bedeutsam bei der Organisierung der Demonstrationen am 7. und 8. Oktober und der Sammlung von Informationen über die hier zu verzeichnenden Übergriffe der Sicherheitskräfte werden.⁵⁶²

4.31 Der IWF-Kongress in Westberlin

Mitte der 80er Jahre rückten bei der wirtschafts- und politökonomisch interessierten Minderheit innerhalb der Opposition die Schuldenfallen-Politik des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank sowie Untersuchungen zur Verwicklung der Ostblockländer in die Ausbeutungsstrukturen der kapitalistischen Weltwirtschaft und den internationalen Waffenhandel verstärkt ins Blickfeld. Diskutiert wurden überdies die fehlenden Voraussetzungen und Bedingungen einer ansonsten nur akklamierten „gerechten Weltwirtschaftsordnung“. Ende 1987 begannen auch in Ostberlin die Vorbereitungen für Protestaktionen gegen die für September 1988 in Westberlin vorgesehene Tagung von Weltbank und IWF. Der FKFF hatte allerdings schon Anfang 1987 versucht, das Seminar „Frieden konkret“ auf dieses Thema hinzuweisen (vgl. Abschnitt 4.22). In der illegalen Gruppe um Reinhard Schult erfolgte die Befassung mit Themen im Umkreis des weltwirtschaftlichen Instrumentariums der führenden westlichen Industrieländer zur Kontrolle insbesondere der abhängigen und unterentwickelten Länder der dritten Welt und deren Ausplünderung schon sehr viel früher. Dies erfolgte im Kontext ihrer Zusammenarbeit mit Angehörigen der Westberliner Autonomen, die sich sehr langfristig auf die erwähnte Tagung vorbereiteten und in Westberlin führend an der Vorbereitung der dortigen Anti-IWF-Kampagne beteiligt waren. Sie sorgen auch für die Übermittlung von Informationsmaterial im Interesse der Beförderung von gemeinsamen Aktionen der linken Opposition in Ost und West gegen die Kerninstitutionen des international verflochtenen Finanzkapitals (vgl. Abschnitt 4.1.2). Die Kampagne in Westberlin und der BRD wurde getragen von einem breiten Bündnis aus Gewerkschaftlern, Dritte-Welt- und Kirchengruppen, einem beachtlichen Spektrum von linken Organisationen, Teilen der Grünen und der AL, Autonomen, Graswurzlern und Antiimps. Vermutlich nachdem den DDR-Sicherheitsorganen die exponierte Rolle der Westberliner autonomen Kooperationspartner der Gruppe Schult im Rahmen der Westberliner Kampagneorganisation bekannt wurde, erhielten erstere eine Einreisesperre und der Kontakt musste über andere Verbindungsleute aufrecht erhalten werden.⁵⁶³ Im April 1988 kündigten sie an, vor dem Kongress eine Liste der Ostberliner Hotels, in denen Teilnehmer des IWF-Kongresses untergebracht werden sollten, zu übermitteln.⁵⁶⁴ Herbert Mißlitz, Aktivist der KvU, des FKFF

561 Schreiben der „Telefongruppe“ an die Basisgruppen vom 27.8.1988, MDA, RSch8.

562 Templin/Weißhuhn 1999, S. 182, S. 187 (Fn).

563 Information der HA XX/2 vom 8.4.1988, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 10, S. 3. Möglicherweise erfolgte die Einreisesperre aber auch wegen der 1988 durch Spitzeltätigkeit bekannt gewordenen Verbindung der Gruppe zu den Autonomen.

564 HA XX/2, Bericht des IM „Andreas“ vom 15.4.1988, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 10, S. 3.

und der Gruppe Gegenstimmen nutzte seine Kontakte zur konspirativ arbeitenden „Gruppe demokratischer SozialistInnen“ (GDS) und deren Verbindung zu Trotzlisten im Westen zur Verbreitung von Informationsmaterial in der DDR über die weltwirtschaftlichen Aktivitäten von Weltbank und IWF sowie über die freiwillige und unfreiwillige Verwicklung osteuropäischer Länder in deren Machenschaften. Ein solcher Informationsdienst stand in der Tradition der Praxis undogmatischer antistalinistischer Linker im Westen, die im Gegensatz zu einer beträchtlichen Anzahl doktrinärer K-Sekten und anderer Kunstprodukte des antiimperialistischen Kampfes wirkliches Interesse an den Entwicklungen im Ostblock hatten und ihr „missionarisches“ Interesse hintan stellten. Beispiele für solche im Osten von der Opposition für nützlich erachteten und gern gelesenen Periodika waren die schon in den 70er Jahren erscheinenden Veröffentlichungen des „Sozialistischen Osteuropakomitees“, das „Osteuropa-Forum“ und das „Ost-West-Diskussionsforum“. Seit 1987 kursierten unter den DDR-Basisgruppen die auf Initiative von Jürgen Fuchs erstellten und später von Roland Jahm unterstützten Informationshefte „Dialog“. Dagegen zerfiel das Spektrum der linksradikalen Sekten in den Teil, der seine Gegnerschaft zu den Regimes des sowjetischen Blocks häufig an eine Parteinahme für die chinesische oder albanische Doktrin knüpfte und die von ihnen nicht missionierbaren Oppositionellen im Osten als Antikommunisten abbuchte, sowie jenen Teil, der sein Desinteresse an den wirklichen Verhältnissen im Osten in einer unkritischen Affirmation ihres „objektiven Verbündeten im antiimperialistischen Kampf“⁵⁶⁵ auslebte. Hierunter fielen auch Teile der „autonomen Kommunisten“ und der Antiimps. Unter den Angehörigen nominell antistalinistischer trotzkistischer Kleingruppen, häufig jedoch Spitzenreiter im Ranking stalinistisch verfasster innerorganisatorischer Befindlichkeit, gab es allerdings bedeutsame Ausnahmen, was sich auch in deren Mitarbeit in oben erwähnten Zeitschriften niederschlug.

Auf Grund solcher Verhältnisse konnte es zum Beispiel bezüglich einer Ablehnung der DDR-Opposition als „antikommunistisch“ oder „konterrevolutionär“ durchaus eine merkwürdige Allianz ansonsten heftig verfeindeter Maoisten, SEW/DKP-Parteigänger, gewisser Realpolitiker im Grünen Spektrum und antiimperialistischer Gruppen mit der offiziellen SED-Haltung geben. Trotz solcher nicht gerade seltener Erfahrungen⁵⁶⁶ kann dies jedoch nicht pauschal in Anschlag gebracht werden⁵⁶⁷ – auch nicht im Falle der Anti-IWF-

565 Aus der Sicht solcher Gruppen waren die nominalsozialistischen Länder nicht an den Ausbeutungsstrukturen der Dritten Welt beteiligt und seien als „Bollwerk gegen den Imperialismus“ gleichzeitig auch ein Schutzschild des Trikont.

566 Der vom Umweltzentrum Münster während der „Zionsaffäre“ 1987 (vgl. Abschnitt 4.20) beim westdeutschen Infoladentreff gemachte Vorstoß zugunsten einer Solidaritätserklärung für die inhaftierten UB-Drucker stieß auf mehrheitliche Ablehnung: Die UB sei eine antikommunistische Einrichtung, mit der man nichts gemein habe. Trotzdem erklärte sich eine Gruppe Berliner Autonomer solidarisch. Wolfgang Rüdtenklau, Die westdeutsche Linke und die DDR-Opposition, telegraph 4/1994.

567 Schon 1968 gab es im westeuropäischen linken Spektrum und insbesondere in der BRD/Westberlin eine breite Solidaritätskampagne im Zusammenhang mit der Okkupation der ČSSR und für in Osteuropa verfolgte Anhänger des Prager Frühlings. An den nach Biermanns Ausweisung und Bahros Inhaftierung 1976/77 im Westen entstandenen Solidaritätskomitees (so das Schutzkomitee „Freiheit und Sozialismus“ sowie das Bahro-Komitee) und deren Kampagnen, nahmen bereits Gruppen exilierter bzw. ausgebürgerter osteuropäischer Gegner des Stalinismus teil (aus der DDR die vorwiegend aus Jena in den Westen gezwungenen Fuchs, Pannach, Kunert, Hinkeldey, Markowsky, Sallmann, Kirstein u. a.). Dagegen verhielten sich Teile des liberalen und die Mehrheit des konservativen Spektrums gegenüber

Kampagne. Dagegen heißt es 1992 bei Rüdtenklaus über 1988 erfolgte Ostberliner Kontaktversuche zu westlichen Kampagnegruppen, dass dies „bei den westlichen Unterstützerguppen auf Ablehnung (stieß)“ und eine Zusammenarbeit mit systemkritischen Gruppen aus dem Osten bei Teilen der Autonomen, Antiimps und Realo-Grünen wegen deren Affinität zum staatssozialistischen Regime regelrecht abgelehnt wurde.⁵⁶⁸ Andererseits räumte er ein, dass der in Westberlin studierende Graswurzler Andreas Hauschild einige Male an Sitzungen des Ostberliner IWF-Kreises (siehe unten) teilnahm und ihm den Kontakt zur Anti-IWF-Gruppe Neukölln vermittelte, die den Wunsch der Ostberliner nach einer gemeinsamen Erklärung von IWF-Gegnern aus Ost und West aufgriff.⁵⁶⁹ Auch Neubert wiederholte 1997 Rüdtenklaus Einschätzung und verschärfte sie – allerdings ohne Angabe von Quellen oder konkrete Benennung von Sachverhalten: Er behauptete, dass auch „westdeutsche und Westberliner linke Gruppierungen als Träger der Aktionen gegen den IWF in Westberlin ... alles daran (setzten), die Proteste in Ostberlin zu verhindern oder ... den Ostberlinern ihre Unterstützung (entzogen), als es darum ging, die DDR, ihre Verflechtung und Nutznießung im Wirtschaftssystem, das sie ideologisch bekämpfte, kritisch zu betrachten.“⁵⁷⁰ Dagegen war Rüdtenklaus konkreter: Er räumte ein, dass die erwähnte „gemeinsame Erklärung von IWF-Gegnern aus Ost und West“ tatsächlich zustande kam (siehe unten), bemängelte jedoch, dass „das gesamte autonome Spektrum, das Ex, der Mehringhof, Schwarze Risse und Papiertiger“ bei den Unterzeichnern fehlte, weil letztere die Ostberliner Gruppen, unter anderem die UB, als antikommunistisch identifiziert hatten⁵⁷¹ und machte für diese Meinungsbildung ausgerechnet einen der beiden langjährigen Kontaktpartner der Gruppe Schult mitverantwortlich, der mit dieser Gruppe seit langen zusammenarbeitete und solche Vorbehalte überhaupt nicht teilte. Ansonsten bestätigte Rüdtenklaus: „Immerhin gab es neben der gemeinsamen Erklärung einen Austausch von Materialien und – besonders wesentlich für die Ostberliner Oppositionellen – Informationen, in welchen Hotels in Ostberlin am IWF-Kongreß teilnehmende Banker wohnten, wo sie sich in Ostberlin aufhielten und Besichtigungen durchführen wollten. Darüber hinaus gab es in der Folgezeit eine gewisse Entwicklung von Kontakten mit West-Linken, die überhaupt in der Lage waren, die Ost-Opposition zur Kenntnis zu nehmen.“⁵⁷² Hinsichtlich der Kontakte einiger Autonome zur Opposition in der DDR verhielt es sich allerdings so, dass diese Kontakte grundsätzlich konspirativ gehandhabt und aus Sicherheitsgründen nie auf Vollversammlungen thematisiert wurden. Um deren Kenntnisse über die tatsächlichen Verhältnisse in der DDR war es besser bestellt, als beim „Durchschnitt“ des linksradikalen Spektrums, die Autonomen insgesamt allerdings mit eingeschlossen. Die seit dem 1.5.1988 erscheinende autonome Zeitschrift „Interim“ hat später ausführlich über die Ostberliner Ereignisse während des IWF-Kongresses berichtet.

„kommunistischen Propagandisten“ wie Bahro und Biermann reserviert und beschränkten sich auf die Anklage „kommunistischer Willkür“ an die Adresse der DDR-Machthaber.

568 Rüdtenklaus 1992, S. 190.

569 Rüdtenklaus, Die westdeutsche Linke, telegraph 4/1994.

570 Neubert 1997, S. 742.

571 Der tatsächliche Grund war jedoch der, dass das autonome Spektrum in dieser Angelegenheit nicht gemeinsam mit der mitunterzeichnenden „reformistischen AL“ und den Grünen unter der Erklärung erscheinen wollte. Mitteilung von H. B. (autonomes Spektrum) an den Autor.

572 Rüdtenklaus, Die westdeutsche Linke, telegraph 4/1994.

Die autonomen Blätter haben überdies häufig die unsägliche Rolle einiger sozialistischer Länder im Trikont thematisiert.

Für die SED, stets beflissen um die Aufrechterhaltung der Fassade antiimperialistischer Solidarität mit den Unterrückten der Welt bemüht und für die staatsnahen amtskirchlichen Verantwortungsträger, zerrissen zwischen ihrer Loyalität zur Staatsmacht und dem Bekenntnis der Kirchen zur Parteinahme für die Leidtragenden von IWF-Diktaten in der Dritten Welt, waren solche Basisgruppenaktivitäten, die auch noch grenzüberschreitend stattfanden, äußerst suspekt. Die frühzeitige Bereitschaft der meisten Gruppen im Spektrum der DDR-Friedens-, Menschenrechts- und Dritte-Welt-Gruppen, sich in dieser Angelegenheit zu Wort zu melden, war ebenso offensichtlich, wie ihre Fähigkeit, dies mit einer Kritik auch des Agierens der nominalsozialistischen Länder im weltwirtschaftlichen Geschehen zu verbinden. Besonders aktiv bei der thematischen Arbeit und Öffentlichkeitsangeboten waren der FKFF, die Gruppe „Gegenstimmen“ und die KvU. Und selbst die IFM berichtete schon im März 1987 in ihrer Zeitschrift „Grenzfall“ über eine bevorstehende „Internationale Arbeiterkonferenz gegen die Zerstörungspläne des IWF und der EG“ in Caracas (Venezuela). Im Zusammenhang mit der IWF-Kreditpolitik, der abgestimmten Handelspolitik führender westlicher Länder und daraus folgenden sozialen Verelendungsprozessen in den armen Ländern sowie entstehenden Drucks auf die lohnabhängige Bevölkerung in den Metropolen hieß es: „Die Politik der realsozialistischen Länder läuft faktisch auf eine Integration in diesen Mechanismus hinaus.“⁵⁷³ In einem an gleicher Stelle und in gleicher Sache veröffentlichten Diskussionsbeitrag wurde auf die Mitgliedschaft Rumäniens, Polens und Ungarns im IWF und daraus erwachsender Folgen verwiesen⁵⁷⁴ und geschlussfolgert: „Die Arbeiter und Völker in Ost und West müssen zusammenfinden, gegen die Quelle der Angriffe, gegen die Herren in den Chefetagen des IWF, des GATT und der EG.“⁵⁷⁵

Im Herbst 1987 begannen in Berlin die ersten Anstrengungen zur Herstellung eines DDR-weiten Aktionszusammenhangs zum Thema Weltwirtschaft und IWF. Von Herbert Mißlitz organisierte Treffen von Interessenten an der Gründung einer „Weltwirtschaftsgruppe“ fanden am 22.9.1987 und am 26.10.1987 (letztere mit Beteiligung eines Vertreters der „Gruppe Demokratischer Sozialisten“/GDS) statt.⁵⁷⁶ Auf einem Werkstattwochenende der „Offenen Arbeit“ im Herbst 1987 machten Mitglieder dieses Initiativkreises mittels angefer-

573 Internationale Arbeiterkonferenz gegen die Zerstörungspläne des IWF und der EG, Grenzfall 3/1987, Reprint 1989, S. 40f.

574 Im hoch verschuldeten und sich mehr und mehr dem Westen ausliefernden Polen fehlte es inzwischen in einigen Bereichen an grundlegenden Bedarfsgütern; Ceauşescu hatte, um dieser Schuldenfalle zu entgehen, der rumänischen Bevölkerung zugunsten des Schuldendienstes und absurder Großprojekte ein noch erbarmungsloseres Spar- und Hungerregime auferlegt und in Ungarn, wo Arbeitslosigkeit bereits zum Alltag gehörte, waren andererseits die Lebensgrundlagen mitunter nur noch durch zwei gleichzeitige auszehrende Lohnarbeitsverhältnisse zu sichern. In der DDR wurden die Versorgungsmängel durch den Export der meisten hochwertigen Güter zu Dumpingpreisen in den Westen noch verschärft, um die Verschuldung zu bremsen.

575 Arbeiterkritik am wirtschaftlichen Ausverkauf, Grenzfall 3/1987, Reprint 1989, S. 41.

576 Wolf 2006, XLV. Kapitel, S. 2478; Herbert Mißlitz, Im Herbst der Bestie. Wie es 1988 zum Anti-IWF-Kongress im Osten kam. in: Bernd Gehrke/Wolfgang Rüdtenklau (Hg.), ... das war doch nicht unsere Alternative, Münster 1999, S. 107f.

tigter Ausstellungstafeln auf die Auswirkungen der IWF-Politik in der Dritten Welt aufmerksam.⁵⁷⁷ In der Gruppe „Gegenstimmen“ wurden am 1.12.1987 Arbeitskreise gebildet, welche in ihren Themenbereichen die eigenen Arbeitsergebnisse und eine zukünftige inhaltliche Kooperation mit anderen Kreisen zusammenführen sollten. Dies waren die Themenbereiche „Rolle der sozialistischen Länder in der Weltwirtschaft und einzelner Länder im IWF“ mit der Untergruppe „Außenwirtschaftsbeziehungen Ost-West und die Ost-Süd-Beziehungen“, „Politökonomische Analyse der Funktion des internationalen Kredit- und Bankensystems“ sowie „Krise der Weltwirtschaft und die Rolle der Dritten Welt“ mit der Untergruppe „West-Süd-Beziehungen mit besonderer Berücksichtigung Afrikas“. Auch hier war bereits der Vertreter der GDS einbezogen.⁵⁷⁸ Die Kontaktaufnahme mit einem oder mehreren Teilnehmern der Westberliner Anti-IWF-Kampagne erfolgte während eines Treffens am 22. Dezember 1987.⁵⁷⁹

Die nun angelaufene langfristige Vorbereitungsarbeit der Gruppen auf das bevorstehende Ereignis wurde 1987/88 für mehrere Monate durch die Offensive des MfS auf die UB und die Verhaftungen des Januar 1988 (vgl. Abschnitte 4.20 und 4.25) unterbrochen. Danach mussten die Sicherheitsorgane bezüglich der IFM feststellen: „Nach gegenwärtigen vorliegenden inoffiziellen Hinweisen soll sich die Gruppierung 1988 vor allem auf den Problemkreis ‚Internationaler Währungsfonds‘, ‚3. Welt‘ und Angriffe auf die ökonomische Entwicklung der DDR konzentrieren.“⁵⁸⁰ Allerdings kam es nicht zur Mitarbeit von IFM-Mitgliedern an der nun entstehenden Kampagnenstruktur.

Eine aus Mitgliedern von Dritte-Welt-Gruppen, des FKFF, Gegenstimmen, der UB und der KvU zusammengesetzte „Weltwirtschaftsgruppe“ (AG „Weltwirtschaft“) begann ab März 1988 mit der Vorbereitung des bevorstehenden Regionaltreffens der Berlin-Brandenburgischen Basisgruppen im April 1988 und eines für Juni in Potsdam geplanten DDR-weiten Seminars zu Problemen der Weltwirtschaft.⁵⁸¹ Dies wurde von Anfang an als Vorbereitung auf Aktionen und Veranstaltungen zum Westberliner IWF-Kongress im September verstanden.⁵⁸² Das erste Informationsmaterial zur Schuldenkrise war bereits im April

577 Mißlitz 1999, S. 105.

578 Planung der Arbeitsgruppen Weltwirtschaft/IWF vom 1.12.1987 (handschriftliche Aufzeichnung Reinhard Schult), MDA, 23.1.4.4.9.2.

579 Wolf 2006, XLV. Kapitel, S. 2481.

580 Sicherungssachstand zu den einzelnen Gruppierungen der politischen Untergrundtätigkeit, o. D., o. V.; vermutlich April 1988, verfasst offenbar in Vorbereitung auf den 1. Mai 1988, MfS, HA IX, ZA, Arch.-Nr. 8947, S. 123f.

581 Rüdtenklau 1992, S. 188. Das Treffen des Kerns der Arbeitsgruppe fand am 15.3.1988 statt. In Absprache mit Ulrike Poppe, die beim DDR-weiten Netzwerkseminar „Frieden konkret“ in Cottbus gerade als Regionalvertreterin der Berlin-Brandenburgischen Basisgruppen gewählt worden war, hatte es die Gruppe „Weltwirtschaft“ übernommen, dieses Thema für das bevorstehende Fürstenwalder Regionaltreffen vorzubereiten. Wolf 2006, XLV. Kapitel, S. 2482f. Zwei weitere Zusammenkünfte der Arbeitsgruppe im März in größerer Runde (ca. 15 Personen) dienten dann dessen Vorbereitung. Information vom 29.3.1988, Abteilung XX/4, IMB „Max“, Reg.-Nr. XV/1315/79, Band 4, S. 234ff.

582 Kreisdienststelle Friedrichshain, Information vom 21.4.1988 über eine Zusammenkunft der Gruppe „Internationaler Währungsfond“ am 19.4.1988, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 10, S. 12ff.

1988 zur Verteilung verfügbar.⁵⁸³ Beim erwähnten Basisgruppen-Regionaltreffen für „Frieden konkret“, am 9.4.1988 in Fürstenwalde, standen gemäß einer Vereinbarung des letzten Regionaltreffens das Thema „Weltwirtschaft“ und die bevorstehende Westberliner IWF-Tagung im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Das erwähnte von der AG „Weltwirtschaft“ herausgegebene Material „Die Schuldenkrise“ sowie ein Vorschlag für die thematische Arbeit wurden den Delegierten vom Vorbereitungskomitee des Regionaltreffens vorher zugestellt.⁵⁸⁴ Die auch in anderen Städten der DDR sich bildenden Initiativen nahmen miteinander Kontakt über eine Adressenliste (insgesamt 130 Adressen) auf.⁵⁸⁵ In Fürstenwalde kam es im Ergebnis der Arbeit an diesem Thema⁵⁸⁶ zur Verabschiedung eines „Offenen Briefes an die Gliedkirchen der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Kirchen in der DDR und deren Gemeinden“. Die Delegierten des Fürstenwalder Regionaltreffens wiesen darauf hin, dass im September IFW und Weltbank

„letztendlich mit ihren Beschlüssen beeinflussen (werden), wie viele Menschen hungern ..., welche Ausmaße die Arbeitslosigkeit annimmt, welche Länder weiter unter der Herrschaft von Diktatoren zu leiden haben, in welchem Umfang die weltumspannende Umweltzerstörung fortschreiten wird und, natürlich, welche maximalen Profite dabei herauszuschlagen sind. ... Auch die sozialistischen Länder sind direkt oder indirekt in die kapitalistische Weltwirtschaft eingebunden und von ihr abhängig. ... Die Bevölkerung der osteuropäischen IWF-Mitgliedsländer (Jugoslawien, Polen, Rumänien, Ungarn) aber auch der anderen RGW-Staaten leidet unter der Verschuldung. Zugleich wird versucht, die Schulden mit dem Überschuss aus dem Handel mit der 3. Welt abzudecken. Wir sitzen also mitten drin im Schuldenkarussell. Angesichts dieser Situation bitten wir sie im Vorfeld und während des Kongresses im September, diese Probleme in der Gemeindearbeit zu thematisieren und die Basisgruppen bei ihrer Arbeit zu unterstützen.“⁵⁸⁷

583 Abteilung XXII/8, Aktion „Störenfried“, Operativ-Information 123/849/88 vom 26.4.1988 zu Aktivitäten der sog. oppositionellen Friedensgruppe „Gegenstimmen“ zum im September 1988 stattfindenden IWF-Kongress in Westberlin, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 10, S. 24f. Das MfS mutmaßte hier erstmals (zutreffend) Verbindungen Ostberliner Akteure zum Westberliner autonomen Spektrum. Jedoch waren an der Abfassung des Materials zur „Schuldenkrise“ auf der Westseite Personen aus dem trotzkistischen Spektrum beteiligt. Der erste Entwurf dieses Materials wurde der Gruppe „Weltwirtschaft“ von Herbert Mißblitz am 18.2.1988 vorgelegt und in der Folgezeit von Mitgliedern der Gruppe mehrfach überarbeitet und durch eigene weitere Beiträge ergänzt. Die Endfassung wurde dann im Sommer 1988 in großer Stückzahl DDR-weit verbreitet. Wolf 2006, XLV. Kapitel, S. 2482; Reader „Die Schuldenkrise“, MDA, 7.3. 1409, Reg.-Nr. 1401.

584 Einladungstext an die Delegierten des Fürstenwalder Regionaltreffens, MDA, ER. 03b.

585 Mißblitz 1999, S. 110.

586 Zu hören war ein Vortrag von Thomas Klein, der mit Rückgriff auf Kondratjews „Theorie der langen Wellen“ der Konjunktur das voraussichtliche Scheitern jener Programme, die über Reformen des Schuldendienstes und teilweiser Schuldenerlasse die Schuldenkrise allmählich bewältigen sollten, vermutete. Ein zweiter Vortrag befasste sich mit der Charakteristik der damals eskalierenden Schuldenkrise. Der dritte Beitrag (gehalten von Wolfgang Wolf) betraf die sozialistischen Länder und die Länder der Dritten Welt, Wolf 2006, XLV. Kapitel, S. 2487.

587 Offener Brief der Delegierten des Regionaltreffens „Konkret für den Frieden“ in Fürstenwalde vom 9.4.1988 an die Gliedkirchen der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Kirchen in der DDR und deren Gemeinden, MDA, 7.3., Reg.-Nr. 1404.

Die Zusammenkünfte der AG „Weltwirtschaft“ am 19. April und 5. Mai 1988 dienten bereits der Vorbereitung des überregionalen Seminars Anfang Juni in Potsdam. Hier wurden jedoch auch bereits mögliche Aktionen im öffentlichen Raum während des IWF-Kongresses im September diskutiert, die parallel zu den Protesten der Anti-IWF-Kampagne in Westberlin stattfinden sollten.⁵⁸⁸ Das Seminar in Potsdam-Babelsberg vom 3. bis 5. Juni 1988 gipfelte in der „Potsdamer Erklärung zur IWF/Weltbanktagung 1988“: Hier hieß es zu den Ursachen jener Verhältnisse, welche im Trikont die „Länder heute in ständiger Abhängigkeit hält und immer größere Teile ihrer Bevölkerung in wachsende Armut drängt“:

„Das Krisenmanagement von IWF, Weltbank und der Finanzexperten des von ihnen berufenen ‚Pariser Club‘ mit Umschuldungen, Neukrediten und Einzelfallbehandlung der Schuldenländer festigt diese Abhängigkeit und verschärft die Krise. Der IWF und die Weltbank sind Instrumente des Internationalen Finanzkapitals, Mittel zur Aufrechterhaltung der mörderischen Struktur der kapitalistischen Weltwirtschaft. Die Folgen sind bekannt: hunderte Millionen Hungertote, soziale und ökologische Verwüstung nie gekannten Ausmaßes und die sich aus all dem ergebenden ins Unermessliche gehenden Flüchtlingsströme. Die jüngsten Entwicklungen in Jugoslawien, Polen, Ungarn und Rumänien verdeutlichen, dass auch realsozialistische Länder durch ihre unbewältigten wirtschaftlichen Probleme in den Sog von Entwicklungen auf dem internationalen Kapital- und Geldmarkt geraten. Der direkte und indirekte Druck von IWF, Weltbank und großer Privatbanken ruft auch in solchen Ländern bevölkerungsfeindliche Maßnahmen auf den Plan. Die mit der Kreditvergabe verbundenen Empfehlungen oder Auflagen gegenüber diesen Ländern sind im Kern dieselben wie die IWF-Diktate gegenüber verschuldeten Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas, wie z.B. Verbesserung der Investitionsbedingungen insbesondere für das ausländische Privatkapital, drastische Einschränkungen im Sozialbereich und der Abbau von Subventionen, unter anderem für Grundnahrungsmittel. Die Folgen sind Preiserhöhungen, Arbeitslosigkeit, Lohnstop, welche heute große Teile der Bevölkerung vieler betroffener Länder unter das Existenzminimum gedrückt haben. ... Deshalb unterstützen wir die sozialen und politischen Bewegungen in der ‚Dritten Welt‘ und in den Metropolen, die gegen das Machtkartell von Konzernen, Banken, IWF, Weltbank und Eliten kämpfen. ... Deshalb fordern wir von der Regierung der DDR, dass sie sich auf die Maxime internationaler Solidarität aus sozialistischer Verantwortung besinnt und die Praktiken dieser Mordmaschine anprangert. Wir erwarten, dass den Teilnehmern der Jahrestagung von IWF und Weltbank im September 1988 keine Unterstützung gewährt wird. Denn wir gehen davon aus, dass die Organisatoren dieser Jahrestagung die zuständigen Behörden der DDR um die Bereitstellung diverser Hotelplätze und Fuhrparks einschließlich des erforderlichen Sicherheitsaufwandes ersucht haben. Wir fordern alle politischen Verantwortlichen, alle gesellschaftlichen Kräfte und die Kirche der DDR auf, sich mit dem durch die rücksichtslosen Maßnahmen, u. a. von IWF und Weltbank in Armut gestürzten Teil der Weltbevölkerung zu solidarisieren. Wir rufen die genannten Kräfte dazu auf, alle ihre Möglichkeiten zu nutzen, um mit ihren spezifischen Mitteln alle Menschen in der

588 Information vom 21.4.1988 über eine Zusammenkunft der Gruppe „Internationaler Währungsfond“, Kreisdienststelle Friedrichshain, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 10, S. 12ff.

*DDR zu informieren und zu aktivieren, sowie eine Aktionswoche vom 23. bis 30. September 1988 zu gestalten. Potsdam, den 5. Juni 1988*⁵⁸⁹

Die ca. 150 Teilnehmer des Seminars äußerten sich in diesem Text korrespondierend zur „Fuldaer-Erklärung“, welche auf dem 11. Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen/Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) vom 28. bis 31. Mai 1987 in Vorbereitung auf die Anti-IWF-Kampagne verabschiedet wurde.⁵⁹⁰

Die AG „Weltwirtschaft“ begann nun mit der Vorbereitung eines weiteren DDR-weiten Seminars zum Agieren des IWF und der Weltbank, das während der angekündigten Aktionswoche stattfinden sollte. Die Zionsgemeinde versagte der AG auf Anfrage ihre Räume für dieses Unternehmen, jedoch stimmte der GKR der Friedrichsfelder Gemeinde unter der Bedingung zu, dass die AG sich zum Arbeitskreis des FKFF erklären solle, was auf der nächsten Sitzung der AG am 15. Juni auch umgehend geschah. Der FKFF wiederum übernahm kraft Beschluss seines Vorbereitungskreises vom 28. Juni die AG in ihre Struktur und die organisatorische Verantwortung für die Gestaltung der für September geplanten Aktionswoche in Friedrichsfelde. In diesem Zusammenhang wurde auch die Beantragung eines Pilgermarsches durch das Stadtzentrum und einer Mahnwache vor der Marienkirche während der Aktionswoche beschlossen. Am 23. Juni hatte der inzwischen gebildete und in Verantwortung des FKFF arbeitende Vorbereitungskreis für das Seminar mit der Planung des nächsten DDR-weiten Treffens der AG Weltwirtschaft in der Andreas-Marcus-Gemeinde begonnen und einen internen Verbindungskreis für Kontakte zu Kampagne-Teilnehmern im Ausland gebildet, dessen Existenz nicht bekannt gegeben wurde.⁵⁹¹ Die AG, formell nunmehr eine Arbeitsgruppe des FKFF, wandte sich in einem offenen Brief an alle Kirchgemeinden und Basisgruppen in der DDR, um diese unter Berufung auf die Potsdamer Erklärung aufzurufen, „mit den spezifischen Möglichkeiten ihrer Gemeinde- und Basisgruppenarbeit ... viele Menschen unseres Landes zu ... Protest und Suche nach Alternativen zu ermuntern“ und sich an einer landesweiten Aktionswoche im September zu beteiligen.⁵⁹²

Am 3. Juli und 19. Juli konkretisierte der Berliner Vorbereitungskreis bzw. die AG Weltwirtschaft die Planungen zum Ablauf und Inhalt von Seminar und Aktionswoche im September. Neben dem Pilgerweg (im Zusammenwirken mit dem Stadtjugendpfarramt) und der Mahnwache wurde die Anmeldung einer Demonstration vor der US-Botschaft oder der

589 Friedrichsfelder Feuermelder, Juni 1988. Eine gekürzte Fassung dieser Erklärung wurde in der Westberliner TAZ vom 27.1.1988 veröffentlicht.

590 Die Bundeskoordination Internationalismus (BUKO) war ein unabhängiger Dachverband, dem über 150 Dritte-Welt-Gruppen, entwicklungspolitische Organisationen, internationalistische Initiativen, Solidaritätsgruppen, Läden, Kampagnen und Zeitschriftenprojekte angehörten. Der Ursprung der BUKO, einer Vernetzungsplattform der bewegungsorientierten undogmatischen Linken, lag in den Solidaritätsbewegungen mit den Befreiungskämpfen im Süden.

591 Wolf 2006, XLV. Kapitel, S. 2491f.

592 Offener Brief an alle Kirchgemeinden und Basisgruppen in der DDR vom 14.6.1988, Arbeitsgruppe Weltwirtschaft im Friedenskreis der evangelischen Kirchgemeinde Friedrichsfelde. MDA, 7.3., Reg.-Nr. 133.

Marienkirche erörtert. Die Endfassung der Broschüre „Die Schuldenkrise“ sollte in einer 1000er-Auflage erscheinen.⁵⁹³

Die Gesamtheit solcher Planungen löste im SfK, im MfS und insbesondere bei den für die Kirche zuständigen Verantwortlichen des Berliner Magistrats erhebliche Nervosität aus. Hauptabteilungsleiter Heinrich lud am 17.8.1988 den BEK-Sekretär Ziegler in die Dienststelle des SfK vor und warnte ihn angesichts von den Staatsorganen bekannt gewordener Vorhaben der Basisgruppen in der Hauptstadt während der Westberliner IWF-Tagung, „dass die Regierung dafür sorgen werde, dass Ruhe und Ordnung nicht gestört werden könnten.“ Die IWF-Kongressteilnehmer, „internationale Repräsentanten“ und „Gäste der DDR“, würden „von staatlicher Seite geschützt“ und „alle Störversuche ... unnachsichtig und konsequent unterbunden“. Über Einzelheiten der dem Staat bekannt gewordenen „Inhalte der geplanten Aktionen“ kirchlicher Basisgruppen (die „Einrichtung eines Aktionsbüros“, ein „Seminar in Berlin-Friedrichsfelde“, eine „Demonstration durch die Hauptstadt, Mahnwachen vor Botschaften“) mochte der OibE Heinrich (offenbar aus Gründen des Quellenschutzes) den BEK-Sekretär allerdings nicht in Kenntnis setzen, obwohl er gleichzeitig die Aufsichtspflicht der Kirchen in ihrem Bereich einforderte.⁵⁹⁴ Trotzdem versicherte Ziegler gegenüber Heinrich die amtskirchliche Kooperationsbereitschaft.⁵⁹⁵

Inzwischen hatte der interne Verbindungskreis am 16.8.1988 den Entwurf einer gemeinsamen Erklärung oppositioneller Gruppen aus DDR, BRD und West-Berlin zu IWF- und Weltbank-Tagung im September fertig gestellt, die am 14.9.1988 Verbreitung fand.

„Im September 1988 findet in Westberlin die Jahrestagung von IWF und Weltbank statt. BürgerInnen und Gruppen aus beiden Teilen Berlins, aus beiden deutschen Staaten, haben sich auf ihre Weise darauf vorbereitet. Zu ihnen gehören auch die Unterzeichner dieser Erklärung, die sich trotz differenzierter Auffassungen innerhalb und zwischen den Gruppen in folgendem einig sind: Die Ende September 1988 in Ost und West stattfindende Aktionswoche richtet sich gegen IWF, Weltbank und Geschäftsbanken sowie ihre mörderischen Praktiken bei der Ausplünderung in allen Teilen der Welt ... Wir wenden uns gegen das kapitalistische Gesellschaftssystem, dessen Gesetzmäßigkeiten und Institutionen, die die gegenwärtige Weltwirtschaftsordnung bestimmen. Dieses System beruht auf Ausbeutung und verschärft daher die Gegensätze von arm und reich. Wir wenden uns auch gegen Strukturen in Ländern des realen Sozialismus, die die Völker dieses Teils der Welt den Wirkungen und Folgen der kapitalistischen Weltwirtschaft aussetzen und die Entwicklung alternativer internationaler ökonomischer Beziehungen verhindern. Wir haben gemeinsame Interessen, aber wir sind uns sehr wohl der Tatsache bewusst, dass deren Realisierung in Ost und West uns vor ganz unterschiedliche Aufgaben stellt. Wir wenden uns ent-

593 Wolf 2006, XLV. Kapitel, S. 2494f. Für die Herstellung der Ormig-Matrizen zur Vervielfältigung eines 31-seitigen Materials über den IWF wurde auch die Computer- und Drucktechnik des VEB Möbelkombinat Berlin (Arbeitsstelle von Thomas Klein) genutzt. Bericht des IM „Andreas“ vom 8.6.1988, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 10, S. 33.

594 Vermerk des BEK-Sekretariats vom 17.8.1988 über ein Gespräch des HAL Heinrich mit BEK-Sekretär Ziegler am 16.8.1988 in der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen, zit. nach: Rüdtenklau 1992, S. 255f.

595 Aust 1998, S. 264.

*schieden gegen jeden Versuch, unsere Kritik am jeweiligen eigenen System in eine Befürwortung des anderen Systems zu verfälschen.*⁵⁹⁶

Gerade INKOTA sorgte für eine beachtliche Verbreitung dieser Erklärung in der DDR. Angesichts der sich abzeichnenden Entwicklung beschränkte sich die staatliche Seite darauf, den Schutz „ihres“ öffentlichen Raums unter Rückgriff auf administrative Verfügungen vorzubereiten und im Übrigen auf die Kooperationsbereitschaft der Amtskirche zu hoffen – und dies nicht vergeblich, wie sich bald zeigen sollte. Auf das drohende ideologische Desaster für Staat und Partei hinzuweisen, welches sich abzuzeichnen begann, blieb dem eifrigen und sensorisch begabteren Hanfried Müller vorbehalten. Müller wandte sich am 10.9.1988 an den Staatssekretär für Kirchenfragen mit der Befürchtung, dass der Zorn in den Gruppen über die bisherige Politik des IWF und die Solidarität der Gruppen mit den in der Schuldenfalle gefangenen Ländern anlässlich der bevorstehenden IWF-Tagung zu Konflikten im Sinne des § 221 StGB mit Ordnungskräften führen könnte. Er bemängelte, dass die bisherigen staatlichen Informationen über den IWF spärlich seien: „Wo wir nicht arbeiten, arbeitet der Gegner oder doch zumindest andere.“ Dagegen sei die Ökumene hier höchst aktiv (im progressiven Sinne) und da Widerstand und Protest gegen IWF und Weltbank politisch geboten scheinen, wäre es andererseits politisch fatal, wenn der Schutz der ausländischen Tagungsteilnehmer lt. § 221 in Berliner Interhotels durch Sicherheitskräfte als Schutz dieser IWF-Politik erschiene. Die einzige Möglichkeit zur Minderung dieser Gefahr sah Müller in einer öffentlichen Positionierung in den Massenmedien zur „Schuldenfalle des IWF“ und öffentlichen Protesten der FDJ gegen die Verelendungspolitik des IWF „Angesichts einer solchen Demonstration würden sich etwaige Versuche, unter dem Schein antikolonialer Solidarität die Ruhe von Hotelgästen und damit unsere öffentliche Ordnung zu beeinträchtigen, von selbst als disziplinwidrige Störung einer politischen Kampfdemonstration darstellen. ... Zum Beispiel wüsste ich als Herausgeber der im Auftrag der Kirchlichen Bruderschaft/Weißenseer Arbeitskreis zwanglos erscheinenden Mitteilungsbrochure ‚Weißenseer Blätter‘ im Unterschied zu den Vorgängen um ‚Grenzfall‘, ‚Umweltblätter‘ und ‚Luxemburgdemonstration‘ im letzten Winter nicht, wie ich gegen in diesem Zusammenhang auftretende Chaotengruppen argumentieren könnte, wenn mir die Beweise dafür fehlten, dass das, was sie vorgeblich wollen, wirksamer und ernstlich von unserer sozialistischen Gesellschaft insgesamt vertreten wird.“ Müller gab seiner Erwartung Ausdruck, „dass etwa unvermeidliche Konflikte unter günstigeren Bedingungen gelöst werden können als zum Beispiel einst der ‚Schwerter-zu-Pflugscharen-Streit‘.“

596 Erklärung oppositioneller Gruppen aus DDR, BRD und West-Berlin zu IWF- und Weltbanktagung im September, Berlin, den 14. September 1988, MDA, 7.3., Reg.-Nr. 5339 und TAZ vom 15.9.1988. Unterzeichnende Gruppen aus der DDR waren: AG Weltwirtschaft, Gegenstimmen, Umwelt-Bibliothek, Nicaragua AG 19. Juli, Ökokreis Finsterwalde, Gruppe Demokratische SozialistInnen, Kirche von Unten (Berlin), DDR-weite Vollversammlung der Kirche von Unten, Friedenskreis Friedrichsfelde, Mitglieder der Initiative für Frieden und Menschenrechte, Terra Unida Potsdam, Friedenskreis Weißensee, Geschlossene Gesellschaft Dresden und Sympathisanten. Aus der BRD und Westberlin unterzeichneten: Anti-IWF-Gruppe Neukölln, Stadtteilladen Lunte Berlin, Büro für ungewöhnliche Maßnahmen, Asta der FH für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (FHSS) Berlin, StuPa der FHSS, Antifaschistische Hochschulgruppe der FHSS, Infoladen 3. Welt, Bildungs- und Aktions-Zentrum Dritte Welt e.V., Internationalismusreferat der FU Berlin, Netzwerk Selbsthilfe e.V., Alternative Liste Berlin, Graswurzelgruppe Berlin, Friedenszentrum Martin-Niemöller-Haus Berlin, Die Grünen, Die Grünen im Bundestag, Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen.

Dieser ebenso wohlmeinende wie besorgte Ratschlag wurde vom neuen Staatssekretär Löffler offenbar ratlos nach oben an seinen ZK-Sekretär Jarowinsky weitergereicht: Er bat, (wie sich zeigte, erfolglos) Müllers Vorschläge zu prüfen und über eine Reaktion auf Müllers Brief zu entscheiden.⁵⁹⁷ Dem Leiter der AG Kirchenfragen beim ZK, Rudi Bellmann, fiel nicht besseres ein, als seinen ZK-Sekretär Jarowinsky im Zusammenhang mit Müllers Schreiben davon zu unterrichten, dass alle Kreisleitungen der SED durch die Berliner Bezirksleitung „darauf orientiert (wurden), Sorge dafür zu tragen, dass öffentliche Aktionen – durch wen auch immer – unterbleiben“. Ansonsten wälzte Bellmann das Anliegen Müllers auf den Leiter der ZK-Abteilung Agitation, Heinz Geggel, ab.⁵⁹⁸

Ungerührt begann man sich seitens des MfS einschlägig auf den September vorzubereiten. Zunächst richtete es einen zentralen Operativstab ein. Dieser wies, die Erwartungen der Kongressgegner bestätigend, darauf hin, dass „als IWF- und Weltbankmitglieder ... auch Vertreter der VR Polen, der SR Rumänien, der UVR, der SFRJ und der VR China teil(nehmen). ... Teilnehmer dieser Internationalen Jahrestagung werden ... im Hotel ‚Metropol‘, ‚Grand-Hotel‘ und im ‚Palasthotel‘ in der Hauptstadt der DDR, Berlin untergebracht. Exkursionen in den Bezirken finden eventuell statt. Der Transport von und nach Berlin (West) erfolgt mit hoteleigenen Bussen und PKW sowie Bussen des Reisebüros der DDR.“ Unter Hinweis darauf, dass „linke und linksextremistische Kräfte aus der BRD Berlin (West) seit Bekanntwerden der geplanten Jahrestagung langfristig ein gegen den IWF und die Weltbank insgesamt und insbesondere ihre Jahrestagung in Berlin (West) gerichtete Kampagne organisiert“ hatten, bestand das MfS auf einer Fernsteuerung der in Ostberlin stattfindenden Veranstaltungen: „Operativ bedeutsam ist insbesondere, dass antisozialistische Kräfte auch sozialistischen Staaten eine Mitschuld an der Lage in den Entwicklungsländern unterstellen, der DDR der Unterstützung der Jahrestagung in Berlin (West) durch Bereitstellung von Übernachtungsmöglichkeiten bezichtigen und versuchen, auch in der DDR bestimmte Aktivitäten auszulösen und dazu feindlich-negative Kräfte zu inspirieren.“⁵⁹⁹ Insbesondere gedachte man, die dem internen Vorbereitungskreis am 26.7. angekündigte Teilnahme von Kampagnemitgliedern aus dem Westen an der Aktionswoche im Osten zu verhindern. Generalmajor Kienberg, Leiter der Hauptabteilung XX, schickte am 16.9.1988 die gerade erschienene oben erwähnte gemeinsame Ost-West-Presseerklärung an die entsprechenden Dienststellenleiter der Bezirksebene. Hinweise über „eine Vollversammlung der Arbeitsgruppe ‚Weltwirtschaft‘ in der Kirchgemeinde Berlin-Friedrichsfelde am 11.9.1988, an der auch einzelne Teilnehmer aus verschiedenen Bezirken der DDR teilnahmen ... bestätigen, dass operativ bekannte Untergrundkräfte an ihrem Vorhaben festhalten, durch eine ‚Aktionswoche‘ vom 23. bis 30.9.1988 analog zu den Anti-IWF-Aktionen in

597 Information von Staatssekretär Löffler an ZK-Sekretär Jarowinsky vom 19.9.1988 über ein Schreiben des erem. Prof. f. Theologie Hanfried Müller (Mitglied des progressiven Weißenseer Arbeitskreises in der EKBB und Hg. der „Weißenseer Blätter“) an Löffler; Anlage: Brief Müller vom 10.9.88. SAPMO BArch, DO 4/999.

598 Vermerk Bellmanns vom 21.9.1988 für Jarowinsky betr. Schreiben vom Müller, SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/21.

599 Information zur Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank vom 27.9. bis 29.9.1988 in Berlin (West) vom 29. August 1988, Zentraler Operativstab, MfS, HA VIII, Arch.-Nr. 6432, S. 126ff.

Berlin (West) in der Hauptstadt der DDR in Erscheinung zu treten. Durch die Organisatoren ist geplant, mittels Vervielfältigung und Verbreitung von ca. 2 000 Programmen und ca. 70 Plakaten ihre Absichten weiter zu popularisieren.“ Kienberg befahl, „Reisen, vor allem aus Regionalgruppen der KvU und ähnlichen Gruppierungen, vorbeugend (zu) verhindern ... Mit den für die als Unterzeichner der o. g. ‚Presseerklärung‘ aufgeführten Gruppen zuständigen kirchlichen Amtsträgern sind durch die Bereiche Inneres der örtlichen Räte Gespräche zu führen, in denen diese aufzufordern sind, sich von den verleumderischen und irreführenden, die DDR und andere sozialistische Länder betreffenden Inhalten dieser ‚Presseerklärung‘ zu distanzieren und disziplinierend auf die jeweiligen Gruppen einzuwirken ... Personen aus Berlin (West), der BRD und andere ausländische Bürger, die beabsichtigen, (sich) in der Hauptstadt der DDR an politischen Provokationen im Rahmen der ‚Aktionswoche‘ zu beteiligen, sind in der Zeit vom 22.9. bis 1.10.1988 zeitweilig in Einreisesperre zu stellen.“⁶⁰⁰

Den Rest erledigten andere Instanzen der Staatsmacht: Der Leiter der Sektion Kirchenfragen beim Magistrat, Dr. Mußler, verbot dem GKR Friedrichsfelde und dem Stadtjugendpfarramt als Träger des für den 25.9. beantragten Pilgermarsches dessen Durchführung im Interesse der zu schützenden Gäste vom IWF-Kongress.⁶⁰¹ Auch alle anderen beantragten Veranstaltungen im öffentlichen Raum (insbesondere die zeitgleich mit der in Westberlin vorgesehenen Demonstration) wurden untersagt. Daraufhin empfahl auch die Kirchenleitung den GKRen der zuvor durchführungsbereiten Kirchen, die geplanten Gottesdienste im Rahmen der Aktionswoche ebenso wie den Pilgerweg abzusagen, was auch geschah. Das Stadtjugendpfarramt protestierte und auch der Protest der im Stich gelassenen Berliner Gruppen gegen den amtskirchlichen Opportunismus war scharf und ging inhaltlich weit über seinen Anlass hinaus:

„Wir verkennen nicht die Tatsache, dass das Verbot zuerst von staatlichen Stellen ausging. Dennoch – oder gerade angesichts dessen – halten wir die Entscheidung [der Kirchenleitung, T. K.] für falsch und über den eigentlichen Anlass hinaus für verhängnisvoll.“

Das Anliegen des verbotenen Pilgerwegs stehe

„in unmittelbarem Zusammenhang mit dem konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung. ... Umso mehr ist von der Kirchenleitung zu erwarten, dass sie alle Ansätze zur Auseinandersetzung mit dieser Thematik fördert. Unabhängig von diesem konkreten Anlass betonen wir das Recht der Gemeinden und der Gruppen, sich mit ihren Themen an die Öffentlichkeit zu wenden. Die Kirchenleitung muss das Recht auf öffentliche Artikulation dieser Themen einfordern. Wo sie dies nicht nur unterlässt, sondern sogar kirchliche Veranstaltungen absagt, die die

600 Ergänzende Hinweise und Aufgabenstellungen zu geplanten feindlich-negativen Aktivitäten im Zusammenhang mit der Jahrestagung des „Internationalen Währungsfonds“ (IWF) und der Weltbank vom 27. bis 29.9.1988 in Berlin (West). Schreiben Generalmajor Kienbergs vom 16.9.1988 mit Anlage „Presseerklärung“ und Anlage „geplante feindlich-negative Aktivitäten auf dem Territorium der DDR“, MfS, HA IX, ZA, Arch.-Nr. 8947, S. 168ff.

601 Rüdtenklau 1992, S. 190.

*sem Anliegen dienen, macht sie sich in ihrem Bemühen um Ermutigung zu mündigem Verhalten in Kirche und Gesellschaft unglaublich.*⁶⁰²

Das Selbstbewusstsein, mit dem die Basisgruppen im Jahre 1988 Anspruch auf den öffentlichen Raum erhoben, widerspiegelt eine politische Entwicklung auch der gesellschaftlichen Randbedingungen in der DDR im Vergleich zu den frühen 80er Jahren, wo solche Ambitionen im Bewusstsein der dies damals schon einfordernden Gruppen die äußerste Herausforderung der auf Trennung von Staat und Kirche, Politik und Religion sowie ihr Monopol auf Öffentlichkeit beharrenden Staatsmacht darstellten. An solche Maßgaben sah sich 1988 höchstens noch die Amtskirche gebunden, doch auch dort hatten seit der Görlitzer BEK-Synode vom September 1987 erste Gegenbewegungen begonnen. Doch zunächst war die sich offensichtlich noch steigende Kooperationsbereitschaft der Amtskirche mit dem Staat zu Lasten der Gruppen geeignet, die Distanz letzterer zu beiden weiter zu verstärken.

Im Sinne des schon fortgeschritteneren Selbstverständnisses der Basisgruppen schritten die Aktionswochenteilnehmer am 25.9.1988 trotz der staatlich-kirchlichen Blockaden zur Tat: Der an diesem Tage trotzdem zustande gekommene Gottesdienst in der Sophienkirche glich allerdings mehr einer Kirchenbesetzung, weil die Aktionswochenteilnehmer unter Umgehung des gesperrten Haupttors auf das große Freigelände in der Sophienstraße über den rechtzeitig „entsicherten“ Südosteingang strömten, wo bereits Literatur- und Informationsstände aufgebaut wurden und einige „Besetzer“ verhinderten, dass das Tor durch Kirchenbedienstete wieder verschlossen wurde. Die Verhandlungen mit dem GKR zur Öffnung der Kirche gipfelten schließlich in einem Ultimatum zu ihrer gewaltsamen Öffnung. Schließlich erfolgte diese Öffnung und es fand ein improvisierter Gottesdienst statt. Der bis dahin auch den öffentlichen Raum tangierende Tumult hatte schließlich zu jenem öffentlichen Ärgernis geführt, welches der Staat durch Verbote zu verhindern getrachtet hatte.⁶⁰³ Trotzdem war dieses Ereignis kein Äquivalent für die unter staatlichem Druck verhinderten Vorhaben.⁶⁰⁴ Nicht verhindern konnten die Staatsorgane jedenfalls das von der AG Weltwirtschaft organisierte Friedrichsfelder Seminar am 24./25.9.1988⁶⁰⁵ mit Plenarvorträgen, Arbeitsgruppen, Diskussionen ect. Hier gab es neben den Vorträgen und Diskussionen für die Teilnehmer eine beachtliche Anzahl von Texten, die während der Vorbereitung dieses Seminars in der AG entstanden waren. Die Schwerpunkte der Wochenendveranstaltung waren die IWF-Politik und die Schuldenkrise (24.9.) und die Frage einer „alternativen Weltwirtschaftsord-

602 Offener Brief an die Kirchenleitung und an die Gemeindeleitungen der Zions-, Sophien- und der Golgathagemeinde vom 27.9.1988, MDA, 7.03., Reg.-Nr. 1414. Es unterzeichneten Vertreter des Friedenskreises Auferstehung, der Solidarischen Kirche Berlin, IFM, KvU, Lesben in der Kirche, des Friedenskreises Golgatha, Schwule in der Kirche, Die Arche, des Friedenskreises Gethsemane, Frauen für den Frieden, der Friedensgruppe PRO (Schöneweide) und des Friedenskreis Samariter.

603 Wolf 2006, XLV. Kapitel, S. 2502f.

604 In dem oben erwähnten offenen Brief an die KL und die drei Gemeindekirchenräte vom 27.9.1988 hieß es deshalb auch: „Der kurzfristig in der Sophienkirche anberaumte Gottesdienst kann nicht als adäquater Ersatz angesehen werden. In ihm war weder Raum für das breite Meinungsspektrum zum Thema noch konnte die mit dem Pilgerweg angestrebte Öffentlichkeit erreicht werden.“

605 Auch hier versuchte das MfS (HA XX/9) im „politisch-operativen Zusammenwirken“ mit der DVP die Träger der Friedrichsfelder Tagung einzuschüchtern. So erfolgte etwa im Falle Thomas Kleins am Vortag des Seminarbeginns eine Belehrung durch die VPI Pankow in Richtung drohender Verstöße gegen die Veranstaltungsordnung, MfS, HA IX, ZA, Arch-Nr. 8947, S. 173.

nung“ sowie die Rolle der realsozialistischen Länder in der Weltwirtschaft (25.9.). Staatlicherseits verlegte man sich auf die Beschickung dieses Seminars mit diversen „gesellschaftlichen Kräften“ sowie die Tolerierung einer Teilnahme der eingeladenen Gäste von der Hochschule für Ökonomie (Prof. Dr. Faulwetter) und der Humboldt-Universität (Dr. Müritz, Sektion Wirtschaftswissenschaften) in der Hoffnung, die Initiative an sich reißen zu können, was jedoch misslang. Die teilnehmenden Akteure der AG waren zu gut vorbereitet, die Möglichkeiten zur Verteidigung der weltwirtschaftlichen und binnenwirtschaftlichen Praxis in den realsozialistischen Länder zu dürftig und die „gesellschaftlichen Kräfte“ mit dem Thema überfordert.⁶⁰⁶ Das Tagungsmaterial des Wochenendseminars fand Eingang in einen Reader, der im Oktober 1988 zur Verteilung gelangte.

Auch im voll besetzten Gemeindesaal der Immanuelkirche gab es eine Veranstaltung zu Fragen außenwirtschaftlicher Beziehungen zwischen den realsozialistischen Ländern und den Entwicklungsländern bzw. zur Schuldenkrise.⁶⁰⁷ Ferner fanden während der Aktionswoche am 23.9. und 30.9. im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Künstler in Aktion“ Konzertveranstaltungen statt.⁶⁰⁸ In Berlin kursierten Flugzettel mit Tipps zur Lahmlegung der Telefonanlagen der Luxushotels, in denen die Kongressbanker abgestiegen waren sowie Hinweise auf das von der DDR diesen Gästen gebotene Kultur- und Unterhaltungsprogramm.⁶⁰⁹ Proteste gegen den „Service“ der DDR für die Tagungsteilnehmer erreichten (folgenlos) die zuständigen Einrichtungen.⁶¹⁰ Am 29.9. bewarfen am Pergamon-Museum 50 Basisgruppenakteure kulturhungrige Kongressteilnehmer mit Kleingeld. Die Teilnehmer der sich danach formierenden Demonstration in Richtung US-Botschaft wurden polizeilich zugeführt.⁶¹¹

Im Nachgang analysierte ein Referent im SfK die „Aktivitäten negativer Gruppierungen in der Hauptstadt im Zusammenhang mit der ‚IWF-Aktionswoche‘: Diese ‚versuchten durch das Aufgreifen von neuen Thematiken (z. B. Wirtschaftspolitik der DDR) neue Adressaten zu interessieren und aufzufordern, Probleme unserer Wirtschaftspolitik auch in unserem Lande stärker zu thematisieren.“ Bemerkenswert ist ein Kommentar aus der Dienststelle des Staatssekretärs zur „Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit“: „Im Bericht des Magistrats von Berlin ist u. a. folgende Feststellung enthalten: ‚Im Zusammenhang mit der förmlichen Beantragung von Protestdemonstrationen (‚IWF-Aktionswoche‘) aber auch andere

606 Rüdtenklau bemerkt hierzu bestätigend, dass der Einsatz der gesellschaftlichen Kräfte „von der Staatsicherheit selbst als Fehlschlag eingeschätzt wurde“ und „das herrschende Regime ... wieder einmal bis auf die Knochen blamiert“ war; merkt jedoch an, dass „angesichts des Mangels an Alternativen ... dies kaum ein Trost sein (konnte)“. Rüdtenklau 1992, S. 191. Neubert dagegen behauptet, das Seminar wäre „inhaltlich ein Fehlschlag“ gewesen „weil die SED zahlreiche zuverlässige Personen geschickt hatte.“ Neubert 1997, S. 742. Hier übertrifft Neuberts Vertrauen in die damalige Überzeugungskraft staatskonformer Agitatoren bei weitem die tatsächliche Bereitschaft der Teilnehmer des Seminars, deren „Argumenten“ zu folgen.

607 Wolf 2006, XLV. Kapitel, S. 2512. Hier ist nicht mehr rekonstruierbar, ob diese Veranstaltung am 27.9. oder am 29.9. stattgefunden hat. Vgl. auch vorläufiges Programm der Aktionswoche gegen IWF und Weltbank, MDA, 7.3., Reg.-Nr. 1400.

608 Ebenda.

609 MDA, 7.3., Reg.-Nr. 1408, 8780 und 1396.

610 So vom Friedenskreis Weißensee am 23.9.1988, MDA, 1.1.03.

611 Rüdtenklau 1992, S. 191.

Aktivitäten wird deutlich, dass kirchliche Kreise zunehmend bemüht sind, Rechtsvorschriften der DDR gegen die Politik des sozialistischen Staates zu nutzen.‘ Diese Aussage ist politisch falsch, denn das sozialistische Recht ist ein Mittel zur Durchsetzung unserer Politik. Die förmliche Beantragung ist ein legitimes Recht. Die Entscheidung darüber, ob derartigen Anträgen zugestimmt werden kann, eine ganz andere Sache.“⁶¹²

4.32 Ossietzky macht Schule: Schüler für Meinungsfreiheit und Friedfertigkeit

Der pazifistische Publizist Carl von Ossietzky war in der DDR hochgeehrt. Von den Nazis in Konzentrationslagern totkrank geschunden, galt er mehr noch im Osten⁶¹³ als im Westen⁶¹⁴ Deutschlands als Personifizierung aufrechten Friedenskampfes. Seine „Weltbühne“ erschien in der DDR weiter – politisch angepasst und natürlich ohne die pazifistische Tendenz des Blattes fortzusetzen. Straßen wurden nach ihm benannt, eine Berliner Abiturschule trug seinen Namen, der DDR-Friedensrat stiftete den Carl-von-Ossietzky-Friedenspreis. Derartig aufgesockelt, konnte man sich in der DDR wie im „Fall Luxemburg“ mit sicherer Flankendeckung am Beschweigen politisch unkorrekter und „problematischer“ Äußerungen dieses Nobelpreisträgers versuchen. Ossietzky passte weder in der DDR noch in Westdeutschland so richtig ins geschichtspolitische Weltbild und hatte hier seine Vereinnahmung und dort die misstrauische Distanz zu gewärtigen – wie auch sein Freund Tucholsky mit dem undiplomatischen pazifistischen Bekenntnis „Soldaten sind Mörder“. Dass jedoch im Oktober 1988 Strafrelegierungen und andere Schulstrafen gegen Oberschüler jener Berliner Schule, die Ossietzkys Namen trug, unter anderem wegen „pazifistischer Fehlhaltungen“ ausgesprochen wurden, war schon mehr als ein Menetekel makaberer politischer Rosstäuscherei, die den Namen „klassenmäßige Erziehung“ trug. Gerade auch außerhalb des Bereichs der renitenten Basisgruppen, in den Kernbereichen gesellschaftlicher Stabilitätszonen, zu der auch die Volksbildung und namentlich die dort geschulten Hochschulstudiumsanhäuf-

612 Aktuelle politische Entwicklungen und Tendenzen im Verhältnis Staat-Kirche/Leitungsinformation 5/88, Vorlage vom 28.10.1988 für die Dienstbesprechung am 31.10.1988, SAPMO BArch, DO 4/958.

613 „Ossietzky war in der Weimarer Republik einer der profiliertesten linksbürgerlichen Publizisten, der in seinen glänzend geschriebenen ‚Weltbühne‘-Artikeln mutig den Militarismus bekämpfte, den zur Macht strebenden Faschismus entlarvte, die Verratspolitik der rechten SPD-Führer geißelte und für Frieden und Demokratie eintrat.“ Deutsches Schriftstellerlexikon, Weimar 1963, S. 501.

614 „... die Verantwortungsethik demokratischer Journalisten darf sie die Grenze zur prinzipiellen Staatsfeindlichkeit nicht überschreiten lassen. Auf seine Art hat Carl v. Ossietzky mit der Weltbühne jedoch dazu beigetragen, die tief angeschlagene Republik noch weiter zu schwächen, ja durch seine von links ausgeübte Kritik, ohne Pardon zu geben, aktiv zu diskreditieren. Von der linken Weltbühne ging, mochte v. Ossietzky auch glauben, stets für die Republik zu kämpfen, schließlich eine tendenziell destruiende Wirkung aus ...“ Hans-Ulrich Wehler, Leopold Schwarzschild contra Carl v. Ossietzky. Politische Vernunft für die Verteidigung der Republik gegen ultralinke ‚Systemkritik‘ und Volksfront-Illusionen, in: ders.: Preußen ist wieder chic ... Politik und Polemik in zwanzig Essays, Frankfurt/Main 1983, S. 77–83.

ter gehörten, sollte die „Machtfrage“ während des sich verschärfenden innenpolitischen Spannungszustands klar beantwortet werden.

Die „Verfehlungen“ der Schüler begannen am 11. September 1988 mit dem Zeigen selbstverfertigter Plakate („Gegen faschistische Tendenzen“, „Neonazis raus“ – vgl. dazu Abschnitt 4.16) bei der Kundgebung für die Opfer des Faschismus auf dem Bebelplatz. Es folgten die unvermeidlichen polizeilichen Identitätsfeststellungen der vier beteiligten Schüler. Am nächsten Tag stellten zwei von ihnen der Schulöffentlichkeit ihre Sicht auf die Bedeutung der seit August in Polen sich ausweitenden Bergarbeiterstreiks vor, die inzwischen auch die Leninwerft, den Hafen, Verkehrs- und Industriebetriebe erfasst hatten: „Das Eingeständnis der katastrophalen sozialen Situation enthüllt die ökonomische Basis und damit die moralische Berechtigung der Streiks ... Wir meinen, dass eine Machtbeteiligung der Solidarność und anderer oppositioneller Kräfte unerlässlich ist.“⁶¹⁵ Ein anderer Schüler brachte am 14.9.1988 an gleicher Stelle in seinen Beitrag Zweifel an der Vereinbarkeit von Militärparaden wie der bevorstehenden am 7. Oktober mit dem friedenspolitischen Bekenntnis der DDR zum Ausdruck und sammelte Unterschriften. Der Ort dieser Meinungsäußerungen war eine Wandzeitung, genannt „Speakers Corner“ der Schule – sprichwörtlicher Platz der freien Rede, aber an der Ossietzky-Schule äußerst geeignet als Falle für Schaustücke revolutionärer Wachsamkeit. Die Einstellung der Unterschriftensammlung wurde verfügt und nach Absolvierung des Meldewegs für „besondere Vorkommnisse“⁶¹⁶ die 40 Namen enthaltende Liste am 17.9. eingezogen. Volksbildungsministerin Margot Honecker zog am 19.9. die Sache an sich. Von nun an bestimmten ihr Staatssekretär Werner Lorenz, die Bezirksschulinspektorin und Funktionäre der SED-Kreisleitung Pankow gemäß Margot Honeckers Vorgaben den Ablauf des Verfahrens. Die Richtungsweisung lautete: „Entlarvung der politischen Provokation als staatsfeindlichen Akt.“⁶¹⁷ Die SED-Bezirksleitung Berlin, geführt von Günter Schabowski, betrieb Rückversicherung hinsichtlich des von „ganz oben“ geführten Vorgangs, indem ihr Sekretariat die Pankower Kreisleitung anwies, eine „offensive Auseinandersetzung“ zu organisieren.⁶¹⁸ Die Eltern der Schüler, die den Wandzeitungsartikel unterzeichnet hatten, wurden (überwiegend erfolgreich) genötigt, ihre Kinder zur Rücknahme der Unterschrift zu bewegen. Die „Initiatoren“ wurden Einzelverhören unterzogen mit dem Ziel, Aussagen zu erhalten, die als Gründe für die geplanten Disziplinarmaßnahmen herhalten könnten. Im FDJ-Ausschlussverfahren wurde Benjamin Lindner von einem anwesenden FDJ-Kreisleitungsmitglied der „pazifistischen Plattformbildung“ bezichtigt.⁶¹⁹ Auf sein in der Grundorganisationsversammlung gescheitertes Ausschlussverfahren reagierte er mit dem FDJ-Austritt und wurde dennoch (statutenwidrig) auf Beschluss der Grundorganisationsleitung ausgeschlossen. Bei Katja Ihle, Philipp Lengsfeld

615 „So sehen wir das ...“ Anmerkungen zur derzeitigen Situation in der VR Polen. Wandzeitungsartikel von Benjamin Lindner und Shenja Wiens, in: Jörn Kalkbrenner, Urteil ohne Prozess, Margot Honecker gegen Ossietzky-Schüler, Berlin 1990, S. 16.

616 Eine solche Fallmeldung hatte über den Kreisschulrat, Bezirksschulrat, die SED-Kreisleitung schließlich an die Kreisdienststelle des MfS zu gehen. Im anhängigen Fall informierte die SED-Kreisleitung auch die Bezirksleitung.

617 Kalkbrenner 1990, S. 26.

618 Ebenda, S. 29f.

619 Ebenda, S. 37.

(Sohn von Vera Wollenberger) und Kai Feller kam die nötige Zweidrittel-Mehrheit für den Ausschluss zustande. Für alle vier war der FDJ-Ausschluss der Türöffner für die Einleitung eines Relegationsverfahrens, welches tribunalartig vom Direktor auf einer Schülerversammlung am 30.9. begründet wurde: Gruppenbildung, antisozialistisches und staatsfeindliches Verhalten, planmäßiges Vorgehen. Shenja Wiens und Georgia von Chamier verordnete man eine Zwangsumschulung, die anderen beteiligten Schüler erhielten Verweise. Nichtöffentliche Einwände von Lehrern gegen diesen „pädagogischen Vandalismus“ wurden mit dem Hinweis beantwortet, es handele sich um „Klassenkampf“. Der „himmlische Friede“ an der Ossietzkyschule wurde durch Forderungen von Mitarbeitern des MfS an Lehrer, jede Kontaktaufnahme mit den relegierten Schülern zu unterlassen, gefestigt.⁶²⁰ Alle bestraften Schüler bekräftigten in einer Erklärung ihre geäußerten Haltungen und Auffassungen, bezeichneten die gegen sie am 11. bzw. 13.10 vollstreckten Sanktionen als „großes Unrecht“ und bestritten die Wertungen ihres Verhaltens als staatsfeindlich und antisozialistisch.⁶²¹

Charakteristisch am ganzen Vorgang war, dass er auf Initiative von Verantwortlichen höchster Kommandoebene (Margot Honecker) im Verlauf seiner Entwicklung eine politische Aufladung erfuhr, woraufhin sein Ausgang noch vor Abschluss des Verfahrens feststand, während noch nach außen hin der Eindruck eines Entscheidungsprozesses erweckt wurde. Die Verwicklung der „Exekutoren“ in den Vorgang (hier: der Schuldirektor, Parteiinstanzen, FDJ-Funktionsträger, die Bezirksschulinspektorin) bestand in der Erledigung ihres Auftrags der Täuschung des Publikums über diesen Sachverhalt durch die Aufführung eines Theaters „demokratisch“ herbeigeführter Entscheidungen. Typisch war auch, dass dieses Theater sein Publikum in der Weise mit einschloss, dass jeder Bescheid wusste, ohne die Einzelheiten zu kennen und die Zuschauer Beifall klatschten, weil sie ansonsten selbst die Rolle des tragischen Helden zugewiesen bekämen. Dieses Gemisch aus Drohungen und Heuchelei hatte in allen gesellschaftlichen Bereichen in Gestalt solcher „Verkehrsformen“ Raum gegriffen.

Untypisch bei diesem Vorgang sollte jedoch der Umstand werden, dass nicht allein die auf solche Weise verwickelten Teilnehmer des klassenkämpferischen Schauspiels beteiligt blieben. Die Sache wurde auch in Kreisen publik, in denen eine konforme Rollenverteilung einschließlich zugehöriger Publikumsdisziplin nicht üblich war. Dies war nicht allein der Verwicklung Philipp Lengsfelds in die Angelegenheit geschuldet, sondern ebenso den Aktivitäten der Schriftstellerin Maja Wiens, die ihr bekannte Mitarbeiter oppositioneller Basisgruppen von den Ereignissen informierte. Neben ihren (natürlich zum Scheitern verurteilten) Interventionen über den Zentralrat der FDJ sorgte sie für die Erhöhung der politischen Unkosten des Strafverfahrens durch Kommunizierung der Angelegenheit im Schriftstellerverband. Dies trug dazu bei, dass unter den Absendern von Protestbriefen, die im Oktober in großer Zahl bei Margot Honecker, Kurt Hager, Günter Schabowski, bei der Gewerkschaft Unterricht und Erziehung im FDGB ect. eintrafen, auch einige prominente Schriftsteller (so Christoph Hein) waren, unter ihnen auch solche, deren parteitreue Gesinnung als über jeden

620 Ebenda, S. 56f.

621 Erklärung von Schülern der Carl-von-Ossietzky-Oberschule, o. D., 1988, ebenda, S. 57f.

Zweifel erhaben galt. Selbst Stephan Hermlin, Jan Koplowitz und Jürgen Kuczynski ergriffen Partei für die verfolgten Schüler.

Am 16.10.1988 machte Wolfgang Rüdtenklau in redaktioneller Eigenverantwortung auf der Grundlage von Informationen Reinhard Schults⁶²² in den „Umweltblättern“ das Vorgehen gegen die Schüler öffentlich.⁶²³ Diese Entscheidung war angesichts der hinter den Kulissen ablaufenden Geschehnisse vollkommen richtig und brachte zusammen mit der Ankündigung einer Informationsveranstaltung in der Zionsgemeinde für den 28.10.1988 die Partei- und Sicherheitsorgane sofort auf Touren. Pfarrer Simon, inzwischen mit weitgehenden Befugnissen gegenüber der UB ausgestattet, lehnte am 19.10.1988 die Aufforderung des Leiters des Sektors Kirchenfragen ab, auf Grundlage der neuen „Arbeitsordnung“ (vgl. Abschnitt 4.26) die „Umweltblätter“ zu verbieten. Auch Bischof Forck stellte sich eindeutig auf die Seite der Schüler, wie Generalsuperintendent Krusche am gleichen Tag dem Sektorenleiter Kirchenfragen Mußler melden musste.⁶²⁴ Der Bischof hatte Honecker am 18.10.1988 brieflich unter anderem zu bedenken gegeben, die Relegierung Philipp Lengsfelds erwecke den Anschein der nachholenden Abrechnung mit seiner Mutter. Diese Wertung gab auch Stolpe in seinem Brief an die GKR vom 20.10.1988 wieder, in dem er ansonsten um Unterrichtung im Falle eventuell geplanter über Fürbitten hinausgehender Aktionen in den Gemeinden bat.⁶²⁵ Krusche und Stolpe befürchteten zu Recht, erneut in Konfrontation mit dem Staat zu geraten, wobei Krusche angesichts der Haltung des Bischofs und voraussehbarer Proteste der Basisgruppen annehmen musste, innerhalb der KL mit seiner auf Staatsloyalität orientierten Linie nun in Schwierigkeiten zu kommen.⁶²⁶ Tatsächlich drohte Staatssekretär Löffler am Vorabend der Veranstaltung in der Zionskirche Krusche gegenüber, man sähe im Falle der Ausnutzung der Ossietzky-Ereignisse durch kirchliche Kräfte eine weitere Beeinträchtigung der Staat-Kirche-Beziehungen heraufziehen. Neuerlich sprach Löffler von der Lösung der „Machtfrage“. Krusche konnte vermelden, dass auf Empfehlung des gerade tagenden Buckower Ephorenkonvents die Absetzung der staatlich inkriminierten Veranstaltung in der Zionskirche beschlossen wurde, was die Kir-

622 Rüdtenklau 1992, S. 192.

623 Vier Schüler von Pankower Schule geschmissen! Vorabdruck aus den „Umweltblättern“ vom 16.10.1988, Privatarchiv des Autors. Dieser entgegen der Vorabsprache ohne Einwilligung der bzw. ohne Absprache mit den Betroffenen veröffentlichte Text brachte dem Autor heftige Kritik ein: Weil „bei der Darstellung der Vorgänge ... mit Zahlen und Fakten hantiert wird, diese aber überwiegend falsch sind“, bezeichnete Thomas Klein den Text als „trauriges Beispiel schlampigen und verantwortungslosen Journalismus“, woran der Einwand, den „Gang der Entwicklung insgesamt schon richtig wiedergegeben“ zu haben, auch nichts ändere: „Wer nicht auf dem Mond lebt, weiß, wie hierzulande die Verfügungsgewaltigen skrupellos die kleinste Blöße der Schwachen ausnutzen, um sie und ihr Anliegen als unglaubwürdig abstempeln und sich so selbst um so billiger der Auseinandersetzung zu entziehen. ... Leuchtet den Redakteuren nicht ein, dass die staatlichen Stellen ... damit nicht irgendwem, sondern den von ihren Maßnahmen Betroffenen unterstellen können, sie würden nun auch noch Falschdarstellungen in Umlauf bringen ...?“ Bezug nehmend auf in der Vergangenheit nicht seltene Vorfälle sinnentstellender Berichterstattung befürchtete Klein, die „Umweltblätter“ verstärkten so die Tendenz, „zur alternativen Bildzeitung herunterzukommen“. Thomas Klein, Wie macht man ein Unrecht öffentlich? Randbemerkungen zu einem Info der Umweltblätter, Privatarchiv des Autors.

624 Aust 1998, S. 280.

625 Kalkbrenner 1990, S. 75, Aust 1998, S. 281

626 Aust 1998, S. 280f.

chenleitung am 28.10. nochmals bekräftigte.⁶²⁷ Angesichts der ungerührt weiter laufenden Vorbereitungen des Solidaritätsgottesdienstes orientierte das MfS auf Fortsetzung des Drucks auf die Kirchenleitung zur Verhinderung der Veranstaltung, auf einen Sicherungseinsatz der Kreisdienststelle Mitte und auf die Verhinderung weiterer Solidarisierungseffekte im Schriftstellerverband.⁶²⁸ Schließlich schritten die Sicherheitsorgane am 28.10.1988 zur zeitweiligen Festnahme unter anderem von Reinhard Schult, Werner Fischer und Thomas Klein⁶²⁹, ohne damit die geplante Protestveranstaltung in der Zionskirche verhindern zu können. Diese wurde nun vor 300 Besuchern vom AKSK gestaltet. Die Verärgerung der Staatsorgane über die Erfolglosigkeit der Einschüchterung der Basisgruppenakteure äußerte sich in der Fortsetzung repressiver Maßnahmen auch gegen Protestierer außerhalb Berlins. Auch die Verstimmung der Kirchenleitung über die offene Ignorierung ihrer Maßgabe zur Absetzung der Protestveranstaltung durch die Basisgruppen war unübersehbar.⁶³⁰ Am 29.10.1988 protestierte die IFM in einer Erklärung.⁶³¹ Inzwischen gingen die ersten Protestbriefe aus der BRD und Westberlin ein, so vom Hauptvorstand der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft aus Frankfurt/Main und von der Carl-von-Ossietzky-Gesamtschule Berlin-Kreuzberg.⁶³² Die Angelegenheit weitete sich nun tatsächlich zum staatlicherseits gefürchteten Skandal aus. Als für den 4.11.1988 eine weitere Protestveranstaltung vorbereitet wurde, drohte Löffler am gleichen Tag gegenüber Stolpe, weitere amtskirchliche Duldsamkeit würde letztlich die Existenz der Kirche in Frage stellen.⁶³³ Das MfS wandte an diesem

627 Ebenda, S. 281f.

628 Geplante provokative Aktivitäten in der Hauptstadt im Zusammenhang mit Relegierungen in der Pankower EOS „Carl v. Ossietzky“, Abteilung XX, BV Berlin, 27.10.1988, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 10, S. 66f.

629 Gegen Thomas Klein wurde ein Prüfungsverfahren auf strafrechtliche Verantwortlichkeit eingeleitet. Die Hauptabteilung XX/9 begründete dies am 3.11.1988 rückblickend: „Er trat neben anderen Personen als Organisator und Inspirator feindlich-negativer Aktivitäten im Zusammenhang mit der Relegierung der 4 Schüler von der EOS „Carl von Ossietzky“ im September/Oktober 1988 in Erscheinung“. MfS, HA IX, ZA, Arch.-Nr. 8947, S. 173.

630 Nach Meinung von Aust fand dieser Ärger in der umstandslosen Absage einer geplanten Fortsetzungsveranstaltung des Forums „Die Zukunft unserer Kirche“ mit diesen Basisgruppen ihren Ausdruck. Aust 1998, S. 282. Dies trifft jedoch nicht zu, da die Absage dieser für den 3.11.1988 geplanten Veranstaltung durch Generalsuperintendenten Krusche und Bischof Forck schon am 15.10.88 in Namen der KL gemäß ihres Sitzungsbeschlusses vom 14.10.1988 erfolgte. Begründet wurde dies damals von der KL zum einen mit der Gruppenkritik an den Vorbedingungen der KL für dieses Gespräch. Zum anderen erfolgte die Absage wegen der komplizierten Lage „nach den Ereignissen um den Gottesdienst in der Sophienkirche am 25.9.88 im Zusammenhang mit dem IWF-Gipfel in Westberlin und dem durch Ordnungskräfte verhinderten Schweigemarsch kirchlicher Jugendmitarbeiter zugunsten der Kirchenzeitungen am 10.10.88.“ (vgl. die Abschnitte 4.31 und 4.28). Absage der Veranstaltung vom 3.11.88 von Krusche und Forck am 15.10.88 in Namen der KL, MDA, 1.1.21., Reg.-Nr. 4641 und MDA 6.1.3.3.2.1.1., Reg.-Nr. 1829. Vgl. auch den Brief Marianne Birthlers und Ulrike Poppes an die Gruppen, o. D., MDA RSch 8 und MDA, 1.1.21., Reg.-Nr. 8330.

631 Neben der Forderung einer Rücknahme der Maßnahmen wurde das Ministerium für Volksbildung einer dogmatischen Politik, die an die 50er Jahre erinnere, geziehen. Dies führe bei Jugendlichen zu Resignation, vermehrten Ausreisearträgen, verstärktem Alkoholmissbrauch, Jugendkriminalität und zunehmenden neonazistischen Tendenzen. Recht auf Bildung dürfe nicht von politischem Wohlverhalten abhängig gemacht werden. Erklärung der IFM vom 29.10.1988, MDA, 1.1.01., Reg.-Nr. 98.

632 Kalkbrenner 1990, S. 64.

633 Aust 1998, S. 283.

Tag zum zweiten Mal das Mittel der präventiven Zuführung an (unter anderem bei Uwe Bastian und Thomas Klein, bei letzterem unter Hinweis auf das andauernde strafrechtliche Prüfungsverfahren).⁶³⁴ Ebenfalls am 4.11.1988 ging vom Stadtjugendpfarramt eine detaillierte Schilderung der staatlichen Maßnahmen gegen die „Ossietzky-Schüler“ an die Adresse aller Berliner Gemeinden. Verbunden mit einem Protest wurden die Gemeinden dazu aufgerufen, während der Friedensdekade, in der Gemeinde- und Gruppenarbeit sowie in Gesprächen mit anderen Bürgern über die Vorgänge zu informieren, sowie das Thema „Volksbildung“ in der Gemeindearbeit zu diskutieren.⁶³⁵ Während die Gruppen noch vor der am 20.11.1988 in Aussicht stehenden nächsten Informationsandacht in der Erlöserkirche zu einem DDR-weiten Aktionstag für die Veränderung des DDR-Bildungs- und Erziehungssystems am 27.11.1988 aufriefen, versuchte sich Stolpe namens der KL mit Versuchen der Beschwichtigung des Gemeindevolks in der Hoffnung auf ein Einlenken des Staates. Den Gruppen war dagegen die Einsicht in den Sinn von weiteren Eingaben an den Staat oder Verhandlungen mit dem doktrinären Staat weitgehend abhanden gekommen. Tatsächlich demonstrierte dieser Staat am 19.11.1988 mit dem Verbot des sowjetischen Digest „Sputnik“ (vgl. Abschnitt 4.17) seinen Hoheitsanspruch auf alles, was „seine“ Bürger lesen, denken und vor allem äußern durften. Während Stolpe am 20.11. in der Erlöserkirche vor weiteren Gruppenaktionen warnte und den Dialog sowie kleine Schritte als Umgangsform mit der Staatsmacht empfahl, verlas Katarina Harich namens der KvU vor 900 Gottesdienstbesuchern den Aufruf der Gruppen zum DDR-weiten Aktionstag am 27.11.1988. Der Staatssekretär für Kirchenfragen reagierte am 21.11.1988 mit einem staatlichen Maßnahmenkatalog, „um den vorgesehenen ‚DDR-weiten Aktionstag‘ zu blockieren“. Hinsichtlich der „Rädelsführer der gegen den Staat gerichteten Aktionen ... sollten durch die zuständigen Staatsanwälte in Abstimmung mit der Bezirksleitung der Partei und den Genossen des Ministeriums für Staatssicherheit Gespräche über die strafrechtlichen Einschätzungen und Konsequenzen begonnen werden“.⁶³⁶ Umgehend empfahl Krusche in einem Rundbrief vom 23.11.1988 an die Superintendenten, jenen Aktionstag in ihrem Wirkungsbereich zu verhindern.⁶³⁷ Dies war vergeblich – trotz amtskirchlicher Obstruktion kam es in der ganzen DDR zum Aktionstag am 27.11. zu einer Reihe von Veranstaltungen zum Bildungssystem der DDR. In Berlin fanden solche Veranstaltungen in der Bartholomäus-, Erlöser-, Zions- und Gethsemanekirche statt. In die Proteste gegen die Schulstrafen und die Kritik am Bildungssystem mischten sich zunehmend kritische Noten an die Adresse der KL wegen ihres zwiespältigen Agierens während der „Ossietzky-Affäre“. Der Mediziner Prof. Jens Reich artikuliert mit seinen „Gedanken zu Schulstrafen“ in der Gethsemanekirche den weit verbreiteten Bevölkerungsunmut am reaktionären politischen Korsett, in das Schul- und Unterrichtssystem in der

634 Bei Klein wurde das Verdachtsprüfungsverfahren gemäß §§ 92 ff entsprechend einer Entscheidung der HA XX/9 vom 28.11.1988 am 29.12.1988 eingestellt, da „ausschließlich inoffizielle Informationen über feindlich-negative Aktivitäten erarbeitet wurden, die offiziell nicht verwendbar sind.“ Vermerk der HA XX/9 vom 30.11.1988 und Vermerk vom 29.12.1988, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 10, S. 98, S. 137f.

635 Offener Brief (gezeichnet von Marianne Birthler) vom 4.11.1988 an alle Berliner Gemeinden, Privatarchiv des Autors.

636 Information des Staatssekretärs Löffler vom 21.11.1988 zur Veranstaltung in der Erlöserkirche Berlin-Lichtenberg am 20. November 1988, SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/41.

637 Aust 1998, S. 286ff.

DDR eingezwängt war.⁶³⁸ Auch andere „Demonstrationen“ erfreuten sich damals außerordentlicher Beliebtheit – so fand bei Jugendlichen ein T-Shirt mit dem Aufdruck „Carl von Ossietzky – Das Risiko eine eigene Meinung zu haben“ weite Verbreitung. Es half nichts: Zunächst blieb die staatliche Seite konsequent bei ihren Entscheidungen. Die beabsichtigte einschüchternde Wirkung dürfte in den Schulen auf Kosten noch verbliebener Reste von politischer Akzeptanz staatlicher Wertsetzungen erzielt worden sein. Darüber hinaus war sie nahe Null.

Es war inzwischen zur Normalität geworden, dass in der Opposition über den jeweils konkreten Anlass von Protesten gegen staatliche Willkür oder bürokratische Verantwortungslosigkeit hinaus der gesellschaftspolitische Kontext solcher Konflikte entschlossen problematisiert wurde. Mit diesem Merkmal sich immer mehr beschleunigender Politisierung der Opposition musste die Konfrontation mit den Partei-, Staats- und Sicherheitsorganen immer schärfer ausfallen. Jedoch waren die Zeiten vorbei, in denen bei einer solchen Zuspitzung staatlicherseits erfolgreich mit verschärfter Repression Wirkung erzielt werden konnte. Mehr noch: Die in Aussicht genommene Verschärfung solcher Repressionen und Restriktionen selbst war staatlicherseits nicht mehr willkürlich steigerbar, mitunter noch nicht einmal mehr frei wählbar.

Später, im Juni 1989, nutzte die Volksbildungsministerin beim IX. Pädagogischen Kongress zum letzten Mal die Gelegenheit, öffentlich und unfreiwillig die Stagnation, Verkrustung und Wirklichkeitsverweigerung staatlicher Bildungspolitik zu demonstrieren. Deren Prinzip der Disziplinierung und Indoktrination als Voraussetzung „klassenmäßiger Erziehung“ forderte mehrere Berliner Gruppen dazu heraus, vom 9.–11.6.1989 zeitgleich zum Pädagogenkongress ein „Pädagogik-Seminar“ als Gegenentwurf durchzuführen. Gastgeber war die Gemeinde des FKFF, der die Organisation übernahm. Neben der Diskussion vielfältiger emanzipatorischer Alternativen zur staatlichen Schulmaschine verschloss man sich jedoch nicht der Einsicht, dass trotz der eingetretenen Krise staatlicher Verschulung dieses Bildungssystem in der Vergangenheit massenhaft „uninteressierte Aussteiger und angepasste Bürger“ produziert hatte. Im Seminar wurden „Vorschläge zur öffentlichen Diskussion über notwendige Veränderungen in der Volksbildung“ gemacht, so die Einrichtung von Interessenvertretungen der Schüler und des Fachs „soziales Lernen“, die Entwicklung einer „Pädagogik der Zusammenarbeit“ von Schülern und Lehrern sowie die Stärkung gesetzlicher Mitbestimmungsmöglichkeiten der Elternvertretungen.⁶³⁹

638 Jens Reich, Gedanken zu Schulstrafen, Wortlaut des Redebeitrags während der Fürbittandacht in der Gethsemanekirche am 27.11.1988, Privatarchiv des Autors.

639 Vorschläge zur öffentlichen Diskussion über notwendige Veränderungen in der Volksbildung, Teilnehmer des Pädagogik-Seminars in der Evangelischen Kirchengemeinde Berlin-Friedrichsfelde am 11.6.1989, MDA, 7.9.9.

4.33 Die zweite Session der ökumenischen Versammlung in Magdeburg und die verfasste Kirche im Feindbild des Staates

Die Dessauer Bundessynode im September 1988 war weit entfernt von jenem konfrontativen Gestus der Görlitzer Synode, was Jarowinsky jedoch als besonders raffiniertes Manöver der Amtskirche zur Tarnung ihrer Absichten in Richtung innenpolitischer Veränderungen und gesellschaftspolitischen Dialogs interpretierte.⁶⁴⁰ Der BEK beugte sich den staatlichen Wünschen nach Medienabsenz. Die verfasste Kirche stand trotz ihres unermüdlichen Beharens auf staatsloyalen Grundpositionen dem nun verfestigten Misstrauen der Parteiführung chancenlos gegenüber. Wegen des gleichzeitig zunehmenden Vertrauensverlusts der Basisgruppen in amtskirchliche Integrität und Zuverlässigkeit saß sie nun zwischen allen Stühlen. Die entstandene Lage schlug sich unmissverständlich auf den Beratungen der Kommandohöhe der AG Kirchenfragen nieder: Schon fast drohend klang die zentrale Festlegung, es gelte „vor allem unmissverständlich klarzumachen, dass nach Dresden (vgl. Abschnitt 4.27, T. K.) und nach der Dessauer Synode eine weitere Eskalierung auf der Magdeburger Ökumenischen Versammlung zu einer ernsthaften Störung und Belastung führen musste.“⁶⁴¹ Inzwischen verließ die Magdeburger zweite Session der ÖV im Oktober 1988 ihren Arbeitstexten endgültige Gestalt, damit über diese auf der dritten Session in Dresden entschieden werden könne. Diese Texte wiederum stellten mit ihrem Aufruf zur „Umgestaltung“ aller Lebensbereiche der DDR, zu „mehr Demokratie“, einer „kritischen Öffentlichkeit“, „mehr Gerechtigkeit“ und „Partizipation“ nach Meinung des SfK „die schärfsten Angriffe gegen die Politik der DDR“ dar und bestätigten das vom BEK gefürchtete inzwischen verfestigte Paradigma der Herrschenden von einer inzwischen auch die Amtskirche umfassenden oppositionellen Verschwörung.⁶⁴² Zumindest im Stadium der Konzeptionsbildung nahm man nun eine drohende Haltung an: „In einer bisher nicht vorhandenen Weise wurde die abgestimmte und breite strategische Konzeption der negativen Kräfte zur Durchsetzung ihrer politischen Linie bei der einheitlichen Aktion gegen die staatliche Ordnung und für die Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR offenbar ... Die sozialistische Gesellschaft, der sozialistische Staat könnte auch – wenn diese Angriffe nicht unterbunden werden, bestimmte Privilegien wie Genehmigung von Bauten, Gewährung von Reisen, materielle und finanzielle Zuwendungen, aber auch in ideologischer Hinsicht, die Auseinandersetzung mit der

640 Aust 1998, S. 273. Allerdings war Leichs an die Formel des demokratischen Sozialismus in der ČSSR erinnernde Forderung vom 20.9.1988, die DDR-Gesellschaft müsse „ein menschliches Antlitz“ erhalten, durchaus geeignet, Argwohn zu erregen. Dies verriet auch Honeckers umgehende Bekräftigung seiner Auffassung auf der Kampfgruppenparade vom 26.9.1988, „dass das Antlitz des Sozialismus auf deutschem Boden noch nie so menschlich war, wie heute“, Neubert 1997, S. 801.

641 Beratung bei Genossen Jarowinsky am 28.9.1988, SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/9.

642 Jarowinsky stellte gegenüber Bellmann und Löffler fest, „dass jetzt nach Magdeburg und Dessau ein komplettes Programm der Installierung einer Art Oppositionsbewegung vorliegt“. Die trotzdem auch von SfK und AG Kirchenfragen nicht übersehbaren Versuche der Amtskirche, „jetzt nicht zuzuspitzen“, interpretierte Jarowinsky mit deren Bedürfnis, bei diesem vermeintlich klaren Programm keine „Nebenschauplätze“ zu eröffnen. Beratung bei Genossen Jarowinsky am 13.10.1988, SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/9.

Religion bis hin zu verstärkter atheistischer Propaganda, von Kirchenausritten und Organisation neuer Formen des Freidenkertums – in dieser Form reagieren.“ Gegenüber kirchlichen Mandatsträgern in staatlichem Ausbildungsverhältnis „ist durch den zuständigen staatlichen Leiter die Einhaltung der Treuepflicht gegenüber dem Sozialistischen Staat anzumahnen.“⁶⁴³ Löfflers ultimative Forderung gegenüber dem sächsischen Bischof Hempel während der beschlussfassenden dritten Dresdner Session der ÖV im April 1989, er möge die Verabschiedung der Arbeitstexte verhindern, wurde von dem ansonsten wirklich moderaten ehemaligen BEK-Vorsitzenden nun allerdings mit der Auskunft versehen, über die hier niedergelegten seit langem bekannten Positionen auch der evangelischen Kirchen habe der Staat bisher jede Diskussion abgelehnt. Selbst bei Nichtverabschiedung der Dokumente würden die Probleme bleiben.⁶⁴⁴

Dagegen schien das MfS die verfasste Kirche wenigstens im Rahmen ihres operativen Zugriffs auf die „feindlich negativen Kräfte“ in deren Umfeld keineswegs als für ihre Zwecke „verloren“ zu betrachten. Im November 1988 sah die HA XX in der „kontinuierlichen Verwirklichung der ... bestätigten Bearbeitungskonzeptionen zur politisch-operativen Sicherung der Kirchen und Religionsgemeinschaften“ noch eine „entscheidende Voraussetzung, um einen weiteren Beitrag zur Konsolidierung des Verhältnisses Staat-Kirche ... zu leisten“.⁶⁴⁵ Es hieß sogar, „der politische Entwicklungsprozess in den Kirchen ... hat auch 1988 einen insgesamt positiven Verlauf genommen“. Diese euphemistische Einschätzung stand in krassem Gegensatz zur tatsächlich eingetretenen Spannungslage und ebenso zu den zahlreichen Relativierungen dieser Bewertung im MfS-eigenen Bericht: Es war die Rede von einer „Politisierung der kirchlichen Arbeit“, welche das Staat-Kirche-Verhältnis belasteten. Daraus resultierende Interventionen von Basisgruppen und kirchlicher Amtsträger würden fatalerweise immer noch durch Interpretationen des SED-SPD-Dialogpapiers von Ende 1987 angefeuert. Zutreffend war allerdings auch, dass „die Mehrheit der kirchlichen Amtsträger ... weiterhin daran interessiert (ist), den erreichten Stand der Staat-Kirche-Beziehungen nicht auf's Spiel zu setzen“ und „einflussreiche kirchliche Amtsträger ... durch ein zu starkes Engagement den eigentlichen theologischen Auftrag der Kirche gefährdet (sehen)“. Trotzdem seien die „progressiven und realistischen Kräfte“ argumentativ in der Defensive. Die aktuellen Krisenmomente sah die HA XX in den fortgesetzten Aktivitäten der Basisgruppen sowie „reaktionärer kirchlicher Kräfte“, dem Zustrom Übersiedlungersuchender in die kirchliche Sphäre und schließlich in „durch kirchenleitende Kräfte aufmerksam registrierte[n] Stimmungen und Meinungen breiter Kreise der Bevölkerung der DDR [!! T. K.] zur Politik der Offenheit und Umgestaltung in der Sowjetunion“. Daraus erwachsendes, seit März 1988 sich verstärkendes Insistieren der Amtskirche auf einen Dialog mit dem Staat über Fragen des Wehrdienstes, des Bildungswesens, zum Reiseverkehr, des Behördenumgangs mit den Bürgern und der Medienpolitik habe auch auf der ansonsten

643 Konzeption zur offensiven Durchsetzung der Politik von Partei und Regierung im Verantwortungsbereich Kirchen und Religionsgemeinschaften, o. D. (vermutlich Oktober 1988) Dienststelle des Staatssekretärs, SAPMO BArch, DO 4/958.

644 Aust 1998, S. 274ff.

645 Einschätzung der politisch-operativen Lage vom 17.11.1988 für die Jahresplanung, MfS, HA XX/AKG, Arch.-Nr. 86, S. 98.

durch „realistische Positionen“ geprägten Dessauer Bundessynode seinen Ausdruck gefunden. Das sich hier artikulierende kirchliche Selbstverständnis einer „gesellschaftlichen Stellvertreterrolle“ begünstigte die Aktivitäten feindlich-negativer Kräfte „gegen die politischen Machtverhältnisse und die führende Rolle der Partei“, welche zur „politisch-negativen Umprofilierung ganzer kirchlicher Wirkungsebenen“ führe. Ausdrückliche Erwähnung fand in diesem Zusammenhang der konziliare Prozess mit den Arbeitspapieren der zweiten ÖV, welche sogar die Form einer „politischen Gesamtkonzeption“ angenommen hätten. Gleichfalls betonte das MfS die seit der Görlitzer Bundessynode vom September 1987 veränderte Haltung der verfassten Kirche zur Wehrdienstfrage, wobei die Kirche ihre bisherige Auffassung von der Gleichwertigkeit von Wehr- und Bausoldatendienst zugunsten der Formel vom „deutlicheren Friedenszeugnis“ des letzteren aufgegeben hatte.⁶⁴⁶

Die Beziehungen blieben also frostig: Der Staatssekretär für Kirchenfragen, Kurt Löffler, teilte Landesbischof Werner Leich am 29.11.1988 in Eisenach mit, der Staat habe wegen andauernder Spannungen derzeit kein Interesse an Gesprächen über von der Kirche angeregten Sachthemen.⁶⁴⁷ Weil die Kirchenleitungen das immer prekärer werdende Verhältnis zur Staatsmacht auf das ungeklärte Verhältnis der verfassten Kirche zu den Basisgruppen zurückführten, sah sich die KKL am 3.12.1988 zu einer Sondersitzung zur Frage des Verhältnisses zu den oppositionellen Gruppen veranlasst. Vor dem Hintergrund zunehmender Radikalisierung der Gruppen und immer weitergehender gesellschaftspolitischer Ansprüche der Teilnehmer am konziliaren Prozess bestand die KKL darauf, dass es Aufgabe der verfassten Kirche sei, den Zusammenprall der immer mehr aus dem kirchlichen Raum herausdrängenden Basiskräfte mit der Staatsmacht zu verhindern. Dass sie hierbei der Fortsetzung des Versuchs, die Gruppen innerhalb des kirchlichen Raums zu domestizieren, den Vorzug vor deren Ausgrenzung gab⁶⁴⁸, führte dazu, dass, gemessen an den erweiterten Ambitionen dieser Gruppen, der kirchliche Schutzraum immer weniger Schutzraum zu bleiben schien. Das „Krusche-Papier“ vom 8.12.1988 bilanzierte, das Vertrauensverhältnis Staat-Kirche sei „ruiniert“, das Verhältnis zwischen KL und Gruppen „äußerst angespannt“, in den Gemeinden verschärfe sich die „Polarisierung zwischen den Anhängern gesellschaftskritischer Aktionen und denen, die solche Aktivitäten aus unterschiedlichen Gründen“ ablehnten. Die endlich zu formulierende kirchliche Gesamtstrategie habe sich am Bild des Staates als „Teilhaber einer gemeinsamen Zukunft“ zu orientieren. Wenn weiterhin der Sozialismus als verbesserungswürdige Gesellschaftsform beurteilt werde, müsse der Dialog in einer Atmosphäre der Entspannung erstes Ziel kirchlichen Handelns und Verhaltens sein. Die verfasste Kirche biete den Gruppen „das Gespräch im geschützten Raum an, machen aber die öffentliche Unterstützung davon abhängig, inwieweit sie im Rahmen der Gesamtstrategie vertretbar ist.“⁶⁴⁹

646 Ebenda, S. 99ff.

647 SAPMO BArch, DO 4/1386.

648 Aust, S. 290ff.

649 Günter Krusche, Zur Auswertung der Ereignisse seit Herbst 1987/Winter 1988 im Spannungsfeld zwischen Kirche, Gruppen und Staat, 8.12.1988, zitiert nach Aust 1998, S. 161f.

Die Jahresbilanz des Staatssekretärs für das Jahr 1988 war insgesamt verheerend, jedoch nicht hoffnungslos: Zwar sei die 2. Session der Ökumenischen Versammlung weitgehend von den „politisch negativen“ Kräften und deren Gruppen beherrscht gewesen, dagegen wäre auf den dann folgenden Landessynoden wieder Versachlichung eingetreten – mit Ausnahme der Synode der provinzsächsischen Landeskirche, wo die politisch-negativen Kräfte ebenfalls dominierten. Doch aus allen Bezirken gäbe es Meldungen über anhaltende Störversuche dieser Kräfte unter kirchlichem Dach – mit zum Teil unverhohlenen aggressivem Verhalten (unter anderem auch in Eingaben an staatliche Stellen) mit Schwerpunkten in Berlin und Leipzig. Dramatisierend hieß es, die negativen Aktivitäten der Gruppen würden von kirchenleitenden Vertretern (Bischof Forck, Konsistorialpräsident Stolpe, Propst Dr. Furian) toleriert bzw. unterstützt. In der Sache keineswegs zutreffend wurde eingeschätzt, diesen Gruppen würden breite Möglichkeiten zur Propagierung ihrer Ansichten (so zu den Disziplinierungen der Ossietzky-EOS und zu Rumänien) eingeräumt. In Wahrheit scheute sich die Dienststelle des Staatssekretärs, die Feststellung zu treffen, dass die Gruppen inzwischen imstande waren, sich viele dieser Möglichkeiten auch gegen den Widerstand der Amtskirche zu nehmen bzw. zu erzwingen.⁶⁵⁰ So richtete das SfK seinen Zorn gegen die Amtskirche, weil auch die Staatsorgane selbst immer weniger imstande waren, die Gruppen aufzuhalten. Dies war nur ein Symptom dafür, dass die SED ihre „Fähigkeit zur politischen Führung der Prozesse in der DDR verloren“ hatte.⁶⁵¹

4.34 Die Arbeit des Friedrichsfelder Friedenskreises 1988

Die öffentlichen Politikangebote des FKFF konzentrierten sich im Jahr 1988 auf weltwirtschaftliche Themen in Voraussicht auf den IWF-Kongress im September und auf die Entwicklungen in der UdSSR. Nach dem Jahresauftakt in Gestalt des (letzten) Konzerts von Stephan Krawczyk in der DDR am 11.1.1988 folgte am 8.2.1988 eine Veranstaltung zu den innersowjetischen Auseinandersetzungen um die Perestrojka, gestaltet von Ibrahim Böhme (65 Teilnehmer). Am 14.3.88 referierte Reinhard Schult vor 50 Teilnehmern zum DDR-Strafprozessrecht. Nach dem Basisgruppen-Regionaltreffen für „Frieden konkret“ zum Thema Weltwirtschaft am 9.4.1988 in Fürstenwalde, der wesentlich von Mitarbeitern des FKFF innerhalb der AG „Weltwirtschaft“ getragen wurde (vgl. Abschnitt 4.31), setzte der Friedenskreis diese Themenarbeit in einer Veranstaltung am 11.4.1988 fort: Herbert Mißlitz referierte über den IWF, Thomas Klein zur Konjunkturtheorie und zum Keynesianismus, Wolfgang Wolf zur Stalinistischen Theorie der zwei Weltmärkte und zur Chruschtschowschen Theorie der zwei Wirtschaftssysteme (33 Teilnehmer). Am 9.5.1988 folgte eine Veranstaltung zur Bildungsreform in der SU, in der Tina Krone und Rainer Blum vortrugen (35 Teilnehmer). Am 13.6.1988 wurde die Serie zu den „Kriegen in der Dritten Welt“ fortgesetzt: In einer gemeinsamen Veranstaltung mit der CFK-Jugendgruppe Berlin diskutierte der

650 Leitungsinformation 6/88: Aktuelle politische Entwicklungen, Vorlage vom 22.12.1988 für die Dienstbesprechung, SAPMO BArch, DO 4/958.

651 So hieß es in einer Veranstaltung am 6.11. und 11.11.1988 in Zossen mit Lutz Rathenow und dem Liedermacher Karl-Heinz Bomberg. Ebenda.

Friedenskreis mit Thorsten Wöhlert, Forschungsstudent von der Sektion Marxismus-Leninismus der Humboldt-Universität zum Golfkrieg Irak-Iran.⁶⁵² Der Referent bezeichnete die Politik beider Regime als repressiv gegenüber der eigenen Bevölkerung, kritisierte die Informationspolitik der DDR zu dieser bewaffneten Auseinandersetzung und lehnte die Waffenlieferungen der sozialistischen Länder in beide Kriegsländer ab (40 Teilnehmer). Nach der Sommerpause stand am 12.9.1988 im FK das Thema „Antisemitismus in der DDR“ auf der Tagesordnung (35 Teilnehmer). Der September stand ganz im Zeichen des Friedrichsfelder Seminars am 24./25.9.1988 mit Plenarvorträgen, Arbeitsgruppen und Diskussionen anlässlich des bevorstehenden IWF-Kongresses in Westberlin (vgl. Abschnitt 4.31).⁶⁵³ Am 14.11.1988 folgte eine Veranstaltung zur Situation in Rumänien. Der Beitrag des FKFF zum internationalen Solidaritätstag mit Rumänien am 15. November 1988, in Berlin begangen mit einer Großveranstaltung in der Gethsemanekirche während der Friedensdekade, wurde wesentlich gestaltet von Silvia Müller. Den Jahresabschluss bildete eine Veranstaltung zum Thema „Lebenshilfe in Krisensituationen“ am 12.12.1988, vorbereitet von Wolfgang Herdzin (32 Teilnehmer).⁶⁵⁴

Das Periodikum „Friedrichsfelder Feuermelder“ des FKFF erschienen 1988 mit insgesamt sechs regulären Ausgaben und drei Extrablättern. Es dominierten Beiträge zu den Umgestaltungsprozessen in der UdSSR, der neu entflammten Geschichtsdebatte über die Vergangenheit der kommunistischen Parteien und der Auseinandersetzung mit dem Stalinismus, der Nationalitätenpolitik in der SU, zur Politik des IWF und den Folgen insbesondere in der Dritten Welt (Extrablatt) sowie über die Situation in Rumänien. Neben dem umstrittenen Extrablatt zu den Folgen der Ereignisse um die Luxemburg-Liebkecht-Demonstration (vgl. Abschnitt 4.25.6) und der in den nächsten regulären Ausgaben dokumentierten Diskussion darüber berichtete der „Feuermelder“ außerdem über die Disziplinierung der Schüler an der Ossietzky-Schule und die Zensur der Kirchenzeitungen des Jahres 1988. Das zweite, von Thomas Klein verantwortete Extrablatt vom März 1988 berichtete über den Krieg in Afghanistan.

In der Geschichts- und Bildungsarbeit 1988 im Umkreis der Gruppe um Schult wurde die Erörterung der „weißen Flecken“ im Geschichtsbild der kommunistischen Parteien und der ost- und südosteuropäischen Länder des sowjetischen Blocks fortgesetzt. Eines der Themen – „Überlegungen zur Frage der Rationalität des Terrors in der Konstitutionsphase des sowjetischen Sozialismus (Die Genesis des Stalinismus als besondere Form der Zwangsvergesellschaftung)“ – zielte letztendlich auf die historische Analyse der Entwicklung des realsozialistischen Formationstyps.⁶⁵⁵ Ende 1988 erweiterte sich der Anteil der Diskussionen über die

652 MDA, 1.1.02, Reg.-Nr. 4331.

653 Nicht verifiziert werden konnte, ob die Veranstaltung zum Thema „Arbeitsrecht in der DDR“, die vom Vorbereitungskreis für den 10.10.1988 vorgesehen war, stattgefunden hat.

654 Quellen für die Angaben: MDA, 1.1.02 (FKFF); MDA RSch 07 und 08 (VK Friedenskreis); MDA, 1.1.02., Reg.-Nr. RG Bln. 02b (Notizen Antje Böttger FKFF); MDA, 1.1.02., Reg.-Nr. RG-Bln. 02a (Notizbuch von Tina Krone zum FKFF 1986–1989).

655 Das von Thomas Klein für November 1988 vorbereitete Thema „Die Bedeutung der Stalin-Frage für eine Kritik der Politischen Ökonomie des Sozialismus“ war Teil eines geplanten Stalinismus-Seminars, welches wegen der vorläufigen Festnahmen von Klein und Schult im Zusammenhang mit den Ereignis-

Reformperspektiven der Länder des sowjetischen Blocks. Im November begann der „Feuermelder“ mit Veröffentlichungen zu diesem Thema (vgl. Abschnitt 4.36). Am 13.12.1988 referierte Jutta Begenau zur sozialen Situation in der UdSSR, namentlich zur Lage im Gesundheitswesen; am 16.1.1989 informierte Stefan Fechner zu den gegenwärtigen Reformanstrengungen in Bulgarien.⁶⁵⁶ Der Geschichtskreis reagierte auf die das „Sputnik“-Verbot praktisch legitimierenden Veröffentlichungen im ND mit der Vorbereitung des Nachdrucks vertiefender Artikel zur KPD- und KI-Geschichte aus der sowjetischen Zeitschrift „Nowaja Shisn“.⁶⁵⁷

4.35 Die operative Bilanz der HA XX des MfS am Ende des Jahres 1988

Die Einschätzung der politisch-operativen Lage durch die Hauptabteilung XX des MfS, federführend bei der Bekämpfung von PUT, hatte im November 1988 wie jedes Jahr sowohl eine (obligatorische, weil erwünschte) Erfolgsbilanz auszuweisen, jedoch auch die Problemfelder mit Blick auf künftige Schwerpunkte der Abwehrarbeit des Jahres 1989 zu benennen.⁶⁵⁸ Dabei musste der Bericht die inzwischen entstandene innen- und außenpolitische Situation der DDR im Rahmen ihrer strategischen sicherheitspolitischen Projektionen berücksichtigen. Die weltpolitische Lage schätzte die HA XX als geprägt vom neuen entspannungspolitischen „Klima der ökonomischen, militärischen und politischen Beziehungen zwischen Ost und West“ infolge der „wachsenden Attraktivität der Politik des neuen Denkens und der Umgestaltung sowie die zunehmende Autorität des KSZE-Prozesses“ ein. Das außenpolitische Agieren der DDR orientiere sich an der „von der DDR betriebenen Politik des Dialoges und der Verständigung gegenüber der BRD“. Gegnerische Angriffe seien folglich darauf gerichtet, „die DDR wirtschaftlich enger an die BRD zu binden“ sowie „Abhängigkeiten und Verflechtungen zu fördern“ und „die Einleitung politischer Wandlungen im Inneren der DDR durchzusetzen“, wobei „die unterschiedlichen Entwicklungstendenzen in den sozialistischen Ländern für Prozesse der Differenzierung und Liberalisierung der sozialistischen Gesellschaftsordnung“ ausgenutzt würden. Es ginge den westdeutschen politischen Parteien um „Systemöffnung in Richtung Westen“, wobei selbst die Grünen (reduziert um die „nationalistische Komponente“) mitmachten. Aus dieser Optik war die oppositionelle Betätigung der Basisgruppen eine aus dem Operationsgebiet gesteuerte, wesentlich durch ehemalige DDR-Bürger (Hirsch und Jahn) inspirierte PUT. Als künftige Brennpunkte solcher Tätigkeit nannte die HA XX deren zunehmende Internationalisierung. Gemeint waren

sen um die Ossietzky-Schule (vgl. Abschnitt 4.32) abgesagt werden musste. MDA, 7.18, Reg.-Nr. ER 19b.

656 HA XX/9, IM-Bericht „Andreas“ vom 19.12.1988 und 23.1.1989, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 10, S. 108f, S. 131f.

657 HA XX/9, IM-Bericht „Andreas“ vom 19.12.1988, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 10, S. 109.

658 Einschätzung der politisch-operativen Lage vom 17.11.1988 für die Jahresplanung, MfS, HA XX/AKG, Arch.-Nr. 86, S. 82ff.

geplante Zusammenschlüsse, gemeinsame Erklärungen und Aktionen von Gruppierungen sozialistischer Länder sowie antisozialistischer Kräfte aus westlichen Ländern, wobei das MfS solche „von den Trotzlisten dominierte Feindorganisationen“ wie die „Initiative Ost-West-Dialog“ ausdrücklich hervorhob. Weiterhin fand das Projekt eines die sozialistischen Länder erfassenden Netzwerks „Greenway“ (an deren Veranstaltung im September 1988 in Prag auch Jahn und Templin teilnahmen) warnende Erwähnung. Im Inneren der DDR war von „Versuchen der Herausbildung neuer Formen ... des Tätigwerdens im Sinne der Erweiterung des Handlungsspielraums“ von Basisgruppen, deren Zusammenführung auf „gemeinsame Grundpositionen“ zugunsten „eines möglichst legalen Wirkens“ als „Partner eines Dialogs mit der Partei- und Staatsführung“ die Rede. Besorgnis rief die immer bessere Technikausstattung der Gruppen bei der Zeitungsproduktion bis hin zum Einsatz von Videotechnik hervor – bei ausdrücklicher Nennung des im Westfernsehen gezeigten Films der Arche „Bitteres aus Bitterfeld“ (vgl. Abschnitt 4.26) wie auch des Arche-Projekts selbst. Die IWF-Aktionswoche und der (geplante) Europäische Aktionstag Rumänien (siehe Abschnitt 4.37) wurden als „Einordnung in Vorstellungen westeuropäischer Spalterkräfte und Feindorganisationen“ gewertet. Ebenso wurden die drohende Überprüfung der bevorstehenden Kommunalwahl durch kooperierende Basisgruppen und der „Missbrauch gesetzgeberischer Regelungen zu verwaltungsrechtlichen Entscheidungen“ vorhergesehen. Die Negativbilanz des HA XX verzeichnete das nicht aufgehaltene Entstehen des Arche-Netzwerks, die fortgesetzte koordinierende Arbeit des Vorbereitungsausschusses von „Frieden konkret“ und die antisozialistischen Bestrebungen der Organisatoren des Netzwerks AKSK. Bedenklich stimmte das MfS auch die Tatsache, „dass sich die feindlich-negativen Kräfte auf staatliche Maßnahmen einstellen und versuchen, ihre Ziele über konspirative Vorbereitungen von Aktivitäten, kurzfristige Handlungen und Täuschungen kirchlicher Vorgesetzter zu erreichen“. ⁶⁵⁹ Angesichts der andauernden Verankerung der meisten Oppositionsgruppen im Umfeld der Kirchen und weil „die Unterstützung der Staatspolitik in Kirchenfragen gegenüber den Religionsgemeinschaften durch spezifische Mittel und Möglichkeiten des MfS ... an Stellenwert zugenommen (hat)“, schlug der Leiter der HA XX/4, Oberst Wiegand, im Dezember 1988 dem MdI die Übernahme des Bereiches „Religionsgemeinschaften“ im MdI durch das MfS und die vollständige Eingliederung in die Verantwortung der HA XX/4 vor: „Der Vorschlag geht davon aus, dass die Verantwortung für die operative Bearbeitung dieser Kräfte durch das AG I der K ... nicht in vollem Umfang wahrgenommen wird.“ Insbesondere sei „die bisherige Form des politisch-operativen Zusammenwirkens ... in den Bezirksverwaltungen, über die Linien XX und VII nicht effektiv“ und habe „zu Informationsverlusten (ge)führt“. Die Maßnahme sei überdies schon deshalb angebracht, weil, „die HA XX die zentrale Federführung und Übersicht zu den Religionsgemeinschaften gewährleistet“ und „das AG I der K nicht berechtigt ist, im und nach dem Operationsgebiet zu arbeiten und die politisch-operativen Aufgaben zur Sicherung der Religionsgemeinschaften sehr eng mit dieser Aufgabenstellung verbunden ist“. ⁶⁶⁰

⁶⁵⁹ Ebenda, S. 83ff.

⁶⁶⁰ Mitteilung von Oberstleutnant Brennecke an Generalleutnant Neiber vom 20.12.1988 mit dem „Vorschlag zur Übernahme der politisch-operativen Bearbeitung in der DDR bestehender Religionsgemeinschaften durch das MfS“, MfS, Sekretariat Neiber, Arch.-Nr. 00014, S. 1ff. Zu den Aufgaben der Linie

Die Ereignisse im Zusammenhang mit den Aktionen der Gruppen gegen die Zensur der Kirchenpresse, gegen den IWF-Kongress und die Disziplinierungen der „Ossietzky-Schüler“, sowie dann im Mai 1989 gegen die Wahlfälschungen (vgl. Abschnitt 4.39) wurden später vom MfS als Bemühungen um die „Mobilisierung feindlich-konfrontationsbereiter Potentiale mit Bereitschaft zu aggressivem demonstrativ-öffentlichkeitswirksamem Handeln mit hoher Risikobereitschaft“ charakterisiert – aus ihrer Sicht eine neue Stufe der Eskalation.⁶⁶¹ Am Ende des ersten Quartals 1989 fanden sich in einer auf Ministeranordnung erstellten zusammenfassenden Information zu den personellen Zusammenschlüssen im Bereich PUT/PID Aussagen über das Bild des MfS hinsichtlich des inzwischen erreichten Organisationsgrads und der entstandenen Kommunikationsstrukturen solcher Zusammenschlüsse. Sie seien „systematisch weiter gefestigt worden“, eine „neue Qualität des Zusammenwirkens“ wäre zu verzeichnen, die Gruppenstrukturen stellten sich als „relativ stabil“ dar und als typisch für die „Führungskräfte/Inspiratoren/Organisatoren“ habe sich „deren ... konspiratives Verhalten“ besonders bei der Befestigung der „Verbindungslinien zu äußeren Feinden und zu oppositionellen Kräften in anderen sozialistischen Staaten“ sowie beim „Zusammenwirken der Führungskräfte personeller Zusammenschlüsse untereinander“ herausgestellt.⁶⁶² Kirchliche Amtsträger hätten „durch ihr ständiges Lavieren und Taktieren“ dem Wirken dieser Gruppen im kirchlichen Raum Vorschub geleistet. Nun wurden explizit „der Einsatz befähigter und erprobter gesellschaftlicher Kräfte“ sowie von „Experten mit spezifischen Fachkenntnissen“ und ihre „Teilnahme an geplanten öffentlichen und kirchlichen Aktivitäten“ der politisch-negativen Zusammenschlüsse empfohlen. Für das MfS war die Hoffnung auf solcherart zu erlangende „Unterstützung der Sicherheitsorgane bei notwendig werdenden Auflösungen von Zusammenkünften/Personenkonzentrationen“ von besonderem Interesse. Hinsichtlich der damit verbundenen Zielstellung, dort argumentativ ein „positives politisches Übergewicht“ zu schaffen⁶⁶³, handelte es sich um ein oft erwogenes (vgl. Abschnitt 4.19), mitunter versuchtes (vgl. Abschnitt 3.1.2.3), zuweilen sogar favorisiertes (vgl. Abschnitt 3.5.2), jedoch nie konsequent verwirklichtes Vorhaben. Denn das Problem bestand darin, dass der damit verbundenen und als schädlich erachteten Tendenz einer Anerkennung oder Aufwertung der Veranstalter solcher Zusammenkünfte als Dialogpartner des Staates kaum entgegengewirkt werden konnte.

Weitgehende und ansonsten wohl eher ungewöhnliche Einblicke in die operative Arbeit einer Diensteinheit des MfS – und ausgerechnet der in dieser Monographie besonders interessierenden – ergeben sich aus einer vermutlich im September 1988 begonnenen Überprü-

VII gehörte unter anderem die abwehrmäßige Sicherung des MdI sowie das Zusammenwirken mit dem Arbeitsgebiet I (AG I) der K (Kriminalpolizei) im MdI.

661 Das aktuelle Erscheinungsbild politischer Untergrundtätigkeit in der DDR und wesentliche Tendenzen seiner Entwicklung, Studienmaterial Oktober 1989, MfS, VVS JHS o001-89/89, eingesehen im MDA, Reg.-Nr. PUT5.

662 Information Nr. 150/89 über beachtenswerte Aspekte des aktuellen Wirksamwerdens innerer feindlich-negativer und oppositioneller Kräfte in personellen Zusammenschlüssen, o. D. (1.6.1989), MfS, HA XX/AKG, Arch.-Nr. 849, S. 27f.

663 Nicht gerechnet die aggressiv-destruktive Variante solcher Einsätze, welche hauptsächlich die Obstruktion dieser Veranstaltungen anvisierte und kaum mit einer Rückgewinnungsabsicht verbunden war (vgl. Abschnitt 3.1.4.3).

fung der Abteilung XX der BV Berlin, welche deren Stellvertreter Operativ selbst angeregt hatte.⁶⁶⁴ In diesem Zusammenhang hatten Hauptmann K. und Major H. vom Referat XX/4 erschöpfend Rechenschaft abzulegen über die Einbeziehung von IM in die Planung und Verwirklichung von Zersetzungsmaßnahmen. Es versteht sich, dass von H. unter dem Druck dieser „innerbetrieblichen Untersuchung“ so gut wie alle entstandenen Konflikte der letzten Jahre als das Ergebnis solcher gelungenen aktiven Zersetzungsmaßnahmen darstellte.⁶⁶⁵ Bei dieser Gelegenheit ließ H. durchblicken, dass er über die von ihm selbst mitverantworteten als Zersetzungsmaßnahmen angelegten rechtswidrigen Handlungen hinaus⁶⁶⁶ nicht alle ihm bekannten durchgeführten Maßnahmen dieser Art billige. Insbesondere kritisierte er Planungen für allein aus Risikoabschätzungen heraus letztlich nicht bestätigte strafbare Handlungen beispielsweise zu Lasten Ralf Hirschs (operative Kombination zur Vortäuschung einer Straftat zu Lasten von Hirsch unter Benutzung von IM). Auch andere geplante Straftaten (Diebstahl von Wertsachen im Auftrag des MfS und zum Nachteil damit zu belastender bearbeiteter Personen, Brandstiftung, Mordanschlag auf Eppelmann⁶⁶⁷, vorsätzlich herbeigeführter Verkehrsunfall zu Lasten von Ruth Misselwitz, Giftanschlag auf die Familie Misselwitz) wurden von Häbler bzw. der Referatsleitung nicht bestätigt.⁶⁶⁸

Im Rahmen der Untersuchung hieß es, dass es bereits 1986 im Rahmen einer von der ZAIG in Zusammenarbeit mit der HA XX durchgeführten Überprüfung „zu Problemen der Führungs- und Leitungstätigkeit in der Abteilung XX der BV Berlin ... teilweise Erscheinungen eines Kleinkrieges“ in Gestalt „nicht überprüfbarer Hinweise sogar auf gezielte ‚Außerkampfssetzung‘ vom ‚Konkurrenz-IM‘ gegeben habe. Zu den „in der politisch-operativen Arbeit zur Bekämpfung PUT in der Abteilung XX, Referat 4, der BV Berlin einen herausragenden Stellenwert“ einnehmenden „operativen Maßnahmen der Zersetzung“ wurde damals ermittelt, Abteilungs- und Referatsleiter sowie andere leitende Mitarbeiter hätten sich durch diesbezügliche zentrale dienstliche Bestimmungen und Weisungen „einge-

664 Auskunft von Kurt Zeiseweis, damals Stellvertreter Operativ der BV Berlin, im Gespräch mit dem Autor am 7.6.2006.

665 Im Einzelnen: Spaltung des Vorbereitungskreises für das Menschenrechtsseminar 1985 – vgl. Abschnitt 4.2.2, die Abwahl Eppelmanns aus dem Fortsetzungsausschuss von „Frieden Konkret“ 1987 in Leipzig, die „inhaltliche Auseinandersetzung und Abgrenzung von den PUT-Personen, die im Zusammenhang mit dem 17.1.1988 angefallen waren“ – vgl. Abschnitt 4.25, „die weitgehende Isolierung des ‚Friedenskreises‘ der Samaritergemeinde im Zuge der durchgeführten Gespräche mit CDU/CSU-Bundestagsabgeordneten im Oktober 1987“ – vgl. Abschnitt 4.15.3, die „distanzierte Haltung dieser Gruppierung in bezug auf die Ereignisse um die Zionsgemeinde und den 17.1.1988“ – vgl. Abschnitte 4.20 und 4.25, die Fälschung der Erstnummer des „Friedrichsfelder Feuermelders“ 1987 – vgl. Abschnitt 4.22. Niederschrift von Major H. „über die Einbeziehung von IM meines Verantwortungsbereiches in realisierte oder geplante Zersetzungsmaßnahmen“ vom 9.9.1988., o. Arch.-Nr., Abschrift.

666 Überwiegend vorsätzliche Sachbeschädigungen, ausgeführt von Mitarbeitern des Referats XX/4 bzw. deren IM, unter anderem während Veranstaltungen des „Mobilen Friedensseminars“ 1986 bzw. Rüsten unter anderem des Samariterkreises 1987 zum Zwecke der Diskreditierung der Gruppen bei den gastgebenden Gemeinden und operative Kombinationen zur Zerstörung des Ansehens von Personen des FK Pankow und des Samariterkreises, ebenda und: Komplex A – Maßnahmen der spezifischen Zersetzung und der „normalen“ operativen Arbeit, Komplex B: Maßnahmen der spezifischen Zersetzung, die nur durch Mitarbeiter durchgeführt wurden. Verfasst von Hauptmann K., o. D., o. Arch.-Nr., Abschrift.

667 „Die Aktion wurde durch die Abteilungsleitung abgelehnt, da das Zuschadenkommen von unbeteiligten Personen nicht ausgeschlossen werden konnte.“ Ebenda.

668 Ebenda.

schränkt“ gesehen. Es habe „in schwerwiegender Form und unverantwortlicher Weise ... Überschreitungen der Grenzen der Anwendung dieser operativen Methode“ gegeben, weshalb die „Beachtung der Verhältnismäßigkeit der Maßnahmen“ in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt werden müsse. Vom stellvertretenden Leiter der Abteilung XX sei am 29.10.1986 geäußert worden, „im Zusammenhang mit dem Fall Popieluszko⁶⁶⁹ ... haben wir uns Gedanken gemacht, wir würden in einem solchen Fall allein dastehen, müssten dann alles verantworten – ich habe dann entschieden, alle Aufzeichnungen/Unterlagen zu vernichten ... Zum Beispiel hatten wir Gedankengänge, Hirsch ... in einer strengen Winternacht Alkohol einzuflößen, dass er erfriert; weitere Vorstellungen an Zersetzungmaßnahmen bestanden im Anbohren der Bremsleitung von Autos, in Paketen enthaltenen Flaschen was reinmischen ...“ Die 1986 während der Untersuchung getroffenen Feststellungen „im Zuge des Materialstudiums“ ergaben trotzdem immerhin noch Hinweise unter anderem auf Planungen für die Inszenierung eines Raubs zwecks Belastung von Ralf Hirsch (OV „Blauvogel“) mit dieser Straftat und der beabsichtigten Körperverletzung Hirschs („Blauvogel“ wird brutal zusammengeschlagen“), um ihn einzuschüchtern. Nur die zweite Maßnahme wurde genehmigt; keine dieser Maßnahmen wurde realisiert. Major H. „bewegte die Frage, wie weit kann man bei Zersetzungmaßnahmen gehen, Leiter geben keine Unterschriften“.⁶⁷⁰ Offenbar wurden nach 1986 keine Konsequenzen aus diesem verheerenden Befund gezogen. Am 5.1.1989 folgte dann der Abschlussbericht der ZAIG zur jüngsten Untersuchung. Neben der Aufdeckung diverser hier unwesentlicher Unregelmäßigkeiten und Verfehlungen wurde bezüglich der Tätigkeit von Mitarbeitern des Referats XX/4 festgestellt, sie hätten „Handlungen begangen, die Straftaten im Sinne des Strafgesetzbuches der DDR darstellen, was z. T. nicht absehbare Gefahren“ und „erhebliche negative Auswirkungen in der Öffentlichkeit ... heraufbeschwor und ... nicht selten zur Verhärtung der feindlichen Positionen der betreffenden Personen, sowie zu bestimmten Solidarisierungseffekten bei Kräften der politischen Untergrundtätigkeit untereinander führte.“ Unter Hinweis auf den Befund von 1986 und auf die damals geübte Kritik sowie die diesbezüglichen Hinweise an die betreffenden Mitarbeiter und ihre Vorgesetzten hieß es weiter: „Es wurden dennoch – auch nicht durch den zuständigen Stellvertreter Operativ – keine wirksamen Maßnahmen zu einer grundsätzlichen Änderung der Situation ... durchgesetzt.“ Unter den die operative Arbeit insgesamt beeinträchtigenden logistischen Problemen wurde der „Kampf der Abteilung XX um die ‚Erstinformation‘“ hervorgehoben, „mit der möglichst hoch ‚geklingelt werden könne“, wobei wegen des „Ausschlusses vorgeschriebener Informationsflüsse“ die „inhaltliche Abstimmung mit der HA XX“ fehlte, wodurch „die Gefahr von Desinformation und Fehlentscheidungen“ heraufbeschworen wurde. Hier darf spekuliert werden, auf welche der in dieser Arbeit geschilderten Entscheidungen sich diese Wertung beziehen könnte. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang allerdings die Einschätzung der ZAIG, in der Abteilung XX (namentlich im Referat XX/4) hätten „gegen zentral gegebene Orientierungen Vorbehalte“ bestanden bzw. seien „ablehnende Positionen vertreten“ worden – zum Beispiel dagegen, dass „im Interesse der Durchsetzung der Politik unserer Partei in Kirchenfragen politische Mittel den absoluten Vorrang haben ... Praktisch erfolgte eine Gleichsetzung der

669 Der Warschauer Priester Jerzy Popieluszko wurde von den polnischen Staatssicherheitsorganen entführt und am 19.10.1984 ermordet.

670 MfS, ZAIG, Arch.-Nr. 13748.

Kirche mit politischer Untergrundtätigkeit, wurden, ausgehend von einer solchen Position, operative Maßnahmen realisiert, die die Staatspolitik in Kirchenfragen störten.“ Jedoch war die BV Berlin im November 1987 gegen die Durchführung der Aktion „Falle“ zu Lasten der UB, welche somit die HA XX allein zu verantworten hatte.⁶⁷¹ Nach dem Ausscheiden von Häbler und der besonders hart kritisierten Mitarbeiter H. und K. vom Referat XX/4 aus ihren Funktionen stellte sich für die ZAIG die Lage als ziemlich hoffnungslos dar: „Ausgehend von der gegenwärtigen Gesamtsituation (sind) ... die anstehenden Probleme in der Abteilung XX der BV Berlin nicht lösbar.“⁶⁷² Dies war vor allem kaderpolitisch gemeint. Die Berliner Staatssicherheit war für das letzte Jahr der DDR schlecht gerüstet. In Windeseile wurde die Abteilung XX umstrukturiert und Sicherheitsanalysen hochrangiger IM (an erster Stelle die zum IM „Max“ mittels „lückenlose(r) Dokumentation aller vom IMB ‚Max‘ verfassten Schriften, ihrer Herstellung, Verbreitung und Wirkung“) veranlasst.⁶⁷³

4.36 Das Reformgeschehen in den sozialistischen Ländern und die beginnende Auflösung der Gruppe „Gegenstimmen“

Die Diskussion über den Reformdruck im Ostblock, welcher in der DDR für das eigene Land offiziell nicht anerkannt wurde, und die Richtung der eingeschlagenen Reformen in einigen realsozialistischen Ländern sowie deren Folgen nahmen Ende 1988 immer größeren Raum innerhalb der oppositionellen Diskurse ein. Der Kern dieser Debatte, nämlich der Zusammenhang zwischen den notwendigen wirtschaftlichen und politischen Veränderungen im System, musste in den Blättern der Opposition in die öffentliche Diskussion gebracht werden, wobei mit der Gefahr einer Kriminalisierung solcher Versuche umzugehen war. Einer der beiden Schwerpunkte, welcher im Resultat der vorangegangenen internen Diskussionen während der Zirkelarbeit im Umkreis der Gruppe um Schult seit November 1988 über Veröffentlichungen im „Friedrichsfelder Feuermelder“ und in der Zeitschrift „Kontext“ gesetzt wurden, betrafen den Zusammenhang der neueren Reformexperimente mit der Geschichte bisheriger solcher Versuche in osteuropäischen Ländern und die Ursachen der Reformverweigerung in der DDR. Der andere Schwerpunkt betraf die Chancen solcher Reformen in der DDR und den wahrscheinlichen Ausgang des Umbauprozesses im Ostblock. Mit 10 Thesen zum „Reformgeschehen in einigen realsozialistischen Ländern“⁶⁷⁴

671 Auskunft von Kurt Zeiseweis, dem damaligen und Anfang 1989 im Ergebnis der geschilderten Untersuchung abberufenen Stellvertreter Operativ der BV Berlin, im Gespräch mit dem Autor am 7.6.2006. Zeiseweis bestätigte in diesem Gespräch auch den permanenten Spannungszustand zwischen der BV Berlin und der HA.

672 Bericht vom 5.1.1989 über wesentliche Ergebnisse der Überprüfung in der Abteilung XX der BV Berlin, MfS, ZAIG, Arch.-Nr. Bln XX 2484. S. 1ff.

673 Vorläufiges Protokoll vom 7.2.1989 über die Beratung zu Problemen der Sicherheitsanalysen zu ausgewählten IM, MfS, Arch.-Nr. 2490, S. 1; Bericht der Abteilung XX vom 20.3.1989 zum Stand der Realisierung der Festlegungen des Leiters der Bezirksverwaltung Berlin in Auswertung des Berichtes der ZAIG, MfS, Arch.-Nr. Bln XX 2485, S. 22ff.

674 Thomas Klein, Das Reformgeschehen in einigen sozialistischen Ländern, Friedrichsfelder Feuermelder November 1988, S. 5ff.

begann eine bis Mai 1989 andauende Diskussion zu diesem Thema im „Friedrichsfelder Feuermelder“. In den Thesen wurde auf „die Kluft zwischen dem Anspruch, endlich über die technokratisch-voluntaristischen Wechselbäder zwischen direktem und indirektem Zentralismus hinauszugehen, und der hinterherhinkenden Reformwirklichkeit (vor allem in der VR Polen)“ aufmerksam gemacht. „Die gegenwärtig mit verschiedenen Akzenten und unterschiedlichen Ergebnissen in der UdSSR, der VR Polen, der VR Bulgarien und der ČSSR anlaufenden Wirtschaftsreformen kommen mindestens 15 Jahre zu spät.“ Bei ihren Bemühungen hätten es die Reformkräfte mit der „Obstruktion des Apparats einer über ihre Zeit hinaus sich verfestigten Bürokratie und ihres übergreifenden politischen Konsenses gegen Reformen jenseits technokratischer Kosmetik“ zu tun. Diese habe eine „chronisch gewordene Antriebsarmut und innovatorische Trägheit einer bürokratischen Verwaltung von Ökonomie und Menschen mit allen daraus resultierenden Leistungsschwächen u. a. im Sozial-, Versorgungs- und Dienstleistungsbereich“ erzeugt. Es fände ein „erbitterter politischer Kampf um die Richtung und die Grenzen der Reformen“ statt. Der Doppelcharakter des Reforminhalts zeige sich darin, dass die Reformer mit den Technokraten dabei vermutlich am ehesten nur in Gestalt der Zustimmung zur Mobilisierung des „Arsenals markt- und geldwirtschaftlicher Instrumentarien“ einen Kompromiss finden würden. Weil aber eine „untrennbare Einheit von politischen und wirtschaftlichen Reformen“ bestünde, der bisherige bürokratische Dirigismus keine authentisch gewachsenen alternativen sozialistischen Wirtschaftsregulative zugelassen habe und insofern die Selbsttätigkeit der Massen weiter nur als Gefahr und nicht als Chance erkannt würde, entscheide sich hier das Schicksal dieser Reformen: Es ginge um das Ausmaß, in dem „praktisch über den technokratischen Charakter bisheriger Ansätze hinausgegangen wird, also die rätendemokratischen Formen (SU: Betriebsräte, Sowjets) wirklich entwickelt werden ... Entweder hat die Reform innerhalb eines jetzt nur noch begrenzten Zeithorizonts Erfolg, oder der real-existierende Sozialismus hat als gesellschaftliche Alternative für's erste seine Niederlage zu quittieren ... Wenn es in den realsozialistischen Reformländern nicht in kurzer Zeit gelingt, die politischen Assoziationen einer selbstbestimmten sozialistischen Demokratie zu schaffen und sie zu befähigen, auch die ökonomischen Instrumentarien einer sich aus ihren eigenen, genuin kommunistischen Antrieben heraus entfaltenden Wirtschaft zu erzeugen, wird dieser Weg scheitern. Dann wird die Gefahr eines Ausverkaufs auch inzwischen erkämpfter politischer Errungenschaften der Selbstverwaltung und der sozialistischen Demokratie an den Kapitalismus heraufbeschworen.“

Im Januar 1989 veröffentliche der „Feuermelder“ einen Überblick zur Lage der sowjetischen Wirtschaft und zu den dortigen Wirtschaftsreformversuchen seit 1985.⁶⁷⁵ Im Juli 1989 folgte im Samisdat-Reader „Kontext“ der Aufsatz „Ist die DDR reif für eine Reform ihres gesellschaftlichen Systems?“⁶⁷⁶ Hier wurde im Anschluss an eine ökonomiehistorische Dar-

675 Zu den sowjetischen Wirtschaftsreformversuchen seit 1985, Friedrichsfelder Feuermelder, Ausgabe Januar 1989. Diese von Thomas Klein verfassten Einschätzungen wurden bereits auf dem Seminar der AG Weltwirtschaft des Friedenskreises Friedrichsfelde zur IWF-Jahrestagung im September 1988 (vgl. Abschnitt 4.31) vorgestellt und diskutiert.

676 Thomas Klein, Ist die DDR reif für eine Reform ihres gesellschaftlichen Systems? Kontext, Heft 6/1989, S. 38ff.

stellung der Entwicklung von Planung und Wirtschaft in der DDR die Frage aufgeworfen, woran sich alle Bemühungen zur Veränderung der immer prekärer werdenden Lage zu orientieren hätten: „Die zentrale Frage bleibt bei alledem die Demokratisierung ... Parallel dazu muss die freie Diskussion in den Parteien und Massenorganisationen durchgesetzt werden.“ Inzwischen hatten Bernd Gehrke und Thomas Klein bereits mit einer systematischen Datenerfassung zur Erhebung des wirtschaftlichen Krisenstatus begonnen, um von der tatsächlichen wirtschaftlichen Lage ausgehend argumentieren zu können. Der von Klein zuvor in der Gruppe Gegenstimmen vorgebrachte Antrag, im erweiterten Kreis gemeinsam und systematisch an einem Konzept für die überfälligen politischen und wirtschaftlichen Veränderungen in der DDR zu arbeiten, wurde nicht mehr verwirklicht. Die in der Gruppe inzwischen akkumulierten Meinungsverschiedenheiten führten Reinhard Schult, Marion und Roland Seelig sowie Tina Krone im Januar 1989 zu dem Entschluss, ihre Mitarbeit in der Gruppe einzustellen. Schult war überdies der Meinung, die Osteuropa-Arbeit könne in Friedrichsfelde geleistet werden, wo die meisten Mitglieder von „Gegenstimmen“ inzwischen sowieso arbeiteten. Hinzu käme die fehlende Einmütigkeit im Umgang mit den Ereignissen des Januar 1988 und während der Ossietzky-Affäre sowie unterschiedliche politik-konzeptionelle Auffassungen.⁶⁷⁷ Seit Februar 1989 beteiligte sich Uwe Bastian an der Gruppenarbeit. Im weiteren Verlauf des Jahres 1989 begannen Bernd Gehrke, Herbert Mißlitz und Thomas Klein mit den Vorbereitungen des Aufbaus der „Vereinigten Linken“ (vgl. Abschnitt 4.43).

4.37 Innenpolitische Situation und außenpolitische Umorientierungen in der DDR zur Jahreswende 1988/89: Die „Opposition“ beginnt, Opposition zu werden

Der allgemeine Unmut in der Bevölkerung, die zunehmende Ratlosigkeit des mit ihm täglich konfrontierten Partei- und Staatsapparats und die anhaltende Wirklichkeitsverweigerung der politischen Führungsspitze wurden immer offensichtlicher. Die wachsenden Versorgungslücken und die immer fordernder auftretenden Ausreisewilligen konnten von der Parteiführung eigentlich nicht länger ignoriert werden – und doch reagierte sie weiterhin mit Verdrängung und Disziplinierung. Ihr standen nur eine (wenn auch wachsende) Minderheit protestierender SED-Mitglieder, unfähig zur Oppositionsbildung, und die nach wie vor isolierten kleinen (wenn auch immer nachdrücklicher auftretenden) Oppositionsgruppen gegenüber. Darüber hinaus blieb es (noch) beim Stillhalten einer wirksam entpolitisierten Bevölkerung, einem „diffusen Willen zur Einheit“, dem „Bewusstsein von der Zusammengehörigkeit der Deutschen“, dem „überaus starken Verlangen nach Reisefreiheit“⁶⁷⁸. Zu diesem Resultat von Politik und Erziehung nach fast 40 Jahren Politbürokratismus „in den

677 Notizen Reinhard Schult zur Gruppe Gegenstimmen (handschriftlich), o. D., MDA, RSch 14.

678 Vgl. auch Neubert 1997, S. 566.

Farben der DDR⁶⁷⁹ hieß es zur herrschenden Bevölkerungsstimmung Ende der 80er Jahre in einem Artikel von Wolfgang Rüdtenklau aus dem Jahre 1988 resignierend:

„Ergebnis ist, dass ein Land, in dem Erziehung zum Antifaschismus und Sozialismus als hehre Ideale vorgestellt werden, in seiner Masse das glatte Gegenteil denkt. Sozialismus und Kommunismus sind Schimpfwörter geworden, nationalistisch-faschistische Gesinnung, Juden- und Ausländerhass gehören in weiten Kreisen zum guten Ton. Im Übrigen aber ist die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung in ihrer Subalternität und der Bewunderung von Reichtum und Macht einig. Der östliche Teil Deutschlands, dessen Angliederung der BRD-Kanzler Adenauer Anfang der fünfziger Jahre so fürchtete, weil dort schon immer links gewählt wurde, dieser Teil würde heute mit großer Wahrscheinlichkeit CDU/CSU oder noch weiter rechts wählen. Ein großartiges Ergebnis!“

Nicht untypisch für die im oppositionellen Spektrum existierenden Vorstellungen von der Lösung der Krise waren auch folgende Überlegungen dieses Autors:

„Wenn wir das oder sogar ein rechtes Regime als Nachfolgestaat der DDR vermeiden wollen, werden wir schon ein wenig in Fehlerdiskussionen mit unseren Brüdern und Schwestern in der SED geraten müssen. Und es wird auch nicht beim vorsichtigen Anritzen der KPD-Legenden bleiben können, wie im Oktober-„Sputnik“ geschehen (und prompt verboten). Die Wurzeln und Ursachen müssen aufgedeckt, die Misswirtschaft muss eingestanden und Mittel und Wege zur Verhinderung gleicher Entwicklungen müssen gefunden werden. Wir sind Anhänger einer Gemeinschaft von Gleichen, Freien und Verantwortlichen. Und manche von euch sind es heimlich geblieben. Wir rufen euch zum kritischen Gespräch und zum gemeinsamen Neubeginn auf!“⁶⁸⁰

Dass die Opposition inzwischen die Wegscheide zur offenen Herausforderung der Herrschenden durch organisatorische Konstituierung außerhalb kirchlicher Strukturen zu überschreiten begann, wurde nun deutlicher: Ende November 1988 hieß es in einem Artikel von Bärbel Bohley: „Es (wird) notwendig sein, dass sich alle progressiven Kräfte der Gesellschaft zusammenschließen, die kirchlichen und die außerkirchlichen. Und dieser Prozess sollte außerhalb der Kirchen stattfinden ... Ohne die so viel geschmähte Opposition geht es nicht, zu der wir uns endlich bekennen sollten.“⁶⁸¹

Eines der eindrucksvollsten Dokumente des Jahres 1988 kam aus Leipzig von der im Herbst gebildeten „Initiative zur gesellschaftlichen Erneuerung unserer Gesellschaft“ anlässlich des 50. Jahrestags der Pogromnacht im faschistischen Deutschland am 9. November 1988 und wurde auch in Berlin vielerorts verbreitet:

„... Hass und Gewalt gegenüber Andersdenkenden fanden in den Köpfen der Menschen damals ihre Legitimation ... unter dem ständigen Einfluss des faschistischen Massenkults wurden Kritik und Aufbegehren bis ins eigene Denken selbstzensiert. Die Menschen ... vollzogen eine innere Emigration oder mussten emigrieren. Wissen

679 Die Formel vom „Sozialismus in den Farben der DDR“ erfand Honecker auf der 7. ZK-Tagung vom 1.–2.12.1988.

680 Wolfgang Rüdtenklau, Politik und Erziehung, Umweltblätter, Dezember 1988, S. 3.

681 Bärbel Bohley, DDR – Zwischenzeiten, in: Grenzfall 1-12/1988, S. 28ff.

und Ahnung um Rassenverfolgung und Gewalt gegen Andersdenkende brachte nur wenig Menschen zum Handeln. Wir erfahren durch die Aufarbeitung der Zeit des Stalinismus aus den Zeitungen der Sowjetunion, wie Andersdenkende unter dem Deckmantel der marxistisch-leninistischen Ideologie verfolgt und ermordet wurden. Wir erleben in unserem Land wie Menschen mit konstruktiv-kritischen Meinungen kriminalisiert und als Staatsfeinde verfolgt werden. Wir erleben Ausgrenzung und Diskriminierung. Wie lange werden wir als mündige Bürger/-innen des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden noch zusehen, wenn Skinheads und einige Fußballfans neonazistische Parolen schreien? Wenn verfassungswidrige Ausländerfeindlichkeit gerade auch gegen das leidgeprüfte polnische Volk um sich greift? Wenn ein Vertreter der Kreisleitung der FDJ an der C.-v.-Ossietzky-EOS in Berlin ... sagte, ‚man bemühe sich, um jeden zu kämpfen, (z. B. um Grabschänder, Skinheads u. a.), aber in diesem Fall musste die Trennung von eindeutig staatsfeindlichen Schülern erfolgen?‘ Wenn die Freiheit der Presse ... durch die sogenannte Druckgenehmigungspraxis verhindert wird? Wenn junge Menschen, ... wie die Punks in Dresden wegen ‚unästhetischen Aussehens‘ Ordnungsstrafen zahlen müssen oder physische Gewalt durch Polizisten erleiden müssen? Wenn Mitarbeiter der Kirche von Unten in Weimar ... für ihr Engagement zur Aufklärung über IWF und Weltbank psychisch unter Druck gesetzt und physisch misshandelt werden? Wenn Mitarbeitern kirchlicher und unabhängiger Gruppen – wie am 8.10., 1.11., 4.11. in Berlin und zwischen dem 20.10. und 1.11. in Leipzig geschehen – auf Grund ihres friedlichen Engagements und ihrer öffentlichen Meinungsbekundung zugeführt und Ermittlungsverfahren wegen krimineller Handlungen angedroht werden? Wenn Schriftsteller – wie am 1.11. J[...] B[...] – nach Lesungen bei denen sie auch über gesellschaftliche Probleme informierten, polizeilich zugeführt und Manuskripte beschlagnahmt werden? ... Wir protestieren gegen neostalinistische Tendenzen in der Gesellschaftsstruktur der DDR. Wir protestieren gegen neonazistische Tendenzen im Denken und Handeln einiger Menschen dieses Landes ... Wir fordern einen öffentlichen Dialog aller gesellschaftlichen Kräfte, der Kritik und Selbstkritik einschließt über alle Problemfelder dieses Landes.“⁶⁸²

Der nächste Zusammenstoß mit der Opposition fand so nicht ganz unverhofft diesmal in Leipzig statt. Die „Initiative zur gesellschaftlichen Erneuerung unserer Gesellschaft“, seit Januar 1989 „Demokratische Initiative“, rief anlässlich des Jahrestags der Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht mit Flugblättern zu einer Demonstration für demokratische Rechte und gegen das Verbot sowjetischer Filme und des sowjetischen „Sputnik“-Magazins für den 15.1.1989 auf. Schon vor Beginn der Demonstration wurden Mitglieder verschiedener Leipziger Gruppen und dann bei der gewaltsamen Auflösung der Demonstration etwa 50 der 500 (nach anderen Angaben 800)⁶⁸³ Demonstranten verhaftet. Die sofort

682 SAPMO BArch, DO 4/989. „Am 9.11.1988 nach dem Friedensgebet in der Nicolaikirche wurden Handzettel einer ‚Initiative zur gesellschaftlichen Erneuerung in der DDR‘ verteilt und eine nicht genehmigte Demonstration vom Nicolaikirchhof durch die Leipziger Innenstadt zum Gedenkstein für die jüdischen Opfer durchgeführt, an der ca. 80 Personen einschließlich Pfarrer Führer teilnahmen.“ SAPMO BArch, DO 4/1436.

683 Neubert 1997, S. 786 bzw. Rüdtenklaus 1992, S. 274.

einsetzenden Fürbittandachten in Leipzig und die beginnenden Proteste überall im Land führten noch vor Erreichen ihres Höhepunktes zur Freilassung der Inhaftierten und zur Einstellung der Ermittlungsverfahren bereits am 26. Januar. Eine mittelbare Folge dieses Ereignisses war die Rückgabe der Verantwortung für die montäglichen Leipziger Friedensgebete in der Nicolaikirche, welche den Gruppen im März 1988 von der Kirchenleitung entzogen wurde, durch den GKR an die Gruppen. Diese Gebete standen dann seit März 1989 unter anderem im Zeichen der Solidarität mit den in der ČSSR verhafteten Oppositionellen, unter anderem von Vaclav Havel. Auch in Berlin war dies Anlass zu einer Welle von Protesterklärungen. Die UB hatte bereits im Vorjahr gegen die Inhaftierungen in der ČSSR anlässlich von Demonstrationen zum 20. Jahrestag der Okkupation der ČSSR am 21. August protestiert.⁶⁸⁴ Hier sahen sich die Gruppen in der DDR mit den Oppositionellen in der ČSSR gleichen innenpolitischen Blockade- und Disziplinierungspraktiken ausgesetzt.

Der Eindruck einer „Achse Berlin-Bukarest-Prag“ als Bündnis der „Glasnost-Verächter“, „Perestroika-Verweigerer“ (wobei allerdings in der ČSSR Anstalten einer Wirtschaftsreform zu beobachten waren) und als Befürworter der (notfalls gewaltsamen) Eindämmung jeder Opposition hatte sich schon Ende 1988 verstärkt: Die Abgrenzung der DDR gegenüber sowjetischer „Glasnost und Perestroika“ wurde durch den demonstrativen Schulterchluss mit Rumänien bekräftigt. Die neue Affinität der SED-Führung zu Rumänien, einst wegen seiner außenpolitischen Alleingänge entgegen sowjetischer und auch DDR-deutscher Maßgaben im Osten beargwöhnt und im Westen belobigt, war für alle Beobachter der dortigen politischen (vor allem innenpolitischen) Entwicklung entlarvend. Die Bevölkerung des IWF-Mitglieds Rumänien hatte inzwischen unter einer brutalen Auspressungspolitik zu leiden. Ein grotesker Personenkult um den Diktator Ceaușescu bestimmte den Alltag. Hinzu traten die Unterdrückung nationaler Minderheiten, bürokratische „Systematisierungskampagnen“ der dörflichen Strukturen zu Lasten der Landbevölkerung und eine auch sonst überaus repressive Innenpolitik. Wenn auch das Ausmaß der Unterdrückung in Rumänien bei weitem das in der DDR übertraf und überdies die dortige Innenpolitik in wesentlichen Komponenten dem mühsam behaupteten DDR-Prinzip der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ sogar widersprach, war klar, dass in Rumänien wie in der DDR kein Platz für „Glasnost und Perestroika“ sein konnte. Dieser immer bestimmender werdende Anker einer gemeinsamen Selbstbehauptung gegen die neuen Zumutungen aus Moskau sollte Ende 1988 mit den symbolischen Ehrungen des in Osteuropa zunehmend isolierten Konduktors während seiner DDR-Visite seinen Ausdruck finden. Dagegen thematisierte die DDR-Opposition seit der Hungerrevolte in Brasov im November 1987 immer heftiger die Verhältnisse in Rumänien und intensivierte gleichzeitig ihre Kontakte zu rumänischen (insbesondere rumäniendeutschen) Kritikern und Leidtragenden der Ceaușescu-Diktatur. Die Repressionen gegen die ungarische Minderheit in Rumänien provozierten am 16. Juli 1988 einen Brief der KvU und von Gruppenvertretern der Offenen Arbeit an die Botschaft der Ungarischen Volksrepublik (der auch dem DDR-Staatsrat und Botschaften der VR Bulgarien, VR Polen, ČSSR und UdSSR sowie der KKL zur Kenntnis gegeben wurde) über Men-

684 Protesterklärung der UB vom 20.9.1988 an Ustrainy vybor Komunisticke Strany Cesslovenska zum 20. Jahrestag des ‚Prager Frühlings‘ und wegen der Gewaltanwendung bei der Unterdrückung der Demonstration in Prag am 21. August 1988, MDA, 1.1.16., Reg.-Nr. 994.

schenrechtsverletzungen und Verfolgungen in Rumänien. Hier wurde die ungarische Verurteilung dieser Menschenrechtsverletzungen ausdrücklich begrüßt.⁶⁸⁵ Der internationale Solidaritätstag mit Rumänien am 15. November 1988 wurde in Berlin mit einer Großveranstaltung in der Gethsemanekirche während der Friedensdekade und entgegen erheblichen staatlichen Drucks begangen.⁶⁸⁶ Hier erfuhr die Öffentlichkeit auch von einem Solidaritätsaufruf der rumänischen Schriftsteller Herta Müller und Richard Wagner. Trotz mehrfachen staatlichen Einspruchs fanden weitere Veranstaltungen zu Rumänien (in den Gemeinden Fennpfehl und Friedrichsfelde) statt. Die Veranstaltungen waren nur eine Zwischenstation der bis zum Ende des Regimes sich weiter steigernden Solidaritätsaktionen der DDR-Opposition mit dem rumänischen Volk.

4.38 Konkret für Frieden und Menschenrechte 1989 und die beginnende Ablösung der Gruppen von der Kirche

Im kirchlichen Raum hatten inzwischen das Netzwerk Arche, der AKSK, die KvU und das von den Umweltbibliotheken geknüpfte Verbindungssystem⁶⁸⁷ eine staatlicherseits nicht mehr „liquidierbare“ zuverlässige informelle Infrastruktur geschaffen. Zu dem größten übergreifenden Netzwerk „Frieden konkret“ war inzwischen auch der im konziliaren Prozess entstandene stark politisierte ökumenische Diskurs getreten. Insofern hatten die 200 Delegierten des vom 24.–26.2.1989 zusammentretenden Greifswalder Treffens der Basisgruppen allen Grund, das Selbstverständnis und die Arbeitsziele dieses über lange Jahre unverzichtbaren Netzwerks zu überprüfen. Zuvor hatte der Fortsetzungsausschuss im November 1988 das auf Wunsch der Mehrheit der Netzwerkgruppen zustande gekommene Thema des Greifswalder Treffens „Unser Europäisches Haus“ bestätigt. Er bereitete die Arbeit des Seminars in 11 thematischen Arbeitsgruppen vor und bekräftigte damit das Anliegen des Seminars als Forum des republikweiten Austauschs der Gruppen über inhaltlich-politische Arbeitsfelder. Nach Auffassung des stellvertretenden Ministers für Staatssicherheit, Generaloberst Rudi Mittig, trug das Seminar fast ausschließlich politischen Charakter; die Inhalte waren wesentlich bestimmt von Einschätzungen der innenpolitischen Lageentwicklung in der DDR. „Diesen Verlauf bestimmten maßgeblich hinlänglich bekannte Mitglieder politisch-negativer Personenzusammenschlüsse aus der Hauptstadt Berlin und aus Leipzig sowie reaktionäre kirchliche Kräfte. Dazu zählten das Ehepaar Poppe und die Per-

685 SAPMO BArch, DO 4/1385.

686 „Einen politischen Schwerpunkt in Berlin bildete die von der Gruppe ‚Initiative Frieden und Menschenrechte‘ organisierte Veranstaltung ‚Solidarität mit Rumänien‘ in der Gethsemanekirche, an der 500–600 Personen teilnahmen. Bei der Veranstaltung wurden 6 Vorträge gehalten und eine Erklärung verteilt, die dazu diente, die Außenpolitik Rumäniens, die Person Nicolae Ceauşescu und die innenpolitische Entwicklung Rumäniens zu diffamieren und der DDR vorgeworfen, die dort gegebene Situation zu unterstützen und zu sanktionieren.“ Operative Information vom 16.11.1988 zum Verlauf der Friedensdekade, SAPMO BArch, DO 4/1436. Die Staatsorgane operierten im Vorfeld des Ereignisses mit Vorladungen, bei denen gewarnt wurde vor einer „Teilnahme an Veranstaltungen, die geeignet seien die Beziehungen zu einem befreundeten Staat zu stören“.

687 Vgl. Rüdtenklau 1992, S. 354f.

sonen Dr. Thomas Klein, Sebastian Pflugbeil, Reinhard Schult und Herbert Mißlitz/alle Berlin, Thomas Rudolph/Leipzig, die Pfarrer Tschiche/Samswegen und Albani/Frauenstein, Diakon Schatta/Berlin und Heiko Lietz/Güstrow.⁶⁸⁸ Die IFM engagierte sich während des Greifswalder Treffens beträchtlich: Gerd Poppe forderte in seinem Einführungsreferat die Ausrichtung der Arbeit aller Basisgruppen an einer in der DDR überfälligen gesellschaftlichen Transformation, die bereits in Teilen Osteuropas begonnen hatte. Dazu sei eine engere Kooperation mit den osteuropäischen Gruppen nötig, wobei er auf einen Aufruf der Charta 77 zur Errichtung einer „Ständigen Europäischen Versammlung für Frieden und Demokratie“ verwies. Zwei stark besetzte Arbeitsgruppen tagten zum Thema „Legalität und Legitimität, Verpflichtung und Grenzen des Widerstandsrechts“, geleitet von Heiko Lietz. Neben den üblichen Forderungen (Demokratisierung, Demonstrations- und Reisefreiheit, Stärkung der Bürgerrechte) wurde aus diesen Arbeitsgruppen heraus bereits empfohlen, Ablauf und Ergebnisse der bevorstehenden Kommunalwahlen zu kontrollieren. Diese Empfehlung gab auch die unter Reinhard Weißhuhns (IFM) Leitung arbeitende Gruppe „Informationspolitik und Wahrheitsanspruch“. Sebastian Pflugbeils Arbeitsgruppe „Ökologie und Ökonomie“ befasste sich mit dem Status und den Widersprüchen der Energiewirtschaft und -politik der DDR. „Im Zusammenhang mit der aktuellen Energiesituation“ wies Pflugbeil „auf die Notwendigkeit einer Umstrukturierung der Volkswirtschaft und Veränderung der Preispolitik in der DDR“ hin.⁶⁸⁹ Dabei versuchte der stellvertretende Generaldirektor des Greifswalder Kernkraftwerks in einem Hearing die bekannten Bedenken gegen diese Energieerzeugungsumform zu zerstreuen. Die Einmütigkeit, mit der im Arbeitskreis „Friedenssicherung und Gestaltung“ die einseitigen Abrüstungsinitiativen der Staaten der Warschauer-Vertragsorganisation im Bereich konventioneller Waffensysteme begrüßt, die von der NATO geplante Modernisierung ihrer nuklearen Kurzstreckenwaffen verurteilt und das westliche Militärbündnis aufgefordert wurde, ebenfalls Abrüstungssignale zu setzen, dokumentierte die damalige mehrheitliche Haltung der Gruppen zum Status der damaligen bipolaren Diplomatie militärischer Deeskalation.⁶⁹⁰ Hier gelang es im Plenum, eine in diesem Sinne formulierte „Erklärung zur Friedenssicherung/Friedensgestaltung“ dieser Arbeitsgruppe zu

688 Politisch-operative Maßnahmen zur Auswertung des durch kirchliche Basisgruppen durchgeführten sogenannten Friedensseminars „Konkret für den Frieden VII“ vom 24. bis 26.2.1989 in Greifswald, Vertrauliche Verschlussache VVS MfS o008-24/89 vom 10.3.1989, Generaloberst Mittag an die Dienstseinheiten, MfS, Arbeitsbereich Neiber, Arch.-Nr. 365, S. 57ff.

689 Ebenda.

690 Eine Veranstaltung des „Grünen Netzwerkes Arche“ in der St. Andreas-Markus-Kirche Berlin-Friedrichshain am 15.1.1989 befasste sich „mit den Abrüstungsvorschlägen des ‚Ostens‘ und der Kürzung der DDR-Verteidigungsausgaben um 10 %. In diesem Zusammenhang besteht durch das ‚Grüne Netzwerk Arche‘ die Absicht, sich brieflich an den Generalsekretär Erich Honecker sowie Bundeskanzler H. Kohl zu wenden. Der Brief an Kanzler Kohl, der inhaltlich vorgetragen wurde, enthielt zum Teil positive Äußerungen zur DDR-Abrüstungspolitik und übte u. a. Kritik an der Politik der BRD-Regierung, z. B. zu Regelungen zur Wehrdienstverlängerung und zu Maßnahmen zur Modernisierung von Mittelstreckenraketen.“ Bei der folgenden Abstimmung wurde der Brief mit 15 zu 12 Stimmen befürwortet. „Die 12 Gegenstimmen resultierten aus geäußerten Zweifeln an der Glaubwürdigkeit des ‚Ostens‘. So sei der ‚Westen‘ durch ‚die Vorrüstung des Ostens‘ in den 70er Jahren nach wie vor ‚verunsichert‘.“ Information der HA XVIII vom 17.2.1989 zur Veranstaltung des „Grünen Netzwerkes Arche“ in der St. Andreas-Markus-Kirche Berlin-Friedrichshain am 15. 1. 1989, MfS, HA XVIII, Arch.-Nr. 133, S. 42ff und Brief der Arche an den Bundeskanzler vom 16.2.1989 zur Abrüstungssituation, MDA, 2.04.1., Reg.-Nr. 2626.

verabschieden. In einer weiteren vom Plenum gebilligten Vorlage sprach sich „Frieden konkret“ für die Abkopplung eines sozialen Friedensdienstes vom Militärdienst in Gestalt eines auch für nicht-Wehrpflichtige offenen „Freiwilligen Sozialdienstes“ aus. Vorschläge für die rechtsverbindliche Ordnung eines sozialen Wehrersatzdienstes in der DDR unter Berufung auf die Resolution der UNO-Menschenrechtskommission vom Mai 1987 über das Recht der Wehrdienstverweigerung fand ebenfalls die Zustimmung des Plenums. Das MfS konstatierte erleichtert, dass die „progressive[n] gläubige[n] Kräfte (CFK, Gossener Mission, Sächsische Bruderschaft, Aktion Sühnezeichen) besser abgestimmt, offensiver“ auftraten und die „Fortsetzung der in den bisherigen Friedensseminaren aufgetretenen aktionistischen Tendenzen (verhinderten)“.⁶⁹¹ Trotzdem schloss sich das Greifswalder Plenum der Basisgruppen einer bereits am 23.2.1989 von 21 Gruppen aus der DDR verabschiedeten Protestresolution gegen die Übergriffe der Sicherheitsorgane in der ČSSR auf eine Demonstration in Prag vom Januar 1989 anlässlich des Jahrestags der Selbstverbrennung von Jan Palach an. Der verabschiedete Brief an Milos Jakes (Generalsekretär der KPC), Gustáv Husák (Präsident der ČSSR), Ladislav Adamec (Ministerpräsident) und die Föderative Versammlung der ČSSR forderte die Freilassung von 55 dabei inhaftierten Demonstranten „im Geiste des Helsinkiprozesses für mehr Frieden und Gerechtigkeit“.⁶⁹²

Eine Eingabe, welche die staatliche Informationspolitik zur Umweltsituation verurteilte und eine Kritik der Bildungspolitik an die Adresse des bevorstehenden IX. Pädagogischen Kongresses scheiterten bereits in den behandelnden Arbeitsgruppen. Auch die Weiterbefassung mit der bereits in Cottbus von Hans-Jochen Tschiche vorgetragenen Plattform „Teilhabe statt Ausgrenzung (vgl. Abschnitt 4.29) brachte keinen Fortschritt infolge zu stark divergierender Auffassungen dazu in der zuständigen Arbeitsgruppe. Inzwischen war Tschiche bereits einen Schritt weiter gegangen: Er forderte nunmehr in Greifswald öffentlich die Gründung einer zu legalisierenden „Vereinigung zur Erneuerung der Gesellschaft“ mit fester und verbindlicher Struktur. Es war dies ein Versuch der Durchsetzung einer Organisationsform zur Durchsetzung politischer Teilhabeansprüche. Solche Vorschläge und auch Markus Meckels Überlegungen, eine sozialdemokratische Partei zu gründen⁶⁹³, sowie ein Vorstoß der ESG Karl-Marx-Stadt, welche eine „gesamtstaatliche Konsultativkonferenz“ zur Krisenbewältigung unter Beteiligung der Basisgruppen forderte, wurden in Greifswald ebenfalls mehrheitlich zurückgewiesen. Dieses Scheitern von Vorwegnahmen dann im Sommer tatsächlich beginnender Gründungen neuer politischer Vereinigungen machte deut-

691 Mittig an die Dienstseinheiten 1989.

692 Protest- und Solidaritätserklärung der Teilnehmer des Delegiertentreffens von 171 Friedens-, Ökologie-, 2/3-Welt-, Frauen-, Menschenrechts- und anderen emanzipatorischen Gruppen „Frieden konkret VII“ vom 26.2.1989, MDA, 2.03. Ferner wurde eine Aufforderung an den BEK verabschiedet, sich gegenüber dem Staat dafür einzusetzen, dass die Grundsätze der Anordnung über das Genehmigungsverfahren für die Herstellung von Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen auch für Materialien der im Rahmen „Konkret für den Frieden“ wirkenden Gruppen Anwendung finden. Zustimmung fanden auch die Vorlage „Ermutigung zu gesellschaftlicher Verständigung“ (Unterstützung eines offenen und ehrlichen Dialogs der Christen über die künftige gesellschaftliche Entwicklung) sowie die Vorlage zur „Unterstützung des Zusammenschlusses unabhängiger Friedensgruppen in Europa zu einem gesamteuropäischen Parlament“. Ebenda.

693 Zeitzeugenbericht von Martin Gutzeit in der 68. Sitzung der Enquete-Kommission, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII,1, Baden-Baden 1995, S. 243.

lich, dass „Konkret für den Frieden“ bereits hinter der Dynamik fortgeschrittenen oppositionellen Selbstbewusstseins zurückgeblieben war (vgl. Abschnitt 4.37). Insofern erschien es als folgerichtig, dass Markus Meckel und Joachim Garstecki in ihrem Antrag zur Profiländerung von „Frieden konkret“ vorschlugen, wegen der Unmöglichkeit, einen inhaltlich-programmatischen Konsens zu erlangen, möge sich das Netzwerk künftig auf die Funktion eines „offenen Forums“ der „Kommunikation, Selbstdarstellung ... und aktueller Stellungnahmen“ der Gruppen beschränken, anstatt „Seminar mit thematischer Arbeit in Kleingruppen“ zu bleiben.⁶⁹⁴ Auf dem Plenum informierte Garstecki darüber, dass es kirchlicherseits Vorstellungen gebe, auch Vertreter des von „Konkret für den Frieden“ zu der „Europäischen Versammlung zum konziliaren Prozess“ im Mai 1989 nach Basel/Schweiz zu entsenden.⁶⁹⁵ Das MfS stellte befriedigt fest, dass „durch langfristig gezielte Einflussnahme staatlicher und gesellschaftlicher Kräfte ... die Wiederwahl von Ulrike Poppe, der Pfarrer Tschiche und Albani sowie von Silvia Müller verhindert werden (konnte).“⁶⁹⁶

Dass der Arbeitsort alternativer Gruppen innerhalb kirchlicher Strukturen, ursprünglich wegen der Inhalte religiös motivierter Selbstbehauptung gegenüber staatlichen Zumutungen durchaus natürlich gegeben, mit deren Politisierung immer „künstlicher“ wurde, da hier ein gesellschaftlicher Konflikt politischen und nicht theologisch-religiösen Ausdruck suchte, konnte kaum noch geleugnet werden. Insofern erhielten die langjährigen Bemühungen des Generalsuperintendenten Günter Krusche, den Gruppen diesen Arbeitsort streitig zu machen, was mit dem staatlichen Interesse der „Liquidierung“ solcher den Gruppen außerhalb ihres kirchlichen Schutzraumes korrespondierte, in dem Moment praktische Relevanz, als es der Staatsmacht bereits kaum noch möglich war, dieser Gruppen auch ohne deren kirchliche Abschirmung Herr zu werden. Dass es bisher trotzdem überwiegend bei diesem Arbeitsort geblieben war, lag an den besonderen Arbeitsbedingungen, welche politisch alternative Gruppen innerhalb kirchlicher Strukturen vorfanden. Der Preis dieses Vorteils war die permanente Domestizierung ihres Wirkens in Anhängigkeit von der Bereitschaft landeskirchlicher Verantwortungsträger, in Wahrung amtskirchlichen Eigeninteresses auf staatliche Anforderungen einzugehen. Die Emanzipation der Gruppen von amtskirchlicher Kontrolle war gemäß ihrem inzwischen gewonnenen Selbstbewusstsein und dem gewachsenen politischen Anspruch der Gruppen folgerichtig und wegen den inzwischen lähmenden Wirkungen solcher Eingriffe auch notwendig. Die endgültige Befreiung von ihnen konnte nur durch das Verlassen dieses Schutzraumes möglich werden. Dem entsprach auf der Ebene der wenigen bereits mehr oder weniger kirchenunabhängigen Gruppen die demonstrative republikweite Öffnung der IFM in ihrer Erklärung vom 11.3.1989.⁶⁹⁷ Das dazugehörige Eingeständnis, im

694 Dokumentation „Erklärungen und Beschlüsse der Versammlung ‚Konkret für den Frieden VII‘ Greifswald 26.2.1989, MDA, 2.03. Vgl. auch Neubert 1997, S. 793ff.

695 Diese Gelegenheit nutzte später Reinhard Schult als Delegierter der Basisgruppen im Bereich der EKBB, um die „West-Verbindungen“ der Opposition an Ort und Stelle (insbesondere in Westberlin) zu festigen.

696 Mittig an die Dienstseinheiten 1989.

697 Diese später als „vergeblicher Anlauf“ zu einer republikweiten Öffnung der „bisher auf einen relativ abgeschlossenen Kreis und auf den Berliner Raum orientierte ‚Initiative Frieden und Menschenrechte‘“ bezeichnete Erklärung verlautbarte: „... es (erscheint) uns notwendig, dass die unabhängigen Friedens-, Ökologie-, Menschenrechts- und ‚Dritte-Welt‘-Gruppen ihre Isolierung überwinden, sich selbst öffnen

Grunde bestünde keine „Affinität zwischen dem Anliegen der Gruppen und der christlichen Botschaft“ – diese behauptete Affinität sei ein „nachgeschobenes, ein nachträgliches Argument“ einer sich aus Gründen der „Kompensation gesellschaftlichen Bedeutungsverlustes“ diesen Gruppen gegenüber öffnenden Kirche – vollzog Detlef Pollack im Juni 1989 auf einem Kolloquium der Theologischen Studienabteilung kurz vor Beginn der Phase von Gründungen der neuen politischen Vereinigungen des Herbstes 1989. Diese Gruppen wären, so Pollack, das Ergebnis fehlender Mitbestimmungsmöglichkeiten in der Gesellschaft. Dagegen bestand Ehrhart Neubert auf diesem Kolloquium weiterhin darauf, dass die Gruppen in ihrer Praxis „letztlich eine religiöse Qualität“ und eine „Verbindung mit der christlichen Tradition“ repräsentierten.⁶⁹⁸ Es sollte sich bald zeigen, dass es bedeutungslos war, ob man im kirchlichen Raum der einen oder der andern Sichtweise folgte: Auch kirchliche Mitarbeiter und Pfarrer wie Neubert (und Eppelmann, Pahnke und Richter) beteiligten sich ebenso wie durchaus weltlich gesonnene Oppositionelle im Herbst an der Gründung politischer Vereinigungen und Parteien (wie dem „Demokratischen Aufbruch“).

4.39 Wahlfall 89: Die Gruppen betreten den öffentlichen Raum

Vor den Kommunalwahlen 1989 drohte die Zahl der entschlossenen Nichtwähler (so die Ausreiseantragsteller) und die Zahl jener, die ihre Wahlbeteiligung an die Erfüllung bestimmter Forderungen durch staatliche Stellen knüpften, stark anzusteigen. Verschiedene Oppositionsgruppen riefen zum Wahlboykott oder zur Kontrolle des Wahlvorgangs bzw. der Stimmenauszählung auf.⁶⁹⁹ Erwägungen, zur Wahl unabhängige Kandidaten auf der Einheitsliste der Nationalen Front⁷⁰⁰ zu platzieren, fanden sich bereits Pfingsten 1988 in einem gemeinsamen Papier „Neues Handeln“ des GKR der Bartholomäusgemeinde und der dortigen Initiative „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ (vgl. Abschnitt 4.17) sowie

und neue Argumente und Angebote für eine gesamtgesellschaftliche Öffnung entwickeln.“ Aufruf der IFM Berlin vom 11. März 1989, MDA, 1.1.01., Reg.-Nr. 24 und die Antwort vom 1.3.1990 auf eine Anfrage zur bevorstehenden Volkskammerwahl, MDA, OA, Reg.-Nr. 4544.

698 Neubert 1997, S. 808

699 Das MfS stellte im Zeitraum vom 1. Januar bis 7. Mai 1989 in der DDR 105 gegen die Kommunalwahlen gerichtete „Vorkommnisse“ fest (bei den Kommunalwahlen zum 6.5.1984 waren dies nur 48). In Berlin gab es 29 Vorkommnisse. Am 5. Mai 1989 wurden in Berlin-Pankow 8 Losungen (Längen zwischen 1 bis 7 m) an Wänden und Mauern mit Aufforderungen, die Wahlen zu boykottieren, festgestellt. Am 6. Mai 1989 wurden in Berlin-Mitte 7 „Hetzblätter“, angebracht unter anderem an Haustüren und Litfasssäulen, mit dem Text: „Stell Dir vor, es ist Wahl und keiner geht hin“ sichergestellt. Blätter gleichen Formats, Herstellungsverfahren und Inhalts wurden bereits am 13. März 1989 in Stendal und Magdeburg, am 15. März 1989 in Schwerin, am 28. März 1989 in Dresden und am 5. April 1989 in Leipzig zur Verbreitung gebracht. Information Nr. 229/89 vom 8.5.89 über beachtenswerte Ergebnisse der Sicherung der Durchführung der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989, MfS, Sekr. Neiber, Arch.-Nr. 614, S. 25ff. Dem MfI waren seit dem 19.2.1989 107 solcherart Vorkommnisse bekannt geworden, Rüdtenklau 1992, S. 290.

700 Die Aufstellung von Kandidaten und deren Prüfung erfolgten laut Wahlgesetz ausschließlich für eine Einheitsliste, welche dann den gemeinsamen Wahlvorschlag für die Kandidaten der Nationalen Front darstellte.

des AKSK Berlin.⁷⁰¹ Dies führte am 8.1.1989 in einem „Brief an die Christen in der DDR und ihre Gemeindevertreter in der DDR zu den Kommunalwahlen 1989“ dieser Initiative, der Friedenskreise der Bartholomäus- und Golgathagemeinde und der Arbeitsgruppe „Ökologie und Menschenrechte“ im Arche-Netzwerk zur Empfehlung, dies bei den anstehenden Kommunalwahlen zu praktizieren.⁷⁰² Ein Aufruf des Friedenskreises der Erlösergemeinde hinterfragte überdies das geltende Wahlgesetz.⁷⁰³ Solche aussichtslosen Versuche führten jedoch immerhin zu prekären Situationen auf den Wählerversammlungen, die daraufhin staatlicherseits nun immer stärker von solchen Interventionen abgeschirmt wurden, was wiederum den Unmut auch des gewöhnlichen Publikums anfeuerte und in der Opposition neuerlich zu Wahlboykottaufrufen mittels Aufrufen und Flugblättern führte.⁷⁰⁴ In Berlin wurden besonders vom Weißenseer Friedenskreis nun ernsthafte Vorbereitungen zur Kontrolle der öffentlichen Stimmauszählung angestrengt, die über ein Kontaktbüro der „Koordinierungsgruppe Wahlen“ dieses Kreises liefen. Am 21.4.1989 konnten sich interessierte Bürger in einer Veranstaltung dieses Friedenskreises mit dem nötigen Wissen für eine Wahlbeobachtung ausrüsten.⁷⁰⁵ Innerhalb der Projektgruppe „Ökologie und Menschenrechte“ des grün-ökologischen Netzwerks Arche, Region Berlin-Brandenburg wurde eine Arbeitsgruppe „Kommunalwahlen 1989“ gebildet, die einen Wahlaufufruf formulierte, den Behörden mühsam die Termine von Wahlveranstaltungen abrang und über besuchte Wahlveranstaltungen informierte.⁷⁰⁶ Schnell war die Kooperation weiterer Gruppen aus anderen Stadtbezirken, die sich an der Kontrollaktion beteiligen wollten, hergestellt.⁷⁰⁷ Ähn-

701 Neubert 1997, S. 810.

702 Brief an die Christen in der DDR und ihre Gemeindevertreter in der DDR zu den Kommunalwahlen 1989 vom 8.1.1989, Privatarchiv des Autors. Wie ernst die Initiativgruppe „Absage“ gerade Kommunalwahlen nahm, ist auch ihrem „Offenen Brief an die Wähler“ vom Februar 1989 zu entnehmen. Trotz deren offensichtlichen ausschließlichen Bekenntnis- und Zustimmungskarakters sah sie in diesen Kommunalwahlen „eine Chance, den Kreis von Schweigen und gedankenlosem Handeln zu durchbrechen“. Wer die Wahl hat ... Offener Brief an die Wählerinnen und Wähler vom 15.2.1989, MDA, 7.8.3., Reg.-Nr. 2174. Ein anderer Brief der Initiativgruppe „Absage“ und einiger Mitglieder der Bartholomäusgemeinde beschränkte sich auf Hinweise zu den gesetzlichen Einflussmöglichkeiten der Bürger auf die Kandidatenaufstellung und -prüfung während der Ortsausschusssitzungen der Nationalen Front und während der Wählerforen. Überdies gab es Informationen zum Wahlvorgang und zu den Möglichkeiten der Teilnahme an der öffentlichen Stimmauszählung. Offener Brief von Bürgern und Christen in der DDR zu den Kommunalwahlen 1989, o. D., Privatarchiv des Autors.

703 Aufruf des Friedenskreises der Erlöser-Gemeinde Berlin zur Unterstützung der Kommunalwahlen in der DDR 1989, o. D., Privatarchiv des Autors; siehe auch Abschrift durch die BV Berlin des MfS (Anlage zur Information Nr. 8/89), archiviert im MDA, 7.8.3., Reg.-Nr. 8802.

704 In einer öffentlichen Erklärung kündigten 48 Aktivisten aus verschiedenen Berliner Friedenskreisen und Einzelpersonen am 15. April ihren Boykott der bevorstehenden Kommunalwahlen an. Erklärung vom 15.4.1989, MDA, 7.8.3., Reg.-Nr. 2153.

705 Einladung des FK Weissensee zum 21.4.1989 20 Uhr im Heinrich-Grüber-Zentrum zur praktischen Vorbereitung auf die Kontrolle der Kommunalwahl 1989 durch die Bürger, Material des FK Weissensee, MDA 7.8.3., Reg.-Nr. 319 und 2173.

706 MDA, 7.8.3, Reg.-Nr. 2178 und 2151.

707 Als besonders aktiv stellte die Abteilung XX der BV Berlin des MfS neben dem FK Weißensee (in Sonderheit Mario Schatts und Evelyn Zuppke) auch den FK Samariter (Rainer Eppelmann und Winfried Weu) sowie die KvU (Herbert Mißlitz und Reinhard Schult) bei der Organisation der Stimmauszählungskontrolle in den Stadtbezirken Weißensee, Friedrichshain und Prenzlauer Berg fest. Ebenso hatten die Genannten (zuzüglich Marianne Birthler und Martin Böttger) im Vorfeld alle Gruppen in

liche Anstrengungen unternahmen Gruppen in den Republikbezirken, in deren Berichten sich überall Mitteilungen über Rechtsverstöße bei der Wahlvorbereitung häuften. Dies führte dazu, dass sich an der nun anlaufenden Wahlkontrollaktion der Opposition auch viele Bürger beteiligten, die nicht mit den oppositionellen Gruppen verbunden waren. Deshalb konnte am Wahltag, dem 7. Mai 1989, diese Wahlbeobachtung zu Ergebnissen führen, die einen zuverlässigen quantitativen Abgleich regionaler Auszählungsergebnisse mit den dann veröffentlichten Wahlresultaten ermöglichte. Darüber hinaus konnten die zahlreichen ungesetzlichen Eingriffe in den Wahlablauf und die Wahlauswertung dokumentiert werden. In Berlin wurden die Kontrollergebnisse am Wahlabend auf einer von ca. 300 Personen besuchten „Wahlparty“ in den Räumen der KvU in der Elisabethgemeinde zusammengetragen. „Anwesende bekannte Kräfte des politischen Untergrundes versuchten, die Wahlergebnisse als manipuliert darzustellen und verfassten ein dementsprechendes Flugblatt, das auf einem in den Kirchenräumen stationierten Ormig-Vervielfältigungsgerät in ca. 500 Exemplaren vervielfältigt wurde ... Vom MfS wird gegenwärtig geprüft, mit welchen Maßnahmen gegen die Hersteller dieses Flugblattes vorgegangen werden kann.“⁷⁰⁸ In den folgenden Tagen wurde die Auswertung fortgesetzt.⁷⁰⁹ In einer weiteren Zusammenkunft am 11.5. in den Räumen der Elisabethgemeinde unter der Leitung von Mißlitz erstellten Vertreter verschiedener Gruppen auf der Grundlage dieser Kontrollergebnisse Entwürfe für Eingaben und für eine Anzeige beim Generalstaatsanwalt wegen Wahlfälschung. Zudem wurde der Text einer öffentlichen Erklärung beraten.⁷¹⁰ Nun folgte eine Flut von Eingaben und Anzeigen auch kirchlicher Dienststellen wegen Wahlfälschung und Verstößen gegen das Wahlgesetz (fehlende Einträge von Wahlberechtigten in Wählerlisten, nicht versandte Wahlbenachrichti-

Berlin zur Wahlkontrolle aufgerufen. Information der Abteilung XX der BV Berlin vom 15.5.1989 über die Herstellung und Verbreitung schriftlicher Materialien von Personenzusammenschlüssen des PUT zur Verunglimpfung der Volkswahlen am 7. Mai 1989, MDA, 7.8.3., Reg.-Nr. 2244, siehe auch Rüdtenklau 1992, S. 344f. Im Stadtbezirk Weißensee gelang es den Wahlbeobachtern fast alle Wahllokale (65 von 67) in die Kontrollaktion einzubeziehen. Nachträglich konnte ein weiteres Wahllokal in Weißensee (das der Kunsthochschule) mit 51% Nein-Stimmen mit einbezogen werden. Interview des „telegraph“ mit den Weißenseer Initiatoren der Wahlbeobachtungskampagne, telegraph 8 vom 26.4.1990. Das MfS stellte ansonsten fest: „Bezogen auf die Hauptstadt wurden derartige Personen festgestellt in Berlin-Prenzlauer Berg in 64 Wahllokalen, in Berlin-Friedrichshain in 44 Wahllokalen, in Berlin-Mitte in 23 Wahllokalen. Die Personen machten sich in der Regel Aufzeichnungen über die durch die Wahlvorstände verkündeten Wahlergebnisse, zum Teil in vorgefertigte Formblätter.“ Information Nr. 229/89 vom 8.5.89 über beachtenswerte Ergebnisse der Sicherung der Durchführung der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989, MfS, Sekr. Neiber, Arch.-Nr. 614, S. 25ff.

708 Ebenda.

709 Bei der Kontrollaktion von 1989 konzentrierten sich die oppositionellen Wahlbeobachter sinnvollerweise auf die abgegebenen Neinstimmen, während bei der Stimmenauszählungs-Stichprobe zu den Volkskammerwahlen von 1986 (Beobachtung von 8 der 128 Wahllokale im Friedrichshain) durch den Samariter-Kreis die Beobachtung der Nichtwähler-Rate wegen der Existenz von Sonderwahllokalen keinen schlüssigen Nachweis von Fälschungen erlaubte. Gemäß den Angaben im erwähnten Flugblatt Berliner Gruppen vom 8.5.1989 gelang die Wahlbeobachtung in etwa 200 Wahllokalen. Die so feststellbaren Fälschungen führten zu der Forderung an die „gewählten“ Kandidaten, ihre Wahl nicht anzunehmen. Zum Ergebnis der Kommunalwahl 1989. Erklärung vom 8.5.1989, MDA, 7.8.3., Reg.-Nr. 2201. Die Erklärung war unterzeichnet von der KvU Berlin, FK Weißensee, IFM, UB Berlin, Arche, AKSK, Gegenstimmen, FK Friedrichsfelde, Freundeskreis Wehrdiensttotalverweigerer, Frauen für den Frieden und Gruppe Demokratischer SozialistInnen.

710 Information der Abteilung XX der BV Berlin vom 15.5.1989, MDA, 7.8.3., Reg.-Nr. 2244.

gungskarten, Behinderungen bei der Teilnahme an Wahlveranstaltungen ect.).⁷¹¹ In der öffentlichen Stellungnahme von Gruppen aus Berlin, Dresden und Weimar zu den Kommunalwahlen hieß es: „Wir sehen es als gewachsenes politisches Bewusstsein der Bevölkerung an, dass weit mehr Bürger als bei den vergangenen Jahren mit NEIN gestimmt, die Wahlkabinen benutzt haben, sich für die Auszählung interessierten oder die Teilnahme an der Wahl verweigerten.“⁷¹² Abweichungen regionaler Auszählungsergebnisse mit den veröffentlichten amtlichen Endergebnissen betrug bei den Nein-Stimmen bis zu 20%. Das festgestellte Ausmaß der Verfälschungen wurden von der „Koordinierungsgruppe Wahlen“ in ihrer Dokumentation „Wahlfall 89“ publiziert.

Beispiellos war eine zentrale, offenbar mit anderen Staatsorganen abgestimmte Anweisung Mielkes, wie der gesetzlich vorgeschriebene Umgang mit Eingaben und mit Anzeigen beim Staatsanwalt missachtet werden sollte, indem vorab (also ohne Prüfung) das Ergebnis vorgeschrieben wurde. Wegen seines ungesetzlichen Charakters und der in ihr ergehenden Aufforderung an die Adressaten zur Begehung einer Straftat verstand es sich von selbst, dass sie als „Vertrauliche Verschlussache“ deklariert war. Jedoch war auch klar, dass damit eine große Zahl von wissentlichen Rechtsbrechern erzeugt wurde, weshalb diese Anweisung mehr Probleme verursachte, als löste. Im Einzelnen hieß es:

„Sachlich gehaltene Eingaben, andere Schreiben oder Erklärungen zum Wahlergebnis an staatliche Organe sind den zuständigen örtlichen Wahlkommissionen zu übergeben. Die Sekretäre der Wahlkommissionen werden wie folgt antworten: ‚Die Wahlkommission hat anhand der von den Wahlvorständen entsprechend § 39 Absatz 1 des Wahlgesetzes exakt gefertigten Niederschriften die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen geprüft, das Wahlergebnis festgestellt und veröffentlicht. Dem ist nichts hinzuzufügen.‘ Auf jeden Fall ist zu vermeiden, dass zur Sache selbst oder zu den angeblichen Fakten argumentiert wird. Schreiben, die vorher den westlichen Medien übermittelt worden sind, werden nicht bearbeitet ... Anzeigen, die nach § 211 Strafgesetzbuch erstattet werden, sind ohne Kommentar entgegenzunehmen. Nach Ablauf der vorgesehenen Fristen für die Anzeigenbearbeitung ist von den jeweils zuständigen Organen zu antworten, dass keine Anhaltspunkte für den Verdacht einer Straftat vorliegen. Außerdem ist auf die offizielle Verlautbarung über die ordnungsgemäße Durchführung der Wahlen zu verweisen. Beschwerden gegen die getroffenen Entscheidungen sind gemäß § 91 zu bearbeiten und abschlägig zu entscheiden. ... Der Leiter der Hauptabteilung XX bzw. die Leiter der zuständigen operativen Dienstseinheiten haben darauf Einfluss zu nehmen, dass durch den Staatssekretär für Kirchenfragen bzw. durch die Stellvertreter der Vorsitzenden der Räte der Bezirke und Kreise für Inneres und die Kirchenreferenten der örtlichen Räte provokative Aktivitäten kirchenleitender Amtsträger bzw. im kirchlichen Bereich tätiger Personen

711 Bereits am 9.5.1989 protestierte der FK Weißensee per Eingabe beim Staatsrat gegen die Fälschungen im Stadtbezirk Weißensee. Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl wegen Ergebnisfälschung wurde am 12.5.1989 beim Nationalrat der Nationalen Front erhoben. Die Koordinierungsgruppe Wahlen veröffentlichte am 19.5. ihren Bericht über Wahlbehinderungen, Verstöße gegen das Wahlgesetz und festgestellte Wahlfälschungen in Berlin, Privatarchiv des Autors.

712 Öffentliche Stellungnahme zu den Kommunalwahlen 1989, Privatarchiv des Autors.

zu den Ergebnissen der Kommunalwahlen in geeigneter Form zurückgewiesen werden. Dabei ist zu vermeiden, dass zur Sache selbst oder zu den angegebenen Fakten argumentiert wird. Es ist darauf hinzuwirken, dass die in diesem Zusammenhang erforderlichen Auseinandersetzungen nicht zur Belastung des Staat-Kirche-Verhältnisses führen. Die Leiter der Bezirksverwaltungen und Kreisdienststellen haben die 1. Sekretäre der Bezirksleitungen bzw. Kreisleitungen der SED über den wesentlichen Inhalt der zentral getroffenen Festlegungen mündlich zu informieren. Zur Gewährleistung eines einheitlichen Vorgehens bei der Verwirklichung der zentral getroffenen Festlegungen werden auch durch den Generalstaatsanwalt der DDR sowie den Minister des Innern und Chef der DVP Orientierungen bzw. innerdienstliche Weisungen für ihre Verantwortungsbereiche herausgegeben bzw. erlassen.“

Nach dieser amtlichen vertraulichen Aufforderung zur Bildung einer kriminellen Vereinigung zwecks Vertuschung von Wahlfälschungen wurde das eigentliche Ziel der Aktion unumwunden formuliert:

„Wird festgestellt, dass Personen die Ergebnisse der Kommunalwahlen in der Öffentlichkeit herabwürdigen, sind entsprechende Prüfungshandlungen einzuleiten. Die Einleitung strafprozessualer Maßnahmen ist dabei auf einen engen, offen feindlich handelnden Personenkreis zu beschränken, der in schwerwiegender Weise die strafrechtlichen Bestimmungen verletzt hat.“⁷¹³

Ausgerechnet dem Generalsuperintendenten Krusche fiel die Aufgabe zu, am 19. Mai im Auftrag der Berlin-Brandenburgischen Kirchenleitung beim Stellvertreter des Oberbürgermeisters für Inneres um einen Gesprächstermin für die KL wegen der von den Gruppen festgestellten Ungereimtheiten bei der „Volkswahl“ nachzusuchen. Günter Hoffmann nutzte die Gelegenheit, neben der Zurückweisung dieses Ansinnens auch die scharfe Missbilligung über Verlauf und Ergebnisse der landeskirchlichen Frühjahrssynode auszudrücken: Deren Trend hin zu „Destruktion und Destabilisierung“ sowie in Richtung Aufkündigung der Formel „Kirche im Sozialismus“ entspräche den finsternen Zielen westlicher Interessenten. Hinter der amtskirchlichen Anmaßung, dem Staat nun auch noch „Lektionen in Sachen Demokratie“ zu erteilen, „stehe offensichtlich immer noch eine mangelnde Akzeptierung der sozialistischen Gesellschaft und ihrer Gesetze.“⁷¹⁴ Tatsächlich drückte auch die KKL am 3. Juni ihre Irritationen „über die beobachteten Unstimmigkeiten bei der Auswertung der Wahl“ aus und appellierte an die Staatsführung, diese aufzuklären und zukünftig eine „Weiterentwicklung des Wahlverfahrens“ in die Wege zu leiten.⁷¹⁵ An die Opposition erging

713 Maßnahmen zur Zurückweisung und Unterbindung von Aktivitäten feindlicher, oppositioneller und anderer negativer Kräfte zur Diskreditierung der Ergebnisse der Kommunalwahlen am 7. Mai 1989. Anweisung Armeegeneral Mielkes an die Leiter der Dienstseinheiten vom 19.5.1989. Vertrauliche Verschlussache VVS MfS o008-38/89, MfS, Arbeitsbereich Neiber, Arch.-Nr. 365, S. 57ff.

714 Information über ein Gespräch des Stellvertreters des Oberbürgermeisters für Inneres, Genossen Hoffmann, mit Generalsuperintendent Dr. Krusche, am 19.5.1989, weitergeleitet an den Leiter der Arbeitsgruppe Kirchenfragen, Genossen Peter Krauß, SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/44.

715 Am 6.6.1989 informierte der Stellvertreter des Landesbischofs der evangelisch-lutherischen Landeskirche Thüringen, Oberkirchenrat Kirchner, über das Schreiben der Kirchenleitungen an die Regierung, das zugleich in 10 000 Exemplaren an alle Kirchengemeinden gegangen sei. Schwerpunkt des Schreibens sei, dass niemand durch Ausübung seiner staatsbürgerlichen Rechte Nachteile erfahren dürfe. Bürger, die Unregelmäßigkeiten angesichts des amtlichen Ergebnisses festgestellt und dies reklamiert hätten, seien durch Sicherheitsorgane und Staatsanwaltschaft vorgeladen und unter Druck gesetzt wor-

seitens der KKL allerdings die Aufforderung, „ihre Anfragen sachlich vorzubringen ... Übertriebene Aktionen oder Demonstrationen sind kein Mittel der Kirche.“⁷¹⁶ Diese Warnung wurde von Rudi Pahnke (seit 1988 Sekretär für Jugendfragen des BEK) und Propst Heino Falcke scharf kritisiert: Demonstrationen seien legitimer Ausdruck demokratischer Teilhabe. Die Opposition ignorierte inzwischen einfach kirchendiplomatische Selbstbeschränkungsaufforderungen: In Leipzig demonstrierten bereits am Wahltag über 1 000 Menschen und in Berlin riefen „betroffene Wähler“⁷¹⁷ für den Nachmittag des 7. Juni zu einer Protestkundgebung vor dem Konsistorium auf, von dem ausgehend ein Schweigemarsch zum Staatsratgebäude führen und dort eine Eingabe übergeben werden sollte. Die Polizei verhinderte dies durch Absperrungen und Zuführungen im Umkreis des Konsistoriums. Dort wurde der Eingabetext durch kirchliche Mitarbeiter auf das Maß des KKL-Beschlusses zurechtgestutzt. Der zweite Anlauf am Abend des gleichen Tages von der Sophienkirche aus, wo sich 500 Besucher erneut den amtskirchlichen Beschwichtigungsversuchen ausgesetzt sahen, endete erneut in den Polizeiketten. Diesmal wurden ca. 150 Demonstranten, die sich angesichts der Angriffe von Sicherheitskräften auf die Straße setzten, polizeilich zugeführt.⁷¹⁸ Die nächste Veranstaltung am Folgetag in der Gethsemanekirche unter dem Motto „Mut zur Wahrhaftigkeit“ wurde bereits von ca. 1 500 Personen besucht. Deren Abzug aus der umstellten Kirche erfolgte erst nach langwierigen Verhandlungen mit der Polizei. Diese verhinderte am 7. Juli auch einen weiteren Demonstrationsversuch nach Aufruf der „mündigen Bürger“ zu einem Schweigeprotest auf dem Berliner Alexanderplatz. Dies wiederholte sich beim nächsten Versuch an gleicher Stelle am 7. September: Die Demonstranten, welche sich nun mit Trillerpfeifen bewaffnet unter dem Motto „Wir pfeifen auf die Wahl“ zu treffen versuchten, wurden brutal abgedrängt bzw. zugeführt.

Die Wahlkontrollaktion der Basisgruppen war vor allem Ausdruck des Bestrebens, diese Wahl als staatliche Farce zu entlarven und keineswegs allein eine Demonstration des Vertrauens in die Schlüsselrolle von Wahlen überhaupt. Die Teilnehmer aus dem Spektrum der KvU und der UB (der „anarchistische Flügel“) hielten ebenso wie die Linken auch regelrechte Wahlen in einer repräsentativen Demokratie wie im Westen keineswegs für die ultimative Verwirklichung von Volkssouveränität. Eher meinten sie, dass im Westen für die Reproduktion bürgerlicher Normalzustände anhaltender systematischer Wahlbetrug in der

den. Gegen sie würde vorgegangen, während dem begründeten Verdachte einer Rechtsverletzung nicht nachgegangen werde. Aus all diesen Gründen musste sich die KKL mit diesen Vorgängen befassen. Bisher gab es keine Reaktion, weshalb sich nun die Kirche an Regierung und Öffentlichkeit wandte. Da in der DDR bedauerlicherweise keine Opposition geduldet werde, müsse die Kirche, die sich keineswegs als Opposition verstehe und keine Konfrontation wolle, aber für Wahrheit und Gerechtigkeit eintrete, diese Aufgabe übernehmen. Die Kirche halte den Wahlmodus in der DDR (Blockwahl und Sicherung der absoluten Mehrheit der SED durch FDGB-, FDJ-, DFD- und andere Mandate) für veränderungsbedürftig. Information vom 7.6.1989 des Stellvertreters des Vorsitzenden für Inneres beim Rat des Bezirkes Suhl (mit Anschreiben an Staatssekretär Löffler über das geschilderte Gespräch vom 6.6.89), SAPMO BArch, DO 4/989.

716 Neubert 1997, S. 813.

717 Die anonymen Flugblatt-Aufrufer entstammten dem Weißenseer Friedenskreis. Interview des „telegraph“ mit den Weißenseer Initiatoren der Wahlbeobachtungskampagne, telegraph 8 vom 26.4.1990.

718 Information unabhängiger Gruppen über die von den Behörden niedergeschlagene Demonstration am 7. Juni in Berlin, MDA, 7.8.3., Reg.-Nr. 2228.

Regel überflüssig war, während er im Osten notwendiger Bestandteil der politbürokratischen Legitimationsmaschine blieb. Aus dieser Sicht war es schon kurios, in welchem Ausmaß sich Anarchisten und Linke als Kritiker der repräsentativen Demokratie an der Kontrollaktion beteiligten. Im Übrigen änderte der Nachweis von Verfälschungen des Kommunalwahlergebnisses von 1989 nichts daran, dass das affirmative Wahlverhalten der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung (real mindestens zwischen 80 und 90% Zustimmung zum Block-Wahlvorschlag) in jenem letzten Jahr der DDR wie in den Jahrzehnten zuvor anhielt. Mit der Sicht aufs Ganze lag die Bedeutung der Aktion aber natürlich vor allem in der Nutzung einer günstigen Gelegenheit, beim Nachweis besonders drastischer staatsoffizieller Heuchelei deren „Hoheitsgebiet“ betreten zu können. Mit dem schrittweisen Eindringen der Opposition in den öffentlichen Raum war eine weitere Blockade der bisher relativ erfolgreichen staatlichen Isolierungsstrategie löchrig geworden. Jetzt, wo alle präventiven Techniken zu versagen begannen, fiel der Staatsmacht nichts besseres mehr als der Einsatz von Sicherheitskräften und das Massenaufgebot von instruierten „zuverlässigen Genossen“ ein. Diese sorgten von nun an bei solchen „Vorkommnissen“ für zusätzliche öffentliche Aufmerksamkeit. Neben den nunmehr regelmäßig stattfindenden Protestaktionen gegen die Wahlfälschungen verstärkten sich die Turbulenzen noch zusätzlich mit den Aktionen der Opposition im Juni im Zusammenhang mit der blutigen Niederschlagung der Demokratiebewegung in China (vgl. Abschnitt 4.41).

4.40 Staat und Kirche: Am Ende des Weges

Inzwischen hatte die Evangelische Kirche ihren in mühsamer Diplomatie herbeiverhandelten Kredit beim Staat als stabilisierendem innenpolitischen Faktor⁷¹⁹ und das Vertrauen der Gruppen als möglicherweise hilfreichen Partner zur Umgestaltung der gesellschaftlichen Verhältnisse⁷²⁰ endgültig eingebüßt. Obwohl Propst Falcke und der sächsische Landesbischof Hempel auf der Eisenacher Bundessynode im September 1989 nun praktisch den Dialog mit dem Staat für nutzlos erklärten, kam es andererseits zu keiner einheitlichen Positionierung gegenüber den ausziehenden Gruppen.⁷²¹ Dies spielte nun allerdings keine Rolle mehr. Die staatliche Reaktion auf die Eisenacher Synode war panisch: Während einer Beratung in der Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen hieß es, „die Eisenacher Synode

719 Dabei ging die letzte geradezu peinliche devote Geste des Greifswalder Bischofs Gienke gegenüber Honecker bei der Einweihung des renovierten Greifswalder Doms am 11. Juni 1989 selbst vielen Mitgliedern der KKL zu weit. Immerhin stellte Löffler am 18. Juli 1989 angesichts der verzweifelten Lage der Staatsmacht, besonders durch die im Juni/Juli ansteigende Zahl der in bundesdeutschen Botschaften in Berlin, Prag, Warschau und Budapest ihre Ausreise anmahrenden „Botschaftsflüchtlinge“ in Bedrängnis geraten, nun doch die lange versagten „Informationsgespräche“ zu Wehrdienst- und Bildungsfragen sowie zum Umgang mit den Bürgern in Aussicht, um sie am 1.9.1989 erneut abzusagen, Aust 1998, S. 310f.

720 So sah sich die KL im Zusammenhang mit ihrer hoffnungslos verspäteten Einladung zur Fortsetzung des zähen und auf ihr Betreiben schon 1988 abgesagten Gesprächs mit den Gruppen über die Zukunft der Kirche für den 28. Oktober 1989 vom AKSK darüber aufgeklärt, dass im Moment Anderes (und verständlicherweise Wichtigeres) dazwischengekommen sei. Ebenda, S. 315.

721 Ebenda, S. 317.

hat ... ein konterrevolutionäres Programm beschlossen ... Es gibt Bestrebungen, die bisher unter dem Dach der Kirche agierenden feindlichen Kräfte aus dem kirchlichen Raum in die gesellschaftliche Öffentlichkeit zu führen ... Erstmals wurde auf einer Synode die Machtfrage gestellt ... Deutlich zu erkennen war die Ablehnung der Staatsautorität, indem zum offenen Widerstand aufgerufen wurde. Alle Grundlagen für ein konstruktives, vertrauensvolles Verhältnis zwischen Staat und Kirche wurden kirchlicherseits aufgekündigt.⁷²² Die in solche Übertreibungen gekleideten Befürchtungen waren angereichert mit verschwörungstheoretischen Konstruktionen einer „mit Kräften außerhalb der DDR ausgearbeiteten Linie“.⁷²³ Angesichts der Feststellung, „dass kirchlicherseits die Linie vom 8. März 1978 verlassen wird“, gerieten die Schlussfolgerungen daraus derartig kläglich, dass diese als Ausdruck der Hilflosigkeit bewertet werden können: Um das „vertrauensvolle Verhältnis zwischen Staat und Kirche weiter(zuführen)“, gelte es innerhalb der Kirche „Kräfte zu gewinnen, die sich vom verhängnisvollen Weg der Synode abwenden“.⁷²⁴ In diesem Zusammenhang wurde im SfK erwogen, die „progressiven“ kirchlichen Amtsträger (im Ruhestand befindliche und aktiv tätige Teilnehmer des Gesprächs vom 6.3.78, progressive Geistliche der „mittleren Ebene“ und „fortschrittliche“ evangelische Theologen) in jeweils separaten Veranstaltungen zusammenzufassen, mit dem Staatssekretär zu konfrontieren bzw. diese zu veranlassen, auf die KKL einzuwirken.⁷²⁵ Angesichts der Tatsache, dass im SfK dies schon für 1988 als erfolglos eingeschätzt werden musste, war dies praktisch eine Kapitulationserklärung: „Der großen Masse loyaler Geistlicher und kirchlicher Amtsträger steht eine kleine straff organisierte Gruppe gegenüber, die die Kirche bewusst für politisch oppositionelle Ziele missbraucht. ... Es ist im vergangenen Jahr nicht gelungen, die loyalen Geistlichen und kirchlichen Amtsträger zu mobilisieren, damit sie sich gegen den politischen Miss-

722 Niederschrift über eine Beratung im Staatssekretariat für Kirchenfragen (sic!) zur Einschätzung der 5. Tagung der V. Synode des BEK in der DDR vom 15. bis 19. September in Eisenach, o. D., MfS, Arch.-Nr. Bln XX 2494. Diesem im Archiv der Außenstelle Berlin der BStU aufbewahrten Dokument ist weder das Datum noch der Teilnehmerkreis dieser Beratung zu entnehmen.

723 Es war davon die Rede, dass Bischof Leich in Hamburg mit dem Präses der Synode der EKD, Jürgen Schmude, zuvor die „Marschrichtung“ der Eisenacher Synode abgesprochen habe. Ebenda. Dabei hatte Löffler noch im Dezember 1988 selbst mit Schmude gesprochen und in diesem Zusammenhang stolz mitgeteilt, Schmude „sei der Meinung, ... dass unbedachte und unvernünftige Aktionen gegen die DDR der notwendigen Normalisierung der Beziehungen zwischen den bei deutschen Staaten Schaden zufügen würden. Deshalb habe die EKD trotz zunehmendem Drängen auch aus den Reihen der SPD keine offiziellen Verlautbarungen zum Verhältnis zwischen Staat und Kirchen in der DDR abgegeben. ... In Übereinstimmung mit dem Parteivorstand der SPD würde er in der EKD dieser Linie folgen, da ihm und seinen Freunden an einer ‚stabilen DDR‘ gelegen sei, die für das Fortschreiten des Abrüstungsprozesses in Europa eine zentrale Rolle auszufüllen habe. ... Weiterhin wies Schmude darauf hin, dass er das umfangreiche Bemühen der leitenden kirchlichen Amtsträger der DDR kennengelernt habe, die in den kirchlichen Raum hineindrängenden Gruppen zur Vernunft zu mahnen ... Bei voller Wahrung der Vertraulichkeit der Begegnung gegenüber der Öffentlichkeit werde er den Vorsitzenden seiner Partei in Kenntnis setzen, damit in geeigneter Weise das auf Realismus und Vernunft orientierte Wirken der SPD in diesem Zusammenhang fortgesetzt würde.“ Information vom 15.12.1988 über ein Gespräch Löfflers mit dem Präses der Synode der EKD, Herrn Dr. Jürgen Schmude, am 14. Dezember 1988, SAPMO BArch, DO 4/999.

724 Niederschrift, MfS, Arch.-Nr. Bln XX 2494.

725 Vorschlag vom 10.1.1989 zur Gesprächsführung mit kirchlichen Vertretern, die am Wege einer „Kirche im Sozialismus“ progressiv mitgewirkt haben, SAPMO BArch, DY 30 IV B2/14/44.

brauch ihrer Kirche verwahren und sich an den innerkirchlichen Auseinandersetzungen beteiligen.⁷²⁶ Wie immer in solchen Situationen flüchtete man sich in Organisationsexperimente: Es wurde die Einrichtung eines „Operativ- und Lagezentrums“ als „Leitungsinstrument des Staatssekretärs für Kirchenfragen zur Führung und Koordinierung der operativ-politischen Prozesse bei der einheitlichen Durchsetzung der Staatspolitik in Kirchenfragen durch die Räte der Bezirke“ geplant. So sollte nun „die politische Arbeit der Dienststelle bei abteilungsübergreifenden Aufgaben gesamtgesellschaftlicher und kirchenpolitischer Art“ koordiniert werden.⁷²⁷ Die EKBB wurde inzwischen als „Zentrum der negativen und feindlichen Aktivitäten“ bezeichnet: „Der Konsistorialpräsident versucht durch politischen Poker Einfluss zu gewinnen, der letztlich nicht der Klärung von politischen Grundfragen und der konstruktiven Entwicklung [der Beziehungen] von Staat und Kirche dient. Der Berliner Generalsuperintendent steht am stärksten unter dem negativen Druck.“⁷²⁸ Für 1988 lautete das Resümee des SfK: „Auf Grund der politischen Widersprüche in der KKL und in Landeskirchenleitungen, durch die Tolerierung und z. T. Unterstützung politisch negativer Aktivitäten durch Leitungskräfte, durch ihre straffe innere Vernetzung ist es den politisch negativen und feindlichen Kräften im abgestimmten Handeln mit Kräften aus der BRD und den westlichen Medien im vergangenen Jahr gelungen, ihre Positionen zu festigen und ihren Einfluss namentlich auf Kirchenleitungen und Synoden auszubauen.“⁷²⁹ Dies fand auch auf den Frühjahrssynoden der Landeskirchen seinen Niederschlag: Bis auf die staatlicherseits lobend erwähnten „realistisch“ verlaufenden Synoden der thüringischen und anhaltinischen Kirchen (Bischof Leich und Kirchenpräsident Natho) wurde überall „in ... im Vergleich zum Vorjahr insgesamt verschärfter Weise, ein Anspruch der Kirchen auf ein ‚politisches Wächteramt‘ gegenüber Staat und Gesellschaft formuliert. Diese politische Anmaßung führte bis hin zu einem Antrag auf Wahlboykott zu den Kommunalwahlen (Landeskirche Sachsen) ... In Berlin-Brandenburg waren progressive und realistische Kräfte fast völlig isoliert und sahen sich einem massiven psychologischen Druck der sozialismuskritischen und sozialismusfeindlichen Mehrheit der Synodalen ausgesetzt.“⁷³⁰ Die autosuggestive Fixierung von Partei- und Staatsorganen auf die verfasste Kirche entzog es ersterer Wahrnehmung, dass die Opposition inzwischen diesen Überlebensort längst zu verlassen im Begriffe war. Deren dortiges sehr weltliches Tun wurde im Sommer des Jahres 1989 nur von den Staatssicherheitsorganen „realistisch“ eingeschätzt, während in Löfflers Dienststelle weiter über die „innerkirchliche Differenzierung“ nachgedacht wurde. Man sah sie in der Antwort auf die Frage, ob die von den Kirchen erwartete gesellschaftliche Mitverantwortung sich als „protestantische Bürgerrechtsbewegung“ und damit in der Konsequenz als politische Opposition gestalte oder „als stabilisierende und vielleicht sogar mobilisierende

726 Politische Tendenzen und Entwicklungen in den Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR im Jahre 1988. Leitungsinformation 1/89, o. D., (vermutlich 2.2.1989), SAPMO BArch, DO 4/959.

727 Vorschlag vom 18.1.1989 zur Aufgabenstellung und Arbeitsweise des Operativ- und Lagezentrums (OLZ), SAPMO BArch, DO 4/959.

728 Politische Differenzierungen in den evangelischen Landeskirchen. Anlage zur Leitungsinformation 1/1989 vom 30.1.1989, SAPMO BArch, DO 4/959.

729 Politische Tendenzen und Entwicklungen in den Kirchen und Religionsgemeinschaften in der DDR im Jahre 1988, SAPMO BArch, DO 4/959.

730 Information vom 20.6.1989 über den Verlauf und die Ergebnisse der Frühjahrssynoden der Landeskirchen, SAPMO BArch, DO 4/960.

Kraft bei der realen Gestaltung einer sozialistischen Gesellschaft“ wirksam werde.⁷³¹ Neben der Inszenierung demonstrativen staatlich-kirchlichen Einvernehmens bei der Wiedereinweihung des Greifswalder Doms am 11.6.1989 und dem publizierten Briefwechsel Honeckers mit dem Greifswalder Bischof Gienke war die erfolgreiche einvernehmliche Befriedung des Leipziger Kirchentags das letzte erfolgreiche Zusammenwirken von Staat und Kirche im „Sozialismus“.

4.41 Kein „himmlischer Friede“ in Berlin: Trommeln für China und die Neuformierung der Opposition außerhalb der Kirche

In der sich immer aussichtsloser gestaltenden Situation bot das Massaker chinesischer Armee- und Sicherheitskräfte an der studentischen Demokratiebewegung am 5. Juni 1989 den SED-Machhabern Gelegenheit, öffentlich ihre Sympathie für eine unbeugsame Haltung gegenüber jeder Form der Infragestellung politbürokratischer Alleinherrschaftsansprüche auszudrücken. Inhärent war die Drohung, notfalls auch Gewalt anzuwenden. Eine zuvor durchaus unübliche ausführliche Verbreitung offizieller chinesischer Bulletins begann ausgerechnet mit dem Blutbad auf dem Pekinger Tianamen-Platz, dem „Platz des himmlischen Friedens“. Während überall in der Welt, insbesondere in Westeuropa und vielfach auch in osteuropäischen Ländern die offiziellen chinesischen Desinformationen mit Berichten über die tatsächlichen Abläufe konfrontiert wurden (und so auch die DDR-Bevölkerung erreichten), war die demonstrative Zustimmung für das militärische Eingreifen in den DDR-Medien, in einer Erklärung der Volkskammer und seitens der Blockparteien sowie im Namen der SED durch Egon Krenz bei seinem Besuch in Peking eindeutig eine Warnung an alle oppositionellen Regungen im eigenen Land. Die jedoch ließ sich nicht einschüchtern: Bereits am 5.6.1989 verurteilten Mitglieder des FKFF in einem Offenen Brief an die Regierung der VR Chinas diese „blutige Demonstration ihrer Macht gegen das eigene Volk“.⁷³² In

731 Leitungsinformation 4/89 vom 20.7.1989 zu aktuellen politischen Tendenzen, SAPMO BArch, DO 4/960.

732 MDA, 1.1.02., Reg.-Nr. 4324. Es folgten weitere Protestbriefe verschiedener Unterzeichner aus dem Berliner Gruppenspektrum, so an den Vorsitzenden des Ministerrats Willi Stoph am 6.6.1989 und ein offener Protestbrief vom gleichen Tag gegen den Militäreinsatz von den gleichen Unterzeichnern an den Präsidenten der VR China, den Ministerpräsidenten des Staatsrates der VR China und den Vorsitzenden der Militärkommission des ZK der KPCh. MDA, 7.4., Reg.-Nr. 8779, 1464, 5597 und 5598. Auch an verschiedenen Schulen und Hochschulen der DDR registrierte das MfS Proteste: Es vermerkte das Anbringen von Wandzeitungen bzw. von Artikeln an Wandzeitungen sowie das Aufstellen von Plakaten (7 Fälle) in Einrichtungen der Hochschule für Schauspielkunst „Ernst Busch“, Außenstelle Rostock, der Technischen Hochschule bzw. Karl-Marx-Universität Leipzig, der Humboldt-Universität Berlin sowie der Friedrich-Schiller-Universität Jena, inhaltlich gerichtet „gegen die militärischen Maßnahmen zur Niederschlagung des konterrevolutionären Aufruhrs, verbunden mit Protesten gegen diese Maßnahmen und die angeblich tendenziöse Berichterstattung in den Medien der DDR sowie Sympathiebekundungen für die konterrevolutionären Kräfte.“ Ferner kam es zu Protestschreiben, verbunden mit Aufrufen zur Unterschriftensammlung bzw. deren Durchführung (2 Fälle) in der Sektion Theologie

der Protesterklärung der UB vom 6.6.1989 hieß es: „Wir distanzieren uns von dem Menschenrechtsgeschrei westlicher Politiker, die offenbar im Rahmen einer möglichen neuen Wirtschaftspolitik der chinesischen Regierung Einbußen in ihrem Chinageschäft wittern und gegenüber der eigenen Bevölkerung auf den neuen Buhmann im Osten verweisen. Wir solidarisieren uns mit der Bevölkerung und den Studenten Chinas, weil wir gemeinsame Gegner haben: Regierungen, die auf dem Rücken und gegen den Willen der Bevölkerung ihre Pfründe genießen und, soweit dies in Gefahr steht, vor drakonischen Gefängnisstrafen und auch vor Mord nicht zurückschrecken.“⁷³³ Die Teilnehmer des als Gegenentwurf zum offiziellen Pädagogikkongress tagenden Friedrichsfelder Pädagogikseminars protestierten am 11.6.1989 in ihrem Schreiben an die Volkskammer gegen „die zynische Verdrehung der Sachverhalte“ in den DDR-Medien und die Zustimmung der obersten DDR-Volksvertretung zum Terror in Peking.⁷³⁴ Am 21.6.1989 erklärten 25 Gruppen aus der ganzen Republik sowohl ihren Protest gegen die Gewaltmaßnahmen in China als auch gegen die Berichterstattung und die erwähnten Verlautbarungen in der DDR.⁷³⁵ Wie schon beim „Sputnik“-Verbot, zum Teil auch anlässlich der Wahlfälschungen im Mai, waren in der Flut von Protesten und

der Wilhelm-Pieck-Universität, in 4 Wohnheimen der Technischen Universität Magdeburg, zum Anbringen der Losung „China lebt“ an einem Objekt der Humboldt-Universität und am S-Bahnhof Marx-Engels-Platz sowie zur Verbreitung von Hetzblättern in der Humboldt-Universität und der Staatsbibliothek Berlin mit dem Aufruf zur Teilnahme an einer Protestdemonstration. Hinweis über Vorkommnisse im Verantwortungsbereich des Ministeriums für Hoch- und Fachschulwesen im Zusammenhang mit den konterrevolutionären Ereignissen in der VR China, o. D., MfS, HA III, Arch.-Nr. 619.

733 MDA, 7.4., Reg.-Nr. 5595.

734 Protestbrief des Pädagogikseminars Friedrichsfelde an die Volkskammer der DDR, MDA, RSch 10. Anlass war eine von der SED-Fraktion eingebrachte und bestätigte „Erklärung der Volkskammer der DDR zu den aktuellen Ereignissen in der Volksrepublik China“ vom 8. Juni 1989, in der es unter anderem hieß: „Die Abgeordneten der Volkskammer stellen fest, dass in der gegenwärtigen Lage die von der Partei- und Staatsführung der Volksrepublik China beharrlich angestrebte politische Lösung innerer Probleme infolge der gewaltsamen, blutigen Ausschreitungen verfassungsfeindlicher Elemente verhindert worden ist. Infolgedessen sah sich die Volksmacht gezwungen, Ordnung und Sicherheit unter Einsatz bewaffneter Kräfte wieder herzustellen. Dabei sind bedauerlicherweise zahlreiche Verletzte und auch Tote zu beklagen.“ Ein Jahr später, am 7. Juni 1990, hieß es in einer Erklärung aller Fraktionen der Volkskammer der DDR zu den Ereignissen vom 3. und 4. Juni 1989 in der Volksrepublik China: „Vor einem Jahr, in der Nacht vom 3. zum 4. Juni 1989, ließ die chinesische Führung die gewaltfreien Demonstrationen auf dem Platz des Himmlischen Friedens in Peking niederschlagen. Am 8. Juni 1989 gab die Volkskammer der DDR eine Erklärung ... ab, mit der der Militäreinsatz auf dem Platz des Himmlischen Friedens gerechtfertigt wurde. Die erste frei gewählte Volkskammer der DDR bedauert jene Erklärung. Die Mitglieder der Volkskammer gedenken in tiefer Trauer der Opfer. Im Bewusstsein, dass das mutige Eintreten der Pekinger Demonstranten auch der jungen Demokratiebewegung in der DDR wesentliche Impulse verliehen hat, und in Kenntnis dessen, dass sie noch im Oktober 1989 in Gefahr war, ein ähnliches Schicksal zu erleiden, geben die Mitglieder der Volkskammer ihrer Hoffnung Ausdruck, dass auch in China eine demokratische Entwicklung möglich wird. Bis zum heutigen Tage werden Menschenrechtsverletzungen in China bekannt, insbesondere in Tibet. Einer positiven Entwicklung der bilateralen Beziehungen Hoffnung gebend, erwartet die Volkskammer der DDR von der Regierung der Volksrepublik China, dass sie die Menschenrechte respektiert, die politischen Gefangenen freilässt und den Dialog mit den politisch Andersdenkenden aufnimmt. Die Volkskammer erwartet von der Regierung und den Wirtschaftsunternehmen der DDR, dass sie dafür Sorge tragen, dass Menschenrechte nicht den Wirtschaftsinteressen geopfert, sondern zur Grundlage für die Gestaltung der Außenbeziehungen gemacht werden.“ MDA, 7.4., Reg.-Nr. 4595 und 4594.

735 Umweltblätter Juli 1989, S. 47.

Eingaben an staatliche Adressaten und Instanzen der SED sowie anderer Parteien wieder Unterzeichner, die keineswegs in Zusammenhang mit den politisch-alternativen Gruppen zu bringen waren. Allgemein entstand der Eindruck, hinsichtlich des Umgangs mit der eigenen Opposition im Land verlängere sich die Achse Berlin-Bukarest-Prag um das Element Peking. Es kam zu mehreren kleineren Kundgebungen vor der chinesischen Botschaft, die durch Festnahmen im Vorfeld behindert und deren größte am 22. Juni, organisiert vom Pankower Friedenskreis und ausgehend von der Pankower Kirche zur chinesischen Botschaft, mit massiver Gewaltanwendung aufgelöst wurde.⁷³⁶ Angesichts dieser erheblichen Repressionsintensität sahen sich die Gruppen wieder auf kirchliche Schutzräume angewiesen. Es folgten Gedenk- und Klagegottesdienste; die Kirchen waren umstellt von einem Großaufgebot von Sicherheitskräften. In der Samariterkirche versammelten sich am 28.6. zum Klagegottesdienst „China im Juni 1989“ 1 500–2 000 Besucher. Hier wurde im Juli auch eine Ausstellung zur internationalen Reaktion auf das Massaker gezeigt und über Protestaktionen in der DDR informiert. Die Evangelische Jugendkreisarbeit Lichtenberg erfand eine neue Form des Protests, welche wenigstens akustisch den öffentlichen Raum erreichte: Vom 25. bis 28. Juni fand in der Berliner Erlöserkirche ein mit mehrtägigem Fasten verbundenes Protesttrommeln „für die Opfer der Gewalt in China“ statt⁷³⁷, das die KvU ab 28.6. im Gemeindebereich der Elisabethkirche unter starkem Polizeidruck weiterführte. Verbunden wurde dies mit der Sammlung von Bevölkerungsmeinungen per Diktiergerät in der Invalidenstraße. VP-Kräfte drückten die Trommler in den Innenraum und blockierten die Kirche. Das „Trommelfasten“ wurde auch in Dresden und Potsdam aufgegriffen.⁷³⁸

Doch nicht nur kirchennahe Oppositionsgruppen begannen ihre Umgrenzungen zu überwinden – auch aus staatlich legitimierten Zusammenhängen regten sich seit 1987 Bestrebungen zur Selbstorganisation. Aus der „Gesellschaft für Natur und Umwelt“ staatskonformer Umweltschützer heraus, ursprünglich als Alternative zu den erfolgreichen kirchlichen Umweltgruppen gedacht, bildeten sich vielerorts Stadtökologiegruppen, die sich von ihrem zentralistischen Überbau zu emanzipieren bereit waren. In Berlin wurde am 5. Juni 1986, dem Weltumwelttag, die Köpenicker Stadtökologiegruppe im Kulturbund gegründet, um „die Lösung von Umweltproblemen nicht allein staatlichen Stellen [zu] überlassen“. Deren „Ökokirmes“ vom 6.6.1987 hatte außerordentliche Publikumsresonanz, obwohl nach damaliger Auffassung der Umweltblätter „im Unterschied zu kirchlichen/autonomen Umweltgruppen keine grundsätzlichen Fragen gestellt werden können“. Allerdings fiel auf, „dass die Köpe-

736 Der Versuch, am 6.6.1989 der chinesischen Botschaft eine Protestresolution zu überbringen, führte zur Festnahme von 15 Personen zum Teil unter Anwendung grober körperlicher Gewalt gegen auf dem Bürgersteig Sitzende und zu Ordnungsstrafverfügungen. MDA, 7.4., Reg.-Nr. 1466. Die Protesterklärung vom 22.6.1989 richtete sich gegen die Fortsetzung des Terrors in China (erste vollstreckte Hinrichtungen). Mit der Behinderung einer Gruppe von 40 Personen durch die VP auf dem Weg zur chinesischen Botschaft kam es zur Festnahme von ca. 40 Personen unter Gewaltanwendung und Ordnungsstrafverfügungen sowie einer eingeleiteten Verdachtsprüfungshandlung gegen Mario Schatta. Stadtjugendpfarrer Hülsemann gelang es am 23.6., eine Kopie der Erklärung mit 80 Unterschriften der chinesischen Botschaft zu überbringen. MDA, 7.4., Reg.-Nr. 1469.

737 Abkündigung der Kreisjugendarbeit Lichtenberg vom 25.6.89 zu den Gemeindegottesdiensten am 25.6.89, MDA, 7.4., Reg.-Nr. 1472.

738 Rüdendklau 1992, S. 295.

nicker staatliche Gruppe mit sehr viel größerem Ernst und Sachkenntnis vorgeht als die manchmal allzu sehr auf bloße Augenblicks- und Protesterfolge orientierten kirchlichen/autonomen Gruppen“.⁷³⁹

Bernd Gehrke versuchte 1988 unter Nutzung von Möglichkeiten über den Klub der Intelligenz den Aufbau eines „Havemann-Kreises“ innerhalb des Kulturbunds Pankow zu betreiben. Die hier auftretenden Widerstände führten Gehrke, zusammen mit Thomas Klein bereits seit einer Zeit unter anderem in einem informellen Ökonomiekreis (vgl. Abschnitt 4.1.1 und 4.36) mit der Statusanalyse der DDR-Wirtschaft beschäftigt, zur gleichzeitigen Forcierung der Arbeit der Pankower „Interessengemeinschaft Stadtökologie“, was schnellere Erfolge zu erzielen versprach. Beides geschah von vornherein in der Absicht, über diese Nischen einen erweiterten Kreis für die Arbeit an der Analyse der ökonomischen Situation der DDR und für ein Programm des politischen, wirtschaftlichen und ökologischen Umbaus zu rekrutieren und dabei auch Aktivisten aus den politisch-alternativen Gruppen zu beteiligen.⁷⁴⁰ Die UB war über Uwe Bastian und Michael Renger einbezogen. Der Anlauf zur unmittelbaren Vernetzung der DDR-Stadtökologiegruppen unter Umgehung der Kulturbund-Zentrale fand gegen deren erfolglosen Widerstand im April 1989 in Potsdam statt. Auch die „Gesellschaft für Natur und Umwelt“ versuchte noch bei diesem Treffen vergeblich, diese direkte Kontaktaufnahme der stadtökologischen Basisgruppen zu verhindern.⁷⁴¹ Der Plan einer Zusammenführung außerkirchlichen Oppositions- und Reformpotentials mit den politisch-alternativen Gruppen wurde von der Entwicklung in den Sommermonaten überholt. Beim zweiten Treffen der Stadtökologiegruppen am 6./7. Oktober war die Bildung neuer politischen Vereinigungen bereits im Gange – einschließlich der Bildung einer „Vereinigten Linken“, an der Gehrke und Klein mitwirkten. Die Stadtökologiegruppen engagierten sich im Herbst für die Gründung der „Grünen Liga“.

4.42 Die Arbeit des Friedrichsfelder Friedenskreises 1989

Der FKFF hatte wie viele andere Gruppen auch in Auswertung der Ereignisse des letzten Jahres eine Solidaritätskasse („Kollekte“) zur Unterstützung bei der Begleichung von Anwaltskosten und Strafbescheiden (so gegen die gebeutelten Herausgeber des „Aufbruch“-Blattes und die Verfolgten in Leipzig vom Januar) eingerichtet. Die Veranstaltungstätigkeit des Kreises konzentrierte sich am Jahresbeginn auf den 70. Jahrestag der KPD-Gründung. Zwei Veranstaltungen (die erste am 13.3.1989, vorbereitet von Rainer Blum und Dietmar Wolf vor 61 Teilnehmern; die zweite am 3.4.1989, mit Beiträgen von Reinhard Schult, Thomas Klein und Wolfgang Wolf vor ca. 50 Teilnehmern) machten die Stalinisierung der KPD, die Strategie der Thälmannschen Führung bei der Ausschaltung der innerparteilichen Opposition und die Rolle der KI während der innerparteilichen Säuberungen zum Thema. Erwägungen der Abteilung XX, Referat 3, ob „aus dessen Verantwortungsbereich heraus ein

739 Umweltblätter, Juni 1987, S. 9f.

740 Information der HA XX/2 vom 5.10.1989 über weitere Schritte zur Legalisierung einer Gruppe des politischen Untergrunds, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 10, S. 210f.

741 Rüdtenklau 1992, S. 281f.

Einsatz gesellschaftlicher Kräfte zu den ‚KPD-Abenden‘ realisiert werden kann“, blieben ergebnislos.⁷⁴² Den Veranstaltungsteilnehmern stand ein von Thomas Klein erarbeitetes Material (Thesen zur KPD und KI sowie Informationen, Daten sowie statistisches Material zu den Fraktionskämpfen in der KPD 1919–1933 zur Verfügung.⁷⁴³ Einige Vortragende konnten auf eine Fülle von Materialien aus ihrer langjährigen Beschäftigung mit den einschlägigen (im Osten aber gleichwohl verfeimten) Veröffentlichungen unter anderem von Ossip K. Flechtheim, Hermann Weber und Fernando Claudin sowie diverser Originalquellen zurückgreifen. Die Thematik war auch anlässlich einer Auseinandersetzung mit den Einlassungen im ND vom 24. und 25.11.1988 zur Abwehr der im „Sputnik“ des Oktober 1988 veröffentlichten Hintergründe verhängnisvoller Entscheidungen Stalins und der KI mit Folgen für die KPD hochaktuell. In Friedrichsfelde und auch anderswo waren bei solchen Veranstaltungen zur Geschichte keine staatlichen Versuche zu gewärtigen, in die Diskussion einzugreifen, um in bewährter Weise „Provokateure zu entlarven“: Denn inzwischen waren trotz aller Bemühungen administrativer Einschränkungen des Zugriffs auf Dokumente aus dem sowjetischen Geschichtsdiskurs genug nunmehr „offizialisierbarer“ (schwer zu diskreditierender) Quellen im Umlauf, welche eine Bestätigung des Inhalts zuvor von der Opposition nur „inoffiziell“ verwertbarer Quellen „partei-feindlicher Hetze“ darstellten und so die Argumentationsbasis potentiell auftretender Verteidiger des alten doktrinären Geschichtsbildes hoffnungslos entwerteten. Insofern waren Dialogverweigerung und Verbote tatsächlich die einzigen verbleibenden Mittel, das herrschende Geschichtsbild zu verteidigen. Auf welchem Niveau die Partielite inzwischen „argumentierte“, konnte im Mai 1989 dem ND-Artikel der langjährigen Parteihochschulleiterin Hanna Wolf und von W. Schneider zur „Geschichte der KOMINTERN“ entnommen werden.⁷⁴⁴ Und so konnten in Friedrichsfelde etwa die Texte des deutsch-sowjetischen Nichtangriffsvertrags von August 1939 einschließlich des Grenz- und Freundschaftsvertrags vom September mit seinen geheimen Zusatzprotokollen, bereits 1984 phototechnisch in größerer Zahl vervielfältigt und verbreitet⁷⁴⁵, 1987 im Grenzfall veröffentlicht⁷⁴⁶, schließlich 1989 in den öffentlichen Diskussionen zur Geschichtsdebatte im FKFF mitverhandelt und weiterverbreitet werden.

Am 13. Februar referierte Ibrahim Böhme vor 60 Teilnehmern zum 200. Jahrestag der französischen Revolution, am 10. April Wolfgang Ullmann vom Sprachenkonvikt zu Thomas Müntzer (43 Teilnehmer). Die Veranstaltung am 8. Mai behandelte das Thema „Die

742 Operativ-Information der Abteilung XX/4 vom 3.3.1989, MfS, OV „Korn“, Arch.-Nr. XV 3807/79, Band 10, S. 153.

743 Arbeitsmaterial des FKFF, MDA, OA, Reg.-Nr. 135. Auch in einer anderen Berliner Gemeinde fand im April 1989 eine Veranstaltung zum Thema „Aufarbeitung des Stalinismus“ statt: Im Gemeindesaal der Treptower Bekenntniskirche stand eine Veranstaltung zum „Stalinismus als institutionalisierter Lüge“ vor allem im Zeichen einer „Rehabilitierung der deutschen Opfer des Stalinismus“. Information über eine Veranstaltung in der Bekenntniskirche am 23.4.1989, SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/41.

744 Im Mai 1989 wurde in anachronistischen Grundsatzartikeln offen gegen die Geschichtsschreibung der KPdSU zu Fragen der Komintern polemisiert; so von Hanna Wolf und Wolfgang Schneider, „Zur Geschichte der Kommintern“, ND vom 6./7. 5. 1989. Hanna Wolf forderte angesichts der Flut von Leserbriefen empörter SED-Mitglieder in einem Schreiben an Honecker wegen des „partei-feindlichen Charakters“ einiger davon das Tätigwerden der Zentralen Parteikontrollkommission. Hausmitteilung Hanna Wolfs an Erich Honecker vom 7.7.1989, SAPMO BArch, DY 30, 2559.

745 Damals sorgte Christoph Mohr für die technische Realisierung.

746 Grenzfall 9/1987, Reprint S. 107ff.

Frau als Arbeitskraft“, bestritten von Silvia Müller, Katrin Bastian, und Sabine Wolf. Vom 9.–11. Juni fand das Friedrichsfelder Pädagogik-Seminar (vgl. Abschnitt 4.32) statt. Im Rahmen dieses Seminars diskutierte am 12.6.1989 Rolf Henrich mit 110 Veranstaltungsteilnehmern die Thesen seines Vortrags „Zu Fragen von Kultur und Bildung“. Im September setzte der Friedrichsfelder Kreis seine Veranstaltungsserie zu den Umgestaltungsprozessen im Ostblock fort: Am 11. September diskutierten die Teilnehmer den Vortrag von Reinhard Schult zu den Reformvorgängen in Ungarn. Dieses Thema war bereits am 22.2.1989 von Reinhard Schult und Thomas Klein im Rahmen der Bildungsarbeit im Umkreis der Gruppe um Schult behandelt worden. Der Ertrag wurde nun auch dem Friedenskreis zugänglich. Dieser informelle Kreis behandelte am 15.4.1988 aktuelle Fragen der DDR-Wirtschaftspolitik.

4.43 Die finale Krise des „real existierenden Sozialismus“ und die „neuen politischen Vereinigungen“ (Ausblick)

Mit Zunahme der Zahl von Demonstrationen und anderen Aktionen im öffentlichen Raum sowie der Neuformierungsbestrebungen oppositioneller Gruppen begann im Sicherheitsapparat die Furcht vor einem neuen „17. Juni“ um sich zu greifen:

„Inspirierend und die Handlungsbereitschaft vorgenannter Kräfte stimulierend wirken die aktuellen Ereignisse in der Volksrepublik China und der UdSSR sowie die Lageentwicklung in der Volksrepublik Polen und der Ungarischen Volksrepublik und die breite, aktuelle Auswertung dieser Vorgänge durch die westlichen Medien. Die im Ergebnis der von rechtsorientierten politischen Kräften der Ungarischen Volksrepublik betriebene juristische und politische Rehabilitierung von Imre Nagy und anderen im Zusammenhang mit den konterrevolutionären Ereignissen 1956 in Ungarn hingerichteten Personen sowie die am 16. Juni 1989 vorgesehene öffentliche Beisetzung der Gebeine dieser Personen könnte zu einer weiteren Zuspitzung der Situation und einer Verschärfung der Lage führen, die durch den Gegner ausgenutzt werden kann. Die charakterisierte politisch-operative Lage, die von den genannten Ereignissen und Vorkommnissen ausgehenden Wirkungen sind auch im Zusammenhang mit dem 17. Juni besonders zu beachten. Das kann dazu führen, dass der 17. Juni zum Anlass genommen wird, auch im Innern der DDR feindlich-negative Handlungen zu inspirieren und organisieren.“⁷⁴⁷

Am 1. Juli 1989 wandten sich Mitglieder des Friedenskreises der Bartholomäusgemeinde in einem „Offenen Brief an Christen und Nichtchristen in der DDR“. Es hieß: „Was muss noch

747 Mielke, Armeegeneral, an Dienstseinheiten, Leiter am 13.6.1989: erhebliche Zunahme von Versuchen der Organisierung und Durchführung öffentlichkeitswirksamer provokatorisch-demonstrativer Handlungen seitens feindlicher oppositioneller und anderer negativer Personenkreise, Vertrauliche Verschlussache VVS MfS o008-46/89, MfS, Arbeitsbereich Neiber Arch.-Nr. 365, S. 57f. Auch die 8. SED-ZK-Tagung am 22./23. Juni konstatierte beunruhigt den Trend zur „Übernahme kapitalistischer Gesellschaftsvorstellungen“ unter dem Vorwand der „Erneuerung des Sozialismus“ in einigen sozialistischen Ländern.

alles passieren? Es ist genug.“ Die Ausreisewelle sei eine Folge der Entmutigung und Verletzung der Bürgerinteressen. Nötig sei eine „grundlegende Änderung der politischen Praxis in unserem Land“. In Erinnerung an die Forderungen der Initiative „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ von Pfingsten 1988 nach „Neuem Handeln“ wurde sowohl Kritik an der halbherzigen neuen Reiseverordnung vom 30.11.1988 geübt, neuerlich gegen die Wahlfälschungen vom Mai 1989 protestiert und in diesem Zusammenhang eine Reform des Wahlrechts gefordert. Es sei Zeit für das Ende der Abgrenzung der Regierenden gegen die Kritik der Bürger.⁷⁴⁸

Diese Äußerung war typisch für die Stimmung im Sommer 1989 in der DDR. Die zunehmenden Spannungen im Inneren begannen inzwischen mit der Krisendynamik im Ostblock zu korrespondieren. Die heraufziehende Verknüpfung insbesondere des Ausreisepostens im Inneren mit den Entwicklungen in Ungarn⁷⁴⁹ veranlassten im Juli 1989 den Minister für Staatssicherheit zu einer alarmierenden Situationsbeschreibung:

„Feindliche oppositionelle Kräfte und Gruppierungen haben in der VR Polen Zugang zur Macht erhalten und damit hat die PVAP eine große Niederlage erlitten.⁷⁵⁰ Besonders aber die VR Ungarn erfüllt uns mit großer Sorge, weil sich dort die Situation derartig zugespitzt hat.⁷⁵¹ Die oppositionellen Kräfte drängen zum Austritt aus dem Warschauer Vertrag und wollen die Produktionsverhältnisse ändern. In der USAP gibt es die unterschiedlichsten Kräfte, die den Kampf um die Macht führen. Die USAP selbst wurde dadurch stark geschwächt und verliert ständig an Vertrauen in der Gesellschaft. Das ist vor allem zurückzuführen auf die Führungsschwäche der USAP und auf die Konzeptlosigkeit der Parteiführung. Hinzu kommt noch die hohe Verschuldung. Ungarn befindet sich gegenwärtig am Scheideweg; wenn sie es nicht fertig bringen, [der] Spaltung der Arbeiterklasse und [der] Spaltung der Partei der Arbeiterklasse Einhalt zu gebieten, rutscht die VR Ungarn ab in den Kapitalismus.“

Hinsichtlich des Umgangs mit der Opposition gab der Minister nur noch seine Ratlosigkeit zu Protokoll:

„Die feindlich oppositionellen Kräfte in der DDR verfügen über kein geschlossenes Gesellschaftsmodell. Ihre Aktionen, die sie durchführen sind jedoch abgestimmt. Ihr Ziel ist es, mit dem Staatsapparat den Dialog zu suchen, um ihn herausfordern zu können. Sie legen es darauf an, die staatlichen Machtmittel zu provozieren, dabei suchen sie die Konfrontation mit der Macht auf der Straße ... Nach wie vor gibt es eine enge Zusammenarbeit mit der Kirche. Die Kräfte des Untergrundes koordinieren ihre Kräfte mit den Kräften im Operationsgebiet, die vor allem auch behilflich sind bei

748 Offener Brief an Christen und Nichtchristen in der DDR vom 1.7.1989, MDA, 1.1.06.2., Reg.-Nr. 299.

749 Am 2. Mai 1989 hatte die ungarische Seite begonnen, die Sperranlagen an der Grenze zu Österreich zu demontieren.

750 Nach erneuten landesweiten Streiks ab August 1988 fanden in Polen von Februar bis April 1989 am „Runden Tisch“ Verhandlungen der Regierung Rakowski mit der Opposition statt, in deren Resultat die Gewerkschaft „Solidarność“ legalisiert und im Ergebnis der Parlamentswahlen vom Juni 1989 als Bürgerkomitee Solidarność zusammen mit der Demokratischen Partei und der Bauernpartei die PVAP entmachtete.

751 Seit September 1987 waren in Ungarn verschiedene demokratische Parteien gegründet worden, die sich nach dem Verzicht der UASP auf ihre Führungsrolle im Januar 1989 ab Juni 1989 am Nationalen Runden Tisch über Verfassungsänderungen und ein neues Wahlgesetz zu verständigen begannen.

*der Beschaffung von Technik. Stärker wie bisher versuchen diese Kräfte sich zusammenzuschließen mit oppositionellen Gruppierungen im sozialistischen Ausland. Gen. Honecker hat dem MfS die Aufgabe übertragen, alles zu unterbinden, was ungesetzlich ist. Bei Auseinandersetzungen mit diesen Kräften kommt es darauf an, dass die eingesetzten gesellschaftlichen Kräfte einen klaren Standpunkt vertreten ... Das wiederum setzt voraus, dass die Anstrengungen insgesamt erhöht werden müssen, weil durch diese Einsätze die eigentlichen Aufgaben nicht vernachlässigt werden dürfen.*⁷⁵²

Als sich im September 1989 die Opposition in einer neuen Tonart zu Wort meldete, bot die DDR das Bild eines Hochdruckkessels, dem man wegen Panikgefahr die Armaturen abgeschraubt und „aus Sicherheitsgründen“ die Ventile zugeschweißt hatte. Die Frage war, wie man dem Personal in den Arm fallen konnte. Durch die Risse im Mantel, entstanden infolge ungarischer Erdbeben, verpiffen sich, die Gunst der Stunde nutzend, viele Kesselbewohner in eine angenehmere Atmosphäre.⁷⁵³ Das Personal war sich unschlüssig, ob dies den gefährlichen Druck reduzieren oder ihn noch mehr ansteigen lassen würde. Sie konnten sich aber bald davon überzeugen, dass das eigentliche Problem tatsächlich die Dagebliebenen waren, auf die man aber nicht auch noch verzichten konnte. Zuvor, unter Bedingungen minderen Drucks, hatte das geschulte Personal die Widerspenstigsten unter den überzeugten Dableibern in überschaubare Kavernen isolieren und so den Kessel bequem kontrollieren können. Diese Zeiten näherten sich nun ihrem Ende: Ganz und gar im klassischen leninschen Sinne wollten in der DDR die Untertanen das Alte nicht mehr und die bürokratische Oberschicht war unfähig, in der alten Weise die Verhältnisse zu befestigen:

„Die SED hat zustande gebracht, was kapitalistischen Ideologen nie gelungen ist. Indem sie behauptete, ihre Behördendiktatur sei der einzige Weg zum Sozialismus, wurde die Idee des Sozialismus bei der Bevölkerung der DDR völlig diskreditiert. Diese Art von Politik steht jetzt vor ihrem politischen und wirtschaftlichen Bankrott. Es zeigt sich, dass die Versprechen, mit denen die Behörden den Untertanengeist belohnen wollten, ständig wachsender Konsum, nicht eingehalten werden können. Im konkurrierenden feindlichen Nachbarstaat BDR wird Hörigkeit viel besser bezahlt und lässt das Repressionssystem beneidenswert große Freiheitsspielräume offen ... Längst werden von den Herrschenden die Standards nur noch durch den Ausverkauf des Landes gehalten: Billiglohnarbeit für kapitalistische Firmen oder zum Dumping auf dem kapitalistischen Weltmarkt, Giftmüllimport im großen Maßstab aus ganz Westeuropa, Export des Kulturerbes von Gaslaternen bis zu antiken Möbeln, Verseuchung des Landes ..., vom DDT bis zur Schweinefleischproduktion. Diejenigen, die das wissen, verlassen jetzt das sinkende Schiff. ... Wir haben in der Vergangenheit die Behörden oft genug zu einer Umkehr zu einem echten, freiheitlichen Sozialismus

752 Ausführungen des Genossen Minister am 11. Juli 1989 zu den politisch-ideologischen und erzieherischen Aufgaben und Anforderungen an die Parteiorganisation im MfS zur Realisierung der Beschlüsse der 8. Tagung des ZK der SED, Zentraler Operativstab, SED-Grundorganisation, MfS, ZOS, Arch.-Nr. 458, S. 34ff.

753 Ab 11. September wurden DDR-Bürger in Ungarn nicht mehr am Grenzübergang nach Österreich gehindert. Auf Vorschlag Honeckers stimmte das Politbüro am 19. September einer Ausreise der „Botschaftsflüchtlinge“ in den bundesdeutschen Botschaften in Prag und Warschau über das Gebiet der DDR in die BRD zu.

*aufgerufen. ... Wir sehen, dass die zweite große Bevölkerungsbewegung im Land neben der Ausreisebewegung nicht eine ist, die auf Emanzipation drängt. Latent und manifest fassen in immer weiteren Teilen der Bevölkerung rechte Ideen Fuß. Statt sich vom Staat zu befreien, ersehnen sie einen anderen starken Staat und starke Männer, mit denen sie sich identifizieren können. Statt Gesellschaft als soziale Verbindung und Freiheit wiederherzustellen, grenzen sich Deutsche von Ausländern ab und rekultivieren den Hass auf Fremdgruppen. Wir wissen, dass auch diese andere Bewegung Ergebnis der jahrzehntelangen Erziehung zur Unmündigkeit ist. ... Wir fordern die Menschen des Landes auf, sich zu einer Kraft zu sammeln, die solche Entwicklungen aufhalten kann.*⁷⁵⁴

Das MfS, unentwegt die westlichen Drahtzieher heraufziehenden Unbills suchend, sah sich am Ende des Wegs zu folgendem Eingeständnis genötigt: „Es muss eindeutig festgestellt werden, dass es in der BRD, in Westberlin und in anderen imperialistischen Staaten kein einheitliches Zentrum zur Inspirierung und Organisation PUT gibt. ... [Trotzdem] muss ... von der Existenz feindlicher Stellen ... ausgegangen werden, die ... ausschließlich im Sinne der Inspirierung und Organisation PUT wirken.“ Im Einzelnen seien dies:

- Die feindlichen Gruppierungen um Roland Jahn, Jürgen Fuchs, Ulrich Neumann, Ralf Hirsch,
- Die AG Berlin- und Deutschlandpolitik (bei der AL) „in ihrer personellen Zusammensetzung und DDR-feindlichen Tätigkeit bis Ende 1987“,
- Die „Initiative 100 000 Partnerschaften West-Ost“ (Westberlin/BRD); trotzkistisch orientiert,
- Die politisch-operativ bedeutsame Initiative „Ost-West-Dialog“ e.V. Berlin (West), gegründet 1983, Vorläufer des ebenfalls politisch-operativ bedeutsamen „Europäischen Netzwerk für den Ost-West-Dialog“, gegründet Mitte 1984, welches mit der Konventbewegung und mit Emigranten aus sozialistischen Ländern, insbesondere aus der Charta 77 und Solidarność, kooperiert),
- Die Initiative „Freiheit für Andersdenkende“, gegründet im Januar 1988 als Reaktion auf die Ereignisse im November 1987/Januar 1988, deren Mitglieder sich zusammensetzten aus der AL, ehemaligen Mitgliedern der Deutschland-AG, der Initiative Ost-West-Dialog, der „Partnerschaft“-Initiative und ehemaligen DDR-Bürgern,
- Das SOK und das „Komitee zur Verteidigung und Verwirklichung demokratischer Rechte in Ost und West – in ganz Deutschland“, seit Mitte der 70er Jahre gebildete trotzkistisch orientierte Organisationen.

Alle Gruppierungen seien personell schwach und mit unbedeutendem gesellschaftspolitischem Einfluss, stellten aber ein breites politisch kooperierendes Spektrum mit vielfältigen Verbindungen unter der Führung politisch erfahrener und langjähriger gegen die DDR arbeitender Kräfte dar und seien reaktionsschnell und mobilisierungsfähig.⁷⁵⁵

754 Erklärung der Umweltbibliothek zur derzeitigen politischen Situation in der DDR, Umweltblätter September 1989, S. 10.

755 Das aktuelle Erscheinungsbild politischer Untergrundtätigkeit in der DDR und wesentliche Tendenzen seiner Entwicklung, Studienmaterial Oktober 1989, MfS, VVS JHS o001-89/89, eingesehen im MDA, Reg.-Nr. PUT 5.

Kein Akteur, weder auf westlicher Seite, noch am Ort des Geschehens, weder die Bundesregierung, noch die parlamentarische Opposition in der BRD, weder die mühsam gegen Repression und Obstruktion ihre politische Handlungsfähigkeit erweiternde Opposition, noch die zwischen verschiedenen Loyalitäten und institutionellen Eigeninteressen zerrissene Amtskirche sahen im Herbst 1989 das Ende der SED geschweige denn das Ende der DDR innerhalb eines knappen Jahres nahen. Am ehesten noch vermochten die Verantwortlichen für die Krise ermessen, wie tief diese war, in welcher Lage sich das Land wirklich befand und auf welche Weise man an seiner bereits begonnenen Auslieferung an den Westen partizipieren konnte. Allerdings war offensichtlich Bewegung in die starren Verhältnisse gekommen: Die Opposition verließ den kirchlichen Raum, die Ausreisewilligen das Land über Ungarn und die Bürger den beschaulichen Pfersch von Anpassung und sozialer Sicherheit in Richtung Straße.

Der Eindruck, das in der gemeinsamen Gegnerschaft zur herrschenden SED-Bürokratie vereinte und angesichts der gegen sie gerichteten Repressionen solidarische Konglomerat informeller Gruppen wäre politisch homogen gewesen, ist trotzdem falsch. Die schon vorher sichtbare Brüchigkeit des gegen die SED gerichteten Konsenses im oppositionellen Spektrum wurde schon am Beginn der formellen Konstituierung einer nunmehr nicht mehr nur halböffentlich, sondern öffentlich agierenden und sich jetzt auch organisierenden Opposition deutlich.⁷⁵⁶ Die linke Minderheit im oppositionellen Gruppengeflecht wandte sich ausdrücklich an das antistalinistische sozialistische Potential innerhalb und außerhalb der SED: Die Anfang September 1989 verfasste „Mitteilung über ein Treffen von Vertretern verschiedener sozialistischer Tendenzen“⁷⁵⁷ orientierte auf die „Zusammenarbeit aller auf den Positionen des Sozialismus stehenden weltanschaulichen und politischen Kräfte in der DDR“⁷⁵⁸, um die „Erarbeitung einer linken, sozialistischen Alternative im Geiste sozialistischer Demokratie und Freiheit“ befördern zu helfen. Der Appell „Für eine vereinigte Linke in der DDR“ (Böhlener Plattform) konstatierte noch einen Monat vor dem Beginn der Massendemonstrationen des Oktober:

„Wir sind uns der schwierigen Voraussetzungen durchaus bewusst: Die Diskreditierung einer sozialistischen Perspektive durch das, was die hier Herrschenden zum Zerrbild dieses alten Kampfziels der Arbeiterbewegung verkommen ließen, hat bei der Mehrheit der Bevölkerung mehr Desillusionierung und Passivität als mutiges und problembewusstes Denken und Handeln bewirkt ... Wenn wir es ... in der DDR

756 Zum Folgenden vgl. ausführlich: Thomas Klein, Die neuen politischen Vereinigungen des Herbstes 1989 und ihre Wendungen (1), Entwicklungsstationen der neuen politischen Vereinigungen in der DDR im Herbst/Winter 1989/90 (2), in: Gerd-Rüdiger Stephan/Andreas Herbst/Christine Krauss/Daniel Küchenmeister/Detlef Nakath, Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch, Berlin 2002, S. 190–231, S. 847–865.

757 Das konspirative Treffen fand allerdings nicht in Böhlen, sondern in einem kleinen Ort nahe Bautzen statt. Die Verfasser des Aufrufs (Bernd Gehrke, Thomas Klein, Herbert Mißlitz, Anett Seese, Mathias Kramer) wollten die existierenden konspirativen Arbeitsstrukturen ihrer auch in die SED hineinreichenden dezentralen Arbeitskreise nicht gefährden und betrieben die Verbreitung des Appells und die Vorbereitung der angestrebten weiteren öffentlichen Treffen über die offenen Strukturen der Friedenskreise.

758 Mitteilung über ein Treffen von Vertretern verschiedener sozialistischer Tendenzen, in: Dokumente der Initiative Vereinigte Linke, Die Aktion Heft 60/63, Hamburg, Januar 1990, S. 936f.

zulassen, dass die hier sich anstauenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme überfällige Reformen zu einer dramatischen ‚Flucht nach vorn‘ werden lassen, sind die Gefahren eines Ausverkaufs an den Kapitalismus oder einer Militärdiktatur mit neostalinistischer Option durchaus real.“⁷⁵⁹

Skeptisch, aber vorsichtig optimistisch wird für die DDR die Frage der sozialistischen Revolution gestellt:

„Wir sind der Auffassung, dass insbesondere die DDR vor einer historischen Chance radikaler Erneuerung des sozialistischen Gesellschaftskonzepts steht. Wird sie vertan, so hat das Folgen, die möglicherweise nicht nur in unserem Land über lange Zeit hinweg die Aussicht auf ein sozial gerechtes und die freie Entfaltung jedes Gesellschaftsmitglieds garantierendes Gemeinwesen suspendieren ... Die entscheidende Frage bleibt die soziale Basis, die politische Reife und die seriöse Programmatik sozialistisch votierender politischer Kräfte im Lande selbst. Für uns heißt dies unter den in der DDR herrschenden Bedingungen, dieses Fundament wiederzugewinnen.“

Weder diese Basis, noch alle anderen Bedingungen sollten sich als tragfähig erweisen. Flankiert wurde der Appell mit einem im Vergleich zu den Vorlagen der später entstehenden Bewegungen sehr elaborierten Konzeptentwurf „Mindestanforderungen für die Gestaltung einer freien sozialistischen Gesellschaft in der DDR“, gedacht als Diskussionsgrundlage für ein geplantes Arbeitstreffen zur Erarbeitung eines „Minimalkonsenses einer breiten unabhängigen sozialistischen Opposition“.⁷⁶⁰

Der Aufruf der Initiativgruppe „Neues Forum“ vom 10. September 1989 wandte sich dagegen nicht allein an die Linken und die für eine sozialistische Alternative in der DDR votierenden Bürger, sondern thematisiert weitaus vorsichtiger und allgemeiner „die gestörten Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft“.⁷⁶¹ Sehr differenziert und prägnant wurden die widersprüchlichen Interessenlagen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen und das Spannungsverhältnis dieser Interessen zu dem gesamtgesellschaftlichen Integrationsanfordernissen benannt. Dies geschah konform mit den Essentials der Aussagen aus vielen Arbeitsfeldern des oppositionellen Gruppenspektrums der 80er Jahre:

„Auf der einen Seite wünschen wir uns eine Erweiterung des Warenangebots und bessere Versorgung, andererseits sehen wir deren soziale und ökologische Kosten und plädieren für die Abkehr von ungehemmtem Wachstum. Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft. Wir wollen das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerung schaffen, um sparsamer und weniger naturfeindlich zu leben. Wir wollen geordnete Verhältnisse, aber keine Bevormundung. Wir wollen freie, selbstbewusste Menschen, die doch gemeinschaftsbewußt handeln. Wir wollen vor Gewalt geschützt sein und dabei nicht einen Staat von Bütteln und Spitzeln ertragen müssen. Faulpelze und Maulhelden sollen aus ihren Druckposten vertrieben werden, aber wir wollen dabei keine Nachteile für sozial schwache und Wehrlose. Wir wollen ein wirksames Gesundheitswesen für je-

759 Für eine vereinigte Linke in der DDR! Appell! Ebenda, S. 937ff.

760 Ebenda, S. 940ff.

761 Bestand Neues Forum im Havemann-Archiv der Havemann-Gesellschaft, Diverse Dokumente – Erste Texte, Reg.-Nr. 3.1.1.1.5, Dokument Nr. 2351.

den; aber niemand soll auf Kosten anderer krank feiern. Wir wollen an Export und Welthandel teilhaben, aber weder zum Schuldner und Diener der führenden Industriestaaten noch zum Ausbeuter und Gläubiger der wirtschaftlich schwachen Länder werden.“

Angesichts der vorgefundenen Kommunikationsstörung zwischen Staat und Gesellschaft *„bilden (wir) deshalb gemeinsam eine politische Plattform für die ganze DDR, die es Menschen aus allen Berufen, Lebenskreisen, Parteien und Gruppen möglich macht, sich an der Diskussion und Bearbeitung lebenswichtiger Gesellschaftsprobleme in diesem Land zu beteiligen. Für eine solche übergreifende Initiative wählen wir den Namen NEUES FORUM. Die Tätigkeit des NEUEN FORUM werden wir auf gesetzliche Grundlagen stellen. Wir berufen uns hierbei auf das in Artikel 29 der Verfassung der DDR geregelte Grundrecht, durch gemeinsames Handeln in einer politischen Vereinigung unser politisches Interesse zu verwirklichen.“*

Die legalistische Attitüde des Aufrufs wurde konsequenterweise mit dem Verzicht auf die deutliche Benennung der gesellschaftlichen Krisenursache als Folge politbürokratischer Unterdrückungsverhältnisse verbunden und diese stattdessen höflich als „Kommunikationsstörung“ umschrieben. Andererseits verzichtete dieser Aufruf ebenso konsequent auf die Erwähnung auch nur des Worts „Sozialismus“, um damit die Breite der Offerte an alle Bürger zu dokumentieren. Dies allerdings sollte sich in den nächsten Verlautbarungen des NF ändern, als sich zeigte, dass die Berufung darauf zunächst keineswegs abträglich für diese Breitenwirkung war.⁷⁶²

Inzwischen hatten auch Aktivisten der innerkirchlichen Gruppe „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ mit anderen Vertretern verschiedener Oppositionsgruppen am 12. September 1989 ihren „Aufruf zur Einmischung in eigener Sache“ veröffentlicht. Schon im August hatte die Gruppe die Kirchenleitungen aufgefordert, sich für „autorisierte“ Gesprächskreise zu verwenden, die aus den staatlich anerkannten gesellschaftlichen Organisationen (auch die von der SED gelenkten), der Kirche und den oppositionellen Gruppierungen bestehen sollten:

„Wir möchten sie daher bitten, ... dass sie jetzt weitergehen und öffentlich eine unüberhörbare, versöhnliche, Vertrauen anbietende Bitte an den Staat richten, den ohnehin fälligen und auch von vielen Marxisten erhofften Dialog mit allen verantwortungsbewussten Kräften über eine demokratische Umgestaltung unseres Staates und unserer Gesellschaft ... zu ermöglichen und zu eröffnen. ... Es muss ein Weg gefunden werden, auf dem die Partei ihre Fiktion von der ‚politisch-moralischen Einheit‘ aufgeben kann, ohne ihr Gesicht zu verlieren, damit sie bei der Volkskammerwahl in zwei Jahren ein ehrliches, plurales Ergebnis nach einem reformierten Wahlrecht hinnehmen kann.“⁷⁶³

762 „Unterschiedlich sind sicherlich die Auffassungen, in welche Richtungen die Veränderungen in der DDR gehen sollen. Ich selber plädiere mehr für eine sozialistische Entwicklung. Es gibt aber auch Leute mit sehr liberalen Ansichten oder Leute, die für eine soziale Marktwirtschaft eintreten. ... Vielleicht ist es durchaus auch ein Anstoß für Reformkräfte innerhalb der Partei über neue Wege nachzudenken.“ Interview der „Umweltblätter“ mit dem NF-Gründungsmitglied Reinhard Schult (o. D.).

763 Kontext, Heft 7, September 1989, S. 95f.

In einer Veranstaltung im Gemeindesaal der Bekenntniskirche forderte Hans-Jürgen Fischbeck als Sprecher des Initiativkreises am 13. August zur Gründung einer landesweiten oppositionellen Sammlungsbewegung auf, die bei den nächsten Wahlen eine Alternative repräsentieren könne. Diese Bewegung sollte legal innerhalb des bestehenden politischen Systems um ihre Anerkennung ringen. Ohne so konkret, wie die VL zu werden, aber im Gegensatz zum NF sich explizit zum „Sozialismus“ bekennend, hieß es nun im Aufruf für die Bürgerbewegung „Demokratie jetzt“ vom 12. September:

„Was die sozialistische Arbeiterbewegung an sozialer Gerechtigkeit und solidarischer Gesellschaftlichkeit angestrebt hat, steht auf dem Spiel. Der Sozialismus muss nun seine eigentliche, demokratische Gestalt finden, wenn er nicht geschichtlich verloren gehen soll. Er darf nicht verloren gehen, weil die bedrohte Menschheit auf der Suche nach überlebenschfähigen Formen menschlichen Zusammenlebens Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muss.“⁷⁶⁴

Zur deutschen Frage, die nach jenem Bekenntnis zum Sozialismus nicht mehr viel Spielraum für DJ-Antworten bot, beschränkte man sich dann auch auf folgende Aussage:

„Wir laden die Deutschen in der Bundesrepublik ein, auf eine Umgestaltung ihrer Gesellschaft hinzuwirken, die eine neue Einheit des deutschen Volkes in der Hausgemeinschaft der europäischen Völker ermöglichen könnte. Beide deutsche Staaten sollten um der Einheit willen (sich) aufeinander zureformieren.“⁷⁶⁵

Für die Aufrufer war weniger die schon immer DDR-weit bekannte Tatsache permanenter Wahlfälschungen, sondern die Aufdeckung dieser Fälschungen bei den Kommunalwahlen am 7.5.1989 durch koordinierte Aktionen der Opposition Springpunkt der Empörung über die mangelhafte demokratische Repräsentanz der Bevölkerungsinteressen durch die Parteien der Nationalen Front.

„Deshalb rufen wir auf zu einer Bürgerbewegung „Demokratie jetzt“ ... Wir hoffen auf ein Bündnis aller reformwilliger Menschen, auch von Christen und Marxisten. ... Wir hoffen auch auf die Möglichkeit, eine eigene Liste von Kandidaten für die bevorstehenden Volkskammerwahlen aufstellen zu können.“

Kennzeichnend für die Position von „Demokratie jetzt“ war von Anfang an die Hinführung der von allen oppositionellen Strömungen formulierten Essentials des politischen Demokratismus zu deren Ausformung in den Kategorien des parlamentarischen Demokratie.

Die 1985 gegründete „Initiative Frieden und Menschenrechte“ hat, anders als die Gruppe „Gegenstimmen“, ihre Arbeit mit dem Auftreten der neuen oppositionellen Organisationen des Herbstes 1989 nicht eingestellt. Nachdem die Berliner Initiative am 11. März 1989 ihre DDR-weite Öffnung beschloss, kam es allerdings erst am 28. Oktober zum ersten landesweiten Treffen der nunmehr nach dem Prinzip der informellen Vernetzung und der themen-

764 „Aufruf zur Einmischung in eigener Sache“ vom 12.9.89, Havemann-Archiv, Bestand Demokratie Jetzt, Reg.-Nr. 3.2.02; siehe auch: TAZ-Sonderdruck „Journal zur Novemberrevolution“, Berlin 1990, S. 9f.

765 Ebenda.

gebundenen Projektgruppenarbeit agierenden Gruppe.⁷⁶⁶ Als politische Vereinigung war sie mit der Initiative DJ seit deren Gründung stark verbunden.

Vom Pfarrer Edelbert Richter am 14. September in Bonn angekündigt⁷⁶⁷, wurde am 2. Oktober in Berlin, gestört durch die gut informierten Sicherheitsorgane, der erste Anlauf zur Gründung der Bewegung „Demokratischer Aufbruch“ unternommen. Die Aufrufer wollten die „erreichte soziale Sicherheit bewahren, entstandene Privilegien und Ungerechtigkeiten abbauen und die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik auf eine neue Grundlage stellen.“⁷⁶⁸ Die Rede ist von der Schaffung eines neuen Rechtssystems mit mehr Rechtssicherheit für den Bürger, so dass nicht die Gewährung, sondern die Respektierung der Menschenrechte durch den Staat verwirklicht werden könne: „Wir wollen lernen, was Sozialismus für uns heißen kann.“ Auch der DA wollte auf seine Legalisierung hinarbeiten. Dem konkurrierenden Partizipationsbegehren von DJ gegenüber der SED auf parlamentarischem Niveau und der legalistischen Attitüde des NF in Gestalt ihres Anerkennungsbegehrens gegenüber der Staatsmacht fügte die Vereinigung DA als ihre Note den Kurs auf eine spätere parteiförmige Ausformung hinzu, die sich schon früh durch starke Gewichtung programmatischer Positionierungen und satzungsgeliteter Strukturierungsversuche ankündigte. Im Entwurf der programmatischen Erklärung war von der demokratischen „Reform und Erneuerung des sozialistischen Systems in der DDR“, der „Trennung von Staat und Partei(en)“, einer „Trennung von Staat und Gesellschaft und die gesellschaftliche Kontrolle des Staates“, von „unabhängiger Verwaltungs- und Verfassungsgerichtsbarkeit“, der „Vergesellschaftung des Eigentums an Produktionsmitteln“ durch „Pluralisierung der Eigentumsformen“ mit Mitbestimmungs- und Selbstverwaltungsmodellen, dem „Zusammenspiel von Plan und Markt“, der „Begünstigung von Eigenverantwortung in der Wirtschaft“ und dem „ökologischen Umbau der Industriegesellschaft“ die Rede. Die „deutsche Frage“ fehlt in dem ersten Programmentwurfentwurf gänzlich. Im Satzungsentwurf hieß es damals allerdings zum besonderen Verhältnis der DDR zur BRD:

„... dennoch geht der DA von der deutschen Zweistaatlichkeit aus. Die langfristige politische Lösung der damit zusammenhängenden Fragen kann nur im Rahmen einer europäischen Friedensordnung erfolgen.“

Hier findet sich auch (vergleichbar mit Äußerungen bei DJ) eine Positionierung zur Idee des Sozialismus:

„Der ‚Demokratische Aufbruch – sozial, ökologisch‘ vereint Menschen sozialistischer, sozialistisch-christlicher, sozialdemokratischer, liberaler und ökologischer Prägung, die an einer demokratischen Umgestaltung in der DDR mitarbeiten möchten und für eine Reform des sozialen und politischen Systems eintreten. ... Die kritische Haltung des DA zu vielen Erscheinungen des real-existierenden Sozialismus bedeutet keine Absage an die Vision einer sozialistischen Gesellschaftsordnung. Die wirklichen und gelungenen Lösungen in der DDR müssen daher diskutiert, bewahrt

766 MDA, 1.1.01, Reg.-Nr. 107. Als Sprecher der IFM agierten Werner Fischer, Gerd Poppe und Thomas Rudolph.

767 TAZ-Sonderdruck „Journal zur Novemberrevolution“, Berlin 1990, S. 12.

768 Zitiert (wie auch alle weiteren Passagen) nach Bestand DA im Havemann-Archiv der Havemann-Gesellschaft, Reg.Nr. 3.2.03.

und weiterentwickelt werden. Eine kleinliche und rechthaberische Kritik soll zugunsten der aktiven politischen Gestaltung unterbleiben.“

Konsequenterweise betonte Gründungsmitglied Edelbert Richter am 14. September (bezugnehmend auf das NF und die sozialdemokratische Gründungsinitiative) auch, dass die inhaltlichen Unterschiede zwischen den Gruppen nicht gravierend wären. Richter hob allerdings einen Unterschied des DA zum NF hervor: Die DA-Plattform wäre nicht so breit wie die des NF. „Hier liegt vielleicht ein Unterschied. Nicht nur das Wort sozialistisch, sondern auch bestimmte gesellschaftliche Prinzipien des Sozialismus haben für uns nach wie vor einen guten Klang. Rechte Gedankengänge sind damit ausgeschlossen.“⁷⁶⁹ Richter erwähnte in diesem Zusammenhang die Arbeiterselbstverwaltung, Gewerkschaften als Korrektiv marktwirtschaftlicher Elemente in einem sozialistischen Wirtschaftssystem und die Möglichkeit, die SED in ihrem innerparteilichen Diskurs auf die Vorzüge eines „parlamentarischen Sozialismus“ hinzuweisen.⁷⁷⁰

Am 24. Juli 1989 verfassten die beiden Pastoren Markus Meckel und Martin Gutzeit ihren „Aufruf zur Bildung einer Initiativgruppe mit dem Ziel, eine sozialdemokratische Partei in der DDR ins Leben zu rufen“.⁷⁷¹ Diese Initiativgruppe sollte angesichts der Tatsache, dass Parteigründungen in der DDR legal nicht möglich seien, „für die Voraussetzungen einer legalen Parteigründung“⁷⁷² arbeiten. Der Vorstoß erfolgte, nachdem und obwohl dieses Vorhaben in den oppositionellen und kirchlichen Kreisen überwiegend auf Ablehnung stieß.⁷⁷³ Anlässlich des 200. Jahrestags der Verkündung der Menschen- und Bürgerrechte während der bürgerlichen Revolution in Frankreich wurde bei einer Veranstaltung der Berliner Golgathagemeinde am 26. August diese Ankündigung verlesen. Zum Erstaunen des Publikums wurde seitens eines der Initiatoren (Lothar Pawlicak, IFM) vor allem vom in der DDR erforderlichen Subventionsabbau und von der Stärkung der Marktwirtschaft gesprochen. Am 28.8.89 veröffentlichte die „Frankfurter Rundschau“ eine gekürzte Fassung des Textes der Initiativgruppe zur Gründung der SDP in der DDR. Die „grundsätzliche Bestreitung des Wahrheits- und Machtanspruchs der herrschenden Partei“ war verbunden mit dem Ziel einer ökologisch orientierten sozialen Demokratie. Angestrebt werde „nicht die Aufhebung des Staates und seines Gewaltmonopols, sondern die demokratische Kontrolle der einzelnen, mit klar begrenzten Kompetenzen ausgestatteten staatlichen Institutionen. Das erfordere eine möglichst klare Unterscheidung von Staat und Gesellschaft.“ Im programmatischen Vortrag zur Gründung der „Sozialdemokratischen Partei in der DDR“ (SDP) am 7. Oktober 1989, erarbeitet und gehalten im Auftrag der Initiativgruppe von Markus Meckel in Schwante, hieß es bereits in guter sozialdemokratischer Tradition und Praxis u. a.:

769 TAZ-Sonderdruck, S. 12.

770 Ebenda, S. 13.

771 Vgl. Markus Meckel/Martin Gutzeit, *Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit*. Köln 1994, S. 364ff.

772 Ebenda, S. 367.

773 „Seit Februar 1989 sprach ich in oppositionellen und kirchlichen Kreisen verschiedentlich von diesem Vorhaben, um dafür Verbündete zu finden. Man lehnte ab, wollte keine parlamentarische Demokratie und sprach sich für eine Basisdemokratie aus, was immer das ist. Man wollte keine Parteien und schon gar keine sozialdemokratische.“ Markus Meckel, ebenda, S. 350.

„Die Bestimmung unserer Programmatik ist ebenfalls von einem wichtigen, von marxistisch-leninistischen Parteien verfeimten Prinzip gekennzeichnet: dem Revisio- nismus. Jede historische Situation erfordert die Überprüfung und mögliche Revision des Programms aus dem jeweiligen Kontext und konkret auf ihn bezogen. ... Wichtig ist nicht in erster Linie, wer und wo der Eigentümer, d. h. der Entscheidungsträger ist, sondern dass effektiv gewirtschaftet wird und der erwirtschaftete Reichtum allen zugute kommt durch entsprechende Umverteilung und Investitionen. Wir treten ein für Mitbestimmung, Kapitalbeteiligung und Selbstverwaltung als Wege zur Demokratisierung der Wirtschaft.“⁷⁷⁴

Bemerkenswert sind folgende Aussagen zur deutschen Frage:

„Wir anerkennen die Zweistaatlichkeit Deutschlands als Folge der schuldhaften Vergangenheit unseres Volkes. ... Die Rede von Wiedervereinigung ist ... äußerst unproduktiv und rückwärtsgewandt, denn eine W i e d e r vereinigung wird es nun bestimmt nicht geben können. Wir wollen das freie Selbstbestimmungsrecht für die Bevölkerung der DDR. Wir wollen offene Grenzen mit visafreiem Verkehr zur Bundesrepublik und die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR durch die Bundesrepublik. ... Wir wissen: Mächtige Gegenkräfte stehen gegen das, was wir vorhaben. In unserem Land ist es nicht nur die SED Wenn ich einmal einen demokratischen Staat der DDR voraussetze, so werden es diejenigen sein, die einfach nur eine Wiedervereinigung als Angliederung an die Bundesrepublik wollen. Jenseits unserer Grenzen werden die sich gegen uns wenden, die den Versuch einer Alternative zum kapitalistischen System mit dem Scheitern des realsozialistischen Modells für grundsätzlich gescheitert ansehen wollen, als gäbe es keine andere Alternative – eben weil sie keine wollen. Und so werden sie gegen uns arbeiten.“⁷⁷⁵

Schon das hier nur kurz umrissene erste Auftreten der sich nun konsolidierenden bzw. gründenden neuen politischen Organisationen und Parteien ließ erste Markierungen der politischen Keime für die spätere Dissoziation, aber auch für Koalitionen zu. NF, DJ und DA positionierten sich als ihre Legalität anstrebende politische Vereinigungen. DJ und DA wollten die SED innerhalb des bestehenden Institutionengefüges „parlamentarisch“ herausfordern, wobei der DA wie die SDP offenbar die Parteiform anstrebten.⁷⁷⁶ Beides war für das NF und die IFM kein Thema, wobei die IFM wie auch die SDP die „Legalisierungsfrage“

774 Havemann-Archiv, Bestand SDP Reg.Nr. 3.3.1, Dokument 4 (Mappe 19). Geschäftsführer der SDP wurde Ibrahim Böhme.

775 Ebenda.

776 Markus Meckel teilte 1992 zu den Beziehungen zwischen den SDP-Gründungsinitiatoren und den DA-Aktivisten mit: „Ich hatte mit verschiedenen Initiatoren des Demokratischen Aufbruch Kontakt. Wir hatten verabredet, daß wir als Sozialdemokraten uns an der Gründung des DA als Sammelbewegung der Opposition beteiligen.“ Bei einer oppositionellen Zusammenkunft am 18. September 1989 in Berlin-Pankow „machten wir den Vorschlag, das Datum der Gründung des Demokratischen Aufbruch für die Gründung einer gemeinsamen Versammlung demokratischer Initiativen als Bündnisstruktur zu nutzen ... Daraus wurde nichts, weil der DA, der erst nur eine Sammlungsbewegung sein wollte, Ende Oktober beschloss, eine Partei zu werden. Markus Meckel, Konsequenzen aus den Erfahrungen zur Oppositionszeit: Partei oder soziale Bewegung? In: Von der Bürgerbewegung zur Partei. Die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR, Bonn 1993, S. 64.

beiseite ließ.⁷⁷⁷ Für die IFM war die „Frage des Sozialismus“ nebensächlich, während dies für das NF nur zu Beginn so war, wogegen es dann wie die anderen neuen Vereinigungen zunächst im Rahmen des Mainstreams der politischen Kultur der alternativen Gruppen des „Vorherbstes“ beiläufig die „sozialistische Idee“ als Element ihrer Demokratisierungsvorstellungen bekräftigte. Den sich bildenden legalistischen Gruppen NF, DJ, DA und der sozialdemokratischen Parteigründungsinitiative SDP, die innerhalb des Institutionengefüges die SED in freien Wahlen herausfordern oder die gesetzeskonforme Organisationsbildung anstreben wollten, stand mit der VL eine auf die antibürokratische, explizit auf demokratischen Sozialismus zielende und „auf die Selbsttätigkeit der Massen“ in Form einer räteähnlichen Volksbewegung setzende linke Programmgruppe gegenüber. Die Erzwingung des Dialogs mit den Herrschenden und die Legalisierung der Organisation waren in der VL dem Primat der politischen Selbstorganisation für eine sozialistische Alternative untergeordnet. Mit dieser Radikalität trat die VL nicht nur konsequent gegen die SED-Diktatur auf, weil sie den der Gesellschaft aufgezwungenen parteibürokratischen Basiskonsens ablehnte, sondern auch die Perspektive eines demokratischen Sozialismus gegen die kapitalistische Alternative verteidigte. Die Forderungen und Vorschläge des VL-Aufrufs gingen weit über die reformdemokratischen Positionierungen der anderen Gruppen hinaus und waren gerade durch die Bekräftigung der sozialistischen Perspektive eine „fundamentaloppositionelle“ Positionierung nicht nur gegenüber der SED, sondern auch gegenüber der kapitalistischen Lösung. Damit erwies sie sich als am weitesten von den Massen entfernte Gruppe, obwohl gerade sie in ihrem Aufruf sehr realistisch auf die durchgehende Entpolitisierung der Gesellschaft und Diskreditierung der sozialistischen Perspektive im Volk als Resultat von vierzig Jahren Stalinismus und Politbürokratismus hinwies und so ihre eigenen Chancen nüchtern als gering bilanzierte.

Die Massendemonstrationen des Oktober 1989 hatten den Aufbruch der oppositionellen Gruppierungen aus der Illegalität in die politische Aktionsfreiheit vorbereitet. Das Ziel ihrer Legalisierung durch die diskreditierten Herrschenden wurde in kürzester Zeit zweitrangig. Und auch angesichts der Tatsache, dass Ende Oktober überall in der DDR regionale Einrichtungen zur offenen Verständigung unter den neuen, sich politisch erst konstituierenden Vereinigungen möglich waren, stellen sich sofort zwei Fragen: Warum konstituierten sich „Runde Tische“ zur Auseinandersetzung mit den „Altparteien“ und nicht etwa Gremien der Opposition, von denen aus die SED und ihre Blockparteien mit Forderungen der Opposition politisch herausgefordert werden konnten? Warum wurde von den oppositionellen Gruppen der Auseinandersetzung mit den „Altparteien“ mehr Gewicht beigemessen, als der Entwicklung politischer Instrumentarien der Volkssouveränität gegen die Staats-, Partei- und Regierungsinstitutionen? In einer Zeit, wo die Macht auf der Straße lag, nachdem sie dem Besitz der nominellen Sachwalter der Staatsgewalt bereits zu großen Teilen entrissen war, weil die Straße plötzlich vom Volk beherrscht wurde, verhandelten die Vertreter der neuen politischen Vereinigungen mit Emissären und Mitgestaltern des verfallenden Machtgefüges. Die

⁷⁷⁷ Markus Meckel auf dem Bundesparteitag der SPD am 18. Dezember 1989 in Westberlin über die Konstituierung der SDP: „Wir wollen keine Zulassung. Wer wäre legitimiert, sie uns zu geben? Wir haben nur gesagt: Wir sind da, wir arbeiten. Und wir haben die Grundsätze des Statuts im Innenministerium abgegeben.“ SDP – Extra, Sonderdruck, Januar 1990.

nächsten Fragen liegen auf der Hand: Welches Interesse hatten die letzteren an einer solchen Konstruktion? Und warum erwiesen die dank des Massenunmuts von den Herrschenden nunmehr respektierten neuen Vereinigungen jenen diskreditierten und ihre Macht immer mehr verlierenden „Altparteien“ einen solchen Respekt? Weshalb dachten die neuen politischen Vereinigungen an einen paritätisch zusammengesetzten *Runden Tisch* in Kategorien des „politischen Gleichgewichts“ mit den „Altparteien“ zu einer Zeit, in der diese Gewichte zur völligen Neuverteilung anstanden?

Die sich nun anschließenden Fragen sind dann schon diffiziler: Welche Inhalte einte diese neuen Oppositionsgruppen jenseits ihres antistalinistischen Konsenses eigentlich noch? Waren die oppositionellen Gruppierungen tatsächlich politischer Ausdruck von Volksinteressen und inwieweit bzw. wann in dieser Zeit ist es eigentlich möglich, von „Volksinteressen“ zu sprechen? Welcherart waren die sich plötzlich entwickelnden neuen politischen Bündnisse am *Runden Tisch* unter den „Altparteien“, den neuen politischen Vereinigungen und vor allem zwischen Akteuren dieser neuen Vereinigungen und den sich umprofilierenden „Altparteien“? Und wie wurden diese Entwicklungen durch die über die DDR hereinbrechenden bundesdeutschen Parteieninteressen fermentiert oder initiiert?

Die Weichen zum Ausgang der „Herbstrevolution“ wurden nicht am *Runden Tisch*, der von Dezember 1989 bis März 1990 tagte, sondern durch die CDU-SPD-Koalitionsregierung gestellt. Doch die politischen Voraussetzungen zu der am 18. März 1990 gewählten Volkskammer wurden zuvor durch das Agieren der Modrow-Regierung und des *Runden Tisches* geschaffen, auch wenn die politischen Bedingungen, die das Wahlergebnis des 18. März 1990 hervorgebracht hatten, nur die Folge dieses Agierens und nicht unbedingt dessen Ziel darstellten. Von besonderer Bedeutung sind daher auch die eigenartigen Beziehungen, welche die erste sowie vor allem die zweite Modrow-Regierung und der *Runde Tisch* miteinander eingingen. Diesen Fragen ist an anderer Stelle nachgegangen worden⁷⁷⁸ und sie sind hier nicht mehr Gegenstand der Untersuchung.

778 Thomas Klein, Außer Reden nichts gewesen? Der Runde Tisch zwischen Volkskammer und Modrow-Regierung, in: Bernd Gehrke/Wolfgang Rüdtenklau (Hg.), ... das war doch nicht unsere Alternative, Münster 1999, S. 222–243; Thomas Klein, Modrow-Regierung in der Zwickmühle, in: Stefan Bollinger (Hg.), Das letzte Jahr der DDR, Berlin 2004, S. 207–229.

KAPITEL 5

Die Gestalt der Opposition – Das Besondere und das Allgemeine

5.1 Die Opposition und ihr Kampf um Öffentlichkeit

5.1.1 „Gegenöffentlichkeit“

Die Herstellung von Öffentlichkeit durch oppositionelle und widerständige Akteure in Diktaturen ist per se die Herstellung von „Gegenöffentlichkeit“. Als solche ist sie die soziale Praxis der gezielten Einwirkung auf die bestehende offiziell inszenierte Öffentlichkeit oder die Herstellung einer anderen, zur herrschenden in Opposition stehenden Öffentlichkeit. Sie ist sowohl eine in diesem Sinne sehr praktische emanzipatorische Kritik herrschender Verhältnisse und der sie rechtfertigenden Propaganda als auch die Bezeichnung für einen Kreis von Akteuren und Rezipienten, also für einen sozialen Raum mit eigener Öffentlichkeit (innere Kommunikation z. B. einer sozialen Bewegung) oder (als „alternative Öffentlichkeit“) deren Angebot gegen die etablierte Öffentlichkeit.

Gegenöffentlichkeit beginnt mit der Erfahrung, sich mit seinem Anliegen in der vorgefundenen Öffentlichkeit nicht äußern zu können, nicht frei äußern zu können, oder mit seiner Stimme keinen Einfluss zu haben; sie besteht in der Konsequenz, die Regeln dieser Öffentlichkeit brechen zu müssen, um wahrgenommen zu werden oder sich austauschen zu können.

Offensichtlich ist „Gegenöffentlichkeit“ keinesfalls nur ein Thema für Autokratien und Diktaturen. Der Begriff einer „Gegenöffentlichkeit“ wurde in den späten 60er Jahren durch APO und SDS eingeführt. In bürgerlichen Gesellschaften gilt, dass die herrschende Öffentlichkeit sich gerade über die ständige Integration von Gegenöffentlichkeit und Subkultur stabilisiert. Ein Aufklärungsjournalismus, der z. B. die Machenschaften eines Konzerns oder einer Regierung aufdeckt, vermittelt gleichzeitig den Code von der Selbstregulierungskraft der Demokratie und der freien Medien. Außerhalb dieses Paradigmas bleibt die Untersuchung von gesellschaftspolitischen Mechanismen zur Beschränkung der Wirkungsmacht

dieses kritischen Journalismus. Herbert Marcuse hat solche Untersuchungen im Umkreis seines Begriffs der „repressiven Toleranz“ vorgenommen.¹

Der „Fall DDR“ ist dagegen der Fall einer monopolbürokratischen Diktatur mit hoher politischer Kontrolle auch und gerade von Öffentlichkeiten. Dies impliziert eine höhere Empfindlichkeit des Systems für Gegenöffentlichkeiten im Sinne deren größerer realer Wirkungsmacht. Diese Gegenmacht einer emanzipatorischen Gegenöffentlichkeit erwies sich in ihrer Fähigkeit zur Subversion. Die Wirksamkeit herrschender Kontrolle über Öffentlichkeit nicht nur in Diktaturen zeigt sich andererseits in der Fähigkeit des Systems zur Neutralisierung subversiver Potenzen einer Delegitimierung ihrer Herrschaft in allen Formen von Öffentlichkeit. Diese Neutralisierung bedient sich in Diktaturen in der Regel des Mittels der Zensur und der strafrechtlichen Verfolgung der Betreiber systemkritischer Foren, von Methoden ihrer Wirkungsbeschränkungen in Form der Ghettoisierung alternativer Milieus, der Immunisierung des gesellschaftlichen Diskurses gegenüber deren Themen oder durch Begünstigung von Selbstzensur, die von den Akteuren eigentlich in den Dienst der Überwindung der aufgezwungenen Ghettoisierung oder der Vermeidung von Zensur bzw. Verfolgung gestellt werden soll. Scheitert diese Neutralisierung, so wird „Gegenöffentlichkeit“ ein Element der Herausbildung einer oppositionellen „Gegenmacht“. Solche erfolgreichen Emanzipationsprozesse wurden in Osteuropa häufig mit dem Paradigma der Entstehung von „gesellschaftlichen Parallelstrukturen“ verbunden (vgl. Abschnitt 5.5).

Nicht vergessen werden darf, dass auch im Bereich der staatlich geduldeten Literaturveröffentlichungen, der offiziellen Film- und Fernsehproduktion und der Theaterkunst das Publikum mit großer Aufmerksamkeit den Grad aktuell tolerierter Kritik registrierte – ganz abgesehen davon, dass in Kunst und Wissenschaft solche Produkte in der Regel zum Besten der legalen Publikationen gehörte. Es hatte zeichenhafte Bedeutung, wenn Erzeugnisse der „Subkultur“, von zuvor indizierten Büchern oder Theaterstücken oder die Bearbeitung von bisher tabuisierten Themen den Status legaler Öffentlichkeit erlangten (also in der DDR verlegt oder zur Einfuhr freigegeben wurden) und so entweder „legal“ subversive Wirkung erzielten oder auf diese Weise „entschärft“ wurden.²

Mit der sich einstellenden Nachhaltigkeit des Wirkens von Basisgruppen der UFB, der DDR-Ökologie- und Menschenrechtsbewegung und der Zweidrittelweltgruppen bekam die

1 Herbert Marcuse, *Repressive Toleranz*, in: Robert Paul Wolff/Barrington Moore/Herbert Marcuse, *Kritik der reinen Toleranz*, Frankfurt/Main 1966, S. 91–128.

2 So fand am 3.2.1988 eine gemeinsame Beratung von Mitarbeitern des Ministeriums für Kultur, der Zollverwaltung der DDR, der Literaturkommission und von Sektorenleitern sowie Mitarbeitern für Kirchenfragen der Räte der Bezirke sowie des SfK anlässlich der am 1.11.1987 erfolgten Neuregelung zollrechtlicher Bestimmungen statt. Hier erklärte der stellvertretende Minister für Kultur, Höpke, dass auch künftig das gesamte Spektrum der Neuerscheinungen sowjetischer Literatur in der DDR vorgestellt werde. „Darüber hinaus erwähnte Genosse Höpke, dass 1988 in der DDR eine Anzahl von Buchtiteln erscheinen werde, von denen einige bisher noch auf der Indexliste standen, z. B. die fünfbandige Ausgabe von Boris Pasternack (der Titel ‚Dr. Schiwago‘ ist für die Einfuhr freigegeben), von Stefan Heym, u. a. ‚Ahasver‘ (ebenfalls freigegeben zur Einfuhr). Geprüft wird gegenwärtig, ob von den aus dem Schriftstellerverband ausgeschlossenen Schriftstellern wie Jurek Becker (‚Bronsteins Kinder‘, ‚Schuld der Worte‘, ‚Mitten im kalten Winter‘), Monika Maron (‚Flugasche‘) ... und von Lutz Rathenow ... Titel verlegt werden sollten.“ Vorlage im SfK vom 23.2.1988, SAPMO BArch, DO 4/1241.

permanente Diskussion um die wirksamsten Formen der Herstellung von oppositioneller Gegenöffentlichkeit eine immer praktischere Dimension. Die alltägliche Leitfrage für die Praxis der Gruppen war: Wie kann unter Inkaufnahme möglichst geringer politischer und straf- bzw. ordnungsrechtlicher „Unkosten“ die größtmögliche Verbreitung und Resonanz ihrer öffentlichen Informationen und Positionen erreicht werden, ohne sie der Selbstzensur unterwerfen zu müssen? Die analytischen Leitfragen des Zeithistorikers lauten: Was war in den 80er Jahren neu hinsichtlich der Herstellung von oppositionellen Gegenöffentlichkeiten insbesondere in der Friedens- und Menschenrechtsarbeit in der DDR? Wie waren diese „Neuigkeiten“ mit dem gesellschaftlichen Wandel in der DDR seit den 70er Jahren verknüpft?

Bereits verwiesen wurde auf

- das sich modifizierende soziale Umfeld des oppositionellen Milieus,
- den Generationenwandel während des Zeitverlaufs sich ändernder politischer Randbedingungen von Gesellschaftsentwicklung in der DDR (Erfahrungswandel),
- den politischen Paradigmenwechsel innerhalb des oppositionellen Milieus (vgl. auch Abschnitt 5.5).

Eine Spezifik der Opposition in den 80er Jahren war tatsächlich die Gestalt ihrer Gegenöffentlichkeit. Die Rede von der *Herstellung von (Gegen)öffentlichkeit* assoziiert in der Regel die Vorstellung von Flugblättern, Zeitungen, Zeitschriften ect. – also von vielfältigsten oder anderen Schriftzeugnissen – sowie die für die DDR-Opposition besonders bedeutsamen Druckerzeugnisse aus dem Westen (Tamistad). Letztere waren infolge der besonderen deutschen Situation ebenso wie Westrundfunk und -fernsehen in der DDR von erheblicher Wirkungskraft. Jedoch sind hier gerade auch Veranstaltungen (Vorträge, Diskussionen, Podien, Hearings ect.), Demonstrationen (auch Schweigemärsche, Mahnwachen, Fahrradcorsos ect.) sowie Inschriften (Graffiti, Losungen, Spruchbänder und deren Verfälschungen), Filme (Dokumentar- und Videofilme), Magnetbänder mit Aufnahmen von Liedern und Texten, Fotos ect. und Kulturveranstaltungen jeder Art (Konzerte, Ausstellungen ect.) gemeint. Tamschriften mit staatsfeindlichem Inhalt wurden vom Westen aus in die DDR geschleust oder zuweilen auch in der DDR selbst hergestellt. Gegenöffentlichkeit ist also hinsichtlich ihrer jeweiligen Medien auf den ersten Blick kaum verschieden von den Techniken inszenierter Öffentlichkeit. Sehr wohl aber setzt insbesondere Gegenöffentlichkeit eine Absicht voraus, die über den individuellen Wunsch nach freier Entäußerung hinaus den Zweck der Verbreitung politischer Gegeninformation und den gesellschaftlichen Austausch darüber verfolgt. In unserem Kontext gelten der Grad von Kollektivität und das erreichte Organisationsniveau als ein Kriterium für das vorhandene Politisierungsniveau in der Konstituierung von Gegenöffentlichkeiten. Netzwerke regionaler öffentlicher Kommunikation wie Friedenswerkstätten, überregionale Netzwerke wie „Konkret für den Frieden“, aber auch Kontakttelefone und schließlich supranationale Kooperation (gemeinsame öffentliche Erklärungen etwa von tschechoslowakischen und DDR-Oppositionellen) waren wesentliche Grundlagen der Herstellung entwickelter Formen von Gegenöffentlichkeit in der DDR der 80er Jahre. Ihr Ausdruck war die Verteidigung von halblegalen und illegalen Zeitschriftenperiodika gegen staatliche und amtskirchliche Angriffe auf ihr Bestehen und zum Teil die Verstärkung ihres Erscheinens. Netzwerke ermöglichten überregionale Kampagnen (Tschernobyl-Appelle 1986) und Solidaritätsaktionen gegen staatliche Übergriffe (wie 1987

gegen die UB sowie anlässlich der Liebknecht-Luxemburg-Demonstration 1988 und für die „Ossietzky-Schüler“ 1989). Solche Aktionen beförderten wiederum (mit unterschiedlichem Erfolg) die Durchbrechung staatlich gewollter gesellschaftlicher Isolierung der Opposition. Das Erreichen eines bestimmten Grads von Vernetzung ermöglichte zum Beispiel eine konzentrierte Wahlkontrollaktion bei den Kommunalwahlen 1989 und die Kommunizierung der Fälschungen durch öffentliche Proteste.

Weil in der DDR bis in die späten 70er Jahre die Sanktionsdrohung strafrechtlicher Ahndung jeder Form von Gegenorganisation und Gegenöffentlichkeit sogar noch gesteigert wurde, erhebt sich die Frage, wie dieser Erfolg gegenöffentlichen Wirkens der Opposition zu erklären ist. Denn nach Aufbau der verschärften Drohkulisse gegen Verbrechen und Vergehen gegen die staatliche Ordnung in Gestalt des 3. StÄG 1979 erfolgt zumindest gegen die politische Opposition in den 80er Jahren in der Regel nicht dessen verschärfte Anwendung. Dies allein auf die gestiegenen politischen Unkosten für die Herrschenden wegen notwendig gewordener völkerrechtlicher und internationaler diplomatischer Rücksichtnahmen zurückzuführen, greift sicher zu kurz. Berücksichtigung finden müssen die Kombination inneren und äußeren Drucks in Richtung fortschreitender „Verrechtlichung“ auch des juristischen Repressionsarsenals, die Besonderheiten des „Schutzraums“ der Kirchen, vor allem die hier geltenden Besonderheiten des Veranstaltungsrechts und des Veröffentlichungsrechts. Diese konstituierten eine rechtliche Grauzone der Halblegalität. Hier vorgenommene staatliche Eingriffe tangierten die politische Sondersphäre der Staat-Kirche-Beziehung. Die soziale Struktur sowohl der Akteure in den Basisgruppen als auch des Publikums/der Rezipienten so entstandener (immer noch ghettoisierter) „Gegenöffentlichkeit“ beschränkten die staatlichen Kontroll- und Disziplinierungskapazitäten. Die Amtskirche wurde zum bevorzugten „Ersatz“ der Staatsmacht für diese Kapazitäten. Die Sonderinteressen und Sonderstellung der evangelischen Kirchen in ihrer Beziehung zur Staatsmacht waren deshalb in die Analyse einzubeziehen. Eine Wirkungsfolge all dieser besonderen Konstellationen war es, dass das Ordnungsrecht mehr und mehr zum bevorzugten Substitut des Strafrechts im Bereich praktizierbarer staatlicher Repression wurde (vgl. auch Abschnitt 5.2.2). Und schließlich waren die allgemeinen Folgewirkungen innersystemischer Transformationsprozesse der nominalsozialistischen Gesellschaft aufgrund von organischen oder aufgezwungenen Modernisierungsvorgängen von erheblicher Bedeutung.

5.1.1.1 Schriftgut und Printmedien der 80er Jahre (Samisdat)

Das Regime wusste das „Wort als Waffe“ zweifellos ebenso zu schätzen wie zu fürchten – besonders, wenn es in nicht flüchtiger, also gedruckter Form vorlag. Die unkontrollierte Herstellung und Verbreitung von Schriften im Selbstverlag (Samisdat) wurde, besonders wenn der Inhalt auch noch staatsfeindlich war, strafrechtlich verfolgt. Selbst das Sammeln von nichtgeheimen Informationen und ihre Weitergabe konnten unter Umständen Straftatbestände erfüllen. Das überlieferte Schriftgut des Samisdat zählt über 150 zeitweise oder längerfristig periodisch erscheinender Druckerzeugnisse. Als „beachtenswert“ markierte das

MfS 25 davon im Jahre 1989.³ Zum Schriftgut zählen aber auch private, offizielle und offene Briefe, persönliche Aufzeichnungen, manuelle oder maschinelle Textabschriften aus verbotener Literatur, abfotografierte Bücher, illegal und halblegal hergestellte Informationsblätter sowie politische, künstlerische und literarische Druckschriften, Manuskripte und deren Entwürfe, Aufrufe und Erklärungen, Flugblätter und Handzettel, Unterschriftensammlungen, Gedächtnisprotokolle nach Verhören oder Disziplinargesprächen mit Vorgesetzten in den Arbeitsstellen, Eingaben an staatliche Stellen, Arbeits- und Diskussionspapiere aus den Gruppenzusammenhängen, Sitzungsprotokolle, Satzungen usw. Die seit den 70er Jahren existierenden illegalen Bibliotheken wurden in dem Maße Element von Gegenöffentlichkeit in der DDR, wie es gelang, sie wenigstens zum Teil öffentlich zugänglich zu machen (Umweltbibliotheken). Die größte Schriftgut-Sammlung befindet sich in den Archiven der Robert-Havemann-Gesellschaft (Robert Havemann-Archiv und Matthias-Domaschk-Archiv).⁴ Schon Anfang der 80er Jahre sagte das MfS mehrmals zutreffend die seit Mitte der 80er Jahre rapide anwachsende oppositionelle Publikationstätigkeit voraus.

Am 29. Juni 1986 erschien zum ersten Mal im DIN A6 Format die fotochemisch vervielfältigte Zeitschrift „Grenzfall“. Nach diesem Modell gab ab September 1986 auch die unter dem Schutz der Zionskirche stehende Umwelt-Bibliothek eine Publikation heraus, berief sich aber im Gegensatz zum „Grenzfall“ formal auf das innerkirchliche Vervielfältigungsrecht. Dieses Info-Blatt „Die Umwelt-Bibliothek“ wurde ab April 1987 in „Umweltblätter“ umbenannt und ab Mai unter Steigerung der Auflage ebenso wie der „Grenzfall“ mittels Wachsmatrizen-technik gedruckt. Die in der DDR praktisch unbeschaffbare Druckerschwärze und die Matrizen waren nur aus Kirchenbeständen verfügbar oder wurden mit Hilfe Roland Jahns und einreisender Bundestagsabgeordneter der Grünen oder von Korrespondenten aus Westberlin eingeschleust. Nach anfänglich improvisierter Bastelei zweier in der UB für die Drucktechnik hauptverantwortlicher Mitarbeiter (Fritz Kühn von der OA und Bodo Wolf) mit altersschwachen Maschinenteilen uralter ausgesonderter Wachsmatrizenmaschinen schmuggelte der Bundestagsabgeordnete Wilhelm Knabe eine Maschine aus den 70er Jahren ein, die bei ihrem ersten Einsatz im November 1987 prompt vom MfS bei ihrer November-Aktion beschlagnahmt wurde.⁵ Ein weiteres seit April 1987 erscheinendes Periodikum war der „Friedrichsfelder Feuermelder“, dessen Arbeit noch vor Beginn durch eine gefälschte von der Abteilung XX/4 der BV Berlin des MfS in Umlauf gebrachte Ausgabe behindert wurde. Eine Übersicht zu den in den 80er Jahren veröffentlichten Druckerzeugnissen findet sich bei Neubert und Kowalczuk.⁶

3 Für Berlin waren dies die „Arche Nova“ (herausgegeben vom „Grün-ökologischen Netzwerk Arche“), die „Aufrisse“ (Herausgeber „Initiativgruppe Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“), der „Friedrichsfelder Feuermelder“ des Friedenskreises Friedrichsfelde, „Kontext“ (von der Bekenntnisgemeinde Treptow), die „Umweltblätter“ vom Friedens- und Umweltkreis der Zionskirchgemeinde und die „Wendezeit“ des Friedenskreises der Samariterkirchgemeinde. Anlage zur Information Nr. 168/89 über die Herstellung und Verbreitung nicht genehmigter Druck- und Vervielfältigungserzeugnisse antisozialistischen Inhalts und Charakters durch Personen, die personellen Zusammenschlüssen angehören, o. D., MfS, HA XX/AKG, Arch.-Nr. 849, S. 104. Der „Grenzfall“ hatte während des Jahres 1988 sein Erscheinen eingestellt. Vgl. Rüdtenklaus 1992, S. 285f.

4 Vgl. ausführlich Ilko-Sascha Kowalczuk (Hg.), Freiheit und Öffentlichkeit, Politischer Samisdat in der DDR 1985–1989, Berlin 2002.

5 Rüdtenklaus 1992, S. 96ff.

6 Neubert 1997, S. 756ff. und Kowalczuk 2002, S. 52ff.

Die damaligen technischen und logistischen Probleme der Herstellung und Vervielfältigung des Drucks von Schriften waren einschlägig: Es gab keine öffentlich zugängliche Vervielfältigungstechnik, Farbbänder und Schreibmaschinenpapier waren knapp, ebenso Wachsmatrizen, Druckfarbe und Abzugspapier für die Vervielfältigungsgeräte in den kirchlichen Gemeinden. Die Frage war, wie sich die Gruppen Zugangsmöglichkeiten zu diesen Geräten verschafften. Oft schmuggelten Freunde und Unterstützer aus dem Westen das Benötigte unter persönlichem Risiko in die DDR. Einen Durchbruch bei der Manuskripterstellung und Druckvorbereitung bedeutete der Einsatz grafikfähiger Computer und Nadeldrucker etwa seit Anfang 1988 beim „Friedrichsfelder Feuermelder“ und den „Umweltblättern“, mit denen Ormig- und Wachsmatrizen beschriftet wurden.

Schriftgut und andere öffentliche Äußerungen, deren systemkritische politische Aussage „ungefiltert“ (keiner Selbstzensur unterworfen) war und die deshalb zusätzlich zum rechtswidrigen Charakter der Form ihrer Publikation auch inhaltlich als „staatsfeindlich“ gewürdigt werden konnten, waren in der Regel anonym verfasst (es sei denn, die mit ihr verbundene Selbstanzeige war gewollt). Ihre konspirative Herstellung und Verbreitung in Form etwa von illegalen Flugschriften litt unter ihrem geringen Wirkungsgrad bei erheblichem Risiko. Deren viel wirksamere Verbreitung über Westmedien (Presse und sonstige Publikation, Rundfunk, Fernsehen) ging das Risiko ihrer Verfälschung bzw. Instrumentalisierung ein und öffnete überdies die Flanke der Diskreditierung ihres Inhalts und der Verfasser als vom Westen „inspiriert“ oder „gelenkt“. Ersteres konnte durch stabile Kontakte zu politisch partnerschaftlich agierenden westlichen Medien eigentlich nur gemildert werden. Mit abnehmendem aber gleichwohl weiter bestehendem Verfolgungsdruck gehörte die Spekulation sich namhaft machender Akteure aus dem Osten bei ihren Auftritten in den Westmedien auf eine Schutzfunktion durch so entstehende Popularität mit zum Kalkül. Eine solche Praxis war innerhalb der Opposition immer umstritten. Die KvU/OA gehörte mehrheitlich zu den konsequentesten Vertretern der Auffassung, die Westmedien seien aufgrund ihrer überwiegend politisch instrumentellen Motivation und sensationsorientierten Praxis sowie der kommerziell organisierten Verwertungslogik Teil der Fremdbestimmung auch der Opposition in der DDR. Die Abneigung gegenüber den medialen Selbstinszenierungen von „Berufsoppositionellen“, die jene Logiken bedienten und deren Loyalität zwischen den Gruppen und den Westmedien auf fatale Weise geteilt war, speiste sich auch aus der Einschätzung, hier würde oppositionelle Politik mit persönlicher Selbstverwirklichung verwechselt. Der Spielraum, welcher sich hier für die Sicherheitsorgane eröffnete, war beträchtlich: So konnten staatlich gelenkte Akteure (IM, Provokateure) entweder auf die Verwirklichung von Veröffentlichungsabsichten von Oppositionellen in Westmedien zwecks deren Diskreditierung und/oder Kriminalisierung hinwirken⁷ oder solche Absichten durch Instrumentalisie-

7 Zum Beispiel war eine operative Kombination der Sicherheitsorgane im Jahre 1979 darauf gerichtet, einen „Schweizer Journalisten“ die Protestbriefe gegen Ausschlüsse von Schriftstellern aus dem Schriftstellerverband im Westen mit billiger Inkaufnahme durch die Unterzeichner veröffentlichen zu lassen. Hier fand offenbar eine „Güterabwägung“ des MfS statt, ob die so erhoffte Aushebelung einer von den Unterzeichnern vereinbarten Schutzklausel gegen die Westveröffentlichung mit dieser eigentlich „schädlichen“ Veröffentlichung erkaufte werden sollte, um über die so erreichbare Kriminalisierung und Diskreditierung der „Rädelsführer“ letztendlich einen Gruppenzusammenhang von zur Weiterarbeit entschlossener Akteure zerstören zu können. Nach dem Scheitern dieser operativen Kombination, wurde übrigens

rung oben benannter Vorbehalte in der Opposition wiederum hintertreiben, um (gefürchtete) Veröffentlichungen zu verhindern⁸. Ein exemplarisches Beispiel für Konflikte im Zusammenhang mit „westlicher Präsenz“ bei oppositionellen Aktivitäten im Osten waren die Auseinandersetzungen bei der Vorbereitung des ersten Menschenrechtsseminars 1985/86 (vgl. Abschnitt 4.2.2). Letztlich entscheidend blieb die Fähigkeit der Opposition, die (Kräfte)verhältnisse so ändern, dass eigene Veröffentlichungen und Aktionen der „Sklavensprache“ entbehren konnten:

„Hierzu gehört auch der Ausbau eigener Öffentlichkeit, damit der Umweg über diverse unkontrollierbare, oft unseriöse und entstellende westliche Medien weniger Bedeutung und Einfluss bekommt. Die Abhängigkeit vom Januskopf des publizistischen Schutzes der westlichen Öffentlichkeit ist unbefriedigend und einseitig, soweit dieser Öffentlichkeit nichts Eigenes entgegengesetzt werden kann. Auch sie ist nur ein Ersatz. Selbstdarstellung ist doch sicher authentischer als Interpretation durch andere und womöglich falsche Freunde.“⁹

5.1.1.2 Veranstaltungen und öffentlichkeitswirksame demonstrative Aktionen

Das fast komplette Spektrum von Themen und Veranstaltungsformen im kirchlich verbrämten Gewand während der 80er Jahre ist in den vorangegangenen Abschnitten umrissen worden. Dies ging bekanntlich bis zur Durchführung eines Menschenrechtsseminars. Die eigentliche Frage war, ob es staatlicherseits gelang, den GKR bzw. den Pfarrer oder ersatzweise die Kirchenleitung soweit einzuschüchtern, bis sie die Durchführung etwa von Konzerten Stephan Krawczyks untersagten. Inzwischen waren aber schon außerkirchliche gesellschaftliche Vereinigungen (wie der WBA Oderberger Str.) wieder soweit, solche Konzerte (wie die Jugendclubs in den 70er Jahren) auch in ihrer Verantwortung durchführen zu wollen. Es gab Kundgebungen, Demonstrationen, Versammlungen und Meetings, Fahrrad-demonstrationen, Schweigemärsche, Pilgerzüge, Menschenketten, Schweigekreise, Mahnwachen, symbolische Kranzniederlegungen, Unterschriftensammlungen, Meinungsumfragen, Verteilung von Schriften, Gebetsnächte, Friedenswerkstätten usw. Diese zum Teil eindeutig illegalen Aktionen (wie etwa nicht angemeldete oder nicht genehmigte Demonstrationen und Meinungsumfragen) waren in den 70er Jahren undenkbar. Akklamatorische bekenntnishafte Interventionen (offene Briefe, Eingaben, Erklärungen – oft verbunden mit Unterschriftensammlungen) wurden in Kombination mit ihrer Veröffentlichung wirksam. Andere symbolische Handlungen demonstrativen Charakters waren Kerzen für Verhaftete oder vor Botschaften, Mahnwachen, Fürbittgottesdienste, persönliche Friedensverträge, verbotene Aufnäher wie das Symbol „Schwerter zu Pflugscharen“ (ersatzweise ein weißer Kreis an der Jacke als Zeichen für das von der Polizei entfernte Symbol), ein weißes Band an der Antenne der Kfz von Ausreiseartragstellern, eine schwarze Armbinde als Zeichen

eine andere solche durchgeführt, um die Rädelsführer der Agententätigkeit zu überführen (vgl. Abschnitt 2.3 und 3.5.2.1).

- 8 Zum Beispiel scheiterte die Verbreitung von 1 000 Exemplaren eines auf Veranlassung von Herbert Mißlitz im Westen erledigten Drucks der Broschüre „Morsche Meiler“ im Osten, in der Verfasser aus der Gruppe „Gegenstimmen“ namentlich genannt waren, an den Bedenken innerhalb der Gruppe.
- 9 Reinhard Weißhuhn, Resümee von unten, Grenzfall 11–12/1987, Reprint 1989, S. 143.

des Protests gegen das Massaker auf dem „Platz des himmlischen Friedens“, ein ohmscher Widerstand am Kragenaufschlag (eine Idee aus Polen, auch in der ČSSR gebräuchlich).

5.2 Rechtsfragen

Jedem war es bekannt: In der DDR wurden Filme, Bücher, Theaterstücke, Lieder usw. nicht nur gefördert, sondern auch verboten oder zensiert und ihre Autoren verfolgt. Versammlungen, öffentliche Veranstaltungen und Meinungsäußerungen usw. konnten zu einem gefährlichen Unterfangen werden. Die Gründung von Vereinigungen war so gut wie unmöglich. Aber wehe dem, der in der DDR behauptet hätte, es habe eine Zensur, Einschränkungen der Meinungs-, Presse- oder Versammlungsfreiheit gegeben. Denn: „Eine Pressezensur findet nicht statt“ (Verfassung der DDR von 1949, Art. 9 (2)), „Jeder Bürger der DDR hat das Recht, den Grundsätzen der Verfassung gemäß, seine Meinung frei und öffentlich zu äußern. Die Freiheit der Presse, des Rundfunks und des Fernsehens ist gewährleistet.“ (Artikel 27 der Verfassung von 1968). Die Verwirklichung von staatlicher Kontrolle und Genehmigung von Veröffentlichungen im weitesten Sinne („Zensur“), die Einübung der dazugehörigen hermetischen gesellschaftlichen Praxis sowie die Gewöhnung aller gesellschaftlicher Akteure an die dazugehörigen Konventionen erfolgte auf subtilerem Wege. Dazu gehörte auch eine kreative Rechtsetzung, die jene Praxis leitete. In der DDR erfolgte die Kontrolle von Öffentlichkeit etwa auf dem Wege der „Anleitungen“ von Journalisten durch den Parteiapparat (Ressort Agitation und Propaganda; Apparat Herrmann/Geggel) und durch die Kontrolle des Presseamts beim Vorsitzenden des Ministerrats.¹⁰ Bei Produkten künstlerischer Arbeit gab es „Abnahmen zur Qualitätssicherung“ – bei der Buchproduktion etwa durch Verlagsgutachten und Kontrolle über die Hauptverwaltung Verlage und Buchhandel beim Ministerium für Kultur¹¹, durch Papierkontingentierungen und Druckgenehmigungsverfahren. Die wirksamste Kontrolle und das eigentliche Erziehungsziel solcher Überwachungstechniken war jedoch die Selbstzensur, welche aus Autoren, Filme- und Liedermacher, Journalisten und Wissenschaftler freiwillige Kopflanger des Regimes machte.

5.2.1 Printmedien und das innerkirchliche Veröffentlichungsrecht

Immer wieder zitiert wird Wladimir Bukowskij's Charakterisierung des Samisdat in seiner Hymne auf die Schreibmaschine: „Man schreibt selbst, redigiert selbst, man zensiert selbst, verlegt selbst, man verteilt selbst und sitzt auch selbst dafür die Strafe ab.“ In Ermittlungsverfahren waren derartige Dokumente das belastende Beweismaterial. Staatlich nicht genehme Veröffentlichungen waren im Rahmen des geltenden Veröffentlichungs- und Druckgenehmigungsrechts so gut wie unmöglich.

Von den lizenzierten Presseerzeugnissen spielte die Kirchenpresse insofern eine Sonderrolle, als sie, wie die Kirche selbst, nicht dem direkten staatlichen Zugriff ausgesetzt war.

¹⁰ Zuvor Hauptverwaltung für Information bzw. Amt für Information.

¹¹ Zuvor Amt für Literatur und Verlagswesen.

Lizenzierte kirchliche Presseerzeugnisse unterlagen bis zur Auslieferung durch den Postzeitungsvertrieb keiner staatlichen Kontrolle. Erst mit dem Anliefern bei der Deutschen Post setzte die Kontrolle durch den Lizenzgeber ein, indem durch das Presseamt beim Ministerrat die Belegexemplare lektoriert wurden. Entsprachen diese den Lizenzbestimmungen, erfolgte die Freigabe zur Auslieferung. Lag eine Verletzung der Verordnung¹² vor, konnte der Lizenzgeber die entschädigungslose Einziehung der jeweiligen Zeitung verfügen.¹³ Wiederholte Eingriffe des Staates in das Erscheinen lizenzierten Kirchenzeitungen führten 1988 zu einem „Zensurkrieg“, in dem die Proteste von Mitgliedern der Basisgruppen, welche lediglich zu deren Lesern gehörten, weitaus schärfer ausfielen, als die der eigentlich betroffenen Amtskirche (vgl. Abschnitt 4.28).

Ansonsten verfügte die „Anordnung über das Genehmigungsverfahren für die Herstellung von Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen“ vom 20.7.1959 im § 1 (1): „Zur Herstellung von Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen ist unabhängig von der Zahl der gefertigten Exemplare sowie von der Art der zur Herstellung benutzten Maschinen, Apparate, Geräte oder Gegenstände eine staatliche Genehmigung erforderlich.“ Druckgenehmigungen liefen über das Ministerium für Kultur und über die Räte der Bezirke bzw. Kreise, Abteilungen Inneres. Laut § 1 (5) waren Dienststanweisungen, Rundschreiben ect. für den inneren Dienstgebrauch, hergestellt auf betriebseigenen Maschinen und Apparaten von Organen der staatlichen Verwaltung, der staatlichen Einrichtungen und Institutionen, der volkseigenen und ihr gleichgestellten Wirtschaft sowie der demokratischen Parteien und Massenorganisationen von der Genehmigungspflicht ausgenommen. Auch die Kirche war dem unterworfen; dabei musste jede Veröffentlichung mit einer Registrier-Nummer des Vervielfältigungsapparates, einer laufenden Nummer mit dem Jahr der Veröffentlichung sowie den Zusatz „Nur für den innerkirchlichen Dienstgebrauch“ (nfiD) versehen sein. Die oben erwähnte Anordnung von 1959 und die „Verordnung vom 12. April 1962 über die Herausgabe und Herstellung aller periodisch erscheinenden Presseerzeugnisse“ reichten bis in die frühen 80er Jahre aus, um die Printmedien zu kontrollieren. Mitte der 80er Jahre vermochten nun jene oppositionellen kirchennahen Gruppen, die Ambitionen im Bereich der Herstellung eigener Druckerzeugnisse hatten, in diesen Freiraum hineinzustoßen. Bei solchen Zeitungen der Gruppen, für die sich formal ein kirchlicher Rechtsträger fand und eine vom Staat anerkannte, kirchliche Drucknummer verwendet werden konnte, wurde in der Regel die Auflagenhöhenbeschränkung permanent und zum Teil in Größenordnungen überschritten. Zudem wurden sie sowohl innerhalb, als auch außerhalb der Kirche verbreitet. Ein Mangel der „Verordnung über die Registrierung von Druckereien und Vervielfältigungsbetrieben“, die auch die staatliche Kontrolle aller Druckereien und Vervielfältigungsbetriebe der Kirchen ermöglichte, bestand aus der Sicht des SfK darin, dass einzelne Druck- und Vervielfältigungsapparate in kirchlicher oder Gemeindeverfügung nicht unter diese Verordnung aus dem Jahre 1959 fielen. Das

12 Anordnung Nr. 1 und 2 über das Genehmigungsverfahren für die Herstellung von Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen vom 20.7.1959.

13 Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Missbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisierung politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen „inneren Opposition“ in der DDR, April 1983, MfS JHS A.- Nr. 241/83.

führte in zunehmendem Maße zur Nutzung der zahlreichen kirchlichen Druck- und Vervielfältigungskapazitäten für „feindlich negative Schriften“. Die Deklaration dort erstellter Erzeugnisse als „kircheninternes“ oder „innerkirchliches Material“ führte allerdings nach geltender Rechtsauffassung nicht zur Befreiung von der Rechtspflicht, eine staatliche Genehmigung zu ihrer Herstellung einzuholen. Im Rahmen der Rechtsetzung für innerkirchliche Publikationen waren Vervielfältigungen mit einer Auflage über 99 Exemplaren genehmigungspflichtig. Dies erklärt den permanenten Clinch Staat-Kirchenleitungen hinsichtlich des Drucks von Schriften. Im Streit ging die staatliche Seite sogar soweit, dass die Herstellung des textilen Aufnähers „Schwerter zu Pflugscharen“ sowie die Herstellung und Aufführung von Filmen ebenfalls der Genehmigungspflicht unterworfen werden sollte.¹⁴

Ohne den Zusatz „nfiD“ erschienen von den kirchlichen Publikationen nur die „Aufrisse“ der Initiative „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“, obwohl der Kreis, zur Bartholomäusgemeinde gehörig, dies hätte tun können – dies war offenbar eine demonstrative Missachtung der auferlegten Beschränkungen.¹⁵

Obwohl die Nutzung der hier skizzierten halblegalen Freiräume natürlich auch schon vor 1980 möglich gewesen wäre, erfolgte das starke Anwachsen der im kirchlichen Raum entstehenden Zeitschriften und in deren Schatten und in Kooperation mit ihnen die ersten illegalen Periodika erst seit 1985. Erst dann hatte der erwähnte Politisierungsprozess auch hinsichtlich der ihn untersetzenden Organisationsformen im kirchlichen Raum eine gewisse Reife erreicht und es wirkte gleichzeitig der außen- und innenpolitische Druck in Richtung Zurückhaltung des Staates bei der strafrechtlichen Verfolgung solcher Aktivitäten. Dass dies jedoch nicht als Regel zu verstehen war, zeigte der (fehlgeschlagene) Großangriff der Sicherheitsorgane auf die UB mit dem Ziel einer strafrechtlichen Verfolgung der „Grenzfall“-Redakteure und UB-Drucker. Vor allem außerhalb Berlins ging man nun vermehrt und massiv mit ordnungsrechtlichen Maßnahmen gegen solche Redakteure (so im Bezirk Frankfurt/Oder) vor.

Typisch für Flugblätter, nichtlizenzierte Schriften und sonstiges illegales Schriftgut, das unter konspirativen Bedingungen entstand und zum Teil in westlichen Veröffentlichungen den Weg zurück in die DDR fand, war der fehlende oder der absichtlich verschleierte Entstehungszusammenhang, um mögliche Rückschlüsse auf die Urheber zu verhindern (vgl. Abschnitt 3.1.4.2).

5.2.2 Strafrecht und Ordnungsrecht – eine rechtspolitische Neujustierung

Während der 80er Jahre gab es einen gleitenden Übergang hin zu immer stärkerer Anwendung ordnungsrechtlicher Maßnahmen gegen die Opposition – erst zusätzlich zu und später mehr und mehr anstelle ihrer strafrechtlichen Verfolgung, ohne dass letztere Option außer

14 Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Missbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisierung politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen „inneren Opposition“ in der DDR, April 1983, MfS JHS A.- Nr. 241/83.

15 Subklew-Jeutner 2004, S. 130.

Kraft gesetzt wurde. Dieser Substitutionsprozess hatte den Rang einer rechtspolitischen Neujustierung der Staatsmacht, deren Geschichte ebenso lang wie interessant ist: Die Erfahrungsgeschichte des MfS beim Einsatz ihrer Mittel im Kampf gegen PUT/PID in der Periode zunehmender Verrechtlichung auch der politischen Repression musste für ein Staatsorgan, das über fast drei Jahrzehnte seine Erfolge in beträchtlichem Ausmaß auf das bevorzugte Mittel der administrativen Haft zurückzuführen pflegte, einen beträchtlichen Einschnitt bedeuten. Ein Setzen auf das Ordnungswidrigkeitenrecht insbesondere durch das MfS, das jedoch selbst nicht ordnungsstrafbefugt war, zwang zu einigen Schlussfolgerungen in Bezug auf die Gestaltung einer effektiven Zusammenarbeit der Linie IX mit anderen operativen Dienststeinheiten und der Polizei. Die Crux des Übergangs bestand darin, solche „Bestimmungen ... in den Fällen zur Anwendung [zu bringen], bei denen aus zwingenden politischen oder operativen Gründen strafrechtliche Maßnahmen unzweckmäßig sind, obwohl die betreffenden Handlungen objektiv dem Wortlaut einer Strafnorm entsprechen.“¹⁶

Konkret ging es um verfahrensrechtliche Bestimmungen aus dem Gesetz zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten vom 12. Januar 1968 (OWG), namentlich um die Verordnung vom 6. November 1975 über die Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen, die Verordnung vom 30. Juni 1980 über die Durchführung von Veranstaltungen – Veranstaltungsverordnung (VAVO) und die Verordnung zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten – Ordnungswidrigkeitenverordnung (OWVO) vom 22. März 1984, die Anordnung vom 20. Juli 1959 über das Genehmigungsverfahren für die Herstellung von Druck- und Vervielfältigungserzeugnissen und die Verordnung vom 12. April 1962 über die Herausgabe und Herstellung aller periodisch erscheinenden Presseerzeugnisse. Deren Heranziehung im komplizierten Anwendungsfall der Tätigkeit von kirchlichen Gemeindekreisen (Basisgruppen) oder der Praxis von Kirchenbediensteten war von Anfang an problembehaftet: Ein Referent im StK schätzte bereits 1980 ein: „Kirchliche Amtsträger verletzen konkrete Rechtsnormen unseres Staates nicht in erster Linie deshalb, weil sie sie nicht kennen, sondern weil sie aus den ‚unaufgebaren Intentionen des kirchlichen Auftrages heraus‘ sich nicht dazu verpflichtet glauben, sie einhalten zu müssen.“¹⁷

Ein typischer Streitpunkt war die Veranstaltungsverordnung, welche in der alten Fassung vom November 1970 alle kirchlichen Veranstaltungen, die nicht direkt gottesdienstlichen Charakter hatten, genehmigungspflichtig machte. In dieser Fassung hatte die VAVO die anmelde- bzw. erlaubnisfreien Veranstaltungen erschöpfend aufgezählt. Das ermöglichte es, die VAVO durch die Benutzung darin enthaltener Bezeichnungen (z. B. Messen) für nicht-religiöse Veranstaltungen zu unterlaufen. Auch die „Verordnung über die Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen – Vereinigungsverordnung“ vom 6. November 1975 ging von dem Verfassungsgrundsatz aus, dass die Kirchen ihre inneren Angelegenheiten im Rahmen der Religionsausübung selbst regeln können. Folgerichtig bestimmt § 14 (3) der Vereini-

16 Uwe Karlstedt, Möglichkeiten und Voraussetzungen der Nutzung des Gesetzes zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten bei der vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit in der DDR, Hauptabteilung IX/2, Diplomarbeit Mai 1988, MfS, JHS, Reg.-Nr. 21293.

17 Probleme der sozialistischen Rechtsnorm und der sozialistischen Gesetzlichkeit auf dem Gebiet der Staatspolitik in Kirchenfragen, 3.4.1980, SAPMO-BArch, DO 4/408.

gungsverordnung, dass die beim zuständigen staatlichen Organ erfassten Kirchen und Religionsgemeinschaften nicht den Bestimmungen dieser Verordnung unterliegen. Daher „versuchen feindlich-negative Kräfte die Rechtspflicht zur Erlangung einer staatlichen Anerkennung für die von ihnen herbeigeführten Personenzusammenschlüsse dadurch zu umgehen, indem sie sich unter den Schutz der Kirchen begeben und diese Zusammenschlüsse als kirchliche Organisationsform ausgeben“.¹⁸ Die Neufassung der VAVO vom 30. Juni 1980 kannte nur die Anmeldefreiheit „ausschließlich“ religiöser Veranstaltungen (ohne diese jetzt zu spezifizieren) – damals nach Meinung von Bischof Krusche eine Verschärfung dieser Ordnung. „In ... Briefen [Brief des BEK vom 29.7.1980 und 6.8.1980 an den Staatssekretär für Kirchenfragen, T. K.] wird die Frage aufgeworfen, wer eine Aussage darüber treffen kann, welche Veranstaltungen einen religiösen Charakter haben. ... Gestützt auf die rechtliche Regelung gehört es im Konfliktfall zu den Rechten des Staates, darauf hinzuweisen, wenn der religiöse Charakter einer Veranstaltung in Zweifel zu stellen ist.“¹⁹ Das MfS kommentierte 1983:

„Das Vorgehen der feindlich-negativen Kräfte zeigt ..., dass sie die in der Rechtsordnung der DDR verankerten Rechtspflichten dadurch zu umgehen versuchen, indem sie antisozialistische Aktivitäten als religiöse Tätigkeit tarnen (z. B. als sogenannte Bluesmessen getarnte Veranstaltungen mit feindlich-negativem Inhalt). ... In der Praxis tritt jedoch nicht selten der Fall auf, dass auch in traditionellen kirchlichen Veranstaltungen ... zu gesellschaftlichen Fragen Stellung genommen wird, so dass die Entscheidung schwer fällt, ob es sich dabei noch um Veranstaltungen mit ausschließlich religiösem Charakter handelt. ... Ein Argument, das sowohl von feindlich-negativen Kräften als auch von offizieller kirchlicher Seite wiederholt ins Feld geführt wird, besteht in der Behauptung, dass der Inhalt religiöser Tätigkeit nicht vom Staat bestimmt werden könne.“

Grund zur Klage sah das MfS auch in den „komplizierte(n) Rechtsfragen ... im Zusammenhang mit der Durchführung von Zusammenkünften mit feindlich-negativem Inhalt in Wohnungen und auf Grundstücken von Bürgern (z. B. die sogenannten kirchlichen Hauskreise, Buchlesungen, Bilderausstellungen, Diskussionsrunden). Bei der rechtlichen Bewertung derartiger Zusammenkünfte ist die Festlegung in § 1 Abs. 4 VAVO zu beachten, dass Zusammenkünfte in Wohnungen oder auf Grundstücken von Bürgern keine Veranstaltungen i. S. der VAVO darstellen, wenn sie sich aus dem sozialistischen Zusammenleben ergeben. ... (Es) wird im Einzelfall schwer fallen, den Nachweis zu erbringen, dass es sich um organisierte Zusammenkünfte im Sinne der VAVO handelt.“²⁰

18 Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Missbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen „inneren Opposition“ in der DDR, April 1983, MfS, JHS Arch.-Nr. 241/83.

19 Vermerk vom 21.8.1980 über das Gespräch zur vorliegenden Verordnung über die Durchführung von Veranstaltungen vom 30. Juni 1980, SAPMO BArch, DY 30, IV B2/14/48.

20 Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Missbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen „inneren Opposition“ in der DDR, April 1983, MfS, JHS Arch.-Nr. 241/83.

Die Verfolgung nach dem Ordnungsrecht erwies sich ebenfalls als problematisch: 1981 musste das SfK anlässlich von Straßensammlungen einer Initiativgruppe für Unterschriften zugunsten eines Sozialen Friedensdienstes in Leipzig vermelden: „In diesem Zusammenhang wurde an uns die Frage gerichtet, ob derartige Unterschriftensammlungen einer staatlichen Genehmigung bedürfen. Dies wurde aus unserer Kenntnis heraus verneint. Um eine Bestätigung für die Richtigkeit unserer Auffassung zu erhalten, ... wurden Auskünfte bei den zuständigen Genossen des MdI und beim Leiter der Bibliothek des Obersten Gerichts eingeholt. Übereinstimmend wurde uns erklärt: Es gibt keine Rechtsnorm, die das öffentliche Sammeln von Unterschriften genehmigungspflichtig macht oder untersagt ... Rechtsnormen, die Sammlungen regeln, bezogen bzw. beziehen sich bis zur Gegenwart immer auf Geld- oder geldähnliche Sammlungen.“²¹ Den Unmut des SfK aufgreifend, schlug das MfS 1983 vor:

„In Bezug auf Unterschriftensammlungen für feindlich-negative Zwecke (z. B. für den sogenannten ‚Berliner Appell‘ oder die ‚SoFD-Bewegung‘) muss gegenwärtig festgestellt werden, dass von den relativ begrenzten Möglichkeiten des Straßenrechts abgesehen, keine weiteren geeigneten rechtlichen Möglichkeiten außerhalb des sozialistischen Strafrechts zur Unterbindung bestehen. Es ist deshalb vorzuschlagen, im Zuge der Erweiterung, Präzisierung und Vereinfachung von Ordnungswidrigkeitsbestimmungen, die der Verfassungs- und Rechtsausschuss der Volkskammer am 10. März 1983 empfohlen hat, einen entsprechenden Ordnungswidrigkeitstatbestand zu schaffen. Dabei sollte, zum Zwecke der Abgrenzung von gesellschaftsgemäßen Formen, eine eindeutige und differenzierte Charakterisierung der Aktivitäten vorgenommen werden, die zukünftig als Ordnungswidrigkeiten zu betrachten sind. In diesem Sinne könnte als Abs. 2 des § 4 OWVO folgende Bestimmung aufgenommen werden: „(2) Ebenso kann zur Verantwortung gezogen werden, wer gegen die Verwirklichung von Gesetzen und anderen Rechtsvorschriften gerichtete Erhebungen durchführt oder schriftliche Erklärungen sammelt, veranlasst oder daran mitwirkt.“ Mit einem solchen nicht vordergründig und ausschließlich auf die Unterbindung von Unterschriftensammlungen gerichteten Ordnungswidrigkeitstatbestand wäre es auch möglich, sogenannte Eingaben zu erfassen, mit denen feindlich-negative Kräfte gegen gesetzliche Bestimmungen vorzugehen versuchen. Bekannt geworden ist vor allem eine als Eingabe firmierte Unterschriftensammlung, in der die Ablehnung der Einbeziehung weiblicher Bürger in die Wehrpflicht während der Mobilmachung und im Verteidigungsfalle (§ 3 Abs. 5 Wehrdienstgesetz) bekundet und die Aufhebung dieser Rechtspflicht gefordert wurde. ... Unterschriftensammlungen unter einem von Einzelpersonen verfassten Text, die außerhalb gesellschaftlicher Organisationen erfolgten, sind deshalb keine Eingaben im Sinne des Eingabenrechts. Für die Volksvertretung oder das Staatsorgan, an die ein solches Vorbringen gerichtet ist, besteht folglich keine Rechtspflicht zur Annahme und Bearbeitung. Vorbringen, die auf Abänderung eines Gesetzes gerichtet sind, widersprechen darüber hinaus der Verfassung, da die Volkskammer als oberstes staatliches Machtorgan der DDR gem. Art.

21 Leitungsinformation 4/81, Vorlage vom 27.8.1981 für die Dienstbesprechung am 7.9.1981, SAPMO BArch, DO 4/1276.

*49 Abs. 1 Verfassung endgültig und für jedermann verbindlich durch Gesetze und Beschlüsse die Ziele der Entwicklung der DDR bestimmt.*²²

In Verwirklichung des staatlichen Vorhabens, die Lücke zwischen „keiner staatlichen Reaktion und einer strafrechtlichen Reaktion“ wirksam zu schließen, wurden ab 1.7.1984 in der Neufassung der „Verordnung zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten“ auch die Ordnungsstrafen erhöht – so die Höchststrafe von zuvor 300 M auf 500 M; bei vorsätzlichen Ordnungswidrigkeiten auf bestimmten Gebieten bis 10 000 M.²³ „Beabsichtigt ist, vor allem das Sammeln von schriftlichen Erklärungen mit dem Ziel, ‚gegen den Staat Stimmung zu machen‘, ins Unrecht zu versetzen. Derartige Aktivitäten soll es auf den verschiedensten Gebieten, vor allem aber auf dem Gebiet des Umweltschutzes geben (Messungen der Luftverunreinigung, der Wasserverschmutzung u. ä.) In der OWVO heißt es im §4 (2): ‚Ebenso kann zur Verantwortung gezogen werden, wer gegen die Gesetze und andere Rechtsvorschriften oder deren Verwirklichung gerichtete Erhebungen durchführt, schriftliche Erklärungen sammelt, verbreitet, veranlasst oder daran mitwirkt.‘ [sic! T. K.] Die Arbeit des Forschungsheimes Wittenberg könnte u. E. auch unter diesen rechtlichen Festlegungen beobachtet und gewertet werden.“²⁴

Das MfS jedoch betrachtete 1983 in erster Linie das Mittel der Zersetzung als Substitut für strafrechtliche Verfolgung:

„Feindtätigkeit ... ist kompromisslos zu bekämpfen. Dabei ist nicht immer die Einleitung und Durchführung eines Strafverfahrens bzw. die Anwendung anderer Formen staatlichen Zwanges das wirksamste Mittel. ... Eine angemessene Reaktion kann auch darin bestehen, mit politisch – operativen Mitteln die Gesetzlichkeit wiederherzustellen ... (So) besitzt die Forderung der Richtlinie 1/76²⁵ nach tatbestandsbezogener Bearbeitung auch für die politisch-operative Bearbeitung des Missbrauchs der Kirchen Gültigkeit ... Besonders geeignete rechtliche bzw. rechtlich gestützte Maßnahmen sind dabei insbesondere:

- *Einleitung von Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts einer Straftat der allgemeinen Kriminalität. Diese Abschlussart ist vor allem deshalb geeignet, weil derartige Straftaten auch nach den ethisch-moralischen Auffassungen kirchlicher Kreise einen kompromittierenden Charakter tragen ... Zugleich werden Anhaltspunkte für eine „Politisierung“ vermieden.*
- *Auslösung innerkirchlicher Disziplinierungsmaßnahmen auf der Grundlage des zweifelsfreien Nachweises von Rechtsverletzungen.*

22 Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Missbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisierung politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen „inneren Opposition“ in der DDR, April 1983, MfS, JHS Arch.-Nr. 241/83.

23 Die Rechtsgrundlage für die OWVO war die Anlage zum 3. Strafrechtsänderungsgesetz vom 28.6.1979 (Abschnitt III, § 5). Dort waren bereits die in der neuen OWVO enthaltenen höheren Ordnungsstrafmaßnahmen vorgesehen.

24 SfK, Leitungsinformation 3/84 vom 25.6.1984, SAPMO BArch, DO 4/948.

25 Vgl Abschnitt 3.5.2.1

... Als rechtliche Maßnahmen, die die Prozesse der Zersetzung, Isolierung und Diskreditierung fördern, eignen sich z. B. Zuführungen. Befragungs- und Zeugenvernehmungen, mit denen der Eindruck einer Anwerbung oder des ‚Verrates‘ erzeugt werden kann. Auch das Absehen von Maßnahmen der strafrechtlichen Verantwortlichkeit bzw. die Einstellung eines Ermittlungsverfahrens kann geeignet sein, feindlich-negative Kräfte zu verunsichern. Derartige Maßnahmen sind in enger Zusammenarbeit zwischen den vorgangsführenden operativen Dienststeinheiten und den Dienststeinheiten der Linie Untersuchung zu realisieren und setzen eine gründliche Einschätzung möglicher Wirkungen in der Öffentlichkeit sowie der politisch-operativen Konsequenzen voraus.²⁶

Doch auch im MfS machte man sich Gedanken über die Tücken des Ordnungsrechts und war sogar bereit, sich bei Vorschlägen zu dessen Verbesserung am bundesdeutschen Genehmigungsrecht zu orientieren:

„Die Einbeziehung der Straßenverordnung in die Vorbeugung und Unterbindung ... feindlich-negativer Aktivitäten ist vor allem dann vorteilhaft, wenn Aktionen auf öffentlichen Straßen durchgeführt werden, die nicht ohne weiteres als Veranstaltungen i. S. der VAVO gewertet werden können. Das betrifft z. B. Sitzstreiks, Flugblattaktionen, Aktionen kleiner Gruppen usw. auf öffentlichen Straßen. [zustimmungspflichtige Sondernutzung] ... Allerdings muss hier kritisch angemerkt werden, dass die Straßenordnung der DDR die zustimmungspflichtige Sondernutzung öffentlicher Straßen zu stark verkehrstechnisch definiert (Schwerlasttransporte, Baustelleneinrichtungen etc.). Lediglich die Durchführung von Kundgebungen und Massenveranstaltungen ist ausdrücklich erwähnt. ... Beachtenswert ist i. d. Zusammenhang die analoge Regelung im BRD-Recht. Dort wird jede über den Gemeingebrauch hinausgehende Nutzung öffentlicher Straßen als „erlaubnispflichtige Sondernutzung“ charakterisiert. Nach geltender, umfangreicher Rechtsprechung in der BRD gelten als erlaubnispflichtige Sondernutzung insbesondere auch politische Werbung, Flugblatt- und Handzettelverteilung, Unterschriftensammlung, Aufstellen von Losungen und Plakatträgern etc. Auf diese Weise wird auf der Grundlage einer Verwaltungsvorschrift eine Vielzahl ungewünschter politischer Aktivitäten unter Kontrolle genommen und ggf. unterbunden. Trotz prinzipieller Gegensätzlichkeit des sozialistischen und des bürgerlichen Rechts kann die gesetzestechnische Ausgestaltung der Sondernutzung öffentlicher Straßen im BRD-Straßenrecht zu der Überlegung Anregung geben, bei einer Neufassung oder Überarbeitung der Straßenordnung der DDR die gegenwärtige beispielhafte Aufzählung von Fällen der Sondernutzung aufzugeben und jede Form einer über den allgemeinen Gebrauch hinausgehenden Straßennutzung als zustimmungspflichtige Sondernutzung zu erfassen.“²⁷

Auch in anderen Bereichen schien die bundesdeutsche Rechtsetzung für das MfS eine „ständige Quelle der Inspiration“ zu sein:

26 Grundorientierungen für die politisch-operative Arbeit des MfS zur Aufdeckung, vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung der Versuche des Feindes zum Missbrauch der Kirchen für die Inspirierung und Organisation politischer Untergrundtätigkeit und die Schaffung einer antisozialistischen „inneren Opposition“ in der DDR, April 1983, MfS JHS A.- Nr. 241/83.

27 Ebenda.

„Das betrifft z. B. die Selbstanfertigung (von) Symbole(n) oder die Benutzung inhaltlich kaum angreifbarer Darstellungen (z. B. das Tragen eines kleinen elektrischen Widerstandes am Kragenaufschlag durch Solidarność-Anhänger in der VR Polen). Die Analyse der Rechtspraxis der BRD zeigt, dass der Gegner bei ähnlichen, gegen ihn gerichtete Aktivitäten relativ massiv und rechtlich sehr vielseitig vorgeht, so z. B. gegen Beamte, ‚Arbeitnehmer‘, Lehrer, Schüler und Soldaten wegen des Tragens von ‚Anti-Strauß-Plaketten‘, ‚Anti-Kernkraftwerk-Plaketten‘ u. ä. auf der Grundlage der Beamtengesetzgebung, der Schulgesetzgebung, arbeitsrechtlicher Bestimmungen und der Soldatengesetzgebung. Besonders interessant ist in diesem Zusammenhang § 3 des Gesetzes über Versammlungen und Aufzüge (Versammlungsgesetz) ... Danach ist es ‚verboten, öffentlich oder in der Versammlung Uniformen, Uniformteile oder gleichartige Kleidungsstücke als Ausdruck einer gemeinsamen politischen Gesinnung zu tragen. Nach anerkannter Rechtsauffassung zählen dazu u. a. auch T-Shirts mit gleichartigen Aufdrucken, Abzeichen usw.‘ ... Unter Beachtung unserer grundsätzlichen Rechtsstandpunkte und rechtspolitischen Konzeptionen könnte auch in unserer Rechtsordnung ein Ordnungsstrafbestand geschaffen werden, der für das Unterbinden des Tragens massenpsychologisch wirksamer Erkennungszeichen einer gemeinsamen feindlich-negativen Gesinnung geeignet ist. Er könnte wie folgt gefasst werden: ‚§ ... (1) Wer vorsätzlich die öffentliche Ordnung und Sicherheit stört, indem er Uniformen, Kleidungsstücke, Symbole und andere Erkennungszeichen als Ausdruck einer gegen das sozialistische Zusammenleben der Bürger gerichteten Haltung in der Öffentlichkeit trägt, kann mit Verweis oder Ordnungsstrafe von ... bis ... belegt werden. (2) Sachen, die gem. Abs. 1 zur Störung der öffentlicher Ordnung und Sicherheit benutzt werden, können unabhängig von Rechten Dritter eingezogen werden. ...‘ Das betrifft z. B. solche Erscheinungen wie

- die missbräuchliche Benutzung von Teilen und Zitaten aus Literaturerzeugnissen, von Buchtiteln usw.
- Verwendung von Werken der bildenden Kunst zu antisozialistischen Zwecken,
- mißbräuchliche Benutzung von Musikstücken im Rahmen feindlich-negativer Aktionen.²⁸

1985 konstatierte das SfK nicht zum ersten Mal, dass „die seit 30. Juni 1980 in Kraft befindliche VAVO ... von vielen Pfarrern ignoriert bzw. extensiv ausgelegt (wird).“²⁹ Im Oktober 1986 erwog man daher hinsichtlich der Anwendung und Durchsetzung der VAVO, „dass die VP ... zwar weiter die Anträge [für kirchliche Veranstaltungen] entgegennimmt, sie aber inhaltlich nicht mehr bearbeitet. Das erfolgt ausschließlich durch den Stellvertreter für Inneres, der in Abstimmung mit anderen zuständigen Staatsorganen die Entscheidung über den Antrag trifft. Damit entfällt auch die bisherige nicht selten zu Komplikationen führende Praxis, dass Ablehnungen für Veranstaltungen von der VP erteilt wurden ohne Abstimmung mit dem Stellvertreter für Inneres, von ihm aber diese Entscheidung den Vertretern der Kirchen mitzuteilen war, auch gegen seine Auffassung. ... Nach den neuen Regelungen ist die Abstimmung zwischen dem Stellvertreter für Inneres und dem Staatssekretär für Kirchenfragen [vor der Einleitung von Ordnungsstrafverfahren gegenüber Vertretern von Kirchen

28 Ebenda.

29 Vorlage vom 11.2.1985 für die Dienstbesprechung am 25.2.1985, SAPMO BArch, DO 4/1278.

und Religionsgemeinschaften] zwingend erforderlich. ... Vom MdI wurde mehrfach der Wunsch übermittelt – im Interesse eines besseren Verständnisses der kirchenpolitischen Problematik –, dass der Genosse Gysi unter Einbeziehung der Genossen vom MdI auf dieser Beratung über Schwerpunktaufgaben zur Durchsetzung der Staatspolitik in Kirchenfragen referiert.³⁰ Letzteres geschah auch im April 1987 (vgl. Abschnitt 4.8). Hier erklärte er seinen Gesprächspartnern im MdI:

„Nehmt bei der Festsetzung von Ordnungsstrafmaßnahmen nicht immer gleich den ‚Großen Hammer‘. Manchmal gefährden wir damit auch mühsam erarbeitete Erfolge in der Differenzierungspolitik ... Wir müssen die gesamte Breite, die gesamte Palette der möglichen Maßnahmen ausschöpfen und den großen Spielraum auf diesem Gebiet für eine kluge, gut durchdachte und richtig differenzierte kirchenpolitische Arbeit einsetzen. Wenn wir das Prinzip der Wahrung der Verhältnismäßigkeit der Mittel nicht einhalten, also bei unangemessener staatlicher Reaktion, erreichen wir nur, dass sich die positiven Kräfte mit den negativen solidarisieren.“³¹

1988 entstand in Form einer bemerkenswerten Diplomarbeit bei der Juristischen Hochschule des MfS in Potsdam-Eiche die systematische rechtspolitische und operative Einordnung des Ordnungswidrigkeitenrechts in die Abwehrarbeit der Sicherheitsorgane.³² Die Anwendung außerstrafrechtlicher Bestimmungen bei der Bekämpfung von Aktivitäten PUT sollte in erster Linie im Falle von Handlungen, die als sogenannter „gewaltfreier Widerstand“ unter der Schwelle strafrechtlicher Relevanz lagen, erfolgen. Die Befürchtung bestand darin, dass solche Aktivitäten „Massenbasis zu gewinnen und letztlich solche außen- und innenpolitischen Situationen ... erzeugen, die geeignet sind, Druck auf die Staatsführung der DDR auszuüben bzw. in anderer Weise die subversive Zielstellung des Gegners zu unterstützen ... Die operative Praxis zeigt, dass das Ausbleiben staatlicher Reaktionen auf feindlich-negative Handlungen unverzüglich als Duldung bzw. stillschweigende Anerkennung derartiger Handlungen durch den Staat gewertet wird und damit dem Bestreben des Gegners, seine Handlungsspielräume kontinuierlich zu erweitern und auszubauen, entgegengekommen würde.“ Der Autor Uwe Karlstedt verwies auf eine Rede Erich Mielkes auf der Zentralen Parteivertagung zur Eröffnung des Parteilehrjahres 1987/1988, wo dieser zur „Suche nach neuen Wegen und Möglichkeiten“ aufrief, „die den politischen Kampfbedingungen unserer Zeit entsprechen“. Dabei bedeute der nunmehr „vorrangige Einsatz politischer und politisch-operativer Mittel“ keineswegs, dass nicht „wie bisher alle Machtmittel des Staates, einschließlich der Strafgesetze, umfassend und konsequent zur Anwendung gebracht, wenn nur so unmittelbare Gefahren ... für die sozialistische Gesellschaft abzuwenden sind. In diesem Sinne waren auch die durchgeführten strafprozessualen Maßnahmen zur Unterbindung der gegen die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung in der DDR gerichteten

30 Vorschlag zur Durchführung einer Beratung über Fragen der Anwendung und Durchsetzung der VA-VO, Vorlage vom 23.10.1986 für die Dienstbesprechung am 27.10.1986, SAPMO BArch, DO 4/953.

31 Schlußwort des Staatssekretärs für Kirchenfragen, Genossen Gysi, im MdI am 23. April 1987, SAPMO BArch, DO 4/990.

32 Uwe Karlstedt, Möglichkeiten und Voraussetzungen der Nutzung des Gesetzes zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten bei der vorbeugenden Verhinderung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit in der DDR, Hauptabteilung IX/2, Diplomarbeit Mai 1988, MfS, JHS, Reg.-Nr. 21293. Folgende Zitate aus dieser Quelle.

Aktivitäten von Führungskräften bzw. Leitpersonen politischer Untergrundtätigkeit im Januar und Februar 1988 zu begreifen.“ Die Anwendung ordnungsrechtlicher Bestimmungen wurde als „Element der vorbeugenden Arbeit des MfS“ bei der „Verhinderung bzw. Unterbindung von auf Öffentlichkeitswirksamkeit ausgerichteten provokativ demonstrativen Handlungen“ angesehen. Solche Handlungen zielten darauf ab, „der Partei- und Staatsführung der DDR die Fähigkeit zum politischen Dialog abzusprechen ... und zu behaupten, die DDR sei nicht friedensfähig, solange sie im eigenen Land gegen ‚Friedenskämpfer‘, ‚Menschenrechtler‘ und ‚politisch Andersdenkende‘ mit staatlicher Repression vorgeinge.“ Das eigentliche Problem bestand hierbei allerdings darin, dass

„feindlich-negative Kräfte (versuchten), gegen sie eingeleitete Ordnungsstrafverfahren und ...-maßnahmen zu nutzen, um gezielt Dokumente über staatliche Maßnahmen sowie schriftliche Begründungen für diese Maßnahmen zu erlangen, ... an westliche Medien zu lancieren und dort als ‚Dokumente staatlicher Repression‘ veröffentlichen zu lassen. Deshalb muss beachtet werden, dass das Ordnungswidrigkeitsrecht für solche Handlungsweisen insofern Möglichkeiten bietet, als es die Aushändigung bestimmter Dokumente, einschließlich von Unterlagen aus dazugehörigem Schriftverkehr, vorschreibt. So verlangt § 26 Abs. 3 OWG, dass dem Rechtsverletzer die Verfügung über den Ausspruch einer Ordnungsstrafmaßnahme, die nach den Festlegungen des Abs. 1 Ziffer 3 auch eine Begründung zu enthalten hat, auszuhändigen bzw. zuzustellen ist. Ebenso sind auch Entscheidungen über gemäß § 33 OWG eingelegte Beschwerden per Verfügung zu treffen und zu begründen.“

Eine weitere Tücke der OWG war, dass es

„nicht möglich (ist), [im Rahmen eines Ordnungsstrafverfahrens] im Ergebnis von Vernehmungen oder Durchsuchungen Beweismittel zu sichern, da § 24 Abs. 3 OWG eine Durchsuchung im Ordnungsstrafverfahren [und eine zwangsweise Vorführung] für unzulässig erklärt und § 24 Abs. 1 OWG ausdrücklich bestimmt, dass der Rechtsverletzer nicht gegen seinen Willen gehört werden darf [Ermittlungshandlungen im Sinne strafprozessualer Maßnahmen sind unzulässig]. ... (Daraus) ergibt sich die Forderung, das erarbeitete Material beweismässig so abzusichern, dass das Ordnungsstrafverfahren unabhängig von der Stellungnahme der betreffenden Person realisiert werden kann [lt. § 24 Abs. 2 OWG muss dem Betreffendem Gelegenheit zur Stellungnahme gegeben werden, jedoch ist nach Abs. 2 die Durchführung des Ordnungsstrafverfahrens und der Ausspruch von Ordnungsstrafmaßnahmen nicht an die Stellungnahme gebunden] ... § 21 Abs. 4 OWG verlangt, das Ordnungsstrafverfahren ... innerhalb eines Monats abzuschließen ... Gemäß § 33 Abs. 1 OWG steht dem Betroffenen innerhalb von zwei Wochen das Recht der Beschwerde ... zu. Die Beschwerde selbst und die dazu zu treffende Entscheidung stellt oftmals die einzige tatsächliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsverletzer im Ordnungsstrafverfahren dar ... (Eine) Beschwerde [hat] gemäß § 33 Abs. 1 aufschiebende Wirkung.“

Günstig war allerdings, dass die Beschlagnahme zur Sicherung von Beweisen lt. § 24 Abs. 4 OWG in Ordnungsstrafverfahren ohne richterliche Bestätigung möglich war und zur Sicherstellung von Gegenständen etwa lt. § 13 Abs. 1 VP-Gesetz führen konnte. Die „Einziehung von Gegenständen entsprechend den Festlegungen des Ordnungswidrigkeitenrechts“ erfolg-

te dort, „wo im Zusammenhang mit offensiven Maßnahmen gegen Exponenten politischer Untergrundtätigkeit sichergestellte Unterlagen, wie politische Plattformen, Manuskripte, ... eingezogen werden [müssen], jedoch aus rechtspolitischen Erwägungen eine inhaltliche Auseinandersetzung mit diesen Materialien vermieden werden soll.“

Zum Grundsatz des Abwehrhandelns hieß es:

„Stets ist es der politische Nutzeffekt, der letztlich darüber entscheidet, ob rechtliche Maßnahmen gegen feindlich-negative Personen durchgeführt werden oder nicht. Sind negative Auswirkungen für die Durchsetzung der Generallinie unserer Partei zu erwarten, muss von rechtlichen Mitteln Abstand genommen werden und es müssen vorrangig Mittel und Methoden der operativen Bearbeitung zur Anwendung gebracht werden. Dieser Grundsatz gilt in gleicher Weise auch bei der Nutzung des Ordnungswidrigkeitenrechts.“

Deshalb müsse das Vorgehen der Linie IX auch stets mit der Linie XX abgestimmt werden, wobei die Linie IX für die gesamte rechtliche Seite zuständig sei.

5.3 Offene oder konspirative Arbeit: Die „politischen Unkosten“ eines andauernden Spannungszustands

Staatliches Präventivhandeln als offene und öffentliche inhaltliche Konfrontation parteioffizieller Positionen gegenüber oppositionellen politischen Artikulationen war äußerst selten. Offene Konfrontation fand eigentlich nur in Gestalt repressiver juristischer (straf- und ordnungsrechtlicher) Maßnahmen ohne jede inhaltliche Komponente statt. Das MfS bediente sich in seiner präventiven Abwehrarbeit hauptsächlich konspirativer Methoden zum Eindringen, der Aufklärung und der Zersetzung oppositioneller Gruppen mit dem Ziel ihrer Zerschlagung. Insofern war die Anwendung konspirativer Methoden in der Arbeit der Gruppen eigentlich reaktiv, also „Gegenkonspiration“. Während die Mehrzahl der Friedenskreise seit ihrer Bildung in der ersten Hälfte der 80er Jahre konspirative Methoden ablehnte, führte die fortschreitende Politisierung der Gruppen und ihrer Arbeit unter den Bedingungen erheblichen staatlichen Verfolgungsdrucks in einigen von ihnen schon sehr früh zur systematischen Anwendung konspirativer Techniken. Diese „Gegenkonspiration“ angesichts der Gewissheit anwesender Spitzel des MfS in den offenen Veranstaltungen und den Vorbereitungskreisen sollte die Störanfälligkeit geplanter Vorhaben vermindern, bestehende zum Teil kirchenraumfreie Vernetzungen abschirmen sowie den Schutz der Vorbereitung brisanter Themen für die öffentlichen Veranstaltungsabende verstärken. Im Friedenskreis Friedrichsfelde führte dies beispielsweise seit Mitte der 80er Jahre (namentlich seit der Herausgabe eines eigenen Informationsblattes des Kreises) zu einer Doppelstruktur eines „offenen“ und eines „internen“ Vorbereitungskreises.³³ Auf die einschneidenden Folgen der vom MfS gesteuerten operativen Interventionen und der Pankower SED-Kreisleitung zur Störung offener Veranstaltungen des Friedenskreises Pankow wurde schon verwiesen (vgl. Abschnitt 3.1.4.3). Daneben gab es im Umfeld einiger Kreise auch eine „geschlossene“ Themenarbeit,

33 Ähnliches ist auch von der UB bekannt, Moritz 1997, S. 219.

deren Teilnehmer aufgrund informeller Kontakte zusammenfanden und deren Durchführung zwar nicht konspirativ erfolgte, wohl aber (in Teilen) deren Vorbereitung. Außerdem wurden kirchliche Strukturen zuweilen für deren Legendierung genutzt (vgl. dazu die Abschnitte 3.1.2.3, 3.1.2.4 und 4.1). Ein besonderes Kapitel waren die Kontakte ins Ausland, insbesondere in das westliche. Das MfS konstatierte (zutreffend), die „konspirative Gestaltung der Verbindung der inneren Führungskräfte PUT mit äußeren Feinden“ würden „ständig konspirativer gestaltet.“ Die Einschätzung lautete: „Ein Übergewicht konspirativer Mittel und Methoden findet sich vor allem dort, wo feindlich-negative Kräfte ihre Verbindungen zu feindlichen Stellen und Kräften zu verschleiern suchen. Eine Offenlegung dieser Verbindungen würde feindlich-negative Kräfte als Handlanger des Feindes, als Verräter des Sozialismus entlarven. Ihre Tarnung als ‚Sozialismusverbesserer‘, als ‚wahrhaft demokratische‘ Kräfte, als ‚Vorkämpfer für Glasnost und Perestroika‘ in der DDR und die damit demagogisch beanspruchte ‚Interessenvertretung‘ für breite Bevölkerungskreise würde verloren gehen. Gleichzeitig sind sich feindlich-negative Kräfte in ihrer Mehrzahl der Strafrechtswidrigkeit ihrer Verbindungen zu feindlichen Stellen und Kräften bewusst.“ Registriert wurden legendierte telefonische Anweisungen und Absprachen, briefliche Kontakte (teilweise über Deckadressen), direkte Besuchskontakte, Missbrauch offizieller Einreisen von Funktionären von Parteien und Organisationen, konspirative Kuriere (Materialschleusungen) sowie die unterstützende Tätigkeit von Botschaftsmitarbeitern und westlichen Korrespondenten (bevorrechtigte Personen, welche die Versorgung mit technischem Gerät, Schriftgut feindlichen Inhalts und Geld übernahmen). Nach den Ereignissen zur Jahreswende 1987/88 wurden nach den Erkenntnissen des MfS „zunehmend ... spontane Aktionen abgelehnt und in Vorbereitung und Durchführung öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten mehr Wert auf konzeptionelle Arbeit gelegt und ein weitestgehend konspiratives Vorgehen praktiziert ... Dabei muss berücksichtigt werden, dass viele feindlich-negative Kräfte aufgrund der langjährigen Bearbeitung durch das MfS unsere Arbeitsmethoden zum Teil kennen und sich darauf einstellen. So entwickeln Führungskräfte politischer Untergrundtätigkeit gezielte Maßnahmen zur Dekonspirierung oder Überprüfung tatsächlicher oder vermeintlicher IM des MfS und orientieren auf Beobachtung und Gegenbeobachtung, gezielte Desinformation, Provokation oder Ablenkung der Sicherheitsorgane.“³⁴

Es ist daher angebracht, auch die „politischen Unkosten“ solcher Strukturen für die Arbeit der politisch alternativen Gruppen zu problematisieren. Denn diese Praxis bedeutete natürlich für die offenen Gruppenstrukturen de facto eine Aushöhlung des basisdemokratischen Arbeitsprinzips. Außerdem verstärkte sich der Einfluss von Gruppenaktivisten bei der Profilierung der Themenarbeit und damit die Tendenz zu informellen Hierarchiebildungen. Die Frage war, ob solche Methoden die Gruppenarbeit ersetzen oder ergänzten, ob Basisdemokratie die Arbeitsweise der Gruppe weiterhin bestimmte oder zur Fassade für die politischen Ambitionen der Aktivisten wurde. Zum Beispiel kann dies im Zusammenhang mit der Vorgeschichte der Entstehung des Thesenpapiers des Friedrichsfelder Kreises zur Politikfähigkeit der Friedensbewegung (siehe die Abschnitte 3.2 und 4.1) sowie des „Dokumentes Nr.

34 Das aktuelle Erscheinungsbild politischer Untergrundtätigkeit in der DDR und wesentliche Tendenzen seiner Entwicklung, Studienmaterial Oktober 1989, MfS, VVS JHS o001-89/89, eingesehen im MDA, Reg.-Nr. PUT5.

III“ des Vorbereitungskreises eines Menschenrechtsseminars (vgl. Abschnitt 4.2.2) problematisiert werden. Der hier in Rede stehende Spannungszustand war latent und unausweichlich. Er entsprang dem Grunde nach der anhaltenden Situation herrschenden gesellschaftspolitischen Repressionsdrucks gegen jede selbstbestimmte Kommunikation und Organisation sogar im vopolitischen Raum. Dieser staatliche Druck wuchs natürlich proportional mit dem Grad der Politisierung und den Gruppenanstrengungen der Erlangung öffentlicher Resonanz. Gegenkonspiration war dann sowohl ein Mittel zur Selbstbehauptung und der Verteidigung von Freiräumen sowie des politischen Selbstverständnisses. Der Preis dieser Gegenkonspiration war die abnehmende Transparenz politischer Willensbildung im Kreis derer, die in der Gesellschaft diese Transparenz einforderten. Der Antagonismus zwischen Basisdemokratie und informeller Hierarchie, zwischen kollektiver Selbstbehauptung und individueller Selbstdarstellung, zwischen solidarischer Gegenwehr und Instrumentalisierung von Kollektiven im Dienst individueller Projekte ist als Ausdruck gesellschaftlicher Spannungslagen nicht hintergebar. Der Versuch, diesem Konflikt zu entgehen, indem der Abschied von jeder Konspiration mit der Aufforderung verbunden wurde, „noch nicht zugestandene Rechte so wahrzunehmen, als wären sie bereits zugestanden“³⁵, verschob lediglich diese Konfliktlage: Die demonstrative Wahrnehmung oder Einforderung verfassungsrechtlich nur nominell legaler, tatsächlich aber in der DDR gesellschaftlich erst zu erkämpfender Rechte, wie zum Beispiel die politischen Grundrechte, konnte in Wahrheit nicht verleugnen, dass die latente staatliche Kriminalisierungsdrohung und die berufliche und soziale Ausgrenzungspraxis gegenüber offener Opposition den Teilnehmern einen „Ausstieg“ aus gesellschaftlichen Bindungen aufnötigte und damit sowohl den potentiellen Kreis dieser Teilnehmer von vornherein beschränkte als auch ihn höchst verletzlich machte: Weil der Verzicht auf Konspiration die Aktivitäten offen legte, war das Spektrum der realisierbaren Vorhaben absehbar (bzw. ihr Scheitern auch von den Akteuren kalkulierbar). Eine dauerhafte toleranzüberschreitende Normenverletzung, wie etwa die erfolgreiche Herstellung eines nichtlizenzierten Druckperiodikums, erforderte notgedrungen wiederum ein Mindestmaß an Konspiration. Die IFM als erste außerhalb des kirchlichen Teilschutzraumes agierende oppositionelle Gruppe verzichtete sinnvollerweise bei der Herstellung ihrer Zeitschrift „Grenzfall“ und in ihrer sonstigen Öffentlichkeitsarbeit weder auf die Zusammenarbeit mit den kirchlichen Basisgruppen noch auf die konspirative Absicherung der Zeitungsproduktion. Gleiches galt für die Herstellung der Zeitschrift „Kontext“.³⁶ Trotz der im Nachhinein bekannt gewordenen Tatsache, dass es dem MfS gelang, selbst in konspirativ organisierte Handlungsräume (etwa der IFM) einzudringen, ist die Schlussfolgerung, dass jede Konspiration von vornherein als sinnlos anzusehen und nur der Schutz durch westliche Medienöffentlichkeit maßgeblich gewesen war³⁷, nicht nur verantwortungslos, sondern auch durch eine Anzahl von Beispielen wenigstens zeitweise erfolgreicher konspirativ organisierter Aktivitäten³⁸ zu entkräften. Für diese Beispiele galt eben nicht, dass deren Realisierung

35 Vorstellung der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (IFM) zum Tag der Menschenrechte am 10.12.1987 in der Gethsemanekirche, MDA, OA, Reg.-Nr. OA 1.1.01.4521.

36 Zur konspirativen Absicherung der Herstellung von „Kontext“ vgl. die Mitteilungen von Stephan Bickhardt im Rundtischgespräch am 3.4.2001; Kowalczyk 2002, S. 123ff.

37 Templin/Weißhuhn 1999, S. 178.

38 Aktion „Gegenstimmenpapier“, illegale Gruppe Schult bis 1988, „Schwarzer Kanal“.

eigentlich dem Schutz durch westliche Medienöffentlichkeit geschuldet gewesen sei. Und doch war auch die öffentliche Schutzfunktion der Westmedien, aber vor allem der sich immer weiter öffnende Handlungsspielraum, innerhalb dessen solche Konspiration infolge sich wandelnder gesellschaftlicher Bedingungen entbehrlich wurde, für den erweiterten Aktionsradius der politisch-alternativen Gruppen bedeutsam. Praktisch hatten sich zwei oppositionelle Handlungsräume herausgebildet: Es gab eine Anzahl von Basisgruppen im kirchlichen Raum, deren Teilnehmer und deren Publikum bei den Gruppenveranstaltungen einer niedrigeren Risikobelastung ausgesetzt waren, als jene, die außerhalb der kirchlichen Strukturen in offene Opposition (wie in Berlin die IFM) mit ihrem (selektiven) Verzicht auf konspirative Methoden gingen. Deshalb war die reale und potentielle Zahl der Teilnehmer in den Basisgruppen weitaus größer, als die der „offenen Opposition“. Die zuweilen praktizierte Anwendung gegenkonspirativer Methoden und Legendierungen im Aktivistenkreis der kirchlichen Basisgruppen begünstigte die Nachhaltigkeit eines breiten Spektrums von Konfliktthemen für ein größeres Publikum, das beispielsweise auch für die IFM oder die „Frauen für den Frieden“ über ihre Kooperation mit den Basisgruppen erreichbar war.

5.4 Die „Ausreiser“ und die Opposition: Eine spannungsgeladene Geschichte

Kaum ein Thema ist nach wie vor so umstritten, wie die Rolle der „Antragsteller auf ständige Ausreise“ aus der DDR und das Verhältnis der Opposition zu ihnen. Anfang der 80er Jahre, zur Zeit der Herausbildung der unabhängigen Friedensbewegung, unterschieden sich beispielsweise so disparate politisch alternative Gruppen, wie der konspirative Zusammenschluss um Reinhard Schult (vgl. Abschnitt 3.1.4.2) und der legalistische Friedenskreis Pankow (vgl. Abschnitt 3.1.4.3) hinsichtlich des Ausschlusses von Antragstellern aus der Gruppenarbeit nicht: Eine Mitarbeit von Antragstellern an politischen Vorhaben der Gruppen wurde einvernehmlich im Lichte eines prinzipiellen Zielkonflikts zwischen denen, welche die DDR verändern und jenen, welche sie verlassen wollten, reflektiert.³⁹ In keinem Fall jedoch war diese Bewertung mit einer Infragestellung der Legitimität des Ausreisebegehrens von Antragstellern verknüpft. Jedoch gab es im weiteren Verlauf in beiden Gruppen erhebliche Spannungen hinsichtlich der Einschätzung ihrer Rolle im gesellschaftspolitischen Konfliktfeld DDR oder hinsichtlich des Umgangs mit ihnen: In der Gruppe um Schult gab es 1984 einen prinzipiellen Dissens mit zwei Mitgliedern (Lotte und Wolfgang Templin), welche den Ausreisern insgesamt eine bedeutende Rolle im Kampf gegen das Regime zuerkannten (vgl. auch Abschnitt 4.1.2).⁴⁰ Irena Kukutz aus der Berliner Initiativgruppe „Frauen für den Frieden“ berichtete von „der Erfahrung, dass sich Frauen nur deshalb den Frauenini-

39 Vera Wollenberger berichtete, dass Antragsteller im FK Pankow zwar mitarbeiten, jedoch „keine verantwortliche Position ... übernehmen durften.“ Wollenberger 1992, S. 91.

40 Interview mit Reinhard Schult am 29.11.2003. Praktisch führte die Diskussion um die Rolle der Ausreiser und die Frage des Umgangs mit Antragstellern zum Ausscheiden einer Reihe von Mitgliedern (Antje und Martin Böttger, Lotte und Wolfgang Templin, Ev Kutschera) aus der Gruppe.

tiativen anschlossen, um ihren Ausreiseantrag schneller genehmigt zu bekommen.“⁴¹ Die Befürchtung der Friedenskreismitglieder des FK Pankow, Antragsteller könnten ihre politische Arbeit lediglich in den Dienst der Beschleunigung ihres Ausreisebegehrens stellen, benutzte das MfS, um Zersetzungsmaßnahmen gegen den Kreis in Anwendung zu bringen: Indem 1985 der Antrag zweier Mitglieder des Kreises auf Ausreise umgehend genehmigt wurde, gerieten sie in den ungerechtfertigten Verdacht, zugunsten dieser Entscheidung mit den Sicherheitsorganen zusammengearbeitet zu haben. Als Gerd Stadermann, Gründungsmitglied des Friedenskreises, der als Verfasser der konspirativen Schrift „Bleib daheim und wehre Dich täglich“ (vgl. Abschnitt 3.1.4.2) 1981 sowohl für das „Hierbleiben“ als auch 1983 vergeblich gegen den Ausschluss der Antragsteller von einer Briefaktion des Kreises an den Volkskammerpräsidenten votierte, 1987 selbst einen Ausreiseantrag stellte, durfte er den Friedenskreis nicht mehr in einem Abstimmungsgremium bei Generalsuperintendent Krusche⁴² (diese Koordinierungsgruppe wurde von den Friedenskreisangehörigen „Krusche-Runde“ genannt) vertreten. Auch hier versuchte das MfS, Stadermann wegen seines Antrags im Kreis zu diskreditieren.⁴³

Innerhalb des Ministeriums war die Zentrale Koordinierungsgruppe (ZKG), ursprünglich auf Fluchthilfesachen konzentriert, seit 1975 mit der Kontrolle und Eindämmung der beginnenden Ausreisebewegung befasst und sie wurde mit deren Anwachsen ausgebaut. Die Ausreisewelle hatte im Jahre 1984 mit rd. 30 000 Fällen inzwischen eine beachtliche Dimension erreicht – damit verglichen war das Mobilisierungspotential der politisch alternativer Gruppen (höchstens 6 000 Personen) gering. Im Zeitraum 1984 bis 1988 belief sich die Zahl der Ausreiser auf ca. 96 000.⁴⁴ Besonders brisant wurden ab 1987 Fälle des Eindringens von Ausreisewilligen in bundesdeutsche Botschaften in den osteuropäischen Ländern und in die ständige Vertretung Bonns in der DDR-Hauptstadt, die stets Gegenstand von Aushandlungsprozessen wurden. Eine besondere Zuspitzung erfuhr diese Problemlage unmittelbar vor dem Honecker-Besuch in der BRD.⁴⁵ Schon damals war absehbar, dass solche Vorgänge zum Eskalationsrisiko auswachsen, wie sich dann 1989 auch bestätigen sollte.

41 Irena Kukutz, Die Bewegung „Frauen für den Frieden“ als Teil der unabhängigen Friedensbewegung in der DDR, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII,2, Baden-Baden 1995, S. 1312.

42 Krusche war als Generalsuperintendent des Sprengels Berlin für die Berliner Gruppen zuständig. Verantwortlich innerhalb der KL der EKBB war planmäßig der Probst und während der Jahre zwischen Winter und Furian kommissarisch Stolpe. Superintendenten (Kirchenkreise) und Generalsuperintendenten (Sprengel) sind in der Hierarchie in allen Fragen faktisch die „Transmissionsriemen“ zwischen KL und GKR. In der Hauptstadt Berlin gab es damals 7 Superintendenturen.

43 Subklew-Jeutner 2004, S. 108ff.

44 In diesen Zahlen legaler dauerhafter Ausreise sind die Freikäufe mitenthalten, nicht jedoch das illegale Verlassen des Landes durch Flucht oder durch „rechtswidrige“ Nutzung des sich ausdehnenden legalen Ost-West-Reiseverkehrs. Bernd Eisenfeld, Die Ausreisebewegung – eine Erscheinungsform widerständigen Verhaltens, in: Poppe/Eckert/Kowalczyk 1995, S. 202.

45 In einer „Information zum Verhalten der BRD im StäV-Fall K[...] und im BO-Fall S[...]“ (Prag) – gemeint war die ständige Vertretung Bonns und die Prager BRD-Botschaft – vom 1.9.1987 hieß es, Rehlinger „beklagte“ in mehreren Begegnungen mit dem Rechtsanwalt (RA) die „niedrigen Übersiedlungszahlen“ für 1987, den „Rückgang der Ausreisen“ und versuchte, Gutschriften von Zusicherungen möglichst hoher Übersiedlungsquoten abhängig zu machen. Am 25.8.1987 sprach Rehlinger von ernsthaften Hinweisen zur „Besetzung der StäV und von BRD-Botschaften in anderen sozialistischen Staa-

Eine Reihe von Stellungnahmen oppositioneller Aktivisten thematisierte das Problem der Ausreise und das Verhältnis der Ausreiser zur Opposition: So wird in einem 1985 verfassten Text von ehemals der 1983 vom MfS zerschlagenen Jenaer Friedensgemeinschaft angehörenden Mitgliedern der Untergang dieser Gruppe analysiert. Der Friedensgemeinschaft gehörten auch Mitglieder an, die einen Ausreiseantrag gestellt und mit anderen Antragstellern im „Weißen Kreis“ in Jena demonstriert hatten. Die Methode der Zerschlagung der Friedensgemeinschaft ab Mai 1983 durch das MfS fußte auf der sofortigen Genehmigung von 40 Ausreiseanträgen der Gemeinschaft sowie ihres Umfelds und der Abschiebung des Aktivisten Roland Jahn in den Westen. Als einer der im erwähnten Text angegebenen Gründe des Untergangs der Gruppe wird eben die große Zahl dieser Anträge angegeben. Dem „Widerspruch zwischen Engagement für den Frieden in diesem Land und die Ausreise aus diesem Land“ sei hier zu wenig Bedeutung beigemessen und „keinerlei Kontrolle“ über die westlichen Medien erreicht worden.⁴⁶

1994 schätzte rückblickend Günter Jeschonnek von der Berliner Staatsbürgerschaftsrechtsgruppe, in der sich 1987 Antragsteller auf ständige Ausreise aus der DDR organisierten, die damalige Situation in der Hauptstadt ein:

„Es ist ... schon ziemlich klar dargelegt worden, dass das Thema der Ausreise ein hohes Publikum [hatte] und dass im Vergleich dazu die Opposition in der DDR aus meiner Sicht unbedeutend war. ... sie hat eigentlich kaum eine Rolle gespielt. ... wir (hatten) immer wieder probiert ..., mit den Oppositionellen ... in einen Dialog zu treten ... und zu sagen: ‚... die wie wir ausreisen wollen ... sind der Auffassung, dass es überhaupt keine Chance gibt, in der DDR diese Menschenrechte durchzusetzen.‘“⁴⁷

Zum Verhältnis der organisierten Ausreiser zu den Oppositionsgruppen hieß es:

„Wir haben probiert, dass wir unter dem Dach der Kirche gemeinsam mit der Opposition das Thema der Ausreise publik machen können und es fand sich innerhalb der Opposition eigentlich niemand ... Es gab vielleicht, um diese Leute auch mit Namen

ten durch Übersiedlungersuchende, zu deren Präzisierung er jedoch nicht autorisiert sei. Er tue das auftragsgemäß. ... Intern wurde erarbeitet, dass im Apparat Rehlingers ... die Frage debattiert wurde, man sei gespannt, wie sich die DDR-Organen verhalten werden, wenn sich ein BO- oder StÄV-Fall ‚drei Tage vor dem Honecker-Besuch‘ ereigne. Der Fall K[...] besonders, weil die StÄV der BRD in der DDR betroffen ist, und der BO-Fall in Prag zur Unterstützung sind willkommener Anlass, nicht nur zur alten Praxis der Lösung von BO- und StÄV-Fällen (d. h. mit stillschweigender Übereinkunft einer Ausreise nach angemessenem Zeitraum für eine Gegenleistung) zurückzugehen, sondern – gerade im Vorfeld des Besuchs – durch eine Gesprächsführung des RA mit dem Provokateur in der StÄV einen spektakulären Nachahmungseffekt für andere Übersiedlungersuchende zu erreichen. Diese Linie der Eskalation der Versuche der Druckausübung wird durch ein persönliches Gespräch des RA am 31.8.1987 mit Bräutigam in der StÄV der BRD zum Fall K[...] sehr deutlich. Der RA vertrat unseren Standpunkt der Lösung des Falles konsequent. ... Bräutigam ... teilte ... mit: Kanzleramts-Chef Schäuble werde sich noch am 31.8.1987 an Staatssekretär Schalck-Golodkowski wenden, um für den StÄV-Fall in Prag auf politischer Ebene eine andere Entscheidung zu fällen. Man erwarte in Bonn wenigstens für den Zeitraum des Besuchs eine Entscheidung in Abweichung von der bisherigen Praxis.“ Information zum Verhalten der BRD im StÄV-Fall K[...] und im BO-Fall S[...] vom 1.9.1987, MfS, ZKG Arch.-Nr. 1414, S. 33f.

46 Neubert 1997, S. 488f.

47 Zeitzeugenbericht von Günter Jeschonnek in der 68. Sitzung der Enquete-Kommission, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII,1, Baden-Baden 1995, S. 398.

zu nennen, eigentlich innerhalb der ‚Initiative Frieden und Menschenrechte‘ nur zwei. Das waren die Templins ...“

Andererseits erklärte Jeschonnek jedoch auch:

„In der Zionskirche hatten wir einen Raum erhalten, in dem wir vierzehntägig tagen konnten ... und der damalige Pfarrer Simon und auch die Mitglieder der Umweltbibliothek ... waren damals sehr kooperativ ...“⁴⁸

Und schließlich: „Ich denke, ... dass das Ausreiseverlangen, ... auch mit zum Untergang des SED-Regimes geführt hat.“⁴⁹

Die mehrheitliche Sicht der Berliner Opposition auf die Ausreiser gab Klaus Wolfram wieder:

„Die Ausreisewilligen hatten erkannt, dass eine neue Möglichkeit entstanden war, die Schwejske Methode anzuwenden und die Mächtigen beim Wort zu nehmen. Seit Biermanns Ausbürgerung hatte sich die Diktatur in ständig wachsendem Maße entschlossen, jeden ... politisch oder intellektuell auffälligen Bürger, so er es wollte, ausreisen zu lassen. ... Die Direktverbindung der Opposition zur Macht sollte jetzt als automatischer Prägestempel für Ausreisegenehmigungen funktionieren. ... Plötzlich wurde die Berliner Umweltbibliothek ... von Hunderten, ja Tausenden Ausreisewilligen besucht. ... Sie instrumentalisierten aufdringlich die Opposition und unbemerkt die Diktatur ... Instinktiv lehnte sich die ganze Opposition gegen diese Art Widerständler auf ... Die Ausstrahlung der Reformen in der Sowjetunion stand damals auf ihrer Höhe. ... Das Reformpotential belebte sich und die Diktatur wurde gebremst. ... In dieser Situation die Opposition unmittelbar mit den Ausreisern zu verknüpfen bedeutete, sie von den Reformstimmungen zu isolieren und den parteioffiziellen Gegenkräften die Argumente zu liefern. ... Der Gruppenkonsens wollte deshalb die Identifizierung des Ausreiseransturms mit der Arbeit der Opposition unbedingt vermeiden. Die Zusammenarbeit mit ihnen sollte in der Hilfe zur Selbstorganisation bestehen.“⁵⁰

Die eigentliche Tragweite der widersprüchlichen Haltung von politisch alternativen Gruppen zu den Antragstellern sollte sich im Kontext der Ereignisse um die Teilnahme von Antragstellern und Oppositionellen an der Demonstration zum Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg am 15. Januar 1988 erweisen (vgl. 4.25): Auf dieser Demonstration traten „im Namen der Opposition ... die Ausreiser auf – und im Namen der Ausreisefreiheit hatte die Opposition ihren großen Auftritt. Beteiligte und unbeteiligte Oppositionelle, denen die Stasi weitere Aktionen in solcher Richtung zutraute, wurden verhaftet.“⁵¹ Die nun einsetzende landesweite Protestbewegung, welche die gegen den Überfall auf die Umweltbibliothek noch übertraf, erstarrte, als die inhaftierten Oppositionellen dem staatlichen Druck

48 Ebenda.

49 Ebenda, S. 400.

50 Wolfram 1994–96, Folge 5. Ein ähnlicher Massenansturm von Ausreisewilligen wie in der UB Berlin fand auch bei manchen Veranstaltungen in der Gemeinde Friedrichsfelde statt.

51 Ebenda. Seitens der OA Berlin und der KvU hieß es hinsichtlich der Resonanz des Ereignisses in den Medien rückblickend: „Als besonders entwürdigend empfanden wir, dass jeder Meldung die Ausreisebegehren von Bürgern in den Vordergrund gestellt wurden, als wäre das das eigentliche Anliegen von Protest in der DDR.“ Wunder 1997, S. 313.

auf endgültige oder zeitweilige Ausreise nachgaben. „Die Inhaftierten gingen als politische Personen in den Knast, verlassen haben sie ihn als Privatpersonen. Eine Metamorphose in maximal 14. Tagen.“⁵² Mit ihnen gingen kurz vor und nach der Demonstration ca. 170 Ausreiseantragsteller im Schnellverfahren über die Grenze. Trotz der Erfolge in der Breitenwirkung der Solidaritätsbewegung für die Verhafteten konnte der Abgang verhafteter Gruppenaktivisten in den Westen seitens der Protestteilnehmer nur als Niederlage erlebt werden. Überdies wurde staatlicherseits so die Gelegenheit genutzt, auch für diesen Personenkreis den Eindruck zu erwecken, als sei die Ausreise ebenso wie bei den inhaftierten und schnell in Richtung Westen abgeschobenen Antragstellern das eigentliche Ziel ihrer Demonstrationsteilnahme gewesen. Gerd Poppe schätzte rückblickend die Phase nach den Verhaftungen im Januar 1988 folgendermaßen ein:

„In der Öffentlichkeit ... z. B. in den ‚Weißenseer Blättern‘ ... wurden wir bereits dargestellt gewissermaßen als Untergruppierung der Ausreisebewegung ... eine Opposition gibt es gar nicht. Entweder es sind Leute, die sind vom Westen gesteuert, um Unruhe zu stiften, oder sie wollen sich nur interessant machen, um auch möglichst schnell wegzukommen. ... Es sollte der Versuch unternommen werden, auch die damals sehr kleine Oppositionsbewegung zu desavouieren, indem man aus ihnen nur eine andere Art von Ausreisebewegung macht. Dies konnten wir nicht zulassen und aus diesem Grunde hat es dann ... diese komplizierten Zusammenhänge zwischen den Gruppen gegeben ...“⁵³

Es war kein Wunder, dass sich die UB, der FK Friedrichsfelde und die KvU angesichts ihrer Erfahrungen mit dem Verhalten der Antragstellermehrheit während der Solidaritätskampagne für die Verhafteten des Januar 1988 von diesen distanzieren (vgl. Abschnitt 4.25.5). Trotzdem gab es auch in Berlin für Antragsteller Aufgeschlossenheit in Kirchengemeinden und im Netzwerk Arche: So berichtete Carlo Jordan für die Zeit danach: „... (es) gab im ‚Netzwerk Arche‘ eine Gruppe namens ‚Sozialökologische Partnerschaft‘ ... Diese Gruppe hat sich sehr intensiv zunächst um die Antragsteller gekümmert.“ Parallel war Pfarrer Hilse in der Bekenntnisgemeinde für die Ausreiser tätig und ermöglichte ihnen auch die Einrichtung von Arbeitskreisen, deren Papiere u. a. an die Synode des BEK gingen und von denen viele im Umfeld eines Gottesdienstes am 10. Dezember 1988 abgeschoben bzw. strafrechtlich verfolgt wurden. Andreas Passarge zog (im Auftrag Stolpes) zur Entspannung der Lage die Antragsteller aus den Berliner Zentralkirchen in die Kirchen der Vororte.⁵⁴

Die IFM verbreitete im Frühjahr 1988 ein Positionspapier, in dem einerseits das Recht auf Ausreise als ein Menschenrecht unabhängig von Motivation und politischem Standort der Ausreisewilligen verteidigt und andererseits die Auffassung vertreten wird, dass der Ausreiseantrag kein geeignetes Mittel der Kritik an den gesellschaftlichen Verhältnissen sei

52 Reinhard Schult, Gewogen und zu leicht befunden. Versuch einer Einschätzung der Januarereignisse. Aufruf zur Diskussion. Friedrichsfelder Feuermelder, Extrablatt April 1988, S. 3. Vera Wollenberger, wie Reinhard Schult Mitglied der Gruppe Gegenstimmen und der KvU, reiste nach ihrer Verurteilung zu 6 Monaten Haft ebenfalls zu einem Studienaufenthalt nach England aus. Die Vollversammlung der KvU bestritt ihr das Recht, im Westen als Sprecherin der KvU aufzutreten, Wunder 1997, S. 314.

53 Poppe 1995, S. 425.

54 Zeitzeugenbericht von Carlo Jordan in der 68. Sitzung der Enquete-Kommission, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII,1, Baden-Baden 1995, S. 310. Siehe auch Neubert, S. 674f.

und es darauf ankäme, im Lande zu bleiben und dort diese Veränderungen herbeizuführen.⁵⁵ Im Mai 1989 wiederholte die IFM diese Einschätzung: „So falsch die pauschale Kritik an den Antragstellern ist, so falsch wäre auch ihre Einschätzung als aktives gesellschaftsveränderndes Potential. ... Zur Lösung der gesellschaftlichen Probleme, für die sie Ausdruck sind, ist es notwendig, diese zu benennen und zu erklären. Es ist unsere Aufgabe, zum Entstehen einer Gesellschaft beizutragen, die dies kann.“⁵⁶

Die Situation in Leipzig unterschied sich offenbar von der Berlins.⁵⁷ Die am Tage der zweiten Berliner Verhaftungswelle, nämlich am Montag, dem 25.1.1988, stattgefundene Veranstaltung in der Leipziger Nicolaikirche sah unter den 160 Teilnehmern vorwiegend Ausreiseantragsteller und war gleichzeitig der Auftakt zu den dann fortlaufend stattfindenden Montagsgebeten, in denen mehrheitlich der Ruf „Wir wollen raus!“ lange vor dem am 4.9.1989 erstmals ertönenden Gegenruf „Wir bleiben hier“ dominierte.⁵⁸ Fred Kowasch (Mitglied einer Leipziger Gruppe von Ausreiseantragstellern) berichtete 1994:

„... die Zusammenarbeit zwischen Basisgruppen und Ausreiseantragstellergruppen ... war in Leipzig im Gegensatz zu Berlin wesentlich besser ... Die erste (Demonstration im Anschluss an die montäglichen Friedensgebete) war ... schon am 14. März 1988 und diese Demonstrationen als Folge ... des gewaltsamen Übergriffs vom Januar 1988 in Berlin ... wurden vornehmlich von Ausreiseantragstellern betrieben.“⁵⁹

Allerdings erreichte die Redaktion des „Friedrichsfelder Feuermelder“ dazu auch folgender Brief aus Leipzig, nachdem an den Solidaritätsandachten vom Januar immer mehr Ausreiser teilnahmen und im Februar 1988 bis zu 1 000 Ausreiseantragsteller in die Friedensgebete strömten:

„Auch in Leipzig haben wir unsere Probleme mit den Ausreisewilligen. Seit den Januarereignissen ist die Nicolaikirche jeden Montag zum Friedensgebet von 80–90% Ausreisewilligen überfüllt. Vorher waren 8–10 Leute da. Eine Gruppe der solidarischen Kirche hatte in einem Friedensgebet den Versuch gemacht, die Augen aus unserem Land hinaus in die 2/3-Welt zu richten. Als sie dann beim Fürbittgebet auch noch um Kraft zum Hierbleiben baten, waren die wenigsten damit einverstanden.“⁶⁰

Für Christian Dietrich, seit 1988 in Leipzig aktiv, war die Statik Kirche-Staat im Herbst 1988 „geplatzt“,

„weil die Friedensgebete von vielleicht 800 bis 1000 vorwiegend Ausreisewilligen besucht wurden. ... Superintendent Magirius hat damals entschieden, dass die Gestaltung der Friedensgebete, die bis dahin in der Hand der Gruppen – geleitet hat das

55 Ulrike Poppe 1995, S. 265.

56 Templin/Weißhuhn 1999, S. 204.

57 Bernd Eisenfeld nennt für Leipzig die Arbeitsgruppe „Ausreise“ innerhalb des Arbeitskreises „Gerechtigkeit“ in der Nikolaikirche und die Initiativgruppe „Leben“ sowie sechs weitere Basiskreise in anderen Städten der DDR, die Ausreiser in ihre Gruppen integrierten, Eisenfeld 1995, S. 209f.

58 Aust 1998, S. 203.

59 Zeitzeugenbericht von Fred Kowasch in der 68. Sitzung der Enquete-Kommission, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII,1, Baden-Baden 1995, S. 409.

60 Leserbrief vom 20.5.88 aus Leipzig an den „Friedrichsfelder Feuermelder“ anlässlich dessen April-Ausgabe, MDA, RSch 11.

*Christoph Wonneberger – lag, dort nicht mehr liegen konnte. Von da an waren Pfarrer zuständig. Es lief über den Kirchenvorstand ... der Nikolaikirche, in der die Friedensgebete stattfanden. Das haben die Gruppen als einen Rausschmiss aus der Kirche empfunden ... Ich denke, dass es das vor der Kirche gewesen ist, was Folgen hatte. Die Demonstrationen haben nach den Friedensgebeten stattgefunden, ... von der Kirche ausgehend. ... Das ist bekannt geworden ... nicht immer nur durch die Gruppen ... und auch nicht nur durch die Fernsehberichterstattung ... sondern auch durch Ausreiser ...*⁶¹

Die Leipziger Gruppen (vor allem die „Interessengemeinschaft Leben“) nahmen Ausreisewillige in ihre Reihen auf und ihre Anliegen wurden in die Friedensgebete aufgenommen.

Geradezu reflexartig wurde und wird namentlich von (ehemals) aktiven Oppositionellen auf den Exodus kritischen Potentials durch Ausbürgerung bzw. durch Ausreise und die dadurch bedingte permanente Schwächung der Opposition verwiesen. Sie befinden sich damit in Übereinstimmung mit der damaligen intentionalen Logik und Herrschaftspraxis der Staatsorgane: Nach dem Mauerbau war besonders seit den Turbulenzen der 70er Jahre die zwangsweise Ausbürgerung oppositioneller oder widerständiger Aktivisten und die Privilegierung der Exit-Option für missliebige Intellektuelle eine hoffnungsbeladene Befriedigungstechnik der Herrschenden. Den meisten inhaftierten Oppositionellen wurde von den Sicherheitsorganen die „freiwillige“ Ausreise als „Ausweg für beide Seiten“ nahe gelegt. Nicht zuletzt deshalb verteidigten viele langjährige Oppositionelle mit der Weigerung, eine solche „Lösung“ zu akzeptieren, erfolgreich nicht nur ihre persönliche, sondern auch ihre politische Integrität gegen die Staatsmacht. Trotzdem waren derartige Herrschaftserwartungen tatsächlich in zweifachem Sinne berechtigt: Neben der vordergründigen Eliminierung von „Unruhestiftern“ im eigenen Land zeigte sich außerdem, dass ausgereiste oder ausgewiesene Oppositionelle dann im Westen *mehrheitlich* für die politische Arbeit im Osten, die häufig auf sachkundige solidarische Unterstützung aus dem Westen angewiesen war und eine gewisse Stetigkeit solcher Kooperation voraussetzte, verloren waren. Ausgereiste ehemalige DDR-Oppositionelle „privatisierten“ im Westen oder arrangierten sich mit den neuen Verhältnissen.⁶² Umso bedeutsamer sollten die wenigen Ausnahmen von dieser Regel (Roland Jahn,

61 Zeitzeugenbericht von Christian Dietrich in der 68. Sitzung der Enquete-Kommission, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII,1, Baden-Baden 1995, S. 259f. Den Gruppen wurde bereits Ende März 1988 das Recht der eigenständigen Gestaltung der Friedensgebete entzogen, Neubert 1997, S. 785.

62 Es gab eine Parallele dieser Verlustbilanz ausgereister oder ausgebürgerter Oppositioneller, die sich aber im Lande selbst abspielte: Die Minderheit oppositioneller Akteure, welche ihre politische Gegnerschaft für vereinbar mit der Mitgliedschaft in der SED hielten oder eine solche sogar anstrebten, weil aus dieser Position heraus eine präzisere Analyse, Kritik und Gegenkonzeptbildung zur Umwälzung der herrschenden Verhältnissen möglich schien, verlor *mehrheitlich* rasch die Verbindung zu anderen oppositionellen Zusammenhängen. Irgendwann arrangierten sie sich mit ihrer „aussichtsreicheren“ Position und distanzieren sich von den „konspirativen Kellerhockern“ der neuen Opposition der 80er Jahre. Praktisch waren sie für die Opposition innerhalb der DDR „in die SED ausgereist“. Statt einer konspirativ organisierten Kooperation beider oppositioneller Spektren agierte die informelle „Parteiopposition“ als elitär-reformistische Gruppe, deren Praxis eher auf vorsichtige Fraktionsbildung innerhalb der SED im Wartestand hinauslief.

Jürgen Fuchs und andere) sein, wobei es kein Zufall ist, dass es sich hier zumeist um zwangsausgebürgerte Oppositionelle handelte.

Andererseits jedoch kann auch die Frage gestellt werden, ob unabhängig von solchen herrschaftstechnischen Erwägungen die seit den 70er Jahren zweifellos sinkenden Barrieren für die Realisierung der Exit-Option für *alle* DDR-Bürger im gesellschaftlichen Maßstab eher den Effekt der Zu- oder der Abnahme „oppositioneller Energie“ im Lande nach sich zog. Der Autor dieser Monographie neigt ebenso wie Pollack⁶³ zu der Hypothese, dass die Abnahme der Hindernisse für eine legale Ausreise aus der DDR diese Energie im Inneren insgesamt ansteigen ließ (also oppositionelle und widerständige Bestrebungen eher anfeuerte und nicht bremste). Trotz der zweifellos erheblichen Verluste für die Opposition durch Zwangsausbürgerung eines Teils ihrer aktivsten Vertreter führt die hier formulierte Hypothese zu der Weiterung, dass das behauptete Potentialwachstum von Opposition im Inneren durch erleichterte Reise- und Ausreisemöglichkeiten jenen Verlust durch Zwangsausbürgerung überkompensierte. Der Zweifel, ob erleichterte *freiwillige* massenhafte Ausreise als gesellschaftliche Erscheinung die *Opposition* wirklich schwächte, ist auch schon insofern berechtigt, als die Oppositionellen ja in der Regel zu den überzeugten „Hierbleibern“ gehörten.⁶⁴ Als solche wurden (oder blieben) sie dann auch ein Problem der Staatsmacht. Weil aber andererseits der Massenexodus das *System* und die *Legitimation der Herrschenden* offensichtlich empfindlich schädigte, führt dies zu zeitgenössischen Deutungen von Ausreise als „Opposition“.⁶⁵ Wenn die Vertreter dieser These das Dogma des „Ausblutens“ der Opposition durch Ausreise anzweifeln, so geschieht das aus ganz anderen Gründen, als dies hier der Autor tut: Für die Verfechter der These von der „Antragsteller-Opposition“ ist das rapide Anwachsen der Zahl der Übersiedlungsersuchenden selbst gleichbedeutend mit der „Vermehrung“ der Opposition.

Es ist offensichtlich, dass die Deutungsmuster von „Ausreise“ und die Interpretation der Motive von „Ausreisern“ die Quelle so unterschiedlicher Bewertungen hinsichtlich der Feststellung „oppositioneller Qualität“ solchen Verhaltens bewirkte. So stand zum Beispiel der oben erwähnten höchst spekulativen These, die Ausreiser hätten auch subjektiv die Destabilisierung der DDR durch „Qualifikationsentzug und Freiheitswillen“ geradezu inten-

63 Pollack 2000, S. 12.

64 Jan Faktor argwöhnte 1993 vor der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages, es sei infolge der „Abwanderung derjenigen Intellektuellen, die sich – als eher bürgerliche Intellektuelle ... – nicht mit der DDR identifizieren konnten“ zu „einer ganz starken Linksverschiebung des intellektuellen Spektrums in der DDR“ gekommen, Geisel 2005, S. 131.

65 Die Verfechter solcher Deutungen führen oft noch zusätzlich an, dass die Staatsorgane Ausreiser vielfach tatsächlich wie Oppositionelle behandelten. Die staatliche Zielbestimmung der „Liquidierung“ solcher „Opposition“ folgte in der Regel der Vorstellung einer Rückgewinnung in Gestalt der Rücknahme des Ausreiseantrags. Alle Antragsteller hatten mit Berufsbehinderungen oder -verboten zu rechnen. In den Fällen „unverbesserlicher“ Antragsteller sowie in den zahlreichen Fällen strafrechtlicher Verfolgung nach den einschlägigen Paragraphen 99, 100, 213, 214 und 219 (landesverräterische Nachrichtenübermittlung bzw. Agententätigkeit, ungesetzlicher Grenzübertritt, Beeinträchtigung staatlicher Maßnahmen, ungesetzliche Verbindungsaufnahme) folgten in der Regel Haft und Freikauf oder Abschiebung. Die böse Überraschung für die Staatsorgane angesichts so mancher vermeintlich erfolgreicher „Rückgewinnung“ offenbarte sich in den Fällen, wo Antragsteller von ihrem Ausreisebegehren Abstand nahmen, weil sie inzwischen wieder an die Chance und den Sinn von gemeinschaftlicher Gegenwehr im Lande glaubten und sich oppositionell betätigten.

diert, die damals weit verbreitete Auffassung von Mitgliedern der Basisgruppen-Aktivisten gegenüber, die Ausreiser würden den in der DDR aufzubrechenden innersystemischen status quo zementieren, indem sie zum Abzug kritischen Potentials beitrugen.⁶⁶ Es kann gleichwohl nicht davon die Rede sein, dass das „Ausreiserproblem“ von den Gruppen ignoriert oder die überwiegende Distanz der Gruppen ihnen gegenüber Ausdruck der „Systemverhaftung“ der Opposition gewesen sei. Vielmehr sah man seitens der Gruppen in der zunehmenden Ausreisebewegung eine Bestätigung der Notwendigkeit ihres Bestrebens, gesellschaftliche Zustände zu beenden, die offensichtlich verantwortlich für diesen „Massen-Exit“ waren. Dabei war das Ziel von Opposition dieser Gruppen allerdings der Angriff auf dieses System und nicht der Absprung aus ihm. Es ging um die Frage, ob man den Herrschenden durch Flucht das Land überlassen oder es ihnen streitig machen sollte. Aus der Sicht jener, die bleiben und sich oppositionell oder widerständig engagierten, war die Ausreise keineswegs die radikalste Infragestellung des Systems, sondern eine radikale Form des Sich-Verweigerns – letztlich aber die Kapitulation vor ihm. Jedoch waren die mehrheitlichen Vorstellungen der Opposition über die Art seiner Veränderung ebenso weit von der (wie sich herausstellen sollte) mehrheitlichen Bevölkerungsmeinung entfernt, wie (ex-post betrachtet) letztere in Übereinstimmung mit dem Bestreben der Ausreiser zu stehen schien. Daraus ist jedoch lediglich die soziale und politische „Fremdheit“ der oppositionellen Gruppen innerhalb der DDR-Mehrheitsbevölkerung abzuleiten und nicht die vielfach gezogene attraktive (und entlastende) Schlussfolgerung, die Mehrheit der Bevölkerung habe schon immer „in Opposition“ zum Regime gestanden. Die Ausreiser haben vielmehr den systemstabilisierenden Status massenhafter passiver Loyalität verlassen (ihn individuell aufgekündigt) und sich dem System mit ihrem Ausreiseantrag fortan verweigert. Damit wird klar, dass die Anerkennung massenhafter individueller Verweigerung als besondere Form politischer Gegnerschaft für Verfechter der These von der „Ausreiseropposition“ erfolgt, indem sie dieser Verweigerung den Status der Opposition zuerkennt.

Die damalige Selbstwahrnehmung von „Ausreisern“ bzw. „Antragstellern“ als „oppositionell“ oder ihre derartige nachträgliche Selbstdarstellung ist viel seltener, als solcherart Einordnung durch manche Zeithistoriker⁶⁷ oder Politiker. Bernd Eisenfeld allerdings war sowohl oppositioneller Aktivist, ist selbst ausgewandert und befasste sich als Zeithistoriker mit der Ausreiseproblematik. Er untersucht die „Gruppe“ der Antragsteller sogar im Kontext *widerständigen* Verhaltens, wobei er seinen Widerstandsbegriff allerdings (anders als bei der Anwendung jenes Begriffes in dieser Monographie) als weit gefassten Oberbegriff für jedes Verhalten definierte, das „den totalitären Herrschaftsanspruch der SED eindämmte oder gar untergrub“.⁶⁸ Eisenfeld verweist darauf, dass das MfS im Zusammenhang mit Aktivitäten von Antragstellern häufig Untersuchungen hinsichtlich deren Zugehörigkeit zum „Vorfeld politischer Untergrundtätigkeit“ anstellte, insofern rechtswidrige, politisch „feindlich-negativ“ motivierte Übersiedlungsersuchen sich in bestimmten Territorien oder Berei-

66 Vgl. auch Aust 1998, S. 21.

67 Christian Joppke gesteht sogar einzig den Antragstellern und Flüchtlingen das Signum einer wirklichen systemüberwindenden Opposition zu, Joppke 1995, S. 205.

68 Die folgenden Bemerkungen beziehen sich auf Eisenfeld, *Die Ausreisebewegung ...*, 1995, hier vor allem S. 198ff.

chen häuften „und die Art und Weise der Begründungen darauf schließen lässt, dass die Antragsteller nicht selbst die Verfasser sein können, sondern von anderen Personen dazu inspiriert wurden und Unterstützung erhielten.“ Dass entweder organisierte Abwerbung aus dem Ausland oder die gezielte Beeinflussung von DDR-Bürgern in Richtung Ausreise durch verfassungsfeindliche Zusammenschlüsse antisozialistischer Kräfte im Inland hinter solchen Erscheinungen standen, entsprach am ehesten der Erklärungswelt von Sicherheitsorganen, die ebenso wie die SED-Führung gern vom Vorliegen originärer politischer oder wirtschaftlicher Gründe der Antragsteller selbst absehen mochten. Das Vorliegen solcher MfS-Untersuchungsrichtungen taugt aber ebenso wenig zum Nachweis des widerständigen Charakters einer Ausreisearbeit, wie etwa die häufig erfolgende Untersuchung legalistischer oppositioneller Friedenskreise (zum Beispiel des Pankowers) durch das MfS auf PUT⁶⁹ nicht auf die tatsächliche Verfolgung solcher widerständiger Ziele durch derartige Kreise schließen lässt. Doch Eisenfeld verweist außerdem auf das Merkmal öffentlicher Artikulation oder demonstrativer Verhaltensweisen von Antragstellern, selbst „wenn das Handeln des Einzelnen nicht unbedingt im engen Sinne politisch auszumachen war, es jedoch in einem Umfang und/oder in einer Weise auftrat, dass es geeignet war, der Stabilität des Systems Schaden zuzufügen.“ Auch bei dieser Betrachtung beruft er sich wiederum auf das MfS. Eisenfeld legt hier eine Interpretation der MfS-Merkmaldefinition von „feindlich-negativem Verhalten“ zugrunde, welche die „objektive Wirkungen“ solchen Verhaltens zum Maßstab macht. Zudem betont Eisenfeld ausdrücklich, dass er die Motivlagen der Antragsteller aus seinen Betrachtungen ausnimmt. Insgesamt wären aus solchem Blickwinkel jedoch beispielsweise die Repräsentanten massenhaft auftretender offen sichtbarer bürokratischer Misswirtschaft oder des Systems organisierter Verantwortungslosigkeit unfähiger bzw. korrupter Staats- und Parteifunktionäre aufgrund des von ihnen objektiv angerichteten Schadens gleichfalls „widerständig“. Dies wird man im Allgemeinen nicht annehmen wollen, obwohl gerade das MfS auch derartige Straftaten verfolgte, freilich nicht unter dem Vorzeichen widerständiger Bestrebungen. Eisenfeld muss natürlich aus der von ihm untersuchten und als widerständig bezeichneten Gruppe der Antragsteller die Minderheit der laut Gesetz bzw. Verordnung „Antragsberechtigten“ und die humanitären Fälle ausnehmen, so dass er praktisch über die Fälle von (bis 1988) „gesetzwidrigen“ Übersiedlungsersuchen spricht. Angehörige dieser Gruppe wurden massiv benachteiligt, diskriminiert und mitunter auch strafrechtlich verfolgt. Jedoch ist Verfolgung weder ein notwendiges noch ein hinreichendes Kriterium für Opposition oder Widerstand. Wirklich interessant wird die Fragestellung allerdings in den Fällen, wo eine politischen Ausdruck annehmende demonstrative Öffentlichkeit – nicht gegenüber Behörden, sondern für die Bevölkerung – oder Formen von politischer Selbstorganisation angestrebt wurden. Hier scheint der Begriff „Opposition“ gemäß der in dieser Arbeit vereinbarten Kriterien Sinn zu machen. Wäre die häufig noch weitergehende Interpretation der Ausreiser als sogar mächtigste *oppositionelle* Kraft zutreffend, hätte also eigentlich die „Opposition der Antragsteller“ das Regime zum Einsturz (und damit vermisste Menschenrechte zur Wirksamkeit) gebracht, so hätten sie das nur deshalb

69 Die Untersuchung des Pankower Kreises im OV „Virus“ erfolgte damals in Richtung u. a. des Nachweises landesverräterischer Agententätigkeit oder Nachrichtenübermittlung, eines verfassungsfeindlichen Zusammenschlusses und staatsfeindlicher Hetze. Subklew-Jeutner 2000, S. 310ff. Vergleiche auch Abschnitt 3.1.4.3.

vermocht, weil sie von der Annahme ausgingen, „dass es überhaupt keine Chance gibt, in der DDR diese Menschenrechte durchzusetzen“⁷⁰ (das Regime zu stürzen). Wenn aber die Niederlage des Regimes und damit die Verwirklichung von Menschenrechten nur durch den unerschütterlichen Glauben an die *Stabilität* des Regimes möglich wurden, so hatte diese merkwürdige Ausreiser-Opposition den Zweifel am Sinn jeder Opposition zur Voraussetzung. Der Ausreiseantrag als Ausdruck dieses Zweifels an der Chance jeder Veränderung des herrschenden Systems wäre dann also der Beginn der wirksamsten oppositionellen Karriere gewesen. Dagegen liegt die Annahme näher, erst die politisch motivierte *oppositionelle Selbstorganisation* einer Minderheit von Antragstellern (etwa in der Staatsbürgerschaftsrechtsgruppe oder im Jenaer „Weißen Kreis“) habe in den 80er Jahren der auch schon in den 70er Jahren existierenden und auch damals als Massenerscheinung wahrnehmbaren Exit-Bewegung auch einen wahrnehmbaren *politischen* Ausdruck gegeben. Ergo: Erst die oppositionelle Praxis von Akteuren, die nicht an den Erfolg von Opposition glauben mochten, hatte das Gewicht dieser gesellschaftlichen Gruppe auf die politische Waage gebracht und so hinterrücks ihre fundamentale Voraussetzung dementiert. Bekanntlich haben vergleichbare „Dementi-Erfahrungen“ damals manchen Antragsteller zur Rücknahme seines Antrags bewogen. Die Mehrheit der Ausreiser jedoch hatte sich nicht politisch betätigt, sondern erst mittels Ausreiseantrag dem Regime seine passive Loyalität gekündigt. Der enorme Legitimitätsverlust des Regimes entstand nur durch solcherart *massenhaften* Loyalitätsentzug; die Schwächung des Systems war Folge des wirtschaftlichen Schadens sowie des gesellschaftlichen Verlusts durch Abwanderung. Dies ist ebenso unstrittig, wie die aus solchen Folgen abgeleitete Qualifizierung der Ausreiser als „Oppositionelle“ fragwürdig ist: Die dazu notwendige Gleichsetzung beschriebener Wirkungen von massenhafter Ausreise und der zu unterstellenden entsprechenden politischen Absicht im Zusammenhang mit dem persönlichen Ausreisebegehren dürfte schwer abzuleiten sein.

5.5 „Abschied von der Utopie“

Der praktisch vollzogene und theoretisch kaum reflektierte Abschied der Mehrheit der Opposition der 80er Jahre vom gesellschaftlichen Gesamt(gegen)entwurf wird von damaligen Repräsentanten des „menschenrechtlichen Flügels“ der Opposition heute als Abwendung vom „utopischen“ Gesellschaftsentwurf hin zu „parallelgesellschaftlichen“⁷¹ Vorstellungen einer „nicht als Umsetzung einer Ideologie“ zu verstehenden Demokratisierung rationalisiert:

„Als sich vor Jahren die ersten unabhängigen Friedensgruppen in der DDR bildeten, dachten ... manche von uns, dass es nicht reicht gegen Raketenstationierung und Mi-

70 Siehe obige Aussage von Günter Jeschonnek. Bernd Eisenfeld erklärte 1994: „Ich glaube generell – diese Frage muss man sich stellen – dass die Zunahme der Ausreisewilligkeit letztlich Ausdruck der Resignation war.“ Zeitzeugenbericht von Bernd Eisenfeld in der 67. Sitzung der Enquete-Kommission, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII,1, Baden-Baden 1995, S. 109.

71 Vgl. dazu die Ausführungen von Ludwig Mehlhorn und Gerd Poppe im Rundtischgespräch am 3.4.2001 – „Das freie Wort war die schärfste Waffe der Opposition“, in: Kowalczyk 2002, S. 131.

*litarisierung zu protestieren. Wir meinten, eine grundsätzliche Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen wäre nötig, begannen Alternativen zu entwerfen, machten uns Gedanken darüber, wer die Träger der Veränderungen sein könnten und wie wir sie erreichen. Wir diskutierten darüber, ob und in welchem Maße unser System reformierbar sei. Wir hatten das Denken der traditionellen Linken verinnerlicht. Wir wollten im Sinne eines gesamtgesellschaftlichen Gegenentwurfs handeln, also wieder im Sinne einer Ideologie ... Ohne es gleich zu merken, haben wir aber auf ganz andere Weise gehandelt. Wir haben unsere Rechte eingeklagt ... sind aus unserer Anonymität herausgetreten. ... Der eingeschlagene Weg verband sich mit dem Kennenlernen der vielfältigen ... Anschauungen und Lebensweisen. ... Eine solche Bewegung, die zwar gemeinsam, aber nicht mehr im Sinne einer gemeinsamen Ideologie handelt, legt schon einen Keim für eine pluralistische Gesellschaft ... betritt ... bereits den Weg der Demokratisierung.*⁷²

Ludwig Mehlhorn erklärte 2001 rückblickend, dass „in der politischen Situation der 70er Jahre ... der rettende Gedanke ... der ‚neue Evolutionarismus‘ [war], also der Gedanke der Systemüberwindung als ein langfristig anzustrebendes Ziel durch Schaffung von gesellschaftlichen Parallelstrukturen und nicht durch revolutionäre Prozesse ... Und der zweite Gedanke war die Offenheit als Grundprinzip des oppositionellen Handelns.“⁷³

Wolfgang Templin wurde hinsichtlich des Inhalts dieser „Offenheit“ deutlicher: In einem Gespräch mit Christof Geisel am 7. Oktober 2002 erklärte er mit kritischem Blick auf jene Linken, die anders als er damals das Projekt ihres „dritten Wegs“ jenseits von Kapitalismus und Politbürokratismus nicht aufzugeben bereit waren:

*„Das Spannende ist ja, dass gerade diejenigen, die vor der Loslösung von bestimmten Hoffnungen bzw. Illusionen – demokratischer Sozialismus, Systemalternative ect. – zurückscheuten, stets einen internationalen Blickwinkel hatten und einschlägige Kontakte suchten ... Sie suchten in all den betreffenden Ländern ... ausschließlich Kontakt zu Leuten, die noch immer linksalternativ orientiert waren. Wohin ging man in bestimmten DDR-Kreisen, wenn man in Prag war? Zu Petr Uhl! ... Weil es viel leichter ist, am großen Hoffnungshorizont festzuhalten ... als sich der Mühsal zu stellen, mit den Trümmern dieser Hoffnung umzugehen und plötzlich etwas viel Bescheideneres anzustreben. Uhl formulierte damals eine Kampfansage, einen Gegenangriff. Wer das nicht mehr akzeptierte, der musste sich drei Etagen nach unten begeben.“*⁷⁴

Der gleiche Wolfgang Templin, der sich von linken Kampfansagen eines Petr Uhl distanzierte und in aller Bescheidenheit „drei Etagen nach unten“ kletterte, erklärte aber in dem gleichen Interview hinsichtlich des oppositionellen Agierens in der ausgehenden DDR selbstkritisch: „Es fehlte an der offenen Kampfansage an das System.“⁷⁵

72 Gerd Poppe, Zur Geschichte der DDR-Friedensbewegung/Zur Entwicklung des grenzüberschreitenden Dialogs, Juni 1987, in: „Spuren“, Januar 1988 als „radix-blätter“ (Samisdat).

73 Kowalczyk, 2002, S. 111. Mehlhorn bezieht sich hinsichtlich der Metapher von der „Parallelgesellschaft“ natürlich auf Polen und insbesondere auf Kurons Formulierung in seinem Aufsatz „Gedanken zu einem Aktionsprogramm“. Ebenda, S. 130.

74 Geisel 2005, S. 66.

75 Ebenda, S. 14.

Hier ergibt sich natürlich die Frage, ob die neue Bescheidenheit, für die Templin zunächst plädierte, diese Kampfansage überhaupt zuließ und was damals der Kern dieser neuen Bescheidenheit eigentlich war. Praktisch bleibt nur die Antwort, dass eine Implantation freiheits- und menschenrechtlicher Elemente in die politbürokratische Diktatur oder ihre „parallelgesellschaftliche Koexistenz“⁷⁶ erzwungen werden sollte. Der Frage, ob allein dies nicht schon systeminkompatibel war, wurde einfach ausgewichen oder sie wurde widersprüchlich beantwortet: Hielt man das für systemkompatibel, wäre dies eine reformistische Variante der „Modernisierung“ einer Diktatur ähnlich den Vorstellungen des parteireformerischen Flügels der Parteigänger eines „Modernen Sozialismus“ in der SED, die dem System durch rechtsstaatliche und marktwirtschaftliche Implantate verändern wollte. So bemerkte Gerd Poppe, dass bis 1989 ein politischer Wandel „nur als Demokratisierung, als Reform des Bestehenden“ denkbar gewesen sei.⁷⁷ Hielt man die erwähnte Implantation jedoch realistisch für systeminkompatibel, wie der gleiche Gerd Poppe 1994 rückblickend ebenfalls verlauten ließ, wurde die Frage nach dem „anderen System“ dringlich:

„... spätestens 1987/88 haben wir erkannt, dass eine Reform nicht unbedingt zu erwarten ist.⁷⁸ Wenn Sie sich unsere Forderungen, die in diesen Jahren entstanden sind, anschauen, dann werden Sie auch sehen, dass mit diesen Forderungen das System nicht zu erhalten oder zu reformieren war, sondern dass sie auf ein grundsätzlich anderes System abzielten. Wie das im einzelnen aussehen sollte, konnten wir im Jahre 1989, bevor die Mauer fiel, genauso wenig wissen, wie das Herr Bahr gewusst hat ... oder ... Herr Strauß ...“⁷⁹

Solche von der IFM erhobenen und gleichermaßen von den meisten andern Gruppen vertretenen Forderungen (vgl. Abschnitt 4.24) waren natürlich systeminkompatibel und – um Wolfgang Templin zu beruhigen – sehr wohl eine Kampfansage an das Regime. Gleichzeitig formulierte die IFM damals ihre erhebliche Skepsis gegenüber dem parlamentarischen System des Westens und seiner ökonomischen Grundlagen: „Für die ostmitteleuropäischen Gesellschaften ist allerdings die Etablierung eines parlamentarischen Systems nach westlichem Muster nur schwer vorstellbar, zumal die ökonomischen Grundlagen dafür weder vorhanden noch anzustreben sind.“⁸⁰ Zum dritten grenzte sich die IFM – wenn auch sehr

76 „... noch nicht zugestandene Rechte so wahrzunehmen, als wären sie bereits zugestanden.“ Vorstellung der „Initiative Frieden und Menschenrechte“ (IFM) zum Tag der Menschenrechte am 10.12.1987 in der Gethsemanekirche, MDA, OA, 1.1.01., Reg.Nr. 4521.

77 Torsten Moritz, Gruppen der DDR-Opposition in Ost-Berlin – gestern und heute. Eine Analyse der Entwicklung ausgewählter Ost-Berliner Oppositionsgruppen vor und nach 1989, Berlin 2000, S. 200; zitiert nach Geisel 2005, S. 200.

78 Allerdings hieß es noch in dem Aufruf der IFM Berlin vom 11. März 1989, „dass die Möglichkeit von Reformen in unserer Gesellschaft grundsätzlich bejaht wird. Mit der Hoffnung auf diese Möglichkeit wollen jene, die sich der IFM zurechnen, in der DDR bleiben und die hier notwendige Entwicklung positiv beeinflussen.“ Aufruf der IFM Berlin (republikweite Öffnung) vom 11. März 1989, MDA; 1.1.01.; Reg.-Nr. 24.

79 Zeitzeugenbericht von Gerd Poppe in der 68. Sitzung der Enquete-Kommission (Entgegnung auf Prof. Hans-Adolf Jacobsen), in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII,1, Baden-Baden 1995, S. 289.

80 Vorstellung der IFM zum Tag der Menschenrechte am 10.12.1987 in der Gethsemanekirche, MDA, OA, Reg.-Nr. 4521. Allerdings bestanden Wolfgang Templin und Reinhard Weißhuhn 1999 rückblickend auf der „Betonung des Werts der bürgerlichen Rechte und der pluralistischen Demokratie *samt*

vage – auch vom linken „dritten Weg“ ab: „Der Einsatz für als unveräußerlich betrachtete Menschenrechte bedeutet zwangsläufig, gesellschaftliche Entwicklung nicht mehr an einem bestimmten utopischen Gesellschaftsbild messen zu können.“⁸¹ Hier ging es also eigentlich um einen „vierten Weg“ gegen den realsozialistischen Politbürokratismus, in Distanz zu westlichem Parlamentarismus⁸² und bei Abgrenzung zu den ideologisch-utopischen Heilerwartungen eines „demokratischen Sozialismus“. Weniger die verständliche Ahnungslosigkeit, wie diese Systemalternative aussehen sollte⁸³, als die Antwort auf die Frage, ob man den realiter am ehesten denkbaren Übergang zum System des gewöhnlichen Kapitalismus – beileibe keine herrschaftsfreie Gesellschaft, aber in seinen entwickelten politischen Formen sehr wohl pluralistisch – billigend in Kauf nehmen oder sogar anstreben wollte, war dann später (1989) von Interesse. Die weitere Entwicklung zeigte, dass sogar die IFM als konsequenteste „bürgerrechtlich“ orientierte oppositionelle Gruppe während der „Wende“ diesen Übergang keineswegs anstrebte oder auch nur in Kauf zu nehmen bereit war, wogegen einige ihrer Wortführer letzteres später sehr wohl taten und erleichtert feststellten, dass sie damit der Fixierung auf eine linke Utopie entgangen waren. Ihnen gelang statt dessen nun die positive Bezugnahme auf den real existierenden Kapitalismus durch dessen Reduktion auf eine „rechtsstaatlich verfasste Zivilgesellschaft“, die es zu verbessern und zu verteidigen gelte.

Ein weiteres Plädoyer für das „offene Ende“ artikulierte Bärbel Bohley: „Darin waren sich zum Schluss alle einig, dass das, was es in diesem Lande gab, auf keinen Fall ‚Sozialismus‘ war. Was nach einem Dialog und nach einer Veränderung dann herauskommt, das war allerdings offen, und das sollte auch offen gehalten werden. ... Das zu übernehmen, was im Westen vorhanden war, war ... nicht die einzige Möglichkeit. Von daher kam auch

ihrer Spielregeln“ für die IFM, was angesichts auch noch anderer Dokumente damaligen öffentlichen Wirkens der IFM wenig überzeugte.

- 81 Ebenda; siehe auch Poppe 1995, S. 309. Noch deutlicher Templin/Weißhuhn im Jahr 1999: „Während ein Teil der unabhängigen Gruppen nach wie vor auf Reformperspektiven innerhalb des Systems fixiert war (Gorbatschow), bedeutete die osteuropäische Orientierung der IFM den Versuch, Veränderung über gesellschaftlichen Druck von unten, über die Systemperspektive hinaus, zu erzielen.“ Templin/Weißhuhn 1999, S. 175. Tatsächlich hieß es allerdings im Mai 1987 in einem unter anderem von Wolfgang Templin sowie Ulrike und Gerd Poppe unterzeichneten Brief der IFM an Gorbatschow anlässlich dessen DDR-Besuchs: „Viele Ihrer Vorstellungen der Gesellschaft berühren sich mit Forderungen der unabhängigen Friedensbewegung und der demokratischen Opposition in der DDR ... Uns geht es nicht darum, bürgerliche Verhältnisse nach westlichem Muster zu übernehmen, sondern ein Gesellschaftssystem zu fördern, das die Einheit von Demokratie und Sozialismus ermöglicht.“ Brief an Gorbatschow vom 27.5.1987, in: Grenzfall 6/1987, Reprint, S. 67. Darauf verweist auch Christof Gansel (Gansel 2005, S. 50).
- 82 Gerd Poppe erwähnte 1994 vor der Enquete-Kommission die Reserviertheit der IFM-Erklärung zum Tag der Menschenrechte von 1987 gegenüber den ökonomischen Grundlagen des real existierenden Kapitalismus nicht mehr, Poppe 1995, S. 308. In dem Brief der IFM an Gorbatschow vom Mai 1987 ist aber sogar von der Notwendigkeit eines „Übergangs vom bürokratischen Zentralismus zur Selbstverwaltung“ die Rede, Hirsch/Kopelew 1989, S. 67.
- 83 „Ein ‚demokratischer Sozialismus‘ war nicht mehr ausdrücklich als Zielstellung genannt, wengleich ebenso wenig eine Alternative zu ihm formuliert wurde.“ Templin/Weißhuhn 1999, S. 178.

der Gedanke an einen dritten Weg auf. Das war nicht unbedingt ein dritter Weg, der in den Sozialismus führen sollte, sondern das war ein Weg zwischen den Systemen ...⁸⁴

Dagegen sah Markus Meckel für seine „Initiative für eine sozialdemokratische Partei in DDR“ 1989 ebenso klar, wie schwarz: Hinsichtlich deren Zielvorstellungen über ein anderes System schätzte er 1994 rückblickend ein: „Hier standen wir auch mit der Forderung nach einer repräsentativen, eben einer parlamentarischen Demokratie ziemlich allein.“

Es erhebt sich natürlich die Frage, ob der diagnostizierte „Abschied von der Utopie“ in der gesamten Opposition der 80er Jahre tatsächlich so weit ging, wie dies etwa Gerd Poppe und Wolfgang Templin aus ihrer heutigen Sicht und unter Bezugnahme auf die IFM nahe legen. Zumal sogar zeitgenössische Darstellungen allein der IFM als damals angeblich konsequent von demokratisch-sozialistischen Illusionen emanzipierte ausschließlich bürger- und zivilgesellschaftlich orientierte oppositionelle Strömung so nicht zutreffen: Nicht nur die eher dem linken Flügel des Gruppenspektrums zuzurechnenden Akteure wie Reinhard Schult, sondern auch Ulrike Poppe, damals der IFM zugehörig, gaben rückblickend zur Frage des Verhältnisses der Opposition zum Sozialismus eine ganz andere Einschätzung. Sie erklärte 1995, trotz des Verzichts auf die Ausarbeitung gesellschaftlicher Gesamtkonzepte in der Opposition der 80er Jahre „bekannten sich [dennoch] die meisten Oppositionellen zum Sozialismus.“⁸⁵ Gemäß Reinhard Schult „ist die DDR-Opposition von Veränderung des Sozialismus ausgegangen auf der Grundlage der wirklichen Vergesellschaftung und Demokratisierung der Produktionsmittel.“⁸⁶ Ein weiterer Beleg ist die von Gerd Poppe und Reinhard Schult gemeinsam unterzeichnete „Antwort auf den Prager Appell“ vom Juni 1985, in der als Alternative für die osteuropäischen Diktaturen von „Vergesellschaftung“ im Sinne eines „demokratischen Sozialismus“ die Rede ist (vgl. Abschnitt 3.4.4.2). Und schließlich klärte Gerd Poppe 1987 zusammen mit seinen Ostberliner Gesprächspartnern den deutschlandpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion darüber auf, dass man insbesondere für die DDR keineswegs einen Weg in Richtung eines Parteienpluralismus und einer parlamentarischen Demokratie nach westlichem Muster anstrebe, sondern die angestrebte Demokratisierung in den Dienst der Schaffung eines Systems gesellschaftlicher Selbstverwaltung zu stellen beabsichtige (vgl. Abschnitt 4.15.3). Dieselbe Perspektive findet sich in dem Brief an Gorbatschow vom Mai 1987.⁸⁷ Der Auftritt Fischbecks schließlich auf der ersten Ökumenischen Versammlung im Februar 1988 war ein lupenreines Bekenntnis zum „Dritten Weg“ einer „sozialistischen Alternative zum westlichen Konsumkapitalismus“

84 Zeitzeugenbericht von Bärbel Bohley in der 68. Sitzung der Enquete-Kommission, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII,1, Baden-Baden 1995, S. 302.

85 Ulrike Poppe, „Der Weg ist das Ziel“. Zum Selbstverständnis und der politischen Rolle oppositioneller Gruppen der achtziger Jahre, in: Ulrike Poppe/Rainer Eckert/Ilko-Sascha Kowalczyk (Hg.), Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstands und der Opposition in der DDR, Berlin 1995, S. 269.

86 Reinhard Schult, 1998, S. 75.

87 Dass die IFM damals auch die in den Basisgruppen verbreitete industrialisierungskritische Grundhaltung gegenüber beiden konkurrierenden Systemen teilte, ist diesem Brief ebenfalls zu entnehmen: „Bereits heute verurteilt der Konsumfetischismus in den Industrieländern immer mehr Menschen in der ‚Dritten Welt‘ zu immer größerer Armut.“ Brief an Gorbatschow vom 27.5.1987, in: Grenzfall 6/1987, Reprint, S. 67.

jenseits des sich in Abgrenzungen verbarrikadierenden „real existierenden Sozialismus“ (vgl. Abschnitt 4.27). Und schon gar nicht wird man solchen Aktiven wie denen aus der Umweltbibliothek und den meisten derer in der KvU eine Distanzierung vom Paradigma eines freiheitlichen demokratischen Sozialismus unterstellen können. Auch Christof Geisel sieht Anlass zu Zweifeln – etwa anlässlich von Beschwerden der inzwischen ins konservative Lager übergewechselten „ehemaligen Ökosozialistin“ Vera Lengsfeld, welche heute die damalige Dominanz damals zwar „antitotalitärer“ aber eben auch „inner- und pseudomarxistischer Dissidenz“ in der Opposition beklagt und diese durch „linksprotestantisch geprägte Sozialethik, antiautoritäre Entwürfe, ökologische Bedenklichkeit, ein Dritte-Welt-Sonderbewusstsein und rebellische Vorstellungen alternativer Subkulturen“ geprägt sieht, weshalb „die späte DDR-Opposition von ihren politischen Prämissen her links, der politischen Form nach basisdemokratisch“ gewesen sei und deshalb leider „im Herbst 1989 eigene radikalbürgerliche, beispielsweise wirtschaftsliberale Alternativen zum Sozialismus“ gefehlt hätten.⁸⁸

Die zeitgenössisch dominierende, eine linke Opposition gegen Diktaturen sowjetischen Typs delegitimierende Charakterisierung als „systemimmanent“ hat seinen Ursprung allein im Denken der Unmöglichkeit anderer systemischer Alternativen zu diesen Diktaturen, als der des real existierenden Kapitalismus. Solchen Überlegungen folgend müssten jene „Dritte-Weg-Phantasien“ zwangsläufig wieder zurück zu den „alten Verhältnissen“ führen. Aus dieser Sicht können damalige nichtkapitalistische Anfechtungen der nominalsozialistischen Diktaturen nur als „utopisch“ (unrealistisch) oder „reformistisch“ erscheinen.⁸⁹ Eine im Sinne dieses Denkens realistische Opposition – eine „Fundamentalopposition“ zur Wiederherstellung des gewöhnlichen Kapitalismus – gab es in den 80er Jahren nicht. Aber es gab die „Ausreisebewegung“ in ihn hinein. Sie als diese Fundamentalopposition zu reklamieren (entweder als wirksamste Destabilisierung dieses Regimes oder als Ausdruck der massenhaften Affinität zu funktionierender kapitalistischer Gesellschaftlichkeit) ist nur eine andere Spielart dieser Sichtweise. Bei Beobachtung der aktuellen Debatten um die Frage „Systemreform“ oder „Systemüberwindung“ im Zielhorizont der Opposition in der DDR sind die heutigen Beiträge ehemaliger Akteure des pluralistisch-menschenrechtlichen Flügels dazu besonders aufschlussreich: Charakteristisch ist hier die Identifikation linker konspirativer Gruppen mit Anwärtern auf ein künftiges „Politbüro“ im Wartestand⁹⁰, was die Brücke abgab zur Gleichstellung der Tätigkeit linker Opposition insgesamt mit der von innersysteme-

88 Geisel 2005, S. 167 unter Bezugnahme auf Vera Lengsfeld, Der Stalinismus ist eine Entzerrung des Kommunismus zur Kenntlichkeit, in: Eckhard Jesse (Hg), Eine Revolution und ihre Folgen. 14 Bürgerrechtler ziehen Bilanz, Berlin 2000, S. 78f.

89 Die Verweigerung der Anerkennung einer linken Opposition gegen den „Realsozialismus“ durch manche Zeithistoriker verkehrt in einem spiegelbildlichen Sinne die Verweigerung der Anerkennung jeglicher Opposition gegen diesen durch die in der DDR Herrschenden: So wie Letztere jede Opposition als „konterrevolutionär“ abstempelten, erscheint Ersteren eine antistalinistische linke Opposition als „systemimmanent“.

90 Gerd Poppe erklärte, die „... konspirativen Gruppen und Grüppchen, denen es schon in den 70er Jahren genügte, nur unter sich zu bleiben und dann zu meinen: ‚Eines Tages, wenn einmal die Chance dazu besteht, dann werden wir‘ ... Stephan Bickhardt: „... das neue Politbüro sein ...“ Gerd Poppe: „Ja, genau“. Rundtischgespräch am 3.4.2001, Kowalczyk 2002, S. 129.

mischen „Reformern“. Die aus Kreisen der illegalen linken antistalinistischen Opposition bekannten frontalen Kampfansagen gegenüber dem Regime halfen dann auch nichts mehr. Diese Verfechter der Systemalternative eines „demokratischen Sozialismus“ konnten sich die Überwindung der politbürokratischen Diktatur nur als das Ergebnis einer politischen und ökonomischen antibürokratischen Revolution vorstellen und distanzieren sich damit ebenso von den „Reformsozialisten“, welche die Notwendigkeit eines vollständigen Bruchs mit dem diktatorischen Regime leugneten⁹¹, wie von den Befürwortern einer Wiedereinführung des politischen und ökonomischen Systems des Kapitalismus. Eine solche Strömung war in den 80er Jahren tatsächlich eine Minderheit auch in der kleinen DDR-Opposition geworden. Zeithistoriker wie Martin Jander, welche die *gesamte* Opposition wegen ihrer unbestritten mehrheitlichen Distanz gegenüber dem westlichen Modell als solche nicht anerkennen wollen, kritisiert nun Gerd Poppe heute auf folgende Weise: „Weil der direkte und massive Angriff auf das System nur selten vorkam, wird der Opposition mehrheitlich der Wunsch unterstellt, sie hätte eine bessere DDR herbei reformieren wollen. Sicher hielt sich die Systemkritik in Grenzen, dennoch ist es nur eine Minderheit in der Opposition gewesen, die vorrangig das Ziel verfolgte, den Sozialismus ‚zu verbessern‘.“⁹² Nach vorheriger umstandsloser Identifikation von „Reformern“ und „linker Opposition“ sowie ihrer gemeinsamen Abwertung als „Sozialismusverbesserer“ bestand sein Entlastungsangriff also in der Ehrenerklärung, die Opposition wäre überwiegend frei von sozialistischen Flausen gewesen.⁹³ Weil er sich hier dem Bewertungsmaßstab der von ihm kritisierten Historiker unterwarf, half diese Argumentation wenig weiter: Dem Verdikt der „Sieger der Geschichte“ entging nur, wer nicht bloß dem Sozialismus abgeschworen, sondern als Oppositioneller auch die Übernahme des westdeutschen Gesellschaftssystems angepeilt hatte. Da Gerd Poppe letzteres unmöglich für die Oppositionsmehrheit behaupten konnte, besteht er darauf, dass ersteres für ihre Anerkennung als Opposition reichen müsse. Wenigstens solle man zugestehen, dass sie nicht auf „Systemreform“, sondern auf die „Systemüberwindung“ aus war, auch wenn sie nicht wusste, welches System sie eigentlich wollte. Doch alle aus der Opposition entstandenen neuen politischen Vereinigungen des Jahres 1989 befürworteten anfangs einen eigenständigen Weg der DDR. Ein solcher Weg machte nur Sinn in Gestalt einer Systemalternative zum anderen deutschen Staat. Das von der Bevölkerung mehrheitlich herbei gewählte Ende der DDR entsprach dann ganz und gar nicht den Vorstellungen der oppositio-

91 Bei den SED-Reformern galten die Effizienzdefizite planbürokratischen Dirigismus als hinreichende Begründung für die Rehabilitierung marktwirtschaftlicher Regulative, die in rechtsstaatliche Absicherungen eingebettet den Entwicklungsrückstand zum Westen verringern sollten. Diese Reduktion des „Umbaus“ auf seine rechtsstaatlich-technokratische Dimension war eine Reform „von oben“, die durchaus mit ökologischen und formaldemokratischen Elementen angereichert werden sollte, war also im westlichen Sinne „modern“, aber weder industrialisierungskritisch (wie die Mehrheit der neuen politischen Vereinigungen), noch „basisdemokratisch-sozialistisch“.

92 Gerd Poppe im Rundtischgespräch am 3.4.2001, ebenda, S. 132f.

93 Geisel verweist dagegen auf die noch im Februar 1990 von Bärbel Bohley im Republiksprecherrat des „Neuen Forum“ abgegebene Erklärung: „Ich gebe meine Geschichtsvision von einem Sozialismus zugunsten einer Konsumgesellschaft nicht auf.“ Geisel 2005, S. 46. Ebenso führt Geisel die von Ehrhart Neubert inzwischen gründlich revidierte Ansicht vom Herbst 1990 aus seinem Text „Eine protestantische Revolution“ an, „die Etablierung eines Parteienstaats und schließlich die komplette Übernahme des westlichen Systems ist für die politische Partizipation der DDR-Bürger ein Schritt zurück, zu weniger Demokratie.“ Ebenda, S. 47.

nellen Gruppen der 80er Jahre, sondern höchstens der gewendeten nachholenden Einsicht der Mehrheit der neuen politischen Vereinigungen im Jahre 1990. Der Historiker Christof Geisel konstatiert, „natürlich ist es die von Poppe erinnerte Opposition, die Eingang in das freiheitlich-demokratische Pantheon der Bundesrepublik Deutschland gefunden hat“. Außerdem bemerkte Geisel, dass die von nicht wenigen Oppositionellen heftig attackierten konservativen Mythen, die Übernahme des westlichen Systems sei naturwüchsiges Ziel der DDR-„Bürgerrechtsbewegung“ gewesen, „von einem anderen Teil aber stillschweigend mitgetragen oder gar ausdrücklich affirmiert werden“ und „viele Ex-Oppositionelle ihre einstige Kritik am politischen und wirtschaftlichen Gefüge der Bundesrepublik entweder explizit widerriefen oder sie ... zumindest aus dem Auge verloren.“⁹⁴ Doch es half nichts: So wohlwollend derartige politische Revisionen ehemaliger DDR-Oppositioneller auch Anerkennung fanden – für Historiker wie Jander und Joppke war das Urteil über die gesamte vormalige DDR-Opposition gesprochen: Hier handele es sich nur um Varianten kommunistischer Staatsideologie. Absolution konnte höchstens erwarten, wer, wie Konrad Weiß, Mitunterzeichner der Erklärung „Für unser Land“⁹⁵, später seine Distanzierung vom demokratischen Sozialismus besonders drastisch ausfallen ließ:

„Es kann keinen demokratischen Sozialismus geben. Sozialismus ist unvereinbar mit Demokratie, das hat die Menschheit seit der Oktoberrevolution schmerzlich genug lernen müssen. Der reale Sozialismus war nicht die Perversion eines wahren Sozialismus, sondern dessen konsequente Verwirklichung. Der Marxsche Sozialismus ist ein Gesellschaftsmodell, das ohne totalitäre Strukturen, die Herrschaft der einen Klasse über die anderen und damit zugleich die partielle Unterdrückung des Volkes, nicht auskommt. Er war die Grundtorheit dieses Jahrhunderts.“⁹⁶

Sowenig die tatsächlichen Positionierungen und ursprünglichen Ziele der Opposition mit der dann von der Bevölkerungsmehrheit erzwungenen Festlegung auf die Wiedervereinigung vermöge des Wahlsiegs der „Allianz für Deutschland“ zu tun hatte, so problematisch ist also die zumeist anerkennend ausgesprochene Wertung, sie wären die „Wegbereiter der Wiedervereinigung“ gewesen. Auch diesbezüglich waren diese „höchst sperrigen Zeitgenossen“ verstockterweise überhaupt nicht „auf der Höhe der Zeit“ einer Metaphysik des „Endes der Geschichte“.⁹⁷ Dem unverdienten Lob der Opposition als Avantgarde im Prozess der Herbeiführung der deutschen Einheit entspricht geradezu spiegelbildlich der unverhüllte Tadel dieser Opposition seitens einer obskuren Koalition aus ignoranten dogmatischen „Linken“ im Westen (und Osten) sowie unbeirrter ehemaliger Obristen des MfS mit genau der gleichen Wertung: Diese pro-kapitalistische Opposition habe den konterrevolutionären Anschluss der DDR an die BRD befördert. Sofern man überhaupt der Meinung ist, die Opposition der 80er Jahre stünde im ursächlichen Zusammenhang nicht nur mit der Herbstrevolution und der Wende, sondern auch mit deren Abbruch in Gestalt der Wiedervereinigung, so könnte man sarkastisch sagen, die Opposition hätte die Abschaffung der

94 Geisel 2005, S. 43f.

95 In diesem Appell vom 29.11.1989 wurde für „eine sozialistische Alternative zur Bundesrepublik“ plädiert.

96 Konrad Weiß im „Spiegel“ Nr. 48 vom 27.11.1995.

97 Geisel 2005, S. 52.

DDR „aus Versehen“ mitbewirkt.⁹⁸ Wer daraus „Absicht“ machen will, ist gezwungen, die tatsächlichen Positionierungen der Opposition verschämt zu beschweigen, oder daran mitzuwirken, sie zu verfälschen. Diese oppositionellen Positionen waren stark geprägt von systemübergreifender Kritik an den Leitbildern einer wachstumsfixierten industriellen Moderne, der Degradierung des Menschen zu entmündigten Produzenten in der „Megamaschine“ und ihrer Einzäunung als scheinfreie Konsumenten. Vielfach artikulierten die Schriften der Basisgruppen Essentials eines libertären Sozialismus. Obwohl sich die DDR den im Westen geltenden Regeln der industriezivilisatorischen Moderne anzupassen suchte, verschärfte sich hier, anders als im Westen, der Widerspruch zwischen mangelwirtschaftlichen Defiziten und wachsenden konsumistischen Ansprüchen der Bevölkerung. Während die Grünen in den 80er Jahren als damals noch radikale Kritiker des Wachstumswahns prosperierten, unterblieb dies im Osten: Der allgegenwärtige Mangel verhinderte eine Massenakzeptanz für die „utopischen postmodernen Spinnereien“ der politisch alternativen Gruppen. Themen wie Ökologie, Dritte Welt, gerechte Weltwirtschaftsordnung und (in geringerem Maße) Friedensbedrohung rangierten in der Bevölkerung eindeutig hinter den Themen Reisefreiheit, Versorgungssicherheit und materieller Wohlstand. Die Opposition erkannte nicht den tatsächlichen Inhalt der „sozialen Frage“ in der DDR. Als die neuen politischen Vereinigungen im Herbst 1989 mit ihren politischen „Plattformpapieren“ an die Öffentlichkeit gingen, fanden sich hier eher „reformsozialistische“ Attitüden, als der Abgesang auf einen demokratischen Sozialismus. Eine explizit auf diesen demokratischen Sozialismus zielende und „auf die Selbsttätigkeit der Massen“ in Form einer räteähnlichen Volksbewegung setzende antibürokratische linke Programmgruppe trat allerdings lediglich in Gestalt der „Verinigten Linken“ auf den Plan und war damit am weitesten von der Massenstimmung des Frühjahrs 1990 entfernt. Eine Ausnahme stellte auch die „Initiativgruppe mit dem Ziel, eine sozialdemokratische Partei in der DDR“ zu bilden, dar. Sie bekannte sich, anders als alle anderen Gruppen, von Anfang an zur Marktwirtschaft und dementierte mit ihrem Auftreten den Alleinvertretungsanspruch der SED auf die „Einheit der Arbeiterklasse“.⁹⁹ Wolfgang Templin und Reinhard Weißhuhn behaupten dagegen, dass hinsichtlich der Er kämpfung demokratischer Verhältnisse als das allen neuen politischen Vereinigungen gemeinsame Ziel „[sich] der größte Teil der Aktivisten ... im Herbst 1989 auch darüber klar [war], dass dies nur mit Marktwirtschaft möglich ist. Die IFM kann für sich in Anspruch nehmen, zu diesem Schluss bereits Jahre vorher gekommen zu sein, auch wenn das öffentlich nicht deutlich erkennbar geworden ist.“¹⁰⁰ Die Alleinstellung der Marktwirtschaft als entscheidende Grundlage einer Demokratisierung in der DDR hat (bis auf die SDP) keine der neuen politischen Vereinigungen im Herbst 1989 behauptet – auch nicht die IFM. Die Annäherung der Mehrheit dieser Vereinigungen an den Gedanken einer marktwirtschaftlichen Zukunft ganz im Sinne der „normativen Kraft des Faktischen“ hat erst mit der Antizipation der unaufhalt-samen Wiedervereinigung ab Frühjahr 1990 begonnen. Dass nun die IFM schon Jahre vor-

98 Vgl. auch Rüdtenklaus 1992, S. 366f.

99 Vgl. dazu: Thomas Klein, Die neuen politischen Vereinigungen des Herbstes 1989 und ihre Wendungen. Entwicklungsstationen der neuen politischen Vereinigungen in der DDR im Herbst/Winter 1989/90, in: Gerd-Rüdiger Stephan/Andreas Herbst/Christine Krauss/Daniel Küchenmeister/Detlef Nakath, Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch, Berlin 2002, S. 190 – 231, S. 847–865.

100 Templin/Weißhuhn 1999, S. 185.

her (wenn auch unbemerkt) von der Zukunftsmächtigkeit einer marktwirtschaftlichen Grundierung ihrer Demokratisierungsziele überzeugt gewesen sein soll, wirkt angesichts solcher Äußerungen der IFM wie zum Tag der Menschenrechte im Dezember 1987 wenig überzeugend.¹⁰¹

Nachbemerkung

In einer ihrer letzten Wortmeldungen bemühte sich die juristische Hochschule des MfS im Oktober 1989, „das aktuelle Erscheinungsbild politischer Untergrundtätigkeit in der DDR und wesentliche Tendenzen seiner Entwicklung“ zu charakterisieren. So

„konnte herausgearbeitet werden, dass sich seit den 60er und 70er Jahren Wandlungen vollzogen haben. So ist für das aktuelle Erscheinungsbild PUT charakteristisch, dass keine umfassenden ‚neuen Gesellschaftsmodelle des Sozialismus‘ als Grundlage des Handelns innerer feindlich-negativer Kräfte bestimmend sind, sondern vielmehr aktuelle Anlässe und Erscheinungen in der sozialistischen Gesellschaft zum Aufhänger für entsprechende Reaktionen dieser Kräfte genommen werden ... Perspektivisch ist damit zu rechnen, dass insbesondere zur Nachrichtenübermittlung Mikrocomputer in Verbindung mit dem normalen Telefonnetz eingesetzt werden könnten. Dabei kann eine Verschlüsselung der Information mittels Computer und die Übertragung dieser Informationen über das internationale Telefonnetz während eines laufenden Gespräches erfolgen ... Das MfS hat es hier nicht mehr nur mit der operativen Bearbeitung von einzelnen Personen und Gruppierungen zu tun, sondern mit der Bekämpfung der Gesamtheit feindlicher Angriffe von außen und den einbezogenen inspirierten und mobilisierten feindlichen Kräften im Inneren. Daraus ergibt sich die Konsequenz, von einem ‚umfassenden operativen Vorgang‘ auszugehen. Die qualifizierte Bearbeitung dieses Vorgangs ist mit Entscheidungen verbunden, die unmittelbar Fragen der Erhaltung und Sicherung der Macht berühren.“¹⁰²

Das MfS in hilfloser Erwartung des Einsatzes moderner Informationstechnologien im Dienste der Opposition¹⁰³ – was tun? Die ganze Opposition als ein einziger operativer Vorgang – womöglich bald die ganze DDR – mit der Konsequenz, dass nun die Machtfrage aufgeworfen sei – wie konnte es dazu kommen?

In dieser Arbeit wurde ein Jahrzehnt der Entwicklung pazifistischer Gemeindegemeinschaften zu einer „Unabhängigen „Friedensbewegung“ in der DDR, zu Netzen politisch alternativer

101 Wie erwähnt, wurde damals die Skepsis gegenüber der Etablierung eines parlamentarischen Systems nach westlichem Muster in der DDR mit der Erklärung verbunden, dass dessen „ökonomischen Grundlagen“ (also die Marktwirtschaft) „weder vorhanden noch anzustreben sind.“ Vorstellung der IFM zum Tag der Menschenrechte am 10.12.1987 in der Gethsemanekirche, MDA, OA, Reg.-Nr. 4521.

102 Das aktuelle Erscheinungsbild politischer Untergrundtätigkeit in der DDR und wesentliche Tendenzen seiner Entwicklung, Studienmaterial Oktober 1989, MfS, VVS JHS o001-89/89, eingesehen im MDA, Reg.-Nr. PUT 5.

103 Tatsächlich experimentierte Martin Schramm von der UB, später VL, nach Verfügbarkeit der ersten Akustikkoppler mit Modemverbindungen über das Telefonnetz.

Gruppen bis hin zu den „neuen politischen Vereinigungen“ nachgezeichnet. Nur über die Politisierung dieser Bewegung konnte die so entstehende Opposition eine aktionsgeleitete Überwindung des „innerkirchlichen Ghettos“ erreichen. Dies geschah schrittweise und vielfältig, durch erfolgreiche öffentliche Kampagnen wie „Schwerter zu Pflugscharen“, den Tschernobyl-Appell, mit Unterschriftensammlungen, über Mahnwachen anlässlich des Überfalls des MfS auf die Umweltbibliothek und der Verhaftungen bei der Liebknecht/Luxemburg-Demonstration, mit Solidaritätsveranstaltungen für die relegierten Schüler der Berliner Ossietzky-Schule, über Veranstaltungen wie den Pädagogischen Kongress, mit Protestaktionen wie denen gegen die Niederschlagung der Demokratiebewegung in China, gegen die Zensur von Kirchenzeitungen und gegen die Wahlfälschungen bei den Kommunalwahlen. Dieser Politisierungsprozess zeitigte das Resultat von immer mehr auf praktisch-politische Veränderung orientierenden Aktionen infolge sich zuspitzender innergesellschaftlicher Widersprüche und sich wandelnder äußerer Einflüsse. Solche Einflüsse kamen etwa von der osteuropäischen Demokratie- und Menschenrechtsbewegung, der westdeutschen Friedens- und Ökologiebewegung und mit dem Politikwandel in der UdSSR. Der spezifische Verlauf dieser Politisierung der unabhängigen Friedensbewegung sowie die besonderen Formen ihrer Selbstorganisation, ihrer Methoden der Herstellung von Gegenöffentlichkeit und der Durchführung von politischen Aktionen sind jedoch nicht allein als von solchen externen Faktoren beeinflusste „endogene“ Prozesse verständlich. Die Besonderheiten des Politisierungsverlaufs alternativer Gruppen waren gleichermaßen durch die Auseinandersetzung mit ihren unmittelbaren Antagonisten bestimmt. Dabei sind diese Besonderheiten nicht nur durch die geheimdienstliche Bearbeitung der politisch alternativen Gruppen durch das MfS, sondern maßgeblich auch vom Umgang der „offiziell“ für den Kirchenbereich zuständigen Staatsorgane und der Amtskirche mit den sich im halböffentlichen kirchlichen Raum und darüber hinaus radikalisierenden Gruppierungen beeinflusst worden. Dabei hat der Übergang von der Krise zur Agonie des „real existierenden Sozialismus“ in der DDR spezifische Spuren im oppositionellen Spektrum hinterlassen und ihre Aktionsformen geprägt, ohne das dies unbedingt auch umgekehrt gilt. Das Ende der DDR und der bürokratischen Systeme sowjetischen Typs sowie ihre zukünftige Gestalt waren „ein Ergebnis, das Sozialwissenschaftler und politische Berichtersteller niemals erwartet hätten, im Nachhinein jedoch für völlig selbstverständlich und voraussehbar erklärten.“¹⁰⁴

Eine Reihe von Fragen bleibt offen – vor allem im Zusammenhang mit der außerhalb des Untersuchungszeitraumes liegenden Entwicklung nach dem Oktober 1989. Für die Herbstrevolution 1989 scheinen die Ergebnisse der hier vorliegenden Darstellung ihrer Vorgeschichte einige Argumente zur Stützung von Pollacks Hypothese zu liefern, dass „die Aktivitäten der politisch alternativen Menschenrechts-, Friedens-, Umwelt- und Frauengruppen bis zum Sommer 1989 und die Massenbewegung des Herbstes 1989 ... zwei unvergleichliche Phänomene (sind). Der Versuch, letztere aus den ersteren zu erklären, übersieht ihre gänzlich unterschiedliche Qualität.“¹⁰⁵ Die in der vorliegenden Arbeit festgestellte „doppelte

104 Charles S. Maier, *Das Verschwinden der DDR und der Untergang des Kommunismus*, Frankfurt/Main 2000, S. 206.

105 Pollack 2000, S. 8.

Isolation“ der oppositionellen Gruppen¹⁰⁶ stärkt diese Auffassung. Trotzdem bleibt die Interferenz der Massendemonstrationen des Oktober/November 1989 mit solchen Ereignissen wie den Gründungsaufufen der neuen politischen Vereinigungen, insbesondere des „Neuen Forum“¹⁰⁷, den „Alexanderplatz-Kommunalwahlprotestaktionen“ in Berlin bis hin zu den Berliner Unruhen am 7. Oktober 1989 im Sinne des Konzepts der „Ressourcen-Mobilisierung“ aufzuhellen. Zu beachten ist auch der sich gänzlich wandelnde Charakter der Massendemonstrationen und ihrer Teilnehmer vom November zum Dezember 1989. Andererseits lassen der klar aufscheinende Zusammenhang und das aufeinander Einwirken externer und interner Faktoren in der Krisen- und Protestdynamik an Pollacks Sichtweise zweifeln, hier habe ein „Ineinandergreifen unterschiedlicher und nicht aufeinander zurückführbarer Faktoren“ stattgefunden, woraufhin „man das Ende der DDR als ein kontingentes Ereignis verstehen muss, dessen Zustandekommen auch hätte ausbleiben können.“¹⁰⁸ Die Tatsache allerdings, dass „alle an diesem Spiel beteiligten Akteure – die Oppositionsgruppen, die Massen der Bevölkerung, die Polizei, Gorbatschow, die westlichen Industrienationen – ursprünglich nicht gewollt (haben), was schließlich herausgekommen ist: den Untergang der DDR“¹⁰⁹, kann zu der Hypothese verführen, dass die Zwangsläufigkeit des Heranreifens dieser finalen Krise keineswegs auch die Zwangsläufigkeit der Art ihrer Lösung in sich barg. Die nach 40 Jahren in der DDR gereiften sozialen Verhältnisse und Widersprüche hatten in den 80er Jahren allerdings eine dazugehörige politische Opposition hervorgebracht, über deren noch auf Legalität und Dialog mit den Herrschenden konzentrierte Selbstbezogenheit plötzlich eine Revolution hereinbrach, welche die „alte Opposition“ der 70er Jahre immer vergeblich angepeilt hatte. Es ist kein Wunder, dass deren übrig gebliebene marginalisierte Repräsentanten den völlig überforderten „Basisdemokraten“ der „neuen Opposition“ bescheinigten, „überhaupt verlernt“ zu haben, „gesellschaftliche Grundstrukturen in der politischen Wirklichkeit wiederzuerkennen“¹¹⁰, ohne damit über ihre eigene Hilflosigkeit hinwegtäuschen zu können. Angesichts der kompletten Exklusion beider Strömungen mitsamt ihrer originären, in der DDR entwickelten Zielprojektionen aus dem Verlaufsprozess des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik Deutschland sind deren Proteste gegen gewisse zeitgenössische Umdeutungen ihrer politischen Verortung genauso nachvollziehbar: Schon die flüchtige Kenntnisnahme der Forderungen des gesamten oppositionellen Spektrums während der 80er Jahre ebenso wie der unbequeme Blick auf die Positionierungen der Bürgerbewegungen des Herbstes 1989 lassen Behauptungen von Zeithisto-

106 In der Zeit galoppierender Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, des abnehmenden sozialen Zusammenhangs der Gesellschaft und der schwindenden politischen Stabilität des Staates verzeichneten die Gruppen kaum Zulauf, auch wenn die staatlich betriebene Isolierung von Bevölkerung immer weniger Erfolg hatte. Vgl. auch: Thomas Klein, Die doppelte Isolierung. Zum Ausgang der oppositionellen Gruppen in der „Wende“, in: Konrad Jarusch/Martin Sabrow, Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999, S. 259–277.

107 Jedenfalls zeigen das Verhalten des NF und die Aussagen von Reinhard Schult im Interview mit dem Autor, dass die Initiatoren weder mit der überwältigenden Resonanz ihres Aufrufs, der allerdings als mobilisierender, identifikationsbildender und kristallisierender Faktor für Massenproteste gelten kann, noch mit dem Ausmaß der dann stattfindenden Proteste gerechnet haben.

108 Pollack 2000, S. 13.

109 Ebenda.

110 Wolfram 1994–95, Folge 9 (19/1995), S. 3.

rikern und einigen Wortführern der 1990/91 gewendeten neuen politischen Vereinigungen unverfroren erscheinen, heute seien die damaligen Ziele der DDR-Opposition erreicht.¹¹¹ Jedenfalls gibt es tatsächlich genug Gründe, „die alternativen Gruppen nicht unter dem Gesichtspunkt ihres Beitrags zum Ende der DDR, sondern als selbständiges Phänomen innerhalb der DDR-Gesellschaft zu betrachten“¹¹², auch wenn man glaubt, „erst konnte man nichts machen, dann brauchte man nichts mehr zu machen“.¹¹³

111 Vgl. etwa den von Judith Demba, Bernd Gehrke, Renate Hürtgen, Thomas Klein, Silvia Müller, Sebastian Pflugbeil, Christina Schenk, Reinhard Schult und Bettina Wegner unterzeichneten offenen Brief an Joachim Gauck vom 8.11.1999 anlässlich dessen Interview im Tagesspiegel vom 7.11.1999: „Heute hören wir von Ihnen, nun sei in Deutschland erreicht, wofür damals die Opposition in der DDR und die Bürgerbewegungen des Herbstes 1989 gekämpft haben. ... Wissen Sie noch, was in dem Verfassungsentwurf des Runden Tisches stand? Er enthielt viele unserer Forderungen von damals. Prüfen Sie bitte nach, was davon heute Wirklichkeit ist. Erinnern sie sich noch an die Sozialcharta des Runden Tisches? Und erinnern Sie sich daran, warum und auf wessen Veranlassung dies alles beim Einigungsprozess im Papierkorb verschwand. Wir wollten nicht nur mehr Mitbestimmung, wir wollten Teilhabe und Selbstbestimmung. Wir wollten nicht nur die papierne Freiheit, sondern auch soziale Gerechtigkeit. Fragen Sie die vielen Arbeitslosen, fragen sie vor allem auch die Frauen aus der ehemaligen DDR, was sie von der Koexistenz von Meinungsfreiheit und Obdachlosigkeit, von Versammlungsfreiheit und Erwerbslosigkeit, von Reisefreiheit und Sozialhilfebedürftigkeit halten. Aber Sie denken heute, wir sollten als Bürger des beigetretenen Viertels bescheiden sein. Dieser Zug zur Bescheidenheit ging uns damals, im Herbst 1989, vollständig ab. Und es wird Zeit, dass wir nicht nur in Neufünfland, sondern in ganz Deutschland diese Unterwürfigkeit abschütteln. Nur wer die Neigung zur Anpassung und das Vertrauen in Parteien und Ministerien, die unsere Angelegenheiten zu unserem Schaden verwalten, überwindet, wird etwas verändern. Auf Sie und viele unserer alten Mitstreiter, die in Amt oder Mandat ihren Frieden mit dem Bestehenden gemacht haben, müssen wir wohl verzichten. Vorerst aber sprechen wir Ihnen das Recht ab, sich auf uns zu berufen, wenn Sie über die Opposition in der DDR sprechen.“

112 Pollack 2000, S. 13.

113 Ebenda, S. 22.

Abkürzungsverzeichnis

AAU	Siehe AAUD
AAUD	Allgemeine Arbeiterunion Deutschlands
ABC	atomar, biologisch, chemisch
ABM	Anti-Ballistic Missile Treaty
ADN	Allgemeiner Deutscher Nachrichtendienst
AdW	Akademie der Wissenschaften
AG	Arbeitsgemeinschaft
AKG	Auswertungs und Kontrollgruppe
AKSK	Arbeitskreis solidarische Kirche
AKW	Atomkraftwerk
AL	Alternative Liste
ALB	Air-Land-Battle
ANC	African National Congress
AOP	Archivierter Operativer Vorgang
AP	Associated Press
APO	Außerparlamentarische Opposition
Arch.-Nr.	Archivnummer
ARD	Arbeitsgemeinschaft der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten der Bundesrepublik Deutschland
AStA	Allgemeiner Studierendenausschuss
BArch	Bundesarchiv
BdVP	Bezirksbehörde der Volkspolizei
BEK	Bund der Evangelischen Kirchen
BL	Bezirksleitung
BPKK	Bezirksparteikontrollkommission
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Die/der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR
BUKO	Bundeskoordination Internationalismus
BV	Bezirksverwaltung
CDU	Christlich Demokratische Union
CFK	Christliche Friedenskonferenz
CIA	Central Intelligence Agency
CO ²	Kohlendioxid

ČSSR	Tschechoslowakische Sozialistische Republik
CSU	Christlich-Soziale Union
DA	Demokratischer Aufbruch
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DDT	Dichlordiphenyltrichlorethan (ein Insektizid)
DEFA	Deutsche Film AG
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DIN	Deutsche Industrienorm
DJ	Demokratie Jetzt
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
DM	Deutsche Mark
DVP	Deutsche Volkspolizei
e.V.	eingetragener Verein
EG	Europäische Gemeinschaft
EKBB	Evangelische Landeskirche Berlin-Brandenburg
EKD	Evangelische Kirche Deutschlands
EKU	Evangelische Kirchen der Union
END	European Nuclear Disarmament
EOS	Erweiterte Oberschule
EPD	Evangelischer Pressedienst Deutschland
ESG	Evangelische Studentengemeinde
EV	Ermittlungsverfahren
FA	Fortsetzungsausschuss
FAUD	Freie Arbeiterunion Deutschland
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
FFFfM	Friedrichfelder Feuermelder
FHSS	Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik
FK	Friedenskreis
FKFF	Friedenskreis Friedrichsfelde
FOFA	Follow-on-Forces-Attack
GAL	Grüne Alternative Liste
GATT	General Agreement of Tariffs and Trade
GAU	Größter Anzunehmender Unfall
GDS	Gruppe demokratischer SozialistInnen
GIM	Gruppe Internationale Marxisten
GIS	Gruppe Internationale Sozialisten
GKR	Gemeindekirchenrat

GMS	Gesellschaftliche Mitarbeiter für Sicherheit
GO	Grundorganistaion
GOSPLAN	Gosudarstvenny Komitet po Planirovaniyu
GST	Gesellschaft für Sport und Technik
HA	Hauptabteilung
HUB	Humboldt-Universität zu Berlin
HVA	Hauptverwaltung Aufklärung
i.A.	im Auftrag
IAEO	Internationale Atomenergieorganisation
IFM	Initiative Frieden und Menschenrechte
IKD	Internationale Kommunisten Deutschlands
IM	Informeller Mitarbeiter des MfS
IMB	Inoffizieller Mitarbeiter mit Verbindung zu im Verdacht der Feindtätigkeit stehenden Personen
INF	Intermediate Range Nuclear Forces
INKOTA	Information, Koordinierung, Tagungen zu Problemen der Zweidrittelwelt
IPPNW	Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges
IPW	Institut für internationale Politik und Wirtschaft
IWF	Internationaler Währungsfond
JHS	Juristische Hochschule des MfS
JMW	Jungmännerwerk
KAPD	Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands
KD	Kreisdienststelle
KFHW	Kirchliches Forschungsheim Wittenberg
Kfz	Kraftfahrzeug
KgU	Kampfgruppe gegen Unmenschlichkeit
KKL	Konferenz der Kirchenleitung
KKW	Kernkraftwerk
KL	Kirchenleitung
KOMINTERN	Kommunistische Internationale
KOR	Komitee zur Verteidigung der Arbeiter
KP	Kommunistische Partei
KPČ	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KPCh	Kommunistische Partei Chinas
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPO	Kommunistische Partei Deutschlands (Opposition)
KPTsch	Siehe KPČ
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa

KtvU	Kirchentag von Unten
KvU	Kirche von Unten
KZ	Konzentrationslager
LDP	Siehe LDPD
LDPD	Liberaldemokratische Partei Deutschland
LL	Luxemburg-Liebknecht
M	Mark Ost
MAK	Mitarbeiterkreis
MDA	Mathias-Domaschk-Archiv
MdI	Ministerium des Inneren
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MfUW	Ministerium für Umweltschutz und Wasserwirtschaft
MHF	Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen
MIK	Militärisch-Industrieller Komplex
MIT	Massachusetts Institute of Technology
ML	Marxismus-Leninismus
MVV	Mitgliedervollversammlung
NATO	Northern Atlantic Treaty Organization
ND	Neues Deutschland (Tageszeitung der SED)
NDPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NF	Neues Forum
nfiD	Nur für den innerkirchlichen Dienstgebrauch
NÖSPL	Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung
NPD	Nationalistische Partei Deutschlands
NS	Nationale Sammlung (bzw. Nationalsozialismus)
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
NVA	Nationale Volksarmee
o.D.	ohne Datum
o.V.	ohne Verfasser
OA	Offene Arbeit
OibE	Offizier im besonderen Einsatz
OLZ	Operativ- und Lagezentrum
OPK	operative Personalkontrolle
ÖSS	Ökonomisches System des Sozialismus
ÖV	Ökumenische Versammlung
OV	Operativer Vorgang
OWG	Ordnungswidrigkeitengesetz
OWVO	Ordnungswidrigkeitenverordnung
PAC	Pan Africanist Congress of Azania

PC	Personalcomputer
PEN	poets essayists novelists
PID	Politisch-ideologische Diversion
PKW	Personenkraftwagen
POZW	politisch-operatives Zusammenwirken
PUT	Politische Untergrundtätigkeit
PVAP	Polnische Vereinigte Arbeiterpartei
RA	Rechtsanwalt
RAF	Rote Armee Fraktion
Reg.-Nr.	Registernummer
RGW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
RIAS	Radio im Amerikanischen Sektor
RSch	Rundschreiben
SAAS	Staatliches Amt für Atomsicherheit und Strahlenschutz
SALT	Strategig Arms Limitation Talk
SAPD	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDAG	Sowjetisch-Deutsche Aktiengesellschaft
SDAJ	Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
SDI	Strategic Defense Initiative
SDP	Sozialdemokratische Partei in der DDR
SDS	Sozialistischer Deutscher Studentenbund
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SEW	Sozialistische Einheitspartei Westberlins
SFB	Sender Freies Berlin
SfK	Staatssekretär für Kirchenfragen/Dienststelle des Staatssekretärs für Kirchenfragen
SFRJ	Sozialistische Föderale Republik Jugoslawien
SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SMT	Sowjetisches Militärtribunal
SoFD	Sozialer Friedensdienst
SOK	Sozialistisches Osteuropakomitee
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
StÄG	Strafrechtsänderungsgesetz
START	Strategic Arms Reduction Talks
StäV	Ständige Vertretung
StGB	Strafgesetzbuch
StuPa	Studierendenparlament
SU	Sowjetunion
TAZ	Die Tageszeitung

TGL	Technische Güte- und Lieferbedingungen
UB	Umweltbibliothek
UdSSR	Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken
UFB	Unabhängige Friedensbewegung
UFF	Unternehmen Friedrichsfelde
UKW	Ultrakurzwellen
UN	Vereinte Nationen
UNO	United Nations Organization
USA	United States of America
USAP	Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei
UVR	Ungarische Volksrepublik
UZ	Unsere Zeitung (Zeitung der DKP)
VAVO	Veranstaltungsverordnung
VEB	Volkseigener Betrieb
VELK	Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirchen
Vgl.	Vergleiche
VL	Vereinigte Linke
VP	Volkspolizei
VPKA	Volkspolizei-Kreisamt
VR	Volksrepublik
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
VVS	Vertauliche Verschlussache
WBA	Wohnbezirksausschuss
WHO	Weltgesundheitsorganisation
WVO	Warschauer Vertragsorganisation
ZAIG	Zentrale Auswertungs und Informationsgruppe
ZK	Zentralkomitee
ZKG	Zentrale Koordinierungsgruppe
ZOS	Zentraler Operativstab
ZOV	Zentraler Operativer Vorgang
ZPKK	Zentrale Parteikontrollkommission

Literaturverzeichnis

- Ammer, Thomas, Widerstand an DDR-Oberschulen 1945 bis 1968, in: Henke, Klaus-Dietmar/Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hg.), Widerstand und Opposition in der DDR, Köln 1999, S. 127–136.
- Aust, Michael, Das Beziehungsgeflecht von Staat, evangelischer Kirche und den politisch alternativen Gruppen in der DDR von 1985 bis September 1989 (Microfiche), Marburg 1998.
- Besier, Gerhard, Der SED-Staat und die Kirche 1969–1990. Die Vision vom „Dritten Weg“, Frankfurt/Main 1995.
- Ders., Der SED-Staat und die Kirche 1983–1991, Berlin/Frankfurt/Main 1995.
- Ders., Der SED-Staat und die Kirche. Der Weg in die Anpassung, München 1993.
- Ders./Wolf, Stephan, „Pfarrer, Christen und Katholiken“. Das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen DDR und die Kirchen, Neukirchen 1992.
- Beyer, Achim, Urteil: 130 Jahre Zuchthaus, Jugendwiderstand in der DDR und der Prozess gegen die Werdauer Oberschüler 1951, Leipzig 2003.
- Bickhardt, Stephan, „Ein Friedensdienst, der Zukunft hat“. Zur Entstehungsgeschichte des SoFD, in: „Spuren – Zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR“, Samisdat, Januar 1988.
- Ders., Die Entwicklung der DDR-Opposition in den achtziger Jahren, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, Band VII,1, Baden-Baden 1995, S. 450–504.
- Blattert, Barbara/Rink, Dieter/Rucht, Dieter, Von den Oppositionsgruppen der DDR zu den neuen sozialen Bewegungen in Ostdeutschland? in: Politische Vierteljahresschrift 36, 1995, S. 397–422.
- Boehlke, Michael/Gericke, Henryk (Hg.), „Too much future“. Punk in der DDR 1979–89, Berlin 2005.
- Braun, Volker, Rimbaud. Ein Psalm der Aktualität, Sinn und Form 5/1985, S. 978–998.
- Choi, Sung-Wan, Von der Dissidenz zur Opposition. Die politisch alternativen Gruppen in der DDR von 1978 bis 1989, Köln 1999.
- Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen des MfS zur „politisch-operativen Arbeit“, BStU, Dokumente, Reihe A Nr. 1/93, Berlin 1993.
- Eisenfeld, Bernd, Die Ausreisebewegung – eine Erscheinungsform widerständigen Verhaltens, in: Poppe, Ulrike/Eckert, Rainer/Kowalczyk, Ilko-Sascha (Hg.), Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstands und der Opposition in der DDR, Berlin 1995, S. 192–243.
- Ders., Eine „legale Konzentration feindlich-negativer Kräfte“. Zur politischen Wirkung der Bausoldaten in der DDR, in: Deutschland Archiv 3/1995, S. 256–271.

- Ders., Wehrdienstverweigerung als Opposition, in: Henke, Klaus-Dietmar/Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hg.), *Widerstand und Opposition in der DDR*. Köln 1999, S. 241–256.
- Elvers, Wolfgang/Findeis, Hagen, Die politisch alternativen Gruppen im gesellschaftlichen Wandel. Eine empirische Studie zu ihrem Selbstverständnis, in: Grabner, Wolf-Jürgen u. a. (Hg.), *Leipzig im Oktober. Kirchen und alternative Gruppen im Umbruch in der DDR*, Berlin 1990, S. 97–111.
- Foitzik, Jan, *Zwischen den Fronten. Zur Politik, Organisation und Funktion linker Kleinorganisationen im Widerstand 1933 bis 1939/40 unter besonderer Berücksichtigung des Exils*, Bonn 1986.
- Fricke, Karl Wilhelm, Widerstand und Opposition von 1945 bis Ende der 50er Jahre, in: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages)*, hg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1995, Band VII,1, S. 15–26.
- Gehrke, Bernd, „Aufbruch und Abbruch der Initiative für unabhängige Gewerkschaften in der ‚Wende‘-DDR 1989/90 oder Martin Janders Abwicklung der DDR-Opposition, in: *Telegraph* 7/8, 9, 10 1996; 1, 2 1997.
- Ders., Der Beataufstand am „Tag der Republik“ 1965, *Horch und Guck*, 11. Jahrgang/Heft 37 (1/2002), S. 33–36.
- Ders., Manch Neues und ein Historikerstreit en miniature, *IWK* 2/2003, S. 223–241.
- Ders., „Zwischengruppenhistorie“, in: *express*, 6–7/2003 und *IWK* 2/2003, S. 247–249.
- Ders., Neue Opposition und integrale Ökonomie. Öffentliche Texte und oppositionelle Diskurse in den 60er und 70er Jahren, in: *Horch und Guck* 43 (3/2003), S. 39–44.
- Ders., „Zuerst trotz Mauer und Stasi, heute trotz Spekulanten und Verdrängung“. Zum Tode von Bernd Holtfreter (1951–2003), in: *Horch und Guck*, Heft 43 (2/2003), S. 64.
- Ders., Weichenstellungen zum Disparaten. Vom schwierigen Verhältnis der DDR-Opposition zur Arbeiterschaft, in: Hübner, Peter/Kleßmann, Christoph/Tenfelde, Klaus (Hg.), *Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit*, Köln/Weimar/Wien 2005, S. 405–424.
- Geisel, Christof, *Auf der Suche nach einem dritten Weg. Das politische Selbstverständnis der DDR-Opposition in den 80er Jahren*, Berlin 2005.
- Gniffke, Erich W., *Jahre mit Ulbricht*, Köln 1966.
- Goertz, Joachim, *Die Solidarische Kirche in der DDR. Erfahrungen, Erinnerungen, Erkenntnisse*, Berlin 1999.
- Grebing, Helga/Kleßmann, Christoph/Schönhoven, Klaus/Weber, Hermann, *Zur Situation der Sozialdemokratie in der SBZ/DDR 1945–1950*, Marburg 1992.
- Grimmer, Reinhard/Irmeler, Werner/Opitz, Willi/Schwanitz, Wolfgang, *Die Sicherheit. Zur Abwehrarbeit des MfS*, Berlin 2002.
- Harich, Wolfgang, *Kommunismus ohne Wachstum? Babeuf und der „Club of Rome“*, Hamburg 1975.
- Haritonow, Alexandr, *Freiwilliger Zwang. Die SMAD und die Verschmelzung von KPD und SPD in Berlin*, *Deutschland Archiv* 3/1996, S. 407–422.
- Hartweg, Frédéric/Dohle, Horst, *SED und Kirche. Eine Dokumentation ihrer Beziehungen*, Bd. 2.2., 1968–1989, Neukirchen-Vluyn 1995.

- Haufe, Gerda/Bruckmeier, Karl (Hg.), *Die Bürgerbewegungen in der DDR und in den ost-deutschen Bundesländern*, Opladen 1993.
- Havemann, Robert, *Dialektik ohne Dogma?*, Hamburg 1964.
- Henke, Klaus-Dietmar/Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hg.), *Widerstand und Opposition in der DDR*, Köln 1999.
- Hippe, Oskar, ... und unsere Fahn' ist rot. *Erinnerungen an sechzig Jahre in der Arbeiterbewegung*, Hamburg 1979.
- Hürtgen, Renate, „Keiner hatte Ahnung von Demokratie, im Betrieb sowieso nicht“. Vom kollektiven Widerstand zur Eingabe oder Warum die Belegschaften 1989 am Anfang eines Neubeginns standen, in: Bernd Gehrke/Renate Hürtgen (Hg.), *Der betriebliche Aufbruch im Herbst 1989: Die unbekannte Seite der DDR-Revolution. Diskussion – Analysen – Dokumente*, Berlin 2001, S. 183–203.
- Dies., *Konfliktverhalten der DDR-Arbeiterschaft und Staatsrepression im Wandel*, in: Hübner, Peter/Kleßmann, Christoph/Tenfelde, Klaus (Hg.), *Arbeiter im Staatssozialismus. Ideologischer Anspruch und soziale Wirklichkeit*, Köln/Weimar/Wien 2005, S. 383–403.
- Dies., *Zwischen Disziplinierung und Partizipation. Vertrauensleute des FDGB im DDR-Betrieb*, Köln/Weimar/Wien 2005.
- Hurwitz, Harold, *Die Stalinisierung der SED. Zum Verlust von Freiräumen und sozialdemokratischer Identität in den Vorständen 1946–1949*, Opladen 1997.
- ID-Archiv im ISSG (Hg.), *Drahtzieher im braunen Netz. Der Wiederaufbau der NSDAP*, Berlin/Amsterdam 1992.
- Jander, Martin, *Die besondere Rolle des politischen Selbstverständnisses bei der Herausbildung einer politischen Opposition in der DDR außerhalb der SED und ihrer Massenorganisationen seit den siebziger Jahren*, in: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*, Band VII,1, Baden-Baden 1995, S. 896–987.
- Ders., *Formierung und Krise der DDR-Opposition. Die Initiative für unabhängige Gewerkschaften – Dissidenten zwischen Demokratie und Romantik*, Berlin 1996.
- Jesse, Eckhard, *Artikulationsformen und Zielsetzungen von widerständigem Verhalten in der DDR*, *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*, Band VII,1, Baden-Baden 1995, S. 987–1031.
- Joppke, Christian, *East German Dissidents and the Revolution of 1989. Social Movements in a Leninist Regime*, London/New York 1995.
- Kaiser, Paul/Petzold, Claudia (Hg.), *Boheme und Diktatur in der DDR. Gruppen Konflikte Quartiere 1970–1989*, *Katalog zur Ausstellung des Deutschen Historischen Museums vom 4. September bis 16. Dezember 1997*, Berlin 1997.
- Kalkbrenner, Jörn, *Urteil ohne Prozess. Margot Honecker gegen Ossietzky-Schüler*, Berlin 1990.
- Kätzel, Ute, *Die 68erinnen. Porträt einer rebellischen Frauengeneration*, Berlin 2002.
- Klein, Thomas, *Außer Reden nichts gewesen? Der Runde Tisch zwischen Volkskammer und Modrow-Regierung*, in: Gehrke, Bernd/Rüddenklau, Wolfgang (Hg.), ... das war doch nicht unsere Alternative, Münster 1999, S. 222–243.

- Ders., Die doppelte Isolierung. Zum Ausgang der oppositionellen Gruppen in der „Wende“, in: Jarausch, Konrad/Sabrow, Martin (Hg.), Weg in den Untergang. Der innere Zerfall der DDR, Göttingen 1999, S. 259–277.
- Ders., Die neuen politischen Vereinigungen des Herbstes 1989 und ihre Wendungen (1), Entwicklungsstationen der neuen politischen Vereinigungen in der DDR im Herbst/Winter 1989/90 (2), in: Stephan, Gerd-Rüdiger/Herbst, Andreas/Krauss, Christine/Küchenmeister, Daniel/Nakath, Detlef, Die Parteien und Organisationen der DDR. Ein Handbuch, Berlin 2002, S. 190–231, S. 847–865.
- Ders., Für die Einheit und Reinheit der Partei. Die innerparteilichen Kontrollorgane der SED in der Ära Ulbricht, Köln/Weimar 2002.
- Ders., Geteilte Linke im Vereinigten Deutschland? in: Weltbühne Extra, S. 881–895, Berlin 1990; Nachdruck in: Die Aktion 70/72 und 73/75 1990/91 sowie Dritter Weg Berlin 1991; Odranol, Hamburg 1992 S. 123–141 (erweiterte Fassung).
- Ders., Modrow-Regierung in der Zwickmühle, in: Stefan Bollinger (Hg.), Das letzte Jahr der DDR, Berlin 2004, S. 207–229.
- KIRCHE von UNTEN (KvU) Berlin (Hg.), Wunder gibt es immer wieder. Fragmente zur Geschichte der Offenen Arbeit Berlin und der Kirche von Unten, Berlin 1997.
- Knabe, Hubertus, Was war die DDR-Opposition, in: Deutschland Archiv 2/1996.
- Kowalczuk, Ilko-Sascha (Hg.), Freiheit und Öffentlichkeit, Politischer Samisdat in der DDR 1985–1989, Berlin 2002.
- Ders., „Wer sich nicht in Gefahr begibt ...“ Protestaktionen gegen die Intervention in Prag und die Folgen von 1968 für die DDR-Opposition, in: Henke, Klaus-Dietmar/Steinbach, Peter/Tuchel, Johannes (Hg.), Widerstand und Opposition in der DDR. Köln 1999, S. 257–274.
- Kubina, Michael, Von Utopie, Widerstand und Kaltem Krieg: Das unzeitgemäße Leben des Berliner Rätekommunisten Alfred Weiland, Hamburg 2001.
- Laufer, Jochen, „Genossen, wie ist das Gesamtbild?“ Ackermann, Ulbricht und Sobottka in Moskau im Juni 1945, Deutschland Archiv 3/1996.
- Löwenthal, Richard, Widerstand im totalen Staat, in: ders./von zur Mühlen, Patrick (Hg.), Widerstand und Verweigerung in Deutschland 1933 bis 1945, Berlin-Bonn 1982.
- Marcuse, Herbert, Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft, Neuwied-Berlin 1967.
- Ders., Triebstruktur und Gesellschaft Frankfurt/Main 1969.
- Ders., Repressive Toleranz, in: Robert Paul Wolff/Barrington Moore/Herbert Marcuse, Kritik der reinen Toleranz, Frankfurt/Main 1966, S. 91–128.
- Mählert, Ulrich, „Die Partei hat immer recht!“ Parteisäuberungen als Kaderpolitik in der SED (1948–1953), in: Hermann Weber/Ulrich Mählert (Hg.), Terror, Stalinistische Parteisäuberungen 1936–1953, Paderborn 1998, S. 351–457.
- Malycha, Andreas, Die Illusion der Einheit – Kommunisten und Sozialdemokraten in den Landesvorständen der SED 1946–1951, in: Lemke, Michael (Hg.), Sowjetisierung und Eigenständigkeit in der SBZ/DDR (1945–1953), Köln 1999, S. 81–117.
- Ders. (Hg.), Auf dem Weg zur SED. Sozialdemokratie und Einheitspartei in den Ländern der sowjetischen Besatzungszone. Eine Quellenedition, Bonn 1995.

- Ders., Partei von Stalins Gnaden? Die Entwicklung der SED zur Partei neuen Typs in den Jahren 1946 bis 1950, Berlin 1996.
- Ders., Die SED. Geschichte ihrer Stalinisierung 1946–1953, Paderborn 2000.
- Mau, Rudolf, Eingebunden in den Realsozialismus? Die Evangelische Kirche als Problem der SED, Göttingen 1994.
- Meckel, Markus, Konsequenzen aus den Erfahrungen zur Oppositionszeit: Partei oder soziale Bewegung? In: Von der Bürgerbewegung zur Partei. Die Gründung der Sozialdemokratie in der DDR, Bonn 1993.
- Ders./Gutzeit, Martin, Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit, Köln 1994.
- Meusel, Georg, „Königswalde und die Arbeit christlicher Friedensseminare“, in: „Spuren – Zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR“, Samisdat, Januar 1988.
- Mitter, Armin/Wolle, Stefan (Hg.), „Ich liebe euch doch alle“ – Befehle und Lageberichte des MfS Januar–November 1989, Berlin 1990.
- Moldt, Dirk, Parallelgesellschaft in der DDR. Ein gelebtes Ausstiegsmodell in den 80er Jahren in Ostberlin, Horch und Guck, Heft 52 (4/05), S. 1–3.
- Moraw, Frank, Die Parole der „Einheit“ und die Sozialdemokratie. Zur parteiorganisatorischen und gesellschaftspolitischen Orientierung der SPD in der Periode der Illegalität und in der ersten Phase der Nachkriegszeit 1933–1948, Bonn-Bad Godesberg 1973, Neuauflage 1990.
- Moritz, Torsten, DDR-Opposition in Ostberlin, Diplomarbeit am Fachbereich Politische Wissenschaft der FU Berlin, 1993.
- Ders., Die Entwicklung von DDR-Oppositionsgruppen nach 1989: Das Beispiel der Umweltbibliothek Berlin. Die Tücken der Gruppendynamik, in: Pollack, Detlef/Rink, Dieter (Hg.), Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970–1989, Frankfurt/Main 1997, S. 208–234.
- Müller, Silvia/Florath, Bernd (Hg.), Die Entlassung. Robert Havemann und die Akademie der Wissenschaften, Berlin 1996.
- Nakath, Monika, Ein neuer „Sputnik“-Schock? Die SED im Spannungsfeld zwischen Glasnost und Perestroika, in: Prokop, Siegfried (Hg.), Die kurze Zeit der Utopie. Die „zweite DDR“ im vergessenen Jahr 1989/90, Berlin 1994, S. 10–21.
- Neubert, Ehrhart, Geschichte der Opposition in der DDR 1949–1989. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 346, Bonn 1997.
- Ders., Was waren Opposition, Widerstand und Dissidenz in der DDR? In: Kuhrt, Eberhard/Buck, Hansjörg F./Holzweißig, Gunter (Hg.), Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, Opladen 1999, S. 17–46.
- Pingel-Schliemann, Sandra, Zersetzen. Strategie einer Diktatur, Berlin 2002.
- Pollack, Detlef, Organisationsgesellschaft. Zum Wandel der gesellschaftlichen Lage der evangelischen Kirchen in der DDR, Stuttgart 1994.
- Ders./Rink, Dieter (Hg.), Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970–1989, Frankfurt/Main 1997.
- Ders., Politischer Protest. Politisch alternative Gruppen in der DDR, Opladen 2000.
- Poppe, Gerd, Zur Entwicklung des grenzüberschreitenden Dialogs, Juni 1987, in: „Spuren – Zur Geschichte der Friedensbewegung in der DDR“, Samisdat, Januar 1988.

- Poppe, Ulrike, „Der Weg ist das Ziel“. Zum Selbstverständnis und der politischen Rolle oppositioneller Gruppen der achtziger Jahre, in: Poppe, Ulrike/Eckert, Rainer/Kowalczuk, Ilko-Sascha (Hg.), *Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstands und der Opposition in der DDR*, Berlin 1995, S. 244–272.
- Radatz, Werner/Winter Friedrich, *Geteilte Einheit. Die Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg 1961–1990*, Berlin 2000.
- Rauhut, Michael, *Beat in der Grauzone. DDR-Rock 1964 bis 1972 – Politik und Alltag*, Berlin 1993, S. 137ff.
- Ders./Kochan, Thomas, *Bye bye, Lübben City. Bluesfreaks, Tramps und Hippies in der DDR*, Berlin 2004.
- Richter, Michael, *Die Ost-CDU. Zur Geschichte der Partei unter der SED-Herrschaft*, in: *Die Politische Meinung* 254, Januar 1991, S. 76–81.
- Ders., *Die Ost-CDU. Zwischen Gleichschaltung und Widerstand 1948 bis 1952 (Forschungen und Quellen zur Zeitgeschichte 19)*, Düsseldorf 1991.
- Ders., *Opposition und Widerstand in der Ost-CDU 1945–1990. Phasen, Methoden und Ziele*, in: *Erinnern, Aufarbeiten, Gedenken. 1946–1996. 50 Jahre kommunistische Machtergreifung in Ostdeutschland. Widerstand und Verfolgung. 7. Bautzen-Forum der Friedrich-Ebert-Stiftung* 17. und 18. Mai 1996. Dokumentation, Leipzig 1996, S. 52–69.
- Ders., *Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der Blockparteien – Die CDU*, in: *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages)*, hg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden 1995, Band II.4, S. 2587–2638.
- Ders., *Vom Widerstand der christlichen Demokraten in der DDR*, in: Scholz, Günther (Hg.), *Verfolgt – verhaftet – verurteilt. Demokraten im Widerstand gegen die rote Diktatur – Fakten und Beispiele*, Berlin/Bonn 1990 S. 35–57.
- Ders., *Vom Widerstand der Christlichen Demokraten in der DDR*, in: Kaff, Brigitte (Hg.), *„Gefährliche politische Gegner“. Widerstand und Verfolgung in der sowjetischen Zone/DDR*, Düsseldorf 1995, S. 107–124.
- Rüddenklau, Wolfgang, *Störenfried. DDR-Opposition 1986–1989 mit Texten aus den „Umweltblättern“*, Berlin 1992.
- Scheer, Udo, *Vision und Wirklichkeit. Die Opposition in Jena in den siebziger und achtziger Jahren*, Berlin 1999.
- Schult, Reinhard, *Rechts = Links oder die Totalitarismusfalle*, in: *Horch und Guck*, Heft 24 (1998/3), S. 75.
- Silomon, Anke, *„Schwerter zu Pflugscharen“ und die DDR. Die Friedensarbeit der evangelischen Kirchen in der DDR im Rahmen der Friedensdekaden 1980–1982 (Arbeiten zur Kirchlichen Zeitgeschichte, Reihe B: Darstellungen, Band 33)*, Göttingen 1999.
- Subklew-Jeutner, Marianne, *Der Pankower Friedenskreis*, Osnabrück 2004.
- Stuß, Walter, *Rezension und Leserbrief zu Sandra Pingel-Schliemann, Zersetzen. Strategie einer Diktatur*, in: *„Horch und Guck“* 39/2002 und 40/2003.
- Tantzsch, Monika, *Maßnahme „Donau“ und Einsatz „Genesung“. Die Niederschlagung des Prager Frühlings 1968/69 im Spiegel der MfS-Akten. Analysen und ZAIG-Hinweise für Kollegiumssitzungen – Dienstbesprechungen, Anfang Oktober 1968*, BStU, Berichte

- Reihe B, 1/1994, hg. vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Berlin 1994.
- Templin, Wolfgang/Weißhuhn, Reinhard, Die Initiative Frieden und Menschenrechte, in: Kuhr, Eberhard/Buck, Hansjörg F./Holzweißig, Gunter (Hg.), Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft, Opladen 1999.
- Vollnhals, Clemens (Hg.), Die Kirchenpolitik von SED und Staatssicherheit. Eine Zwischenbilanz (Analysen und Dokumente. Wissenschaftliche Reihe des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR, Band 7), Berlin 1996.
- Weber, Hermann, „Weiße Flecken“ in der DDR-Geschichte, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 5–6/1990, S. 302–308.
- Werkenthin, Falco, Politische Strafjustiz in der Ära Ulbricht, Berlin 1997.
- Wiese, Friedrich-Franz/Bernitt, Hartwig, Arno Esch – Eine Dokumentation, Dannenberg 1994.
- Wolfram, Klaus, Geschichte des Guten Willens, Skizzen aus der Opposition, Folge 1 bis 11, Serie in der Zeitschrift Sklaven, Nr. 1 bis 25, Berlin 1995/96.
- Wollenberger, Vera, Virus der Heuchler, Berlin 1992
- Wunschik, Tobias, Maoistische Opposition gegen das Honecker-Regime. Die „Sektion DDR“ der KPD/ML, in: Weber, Hermann/Jahn, Egbert/Dähn, Horst/Foitzik, Jan/Mähler, Ulrich (Hg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1998, S. 187–201.
- Ders., Die maoistische KPD/ML und die Zerschlagung der „Sektion DDR“ durch das MfS, BSTU, Abteilung Bildung und Forschung, BF informiert Nr. 18, Berlin 1997.
- Zander, Helmut, Die Christen und die Friedensbewegung in beiden deutschen Staaten: Beiträge zu einem Vergleich für die Jahre 1978–1987, West-Berlin 1989.
- Zeng, Matthias, Asoziale“ – moralische und politische Kategorie im Kampf gegen das Andere im „real existierenden Sozialismus“ in der DDR, Horch und Guck, Heft 52 (4/05), S. 4–6.
- Zur Mühlen, Patrik von, Der „Eisenberger Kreis“. Jugendwiderstand und Verfolgung in der DDR 1953–1958, Bonn 1995.

Personenverzeichnis

- Ackermann, Anton 40
Adamec, Ladislav 452
Ahrens, Silke 293
Aitmatow, Tschingis 252
Albani, Bernd 451
Albertz, Heinrich 134, 170
Albrecht, Britta 353
Allende, Salvatore 168
Ammer, Thomas 42, 45
Ammon, Herbert 217
Anderson, Alexander „Sascha“ 70, 181
Andrejewa, Nina 335
Andropow, Juri 129
Arbatow, Georgij Arkadewitsch 351
Arendt, Hannah 107
Arkenstette, Birgit 181
Ash, Garton 314
Auerbach, Thomas 66, 68, 108f.
Aust, Michael 284, 361, 392, 431
Axen, Hermann 182, 213, 322
Babeuf, Gracchus 159
Bahr, Egon 378, 514
Bahro, Rudolf 67f., 70, 104, 108, 117, 297f., 414f.
Bakunin, Michail 296
Bandt, Ulrich 383
Bangemann, Martin 249, 315
Barth, Willi 192
Bastian, Gert 134, 150, 174, 178f., 181f., 281, 346, 432, 446, 466, 468
Bastian, Katrin 353
Bastian, Uwe 150, 252, 266, 272, 309
Bauer, Conny 381
Baum, Karl Heinz 359
Becker, Manfred 323
Becker, Jurek 65, 482
Beckmann, Lucas 178f.
Begenau, Gunther 107, 218ff., 281
Begenau, Jutta 218, 439
Behrens, Friedrich 48
Bellmann, Rudi 84, 128f., 192, 195f., 198f., 402, 406, 423, 434
Belter, Herbert 42
Benary, Arne 48
Benjamin, Walter 107
Berger, Almuth 333
Berthold, Erika 58
Besier, Gerhard 17f.
Beyer, Simone 245
Bickhardt, Peter 154, 233, 262, 333
Bickhardt, Stephan 175, 232, 246, 252, 309, 322, 501
Bieler, Manfred 53
Biermann, Wolf 51, 53, 65–68, 72, 94, 108, 127, 227, 365, 414f., 505
Birthler, Marianne 283, 383, 412, 431f., 455
Bittner, Johannes 150
Blattert, Barbara 15
Blecha, Kurt 405
Blobner, Heinrich 47
Bloch, Ernst 48
Blüm, Norbert 319
Blum, Rainer 309, 352, 437, 466
Bohley, Bärbel 150, 152, 168, 174f., 178–181, 210, 216, 234f., 237, 244, 246, 252, 258, 307, 309, 362, 369ff., 374f., 377, 381, 388f., 395, 411, 447, 515f., 518
Bohley, Heidi 258
Bohley, Michael 234, 252
Böhme, Ibrahim 317, 375, 437, 467, 478
Böll, Heinrich 134
Bomberg, Karl-Heinz 210, 437

- Bonhoefer, Dietrich 94
Börner, Rainer 322
Börner, Sabine 252
Böttcher, Till 342, 366, 371, 376, 379, 398
Böttger, Antje 235, 244, 246, 309, 353, 438, 502
Böttger, Martin 114, 168, 174f., 178, 223, 232, 234f., 240, 242, 244ff., 252, 258, 265, 307, 309, 316, 322, 343, 346, 382, 455, 502
Boyens, Armin 17
Braband, Jutta 68, 205, 207, 231, 263
Brand, Holger 269
Brandler, Heinrich 45
Brandt, Heinz 43
Brandt, Helmuth 44
Brandt, Peter 217
Brandt, Willy 183
Brasch, Thomas 58
Braun, Volker 51, 72, 354
Bräutigam, Hans Otto 214, 504
Brecht, Bertolt 370
Brennecke (Oberstleutnant) 440
Breshnew, Leonid I. 92, 130, 312
Brettschneider, Harald 91
Bruckmeier, Karl 15
Brundert, Willi 44
Brüsewitz, Oskar 66, 108
Bruyn, Günter de 95
Bukowskij, Wladimir 488
Buntrock, Hans-Jürgen 223, 353
Cardenal, Ernesto 168
Ceausescu, Nicolae 256, 336, 411, 416, 449, 450
Charmier, Georgia 429
Chruschtschow, Nikita 48f., 51, 437
Claudin, Fernando 467
Cremer, Fritz 51
Cyrus, Gerhard 145
Czerwon, Hans 131
Dähn, Uwe 67, 175, 309
Dalos, György 218
Demba, Judith 524
Demke, Christoph 84, 274, 280, 318, 358
Dertinger, Georg 44
Diepgen, Eberhard 315
Dietrich, Christian 507f.
Dietz, Raimund 218
Dohle, Horst 17f., 93, 198, 277
Dohmeyer, Kurt 192
Döhring, Stefan 70
Domaschk, Matthias 37, 485
Domsch, Kurt 84
Dornheim, Andreas 20
Drees, Ludwig 401
Drescher, Fritz 41
Ebermann, Thomas 178
Ebischbach-Kalex, Anette „Johanna“ 91
Eckart, Gabriele 72, 273
Eckert, Willy 42
Eigenfeld, Frank 252
Eigenfeld, Katrin 105, 252
Einstein, Albert 171
Eisenfeld, Bernd 54, 507, 510ff.
Elmer, Konrad 97f., 163
Engel, Gerhard 199
Engels, Friedrich 159
Eppelmann, Rainer 92f., 119, 125–128, 137, 145, 154, 158, 166, 169, 174f., 179, 188, 197, 207f., 210, 214, 216, 234, 264, 274, 286, 288, 309, 312, 318, 322, 362, 381, 411, 442, 454f.
Eppler, Erhard 134, 214, 312, 375
Erhard, Ludwig 62
Esch, Arno 41
Faktor, Jan 70, 509
Falcke, Heino 121, 143, 169, 183, 307, 333, 459f.
Faulwetter, Helmut 426
Fechner, Irene 175, 245
Fechner, Stefan 68, 218, 439
Feller, Kai 429
Fickenscher, Wilhelm 49
Field, Noel 43
Finck, Heinrich 293

- Fischbeck, Hans-Jürgen 174, 333f., 401, 475, 516
Fischer, Ruth 45
Fischer, Werner 174f., 178, 216, 234f., 244, 246, 252, 258, 307, 309, 361, 369ff., 375, 377, 381, 388f., 395, 431, 476
Flack, Siegfried 42
Flade, Hermann Joseph 42
Flechtheim, Ossip K. 467
Flügge, Reiner 314
Forck, Gottfried 36, 88, 119, 129, 143, 155ff., 179, 184, 193f., 197, 201, 278f., 289–293
Franke, Andrea 226f.
Frenzel, Michael 286, 410
Fricke, Karl Wilhelm 26f., 44, 47
Frölich, Paul 45
Fuchs, Jürgen 66, 68, 108f., 169, 313, 371, 414, 471, 509
Fuchs, Klaus 263
Führer, Christian 448
Furian, Otto 366, 406f., 437, 503
Gäbler, Rainer 280
Garstecki, Joachim 132, 170, 453
Gartenschläger, Gottfried 99, 242
Gauck, Joachim 524
Geffke, Herta 40
Geggel, Heinz 229, 423, 488
Gehrke, Bernd 15, 23, 39, 58, 65ff., 218f., 446, 466, 472, 524
Gehrke, Nora 218f.
Geisel, Christof 15, 231, 513, 517ff.
Geißler, Heiner 319
Genscher, Hans-Dietrich 134
Gibbels, Elisabeth 168
Gienke, Horst 89, 274, 460, 463
Gierke, Gudrun 114
Gläsner (Staatsanwalt) 342f.
Gniffke, Erich W. 42
Goethe, Johann Wolfgang von 355
Gollwitzer, Helmut 134
Gomułka, Władisław 68
Görig (Superintendent) 350, 366
Gorbatschow, Michail S. 131, 170, 232, 245, 248ff., 255, 264, 280, 299, 308, 310, 312ff., 316, 318, 334, 347, 252f., 358, 363, 51f., 523
Graf Lambsdorff, Otto 214
Gräfe (Staatssekretariat f. Kirchenfragen) 269
Grasse, Marina 119
Grimm, Peter 175, 233f., 236–240, 242, 244ff., 252, 258, 265, 307, 311, 343
Grimm, Sabine 244, 246
Grünbaum, Hartmut 93, 128
Gutzeit, Martin 175, 215, 452, 477
Gysi, Gregor 374
Gysi, Klaus 18, 36, 82, 88ff., 93, 113, 149, 156, 165, 193f., 196, 198, 200, 210, 268, 274f., 277–280, 286, 289f., 292f., 339f. 342, 344f., 366, 402, 405, 497
Häber, Herbert 179f.
Häbler (Oberst) 192, 381f., 442, 444
Hager, Kurt 314, 334, 358f., 429
Hähnchen, Barbara 306
Hähnel, Siegfried 192
Halbrock, Christian 234, 270, 398
Hamann, Karl 44
Hamel, Mario 399
Haraszi, Miklós 68
Harich, Katarina 293, 432
Harich, Wolfgang 44, 48f., 159ff., 271, 352
Härtling, Peter 134
Hartweg, Frédéric 17
Hartz, Miriam 245f., 307
Hasse, Edgar 375
Haufe, Gerda 15
Hauschild, Andreas 400, 415
Havel, Vaclaw 244, 449
Havemann, Annedore 252
Havemann, Katja 150, 168, 178, 244, 307
Havemann, Robert 37, 52f., 58, 92, 160f., 260, 307, 485
Hegel, Georg Wilhelm Friedrich 159

- Hein, Christoph 72, 354, 429
Heinrich, Michael 284, 286, 341, 349f.,
368, 373, 408, 421
Heisig, Bernhard 51
Heitzer, Enrico 42
Heller, Agnes 313
Helms (Mitarbeiterin f. Kirchenfragen,
Rat des Stadtbezirks Mitte 324
Hempel, Joachim 84
Hempel, Johannes 82, 88, 91, 274f., 435,
460
Henke, Klaus-Dietmar 47
Hennig, Horst 42
Henrich, Rolf 296, 468
Herdzin, Wolfgang 271, 438
Hermes, Andreas 41
Hermlin, Stephan 430
Herrnstadt, Rudolf 43
Herrmann, Joachim 228f., 322, 488
Hertwig, Manfred 28
Herwegen, Leo 44
Heß, Herbert 192
Heym, Stefan 51, 53, 65f., 72, 143, 154,
354, 482
Heyne, Ludwig 42
Hildebrand, Gerold 175, 234f., 410
Hilger, Peter 13
Hilsberg, Stephan 315
Hilse, Werner 236, 506
Hinkeldey, Wolfgang 66, 68, 414
Hippe, Oskar 46
Hirsch, Ralf 155, 174f., 232ff., 236–240,
244ff., 258f., 265, 307, 309, 311, 343,
370f., 377f., 395, 439, 442f., 471
Hitler, Adolf 45, 325, 332
Hoffmann, Günter 121, 129, 155f., 158,
193, 234, 293, 317, 338, 355, 384, 458
Hoffmann, Hans-Joachim 355
Holtfreter, Bernd 65, 218, 220, 222, 282
Honecker, Erich 37, 61f., 65, 78, 82, 84,
87, 89f., 90, 92, 112f., 150, 152, 155,
160, 178f., 185, 196ff., 200, 210, 213,
226, 245, 252, 260, 264, 274f., 298,
312, 315, 318, 322, 333, 339, 346, 351,
373, 376, 395, 403f., 410, 430, 434,
447, 451, 460, 463, 467, 470, 503f.
Honecker, Margot 428f.
Höpke, Klaus 482
Hoppe, Gudrun 114, 231
Hübener, Eckart 94, 113f., 174, 207,
234, 309
Hülsemann, Wolfram 289, 316, 318,
338, 343f., 366, 464
Hunzinger, Ingeborg 58
Hunzinger, Rosita 58
Hürtgen, Renate 524
Husák, Gustáv 78, 452
Ihle, Katja 428
Jacobsen, Hans-Adolf 514
Jahn, Günter 83
Jahn, Roland 98, 209, 224, 228f., 232,
269f., 307, 309, 313, 346, 360, 367,
371, 382, 396–399, 414, 439f., 471,
485, 504, 508
Jakes, Milos 452
Jander, Martin 13, 518f.
Janka, Walter 44, 48f.
Jarowsky, Werner 128f., 192, 201f.,
322, 345, 373, 401ff., 406f., 423, 434
Jelzin, Boris 251f.
Jenninger, Philipp 78
Jens, Walter 134
Jeschonnek, Günter 360f., 504f., 512
Jewtuschenko, Jewgenij 251
Joppke, Christian 15, 510, 519
Jordan, Carlo 108, 161, 175, 224, 235,
240, 262, 270f., 309, 381, 506
Juch, Heinz 53
Jung, Angela 354
Jungk, Robert 134, 174
Just, Gustav 48
Kaiser, Jakob 41
Kalb, Hermann 84, 342f., 366
Kalex, Roman 91
Kalk, Andreas 342, 366, 371, 376, 379,
398
Kammnitzer, Heinz 371
Kant, Hermann 344

- Kantorowicz, Alfred 48
Karlstedt, Uwe 491, 497
Kelly, Petra 134, 151, 174, 179, 181,
233, 346
Keßler, Heinz 149
Kienberg, Paul 192, 423f.
Kiesow, Jürgen 98, 132
Kirchner, Martin 458
Kirstein, Marian 414
Klein, Dieter 375
Klein, Manfred 42
Klein, Thomas 43, 68, 131f., 181, 205,
207, 216, 218f., 231ff., 235, 237,
239f., 243, 257, 262f., 266, 271f., 281,
292, 300f., 309, 347f., 352, 354, 374,
418, 421, 425, 430ff., 437f., 445f.,
451, 466ff., 472, 524
Kleinert, Burkhard 218ff., 222f.
Klier, Freya 72, 156, 273, 283f., 309,
354–357, 359, 364, 366, 369ff., 373–
376, 384, 388, 393
Klotzek, Ulrich 269
Knabe, Wilhelm 341, 345, 485
Koch, Waldemar 41
Kohl, Helmut 77f., 134f., 310, 451
Kohlmey, Gunther 48
Kolbe, Uwe 370f., 381
Kölbel, Johannes 269
Kondratjew, Leo N. 418
König, Martin 168, 174, 234, 283
Konrád, Gyorgy 320
Koplowitz, Jan 430
Kopelew, Lew 232
Kowalczyk, Ilko-Sascha 58, 485
Kowasch, Fred 226, 507
Kramer, Mathias 318, 472
Kraus (Direktor f. Weiterbildung) 267
Krauß, Peter 192, 201, 458
Krawczyk, Stephan 72, 156, 225, 227,
257, 273, 282, 284, 291, 293, 353–361,
364ff., 369ff., 373–376, 384, 388,
392f., 437, 487
Krenz, Egon 199f., 322, 395, 463
Kreutzer, Hermann 41
Krone, Martina „Tina“ 223, 225, 273,
281, 309, 353, 437f., 446
Kropotkin, Pjotr Alexewewisch 296
Krusche, Günter 95, 99, 119, 121, 124,
128f., 131, 139, 154–157, 184, 194,
201, 234, 242, 246f., 286f., 289f., 343,
349ff., 355f., 377, 379, 391, 406,
430ff., 436, 453, 458, 503
Krusche, Werner 84, 88f., 143, 274, 405,
492
Kuczynski, Jürgen 306, 430
Kühn, Fritz 485
Kühnen, Michael 325
Kukutz, Irena 152, 174, 178, 181, 309,
502
Kulisch, Uwe 145, 175, 234, 293, 384
Kunert, Christian 68
Kunert, Günter 65, 414
Kunze, Rainer 67, 72
Kuron, Jacek 513
Kutschera, Ev 502
Lafontaine, Oskar 134, 315
Lambsdorff, Otto Graf 214
Lampe, Reinhard 333
Landauer, Gustav 296
Langenau, Reinhard 66
Lehmann, Uwe 283, 353
Leich, Werner 84, 89, 143, 197, 209,
274, 280, 346, 384, 402ff., 406, 410,
412, 434, 436, 461f.
Lemmer, Ernst 41
Lengsfeld, Philipp 428ff.
Lengsfeld (Wollenberger), Vera 232f.,
235, 237, 239, 241, 262f., 271, 281,
293, 295, 309, 317, 326, 343, 365f.,
369, 371, 374, 376, 379f., 392f., 429,
502, 506, 517
Lewek, Christa 316
Liebknecht, Karl 94, 364, 368, 385, 402,
409, 438, 448, 484, 505, 522
Lietz, Heiko 164, 176, 216, 234, 411,
451
Lindner, Benjamin 428
Linke, Dietmar 65, 168

- Links, Christoph 271
Lintner, Eduard 318, 321
Löffler, Kurt 36, 193, 296, 405f., 412,
423, 430, 432, 434ff., 459–462
Lorenz, Werner 83, 428
Löwenthal, Richard 23, 26
Lucacs, Georg 107, 180
Lütke, H. 268
Luxemburg, Rosa 94, 115, 310, 364f.,
367f., 385, 402, 409, 427, 438, 448,
484, 505, 522
Maaß, Eckehard „Ekke“ 70, 291, 352
Maatz, Hans-Joachim 144
Magirius, Friedrich 356, 507
Mahel, Wolfgang 291
Mai, Gunter 20
Maizière, Lothar de 193
Majakowski, Wladimir 355
Mandel, Ernest 66
Marcuse, Herbert 482
Markowsky, Bernd 66, 68, 414
Maron, Monika 72, 482
Marx, Karl 107, 117, 159, 206, 220, 242,
271, 401
Matern, Hermann 46
Matthies, Frank-Wolf 70,72
Mau, Rudolf 18
Meckel, Markus 164, 176, 215, 235,
408, 452f., 477ff., 516
Mehlhorn, Ludwig 176, 234, 283, 314,
333, 512f.
Merker, Paul 43
Meyer, Thomas 312f.
Mielke, Erich 228, 376, 380, 402, 410,
457f., 468, 497
Misselwitz, Hans 104, 119f., 124, 131,
137ff., 442
Misselwitz, Ruth 119, 121, 124f., 264,
286, 288, 323, 401, 442
Mißlitz, Herbert 234f., 258, 266, 281,
293f., 307, 309, 364ff., 369, 375, 410,
413, 416, 418, 437, 446, 451, 466f.,
472, 487
Mittig, Rudi 325, 331, 373, 395, 450f.,
451, 453
Mitzenheim, Moritz 185
Mlynar, Zdenek 313
Modrow, Hans 112, 480
Mohr, Christoph 467
Moldt, Dirk 147
Moldt, Rudi 66
Morgenstern, Joachim 398
Moritz, Torsten 13
Motz, Gisela 234
Mühsam, Erich 296
Müller, Hanfried 188, 259, 349, 379,
385, 422f.
Müller, Heiner 51, 65
Müller, Herta 450
Müller, Silvia 232f., 237f., 263, 281,
300f., 353, 390, 438, 453, 468, 524
Müller, Werner 21
Müntzer, Thomas 467
Mürzitz (Humboldt-Universität, Sekt.
Wirtschaftswissenschaften) 426
Mußler, Stefan 163, 234, 324, 341, 424,
430
Nagy, Imre 468
Näther, Joachim 42
Natho, Eberhard 89, 358, 406, 462
Natonek, Wolfgang 42
Neiber, Gerhard 371, 373, 380, 395, 410,
440, 454, 456, 458, 468
Neubert, Ehrhart 13, 15f., 25, 41, 47,
172f., 179, 214, 308, 377, 382, 415,
426, 454, 485, 518
Neumann, Ulrich 400, 471
Niederländer, Loni 329
Niedlich-Wolf, Bodo 217, 309
Oelßner, Fred 43
Oestreicher, Paul 376
Okutschawa, Bulat 291
Ossietzky, Carl von 427, 430–433, 437f.,
441, 446, 484, 522
Ostermann, Wolfgang 42

- Pahnke, Karl-Rudi 119, 127, 132, 145,
156, 228, 336ff., 346, 362, 411, 454,
459
- Palach, Jan 452
- Palme, Olof 36, 121, 316
- Pannach, Gerulf 65, 68, 414
- Papenfuß, Bert 70
- Passarge, Andreas 309, 506
- Passauer, Martin-Michael 93, 119, 127f.,
154, 180, 286, 293, 316, 318, 323, 338,
384
- Pasternack, Boris 482
- Pawlicak, Lothar 477
- Pech, Cyrill 348f., 385
- Pelikan, Jiri 313
- Pflugbeil, Christine 262
- Pflugbeil, Sebastian 262ff., 451, 524
- Pingel-Schliemann, Sandra 17
- Plenzdorf, Ulrich 65, 72, 371
- Pohl, Andreas 325
- Pollack, Detlef 13f., 18, 92, 107, 140,
211f., 216, 454, 523
- Popieluszko, Jerzy 443
- Popp, Margret 374
- Poppe, Gerd 58, 106ff., 150, 168, 174,
176, 178, 181, 216, 232–235, 237, 244,
246, 252, 257ff., 265, 307, 320ff., 343,
450f., 476, 505, 512, 514–519
- Poppe, Ulrike 152, 174, 176, 178, 210,
216, 234, 244, 246, 252, 258, 309, 317,
412, 417, 431, 450, 453, 515f.
- Postler (Diakon) 410
- Przybilski, Hartmuth 114, 223
- Quaßdorf, Anne 176
- Radatz, Werner 19
- Rakowski, Mieczysław 469
- Rathenow, Bettina 181
- Rathenow, Lutz 66, 72, 95, 176, 181,
217, 234, 354, 370, 380f., 437, 482
- Reagan, Ronald 76, 78, 92, 95, 131, 135,
235, 249, 310f., 363
- Reents, Jürgen 178
- Rehlinger, Ludwig 376, 503f.
- Reich, Jens 432
- Reichelt, Hans 399
- Reimann, Brigitte 65
- Reinhold, Otto 312
- Reißig, Rolf 313
- Renger, Michael 466
- Rennert, Jürgen 356
- Richter, Edelbert 172f., 218, 252, 333,
454, 472, 477
- Richter, Horst Eberhard 154, 174
- Rieke, Dieter 41
- Rink, Dieter 13, 15
- Rochau, Lothar 143
- Röder, Hans Jürgen 114, 400
- Roepke (Diakon) 410
- Rölle, Peter 234, 236, 244ff., 311
- Roolf, Benn 314f.
- Rose, Günter 351
- Rosenthal, Rüdiger 72, 174, 176, 234f.,
354, 395
- Rucht, Dieter 15, 211
- Rüddenklau, Wolfgang 176, 216, 235,
258, 270, 307, 342, 344, 353, 382, 384,
386, 389f., 393, 398, 415, 426, 430,
447
- Rudolph, Thomas 246, 451, 476
- Rühe, Volker 315
- Rupieper, Hermann-Josef 20
- Russel, Bertrand 171
- Saar, Heinrich 48, 67
- Sallmann, Michael 414
- Schabowski, Günter 251f., 322, 428f.
- Schalck-Golodkowski, Alexander 210,
504
- Scharrenbroich, Heribert 318
- Schatta, Mario 362, 410f., 451, 455, 465
- Schäuble, Wolfgang 504
- Scheel (Abt. Ltr.) 264
- Schefke, Siegbert 270, 398
- Schenk, Christina 524
- Schilling, Walter 52, 142f., 145, 210,
252, 291, 296
- Schily, Otto 179, 183
- Schirdewan, Karl 43
- Schirmer, Gregor 199

- Schlegel, Bert 342, 344, 366f., 371, 374, 376
Schlesinger, Klaus 65f., 371
Schmidt, Alfred 46
Schmidt, Helmut 76, 82, 134
Schmidt, Max 315
Schmude, Jürgen 214, 461
Schnappertz, Jürgen 215
Schneider, Dirk 178–182
Schneider, Hans-Peter 288
Schneider, Rolf 95, 322
Schneider, Wolfgang 467
Schnur, Manfred 119, 345, 377, 388
Schnur, Wolfgang 243, 373–376, 383f.
Schöller (Pfarrer) 188
Schönherr, Albrecht 83f., 87, 90, 113, 186, 274, 404
Schramm, Martin 266, 383, 521
Schreiber, Hans 94f., 97
Schreiber, Walther 41
Schreiber, Werner 318
Schröder, Ralf 48, 352
Schröter, Ruprecht 66
Schröter, Wolfgang 150
Schult, Reinhard 94, 100, 107, 114, 116, 118, 132, 135, 154, 158, 168, 174, 181, 207, 209, 216–220, 222–227, 229, 231, 235, 237, 239–242, 257, 262ff., 281, 293, 307, 309, 351ff., 364, 371, 380, 383, 390–394, 408, 413, 415, 417, 430f., 437f., 444, 446, 451, 453, 455, 466, 468, 474, 501f., 506, 516, 523f.
Schultheiß, Christina 84
Schultze, H.-U. 269
Schulzgen (Konsistorialrat) 323
Schütt, Hans-Dieter 324
Schwanitz, Wolfgang 192
Schwarz, Wolfgang 132, 200, 315
Schwenz, Ruth 234
Seelig, Marion 272, 281, 383
Seelig, Roland 272, 281, 446
Seese, Anett 472
Seidel, Friedmann 150, 223
Seidel, Jutta 152, 174, 262
Seidel, Werner 271
Seifert, Arno 47
Seigewasser, Hans 83, 192
Selbmann, Max 43
Sello, Tom 150
Sengespeick, Christa 125, 151, 286
Sielaff, Horst 214
Silomon, Anke 18
Simon, Hans 268f., 341, 344, 360, 430, 505
Sindermann, Horst 182, 309
Singelstein, Christoph 412
Slánský, Rudolf 47
Sobotka, Gustav 40
Sölle, Dorothee 134
Solschenizyn, Alexander I. 127
Späth, Lothar 315
Stadermann, Gerd 118f., 123, 503
Stalin, Josef 40, 467
Stauss, Curt 216
Steinbach, Peter 47
Steinberger, Bernhard 48
Stempel, Günter 41
Stier, Christoph 36
Stockmann, Ulrich 384
Stolpe, Manfred 84, 88, 90, 97, 99, 113, 119, 124, 129, 139, 165, 180, 201, 233, 236, 240f., 274, 286, 289f., 341, 344, 346, 348, 350f., 361, 366, 368f., 371, 373, 376f., 384, 391, 406f., 430ff., 437, 506
Stoph, Willy 322, 329, 463
Strasser, Johano 312
Strauß, Franz Josef 77, 210, 315, 514
Subklew-Jeutner, Marianne 123, 140
Sung-Wan Choi 13f.
Synder (Diakon) 410
Tatsche, Igor 270
Templin, Regina „Lotte“ 176, 217, 223, 235, 237, 244, 246, 258, 307, 360, 364, 370f., 375, 377f., 387, 389f., 401, 502, 505
Templin, Wolfgang 106, 132, 176, 217–220, 223, 232–242, 244, 246, 252, 258,

- 264f., 272, 300f., 307, 309, 317, 343,
360, 364, 366, 369ff., 375, 377f., 387,
389f., 390, 392, 394, 440, 502, 505,
513ff., 520
- Teschner, Dirk 226ff.
- Tessmann, Klaus 94, 113f., 207
- Thalheim, Barbara 273
- Thatcher, Margaret 78
- Thomas, Gerhard 350, 407
- Thompson (USA-Botschaft) 323
- Töpfer (Jugendwart) 356
- Töpfer, Klaus 399
- Trampert, Rainer 178
- Troelsch, Jörg 269
- Trotzki, Leo Dawidowitsch 45
- Tschach, Gustav 42
- Tschernenko, Konstantin U. 248, 312
- Tschiche, Hans-Jochen 165f., 168, 176,
178, 181, 216, 252, 309f., 333, 408f.,
451ff.
- Tschiche, Wolfram 168, 174, 213, 307
- Tuchel, Johannes 47
- Tucholsky, Kurt 427
- Uhl, Petr 513
- Ulbricht, Walter 40, 65
- Ullmann, Wolfgang 333, 467
- Unger, Gerhard 348
- Verner, Paul 83f., 90, 192
- Vetter, Thomas 150
- Viehweg, Kurt 48
- Vogel, Bernhard 315
- Vogel, Hans-Jochen 214, 378
- Vogel, Wolfgang 369, 374ff.
- Voigt, Gerhard 95
- Voigt, Karsten 213
- Vollmer, Antje 179, 181
- Wagner, Richard 450
- Wahrmann Siegfried 84
- Walcher, Jakob 45
- Walde, Werner 91
- Wałesa, Lech 232
- Wallisch, Edgar 399
- Wandel, Paul 192
- Wander, Maxie 65
- Weber, Hermann 467
- Weber, Max 107
- Wegner, Bettina 58, 66, 354, 524
- Weichler, Kurt 225
- Weidemann, Bodo 149
- Weigel, Hans Jörg 55, 87
- Weiland, Alfred 46
- Weinberger, Caspar 249
- Weiß, Konrad 329f., 519
- Weißhuhn, Reinhard 176, 236, 239, 244,
246, 309, 383, 412, 451, 514, 520
- Weisskirchen, Gerd 214
- Wels, Thomas 337
- Wend, Arno 41
- Wenzel, Heidemarie 371
- Werdin, Inken 309
- Werdin, Justus 309
- Wetzky, Mario 131
- Weu, Winfried 455
- Wiegand, Jochen 192, 440
- Wiens, Maja 354, 429
- Wiens, Shenja 428f.
- Wienserski, Peter 114
- Winter, Friedrich 19, 97ff., 119, 121,
139, 143, 163, 201, 503
- Wizisla, Claus-Jürgen 52
- Wöhlert, Thorsten 438
- Wolf, Bodo 223ff., 227, 383, 485
- Wolf, Christa 65, 354
- Wolf, Dietmar 296, 384, 466
- Wolf, Hanna 467
- Wolf, Helga 281
- Wolf, Sabine 217, 220, 223, 225, 468
- Wolf, Stephan 17
- Wolf, Wolfgang 132, 137, 242, 266,
272, 281, 418, 437, 466
- Wolfram, Klaus 106f., 218f., 231, 505
- Wollweber, Ernst 43
- Wonneberger, Christoph 89, 210, 356,
508
- Wrazidlo, Georg 42
- Zabka, Reinhard 270
- Zaisser, Wilhelm 43
- Zander, Helmut 216

Zeddis, Helmut 242

Zeiseweis, Kurt 192, 317, 442, 444

Zeug, Matthias 147

Ziegler, Martin 339, 341, 344, 350, 367,
402, 406, 408, 421

Ziller, Gerhart 43

Zimmermann, Friedrich 319

Zöger, Heinz 48

Zuppke, Evelyn 455